VERHANDLUNGEN DES RATES DER STADT KÖLN VOM JAHRE 2020

Herausgeber: Die Oberbürgermeisterin
Büro der Oberbürgermeisterin
Rathaus (Historisches Rathaus)
Sitzungsdienst OB-2-21

Inhaltsverzeichnis

56. Sitzung vom 6. Februar 2020 5

57. Sitzung vom 22. März 2020 (ausgefallen) 103

58. Sitzung vom 26. März 2020 105

59. Sitzung vom 14. Mai 2020 159

60. Sitzung vom 18. Juni 2020 225

61. Sitzung vom 29. Juni 2020 369

62. Sitzung vom 10. September 2020 393

1. Sitzung vom 5. November 2020 543

2. Sitzung vom 3. Dezember 2020 571

3. Sitzung vom 10. Dezember 2020 624

Sachregister 757

Rednerverzeichnis 769

56. Sitzung vom 6. Februar 2020

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Frau Hedwig Neven DuMont 0046/2020

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend "Wohnungslosigkeit bekämpfen-Housing First in Köln umsetzen"

AN/0170/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0219/2020

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Pauschalen zur Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung auskömmlich gestalten – Erstattungszeitraum ausweiten"

AN/0165/2020

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT

AN/0221/2020

3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Verzicht auf Jobcenter-Sanktionen bei ALG-II-Beziehern"

AN/0166/2020

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0224/2020

3.1.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Resolution: Meinungsvielfalt statt Meinungseinfalt – demokratische Streitkultur und Transparenz in Zeiten des Wahlkampfes stärken!"

AN/0167/2020

3.1.5 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend "Umgestaltung Barbarossaplatz - Machbarkeitsstudie"

AN/0042/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0216/2020

3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Zweckbindung der Mittel aus mobilen und festinstallierten Radargeräten"

AN/0169/2020

3.1.7 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Nutzung des Busbahnhofes Breslauer Platz für Fernbusse mit alternativen Betrieben"

AN/0145/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0217/2020

3.1.8 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Ehrenfeld kein Luxusfeld – rein profitorientierte Entwicklung des Max-Becker-Areals verhindern – Wohnen.Bezahlbar.Machen."

AN/0207/2020

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe GUT betreffend "Umgang mit rechtsextremen Parteien im Kölner Rat"

AN/0223/2020

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend "Entwicklung des Max-Becker-Areals in Ehrenfeld AN/0220/2020

3.1.11 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Schadenersatzklage Luftreinhaltung"

AN/1719/2019

Antwort der Verwaltung vom 06.02.2020 4283/2019

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Zwangsräumungen in Köln: Wie können sie verhindert werden?"

AN/0159/2020

Antwort der Verwaltung vom 05.02.2020 0323/2020

4.3 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Internationale Mobilitätsmesse für Köln"

AN/0197/2020

Antwort der Verwaltung vom 05.02.2020 0403/2020

4.4 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Grüner Wasserstoff zur Erreichung der Klimaneutralität"

AN/0198/2020

Antwort der Verwaltung vom 06.02.2020 0383/2020

4.5 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Vorkehrungen im Falle einer Pandemie in Köln"

AN/0199/2020

Antwort der Verwaltung vom 05.02.2020 0381/2020

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Gewalt gegen Mitarbeiter der Stadt, Krankenstand und Präventionsmaßnahmen"

AN/0200/2020

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 Ordnungsbehördliche Verordnung für 2020 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an den aufgeführten Tagen und Zeiten

4022/2019

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln

2476/2019

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen,-auszahlungen und -verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Kostenfortschreibung zur Generalinstandsetzung des Schulgebäudes für die Gesamtschule Overbeckstraße 71-73, 50823 Köln - Ehrenfeld

3915/2018/2

7.2.2 Generalsanierung der Sportanlage Egonstraße in Köln-Stammheim

4367/2019

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Waldstraße 115, 51145 Köln-Porz, Gemarkung Urbach, Flur 5, Flurstück 812

2665/2019

10.2 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o. Nr., 50765 Köln-Blumenberg, Gemarkung Worringen, Flur 50, Flurstück 1872 tlw.

0413/2019

10.3 Errichtung der "MAKK-Förderstiftung"

3284/2019

10.4 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB): Gewässerentwicklungskonzept Köln 2020 bis 2026 (GEK 2020) - Erste Fortschreibung

3406/2019

10.5 Drogenhilfekonzept 2020 der Stadt Köln

3804/2019

10.6 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Beihilfekasse der Stadt Köln 2018

3852/2019

10.7 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2018 - Beteiligungsbericht 2018

0023/2020

10.8 Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung

4299/2019

10.9 Modernisierung der Leitstelle der Feuerwehr Köln – Projekt „Leitstelle 2020“ Umsetzungsbeschluss Teil 2 – Notleitstelle für die Feuerwehr Köln

2907/2019

10.10 Neue Richtlinie zur Förderung rassismuskritischer Projekte zur Stärkung von Demokratie und Akzeptanz

3187/2019

10.11 'Integrationsbudget' - Verteilung der Finanzmittel in 2020

4310/2019

10.12 Förderung der Antirassismus-Arbeit / 1. Zuwendung 2020

4360/2019

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

AN/0215/2020

10.13 Medizinische Grundversorgung von Geflüchteten - Evaluation Mindeststandards Teil I

2811/2019

10.14 Evaluation Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung - Teil II: Verbesserung des Betreuungsschlüssels sowie Maßnahmenpaket zur Stärkung des Ehrenamtes

3557/2019

10.15 Rettungsdienstbedarfsplan 2016 - Bedarfsgerechte Anpassung im Jahr 2019

3381/2019

10.16 Schulrechtliche Errichtung einer dreizügigen Grundschule - als offene Ganztagsgrundschule - in Köln-Marienburg am Standort Gaedestraße 31, 50968 Köln zum Schuljahr 2022/23

3205/2019

10.17 Einrichtung des Bildungsgangs "Eisenbahnerin/Eisenbahner im Betriebsdienst" als Fachklasse des dualen Systems am Nicolaus-August-Otto-Berufskolleg, Eitorfer Str. 16, 50679 Köln

4306/2019

10.18 Errichtung eines Bildungsgangs "Zweiradmechatronikerin/Zweiradmechatroniker" als Fachklasse des dualen Systems am Nicolaus-August-Otto-Berufskolleg, Eitorfer Str. 16, 50679 Köln

4311/2019

10.19 Errichtung des Bildungsgangs "Fachoberschule für Informatik" am Georg-Simon-Ohm-Berufskolleg, Westerwaldstr. 92, 51105 Köln

4322/2019

10.20 Verlängerung des Inneren Grüngürtels im Zuge des Projekts Parkstadt-Süd; hier: Vergabe- und Baubeschluss für die Niederlegung der städtischen Aufbauten auf dem Gelände: Bonner Straße 126, ehemaliger Güterbahnhof Bonntor - Aurelis-Gelände -

3795/2019

10.21 Nachhaltige Urbane Mobilitätsplanung (Sustainable Urban Mobility Plan - SUMP)

hier: Personal-, Finanz- und Zeitaufwand zur Erstellung eines SUMP

2609/2019

10.22 Ergänzung des Stadtbahnvertrags vom 03.09./09.09.1991 zur Übertragung der Federführung für die "Kapazitätserhöhung der Stadtbahnlinie 18" sowie Erstellung der Planung bis Leistungsphase 3 HOAI durch die KVB AG

2662/2019

10.23 Erweiterung der Nord- und Südseite der Hohenzollernbrücke; Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss

2805/2019

10.24 Stadtautobahn B55a/Zoobrücke Los D, Erneuerung der innenliegenden Brückenentwässerungsleitung sowie der Licht- und Stromversorgungsanlage, Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV

3336/2019

10.25 Entwicklung des neuen Stadtteils Kreuzfeld

hier: Beschluss des Leitbildes Kreuzfeld „Ein gutes Stück Köln“

3588/2019

10.26 Aufbau eines On-Demand-Angebots als Ergänzung zum bestehenden ÖPNV- Angebot und Aufnahme in den Öffentlichen

Dienstleistungsauftrag über Verkehrsleistungen im Stadtbahn- und Busverkehr in der Stadt Köln (ÖDLA) der KVB

3988/2019

10.27 Ordnungsbehördliche Verordnung für 2020 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an den aufgeführten Tagen und Zeiten

(wird unter TOP 6.3.1 behandelt)

10.28 Beschluss über die Planung der Maßnahme "Umgestaltung der Frankfurter Straße in Buchheim" aus dem Programm "Starke Veedel - Starkes Köln" (Einzelmaßnahme 2.5.6)

hier: Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss und Durchführung einer Öffentlichkeitsbeteiligung

4240/2019

10.29 Generalsanierung der Sportanlage Hardtgenbuscher Kirchweg

3711/2019

10.30 Olympische und Paralympische Spiele 2032

4480/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gerlach

AN/0154/2020

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP

AN/0222/2020

10.31 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung im Jahr 2020 0012/2020

10.32 Vergabe der Mietzuschüsse in der Sparte Bildende Kunst, Haushaltsjahre 2020 - 2024

4381/2019

10.33 Köln nimmt Geflüchtete aus den Auffanglagern in Griechenland auf

0361/2020

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die Ergänzung des Bebauungsplan-Entwurfs 73480/06;

Arbeitstitel: Kochwiesenstraße in Köln-Holweide

4057/2019

12.2 Beschluss über Stellungnahmen, sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 73370/04

Arbeitstitel: Nördlich Wielermaar in Köln-Porz-Zündorf, 1. Änderung

4214/2019

12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 74440/02 Arbeitstitel: Rather See in Köln – Rath / Heumar

4161/2019

12.4 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 59575/01

Arbeitstitel: Sinnersdorfer Straße 88-90 in Köln-Roggendorf/Thenhoven

4347/2019

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 273. Satzung über die Festlegungen

gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

4246/2019

17 Wahlen

17.1 Sparkasse KölnBonn: Weisung an die in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse Köln durch den Rat der Stadt Köln entsandten Vertreter für Abstimmungen in der Zweckversammlung

hier: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verwaltungsrates aus dem Wahlvorschlag der Personalversammlung (Bediensteten)

0138/2020

17.2 Neuwahl beratender Mitglieder für den Jugendhilfeausschuss

4358/2019

17.3 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss

4460/2020

17.4 Neubenennung eines stellv. Mitglieds des Ausschuss Soziales und Senioren

0305/2020

17.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Besetzung von Ausschüssen"

AN/0218/2020

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder

Akbayir, Hamide; Bartsch, Hans-Werner, Bürgermeister; Benthem van, Henk, Bezirksbürgermeister; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva, Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Elster, Ralph, Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Geraedts, Wilhelm; Gerlach, Lisa Hanna; Görzel, Volker; Götz, Stefan; Gräfin von Wengersky, Alexandra; Gutzeit, Walter, Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Hauser, Frank; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Hoyer, Katja; Joisten, Christian; Kara, Efkan; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Killersreiter, Birgitt, Prof. Dr.; Kircher, Jürgen; Klein, Heinz; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit, Dr.; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Schäfer, Klaus, Prof.; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schlömer, Ursula; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi, Bürgermeisterin; Scholz, Tobias; Schoser, Martin, Dr.; Schultes, Monika; Schwab, Luisa; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen, Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Tritschler, Sven; Unna, Ralf, Dr.; van Geffen, Jörg; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeister

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Homann, Mike, Bezirksbürgermeister; Wirges, Josef, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung

Keller, Stephan, Stadtdirektor Dr.; Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete; Blome, Andrea, Beigeordnete; Haaks, Stefanie; Steinkamp, Dieter, Dr.; Mötting, Bettina; Vogel, Alexander;

Schriftführerin

Lange, Maria;

Stenografen

Klemann;

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Welter, Thomas; Wiener, Markus; Wolter, Judith;

Bezirksbürgermeisterinnen

Blömer-Frerker, Helga, Bezirksbürgermeisterin;

Bezirksbürgermeister

Schößler, Bernd, Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister;

Bezirksbürgermeisterinnen

Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin;

Bezirksbürgermeister

Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister;

(Beginn 15.51 Uhr - Ende: 21.01 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 56. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße zuerst unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, besonders die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltungslehrgänge des Rheinischen Studieninstituts für kommunale Verwaltung mit ihrem Dozenten, Herrn Koenen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ebenso herzlich begrüße ich alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und Sie, alle Mitglieder des Rates.

Ganz besonders begrüßen möchte ich heute Frau Stahlhofen und ihr herzlich zum Geburtstag gratulieren. Wie schön, dass Sie an Ihrem Geburtstag bei uns sind!

(Beifall)

Entschuldigt ist heute nach den mir vorliegenden Meldungen niemand. Wir feiern also vollständig, Frau Stahlhofen.

(Heiterkeit)

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn van Benthem, Herrn Geraedts und Frau Dr. Bürgermeister.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind dort besonders gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil TOP 4.3 bis TOP 4.6, TOP 10.33, TOP 17.4 und TOP 17.5

sowie im nichtöffentlichen Teil TOP 24.5.

Abgesetzt wurden folgende Tagesordnungspunkte: TOP 6.4.1, TOP 10.1, TOP 10.2, TOP

10.4, TOP 10.5, TOP 10.23, TOP 12.3, TOP 23.1

und TOP 24.1.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Habe ich das jetzt richtig verstanden, dass es unter TOP 3.1.9 noch einen weiteren Dringlichkeitsantrag gibt? Er ist in der ausgedruckten Fassung der Tagesordnung noch nicht aufgeführt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. Er ist gerade eingegangen. Aber die Dringlichkeitsanträge habe ich auch noch nicht angesprochen. Ich möchte erst Wortmeldungen zu den Zu- und Absetzungen haben.

Michael Frenzel (SPD): Gut. Danke. - Damit hat sich meine Wortmeldung auch erledigt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie werden gleich erkennen, dass das, was Sie angesprochen haben, der Fall ist.

Ich frage noch einmal, ob es Wortmeldungen zu den Zu- und Absetzungen gibt. - Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, wir möchten darum bitten, dass die zugesetzte Beschlussvorlage zum Thema

„Köln nimmt Geflüchtete aus den Auffanglagern in Griechenland auf“ nicht unter TOP 10.33, sondern unter TOP 10.0 behandelt wird.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. Das nehme ich zur Reihenfolge der Tagesordnung schon auf, Herr Weisenstein. Vielen Dank.

Da ich keine weiteren Wortmeldungen zu den Zu- und Absetzungen sehe, komme ich jetzt zu den Dringlichkeitsanträgen.

Bisher liegen zwei Dringlichkeitsanträge vor, nämlich ein Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zum Thema „Ehrenfeld kein Luxusfeld - rein profitorientierte Entwicklung des Max-Becker-Areals verhindern - Wohnen.Bezahlbar.Machen.“ unter Tagesordnungspunkt 3.1.8 und ein Dringlichkeitsantrag von SPD, LINKEN und GUT zum Thema „Umgang mit rechtsextremen Parteien im Kölner Rat“ unter Tagesordnungspunkt 3.1.9.

Gerade kommt ein weiterer Dringlichkeitsantrag hereingeflattert, der die Überschrift „Entwicklung des Max-Becker-Areals in Ehrenfeld“ trägt. Diesen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und GUT gestellten Antrag würde ich jetzt unter TOP 3.1.10 einordnen.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit des unter TOP 3.1.8 vorgelegten Antrags? - Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist er auf der Tagesordnung.

Nun kommen wir zu dem unter TOP 3.1.9 vorgelegten Antrag. - Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Sie wissen: Dieses Thema ist dringlich, sowieso und immer. Die Beschäftigung mit der Frage des Rechtsextremismus gehört eigentlich auf die Tagesordnung jeder Sitzung.

Allerdings denken wir, dass dieser Dringlichkeitsantrag nur das wiederholt, was wir bereits 2014 als Grundlage für unsere Arbeit hier im Rat beschlossen haben. Darauf haben sich alle demokratischen Parteien verständigt. Ich gehe davon aus, dass wir das sowieso als die Grundlage unserer Arbeit hier im Rat ansehen, als die Grundlage dessen, wie wir miteinander umgehen, und dass uns das am Herzen liegt.

Deswegen sehen wir nicht, dass heute eine Dringlichkeit gegeben ist, auf die Schnelle hier über diesen Antrag zu entscheiden; denn wir denken: Das ist sowieso unser Tagesgeschäft. - Danke sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin etwas irritiert. Die gesamte Republik diskutiert seit gestern Mittag über ein Ereignis, das wir als Tabubruch begreifen und zumindest der Großteil dieser Republik als Tabubruch begreift. Viele Parlamente und zahlreiche Politiker positionieren sich in dieser Frage sehr klar.

Wir haben heute eine Ratssitzung der viertgrößten Stadt der Republik und wären gut beraten, bei dieser Sitzung auch dieses wichtige Thema auf die Tagesordnung zu setzen - erst recht vor dem Hintergrund, dass wir hier in Köln bereits

ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Auch hier gibt es Menschen, die mit den Stimmen Rechtsextremer in Ämter gewählt wurden. Der Tabubruch hat also schon wesentlich früher begonnen.

Jetzt hier noch einmal ein klares Bekenntnis zu dem abzulegen, was wir bereits beschlossen haben, kann doch nicht falsch sein. Ganz im Gegenteil: Es ist heute angesagt, klar Farbe zu bekennen gegen AfD, gegen Rechtsextremismus, gegen Faschisten. Das sollten wir in diesem Rat heute tun.

Deswegen ist dieser Dringlichkeitsantrag nicht nur dringend geboten, sondern auch von der Öffentlichkeit erwartet. Ich habe überhaupt kein Verständnis, wenn hier jemand dagegenstimmt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe jetzt über die Dringlichkeit des unter Tagesordnungspunkt 3.1.9 vorliegenden Antrags abstimmen zu lassen. Wer der Dringlichkeit zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Frau Gerlach, die Ratsgruppe GUT und die LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Dringlichkeit abgelehnt.

(Zurufe und Gegenrufe von Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen] und Christian Joisten [SPD])

- Können Sie bitte Ihre Unterhaltung verlegen? - Danke.

Ich komme nun zur Entscheidung über die Dringlichkeit des unter Tagesordnungspunkt 3.1.10 vorliegenden Antrags der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Ratsgruppe GUT zum Thema „Entwicklung des Max-Becker-Areals in Ehrenfeld“. Zuvor frage ich aber nach Wortmeldungen. - Bitte.

Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nicht direkt gegen die Dringlichkeit dieses Antrags sprechen. Gleichwohl halte ich ihn für nach der Geschäftsordnung in dieser Form nicht zulässig, weil es unter TOP 3.1.8 bereits einen Dringlichkeitsantrag zu dem gleichen Thema gibt, nämlich den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend „Ehrenfeld kein Luxusfeld - rein profitorientierte Entwicklung des Max-Becker-Areals verhindern - Wohnen.Bezahlbar.Machen.“. Der hier vorliegende Dringlichkeitsantrag, der gerade eben noch zugesetzt worden ist, betreffend „Entwicklung des Max-Becker-Areals in Ehrenfeld“ behandelt ganz offensichtlich einen identischen Gegenstand. Deshalb kann dieser Antrag nach unserer Geschäftsordnung nur als Ersetzungsantrag oder Änderungsantrag eingebracht werden, nicht aber als weiterer Dringlichkeitsantrag mit dem gleichen Inhalt unter einem separaten Tagesordnungspunkt.

Insofern bitte ich die Sitzungsleitung, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen, und die Fraktionen von CDU und Grünen, gegebenenfalls diesen Antrag als Änderungsantrag zum SPD-Antrag unter TOP 3.1.8 neu zu stellen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es eine Gegenrede dazu?

(Niklas Kienitz [CDU]: Formal!)

Dann gestatten Sie mir, dass ich den Antrag einmal lese und mich so lange abmelde. Das dauert auch nicht lange. Aber er ist gerade erst hier hereingeflattert.

Herr Frenzel, zwar ist das jetzt auch ungewöhnlich. Aber das war ja ein Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag unter TOP 3.1.10 zurückzuziehen. Sie haben im Grunde nicht gegen die Dringlichkeit gesprochen, sondern gesagt, dass dieser Antrag den gleichen Gegenstand beinhaltet wie der Antrag unter TOP 3.1.8. Das haben wir aber häufiger.

Wenn Sie sich auf die Geschäftsordnung beziehen, würde ich Sie bitten, zu sagen, wo das steht; denn dann könnten wir es schnell finden.

Michael Frenzel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, wir haben hier ja seit vielen Jahren ein Verfahren. Da ist das auch immer in dieser Form gehandhabt worden. Insofern sehe ich jetzt keine Notwendigkeit, hier noch einmal einen speziellen Passus zu zitieren. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Könnte es sein, dass Sie sich auf eine Regelung zur aktuellen Stunde in § 5 der Geschäftsordnung beziehen?

Michael Frenzel (SPD): § 3 in Verbindung mit

§ 13.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: § 3, Anträge, in Verbindung mit § 13, Zusatz- und Änderungsanträge. - Das kann ich nicht erkennen.

Deswegen lasse ich jetzt darüber abstimmen, ob hier die Dringlichkeit vorliegt oder nicht. Wer den Antrag für dringlich hält, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen, die CDU, die FDP, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Keine. Dann ist er dringlich.

(Christian Joisten [SPD]: Die SPD hat an dieser Abstimmung nicht teilgenommen!)

- Okay.

Michael Frenzel (SPD): Ich möchte nur erläutern, Frau Oberbürgermeisterin, dass die SPD an der Abstimmung nicht teilgenommen hat, weil wir natürlich auch die Abstimmung über die Dringlichkeit für unzulässig halten, wenn der Antrag an sich schon unzulässig ist.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Er ist jetzt in die Tagesordnung aufgenommen. Aber in der Tat müssten wir uns dann noch einmal darüber unterhalten, warum er von Ihnen als unzulässig betrachtet wird. Auf den ersten Blick ergibt sich das nicht. Es gibt auch keine eindeutige Vorschrift dazu.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Wir können diese beiden Punkte doch zusammenlegen!)

Herr Detjen schlägt jetzt etwas vor. Herr Detjen hat das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Zwar hatten wir jetzt eine etwas absurde Debatte. Aber vielleicht kann man doch die beiden Tagesordnungspunkte zusammenlegen. Das würde sich ja aus beiden Themen ergeben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann würden wir TOP 3.1.8 und TOP 3.1.10 gemeinsam behandeln. Das wäre ja eine inhaltliche Möglichkeit, damit umzugehen. Ich würde Ihnen das so vorschlagen. Darüber können Sie gleich bei der Abstimmung über die Tagesordnung entscheiden.

Zur Reihenfolge der Tagesordnung hatte Herr Weisenstein gerade schon beantragt, den Tagesordnungspunkt 10.33 vorzuziehen und als ersten der 10er-Punkte zu behandeln.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: So ist es!)

- Okay.

Dann frage ich: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich würde für unsere Fraktion gerne Beratungsbedarf zu dem TOP 10.20 anmelden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. Dann ist das so. - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich melde für die CDU-Fraktion zu den Tagesordnungspunkten 23.2 und 23.4 im nichtöffentlichen Teil Beratungsbedarf an.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Damit ist für drei Tagesordnungspunkte Beratungsbedarf angemeldet worden. Kann darüber gemeinsam abgestimmt werden? - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine.

Dann schlage ich Ihnen, nachdem ich abschließend noch einmal gefragt habe, ob es Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt, was nicht der Fall ist, die Tagesordnung so wie zuvor geändert vor. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen, und wir können in diese Tagesordnung eintreten.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, insbesondere die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltungslehrgänge des Rheinischen Studieninstituts für kommunale Verwaltung mit ihrem Dozenten Herrn Koenen, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

I. Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzählerin und Stimmzähler RM van Benthem, RM Dr. Bürgermeister und RM Geraedts vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

4.3 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Internationale Mobilitätsmesse für Köln"

AN/0197/2020

4.4 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Grüner Wasserstoff zur Erreichung der Klimaneutralität"

AN/0198/2020

4.5 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Vorkehrungen im Falle einer Pandemie in Köln"

AN/0199/2020

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Gewalt gegen Mitarbeiter der Stadt, Krankenstand und Präventionsmaßnahmen"

AN/0200/2020

10.33 Köln nimmt Geflüchtete aus den Auffanglagern in Griechenland auf 0361/2020

17.4 Neubenennung eines stellv. Mitglieds des Ausschuss Soziales und Senioren

0305/2020

17.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Besetzung von Ausschüssen" AN/0218/2020

II. Nichtöffentlicher Teil

24.5 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Gewährung eines Gesellschafterdarlehens

0049/2020

Absetzungen:

I. Öffentlicher Teil

6.4.1 Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln

2476/2019

10.1 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Waldstraße 115, 51145 Köln-Porz, Gemarkung Urbach, Flur 5, Flurstück 812 2665/2019

10.2 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o. Nr., 50765 Köln-Blumenberg, Gemarkung Worringen, Flur 50, Flurstück 1872 tlw.

0413/2019

10.4 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB): Gewässerentwicklungskonzept Köln 2020 bis 2026 (GEK 2020) - Erste Fortschreibung

3406/2019

10.5 Drogenhilfekonzept 2020 der Stadt Köln 3804/2019

10.23 Erweiterung der Nord- und Südseite der Hohenzollernbrücke; Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss

2805/2019

12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 74440/02

Arbeitstitel: Rather See in Köln – Rath / Heumar 4161/2019

II. Nichtöffentlicher Teil

23.1 Verkauf eines städtischen Grundstücks an der Nachtigallenstr. in Köln-Wahn

3338/2019

24.1 Verlängerung von Mietverträgen mit der Vodafone GmbH zum Betrieb von Mobilfunkanlagen

3103/2019

III. Es liegt zur Sitzung drei Dringlichkeitsanträge vor:

- TOP 3.1.8

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Ehrenfeld kein Luxusfeld

– rein profitorientierte Entwicklung des Max-Becker-Areals verhindern – Wohnen.Bezahlbar.Machen."

AN/0207/2020

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

- *TOP 3.1.9*

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe GUT betreffend "Umgang mit rechtsextremen Parteien im Kölner Rat" AN/0223/2020

RM von Bülow spricht sich gegen, RM Frenzel für die Dringlichkeit aus. Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie der Gruppe GUT und RM Gerlach abgelehnt.

Anmerkung:
Die SPD-Fraktion nimmt an der Abstimmung nicht teil. RM Frenzel sieht die Abstimmung als nicht zulässig an.

- *TOP 3.1.10*

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend "Entwicklung des Max-Becker-Areals in Ehrenfeld AN/0220/2020

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP sowie RM Gerlach zugestimmt.

IV. RM Detjen beantragt, TOP 3.1.8 und 3.1.10 wegen der gleichen Thematik zusammen zu behandeln.

V. RM Weisenstein beantragt

TOP 10.33

Köln nimmt Geflüchtete aus den Auffanglagern in Griechenland auf 0361/2020

vor TOP 10.1 zu behandeln.

VI. Beratungsbedarf wird angemeldet von

- *RM Hammer zu*

TOP 10.20

Ergänzung des Stadtbahnvertrags vom 03.09./09.09.1991 zur Übertragung der Federführung für die "Kapazitätserhöhung der Stadtbahnlinie 18" sowie Erstellung der Planung bis Leistungsphase 3 HOAI durch die KVB AG

2662/2019

- *RM Kienitz zu*

TOP 23.2 n.ö.T.

Verkauf eines Grundstücks Piusstraße in Köln-Lindenthal“ 4036/2019

und

TOP 23.4 n.ö.T.

Verkauf eines städtischen Grundstücks Oberer Bruchweg in Köln-Brück 4239/2019.

Der Rat stimmt den Verfahrensvorschlägen und der so geänderten Tagesordnung zu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zunächst zu:

Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Frau Hedwig Neven DuMont

0046/2020

Meine Damen und Herren, das Ehrenbürgerrecht ist die höchste Auszeichnung, die die Stadt Köln verleiht. Damit werden ganz besondere Personen geehrt, die sich in unvergleichlicher Art und Weise um diese Stadt verdient gemacht haben.

Ich finde es wirklich angemessen, Ihnen heute mit Frau Hedwig Neven DuMont eine Frau für die Ehrenbürgerschaft vorzuschlagen, die sich seit vielen Jahren ehrenamtlich und tatsächlich in unvergleichlicher Art und Weise ganz besonders für das Wohl von Kindern und Jugendlichen in Köln einsetzt - ich sage extra nicht „eingesetzt hat“, weil sie es weiterhin tut -, aber auch weit darüber hinaus. Sie ermöglicht Hilfen für die Familien, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, und eröffnet diesen Familien und Kindern Perspektiven, die sie sonst nicht hätten.

Aufgrund dieses langjährigen und herausragenden sozialen Engagements schlage ich Ihnen heute vor, Frau Hedwig Neven DuMont das Ehrenbürgerrecht der Stadt Köln zu verleihen.

(Beifall)

Üblicherweise gibt es bei der Entscheidung über die Verleihung des Ehrenbürgerrechts keine Wortmeldungen. Die AfD-Fraktion hat aber einen Wortbeitrag angemeldet. Deswegen hat Herr Tritschler jetzt das Wort.

Sven Tritschler (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! - Ich wollte jetzt noch sagen: „Liebe Freunde von der FDP!"; aber das ist ja schon wieder vorbei. - Die Verleihung der Ehrenbürgerwürde ist die höchste Auszeichnung, die unsere Vaterstadt zu vergeben hat. Dementsprechend selten ist diese Ehrung erfolgt. In den letzten 20 Jahren wurden nur drei Personen geehrt.

Frau Hedwig Neven DuMont, die gleich mit einer vermutlich großen Mehrheit der Stimmen im Rat als Ehrenbürgerin geehrt wird, erfährt diese Ehre, wenn wir der Vorlage glauben dürfen, aufgrund einer Reihe ehrenamtlicher, wohltätiger Engagements.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit wir uns gleich richtig verstehen: Wohltätiges, gemeinnütziges, ehrenamtliches Engagement verdient unsere Hochachtung. Dafür danke ich Frau Neven DuMont auch im Namen meiner Fraktion sehr herzlich.

(Beifall bei der AfD)

Aber - diese Frage muss erlaubt sein - warum bekommt Frau Neven DuMont den Preis, während andere ihn nicht bekommen, und warum bekommt sie ihn ausgerechnet jetzt? Gerade in einem Wahljahr ist so etwas ja ein sensibles Thema. Denn jetzt soll eine Frau zur Ehrenbürgerin gemacht werden, die im letzten Wahlkampf ganz offen Werbung für Henriette Reker gemacht hat. Und wie wir nun erfahren, geht die Initiative zur Verleihung von genau dieser Oberbürgermeisterin aus,

(Niklas Kienitz [CDU]: Das ist ihr alleiniges Recht!)

die sich in diesem Jahr zur Wiederwahl stellt.

Das für sich genommen hätte schon einen faden Beigeschmack. Aber wenn Frau Neven DuMont einen Kandidaten für ein öffentliches Amt unterstützt, macht sie das nicht nur mit der Autorität einer vielfältig wohltätig engagierten Frau, sondern auch mit dem Namen DuMont - einem Namen, der in Köln für eine ganz ungeheure Konzentration an Medien- und Meinungsmacht steht, und einem Namen, der schon ihrem verstorbenen Ehemann zur Ehrenbürgerwürde verholfen hat.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Sippenhaft gibt es bei uns Gott sei Dank nicht!)

Das ist dann mehr als nur ein fader Beigeschmack, mehr als ein böser Schein.

Es gibt viele Menschen in Köln, die sich sozial, ehrenamtlich und wohltätig engagieren - im Verein, in der Kirchengemeinde, in der Nachbarschaft, in der Familie, im Umfeld. Viele von ihnen bringen große Opfer und haben nicht die Mittel der Familie DuMont. Sie alle verdienen es, heute hier zu stehen, und sie alle können sich mit Recht fragen, warum ausgerechnet und schon wieder ein Mitglied dieser Familie diese besondere Ehre erfährt.

Die Antwort ist leider einfach: Frau Neven DuMont wird heute nicht wegen ihres wohltätigen Engagements geehrt. Wäre die Vorlage der Verwaltung ehrlich, müsste darin Folgendes stehen:

Die DuMonts standen mit ihren Zeitungen zu allen, wirklich allen Zeiten aufseiten der Mächtigen. Der Schwiegervater der Geehrten lieferte im Nationalsozialismus genehme Nachrichten für das Regime und wurde dafür hochdekoriert.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sprechen Sie bitte zum Thema. Das ist die Ehrenbürgerschaft von Frau Hedwig Neven DuMont, nicht die Familie ihres Ehemannes.

(Lebhafter Beifall)

Sven Tritschler (AfD): Ich kann mir vorstellen, dass Sie das nicht gerne hören. - Die Familie ist sich dahin gehend treu geblieben. Sie suchte auch nach dem Krieg erfolgreich die Nähe zu den Herrschenden in dieser Stadt. Inzwischen beherrscht das Verlagshaus sämtliche Kölner Tageszeitungen, das Lokalradio und die Anzeigeblätter der Stadt - eine ungeheure Konzentration von Meinungsmacht, an der sich

komischerweise niemand in der etablierten Politik oder bei den zuständigen Aufsichtsbehörden stört.

Das verwundert aber auch nicht, wenn man sich anschaut, welche Hofberichterstattung am Ende dabei in der Regel herauskommt.

(Zuruf von Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen])

Die Oberbürgermeisterin und die hier vertretenen

- und gerade herumbrüllenden - Altparteien brauchen nicht mit kritischem Journalismus zu rechnen, und diejenigen, die hier kritisch sind und politisch unkorrekte Meinungen vertreten, wie wir, brauchen überhaupt nicht mit Journalismus zu rechnen.

Deshalb wird man auch von dieser Rede keine Silbe in einer Kölner Tageszeitung lesen.

(Zuruf von der CDU: Gott sei Dank!)

Aber zum Glück sind wir darauf auch nicht mehr angewiesen, meine Damen und Herren.

Für all das, Frau Neven DuMont, danken Ihnen heute die Mehrheitsparteien hier im Kölner Rat - dafür und für nichts anderes. Dazu herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich lasse dann über meinen Vorschlag abstimmen und bitte diejenigen, die ihm zustimmen möchten, um ihr Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frau Gerlach, die Ratsgruppe GUT, die CDU-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, die FDP-Fraktion und Herr Wortmann. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine.

Ich bedanke mich sehr herzlich für dieses große demokratische Einvernehmen, das heute zum Ausdruck gebracht worden ist.

(Lebhafter Beifall)

Ich bedanke mich auch sehr herzlich bei der AfD-Fraktion; denn Frau Hedwig Neven DuMont hat mir mitgeteilt, sie fände es entsetzlich, wenn sie mit Stimmen der AfD gewählt werden würde.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich erlaube mir, von hier aus Glückwünsche an Frau Neven DuMont auszusprechen, und möchte Ihnen, dem Rat, vorschlagen, dass wir die Ehrenbürgerwürde im nächsten Monat in einem feierlichen Rahmen in einer gesonderten Sitzung verleihen.

Damit können wir diesen Tagesordnungspunkt verlassen. - Vielen Dank.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt,

Frau Hedwig Neven DuMont

in Würdigung ihrer Person und ihrer großen Verdienste um die Stadt Köln das Ehrenbürgerrecht der Stadt Köln zu verleihen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, der Gruppe GUT, von RM Wortmann und RM Gerlach sowie gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Eine aktuelle Stunde haben wir nicht, sodass ich direkt den Tagesordnungspunkt 3.1.1 aufrufe:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend „Wohnungslosigkeit bekämpfen - Housing First in Köln umsetzen“
AN/0170/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0219/2020

Zunächst hat Frau Heuser das Wort.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns alle einig: Wohnen ist ein Menschenrecht. Dass in einem so reichen Land wie Deutschland überhaupt Menschen auf der Straße leben müssen, ist beschämend.

Wir wissen noch nicht einmal, wie viele Personen in Deutschland von Wohnungslosigkeit oder Obdachlosigkeit betroffen sind; denn genaue Zahlen gibt es bis heute nicht. Nach Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe von November 2019 sind bundesweit 678 000 Menschen ohne Wohnung - Tendenz steigend.

In NRW und Köln sind lediglich Zahlen für behördlich oder durch freie Träger untergebrachte Personen bekannt. Auch hier wissen wir nicht, wie viele Menschen tatsächlich auf der Straße leben.

In Köln gibt es immerhin ein breites und gutes Netz der Wohnungslosenhilfe, bestehend aus Beratungs- und Qualifizierungsangeboten, Notschlafstellen und vielen Angeboten des ambulanten und stationären Wohnens, um nur einiges zu nennen.

(Die Rednerin hält eine Broschüre hoch)

In diesem Büchlein kann man das gut nachlesen; darin ist alles aufgeführt.

Mit dem Projekt Viadukt gibt es zudem noch ein besonderes Angebot der Wohnraumakquise für Wohnungslose. Hier unterstützen zwei Immobilienkaufleute bei der Wohnungssuche. Voraussetzung ist jedoch, dass die Menschen sich im Kölner Hilfesystem befinden oder befunden haben und, wie es heißt, mietvertragsfähig sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen diesen Angeboten mit dem Housing-First-Modell einen weiteren Baustein hinzufügen, von dessen Wirksamkeit wir überzeugt sind. Kerngedanke ist ein Recht auf Wohnen ohne Vorbedingungen. Das ist aber ein Paradigmenwechsel zur bisher gelebten Praxis.

1992 in den USA entwickelt, hat dieser Ansatz inzwischen zahlreiche Nachahmer in vielen europäischen Ländern.

Volker Busch-Geertsema von der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialpolitik - GISS - in Bremen hat in seiner Studie von 2013 nachweisen können, dass das Housing-First-Prinzip funktioniert. Die Erfolgsquote lag bei 80 bis 90 Prozent. Die Langzeitobdachlosen lebten auch nach zwei bis fünf Jahren immer noch in ihren Wohnungen. Der Housing First Guide von 2016 zeigt weitere Erfolgsprojekte auf.

Ziel ist an erster Stelle die unmittelbare Beendigung von Wohnungslosigkeit durch die dauerhafte Bereitstellung von Wohnungen und das daran anschließende Angebot der begleitenden Hilfen. Erst kommt also die Wohnung mit eigenem Mietvertrag, und dann kommt der Rest. Damit ist die Mietwohnung nicht erst Folge einer Defizitbeseitigung, sondern Voraussetzung zum Wiedererlernen einer Mietfähigkeit.

Es geht aber beileibe nicht darum, dass den Leuten einfach ein Mietvertrag samt Schlüssel in die Hand gedrückt wird und sie dann sich selbst überlassen werden. Es werden Hilfen durch ein multiprofessionelles Team im Hintergrund angeboten, jedoch auf Basis einer gleichberechtigten, tragfähigen Arbeitsbeziehung.

Zum Beispiel heißt es im Berliner Kurzkonzept:

> Im Gegensatz zu herkömmlichen Betreuten Wohnformen entkoppelt Housing First das Mietverhältnis vom Unterstützungsangebot und setzt … keine Bereitschaft zu Abstinenz, Therapie, beruflicher Eingliederung oder anderen vereinbarten Hilfezielen voraus.

Es gibt aber eine sogenannte laufende Basisunterstützung mit einem wöchentlichen Termin, dessen Einhaltung in einer Kooperationsvereinbarung fixiert wird, im direkten Lebensumfeld der Teilnehmenden. Auch bei Wohnungsverlust bleibt das Unterstützungsangebot bestehen.

Hervorheben möchte ich auch, dass der Housing-First-Ansatz auf dezentral verteilte Wohnungen und kleine Häuser mit wenigen Wohnungen setzt. Das ist richtig und wichtig; denn genau so verhindert man Stigmatisierung.

In Deutschland und auch in Köln ist die gängige Praxis der stufenweise Aufstieg zur eigenen Wohnung über ambulante Wohnangebote wie betreute Wohngruppen, Trägerwohnungen oder Übergangs- und Trainingswohnungen. Gekoppelt sind die Angebote meist an die Teilnahme an Therapien gegen Alkohol- und Drogensucht oder Arbeits- und Beteiligungsvoraussetzungen.

Die Defizitbeseitigung zur Erlangung der sogenannten Mietfähigkeit steht also am Anfang. Damit ist der Drehtüreffekt vorprogrammiert, weil unter den schwierigen Umständen die Hürden häufig nicht überwunden werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen durch unseren Antrag einen Paradigmenwechsel als Baustein in der Wohnungslosenhilfe ermöglichen. Wir wollen die Beendigung von Wohnungslosigkeit durch die unmittelbare Anmietung von Wohnungen durch Obdachlose oder wohnungslose Personen erreichen. Dazu sind wir unter anderem mit der GAG im Gespräch.

Wir wollen die Menschen dabei unterstützen, ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben zu führen. Ein sicheres Zuhause ist die Basis für die Regeneration der Selbsthilfekräfte und die Aktivierung vorhandener Ressourcen.

Dafür haben wir gemeinsam mit unseren Partnern im Haushaltsbündnis 5,4 Millionen Euro in den Doppelhaushalt 2020/2021 eingestellt und ein dreijähriges Pilotprojekt mit wissenschaftlicher Begleitung angestoßen. Letzteres soll Erfolge für eine mögliche Fortsetzung festhalten.

Die LINKE hat noch einen Änderungsantrag eingebracht, den wir allerdings für überflüssig halten, weil schon im Punkt 2 unseres Antrags auf die GAG und die Zusammenarbeit hingewiesen wird. Insofern brauchen Wohnungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau nicht noch einmal separat erwähnt zu werden. Außerdem wollen wir auch nicht an Belegrechtswohnungen herangehen. Es geht nämlich um neue Wohnungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind davon überzeugt, damit den richtigen Weg einzuschlagen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gärtner das Wort.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will nicht alles das wiederholen, was meine Vorrednerin gesagt hat. Aber auf einige Aspekte möchte ich dennoch eingehen.

Hier in Köln - es wurde schon angesprochen - verfügen wir über ein Netz anerkannt vorbildlicher Hilfen für obdachlose Menschen. Auch ich möchte Beispiele nennen: Streetwork, Übernachtungsmöglichkeiten, Tagestreffs, die unter anderem auch sanitäre Einrichtungen und Mahlzeiten anbieten, Beratungsangebote, stationäre Plätze, betreute Wohngruppen, Übergangswohnungen, Trainingswohnungen, medizinische Versorgung, finanzielle Hilfen und noch einiges mehr.

Vorrangiges Ziel ist und bleibt ein eigenständiges Leben in einer eigenen Wohnung. Eine eigene Wohnung ist wichtig für das Selbstwertgefühl und die Knüpfung stabiler sozialer Kontakte. Sie ist auch notwendig, um einen Arbeitsplatz und eine Krankenversicherung zu erhalten.

Doch was ist der Unterschied des Ansatzes von Housing First zu den bisherigen Hilfen? Housing First fängt am Ende der Hilfekette an und versorgt zuerst mit Wohnraum. Dennoch sind flankierende Hilfen zumindest für den Anfang nötig, insbesondere Beratung und finanzielle Hilfen.

Wie steht dieses Angebot zu den bisherigen Angeboten? Das neue Angebot ist nicht besser, sondern es ist anders. Es ist der Versuch einer alternativen Vorgehensweise als Ergänzung zu den bisherigen Angeboten. Es soll Menschen ansprechen, die von den bisherigen Angeboten nicht erfasst werden. Es ist für viele einfach niedrigschwelliger.

Der neue Ansatz soll als Pilotprojekt gemeinsam mit den Trägern der Wohnungslosenhilfe und der GAG für zunächst drei Jahre entwickelt werden, und seine Wirksamkeit soll wissenschaftlich überprüft werden. Dafür hat das Haushaltsbündnis - Marion Heuser hat es schon erwähnt - 5,4 Millionen Euro bereitgestellt.

Uns ist wichtig, dass nicht nur die Verzahnung mit den bisher bestehenden Hilfeangeboten erfolgt, sondern auch die Nutzung anderer Förderprojekte.

In diesem Zusammenhang sei insbesondere die Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE!“ genannt. Dafür wurden vom Landtag die Landesmittel zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit von 1,85 Millionen Euro in 2018 über fast 5 Millionen Euro in 2019 auf nunmehr über 7 Millionen Euro in 2020 aufgestockt.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Köln erhält im Rahmen dieses Projektes als eine von 20 als Erste ausgewählten Kommunen Fördermittel.

Einer der für Köln bewilligten Bausteine sind die sogenannten Kümmerer-Projekte, die umfassende Aufgaben haben, die hier nicht alle aufgeführt werden können. Sie haben aber als wichtigen Schwerpunkt die Aufgabe, die Akteure vor Ort einschließlich der Wohnungswirtschaft bei der nachhaltigen Versorgung von Wohnungslosen mit Wohnraum zu unterstützen. Deshalb passt das sehr gut zu unserem heute noch zu beschließenden Ansatz.

Im Zuge der konkreten Umsetzung des Housing-First-Ansatzes und seiner wissenschaftlichen Begleitung wird auch Aufgabe sein, das neue Angebot mit den bestehenden Angeboten zu vernetzen und für die unterschiedlichsten Bedürfnisse obdachloser Menschen bedarfsgerechte Angebote zu entwickeln und umzusetzen.

Dem Antrag der LINKEN möchten auch wir nicht zustimmen. Wir wollen ein zusätzliches Angebot schaffen. Eine Ersetzung der Nutzer der Belegrechtswohnungen durch einen anderen Personenkreis wollen wir nicht. Wir wollen keine Konkurrenz zwischen einzelnen Personenkreisen aufmachen, die unter Umständen zu Verdrängung führen kann. Vielmehr wollen wir einen neuen, zusätzlichen Ansatz gehen. Wie das inhaltlich aussehen soll, werden wir im Zuge der Projektumsetzung noch genau definieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Gestatten Sie mir vorab eine persönliche Anmerkung. Ich trete heute mit einem sehr mulmigen Gefühl an dieses Rednerpult. Nach dem gestrigen Tag ist man als Liberale erschüttert über das, was man erleben musste. Da kann ich auch im Namen meiner Kollegen und meiner Kollegin sprechen. Die FDP Köln ist bestürzt darüber, dass sich gestern der Thüringer Fraktionsvorsitzende Kemmerich mit Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten hat wählen lassen.

(Beifall)

Es ist meine feste Überzeugung und auch die Überzeugung meiner Kollegen und meiner Kollegin, dass ein liberaler Ministerpräsident nicht mit Stimmen der AfD in ein Amt gewählt werden darf.

(Beifall - Stephan Boyens [AfD]: Zum Thema!)

Aber ich bitte Sie, auch zur Kenntnis zu nehmen, dass dieser Ministerpräsident heute nach einem Gespräch mit unserem Parteivorsitzenden zurückgetreten ist und jetzt der Weg für Neuwahlen frei gemacht werden soll. - So weit zu dem Thema von gestern.

(Beifall)

Nun möchte ich gerne zu dem vorliegenden Antrag sprechen.

Als langjähriges Mitglied am runden Tisch für Wohnungslose möchte ich vorab erst einmal festhalten, dass in unserer Stadt die Träger und die Verwaltung einen hervorragenden Job machen. Wir müssen aber auch erkennen, dass wir trotz des guten Kölner Hilfesystems mit den bestehenden Angeboten viele Menschen nicht erreichen.

An dieser Stelle kommt der Housing-First-Ansatz ins Spiel - ein relativ neuer Ansatz, zunächst in den USA entwickelt und nun in Europa angekommen. Erfolge sind vor allem in Finnland zu verzeichnen.

Aber warum Housing First in Deutschland, und warum Housing First in Köln? Über eine halbe Million Menschen - das ist eine Schätzung - haben in Deutschland keine feste Bleibe. Darunter sind über 50 000 Obdachlose. Sie leben auf der Straße. Gerade für die Langzeitobdachlosen ist die Situation oft ausweglos. Diese Menschen konnten wir in Köln bisher vielfach nicht erreichen, weil bisher an den Schlüssel für die eigene Wohnung bestimmte Voraussetzungen geknüpft waren, zum Beispiel Abstinenz.

Mit Housing First entsteht nun ein Paradigmenwechsel; meine Kollegin Marion Heuser hat es gesagt. Der Obdachlose bekommt zuerst einen Schlüssel - ohne Vorbedingungen -, und mit dem

Einzug in sein neues Domizil setzt das Betreuungssystem ein.

Dieses Vorgehen ist - das muss man ehrlich sagen - in der Literatur nicht ganz unumstritten. Deshalb findet die FDP es auch gut, dass wir das Projekt auf drei Jahre begrenzen und es wissenschaftlich begleiten. Wir können dann aus diesen Erfahrungen lernen und sie bewerten.

Vielleicht sind wir nach den drei Jahren der Meinung, der Housing-First-Ansatz habe sich nicht bewährt. Oder es hat sich herausgestellt - das hoffen wir -, dass er sich bewährt hat. Um das zu wissen, müssen wir uns aber erst einmal auf den Weg machen. Im Interesse der wohnungslosen Menschen ist dieser Versuch erst einmal alle Mühen wert.

(Beifall bei der FDP)

In Köln als einer Stadt, in der es an Wohnraum mangelt, müssen wir einen weiteren Punkt beachten: Wo kommen die Wohnungen für die Obdachlosen eigentlich her? Hier setzen wir auf eine Kooperation von Verwaltung, GAG und Trägern der Wohnungslosenhilfe. Das Projekt Vringstreff ist an dieser Stelle ein ermutigendes Beispiel.

Besonders freut mich, dass auch die Zivilgesellschaft Housing First unterstützt. Das hat zum Beispiel Gerhard Richter gezeigt, der zugunsten von Housing First ein Gemälde gestiftet hat.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, lassen Sie uns diesem guten Beispiel von Gerhard Richter folgen. Machen wir uns mit der Zustimmung zu unserem gemeinsamen Antrag auf den Weg! - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Scholz das Wort.

Tobias Scholz (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sehen in diesem gemeinsamen Antrag mit der CDU, den Grünen und der FDP die Chance, obdachlosen Frauen und Männern die Möglichkeit auf ein bedingungsloses und selbstbestimmtes Leben in einer eigenen Wohnung zu geben. Wohnungslosigkeit und der damit fehlende Ausgangspunkt für ein eigenständiges Leben machen es faktisch unmöglich, eine nachhaltige sozialräumliche Alltagsstruktur aufzubauen, und schließen in Köln circa 6 000 Menschen radikal von gesellschaftlicher, sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Teilhabe aus.

Genau bei dieser Problematik setzt die Housing-First-Idee an. Hier geht es nämlich darum, obdachlose Menschen vorbehaltlos anzunehmen und ihnen erst einmal Wohnraum zu geben, um den erwähnten Ausgangspunkt für ein eigenständiges Leben zu haben.

Volker Busch-Geertsema - meine Vorrednerin hat ihn schon erwähnt - von der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung definiert Housing First als das Gegenteil von Trockenschwimmen. Genauso, wie man Schwimmen am besten im Wasser und Fahrradfahren auf einem Fahrrad lernt, lernt man Wohnen am besten in einer Wohnung und nicht in einer Einrichtung.

Dies kann selbstverständlich von sozialen Hilfsangeboten flankiert werden, wobei deren Annahme jedoch keine Vorbedingung ist, um eine Wohnung zu bekommen oder diese zu behalten.

Die entsprechenden Wohnungen oder kleineren Häuser sollten stadtweit verteilt sein, um auch Stigmatisierungen gegenüber ehemaligen obdachlosen Menschen zu vermeiden und der Entstehung von Obdachlosensiedlungen entgegenzuwirken.

Unsere Ratsgruppe GUT fragte schon einmal 2019 im Sozialausschuss bei der Verwaltung nach, welche Möglichkeit sie sähe, die Housing-First-Idee in Köln zu etablieren. Die Antwort macht uns deutlich, dass auch in Köln ein Mentalitätswechsel notwendig ist - weg von dem Gedanken, Menschen erst stufenweise geknüpft an Bedingungen wohnfähig machen zu müssen, bevor sie eine eigene Wohnung erhalten.

Wir sehen die Housing-First-Idee eben nicht nur als eine sinnvolle Ergänzung zum aktuellen Hilfesystem oder als eine schöne Idee. Vielmehr stellt diese Idee, wie meine Vorrednerin auch schon erwähnt hat, einen Paradigmenwechsel in der Wohnungslosenhilfe dar, der obdachlosen Frauen und Männern neue Möglichkeiten bietet, den Teufelskreis der Obdachlosigkeit zu durchbrechen.

Wir freuen uns sehr darüber, dass dank der gemeinsamen Initiative von CDU, Grünen, FDP und unserer Ratsgruppe GUT im Kölner Haushalt 2020/2021 Mittel in Höhe von 5,4 Millionen Euro für ein Housing-First-Pilotprojekt zur Verfügung gestellt wurden, das heute hoffentlich gemeinsam mit den Kollegen der LINKEN, der SPD und der Freien Wähler vom Kölner Rat verabschiedet werden wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Paetzold das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU, Grünen, FDP und der Gruppe GUT, das ist ja wirklich einmal ein Antrag aus Ihrer Feder nach meinem Geschmack:

(Niklas Kienitz [CDU]: Aha!)

kurz, knackig und trotzdem gehaltvoll.

Housing First ist - wir haben es jetzt mehrfach gehört - ein vielversprechender Ansatz zur Integration Wohnungs- und Obdachloser, der sicher nicht zu jeder und jedem, aber bestimmt zu vielen Betroffenen passt und der auch in Köln endlich einmal ausprobiert werden sollte.

Dass Sie mit Ihrem Antrag nicht die Speerspitze der Bewegung sind, schmälert ihn nicht. Denn schon im Jahr 2011 wurde in Lissabon ein Modellversuch durchgeführt - sehr erfolgreich übrigens -, der damals sogar mit EU-Mitteln finanziert wurde.

Sie schlagen vor, dass die Stadt Köln eigenes Geld in die Hand nimmt, und haben es im politischen Veränderungsnachweis, wie Sie ja sagen, bereits eingestellt. Das ist für uns als SPD-Fraktion okay; denn die Ergebnisse aus Lissabon zeigen, dass die Kommune auf Dauer sogar Geld spart.

Dass Sie das Projekt auf drei Jahre anlegen und wissenschaftlich begleiten lassen wollen, können wir ebenfalls gut mittragen.

Wie gesagt: ein guter Antrag. Dass wir dieses Thema schon im Jahr 2018 im Sozialausschuss diskutiert haben: Schnee von gestern.

Dass Sie uns und anderen demokratischen Kräften in diesem Haus den Antrag nicht zur Mitzeichnung angeboten haben: geschenkt.

(Niklas Kienitz [CDU]: Sie haben den Haushalt abgelehnt!)

- Ich wollte es gerade sagen, Herr Kienitz; lassen Sie mir doch die Chance. - Wir gehören ja nicht zum Haushaltsbündnis, wofür wir unsere guten Gründe haben. Und der Wahlkampf hat ja nun auch schon angefangen.

Nichtsdestotrotz: Der Antrag ist gut, und wir werden ihm zustimmen.

Anders als Sie stimmen wir auch dem Änderungsantrag der LINKEN zu, den wir für ebenso klug halten.

Dabei gehen wir allerdings auch davon aus, dass die Wohnungsversorgungsbetriebe der Stadt Köln mit im Boot sind, die nämlich noch nicht genannt worden sind.

Wir freuen uns sehr darüber, dass Sie, wie Sie ja sagen, bereits in positiven Gesprächen mit der GAG sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Sie werden jetzt mit Sicherheit Ähnliches hören wie von meinen Kolleginnen, die vor mir hier am Pult gestanden haben. Housing First ist aber so wichtig, dass ich noch einmal darstellen werde, warum es wirklich elementar ist, diesen Antrag heute mitzutragen.

Heutzutage gibt es in vielen europäischen Städten Housing-First-Projekte, in denen regelmäßig um die 80 Prozent der ehemaligen Obdach- und Wohnungslosen ihre Wohnung dauerhaft behielten. Denn die Aussicht, wieder ein normales Leben zu führen, setzt anscheinend Kräfte frei, die ansonsten ungenutzt blieben. Für eine dauerhafte und selbstbestimmte Teilhabe am

gesellschaftlichen Leben ist eigener Wohnraum unerlässlich.

Deshalb glauben wir, dass eine großflächige Umstellung des Systems - weg vom Stufenmodell, in dem die sogenannte Wohnfähigkeit erst bewiesen werden muss - kommen muss und kommen wird.

Der Erfolg des Konzepts ist gut untersucht. An einer kanadischen Studie von 2014 nahmen 2 200 Menschen ohne Wohnung teil. In Frankreich ist das Modell jüngst in vier französischen Städten untersucht und ausgewertet worden. In Europa gibt es Housing First in allen skandinavischen Staaten, in Großbritannien und Irland, in Italien und in allen europäischen Ländern westlich von Deutschland.

Alle Angebote weisen eine höhere Erfolgsquote auf als das meist vorher praktizierte Stufenmodell. Ein wesentlich größerer Prozentsatz der vormals Wohnungslosen behält seine Wohnung und beendet seine Wohnungslosigkeit. In Finnland verringerte sich innerhalb fünf Jahren die Zahl der Wohnungslosen um 25 Prozent. Alle europäischen Länder berichten übereinstimmend, dass sich Gesundheit und psychisches Wohlergehen bei einem großen Teil der Nutzer verbessert; der Drogen- und Alkoholkonsum geht zurück.

Doch zunächst sind viele Akteure skeptisch - wie bei allen Innovationen, die man noch nicht selbst

ausprobiert hat. Deshalb tragen wir diesen Modellversuch gerne mit und halten es auch für den richtigen Schritt, alle mitzunehmen.

Wir haben dazu jedoch einen kleinen, aber unseres Erachtens wichtigen Änderungsantrag gestellt. Wenn die Stadt Köln hinter dem Modell Housing First steht, wieso stellt sie dann nicht eigene Wohnungen zur Verfügung? Das wirkt ein bisschen so, als traue man dem Modell doch nicht ganz über den Weg.

Wenn man etwas Neues, Innovatives verankern will, muss man selbst mit gutem Beispiel vorangehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, denken Sie an die Kartoffeln, die der Preußenkönig Friedrich auf seinen eigenen Feldern aussäen ließ, weil die Bauern misstrauisch waren.

Deshalb möchten wir, dass die Stadt Köln auch einige eigene Wohnungen zur Verfügung stellt. Das sollen natürlich nicht die Wohnungen sein, in denen von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen untergebracht werden und in denen sie als Gebührenzahler ohne einen Mietvertrag und die damit einhergehenden Rechte wohnen.

Wir meinen die Häuser im sozialen Wohnungsbau, die für Geflüchtete und andere Menschen mit einem Wohnberechtigungsschein vorgesehen sind. Solche Häuser sind gerade für Porz-Urbach und Blumenberg beschlossen worden. Wir meinen, dass die Stadt dort eine Wohnung pro Haus zur Verfügung stellen könnte.

Im Gegensatz zu Frau Gärtner sehe ich hier keine Konkurrenz. Wo soll sie denn sein? Es geht um eine Wohnung pro Haus, die man entsprechend unserem Vorschlag zur Verfügung stellen könnte. Das wäre auf jeden Fall ein richtiger Schritt.

Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. Senden wir jetzt ein Zeichen, dass wir Housing First für erfolgversprechend und machbar halten! - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen.

- Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Ursprungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

II. Abstimmung über den Ursprungsantrag Beschluss:

1. Zur Schaffung von dauerhaften und nachhaltigen „Normalwohnraum“ für wohnungslose Menschen unterstützt die Stadt Köln die

Erprobung des Housing-First-Ansatzes als Ergänzung zu den bereits bestehenden Angeboten der Wohnungslosenhilfe.

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Trägern der Wohnungslosenhilfe und der GAG ein Pilotprojekt „Housing-First“ über einen Zeitraum von 3 Jahren zur Vermittlung von Wohnungen an wohnungslose Menschen zu entwickeln.*

3. *Das Pilotprojekt wird wissenschaftlich begleitet. Dem Ausschuss für Soziales und Senioren ist jährlich zu berichten.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

I. *Abstimmung über den Änderungsantrag Beschluss:*

An das Ende des vorliegenden Beschlusspunkt 2 wird folgender Satz eingefügt:

Dafür sollen auch einzelne Wohnungen der Stadt Köln in Häusern des sozialen Wohnungsbaus, in denen Menschen mit Wohnberechtigungsschein zur Miete leben, zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend

„Pauschalen zur Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung auskömmlich gestalten - Erstattungszeitraum ausweiten“

AN/0165/2020

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT

AN/0221/2020

Ich gebe zunächst Frau Schmerbach das Wort.

Cornelia Schmerbach (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Gerne begründe ich unseren Antrag.

Als in den Jahren 2014 bis 2016 die Zahl der Menschen, die in Deutschland aufgrund des Krieges in Syrien und anderen Krisenherden Zuflucht suchten, stark anstieg, wurde schnell klar, dass die bis dahin geltenden Regelungen zur Erstattung der kommunalen Kosten für die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten nicht mehr ausreichten.

Die damalige rot-grüne Landesregierung in NRW ergriff verschiedene Maßnahmen, um die finanzielle Belastung der Kommunen zu senken und gleichzeitig die Unterbringungssituation in den Kommunen für die Geflüchteten zu verbessern. So erstritt sie einerseits auf dem damaligen Flüchtlingsgipfel Bundesmittel zur Unterstützung bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen, die sogenannte Integrationspauschale, und erhöhte andererseits stetig die Landeszuweisungen an die Kommunen, die das Flüchtlingsaufnahmegesetz für Flüchtlingsunterbringung vorsieht.

Auch die Kolleginnen und Kollegen der CDU und der FDP forderten als Oppositionsparteien im

Landtag immer wieder, die von der Bundesregierung bereitgestellten Mittel zur Unterstützung bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen in der Gesamthöhe an die Kommunen weiterzuleiten. Sie versprachen zudem, dass das Problem der Finanzierung der Kosten für die Unterbringung und Versorgung sogenannter geduldeter Flüchtlinge gelöst würde, wenn sie die Landesregierung stellen würden. Kommunen dürften nicht auf den Flüchtlingskosten sitzen bleiben.

In der Tat wären wir in den Kommunen sehr zufrieden, wenn CDU und FDP im Land ihr Versprechen eingehalten hätten. Die Regierungsverantwortung tragen beide Parteien nun schon seit 2017. Leider müssen wir 2020 festhalten, dass die schwarz-gelbe Landesregierung die Kommunen bei der Finanzierung der Flüchtlingsaufnahme und der Integration nicht besser gestellt hat.

So erklärt der Städtetag im Vorbericht vom

20. November 2019 für die 14. Konferenz der Ratsmitglieder beim Städtetag NRW, dass das Land durchschnittlich weniger als 30 Prozent der

zur Sicherung des Lebensunterhaltes von Flüchtlingen anfallenden Kosten erstattet.

Dies war bereits 2013 der durchschnittliche Erstattungssatz in vielen nordrhein-westfälischen Kommunen. 2014 erklärte der Städte- und Gemeindebund im Landtag NRW, dass der durchschnittliche Kostendeckungsgrad für die Flüchtlingsversorgung in den Kommunen in NRW bei 30 Prozent liege.

Dabei liegen inzwischen das Gutachten „Evaluierung der Kostenpauschale nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz … auf der Grundlage eines Pauschalerstattungssystem“ von Herrn Professor Dr. Lenk sowie der Gesamtbericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW zur Istkostenerhebung im Jahr 2017 vor. Die Gemeindeprüfungsanstalt stellt fest, wie hoch die Pauschalen gemäß Flüchtlingsaufnahmegesetz für eine auskömmliche Finanzierung sein müssten.

Der Städtetag warnt in seinem Vorbericht außerdem, dass die Lücke zur Finanzierung der Flüchtlingsaufnahme perspektivisch noch höher sein wird. Es kommen zwar weniger Asylantragstellerinnen und Asylantragsteller nach NRW. Aber die Zahl der Geduldeten, für die die Kommunen nur drei Monate Kosten erstattet bekommen, wird weiter ansteigen. Anfang 2019 lebten in NRW fast 56 000 Geduldete, viele seit mehreren Jahren.

Die weiteren Hintergründe darüber, was bei der Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung in NRW versprochen und nicht eingehalten wurde, und dazu, was nun zu tun ist, können Sie unserem Antrag entnehmen.

Es mag sein, dass das, was heute hier gefordert wird, sich für einige kompliziert anhört. Aber eigentlich ist es ganz einfach. Wer die Musik bestellt, muss auch bezahlen. Im Fall der Flüchtlingsunterbringung kann am Greifen der Konnexität nicht gezweifelt werden.

Hier geht es erstens darum, das Versprechen zu halten, dass die Pauschale des Bundes für flüchtlingsbezogene Zwecke in voller Höhe an uns in den Kommunen weitergeleitet wird. In unserem Antrag fordern wir zweitens, dass die Landespauschale nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz deutlich angehoben wird, und drittens, dass die Erstattung der Kosten für Geduldete ausgeweitet wird.

Diese drei Punkte haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU und der FDP, im Landtag versprochen. Deshalb sollten wir als Rat nun die Landesregierung auffordern, diese längst überfälligen Maßnahmen umzusetzen und damit das Versprechen zu erfüllen. Die Kommunen dürfen nicht länger im Regen stehen.

Wir dürfen nicht vergessen, dass unter der Vorenthaltung der Gelder für Flüchtlingsaufnahme und Integration nicht nur die Städte, sondern auch die schutzsuchenden Menschen leiden. Die Kommunen können ohne diese Gelder nicht die erforderliche Integration und Inklusion gewährleisten.

Auch mir ist dabei sehr wichtig, dass die zu uns geflüchteten Menschen bestmöglich versorgt und untergebracht werden. Die Unterbringung sollte dezentral, am besten in Wohnungen oder kleinen Gemeinschaftsunterkünften, wie es die Kölner Leitlinien einmal vorgesehen haben, erfolgen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies ist ein wichtiges Thema, das wir heute auf der Tagesordnung stehen haben. Die Kommunen und ihre Spitzenverbände führen mit dem Land zurzeit ja auch die Diskussion über die Weiterentwicklung der Pauschalen. Deshalb haben wir auch einen Änderungsantrag eingebracht, um noch einmal klar herauszuarbeiten, dass wir von den antragstellenden Fraktionen die Positionen unserer Verhandlungsführer von der kommunalen Seite natürlich unterstützen.

Dabei geht es zum einen um die Angemessenheit der Vergütung. Denn in der Tat greift hier die Konnexität. Insofern geht es darum, dass auskömmliche Sätze festgelegt werden. Zum anderen ist auch die Dauer der Zahlungen ein noch offenes Thema. Deshalb haben wir unseren Änderungsantrag gestellt, um dessen Unterstützung ich Sie bitte.

Kurz einige Worte zu dem Wahlkampfteil und der Geschichtsklitterung im SPD-Originalantrag: Seit dem Jahre 2015 hat sich in der Flüchtlingsversorgung, aber auch in der Finanzierung

einiges geändert. Zur Redlichkeit gehört dazu, dass in den Haushalten 2016 und 2017 der alten Landesregierung keine Beträge vorgesehen waren und dass im letzten Jahr entsprechende Beträge vollständig weitergegeben worden sind.

Zur Ehrlichkeit gehört außerdem dazu, dass der sozialdemokratische Bundesfinanzminister die Gesamthilfen für die Kommunen von 5 Milliarden Euro auf 1,5 Milliarden Euro reduzieren wollte und es nur durch den intensiven Einsatz der Ministerpräsidenten der Länder gelungen ist, hier einen ausreichenden Topf zu bekommen.

Wir haben nicht mehr das alte Gesetz, sondern ein neues Gesetz. In diesem Rahmen sind auch die Strukturen in Bezug auf Erstaufnahmeeinrichtungen noch einmal geändert worden. Deshalb ist der hier gezogene Vergleich unredlich.

Das ist Teil des Wahlkampfes. Unter den demokratischen Parteien sollten wir eigentlich einmal damit aufhören, uns gegenseitig vorzuwerfen, dass wir nicht redlich damit umgehen. Als Kommunen haben wir doch das gemeinsame Ziel, dass wir eine auskömmliche Finanzierung bekommen.

Zurzeit führen die kommunalen Spitzenverbände mit dem Land Gespräche. Wir sollten unseren Vertretern für diese Verhandlungen den Rücken stärken, damit wir gemeinsam eine vernünftige Lösung bekommen, in deren Rahmen die Kommunen im Sinne der zu versorgenden Menschen auch auskömmlich finanziert werden. Deshalb bitte ich noch einmal um Unterstützung unseres Änderungsantrages.

Den Hauptantrag lehnen wir ab, weil einige Dinge, die darin enthalten sind, schlichtweg überholt sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Yurtsever hat das Wort.

Firat Yurtsever (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Tribüne! Es ist offenkundig, dass durch die bestehenden Pauschalen die Kosten für die Unterbringung und die Integration der Flüchtlinge nicht gedeckt werden, sodass die Kommunen, die die Hauptlast der Flüchtlingsarbeit stemmen, in finanzieller Hinsicht im Stich gelassen werden. Aber gerade die Kommunen benötigen eine auskömmliche Finanzierung der Leistungen, damit das Zusammenleben vor Ort leichter gelingen kann.

Meine Damen und Herren, die in dem SPD-Resolutionsantrag enthaltenen Aufforderungen an die Landesregierung decken sich im Wesentlichen mit den mehrmals vorgetragenen Forderungen des Städtetags NRW.

(Christian Joisten [SPD]: Hört! Hört!)

Ferner haben die Sozialdezernenten mehrerer Großstädte aus NRW, darunter auch Köln, in einem gemeinsamen Schreiben an die Landesregierung Forderungen zur Finanzierung der Kosten für Aufnahme, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen formuliert. Eine Reaktion ist bisher noch nicht erfolgt.

Deshalb ist es gut, wenn wir heute eine Resolution verabschieden. Denn das ist ein gemeinsames und starkes Signal an das Land. Eine Resolution ist auch als eine Rückendeckung für die Oberbürgermeisterin für weitere Verhandlungen mit der Landesregierung zu verstehen. Folgerichtig werden wir als Grüne der Resolution natürlich zustimmen - in Form unseres zusammen mit der CDU, der FDP und der Ratsgruppe GUT gestellten Änderungsantrages.

Unser Änderungsantrag geht weiter als der SPD-Antrag. Er wurde bereits durch Herrn Kollegen Petelkau vorgestellt. Ich finde, dass das eine gute Resolution ist. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek hat jetzt das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Konnexität ist ein ewiger Streitpunkt zwischen Kommunen, Land und Bund. Dabei sollen in der Theorie Kommunen kommunale Aufgaben finanzieren. Wenn sie als ausführendes Organ Aufgaben im Auftrag Dritter leisten, müssen diese Aufgaben vom Auftraggeber bezahlt werden, und zwar auskömmlich.

Land und Bund drücken sich allzu gerne davor, ihren Zahlungsverpflichtungen komplett nachzukommen. Zu verführerisch ist es, Geld zurückzuhalten und für eigene Aufgaben zu verwenden.

Damit wir mit dieser Resolution in der Sache überhaupt etwas erreichen, ist es wichtig, mit einer Stimme zu sprechen. Eine Kampfabstimmung, die einen knappen Mehrheitsentscheid nach sich zieht, bringt uns gar nichts.

Wir haben hier einen Antrag der SPD und einen Änderungsantrag vorliegen. Leider sind diese Anträge nicht zusammenzuführen.

Deshalb plädieren wir dafür, die beiden Anträge in den Sozialausschuss zu verweisen, um sich noch einmal in Ruhe zusammenzusetzen und einen Beschluss zu fassen, den alle demokratischen Parteien mittragen können.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen

Wir können beiden Anträgen etwas abgewinnen.

Der SPD-Antrag enthält verbindlichere Aussagen zur Höhe der Pauschalen. Der schwarz-grüne Antrag ist uns da noch zu unkonkret.

(Christian Joisten [SPD]: Hört! Hört!)

Er wirkt fast so, als solle sich das Land aussuchen, welche Höhe es für angemessen hält.

Andererseits hat der schwarz-grüne Antrag aber auch Stärken. Er zielt auf die höheren Kosten größerer Städte ab. Es ist außerdem richtig, eine Dynamisierung zu fordern. Das kann verhindern, dass Anpassungen ausbleiben oder verzögert werden, um den Haushalt zu konsolidieren oder andere Interessen zu bedienen.

Dass die Ausweitung des Erstattungszeitraumes für Geduldete kommen muss, ist in beiden Anträgen enthalten und insoweit unstrittig.

Auf kurze Sicht gesehen, ist es natürlich richtig, die Pauschalen zu erhöhen, damit die Kostendeckung größer wird. Auf lange Sicht bringt uns die Finanzierung über Pauschalen aber nicht den gewünschten Erfolg, meine Damen und Herren.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat sich mit diesem Thema beschäftigt. Köln als Millionenstadt hat noch einmal eine andere Kostenstruktur als andere große Städte in Nordrhein-Westfalen. Nur durch eine Spitzabrechnung werden die tatsächlichen Kosten erfasst und erstattet.

Das ist natürlich ein großer Verwaltungsaufwand, den nicht zuletzt das Land scheut. Letztlich bringt diese Spitzabrechnung aber mehr Gerechtigkeit. Die Transparenz wäre größer. Leistungen ließen sich besser vergleichen. Die Solidarität unter den Kommunen würde zunehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Spitzabrechnungen sind machbar, meine Damen und Herren. Es gibt sie bereits, und zwar in so unterschiedlichen Ländern wie Bayern und Mecklenburg-Vorpommern. Dahin muss die Reise gehen.

Nun eine Erhöhung der Pauschalen zu fordern, ist aber auf jeden Fall nicht falsch. Deswegen bitte ich Sie noch einmal, diese beiden Anträge in den Sozialausschuss zu verweisen und dort eine gute Entscheidung zu finden. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite hat das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche hier als Finanzpolitiker. Mir ist diese Sache sozusagen aufs Auge gedrückt worden.

(Heiterkeit)

Ich musste mich dann auch erst ein bisschen einarbeiten. Dabei ist mir aufgefallen, dass es die Integrationspauschale seit 2019 nicht mehr gibt. Sie ist ausgelaufen, und es ist ein neues Format gekommen.

Es gab ja - das wurde angesprochen - den Krach mit dem Bund. Der Bundesfinanzminister, den die SPD durchaus kennt,

(Heiterkeit)

hat plötzlich die Mittel auf 1,3 Milliarden Euro gekürzt; vorher hatten wir 4,7 Milliarden Euro. Dann haben die Ministerpräsidenten sich zusammengetan und das Ganze wieder erhöht.

(Christian Joisten [SPD]: Der Bundesfinanzminister hat es erhöht!)

Darum ist jetzt ein neues System eingeführt worden. Das schreiben Sie hinten im Text auch. Aber selbst das Gutachten hat sich eigentlich noch auf die Integrationspauschale bezogen. Insofern war das nicht aktuell.

Deshalb haben die Antragsteller hier einen Antrag vorgelegt, um es zu aktualisieren. Insofern beinhaltet er auch Punkte, die im Ursprungsantrag der SPD ebenfalls enthalten sind.

Aber eines muss man schon sagen: Die Länder, unter anderem Nordrhein-Westfalen, haben mit den Zentraleinrichtungen auch Aufgaben übernommen. Ich kann verstehen - darum steht das jetzt auch im Gesetz -, dass die Länder für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben auch eine Pauschale haben wollen.

Die SPD negiert das in ihrem Antrag und schreibt einfach: Wir wollen alles haben, auch die Pauschale der Länder. - Dass Herr Laschet und die anderen Ministerpräsidenten

(Peter Kron [SPD]: Ihr habt doch keinen mehr!)

das nicht gut finden, kann man sich vorstellen.

Ich bin der Meinung, dass wir in Bezug auf die Flüchtlingsunterbringung und die Pauschalen unsere eigene Position in die Verhandlungen einbringen müssen. Da sind natürlich insbesondere die kommunalen Spitzenverbände unser Ansprechpartner. Deshalb haben sie wir in unserem Änderungsantrag auch genannt.

Ich hoffe, dass wir diese Resolution hier verabschieden werden, weil sie - das wurde schon gesagt - eine Unterstützung für die Oberbürgermeisterin und für die anderen Kommunen darstellt. Denn eines ist ganz klar: Die Pauschalen sind jetzt noch nicht auskömmlich. Da benötigen wir mehr. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens hat das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich bei diesem Antrag der SPD unwillkürlich gefragt, ob Sie ihn auch gestellt hätten, wenn wir heute noch eine SPD-geführte Landesregierung hätten, oder ob es sich hier wieder einmal um ein durchsichtiges parteipolitisches Manöver handelt.

Aber dann habe ich mich an die Worte unserer Oberbürgermeisterin vom letzten Freitag bei dem Empfang für die politischen Gremien in der Stadt erinnert. Da hat sie uns nämlich alle aufgerufen und ermahnt, wir sollten dem politischen Gegner bei allen inhaltlichen Differenzen immer zubilligen, dass auch er nur das Beste für diese Stadt im Auge hat.

(Peter Kron [SPD]: Außer der AfD!)

Das habe ich mir zu Herzen genommen und unterstellt, dass es auch Ihnen von der SPD hier um das Beste für Köln geht.

Ich konnte mich dann darüber freuen, dass Sie hier ein Thema aufgreifen, das wir als AfD-Fraktion schon seit Jahr und Tag nach vorne stellen. Wir weisen nämlich immer wieder darauf hin, dass wir als Stadt nur einen Bruchteil der anfallenden Migrationskosten von Land und Bund erstattet bekommen.

Das von Berlin zu verantwortende Migrationsdesaster kostet die Stadt Köln Jahr für Jahr einen hohen zweistelligen Millionenbetrag. Wir reden über 60 bis 80 Millionen Euro. Dieses Geld fehlt uns im Haushalt. Unsere Stadt könnte längst einen ausgeglichenen Haushalt haben, wenn Berlin nicht seinerzeit ohne Not die Grenzen geöffnet hätte.

Dass nun auch die SPD erkannt hat, dass es zur Bewältigung der Migration nicht ausreicht, ein paar Kuscheltiere zu verteilen, sondern dass dies mit massiven Kosten und Mehraufwendungen verbunden ist, ist immerhin ein Fortschritt. Ich finde es immer schön, zu sehen, wenn in irgendeinem Winkel unserer Republik langsam die Vernunft Platz greift. Heute hat der Lichtstrahl der Vernunft die Genossen der SPD erleuchtet. Das ist für mich ein Grund zur Freude, meine Damen und Herren.

Noch größer wäre die Freude jedoch, wenn Sie, anstatt noch mehr Geld für - Zitat - „flüchtlingsbezogene Zwecke“ zu fordern, endlich die Landesregierung auffordern würden, Abschiebungen konsequent durchzusetzen und sich in Berlin dafür starkzumachen, den fortgesetzten Ansturm von kultur- und raumfremden Menschen in unsere Sozialsysteme zu unterbinden und abzuwehren.

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns!)

Besonders interessant wird es gleich werden. Meine Damen und Herren auf der Zuschauertribüne, wenn Sie dann noch da sind, passen Sie gut auf! Später werden wir unter TOP 10.33 über eine Vorlage der Verwaltung abstimmen, in der es darum geht, weitere 100 Flüchtlinge in Köln aufzunehmen. Rein sachlogisch dürften Sie dieser Vorlage nicht zustimmen, meine Damen und Herren von der SPD, wenn Sie es hier ernst meinen.

(Zurufe: Unsinn! - Albern! - Quatsch!)

Wir dürfen gespannt sein, wie die SPD später zu TOP 10.33 abstimmt. Seien Sie gewiss: Unser Social Media Team wird das ebenfalls interessiert verfolgen und wartet nur darauf, entsprechend loszulegen.

Meine Damen und Herren, ich fürchte, dass wir hier wieder einen Akt aus dem sozialdemokratischen Drama „Ich verteile die Wohltaten, aber zahlen soll jemand anders“ erleben werden. Im Grunde genommen ist das sozialdemokratische Dialektik: Ich verteile Wohltaten, aber jemand anders muss dafür zahlen.

Daher fordern wir Sie auf: Bleiben Sie standhaft und konsequent.

Ihren Antrag werden wir, auch wenn er diverse Schwächen hat, unterstützen. - Danke.

(Beifall bei der AfD - Michael Paetzold [SPD]: Muss das sein?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen, und zwar zunächst - - Doch. Herr Weisenstein meldet sich. Bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Wir stellen den Antrag, beide Anträge in den Sozialausschuss zu überweisen und dort weiter zu diskutieren, damit man dort eine einvernehmliche Lösung finden kann.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ehrlich gesagt, hatte ich das schon den Ausführungen von Frau Tokyürek entnommen. Aber es ist ja wunderbar, dass Sie das noch einmal klargestellt haben.

Dann lasse ich über diesen Verweisungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

- Vielen Dank.

Beschluss:

Der Antrag wird in den Ausschuss Soziales und Senioren als zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT

Beschluss:

Der Änderungsantrag wird in den Ausschuss Soziales und Senioren als zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Verzicht auf Jobcenter-Sanktionen bei ALG-II-Beziehern“

AN/0166/2020

Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/0224/2020

Ich gebe Herrn Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren auf der Tribüne! Die Bundesregierung definiert das Arbeitslosengeld II und das Sozialgeld als „Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts und damit Teil der Leistungen zur Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums“.

Kürzt man dieses menschenwürdige Existenzminimum durch Sanktionen, nimmt man dem Erwerbslosen damit seine Menschenwürde. Dass das Grundgesetz das verbietet, wissen wir alle.

Inzwischen gibt es aber ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das unseres Erachtens von weitgehender Bedeutung ist und mit dem wir uns auseinandersetzen sollten. Ich zitiere:

> Wenn einem Menschen die zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins notwendigen materiellen Mittel fehlen, weil er sie weder aus eigener Erwerbstätigkeit noch aus eigenem Vermögen noch durch Zuwendungen Dritter erhalten kann, ist der Staat im Rahmen seines Auftrages zum Schutz der Menschenwürde und in Ausfüllung seines sozialstaatlichen Gestaltungsauftrages verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass die materiellen Voraussetzungen für dieses menschenwürdige Dasein zur Verfügung stehen.

Wozu es führen kann, wenn wir einem Menschen das Existenzminimum entziehen, haben wir im Jahre 2010 auf grausame Art und Weise gesehen. Die Leistungen für einen 20-Jährigen wurden komplett eingestellt, weil er keine Mitwirkung zeigte. Der schwer depressive junge Mann verhungerte in seiner Wohnung.

Diese Praxis von 100-Prozent-Sanktionen hat das Bundesverfassungsgericht jetzt zum Glück abgestellt.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Bundesverfassungsgericht begründet seine Ablehnung von Sanktionen folgendermaßen - ich zitiere -:

> Die den entsprechenden Anspruch fundierende Menschenwürde steht allen zu, ist dem Grunde nach unverfügbar und geht selbst durch vermeintlich „unwürdiges“ Verhalten nicht verloren; sie kann selbst denjenigen nicht abgesprochen werden, denen schwerste Verfehlungen vorzuwerfen sind.

Befürworter von Sanktionen schreiben ihnen eine motivierende und abschreckende Wirkung zu. Das Gegenteil ist der Fall. Erwerbslosigkeit ist ohnehin eine schwere psychische Belastung. Viele Betroffene fühlen sich ohnmächtig und resignieren. Kommt eine Sanktion dazu, sind sie ihr oft hilflos ausgesetzt. Resignation und das Gefühl, nichts bewirken zu können, verstärken sich umso mehr. Das macht es solchen Leuten für die Zukunft noch schwerer, aktiv zu werden.

Sanktionen können ausgesprochen werden, wenn eine Maßnahme verweigert oder abgebrochen wird, die als sinnlos empfunden wird. Dass Bewerber in Maßnahmen gepresst werden, weil die Sachbearbeiterinnen oder Sachbearbeiter die Anweisung haben, die Maßnahme voll zu bekommen, wissen wir alle. Viele Beispiele konnten wir in den letzten Jahren immer wieder in den Fernsehdokumentationen sehen. Es wurde auch gezeigt, zu welchen dramatischen Auswirkungen diese Sanktionen führen.

Diese staatliche Repression war und ist unwürdig. Sie ist ebenfalls durch die Begründung des Bundesverfassungsgerichts zu hinterfragen. Zitat:

> Das Sozialstaatsprinzip verlangt staatliche Vor- und Fürsorge auch für jene, die aufgrund persönlicher Schwäche oder Schuld, Unfähigkeit oder gesellschaftlicher Benachteiligung in ihrer persönlichen und sozialen Entfaltung behindert sind. Diese Verpflichtung zur Sicherung des Existenzminimums ist auch zur Erreichung anderweitiger Ziele nicht zu relativieren.

Deswegen bitten wir Sie, meine Damen und Herren: Lassen Sie uns aufgrund dieses Urteils nachdenklich werden und einfordern, dass vonseiten der Bundesregierung der Entwurf eines Gesetzes erarbeitet wird, mit dem diese Sanktionen abgeschafft werden. - Das ist das Anliegen unserer Resolution, und dafür treten wir ein.

Sind wir es nicht den vielen Leidtragenden, denen viel Unrecht widerfahren ist, den Erwerbslosenaktivisten und den Erwerbsloseninitiativen schuldig, ihnen mit Respekt zu begegnen?

Leider nimmt die Respektlosigkeit immer wieder neue Formen an. So kündigte am Dienstag Arbeitsminister Laumann an, 79 Arbeitslosenzentren bis Ende 2020 die Förderung zu entziehen.

Das, meine Damen und Herren, ist dann die Realität, die uns immer wieder einholt. Deswegen appelliere ich an Sie: Lassen Sie uns für eine menschenwürdige Politik in der sozialen Frage und gegen Sanktionen kämpfen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Paetzold hat das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN, vielen Dank für euren klugen Antrag, den meine Fraktion weitgehend mitträgt.

Auch wir begrüßen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das Sanktionen des Jobcenters, die Kürzungen von mehr als 30 Prozent der Transferleistungen ausmachen, für verfassungswidrig erklärt.

Die bisherige Praxis, die im schlimmsten Fall als Sanktion die vollständige Aussetzung der Transferleistungen vorsah, war unmenschlich.

Leistungen nach dem ALG II, besser bekannt als Hartz IV, sichern das Existenzminimum. Das ist der Betrag, den die Solidargemeinschaft demjenigen zugesteht, der, warum auch immer, keine Chance auf eigene Einkünfte hat, damit er seine Grundbedürfnisse - das Dach über dem Kopf, Kleidung, ausreichende Nahrung und ein bisschen Teilhabe - befriedigen kann.

„Minimum“ heißt auf Deutsch „Mindestmaß“ oder

„unterer Extremwert“. Unter Hartz IV kann man also eigentlich nicht gehen, wenn man Menschen nicht in tiefe Not stürzen will.

Daher hält die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln die Kürzung um bis zu 30 Prozent des ALG II, die das Bundesverfassungsgericht noch für angemessen hält, eben für nicht angemessen.

Eine Kürzung des ALG II um 30 Prozent bedeutet, dass dem Betroffenen nur noch 70 Prozent dessen zum Leben verbleiben, was nach allgemeiner Meinung das Mindestmaß bzw. der untere Extremwert dessen ist, was ein Mensch zum Leben braucht. Das geht so nicht.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vorsieht, dass Menschen, die Hartz IV bekommen, auch Mitwirkungspflichten haben. Das ist auch richtig. Wem die Solidargemeinschaft das gibt, was er selber nicht erwirtschaften kann, der muss im Rahmen seiner Möglichkeiten auch daran mitwirken, dass er wieder auf eigene wirtschaftliche Beine kommt und seinen eigenen Lebensunterhalt in absehbarer Zeit wieder selber verdienen kann. Dabei soll er vom Jobcenter optimal unterstützt werden.

Wer sich seiner Mitwirkungspflicht ohne Not - ich unterstreiche: ohne Not - entzieht, handelt unsolidarisch. Deshalb muss das Jobcenter auch die Möglichkeit haben, ALG-II-Bezieher, die sich dieser Mitwirkungspflicht entziehen, zu maßregeln, ja, auch finanziell zu sanktionieren - aber mit Augenmaß und erst nach Ausschöpfung aller anderen Möglichkeiten.

Deshalb stellen wir unseren Änderungsantrag zum Punkt 2 des Antrags der LINKEN. Wir glauben, dass es nicht sinnvoll ist, dem Jobcenter die Möglichkeit zu finanziellen Sanktionen ganz zu entziehen. Wir wollen aber auch nicht, dass Menschen durch Sanktionen ins Elend gestürzt werden. Deshalb wollen wir die Sanktionen auf maximal 10 Prozent der Transferleistung begrenzen.

Wir geben dem Jobcenter aber mit auf den Weg: Finanzielle Sanktionen dürfen nur die Ultima Ratio sein, wenn alle anderen Maßnahmen nicht

fruchten. Wir sagen auch: keine Sanktionen für alleinerziehende Mütter oder Väter; das Großziehen von Kindern ist Arbeit genug. Und: bitte Respekt vor der Lebensleistung von Menschen mit langer Arbeitsbiografie, die kurz vor der Rente in Hartz IV fallen.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu dem Antrag inklusive unseres Änderungsantrags. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Sommer das Wort.

Ira Sommer (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Etwas zu begrüßen, an jemanden zu appellieren und auf etwas hinzuwirken, ist, offen gestanden, kein Antrag.

Natürlich hält das Jobcenter die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts ein, und natürlich nutzt es den Spielraum aus, den das Urteil des Bundesverfassungsgerichts bietet. Dem

Jobcenter etwas anderes zu unterstellen, ist nicht redlich. Weiter gehender Bestätigung bedarf es also nicht. Es gilt das Urteil des Gerichts.

Ein genereller Verzicht auf Sanktionen sollte nicht infrage kommen. Abgesehen davon, dass wir nach Auskunft des Jobcenters allein von einer Quote von circa 2 bis 3 Prozent entsprechender Personen ausgehen müssen, geht es auch um wechselseitige Wertschätzung und Vertrauen. Die Gemeinschaft als Garant für die Beibringung der notwendigen Mittel darf darauf vertrauen, dass der Empfänger entsprechender Leistungen alles unternimmt, um sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wie auch umgekehrt diejenigen, die es können, den ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen haben.

Wir alle tragen Verantwortung füreinander. Und Vorsicht: Einen Menschen grundsätzlich aus seiner Verantwortung zu entlassen, kann auch bedeuten, ihn aufzugeben.

Nach Auskunft des Jobcenters geht man mit diesem Thema sehr sensibel um. Es hat unser Vertrauen. Wir gehen davon aus, dass alles, was getan werden muss, um diese Sanktionen zu verhindern, auch von dort erfolgt.

Dem Grunde nach wäre dieser Antrag abzulehnen. Um dem Jobcenter jedoch noch Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, wird beantragt, ihn zur weiteren Beratung in den Sozialausschuss zu verweisen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Heuser hat das Wort.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der Fraktion DIE LINKE

„Verzicht auf Jobcenter-Sanktionen bei ALG-II-Beziehern“ besteht, hier verkürzt dargelegt, aus drei Punkten.

Erstens: Der Rat begrüßt das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu Sanktionen über 30 Prozent. - Ja, wir Grünen begrüßen das Urteil auch und können diesem Punkt des Antrags folgen.

Zweitens: Appell an die Bundesregierung, Sanktionen ganz abzuschaffen. - Es ist allgemein bekannt, dass auch wir Grünen gegen Sanktionen sind. Auch wir halten sie für menschenunwürdig. Auf Bundesebene sind wir dazu auch entsprechend aktiv. Aber es gibt offenbar keine Mehrheit für eine Gesetzesänderung, wie gerade auch unser Kollege Paetzold in seiner Rede klargemacht hat.

Drittens: Das Jobcenter Köln soll neue Spielräume gegen Sanktionen nutzen und vor Erteilung von Sanktionen eingehend prüfen. - DIE LINKE ist sowohl im Sozialausschuss als auch im Beirat des Jobcenters Köln vertreten. Sie hat somit unmittelbaren Zugang zu Informationen wie zum Beispiel der Beantwortung einer Anfrage der Ratsgruppe BUNT im Sozialausschuss aus dem März 2019 mit dem Titel „Hartz IV - Sanktionen des Jobcenters Köln“.

Aus der Antwort geht unter anderem hervor, dass sich rund 80 Prozent der im Jobcenter Köln verhängten Sanktionen auf Meldeversäumnisse beziehen.

Das heißt in Zahlen für den Zeitraum Januar bis August 2018: rund 8 000 Sanktionen und davon rund 6 250 Meldeversäumnisse, die mit 10 Prozent sanktioniert werden.

Die Fälle einer Weigerung der Erfüllung der Pflichten der Eingliederungsvereinbarung, die mit 30 Prozent sanktioniert wird, machen einen Anteil von ungefähr 10 Prozent aus; das sind circa 800 Fälle.

Der Antwort ist außerdem Folgendes zu entnehmen:

> Ausweislich der NRW-weiten Statistik der Regionaldirektion NRW liegt das Jobcenter Köln bei den sogenannten
>
> „vermeidbaren“ Stattgaben

- das sind fehlerhafte Sachverhaltsermittlungen, fehlerhafte Rechtsanwendungen oder Dokumentationsprobleme -

> bei 9,4 %; das Jobcenter Köln liegt hier regelmäßig unter den besten 5 Jobcentern in NRW.

Qualitätssicherung und systematische Prüfungen greifen im Jobcenter Köln also.

Die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Bundesagentur für Arbeit angepasste fachliche Weisung zur Umsetzung von Sanktionen im Rahmen des SGB II ist im Jobcenter bereits gelebte Praxis. Übrigens werden auch zurückliegende Sanktionen aus dem Zeitraum des gerichtlichen Entscheidungsprozesses überprüft.

Fachlich gesehen, ist der Themenkomplex Jobcenter im Sozialausschuss angesiedelt. Er ist dort ein dauerhafter eigener Tagesordnungspunkt. Daher folgen wir dem Antrag der CDU, das Ganze dann bitte im Sozialausschuss zu behandeln. Dort könnte auch das Jobcenter Köln dazu Stellung beziehen.

Abschließend möchte ich auf die Gefahr eines Abnutzungseffektes hinweisen, der entstehen kann, wenn im Rat allzu häufig Resolutionen zu Fachthemen beantragt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Letztlich würden sie dann bald keine Wirkung mehr entfalten. Das fände ich sehr schade. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir stimmen ja häufig inhaltlich nicht mit den LINKEN überein. Das ist auch beim hier vorliegenden Antrag so.

Dieses Mal enthält Ihr Antrag aber auch einen gewissen logischen Bruch. Im Punkt 1 begrüßen Sie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, um es dann gleich im nächsten Punkt wieder infrage zu stellen. Darin schreiben Sie nämlich: Wir möchten gar nicht, dass das Bundesverfassungsgerichtsurteil umgesetzt wird, sondern wollen, dass die Sanktionen generell abgeschafft werden. - Und das steht nicht im Bundesverfassungsgerichtsurteil.

In diesem Urteil steht nämlich, dass der Gesetzgeber erwerbsfähigen Hartz-IV-Empfängern zumutbare Mitwirkungspflichten zur Überwindung der eigenen Bedürftigkeit auferlegen kann und die Verletzung solcher Pflichten sanktionieren darf, indem er vorübergehend die staatliche Unterstützung entzieht - natürlich unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit. Darauf beziehen sich die 30 Prozent, die gerade schon genannt wurden.

Insofern sind Sie sich, was die Logik betrifft, in Ihrem Antrag auch nicht ganz einig. Nichtsdestotrotz möchte ich noch weiter inhaltlich dazu Stellung beziehen.

Marion Heuser hat gerade schon Zahlen und Anteile für Köln genannt. Sie decken sich ungefähr mit den bundesweiten Anteilen. Bundesweit sind nämlich 10 Prozent der Leistungsberechtigten von Sanktionen betroffen. 90 Prozent hingegen haben offensichtlich kein Problem mit dem System des Forderns und Förderns.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich Ihnen ein Beispiel geben, das ich letzte Woche in der Fernsehsendung „Markus Lanz“ zur Kenntnis nehmen durfte. Dort brachte Peer Steinbrück, ein SPD-Politiker, ein sehr eindrückliches Beispiel. Er berichtete, im Rahmen einer Aufsichtsratssitzung bei Borussia Dortmund sei er von einem Mann angesprochen worden, der ihm gesagt habe: Wenn ich dreimal zu spät zur Arbeit komme, werde ich von meinem Arbeitgeber abgemahnt und muss befürchten, dass ich meine Arbeitsstelle verliere. Jetzt geht die Diskussion dahin, dass jemand, der dreimal seinen Termin bei der Arbeitsagentur nicht wahrnimmt, in Zukunft keine Sanktionen mehr erhalten soll. Da ist doch etwas im System nicht richtig. Ist das denn sozial gerecht?

Ich sage für meine Fraktion: Ich empfinde das auch nicht als sozial gerecht.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Wir können gerne darüber streiten, wie hoch Sanktionen sein sollen.

Ich möchte mich auch dem anschließen, was Marion Heuser gesagt hat. Das sollten wir nicht hier im Rat in allen Einzelheiten debattieren. Gerade beim Thema Sozialpolitik haben wir es jetzt ganz häufig erlebt, dass hier soziale Resolutionen vorgelegt werden und wir dann im Rat große Fachpolitik machen. Wir haben einen Sozialausschuss, in dem kompetente Leute sitzen. Dort ist

man nicht immer einer Meinung. Aber der Austausch ist stets sehr fruchtbar. Leider sind die Tagesordnungen und die Sitzungen immer sehr lang. Trotz alledem glaube ich, dass wir auch diese Verweisung überstehen werden und das im Sozialausschuss diskutieren können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Verweisungsantrag der CDU-Fraktion, dem sich auch Grüne und FDP angeschlossen haben, abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Es enthält sich die Ratsgruppe GUT. Dann ist die Verweisung beschlossen. Ich gehe auch wirklich davon aus, dass Sie das im Sozialausschuss alle gut überleben werden.

Beschluss:

Der Antrag wird in den Ausschuss für Soziales und Senioren als zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT zugestimmt.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

Beschluss:

Der Änderungsantrag wird in den Ausschuss für Soziales und Senioren als zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Resolution: Meinungsvielfalt statt Meinungseinfalt - demokratische Streitkultur und Transparenz in Zeiten des Wahlkampfes stärken!“

AN/0167/2020

Ich gebe Herrn Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vom Publizisten und Soziologen Ralf Dahrendorf stammt der Satz - Zitat -:

„Demokratie ist institutionalisierter Streit“. Demokratie bedarf des Streites. Ja, wir dürfen sagen: Das Wesen der Demokratie ist der Streit nicht der Streit um jeden Preis, aber ein konstruktiver Streit, ein Wettstreit um die besten Ideen und Lösungen.

Dieser Streit, meine Damen und Herren, braucht zwei Dinge. Er braucht Streitkultur, und er braucht eine interessierte Öffentlichkeit; er braucht Transparenz.

Lassen Sie mich mit der Transparenz beginnen. Transparenz heißt, dass politisch interessierte Menschen die Debatten hier im Rat jederzeit und überall mitverfolgen, abrufen und abspeichern können. Im 21. Jahrhundert heißt das: Ratssitzungen sollten endlich in einer Mediathek verfügbar sein.

Unsere Nachbarstadt Düsseldorf macht das längst vor. Dort heißt es in der Geschäftsordnung des Rates - ich zitiere -:

> Jede öffentliche Sitzung des Rates wird zeitgleich im Internet übertragen, gespeichert und zum nachträglichen Abruf im Internet zur Verfügung gestellt.

Vor diesem Hintergrund ist es doch grotesk, wenn die Stadt Köln derzeit unseren Ratskollegen Sven Tritschler abmahnt, weil er seine eigenen Redebeiträge ins Internet stellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Würden Sie bitte zum Antrag sprechen, Herr Boyens?

Stephan Boyens (AfD): Ich spreche zum Thema „demokratische Streitkultur und Transparenz“. Das gehört zusammen. Der Antrag ist auch so überschrieben.

Meine Damen und Herren, wir schreiben das Jahr 2020. Wann kommt unser Rat in Sachen Transparenz, neue Medien und Öffentlichkeitsarbeit endlich im 21. Jahrhundert an?

Und nun zur Streitkultur: Ich habe mir dieser Tage einmal die im Netz verfügbaren Redebeiträge aus dem letzten Jahr hier im Rat angeschaut und muss Ihnen sagen - wenn man sie sieht, wenn man insbesondere einige der Reaktionen von Ratsmitgliedern sieht und hört -: Das ist traurig. Das ist peinlich. Das ist Schreikultur, aber keine Streitkultur.

Eine gute Streitkultur zeichnet sich nicht zuletzt dadurch aus, dass man die Fakten, mögen sie auch noch so unbequem sein, erst einmal zur Kenntnis nimmt.

Teresa De Bellis-Olinger hat in der letzten Ratssitzung dazu gesagt - Zitat -:

> Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit.
>
> (Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Ja!
>
> Dann fang aber mal damit an!)

Liebe Teresa, da stimme ich dir voll und ganz zu: Alle Politik beginnt mit der nüchternen Betrachtung dessen, was ist.

Das könnte Art. 1 einer guten demokratischen Streitkultur sein: Alle Politik beginnt mit der nüchternen Betrachtung dessen, was ist.

Wenn ich hier, wie in der letzten Ratssitzung geschehen, aus der Polizeilichen Kriminalstatistik zitiere und Teile der Grünen daraufhin lautstark zu zetern anfangen, zeugt das nicht von Reife, geschweige denn von einer entwickelten Streitkultur in diesem Rat.

Um es ganz klar zu sagen: Wenn für einige von Ihnen das einfache Benennen von statistisch signifikanten Unterschieden zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen schon Rassismus ist, meine Damen und Herren, kommen wir inhaltlich leider überhaupt keinen Schritt weiter.

Dann sind wir nämlich bei dem, was Hans-Georg Maaßen neulich bei „Markus Lanz“ diagnostiziert hat. Er sagte - Zitat -:

> Die Mutter aller Probleme ist, dass die Politik in Deutschland mehr Wunschdenken verfolgt als Realitätssinn.

Damit trifft er den Nagel auf den Kopf - gerade auch hier im Rat der Stadt Köln. Wunschdenken statt Realitätssinn: Das ist unser zentrales Problem. - Belege gefällig?

Sie rufen den Klimanotstand aus und fordern die Bürger auf, das Rad zu nehmen. Wir fragen: Wie kann es sein, dass nach fünfeinhalb Jahren grün-schwarzer Stadtregierung die Stadt Köln im letzten ADFC-Ranking Platz 14 von 14 belegt? - Realitätssinn statt Wunschdenken.

Sie wollen den Standort Holweide für die Kliniken der Stadt erhalten und träumen von einem Verbund mit der Uniklinik. Wir sagen: Der Standort Holweide hat keine Zukunft. Angesichts einer

Auslastung von nur noch 50 Prozent, einer Überversorgung mit Krankenhausbetten im Rheinland und dringend benötigtem Wohnraum in der Stadt kann dieser Standort problemlos verlagert werden. - Realitätssinn statt Wunschdenken.

> (Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Zum Thema, bitte!)

Diese Liste, meine Damen und Herren, ließe sich beliebig fortsetzen.

Das Jahr ist ja noch jung. Da wird man doch noch zwei Wünsche äußern dürfen.

Ich wünsche mir erstens, dass wir uns so wie die Düsseldorfer endlich dazu entschließen, unsere Sitzungen online abrufbar zur Verfügung zu stellen.

Ich wünsche mir zweitens, dass wir besser darin werden, zunächst einmal die Zahlen, Daten und Fakten der jeweils anderen Seite oder Gegenseite ruhig zur Kenntnis zu nehmen.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen im Jahr 2020 eine verbesserte Streitkultur und mehr Transparenz hier im Rat. Unterstützen Sie daher unsere Resolution! - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau von Bülow das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kollegen und Kolleginnen! Was für ein Antrag! Als Erstes möchte ich sagen - damit beginne ich -: Demokraten halten sich an Beschlüsse des Rates. Zum Livestream gibt es Beschlüsse des Rates. Ich erwarte, dass alle, die Mitglied dieses Rates sind, sie umsetzen.

(Beifall)

Zum Antrag: Begriffe wie „Meinungsvielfalt“,

„Transparenz“ und „lebendige und demokratische Debatten- und Streitkultur“ haben alle demokratischen Fraktionen an dieser Stelle in ihren Statements benutzt - aber in deutlich anderer Konnotation, als das im hier vorliegenden Antrag der Fall ist. Denn in diesem Antrag greifen Missbrauch von Sprache, Missbrauch von Ideen und Missbrauch von Idealen um sich, gepaart mit Heuchelei und billigem Populismus.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von der AfD)

Schon allein das widerspricht einer demokratischen Streitkultur. Es verhindert sie und verunmöglicht sie. Daher lehnen wir selbstverständlich diesen Antrag in Gänze ab.

Meinungsvielfalt und auch Meinungsfreiheit sind ein hohes Gut. Hass allerdings - rechtes, rassistisches, antisemitisches, antidemokratisches, sexistisches und gewaltverherrlichendes Gedankengut - widerspricht den Grundwerten und Grundrechten unserer Demokratie und kann auch nicht durch eine vorgebliche Meinungsvielfalt gerechtfertigt oder gar gedeckt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Denn da, wo andere verunglimpft werden und Menschenverachtung offen zur Schau gestellt wird, ist die Grenze von Meinungsfreiheit überschritten. Mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung hat das nichts zu tun. Es passt auch nicht zu einer lebendigen Streitkultur.

Gerade an diesen Punkten zeigt sich der deutliche Unterschied zwischen der antragstellenden Fraktion und den demokratischen Fraktionen. Es verbietet sich auch nur der Gedanke daran, dass die AfD meint, mit ihrem Antrag werde sie sich in ein Wir des demokratischen Rates einreihen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN - Lachen bei der AfD)

Niemals! Denn wir stehen für Humanität und Solidarität als Grundwerte und Grundlage unseres kommunalen Handelns. Wir stehen als Demokraten und Demokratinnen für Vielfalt, für Freiheit, für Menschenrechte, für Weltoffenheit und für ein friedliches und demokratisches Zusammenleben. Und das ist wichtiger denn je.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Eine zweite Runde wird gewünscht. Herr Tritschler.

Sven Tritschler (AfD): Ich mache es auch kurz. - Frau Kollegin, keine Sorge: Bei Ihnen wollen wir uns ganz sicher nicht einreihen.

Ich möchte nur eines anmerken: Ich weiß ja, dass die Leute hier sich gerne ein bisschen wichtig nehmen. Aber auch Ratsbeschlüsse stehen nicht über dem Gesetz.

Das ist auch der Grund, warum die Stadt Köln es bei Abmahnungen belässt und nicht versucht, bei Gericht zu verhindern, dass ich meine Reden veröffentliche; denn sie weiß, dass sie vor Gericht unterliegen würde. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und lasse jetzt abstimmen. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

In Zeiten zunehmender politischer Polarisierung unserer Gesellschaft und vor dem Hintergrund des bevorstehenden Kommunalwahlkampfes im Jahr 2020 sind sich alle Fraktionen im Rat der

Stadt Köln ihrer besonderen Verantwortung für eine lebendige und demokratische Debatten- und Streitkultur in unserer Stadt bewusst. Gemeinsam erkennen sie daher die Notwendigkeit,

- *gemeinsam für eine lebendige und nach demokratischen Regeln geführte Streitkultur einzustehen,*
- *in Anerkennung der ihnen dabei zukommenden Vorbildfunktion für die Menschen in Köln diese Streitkultur im Rat vorzuleben,*
- *dabei Meinungsvielfalt zuzulassen und Streit als notwendigen Bestandteil und Ausdruck gelebter Demokratie zu begreifen,*
- *ein hohes Maß an Transparenz über politische Entscheidungsprozesse im Rat zu gewährleisten, in dem Debatten und Redebeiträge der interessierten Öffentlichkeit auf geeignetem Wege jederzeit zugänglich gemacht werden.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.5 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend „Umgestaltung Barbarossaplatz - Machbarkeitsstudie“ AN/0042/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0216/2020

Ich gebe Herrn Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Dieser Platz hat oft einfach zu viel durchgemacht. Vier KVB-Linien und zu viele Straßen schneiden tiefe Furchen in sein Gesicht, umrahmt von einer trist grauen Hautfarbe aus mäßig schöner Nachkriegsarchitektur und schlechtem Atem, der ihm auch noch den letzten Hauch an Aufenthaltsqualität nimmt. Guten Morgen, Barbarossaplatz!

Nicht umsonst wird der Barbarossaplatz als „der am meisten vernachlässigte Platz“ Kölns bezeichnet - so zum Beispiel Ulrich Krings, ehemaliger Stadtkonservator, in einem Artikel im *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 12. September 2019.

Ich würde gerne aus diesem Artikel zitieren:

> Und viele Chancen, das „Getöse“ nachträglich zu beruhigen, seien im Laufe der Nachkriegs-Jahrzehnte vertan worden, sagt Ulrich Krings. Der Barbarossaplatz sei „das Produkt einer absoluten Vernachlässigung jeder ästhetischen Nachbesserung dieser Verkehrslösung“.

Damit kann man sich nach und nach abfinden. Oder man kann versuchen - so, wie wir es heute aufgreifen -, das zu ändern. Wir wollen dies für alle zukünftigen Generationen tun.

Deshalb haben wir im aktuellen Haushalt, den wir mit der CDU, den Grünen, der FDP und der Ratsgruppe GUT beschlossen haben, 300 000 Euro für eine Machbarkeitsstudie zur Verfügung gestellt, die diese Themen angeht und aufzeigen soll, wie wir den Barbarossaplatz verkehrlich entlasten können, wie wir den ÖPNV optimieren können - sei es unterirdisch, sei es oberirdisch - und wie wir letztendlich auch die Aufenthaltsqualität verbessern können.

Im Sinne von Querbeat - „Nichts muss und alles kann“ - möchten wir eine Machbarkeitsstudie beauftragen.

Schließen möchte ich mit einem weiteren Zitat von Herrn Krings aus dem besagten Artikel fortfahren:

> Diese Nachbesserung könnte etwa darin bestehen, „dieses ganze Getöse unter die Erde zu bringen“.

Es würde

> dem Barbarossaplatz guttun, die KVB-Linien in Tunnel zu verlegen. Doch geschehen sei nie etwas, bedauert Krings.
>
> „Aus diesem Grund sieht der Barbarossaplatz so aus, wie er aussieht.“ Ganz anders als 1902 jedenfalls.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Sinne bitte ich um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag, damit wir eine Verbesserung für den Barbarossaplatz heute anstoßen können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer hat das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Kienitz hat hier schon angefangen, zu zitieren. Dem möchte ich mich gerne anschließen. Ja, dem Barbarossaplatz sieht man auch die Nacht an. Man sieht ihm vor allen Dingen die Nacht an.

Das Ganze ist eine Verkehrsinsel. Letztendlich kann man, wenn man auf Stadtplänen nachschaut, gar nicht erkennen, wo denn dort der eigentliche Platz sein soll. Es gibt eine Straße, die Barbarossaplatz heißt. Aber man sieht nicht wirklich, was der Platz ist.

Wir haben uns im Rahmen des Haushalts - es wurde schon gesagt - auf den Weg gemacht, 300 000 Euro bereitzustellen, um hier auszuloten: Was können wir mit diesem Platz denn anstellen, damit er auch wieder ein Platz wird?

Dass er wieder wie 1902 ein von Blumen umsäumter Platz mit Springbrunnen in der Mitte wird, wage ich einmal zu bezweifeln. Aber natürlich steckt in diesem Platz deutlich mehr Potenzial.

Es geht um die Entflechtung der ganzen Verkehre. Es geht darum, wie wir den Autoverkehr neu führen können. Es geht darum, wie wir die Umsteigebeziehungen zwischen den dort vorhandenen Stadtbahnlinien noch einmal deutlich verbessern können. Es geht darum, zu schauen, wie wir den ÖPNV anders sortieren können. Es geht darum, wie wir es schaffen können, zusätzliche Flexibilität ins Stadtbahnnetz hineinzubringen.

Alles das soll jetzt untersucht werden, damit wir auch diesen Platz wiederbeleben können. Eine Reihe von Plätzen haben wir ja schon angefasst. Auch der Ebertplatz strahlt, auch wenn es nur in Interim ist, jetzt wieder Lebensqualität aus. Es ist uns gelungen, ihn zu einem lebenswerten Platz zu machen.

Daher kann ich nur für unseren Antrag werben und um Zustimmung bitten.

DIE LINKE hat jetzt noch einen Änderungsantrag eingebracht, der natürlich Ideen enthält, bei denen man gar nicht von vornherein sagen muss, dass sie alle schlecht seien oder nichts taugten.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Nein, umgekehrt! Gut!)

- Sie greifen aber einer Machbarkeitsstudie schon wieder sehr weit vor. Denn machbar ist immer relativ viel. Es ist letztendlich auch eine Frage des Geldes.

Wir sollten erst einmal diese Studie abwarten und dann auch relativ offen dort hineingehen, um zu sehen, was denn bei diesem Platz alles möglich ist, anstatt schon im Vorhinein festzulegen, was am Ende der Machbarkeitsstudie bitte herauskommen soll. Lassen Sie uns gemeinsam den Mut haben, zu sehen: Was ist generell möglich? Was ist alles machbar? - Wenn dann die Ergebnisse auf dem Tisch liegen, können wir uns gerne noch konkret darüber auseinandersetzen, ob wir rechtsherum oder linksherum gehen.

Deshalb werden wir heute Ihren Änderungsantrag ablehnen, um jetzt mit der Machbarkeitsstudie beginnen zu können, damit der Barbarossaplatz dann auch wieder, wie es bei Querbeat heißt, ein „sexy“ Platz wird. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Gerade in der fünften Jahreszeit nutzt man natürlich gerne eine so schöne Vorlage wie Querbeat. Daher ist klar, dass wir unsere Initiative unter die Überschrift

„Guten Morgen, Barbarossaplatz, bist du auch noch wach?“ gestellt haben. In unserer Initiative, die von CDU, Grünen, FDP und Ratsgruppe GUT ausgeht, geht es ja darum, dass der ewig wache Barbarossaplatz Ruhe bekommen soll. Wir wollen ihm die Möglichkeit geben, zur Ruhe zu kommen, indem wir die einzelnen Verkehrsbereiche entflechten und oben einen urbanen Platz

schaffen, während insbesondere die Bahnen unter die Erde gelegt werden.

Meine Damen und Herren, wir haben hier bereits einige Schlachten in diesen Verkehrsfragen geschlagen. Es ist schon eine Sensation, dass wir heute mit einem so breiten Bündnis eine solche Machbarkeitsstudie in Auftrag geben können.

(Beifall bei der FDP)

Insbesondere die Linie 18 gehört unter die Erde. Am Eingang zur Luxemburger Straße existiert ein Nadelöhr, wo es natürlich zu Konflikten mit dem Individualverkehr kommt, wo wir für die Radfahrer keine adäquate Lösung haben und wo es keine Verknüpfung zum Bahnhof Köln-Süd gibt. Das ist eigentlich ein Unding. Heute würde man so etwas gar nicht mehr planen, sondern darauf achten, dass die Dinge entsprechend verflochten werden.

Gerade bei einer so wichtigen Linie wie der 18, die im Fünfminutentakt fährt, ist eine Verflechtung zum Bahnhof Köln-Süd unabdingbar. Wir bekämen bei dieser wichtigen Verbindung in die Stadt hinein auch eine Beschleunigung, wenn wir es schafften, die Linie 18 entsprechend tiefer zu legen.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Aufgrund des Wegfalls der Linie 16, wenn diese dereinst endlich einmal auf der Trasse der Nord-Süd-Stadtbahn fährt, brauchen wir am Barbarossaplatz, dem Verkehrskreuz des Südens in unserem Netz, keinen zweiten Ebertplatz unterirdisch zu bauen. Vielmehr reicht eine einfache Kreuzungshaltestelle.

Im Jahr 2009 hatten wir schon einmal vorgeschlagen, keine Kreuzungshaltestelle wie am Friesenplatz zu bauen, sondern eine L-förmige Anlage der Haltestellen vorzusehen. Wir haben das damals auch visualisiert.

(Der Redner hält einen Plan hoch)

Sie finden es in den Ratsunterlagen zur Ratssitzung vom 10. Februar 2009. Mit Ihren iPads können Sie ja darauf zugreifen. Dort kann man das sehen.

Das heißt: Wir wollen eine unterirdische Haltestelle für die Linie 18 zwischen Barbarossaplatz und Bahnhof Köln-Süd, um diese Verknüpfung zu schaffen, und für die Ringbahnen eine Haltestelle zwischen Zülpicher Platz und Barbarossaplatz, um dann auch den Anschluss an die Linie 9 vorzunehmen. Mit einer solchen L-förmigen Haltestelle könnten wir dort eine optimale Verknüpfung aller Verkehrsträger schaffen.

Unser Antrag enthält noch einen kleinen Gimmick. Das ist etwas für Feinschmecker in Bezug auf das KVB-Netz. Denn wir haben heute zwischen der Haltestelle Poststraße und der Haltestelle Severinstraße nur ein einzelnes Betriebsgleis der KVB, über das man also keine Linie führen kann.

Wenn wir aber im Netz flexibler werden wollen und Linien, die aus dem Rechtsrheinischen über die Severinsbrücke kommen, möglicherweise in Richtung Hürth fahren lassen wollen, um in Richtung Hürth ein attraktiveres Angebot zu schaffen

- das heißt, dass die Bahnen nicht nur bis Klettenberg fahren, sondern weiter bis Hürth; mit der Stadt Hürth werden ja Verhandlungen darüber geführt, dass es möglicherweise einen Abzweig in Richtung Alt-Hürth geben soll -, brauchen wir dort ein zweites Gleis, um darüber eine entsprechende Linie führen zu können. Vielleicht ist es irgendwann einmal eine Linie 19, die von Flittard kommt und bis Alt-Hürth fährt. Vielleicht werden wir auch die Schenkel mit der Linie 3 oder der Linie 4 tauschen.

Diese Flexibilität im Netz herzustellen - damit nicht jeder Fahrgast meint, er müsse bis zum Neumarkt fahren, weil dort die besten Verknüpfungen bestehen - und auch Direktverbindungen aus dem Ast der Luxemburger Straße ins Rechtsrheinische zu schaffen, wäre ein großer Gewinn für unsere Stadt.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Wir haben zehn Jahre verloren. Im Jahr 2009 waren wir schon einmal so weit. Am 10. Februar 2009 gab es unseren entsprechenden Antrag, nachdem die Vorschläge des Büros Speer vorlagen. Sie sind nie beschlossen worden, weil dann der Einsturz des Stadtarchivs kam und der U-Bahn-Bau in Köln entsprechend in Verruf geraten ist. Wir haben also zehn Jahre verloren. Ich hoffe, Frau Blome, dass wir jetzt durch Ihre Arbeit das eine oder andere Jahr wieder aufholen können.

Ich gebe meinem Kollegen Lino Hammer vollkommen Recht: Der Änderungsantrag der LINKEN bringt uns an dieser Stelle nicht weiter, weil er nicht nur das Nadelöhr manifestiert, das wir dort heute schon haben, sondern eine

komplette Blockade schafft, die das Verkehrschaos in diesem Bereich vergrößern würde.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: So habe ich das nicht formuliert!)

Die Vorschläge, die das Büro Speer für die Verkehrsführung am Barbarossaplatz gemacht hat, sind ja schon untersucht worden und haben nicht funktioniert. Sie gehen jetzt noch weiter. So etwas funktioniert gar nicht. Das hilft uns nicht. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Ich freue mich trotzdem über eine breite Mehrheit für unsere Machbarkeitsstudie zum Barbarossaplatz. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Da muss ein Tunnel gebaut werden!)

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Nein, ein Tunnel wird da nicht gebaut, jedenfalls nicht in dieser Machbarkeitsstudie. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Barbarossaplatz - wir sind gerne Mitantragsteller - ist ausreichend beschrieben worden, auch recht lyrisch. Die Beschreibung von Querbeat ist ganz nett.

Ich persönlich halte es da allerdings mehr mit Rolf Dieter Brinkmann und seinen Beschreibungen über Köln. Leider kann ich das jetzt nicht zitieren, weil vielleicht noch Kinder am Livestream zuschauen. Aber wer sich den Spaß machen möchte, kann gerne einmal „Rolf Dieter Brinkmann in Köln“ googeln. Dann ist er relativ schnell bei einer sehr schönen Beschreibung, die auch auf den Barbarossaplatz zutreffen könnte.

Wir finden es gut, dass der Barbarossaplatz nun angegangen wird. Wir haben auch andere Plätze, um die wir uns kümmern müssen und um die wir uns auch kümmern. Ich will hier nur den Ebertplatz und den Wiener Platz nennen, weil wir auch zuletzt Beschlüsse dazu gefasst haben. Der Barbarossaplatz ist ein Platz, um den man sich schon sehr viel früher hätte kümmern müssen und der es meiner Ansicht nach auch dringender benötigt als manch anderer Platz in Köln, um den wir uns kümmern. Umso mehr freut es mich, dass wir uns nun endlich diesem Projekt widmen und das angehen.

Ich hoffe, dass die Verwaltung - genauso, wie sie das anderen Stellen macht - auch an dieser Stelle mit Nachdruck hinterher ist, damit wir zu Lösungen kommen, die wir alle noch erleben werden. - Danke schön.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Pöttgen hat das Wort.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Endlich der Barbarossaplatz! Es wurde aber auch einmal Zeit. Die verlorenen zehn Jahre sind schon angesprochen worden.

Übrigens ist das nicht ganz wahr, wenn ich richtig recherchiert habe, lieber Kollege Sterck. Der Verkehrsausschuss hat im August 2009 ein Verkehrsgutachten beauftragt, das aber nie der Öffentlichkeit und dem Rat vorgelegt wurde. Das heißt: Der Städtebauliche Masterplan hatte ja sogar ein Leitprojekt auf den Barbarossaplatz gelegt.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Da hatten wir einen SPD-Oberbürgermeister! Da wurde nichts gemacht!)

Seitdem ist da tatsächlich nicht genug passiert.

Vorletztes Jahr haben wir es das erste Mal hinbekommen, dass alle verkehrspolitischen Sprecher an einem Ortstermin teilgenommen haben. Das war die Befahrung von RingFrei. Bei diesem Termin durfte man den Barbarossaplatz überhaupt nicht ansprechen, weil alle sagten: Nein, daran gehen wir nicht heran; das trauen wir uns nicht; das schaffen wir gar nicht.

Jetzt ist es endlich so weit. Das ist total schön und freut mich.

Allerdings hätte man das auch schon vor zwei Jahren haben können. In der Diskussion zur Ost-West-Achse war der Barbarossaplatz durchaus Verhandlungsposition. Damals war die CDU leider noch nicht so weit, zu sagen: Wir greifen das Thema Barbarossaplatz auf.

Warum haben wir den Barbarossaplatz im Zusammenhang mit der Ost-West-Achse diskutiert? Wir sagen - das hat sich nicht geändert -: Die Ausbaukapazität der Ost-West-Achse wird nicht ausreichen, wenn man bei zwei Gleisen bleibt. In dem Moment, in dem die langen Züge fahren, ist die Kapazität durch den Modal Shift und das Wachstum der Stadt sofort wieder ausgenutzt.

Deswegen brauchen wir eine zweite Ost-West-Achse. Wie der Kollege Sterck schon richtig dargestellt hat, haben wir die Möglichkeit, in Köln eine zweite Ost-West-Achse zu bauen, und zwar von der Severinsbrücke zum Barbarossaplatz. Dort endet der Innenstadttunnel. Deswegen gibt es dieses eine Überführungsgleis zwischen Poststraße und Severinstraße. Genau dorthin kann man die zweite Linie bauen.

Deswegen finde ich es sehr gut, dass Sie das direkt in Ihren Antrag aufgenommen haben. Wir hätten uns wahrscheinlich sogar daran beteiligt, wenn Sie uns gefragt hätten. Das hätten wir schon vor 14 Monaten haben können. Schön, dass 14 Monaten liegen geblieben sind! Es hilft, dass Sie es heute selber beantragen. Unsere Unterstützung haben Sie dafür.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein hat das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus verschiedenen Gründen haben wir die Notwendigkeit gesehen, unseren Änderungsantrag zu stellen.

Der Hauptgrund ist: Wir könnten ohne Machbarkeitsstudie und ohne neue Tunnelträume erreichen, dass der Barbarossaplatz mit überschaubaren und zeitnah umsetzbaren Maßnahmen in absehbarer Zeit auch wieder den Namen Platz verdienen würde.

Wir setzen uns dafür ein und wünschen uns einen Barbarossaplatz, der barrierefrei ist und zwischen dem nördlichen und dem südlichen Bereich autofrei ist. Ich erkläre das gleich noch im Detail. Dazu gibt es auch eine Anlage zu unserem Antrag. Wir wollen einen Barbarossaplatz, der künftig tatsächlich Teil der Ringe und Teil von RingFrei ist. Das geht nur, wenn wir ihn weitgehend vom Autoverkehr befreien.

Herr Sterck hat zwei interessante Dinge gesagt.

Erstens hat er natürlich wie immer auf U-Bahnen abgehoben. Wir alle wissen doch, dass es eine Ewigkeit dauert, bis ein Stück Tunnel gegraben ist. Meines Erachtens können wir es uns nicht leisten, den Barbarossaplatz noch Jahrzehnte so zu belassen, wie er heute ist.

Zweitens hat er einen wichtigen und richtigen Aspekt angesprochen. Wir haben uns erlaubt, unserem Änderungsantrag - für diejenigen, die das nachvollziehen möchten - einen Plan beizulegen, der auch umgedruckt worden ist. Das kleine Stück Tunnel zwischen Barbarossaplatz und Severinstraße müsste man wirklich genau prüfen. Deswegen bleibt unser Antrag hier auch etwas unkonkret. Denn es ist nur ein Gleis.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das steht hier aber schon!)

- Ja. Ich wollte nur noch einmal darauf hinweisen. Es sind ja nicht alle im Verkehrsausschuss, und nicht jeder hat die Gleise, die man nicht sieht, immer vor Augen. Deswegen haben wir diese kleine Anlage beigefügt. Insofern empfehle ich, sich das einmal anzugucken. - Es bestände die Möglichkeit, da etwas zu tun. Dann muss die KVB aber natürlich genau schauen, was in dem bestehenden kleinen Tunnel machbar ist und wo er erweitert werden müsste.

Aber zurück zur Autofreiheit des Barbarossaplatzes: Ich habe mir erlaubt, unserem Antrag einen weiteren Plan beizulegen, der meiner Meinung nach sehr gut nachvollziehbar ist. Insofern glaube ich, dass wir keine Machbarkeitsstudie brauchen, sondern das mit unserem Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung in Eigenleistung angehen können. Frau Blome ist ja sehr aktiv. Das trauen wir ihr durchaus zu. Unseres Erachtens brauchen wir also keine Studie, sondern können diese Umfahrung des Barbarossaplatzes mit Eigenmitteln bewältigen.

Wer dem folgen möchte, damit er weiß, worüber wir reden, den bitte ich, noch einmal diesen Plan zur Hand zu nehmen. Der motorisierte Individualverkehr, der auf den Ringen von Norden her kommt, biegt künftig rechts auf die Luxemburger Straße ab, nimmt am Blue Shell den U-Turn und fährt zurück über die B 265 zum Salierring. Somit ist diese Fahrtrichtung relativ einfach abgefrühstückt. Aus dem Süden kommend, fährt er

zunächst einmal in Richtung Osten, dann über den Pantaleonswall und im nördlichen Bereich des Barbarossaplatzes zurück auf die Ringe in Richtung Norden.

Wir hätten also zwischen McDonald's, der heutigen Straßenbahn und der anderen Straßenseite einen Platz - etwa 100 Meter lang und circa 70 bis 80 Meter breit; wir haben es ausgerechnet -, den wir ohne große Schwierigkeiten autofrei gestalten könnten. Somit hätten wir in sehr kurzer Zeit einen Barbarossaplatz, der diesen Namen verdient.

Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Eines habe ich noch vergessen, nämlich die Bitte um punktweise Abstimmung bei dem Hauptantrag. Wir wollen ja keinen Tunnel.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN und danach punktweise über den Ursprungsantrag von CDU, Grünen, FDP und Ratsgruppe GUT abstimmen. Danach folgt eine Gesamtabstimmung.

Wer dem Änderungsantrag der LINKEN zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gibt es

Enthaltungen? - Keine. Dann konnte das nicht beschlossen werden.

Ich lasse jetzt über den Ursprungsantrag abstimmen, und zwar punktweise.

Ziffer 1. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ziffer 2. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen der LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ziffer 3. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich komme zur Gesamtabstimmung. Enthaltungen? - Der LINKEN. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist der Ursprungsantrag von CDU, Grünen, FDP und GUT so beschlossen.

(Beifall bei der FDP)

II. Punktweise Abstimmung über den Ursprungsantrag Beschluss:

zu Ziffer 1:

Beschluss:

1) Die verkehrliche Entlastung des Platzes und Stärkung des Umweltverbundes mit besseren Wegebeziehungen für Fußgänger und Radfahrer - mit dem Ziel der Barrierefreiheit - und einer entsprechenden Entflechtung gemäß der Ziele von Köln Mobil 2025. Aktuelle Projekte sollen dabei einbezogen werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

zu Ziffer 2:

Beschluss:

2) Optimierung des ÖPNV durch eine ober-, oder unterirdische Einbindung der Ringverbindung bzw. der Verbindung Innenstadt/ Klettenberg; inklusive einer leistungsfähigen Ertüchtigung zur Severinsbrücke und einer optimierten Verbindung zum Südbahnhof. Hierbei soll auch untersucht werden, ob und wie schon vorhandene Vorleistungen für eine Verlängerung des Innenstadttunnels genutzt werden kann.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

zu Ziffer 3:

Beschluss:

3) Die Steigerung der Aufenthaltsqualität durch eine städtebauliche Neugestaltung des Platzes und des direkten Umfeldes.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

III. Gesamtabstimmung über den Ursprungsantrag Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung für eine Neuordnung des Barbarossaplatzes eine Machbarkeitsstudie zu beauftragen.

Inhalte der Studie sollen sein:

1) Die verkehrliche Entlastung des Platzes und Stärkung des Umweltverbundes mit besseren Wegebeziehungen für Fußgänger und Radfahrer - mit dem Ziel der Barrierefreiheit - und einer entsprechenden Entflechtung gemäß der Ziele von Köln Mobil 2025. Aktuelle Projekte sollen dabei einbezogen werden.

2) Optimierung des ÖPNV durch eine ober-, oder unterirdische Einbindung der Ringverbindung bzw. der Verbindung Innenstadt/ Klettenberg; inklusive einer leistungsfähigen Ertüchtigung zur Severinsbrücke und einer optimierten Verbindung zum Südbahnhof. Hierbei soll auch untersucht werden, ob und wie schon vorhandene Vorleistungen für eine Verlängerung des Innenstadttunnels genutzt werden kann.

3) Die Steigerung der Aufenthaltsqualität durch eine städtebauliche Neugestaltung des Platzes und des direkten Umfeldes.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag Beschluss:

Der Beschlusstext wird durch folgenden Text ersetzt:

1) Der Barbarossaplatz wird ausgehend von den des Umweltverbundes neu geplant. Dazu gehören:

a. Direkte Wegebeziehungen und hohe Aufenthaltsqualität für den Fußverkehr. Vollständige Barrierefreiheit ist zu gewährleisten.

b. Direkte Wegebeziehungen für den Radverkehr ohne Mehrfachhalte an Übergängen und Kreuzungen. Schaffung einer sicheren und komfortablen Ost-West-Verbindung. Vollständige Umsetzung der Ziele von „Ring frei“.

c. Barrierefreiheit an allen Haltestellen des ÖPNV.

d. Prüfung einer zusätzlichen Stadtbahnlinie aus dem Rechtsrheinischen über die Severinsbrücke in Richtung Westen (siehe Anlage 1). Dabei Nutzung der Kapazitäten, die freiwerden, wenn nach Fertigstellung der Nord-Süd-Stadtbahn die Linie 16 nicht mehr über den Barbarossaplatz fährt.

2) Um dies zu erreichen wird der Platz vom Motorisierten Individualverkehr (MIV) entlastet und in weiten Teilen befreit. Dabei sollen Maßnahmen geprüft werden, den MIV zu reduzieren, sowie Maßnahmen, den MIV um den Platz herumzuführen.

Dies kann durch folgende Verkehrsführung erreicht werden (siehe Anlage 2): Aus Süden kommend wird der MIV am südlichen Ende des Barbarossaplatz

auf der Neuen Weyerstraße (B55) Richtung Bäche geführt, biegt auf den Pantaleonswall ab, fließt dann auf der B55 wieder Richtung Ringe. Dort kommt der MIV dann auf Nordseite des Barbarossaplatz an und biegt rechts auf die Ringe Richtung Norden.

Aus Norden kommend biegt der Autoverkehr rechts auf die Luxemburger Straße (B265) ab und nutzt den U-Turn in Höhe des Musik Clubs Blue Shell, fährt anschließend Richtung Osten auf der B265 und biegt am am südlichen Ende des Barbarossaplatz rechts in Richtung Süden auf den Salierring ab.

Durch diese Maßnahmen besteht die Möglichkeit einer Platzgestaltung auf einer Länge von circa 125 Metern (Nord-Süd-Ausdehnung) mal 60 Metern (Ost-West Ausdehnung)

3) Zum Schutz anderer Verkehrsteilnehmer und zur Verflüssigung des MIV Einführung von Tempo 30 im Planungsbereich.

4) Der Rat beauftragt die Verwaltung, den Fachausschüssen darzulegen, welche dieser Maßnahmen zeitnah umgesetzt werden können.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend

„Zweckbindung der Mittel aus mobilen und festinstallierten Radargeräten“ AN/0169/2020

Ich gebe Herrn Geraedts das Wort.

Wilhelm Geraedts (AfD): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Die AfD-Fraktion möchte mit diesem Beschluss die Verwaltung mit der Prüfung der Möglichkeit beauftragen, Einnahmen aus automatisierten Geschwindigkeitskontrollen im Bereich Köln einem Zweck zuzuführen.

Immer öfter wird erkennbar, dass Städte und Gemeinden mit den Einnahmen aus immer mehr dieser Geschwindigkeitskontrollen ihre Haushalte sanieren.

Der Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (Niklas Kienitz [CDU]: Ehemalige!)

sagte dazu einmal: Der Einsatz von automatisierten Geschwindigkeitskontrollen „darf nicht herhalten, um klamme Kassen zu füllen“.

Auch Vertreter der Polizei kritisieren gelegentlich, dass von Verkehrserziehung manchmal kaum noch die Rede sein kann.

Eine Umfrage eines Automobilklubs ergab, dass neun von zehn Deutschen glauben, bei den Kontrollen stünden wirtschaftliche Interessen der Kommunen im Vordergrund. Art und Weise der Aufstellung, zurückgehende Unfall- und Opferzahlen - was grundsätzlich erfreulich ist - sowie immer neue Gängelungsversuche der Autofahrer machen dieses Meinungsbild nicht besser.

Um hier in Köln einem Glaubwürdigkeitsproblem gegenüber unseren Bürgern zu begegnen, halten wir die Prüfung für angebracht, ob die Einnahmen aus den fest installierten Kölner Geschwindigkeitskontrollen zum Beispiel für die Abmilderung von Unfallfolgen in Härtefällen und/oder für eine effektive Verkehrserziehung von Jugendlichen und erforderlichenfalls jungen erwischten Erwachsenen verwendet werden können, anstatt im städtischen Haushalt zu versickern. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren.

Dann lasse ich zu Tagesordnungspunkt 3.1.6 abstimmen. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Stadtrat Köln beauftragt die Verwaltung die Zweckbindung der Einnahmen von mobilen und fest installierten Radargeräten zu prüfen. Die AfD Fraktion schlägt vor, die Mittel einem Zweck zuzuführen. Als Möglichkeit sieht die AfD die Einrichtung eines Fonds für Unfallopfer oder die Verwendung für die Verkehrserziehung von Kindern und Jugendlichen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.7 Antrag der FDP-Fraktion betreffend

„Nutzung des Busbahnhofes Breslauer Platz für Fernbusse mit alternativen Betrieben“

AN/0145/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0217/2020

Ich gebe Herrn Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! 2015 wurden die Fernbusse zum Flughafen verbannt. Das hat der Rat gegen

unsere Stimmen insbesondere aus umweltpolitischen Gründen beschlossen. Es wurde von uns kritisiert, weil wir damit natürlich den Standortvorteil des Breslauer Platzes aufgegeben haben - und damit die Möglichkeit, hier einen zentralen Anlaufpunkt in der Stadt mit guten Umsteigemöglichkeiten zu erhalten. Die Entwicklung des Fernbusmarktes verlief deswegen in Köln leider unterdurchschnittlich.

Doch die Entwicklungen gehen weiter. Auch bei den Bussen halten klimaschonende Antriebe wie Elektromotoren und Wasserstoffmotoren Einzug. Ja - bevor es Schlaumeier gleich hier vortragen; wir lesen auch Zeitung -, der erste Versuch des Marktführers FlixBus mit einem Elektrobus wurde abgebrochen. Aber ich kann Sie beruhigen. Wir haben uns dort erkundigt. Das nächste Folgemodell ist bereits geplant. Also geht es in dieser Frage weiter.

Die Stadt Köln sollte hier besondere Anreize schaffen. Wer mit einem alternativen Antrieb in die Stadt fährt, darf den Breslauer Platz anfahren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben den Klimanotstand für Köln ausgerufen. Dieser Klimanotstand gilt nun einmal auch für Porz und auch für den Flughafen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wollt ihr den Flughafen jetzt schließen?)

Deswegen muss man den Standort Köln immer gesamtheitlich sehen. Im Fernbusmarkt sollte die Destination Köln möglichst klimaneutral angefahren werden. Hier könnte Köln Vorreiter sein.

Das ist das Ziel unseres Antrags. Ich würde mich freuen, wenn Sie diesem Antrag zustimmen würden.

(Beifall bei der FDP)

Die LINKEN haben hierzu einen Änderungsantrag eingebracht, den wir gerne übernehmen, Herr Weisenstein. Sie werden wahrscheinlich gleich noch etwas dazu sagen. Ja, Ihre Begrifflichkeit „mit emissionsfreien Antrieben“ ist besser geeignet als die Formulierung in unserem Antrag.

Daher übernehmen wir das und freuen uns über Ihre Zustimmung zu unserem Antrag. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Pöttgen hat das Wort.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Und täglich grüßt das Murmeltier! Das Wort

„Fernbusbahnhof“ kann ich fast nicht mehr hören. Erst bei der letzten Ratssitzung haben wir auf Antrag von Herrn Wortmann darüber diskutiert.

Liebe FDP, es ist ein bisschen Geschichtsklitterung, zu behaupten, dass die Verlagerung seinerzeit allein aus umweltpolitischen Gründen geschehen sei.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Gründe waren damals sowohl die Gestaltung des Breslauer Platzes als auch die Liberalisierung, die eine enorme Verkehrszunahme erwarten ließ, für die dieser Standort einfach nicht ausgerichtet ist. Seien wir doch einmal ehrlich. Das ging doch an dieser Stelle gar nicht.

Deswegen war es vollkommen richtig, dass der Stadtrat damals beschlossen hat, den Fernbusbahnhof dahin zu verlagern, wo er perfekt angebunden ist - an das Autobahnnetz, an den Flughafen. Genau das machen wir doch gerade überall - multimodale Konzepte, in deren Rahmen man durch Umsteigen schnell von A nach B kommt. Etwas Besseres als diese Verlagerung vor viereinhalb Jahren konnte der Stadtrat also gar nicht beschließen.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Jetzt so zu tun, als sei Autoverkehr grundsätzlich gut, wenn er denn mit Erdgas läuft, geht doch an der Sache vorbei. Das ist doch trotzdem ein Automobil, oder?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ein großes Automobil! - Weiterer Zuruf)

- Ja, richtig.

Weil sich jetzt offenbar FDP und LINKE einig sind, habe ich eben extra noch einmal nachgeguckt. 15 Minuten brauchen Sie mit der S-Bahn vom Flughafen zum Hauptbahnhof. Einen idealeren Standort dafür bekommen Sie doch gar nicht.

Schließlich haben wir das Ziel, die Innenstadt verkehrszuberuhigen, damit dort eine höhere Aufenthaltsqualität entsteht und sich die Situation für zu Fuß Gehende und Radfahrende tatsächlich verbessert. Wie lange haben wir denn um die autofreie Altstadt gerungen?

Ich hätte mich heute über einen Antrag der Grünen für einen Fahrradparkplatz am Dom gefreut.

Das hätten wir diskutieren können, um Schritt für Schritt zu erreichen, dass wir eine autofreie Altstadt ermöglichen und die Innenstadt nicht mehr so angefahren werden muss und tatsächlich belastet wird, wie sie das heute ist.

Jetzt so zu tun, als sei das alles bei alternativen Antrieben auf einmal kein Problem mehr, ist leider - - Das ist die Nische, die in diesem Stadtrat existiert. Deswegen kann ich verstehen, dass die FDP sie nutzt, weil die CDU sie aufmacht. Aber Ihnen bricht wirklich kein Zacken aus der Krone, wenn Sie einfach einmal eingestehen, dass das eine Wahlkampfnummer ist, die wir heute dankend ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Roß-Belkner hat jetzt das Wort.

Monika Roß-Belkner (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Pöttgen hat mir schon vieles vorweggenommen. In der Tat beschäftigen wir uns heute zum wiederholten Male mit dem Thema Fernbusse.

Herr Kollege Sterck, es ist schon abenteuerlich, mit welcher Argumentation Sie dieses Mal das Thema Fernbusse, und zwar speziell am Breslauer Platz, auf die Tagesordnung setzen, nämlich mit den alternativen Antrieben.

Ich gehöre diesem Haus ja noch nicht sehr lange an. Also habe ich recherchiert. Dieses Thema wird hier seit mindestens zehn Jahren diskutiert. Gott sei Dank hat die Verlagerung der Fernbusse zwischenzeitlich stattgefunden. In der Diskussion damals war noch keine Rede von Dieselfahrverboten, von Klimanotstand und von Klagen der Umwelthilfe, geschweige denn von alternativen Antrieben. Es waren ganz andere Argumente, die auch heute noch gelten. Es waren immer schon verkehrliche Aspekte, städtebauliche Aspekte, das Ziel, dem Fernbusgeschäft aufgrund der Liberalisierung Zukunft zu geben, und das Ziel, Verkehrssicherheit zwischen Busverkehren, Radfahrern und motorisiertem Individualverkehr herzustellen.

Wir haben es erlebt: Der Fernbusverkehr ist ein Wachstumsmarkt. Der Fernbus ist ein attraktives, innovatives, modernes Verkehrsmittel, ausgestattet mit viel Komfort, WLAN und Lademöglichkeiten. Kamen früher nur einige Fernbusse am Tag an, so ist es heute eine Vielzahl, zu jeder Tag- und Nachtzeit, sieben Tage die Woche - und die Busse sind alle voll.

Ich bin jetzt ein paar Mal am Flughafen gewesen und habe mich selbst davon überzeugt. Der Flughafen ist voll akzeptiert.

(Michael Frenzel [SPD]: So ist es!)

Der Flughafen ist auch mit Blick auf die Anbindung und die Nähe zur Autobahn sowie die An- und Abfahrten aus der Stadt der günstigste Standort. All diejenigen, die im Bus sitzen bleiben und schnell ihr Ziel erreichen wollen, müssen sich nicht durch die Innenstadt quälen. Die komplette Infrastruktur ist für alle rund um die Uhr vorhanden. Eine Taktverdichtung in die Innenstadt, selbst in den Randzeiten, und eine verbesserte Busanbindung ins Umland haben stattgefunden.

Wir haben in Bezug auf den Flughafen eine kluge und richtige Entscheidung getroffen. Hier ist ausreichend Platz. Gleichzeitig haben wir die Innenstadt vom Busbetrieb und auch den vielen Zulieferverkehren entlastet.

Wir haben mit der Verlagerung auch den Grundstein für eine Weiterentwicklung am Breslauer Platz gelegt. Dieses einzigartige Grundstück ist im Moment völlig fehlentwickelt. Lassen Sie uns den Platz so entwickeln, wie er es verdient. Zugegeben: Dies ist perspektivisch zu sehen und wird wohl noch ein paar Jahre dauern.

Herr Sterck, lassen Sie mich noch explizit auf zwei Aussagen in Ihrem Antrag eingehen.

Erstens: Die Verlagerung zum Flughafen wurde

„damit begründet, dass man die Emissionen der Dieselbusse aus der Innenstadt fernhalten wolle“.

- Diese Ihre Aussage habe ich mit der Historie hinreichend widerlegt.

Zweitens: Es kommen „zunehmend Fahrzeuge mit alternativen Antrieben auf den Markt“. - Perspektivisch ist das eventuell der Fall. Derzeit sind sowohl Fernbusse mit Elektromotor als auch Fernbusse mit Biogas- und Wasserstoffantrieb im Versuchsstadium und noch lange nicht serienreif.

Auch für die Betankung solcher Busse ist der Flughafen der geeignete Anlaufpunkt. Am Flughafen ist die derzeit weit und breit einzige Wasserstofftankstelle, und auch Autogas ist hier zu haben.

Werter Kollege, Sie beantragen, über alternative Antriebe den Breslauer Platz wieder zu öffnen. In

allen Ehren: Es spricht kein Argument dafür. Wir lehnen Ihren Antrag ab. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wolter das Wort.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich gerne einmal mit der Frage beschäftigen, was die FDP zu diesem Antrag bewogen haben mag. Dieser Antrag ist nämlich weder ein Beitrag zur Entlastung des Innenstadtverkehrs noch ein Beitrag zur Klimawende und schon gar kein Beitrag zur Verkehrswende.

Bei allen Entscheidungen zu einer nachhaltigen, menschenfreundlichem Umweltmobilität tretet ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, leider allzu oft auf die Bremse. Jetzt begründet ihr den Antrag, den Breslauer Platz wieder mit Fernbussen anzusteuern, mit dem Klimanotstand. Auch wenn sich der Antrag nur auf Busse mit alternativen oder emissionsfreien Antrieben bezieht, können wir diesem Antrag auf gar keinen Fall zustimmen.

Denn nicht allein Fragen der Luftverschmutzung - das hat der Kollege von der SPD auch schon gesagt - und des Gesundheitsschutzes waren maßgeblich für die Verlagerungen der Fernbusse weg vom Breslauer Platz und im Übrigen auch aus Kalk. Es ging ganz besonders auch darum, den innerstädtischen Verkehr zu entlasten.

Im Zeitraum vom 27. Januar bis zum 2. Februar 2020, also letzte Woche, wurde der Flughafen von 1 000 Bussen angesteuert - und das in einer Zeit, in der man üblicherweise nicht verreist. Man kann sich also ausrechnen, wie viele Busse mehr es im Sommer sein werden. Das wollen wir der Innenstadt auf gar keinen Fall mehr zumuten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Der hoch frequentierte Breslauer Platz ist bereits mit den Fußgängern, den Fahrradfahrern, den lokalen und regionalen Linienbussen, den Taxen und den Autos, mit denen Freunde und Familie zum Bahnhof gebracht werden, völlig ausgelastet.

Wir haben am Flughafen - das ist von Frau Roß-Belkner auch schon erwähnt worden - einen gut funktionierenden Fernbusbahnhof, der mit der Bahn sehr gut e-mobil angebunden ist. Dort gibt es eine Wasserstofftankstelle, E-Ladestationen usw. Die ganzen Fazilitäten sind vorhanden. Man kann dort warten. Man kann auch einkaufen. Die Busse können gut bestiegen werden.

Daher spricht überhaupt nichts dafür, von diesem Standort abzuweichen. Wir halten den Beschluss, den Fernbusverkehr über den Flughafen abzuwickeln, nach wie vor für die richtige Entscheidung. Alles andere würde Chaos nach sich ziehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die KVB will in zehn Jahren alle Busse auf emissionsfreie oder alternative Antriebe umstellen. Wenn wir das, Ihrem Antrag folgend, jetzt einmal auf die Fernbusse übertragen würden, hieße das: Der Fernbusbahnhof am Flughafen wäre bald verwaist, und auf dem Breslauer Platz quetschten sich zwischen Fußgängern und Radfahrern auch noch jede Woche 1 000 bis 2 000 Busse aus ganz Europa.

Das ist ein verkehrliches Himmelfahrtskommando. So etwas wollen wir nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zwei Dinge aus Ihrem Antrag finde ich bemerkenswert.

Erstens. Sie schreiben: „Die Liberalisierung des Fernbusverkehrs ist eine Erfolgsgeschichte“. Das ist richtig, wenn man sieht, dass Fernbusse für viele eine sehr preisgünstige Alternative sind, zu verreisen. Was wir aber erlebt haben, ist auch ein Paradebeispiel dafür, wie aus einer Liberalisierung eine Monopolisierung wurde. Das führt mittlerweile auch zu Preissteigerungen und Angebotseinschränkungen. Man könnte Ihren Antrag auch dahin gehend deuten, dass Sie einem Monopolisten mit mittlerweile 93 Prozent Marktanteil, der im Rahmen der sogenannten politischen Betreuung auch sehr aktiv unterwegs ist, ein wenig Rückenwind bei der Positionierung gegenüber anderen Verkehrsträgern verschaffen wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zweitens. FlixBus hat, wie Sie bereits erwähnt haben, den Betrieb seines E-Busses, der 90 Kilometer von Mannheim nach Frankfurt fuhr, wegen technischer Probleme eingestellt. Auch deshalb ist Ihr Antrag heute nicht zielführend.

Obwohl wir es begrüßen, über alternative und emissionsfreie Antriebe zu diskutieren, wie wir sie bei Bussen testen, wird der Breslauer Platz auf gar keinen Fall das Versuchsfeld dafür sein. Wir sind auf dem Weg, die Altstadt zu einem lebenswerten, zeitgemäßen Lebensraum umzubauen. Auch die Touristenbusse haben wir aus dem Domumfeld zuletzt in die Gereonstraße verlagert und eben nicht, wie von Ihnen gefordert, ins Kolumba-Viertel.

Fernbusse haben ihren Platz am Flughafen. Alternative Antriebe können dort sehr gut versorgt werden. Wir lehnen diesen Antrag ab. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt führen wir hier eine Diskussion, wie wir sie vor einigen Jahren schon einmal hatten, als uns die Gegner der Fernbusse am Breslauer Platz weismachen wollten, dass die Anbindungen am Flughafen besser seien als am Hauptbahnhof. Das ist heute genauso absurd wie vor vier oder fünf Jahren.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir brauchen die Verkehrswende; das ist völlig richtig. Für eine Verkehrswende ist aber eine Stärkung derjenigen Fahrzeuge notwendig, in die mehr Leute - nicht nur ein Mensch mit 2 Tonnen Auto um sich herum passen. Das ist der Bus, meine Damen und Herren, und das ist auch der Fernbus.

Deswegen gehört der Fernbus in die Mitte der Stadt, um die Umsteigemöglichkeiten hervorragend zu gestalten. Jeder Mensch, der nicht mit dem Auto nach Köln kommt, ist ein Gewinn. Ich habe die Reden von damals noch einmal nachgelesen. Wer beispielsweise aus dem Ruhrgebiet samstags zum Einkaufen nach Köln fährt, wird einen Teufel tun, zuerst zum Flughafen zu fahren und dort die S-Bahn zurück in die Stadt zu nehmen. Nein, er setzt sich in Essen oder in Bochum ins Auto und fährt mit dem Auto nach Köln.

(Zurufe von der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Genau das wollen wir nicht. Genau deswegen brauchen wir einen zentralen Fernbusbahnhof am Breslauer Platz.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Ich weiß gar nicht, warum Grüne und SPD heute so wenig progressiv sind, was die Verkehrswende sowie alternative und emissionsfreie Antriebe angeht.

Wir müssen doch zur Kenntnis nehmen - da können wir auch froh und stolz sein -, dass die KVB sich zum Ziel gesetzt hat, bis 2030 die komplette Busflotte auf E-Mobilität umzustellen.

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist auch sehr vernünftig!)

- Das ist doch super. Da sind wir uns ja einig.

Wenn jetzt ein anderer, auch wenn es ein „böser“ Privater ist, ebenfalls probiert, seine Busse auf emissionsfreie Antriebe umzustellen, müssen wir das auch zur Kenntnis nehmen und es auch fördern. Warum sind wir da so bockbeinig? Das kann ich nicht nachvollziehen. Wenn ein Privatunternehmen kommt und sagt: „Wir haben hier einen Bus, der ohne Emissionen fährt“, warum

sagen wir dann nicht: „Das finden wir eine gute Idee; für diesen Bus machen wir ein besonderes Angebot“, um diese ökologischen Verkehrsmittel auch zu fördern?

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Das begreife ich nicht. Es kann ja sein, dass dieses kleine Projekt gescheitert ist; das streite ich gar nicht ab. Wir wissen aber alle, Frau Roß-Belkner, dass die RVK seit Jahr und Tag mit Wasserstoff fährt, ohne dass irgendetwas passiert ist. Warum soll das nicht auch bei Fernbussen funktionieren?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Und am Flughafen gibt es schon eine Wasserstofftankstelle! Das ist doch super!)

Sie fahren 500 Kilometer am Stück mit einer Tankfüllung. Warum soll das bei Fernbussen nicht gehen?

Meine Damen und Herren, Sie sagen ja immer, am Flughafen sei alles prima und toll. In Wirklichkeit sind die Zahlen doch aufgrund der Verlegung aus der Innenstadt heraus zurückgegangen. Das muss man auch einmal nüchtern zur Kenntnis nehmen. Man kann nicht einfach behaupten, alles sei prima und toll, nur weil es einem ins Konzept passt. Die Zahlen sagen etwas anderes aus.

Lassen Sie mich noch ein Phänomen ansprechen. Ich bin auch hin und wieder am Fernbusbahnhof am Flughafen - mir bleibt ja nichts anderes übrig -, weil ich dort Leute abhole oder wieder hinbringe. Und was mache ich jetzt? Ich fahre mit dem Auto dahin.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

- Ja, natürlich, weil die Busse teilweise morgens sehr früh abfahren und abends sehr spät ankommen. Früher habe ich die Leute am Breslauer Platz natürlich mit der Straßenbahn abgeholt.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Heute setze ich mich ins Auto und fahre zum Flughafen, um sie dort abzuholen.

(Zurufe von der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen: S-Bahn!)

Das ist doch keine Verkehrswende. Holen Sie doch die SUVs am Breslauer Platz heraus. Dann haben die Fernbusse auch wieder Platz.

(Niklas Kienitz [CDU]: Können die Gäste nicht mit der S-Bahn fahren?)

- Doch, die Gäste können auch mit der S-Bahn fahren.

(Niklas Kienitz [CDU]: Auch deine?)

- Ja, auch meine Gäste können mit der S-Bahn fahren. Das ist ja gar keine Frage.

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Warum tun sie es nicht?)

Aber es ist immer auch eine Frage - Herr Kienitz, das wissen Sie auch genau - des Aufwandes. Der Mensch ist natürlich irgendwo auch bequem. Und es ist ein Unterschied. Wenn ich am Wochenende morgens um 6 oder 7 Uhr am Flughafen sein muss, fahren die S-Bahnen bei Weitem nicht in dem Takt, in dem sie in der Woche fahren, und es dauert am Ende des Tages von der Innenstadt bis dort seine Zeit.

Diese Diskussion hatten wir damals auch. Die Leute kommen wegen des Doms oder wegen eines Brauhauses nach Köln, aber nicht wegen des Flughafens - schon einmal gar nicht, wenn sie mit dem Bus kommen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Aber hoffentlich auch wegen Michael Weisenstein!)

Deswegen muss der Fernbusbahnhof wieder zurück in die Stadt.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Ein Punkt ist uns dabei natürlich sehr wichtig. Ich gebe ja zu: Es ist eine komische Koalition, dass wir in dieser Frage mit der FDP zusammen sind.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das macht uns nachdenklich!)

Aber das hat Tradition. Dies setzen wir fort. Unser Aspekt dabei ist, dass der Fernbus nach wie vor für viele Leute mit wenig Geld die wesentlich preiswertere Alternative zur Schiene ist. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Lieber Herr Weisenstein, auch wir gehören zu dieser eigenartigen Koalition. Auch wir haben damals die Verlegung des Fernbusbahnhofs vom Breslauer Platz abgelehnt. Wir beteiligen uns auch heute gerne an diesem Murmeltier-Tag.

Wir werden beiden Anträgen zustimmen. Das ist ganz klar. Der Fernbus ist auch heute schon - auch der Euro-VI-Diesel-Bus - das umweltfreundlichste Verkehrsmittel, das es gibt. Zudem ist er auch ein sehr günstiges Verkehrsmittel. Das ist vollkommen klar.

Die Ausführungen von Herrn Weisenstein zum Erreichen des Fernbusbahnhofs am Flughafen Köln/Bonn sind auch vollkommen einleuchtend und plausibel.

Ich bin mir nicht sicher, Herr Bürgermeister Wolter, ob die Bilanz tatsächlich positiv ist, wenn die Leute, statt einfach zum Bahnhof zu fahren - mit der KVB, mit dem Bus, mit dem Fahrrad, das sie dann dort stehen lassen, oder wie auch immer -, erst einmal zum Flughafen fahren müssen. Das finde ich ein bisschen kritisch.

Deswegen begrüße ich sehr gerne diesen erneuten Vorstoß der FDP und auch der Fraktion DIE

LINKE. Wir werden dem sehr gerne zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren.

Dann lasse ich zu TOP 3.1.7 abstimmen, und zwar über den Antrag der FDP in der Fassung des Änderungsantrags der LINKEN. Ist das richtig?

(Zurufe: Ja!)

- So kann man darüber abstimmen lassen. - Wer diesem Antrag der FDP in der eben benannten Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP-Fraktion, DIE LINKE, Herr Wortmann, die AfD und die Ratsgruppe GUT. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss in der Fassung des Änderungsantrages der Fraktion Die Linke.:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Die Nutzung des Busbahnhofs Breslauer Platz wird für Fernbusse mit emissionsfreien

Antrieben zugelassen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke., FDP und AfD sowie der Gruppe GUT und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

Anmerkung:
Die FDP-Fraktion übernimmt die Formulierung aus dem Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

Die FDP-Faktion übernimmt die Formulierung aus dem Änderungsantrag der Fraktion Die Linke:

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert (Änderung hervorgehoben):

Die Nutzung des Busbahnhofs Breslauer Platz wird für Fernbusse mit emissionsfreien Antrieben zugelassen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 3.1.8 gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 3.1.10 auf:

3.1.8 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend „Ehrenfeld kein Luxusfeld - rein profitorientierte Entwicklung des Max-Becker-Areals verhindern - Wohnen.Bezahlbar.Machen."

AN/0207/2020

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend „Entwicklung des Max-Becker-Areals in Ehrenfeld"
AN/0220/2020

Die Rednerlisten, die ich bisher vorliegen habe, passen zusammen. Ich würde mit Herrn Pöttgen beginnen und dann mit CDU, Grünen und Ratsgruppe GUT weitermachen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Nein, LINKEN! Wir haben uns auch gemeldet!)

- LINKEN? Gut; okay. - Herr Pöttgen.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Kienitz, natürlich ist das jetzt auch ein Stück Wahlkampf. Das ist aber notwendig, um an dieser Stelle auch Unterschiede deutlich zu machen.

In der ersten Reihe des Stadtrates sitzen ja auch viele Ehrenfelderinnen und Ehrenfelder. Gefühlt war Ehrenfeld - dieser Meinung waren wir eigentlich alle - fertig entwickelt. Es gab die großen Stadtentwicklungsprojekte der letzten zehn Jahre Heliosgelände, Ehrenfelder Güterbahnhof -, und das war es dann in diesem Stadtteil.

Am 19. Oktober 2019 ist dann durch einen Artikel des *Kölner Stadt-Anzeigers* öffentlich geworden, dass eine Fläche zur Verfügung stehen könnte. Wir hätten uns eigentlich nie vorstellen können, dass Max Becker einmal zumacht. Dem ist jetzt aber so. Ein großer Schrottplatz auf einer Industriefläche mitten im Herzen von Ehrenfeld verlässt das Veedel und macht damit eine Fläche frei, die halb so groß wie der Deutzer Hafen ist.

Die Bezirksvertretung hat daraufhin bereits im November 2019 einstimmig beschlossen, ein Bebauungsplanverfahren einzuleiten und Wohnen, sowohl sozial gefördert als auch preisgedämpft, Bildungsinfrastruktur sowie einen Bürgerpark einzurichten und Arbeitsplätze zu schaffen.

Außerdem wurde die Stadtverwaltung beauftragt, ein Kaufangebot zu unterbreiten, damit diese Fläche in städtisches Eigentum übergeht. Die Bodenfrage wird ja viel diskutiert. Das machen wir auch hier regelmäßig.

Tatsächlich ist in der Zwischenzeit das Gelände leider an die Pandion verkauft worden. Das kann man öffentlich sagen, weil es nicht erst seit gestern eine Pressemitteilung von Pandion dazu gibt. Gemunkelt wird von einem dreistelligen Millionenbetrag für das Grundstück.

Daher sah sich die Bezirksvertretung Ehrenfeld am Montag dieser Woche genötigt, das Thema erneut zu behandeln. Denn es werden Fakten geschaffen, während die Verwaltung die BV-Beschlüsse einfach ignoriert. Dazu wird der Bezirksbürgermeister vermutlich gleich noch etwas sagen.

Es ist gut, dass wir diese Dringlichkeitsanträge hier gemeinsam behandeln und uns insofern alle einig sind, dass jetzt ein politischer Beschluss notwendig ist.

Dann hört die Einigkeit aber auch schon auf, wie man in den vorliegenden Papieren sehen kann.

Wir sind der Meinung, dass Wohnen in Ehrenfeld endlich wieder bezahlbar werden muss und dass man dafür auch die richtigen Ansprechpartner haben muss. Ob das jetzt Pandion ist, stellen wir durchaus infrage.

Auf der anderen Seite des Bahndamms werden gerade am Ehrenfelder Güterbahnhof Wohnungen für 6 000 Euro pro Quadratmeter verkauft. Das ist mal eine Leistung. Da bin ich raus. Aber ich bin als Bezieher von Durchschnittseinkommen in dieser Gesellschaft auch schon bei viel kleineren Preisen raus.

Warum kauft Pandion eigentlich ein Grundstück, das im Flächennutzungsplan als Industriegelände festgeschrieben ist, für so viel Geld? Welche Zusagen von Stadtverwaltung und Politik hat es denn im Vorfeld gegeben? - Das haben wir im Stadtentwicklungsausschuss angefragt. Auf die Antwort, die bis heute leider nicht vorliegt, sind wir gespannt.

Wir sind jetzt auch in der Situation, dass Dinge in eine Schieflage kommen. Pandion hat gestern noch eine Pressemitteilung herausgegeben, in der suggeriert wird, die SPD habe diesem Vorhaben wohlwollend gegenübergestanden. Ich kann hier für unsere Fraktion klar sagen: Das ist mitnichten der Fall. Bisher haben wir uns in keiner Weise wohlwollend zu einer Entwicklung dort geäußert.

Richtig ist, dass wir ein bezahlbares Viertel brauchen. Damit sind aber auch verschiedene Notwendigkeiten verbunden. Es geht nicht, nur die Briefmarke zu planen. Sie müssen schon das ganze Quartier planen, damit das funktioniert.

Nebenan hat der Stadtwerke-Konzern Flächen in der Hand. Auf der anderen Straßenseite

befindet sich eine gerade insolvent gewordene Dirkes-Filiale. Damit wir auch eine Verkehrsanbindung hinbekommen, muss man das tatsächlich in Gänze anschauen und kann nicht einfach sagen: Liebe Pandion, da könnt ihr jetzt bauen, 30 Prozent sozial gefördert; nebenan übernimmt die Stadt den restlichen Werkswohnungsbau, und dann hat sich das Thema erledigt.

Deswegen brauchen wir heute einen - idealerweise gemeinsamen - Beschluss, um zu sagen: Liebe Stadtverwaltung, leite ein Bebauungsplanverfahren ein, bei dem sowohl sozial geförderter Wohnungsbau als auch der Bau von preisgedämpften Wohnungen stattfindet, damit Wohnen in Ehrenfeld wieder bezahlbar wird. - Vielen Dank für Ihre Unterstützung unseres Antrags.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt steht der nächste Ehrenfelder am Rednerpult; aber das sei nur nebenbei bemerkt. - Zunächst einmal möchte ich mich dafür bedanken, dass der Kollege Pöttgen etwas ruhigere Töne angeschlagen hat, als sein Agieren auf Facebook hätte vermuten lassen.

Was Max Becker angeht, muss man vielleicht noch ein bisschen weiter vorne anfangen. Andreas Pöttgen hat gerade beschrieben, man habe sich nicht vorstellen können, dass dieses Gelände einmal frei wird. Dazu muss man Folgendes sagen: Stadtentwicklung ist deswegen so spannend, weil es Menschen gibt, die sich auf verschiedenen Grundstücken und in verschiedenen Entwicklungsgebieten Dinge vorstellen können, die sich manch einer sich noch nicht hat vorstellen können. Das ist gerade das Spannende an Stadtentwicklung und an einer Projektentwicklung durch ein Unternehmen, das Wohnungen baut.

In der Tat sind die Wohnungen aktuell sehr teuer. Das hängt aber mit verschiedenen Faktoren zusammen. Ich erspare es mir jetzt, die Details zu erklären. Nur einen Punkt will ich ansprechen. Wir haben in Ehrenfeld verschiedene Industriegebiete, die in den letzten Jahren brachgefallen sind. Bei der Erschließung und Entwicklung dieser Gebiete sind auch Thematiken wie Altlasten usw. zu lösen. Das führt natürlich auch zu Preissteigerungen.

An Ihrem Vorgehen ärgert mich ein bisschen - ich will gar nicht sagen, dass mich das sprachlos macht -, dass Sie Dinge formulieren, die eigentlich selbstverständlich sind, und zwar durchaus durch eine Situation getrieben, die politisch motiviert ist.

Normalerweise wäre das Verfahren ja folgendermaßen abgelaufen: Es gibt jetzt den Erwerb durch den Investor. Es gab offenbar Gespräche mit der Stadtverwaltung. Das ist etwas völlig Normales. Die nächsten Schritte sind eigentlich die, die wir heute beschließen. Nun ist es manchmal so, dass man Dinge beschließen muss, um das noch einmal zu verdeutlichen und es geschmeidiger und für jeden verständlich zu machen. Aber natürlich wären die nächsten Schritte: Werkstattverfahren, städtebauliches Verfahren für das Grundstück, Einleitung eines

B-Plans, Aufstellungsbeschluss, Architekturwettbewerb usw. - Michael Frenzel nickt gerade.

Natürlich hätte der Fachausschuss in seiner Fachlichkeit darüber diskutiert, welche Mischung wir brauchen und welche Ansprüche wir heute an solche Quartiere haben. Die Quartiere haben ja nicht nur die Funktion des Wohnens. Das greifen Sie auch auf; wir auch. Wir wollen doch gemischte Quartiere haben, in denen wir Wohnen und Arbeiten wieder zusammenbringen. Wir wollen Quartiere haben, in denen wir Freiräume gestalten oder auch Bildungs- und andere Sozialeinrichtungen unterbringen.

In Ehrenfeld - wen wird es wundern? - wollen wir natürlich auch Teile der historischen Bebauung, die auf dem Gelände vorhanden ist, in eine soziokulturelle oder eine kulturelle Nutzung integrieren. Wir sind doch diejenigen, die das in den letzten Jahren mit vorangetrieben haben und sich dafür eingesetzt haben.

Das Problem an Ihrem Antrag und an Ihrer Vorgehensweise ist, dass Sie damit ein politisches Miteinander aus meiner Sicht zwar nicht unbedingt unmöglich, aber zumindest schwierig machen. Das führt dann natürlich auch zu einer solchen überflüssigen Debatte darüber, ob hier ein entsprechender Dringlichkeitsantrag eingebracht werden kann oder nicht.

Auf Ihre Initiative hin ist in der Bezirksvertretung Ehrenfeld am vergangenen Montag eine einstimmige Beschlusslage zustande gekommen.

Eigentlich hätte man das auch auf Ratsebene bzw. auf Ausschussebene in einer der nächsten Sitzungen gemeinsam machen können.

Ihr Störfeuer - ich erinnere nur an die Überschrift Ihres Antrags, die ja in Ihre Dauerkampagne eingebettet ist - macht Sie leider nicht zum Partner derjenigen, die wir brauchen, um die Stadt weiter nach vorne zu bringen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben verschiedene Partner, mit denen wir hier Wohnraum schaffen und unsere Quartiere weiterentwickeln wollen. Wir haben eine starke GAG. Wir haben im Stadtwerke-Konzern die moderne stadt. Wir setzen auf genossenschaftlichen Wohnungsbau. Wer sich das Clouth-Quartier anschaut, weiß, dass uns dort unter Regie der modernen stadt eine hervorragende Mischung mit Baugruppen und dergleichen gelungen ist.

Wir brauchen aber auch - und dazu steht die CDU-Fraktion - den privaten Investor, der mit seinem Kapital natürlich auch Wohnungen errichtet, die wir gar nicht in der Masse hier als Stadt oder als Stadtwerke-Konzern oder als GAG selber errichten können.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Haben Sie denn gefragt, ob Herr Eichner da nicht bauen will?)

- Herr Eichner könnte mit der GAG im Übrigen eines der Baufelder erwerben, auf denen 400 geförderte Wohnungen vorgesehen sind, wie Sie wissen, wenn Sie die Pressemitteilung von Pandion gelesen haben.

Für uns gilt, dass wir Partner derjenigen sein wollen, die mit uns diese Stadt weiter voranbringen wollen. Die Rahmenbedingungen, die wir hier gemeinsam im Kooperativen Baulandmodell festgelegt haben, sind die Grundlage, auf der wir mit Pandion und im Übrigen auch anderen gerne weitermachen wollen. Das gilt für uns.

Leider erwecken Sie den Anschein, dass Sie dieser Verantwortung aktuell nicht gerecht werden wollen. Denn Sie sondern wahlkampfgetrieben Sprechblasen ab, die eben nicht dazu beitragen, in Ruhe und nachhaltig ein solches Quartier zu entwickeln.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das ist doch nur Polemik!)

- Lieber Jörg Detjen, wenn du jetzt schon das Thema Polemik ansprichst: Hier werden Pressemitteilungen abgesetzt, in denen von irgendwelchen Hinterzimmerdeals gesprochen wird. Das muss ich mir sowohl für meine Person als auch für meine Fraktion und im Übrigen auch für die Kollegen der Grünen verbitten. - Das nur einmal zum Thema Polemik.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Eigentlich wäre es ja richtig gewesen - da kann ich auch in den Stadtentwicklungsausschuss einladen -, so etwas gemeinsam zu machen. Im Übrigen liegt der Ball eigentlich bei der Verwaltung. Dennoch haben wir diesen Antrag gestellt, der uns einen Schritt weiterbringt und auch etwas Ruhe in dieses Verfahren bringt; denn daran ist zumindest uns gelegen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Pakulat das Wort.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir auch noch einige Worte zu der Pressemeldung der Pandion und den Gerüchten, die einige vorher in die Welt gesetzt haben.

Es gab eine einzige Runde, bei der ich dabei war. An dieser Runde haben auch alle anderen Sprecher und Sprecherinnen aus dem Stadtentwicklungsausschuss teilgenommen - auch der Sprecher der SPD und auch der Sprecher der LINKEN.

Wenn die Pandion unsere kritischen Fragen als - wie heißt es? - Zuspruch interpretiert, ist das sicherlich sehr frei interpretiert. Dem würde ich mich so auch nicht anschließen.

Unwahr ist aber, dass wir dort irgendwelche Zusagen gemacht hätten oder irgendwelche Ausblicke gegeben hätten. Zumindest bei der Versammlung, bei der ich dabei war, war das nicht der Fall.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Pandion hat dieses Gelände auf eigenes Risiko gekauft. - So viel dazu.

Der Name Max Becker wurde in den letzten Tagen im Rathaus oft genannt und hat immer mehr an Bedeutung gewonnen. Dieser Herr hätte sich wahrscheinlich nie vorgestellt, in seinem Leben einmal derart bekannt zu werden. - Damit ist mein spaßiger Teil aber auch schon beendet.

Am Anfang dieser Geschichte steht, wie so oft, die Bodenfrage: Wem gehören die Stadt, das Land, die Flächen, und wer darf dieses wertvolle und nicht vermehrbare Gut an wen verkaufen und zu welchem Preis?

So sehr ich das deutsche Grundgesetz auch schätze, so sehr wünschte ich mir, dass die Bodenfrage 1949 anders beantwortet worden wäre, als es geschehen ist. Es gab damals schon sehr viele Diskussionen darüber, ob Boden tatsächlich wie ein verkäufliches Produkt, also abhängig von Angebot und Nachfrage, zu behandeln sei.

Das private Eigentum, also auch die Verkaufsmöglichkeit von Privat an Privat nach Marktwert, wurde immer höher bewertet als die Oberhoheit des Staates über das knappe Gut Boden. Damals - und leider auch noch in vielen Abstimmungsversuchen danach - hat sich dieses Marktprinzip durchgesetzt.

Beschrieben hat das nicht zuletzt der verdiente SPD-Politiker Hans-Jochen Vogel in seinem kleinen Buch, das letztes Jahr erschienen ist. - Ja, es gibt bei der SPD durchaus kluge Menschen.

(Zurufe von der SPD: Danke! - Ja!
Die sitzen ja hier!)

Die Versuche, Grund und Boden dem Markt zu entziehen, sind alle gescheitert.

Auch wenn es ein kommunales Vorkaufsrecht gibt, wie wir es in diesem Fall sehr gerne gehabt hätten, zieht dieses Recht nur unter sehr eng gesteckten Bedingungen, die in diesem Fall alle nicht gegeben sind.

Selbst wenn wir in diesem Fall ein Vorkaufsrecht hätten ziehen können, hätte die Stadt wahrscheinlich dankend ablehnen müssen, weil der ausgehandelte Marktpreis zwischen den beiden Playern schon so hoch war, dass sie sich bei einem Kauf wahrscheinlich der Veruntreuung von Steuergeldern schuldig gemacht hätte.

Preiswert bauen kann die Stadt tatsächlich nur auf dem Grund in ihrem eigenen Besitz.

Herr Pöttgen, wünschen kann man sich viel. Ich könnte jetzt meine eigene grüne Wunschliste herunterrattern. Aber das hilft ja nicht. Wir sind gezwungen, uns innerhalb eines engen bundesstaatlich geregelten Rahmens zu bewegen. Innerhalb dieses Rahmens gilt es, die kommunale Planungshoheit in vollem Maße auszuschöpfen. Genau das bezwecken wir mit unserem Antrag.

Der städtebauliche Wettbewerb soll uns Klärung darüber verschaffen, welche Dichten, Höhen und Nutzungen an dieser Stelle sinnvoll und von der Stadt gewünscht sind.

Nur darüber können wir gewährleisten, dass dieses neue Quartier nicht ein frei schwebender Satellit im Stadtbezirk Ehrenfeld wird,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

sondern sich in diesen Stadtbezirk einpasst - mit der Gestaltung, aber auch mit den Wegebeziehungen, mit einem guten Mobilitätskonzept, mit Flächen für das Gemeinwesen und bitte auch mit viel Grün.

Deshalb fordere ich Sie auf: Sichern wir uns diese Planungshoheit mit dem städtebaulichen Wettbewerb für das gesamte Quartier und einem

geordneten Bauleitplanverfahren. Unser Antrag gibt den Weg dahin vor. Stimmen Sie zu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Kienitz, Kollegin Pakulat, Sie haben in Ihren Redebeiträgen die Situation aus Ihrer Sicht dargestellt. Frau Pakulat hat auch die Frage aufgeworfen, dass der Besitz von Boden ein ganz zentraler Punkt ist, wenn - und das wollen wir alle - preiswerter Wohnraum in der Stadt zur Verfügung gestellt werden soll. Sie stellen also die richtigen Fragen, geben aber keine Antworten bzw. pessimistische Antworten, als sei die Sache schon vom Tisch. So ist es aber nicht.

Dieses Verfahren, das ich hier miterleben, ertragen und erdulden musste, ist natürlich eine totale Katastrophe. Es tut mir leid, dass ich jetzt

relativ deutliche Worte finden muss. Die Kollegin Pakulat hat Gott sei Dank schon von der berühmten Runde der stadtentwicklungspolitischen Sprecher berichtet. Daraus hat Pandion nachher auch eine PM gemacht. Das ist noch einmal eine andere Baustelle. Für mich ist das aber ein Nebenschauplatz und gar nicht so wichtig.

Wichtig ist für mich Folgendes: Als wir, die stadtentwicklungspolitischen Sprecher, mit Pandion in einem Raum saßen, waren uns dermaßen viele Fakten nicht mitgeteilt worden, dass wir eine vernünftige Diskussion mit Pandion überhaupt nicht führen konnten. Uns fehlte die Kenntnis über die Besitzverhältnisse. Wir wussten, dass von diesem Gelände circa ein Viertel der städtischen Familie gehört und die anderen drei Viertel einem Privaten gehören. Das wussten wir. Wir wussten aber nicht, dass es für die drei Viertel ein Vorkaufsrecht der RheinEnergie gibt.

Da sage ich: Wenn wir das nicht wissen, hat das nichts mehr damit zu tun, dass man offen und transparent über die Verhältnisse in dieser Stadt mit der Politik kommuniziert.

Das ist nicht hinnehmbar, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich fand das wirklich furchtbar. Sie können sich gar nicht vorstellen, wie ich mich darüber geärgert habe.

Ich musste damals ja von den mir vorliegenden Informationen ausgehen. Deswegen kann ich auch verstehen, dass sich Pandion aufregt. Mit dem Wissen, das ich hatte, musste ich dann versuchen - das ist mir schwergefallen; aber ich habe das gemacht -, mit Pandion halbwegs vernünftig zu reden.

Ich kam dort hinein - wir müssten eigentlich alle so dort hineingekommen sein; es mag natürlich sein, dass es Herrschaftswissen gibt und andere Leute mehr wissen als ich - und hatte einen Investor vor mir, der sagte: Ja, natürlich halten wir uns an das, an das man sich in Köln halten muss.

Dann musste ich achselzuckend sagen: Ja, klar; gut, okay. - Pandion ist bestimmt nicht mein Lieblingsinvestor. Aber wenn es ist, wie es ist, dann ist es halt so. Und dann kann ich nicht sagen: Deine Nase gefällt mir nicht; das mache ich nicht.

Das geht doch nicht. So kann man wirklich nicht miteinander umgehen. Man kann doch nicht Leute wie mich, die sich ernsthaft darum kümmern und dafür interessieren, derart veräppeln und sich so unwissend dahin setzen lassen. Das ist ein Skandal.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt gibt es ja noch einen Hoffnungsschimmer, wenn ich das richtig verstanden habe. Ich bitte darum - darauf bestehe ich auch -, dass Frau Blome als Liegenschaftsdezernentin, Herr Greitemann als Stadtentwicklungsdezernent und Herr Dr. Steinkamp als Chef der Stadtwerke zu dieser Frage jetzt hier Stellung beziehen.

Der Verkauf ist über die Bühne gegangen. So hört es sich zumindest an. Wir haben ja alle von Pandion vor Weihnachten ein kleines Präsent gekriegt: Hallo, wir haben Max Becker gekauft; es kann losgehen.

(Michael Frenzel [SPD]: Wir haben kein Präsent bekommen! Wir haben eine E-Mail bekommen!)

- Ja, eine E-Mail als Präsent. Entschuldigung. Nein, ich habe nichts von Pandion angenommen. Das hat niemand getan. Entschuldigung. Es war kein Präsent, sondern ein Weihnachtsgruß mit der Botschaft: Wir haben gekauft.

Jetzt möchte ich von den eben genannten Personen wissen: Ist bezüglich des Vorkaufsrechts für die gesamte städtische Familie - Stadtwerke-Konzern, Liegenschaftsamt - an dieser Sache noch etwas zu drehen? - Dazu möchte ich eine Auskunft mit Daten, Zahlen und Fakten. Diese Auskunft möchte ich hier und heute. Das ist das Erste, was ich möchte.

Zweitens. Natürlich wird es gleich heißen: Das ist zu teuer; das kann sich die städtische Familie nicht leisten. - Aber dann kommt genau das zum Zuge, was die SPD angesprochen hat. Wir müssen doch vorher wissen, was da für Interessen bestehen. Und dann müssen wir natürlich - da haben Sie recht, Herr Kienitz - im Stadtentwicklungsausschuss sagen: Jawohl, wir legen auf dieses Gebiet diesen und jenen Bebauungsplan, damit sich der Preis auch nicht ins Unendliche schraubt.

Diese Instrumente haben wir. Wir müssen sie aber frühzeitig anwenden und dürfen nicht warten, bis ein Grundstück verkauft ist. So geht das nicht. Wir müssen unsere Bebauungspläne

frühzeitig machen. Da haben wir auch Einfluss auf den Preis, und da müssen wir als städtische Familie auch zuschlagen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit - und gucken Sie, dass Sie dieses Ding noch vom Eis kriegen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Niklas Kienitz hat schon darauf hingewiesen, dass diese Debatte, die wir hier im Rat führen, eigentlich doppelt überflüssig ist.

Erstens ist das eine klassische Aufgabe der Verwaltung. Ich habe großes Vertrauen zu unserem Beigeordneten

(Beifall bei der FDP und der CDU)

und bin davon überzeugt, dass dann, wenn solche Vorgänge kommen, der zuständige Fachausschuss zu gegebener Zeit damit befasst wird. Dann kann man alle seine Wünsche in Form von Änderungsanträgen dort einbringen. Das ist normalerweise kein Thema für den Rat. Ja, wir haben jetzt Wahlkampfjahr. Pi mal Daumen laufen 80 Bebauungsplanverfahren. Es gibt also viele Gelegenheiten, schöne Anträge für den Rat zu schreiben. Das bringt uns aber nicht weiter. Diese Anträge kann man ja im Ausschuss formulieren. Man muss sie nicht hier stellen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Es geht hier um städtisches Interesse!)

Zweitens ist das, wie ich schon angedeutet habe, eigentlich eine Debatte für den Fachausschuss. Das sieht man jetzt auch. Es wird sehr fachlich diskutiert. Aber ich kann gerne auch diese Debatten hier führen.

Bei solchen Grundstücken sieht man dann, wo der Wunschzettel lang wird und welche Begehrlichkeiten alle kommen. Wir haben das bei anderen Dingen auch schon einmal durchdekliniert. So hatte die SPD beim Madaus-Gelände bis hin zu den Trinkwasserbrunnen schon alles im Antrag vorgegeben.

(Michael Frenzel [SPD]: Das war Kreuzfeld! Das war unsere Idee für Kreuzfeld!)

- Nein, ich meine, es sei das Madaus-Gelände in Neubrück gewesen. Das ist aber auch egal. Ich suche es gerne noch einmal heraus, Michael.

Für Sie von der SPD reichen 30 Prozent geförderter Wohnungsbau natürlich nicht mehr aus, um sich hier im Wahlkampfjahr abzusetzen. Deshalb fordern Sie zusätzlich 20 Prozent preisgedämpfte Wohnungen und 20 Prozent Werkswohnungen, die ja in die gleiche Richtung gehen.

Ich warte nur noch auf die Forderung der LINKEN, irgendwann 110 Prozent geförderten Wohnungsbau zu machen, damit man das noch einmal toppen kann.

Nein, meine Damen und Herren, so funktioniert es leider nicht. Deswegen ist mir an dieser Stelle auch der Antrag von CDU und Grünen sympathischer. Wir werden ihn nachher auch als Basis unseres Abstimmungsverhaltens nehmen, weil er sich im Grunde auf den städtischen Standard beschränkt und nicht immer noch oben draufsattelt.

Bei dem Antrag von CDU und Grünen ist aber - das hat die Debatte jetzt gezeigt - dieses Vorkaufsrecht das heikle Thema. Ich habe mich eben bei Herrn Dr. Steinkamp erkundigt. Ursprünglich befand sich dort einmal ein Gaskraftwerk. Er hat mir bestätigt - das kann er hier aber gleich noch einmal öffentlich sagen -, dass die RheinEnergie nicht vorhat, dort wieder ein Gaskraftwerk zu bauen. Das beruhigt mich ja schon einmal sehr. Heute geht es natürlich auch aus dieser Richtung darum, Wohnen und Gewerbe zu schaffen.

Es würde sicherlich die Entwicklung hier verzögern, wenn man das jetzt in den Stadtwerke-Konzern integrierte. Das würde die Schaffung von Wohnen und Gewerbe verzögern.

Niklas Kienitz hat gesagt: Wir brauchen private Investoren, damit wir diese Stadt entwickeln können. - Niklas, dann frage ich dich: Warum wird denn hier plötzlich mit dem Instrument des Vorkaufsrechts geliebäugelt?

Sabine Pakulat hat aus ihrem Herzen keine Mördergrube gemacht und gesagt: Wir haben 1949 einen großen Fehler gemacht und die Eigentumsfrage in Deutschland ganz falsch geregelt. - Liebe Sabine, 1949 ist ein großer Feldversuch gestartet worden. Die einen haben in der Bundesrepublik Deutschland Privateigentum

geschaffen, und die anderen haben in der DDR die ganzen Flächen verstaatlicht.

Den Erfolg dieser Politik haben wir doch bis 1989 gesehen.

(Beifall bei der FDP und der AfD sowie bei Teilen der CDU - Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Du kannst es dir noch heute angucken. Ich war in Kuba im Urlaub. Dort gehören die Hotels alle dem Staat, und keiner hat ein Interesse, etwas daran zu machen. So kannst du doch keine Stadt entwickeln.

Da kann auch Herr Weisenstein frohlocken, dass er hier plötzlich die Verstaatlichung bekommt.

(Lachen von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ein großer Fehler, das in diesen Antrag hineinzuschreiben und hier möglicherweise ein Vorkaufsrecht geltend zu machen. Das würde den Prozess zurückwerfen. Wir verstaatlichen hier keine Flächen.

Auch euer Vorkaufsrecht, das ihr eigentlich für Wohnungsbau installiert habt, ist ein großer Rohrkrepierer. Da sind sieben Stellen geschaffen worden. Sie haben 4 000 Verträge bei Notaren gescannt. Letztendlich sind acht Grundstücke identifiziert worden. Sieben davon sind - herzlichen Dank, liebe Grüne - Verkehrserwartungsland gewesen. Der Eigentümer der einzigen Wohnbaufläche hat gegen das Vorkaufsrecht auch noch geklagt. So wird hier mit Personal der Stadt umgegangen.

(Beifall bei der FDP)

Mit einer solchen Politik bekommen wir die Stadt nicht nach vorne. So gelingt es uns nicht, 6 000 Wohnungen zu schaffen.

Jetzt ist Gott sei Dank meine Redezeit zu Ende. Sonst würde ich noch etwas von der Subbelrather Straße erzählen, wo ihr mit eurer Politik verhindert habt, dass 700 Studentenwohnungen gebaut werden konnten. Auf diese Debatte kommen wir an anderer Stelle zurück. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Da mir aus der Mitte des Rates keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, hat jetzt Herr Bezirksbürgermeister Wirges das Wort.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Was ist denn mit Herrn Steinkamp usw.?)

- Ich dachte, dass wir das nachher machen. (Niklas Kienitz [CDU]: Das ist also das Ende der ersten Runde!)

- Ja. Zwischendurch hat das ja keinen Sinn.

Bezirksbürgermeister Josef Wirges (Ehrenfeld): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren des Rates! Ich möchte Ihnen mitteilen, dass wir am vergangenen Montag zum zweiten Mal einen einstimmigen Beschluss - ich betone: einstimmigen Beschluss; das heißt: spiegelbildlich die gleiche Farblehre wie bei Ihnen hier - gefasst haben. Der erste Beschluss ist irgendwie nicht auffindbar gewesen. Wir haben es jetzt am Montag nochmals beschlossen. Mit dem Adressat Stadtentwicklungsausschuss haben wir einstimmig gesagt: Wir beauftragen die Verwaltung, dem Stadtentwicklungsausschuss eine Beschlussvorlage zur Aufstellung eines Bebauungsplans für das Max-Becker-Gelände vorzulegen.

Das ist wichtig, weil wir in Ehrenfeld über mehrere Jahre die Erfahrung machen mussten, dass die Investoren - was ja nichts Schlimmes ist - sich bei mir und bei den Damen und Herren von den Fraktionen die Klinke in die Hand gegeben

haben. Sie wollten Tolles für Ehrenfeld entwickeln und sagten, es werde alles besser und schöner. Manche hatten schon im Vorfeld die Dollarzeichen im Auge.

Das gefiel uns irgendwann nicht mehr. Wir haben gesagt: Diese §-34-Bebauung ist eher ein Fluch. Deshalb müssen wir sehen, dass wir dort, wo wir es noch können, den zuständigen Ausschuss und letztendlich den Rat bitten, ein Bebauungsplanverfahren zu bewerkstelligen. - Denn wir haben auch negative Erfahrungen gesammelt.

Ich habe die Diskussion hier mit Interesse verfolgt und will mich jetzt nicht an der Debatte über einzelne Punkte beteiligen, sondern nur dafür werben, dass Sie uns dabei unterstützen - was ja auch die Aufgabe des Rates ist -, auf diesem

riesengroßen Areal etwas Vernünftiges zu schaffen. Ich nehme einmal das Kooperative Baulandmodell. Wir haben ja gesagt: 30 Prozent öffentlich geförderter Wohnungsbau plus 20 Prozent preisgedämpfte Wohnungen plus 20 Prozent Werkswohnungen - vielleicht genossenschaftliche Initiativgruppen.

Alles das ist uns wichtig - und vor allen Dingen auch Förderung kultureller Art. Es geht darum, Subkultur - so nenne ich es liebevoll - in Ehrenfeld wieder eine endgültige Heimat zu geben. Wir wissen alle, was mit vielen Klubs etc. passiert ist. Sie sind nicht mehr da. Viele Tausende sind über die Jahre nach Ehrenfeld gekommen.

Ein Umbruchprozess ist bald zu Ende, wenn dieses große Areal nach den Gesichtspunkten von Pandion geplant und letztendlich auch erschaffen wird. Dann hat die Gentrifizierung im Stadtbezirk und besonders im Stadtteil Ehrenfeld ihr Ziel erreicht, meine Damen und Herren. Das wollen wir bei uns nicht. Deshalb sind wir einmütig dafür, hier den Menschen zu sagen: Jawohl, ihr bekommt auch noch preiswerten Wohnraum.

Nach dem, was das Kooperative Baulandmodell vorsieht, liegen wir beim ersten Förderweg bei ungefähr 6,20 Euro und beim zweiten Förderweg bei ungefähr 8,50 Euro.

Ich nenne da immer ein schönes Beispiel. Bei einem Quadratmeterpreis von 8,50 Euro kann auch der Oberbrandmeister unserer Feuerwehr - verheiratet, Mutter und Kind zu Hause - nur unter größter Not das Geld für 70 oder 80 Quadratmeter aufbringen, wenn die Mutter nicht zusätzlich arbeitet, sondern sich um das Kind kümmert.

Meine Damen und Herren, dieses Problem haben wir überall in Köln, auch in den Veedeln.

Daher bitte ich Sie eindringlich, zwar auch einen städtebaulichen Ideenwettbewerb etc. durchzuführen, aber so schnell wie möglich einen B-Plan zu beschließen. Pandion wird auch genau wissen, was das bedeutet. Viele dieser Investoren scheuen ja einen B-Plan wie der Teufel das Weihwasser.

Das wollen wir denen nicht durchgehen lassen. Hier haben Sie noch einmal die Chance, das, was Ehrenfeld ausgemacht hat, noch ein bisschen zu erhalten und zu retten. - Danke schön, dass Sie sich dafür einsetzen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt eine Menge Fragen. Ich bitte Herrn Dr. Steinkamp, mit der Beantwortung der Frage zum Thema Vorkaufsrecht zu beginnen.

Dr. Dieter Steinkamp (Stadtwerke Köln): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Diese Frage ist schnell beantwortet. Es ist richtig; die RheinEnergie hat ein Vorkaufsrecht. Dieses Vorkaufsrecht ist frühestens zu ziehen, wenn es einen Verkauf gibt.

Das heißt: Wir sind von Pandion darüber informiert worden, dass ein Kauf seitens Pandion stattgefunden hat. Jetzt haben wir eine Zweimonatsfrist, innerhalb der wir uns erklären können, ob wir von diesem Vorkaufsrecht Gebrauch machen wollen. Dazu gibt es im Unternehmen noch keine Entscheidung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Greitemann das Wort.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Zum Vorkaufsrecht brauche ich dann nicht mehr viel zu sagen. Zur Einordnung der ganzen Geschichte möchte ich aber einen Punkt ansprechen, damit das klar ist.

§ 34 geht an dieser Stelle überhaupt nicht. Wir müssen so oder so einen Bebauungsplan aufstellen. Wir müssen so oder so ein Werkstattverfahren durchführen. Das ist dem Vorhabenträger auch in mehreren Gesprächen sehr deutlich gemacht worden. Es ist eineindeutig, dass wir das

Kooperative Baulandmodell anwenden. Es ist eineindeutig, dass wir die sozialen Infrastrukturen und auch die Schul- und Kita-Infrastrukturen dort unterbringen müssen und wollen. Dem Vorhabenträger ist sehr klar gemacht worden, dass wir an dieser Stelle eine verkehrliche Herausforderung haben.

Es ist dem Vorhabenträger auch sehr deutlich gemacht worden, dass wir an dieser Stelle preisgedämpften - ich sage ganz bewusst nicht „bezahlbaren“, weil das je nach Einkommen ganz

unterschiedlich ist, sondern „preisgedämpften“ - Wohnungsbau zusätzlich haben wollen. Alle diese Dinge weiß er.

Sie haben ja vorhin schon selber über etwas berichtet. Das wollte ich in keinem Fall. Aber die Geschichte ist von mir ganz persönlich auch so vorangetrieben worden, dass alle Sprecher in einer Sitzung den gleichen Informationsstand hatten. Das war mir sehr wichtig.

Außerdem war wichtig, dass der Vorhabenträger mit einer Information herausgeht, die er für sich wirtschaftlich bewerten kann. Daraus ist dann wahrscheinlich dieser Verkauf entstanden.

Das bedeutet: Wir als Stadt Köln haben alles, aber auch alles in der Hand. Wir starten nicht nur mit dem Werkstattverfahren, sondern werden auch den Rahmenplan dort anpassen müssen. Er bezieht sich im Übrigen nicht nur auf das Gebiet von Max Becker, sondern auch auf die umliegenden Gebiete, die wir dort entwickeln müssen. Das ist klassische Stadtentwicklung.

Impulse der Stadtentwicklung - das hat Herr Kienitz mir leider schon aus dem Mund genommen - kommen manchmal auch aus dem Markt heraus. Diesen Impuls können wir, denke ich, positiv für uns nutzen - auch in Zusammenarbeit mit anderen Protagonisten wie Wohnungsgenossenschaften, GAG etc. Denn ein solches Unternehmen wird dieses Gebiet niemals alleine entwickeln können. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Nachfragen? - Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, für uns sind das jetzt neue Informationen. Diese Informationen müssen wir erst einsortieren. Deswegen beantrage ich - das müssen Sie mir nachsehen - zehn Minuten Sitzungsunterbrechung.

(Zurufe)

- Ja, das ist so. Es tut mir leid. Leute, dann müsst ihr uns vorab mit Informationen ausstatten. - Ich bitte also um zehn Minuten Sitzungsunterbrechung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Da möchte ich Herrn Weisenstein zustimmen. Deswegen lasse ich darüber nicht abstimmen. Mit ihm gemeinsam wünsche ich mir zehn Minuten Sitzungsunterbrechung.

(Unterbrechung von

19.03 bis 19.18 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, können wir bitte wieder in die gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 3.1.8 und 3.1.10 eintreten?

Ich frage jetzt, ob es Wortmeldungen oder weitere Anfragen gibt. Ansonsten würde ich nämlich gern darüber abstimmen lassen. Gibt es weitere Wortmeldungen zu den beiden Tagesordnungspunkten? - Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Ich bitte nur darum, dass wir bei dem CDU-Antrag den Punkt 4 getrennt abstimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann beabsichtige ich, in folgender Reihenfolge abzustimmen: zunächst über den Dringlichkeitsantrag von SPD - das ist TOP 3.1.8 - und anschließend über den Dringlichkeitsantrag von CDU, Grüne und GUT, also TOP 3.1.10.

(Ralph Sterck [FDP]: Okay!)

Ich lasse zunächst über Ziffer 4 abstimmen, und anschließend lasse ich es gesamt abstimmen. Das wäre die ökonomischste Variante.

(Ralph Sterck [FDP]: Okay!)

Herr Frenzel, haben Sie einen anderen Abstimmungsvorschlag? - Darum besprechen wir es ja hier.

Michael Frenzel (SPD): Entschuldigung, Frau Oberbürgermeisterin, ich bin mir jetzt nicht ganz sicher, ob ich Herrn Sterck richtig verstanden habe. Er sagte, er möchte den Punkt 4 einzeln abstimmen. Ich habe es so verstanden, dass er beim Tagesordnungspunkt 3.1.10 den Punkt 4 einzeln abstimmen würde. Bei Tagesordnungspunkt 3.1.8 gibt es aber auch einen Punkt 4. Ich

weiß nicht, ich habe das nicht auf diesen bezogen.

Falls Herr Sterck den Tagesordnungspunkt 3.1.8 gemeint hat mit der Einzelabstimmung zu Punkt 4 - -

(Zurufe: Nein, das hat er nicht!)

Das hat er nicht? - Gut. Sonst hätte ich beantragt, dass wir das bei TOP 3.1.10 machen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann habe ich das richtig verstanden.

Ich lasse jetzt so abstimmen, wie ich es vorgeschlagen habe: zunächst über den Dringlichkeitsantrag der SPD. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE und Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über Ziffer 4 des Dringlichkeitsantrags von CDU, Grüne und der Ratsgruppe GUT abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind SPD, Grüne, CDU, DIE LINKE, Herr Wortmann, AfD, Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Keine. Dann ist dem so zugestimmt.

Jetzt lasse ich über den Gesamtantrag 3.1.10 abstimmen. Gegenstimmen? - SPD-Fraktion. Enthaltungen? - FDP-Fraktion. Dann ist dem so zugestimmt.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den Anfragen.

3.1.8

Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, unverzüglich alle erforderlichen Schritte vorzunehmen, um für das Gelände in Ehrenfeld zwischen dem Maarweg im Westen, der Widdersdorfer Straße im Süden und den Gewerbebetrieben östlich der bisher der Fa. Max-Becker gehörenden Flächen einen Bebauungsplan aufzustellen, der folgende Inhalte verfolgt:

1. Widmung des Geländes als MI-Fläche;

2. Über die Anforderungen des Kooperativen Baulandmodells Köln zur Errichtung von mindestens 30 % der Geschossfläche Wohnen als öffentlich-gefördertem Wohnungsbau hinaus sollen zusätzlich mindestens 20 % preisgedämpfte Wohnungen und mindestens 20 % Werkswohnungen im Plangebiet entstehen. Dabei sollen auch folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- *behinderten- und altengerechte, barrierefreie Wohnungen,*
- *Wohnungen für betreutes Wohnen,*
- *Wohn- und Pflegeheime für bedürftige Personen, in Ergänzung mit einem Hospiz,*
- *Errichtung einer Fachausbildungseinrichtung für Sozial - und Pflegeberufe mit angegliedertem Wohnheim;*

3. Schaffung einer hohen Anzahl an Arbeitsplätzen;

4. Sicherung von Flächen für den Gemeinbedarf (z.B. Schulnutzung, Kindertagesstätten);

5. Sicherung von Flächen für eine kulturelle Nutzung;

6. Verwirklichung des Bürgerparks gemäß Rahmenplanung und Verwirklichung und Sicherung weiterer Grünflächen, insbesondere Erhalt des alten Baumbe- stands rund um den Kugelgasbehälter.

II. Die Grundstücke des Stadtwerke-Konzerns werden in das Planverfahren ausdrücklich einbezogen und sind in einem ausgewogenen Gesamtkonzept mit den privaten Grundstücken zu berücksichtigen.

III. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, das westlich des Maarwegs gelegene Areal der ehemaligen Fa. Dirkes mit in das Bebauungsplanverfahren einzubeziehen.

IV. Im zu erstellenden Verkehrskonzept sind insbesondere eine sehr gute Anbindung an den ÖPNV und den SPNV (S-Bahn-Strecke) und eine weitgehende Reduzierung des MIV vorzusehen.

V. Die Bürgerschaft ist frühzeitig in die weiteren Planungen einzubeziehen, beispielsweise

über ein Werkstattverfahren.

VI. Ein Aufstellungsbeschluss ist dem Stadtentwicklungsausschuss für dessen Sitzung am 19.03.2020 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

Anmerkung:
Der Antrag wurde gemeinsam mit TOP 3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend "Entwicklung des Max- Becker-Areals in Ehrenfeld, AN/0220/2020 behandelt.

Von 19:03 Uhr – 19:19 Uhr Sitzungsunterbrechung auf Antrag von RM Weisenstein bei der Beratung von 3.1.8 und 3.1.10.

3.1.10

I. Einzelabstimmung über Ziffer 4 Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. gegenüber dem Stadtwerkekonzern darauf hinzuwirken, dass die Ausübung des vorhandenen, vertraglich gesicherten Vorkaufsrecht der Rhein-Energie AG zügig zu prüfen und ggf. anzuwenden ist.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke. und AfD sowie der Gruppe GUT und RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

II. Abstimmung über den Gesamtantrag:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. einen städtebaulichen Wettbewerb für das Areal Widdersdorfer Straße/Maarweg/ Oskar-Jäger-Straße in Ehrenfeld durchzuführen, um die Entwicklung eines mischgenutzten Quartiers anzustoßen. Dabei sollen insbesondere die Nutzung, Dichte und Höhe der Bebauung festgelegt werden.

2. dem Stadtentwicklungsausschuss auf der Grundlage des Wettbewerbsergebnisses einen Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan vorzulegen.

Mit dem Bebauungsplan sollen folgende Ziele erreicht werden:

- *Schaffung von Wohnraum auf der Grundlage des geltenden Kooperativen Baulandmodells unter Berücksichtigung Generationenübergreifender Wohnmodelle*
- *Schaffung von Gewerbeflächen für unterschiedliche Gewerbenutzungen*
- *Schaffung von Kultur- Sozial-, Bildungs- und Gemein- sowie Grünflächen*
- *Erschließung mit flexiblen Mobilitätskonzepten und Anbindung insbesondere an den ÖPNV*

3. eine Überarbeitung des Rahmenplans für das Gesamtgebiet - insbesondere auch westlich des Maarwegs - einzuleiten vor dem Hintergrund der Stadtstrategie, Wohnen und Arbeiten in Misch-Gebieten zusammenzuführen.

4. gegenüber dem Stadtwerkekonzern darauf hinzuwirken, dass die Ausübung des vorhandenen, vertraglich gesicherten Vorkaufsrecht der Rhein-Energie AG zügig zu prüfen und ggf. anzuwenden ist.

5. mit der RheinEnergie AG ist auch im Falle eines Verzichtes auf das Vorkaufsrecht ein Verfahren mit dem Ziel einer gemeinschaftlichen Entwicklung des Gesamtareals unter Einbeziehung der im Eigentum der Rhein-Energie AG befindlichen Flächen aufzusetzen. Dabei soll auch die Möglichkeit der Errichtung von Mitarbeiterwohnungen für den Stadtwerkekonzern berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
Der Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit TOP 3.1.8 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Ehrenfeld kein Luxusfeld – rein

profitorientierte Entwicklung des Max-Becker-Areals verhindern – Wohnen.Bezahlbar.Machen.", AN/0207/2020 behandelt.

Von 19:03 Uhr – 19:19 Uhr Sitzungsunterbrechung auf Antrag von RM Weisenstein bei der Beratung von 3.1.8 und 3.1.10.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „Schadenersatzklage Luftreinhaltung“ AN/1719/2019

Die Antwort der Verwaltung liegt jetzt als Tischvorlage vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Wir bedanken uns für die Beantwortung der Anfrage. Auch wenn es jetzt recht kurzfristig kam, haben wir dennoch eine Nachfrage, und zwar war in unserer Anfrage auch ersichtlich, dass Bonn Schadenersatzansprüche anmeldet gegenüber VW, weil sie von Schummel-Software betroffene Fahrzeuge in ihrem Fuhrpark haben.

Jetzt schreiben Sie unter Punkt 5 Ihrer Antwort, dass sich in Köln 38 Pkw-Fahrzeuge mit solchen Motoren befinden. Meine Frage ist daher: Ist denn da nicht auch ein Wertverlust gegeben, wogegen man eventuell mit Schadenersatzforderungen gerichtlich vorgehen könnte? - Das wäre meine Nachfrage zu dieser Anfrage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Keller.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Modelle werden sukzessive auch ersetzt, sodass wir hier Schwierigkeiten haben, einen Schaden darlegen zu können, den wir dann auch einklagen können.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Haben Sie noch eine weitere Nachfrage, Herr Zimmermann?

(Thor-Geir Zimmermann [Ratsgruppe GUT]: Nicht zu 4.1!)

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Die Nachfrage von RM Zimmermann wird mündlich beantwortet.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Zwangsräumungen in Köln: Wie können sie verhindert werden?“ AN/0159/2020

Antwort der Verwaltung vom 05.02.2020 0323/2020

Gibt es Nachfragen? - Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Herr Dr. Rau, unter Frage 1 werden die Mehrzahl der Zwangsräumungen erwähnt, und

die Unterbringung in Notunterkünften bilden die Zwangsräumungen. Können Sie uns die Zahlen, die dahinter liegen, bitte nachreichen? - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das wird schriftlich erledigt.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Die Beantwortung der Nachfrage von RM Detjen wird schriftlich nachgereicht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „Internationale Mobilitätsmesse für Köln“ AN/0197/2020

Antwort der Verwaltung vom 05.02.2020 0403/2020

Nachfragen? - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Auch hier vielen Dank für die Antwort und die doch sehr, sehr positiven Aspekte zu einer möglichen neuen Mobilitätsmesse in Köln.

Daher meine Frage: Sie verweisen noch auf Prozesse, die man jetzt besser nicht direkt in die Öffentlichkeit bringen möchte. Können wir denn mit einer Mitteilung rechnen, die Sie von sich aus eingeben werden in die Gremien, sobald die Öffentlichkeit hergestellt werden kann? Wie geht es weiter mit unserem Ratsbeschluss? - Wir haben im Dezember einen klaren Auftrag gegeben bzw. einen klaren Wunsch geäußert, dass wir solch eine Messe haben wollen. Daher wäre es natürlich sehr schön, wenn wir als Rat in Gänze bald erfahren würden, wie es da weitergeht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich kann das gut nachvollziehen und fühle mich dem auch sehr verpflichtet, weil ich eben diesen Ratsbeschluss mitnehmen konnte zu der Bewerbung. Wir müssen einfach schauen, wann das Bewerbungsverfahren wirklich abgeschlossen ist. Dann werden natürlich die Aufsichtsratsmitglieder in der Koelnmesse ein Informationsrecht haben. Sie können mit einer Mitteilung rechnen. Ich kann Ihnen im Moment aber nicht zusagen, was genau darin alles stehen kann. Aber ich verstehe Ihr Informationsinteresse.

Haben Sie weitere Nachfragen zu dem Tagesordnungspunkt, Herr Zimmermann?

(Thor-Geir Zimmermann [Ratsgruppe GUT]: Nein!)

Sie hätten noch eine frei. - Nein, im Moment nicht. Okay.

(Zuruf)

Nein, nein, das Fragerecht kann nicht ausgeliehen oder getauscht werden. Dann müssen Sie die Geschäftsordnung ändern.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Die Nachfrage von RM Zimmermann wird mündlich beantwortet. Eine ergänzende Mitteilung wird nach Abschluss des Verfahrens in geeigneter Form den zuständigen Gremien vorgelegt.

4.4 Anfrage der Gruppe GUT betreffend

„Grüner Wasserstoff zur Erreichung der Klimaneutralität“

AN/0198/2020

Antwort der Verwaltung vom 06.02.2020 0383/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Da liegt die Antwort der Verwaltung ebenfalls vor.

Bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Ja, und da haben wir dann tatsächlich zwei Nachfragen oder zweieinhalb.

Zum einen: Sie beantworten die Fragen hauptsächlich mit dem Hinweis auf den Zusammenschluss Wasserstoffregion Köln und auf den Förderaufruf Modellregion für Wasserstoffmobilität des Landes NRW. Aber einige unserer Fragen hätte man durchaus auch beantworten können, und zwar unabhängig von dem Ausgang dieses Wettbewerbs. Zu Frage 1 hätte ich gern eine Nachfrage, die sich auch mehr an den Stadtwerkekonzern richtet, nämlich, ob das Kölner Erdgasnetz bereits wasserstofftauglich ist.

In dem Zusammenhang dann vielleicht die halbe Frage noch dazu, ob der Stadtwerkekonzern auch jetzt schon aktiv ist in Sachen Wasserstoff, und zwar nicht nur im Sinne von Mobilität, sondern eben auch als Gas zum Heizen etc. Das wäre meine erste Nachfrage.

Die zweite Nachfrage ist zu Punkt 5. Sie beantworten das mit dem Programm auf Landesebene, aber es gibt sicherlich auch noch Förderprogramme auf Bundes- und EU-Ebene etc. Haben Sie die auch auf dem Schirm, oder konzentriert sich die Stadt Köln nur auf diesen einen Wettbewerb? Es wäre ja ein bisschen schade. Wenn wir nicht gewinnen, müssten wir wieder bei null anfangen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Können das Herr Dr. Steinkamp und Herr Rau vielleicht im Zusammenspiel beantworten?

Dr. Dieter Steinkamp (Stadtwerke Köln): Ein bisschen macht es mich schon betroffen, dass ich vielleicht nur eine halbe Frage wert bin. Nein, ernsthaft:

Natürlich beschäftigen wir uns mit dem Thema Wasserstoff im Wesentlichen bei RheinEnergie, aber nicht nur bei RheinEnergie. Das ist ein hochinteressanter Energieträger, der auch, was Optionen angeht, unternehmerisch damit umzugehen, gerade in den letzten Monaten noch einmal richtig Dynamik erfahren hat.

Wir sondieren gerade in dem breiten Feld der Aktivitäten, wo für uns strategisch der sinnvolle Pfad liegt. Das bedeutet: Natürlich ist das Thema Wasserstoff für uns hochinteressant, aber wir sind noch nicht so weit, dass wir eine Entscheidung getroffen haben, uns irgendwo an einem Piloten zu beteiligen oder - ich sage es mal so - ohne eine Perspektive zu haben, dass das unternehmerisch auch mittel- bis langfristig profitabel ist, schon jetzt einzusteigen.

Aber unterm Strich ist das ein Thema, bei dem wir auch zukünftig sehr aktiv, denke ich, dabei sein werden und zum richtigen Zeitpunkt dann auch unternehmerisch die Investitionsentscheidung oder Beteiligungsentscheidung in Kooperation mit entscheiden werden.

Beigeordneter Dr. Harald Rau: Dann setze ich fort.

Ja, natürlich, wir haben Bundes-, Landes- und auch EU-Förderprogramme im Blick und erwarten uns selbstverständlich von dem europäischen „Green Deal“ mit einem 1-Billion-Euro-Gesamtbudget Programme, die für uns zutreffend sind. Wir werden das in den Blick nehmen, haben das schon im Blick und versprechen uns noch einiges davon.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Noch eine Nachfrage zur Anfrage.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Ja, nur zu Herrn Steinkamp noch einmal, weil die Frage sehr konkret ist, auch wenn es jetzt vielleicht nicht der richtige Rahmen ist, aber da wir die Anfrage nun einmal hier gestellt haben: Ist das Kölner Erdgasnetz schon wasserstofftauglich?

Dr. Dieter Steinkamp (Stadtwerke Köln): Das kann ich Ihnen noch nicht sagen. Die Normungsinstitute der Gaswirtschaft, also der DVWG (Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches), führen zurzeit eine ganze Menge von Tests durch, welche Leitungsmaterialien wasserstofffest sind und welche nicht. Das heißt also, auch hier sind wir im Fluss, aber auch hier sind wir nah dran. Wir wissen natürlich, was wir in der Erde liegen haben, und die Materialart entscheidet maßgeblich mit darüber. Landauf, landab geht man in der Branche aber davon aus, dass zumindest in einer Quote irgendwo zwischen 5 und 10 Volumenprozent beimischbar sein müsste, aber, wie gesagt, das muss technisch aus Sicherheitsgründen genormt werden. Die Ergebnisse stehen noch aus.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Dr. Steinkamp.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Die Nachfragen von RM Zimmermann werden mündlich beantwortet.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.5 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend

„Vorkehrungen im Falle einer Pandemie in Köln“

AN/0199/2020

Antwort der Verwaltung vom 05.02.2020 0381/2020

Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend

„Gewalt gegen Mitarbeiter der Stadt, Krankenstand und Präventionsmaßnahmen“

AN/0200/2020

Die Anfrage ist sehr kurzfristig eingegangen. Die Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Die Angelegenheit wird zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

6 Ortsrecht

Tagesordnungspunkt

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 Ordnungsbehördliche Verordnung für 2020 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an den aufgeführten Tagen und Zeiten

4022/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Bitte sehr.

Jörg van Geffen (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Als Ausschussvorsitzender möchte ich nur kurz mitteilen, dass wir die Vorlage ohne Votum weitergegeben hatten, aber bis auf DIE LINKE durchaus mit positiver Tendenz.

Wichtig ist uns, dass wir die Veranstaltung der ABC-Aktionsgemeinschaft „Advent in der Südstadt“, die abgelehnt wurde in der Vorlage, herauslösen aus dieser Vorlage und noch einmal in die Prüfschleife bei der Verwaltung geben. Es wurde auch von Herrn Greitemann schon zugesagt, das aufzunehmen.

Ansonsten, wie gesagt, hatten wir es ohne Votum weitergegeben. Der Rat wird weise entscheiden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich hatte vor abzustimmen wie Vorlage mit dem Prüfauftrag aus dem Wirtschaftsausschuss.

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Gibt es Gegenstimmen? - Von DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss (mit dem Prüfauftrag aus der Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 04.02.2020, s. Anlage 21):

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 01 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2020 an den aufgeführten Tagen und Zeiten.

Der Rat beauftragt die Verwaltung Anträge weiterer Interessengemeinschaften der Quartiere, die bis zum 31.05.2019 nicht gestellt oder im Rahmen der Absichtserklärung nicht angekündigt und dann beantragt wurden, analog dem Beschluss des Rates vom 18.12.2018 (Verwaltungsvorlage 4160/2018) zurückzuweisen.

Die Veranstaltung der ABC Aktionsgemeinschaft „Advent in der Südstadt“ wird aus der aktuellen Beschlussvorlage herausgelöst. Die Verwaltung wird beauftragt, den vorliegenden Antrag erneut zu überprüfen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

Tagesordnungspunkt

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2. KommHVO

7.2.1 Kostenfortschreibung zur Generalinstandsetzung des Schulgebäudes für die Gesamtschule Overbeckstraße 71-73, 50823 Köln - Ehrenfeld
3915/2018/2

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2.2 Generalsanierung der Sportanlage Egonstraße in Köln-Stammheim

4367/2019

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Auch das ist nicht der Fall. Dann haben wir das zur Kenntnis genommen.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann komme ich zum vorgezogenen Tagesordnungspunkt 10.33.

10.33 Köln nimmt Geflüchtete aus den Auffanglagern in Griechenland auf

0361/2020

Ich gebe als Erstem Herrn Paetzold das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Fraktion begrüßt ausdrücklich die Initiative des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“. Wir werden deshalb Ihrem Beschlussvorschlag gern und mit großer Überzeugung zustimmen.

Dieser Beschluss ist unserer weltoffenen, toleranten und hilfsbereiten Stadt würdig. Die Situation in den Flüchtlingslagern ist nach Berichten von Augenzeugen katastrophal. Die Lager sind völlig überfüllt, es fehlt an Nahrung, sanitären Einrichtungen und medizinischer Versorgung.

Es ist die humanitäre Pflicht der freien Welt, die Menschen aus diesen Lagern herauszuholen, und zwar besser heute als morgen. Wie gesagt, es steht unserer Stadt Köln gut zu Gesicht, dieser humanitären Verpflichtung auch nachzukommen.

Es ist deshalb gut, dass wir heute beschließen werden, dass wir 100 Menschen aus diesen elenden Lagern herausholen und darüber hinaus auch noch 16 unbegleitete minderjährige Geflüchtete aufnehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer schnell hilft, hilft doppelt, und deshalb ist es auch für uns ganz in Ordnung, dass der Beschlussvorschlag sehr kurzfristig eingestellt wurde und dass der Fachausschuss nicht in der Beratungsfolge war.

Wie gesagt, wir stimmen zu, aber ich würde die Thematik gern in der nächsten Sozialausschusssitzung auf die Tagesordnung nehmen. Ich würde nämlich gern im Fachausschuss darüber diskutieren, ob wir angesichts der Not nicht eine größere Zahl von Menschen in Köln aufnehmen könnten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Yurtsever das Wort.

Firat Yurtsever (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte

Damen und Herren! Bereits letztes Jahr im Februar hat der Rat einen Beschluss zur Aufnahme von aus Seenot geretteten Geflüchteten im Mittelmeer gefasst und wiederholt ein Zeichen für die Solidarität mit Geflüchteten und Seenotrettenden gesetzt. Damit bekräftigte der Rat damals seine Unterstützung für die Initiative von Frau Oberbürgermeisterin Reker zusammen mit den Oberbürgermeistern der Städte Düsseldorf und Bonn vom Sommer 2018 und forderte die Landes- und Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass aus Seenot Gerettete aufgenommen werden.

Viele andere Kommunen haben ähnliche Beschlüsse gefasst und haben sich in dem Bündnis

„Städte Sicherer Häfen“ immer wieder um eine Lösung auf Bundes- und Landesebene bemüht. Dieses Bemühen war teilweise erfolgreich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Insoweit verweise ich auf das Abkommen von Malta, in dem sich Deutschland 2019 verpflichtet hat, 25 Prozent der aus Seenot geretteten Geflüchteten, die in Malta und Italien ankommen werden, aufzunehmen.

Wir Grüne begrüßen ausdrücklich, dass die Oberbürgermeisterin jetzt vorschlägt, mit einer Dringlichkeitsvorlage für Geflüchtete aus den griechischen Aufnahmelagern insgesamt 116 Aufnahmeplätze anzubieten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Initiative der Oberbürgermeisterin ist genau das richtige Signal angesichts der dramatischen Lage in den griechischen Flüchtlingslagern, die sich in den letzten Monaten deutlich verschärft hat - dies auch deshalb, weil immer mehr Geflüchtete aus der Türkei wieder Griechenland erreichen. Die Gründe hierfür dürften uns allen bekannt sein.

Ganz klar: Wir können nicht tatenlos zusehen, wie Menschen - darunter sehr viele Kinder und Jugendliche - unter menschlich unhaltbaren Zuständen in diesen Lagern leben müssen. Es ist unsere Pflicht, Verantwortung für diejenigen zu übernehmen, die unseren Schutz brauchen. Das tun wir heute mit unserer Aufnahmebereitschaft.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, natürlich kann auch diese Vorlage nur als kleiner Baustein in der Flüchtlingshilfe gewertet werden. Wichtig ist weiterhin die Verteilung der Asylsuchenden aus den Auffanglagern in Griechenland in andere europäische Länder sowie die Forderung nach einer europäischen humanitären Flüchtlingspolitik unter Beachtung der Menschenrechtskonvention.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Denn Abschottung führt nur zu weiterer Menschenrechtsverletzung und unterbindet keineswegs Fluchtbewegungen. Dies sehen wir gerade auf den griechischen Inseln: Obwohl die Zustände dort katastrophal sind, schreckt es die Menschen nicht von Fluchtplänen ab.

Abschließend möchte ich noch einmal betonen, dass es richtig und wichtig ist, dass wir uns heute als Rat für die Aufnahme von Geflüchteten einsetzen, und zwar unabhängig davon, welche Personenzahl in der Beschlussvorlage genannt ist. Denn ich möchte auch nicht unerwähnt lassen, dass eine Personenzahl in der Vorlage angegeben werden musste, damit auch die Finanzierung des Vorhabens, über die wir heute mit entscheiden, durch die Kämmerei nachvollziehbar dargelegt werden konnte. So haben wir vorliegend eine Beschlussvorlage, die wir als Grüne sehr gern unterstützen, und wir hoffen, dass heute eine große Mehrheit dieser Beschlussvorlage zustimmt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Nach unserer Entscheidung sind dann Bund und Land in der Pflicht, diese humanitäre Initiative aus Köln, aber auch die gleichgelagerte Bundesinitiative des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“ zu unterstützen und möglichst zeitnah entsprechende Schritte einzuleiten. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist wieder ein wichtiger Tag der Humanität, der christlichen Nächstenliebe, in dem wir hier entsprechende Kapazitäten schaffen für Menschen, die es derzeit wirklich am dringendsten benötigen.

Wichtig an dieser Vorlage ist, dass wir realistische Zahlen hineinschreiben. Denn es ist nicht nur die Finanzierung, wie der Vorredner gesagt hat, die wichtig ist, und dass man klar dokumentiert, dass entsprechende Finanzmittel bereitstehen, sondern es ist genauso wichtig, dass wir auch die Kapazitäten haben. Denn gerade bei dem Thema „unbegleitete Minderjährige“ ist es wichtig, dass eine gute Betreuung das Problem der Unterbringung nicht nur löst, sondern auch eine vernünftige Weiterentwicklung der Kinder und jungen Menschen entsprechend ermöglicht. Deshalb glaube ich, dass das ein wichtiger Weg ist.

Uns ist bewusst, dass dies ein europäisches Thema ist, sodass wir insgesamt zu einer europäischen Lösung kommen müssen. Das gilt nicht nur für das Thema Zuwanderung, sondern generell für eine europäische Flüchtlingsregelung, die entsprechend auch von allen Ländern Europas mitgetragen wird. Wir brauchen hier eine Lösung, die von ganz Europa mitgetragen wird. Das ist etwas, bei dem wir die europäischen Abgeordneten auch aufrufen, hier zu einer vernünftigen Lösung zu kommen, und zwar über die deutsche Gesetzgebung hinaus.

In der Sache bitte ich um Zustimmung. Ich glaube, dass wir mit diesem Antrag ein wichtiges humanitäres Zeichen setzen - etwas, was gerade in schwierigen Zeiten besonders wichtig ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Am

14. Februar 2019 fasste der Kölner Stadtrat den Beschluss, den nordrhein-westfälischen Minister Stamp zu bitten, die Möglichkeiten der Aufenthaltsgewährung nach § 23 Abs. 1 und 2 Aufenthaltsgesetz für den Personenkreis der Seenotgeretteten zu nutzen und auszuschöpfen. Doch der Minister verweigerte ein auf dieser Grundlage etabliertes Landesprogramm in einem Interview mit dem *Kölner Stadt-Anzeiger* und sagte:

> Wer Bootsflüchtlinge bevorzugt aufnimmt, provoziert, dass sich noch mehr Menschen in Hoffnung auf ein besseres Leben auf die Lotterie um Leben und Tod im Mittelmeer einlassen.

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

Jeder mag sich seinen Teil über diese Aussage denken. Jedenfalls, meine Damen und Herren, blendet der Minister die persönliche Situation jedes einzelnen Menschen total aus und zeigt kein Gespür für deren Notlage.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch aus diesem Grund ist wenig passiert im vergangenen Jahr. Lediglich ein aus dem Mittelmeer Geretteter ist seither Köln zugewiesen worden. Der Rat hatte vor einem Jahr seinen Willen bekundet, Geflüchtete aus der Seenotrettung aufzunehmen. Doch auf dem beschrittenen Weg kamen wir nicht weiter. Das Land blockierte. Deshalb müssen wir neue Wege beschreiten, um unseren mit überwältigender Mehrheit getroffenen Beschluss doch noch umzusetzen. Der von der Verwaltung hier vorgeschlagene Weg ist richtig und gut.

Wir hatten schon im November letzten Jahres beim Runden Tisch für Flüchtlingsfragen vorgeschlagen, Menschen aus den Lagern aus Griechenland aufzunehmen. Deshalb unterstützt DIE LINKE diesen Beschluss sehr gern.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir freuen uns auch über die Absicht der Verwaltung, diese Geflüchteten zusätzlich ohne Anrechnung auf die Aufnahmequote aufzunehmen. Wir haben bereits bewiesen, dass wir diese und wesentlich mehr Menschen aufnehmen und in unsere Stadtgesellschaft integrieren können. Sie lernen deutsch, viele finden nach einigen Jahren Arbeit, ihre Kinder sitzen neben unseren Kindern in der Schule und feiern sogar mit ihnen Karneval.

100 der hilfebedürftigsten Personen in prekären humanitären Situationen aus den Lagern wollen wir aufnehmen. Dazu kommen noch einmal 16 unbegleitete minderjährige Geflüchtete. In der Vorlage wird die Limitierung auf 16 damit begründet, dass die unbegleiteten Minderjährigen ein Kostenrisiko darstellen. Die Stadt Köln befürchtet, dass sich Land und Bund ihrer Finanzierungspflicht entziehen, wenn die Stadt diese Kinder freiwillig aufnimmt. Allein, dass diese Gefahr besteht, ist ein Skandal, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Doch auch, wenn Bund und Land sich ihrer Pflicht entziehen, ist das Risiko begrenzt. Die meisten unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten sind 16 oder 17 Jahre alt. Der Zeitraum, in dem sie jugendhilfeberechtigt sind, ist überschaubar. Er umfasst vielleicht noch vier bis fünf Jahre. Diese jungen Menschen werden später ihren Teil zum Gelingen der Gesellschaft beitragen, und das wissen Sie allzu gut.

Die Initiative „Seebrücke“, das Bündnis „Köln zeigt Haltung“ und der Kölner Flüchtlingsrat hatten die Aufnahme von 50 unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten gefordert. Wir als LINKE hätten uns das auch gewünscht. Wir glauben, das ist machbar und auch umsetzbar.

Eine Bitte der Initiative „Seebrücke“ möchten wir nicht unerwähnt lassen: Der Rat der Stadt Köln soll dem Beitritt zum bundesweiten Bündnis

„Städte Sicherer Häfen“ offiziell beschließen. Köln wird zwar seit Juni 2018 als „Stadt Sicherer Hafen“ geführt, dem Bündnis, das sich im Juni 2019 im Berliner Rathaus gegründet und die

Potsdamer Erklärung verabschiedet hat, ist Köln aber noch nicht beigetreten. Das sollten wir aber tun. Darüber müssen wir uns noch verständigen.

- Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer hat jetzt das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Frau Tokyürek, es wird Sie nicht wundern, dass ich zunächst einmal auf Sie eingehen möchte und auf die Vorwürfe, die Sie dem Integrationsminister hier sozusagen vor die Füße legen.

Ich finde das wirklich bemerkenswert, vor allem, wenn wir uns einmal anschauen, welcher Landesminister gerade bei der Thematik der Integration bei den Fragen des Bleiberechts sehr weit und sehr positiv zum Thema Integration Vorschläge und Erlasse gemacht hat - Erlasse, die dem auf Bundesebene beschlossenen Gesetz zur geordneten Rückführung, wie es heißt, im Grunde genommen eigentlich entgegenstehen und sehr viel mehr an das anknüpfen, was wir hier im Kölner Rat mit unserer Bleiberechtsperspektive beschlossen haben. Wenn Sie ihn jetzt hier einfach mal so pauschal in eine Ecke stellen, in die er überhaupt nicht gehört, finde ich das sehr, sehr schwierig.

(Beifall bei der FDP)

Herr Detjen und ich, wir waren beide auf der Veranstaltung „Köln zeigt Haltung“, auf der der Minister auch zu diesen Vorwürfen Stellung genommen hat. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, wie dort die Resonanz im Saal war, war es nicht so, dass er in dieser Art und Weise in eine Ecke gestellt worden ist, wie das jetzt Frau Tokyürek gemacht hat.

Aber nun zum Thema: Wir sind in der Tat - das wurde schon öfter gesagt - alle entsetzt über die Bilder, die uns von den griechischen Inseln erreichen. Allein auf der Insel Lesbos mit ihren 85 000 Einwohnern leben 20 000 Geflüchtete und das unter wahrhaft katastrophalen Umständen. Selbst im Wintermonat schlafen die Menschen in Zelten, provisorischen Verschlägen und Hütten. Das lässt natürlich keinen von uns unberührt, und Hilfe und Unterstützung ist dringend vonnöten. Vor allem geht es um eine Verbesserung vor Ort. Dazu gehört ein Sofortprogramm, das die gesundheitlichen, hygienischen und infrastrukturellen Zustände verbessert.

In dem Zusammenhang wünsche ich der neuen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Glück bei ihrem geplanten Migrationspakt, der eine Entlastung für Italien, Griechenland und Spanien bringen soll.

Ziel muss es in der Tat sein, ein funktionierendes gemeinsames europäisches Asylsystem zu installieren, und zwar mit einer fairen Beteiligung aller im Hinblick auf Finanzen, Grenzschutz, humanitäre Hilfe und Aufnahme von Geflüchteten.

Herr Kollege Petelkau, dann ist es natürlich nicht die Aufgabe der europäischen Abgeordneten. Ich glaube, die werden wir relativ schnell auf eine Linie bringen. Das ist die Frage der europäischen Regierungschefs, und da wird es dann schwierig.

(Beifall bei der FDP)

Was die Aufnahme von Geflüchteten betrifft, gilt: Die Entscheidung darüber trifft allein die Bundesregierung. Diese Entscheidung - ich zitiere -

„kann und sollte nicht davon abhängig gemacht werden, ob einzelne Kommunen ihre Bereitschaft zur Aufnahme erklären“.

Diese richtige Feststellung stammt aus einer Mitteilung der Verwaltung zum letzten Sozialausschuss. Sie erscheint mir umso wichtiger, weil in dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“, auf welches sich in der Vorlage häufig bezogen wird, dies auch anders gesehen wird. Davor möchte die FDP ausdrücklich warnen.

Wie gesagt, die Entscheidung über Aufnahmekapazitäten muss beim Bund liegen und bei niemandem sonst. Die Kommunen können indes ihre Bereitschaft dokumentieren, in schwierigen Situationen Flüchtlinge aus humanitären Gründen aufzunehmen, und zwar auch über die Aufnahmequote hinaus. Das ist in der Beschlussvorlage auch vorgesehen. Ganz genau so ist es auch richtig.

Im Hinblick auf die Aufnahme von Kindern gilt für uns Folgendes: Eine pauschale Evakuierung von Kindern, wie vom Grünen-Vorsitzenden Habeck gefordert, lehnen wir ab. Sie ändert nichts an den Zuständen auf den Inseln und führt zu

einer Trennung von Familien. Der Zusammenhalt von Familien und die Unterstützung im Familienverbund sind aber gerade für Kinder, die häufig traumatische Erfahrungen während ihrer Flucht machen mussten, von existentieller Bedeutung. Bei akuter Kindeswohlgefährdung, zum Beispiel aufgrund von Krankheit, könnten in Einzelfällen auch Familien mit kleinen Kindern evakuiert und in Deutschland aufgenommen werden, und zwar neben den im Antrag erwähnten unbegleiteten Minderjährigen. Sollte der Bundesinnenminister - damit sind wir wieder bei der Verantwortlichkeit beim Bund - ein solches Programm auflegen, bin ich sicher, dass das Land sich beteiligen würde.

Abschließend: Die FDP weiß, in besonders humanitär schwierigen Notlagen müssen alle ihrer Verantwortung gerecht werden und diese auch übernehmen - Bund, Land und Stadt. Wir, die FDP in Köln, stimmen der Vorlage heute zu.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Tritschler das Wort.

Sven Tritschler (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kurz vor acht, also eine gute Gelegenheit, warum nicht schnell im Vorbeigehen noch ein bisschen für das eigene gute Gewissen zu tun. Es kostet ja nichts. Also werden Sie gleich mit großer Mehrheit, wie wir gerade gehört haben, beschließen, weitere 100 sogenannte Flüchtlinge und dazu noch einmal 16 angebliche Minderjährige in diese Stadt zu zwängen - eine Stadt, die schon heute an akutem Wohnraummangel leidet, eine Stadt, die schon heute mit vielen unangenehmen Folgen dieser Open-Borders-Besoffenheit zu kämpfen hat, der Stadt der Kölner Silvesternacht, die bis heute weltweit als ein Fanal für unsere wahnsinnige Flüchtlingspolitik gilt,

(Beifall bei der AfD)

der Stadt mit wachsender Kriminalität

(Bernd Petelkau [CDU]: Das ist falsch!)

und den meisten gefährlichen Orten in Nordrhein-Westfalen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bleiben Sie bitte bei den Fakten.

Sven Tritschler (AfD): Ja, das bleibe ich. Keine Angst, Frau Oberbürgermeisterin.

Das alles ist Ihnen herzlich egal, insbesondere Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, weil Sie entweder in Stadtteilen wohnen, in denen Sie mit all den negativen Folgen dieser Politik nicht konfrontiert werden, und weil Sie sich auch eine teure Wohnung leisten können, oder weil es Ihnen sogar entgegenkommt, da Sie politisch von all den sozialen Problemen leben, die Sie mit diesem Beschluss wieder ein bisschen verschärfen.

Nebenbei können Sie noch schnell ein paar Bonuspunkte für das Gutmenschen-Fleißkärtchen abholen, weil Sie angeblich nur helfen wollen.

Aber wem helfen Sie eigentlich? - Menschen, die in Seenot geraten sind, wie es hier im Antrag heißt, das klingt, als wären die Leute irgendwie von einer Tsunamiwelle auf das Mittelmeer gespült worden. Das ist natürlich Unsinn. Tatsächlich sind diese Menschen gegen gutes Geld und höchst freiwillig auf das Mittelmeer gebracht worden,

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist zynisch!)

um dort von sogenannten Seenotrettern, die nichts anderes als ein Teil der Schlepperindustrie sind, nach Europa verbracht zu werden. Zweifelsohne ist das eine gefährliche Reise, die mitunter tödlich endet, aber diese Reise beginnt überhaupt erst, weil es Leute wie Sie gibt, die nach Afrika signalisieren: Kommt nur alle her, wir nehmen euch alle auf, es gibt genug für alle hier.

Mit diesem Beschluss und allen anderen gleichlautenden Signalen zuvor schaffen Sie, meine Damen und Herren, einen Pull-Faktor, der all die sogenannten Flüchtlinge erst ermutigt, sich auf den Weg zu machen. Damit tragen Sie eine erhebliche Mitschuld an Elend, Not und Tod, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Tritschler, ich finde das hier wirklich beschämend.

Sven Tritschler (AfD): Das glaube ich Ihnen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ihnen geht es hier offensichtlich gut in diesem Staat. Keiner macht sich auf eine solche Reise, wenn es ihm gut geht.

(Lebhafter Beifall)

Sven Tritschler (AfD): Frau Oberbürgermeisterin, ich glaube Ihnen, dass Sie das nicht gern hören, aber, ja, da klebt Blut an Ihren Fingern. Das ist leider so. Ich muss es so sagen.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Ordnungsruf! - Das ist eklig! - Weitere Zurufe)

Dass es auch anders gehen kann, meine Damen und Herren, zeigt das Beispiel Australien: 2007 bis 2013, als man dort sogenannte Bootsflüchtlinge aufnahm, starben 1 200 von diesen Bootsflüchtlingen auf hoher See. Seit Australien unerwünschte Zuwanderer konsequent zurückweist und nicht ins Land lässt, geht die Zahl der Toten gegen null. Das, meine Damen und Herren - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Lassen Sie eine Rückfrage von Herrn Detjen zu, Herr Tritschler?

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, ich würde Sie bitten, die Äußerung von Herrn Tritschler zu prüfen: Blut klebt an Ihren Fingern. - Das ist rechtlich nicht akzeptabel.

(Lebhafter Beifall)

Es ist eine Beleidigung, weil es ein Sachvorgang ist. Das ist keine Meinungsäußerung, sondern es wird behauptet, Sie hätten Blut an den Fingern, und das ist unverschämt und dreist.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir nehmen das auf, Herr Detjen.

Sven Tritschler (AfD): Ja, vielleicht können die Juristen der Stadt bei der Gelegenheit prüfen, ob das eine Zwischenfrage war.

Das, meine Damen und Herren, ist humane Politik, was Australien macht, die Menschenleben rettet und kein Leid schafft, nur, damit - wie hier - ein paar Provinzpolitiker sich als Weltenretter aufspielen können.

Aber bei Ihnen ist die Menschlichkeit längst einer zynischen Selbstgerechtigkeit gewichen; denn, wie gesagt, es kostet Sie ja nichts. Es ist nicht das eigene Geld, das Sie hier verteilen, sondern es ist das Geld der Bürger. Wenn Sie ehrliche Wohltäter wären, dann würden Sie selbst diese Flüchtlinge bei sich aufnehmen und auf Ihre eigenen Kosten. Aber da hört die Wohltäterei dann wohl auf.

Ja, nicht einmal die Stadt Köln, die sich hier mit anderen schlecht regierten Städten unter dem unbescheidenen Titel „Netzwerk Sicherer Hafen“ zusammengetan hat, will am Ende zahlen. Nach einigen Monaten hängen die Kosten größtenteils bei Bund und Land. Es sollen also am Ende andere bezahlen. Bei dieser Heuchelei, meine Damen und Herren, gehen wir selbstverständlich nicht mit. - In diesem Sinne einen schönen Abend.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Vielen Dank. - Ich hätte nur die Anmerkung: Ich hätte mir gewünscht, dass in der Vorlage der Punkt, die Bundesregierung vehement darauf hinzuweisen, wo ihre Pflichten sind, und hier zu Lösungen zu kommen, als Einzelpunkt mit erwähnt wird. Dann hätten wir ihn auch sicherlich einzeln abstimmen können. Ansonsten erspare ich mir nach diesem Vortrag jeden weiteren Kommentar. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren.

Dann lasse ich jetzt über die Vorlage abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, Frau Gerlach, die CDU- Fraktion, die Ratsgruppe GUT, DIE LINKEN, die AfD-Fraktion

(Zurufe von der AfD: Nein!)

- ach, wie schade; ich dachte, diesmal hätten

Sie Einsicht und Vernunft gezeigt -, das ist die FDP- Fraktion, das ist Herr Wortmann. Gibt es Gegenstimmen? - Die gibt es nicht. Wer enthält sich? - Dann ist das einstimmig. Das ist ja ganz wunderbar.

(Beifall)

Es gibt Menschen, die extra nach Europa gezogen sind, weil sie genau das nicht mehr ertragen können in ihrem Land.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln fasst zur zusätzlichen Aufnahme von Geflüchteten aus den griechischen Auffanglagern folgende Beschlüsse:

I. Der Rat der Stadt Köln bekräftigt seinen Beschluss vom 14.02.2019 zur Aufnahme von Geflüchteten aus der Seenotrettung im Mittelmeer (AN/0179/2019).

II. Die Stadt Köln bietet 100 zusätzliche Aufnahmeplätze für die hilfsbedürftigsten Personen in prekären humanitären Situationen in den griechischen Auffanglagern an.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, von Artikel 17 Dublin-III-VO verstärkt Gebrauch zu machen und die von der Stadt Köln und anderen bundesdeutschen Städten und Kreisen angebotenen Aufnahmeplätze in Anspruch zu nehmen. Ein entsprechendes Angebot soll der griechischen Regierung unterbreitet werden.

Das Land Nordrhein-Westfalen wird gebeten, seine Bereitschaft zu erklären, diese Personen ohne Anrechnung auf die EASY (Erstverteilung der Asylbegehrenden)-Quote aufzunehmen.

Die Stadt Köln erklärt sich bereit, diese Geflüchteten nach Abschluss des Asylverfahrens in Höhe des erklärten Kontingents ohne Anrechnung auf die Aufnahmequote aufzunehmen.

Die Kapazitäten zur Unterbringung sind vorhanden.

III. Die Stadt Köln bietet darüber hinaus zusätzlich 16 Aufnahmeplätze für unbegleitete minderjährige Geflüchtete an und sichert die Unterbringung in Einrichtungen auf ihrem Gebiet zu. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Verfahren zur Übernahme dieser unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten nach Deutschland zu installieren. Die 16 jungen Geflüchteten können Köln nach dem Clearing-Verfahren zugewiesen werden. Die Stadt Köln bittet das Land – auch in seiner Funktion als Kostenträger – um Unterstützung dieses Vorhabens.

IV. Die Verwaltung wird beauftragt, sich weiterhin auf Landes- und Bundesebene mit den Städten des Bündnisses „Städte Sichere Häfen“ eng auszutauschen und hinsichtlich kommunaler Unterstützungsaktivitäten humanitärer Hilfsangebote abzustimmen.

Finanzierung

Die Deckung erfolgt durch einen erwarteten Mehrertrag im Teilplan 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft in Teilplanzeile 02 – Zuwendungen und allgemeine Umlagen bei der Schlüsselzuweisung nach Festsetzung des GFG 2020.

Zur Finanzierung werden überplanmäßige Aufwandsermächtigungen in 2020 und 2021 zunächst im Teilplan 0504 - Freiwillige Sozialleistungen und Diversity in Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen bereitgestellt. Die bedarfsgerechte produktorientierte Zuordnung zum jeweils zutreffenden Teilplan erfolgt unmittelbar im Rahmen der Bewirtschaftung. Die Deckung i.H.v. 1,1 Mio. € in 2020 erfolgt durch einen erwarteten Mehrertrag im Teilplan 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft in Teilplanzeile 02 – Zuwendungen und allgemeine Umlagen bei der Schlüsselzuweisung nach Festsetzung des GFG 2020.

Die Deckung i.H.v. 2,2 Mio € für 2021 wird vorerst aufgrund der positiven Entwicklung des GFG ebenfalls aus einem sich abzeichnenden Mehrertrag im Teilplan 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft in Teilplanzeile 02 – Zuwendungen und allgemeine Umlagen bei der Schlüsselzuweisung erfolgen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
Der Tagesordnungspunkt wird vor TOP 10.1 behandelt.

Die AfD-Fraktion hat nach Abstimmung zu Protokoll gegeben, dass sie gegen die Vorlage gestimmt hat.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.3 Errichtung der „MAKK-Förderstiftung“ 3284/2019

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat bedankt sich für die Schenkung einer herausragenden Sammlung von durch den Künstler Andy Warhol gestalteten Plattencovern an die MAKK-Förderstiftung bei Herrn Reininghaus.

Der Rat beschließt vorbehaltlich der notwendigen aufsichtsbehördlichen Genehmigungen

1. *die Errichtung der rechtsfähigen Stiftung des bürgerlichen Rechts mit dem Namen „Förderstiftung MAKK“ zum 01.12.2019 und*

2. *die Stiftungssatzung gemäß Anlage 7 und 8.*

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die für die Errichtung erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, insbesondere

1. *das Stiftungsgeschäft vorzunehmen und*

2. *die notwendigen aufsichtbehördlichen Genehmigungen einzuholen.*

Falls sich durch die Aufsichtsbehörde sowie aus steuerlichen oder aus sonstigen Gründen Änderungen des Stiftungsgeschäfts oder der Stiftungssatzung als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.6 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts der Beihilfekasse der Stadt Köln 2018

3852/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2018 fest und entlastet den Kassenleiter.

Der Jahresüberschuss 2018 wird an die Stadt Köln abgeführt. Die Zahlungsabwicklung erfolgt durch Verrechnung mit künftigen Umlagezahlungen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.7 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2018 - Beteiligungsbericht 2018

0023/2020

Wortmeldungen? - Diese sehe ich nicht. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich möchte mich sehr herzlich dafür bedanken. Das gebundene Exemplar wird Ihnen nächste Woche zugestellt, meine Damen und Herren.

Beschluss:

Der Rat nimmt den Beteiligungsbericht 2018 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.8 Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung

4299/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme

„Figurentheaterfestival am Hänneschen-Theater im Jahr 2020/2021“ aus der Kulturentwicklungsplanung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.9 Modernisierung der Leitstelle der Feuerwehr Köln - Projekt „Leitstelle 2020“ Umsetzungsbeschluss Teil 2 - Notleitstelle für die Feuerwehr Köln

2907/2019

Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Finanzausschuss und Gesundheitsausschuss. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Gesundheitsausschusses vom 28.01.2020 (Anlage 2) und dem Finanzausschuss vom 03.02.2020 (Anlage 3):

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit den notwendigen Maßnahmen zur künftigen Nutzung des Gebäudes Neusser Str. 676 in Köln-Weidenpesch als Notleitstelle der Feuerwehr Köln. Die Gesamtkosten betragen rund 1.247.000 €.*

2. *Der Rat beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung von 1.247.000 € im Teilfinanzplan 0212 - Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst bei Teilplanzeile 9 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Finanzstelle 3701-0212-0-0701 – Notleitstelle, Hj. 2020.*

Zusätzlich wird der Verwaltung aufgegeben, den Prozess selbst, und auch nach dessen Abschluss, durch das Rechnungsprüfungsamt eng zu begleiten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.10 Neue Richtlinie zur Förderung rassismuskritischer Projekte zur Stärkung von Demokratie und Akzeptanz

3187/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen wie Finanzausschuss und Integrationsrat. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Integrationsrates vom 14.01.2020 (Anlage 2) und des Finanzausschusses vom 03.02.2020 (Anlage 3):

Der Rat der Stadt Köln beschließt die „Richtlinie zur Förderung rassismuskritischer Projekte zur Stärkung von Demokratie und Akzeptanz“.

Die Verwaltung wird gebeten, nach einem Jahr einen Erfahrungsbericht vorzulegen.

Der Haushaltstitel „ Antirassismus-Training“ wird ab dem Haushaltsjahr 2020 entsprechend umbenannt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.11 „Integrationsbudget“ - Verteilung der Finanzmittel in 2020

4310/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt für die Jahre 2020 und 2021 die in der Anlage dargestellte und tarifbedingte Anpassung der einzelnen Finanzpositionen in einer Gesamthöhe von 950.620 für das Haushaltsjahr 2020 und 961.624 € für das Haushaltsjahr 2021.

Mittel stehen im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity bei Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen entsprechend zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.12 Förderung der Antirassismus-Arbeit/1. Zuwendung 2020

4360/2019

Änderungsantrag der AfD-Fraktion AN/0215/2019

Da gibt es eine Wortmeldung der AfD-Fraktion, wenn ich das richtig sehe. - Herr Geraedts.

Wilhelm Geraedts (AfD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die AfD spricht zum Thema Antirassismus-Arbeit - da läuft bei einigen von Ihnen das Kopfkino heiß. Machen Sie sich keine Sorgen; denn es wird überhaupt nichts Schlimmes passieren.

(Peter Kron [SPD]: Ist schon passiert! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Schlimmer kann es nicht mehr werden!)

- Das ist auch eine sehr nette Bemerkung, dass es schon passiert ist. Da weiß ich doch gleich, wie ich das einzuordnen habe. Sie lernen auch noch, dass das auch besser geht.

In unserem Änderungsantrag zur Förderung der Antirassismus-Arbeit hatten wir darum gebeten, als Antrag aufzunehmen, dem Deutsch- Türkischen Verein Köln e. V. die beabsichtigten 4 000 Euro nicht zur Verfügung zu stellen und diese stattdessen an Welcome Dinner e. V. zur Verfügung zu stellen, weil wir das unter anderem für das bessere Konzept halten. Aber es gibt noch andere gewichtige Gründe.

Deutschland ist nun einmal de facto ein Zuwanderungsland - nicht nur geworden, sondern wir sind es -, und die Zuwanderung findet regierungsgewollt leider zurzeit ungeregelt statt. Die Bürger dürfen also nicht nur auf positive Folgen hoffen. Stattdessen haben sie schon seit geraumer Zeit verstärkt auch die damit verbundenen negativen Folgen zu ertragen. Herr Boyens hatte dazu erst kürzlich in einer Redestatistik Daten genannt, die wir nun einmal nicht erfunden haben.

Selbst bei einer geregelten Zuwanderung nach dem kanadischen oder australischen Modell sind migrationspolitische Maßnahmen erforderlich. Durch das weit davon entfernte Zuwanderungsmodell der Bundesregierung jedoch steht unser Land bis hinunter in die Kommunen häufig vor schwer lösbaren Problemen in dieser Beziehung. Die originäre Aufgabe, den qualifizierten Zugewanderten die Eingliederung zu erleichtern, kann noch geleistet werden, aber bei der leider immer notwendigeren Wertevermittlung an Menschen, die bereits keine zu uns passenden Werte in sich tragen, wenn sie zu uns kommen, sind wir häufig personell überfordert. Umso erfreulicher ist daher der Ansatz zu bewerten - -

(Elfi Scho-Antwerpes [SPD]: Unglaublich, dass man sich das anhören muss!)

- Ja, wenn Sie ein Problem mit der Realität haben, dann dürfen Sie nicht hierherkommen.

Umso erfreulicher ist es daher, jeden Ansatz - -

(Zurufe)

- Sie bestimmen schon einmal nicht, was menschenverachtend ist, und was Realität ist, bestimmen Sie Gott sei Dank auch nicht.

(Elfi Scho-Antwerpes [SPD]: Sie erst recht nicht!)

Wenn ich jetzt mit meiner Rede fortfahren dürfte, wäre ich Ihnen sehr dankbar.

(Anne Henk-Hollstein [CDU]: Das hat sich erledigt! Danke schön!)

- Ja, Sie können ja gehen, wenn Ihnen das nicht gefällt.

Umso erfreulicher ist daher jeder Ansatz zu bewerten, der den Zugewanderten auf eine erfolgversprechende und angenehme Weise Einsicht in unsere gewachsenen gesellschaftlichen Ansichten und Werte ermöglichen kann.

Ich weiß gar nicht, was an dem, was ich hier vortrage, Schlimmes ist.

(Anne Henk-Hollstein [CDU]: Dass es keine freie Rede ist! Das ist schlimm!)

- Entschuldigung, ich bin noch nicht so gut wie Sie.

Der Deutsch-Türkische Verein Köln e. V. kann hier grundsätzlich natürlich als Instrument für die Bewältigung dieser herausfordernden Aufgabe angesehen werden. Wir beantragen dennoch, die geplante Förderung von 4 000 Euro eben nicht diesem Verein, sondern Welcome Dinner

e. V. mit seinem vielversprechenden Konzept zukommen zu lassen.

Es ist aber nicht nur das Konzept von Welcome Dinner e. V., das uns zu diesem Antrag bewegt hat. Vielmehr sollte man auch etwas genauer hinschauen, wem oder was man das Geld der Bürger zur Verfügung stellt. So findet sich unter der Überschrift „Antidiskriminierungsarbeit“ auf der Webseite vom Deutsch-Türkischen Verein Köln der Hinweis zur Kooperation mit „Kein Veedel für Rassismus“. Spenden an diesen Verein - so das Impressum dieser Website - sind auf ein Konto des VVN e. V. in Köln zu entrichten. Das ist die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, der ein Herr Peter Trinogga vorsteht. Herr Trinogga ist aber auch Mitglied im Sprecherrat der DKP Köln.

(Zuruf von der LINKEN: Huch!)

- Ja, auf die Reaktion habe ich jetzt gewartet. Danke. Sie sind so berechnend - zu berechnend, meine ich.

Die DKP wird seit ihrer Gründung 1968 vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet. Sie wird als linksextremistisch und verfassungsfeindlich eingestuft, weil sie sich selbst als „revolutionäre Partei der Arbeiterklasse“ bezeichnet, sich zum Marxismus-Leninismus bekennt und bis heute eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft anstrebt.

Diejenigen, die jetzt hier murren, finden es immer ganz toll, wenn der Verfassungsschutz sich mit uns befassen soll. Wenn er sich dann aber mit irgendwelchen ideologischen Freunden befasst, dann finden sie das nicht mehr toll.

Ich bleibe sofort wieder bei der Rede.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das bringt auch mehr!)

Ich will das hier nicht in weiteren Einzelheiten ausführen, aber Fakt ist, dass eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft von der DKP angestrebt wird, und das kann man natürlich nicht zulassen.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz geht unverändert davon aus, dass die DKP zur Profilierung verstärkt den außerparlamentarischen Kampf betreibt.

Damit sind wir bei der Begründung, warum wir als Rat der Stadt Köln es nach Meinung der AfD nicht verantworten können, dass diese Partei über ihre Verbindungen zum Deutsch-Türkischen Verein Köln e. V. von Förderungen profitiert, die wir hier im Rat beschließen.

Wir halten die Abstimmung über eine mögliche Förderung an einen Verein mit verfassungsfeindlichen Kontakten für brisant und beantragen daher, die zahlenmäßige Abstimmung nach § 23 Abs. 3 GO Rat. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Es wurde eine zahlenmäßige Abstimmung nach § 23 Abs. 3 GO beantragt. Wir werden das zahlenmäßige Ergebnis dieser Abstimmung feststellen.

Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, können wir die Abstimmung meines Erachtens vornehmen und zählen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Kein Hammelsprung!)

Die Gegenprobe können wir von mir aus auch machen, da bin ich ganz ruhig dabei.

Zuerst lasse ich über den Änderungsantrag abstimmen. Wer wünscht, dem zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Drei. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist die zahlenmäßige Abstimmung fürs Protokoll festgehalten.

Dann lasse ich über die Verwaltungsvorlage abstimmen. Wer stimmt gegen diese Verwaltungsvorlage? - Das ist leichter zu zählen. Das sind auch drei. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Da ich sehr genau weiß, wie vollständig der Rat heute, wissen wir auch, wie viele zustimmen. - Vielen Dank.

II. Abstimmung über die Vorlage:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Förderung von Antirassismusarbeit wie folgt:

1. *Stärkung des Kölner Forums gegen Rassismus und Diskriminierung durch eine Assistenzkraft*

   Antragsteller: Pamoja Afrika e.V. Fördersumme: 7.782,00 Euro

2. *„Die Dritte Welle-Welche Zukunft hat die Demokratie?“ Antragsteller: The Beautiful Minds e.V.*

   Fördersumme: 5.000,00 Euro

3. *Awareness als Methode gegen Alltagsrassismus“ Antragsteller: Deutsch-Türkischer Verein Köln e.V. Fördersumme: 4.000,00 Euro*

4. *Wettbewerb „Dissen, mit mir nicht! Kreativ gegen Rassismus und Diskriminierung“*

   Antragsteller: Caritasverband für die Stadt Köln e.V. Fördersumme: 2.000,00 Euro

5. *„Stark und aktiv gegen Alltagsrassismus in Köln“ Antragsteller: IN VIA Kath. Verband Köln e.V. Fördersumme:1.993,00 Euro*

6. *„Stärke deine Haltung gegen Diskriminierung!-ein ganzheitlicher Ansatz“ Antragsteller: Welcome Dinner e.V.*

   Fördersumme: 2.000,00 Euro

Die Gesamtsumme der aufgelisteten Projektanträge beträgt 22.775,00 €.

Die verbleibenden Mittel für 2020 in Höhe von 27.225,00 € werden in weiteren Schritten vergeben.

Abstimmungsergebnis:
Anwesende Ratsmitglieder 88

Ja-Stimmen:		*85*
Nein-Stimmen:	*3*	
Enthaltungen:		*0*

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
Zahlenmäßige Abstimmung nach § 23 Abs.3 der Geschäftsordnung des Rates auf Wunsch von RM Geraedts.

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass dem „Deutsch-Türkischen Verein Köln e.V“ erst dann Fördermittel zufließen können, wenn dieser sich vollumfänglich von „Kein Veedel für Rassismus“ klar distanziert. Über eine zukünftige Vergabe an „Deutsch- Türkischen Verein Köln e.V“ ist danach neu abzustimmen.

Der somit freigewordene Betrag von 4.000 € wird an „Stärke deine Haltung gegen Diskriminierung!-ein ganzheitlicher Ansatz“ und dem Antragssteller „Welcome Dinner e.V.“ vergeben, deren Förderung somit 6.000 beträgt.

Abstimmungsergebnis:
Anwesende Ratsmitglieder: 88

Ja-Stimmen:	*3*
Nein-Stimmen:	*85*

Enthaltungen:
0

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Anmerkung:
Zahlenmäßige Abstimmung nach § 23 Abs.3 der Geschäftsordnung des Rates auf Wunsch von RM Geraedts.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.13 Medizinische Grundversorgung von Geflüchteten - Evaluation Mindeststandards Teil I

2811/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse abstimmen wie Finanzausschuss, AVR, Gesundheitsausschuss und Integrationsrat. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Integrationsrates vom 14.01.2020 (Anlage 2), des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 27.01.2020 (Anlage 3), des Gesundheitsausschusses vom 28.01.2020

(Anlage 4) und des Finanzausschusses vom 03.02.2020 (Anlage 5):

Auf Grund der Ergebnisse der Evaluation der Mindeststandards (Teil I), beschließt der Rat im Vorgriff auf den Stellenplan 2022 die Einrichtung von 3,0 Stellen Gesundheits- und Krankenpfleger/innen, P7 TVöD, und 1,0 Stelle Hebamme, Bewertung E10 / P10 TVöD. Um eine zeitnahe Stellenbesetzung zu realisieren, erfolgt bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2022 eine unterjährige stellenplantechnische Verrechnung über den zentralen Personalreserveplan.

Die im Rahmen der Mindeststandards finanzierten 2,0 Stellen zur Verstärkung der medizinischen Versorgung und 1,0 Stelle Koordination für medizinische Fachkräfte mit einem jährlichen Gesamtvolumen von 159.000 € werden nicht weiter durch die Stadt Köln finanziert.

Der Rat beschließt für die medizinische Grundversorgung von Geflüchteten überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0701, Gesundheitswesen, in Teilplanzeile 11,

Personalaufwendungen in Höhe von 252.700 € im Jahr 2020ff.. Die Personalaufwendungen setzen sich wie folgt zusammen: drei Stellen Gesundheits- und Krankenpfleger/in (P7) mit jährlichen Aufwendungen in Höhe von 175.800 € (drei Stellen x 58.600

€) sowie eine Stelle Hebamme (P10) mit jährlichen Aufwendungen in Höhe von 76.900 €.

Die Deckung erfolgt im Haushaltsjahr 2020ff durch entsprechende Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Die Verwaltung wird darüber hinaus aufgefordert, zeitnah eine Vorlage mit modifizierten Maßnahmen vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.14 Evaluation Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung - Teil II: Verbesserung des Betreuungsschlüssels sowie Maßnahmenpaket zur Stärkung des Ehrenamtes

3557/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt den beiliegenden Evaluationsbericht zur Kenntnis und beschließt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2020/2021:

1. *die Fortführung der Mindeststandard-Maßnahme (s. Nr. 0544/2017/1)*

   „Verbesserter Betreuungsschlüssel 1:60“ für bestimmte Einrichtungen (Leichtbauhallen und Standorte mit Kojenunterbringung und Gemeinschaftsverpflegung),

2. *die Fortführung des zur Stärkung des Ehrenamtes verabschiedeten Mindeststandard-Maßnahmenpaketes (s. Nr. 0544/2017/1 und 3841/2018) bis Ende 2021 in folgendem Umfang:*

a) Finanzierung von 3,25 Stellen (4 x 0,5 und 5 x 0,25) in bestimmten Einrichtungen mit jährlichen Aufwendungen in Höhe von 241.800 €,

b) Beibehaltung der im Stellenplan 2018 unbefristet eingerichteten 9 x 0,5 Stellen in A10/EG 9c in den Bürgerämtern mit jährlichen Aufwendungen

in Höhe von 361.600 €,

c) Finanzierung von 11 x 0,5 Stellen für die Stärkung der standortübergreifenden Betreuung und Steuerung der Ehrenamtler mit jährlichen Aufwendungen in Höhe von 410.688 €,

e) Ausbau und Pflege des digitalen Informationsportals „wiku-koeln.de“ (Willkommenskultur Köln) mit jährlichen Aufwendungen in Höhe von

11.300 €,

f) Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die administrative Unterstützung

von Willkommensinitiativen mit jährlichen Aufwendungen von 90.000 €,

3. die künftig im Rahmen der Mindeststandards turnusmäßige Überprüfung der durch Ratsbeschluss vom 24.03.2015 und 18.12.2018

bis Ende 2021 finanzierten 2 x 0,5 Stellen (Basisausstattung) für das Forum der Willkommenskultur mit jährlichen Aufwendungen in Höhe von

78.000 €.

Die Finanzierung der unter 2 a) dargestellten Maßnahme erfolgt aus veranschlagten Mitteln im Haushaltsplan 2020/2021, Teilplan 1004 Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sachund Dienstleistungen. Die Finanzierung der unter 2 b) aufgeführten Maßnahme erfolgt aus veranschlagten Mitteln im Haushaltsplan 2020/2021, Teilplan 1004 Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen.

Die Finanzierung der unter den Punkten 2 c), 2 e), 2 f) und 3) dargestellten Maßnahmen erfolgt aus veranschlagten Mitteln im Haushaltsplan 2020/2021, Teilplan 0504 Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, Teilplanzeile 15 Transferleistungen - Zuschüsse.

Alternative:

Die in 2017 vom Rat verabschiedeten Mindeststandardmaßnahmen zur Flüchtlingsunterbringung werden nicht fortgeführt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.15 Rettungsdienstbedarfsplan 2016 - Bedarfsgerechte Anpassung im Jahr 2019 3381/2019

Wortmeldungen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die Anpassung des Rettungsdienstbedarfsplanes unter dem Vorbehalt, dass die haushaltstechnische Finanzierung der entstehenden Mehrbedarfe sichergestellt ist.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung des angepassten Rettungsdienstbedarfsplanes und der Erstellung der hierfür erforderlichen Umsetzungsbeschlüsse.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.16 Schulrechtliche Errichtung einer dreizügigen Grundschule - als offene Ganztagsgrundschule - in Köln- Marienburg am Standort Gaedestraße 31, 50968 Köln zum Schuljahr 2022/23 3205/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) in Verbindung mit § 81 Abs. 3 SchulG die Errichtung einer 3-zügigen Grundschule am Standort Gaedestraße 31, 50968 Köln-Marienburg zum 01.08.2022, beginnend mit dem Jahrgang 1.*

2. *Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Einführung des offenen Ganztages (§ 9 Abs. 3 SchulG) an der neu zu errichtenden Grundschule an dem Standort Gaedestraße 31, 50968 Köln, zum Schuljahr 2022/23, mit der Maßgabe, dass die Landesmittel zur Förderung außerunterrichtlicher Angebote bereit gestellt werden.*

3. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die erforderliche Genehmigung zur Errichtung der Grundschule gemäß § 81 Absatz 3 Schulgesetz NRW bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen.*

4. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, das Bestimmungsverfahren gem. § 27 Abs. 1 SchulG durchzuführen und die Schulart der neuen Schule festzulegen, bevor die Elternanschreiben zur Schulanmeldung zum Schuljahr 2022/23 verschickt werden.*

5. *Der Rat beschließt vorbehaltlich der Gewährung der Landeszuschüsse und im Vorgriff auf eine noch zu beschließende Erweiterung des Ausbaus der OGS-Platzzahlen über das Schuljahr 2021/22 und über die Gesamtzahl von 33.000 OGS-Plätzen hinaus, ab dem Schuljahr 2022/23 sukzessive insgesamt 300 OGS-Plätze für die an dem Standort Gaedestraße 31 neu einzurichtende Grundschule bereit zu stellen. Dies entspricht einer 100%igen Versorgungsquote.*

6. *Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, die Finanzierung der Zuwendungen an die Träger im Rahmen der Landesmittel sowie durch die Bereitstellung kommunaler Mittel sicherzustellen.*

   Die Finanzierung der zusätzlichen OGS-Plätze erfolgt aus den im Haushaltsplan für die Jahre 2022 ff. noch zu veranschlagenden Haushaltsmitteln.

7. *Der Rat beschließt die Zusetzung einer 1,0 Stelle Schulhausmeisterin/ Schulhausmeister in der EG 6 TVöD zur Betreuung des neuen Schulgebäudes Gaedestraße in Köln-Marienburg.*

8. *Der Rat beschließt zum Stellenplan 2022 die Zusetzung zusätzlicher, insgesamt 0,7 Stellen Verwaltungsbeschäftige/r (Schulsekretär/in) in der EG 5 TVöD für die neu zu errichtenden Grundschule Gaedestraße in Köln-Marienburg. Die jeweils für die Schuljahre anteiligen Stellenanteile werden verwaltungsintern entsprechend bereitgestellt. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans werden verwaltungsintern Stellenverrechnungen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zur Verfügung gestellt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.17 Einrichtung des Bildungsgangs „Eisenbahnerin/Eisenbahner im Betriebsdienst“ als Fachklasse des dualen Systems am Nicolaus-August-Otto-Berufskolleg, Eitorfer Str. 16, 50679 Köln

4306/2019

Wortmeldungen? Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) zum Schuljahr 2020/21

die Errichtung des Bildungsgangs Fachklasse des dualen Systems der Berufsausbildung gemäß Anlage A der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Berufskolleg (APO-BK) im Ausbildungsberuf Eisenbahnerin/Eisenbahner im Betriebsdienst am Nicolaus-August-Otto-Berufskolleg, Eitorfer Str. 16, 50679 Köln (BK 18).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.18 Errichtung eines Bildungsgangs „Zweiradmechatronikerin/Zweiradmechatroniker“ als Fachklasse des

dualen Systems am Nicolaus-August-Otto-Berufskolleg,

Eitorfer Str. 16, 50679 Köln
4311/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) zum Schuljahr 2020/21 die Errichtung des Bildungsgangs Fachklasse des dualen Systems der Berufsausbildung gemäß Anlage A der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Berufskolleg (APO BK) im Ausbildungsberuf Zweiradmechatronikerin/Zweiradmechatroniker in beiden Fachrichtungen (FR Motorradtechnik und FR Fahrradtechnik) am Nicolaus-August-Otto-Berufskolleg, Eitorfer Str. 16, 50679 Köln (BK 18).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.19 Errichtung des Bildungsgangs „Fachoberschule für Informatik“ am Georg-Simon-Ohm-Berufskolleg, Westerwaldstr. 92, 51105 Köln

4322/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.20 haben wir wegen Beratungsbedarfs zurückgestellt.

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) zum Schuljahr 2020/21 die Errichtung des Bildungsgangs „Fachoberschule für Informatik“ gemäß Anlage C3 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Berufskolleg (APO-BK) am Georg-Simon-Ohm-Berufskolleg, Westerwaldstr. 92, 51105 Köln (BK 13).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.21 Nachhaltige Urbane Mobilitätsplanung (Sustainable Urban Mobility Plan - SUMP)

hier: Personal-, Finanz- und Zeitaufwand zur Erstellung eines SUMP

2609/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - AfD. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die von der Verwaltung vorgelegte Planung zur Erarbeitung eines Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplans für Köln zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung dieser Planung. Hierfür werden neben einer über den

Veränderungsnachweis zum Haushaltsplan 2020/21 durch den Rat befristet bereitgestellten Mehrstelle EG 13 TVöD Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt (ehem. höherer Dienst) dauerhaft zwei weitere Personalstellen aus dem vorhandenen Stellenbestand herangezogen und in vergleichbarer Bewertung bereitgestellt.

Die erforderlichen Sachmittel in Höhe von 1,0 Mio. € stehen im Hpl. 2020/2021 einschließlich Mittelfristplanung im Teilergebnisplan 1201, Straßen, Wege, Plätze in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.22 Ergänzung des Stadtbahnvertrags vom 03.09./09.09.1991 zur Übertragung der Federführung für die „Kapazitätserhöhung der Stadtbahnlinie 18“ sowie Erstellung der Planung bis Leistungsphase 3 HOAI durch die KVB AG

2662/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt, der Kölner Verkehrs- Betriebe AG (KVB) in Ergänzung des Stadtbahnvertrages vom 03./09.09.1991 die Federführung für die Kapazitätserweiterung der Stadtbahnlinie 18 durch die Verlängerung von Bahnsteigen an den Haltestellen Thielenbruch und Vischeringstraße zu übertragen.*

   In diesem Zusammenhang beauftragt der Rat der Stadt Köln die Verwaltung, den als Anlage 1 beigefügten Nachtragsvertrag zum Stadtbahnvertrag mit der KVB abzuschließen.

2. *Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die KVB für die Verlängerung der Bahnsteige an den Haltestellen Thielenbruch und Vischeringstraße und die Verwaltung für die Verlängerung des Bahnsteigs an der Haltestelle Zoo/Flora der Stadtbahnlinie 18 die Entwurfsplanung einschließlich Kostenberechnung (Leistungsphase 3 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure 2013 – HOAI 2013) erarbeiten, die Förderung sicherstellen und die notwendigen Genehmigungen beantragen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.24 Stadtautobahn B55a/Zoobrücke Los D, Erneuerung der innenliegenden Brückenentwässerungsleitung sowie der Licht- und Stromversorgungsanlage, Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV

3336/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Erneuerung der innenliegenden Entwässerungsleitungen sowie der Licht- und Stromversorgungsanlage in der Zoobrücke -Los D- bei Gesamtkosten von rund 2.830.125,00 € (brutto) zu und beauftragt die Verwaltung vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltsatzung mit der Umsetzung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.25 Entwicklung des neuen Stadtteils Kreuzfeld

hier: Beschluss des Leitbildes Kreuzfeld „Ein gutes Stück Köln“

3588/2019

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Vorsitzende, vielen Dank. - Wir würden gern noch einmal in der Fassung des Liegenschaftsausschusses abstimmen lassen und zusätzlich bitten, die Ergänzungen, die der Beigeordnete Greitemann beim letzten Mal bezüglich der Vergabe und der Klimaneutralität gemacht hat, hier auch noch einmal entsprechend mit zu berücksichtigen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das hatten wir vor.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Gut!)

Gibt es weitere Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt 10.25? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse genauso abstimmen und lese es auch noch einmal vor, damit wir genau wissen, wovon wir jetzt ausgehen wollen, nämlich die Zusagen der Verwaltung aus der Ratssitzung am 12.12.2019, dass erstens in der Präqualifikation bei der Auswahl der Büros darauf geachtet wird, dass sie Erfahrung im Umgang mit klimaneutralen Prozessen bei der Entwicklung von Quartieren und von Gebäuden haben, und dass zweitens in die Ausschreibung aufgenommen wird, dass es das Ziel ist, den Klimawandel bzw. den Klimanotstand dieser Stadt zu berücksichtigen,

und dass wir das auch in Form von klimaneutralen Entwicklungen von Gebäuden berücksichtigt wissen wollen. Das nehmen wir auch heute ins Protokoll auf. So lasse ich jetzt abstimmen - in der Fassung der BV 6 des StEA und des Verkehrsausschusses.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Und des Liegenschaftsausschusses!)

- Und des Liegenschaftsausschusses auch noch. Ja, das ist alles das Gleiche.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. Ich freue mich wirklich, dass diese Vorlage heute so beraten worden ist. Die Broschüre zum Leitbild haben Sie auf Ihren Plätzen gefunden.

Abstimmung in der Fassung der Bezirksvertretung Chorweiler vom 21.11.2019 (Anlage 3), des Verkehrsausschusses vom 02.12.2019 (Anlage 5), des Stadtentwicklungsausschusses vom 05.12.2019 (Anlage 6), des Liegenschaftsausschusses vom 28.01.2020 (Anlage 9):

Beschluss:

Der Rat

1. *nimmt das Leitbild Kreuzfeld „Ein gutes Stück Köln“ als Ergebnis des ersten Verfahrensschrittes der Entwicklung des neuen Stadtteils Kreuzfeld zur Kenntnis;*

2. *beschließt das Leitbild als Grundlage für die weitere Entwicklung des neuen Stadtteils Kreuzfeld;*

3. *beauftragt die Verwaltung, das Leitbild beim nächsten Verfahrensschritt, dem städtebaulichen Qualifizierungsverfahren als Grundlage zu beachten.*

   und beschließt die Texterweiterung im Konzept zu folgenden Punkten:

   - *Ausbau und Anbindung des Blumenbergsweges an die A 57 vor Baubeginn von Kreuzfeld*

   - *Forderung an die Verwaltung, dass Gespräche hinsichtlich des Wegfalls von Umfahrungen des Stadtbezirks Chorweiler durch die S-Bahn erfolgen müssen*

   - *Planungen zum Bildungscampus*

   - *Aktive Einbindung der Bezirksvertretung Chorweiler bei den weiteren Planungen*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Auf Antrag von RM Hammer werden die mündlichen Ausführungen der Ratssitzung vom 12.12.2019 von Herrn Beigeordneten Greitemann (zu TOP 10.16 – Session Nr. 3536/2019) erneut zu Protokoll gegeben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.26 Aufbau eines On-Demand-Angebots als Ergänzung zum bestehenden ÖPNV-Angebot und Aufnahme in den Öffentlichen Dienstleistungsauftrag über Verkehrsleistungen im Stadtbahn- und Busverkehr in der Stadt Köln (ÖDLA) der KVB

3988/2019

Wortmeldungen? - Herr Hegenbarth, bitte sehr.

Thomas Hegenbarth (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bus on Demand oder warum es manchmal besser ist, keinen Plan zu haben - Busplan wohlgemerkt. Wie spontan kann Bus sein, wenn er sich nach uns richtet, wenn wir ihm selbst telefonisch oder per App eine Route vorgeben, wenn wir nicht mehr zu einer Haltestelle müssen, wenn wir an der Haustür einsteigen können oder wenn wir nicht mehr lange warten? - Das ist keine Science-Fiction, dachte ich mir, als ich auf solche Fragen bei der Recherche im Vorfeld eines Antrags gestoßen bin zur Ratssitzung im November 2017 unter dem Thema „Stärkung und Ausweitung des KVB-Busnetzes“, des sogenannten Haushaltsbündnisses.

Außer dem Beschluss, dass wir 2030 - der ist schon bemerkenswert - alle Busse auf Elektroantrieb umstellen, waren die Inhalte des damaligen Antrags doch recht dünn, die Bahn nicht mit einbezogen und der Blick ganz konventionell auf

Linienoptimierung gerichtet. Auch aus heutiger Sicht ist es kein großer Wurf, was in diesem Antrag ansonsten stand.

Verkehrswende kann aber auch in diesem Bereich manchmal mit kreativen und ungewöhnlichen Ideen vorangehen. Der Grund, warum ich damals hier im November 2017 im Rat unseren Änderungsantrag noch in der Ratsgruppe präsentiert habe neben anderen Änderungspunkten, war eben die Prüfung eines Bus-on-Demand-Angebots nach dem Vorbild Duisburgs, die als erste bundesweit 2017 ein solches Projekt umsetzten.

Der gesamte Änderungsantrag wurde damals leider nicht beschlossen, aber die klare Ansage des damaligen KVB-Chefs - „Wir werden uns das ansehen und prüfen!“ - hat mich damals sehr gefreut, und letztlich war unser Änderungsantrag somit der Start für dieses Projekt.

Das ist jetzt ganz offensichtlich nach abgeschlossener Prüfung passiert, und so werden wir in diesem Jahr mit zehn Kleinbussen in ein Pilotprojekt starten.

Besonders gefreut hat mich übrigens der Anruf vor einigen Wochen aus der Bezirksvertretung Chorweiler, die das zum Anlass genommen haben für einen entsprechenden Antrag, der auch weitergeleitet wurde, glaube ich.

Wir werden dieser Vorlage auf jeden Fall zustimmen. Dies ist ein erster Schritt, wenn wir jetzt vielen anderen Kommunen, wie beispielsweise Duisburg, Oberhausen, Krefeld und Frankfurt, die 4 Millionen Euro über Bundesförderung für ein solches Projekt bekommen, oder Berlin, das mit 50 Einheiten sicherlich das größte Projekt in Deutschland ist, folgen.

Natürlich sollte man als Befürworter eines solchen Projektes aufmerksam beobachten, dass durch ein solches Projekt nicht bestehende ÖPNV-Strukturen ruiniert werden, es nicht zu

zusätzlichem Verkehr kommt oder fehlende gesetzliche Grundlagen weitere Möglichkeiten verhindern oder ad absurdum führen. Gerade unter diesem Aspekt bin ich auch gespannt auf einen umfassenden Bericht im Anschluss an das Pilotprojekt.

Ich empfehle in diesem Zusammenhang auch die Einbindung der Kölnerinnen und Kölner in die Vorbereitung und Begleitung. Zum Service von ÖPNV-Unternehmen gehört mittlerweile eben auch Überzeugen und Mitnehmen, und das eben in der mehrfachen Bedeutung des Wortes.

Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr macht das übrigens ganz gut auf einer Seite, auf der er sehr umfangreich, aber auch in einfacher Sprache erklärt, worum es dabei geht, und indem er auch - das ist nicht gerade selbstverständlich - ein Portal eingerichtet hat, auf dem man Vorschläge und Kritik einbringen kann.

Insoweit: Ich freue mich, dass es jetzt endlich losgeht, und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über diese Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat spricht sich für die Umsetzung der in der Begründung beschriebenen Vorgehensweise für die Erweiterung des Busnetzes um ein On-Demand-Angebot aus, welches im Herbst 2020 für zunächst 3 Jahre (Pilotphase) den Betrieb aufnehmen soll.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, die operative Einführung des On-Demand-Angebotes nach Maßgabe der Regelungen des öffentlichen Dienstleistungsauftrags (insbesondere Ziff. 9.1) bei der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) zu veranlassen. Die Anpassung des Soll-Ausgleichs gem. Ziffer 13.1 ÖDLA in Höhe des bislang noch nicht einkalkulierten Betrages erfolgt anhand der von der KVB durchgeführten Vorabkalkulation. Bei der KVB führt die Einführung des Angebots gemäß dieser Vorabkalkulation zu einem zusätzlich entstehenden jährlichen Defizit von voraussichtlich 1.000.000 €. Dieses wird aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages von der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) ausgeglichen, was potenziell zu einer geringeren Gewinnausschüttung der SWK an den städtischen Haushalt führen kann. Die Verwaltung wird ermächtigt, später erforderliche Anpassungen des Angebots gegenüber der KVB zu veranlassen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.28 Beschluss über die Planung der Maßnahme „Umgestaltung der Frankfurter Straße in Buchheim“ aus dem Programm „Starke Veedel - Starkes Köln“ (Einzelmaßnahme 2.5.6)

hier: Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss und Durchführung einer Öffentlichkeitsbeteiligung

4240/2019

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt den Bedarf für die Vergabe von Ingenieurleistungen für die Maßnahme "Umgestaltung der Frankfurter Straße in Buchheim" im Bezirk Mülheim in Höhe von 378.420,00 € (brutto) fest.*

2. *Der Rat beschließt zur Finanzierung der Planungskosten die Freigabe von investiven Finanzmitteln im Teilfinanzplan 0902 – Stadtentwicklung bei Finanzstelle 1502-0902-9-1008 – Starke Veedel – Frankfurter Straße in Buchheim, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, in Höhe von insgesamt 45.000,00 € brutto, Haushaltsjahr 2020.*

3. *Die Verwaltung wird beauftragt, zur Einbindung der Öffentlichkeit in den Planungsprozess ein Beteiligungsverfahren durchzuführen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.29 Generalsanierung der Sportanlage Hardtgenbuscher Kirchweg

3711/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage der vorgelegten Entwurfsplanung und Kostenberechnung mit der Durchführung der Generalsanierung der Sportanlage Hardtgenbuscher Kirchweg in Köln-Ostheim. Diese beinhaltet u.a. den Bau

eines Großspielfeldes aus Kunststoffrasen, einer 400m Rundlaufbahn aus Kunststoffbelag, eines Entwässerungssystems mit Rigole, einer Flutlichtanlage und die Sanierung der vorhandenen Kunststoff-Kleinspielfelder.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten betragen 2.062.000,- € brutto (inkl. bereits bereitgestellter Planungskosten in Höhe von 43.435,- €). Aus dem Förderprogramm „Gute Schule 2020“ sind Fördermittel in Höhe von 1.756.000,- € bewilligt. Der Eigenanteil an der Gesamtmaßnahme beträgt für die Stadt Köln voraussichtlich insgesamt 306.000,- € und wird aus dem Teilfinanzplan 0801, Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Zeile 08, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5201-0801-8- 5201 (Sportanlage Hardtgenbuscher Kirchweg, KRP) finanziert.

Gleichzeitig beschließt der Rat zur Umsetzung der Maßnahme im Haushaltsjahr 2020 eine überplanmäßige Bereitstellung investiver Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 1.756.000,- € im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Zeile 08, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5201-0801-8-5201 (Sportanlage Hardtgenbuscher Kirchweg, KRP). Die Deckung erfolgt durch Wenigerauszahlung in gleicher Höhe im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben, Zeile 09, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Finanzstelle 4050- 0301-0-6013 (Gute Schule 2020).

Daneben beschließt der Rat die Freigabe investiver Auszahlungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2020 in Höhe von 2.018.565,- € im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Zeile 08, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5201-0801-8-5201 (SpA Hardtgenbuscher Kirchweg, KRP).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.30 Olympische und Paralympische Spiele 2032

4480/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gerlach

AN/0154/2020

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP AN/0222/2020

Als Erstem gebe ich Herrn Kron das Wort.

Peter Kron (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach einigen Wortgefechten und differenzierteren Redebeiträgen, was man eben ertragen musste von der rechten Seite, denke ich, dass jetzt hoffentlich ein wenig Harmonie insgesamt einkehrt zum Thema Olympische Spiele und Paralympische Spiele.

Damit die Spannung nicht so furchtbar lange dauert, fange ich mit dem Ergebnis an: Die SPD-Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Zugrunde liegt eine Privatinitiative des Herrn Michael Mronz, der vor geraumer Zeit alle Fraktionen über das Projekt „Rhein Ruhr City 2032“ informiert hat. Hintergrund ist die Agenda 2020 des IOC, die kostenbewusste, nachhaltige Spiele fordert und erstmalig die Bewerbung einer Region ermöglicht. Das ist der große Unterschied zur Vergangenheit. Höher, schneller, weiter im sportlichen Sinne ja, aber teurer bitte nein; denn 80 Prozent der benötigten Sportstätten sind bereits heute an 14 Standorten vorhanden.

Beschlüsse mit ähnlichem Inhalt, wie wir sie heute vorliegen haben in der Vorlage, gibt es auch schon in einigen Städten der Region und seit letztem Jahr auch im Landtag. Düsseldorf und Essen haben sogar schon einen Olympia-Beauftragten installiert.

Zunächst einige Worte zum sportlichen Aspekt: Es besteht die Chance, an der größten Sportveranstaltung und dem größten Jugendfest der Welt zur Völkerverständigung als Gastgeber mitzuwirken; denn Köln ist ein hervorragend geeigneter Standort für sportliche Großereignisse, wie wir auch am Sportkalender 2020 wieder feststellen können.

Köln ist Olympiastützpunkt, Köln ist Sitz der einzigen deutschen Sportuniversität, Köln ist Veranstaltungsort für viele wichtige Sportevents, und wir haben zuletzt erst für den Breitensport richtungsweisend den Sportentwicklungsplan auf den Weg gebracht.

In der Anlage zu der Vorlage fiel mir dann auf, dass darin einige Sportarten aufgeführt sind, die in Köln stattfinden können. Auch, wenn wir jetzt noch in einem ganz frühen Stadium der Diskussion sind, denke ich, dass der Radsport auch in Köln stattfinden müsste. Ich erinnere daran, dass wir mittlerweile Leistungszentrum für Radsport sind, der Umbau des Radstadions bevorsteht und dies natürlich eine Sportart auch für Köln wäre.

Aber über den sportlichen Aspekt hinaus: Wir hätten nicht nur das größte Sportereignis in unserer Region, sondern profitieren darüber hinaus dauerhaft von zusätzlichem Wohnraum, besserer Infrastruktur und einem gestärkten Sportland. Das heißt, es ist ein Mobilitätskonzept für Verkehrsinfrastruktur und damit verbunden die digitale Infrastruktur der ganzen Region und in Köln vonnöten. Auch für unsere Stadt erwarten wir einen Schub für Schulbreitensport, Wohnungsbau, ÖPNV usw., siehe München 1972 und London 2012.

Noch ein Beispiel zum Thema ÖPNV: Wenn also irgendwann einmal Radsport und Fußball in Müngersdorf stattfinden werden, dann denke ich, dass die vieldiskutierte Ost-West-Achse wieder eine größere Bedeutung erfahren wird.

Zum Verfahren: Wie geht es weiter? - Es gibt noch keine Bewerbung. Dafür zuständig ist der DOSB, ob Deutschland antritt. Wir beschließen heute nicht eine Unterstützung der Bewerbung auf jeden Fall; denn bezüglich einer Bewerbung muss es auf jeden Fall ein Referendum der gesamten Region geben, in dem alle Bürgerinnen und Bürger darüber abstimmen, ob es eine Bewerbung der Region gibt. Das kann aber nur seriös gelingen, wenn alle vorher in einem Beteiligungsverfahren sämtliche nötigen Informationen erhalten. Wenn man die Spiele will, muss man den Menschen auch glasklar sagen, was es kostet, wie die Verwaltung das stemmen will und welche Vorteile das für die Infrastruktur bedeutet. Es müssen also sämtliche Pläne zu Kosten und wie sie verteilt werden auf Bund, Land,

Kommunen, IOC sowie die Forderungen des IOC, was Neubauten und Sanierung betrifft, vorliegen. Erst dann können die Kölnerinnen und Kölner gleichzeitig mit den anderen beteiligten Städten ihr Votum abgeben.

In dem Zusammenhang ist ganz wichtig: Wo sind die Standorte für das Olympische Dorf und das Leichtathletikstadion? Wie kann die Verkehrsinfrastruktur in Köln ertüchtigt werden, damit sie dem Ereignis gewachsen ist?

Wir haben hier zwei Änderungsanträge vorliegen.

Zum Antrag der LINKEN, der ein Ersetzungsantrag ist, ist zu sagen: Der Kernpunkt ist die Befragung der Bevölkerung am 13.09. bei der Kommunalwahl. Nach dem, was ich gerade gesagt habe, muss also vor einer Bewerbung einiges geprüft, erklärt und vorgelegt werden. Eine Abstimmung am 13.09.2020 mit seriösem Hintergrund ist unseres Erachtens nicht möglich. Das geht einfach nicht. Den Antrag lehnen wir daher ab.

Ein zweiter Antrag ist ins Haus geflattert von den Grünen, CDU und FDP. Es steht zwar schon in der Vorlage, dass die Bürgerbeteiligung natürlich da sein muss, aber der Antrag ist differenziert.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das machen wir immer!)

- Ja, ihr habt mein Papier nicht gehabt, aber das ist ein bisschen ähnlich.

Das, was alles vorliegen muss, ist klar. Es ist also differenziert und richtig, was darin steht. Dem muss man natürlich richtigerweise zustimmen.

Wie gesagt, die SPD-Fraktion stimmt der Vorlage zu, aber nicht nur, weil wir die ersten Schritte Richtung Olympische Spiele machen wollen, sondern auch, weil wir den Nutzen und die Vorstellung haben - was ich eben sagte -, dass über den Breitensport hinaus etwas Nützliches erwächst, von dem alle auf Dauer profitieren. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat der Bezirksbürgermeister Herr van Benthem das Wort, und zwar als Ratsmitglied.

Henk van Benthem (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Ich mache es von hier unten. Es ist immer von Vorteil, wenn der Vorsitzende vom Sportausschuss in seiner bekannten Kürze gesagt hat, was alles in der Vorlage steht. Deswegen brauche ich das nicht zu wiederholen.

Unser Änderungsantrag geht wirklich auf Transparenz - Transparenz in der Stadt, aber auch in der Region. Da wird der eine oder andere sagen: Bürgerentscheid in der Region ist noch nicht, aber wir haben eine hervorragende Landesregierung, die tolle Arbeit leistet.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin davon überzeugt: Wenn wir das brauchen, ist es dann zu dem Zeitpunkt auch fertig.

Wir wollen mit unserer Unterstützung des Änderungsantrags einfach erreichen, dass wir in Köln nicht das Desaster erleben, wie wir es in Hamburg erlebt haben. Das heißt, wenn der DOSB dann zu einer Entscheidung kommt, aber die Bevölkerung sagt: Das machen wir nicht. Das werden wir hiermit ändern.

Ich möchte gern noch ganz kurz zu dem Antrag der LINKEN kommen: Man könnte dem Antrag von den LINKEN durchaus zustimmen, wenn man bereit ist, die Spiele zu beerdigen. Denn das, was in dem Antrag steht, ist alles nicht umsetzbar.

Daher bitte ich Sie ganz inständig - Herr Kron hat schon gesagt, dass die SPD unserem Änderungsantrag zustimmt -, dem zuzustimmen. Wir werden dem Änderungsantrag von den LINKEN selbstverständlich ablehnen. - Danke, dass Sie so kurzfristig zugehört haben.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Thelen hat das Wort.

Elisabeth Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Vieles wurde von den Kollegen aus dem Sportausschuss bereits gesagt. Ich will aber einen Hauch Wasser in den Wein gießen; denn Olympia und Paralympische Spiele faszinieren, aber nicht nur das, sondern sie polarisieren auch. Sie faszinieren die Sportfans, die

begeistert sind. Sie sind für Leistungssportlerinnen und Leistungssportler oft ein Höhepunkt ihrer Karriere. Für den Breitensport ist ein Schub zu erwarten, wie von Peter Kron eben beschrieben. Vor allem die Jugendlichen kommen in Kontakt mit einem breiten Spektrum von Sportarten, sodass sich der Fokus vielleicht ein bisschen ausbreitet über den Fußball hinaus.

Olympische Spiele setzen Entwicklungsimpulse und schaffen Infrastruktur. Auch das ist bereits gesagt worden. Positivbeispiele: München, Barcelona und London. Es gibt aber auch Negativbeispiele, da will ich Rio und Sotschi nennen, die dem Nachhaltigkeitsgedanken sehr zuwidergelaufen sind. Gründe dafür sind der Gigantismus und die Umweltzerstörung, wodurch der olympische Gedanke massiv in die Kritik geraten ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch immer neue Korruptionsaffären erschüttern den Sport, und man muss sich fragen: Geht es hier tatsächlich um den Sport, um die Athletinnen und Athleten, oder geht es um wirtschaftliche Interessen und Profit?

Das alles hat dazu geführt, dass das IOC in einer tiefen Vertrauenskrise bei der Bevölkerung steckt. Ich kenne jedenfalls kaum einen Menschen, der uneingeschränkt zu Olympia Ja sagt. Die Bürgerentscheide in München und Hamburg sollten uns deswegen eine Warnung sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vor diesem Hintergrund setzt die Initiative „Rhein Ruhr City“ andere Akzente als das, was wir aus der Vergangenheit kennen, nämlich Nachhaltigkeit, überwiegend bestehende Sportstätten nutzen, umfassende Bürgerbeteiligung und Dialog sowie der Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur. Sollten Olympia und Paralympische Spiele überhaupt Zukunftschancen haben, dann nur so.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen sind wir dafür, diesen Ball aufzunehmen und - wie es in der Vorlage steht - uns für einen Bewerbungsprozess bereitzuhalten, das heißt, strukturelle Voraussetzungen für eine Unterstützung der Bewerbung zu schaffen. Dem stimmen wir ausdrücklich zu.

In unserem Änderungsantrag haben wir die drei Bedingungen beschrieben, die zu einer Akzeptanz führen sollen. Dazu gehört, dass ein weiterer Prozess Sinn macht, das ist die Kostentransparenz über Höhe und Verteilung der Kosten - dazu ist auch schon viel gesagt worden -, das ist das Stichwort „Nachhaltigkeit“. Dazu ist zu sagen, dass wir noch am Anfang stehen, wenn es darum geht, Großveranstaltungen nachhaltiger zu machen.

Es hat erste Schritte in Köln gegeben. Da kann ich den Marathon nennen, der eine gute Entwicklung zeigt. Da kann ich auch nennen, dass wir für den NRW-Tag umfassende Vorgaben formuliert haben, wie ein Großevent nachhaltig laufen kann.

Ich meine, wir müssen dazu kommen, klimafreundliche Standards für Großveranstaltungen zu entwickeln und vorzugeben. Das gilt beim Thema Olympia ganz besonders.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Schließlich brauchen wir nicht nur eine Bürgerbeteiligung, sondern wir brauchen tatsächlich einen Bürgerentscheid; denn nur so kann es überhaupt weitergehen - ein Bürgerentscheid in der Region, was von Peter Kron und Henk van Benthem schon genannt worden ist.

Der Termin Kommunalwahl ist sicherlich nicht der richtige. Ich glaube, ein Überblick über das Gesamtprojekt und über die Kosten wird wohl im Laufe des Jahres oder Anfang nächsten Jahres vorliegen, sodass man dann auf die Suche nach einem geeigneten Zeitpunkt gehen kann. Der sollte tatsächlich vor der Festlegung auf Bundesebene liegen, aber das wird mit Sicherheit nicht die Kommunalwahl sein. Das haben wir in dem Änderungsantrag auch so formuliert. Deswegen lehnen wir den Antrag der LINKEN dazu auch ab.

So viel zu unseren Änderungsanträgen und zur Vorlage. Ich bitte, dem Änderungsantrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Anwesende! Vor wenigen Tagen, am 25. Januar, erschien in der

FAZ ein großer kritischer Artikel zu den Olympischen Spielen. Unter anderem über die Erfahrungen unserer Partnerstadt Rio de Janeiro, insbesondere die Entwicklung des Olympiaviertels, schrieb der Autor - Zitat -:

> Olympia gebar eine Geisterstadt. Die Guanabara-Bucht bleibt verschmutzt. … Der Chef des Organisationskomitees wurde 2017 verhaftet

und inzwischen zu 198 Jahren Haft verurteilt.

Meine Damen und Herren, wenn in diesem Sommer die Spiele in Tokio beginnen, ist auch dort ein Desaster entstanden, indem nämlich der Stadionneubau im Prinzip komplett umgeworfen werden musste, die Kosten aus dem Ruder gelaufen und noch einmal neu entwickelt worden sind.

Die erfolgreiche Kampagne NOlympia Hamburg schreibt auf ihrer Internetseite zum Thema Nachhaltigkeit - ich zitiere -:

> Olympische Spiele schaden jeder Stadt
>
> - eine auf Jahrzehnte festgelegte einseitige Politik zugunsten der Tourismus-, Bau- und Immobilienwirtschaft, Verlust von Arbeitsplätzen bzw. Verschlechterung von Arbeitsbedingungen, Umsatzeinbußen für kleinere und mittlere Gewerbebetriebe, Privatisierung und Überwachung von öffentlichem Raum, steigende Mieten.

Das sind die Auswirkungen des Olympia-Spektakels, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Nachhaltigkeitskriterien des IOC sind Schall und Rauch. Eigentlich gibt es meines Erachtens nur einen Lösungsweg: Man sollte Olympische oder Paralympische Spiele möglichst in einer Stadt oder in wenigen Städten durchführen. So war es in der Geschichte vor 1 000 Jahren. Die antiken Spiele wurden an einem Ort 1 000 Jahre lang hintereinander durchgeführt, bis die Römer im Jahre 393 n. Chr. diese Spiele beendet haben. So viel zum Thema Nachhaltigkeit.

Aber, meine Damen und Herren, an solche spannenden Diskussionen scheinen Sie sich nur langsam zu gewöhnen und interessiert zu sein. Die Hamburger Olympia-Bewerbung, die zum Glück ins Wasser gefallen ist, hat insgesamt - allein die Bewerbungskosten - 50 Millionen Euro gekostet. 50 Millionen Euro! Die Stadt Hamburg ist auf diesen Kosten komplett sitzengeblieben. Die Zusicherung der Wirtschaft, 25 Millionen Euro zu zahlen, war ein leeres Versprechen.

Es ist völlig unklar, wer die Kosten für die Rhein-Ruhr-Bewerbung zahlt. Es bleibt Ihr Geheimnis, meine Damen und Herren, was Sie mit den Olympischen Spielen in dieser Region tatsächlich verändern wollen. Es gibt keine strategischen Überlegungen in Ihrer Diskussion. Wenn man das so hört, sind es nur vereinzelte, aber es gibt keine Strategie, die realistisch und abgeklopft ist.

Wenn Sie ernsthaft meinen, im Jahr 2032 den öffentlichen Nahverkehr so umzustellen, dass die Zuschauer und Athleten schnell von A nach B kommen, dann wissen Sie ganz genau, dass bis 2032 eine Umstellung des öffentlichen Nahverkehrs meines Erachtens überhaupt nicht mehr zu schaffen ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Oberbürgermeisterin, Sie wollen sich mit einem Olympia-Beschluss für den Oberbürgermeisterwahlkampf schmücken, ohne überhaupt ansatzweise die städtischen Ressourcen geprüft zu haben. Ein abenteuerliches Unternehmen - auch auf Kosten der Kölner Steuerzahler! Zu diesem geplanten gigantischen Schuldenloch sagt DIE LINKE ganz klar: Nein, das machen wir nicht mit!

(Beifall bei der LINKEN)

Sie schreiben in Ihrer Ratsvorlage - ich zitiere -:

> Der Rat beauftragt die Verwaltung, sich strukturell auf die Unterstützung des Projektes vorzubereiten...

Aber worauf soll sich die Verwaltung vorbereiten? Es gibt keine Vorgaben, es gibt keine Hinweise, was die Verwaltung zu tun hat.

DIE LINKE fordert über all diese Probleme eine öffentliche Debatte - die scheint jetzt einzusetzen; das finde ich gut - und eine Einwohnerbefragung mit der Kommunalwahl am 13. September. Einen ähnlichen Vorschlag, meine Damen und Herren, hatten wir Ihnen im April letzten Jahres zugestellt, indem wir gesagt haben: Lasst uns einen Diskussionsprozess entwickeln. Das haben Sie in Bausch und Bogen abgelehnt. Wenn Sie jetzt sagen, der Termin 13. September zur Kommunalwahl sei viel zu kurzfristig, dann

muss ich sagen: Das ist eine nette Ausrede, die Sie sich da haben einfallen lassen.

Jetzt lassen Sie uns aber noch einmal zu Ihrem Änderungsantrag kommen. Das ist jetzt eine Tischvorlage gewesen, die mich doch überrascht hat.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Positiv überrascht, oder?)

Die hat mich überrascht.

Dass Sie jetzt auf einen Bürgerentscheid einschwenken - wie der auch immer aussehen soll -, das ist natürlich schwierig. Wir wollten das pragmatischer machen durch eine Einwohnerbefragung mit einer Selbstverpflichtung, wo wir als LINKE dann auch gesagt hätten: Jawohl, wie die Befragung auch ausgeht, daran halten wir uns. Ein solches Verfahren halten wir für pragmatischer und einfacher. Da muss man sich auch nicht regional abstimmen. Es gibt keine regionalen Bürgerentscheide, sondern dann nur auf nordrhein-westfälischer Ebene. Insofern muss man sich entscheiden, wie man das macht.

Ich finde es gut, dass Sie jetzt diesen Weg gehen, weil wir eine klare Entscheidung in der ganzen Angelegenheit brauchen. Uns freut es, dass dieser Vorschlag von uns mehr oder weniger aufgegriffen worden ist.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war die Idee der Oberbürgermeisterin!)

- Nein, darin steht es eben nicht. Darin steht: Bürgerbeteiligung an den einzelnen Strukturen. Darin steht also etwas völlig anderes. Das habe ich schon genau gelesen. Es ist auch von Ihnen bewusst eine Korrektur gemacht worden.

Ich komme zum Schluss. Ich kann nur Folgendes sagen: Wir von den LINKEN sind der Meinung: NOlympia in Köln; für eine Einwohnerbefragung am 13. September.

(Der Redner hält ein DIN-A3-Blatt hoch)

Das Interessante ist: Sie sagen, bevor der DSB entscheidet, wollen Sie die Bürger befragen. Das finde ich super. Es ist dann nämlich auch Herbst/Winter. Sie haben nicht „nach“, sondern

„vor“ geschrieben. Insofern ist der Zeitunterschied nicht groß. Das heißt, wir werden die Olympischen Spiele im Kommunalwahlkampf als Thema haben. Das ist schon einmal etwas, was ich erreicht habe. Das finde ich gut. Wir werden eine spannende Debatte bekommen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Thelen hat noch eine Zwischenfrage. Aber wenn Sie mögen, können Sie die auch von anderer Stelle aus beantworten, Herr Detjen.

Elisabeth Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Jörg Detjen, ich habe eine Zwischenfrage.

Wenn DIE LINKE diese Verwaltungsvorlage so in Bausch und Bogen ablehnt, was soll denn dann der Änderungsantrag? Warum braucht ihr denn

dann noch einen Bürgerentscheid? Braucht ihr Wahlkampfthemen, oder was ist das hier?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Jörg Detjen (DIE LINKE): Nein, der Antrag von uns ist offen. Die Verwaltungsvorlage von Ihnen, die Sie jetzt beschließen werden, ist klar für Olympia. Dann wollen Sie auch noch einen Bürgerentscheid machen. Das kann man so machen. Wir sagen: Es ist ein offener Prozess, und in diesem offenen Prozess gibt es eine Einwohnerbefragung. Das ist der Unterschied. Deswegen kann ich nur sagen: Wir sind offen, aber Sie sind zugenagelt und festgelegt. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber Herr Detjen, Sie haben gegen die Bewerbung gesprochen.

Herr Breite hat jetzt das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt Menschen, die laden gern Gäste zu sich ein, freuen sich darauf und sind auch bereit, dafür etwas zu investieren. Bei Ihnen möchte ich nicht zu Besuch kommen, Herr Detjen, nach dem, was ich jetzt gerade hier gehört habe.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Da hat man Angst, überhaupt ein bisschen Butter auf das Brot zu schmieren, wenn Sie jetzt schon als Erstes mit den Kosten anfangen und sich nicht freuen, zum Beispiel Boxer aus Kuba hier zu begrüßen,

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

oder auch die Brasilianer oder andere.

Ich kann Ihnen sagen: Meine Fraktion möchte gern Gastgeber sein, und ich sehe, dass das andere Fraktionen auch wollen. Jawohl, da müssen wir uns anstrengen - das ist vollkommen richtig - , wenn wir die Welt hier zu Gast haben wollen. Da müssen wir viel tun in der Infrastruktur und in vielen anderen Sachen auch.

(Beifall bei der FDP)

Aber dass die Kölnerinnen und Kölner gern Gastgeber sind, das weiß ich, Herr Detjen. Das haben wir nämlich 2006 bei der Fußball-WM gesehen.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Lieber Herr Detjen, ach, das bringt ja alles nichts. Jetzt will ich Ihnen mal etwas sagen: Wenn Sie das nächste Mal zum FC gehen und Sie sind im Müngersdorfer Stadion: Dass es diesen Standort gibt, hat etwas damit zu tun, dass es schon einmal eine Überlegung gab, Olympische Spiele auszurichten, nämlich unter Konrad Adenauer in den 20er-Jahren. Das ist der Grund, weshalb wir dort einen Fußballstandort haben.

Zu Ihrer sportlichen Sprecherin habe ich bezüglich der Abelbauten auch schon einmal gesagt, sie würde in den Abelbauten überhaupt nicht sitzen, wenn es nicht diese Bewegung mal gegeben hätte, hier Olympische Spiele durchzuführen.

(Beifall bei der FDP)

Das hat nachher nicht geklappt, sondern ging nach Berlin, wie wir wissen, aber die Abelbauten haben wir, und das finde ich gut. Auch das Schwimmstadion, Herr Detjen, hätten wir nicht im Müngersdorfer Sportpark, hätte es nicht damals eine Bewegung für Olympia gegeben.

(Beifall bei der FDP)

Warum soll es nicht so eine Bewegung auch bei uns geben - mit neuen Sportstätten und Sportstätten, die wir sanieren? Man muss das doch mal positiv sehen, anstatt immer nur herumzumaulen: Das schaffen wir nicht, das schaffen wir nicht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich bin der Meinung: Wenn ich sehe, was wir hier schon für Sportveranstaltungen gehabt haben, da muss man doch die Pluspunkte mal herausnehmen. Ich nehme Sie sehr gern mal mit in die Lanxess-Arena, wenn dann wirklich die besten Handballteams dort sind. Wenn Sie Handball nicht so gern sehen, nehme ich Sie auch gern zum Basketball mit. Da sehen Sie, wie die Kölnerinnen und Kölner jubeln. Und sie jubeln nicht nur bei ihrer eigenen Mannschaft, sondern auch bei ausländischen Mannschaften.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Bei Düsseldorf!)

Das ist ein Geist, das ist die Gastfreundschaft der Kölnerinnen und Kölner. Darum habe ich auch gar keine Sorge. Wenn wir ein richtiges Konzept haben, uns zur Abstimmung zu stellen, ob Köln Gastgeberin sein will für diese Spiele - ich bin optimistisch, dass wir dies schaffen.

Wir haben es vor 100 Jahren nicht geschafft, aber dass wir es diesmal schaffen, da bin ich sehr, sehr optimistisch.

(Der Redner hat einen Teil des Mikrofons in der Hand und übergibt es der Oberbürgermeisterin)

Frau Oberbürgermeisterin, das schenke ich Ihnen jetzt.

(Heiterkeit und Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist ja typisch: Wenn es nicht mehr funktioniert, wird es mir wieder vor die Füße geworfen.

(Heiterkeit)

Als Nächstes hat Herr Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Breite, bei allem Respekt für Ihre sympathische Rede, aber jubeln allein macht natürlich noch nicht gute Olympische Spiele.

Wenn Sie von der FDP, der CDU und der SPD mit Bezug auf Olympia in Köln von einer - Zitat - „historischen Chance“ sprechen, lässt allein schon die Formulierung „historische Chance“ die schlimmsten Befürchtungen wach werden.

Wenn dann DIE LINKE hingegen die möglichen Olympischen Spiele am Rhein - Zitat - „ein abenteuerliches Unternehmen auf Kosten der Steuerzahler“ nennt, dann denken wir von der AfD: Eine Stadt, die es in fünfeinhalb Jahren unter schwarz-grüner Führung noch nicht mal hinbekommen hat, die Fahrradwege in Köln in anständigem Zustand zu bringen und zu sanieren und daher beim letzten Ranking des ADFC Platz 14 von 14 einnimmt, eine solche Stadt sollte besser die Finger von Olympia lassen.

Herr Hammer, Sie sind nicht nur der Geschäftsführer der Fraktion, sondern Sie sind auch der bekannteste bekennende Radfahrer der Grünen: Köln nach über fünf Jahren Schlusslicht im Fahrrad-Ranking - das muss man erst einmal hinkriegen, Herr Hammer. Das ist doch der Hammer.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sprechen Sie bitte zum Thema.

Stephan Boyens (AfD): Ja, zurück zu Olympia, Frau Reker.

Olympia heißt immer auch - dessen sollten wir uns gewahr sein -: Das IOC übernimmt die Macht. Das heißt konkret: Gigantismus, Undurchsichtigkeit, Knebelverträge, Korruption. Das IOC - das wissen wir doch auch, meine Damen und Herren - ist schon lange zu einer Ansammlung alter, machtgeiler und korrupter Männer verkommen. Die olympische Idee ist längst pervertiert. Das ist auch der Grund, warum Städte wie Hamburg, Garmisch-Partenkirchen oder Berlin Nein zu Olympia gesagt haben.

Aber als Partei, die sich für mehr plebiszitäre Elemente einsetzt, begrüßen wir daher den Vorstoß der LINKEN, gemeinsam mit den kommunalen Wahlen in diesem Jahr eine Befragung der Wahlberechtigten durchzuführen. Wir sind skeptisch, dass wir da ein positives Votum sehen werden, aber wir sagen: Sollen die Kölner doch entscheiden. Lassen Sie doch die Kölner entscheiden, ob sie das wollen oder nicht. Die Kommunalwahl bietet dafür eine hervorragende Chance. Daher unterstützen wir den Antrag der LINKEN. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nur einige Stichpunkte, die ich mir aufgeschrieben habe, zu den drei Vorlagen. Um es vorwegzunehmen: Dem Antrag der LINKEN werden wir zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die anderen Anträge werden wir ablehnen.

Fangen wir mit der Beschlussvorlage an: Ich finde schon rein textlich etwas schwierig zu verstehen, wohin die Reise eigentlich gehen soll. Es ist vollkommen unverbindlich. Das liegt natürlich auch daran, dass wir einerseits an einem frühen Punkt der Bewerbung sind, andererseits heißt es: Wir sind schon viel zu weit, wir können keine Einwohnerbefragung mehr durchführen. Das ist

etwas unklar. Wir können der Beschlussvorlage nicht folgen.

Die Formulierung in der Beschlussvorlage „das größte Jugendfest der Welt zur Völkerverständigung“ finden wir auch schon einen etwas eigenartigen Euphemismus. Die ganzen Hinweise auf Korruption, aber auch auf Doping etc. möchte ich nicht wiederholen. Ob das nun das größte Jugendfest der Welt zur Völkerverständigung sein soll und ob das so aussehen soll, wie es die Olympischen und Paralympischen Spiele sind, lasse ich mal dahingestellt.

Aber auch in der Vorlage ist bislang eigentlich vollkommen unklar: Wer bewirbt sich jetzt überhaupt innerhalb Deutschlands um diese Ausrichtung der Spiele?

(Peter Kron [SPD]: Der DOSB! Steht da drin!)

- Nein, das ist nicht der Fall. Bislang ist es ein Herr Mronz mit seiner Firma, der das Konstrukt „Metropolregion Rhein-Ruhr“ geschaffen hat. Aber dieses Konstrukt gibt es noch gar nicht. Wer reicht diese Bewerbung eigentlich rein rechtlich ein?

(Peter Kron [SPD]: Der DOSB!)

- Der DOSB wird es dann später irgendwie

beim IOC oder so etwas einreichen. Aber wer bewirbt sich eigentlich beim DOSB für die Olympischen Spiele in Deutschland in diesem Fall? Das ist auch noch vollkommen unklar.

Es ist auch vollkommen unklar, welche Rolle Köln dann dort spielen wird. Bis auf eine vage Verteilung der Sportstätten findet man nichts. Selbst da sagen die Vorbereiter: Na ja, das ist unser Wunsch, aber was das IOC dann später entscheidet, ist noch einmal etwas ganz anderes, das wissen wir gar nicht.

Das IOC wird am Ende die Bedingungen diktieren. Es wäre vollkommen blauäugig, zu glauben, dass wir da dem IOC irgendwelche Wünsche übermitteln könnten. Das können wir natürlich sicherlich machen, aber die werden dann locker darüber lächeln und dann sagen, wie die Spiele laufen werden, und zwar so oder gar nicht, und dann sind wir schon längst zu weit in diesem Prozess, als dass wir noch einen Rückzieher machen könnten. Da möchte ich wirklich vor Naivität warnen.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der LINKEN)

Das IOC ist da eine Nummer zu groß für uns - so sage ich es einmal ganz einfach -, als dass wir uns mit denen anlegen können. Das haben schon ganz andere versucht und sind dabei katastrophal gescheitert - egal, welche Etiketten, wie Nachhaltigkeit, man da aufkleben möchte.

Dann wird immer zu Infrastruktur- und Verkehrsmaßnahmen argumentiert, die einen großen Schub für die Region etc. bedeuten könnten. Das IOC und auch die Sponsoren werden uns das aber nicht bezahlen. Die sacken ihr Geld selbst ein. Im Gegenteil, wir werden eine Lizenzgebühr dafür bezahlen müssen, dass wir diese Spiele ausrichten dürfen. Auf den Kosten für diese ganzen Maßnahmen bleiben wir sitzen.

Da ist es dann eigentlich wirklich ein Armutszeugnis, wenn wir das nicht selbst hinbekommen. Wir müssen es selbst bezahlen, aber wir brauchen eine Olympiade bzw. die Olympischen Spiele zum Anlass, um das hinzubekommen? Was ist denn das für ein Schwächeeingeständnis? Warum bekommen wir das nicht selbst hin, wenn wir schon selbst bezahlen? Wir zahlen sowieso alles selbst und sollen zusätzlich eine Gebühr dafür zahlen, dass wir die ganzen Anstrengungen unternehmen?

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der LINKEN)

Stadien sanieren, ganz klar Infrastruktur verbessern - wir zahlen es sowieso selbst, also lassen Sie uns das auch selbst machen.

Dann zu dem Prozess: Ich habe mich gefreut über den Antrag der LINKEN, weil das in diesem Fall genau der richtige Moment ist. Bevor wir uns in eine solche Phase begeben - wann, wenn nicht dann? -, müssen wir doch die Bürger fragen: Wollen wir uns auf diesen Weg begeben, ja oder nein?

Natürlich kann die Verwaltung eine grobe Kostendarstellung bis September hinbekommen, und dann kann man fragen: Wollt ihr, dass wir uns auf den Weg begeben, oder wollt ihr es nicht? Das ist eine ganz normale Befragung, die man mit Ja oder Nein beantworten kann. Das kriegt man schon hin. Danach gehen wir die nächsten Schritte.

(Niklas Kienitz [CDU]: Wann?)

- Nach dieser Befragung am 13. September gehen wir die nächsten Schritte.

Wir respektieren das Interesse an der Olympiade. Das ist natürlich vollkommen klar. Das ist

jetzt unsere persönliche Meinung hier. Auch innerhalb unserer Gruppe sind wir uns nicht einig, wie das laufen soll. Aber es ist keine kommunistische Dialektik, man kann ganz klar gegen eine solche Olympiade sein, man kann aber die Bürger dazu befragen: Wollt ihr das haben, ja oder nein, und der Bürger bzw. die Einwohner entscheiden das dann.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen: Ein Jugendfest der Welt zur Völkerverständigung - sehr gern. Wir hatten das übrigens schon. Das wird Sie von den LINKEN jetzt vielleicht wundern. Das war der Weltjugendtag des Papstes. Ich persönlich würde viel lieber Papst Franziskus noch einmal nach Köln zum Weltjugendtag einladen; denn er hat zum Thema Völkerverständigung sicherlich wesentlich mehr und Fundierteres zu sagen als ein Thomas Bach. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren. Dann würde ich jetzt folgendermaßen abstimmen lassen: zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN und Frau Gerlach, dann über den Änderungsantrag von CDU, Grüne und FDP und dann über die Vorlage eventuell in der geänderten Fassung.

Ich rufe zunächst den Änderungsantrag der LINKEN und von Frau Gerlach auf. Wer wünscht, dem zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, Herr Wortmann, die AfD, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe dann den Änderungsantrag von CDU, Grüne und FDP auf. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die Fraktion DIE LINKE, Herr Wortmann, die AfD und die Ratsgruppe GUT. Enthaltungen? - Dann ist der Änderungsantrag so beschlossen.

Dann habe ich eben schon angekündigt, dass ich noch einmal die Vorlage in der so geänderten Fassung aufrufe. Gegenstimmen? - Wieder von der LINKEN, Herrn Wortmann, AfD, der Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Vorlage so beschlossen.

(Beifall bei der FDP)

III. Abstimmung über die Vorlage in geänderter Fassung Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln begrüßt und unterstützt die Initiative „Rhein Ruhr City 2032“, die die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2032 als Metropolverbund unter der Beteiligung der Stadt Köln sowie 13 anderen Städten in NRW anstrebt.

Köln erhält dadurch die historische Gelegenheit, an der größten Sportveranstaltung und dem größten Jugendfest der Welt zur Völkerverständigung als Gastgeber mitzuwirken. Rat und Stadt Köln verbinden damit die Botschaft: Köln ist als renommierter und hervorragend geeigneter Austragungsort für sportliche Großereignisse bei der Bewerbung für Olympischen und Paralympische Sommerspiele 2032 mit dabei.

Grundlage für eine erfolgreiche Bewerbung ist es, dass das Vorhaben von der Stadtgesellschaft mitgetragen wird. Deshalb hält es der Rat für erforderlich, dass ein geregelter Bürgerbeteiligungsprozess in der gesamten Region durchgeführt wird und hierdurch die Bürgerinnen und Bürger intensiv an der Gestaltung und Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2032 mitwirken können.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, sich strukturell auf die Unterstützung des Projektes vorzubereiten, um im Falle einer Olympiakandidatur durch den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) die kurzfristige Handlungsfähigkeit der Stadt Köln zu gewährleisten.

Er bittet die Verwaltung, über die Fortentwicklung des Projektes zu informieren und beim Land darauf hinzuwirken, dass entsprechende Beteiligungsformen von zentraler Stelle zu entwickeln sind.

Neben einer kontinuierlichen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wird die Stadt darauf hinwirken, dass vor einer finalen Entscheidung des DOSB für einen deutschen Bewerber ein geeigneter Bürgerentscheid in Köln gemeinsam mit der Region über die Bewerbung für die olympischen und paralympischen Spiele durchgeführt wird.

Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, vor einer Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger transparent darzustellen, welche Kosten auf die Stadt Köln, das Land NRW und den Bund zukommen werden. Dies beinhaltet nicht nur den möglichen Neu- und Umbau von Sportstätten und weiterer Infrastruktur, sondern auch die sonstigen Bewerbungskosten.

Bei einer möglichen Teilnahme der Stadt Köln bei den olympischen und paralympischen Spielen 2032 wird den Nachhaltigkeitskriterien der UN gefolgt, besonders im Fokus sollen hierbei die Ziele 11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden), 12 (Nachhaltige/r Konsum und Produktion) und 13 (Maßnahmen zum Klimaschutz) stehen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheilich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und AfD und der Gruppe GUT sowie RM Gerlach zugestimmt.

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gerlach

I. Abstimmung übe den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gerlach

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt anstatt des vorliegenden Textes, die folgenden Punkte:

1. *Über die Beteiligung Kölns an einer Bewerbung für die Olympischen Spiele 2032 werden die Einwohner der Stadt Köln mit der Kommunalwahl am 13. September 2020 befragt. Abstimmungsberechtigt sind alle Kölnerinnen und Kölner,*

   die das 16. Lebensjahr vollendet haben und die drei Monate in Köln leben. Die Befragung bei der Entscheidung zum Godorfer Hafen ist Modell auch dieser Befragung.

2. *Eine Entscheidung über eine Unterstützung und die Mitarbeit in entsprechenden Gremien des Landes NRW werden bis zu diesem Zeitpunkt zurückgestellt.*

3. *Die Verwaltung möge bitte zur Unterstützung der Diskussion u.a. folgende Materialien/Infos bereitstellen:*

   - *Grobe Übersicht der Kölner Großprojekte im Rahmen von Ausbauten, Neubauten und Sanierungen in den nächsten zwölf Jahren.*

   - *Übersicht von Sportstätten, die für eine Olympia-Bewerbung im gegenwärtigen Zustand überhaupt in Frage kämen.*

   Verwaltung und Sportstätten GmbH sollen auch darstellen, ob und welche Neubauten gegebenenfalls erforderlich sind.

   - *Bewertung der Verkehrssituation in Köln, wenn möglich auch in NRW oder der Region im Jahre 2032 mit den normalen, üblichen und bekannten Investitionen.*

   - *Ressourcenverbrauch, der durch eine Kölner Beteiligung entstünde, sowie die Umweltbelastungen.*

   - *Die Stadt Köln möge eine erste Kosten-Nutzen-Analyse, gemessen in Euro und CO2-Emissionen, vorlegen, gerne unter Berücksichtigung von prognostizierten Steuereinnahmen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und AfD und der Gruppe GUT sowie RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP

Beschluss:

Die Verwaltungsvorlage wird wie folgt ergänzt:

„Neben einer kontinuierlichen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wird die Stadt darauf hinwirken, dass vor einer finalen Entscheidung des DOSB für einen deutschen Bewerber ein geeigneter Bürgerentscheid in Köln gemeinsam mit der Region über die Bewerbung für die olympischen und paralympischen Spiele durchgeführt wird.

Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, vor einer Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger transparent darzustellen, welche Kosten auf die Stadt Köln, das Land NRW und den Bund zukommen werden. Dies beinhaltet nicht nur den möglichen Neu- und Umbau von Sportstätten und weiterer Infrastruktur, sondern auch die sonstigen Bewerbungskosten.

Bei einer möglichen Teilnahme der Stadt Köln bei den olympischen und paralympischen Spielen 2032 wird den Nachhaltigkeitskriterien der UN gefolgt, besonders im Fokus sollen hierbei die Ziele 11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden), 12 (Nachhaltige/r Konsum und Produktion) und 13 (Maßnahmen zum Klimaschutz) stehen.“

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und AfD und der Gruppe GUT und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.31 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung im Jahr 2020

0012/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Stadtbibliothek mit der Umsetzung der folgenden Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung:

- *Einrichtung eines Bib-Youtube-Studios „Köln zeigt sich“*
- *Netzausbau in der Stadtteilbibliothek Rodenkirchen*
- *Nutzung von digitalen mobilen Endgeräten in den Stadtteilbibliotheken im Rahmen der Kulturentwicklungsplanung im Jahr 2020.*

Im Haushalt 2020/2021 stehen Mittel für den Kulturentwicklungsplan zur Verfügung. Die drei Maßnahmen sollen mit insgesamt 70.000 € im Jahr 2020 aus diesem Budget finanziert werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.32 Vergabe der Mietzuschüsse in der Sparte Bildende Kunst, Haushaltsjahre 2020 - 2024

4381/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse so abstimmen wie Finanzausschuss und KuK. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Ausschuss Kunst und Kultur vom 28.01.2020 (Anlage 1) und des Finanzausschusses vom 03.02.2020 (Anlage 2):

Der Rat beschließt – vorbehaltlich der Genehmigung der Haushaltssatzung 2020/2021

–

im Teilplan 0416- Kulturförderung in der Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen für das Haushaltsjahr 2020/2021 im Bereich der Bildenden Kunst nachfolgende Mietzuschüsse zu gewährleisten:

Zuschuss Herrn Fabian Bohnmann (Malerei, Bildhauerei) 1.800 Euro

Zuschuss Herrn Philipp Böll (Bildende Kunst, Fotografie) 1.800 Euro

Zuschuss Frau Lea Letzel (Performance, Installation) 1.620 Euro

Zuschuss Herrn Benjamin Ramirez Perez (Medienkunst) 1.620 Euro

Der Rat beabsichtigt, sofern die Haushaltslage dies erlaubt, die jährliche Zuschusshöhe bis zum Jahr 2024 beizubehalten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die Ergänzung des Bebauungsplan-Entwurfs 73480/06;

Arbeitstitel: Kochwiesenstraße in Köln-Holweide

4057/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf 73480/06 für das Gebiet im Blockinnenbereich zwischen Kochwiesenstraße im Osten, Burgwiesenstraße im Süden, Ferdinand-Stücker-Straße im Westen und Schweinheimer Straße im Norden in Köln-Holweide —Arbeitstitel: Kochwiesenstraße in Köln-Holweide— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 4;*

2. den Bebauungsplan-Entwurf 73480/06 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ergänzen;

3. den Bebauungsplan 73480/06 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB im ergänzenden Verfahren nach § 214 Absatz 4 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1 722) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 73370/04 Arbeitstitel: Nördlich Wielermaar in Köln-Porz-Zündorf, 1. Änderung

4214/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der LINKEN so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zur vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes 73370/04 eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlage 9;

2. die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 73370/04 für das Gebiet im Süden angrenzend an den festgesetzten Fußweg des Bebauungsplanes mit der Nr. 73369/02 und verläuft circa 35 m parallel dazu von der Schmittgasse Nr. 96 und 98 im Westen bis zur festgesetzten öffentlichen Grünfläche im Osten. Der Geltungsbereich der 1. Änderung in der Gemarkung (4991) Oberzündorf in der Flur 2 umfasst folgende Flurstücke: 836; 834 teilweise; 865 teilweise; 866; 867; 873; 874; 884 teilweise; 886; 888; 896; 905 teilweise; 906; 907; 908; 922 teilweise; 927; 928; 983; 984; 985; 986. –Arbeitstitel: Nördlich Wielermaar in Köln-Porz-Zündorf, 1. Änderung – nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit

§ 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) –jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung– als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.4 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 59575/01

Arbeitstitel: Sinnersdorfer Straße 88-90 in Köln-Roggendorf/Thenhoven

4347/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der LINKEN so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 59575/01 für das Gebiet der Grundstücke Sinnersdorfer Straße 90 (Flurstück76/31 und Sinnersdorfer Straße 88 (Flurstück 311) sowie zusätzlich einen 0,50 m breiten Streifen zwischen dem Geltungsbereich des Baueietes "Straberger Weg" und dem Flurstück 76/31. —Arbeitstitel: Sinnersdorfer Straße 88-90 in Köln-Röggendorf/Thenhoven — abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 4;

2. den Bebauungsplan 59575/01 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1 722) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei einer Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Tagesordnungspunkt

16.1 273. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

4246/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Von der AfD und Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 273. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach

§ 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu den Wahlen.

17 Wahlen

Tagesordnungspunkt

17.1 Sparkasse KölnBonn: Weisung an die in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse Köln durch den Rat der Stadt Köln entsandten Vertreter für Abstimmungen in der Zweckversammlung

hier: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verwaltungsrates aus dem Wahlvorschlag der Personalversammlung (Bediensteten)

0138/2020

Ich schlage Herrn Andreas Brünjes - er ist Nummer 11 der Liste - vor. Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich ihn zur Wahl. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat weist sämtliche von ihm in die Zweckverbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn entsandten Mitglieder an, in der Zweckverbandsversammlung wie folgt zu votieren:

Wahlvorschlag für ein stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrates aus dem Wahlvorschlag der Personalversammlung (Bediensteten) Herrn Andreas Brünjes (Nr.11) als Verhinderungsvertreter/in für Herrn Rolf Brief .

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.2 Neuwahl beratender Mitglieder für den Jugendhilfeausschuss

4358/2019

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat wählt als Nachfolgerin von Frau Ruth Differdange (beratendes Mitglied des Katholischen Familienbildung Köln e.V.)

Frau Susanne Ardalan (Katholische Familienbildung Köln e.V.)

gemäß § 4 III lit. i der Satzung des Jugendamtes i.V.m. § 5 III 1.AG-KJHG als beratendes Mitglied für die Katholische Familienbildung Köln e.V. in den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Frau Ruth Differdange gibt damit ihren Sitz im Jugendhilfeausschuss auf.

2. Der Rat wählt als Nachfolger von Frau Dr. Anne Bunte (beratendes Pflichtmitglied gem. § 4 III f JA-Satzung des Gesundheitsamtes Köln)

Herrn Dr. Johannes Nießen (Gesundheitsamt Köln)

gemäß § 4 III f JA-Satzung als beratendes Pflichtmitglied für das Gesundheitsamt Köln in den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Frau Dr. Anne Bunte gibt damit ihren Sitz im Jugendhilfeausschuss auf.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.3 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss

4460/2020

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt in den Jugendhilfeausschuss:

Frau Simone Salz (Bundesagentur für Arbeit)

gemäß § 5 I Nr.4 1.AG-KJHG und § 4 III d der Satzung des Jugendamtes als beratendes Pflichtmitglied für die Bundesagentur für Arbeit.

Frau Simone Salz ersetzt Frau Patrizia Schiochet in ihrer Funktion als beratendes Pflichtmitglied.

Die Vertretung von Frau Simone Salz übernimmt weiterhin Frau Simone Thölke.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.4 Neubenennung eines stellv. Mitglieds des Ausschusses Soziales und Senioren

0305/2020

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt Frau Alina Schiller, Leiterin der Sozialabteilung der Synagogen-Gemeinde Köln, als stellvertrete Sachkundige Einwohnerin nach § 58 IV GO NRW in den Ausschuss Soziales und Senioren.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend

„Besetzung von Ausschüssen“ AN/0218/2020

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Gremienbesetzungen:

1. Stadtentwicklungsausschuss

Wahl von Frau Dr. Regina Börschel zur sachkundigen Einwohnerin (Sitz bisher vakant).

2. Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales

Wahl von Frau Lisa Steinmann zur sachkundigen Einwohnerin (Sitz bisher vakant).

3. Ausschuss für Umwelt und Grün/Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

Wahl von Herrn Martin Osorio Pulido zum sachkundigen Einwohner anstelle von Herrn Matthias Pergande

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dringlichkeitsentscheidungen haben wir nicht zu genehmigen.

Ich schließe damit den öffentlichen Teil und bitte darum, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 21.01 Uhr)

57. Sitzung vom 22. März 2020 (ausgefallen)

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Verleihung der Ehrenbürgerwürde und feierliche Überreichung der Ehrenbürgerurkunde an Frau Hedwig Neven DuMont

58. Sitzung vom 26. März 2020

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, der Gruppe GUT und von RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Aktuelle Stunde zur Kölner Situation der Übertragung von SARS-CoV-2"

AN/0437/2020

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme einer Schenkung der Bethe-Stiftung 0973/2020

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und FDP betreffend "Konzept für die Höhenentwicklung zukünftiger Bauvorhaben für den Bereich der „Inneren Stadt“"

AN/0384/2020

zur Entscheidung verwiesen in den Hautpausschuss

3.1.2 Antrag der Gruppe GUT betreffend "Kommunalwahl NRW verschieben

– Appell an Landesregierung"

AN/0423/2020

zur Entscheidung verwiesen in den Hautpausschuss

3.1.3 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe GUT betreffend "Umgang mit rechtsextremen Parteien im Kölner Rat"

AN/0223/2020

zur Entscheidung verwiesen in den Hautpausschuss

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

AN/0431/2020

zur Entscheidung verwiesen in den Hautpausschuss

3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Kitas kostenfrei - Echte Bildungsgerechtigkeit schaffen!"

AN/0363/2020

zur Entscheidung verwiesen in den Hautpausschuss

3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Ferienwohnungen regulieren – Anzeige- und Registrierungspflicht einführen – Verstöße sanktionierbar machen!"

AN/0421/2020

zur Entscheidung verwiesen in den Hautpausschuss

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Gewalt gegen Mitarbeiter der Stadt, Krankenstand und Präventionsmaßnahmen"

AN/0200/2020

Antwort der Verwaltung vom 23.03.2020

0388/2020

4.2 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Geflüchtete aus griechischen Auffanglagern aufnehmen!"

AN/0357/2020

Antwort der Verwaltung vom 25.03.2020

0867/2020

4.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Kölner Wohnraumnot: Wohnungslose Menschen dürfen nicht länger im Regen stehen"

AN/0392/2020

Antwort der Verwaltung vom 25.03.2020

0912/2020

4.4 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Corona-Pandemie erschwert Kommunalwahl-Vorbereitungen"

AN/0424/2020

Antwort der Verwaltung vom 26.03.2020

0914/2020

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Satzung über das besondere Vorkaufsrecht für das Gebiet 'Otto und Langen-Quartier' in Köln-Mülheim nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch

0095/2020

6.1.2 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Satzungsänderung

0512/2020

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Elternbeitragssatzung für die Kindertagesbetreuung ab 01.08.2020

0558/2020

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0430/2020

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0440/2020

6.2.2 Entgelt- und Honorarordnung für den Museumsdienst Köln

4454/2019

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Änderung der Anlage 4 (Förderungshöhe) der Richtlinie für die Anerkennung und Förderung der Interkulturellen Zentren

0237/2020

6.4.2 Geschäftsanweisung für das Finanzwesen der Stadt Köln

0638/2020

6.4.3 Ergänzung der Richtlinie der Stadt Köln zur Förderung nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW aus 2012, zuletzt geändert durch Beschluss 1027/2019 vom 26.09.2019

0354/2020

6.4.4 Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln

2476/2019

zurückgestellt

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen,-auszahlungen und -verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2019 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung

2019244/2020

7.1.2 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2020 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung

2020/210245/2020

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Neugestaltung des Spiel- und Bolzplatzes Eythstraße in Köln-Kalk hier: Kostenerhöhung

0632/2020

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Überplanmäßiger Aufwand

0489/2020

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Erweiterter Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss zur Bahnsteiganhebung der Stadtbahnhaltestelle Barbarossaplatz

hier: Herstellung der Barrierefreiheit für die Stadtbahnlinien 16 und 18

0330/2019

10.2 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o. Nr., 50765 Köln-Blumenberg, Gemarkung Worringen, Flur 50, Flurstück 1872 tlw.

0413/2019

zurückgestellt

10.3 GAG Immobilien AG: Satzungsänderung

GAG Servicegesellschaft mbH: Änderung Gesellschaftsvertrag

0533/2020

zurückgestellt

10.4 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln

2530/2019

10.5 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Waldstraße 115, 51145 Köln-Porz, Gemarkung Urbach, Flur 5, Flurstück 812

2665/2019

zurückgestellt

10.6 Wirtschaftsplan 2020 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln

3952/2019

10.7 Verlängerung des Inneren Grüngürtels im Zuge des Projekts Parkstadt-Süd; hier: Vergabe- und Baubeschluss für die Niederlegung der städtischen Aufbauten auf dem Gelände: Bonner Straße 126, ehemaliger Güterbahnhof Bonntor - Aurelis-Gelände -

3795/2019

10.8 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2020

0241/2020

10.9 Ersatzansprüche der Häfen und Güterverkehr Köln AG - Ausbaustopp Godorfer Hafen

0052/2020

10.10 Teilnahme an der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ hier: Umsetzung der Förderbausteine 1 – 4

0442/2020

10.11 Einrichtung von Fachräumen als Automatisierungslabor im Berufskolleg 17, Eitorfer Str. 18-20, 50679 Köln (Deutz) – Förderprogramm des Landes NRW 'Digitalpakt Schule' – außerplanmäßige Auszahlungen im Teilfinanzplan 0301 Schulträgeraufgaben im Haushaltsjahr 2020 mit dazugehöriger Freigabe

2687/2019

10.12 Gründung der Film Festival Cologne GmbH

3089/2019

10.13 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung: "Erhöhung des Förderetats für interkulturelle Projekte" sowie "Etatisierung eines Förderbudgets für freie inklusive Kulturarbeit"

0429/2020

10.14 Anpassung der Ermäßigungsregelung für Konzerte des Gürzenich-Orchesters ab der Spielzeit 2020/21

0561/2020

10.15 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Anmietung neuer Räume für die Kunst- und Museumsbibliothek

0727/2020

10.16 Drogenhilfekonzept 2020 der Stadt Köln 3804/2019

10.17 Überörtliche Prüfung der Stadt Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

0692/2020

zurückgestellt

10.18 Ächtung des N*Wortes

0743/2020

zurückgestellt

10.19 Baubeschluss für die Generalinstandsetzung des Deutzer Ringes zwischen östlichem Zubringer und der Severinsbrücke in beiden Fahrtrichtungen (Bauabschnitt 2 und 3) sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen - hier: Finanzstelle 6601-1201-0-6605, Generalinstandsetzung von Straßen

0064/2020

10.20 Besondere Regelung zur "Straßenmusik im Domumfeld"

0228/2020

zurückgestellt

10.21 Erweiterter Planungs- und Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Aufzugsnachrüstung der Stadtbahnhaltestelle Friesenplatz inklusive

erforderlicher technischer Ausrüstung

1260/2019

10.22 Ergänzung des Stadtbahnvertrages vom 03.09./09.09.1991 zur Übertragung der Federführung für die Maßnahme „Kapazitätserweiterung durch Verlängerung der Bahnsteige der Haltestellen der Stadtbahnlinie 1" sowie Beschluss über die Erstellung der Planung für die rechtsrheinischen Haltestellen und die Haltestelle Rheinenergie-Stadion der Stadtbahnlinie 1 bis Leistungsphase 4 HOAI durch die Kölner Verkehrs-Betriebe AG

2399/2019

10.23 Erweiterung der Nord- und Südseite der Hohenzollernbrücke; Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss

2805/2019

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0438/2020

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT

AN/0432/2020

10.24 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Trankgasse Bauabschnitt 2 des Gesamtkonzeptes zur städtebaulichen Verbesserung der Domumgebung;

Hier: Baubeschluss und ergänzende Planungsbeschlüsse

3186/2019

10.25 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB): Gewässerentwicklungskonzept Köln 2020 bis 2026 (GEK 2020) - Erste Fortschreibung

3406/2019

zurückgestellt

10.26 Kommunales Vorkaufsrecht

Erfahrungsbericht und Evaluation

3388/2019

10.27 Bau eines zusätzlichen Busbetriebshofs Köln Ost der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) in Porz

3956/2019

zurückgestellt

10.28 Rondorf Nord-West, Entflechtungsstraße Variantenentscheidung

4122/2019

10.29 Grün hoch 3

4316/2019

10.30 Beschluss über die Zustimmung zum Abschluss des städtebaulichen Vertrags zum städtebaulichen Planungskonzept „Laurenz-Carré" in Köln-Altstadt/Nord 0111/2020

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0439/2020

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 66380/03 Arbeitstitel: Husarenstraße in Köln-Rondorf

0186/2020

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 74440/02 Arbeitstitel: Rather See in Köln – Rath / Heumar

4161/2019

zurückgestellt

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 28.02.2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

0035/2020

16.2 Achtzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages

0208/2020

17 Wahlen

17.1 GbR Historische Mitte: Entsendung von Mitgliedern in den Lenkungskreis

0414/2020

17.2 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln

0553/2020

17.3 Wahl der Vertreter des Rates in der Jurysitzung des Umweltschutzpreises der Stadt Köln

0415/2020

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Satzung über eine zweite Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Nord

Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord

0309/2020

18.2 Erstattung von Elternbeiträgen und Essensgeld wegen Corona-bedingter Schließung von Kindertagesbetreuungen

0893/2020

19 Entscheidungen in Angelegenheiten der Fachausschüsse zur Vermeidung von Dringlichkeitsentscheidungen – Rückholrecht des Rates gemäß § 6 Zuständigkeitsordnung

19.1 Bedarfsfeststellung über die Ersatz-/Neubeschaffung von Veranstaltungsmobiliar für das Historische Rathaus

0621/2020

Anwesend waren:

Vorsitzende

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder

Bartsch, Hans-Werner, Bürgermeister; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva, Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frenzel, Michael; Gerlach, Lisa Hanna; Götz, Stefan; Hammer, Lino; Hegenbarth, Thomas; Hoyer, Katja; Joisten, Christian; Kara, Efkan; Kaske, Sven; Kienitz, Niklas; Killersrei- ter, Birgitt, Prof. Dr.; Kircher, Jürgen; Kockerbeck, Heiner; Krupp, Gerrit, Dr.; Michel, Dirk; Nesseler-Komp, Birgitta; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Roß-Belkner, Monika; Schlömer, Ursula; Scho-Antwerpes, Elfi, Bürgermeisterin; Schoser, Martin, Dr.; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Sterck, Ralph; Struwe, Rafael Christof; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf, Dr.; van Geffen, Jörg; Weisenstein, Michael; Wiener, Markus; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeister

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung

Keller, Stephan, Stadtdirektor Dr.; Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Vogel, Alexander;

Schriftführerin

Mahmod, Midia;

Stenografen

Klemann;

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Akbayir, Hamide; Benthem van, Henk, Bezirksbürgermeister; Brust, Gerhard; Detjen, Jörg; Elster, Ralph, Dr.; Frebel, Polina; Gärtner, Ursula; Geraedts, Wilhelm; Görzel, Volker; Gräfin von Wengersky, Alexandra; Gutzeit, Walter, Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hauser, Frank; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Ma- rion; Karaman, Malik; Kessing, Ulrike; Klein, Heinz; Kron, Peter; Laufenberg, Sylvia; Möller, Monika; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Richter, Manfred; Schäfer, Klaus, Prof.; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scholz, Tobias; Schultes, Monika; Schwab, Luisa; Stahlhofen, Gisela; Strahl, Jürgen, Dr.; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tritschler, Sven; Walter, Karl-Heinz; Welcker, Katharina; Welter, Thomas; Wolter, Judith; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat;

Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister

Homann, Mike, Bezirksbürgermeister; Blömer-Frerker, Helga, Bezirksbürgermeisterin; Wirges, Josef, Bezirksbürgermeister; Schößler, Bernd, Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung

Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete; Blome, Andrea, Beigeordnete; Haaks, Stefanie; Steinkamp, Dieter, Dr.; Mötting, Bettina; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter

(Beginn: 15.39 Uhr - Ende: 17.07 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 58. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste im Zuschauerbereich, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse und natürlich Sie, alle Mitglieder des Rates, die heute hier sind.

Wir tagen ja an einem für den Rat ungewöhnlichen Ort in stark verkleinerter Besetzung und auch mit einer gekürzten Tagesordnung. Das tun wir, um auch in dieser außerordentlichen Situation sicherzustellen, dass hier in Köln die notwendigen Entscheidungen in rechtssicherer Form getroffen werden können.

(Beifall)

Bei der Mannschaft des Gürzenichs bedanke ich mich dafür, dass das hier so kurzfristig möglich war. Das ist ja auch keine Selbstverständlichkeit.

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass in Abstimmung mit dem Gesundheitsamt diejenigen von Ihnen, die Erkältungssymptome haben, vielleicht auch aufgrund von Heuschnupfen, gebeten werden, die von den Bühnen zur Verfügung gestellten und vor der Tür erhältlichen Stoffmasken zu tragen - auch, damit Sie die anderen bei Niesanfällen nicht verunsichern. Diese Masken sind waschbar und wiederverwendbar. Sie sind sozusagen ein Give-away, das Sie dann als Erinnerung an den heutigen Sitzungsnachmittag mitnehmen können.

Auch wenn Peter Kron heute nicht anwesend ist, möchte ich ihm aus der Ferne ganz herzlich zum Geburtstag gratulieren. Lieber Peter, herzlichen Glückwunsch von uns allen!

(Beifall)

Damit wir hier so tagen können, dass die Mindestabstände eingehalten werden, verzichten wir heute schweren Herzens auf folgende Ratsmitglieder, die nicht im Sitzungssaal anwesend sein können: Frau Akbayir, Herrn Brust, Herrn Detjen, Herrn Dr. Elster, Frau Frebel, Frau Gärtner, Herrn Geraedts, Herrn Görzel, Herrn Dr. Gutzeit, Frau Halberstadt-Kausch, Herrn Hauser, Herrn Dr. Heinen, Frau Heithorst, Frau Henk-Hollstein, Frau Heuser, Herrn Karaman, Frau Kessing, Herrn Klein, Herrn Kron, Frau Laufenberg, Frau Möller, Herrn Noack, Frau Oedingen, Herrn Richter, Herrn Professor Schäfer, Herrn Dr. Schlieben, Frau Schmerbach, Herrn Schneider, Herrn Scholz, Frau Schultes, Frau Schwab, Frau Stahlhofen, Herrn Dr. Strahl, Frau Thelen, Herrn Thelen, Herrn Tritschler, Herrn van Benthem, Herrn Walter, Frau Welcker, Herrn Welter, Frau von Wengersky, Frau Wolter, Herrn Wortmann und Herrn Yurtsever.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Götz, Frau Professor Dr. Killersreiter und Herrn Ciesla-Baier.

Wir müssen wie immer, bevor wir mit den Beratungen beginnen, die heutige Tagesordnung festlegen. Im Entwurf sind die nachträglichen Zu- und Absetzungen gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, LINKE und FDP, die Ratsgruppe GUT, Frau Gerlach und Herr Wortmann haben gestern fristgemäß einen Antrag auf aktuelle Stunde zum Thema „Kölner Situation der Übertragung von SARS-CoV-2“ eingereicht, den wir als TOP 1.1 behandeln sollten.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil TOP 2.1 - eine Schenkung -, TOP 7.1.1, TOP 7.1.2, TOP 10.30,

TOP 18.2 und TOP 19.1 sowie im nichtöffentlichen Teil TOP 24.6, TOP 24.7, TOP 27.1,

TOP 27.2, TOP 27.3 und TOP 27.4.

Abgesetzt wurden folgende Tagesordnungspunkte: TOP 6.4.4, TOP 10.3, TOP 10.17, TOP

10.18, TOP 10.20, TOP 10.25, TOP 10.27, TOP

12.2, TOP 23.4, TOP 23.6, TOP 24.5 und TOP

25.1.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich schlage außerdem vor, dass wir die zu dieser Sitzung gestellten Anträge unter TOP 3.1.1 bis TOP 3.1.5 zur Behandlung und Entscheidung in den Hauptausschuss verweisen.

Dringlichkeitsanträge liegen heute nicht vor, meine Damen und Herren.

Dann komme ich zur Reihenfolge der Tagesordnung. - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wie wir gerade schon in der Geschäftsführungsrunde gesagt hatten, haben wir bei TOP 23.2 noch Beratungsbedarf. Ich hatte das auch noch gemeldet. Wir würden das gerne im Zweifel mit einer Dringlichkeitsentscheidung machen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. Dann wird TOP 23.2 noch abgesetzt.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich melde für die CDU-Fraktion Beratungsbedarf bei den Tagesordnungspunkten 10.2 und 10.5 an, biete aber an, diese Entscheidungen im Wege von Dringlichkeitsentscheidungen herbeizuführen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Das ist aufgenommen.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist, soweit ich jetzt bis da hinten sehen kann, nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, bei dieser besonderen Sitzung ist heute von uns allen auch besondere Disziplin gefragt, damit wir die Punkte zügig behandeln können. Ich schlage daher vor, die Redezeiten für die aktuelle Stunde abweichend von den sonst üblichen fünf Minuten auf drei Minuten festzusetzen.

Außerdem ist mir mitgeteilt worden, dass Sie auf Redebeiträge zu den Vorlagen heute verzichten werden und diese stattdessen zu Protokoll geben. Ich möchte mich dafür ganz ausdrücklich bedanken, weil uns auch diese Disziplin heute ermöglicht, die Sitzung durchzuführen.

Ich frage abschließend noch einmal, ob es Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt. - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste im Zuschauerbereich, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, den anwesenden Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder. Der Rat tagt heute aufgrund der aktuellen Situation (Infektionsschutz/Corona) in verkleinerter Besetzung und mit gekürzter Tagesordnung.

I. Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzählerin und Stimmzähler RM Götz, RM Prof. Dr. Killersreiter und RM Ciesla-Baier vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Damit die Mindestabstände eingehalten werden können, verzichten heute folgende Ratsmitglieder auf die Anwesenheit im Sitzungssaal:

Frau Akbayir, Herr Brust, Herr Detjen, Herr Dr. Elster, Frau Frebel, Frau Gärtner, Herr Geraedts, Herr Görzel, Herr Gutzeit, Frau Halberstadt-Kausch, Herr Hauser, Herr Dr. Heinen, Frau Heithorst, Frau Heuser, Frau Henk-Hollstein, Herr Karaman, Frau Kessing, Herr Klein, Herr Kron, Frau Laufenberg, Frau Möller, Herr Noack, Frau Oedingen, Herr Richter, Herr Prof. Schäfer, Herr Dr. Schlieben, Frau Schmerbach, Herr Schneider, Herr Scholz, Frau Schultes, Frau Stahlhofen, Herr Dr. Strahl, Frau Schwab, Frau Thelen, Herr Thelen, Herr Tritschler, Herr van Benthem, Frau von Wengersky, Herr Walter, Frau Welcker, Herr Welter, Frau Wolter, Herr Wortmann und Herr Yurtsever.

III. Es liegt ein Antrag zur Durchführung einer Aktuellen Stunde vor:

TOP 1.1

Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, der Gruppe GUT und von RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Aktuelle Stunde zur Kölner Situation der Übertragung von SARS-CoV-2"

AN/0437/2020

IV. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

2.1 Annahme einer Schenkung der Bethe-Stiftung 0973/2020

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und - verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2019 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2019 0244/2020

7.1.2 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und - verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2020 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21 0245/2020

10.30 Beschluss über die Zustimmung zum Abschluss des städtebaulichen Vertrags zum städtebaulichen Planungskonzept „Laurenz-Carré" in Köln-Altstadt/Nord

0111/2020

18.2 Erstattung von Elternbeiträgen und Essensgeld wegen Corona-bedingter Schließung von Kindertagesbetreuungen

0893/2020

19.1 Bedarfsfeststellung über die Ersatz-/Neubeschaffung von Veranstaltungsmobiliar für das Historische Rathaus 0621/2020

II. Nichtöffentlicher Teil

24.6 Mehrkosten bei den Baukosten und Baunebenkosten für die Errichtung des Besichtigungsbauwerks (BesBG)

0436/2020

24.7 RheinEnergie AG 0950/2020

27.1 Bedarfsfeststellung zur Neubeschaffung von Software für Aufrufanlagen in den Bürgerservicebereichen und zur Online-Terminvereinbarung

0226/2020

27.2 Bedarfsfeststellung für den Abruf von SAP-Beratungsleistungen für die Implementierung der Software zur Verwaltung und Überwachung von Benutzern, Benutzerrechten und Rollen

0229/2020

27.3 Bedarfsfeststellung für externe Beraterleistungen zur Entwicklung einer Arbeitgebermarke der Arbeitgeberin Stadt Köln

0438/2020

27.4 Bedarfsfeststellung für externe Beratungsleitungen zur Organisationsuntersuchung der Schulhausmeisterdienste durch die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement

0499/2020

Absetzungen:

I. Öffentlicher Teil

6.4.4 Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln

2476/2019

10.3 GAG Immobilien AG: Satzungsänderung

GAG Servicegesellschaft mbH: Änderung Gesellschaftsvertrag

533/2020

10.17 Überörtliche Prüfung der Stadt Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

0692/2020

*10.18 Ächtung des N*Wortes*

0743/2020

10.20 Besondere Regelung zur "Straßenmusik im Domumfeld"

0228/2020

10.25 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB): Gewässerentwicklungskonzept Köln 2020 bis 2026 (GEK 2020) - Erste Fortschreibung

3406/2019

10.27 Bau eines zusätzlichen Busbetriebshofs Köln Ost der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) in Porz

3956/2019

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 74440/02

Arbeitstitel: Rather See in Köln – Rath / Heumar

4161/2019

II. Nichtöffentlicher Teil

23.4 Verkauf eines städtischen Grundstücks an der Nachtigallenstr. in Köln-Wahn

3338/2019

23.6 Verkauf von städtischen Grundstücken neben Bonner Str. 536 - 540 in Köln-Marienburg

4477/2020

24.5 Verlängerung von Mietverträgen mit der Vodafone GmbH zum Betrieb von Mobilfunkanlagen

3103/2019

25.1 Bestellung einer Prüferin und eines Prüfers des Rechnungsprüfungsamtes

0619/2020

V. Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt vor, die zu dieser Sitzung gestellten Anträge TOP 3.1.1 bis 3.1.5 zur Behandlung und Entscheidung in den Hauptausschuss zu verweisen.

VI. RM Hammer meldet Beratungsbedarf zu folgendem Tagesordnungspunkt an:

TOP 23.2 n.ö.T.

Verkauf eines städtischen Grundstücks Oberer Bruchweg in Köln-Brück

4239/2019

Herr Kienitz meldet Beratungsbedarf zu folgenden Tagesordnungspunkten an:

TOP 10.2

Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o. Nr., 50765 Köln-Blumenberg, Gemarkung Worringen, Flur 50, Flurstück 1872 tlw.

0413/2019

TOP 10.5

Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Waldstraße 115, 51145 Köln-Porz, Gemarkung Urbach, Flur 5, Flurstück 812

2665/2019

Gegebenenfalls werden diese zurückgestellten Angelegenheiten im Rahmen von Dringlichkeitsentscheidungen entschieden.

VII. Frau Oberbürgermeisterin schlägt aufgrund der besonderen Situation vor, die Redezeiten für die aktuelle Stunde abweichend von den sonst üblichen fünf Minuten auf drei Minuten festzusetzen.

Vor der Sitzung ist außerdem mitgeteilt worden, dass die Ratsmitglieder auf Redebeiträge zu den Vorlagen verzichten werden bzw. diese stattdessen zu Protokoll geben. Frau Oberbürgermeisterin Reker bedankt sich ausdrücklich dafür.

Der Rat stimmt den Verfahrensvorschlägen und der so geänderten Tagesordnung zu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich beginne mit der aktuellen Stunde:

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, der Gruppe GUT und von RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Aktuelle Stunde zur Kölner Situation der Übertragung von SARS-CoV-2“ AN/0437/2020

Lassen Sie mich zuvor einige Sätze zu der Situation sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, seit Tagen bestimmen Zahlen unser Leben: Wie viele Infizierte gibt es? Es geht um positiv Getestete, Menschen in häuslicher Quarantäne, Menschen in stationärer Quarantäne, Menschen auf Intensivstationen. Leider gehören auch Sterbefälle dazu. Letztere machen mich - wahrscheinlich uns alle - besonders betroffen, und zwar jeder einzelne von ihnen.

Wir alle durchleben eine Zeit, die wir uns vor wenigen Wochen, vielleicht sogar vor wenigen Tagen so noch nicht hätten vorstellen können. Das muntere Treiben, das Leben, das sonst gerade unsere Stadt so erfüllt und für das wir weltweit bekannt sind, ist leeren Straßen, geschlossenen Restaurants und nicht geöffneten Geschäften gewichen. Wo früher Leben war, herrscht heute Kontaktsperre.

Die Kölner, die sich sonst durch eine - ich sage das immer mit einem gewissen Augenzwinkern - positive Distanzlosigkeit auszeichnen, müssen etwas lernen, was sich für sie ganz fremd anfühlt. Es ist eine besondere Form der Distanz. Es ist Verzicht, um zu helfen und Leben zu retten. Wir müssen einander aus Liebe und Mitmenschlichkeit aus dem Weg gehen.

Diese Situation verlangt uns allen viel ab - unserer Kulturszene, den Unternehmen, den Hotels, den Restaurants und Gastronomiebetrieben, den zahlreichen Institutionen und Vereinen; ich kann sie gar nicht alle aufzählen. Sie werden teilweise mit einer existenziellen Herausforderung konfrontiert. Wir alle müssen gemeinsam aufpassen, dass aus der Herausforderung keine Überforderung wird.

Wir steuern als Stadt Köln dagegen und unterstützen in allen Bereichen. Wir senden ein Signal der Unterstützung und Verlässlichkeit aus. Auch hier kann ich nur einige Beispiele nennen.

Projekte, die bereits bewilligt wurden, werden wie geplant ausgezahlt.

Wir ziehen die Auszahlung von institutionellen Fördergeldern vor, egal ob es sich um Förderungen für den sozialen, den Jugend-, den Kultur- oder den Sportbereich handelt.

Für die freie Kultur richten wir als städtisches Soforthilfeprogramm einen Notfallfonds in Höhe von 3 Millionen Euro ein.

Zusätzlich entwickelt die KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH aktuell eine Nothilfe für die ebenfalls existenziell betroffene Klubkultur in unserer Stadt. Diese ist ein wichtiger Standortfaktor und muss erhalten bleiben.

Mir ist Folgendes wichtig, meine Damen und Herren: Hinter allen diesen Einrichtungen stecken ja Einzelschicksale - Existenzen, die mehr sind als Zahlen. Es betrifft Familien und alleinlebende Menschen - sei es eine Hochzeit, die geplant ist und an der außer den Brautleuten nur die Trauzeugen teilnehmen können, seien es Beerdigungen im engsten Familienkreis. Vieles, was das Leben unserer Mitmenschen strukturiert, kann nicht stattfinden. Das gilt für uns genauso.

Die Kölnerinnen und Kölner sind dadurch, dass sie in Quarantäne sind, in ihrer Freiheit eingeschränkt. Ich möchte mich bei allen denjenigen bedanken, die das akzeptieren und verantwortungsvoll handeln. Sie leisten einen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung der weiteren Ausbreitung des Virus.

Mein besonders herzlicher Dank gilt aber genauso wie mein Respekt allen denjenigen, die seit Wochen Tag und Nacht arbeiten, um diese Pandemie in den Griff zu bekommen. Im Namen der Stadt Köln danke ich den zahlreichen Pflegerinnen und Pflegern, den Ärztinnen und Ärzten, den Kliniken der Stadt Köln, der Uniklinik, allen Krankenhäusern in unserer Stadt, allen Pflegeeinrichtungen, den Laboren, die die Tests abarbeiten, aber auch den Menschen im Supermarkt, die im wahrsten Sinne des Wortes dafür sorgen, dass wir überleben, indem wir Lebensmittel haben, und allen anderen, die unseren eingeschränkten Alltag aufrechterhalten und uns damit überhaupt noch einen Rest von Normalität ermöglichen.

(Beifall)

Ein besonders herzlicher Dank geht auch an alle unsere Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen, die besonders gefordert sind. Ich hebe jetzt einfach beispielhaft das Gesundheitsamt heraus, das mittlerweile mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern rund um die Uhr im Einsatz ist, um Köln durch diese schwere Krise zu führen. Es gibt ganz viele Stellen, an denen aktuell großartige Arbeit geleistet wird. Auch ein solches Programm, wie wir es hier entwickelt haben, kann man nicht zwischen Suppe und Salat aufstellen; dazu gehören profunde Kenntnis und Einsatzbereitschaft.

Ich muss einfach nur sagen: Ich bin unglaublich stolz auf die Stadt und auf unsere Verwaltung. Wenn man feststellt, dass in einer solchen Situation alle an einem Strang ziehen und für Köln da sind, ist das auch ein unglaublich gutes Gefühl. Solche Kolleginnen und Kollegen zu haben, macht mich stolz. Mir wird richtig warm dabei, wenn ich das mitbekomme, was da geschieht.

Ich danke natürlich auch dem Krisenstab unter der Leitung unseres Stadtdirektors. - Herr Dr. Keller, wenn Sie uns noch kurz über die aktuelle Lage informieren würden, wäre ich Ihnen dankbar.

(Beifall)

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin ja auch im Vorfeld gebeten worden, einen kurzen Überblick über die Arbeit des Krisenstabes in den letzten Wochen zu geben, verknüpft mit einem aktuellen Lagebild.

Es fällt natürlich ein bisschen schwer, die Arbeit des Krisenstabes kurz zusammenfassen, weil es wirklich eine sehr breit angelegte Arbeit ist mit einer Fülle von Maßnahmen, die wir in den letzten zwei bis drei Wochen getroffen haben.

Wir haben insgesamt - nur damit Sie diese Zahl einmal gehört haben - 60 Arbeitsaufträge mit zum Teil mehreren Unteraufträgen und Unterpunkten formuliert und abgearbeitet.

Das ist eine sehr intensive Arbeit, an der neben den Mitgliedern des Stabes eine Vielzahl von Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern und auch Menschen außerhalb der Stadtverwaltung mitgewirkt haben. Und bis jetzt kann man, glaube ich, ein durchaus positives Fazit dieser Arbeit ziehen.

Die aktuelle Lage in Köln stellt sich wie folgt dar: Wir haben - Stand heute - 1 068 infizierte, positiv getestete Personen. Davon befinden sich derzeit 43 in stationärer Behandlung und 14 davon auf der Intensivstation. Wir haben von diesen 1 068 allerdings auch schon 284 sogenannte Indexpatienten, also positiv getestete Personen, aus der Quarantäne wieder entlassen können. Auch konnten zehn Patienten bereits wieder aus der stationären Behandlung entlassen werden. Wir haben - Stand gestern Abend - fünf Todesfälle,

die auf Corona zurückzuführen sind, im Stadtgebiet zu verzeichnen.

Wenn ich Ihnen die Arbeit des Krisenstabes etwas näher bringen darf, dann tue ich das am besten entlang der Tagesordnung, die wir tatsächlich auch in jeder Sitzung abhandeln. Wir beschäftigen uns immer mit dem aktuellen Lagebild. Wir beschäftigen uns mit der Situation der kritischen Infrastruktur und der kommunalen Daseinsvorsorge in der aktuellen Lage. Wir beschäftigen uns mit den Vorgaben von Bund und Land und deren Umsetzung hier für Köln. Wir beschäftigen uns mit dem Themenkomplex Sicherheit und Ordnung in dieser Zeit. Wir befassen uns mit Bevölkerungs- und Anwohnerbetreuung. Wir regeln die Informations- und Kommunikationsarbeit an Öffentlichkeit und Medien. Und wir befassen uns - auch das ist, gerade in der ersten Zeit, ein Schwerpunkt gewesen - mit dem Funktionieren der Stadtverwaltung bzw. mit der Arbeitgeberin Stadt Köln in dieser Situation.

Wir haben den Krisenstab am 4. März 2020 erstmals aktiviert. Er tagt als Entscheidungsgremium. Nach den zugrunde liegenden Rechtsvorschriften

- das ist insbesondere das Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz - tritt neben den Krisenstab als zweite Komponente der operativ-taktische Stab. Dabei handelt es sich um die Einsatzleitung, die durch die Feuerwehr gewährleistet wird. Das ist das eigentliche operative Arbeitsgremium, das neben dem Krisenstab existiert. Der Leiter der Berufsfeuerwehr ist gleichzeitig der Leiter dieses Stabes und in dieser Funktion auch Mitglied des Krisenstabes.

Wir haben im Rahmen dieses operativ-taktischen Stabes insgesamt neun Sachgebiete gebildet. Ich werde sie Ihnen nicht im Einzelnen aufzählen. Es gibt aber zum Beispiel ein Sachgebiet, das den Personaleinsatz steuert. Es gibt die Einsatzführung, in der wir die Kernfunktionen auch in infektiologischer Hinsicht steuern. Es gibt ein Sachgebiet Logistik. Und es gibt das Sachgebiet Koordination, Amtshilfe und Steuerung Externer. Das ist beispielsweise der Ort, an dem wir die medizinische Versorgung außerhalb der stadteigenen Strukturen und etwa die Pflegeheime und Altenheime entsprechend steuern.

Wir haben im Krisenstab zwei Unterarbeitsgruppen gebildet, zum einen die Unterarbeitsgruppe Medizinische Versorgung und zum anderen die Unterarbeitsgruppe Vulnerable Gruppen.

Die Arbeitsgruppe Medizinische Versorgung hat den Auftrag, die medizinische Versorgung in der Stadt sicherzustellen. Dazu gehören sowohl die stationäre als auch die ambulante und die rettungsdienstliche Versorgung.

Bezüglich der stationären Versorgung steht diese Gruppe in einem engen Kontakt mit allen Kölner Krankenhäusern und stimmt sich hinsichtlich der Aufstockung der Beatmungskapazitäten und der dazu notwendigen Zusammenarbeit eng ab.

Bezüglich der ambulanten Versorgung besteht ein enger Kontakt zur Kassenärztlichen Vereinigung. Hier wurden bereits zahlreiche Kooperationsvereinbarungen getroffen; auf die eine oder andere werde ich gleich noch kurz eingehen.

Zur rettungsdienstlichen Versorgung gehören wir selbst als Trägerin des Rettungsdienstes. Hier werden Einsatzzahlen sowie auftretende Material- und Personalengpässe beobachtet, und es wird entsprechend unterstützt.

In der Arbeitsgruppe Vulnerable Gruppen, die jetzt in dieser Zeit auch immer wichtiger wird, wird insbesondere das Geschehen in den Heimen gemonitort, die durch das Coronavirus besonders gefährdet sind. Wir haben hier in den letzten Tagen eine Taskforce eingerichtet, die Heime, in denen Fälle neu auftreten, aufsuchen kann und vor Ort unterstützen kann. Ziel ist es, die Ausbreitung des Virus gerade in den Heimen, in denen nun einmal vulnerable Gruppen leben, möglichst zu verhindern bzw. im Ernstfall dann die notwendigen Gegenmaßnahmen zu treffen.

Wir stehen in beständigem Austausch mit der Bezirksregierung, den Landesministerien und auch der Bundesebene. Wir pflegen einen engen interkommunalen Austausch auf der Städtetagsebene, aber auch in direktem Kontakt zu verschiedenen Städten in Nordrhein-Westfalen, um uns hier immer wieder abzustimmen.

Wir haben auch in der Selbstorganisation des Stabes kontaktreduzierende Maßnahmen umgesetzt, weil wir natürlich der Auffassung sind, dass dieser Stab leistungsfähig bleiben muss. So haben wir beispielsweise die Zahl der Mitglieder des Stabes deutlich reduziert. Außerdem haben wir einen Sitzungsmodus gefunden, in dessen Rahmen immer ungefähr die Hälfte des Stabes nur per Telefon- oder Videokonferenz an den Sitzungen des Stabes teilnimmt, sodass die Präsenzmitglieder in der Lage sind, den ausreichenden Abstand zu wahren.

Lassen Sie mich jetzt kurz auf die Themen kritische Infrastruktur und kommunale Daseinsvorsorge eingehen. Hier steht zuvorderst die Verstärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Dahinter verbirgt sich, um es kurz zu machen, die Erhaltung und Stärkung der Handlungsfähigkeit unseres Gesundheitsamtes.

Die Oberbürgermeisterin hat das Gesundheitsamt soeben völlig zu Recht besonders hervorgehoben. Was dort gerade geleistet wird, ist herausragend. Das betrifft wirklich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Amtes, die sich mit einem unglaublichen Engagement in die Bewältigung dieser Krise stürzen und, wie gesagt, herausragende Arbeit leisten.

(Beifall)

Wir haben als eine der ersten Kommunen schon am 2. März ein Infektionsschutzzentrum in Betrieb genommen. Am 19. März haben wir ein zweites Infektionsschutzzentrum im Rechtsrheinischen errichtet. Gestern haben wir ein drittes

Infektionsschutzzentrum in der Nähe des Gesundheitsamtes am Neumarkt in Betrieb genommen. In dem dritten Infektionsschutzzentrum werden ausschließlich Angehörige kritischer Infrastrukturen getestet werden, damit wir hier zügig auf die Bedarfe in den kritischen Infrastrukturen reagieren können.

Wir haben zusätzliche Arbeitsplätze eingerichtet und Personal akquiriert, beispielsweise unter den Medizinstudentinnen und Medizinstudenten - alles in enger Abstimmung mit dem Personalamt und in kürzester Zeit. Auch das ist eine wichtige Maßnahme.

Wir haben das sogenannte Kontaktpersonenmanagement - dabei handelt es sich um die Betreuung und das Management derjenigen, die Kontakt zu Indexpatienten gehabt haben - digitalisiert. Nachdem wir hier bei dieser neuen Aufgabe mit einer Zettelwirtschaft gestartet sind, haben wir das in den letzten Tagen komplett digitalisiert, was uns auf der personellen Ebene erheblich entlastet und die Strukturen zuverlässiger macht.

Wir haben am Flughafen ein Screening-Verfahren für ankommende Passagiere aus Risikogebieten etabliert, um diese zügig in die häusliche Quarantäne überweisen zu können.

Wir haben in der Arbeitsgruppe Medizinische Versorgung die Sicherstellung der stationären medizinischen Versorgung besonders im Blick. Hier haben wir ein Tool entwickelt, das eine Fallzahlenprognose auf der Basis der vorhandenen Zahlen, Fakten und Einflussfaktoren sicherstellt. So können wir die Entwicklung vorausschauend planen und denkbare Szenarien entwerfen, um hier auf verschiedene Konstellationen vorbereitet zu sein.

Wir machen eine kontinuierliche Bestandsabfrage der Kapazitäten, insbesondere der Beatmungskapazitäten, aber auch des Vorhandenseins von Schutzausrüstung etc. Daraus resultierend planen wir die Beschaffung von Material und die Erweiterung der Ressourcen.

Das gilt insbesondere für die sukzessive Schaffung von weiteren Beatmungsplätzen. Zurzeit verfügen wir über mehr als 350 Beatmungsplätze. Die Aufstockung läuft permanent weiter. Das Ziel ist eine Verdopplung der Zahl dieser Plätze.

Hierzu sind wir in enger, kontinuierlicher Abstimmung mit den Krankenhäusern, die einen weitestgehenden Verzicht auf elektive Eingriffe praktizieren, um hier Kapazität für Beatmung zu schaffen.

Wir kümmern uns auch um die Ausbildung von zusätzlichem Personal; denn das Personal wird letzten Endes die entscheidende Engstelle bei der Schaffung weiterer Kapazitäten im Beatmungsbereich sein.

Außerdem suchen wir intensiv nach weiteren Bezugsquellen für die Beschaffung und Produktion von persönlicher Schutzausrüstung und Desinfektionsmitteln.

Wir haben mit der KV, der Kassenärztlichen Vereinigung, verschiedene Vereinbarungen zum ambulanten Bereich getroffen. Das haben wir Anfang der Woche bekannt gegeben.

Beispielsweise haben wir zwei Fahrzeuge für eine mobile Testung in Betrieb genommen, sodass wir Personen, die aufgrund ihres Alters oder ihrer Vorerkrankung nicht mehr ein Infektionsschutzzentrum aufsuchen können, bei Verdachtsfällen vor Ort in ihrer eigenen häuslichen Umgebung testen können.

Außerdem haben wir zwei Fahrzeuge in Betrieb genommen, mit denen wir eine ambulante Versorgung von Patienten sicherstellen können, die besser zu Hause versorgt werden können als in einer Arztpraxis oder im Krankenhaus.

Darüber hinaus haben wir verabredet, dass jedem Pflegeheim, jedem Altenheim ein fester Heimarzt zugewiesen ist, damit wir hier nicht mit wechselnden Kontakten arbeiten müssen, sondern jedes Heim einen festen Ansprechpartner im ärztlichen Bereich hat, soweit das nicht ohnehin schon der Fall gewesen ist. Des Weiteren sind wir dabei, Arztpraxen zu gewinnen, die speziell COVID-19-Patienten versorgen sollen.

Im Rettungsdienst haben wir uns auch entsprechend vorbereitet. Wir haben die Mitarbeiter geschult, Vorgaben zur Desinfektion und zur Schutzausrüstung gemacht und an der Stelle auch ein weiteres Fahrzeug in Betrieb genommen.

In der Arbeitsgruppe Vulnerable Gruppen kümmern wir uns insbesondere um Material- und Personalengpässe in den Heimen. Dies wird täglich überwacht und unterstützt, soweit wir das können.

Wir haben ein Betretungsverbot für alle ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen ausgesprochen. Es gilt für alle Personen, die nicht aus Betriebsgründen die Heime betreten müssen.

Anfang der Woche haben wir eine Taskforce eingerichtet, die in der Lage ist, kurzfristig die Heime aufzusuchen, wenn Probleme auftreten, um dann entsprechende Maßnahmen zu koordinieren und abzustimmen. Das ist gestern bereits zwölf Mal in Anspruch genommen worden. Wir werden es kurzfristig personell so aufstocken, dass wir nicht nur reaktiv handeln können - das heißt: auf Anforderung in die Heime kommen -, sondern die Heime auch proaktiv zur Beratung und zur Prävention aufsuchen können.

Es gibt verbindliche Schutzregelungen für die Mitarbeitenden in den Heimen, für Personal und für Lieferanten.

Was den Bereich der kritischen Infrastrukturen angeht, sind wir auch mit den Verantwortlichen des Stadtwerke-Konzerns in ständigem Austausch. Die SWK entsendet immer ein Mitglied der Vorstandsebene in den Krisenstab, sodass wir hier eng abgestimmt sind.

Bei den Schulen und Kitas haben wir zu Beginn der Krise einen geordneten Prozess organisiert, um Schulschließungen durchführen zu können, wenn es Erkrankungen bzw. positiv getestete Fälle in der Schulgemeinschaft gegeben hat. Mittlerweile sind wir durch die generell verfügten Schul- und Kita-Schließungen ja weiter.

Wir haben vom ersten Tag an die Notbetreuung derjenigen Kinder gewährleistet, die Eltern haben, die in Schlüsselpositionen arbeiten. Das hat wunderbar geklappt und läuft auch über das Wochenende und in den Osterferien weiter.

Wir werden auch einen Weg finden - dazu hat die Verwaltung für die heutige Sitzung auch eine Entscheidungsvorlage vorbereitet -, um die Erstattung der Beiträge an diejenigen vornehmen zu können, die die Betreuung gar nicht in Anspruch nehmen können.

Wir haben uns in den ersten Wochen der Krise sehr intensiv mit den Vorgaben insbesondere des Landes und auch des Bundes auseinandersetzen müssen. Von dort sind ja immer wieder neue Erlasse gekommen, was die kontaktreduzierenden Maßnahmen angeht.

Wir waren hier insgesamt, glaube ich, sehr zeitnah in der Umsetzung, teilweise auch einen Schritt voraus, und haben das so klar und deutlich verfügt und umgesetzt, wie die Situation es entsprechend erfordert hat.

Diese Regelungen werden mittlerweile auch umgesetzt und kontrolliert. Unser Ordnungsamt ist in der Stadt unterwegs und verhängt durchaus auch Bußgelder, spricht also auch Sanktionen aus.

Aber insgesamt muss man feststellen, dass die Compliance der Kölnerinnen und Kölner mit diesen Regelungen sehr gut ist. Die ganz, ganz überwiegende Mehrheit in Köln hält sich an das, was verfügt worden ist.

Damit haben wir hier eigentlich eine ganz gute Ausgangsbasis, um die Ziele zu erreichen, die mit diesen Maßnahmen verbunden sind, nämlich die Ausbreitung des Virus entsprechend zu verhindern.

Wir kümmern uns ferner um Bevölkerungs- und Anwohnerbetreuung. Das betrifft - im Moment zumindest noch - ausgewählte Gruppen. Wir haben beispielsweise 44 Wohneinheiten geschaffen bzw. zur Verfügung gestellt, um Personen unterzubringen, die in Quarantäne oder in Schutzisolation müssen und sich nicht selbst versorgen können. Davon haben wir noch nicht Gebrauch machen müssen. Aber sie stehen zur Verfügung.

Es gibt eine Fülle von ehrenamtlichen Angeboten und Personen, die bereit sind, in der Krise zu helfen. Auch dafür haben wir eine Struktur geschaffen, um diese Angebote zu kanalisieren, zu bündeln und möglichst zielgenau dahin zu bringen, wo wir sie auch tatsächlich brauchen können.

Wir haben - dazu ist gestern noch eine Pressemitteilung veröffentlicht worden - auch wohnungslose und drogenabhängige Menschen im Blick. Diese beiden Gruppen sind jetzt auf ganz besondere Weise von der Reduzierung des öffentlichen Lebens betroffen. Ziel ist es, alle Einrichtungen, die hier Hilfsangebote machen, weiterhin in Betrieb und geöffnet zu halten.

Das wird - mit wenigen Ausnahmen - auch gelingen. Wir befinden uns zum Beispiel mit Gulliver und LoRe, die derzeit geschlossen haben, in guten Gesprächen, sodass voraussichtlich eine baldige Öffnung für einzelne Angebote möglich sein wird. Gulliver beispielsweise stellt ab morgen Duschen am Breslauer Platz sicher. Der SKM wird einen Duschbus betreiben. So gibt es eine

Vielzahl von Maßnahmen, die wir gerade über unser Sozialamt auf den Weg bringen und koordinieren, mit denen das Angebot für diese besonders betroffenen Gruppen in der derzeitigen Krisensituation auch aufrechterhalten wird.

Ein ganz großer Schwerpunkt der Arbeit ist die Information und Kommunikation an Öffentlichkeit und Medien. Hier haben wir inzwischen eine Vielzahl von Informationskanälen geschaffen, alles unter der Regie unseres städtischen Presseamtes.

Wir haben eine eigene Homepage - corona.koeln - eingerichtet. Wir sind in sozialen Netzwerken und sozialen Medien unterwegs. Wir haben einen Podcast Community Management. Wir haben FAQ-Listen, die zur Verfügung stehen.

Wir machen das tägliche Indexfälle-Update über eine Pressemitteilung oder auch eine Pressekonferenz, wenn die Inhalte der Sitzungen des Krisenstabes das hergeben.

Wir sind an der Stelle mehrsprachig unterwegs, um wirklich möglichst breite Bevölkerungsschichten erreichen zu können, und wiederholen ständig Handlungsempfehlungen und Appelle.

Seit gut einer Woche ist das sogenannte Corona-Informationszentrum am Start, mit dem wir einen einheitlichen Informationsfluss nach außen sicherstellen wollen.

Last, but not least: die Arbeitgeberin Stadt Köln. In der Krise ist es extrem wichtig, dass die Kernfunktionen der Stadtverwaltung auch weiter funktionsfähig bleiben. Dazu haben wir eine Menge Maßnahmen ergriffen, die ich jetzt gar nicht im Einzelnen darstellen möchte.

Beispielsweise befasst sich unser Mitarbeiterunterstützungsteam, das es schon immer gibt, in diesen Tagen ausschließlich mit Sorgen und Nöten der Mitarbeitenden rund um das Thema Corona.

Wir haben natürlich das gemacht, was alle Arbeitgeber machen: weitestgehend auf Telefonkonferenzen und Videokonferenzen umzustellen. Wir haben die Homeoffice-Kapazitäten massiv erweitert. Stand heute Morgen waren über 6 000 Mitarbeiter der Stadtverwaltung im Homeoffice. Insofern versetzen wir viele, viele Mitarbeiter tatsächlich in die Lage, ihre Arbeit von zu Hause aus zu tun.

Wir haben sämtliche städtischen Aufgaben in drei Kategorien eingeteilt, von denen die erste der kritischen Infrastruktur zugeordnet ist bzw. Kernprozesse betrifft, die unbedingt am Laufen gehalten werden müssen. Darauf aufbauend haben wir eine kaskadierende Einsatzplanung gemacht, sodass wir diese Funktionen auch nachhaltig und tragfähig über einen langen Zeitraum gewährleisten können, auch wenn die Situation, wie wir sie jetzt haben, noch länger andauern sollte.

Dadurch bekommen Sie vielleicht einen Überblick über die Vielzahl der Maßnahmen, die wir getroffen haben. Wie gesagt, steht das Medizinisch-Infektiologische im Vordergrund: die Eindämmung der Ausbreitung des Virus und der Schutz der vulnerablen Gruppen.

Auch die Logistik spielt eine große Rolle. Wir haben in dieser Woche ein Logistikzentrum in Betrieb genommen und haben mittlerweile 20 Mitarbeitende, die sich ausschließlich um die Beschaffung von Schutzausrüstung und Desinfektionsmitteln kümmern, um an zentraler Stelle die Versorgung von ganz Köln mit diesen wichtigen Materialien sicherzustellen.

Es ist auch für uns eine neue Erfahrung, mit Mitarbeitern der städtischen Verwaltung den Weltmarkt zu beobachten. Wir haben aber schon erste Erfolge in Form von konkreten Lieferungen, die entweder bereits da sind oder sich auf dem Weg nach Köln befinden, beispielsweise von Schutzmasken. Insofern lässt sich das ganz gut an. Wir sind zuversichtlich, dass wir hier auch in der derzeitigen Knappheitssituation die Versorgung Kölns aufrechterhalten können.

Vielleicht so viel von meiner Seite. - Vielen Dank. (Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank für diesen Überblick, Herr Dr. Keller. - Herr Joisten, Sie haben das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Stadtdirektor! In der Tat stehen wir hier vor großen Herausforderungen. Es sind wahrscheinlich die größten seit dem Zweiten Weltkrieg - mit existenziellen Folgen für Menschen, Unternehmen und auch

Institutionen. Köln ist als Handels-, Kultur- und Eventstadt da in besonderer Weise betroffen.

Dennoch ist es natürlich richtig, alles zu tun, um Leben und Gesundheit der Menschen hier in Köln und im ganzen Land zu schützen. Dafür sind in den vergangenen Tagen und Wochen auf allen Ebenen wichtige, aber zugleich höchst einschneidende Maßnahmen getroffen worden. Wir haben gerade davon gehört.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch im Namen der SPD-Fraktion noch einmal ganz ausdrücklich denjenigen in der Verwaltung und auch im Krisenstab danken, die diese verantwortungsvolle Arbeit in den letzten Tagen und Wochen getan haben. In dieser herausfordernden Situation wurde im höchsten Maße persönlicher und zeitlicher Einsatz zum Schutze der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt geleistet. Dafür sei ihnen ganz, ganz herzlich gedankt.

(Beifall)

Ebenso wichtig ist mir an der Stelle aber auch - Frau Oberbürgermeisterin hat es schon stellvertretend für uns alle getan -, noch einmal zu unterstreichen, dass da draußen auch ganz viele Menschen den Betrieb und Köln am Laufen halten. Das tun sie mit ganz vielen Dienstleistungen und ganz viel Arbeit. Auch diesen Menschen sei noch einmal ganz, ganz herzlich gedankt. Denn ohne sie wären wir heute auch nicht in der Lage, unsere Arbeit hier im Stadtrat zu machen.

Die auf allen Ebenen verabredeten Schutzmaßnahmen unterstützen wir als SPD-Fraktion natürlich ausdrücklich, stellen sie doch derzeit die einzige Möglichkeit dar, diesem Virus Einhalt zu gebieten bzw. seine Ausbreitung zu verlangsamen, um dann auch die Einschränkungen, die wir derzeit hinnehmen müssen, so schnell wie möglich wieder zurückfahren zu können.

Allerdings stehen dabei auch unzählige Menschen, Betriebe und Vereine vor riesigen Herausforderungen und vielfach vor dem Ruin, und dies teilweise bereits in den nächsten Tagen und Wochen. Diesen ganz unmittelbar und existenziell Betroffenen schnell und unbürokratisch zu helfen, ist aus unserer Sicht jetzt die wichtigste Aufgabe von Politik auf allen Ebenen.

Da ist mit Sicherheit nicht nur die Kommune gefordert. Der Bund und das Land haben ja auch schon einen wichtigen Beitrag geleistet. Wir sehen aber auch die Kommunalpolitik gefordert, hier ein klares Signal zu setzen und die Verwaltung in ihrem Bemühen um eine Folgenreduzierung zu unterstützen.

Dazu zählt für uns auch ganz unmittelbar die Bereitstellung von Geld im Rahmen eines kommunalen Hilfsmaßnahmenpakets, mit dem all denen geholfen werden soll, die aktuell nicht von der Hilfe aus Bund und Land erfasst sind.

Deshalb freue ich mich sehr darüber, dass es uns über alle Fraktionsgrenzen hinweg gelungen ist, diesen Weg gemeinsam zu beschreiten und heute hier ein solches Paket - mit einem Volumen von aus meiner und unserer Sicht zunächst 45 Millionen Euro; in der Resolution steht jetzt etwas anderes; aber wir sind uns, glaube ich, alle einig, dass das erst einmal ein erster Ansatz ist, weil wir heute noch gar nicht wissen, in welchem Volumen Hilfe erforderlich ist - in dieser Resolution zu beschließen.

Vielen Dank an die demokratischen Fraktionen dieses Hauses, die hier zielorientiert Vorfeldarbeit geleistet haben und diese Ratssitzung sowie die Erstellung der Resolution möglich gemacht haben! Denn Politik - davon sind wir fest überzeugt - muss gerade jetzt Handlungsfähigkeit beweisen.

Da sich die SPD-Fraktion in den vergangenen Tagen sehr intensiv mit den Folgen der CoronaKrise befasst hat und dabei viele Impulse aus den verschiedenen Blickwinkeln zusammengetragen hat, erlaube ich mir, Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, die daraus entwickelten Erwartungen und Forderungen an die Verwaltung im Anschluss an meinen Redebeitrag zu übergeben. Auf diese werden wir dann in den kommenden Wochen immer wieder zurückkommen und natürlich auch nach den entsprechenden Sachständen fragen. Das ist aber alles ausdrücklich als konstruktiver Beitrag gemeint.

Schließen möchte ich mit einem herzlichen Dank an alle, die sich gerade in diesen Tagen für ihre Mitmenschen in ihrem Veedel einsetzen und diesen mit tatkräftiger und teilweise finanzieller Unterstützung helfen, um so auch die individuelle Krise kollektiv zu bewältigen. Denn diese Gemeinschaft vor Ort macht uns hier in Köln stark, auch und gerade angesichts dieser Jahrhundert-Herausforderung. Wir stehen zusammen, auch wenn wir auseinander sind. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren, die uns heute im Livestream verfolgen! Heute ist einerseits ein Tag des Dankes an all die medizinischen Kräfte, die helfen, Leben zu retten - Tag für Tag; und das ist etwas, was in den nächsten Tagen weitergehen wird.

Aber es ist auch ein Tag, all den Menschen in der Verwaltung - Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, dem Krisenstab und allen, die in der Verwaltung arbeiten - für die Arbeit zu danken, die geleistet worden ist. Denn die Schutzmaßnahmen waren gute Schutzmaßnahmen. Es sind frühzeitig Maßnahmen getroffen worden. Köln war immer mit an der Spitze der Bewegung. Und wir hoffen alle sehr, dass in den nächsten Tagen die positiven Entwicklungen auch bei dann weiter rückläufigen Zahlen von Neuinfizierten uns helfen werden, die Krise schnell zu beenden.

Neben dem Tag des Dankes ist heute aber auch ein Tag der Solidarität. Wir müssen gemeinsam schauen, dass wir all den Menschen helfen, die nicht nur gesundheitlich betroffen sind, sondern auch in einem hohen Maße wirtschaftlich betroffen sind - angefangen von Unternehmern über Arbeitnehmer bis hin zu vielen Ehrenamtlichen, die über Vereine und andere Institutionen unmittelbar in ihrer Arbeit getroffen und betroffen sind.

Der Bund ist mit einem großen Hilfspaket von 750 Milliarden Euro, wenn man die Garantien einbezieht, vorangegangen. Die kleinen Unternehmen und auch die Großkonzerne werden dadurch entsprechend unterstützt. Das Land hat mit einem Hilfspaket von 25 Milliarden Euro in dieser Woche noch nachgelegt, um eine weitere Lücke zu schließen.

Auch die Stadt Köln - Dank gebührt auch dafür, dass innerhalb so kurzer Zeit entsprechende Programme ausgearbeitet worden sind - hat hier einen ersten Aufschlag gemacht, damit gerade die Kulturschaffenden, die vielfach als Einzelkünstler besonders stark betroffen sind, auch weitere Perspektiven haben.

Mit das wichtigste Signal ist heute, dass Politik als Teil der Gesellschaft zusammensteht. Deshalb geht an dieser Stelle auch ein Dank an alle anderen Fraktionen. Denn wir sind heute zu einer gemeinsamen Resolution gekommen, in der wir noch einmal zusätzliche Finanzmittel in Höhe von 45 Millionen Euro anregen. Wir wollen schauen, welche Fälle noch nicht durch das Bundes- und das Landespaket abgefedert worden sind, und auf kommunaler Ebene auch dafür sorgen, dass die sozialen Strukturen, die wirtschaftlichen Strukturen und die gesamte Infrastruktur, die wir hier in Köln haben, auch nach der Krise weiterhin gut funktionieren, dass wir die Krise gut überstehen.

Dafür danke ich allen Beteiligten noch einmal herzlich. Ich glaube, dass wir, wenn wir alle gemeinsam zusammenstehen und hier die Solidarität nicht vergessen, das schaffen können. Da können wir alle sehr zuversichtlich sein. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau von Bülow das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns in einer Situation, wie wir sie noch nie erlebt haben, einer Situation, in der Verwaltung und Politik, aber auch ganz Köln vor großen Herausforderungen stehen.

Wir befinden uns aber auch in einer Situation gelebter Solidarität. In der verordneten Distanz trotzdem Nähe zu geben: Das gelingt in Köln ziemlich gut.

Ich möchte mich zunächst bei allen bedanken, die daran mitwirken, dass wir gemeinsam durch diese Krise kommen.

Ich freue mich sehr über das Engagement vieler Kölnerinnen und Kölner, die sehr kreativ mit der Situation umgehen und auch neue Strukturen entwickeln, zum Beispiel in Nachbarschaftsnetzwerken oder im kulturellen Sektor mit Livestreams, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Ich möchte mich beim Krisenstab bedanken, aber auch beim Presseamt der Stadt, das gut über alle neuen Entwicklungen informiert.

Denn Informationen über die Maßnahmen, die die Stadt ergriffen hat und ergreifen wird, Informationen zu Sachständen oder Informationen einfach nur dazu, wo man eigentlich Fragen

stellen kann, machen es leichter - gerade auch denen, die unsicher sind und viele Fragen haben. Vielen Dank dafür!

Wir als Politik nehmen die Situation sehr ernst. Krisenbewältigung und Erhalt von Strukturen sind für uns herausragende Themen - ebenso die Frage danach, wie unser Leben in Vielfalt und soziale Gerechtigkeit in Zeiten von Corona und durch Corona hindurch gestaltet werden können.

Dafür ist es wichtig, dass wir als Politik zusammenstehen, wie wir das heute tun. Denn tragfähige Lösungen brauchen einen breiten Konsens. Und darum geht es heute.

Wir alle kennen die Sorgen und Nöte aus unterschiedlichen Gruppen, aus unterschiedlichen Lebensbereichen.

Bund und Land - das ist schon gesagt worden - haben Maßnahmenpakete beschlossen. Auch in Köln wurde schon vieles angestoßen und geregelt.

Uns liegt daran, dass die Entscheidungen von Land und Bund jetzt auf die Kölner Ebene heruntergebrochen werden, damit wir in Köln wissen, bei welchen Problemen und Nöten der Menschen in Köln durch die Milliardenpakete bereits Abhilfe geschaffen werden kann, aber auch, damit wir in Köln wissen, wo wir nachjustieren müssen.

Wir begleiten und unterstützen daher die Verwaltung, die gerade daran arbeitet, Maßnahmen zu entwickeln, damit die Krise bewältigt wird und die Strukturen nicht wegbrechen.

Heute gab es die entsprechende Pressemitteilung der Stadt zu Soforthilfen für die freie Kultur. Vielen Dank dafür! Das ist eine Maßnahme, die stellvertretend für vieles andere steht, was der Stadtdirektor schon angesprochen hat, was man aber auch auf den Informationsseiten der Stadt einsehen kann. Wie gesagt: Vielen Dank dafür!

(Beifall)

Unsere Handlungsmöglichkeit als Kommune hängt aber auch davon ab, dass die Kommunen Unterstützung erhalten. Bund und Land sind hier gefragt, die Kommunen auch finanziell zu unterstützen. Auch sie brauchen einen Rettungsschirm. Denn das, was sie leisten und leisten wollen, lässt sich sonst nicht stemmen. Ich denke, auch das gilt es ernst zu nehmen und noch einmal Richtung Land und Bund zu spiegeln.

Wichtig ist: Wir als Stadt lassen niemanden hängen! Wichtig ist, dass wir es ermöglichen, dass auch in und nach der Corona-Krise in dieser Stadt die Grundlagen unseres Zusammenlebens erhalten und Existenzen gesichert werden.

Dafür setzen wir uns ein. Daher haben wir auch den Vorschlag zu den kommunalen Hilfsmaßnahmen gemacht.

Denn es geht jetzt um nicht mehr und auch nicht weniger als die Frage: Wie kommen wir mit möglichst wenig Schaden aus der Krise? Wie stehen wir zusammen für die Kölnerinnen und Kölner ein?

Denn nur gemeinsam können wir weiterkommen. Gemeinsam sind wir Köln! - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Bundespräsident Steinmeier sagte kürzlich den treffenden Satz: „Viren haben keine Staatsangehörigkeit."

Die Staaten sind unterschiedlich betroffen und gehen unterschiedlich damit um. Wir müssen Corona gemeinsam und solidarisch überwinden. Sogar die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* empörte sich gestern darüber, dass sich die Reichen in New York vor den Viren auf ihren Luxusjachten auf und davon machen. Da sehen wir den Unterschied zwischen Arm und Reich und deren unterschiedliche Betroffenheit.

Deshalb setzt sich die Ratsfraktion DIE LINKE gerade in dieser Zeit, in der auch sogar die Mittelschichten sehr, sehr stark in ihrer Existenz getroffen werden, insbesondere für die Menschen ein, die in prekären Situationen leben und arbeiten müssen.

Niemand darf vergessen werden. Jeder muss geschützt werden und Zugang sozialen Leistungen haben.

Es ist bitter, dass in der letzten Woche Obdachloseneinrichtungen schließen mussten. Die Kölner Tafel ist gefährdet.

Daran können wir erkennen: Soziale Einrichtungen sind ohne Ehrenamt nicht durchführbar. Das zeigt aber auch, dass bezahlte, ausreichende professionelle Strukturen viel stärker sein müssen. Die Sozialverwaltung hat sofort reagiert und auf soziale Träger zurückgegriffen. Danke für dieses große Engagement von Ihnen!

Deshalb brauchen wir jetzt aber einen sozialen Hilfefonds. Es muss klar sein: Für solche und andere Notlagen geben wir Geld aus. Und hier liegt unsere Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung. EU, Bund und Land stellen Milliarden Euro zur Verfügung. Sie sind breit gestreut. Aber es gibt immer wieder Gruppen, denen keine Mittel zur Verfügung stehen. Genau da müssen wir uns engagieren. Deshalb freuen wir uns als DIE LINKE, dass heute ein Maßnahmenpaket im Umfang von circa 45 Millionen Euro auf den Weg gebracht werden wird.

In der Corona-Krise sinkt laut Allensbach-Institut der Anteil der Menschen in Deutschland, die hoffnungsvoll in die Zukunft schauen, auf 24 Prozent. Das ist der niedrigste Wert seit 1949. Wir dürfen soziale Verwerfungen nicht zulassen und müssen aktuell schnell und unbürokratisch reagieren. Wir brauchen als Politik einen ständigen Kommunikationsprozess mit den Kölnerinnen und Kölnern, dem Krisenstab und untereinander.

Ich will nur ein kurzes Beispiel nennen. Im Rahmen der Ausgangssperre in China hat die häusliche Gewalt dramatisch zugenommen. So etwas müssen wir auch hier im Blick behalten. Das muss uns aufhorchen lassen.

Zu guter Letzt möchte ich eine Anmerkung machen, die uns als DIE LINKE sehr wichtig ist. Herr Dr. Keller, Sie hatten vor ein paar Tagen gesagt, dass diese Ratssitzung doch vielleicht ausfallen sollte. Ich glaube aber, dass wir alle in der Verantwortung sind. Sie in der Verwaltung arbeiten ja auch. Wir als Politiker sind ebenfalls in der Verantwortung. Deshalb müssen wir hier weitermachen, dranbleiben und auch die demokratischen Pflichten wirklich weiterführen.

Unsere Empfehlung an Sie und an die Politik wäre: Lassen Sie uns gemeinsam in Sitzungen des Hauptausschusses alle zwei, drei Wochen die Lage erörtern und gemeinsam handeln.

Ich bin davon überzeugt, dass das ein sehr gutes Signal an die Stadtgesellschaft wäre. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren, die sonst noch zuhören mögen! Dem Dank, der hier bereits ausgesprochen wurde, an die Verwaltung, an den Krisenstab, an die Helfer in den Krankenhäusern, an diejenigen, die für die Versorgung zuständig sind, an die Polizei, an die Ordnungskräfte und an alle anderen, die diese Stadt am Laufen halten, schließe ich mich gerne an.

Deswegen finde ich es auch wichtig, dass wir heute hier zusammenkommen. Wir haben uns als FDP-Fraktion auch dafür starkgemacht, dass diese Sitzung stattfindet - auch, um zu dokumentieren, dass die Stadt und ihre demokratischen Strukturen entsprechend handlungsfähig sind.

Ich bin auch Herrn Conin, Herrn Nüsser und dem Team des Gürzenichs dankbar. Es war in einer Runde in der letzten Woche auch mit meine Idee, zu sagen: Lasst uns doch in den Gürzenich gehen; da haben wir ein bisschen mehr Platz. - Herzlichen Dank dafür, dass das möglich gemacht worden ist.

Wie die Kölner auf so etwas reagieren, haben wir gesehen, als abends um 21 Uhr geklatscht wurde. Das hat es ja bis in die *Tagesthemen* und das *heute journal* geschafft. Da bekommt man wirklich Gänsehaut, weil man sieht, wie in dieser Stadt mit diesem Dank umgegangen wird. Das gibt einem dann auch ein gutes Gefühl.

Der stellvertretende Ministerpräsident Joachim Stamp hat gesagt: „Wir verlangen den Menschen brutal viel ab.“ Ja, es gibt ganz schmerzhafte Einschränkungen. Das ist die eine Seite.

Auf der anderen Seite sieht man, was der Staat in einer solchen Krisensituation wirklich leistet. Das hätte man vorher auch nicht für möglich gehalten. Wenn man sieht, wie schnell der Bund und das Land, aber auch die Stadt Köln in diesen Tagen helfen können, wie schnell auf Corona reagiert wird und auch, wie sich die Zahlen in Köln, in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland entwickeln, muss man sagen: Wir scheinen in Deutschland doch einiges richtig zu machen.

Mein Dank geht auch an die Kolleginnen und Kollegen hier. Denn wir haben es geschafft, einen breiten Konsens zu erreichen für eine Resolution, mit der wir diese aktuelle Stunde heute abschließen werden. Dafür bedanke ich mich.

Wir haben uns als FDP im Rahmen der Formulierung dafür eingesetzt, dass die vielen Ideen, die an uns in der Politik und an die Verwaltung herangetragen werden, von der Verwaltung bewertet werden und wir dann ein Feedback bekommen und auch die Bürgerinnen und Bürger ein Feedback bekommen, was zu realisieren ist.

Deswegen kann ich auch den Wunsch unterstützen, dass wir das dann im Hauptausschuss nachhalten - nicht erst am 20. April, wenn eigentlich die nächste Sitzung wäre, sondern sicherlich vorher.

Es gibt zahlreiche Vorschläge - ob vom Handelskümmerer, Herrn Grawe, ob vom DEHOGA oder ob von vielen anderen. Zum Beispiel geht es um eine Rückerstattung der Außengastronomiegebühren, um den Gastronomen schnell zu helfen. Die freie Kulturszene ist vorhin angesprochen worden. Da gab es schon Hilfen von Landesseite. Wir haben jetzt als Stadt Köln entsprechend nachgelegt. Es gibt Ideen von Drive-in-Testständen, wie sie im Nachbarkreis, im Rhein-Erft-Kreis, realisiert worden sind. Vorgeschlagen werden die Mietfreiheit für Gewerbeflächen von der Stadt oder von der GAG oder vielleicht sogar Abend- und Sonntagsmärkte. Es gibt also eine ganze Menge, was man hier realisieren könnte, zu dem wir entsprechendes Feedback bekommen.

Wir müssen uns überlegen: Wie sieht die Exit-Strategie aus? Wie kommen wir aus der ganzen Sache wieder heraus? Wie können wir den Bürgerinnen und Bürgern möglichst bald wieder möglichst viel Freiheit zurückgeben? Kann man vielleicht die Außengastronomie unbürokratisch schnell wieder öffnen, auch wenn die Restaurants innen noch geschlossen haben müssen? Können wir vielleicht im Sommer verkaufsoffene Sonntage machen, um den Veedeln zu helfen?

Das sind Dinge, die wir prüfen müssen, wenn es darum geht, wie wir aus der ganzen Situation wieder herauskommen. Und dann haben wir hoffentlich zum NRW-Tag im Sommer alle diese Krise bestanden und können hier gemeinsam mit ganz Nordrhein-Westfalen feiern, dass Köln die Krise gemeistert hat. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Wird von der Ratsgruppe GUT das Wort gewünscht? - Ja. Bitte, Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal und als Zuschauer des Livestreams! Der Rat der Stadt Köln trifft sich heute nicht trotz der Corona-Krise, sondern während der Krise. Er nimmt seine Rechte und Pflichten wahr. So ist unser Zusammenkommen ein wichtiges Zeichen für Stabilität und damit ein positives Signal an Kölns Bevölkerung.

Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben ihren Dank an verschiedene Adressaten schon ausgesprochen. Dem möchte ich mich gerne anschließen. Meinen Dank möchte ich aber auch an alle da draußen erweitern. Jede bzw. jeder Einzelne ist wichtig. Ob sie sich bis über die Belastungsgrenzen hinaus für unser Wohl einsetzen oder ob sie nur still, aber solidarisch die zahlreichen Einschränkungen unseres Zusammenlebens ertragen: Sie alle helfen uns dabei, die Krise zu bewältigen. Dafür herzlichen Dank!

Solidarität ist wahr und groß, wenn sie universell ist. Was bedeutet dies? Solidarität oder Nächstenliebe darf niemanden ausgrenzen - und sie muss geübt werden. Die Hilfsbereitschaft der Kölnerinnen und Kölner ist ungebrochen. Wir haben dies in den letzten Jahrzehnten immer wieder erfahren können.

Neu ist in dieser Krise, dass uns Hilferufe aus der Mitte der Gesellschaft erreichen, mit denen wir nicht gerechnet haben. Dies zeigt, dass berechtigte Existenzsorgen nun selbst auch die Menschen erreichen, die zum Glück mit dem eigentlichen Coronavirus gar nicht infiziert sind.

Doch wie organisieren wir all die notwendige Hilfe? Wie viele Brände können wir gleichzeitig löschen?

Mein Appell an den Krisenstab, die Verwaltung und Kölns Bevölkerung ist folgender:

Lassen Sie uns die Wirkrichtung unserer Hilfe bottom up, von unten nach oben, organisieren. Dies bedeutet, zunächst weiterhin all unsere Anstrengungen auf die Erkrankten und das Eindämmen der Epidemie zu konzentrieren. In den

nächsten Schritten kümmern wir uns um die Schwächsten in unserer Gesellschaft. Hierzu zähle ich - unter anderem - Obdachlose und Bedürftige. Ich höre aus der Verwaltung - und freue mich auch sehr darüber -, dass die Hilfen auch für diese Gruppen bereits intensiviert werden.

Aber natürlich betrifft die Krise viele weitere Kreise in unserer Kommune - etwa Alleinerziehende mit ihren Kindern zu Hause, die selbst nicht mehr arbeiten gehen können, sei es, weil sie keine Betreuung für ihre Kinder finden, oder sei es, weil der Betrieb keine Gehälter mehr zahlen kann.

Aber auch die Sorgen aller anderen werden gehört und ernst genommen. Erste Hilfen richtet unsere Stadt Köln selbst ein. Aber es sind auch finanzielle Mittel aus Düsseldorf und Berlin in die Kommune unterwegs. Manches braucht Zeit, und bei manchen muss man leider auch an die Geduld appellieren. Es ist für uns alle eine Riesenherausforderung. Ich bin mir sicher, dass Verwaltung und Politik ihr Bestes geben werden.

Aber lassen Sie uns bitte bei den Bedürftigsten in unserer Stadt anfangen. Denn diese Stadt, unser Köln, ist immer nur so stark wie die Schwächsten, die in ihr wohnen.

Zu meinen täglichen Übungen im Homeoffice gehört neben dem Blick in die Zeitungen und dem Gucken der Tagesschau auch der Besuch der Webseite der Stadt Köln mit den aktuellen Fallzahlen. Ich weiß, dass diese Zahlen aus verschiedenen Gründen mit Vorsicht zu genießen sind. Die Kurven und die Interpretationen daraus sind nicht wirklich belastbar. Dennoch lassen sich mit aller Vorsicht - und nur Stand heute - erste leicht positive Signale erkennen.

Es könnte sein, dass es uns in Köln gelingt, die Kurve tatsächlich abzuflachen. Wenn man sich die Zahlen genauer anguckt und die entsprechenden Zeiträume wie Inkubationszeit zurückrechnet, kann man zu dem Ergebnis kommen, dass mit dem Wochenende Mitte März in Köln ein Umdenken, eine größere Vorsicht begonnen hat. Es war das Wochenende, als bekannt wurde, dass Kitas und Schulen schließen werden. An diesem Wochenende begann der überwiegende Teil der Kölnerinnen und Kölner, sein Verhalten in der Öffentlichkeit freiwillig umzustellen. Dies verdient Anerkennung und Respekt.

Dieses zarte Pflänzlein Hoffnung, dass eventuell Entspannung in Sicht ist, darf uns nicht dazu verleiten, in unseren Anstrengungen nachzulassen. Wir stehen zu 100 Prozent hinter den angeordneten Maßnahmen. Denn sie scheinen zu zeigen, dass sie wirksam sind. Lassen Sie uns daher diesen Weg zunächst weitergehen, auch wenn er mit vielen Einschränkungen verbunden ist.

Zum Schluss möchte ich mich an unsere Oberbürgermeisterin und unseren Krisenstab wenden. In Anlehnung an ein berühmtes Zitat: Sie schaffen das nicht nur, sondern Sie machen das auch! Dafür herzlichen Dank!

Nachdem diese wichtige aktuelle Stunde nach den folgenden Redebeiträgen abgeschlossen ist, wünsche ich uns einen möglichst kurzen Sitzungsverlauf. Auf ans Werk! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der LINKEN und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Dies ist nicht die Zeit für parteipolitisches Gezänk oder Kritik um der Kritik willen. Ich versichere Ihnen daher im Namen der AfD-Fraktion, dass wir die Stadtspitze bei allen ihren Entscheidungen, die notwendig und sinnvoll sind, unterstützen werden.

Ich möchte Ihnen aber doch drei Gedanken mitgeben.

Erster Gedanke: Wir sollten unverzüglich den Schalter umlegen. Wir stehen möglicherweise am Beginn einer der größten Wirtschaftskrisen, die dieses Land, diese Stadt seit 1929 gesehen hat.

Vor drei Tagen saß ich mit den übrigen Fraktionsspitzen im Finanzausschuss. Von einem heraufziehenden Sturm schien da niemand etwas wissen zu wollen. Stattdessen: Business as usual - Gründung einer dauerdefizitären Film Festival Cologne GmbH, Förderung Interkultureller Zentren, Sonderausstellungen in Museen usw. Allein diese drei Positionen umfassen über 2 Millionen Euro. Alles wurde so durchgewunken.

Meine Damen und Herren, diese Liste ließe sich noch beliebig fortsetzen. Das lässt eigentlich nur einen Schluss zu - nämlich, dass offensichtlich die meisten der Fraktionen hier den Schuss noch nicht gehört haben. Wer so abstimmt, weiß offenbar nicht, was die Stunde geschlagen hat.

Die Menschen in Köln erwarten jetzt von uns - und das zu Recht - eine Konzentration auf das Wesentliche und auf das absolut Notwendige. Und das heißt: Ab sofort müssen alle weiteren Ausgaben unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Was wir jetzt brauchen, ist echtes Krisenmanagement. Nice to have war gestern. Kurzum: In Zukunft brauchen wir jetzt Suppenküchen statt Sozialgedöns.

Zweiter Gedanke: Man muss kein Prophet sein, um zu erkennen, dass der im letzten Jahr beschlossene Doppelhaushalt als Haushalts- und Planungsgrundlage nicht mehr taugt. Fakt ist: Unser Haushalt ist Makulatur. Wir brauchen deshalb schleunigst einen neuen Handlungsrahmen.

Daher fordern wir die Stadtkämmerin auf, zügig mit den Planungen und der Aufstellung für einen Haushalt 2021 zu beginnen - dies umso mehr, als ja noch nicht einmal sicher ist, dass die Kommunalwahl dieses Jahr auch stattfinden wird.

Dritter Gedanke: Bleiben Sie standhaft gegenüber den Trittbrettfahrern der Corona-Krise. Wir werden in den nächsten Monaten eine Vielzahl von Insolvenzen und wirtschaftlichen Notlagen in dieser Stadt sehen.

Lassen Sie mich eines ganz deutlich machen: Es ist vollkommen klar, dass wir denjenigen, die unverschuldet in Not geraten sind und über ein robustes Geschäftsmodell verfügen, selbstverständlich helfen werden, über diese kritische Zeit zu kommen.

Aber wir dürfen keinen allgemeinen Rettungsschirm über alle aufspannen. Das können wir nicht leisten, und das können wir uns als Stadt Köln nicht leisten.

Der erste Trittbrettfahrer in Köln hat sich ja schon gemeldet. Damit meine ich die insolvente Vapiano-Gruppe. Und ich sage Ihnen voraus, meine Damen und Herren: Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten zahlreiche Vapianos in Köln sehen, die auf die Stadt zukommen und um Hilfe bitten werden.

Ich fordere Sie auf: Bleiben Sie standhaft, und sagen Sie, dass es keine Hilfen für Unternehmen und Organisationen gibt, die sich schon vor Corona kaum über Wasser halten konnten.

Meine Damen und Herren, wir stehen vor einer enormen Herausforderung. Ich fordere uns daher auf:

1. alle Ausgabenwünsche unter Finanzierungsvorbehalt stellen,
2. schleunigst einen neuen Haushalt für das kommende Jahr aufstellen,
3. keine Hilfen für die Vapianos dieser Stadt. Vielen Dank.

(Beifall bei der Ratsgruppe Rot-Weiß)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich habe Sie darüber zu informieren, dass Herr Wortmann soeben mitgeteilt hat, dass er die als Anlage eingestellte Resolution, also diesen Auftrag, den Sie der Verwaltung gleich mit Abschluss dieser aktuellen Stunde geben wollen, nicht mitträgt und sich als Antragsteller zurückzieht. - Das ist jetzt eine Information gewesen, die ich Ihnen pflichtgemäß mitteile.

Wir kommen nun zum Beschluss über die Weiterführung der aktuellen Stunde gemäß § 5 Abs. 10 unserer Geschäftsordnung. Ich schlage vor, die Sache zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu überweisen, und zwar mit dieser Resolution, die ja für die Verwaltung einen Handlungsrahmen darstellt, als Anlage. Ich denke, so ist das von Ihnen gemeint.

Dann stelle ich das zur Abstimmung und frage Sie, ob es Gegenstimmen gibt. - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit können wir die aktuelle Stunde so abschließen, und die Sache wird zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung überwiesen, und zwar mit den Rahmenbedingungen, die Sie vorgegeben haben. - Vielen Dank.

(Beifall)

Beschluss:

Die Angelegenheit wird nach § 5 Abs. 10 Buchstabe c) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen mit der eingereichten Resolution als Handlungsrahmen an die Verwaltung überwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
RM Wortmann tritt aufgrund der nachträglich beigefügten Resolution vom Antrag zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1 auf:

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme einer Schenkung der Bethe-Stiftung

0973/2020

Wir konnten ihn noch nicht umdrucken. Er wurde Ihnen um 15.25 Uhr elektronisch zugewiesen. Die Verabredung mit der Bethe-Stiftung ist um 15.16 Uhr erfolgt. Es geht darum, dass die Bethe-Stiftung der Stadt Köln 250 000 Euro zuwenden möchte. Dazu gibt es eine ganz kurze Begründung, die ich Ihnen vorlesen würde - für diejenigen, die das noch nicht erreicht hat:

> Die Bethe-Stiftung stellt kurzfristig einen Geldbetrag von 250.000,00 Euro zur Verfügung, mit dessen Hilfe die Stadt Köln durch ihre Dienststellen geeignete Maßnahmen für die Obdachlosen- und Bedürftigenhilfe ergreifen sowie entsprechende Kölner Einrichtungen wie beispielsweise die Tafeln, die Lebensmittel an bedürftige Menschen verteilen, finanziell unterstützen will.

(Beifall)

Ich habe auch mit Frau Fürhaupter heute Vormittag schon darüber gesprochen, wie man das machen kann. Wir haben schon viele Ideen dazu. Mir war das ganz wichtig - deswegen bitte ich auch um Nachsicht für diese kurzfristige Einstellung hier. Ich denke, es ist in unser aller Sinne, dass wir das Geld abrufen. Es muss nämlich noch diese Woche abgerufen werden. Das ist eine Unterstützung der Bethe-Stiftung aus Bergisch-Gladbach, mit der wir auch sonst in vielen Fällen zusammenarbeiten. Das ist, finde ich, eine ganz großartige Unterstützung. Wir haben auch schon Ideen, was wir damit machen wollen. Aber ich denke, darüber wird auch im Sozialausschuss noch einmal beraten werden. Das nützt aber natürlich sehr.

Deswegen würde ich das jetzt gern zur Abstimmung stellen und Sie um Handzeichen bitten, wenn Sie mit dieser Schenkung einverstanden sind.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann haben wir die Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich sehr, sehr herzlich bei Erich Bethe, mit dem ich das besprochen habe. Wir werden dann auch eine entsprechende Pressemitteilung auf den Weg bringen. Ihm ist das auch deswegen sehr wichtig, weil er nicht nur will, dass wir hier denjenigen, die besonders betroffen sind, Unterstützung bieten, sondern er wünscht sich natürlich auch, dass andere seinem Beispiel folgen und jetzt das Portemonnaie aufmachen. Vielen Dank dafür.

und Entscheidung in den Hauptausschuss zu verweisen - so, wie das eben auch besprochen worden ist. - Ich sehe eifriges Nicken.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Schenkung der Bethe-Stiftung mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann komme ich zu Tagesordnungspunkt

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Die Anfragen liegen vor. Die vorab eingereichten Nachfragen werden schriftlich beantwortet.

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Gewalt gegen Mitarbeiter der Stadt, Krankenstand und Präventionsmaßnahmen"

AN/0200/2020

Antwort der Verwaltung vom 23.03.2020
0388/2020

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

4.2 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Geflüchtete aus griechischen Auffanglagern aufnehmen!"

AN/0357/2020

Antwort der Verwaltung vom 25.03.2020 0867/2020

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

4.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Kölner Wohnraumnot: Wohnungslose Menschen dürfen nicht länger im Regen stehen"

AN/0392/2020

Antwort der Verwaltung vom 25.03.2020 0912/2020

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

4.4 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Corona-Pandemie erschwert Kommunalwahl-Vorbereitungen"

AN/0424/2020

Antwort der Verwaltung vom 26.03.2020 0914/2020

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wenn Sie damit einverstanden sind, kann ich zu Tagesordnungspunkt 6.1.1 überleiten.

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Satzung über das besondere Vorkaufsrecht für das Gebiet „Otto und Langen-Quartier“ in Köln-Mülheim nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch 0095/2020

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung für das Gebiet 'Otto und Langen-Quartier' in Köln-Mülheim die als Anlage 1 beigefügte Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB).*
2. *Ergänzend zu dem Erlass der Vorkaufsrechtsatzung beauftragt der Rat die Verwaltung, im Rahmen der Sicherung der beschlossenen Planungsziele mit den einzelnen Grundstückseigentümern gemeinsam einvernehmliche Lösungen zu verhandeln und anzustreben.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.2 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Satzungsänderung

0512/2020

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Satzung für das Kommunalunternehmen Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt

Köln vom 05.11.2009 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 17.06.2014 in der in der Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

6.2.1 Elternbeitragssatzung für die Kindertagesbetreuung ab 01.08.2020

0558/2020

Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/0430/2020

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen.

(Zuruf von Christian Joisten [SPD])

- Ja, darüber lasse ich als Zweites abstimmen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen den Vorschlag machen, die Anträge zur Behandlung

Christian Joisten (SPD): Ich würde gern dazu sprechen insofern, dass wir den Änderungsantrag der FDP in unseren Punkt 1 integrieren würden.

(Ulrich Breite [FDP]: Nein, danke!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das wird nicht akzeptiert, also würde ich gern bei der Reihenfolge bleiben und zunächst über den Änderungsantrag der SPD abstimmen.

Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die Grünen, das ist die CDU, das ist die FDP, das ist Herr Zimmermann und ich auch. Enthaltungen? - AfD. Dann ist er abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der FDP abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion, das sind DIE LINKE, die FDP und Frau Gerlach; jetzt sehe ich sie. Es tut mir leid, es ist ganz schwierig von hier. Enthaltungen? - Keine. Konnte es auch nicht mehr geben. Dann ist er abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

I. Abstimmung über Änderungsantrag der SPD-Fraktion Beschluss:

Die SPD-Fraktion bittet Sie, die Beschlussfassung über eine Neufassung der „Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen zu Kindertageseinrichtungen, der Kindertagespflege und außerunterrichtlichen Angeboten der Offenen Ganztagsschulen“ wie folgt zu ersetzen:

Der Rat setzt sich zum Ziel, die frühkindliche Bildung und Erziehung kostenfrei zu ermöglichen, und beauftragt die Verwaltung,

1. *ein Finanzierungsmodell zu entwickeln, das die Kölner Familien von den Gebühren für den Besuch ihrer Kinder in einer Kita oder Tagespflege bis zur Einschulung freistellt*
2. *die mit diesem Ziel verbundenen zusätzlichen Haushaltsbelastungen transparent zu machen*
3. *gegenüber dem Land NRW die vollständige Durchleitung der Bundesmittel des „Gute Kita“-Gesetzes und die dringend erforderlichen Neuregelungen zur Entlastung des gesamten Finanzierungssystems, die das Kinderbildungsgesetz in seiner gerade beschlossenen Fassung nicht leistet, gezielt einzufordern.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, der Gruppe GUT und von Frau Oberbürgermeisterin Reker bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird wie folgt ergänzt:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Stufenmodell zur Reduzierung der Kitabeiträge für die nächsten drei Jahre zu entwickeln, mit dem Ziel eine komplette Beitragsfreiheit für den Besuch einer Kita oder Tagespflege zum Kitajahr 2022/2023 zu ermöglichen und dem Jugendhilfeausschuss sowie dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP und von RM Gerlach abgelehnt.

III. Abstimmung über die Ursprungsvorlage Beschluss:

Der Rat beschließt die Neufassung der „Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen zu Kindertageseinrichtungen, der Kindertagespflege und außerunterrichtlichen Angeboten der Offenen Ganztagsschulen“ in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung. Die Neufassung sieht ein zweites beitragsfreies Kita-Jahr vor.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf Tagesordnungspunkt:

6.2.2 Entgelt- und Honorarordnung für den Museumsdienst Köln

4454/2019

Meine Damen und Herren, wir stimmen ab über den aktualisierten Beschlussvorschlag der Verwaltung unter Anlage 4, der die vom Ausschuss Kunst und Kultur angeregte Änderung von Ziffer 3 Abs. 4 enthält.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen?

- Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss über den aktualisierten Beschlussvorschlag der Verwaltung (Anlage 4):

Der Rat beschließt rückwirkend zum 01.01.2020 die beigefügte Entgelt- und Honorarordnung für den Museumsdienst Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Änderung der Anlage 4 (Förderungshöhe) der Richtlinie für die Anerkennung und Förderung der Interkulturellen Zentren

0237/2020

Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - War das eine Enthaltung, Herr Wiener? - Eine Enthaltung von Rot-Weiß. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Förderungshöhe der drei festgelegten Kategorien zur Förderung der Interkulturellen Zentren in Köln ab 1.1. 2020 entsprechend Anlage 1 anzupassen.

Mit Beschluss des Haushaltsplans 2020/2021 des Rates vom 7.11.2019 wurde ein höheres Budget zur Förderung der Interkulturellen Zentren für 2020 festgelegt.

Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, Zeile 15 (Transferleistungen) zur Verfügung.

Die Anlage 4 der am 26.09.2019 beschlossenen Richtlinie für die Anerkennung und Förderung der interkulturellen Zentren (Vorlagen-Nr. 1909/2019/1) wird durch die Anlage dieser Vorlage ersetzt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.4.2 Geschäftsanweisung für das Finanzwesen der Stadt Köln

0638/2020

Gibt es Gegenstimmen?

(Christian Joisten [SPD]: Das wird zur Kenntnis genommen!)

Nach meinen Unterlagen muss ich es beschließen lassen.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Geschäftsanweisung für das Finanzwesen gemäß § 32 Abs. 1

der Kommunalhaushaltsverordnung NRW zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

6.4.3 Ergänzung der Richtlinie der Stadt Köln zur Förderung nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW aus 2012, zuletzt geändert durch Beschluss 1027/2019 vom 26.09.2019
0354/2020

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Ergänzung von Ziffer 2.4 der Richtlinie zur Förderung nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW um folgenden Satz:

„Alternativ können die unter Ziffer 5.5.1 festgelegten/zugeschriebenen und nicht ausgeschöpften Mittel zur Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen gemäß den Vorgaben zum Stadtbahnverkehr des Nahverkehrsplans der Stadt Köln, insbesondere zur Erfüllung des öffentlichen Dienstleistungsauftrags, Verwendung finden. Die Regelung gilt für die Förderjahre 2019 bis einschließlich 2021.“

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und - verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 und

§ 85 Abs. 1 GO NRW

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und - verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2019 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2019

0244/2020

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7.1.2 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und - verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2020 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21

0245/2020

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Neugestaltung des Spiel- und Bolzplatzes Eythstraße in Köln-Kalk hier: Kostenerhöhung

0632/2020

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das sind in der Tat jetzt Kenntnisnahmen. Vielen Dank.

Ich komme zu Tagesordnungspunkt

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Überplanmäßiger Aufwand 0489/2020

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Rot-Weiß.

Beschluss:

Der Rat beschließt überplanmäßige Aufwendungen gem. § 83 GO NRW in Höhe von insgesamt 11.905.000 € im Teilergebnisplan 0108, Zentrale Liegenschaftsangelegenheiten im Haushaltsjahr 2019.

Der Betrag teilt sich auf folgende Teilplanzeilen auf:

Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	*1.050.000 €*
Teilplanzeile 14 - bilanzielle Abschreibungen	*9.000.000 €*
Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen	*105.000 €*
Teilplanzeile 16 - sonstige ordentliche Aufwendungen	*1.750.000 €*

Die Deckung erfolgt im Haushaltsjahr 2019 durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0903 - Grundstücksbezogene Basisinformationen

- Teilplanzeile 16 - sonstige ordentliche Aufwendungen 250.000 €

Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen 1.400.000 €

Teilergebnisplan 1302 - Wasser und Wasserbau- Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
800.000 €

Teilergebnisplan 1601 - Allgemeine Finanzwirtschaft – Teilplanzeile 20 - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen
9.455.000 €

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Erweiterter Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss zur Bahnsteiganhebung der Stadtbahnhaltestelle Barbarossaplatz

hier: Herstellung der Barrierefreiheit für die Stadtbahnlinien 16 und 18

0330/2019

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stellt den grundsätzlichen Bedarf für die Vergabe von Planungsleistungen für die Bahnsteiganhebung der Stadtbahnhaltestelle Barbarossaplatz in Seitenlage fest und beauftragt die Verwaltung, die Planung weiter zu führen, die notwendigen Genehmigungen zu beantragen und die Planung bis zur Ausschreibung (Leistungsphase 6 HOAI) vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Tagesordnungspunkte 10.2 und 10.3 haben wir zurückgestellt.

Ich rufe auf:

10.4 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln

2530/2019

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt gemäß § 4 Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) in Verbindung mit § 4 der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln den Jahresabschluss zum 31.12. 2018 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln fest. Im Saldo ergibt sich eine Unterdeckung von 14,4 Mio. Euro, die vom städtischen Haushalt auszugleichen ist.*

   Das Jahresergebnis – nach Ergebnisausgleich mit der Kernverwaltung – beträgt 0,00 Euro.

2. *Dem Betriebsausschuss und der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.6 Wirtschaftsplan 2020 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln

3952/2019

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gem. § 4 der Betriebssatzung in Verbindung mit § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2020 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest (Anlage 1).

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan 2020 erforderlich ist, wird auf 360,1 Mio. Euro festgesetzt. Die Betriebsleitung wird ferner in Höhe von 141,7 Mio. Euro zum Abschluss von Verpflichtungen für investive Maßnahmen ermächtigt, die in künftigen Jahren zu Ausgaben führen. Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden darf, wird für das Wirtschaftsjahr 2020 auf 75,0 Mio. Euro festgelegt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.7 Verlängerung des Inneren Grüngürtels im Zuge des Projekts Parkstadt-Süd; hier: Vergabe- und Baubeschluss für die Niederlegung der städtischen Aufbauten auf dem Gelände: Bonner Straße 126, ehemaliger Güterbahnhof Bonntor - Aurelis-Gelände -

3795/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt die Niederlegung der Aufbauten AU 2 – 4 auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Bonntor (sog. Aurelis-Gelände).*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Niederlegung der Aufbauten entsprechend den städtischen Vergaberichtlinien auszuschreiben und nach erfolgter Submission unmittelbar zu beauftragen.*

Die Finanzierung der mit einem Aufwand von 3.025.000 € (brutto) veranschlagten Maßnahme erfolgt aus Mitteln für Unterhaltung von Grundstücken (Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen – im Teilplan 0108 – Zentrale Liegenschaftsangelegenheiten), die im Haushaltsplan 2020/2021, Haushaltsjahr 2020 zur Verfügung stehen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.8 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2020

0241/2020

Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Rot-Weiß. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt auf der Grundlage der Haushaltssatzung für das Jahr 2020 über die Verwendung der Haushaltsmittel 2020 in Höhe von zunächst 598.100,- € gemäß Anlage 2.

Die Mittel stehen in Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in Zeile 15, Transferleistungen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.9 Ersatzansprüche der Häfen und Güterverkehr Köln AG - Ausbaustopp Godorfer Hafen

0052/2020

Gegenstimmen? - Das ist die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat erkennt einen Erstattungsanspruch der Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK) für Aufwendungen im Zusammenhang mit der nicht weiter zu verfolgenden Planung zur Erweiterung des Hafens Godorf in Höhe von 9.398.866,10 Euro an und ermächtigt die Verwaltung, den Betrag mit dieser Zweckbindung auszuzahlen.

Die Deckung zur Finanzierung des Erstattungsanspruchs ist über Teilplan 1601, Allgemeine Finanzwirtschaft, in Zeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen, gewährleistet.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.10 Teilnahme an der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“

hier: Umsetzung der Förderbausteine 1 - 4

0442/2020

Gibt es Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. *die Teilnahme an der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ sowie die Durchführung von Maßnahmen entsprechend des Konzeptes zur kommunalen Umsetzung der Landesinitiative unter dem Vorbehalt der Förderung aus Mitteln des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) und des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS). Der Durchführungszeitraum beginnt am 01.07.2020 und endet am 30.06.2022.*

2. *die Finanzierung des Gesamtprojektvolumens von 2.956.360 € wie folgt:*

   - *Für das Haushaltsjahr 2020 werden die überplanmäßigen Mehraufwendungen*

     i. H. v. 739.090 € im Teilplan 0504, Freiwillige soziale Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, durch Minderaufwendungen in Höhe von 147.818 € im Teilergebnisplan 0503, Weitere soziale Pflichtleistungen, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen sowie durch zweckgebundene Mehrerträge i. H. v. 591.272 € im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Soziale Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 02 – Zuwendungen und allgemeine Umlagen gedeckt.

   - *Für das Haushaltsjahr 2021 werden die überplanmäßigen Mehraufwendungen*

     i. H. v. 1.478.180 € im Teilplan 0504, Freiwillige soziale Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, durch Minderaufwendungen in Höhe von 295.636 € im Teilergebnisplan 0503, Weitere soziale Pflichtleistungen, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen sowie durch zweckgebundene Mehrerträge i. H. v. 1.182.544 € im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Soziale Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 02 – Zuwendungen und allgemeine Umlagen gedeckt.

   - *Für das Haushaltsjahr 2022 werden die zusätzlichen Aufwendungen i. H. v. insgesamt 739.090 € im Teilplan 0504, Freiwillige soziale Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, mit dem Eigenanteil i. H. v. 147.818 € in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen sowie den zweckgebundene Erträgen i. H. v. 591.272 € in der Teilplanzeile 02 – Zuwendungen und allgemeine Umlagen jeweils im Teilergebnisplan 0504 –*

Freiwillige Soziale Leistungen und Diversity bei der Haushaltsplananmeldung berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.11 Einrichtung von Fachräumen als Automatisierungslabor im Berufskolleg 17, Eitorfer Str. 18-20, 50679 Köln (Deutz) - Förderprogramm des Landes NRW „Digitalpakt Schule“ - außerplanmäßige Auszahlungen im Teilfinanzplan 0301 Schulträgeraufgaben im Haushaltsjahr 2020 mit dazugehöriger Freigabe

2687/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt die Herrichtung und Einrichtung von Fachräumen als Automatisierungslabor im Berufskolleg 17 (Schwerpunkt gewerblich technische Ausbildungsberufe und Fachschule für Technik), Eitorfer Str. 18-20, Köln-Innenstadt (Deutz), mit Gesamtkosten in Höhe von rund 580.000 € (investiver Anteil: 500.000 €, konsumtiver Anteil: 80.000 €). Der Beschluss erfolgt im Vorgriff auf den Gesamtmaßnahmenkatalog zum Digitalpakt (Richtlinie Digitalpakt NRW) und steht unter dem Vorbehalt einer erteilten Förderungszusage durch das Land NRW. Der Rat stellt für die o.g. Maßnahme den Bedarf fest und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.*

   Die Zuwendung aus dem Digitalpakt wird in Höhe von 90% der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben gewährt, 10% der Kosten sind als Eigenanteil zu tragen.

   Zur Finanzierung der Maßnahme werden die Zuwendungen aus dem Digitalpakt in Höhe von rd. 522.000 € (konsumtiv: rd. 72.000 €, investiv: rd. 450.000 €) in 2020 unterjährig im Rahmen der Bewirtschaftung im Teilplan 0301 Schulträgeraufgaben als Deckung zur Verfügung gestellt. Der Rat beschließt in diesem Zusammenhang für 2020 eine außerplanmäßige Bereitstellung von Auszahlungsmitteln in Höhe von 450.000 € im Teilfinanzplan 0301 Schulträgeraufgaben in der Teilplanzeile 9 – Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen –, bei der Finanzstelle 4050-0301-0-6014 Digitalpakt.

   Der im Teilergebnisplan 0301 Schulträgeraufgaben entstehende Mehrbedarf in Höhe von 72.000 € wird unterjährig in 2020 im Rahmen der Bewirtschaftung mittels unechter Deckung finanziert.

   Bezüglich des städtischen Eigenanteils in Höhe von rd. 58.000 € (konsumtiv: rd.

   8.000 €, investiv: rd. 50.000 €) beschließt der Rat ferner für 2020 eine außerplanmäßige Bereitstellung von Auszahlungsmitteln in Höhe von 50.000 € im Teilfinanzplan 0301 Schulträgeraufgaben in der Teilplanzeile 9 – Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen –, bei der Finanzstelle 4050-0301-0- 6014 Digitalpakt. Die investive außerplanmäßige Mehrauszahlung in Höhe von

   50.000 € wird innerhalb des Teilfinanzplans 0301 Schulträgeraufgaben durch eine Wenigerauszahlung von im Hpl. 2020/2021 für 2020 veranschlagten Mitteln des Förderprogramms Gute Schule 2020 bei Teilplanzeile 9 – Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen -, Finanzstelle 4050-0301-0-6013 Gute Schule 2020, gedeckt.

   Der im Teilergebnisplan 0301 Schulträgeraufgaben entstehende Mehrbedarf in Höhe von 8.000 € wird unterjährig in 2020 im Rahmen der Bewirtschaftung mittels echter Deckung im Wege der Sollumbuchung innerhalb des Teilergebnisplans 0301 Schulträgeraufgaben aus veranschlagten Mitteln des Förderprogramm Gute Schule 2020 finanziert.

2. *Der Rat beschließt, vorbehaltlich der Gewährung der Landesförderung, die Freigabe von Kassenmitteln im Haushaltsjahr 2020 in Höhe von 500.000 € im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, auf der Finanzstelle 4050-0301-0-6014, Digitalpakt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.12 Gründung der Film Festival Cologne GmbH

3089/2019

Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt – vorbehaltlich der Nichtbeanstandung durch die Kommunalaufsicht – die Gründung der Film Festival Cologne GmbH nach den Maßgaben dieser Vorlage sowie des Gesellschaftsvertrags (Anlage 1).*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle notwendigen Schritte zur Gründung der Film Festival Cologne GmbH zu veranlassen und ermächtigt die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, entsprechende Erklärungen abzugeben.*

3. *Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder sonstigen Gründen Änderungen als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat der Stadt Köln mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.13 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung: „Erhöhung des Förderetats für interkulturelle Projekte“ sowie „Etatisierung eines Förderbudgets für freie inklusive Kulturarbeit“

0429/2020

Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Rot-Weiß. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung von zwei Maßnahmen im Jahr 2020 für kulturelle Teilhabe - „Erhöhung des Förderetats für interkulturelle Projekte“ i.H. v. 50.000 € so-wie „Etatisierung eines Förderbudgets für freie inklusive Kulturarbeit“ i.H. v. 50.000 € das als Inklusionszuschlag abgerufen werden kann und beschließt zur Umsetzung dieser Maßnahmen die haushaltsneutrale Umschichtung von 100.000 Euro innerhalb des Teilplans 0416 – Kulturförderung aus der Teilplan-zeile 13 – Dienstleistungen – in die Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.14 Anpassung der Ermäßigungsregelung für Konzerte des Gürzenich-Orchesters ab der Spielzeit 2020/21

0561/2020

Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, dass für Menschen mit Schwerbehinderung ab der Spielzeit 2020/2021 folgende Ermäßigungsregelung beim Kauf von Tickets für Konzerte des Gürzenich-Orchesters in der Kölner Philharmonie gelten soll:

Menschen mit einer Schwerbehinderung ab einem Grad der Behinderung (GdB) von 50 % erhalten auf Nachweis 50 % Ermäßigung. Sofern im Schwerbehindertenausweis der Buchstabe »B« vermerkt ist, erhält zudem eine Begleitperson eine kostenlose Eintrittskarte.

Finanzielle Auswirkungen auf den städtischen Haushalt ergeben sich nicht.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.15 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Anmietung neuer Räume für die Kunst- und Museumsbibliothek

0727/2020

Hier werden die Fragen aus dem Kulturausschuss noch beantwortet werden.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist schon!)

- Das ist schon erledigt, okay. Mich hat das nicht erreicht, deswegen war es mir wichtig, das zu sagen.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - AfD und Rot-Weiß. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stellt den Bedarf zur Anmietung neuer Räumlichkeiten für die Neuunterbringung der Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln fest und beauftragt die Verwaltung mit der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten für diese Kultureinrichtung.

Wegen der besonderen Bedeutung der Maßnahme wird der Abschluss des Mietvertrages unter Darlegung der Finanzierung des Gesamtvorhabens unter Beschlussvorbehalt des Rates gestellt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.16 Drogenhilfekonzept 2020 der Stadt Köln

3804/2019

Hier möchte ich abstimmen lassen wie im Sozialausschuss, Anlage 3, und Gesundheitsausschuss, Anlage 4, nur über Ziffer 1 der Vorlage, meine Damen und Herren.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 05.03.2020 (Anlage 3) und des Gesundheitsausschusses vom 10.03.2020 (Anlage 4) nur zu Ziffer 1 der Vorlage:

1. Der Rat beschließt das im Rahmen des Suchthilfeplanungsprozesses entwickelte Drogenhilfekonzept 2020 der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.19 Baubeschluss für die Generalinstandsetzung des Deutzer Ringes zwischen östlichem Zubringer und der Severinsbrücke in beiden Fahrtrichtungen (Bauabschnitt 2 und 3) sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen - hier: Finanzstelle 6601-1201- 0-6605, Generalinstandsetzung von Straßen

0064/2020

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Ausführung einer Generalinstandsetzung des Deutzer Rings zwischen dem östlichen Zubringer und der Severinsbrücke in beiden Fahrtrichtungen (2. und 3. Bauabschnitt) mit investiven Gesamtkosten in Höhe von 6.242.000 €.*

2. *Der Rat beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 1.000.000 € im Haushaltsjahr 2020 für die Generalinstandsetzung des Deutzer Rings zwischen dem östlichen Zubringer und der Severinsbrücke im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6601-1201- 0-6605, Generalinstandsetzung*

von Straßen, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.21 Erweiterter Planungs- und Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Aufzugsnachrüstung der Stadtbahnhaltestelle Friesenplatz inklusive erforderlicher technischer Ausrüstung

1260/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Fortführung der Planung der Aufzugsnachrüstung für die Stadtbahnhaltestelle Friesenplatz inklusive erforderlicher technischer Ausrüstung und stellt den Bedarf für die zu vergebenden externen Ingenieuraufträge fest. Die Verwaltung wird die notwendigen Genehmigungen beantragen und die Planung bis zur Ausschreibung (Leistungsphase 6 HOAI) vorbereiten. Zur Herstellung der Barrierefreiheit werden fünf Aufzüge nachgerüstet, welche die insgesamt vier Ebenen miteinander verbinden. Parallel zur Aufzugsnachrüstung wird ein brandschutztechnisches Sanierungskonzept der verschiedenen Ebenen erarbeitet.

Gleichzeitig beschließt der Rat der Stadt Köln die erstmalige Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplanes 1202 - Brücken, Tunnel, Stadt-

bahn, ÖPNV – i.H.v. 200.000 Euro bei Finanzstelle 6903-1202-1-7090, Haltestelle Friesenplatz - Einbau von Aufzügen -, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2019.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretung Innenstadt uneingeschränkt zustimmt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.22 Ergänzung des Stadtbahnvertrages vom 03.09./09.09.1991 zur Übertragung der Federführung für die Maßnahme

„Kapazitätserweiterung durch Verlängerung der Bahnsteige der Haltestellen der Stadtbahnlinie 1“ sowie Beschluss über die Erstellung der Planung für die rechtsrheinischen Haltestellen und die Haltestelle Rheinenergie-Stadion der Stadtbahnlinie 1 bis Leistungsphase 4 HOAI durch die Kölner Verkehrs-Betriebe AG

2399/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt, der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) in Ergänzung des Stadtbahnvertrages vom 03./09.09.1991 die Federführung für die Kapazitätserweiterung der Stadtbahnlinie 1 „Ost-West-Achse“ im rechtsrheinischen Streckenabschnitt sowie für die Haltestelle Rheinenergie-Stadion (nur Haltestelle für den Sonderverkehr) zu übertragen.*

   In diesem Zusammenhang beauftragt der Rat der Stadt Köln die Verwaltung, den als Anlage 1 beigefügten Nachtragsvertrag zum Stadtbahnvertrag mit der KVB abzuschließen.

2. *Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die KVB für die Kapazitätserweiterung des rechtsrheinischen Streckenabschnittes der Ost-West-Achse sowie für die Haltestelle Rheinenergie-Stadion (nur Haltestelle für den Sonderverkehr) die Entwurfsplanung einschließlich Kostenberechnung (Leistungsphase 3 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure 2013 – HOAI 2013) erarbeiten und die erforderliche Genehmigungsplanung (Leistungsphase 4 der HOAI 2013) erstellt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.23 Erweiterung der Nord- und Südseite der Hohenzollernbrücke; Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss 2805/2019

Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/0438/2020

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT

AN/0432/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Bitte entschuldigen Sie, Frau Oberbürgermeisterin. Hier liegt ein Änderungsantrag von CDU, den Grünen und GUT vor, dem wir auch gern zustimmen würden. Ich verstehe ihn nur leider nicht in dem Punkt 3. Vielleicht kann jemand vertonen, was damit gemeint ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Kann uns jemand unterstützen? - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Kollege Sterck, es ist damit gemeint, dass wir die Rampe, die an der Nordseite der Hohenzollernbrücke vorgesehen ist, wo wir im letzten Verkehrsausschuss die Mitteilung hatten, dass die provisorisch nicht gehen soll, gern dauerhaft dort integriert haben möchten und dass im Zuge dessen aber auch - -

(Ralph Sterck [FDP]: Punkt 3!)

- Entschuldigung.

Punkt 3: Es geht darum, dass noch geklärt werden soll im weiteren Verfahren, ob die neue Brücke, die auf der Südseite der Hohenzollernbrücke entsteht, den Radweg bzw. Rad- und Fußweg, der bisher drangeflanscht ist, mit integriert bekommt und ersetzt oder ob dieser Steg quasi erhalten bleibt und die neue Brücke dann darunter gesetzt wird. Das ist einfach noch einmal als Variante mit zu prüfen, damit wir als Politik auch entsprechend über Varianten entscheiden können.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Konnte das Ihr Abstimmungsverhalten unterstützen? - Gut.

Dann lasse ich zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und Frau Gerlach; jetzt weiß ich, wo sie sitzt. Enthaltungen? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Dann ist das abgelehnt.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Änderungsantrag von CDU, Grüne und GUT. Gibt es Gegenstimmen? - Frau Gerlach, war das nur ein Winken? - Gut. Enthaltungen? - Der LINKEN. Keine Gegenstimmen und Enthaltungen bei der LINKEN. Dann ist es so beschlossen.

Ich muss jetzt abstimmen lassen über die Vorlage in der soeben geänderten Form, meine Damen und Herren. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen der SPD-Fraktion und von Frau Gerlach. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion Beschluss:

Der Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

1. Der Rat stellt den Bedarf zur Vergabe von Planungsleistungen für die Erweiterung der Nordseite der Hohenzollernbrücke fest und beauftragt die Verwaltung, die Maßnahme, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung, bis zur Vorplanung (Leistungsphase 2 HOAI) vorzubereiten.

2. Damit die Verbreiterung der Nordseite den gewollten verkehrlichen Nutzen entfalten kann, wird die Verwaltung beauftragt, die vorgesehene Rampe zum Breslauer Platz in die Planungen zu integrieren.

3. Der Rat stellt den Bedarf zur Vergabe von Planungsleistungen für den Bau einer Brücke für Zufußgehende und Radfahrende zwischen dem Theodor-Heuss-Ring und dem Rheinpark fest und beauftragt die Verwaltung, die Maßnahme, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung, bis zur Vorplanung (Leistungsphase 2 HOAI) vorzubereiten. Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit den Investoren des neuen Quartiers Mülheim Süd und der Kölnmesse GmbH

aufnehmen und Möglichkeiten auszuloten, das Projekt gemeinsam voranzubringen.

4. Gleichzeitig beschließt der Rat die erste Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 500.000 € des Teilfinanzplans 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 8 – Auszahlung für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 6901-1202-0-0350 – Fuß- und Radwegerweiterung Hohenzollernbrücke, im Haushaltsjahr 2020.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und von RM Gerlach bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen und der Gruppe GUT

Beschluss:

Die Vorlage wird hinter Punkt 1 und 2 um folgende Punkte erweitert: Die Verwaltung wird beauftragt:

3. im Rahmen der anstehenden Planungen zu untersuchen, ob der bisherige Rad- und Fußweg aufgegeben und die neu zu errichtende Brücke auf der Südseite bis an die bisherigen Bauwerke herangerückt werden kann.

4. die Situation am Heinrich-Böll-Platz für den Fuß- und Radverkehr so zu verbessern, dass die durch das neue Brückenbauwerk zusätzlichen Fuß- und Radverkehrsströme besser abgewickelt werden können

5. im Rahmen der zügigen Erweiterung der Nordseite der Hohenzollernbrücke die geplante Rampe zum Breslauer Platz zu integrieren. Dabei ist zu prüfen, ob die Rampe zusätzlich auch an das Rheinufer geführt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

III. Abstimmung über die so geänderte Vorlage:

Beschluss:

1. Der Rat stellt den Bedarf zur Vergabe von Planungsleistungen für die Erweiterung der Nord- und Südseite der Hohenzollernbrücke fest und beauftragt die Verwaltung, die Maßnahme, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung, bis zur Vorplanung (Leistungsphase 2 HOAI) vorzubereiten.

2. Gleichzeitig beschließt der Rat die erste Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 500.000 € des Teilfinanzplans 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 8 – Auszahlung für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 6901-1202-0-0350 – Fuß- und Radwegerweiterung Hohenzollernbrücke, im Haushaltsjahr 2020.

3. im Rahmen der anstehenden Planungen zu untersuchen, ob der bisherige Rad- und Fußweg aufgegeben und die neu zu errichtende Brücke auf der Südseite bis an die bisherigen Bauwerke herangerückt werden kann.

4. die Situation am Heinrich-Böll-Platz für den Fuß- und Radverkehr so zu verbessern, dass die durch das neue Brückenbauwerk zusätzlichen Fuß- und Radverkehrsströme besser abgewickelt werden können

5. im Rahmen der zügigen Erweiterung der Nordseite der Hohenzollernbrücke die geplante Rampe zum Breslauer Platz zu integrieren. Dabei ist zu prüfen, ob die Rampe zusätzlich auch an das Rheinufer geführt werden kann.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und von RM Gerlach zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.24 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Trankgasse Bauabschnitt 2 des Gesamtkonzeptes zur städtebaulichen Verbesserung der Domumgebung;

hier: Baubeschluss und ergänzende Planungsbeschlüsse

3186/2019

Ich lasse abstimmen wie StEA, Anlage 11, und Finanzausschuss, Anlage 12. Gibt es

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - AfD und Rot-Weiß. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Stadtentwicklungsausschusses vom 19.03.2020 (Anlage 11) und des Finanzausschusses vom 23.03.2020 (Anlage 12):

Der Rat

1. beschließt, die bauliche Umsetzung der vorgelegten Entwurfspläne des Bauabschnittes 2 zur städtebaulichen Neuordnung des Domumfeldes im nord/westlichen Dombereich, Trankgasse mit berechneten Baukosten in Höhe von rd. 6.665.373 € brutto.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Anmerkung:
Ziff. 2 wird von der Verwaltung derzeit wegen umfangreicher Prüfaufträge zurückgezogen und die verkehrlichen Belange werden mit einer neuen Vorlage eingebracht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.26 Kommunales Vorkaufsrecht Erfahrungsbericht und Evaluation 3388/2019

Gibt es Gegenstimmen? - Der FDP-Fraktion. Enthaltungen? - AfD und Rot-Weiß. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, das kommunale Vorkaufsrecht nach den §§ 24 ff. BauGB weiter auszuüben.*

2. *Der Rat beschließt die Erhöhung der Verwaltungsgebühren für die Zurückweisungsbescheide und die Negativatteste entsprechend der Anlage 1 und ändert hierzu die in der Allgemeinen Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Köln unter den Ziffern 23.6.1 und 23.6.2 aufgeführten Gebührentatbestände entsprechend.*

3. *Der Rat beschließt zudem, die vorhandenen A 7/ EG 7- Stellen der Laufbahngruppe 1 (ehemals mittlerer Dienst) von 5,5 auf 4 zu reduzieren und die vorhandenen A 11/ EG 10- Stellen der Laufbahngruppe 2 (ehemals gehobener Dienst) von 2 auf 3,5 zu erhöhen. Die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von 23.750,- EUR werden überplanmäßig im Teilergebnisplan 0108 – Zentrale Liegenschaftsangelegenheiten, Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen zur Verfügung gestellt. Die Deckung des Mehrbedarfs erfolgt im selben Teilergebnisplan durch Mehrerträge in Teilplanzeile 04 - öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.28 Rondorf Nord-West, Entflechtungsstraße Variantenentscheidung 4122/2019

Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss heute, Anlage 13, und gebe Ihnen zur Kenntnis, dass Herr Bezirksbürgermeister Homann seinen Redebeitrag zu Protokoll eingereicht hat.

(Ulrich Breite [FDP]: Das denke ich mir!)

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltun gen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Verkehrsausschusses vom 26.03.2020 (Anlage 13):

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung die Planung der Entflechtungsstraße auf der Grundlage der Südvariante 4a.2 (Anlage 02) aus dem Variantenvergleich weiterzuverfolgen und hierfür die Planfeststellung bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen.

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Rondorf Nord-West“ die nördliche Erschließungsstraße zur optimierten Erschließung des Neubaugebietes unmittelbar an den Weißdornweg anzubinden.

1. *Wie bereits im November 2017 beschlossen,*

soll die Maßnahme Rondorf Nord-West als ein Projekt geführt werden, das aus folgenden Bausteinen besteht:

a. Planfeststellungsverfahren zur Verlagerung des Galgenbergsees

b. Bauleitplanverfahren zur Schaffung des Baurechts für den Hochbau

c. Planfeststellungsverfahren für die Entflechtungsstraße

d. Planfeststellungsverfahren für die neue Stadtbahnlinie

e. Planungen für die erste KITA, die erste Grundschule und einer weiterführenden Schule, perspektivisch die anderen KITAs und Grundschulen

f. Verkehrsmaßnahmen gemäß Antrag AN 1418/2018 vom 29.1.2019 VA

2. Der für all diese Maßnahmen im Rahmen einer Projektsteuerung zu führende Zeit-/Maßnahmenplan ist dem Ausschuss und der Bezirksvertretung zeitnah und mit jeder Vorlage vorzulegen.

3. Dabei sind die Teilprojekte b) Wohnungsbau und c) Entflechtungsstraße und d) Stadtbahnlinie besonders eng gekoppelt.

4. Der Wohnungsbau darf nicht erfolgen bevor die gesamte Vorzugsvariante nutzbar ist und die Querung bzw. Linienführung der Stadtbahn über den Bonner Verteiler beschlossen ist. Voraussetzung für einen Baubeginn der Gebäude ist die Einleitung des Genehmigungsverfahrens zum Stadtbahnausbau durch den entsprechen Beschluss des Rates.

Mit dem Erstbezug der Wohnungen ist mindestens ein Stadtbahnvorlaufbetrieb mit gleichem Takt und Haltestellen wie bei der geplanten Stadtbahn einzurichten. Die Umsetzung des Stadtbahnbaus erfolgt mit Hochdruck. Außerdem ist die Busanbindung an den Bahnhof Hürth-Kalscheuren zu realisieren.

5. Der östliche Abzweig der Vorzugsvariante nach Norden zur Hahnenstraße sollte entfallen und stattdessen der Bau der Hauptachse beschleunigt erfolgen, wobei zeitgleich die Kreuzung Kiesgrubenweg / Bonner Landstraße zu ertüchtigen ist.

6. Die mittlerweile vorliegenden Anregungen aus der Bürgerbeteiligung sowie aus der Bezirksvertretung sind im Rahmen der weiteren Planung zu prüfen und zu berücksichtigen.

So ist u.a. darzustellen und zu prüfen, wie

- *die Abzweigungen Militärringstraße / Zum Forstbotanischen Garten und Friedrich-Ebert-Straße / Bonner Landstraße entsprechend der zu erwartenden Verkehrsentwicklung geplant werden können*
- *Der existierende Radweg zwischen Rondorf und Immendorf ist im Querungsbereich der Entflechtungsstraße kreuzungsfrei zu gestalten.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.29 Grün hoch 3

4316/2019

Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt im Rahmen der städtischen Anpassung an den Klimawandel die überarbeitete Förderrichtlinie zur Gewährung von Zuschüssen für Dach- und Fassadenbegrünungen, sowie für Entsiegelung von Höfen und Vorgärten „GRÜN hoch 3 Dächer | Fassaden | Höfe“.

Die Finanzierung wurde bereits mit Ratsbeschluss vom 05.07.2018 Nr. 0982/2018 sichergestellt. Das Förderprogramm Grün hoch 3 mit der Laufzeit von fünf Jahren ist eines von mehreren Folgeprojekten aus dem Maßnahmenkatalog des Projektes

„Klimawandelgerechte Metropole Köln“.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.30 Beschluss über die Zustimmung zum Abschluss des städtebaulichen Vertrags zum städtebaulichen Planungskonzept „Laurenz-Carré“ in Köln-Altstadt/Nord

0111/2020

Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/0439/2020

Hier lasse ich zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion Beschluss:

Der Rat möge folgenden Beschluss fassen:

Die Beschlussvorlage wird unter Punkt 2. wie folgt geändert:

Der Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 21.09.2017 zum öffentlich geförderten Wohnungsbau wird insofern geändert, als der Nachweis von mindestens 90% öffentlich gefördertem Wohnungsbau der zu errichtenden Wohneinheiten im Laurenz-Carré im Bereich des Bebauungsplan-Entwurfs „Deutz-Areal“ in Köln-Mülheim erbracht werden soll. Diese sind zusätzlich zu den aus dem Bebauungsplanverfahren

„Deutz-Areal“ resultierenden 30% öffentlich geförderten Wohnungsbau im Bereich des Bebauungsplan-Entwurfs „Deutz-Areal“ zu erbringen.

Der geförderte Wohnungsbau in Höhe von 30% der zu errichtenden Wohnheiten im Laurenz-Carré braucht in diesem Fall nicht im Bereich des Vertragsgebietes Laurenz-Carré nachgewiesen zu werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion abgelehnt.

II. Abstimmung über die Ursprungsvorlage Beschluss:

1. Der Rat stimmt dem Abschluss des in Anlage 1 beigefügten städtebaulichen Vertrags in seinen Inhalten zu und beauftragt die Verwaltung, eine Unterzeichnung durch die Vorhabenträgerin zu erwirken.

2. Entsprechend des Beschlusses des Stadtentwicklungsausschusses vom 21.09.2017 (vgl. Anlage 4) zum öffentlich geförderten Wohnungsbau ist der Nachweis von mindestens 30% öffentlich gefördertem Wohnungsbau der zu errichtenden Wohneinheiten im Laurenz-Carré (Bereich Marspfortengasse 10) zu erbringen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 66380/03

Arbeitstitel: Husarenstraße in Köln-Rondorf

0186/2020

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Bebauungsplan 66380/03 für das Gebiet östlich der Husaren-

straße die Flurstücke 261 und 265, Flur 6 der Gemarkung Rondorf —Arbeitstitel: Husarenstraße in Köln-Rondorf— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414)in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBL. I S. 1722) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) — in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu den Satzungen.

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 28.02.2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

0035/2020

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der dritten Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der der Vorlage als Anlage 2 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

16.2 Achtzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages

0208/2020

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 18. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrags – Erschließungsbeitragssatzung – vom 29. Juni 2001 in der der Vorlage als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu den Wahlen.

17 Wahlen

17.1 GbR Historische Mitte: Entsendung von Mitgliedern in den Lenkungskreis

0414/2020

Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Von der LINKEN und der FDP-Fraktion. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln nimmt die Ausführungen der Bezirksregierung Köln in der Genehmigungsverfügung zur GbR Historische Mitte vom 27.01.2020 sowie deren Umsetzung im Gesellschaftsvertrag in Ziffer 5.6 und Ziffer 16 zur Kenntnis.*

2. *Der Rat der Stadt Köln entsendet folgende 4 Mitglieder in den Lenkungskreis der GbR Historische Mitte:*

   1) *Herrn Beigeordneten Markus Greitemann*

      (Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW die Oberbürgermeisterin bzw. eine von ihr vorgeschlagene Bedienstete/ ein von ihr vorgeschlagener Bediensteter der Stadt Köln)

   2) *Frau Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach*

   3) *Frau Dr. Isabell Nehmeyer-Srocke, Leiterin der Kämmerei*

   4) *Herrn Stefan Grewing, Jurist in der Praxisgruppe Finanzen der Stabsstelle „Beteiligungssteuerung und öffentliches Finanz- und Unternehmensrecht“*

   Die Entsendung endet mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.2 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln

0553/2020

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt

Herrn Markus Johannes für die Freien Wohlfahrtsverbände (bisher Frau Monika Dierksmeier)

zum Mitglied der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen sowie

Frau Kerstin Rodenberg für den Renten- und Unfallversicherungsverband (bisher Frau Verena Demmin),

Frau Stephanie Specht für den Verband der Privaten Krankenversicherung (bisher Frau Dorothee Hoppe),

und

Herrn Dr. Florian Koroska für die Ärztekammer Nordrhein (vorher Herr Dr. Michael Hoffmann)

zu stellvertretenden Mitgliedern der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen.

Die Bestellungen des bisherigen Mitgliedes und der bisherigen stellvertretenden Mitglieder werden aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.3 Wahl der Vertreter des Rates in der Jurysitzung des Umweltschutzpreises der Stadt Köln

0415/2020

Ich lasse abstimmen wie der Umweltausschuss in Anlage 2. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Ausschusses Umwelt und Grün vom 12.03.2020 (Anlage 2):

Der Rat der Stadt Köln entsendet folgende sechs vom Rat der Stadt Köln zu benennende Vertreterinnen und Vertreter, die einem Ausschuss des Rates angehören, in die Jurysitzung für die Auswahl der Preisträgerinnen und Preisträger des Umweltschutzpreises der Stadt Köln 2020:

1. *Karl-Heinz Walter (SPD)*
2. *Wilfried Becker (SPD)*
3. *Katharina Welcker (CDU)*
4. *Stephan Wieneritsch (FDP)*
5. *Robert Schallehn (Grüne)*
6. *Hamide Akbayir (Linke)*

Die Entsendung gilt für die Wahlperiode des Rates. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Dies ist die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Satzung über eine zweite Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Nord

Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord

0309/2020

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss des Hauptausschusses:

Der Hauptausschuss beschließt im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß

§ 60 Absatz 1 Satz 1 GO NRW die Satzung über eine zweite Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Nord – Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord– für das Gebiet zwischen Aachener Straße im Süden, Hohenzollernring im Osten, Friesenplatz und Venloer Straße im Norden sowie der Bahntrasse Köln – Bonn im Westen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Beschluss des Rates:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW vorstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.2 Erstattung von Elternbeiträgen und Essensgeld wegen Corona-bedingter Schließung von Kindertagesbetreuungen

0893/2020

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltun gen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen. Das ist ein wichtiges Signal, was wir da aussenden.

Beschluss:

Wir beschließen, dass für die Zeit der Schließung von Kindertagesbetreuungen (Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen, offenen Ganztagsschulen) den Eltern anteilig nach den Schließungstagen für den o.g. Zeitraum die Elternbeiträge und bei den in städtischen Kindertageseinrichtungen angemeldeten Kindern auch das Essensgeld erstattet wird.

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1, Satz 2 GO vorstehende Dringlichkeitsentscheidung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf Tagesordnungspunkt:

19 Entscheidungen in Angelegenheiten der Fachausschüsse zur Vermeidung von Dringlichkeitsentscheidungen - Rückholrecht des Rates gemäß § 6 Zuständigkeitsordnung

19.1 Bedarfsfeststellung über die Ersatz-/Neubeschaffung von Veranstaltungsmobiliar für das Historische Rathaus 0621/2020

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales erkennt den Bedarf über 335.200,00 € (netto) für die Beschaffung von Veranstaltungsmobiliar für den Hansasaal und die Piazzetta im Historischen Rathaus an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde gern die Nichtöffentlichkeit herstellen.

(Schluss: 17.07 Uhr)

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 4.4

zu Protokoll gegebene Nachfrage

Thor-Geir Zimmermann *(Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Vielen Dank für die Beantwortung unserer Anfrage.*

Zu Punkt 4) Ihrer Antwort haben wir zwei Nachfragen. Wir bitten darum, diese nach Rücksprache mit der Landesregierung zu beantworten.

1) *Das Ministerium des Innern NRW hält „ein etwas verkürztes Zeitfenster für die Sammlung der Unterstützungsunterschriften für zumutbar". Ab wie vielen Tagen Frist, zum Sammeln der Unterstützungsunterschriften, wäre ein verkürztes Zeitfenster nach Ansicht des Ministeriums des Innern NRW nicht mehr zumutbar?*

2) *Das in der Antwort erwähnte Ausdrucken, Unterschreiben, Scannen und per E-Mail Einsenden von Unterstützungsunterschriften erscheint uns wenig praktikabel. Wie bewertet die Verwaltung/das Ministerium den Vorschlag, die Anzahl der zu sammelnden Unterschriften zu reduzieren?*

Mit Dank für Ihre Antwort Thor Zimmermann

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 6.1.1
zu Protokoll gegebene Rede

Michael Frenzel *(SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!*

Vorgeschichte

In Köln-Mülheim liegt, nahe dem Hafen, ein Ort von absolut herausragender industriegeschichtlicher Bedeutung. Hier, wo es nach Öl und Eisen riecht, auf dem zuletzt von KHD genutzten Industriegelände, stand die erste Gasmotorenfabrik der Welt. Hier löste der Verbrennungsmotor die Dampfmaschine ab. In diesen alten Fabrikhallen startete die Weltmotorisierung.

Nach dem Wegzug der Deutz AG soll jetzt auf dem rund 5 Hektar großen Gelände „Otto-&-Langen-Quartier" ein neues Stadtquartier entstehen. Dafür wurde unter dem rotgrünen Oberbürgermeister Roters ein als beispielhaft bezeichneter Werkstattprozess organisiert, der Leitlinien und Visionen definierte für eine soziale und nachhaltige Stadtentwicklung unter Achtung des historischen Erbes.

Von der Umsetzung dieser Visionen gelang der nach 2014 veränderten Ratsmehrheit aus CDU, Grünen, FDP und Freunden, mit ihrer Oberbürgermeisterin Reker, jedoch kaum etwas. Große Areale des industriegeschichtlichen Erbes wurden plattgemacht, wie Professor Dr. Walter Buschmann, passionierter Denkmalschützer und Vorsitzender des Vereins Rheinische Industriekultur, kritisiert:

> *Eine deutliche Fehlentwicklung gibt es hinsichtlich des östlich der Deutz-Mülheimer Straße gelegenen Geländes der Deutz AG. Der dort realisierte Verkaufspreis von 120 bis 170 Mio Euro kann zu keiner substanzorientierten Planung mehr führen. Der Investor wird mit aller Macht versuchen, den hohen Bodenpreis durch Neubau zu refinanzieren. Anstelle von Stadtreparatur und erhaltender Stadterneuerung ist hier Kahlschlag vorprogrammiert.*

Nun geht es um das auf der anderen Straßenseite gelegene Gelände. Hier bietet sich vielleicht eine letzte Chance, aus einem Teufelskreis von spekulativer Bodenpreisentwicklung und gewinnoptimierter Stadtentwicklung auszubrechen.

Die Satzung

Die Satzung über das besondere Vorkaufsrecht für das Gebiet „Otto-&-Langen-Quartier" in Köln-Mülheim nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch ist ein verzweifelter Reparaturversuch in voller Fahrt, um eine fahrlässige Geisterfahrt der schwarzgrünen Ratsmehrheit zu beenden.

Der Ratsbeschluss soll:

1. *eine geordnete städtebauliche Entwicklung für das Gebiet über ein Vorkaufsrecht der Stadt sicherstellen und*
2. *die Stadtverwaltung beauftragen, mit den Grundstückseigentümern einvernehmliche Lösungen zu verhandeln.*

Die Ablehnung

Der Hintergrund: Den Kauf eben dieser Grundstücke hat die schwarzgrüngelbe Mehrheit am 1. Februar 2018 im Stadtentwicklungsausschuss abgelehnt.

Damals beantragte die SPD in einem Änderungsantrag zum Städtebaulichen Planungskonzept Otto-Langen-Quartier:

> *Angesichts der Veräußerungsabsichten der NRW.Urban wird die Verwaltung beauftragt, zu prüfen, die Grundstücksflächen der NRW.Urban im Otto-*
>
> *Langen-Quartier*
>
> *a) zum Zwecke des Zwischenerwerbs durch die Stadt Köln selbst und mit anschließender Weiterveräußerung prioritär im Rahmen einer Direktvergabe an einen sog. Bestandshalter*
>
> *oder*
>
> *b) durch eine städtische Entwicklungs- oder Wohnungsgesellschaft, ggf. in Kooperation untereinander oder mit der Stadt Köln,*
>
> *mit dem Ziel einer zügigen städtebaulichen Entwicklung gemäß den Beschlussfassungen des Stadtentwicklungsausschusses und des Rates zu erwerben.*
>
> *In die Prüfung des Erwerbs soll der private Grundbesitz entlang der Deutz-Mülheimer Straße einbezogen werden, um die Entwicklung des Otto-Langen-Quartiers aus einer Hand zu gewährleisten.*

(https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=73287&voselect=18705)

Dieses war seinerzeit verbunden mit einem Hinweis auf ein durch den SPD-Bauminister Mike Groschek eingeräumtes besonderes Vorkaufsrecht landeseigener Grundstücke für Entwicklungsmaßnahmen der Gemeinden. Auf diesem Wege hätte eine kostentreibende Ausschreibung des landeseigenen Grundstücks vermieden werden können.

Die Folgen

Mit ihrer Ablehnung des SPD-Antrags zum Kauf des Landesgrundstücks und der ehemaligen Hauptverwaltung vor zwei Jahren haben CDU/Grüne/FDP die Misere im „Otto-&-Langen-Quartier" zunächst herbeigeführt. Denn abgesehen von einem zweijährigen Stillstand der städtischen Bemühungen waren die Folgen gravierend.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Martin Börschel stellte im Februar 2018 im Landtag die kleine Anfrage (LT-Drs. 17/1890) „Geplanter Verkauf der Grundstücke im Otto-Langen-Quartier durch NRW.Urban in Köln-Mülheim und mögliche Folgen für die städtebauliche Entwicklung". In ihrer Antwort an den Abgeordneten nimmt die Landesregierung explizit Bezug auf den Beschluss des Reker-Bündnisses:

> *Nach der Verwaltungsvorschrift zu § 15 Absatz 3 Haushaltsgesetz ist die Fläche beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen zur Durchführung eines sog. Interessenbekundungsverfahrens anzumelden. Im Zuge dieses Verfahrens hätte die Stadt die Gelegenheit, die Fläche*

selbst oder über eine städtische Gesellschaft zu erwerben.

Der Stadtentwicklungsausschuss der Stadt Köln hat jedoch mit Beschluss vom 01. Februar 2018 einen solchen Erwerb bereits ausgeschlossen.

Das Land begründet also bis heute, die Stadt habe doch bereits erklärt, dass kein Interesse besteht, und deshalb soll eine Vergabe nach Höchstpreisen erfolgen.

Durch den Regierungswechsel von rotgrün zu schwarzgelb im Land änderte sich zudem die Interpretation des Vorkaufsrechtes der Gemeinde bei landeseigenen Grundstücken. Die Ministerien für Heimat und Finanzen schoben die Verantwortung und die Entscheidung hin und her. Die rechtliche Einschätzung ist inzwischen dort so, dass es jedenfalls für die Stadt Köln erheblich teurer wird.

Auch die privaten Eigentümer des Areals trieben in der Folge ihre Verwertungsbemühungen voran.

Die Stadt hat mit dieser Fehlentscheidung folglich jedenfalls die Kontrolle der auf die städtebauliche Entwicklung einwirkenden ökonomischen Rahmenbedingungen aus der Hand gegeben, und sie hat zwei Jahre die Hände in den Schoß gelegt.

Zumindest soll nun wohl zwei Jahre später mit der Verwaltungsvorlage die von CDU/Grünen/FDP beschlossene Ablehnung des SPD-Antrags vom 31.01.2018 korrigiert werden. Die Notwendigkeit dazu erklärte die Verwaltung im Liegenschaftsausschuss. Das passt dazu, dass in der Stadt nichts wirklich vorangeht, weil keine Strategie erkennbar ist.

Das Resultat

Im Ergebnis nehmen wir nun bei einem Kauf des Grundstückes nicht nur zwei Jahre Preissteigerung mit - ein Schaden, der in die Millionen geht.

Es ist des Weiteren ungewiss, ob die Stadt überhaupt kaufen will, wenn sie denn kann. Denn die Ausübung des Vorkaufsrechtes ist im Einzelfall für den Erwerber bedauerlich, für den Verkäufer finanziell aber ohne Nachteil.

Mit der möglichen Ausübung des Vorkaufsrechtes schuldet die Stadt Köln nämlich einen zwischen Kaufvertragsparteien vereinbarten Kaufpreis. Die Ausübung des Vorkaufsrechtes durch die Gemeinde bedeutet, dass sie als Käuferin in den bestehenden Kaufvertrag zu denselben Bedingungen eintritt und damit grundsätzlich auch in die Verpflichtung, den inzwischen gestiegenen Kaufpreis zu bezahlen. Die Kommune hat das Wahlrecht, lediglich zum Verkehrswert zu erwerben, dann aber mit der Folge, dass (nur) der Verkäufer vom Vertrag zurücktreten kann.

Es steht zu befürchten, dass - wenn die Stadt tatsächlich in den Kaufvertrag eintritt - sie also allein aufgrund der Steigerung der Verkehrswerte für Grundstücke einen erheblich höheren Preis zu zahlen hat, als dies 2018 noch der Fall war. Es besteht ferner die Gefahr, dass der Kauf wirtschaftlich nicht darstellbar ist und Fakten geschaffen werden, die nicht mehr rückholbar sind.

Führt die Gemeinde das Grundstück nicht innerhalb einer angemessenen Frist dem mit der Ausübung des Vorkaufsrechts verfolgten Zweck zu, hat sie zudem dem Verkäufer einen Betrag in Höhe des Unterschieds zwischen dem vereinbarten Kaufpreis und dem Verkehrswert zu zahlen.

Dieser Totalschaden hat allein machtpolitische Motive. Weil es geübte Praxis der herrschenden ökokonservativen Reker-Mehrheit ist, Initiativen der SPD zunächst reflexartig abzulehnen - allein mehr als drei Dutzend wohnungspolitische Initiativen seit 2015 - wurde auch diesmal wider der Vernunft entschieden.

Das überfällige (Um-)Denken bei CDU/Grünen ist zu begrüßen, kommt nun möglicherweise zu spät. Der Millionenschaden ist da, die Spekulation befördert.

Ein katastrophaler Unfall, durch die schwarzgrüne Kölner Lokalpolitik selbst verursacht, der zum Startpunkt einer beispiellosen Geisterfahrt wurde.

Eile ist geboten

Um eine geordnete Entwicklung im Gebiet zu gewährleisten, soll nun schnellstmöglich die Satzung über das Besondere Vorkaufsrecht in Kraft treten. Damit sollen sich abzeichnende aktuelle Veräußerungsabsichten über das Instrument Besonderes Vorkaufsrecht gesichert werden.

Warum dieser Umschwung, und warum kommt er jetzt? - Weil die Initiative raum13 auf die Misere immer drängender aufmerksam machte.

Ich bin seit vielen Jahren regelmäßiger Besucher der Ausstellungen und Workshops auf dem ehemaligen Deutz-Areal. Im Zuge der Verkaufsbestrebungen eines der Eigentümer wurde der raum13 gGmbH zum 30. April 2020 die Kündigung ausgesprochen. Die Zukunft des Deutzer Zentralwerks der Schönen Künste und damit auch der Gasmotorenfabrik Deutz ist durch diese Entwicklung in hohem Maße gefährdet.

Deswegen ist nun Eile geboten. Es wäre fatal, wenn die Betreiber, die dort sehr viel Engagement investiert haben, aufgrund der jahrelangen Untätigkeit der schwarzgrünen Ratsmehrheit das Feld räumen müssten.

Nun also beschließen wir eine „Rettungsaktion“, wie es das vom Aus bedrohte Künstlerprojekt raum13 bezeichnete. Es ist gut, dass wir einen parteiübergreifenden Konsens dafür gefunden haben, mit einem letzten Versuch das Otto-&-Langen-Quartier noch zu retten.

Die KölnSPD hat sich in der Sache immer klar positioniert. Weil große Teile des Geländes NRW.Urban, also dem Land NRW gehören, haben wir 2018 beantragt, dass die Stadt das Gelände kaufen soll, um es mit ihrer Entwicklungsgesellschaft moderne stadt oder der GAG oder einem anderen Partner zu entwickeln - insbesondere, um bezahlbares Wohnen und kulturelle Nutzungen zu ermöglichen, die ein privater Investor sehr wahrscheinlich bei einer Höchstpreisvergabe nicht realisieren würde.

Wir hoffen, dass nun mit dieser Maßnahme ein Crash für dieses Denkmal der Industriegeschichte und das kulturelle Leben in dieser Stadt sozusagen noch in letzter Minute abgewendet werden kann.

Wir hoffen, dass wir damit die Kultur fördern und Wohnen.Bezahlbar.Machen und stimmen auch deshalb natürlich für den Erlass der Vorkaufssatzung.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 6.2.1
zu Protokoll gegebene Rede

Dr. Ralf Heinen *(SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! In keinem europäischen Land hängt die Bildung so stark vom Einkommen des Elternhauses ab wie in Deutschland! Dabei stellt die frühkindliche Bildung die entscheidenden Weichen für die Zukunft unserer Kinder.*

Wir wollen, dass alle Kinder den gleichen Zugang zur frühkindlichen Bildung erhalten. Dies darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein!

Die Gelegenheit ist jetzt da, um endlich Chancengleichheit herzustellen:

Das Gute-Kita-Gesetz der Bundesministerin Franziska Giffey bringt knapp 1,2 Milliarden Euro in das System der Kindertagesbetreuung. Hiermit werden die Voraussetzungen für eine kostenfreie Betreuung und Bildung in der Kita geschaffen.

Das Land NRW verfügt also jetzt über die nötigen finanziellen Spielräume, um den Besuch der Kita oder der Tagespflege gebührenfrei zu ermöglichen.

Tatsächlich wird aber den Städten nur die Möglichkeit eingeräumt, die letzten beiden Kitajahre gebührenfrei zu stellen. Das ist es, was uns die Verwaltung zur heutigen Ratssitzung mit der Änderung der Elternbeitragssatzung vorlegt.

Für uns ist das höchstens ein Anfang, aber das reicht uns nicht!

In Köln waren wir schon mal viel weiter! Im Sommer 2012 hat rotgrün den Anfang gemacht und rückwirkend ab dem Kita-Jahr 2011/12 den Besuch einer Kita ab 18 Monate vor der Einschulung beitragsfrei gestellt. Das Reker-Bündnis hat dies als eine seiner ersten Amtshandlungen im Jahr 2015 wieder gestrichen und auf ein beitragsfreies Jahr zurückgefahren.

Inzwischen hat Köln das Siegel der kinderfreundlichen Kommune erhalten.

Und: Kinderfreundlichkeit ist ein harter Standortfaktor für die Wirtschaft. Köln wird im Vergleich mit den Nachbarstädten auch daran gemessen,

wie viel man als Familie hier für die Betreuung der Kinder bezahlen muss.

Viele Kommunen gehen den Weg in die Beitragsfreiheit. Düsseldorf kann es, Monheim auch - warum nicht Köln als DAS Wirtschaftszentrum im Rheinland?

Wir müssen uns hier und heute fragen: Ist der Besuch einer Kita weniger wert als der kostenfreie Besuch von Schule und Studium? Niemand käme auf die Idee, für die Schule Schulgeld zu verlangen, aber für die Kita muss noch gezahlt werden!

Handeln wir jetzt! Nie waren die finanziellen Spielräume so gut wie heute!

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 6.2.1
zu Protokoll gegebene Rede

Sylvia Laufenberg *(FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Freien Demokraten Köln stehen seit Jahren für eine sozial verträgliche Beitragsstaffelung der Kitabeiträge, für die Schaffung weiterer Plätze, für Qualität in den Einrichtungen, aber auch für eine mittelfristige Beitragsfreiheit.*

Insbesondere in der aktuellen Situation wird den Kölner Eltern viel abverlangt. Daher ist es folgerichtig, dass wir heute verabschieden, dass die Beiträge für die betreute Zeit zu Hause selbstverständlich nicht bezahlt werden müssen.

Dies ist aber nur ein kleiner Trost. Die Sorgen sind größer denn je, bei uns allen. Daher gilt es, so viel Unterstützung wie möglich zu leisten und somit Eltern ein wenig Sicherheit zu geben. Und dies über die Krise hinaus! Die Entlastung von Gebühren kann hier helfen.

Durch die Landesregierung mit unserem Minister Dr. Joachim Stamp treten viele qualitative und finanzielle Verbesserungen für die Kitas und die Tagespflege in Kraft. So auch die Beitragsfreiheit für das zweite Kita-Jahr ab 2020/2021.

Schon 2016 hatte Köln eine Beitragsfreiheit von 18 Monaten. Und daher könnten wir heute schon viel weiter sein. Aber schwarz-grün musste damals das Geld in die OGTS umschichten - ohne Stimmen der FDP.

Es ist also an der Zeit, die Beiträge zu reduzieren und den Versuch zu starten, eine komplette Beitragsfreiheit für die Kölner Eltern zu ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund schlagen wir heute in unserem Änderungsantrag vor, dass die Verwaltung ein Stufenmodell zur Abschaffung der Gebühren in den nächsten drei Jahren erarbeitet.

Die sofortige Abschaffung, wie von der SPD gefordert, lehnen wir ab. Mit unserem Vorschlag möchten wir jedoch allen Fraktionen einen Kompromiss anbieten, der die finanzielle Situation der Stadt im Blick behält und gleichzeitig Eltern mittelfristig entlastet.

Wir bitten daher um Zustimmung. - Herzlichen Dank.

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 6.2.1
zu Protokoll gegebene Rede

Heiner Kockerbeck *(DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Beschlussvorlage zu den Elternbeiträgen für den Besuch von Kindertagesstätten wird möglich durch das neue Kitagesetz des Landes. Die Reform des Kinderbildungsgesetzes durch die CDU/FDP-Landesregierung stellt leider keinen großen Wurf dar. Vieles geht in die richtige Richtung. So sind die nun zwei beitragsfreien Jahre für Eltern sicher eine Erleichterung, aber die grundlegenden großen Probleme in den Kindertagesstätten werden bestehen bleiben.*

Zum einen hat die Landesregierung nicht den Mut, wie andere Bundesländer, die Kitabildung völlig kostenfrei für Eltern und Familien zu machen. Zum anderen nimmt sie auch hier nicht genügend Geld für Bildung in die Hand. Dadurch bleiben die Gruppen in den Kitas zu groß. Die Erzieherinnen und Erzieher werden von der Arbeitsbelastung her weiter am Limit arbeiten und werden sich nicht genügend um die einzelnen Kinder kümmern können. Nicht gut bezahlt und sehr stressig: Kein Wunder, dass Fachkräfte in Kitas fehlen. Das muss sich aber grundlegend ändern.

Der vorliegende Änderungsantrag der SPD wird von uns unterstützt. Er sieht vor, dass die Verwaltung ein Finanzierungsmodell für Kölner Kitas entwickelt, mit dem der Besuch der Bildungseinrichtungen für die Jüngsten unserer Gesellschaft endlich für Eltern und Familien kostenfrei wird, wie der Schulbesuch in Deutschland seit langem auch.

Die Verlängerung der beitragsfreien Zeit auf zwei Jahre, wie die Beschlussvorlage der Verwaltung sie vorsieht, ist natürlich auch ein Fortschritt. Damit wird ein Fehler des schwarz-grünen Bündnisses im Rat aus dem Jahr 2016 korrigiert. Damals brachte es einen Antrag in den Rat ein, mit dem die beitragsfreie Zeit von 18 Monate auf

12 Monate verkürzt wurde. Damals betrieben CDU und Grüne Haushaltssanierung auf Kosten der Haushalte mit Kindern.

Doch die nun angestrebten zwei beitragsfreien Jahre im Vorschulalter für Kitabetreuung reichen

angesichts der großen sozialen Probleme in Deutschland nicht mehr aus. Denn auch für die

„U3“, also Kinder unter drei Jahren, ist der Besuch einer Kita wichtig. Millionen Menschen können im ganzen Land von ihrer Arbeit kaum leben. Vom viel beschworenen wirtschaftlichen Boom der letzten Jahre ist bei ihnen nichts angekommen. Ihre Jobs sind schlecht bezahlt und unsicher. Knapp acht Millionen Menschen arbeiten nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes von 2018 als Minijobber, Leiharbeiter oder in erzwungener Teilzeit mit weniger als 20 Stunden. Mehr als 20 Prozent der lohnabhängig Beschäftigten sind solche „atypisch“ Beschäftigten in instabilen Lebensumständen.

Deshalb ist es aus sozialen Gründen notwendig, dass Eltern nicht nur für ihre Kinder ab dem 4. Lebensjahr von Kitabeiträgen befreit sind. Kitas sollten Orte der sozialen Integration sein, in denen Kinder aus verschiedenen sozialen Schichten und Milieus zusammen spielen und lernen. Ihr Besuch sollte nicht vom Geldbeutel des Elternhauses abhängen.

Doch die Kölner Tabelle für Elternbeiträge verlangt für den Kitabesuch schon bei mittleren Einkommen kräftige Beiträge. Bei einem Jahresverdienst von 36 000 Euro für ein Ehepaar sind es monatlich rund 150 Euro für eine Vollversorgung für Kinder unter drei Jahren. Die Vollversorgung wird ja oft benötigt, weil beide arbeiten, um über die Runden zu kommen. Hinzu kommen noch 2,50 Euro je Tag für das Mittagessen.

Am anderen Ende sind aber auch die Beiträge für Besserverdienende, zum Beispiel von 78 000 Euro im Jahr oder mehr für einen Haushalt - damit ist man noch kein Großverdiener -, mit 500 Euro im Monat so hoch, dass ein Anreiz besteht, das Kind in eine private Kitas zu schicken. Auch hier ist die Folge, dass die öffentlichen Kitas nicht genügend Orte der sozialen Integration sind, weil Einkommensärmere als auch Einkommensreichere wegen der Gebühren auf die öffentliche Kita verzichten.

DIE LINKE würde es auch unterstützen, wenn in einem ersten Schritt die Kitagebühren stark gesenkt werden könnten. Ziel sollte aber schnellstmöglich die Abschaffung aller Gebühren für den Kinderbetreuung vor dem Schulbesuch sein.

Es geht um die finanziellen Möglichkeiten vieler Eltern in einer sozial gespaltenen Gesellschaft, um die bestmögliche Bildung für alle Kinder, und es geht um öffentliche Kitas als sozial inklusive Einrichtungen, die von Kindern jeglicher sozialer Herkunft besucht werden.

Deshalb wird DIE LINKE für den vorliegenden Änderungsantrag der SPD stimmen.

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 10.9
zu Protokoll gegebene Rede

Christian Joisten *(SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Am 26.09.2019 hat die Mehrheit in diesem Rat beschlossen, den Ausbau des Godorfer Hafens zu stoppen.*

Hierzu ist bereits viel gesagt worden, und ich möchte mich an dieser Stelle kurz halten.

Die Entscheidung war und ist falsch, und die Kölnerinnen und Kölner werden noch lange an den mittelbaren und unmittelbaren Folgen zu knabbern haben. Der Ausbaustopp ist ökologisch, ökonomisch und verkehrspolitisch ein Fehler gewesen.

Ich möchte daran erinnern, dass wir den Güterverkehr viel stärker auf die Schiene und das Wasser verlagern müssen. Das funktioniert aber nur mit den richtigen Infrastrukturen. Jedes Binnenschiff ersetzt weit über 100 Lkw, die sonst die Kölner Straßen und Autobahnen verstopfen und CO_2 ausstoßen.

Eine der unmittelbareren Folgen, mit der wir uns heute zu beschäftigen haben, ist, dass mit dem Beschluss bei der HGK Abschreibungen in Höhe von 9 398 866,10 Euro ausgelöst wurden.

Mit der vorliegenden Beschlussvorlage wird nun die Stadt verpflichtet, der HGK diese Summe zu erstatten. Und dieses Geld steht der HGK selbstverständlich zu. Wer A sagt, muss auch B sagen.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die HGK sicherlich lieber auf diesen Erstattungsbetrag verzichtet und dafür den Hafenausbau vorwärts gebracht hätte. Zudem ist es jetzt nicht so, dass mit diesen rund 10 Millionen jetzt noch etwas Positives passieren würde. Das Geld ist schon ausgegeben, und zwar unter anderem für Investitionen in Planungen und Umweltausgleichsmaßnahmen, die jetzt keine Wirkung mehr erzeugen. Oder um es bildlicher auszudrücken: Sie haben das Geld verbrannt!

Der Erstattungsanspruch der HGK fällt nicht irgendwie vom Himmel. Ich habe bereits in meinem Redebeitrag am 26.09.2019 klargemacht, dass die Stadt der HGK einen Betrag in dieser Größenordnung wird erstatten müssen. Das haben Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von CDU, Grünen, LINKEN, FDP, der Gruppe GUT sowie Frau Gerlach und Herr Wortmann, damals bewusst in Kauf genommen.

Jetzt müssen Sie den Kölnerinnen und Kölnern bitte auch erklären, dass Sie mit dem Ausbaustopp rund 10 Millionen Euro in den Sand gesetzt haben.

Mit diesen 10 Millionen Euro hätte viel Gutes für Köln erreicht werden können. Und da rede ich gar nicht von der augenblicklichen - nicht absehbaren - Krise, in der jeder Cent davon bei den Betroffenen besser angelegt wäre. Eine verantwortungsvolle und nachhaltige Standort-, Umwelt- und Finanzpolitik sieht jedenfalls anders aus.

Die SPD-Fraktion hat den Stopp des Hafenausbaus strikt abgelehnt und wird folgerichtig auch dieser Vorlage nicht zustimmen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 10.15
zu Protokoll gegebene Rede

Prof. Klaus Schäfer *(SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ohne Frage, die Kunst- und Museumsbibliothek braucht eine neue Bleibe. Das ist nicht neu, sondern wird ja seit geraumer Zeit auch im Kulturausschuss intensiv diskutiert - mit unterschiedlichen Varianten. Das jetzt der Beschlussentwurf vorliegt, ist daher zu begrüßen; denn die Zeit ist kurz.*

Grundsätzlich bestehen daher keine Bedenken, dass seitens der Verwaltung intensiv nach neuen Räumen für die Kunst- und Museumsbibliothek gesucht wird. Angesichts der zum 31.12.2021 erfolgten Kündigung ist dies mehr als dringlich erforderlich; denn schon seit einiger Zeit hat sich herausgestellt, dass eine bauliche Kooperation mit der Universität, wie sie der Kulturausschuss insgesamt als sinnvoll angesehen hat, nicht mehr aktuell und von der Universität auch abgelehnt worden ist.

Insofern wird die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Allerdings - das will ich festhalten - bedarf es seitens der Verwaltung einer intensiven Suche nach vertretbaren Alternativen und nicht allein der Konzentration auf einen Anbieter bzw. eine Immobilie. Geht man von der gewünschten Quadratmeterzahl von rund 6 600 aus, so dürfte sich bei der angegebenen Mietpreiserwartung ein Mietpreis von rund 135 000 Euro pro Monat ergeben (bei einem Quadratmeterpreis von eventuell 22 Euro), was eine jährliche Miete von rund 1,6 Mio. Euro bedeuten würde. Hinzu kämen natürlich die Nebenkosten.

Würde - wie im Kulturausschuss angedeutet - der Vermieter zudem die Infrastruktur museumstauglich einrichten und auch finanzieren, wird sich der Mietpreis sicherlich noch deutlich erhöhen.

Angesichts dieser möglichen Größenordnung sollte auch ein Kauf einer geeigneten Immobilie nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Dies vor allem dann, wenn sich dadurch in der zeitlichen Perspektive eine finanziell günstige Lösung ergibt. Die SPD-Fraktion bittet daher, auch eine solche Option nicht auszuschließen.

Wie gesagt, die SPD-Fraktion stimmt dem Beschlussvorschlag zu, bittet aber die Verwaltung, dass sie mehrere Angebote einholt und zusichert, die zuständigen Ratsgremien Schritt für Schritt über das Verfahren und seine Zwischenergebnisse zu informieren. Dass der Rat sich schlussendlich mit dem Abschluss eines vorliegenden Vertrages sowie der Finanzierung befassen muss, ist selbstverständlich.

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 10.28
zu Protokoll gegebene Rede

Bezirksbürgermeister Mike Homann *(Rodenkirchen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Ich habe heute eine Pressemitteilung der Stadt zum Ausbau von Bürgerschaftlicher Beteiligung erhalten. Ich erlaube mir, daraus zwei Zitate zu entnehmen.*

Das erste Zitat ist von Frau Oberbürgermeisterin Reker:

> *Die Entwicklung der Beteiligungskultur in Köln verbessert die Entscheidungsgrundlage für Verwaltung und Politik und fördert die Akzeptanz für städtische Planungen und Entscheidungen. Dies stärkt insgesamt unsere repräsentative Demokratie und ist auch ein gutes Mittel gegen populistische Kritik und Vereinfachungen.*

Das zweite Zitat ist von unserer Verkehrsdezernentin Frau Blome:

> *Die Entwicklung der Mobilität in unserer Metropole Köln ist von größter Bedeutung für Wirtschaft, Lebensqualität und Klimaschutz. Das Thema stößt daher auf ein breites und durchaus nicht einheitliches Interesse. Wir wollen für unsere Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit ausbauen, ihre Ideen einzubringen, sich dazu auszutauschen und wertvolle Impulse für die jeweils notwenigen politischen Beschlüsse zu schaffen.*

Die straßentechnische Erschließung des Gebietes Rondorf Nord-West wurde seit der erstmaligen Bürgerbeteiligung komplett umgeplant und ist nun von der ehemaligen Nordvariante in eine damals noch nicht besprochene Südvariante geändert worden.

Am 2. März 2020 fand dann eine Bürgerinformationsveranstaltung mit circa 500 Rondorfer Bürgerinnen und Bürgern statt. Die Ergebnisse daraus sollten in der Rodenkirchener BV-Sitzung am 23. März 2020 besprochen werden. Diese Sitzung musste jedoch aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt werden.

Unter der Vorlagennummer 4122/2019/1 hat die Verwaltung daraufhin der BV Rodenkirchen eine Dringlichkeitsentscheidung vorgelegt, die eine Variantenentscheidung zur Entflechtungsstraße Rondorf Nord-West zum Gegenstand hatte. Als Anlage 11 war die Darstellung der Ergebnisse aus der Bürgerinformationsveranstaltung am 02.03.2020 vorgesehen. Diese Anlage ist allerdings erst am Montagvormittag, den 23.03.2020, freigegeben worden.

Einvernehmlich haben sich die Fraktionen der BV Rodenkirchen dazu entschieden, diese Dringlichkeitsentscheidung nicht zu unterzeichnen, da der Inhalt der Entscheidung einem Vorgehen per DE nicht zugänglich ist.

Dieses Votum wird von nachfolgenden Gründen getragen:

1.) *Die Entscheidung über die Variante einer Entflechtungsstraße Rondorf Nord-West wird die Verkehrsinfrastruktur im Süden des Stadtbezirks Rodenkirchen über viele Jahrzehnte maßgeblich bestimmen. Es bedarf daher zwingend einer politischen Diskussion in der Bezirksvertretung, an der auch die Öffentlichkeit teilnehmen kann.*

2.) *Der Verkehrsausschuss hatte die Vorlage vertagt, um ausdrücklich eine Bürgerinformationsveranstaltung vor Beschlussfassung und Behandlung derer Ergebnisse durch die Bezirksvertretung durchzuführen. Die Ergebnisse der Informationsveranstaltung vom 02.03.2020 lagen zwar als Spiegelstriche am 23.03.2020 vor, weder konnte aber eine hinreichende Auseinandersetzung der Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter mit den dokumentierten Inhalten stattfinden, noch gibt es eine inhaltliche Befassung mit diesen Punkten durch die Fachverwaltung. In einer öffentlichen Sitzung mit Beteiligung der Fachverwaltung ließen sich insoweit aber auch die Positionen der Bürgerschaft angemessen bei der Entscheidungsfindung berücksichtigen.*

3.) *Die Fraktionsvorsitzenden in der Bezirksvertretung Rodenkirchen haben zudem massive Bedenken, ob in der derzeitigen Krisenzeit eine so weitreichende planerische Entscheidung ohne öffentliche Behandlung nicht eher als Missbrauch der Situation per*

„Durchentscheiden ohne Transparenz“ verstanden wird.

Ich habe daher die Oberbürgermeisterin im Namen der gesamten Bezirksvertretung Rodenkirchen darum gebeten, diese DE zurückzuziehen und für eine öffentliche Sitzung der BV Rodenkirchen vorzusehen.

Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der BV wären selbstverständlich bereit, über diese Angelegenheit auch in einer Sondersitzung der BV - aber eben unter der Teilnahmemöglichkeit der Öffentlichkeit - zu entscheiden. Zumal auch nur auf diesem Weg etwaigen Änderungsanträgen angemessen Rechnung getragen werden kann.

Die Fraktionen der BV Rodenkirchen sind sich bewusst, dass zu Zeiten der Corona-Krise auch das öffentliche Sitzungsgeschäft nur unter großen Anstrengungen bewerkstelligt werden kann. Daher wird auch eine wie und wann auch immer einzuberufende, öffentliche BV-Sitzung nur unter Beachtung der größten Sicherheitsanforderungen stattfinden können.

Hier geht es um ein wichtiges Projekt für Rondorf und den Stadtbezirk im Ganzen. Die Bürger haben sich bisher intensiv beteiligt, und sie waren zum Teil erbost darüber, dass die Planungen komplett geändert wurden, ohne eine echte Beteiligung zu ermöglichen.

Nunmehr wird der BV Rodenkirchen durch den Verkehrsausschuss und den Rat der Stadt Köln die Möglichkeit genommen, öffentlich über die Eingaben und Einwendungen der Bürger zu sprechen.

Wenn ich auf die von mir eben vorgetragenen Zitate von Frau Blome und Frau Oberbürgermeisterin Reker verweise, dann frage ich mich, wie die Bevölkerung die Entwicklung einer Beteiligungskultur verstehen darf. Sie haben Einwendungen und Ideen in der Veranstaltung vom 02.03.2020 eingebracht, und es wird ihnen durch diese Dringlichkeitsentscheidung verwehrt, zu erfahren, was die Politik aus diesen Ideen gemacht hat. Dies ist kein Verfahren, welches für Akzeptanz in der Bevölkerung wirbt.

Zudem ist dieses Vorgehen nicht nur ein Übergehen der Beteiligung der Bürger. Es ist erneut das Missachten der Anhörungsrechte der Bezirksvertretung Rodenkirchen.

Erst recht in Zeiten der Corona-Krise, wo wir alle dazu beitragen müssen, dass dieser Staat und unsere Stadt handlungsfähig bleibt, sollte der Respekt der Gremien untereinander gewahrt bleiben.

Wir hätten in Rodenkirchen viele Wege mitgehen können, nicht jedoch eine Dringlichkeitsentscheidung mit einer Entscheidung unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Und lassen Sie mich als Abschluss noch eine Bemerkung machen:

Wir erleben gerade schwere Zeiten. Wenn von der BV Rodenkirchen innerhalb eines Tages eine Dringlichkeitsentscheidung in einer so wichtigen Frage erwartet wird, dann hätte ich mich zumindest über eine Antwort auf meinen Brief gefreut.

59. Sitzung vom 14. Mai 2020

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, der Gruppe GUT, von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und von RM Gerlach betreffend "Aktuelle Stunde zur Kölner Situation mit SARS-CoV-2"

AN/0603/2020

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme einer Schenkung indischer Miniaturmalereien (Sammlung Prof. Dr. Ludwig Habighorst)

0622/2020

2.2 Annahme einer Schenkung von Fotografien der Künstlerin Walde Huth für das Museum Ludwig

0639/2020

2.3 Annahme einer Schenkung des Kunstwerkes Untitled, 2017 von Wade Guyton für das Museum Ludwig

1025/2020

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend "2. Maßnahmenpaket für Schulbauprojekte"

AN/0538/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0606/2020

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Kölner Stadtteile auch digital stärken - Digitale Veedel mit vielfältigen Angeboten und Services entwickeln"

3.1.3 AN/0524/2020

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0605/2020

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gerlach betreffend "Schaffung eines Kölner Klimarates"

AN/0530/2020

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und von RM Gerlach

AN/0607/2020

3.1.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffen "Resolution: Finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt sichern – Ausgaben unter Finanzierungsvorbehalt stellen, Unterstützungszahlungen an Bedingungen knüpfen"

AN/0532/2020

3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Kölner Hotellerie von den Folgen der Corona-Krise entlasten, „Kulturförderabgabe“ aussetzen!"

AN/0535/2020

3.1.7 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Köln darf keine Tempo-30-Zone werden! Nein zum autofeindlichen Vorstoß der Oberbürgermeisterin!"

AN/0537/2020

3.1.8 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend "Kinder- und Jugendfreizeiten im Sommer 2020 sichern"

AN/0561/2020

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0611/2020

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Gruppe GUT und RM Gerlach betreffend "Unterstützung von LGBTI in Katowice"

AN/0577/2020

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Straßenverkehr – mit Abstand am sichersten"

AN/0593/2020

4.2 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Schulunterricht in der Corona-Krise"

AN/0597/2020

Antwort der Verwaltung vom 14.05.2020

1422/2020

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Zweitwohnsteuer in Köln"

AN/0595/2020

Antwort der Verwaltung vom 14.05.2020

1394/2020

4.4 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Demokratieförder- bzw. Extremismuspräventionsprogramme"

AN/0596/2020

Antwort der Verwaltung vom 14.05.2020

1403/2020

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Ächtung des N*Wortes

0743/2020

5.4.2 Anregung des Integrationsrates für die Integrationsratswahlen 2020

1012/2020

zurückgestellt

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Änderung der Entgelt- und Benutzungsordnung der Volkshochschule Köln

0407/2020

6.3 Ordnungsbehördliche

Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Wahlordnung Integrationsratswahlen 2020

0177/2020

6.4.2 Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln

2476/2019

zurückgestellt

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gem.

§ 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Ökologische Revitalisierung Westerwaldstraße hier: Kostenerhöhung

0652/2020

7.2.2 Finanzielle Auswirkungen der Corona-Pandemie

1048/2020

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Besondere Regelung zur "Straßenmusik im Domumfeld"

0228/2020

zurückgestellt

10.2 Bedarfsplanung vom Amt für Wohnungswesen für neu anzumietende Objekte gem. § 5 Abs. 2 a der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln vom 13.12.2019

0274/2020

zurückgestellt

10.3 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o. Nr., 50765 Köln-Blumenberg, Gemarkung Worringen, Flur 50, Flurstück 1872 tlw.

0413/2019

10.4 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Waldstraße 115, 51145 Köln-Porz, Gemarkung Urbach, Flur 5, Flurstück 812

2665/2019

10.5 GAG Immobilien AG: Satzungsänderung

GAG Servicegesellschaft mbH: Änderung Gesellschaftsvertrag

0533/2020

zurückgestellt

10.6 Überörtliche Prüfung der Stadt Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

0692/2020

10.7 Zweckverband Erholungsgebiet Stöckheimer Hof/Änderung der Verbandssatzung

0833/2020

10.8 Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2020

0855/2020

10.9 Verteilung der Mittel zur Förderung von neuen Interkulturellen Zentren und die Verwendung des übergreifenden Budgets für Interkulturelle Zentren Köln für das Haushaltsjahr 2020

0887/2020

10.10 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Gründung einer gGmbH

„Kompetenzzentrum Digitale Wasserwirtschaft gemeinnützige GmbH“ durch das Land Nordrhein-Westfalen, Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz mit sieben weiteren Verbänden und Unternehmen aus der Wasserwirtschaft

0989/2020

10.11 Entwurf des Jahresabschlusses 2019

1101/2020

10.12 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB): Gewässerentwicklungskonzept Köln 2020 bis 2026 (GEK 2020) - Erste Fortschreibung

3406/2019

10.13 Erneuerung der Eisenbahnüberführungen Innere Kanalstraße (S-Bahnbrücke) in Köln-Nippes

0557/2020

10.14 Erweiterung der Gesamtschule Rodenkirchen, Sürther Straße 191, 50999 Köln – Bau- und Vergabebeschluss

1060/2020

10.15 Mietzuschuss an die Kölnische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e. V., Haushaltsjahr 2020ff

0981/2020

10.16 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2017 für die Bühnen der Stadt Köln

1770/2019

10.17 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2018 für die Bühnen der Stadt Köln

3615/2019

10.18 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchester Köln | Wirtschaftsjahr 2020/21

0616/2020

10.19 Sanierung der Fensteranlage im Museum für Angewandte Kunst Köln, hier: Fortführung der Maßnahme

0267/2020

10.20 Regionalplanüberarbeitung, Modul III– Empfehlungen zur Darstellung neuer Siedlungsbereiche (ASB und GIB) als Optionen zur Weiterentwicklung der wachsenden Stadt

2887/2019

zurückgestellt

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1496/2019

zurückgestellt

10.21 Stadtwerke Köln GmbH (SWK): Verwendung des Jahresüberschusses 2019

1218/2020

10.22 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln); Jahresabschluss 2019

1167/2020

10.23 Übertragung der Federführung für die Stadtbahnanbindung von Mülheim über Stammheim bis Flittard an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG

0866/2020

10.24 Erneuerung der Deckenaufbauten und Sanierung des Küchenbereiches im Museum Ludwig/Philharmonie - Baubeschluss

0861/2020

10.25 Weitere Bestellung von Herrn François-Xavier Roth zum Mitglied der Betriebsleitung beim Gürzenich-Orchester Köln

1345/2020

10.26 Weitere Bestellung von Herrn Stefan Bachmann zum Mitglied der Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln

1346/2020

10.27 Struktursichernde Maßnahme und Weiterentwicklung/Neuaufstellung des Literaturfestivals 2020/2021

1195/2020

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 215. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal

Arbeitstitel: „Universitätsklinik zu Köln, Baufeld West" in Köln-Lindenthal hier: Feststellungsbeschluss

0290/2020

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 74440/02 Arbeitstitel: Rather See in Köln – Rath / Heumar

4161/2019

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der Gruppe GUT

AN/0618/2020

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

17 Wahlen

17.1 Veranstaltergemeinschaft Radio Köln e.V. hier: Bestimmung von zwei Mitgliedern 1293/2020

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Notfallfonds zur Struktursicherung bei durch die Corona-Pandemie betroffenen Livemusikspielstätten in Köln

1064/2020

18.2 Erstattung von Elternbeiträgen und Essensgeld wegen weiterer Corona-bedingter Schließung von Kindertagesbetreuungen

1144/2020

18.3 Erstattung von Elternbeiträgen und Essensgeld wegen Corona-bedingter Schließung von Kindertagesbetreuungen für Mai 2020

1251/2020

19 -

Vorsitzende

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder

Bartsch, Hans-Werner, Bürgermeister; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva, Dr.; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Elster, Ralph, Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Geraedts, Wilhelm; Gerlach, Lisa Hanna; Görzel, Volker; Götz, Stefan; Gräfin von Wengersky, Alexandra; Hammer, Lino; Hauser, Frank; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Joisten, Christian; Kara, Efkan; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Killersreiter, Birgitt, Prof. Dr.; Kircher, Jürgen; Kockerbeck, Heiner; Krupp, Gerrit, Dr.; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Oedingen, Erika; Paetzold,

Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Schäfer, Klaus, Prof.; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schmerbach, Cornelia; Scho-Antwerpes, Elfi, Bürgermeisterin; Schoser, Martin, Dr.; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf, Dr.; van Geffen, Jörg; Weisenstein, Michael; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeister

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Wirges, Josef, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung

Keller, Stephan, Stadtdirektor Dr.; Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Blome, Andrea, Beigeordnete; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete; Vogel, Alexander;

Gäste

Abeke, Eli;

Schriftführerin

Mahmod, Midia

Stenografen

Herr Klemann;

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Akbayir, Hamide; Benthem van, Henk, Bezirksbürgermeister; Brust, Gerhard; Ciesla-Baier, Dietmar; Frebel, Polina; Gutzeit, Walter, Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Heithorst, Claudia; Heuser, Marion; Hoyer, Katja; Klein, Heinz; Kron, Peter; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Pöttgen, Andreas; Schlömer, Ursula; Schneider, Frank; Scholz, Tobias; Schultes, Monika; Schwab, Luisa; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen, Dr.; Thelen, Horst; Tritschler, Sven; Walter, Karl-Heinz; Welcker, Katharina; Welter, Thomas; Wiener, Markus; Wolter, Judith; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat;

Bezirksbürgermeister und Bezirksbürgermeisterinnen

Homann, Mike, Bezirksbürgermeister; Blömer-Frerker, Helga, Bezirksbürgermeisterin; Schößler, Bernd, Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung

Haaks, Stefanie; Mötting, Bettina; Steinkamp, Dieter, Dr.;

(Beginn: 15.35 Uhr - Ende: 18.41 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 59. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister - die kann ich nämlich sehen; seien Sie sehr herzlich begrüßt -, wenn er schon da ist, den stellvertretenden Vorsitzenden des Integrationsrates, Herrn Abeke, und natürlich Sie, die Mitglieder des Rates.

Wir tagen wie schon bei der letzten Ratssitzung hier in verkleinerter Besetzung und mit gekürzter Tagesordnung. Die Besetzung gleicht sich ja fast einer vollen Besetzung an. Wir haben da schon einen Schritt nach vorne gemacht, wie es auch den Lockerungen entspricht.

Damit wir hier so tagen können, dass die Mindestabstände eingehalten werden, verzichten heute folgende Ratsmitglieder auf die Anwesenheit im Sitzungssaal: Frau Akbayir, Herr Brust, Herr Ciesla-Baier, Frau Frebel, Herr Dr. Gutzeit, Frau Halberstadt-Kausch, Frau Heithorst, Frau Heuser, Frau Hoyer, Herr Klein, Herr Kron, Frau Nesseler-Komp, Herr Noack, Herr Pöttgen, Frau Schlömer, Herr Schneider, Herr Scholz, Frau Schultes, Frau Schwab, Frau Stahlhofen, Herr Sterck, Herr Dr. Strahl, Herr Thelen, Herr Trischler, Herr van Benthem, Herr Walter, Frau Welcker, Herr Welter, Frau Wolter, Herr Wortmann und Herr Yurtsever.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Frenzel, Herrn Götz und Frau Professor Dr. Killersreiter.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw.

Absetzungen sind dort gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP sowie die Gruppe GUT, Herr Wortmann und Frau Gerlach haben am 12. Mai 2020 fristgemäß einen Antrag auf aktuelle Stunde zum Thema „Aktuelle Stunde zur Kölner Situation mit SARS-CoV-2“ eingereicht, den wir als TOP 1.1 behandeln sollten.

Die Verwaltung schlägt darüber hinaus die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die nachträglich eingegangenen Anfragen unter TOP 4.1 bis TOP 4.4, die Anregung des Integrationsrates unter TOP 5.4.2, die Verwaltungsvorlagen unter TOP 10.21 bis TOP 10.27 und die Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung unter TOP 18.3 sowie im nichtöffentlichen Teil TOP 23.10, TOP 24.3, TOP 24.4 und TOP 24.5.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 10.1, 10.2, 10.5, 10.9, 10.20 und 23.6.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir bitten um Vertagung des Tagesordnungspunktes 5.4.2, Anregung des Integrationsrates für die Integrationsratswahlen 2020. Da wir diesen Punkt sehr kurzfristig auf die Tagesordnung bekommen haben und er nicht vollumfänglich der Beschlussfassung des Integrationsrates entspricht, brauchen wir hier noch mehr Zeit.

Falls es zur Fristeinhaltung die Zeit bis zur nächsten Ratssitzung nicht geben sollte, wären wir auch zu einer Dringlichkeitsentscheidung auf der Strecke dorthin bereit. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das haben wir aufgenommen.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung?

> (Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Nur eine Bitte! Kann man den Hall ein bisschen herunterregeln?)

- Man hat mir gerade gesagt, ich solle näher ans Mikrofon herangehen. Ich kann mich ja einmal ein bisschen weiter davon entfernen. - Ist es jetzt besser? - Ich halte jeden Abstand zum Mikrofon ein, der mir von der Technik vorgeschlagen wird; das ist ja klar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, mir zu sagen, wenn es irgendwelche Kommunikationsschwierigkeiten gibt. - Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Wir sind noch bei der Tagesordnung. Richtig?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. Wir sind bei den Wortmeldungen zur Tagesordnung.

Volker Görzel (FDP): Genau. - Zu TOP 6.4.2 meldet unsere Fraktion noch Beratungsbedarf an.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bei der Änderung der Geschäftsordnung haben Sie noch Beratungsbedarf. Gut. Das ist aufgenommen.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen.

Die Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie die Gruppe GUT haben am 7. Mai 2020 einen Antrag zum Thema „Kinder- und Jugendfreizeiten im Sommer 2020 sichern“ gestellt. Das ist TOP 3.1.7.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das ist auch nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Unter TOP 3.1.8 liegt ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP sowie der Gruppe GUT und von Frau Gerlach vom 8. Mai 2020 vor. Es geht um die „Unterstützung von LGBTI in Katowice“, unserer Partnerstadt Kattowitz.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das ist auch nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Damit ist auch dieser Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Ich komme zur Reihenfolge der Tagesordnung.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Auch bei dieser Sitzung ist ja von uns allen Disziplin gefragt, damit wir die Punkte zügig behandeln können. Ich schlage daher vor, die Redezeiten für die Anträge abweichend von den sonst üblichen fünf Minuten auf drei Minuten festzusetzen.

Außerdem ist mir mitgeteilt worden, dass Sie auf Redebeiträge zu den Vorlagen verzichten werden bzw. diese stattdessen zu Protokoll geben. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

Abschließend frage ich: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Damit ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste im Zuschauerbereich, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder. Der Rat tagt heute wieder aufgrund der aktuellen Situation (Infektionsschutz/Corona) in verkleinerter Besetzung und mit gekürzter Tagesordnung.

I. Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzählerin und Stimmzähler RM Frenzel, RM Götz und RM Prof. Dr. Killersreiter vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Damit die Mindestabstände eingehalten werden können, verzichten heute folgende Ratsmitglieder auf die Anwesenheit im Sitzungssaal:

Frau Akbayir, Herr Brust, Herr Ciesla-Baier, Frau Frebel, Herr Dr. Gutzeit, Frau Halberstadt-Kausch, Frau Heithorst, Frau Heuser, Frau Hoyer, Herr Klein, Herr Kron, Frau Nesseler-Komp, Herr Noack, Herr Pöttgen, Frau Schlömer, Herr Schneider, Herr Scholz, Frau Schultes, Frau Schwab, Frau Stahlhofen, Herr Sterck, Herr Dr. Strahl, Herr Thelen, Herr Tritschler, Herr van Benthem, Herr Walter, Frau Welcker, Herr Welter, Frau Wolter, Herr Wortmann, Herr Yurtsever

III. Es liegt ein fristgemäß eingegangener Antrag zur Durchführung einer Aktuellen Stunde vor:

Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, der Gruppe GUT, von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und von RM Gerlach betreffend "Aktuelle Stunde zur Kölner Situation mit SARS-CoV-2"

AN/0603/2020,

der unter TOP 1.1 behandelt wird.

IV. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

4.1 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Straßenverkehr – mit Abstand am sichersten"

AN/0593/2020

4.2 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Schulunterricht in der Corona-Krise"

AN/0597/2020

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Zweitwohnsteuer in Köln" AN/0595/2020

4.4 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Demokratieförder- bzw. Extremismuspräventionsprogramme"

AN/0596/2020

5.4.2 Anregung des Integrationsrates für die Integrationsratswahlen 2020 1012/2020

10.21 Stadtwerke Köln GmbH (SWK): Verwendung des Jahresüberschusses 2019

1218/2020

10.22 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln); Jahresabschluss 2019

1167/2020

10.23 Übertragung der Federführung für die Stadtbahnanbindung von Mülheim über Stammheim bis Flittard an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG

0866/2020

10.24 Erneuerung der Deckenaufbauten und Sanierung des Küchenbereiches im Museum Ludwig/Philharmonie – Baubeschluss

0861/2020

10.25 Weitere Bestellung von Herrn François-Xavier Roth zum Mitglied der Betriebsleitung beim Gürzenich-Orchester Köln

1345/2020

10.26 Weitere Bestellung von Herrn Stefan Bachmann zum Mitglied der Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln

1346/2020

10.27 Struktursichernde Maßnahme und Weiterentwicklung/Neuaufstellung des Literaturfestivals 2020/2021

1195/2020

18.3 Erstattung von Elternbeiträgen und Essensgeld wegen Corona-bedingter Schließung von Kindertagesbetreuungen für Mai 2020 1251/2020

II. Nichtöffentlicher Teil

23.10 Ankäufe Ikarosstraße 5 und Buschdorfer Straße 11 in Köln-Raderthal für die Unterbringung von Flüchtlingen

1074/2020

24.3 Einrichtung eines Liquiditätsverbundes zwischen der Stadt Köln und der Koelnmesse GmbH (Cash Pooling)

1182/2020

24.4 Koelnmesse GmbH

hier: Abgabe einer Dividendenverzichtserklärung 1239/2020

24.5 Kölner Sportstätten GmbH: Übernahme einer Ausfallbürgschaft 1221/2020

Absetzungen:

I. Öffentlicher Teil

10.1 Besondere Regelung zur "Straßenmusik im Domumfeld" 0228/2020

10.2 Bedarfsplanung vom Amt für Wohnungswesen für neu anzumietende Objekte gem. § 5 Abs. 2 a der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln vom 13.12.2019

0274/2020

10.5 GAG Immobilien AG: Satzungsänderung

GAG Servicegesellschaft mbH: Änderung Gesellschaftsvertrag 0533/2020

10.9 Verteilung der Mittel zur Förderung von neuen Interkulturellen Zentren und die Verwendung des übergreifenden Budgets für Interkulturelle Zentren Köln für das Haushaltsjahr 2020

0887/2020

10.20 Regionalplanüberarbeitung, Modul III– Empfehlungen zur Darstellung neuer Siedlungsbereiche (ASB und GIB) als Optionen zur Weiterentwicklung der wachsenden Stadt

2887/2019

II. Nichtöffentlicher Teil

23.6 Verkauf von städtischen Grundstücken neben Bonner Str. Köln-Marienburg

4477/2020

V. RM Joisten meldet zu TOP 5.4.2 „Anregung des Integrationsrates für die Integrationsratswahlen 2020“, Session Nr. 1012/2020 Beratungsbedarf an.

RM Görzel meldet zu TOP 6.4.2 „Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln“, 2476/2019 Beratungsbedarf an.

VI. Es liegen zwei Dringlichkeitsanträge vor:

TOP 3.1.7

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend "Kinder- und Jugendfreizeiten im Sommer 2020 sichern"

AN/0561/2020

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tageordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt. TOP 3.1.8

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die

Linke., FDP und der Gruppe GUT und RM Gerlach betreffend "Unterstützung von LGBTI in Katowice"

AN/0577/2020

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tageordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

VII. Frau Oberbürgermeisterin schlägt aufgrund der besonderen Situation vor, die Redezeiten für die aktuelle Stunde abweichend von den sonst üblichen fünf Minuten auf drei Minuten festzusetzen.

Vor der Sitzung ist außerdem mitgeteilt worden, dass die Ratsmitglieder auf Redebeiträge zu den Vorlagen verzichten werden bzw. diese stattdessen zu Protokoll geben. Frau Oberbürgermeisterin Reker bedankt sich ausdrücklich dafür.

Der Rat stimmt den Verfahrensvorschlägen und der so geänderten Tagesordnung zu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, der Gruppe GUT, von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und von RM Gerlach betreffend „Aktuelle Stunde zur Kölner Situation mit SARS-CoV-2“

AN/0603/2020

Meine Damen und Herren, ich bin froh, dass wir alle erleben, dass die Zahl der Neuinfektionen in Köln weiterhin sehr niedrig ist. Nach heutigem Stand sind noch 118 Menschen infiziert. 2 191 Personen sind bereits genesen.

Ob die aktuellen Lockerungen der Einschränkungen die angemessene Reaktion darauf sind, werden die kommenden Tage und Wochen erweisen müssen.

Ich möchte mich heute für Ihr Durchhaltevermögen, das Einhalten der Kontakteinschränkungen und das Einhalten der Distanzregelungen bedanken. Ich danke Ihnen allen - den Mitgliedern des Rates, den Politikerinnen und Politikern und allen Kölnerinnen und Kölnern - dafür, dass Sie alle Ihre Vorbildfunktion wahrnehmen und mit Selbstverantwortung und Zuversicht die Einschränkungen und die Herausforderungen dieser Krise meistern.

Wie Sie wissen, ist morgen der Tag der Familie. Ich denke, dass er in diesem Jahr eine besondere Bedeutung hat. Großeltern müssen die Distanz zu ihren Enkeln einhalten und Eltern ihre Kinder beschulen.

Das Familiengefühl, das die Kölner auch gerne für gute Freunde empfinden, hat uns, glaube ich, trotz dieser Distanzregelungen gute Dienste geleistet.

Ich freue mich genauso sehr wie Sie darauf, nach dieser Zeit der Pandemie diese - so nenne ich es immer - positive Distanzlosigkeit, für die wir Kölner ja bekannt sind, als Bestandteil unserer Identität zurückzugewinnen und wieder anders, nämlich näher, miteinander umgehen zu können.

Aber wir müssen uns noch ein bisschen anstrengen. Und das heißt: Wer Freiheit will, der muss auch Verantwortung tragen. So sind wir mit den Lockerungen, die sicher richtig sind, nun dazu aufgerufen, uns noch stärker selbst zu regulieren. Denn dieser Schritt ist wichtig, um die Wirtschaft wieder zu stabilisieren.

Ich denke, dass wir mit gutem Gewissen sagen können: Wir haben das Virus im Griff. - Das ist ein Verdienst aller Kölnerinnen und Kölner.

Es liegt gleichzeitig in unserer Verantwortung, dass das auch so bleibt. Dazu gehört nun einmal, dass wir nicht nachlassen, das Erlernte auch umzusetzen - Selbstverantwortung, Selbstdisziplin. Dafür sind wir hier heute ein gutes Beispiel.

Ich bedanke mich bei Ihnen dafür und bitte Herrn Dr. Keller, aus dem Krisenstab zu berichten.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich schließe mich dem Dank an. Hier möchte ich auch einmal all denen in der Verwaltung danken, die in den letzten Wochen und Monaten sehr, sehr aktiv gearbeitet haben.

(Beifall)

Was wir da machen, ist wirklich eine Teamanstrengung und gelingt auch sehr gut.

Ich weiß nicht, ob das vielleicht unangemessen ist, würde mich aber gerne auch einmal bei Ihnen bedanken. Denn wir spüren als Verwaltung insgesamt - bei aller konstruktiven Kritik, die Sie auch zu Recht anbringen - ein ausgesprochen gut ausgeprägtes Grundvertrauen in das, was wir hier machen. Ich sage ganz ehrlich: Es tut der Verwaltung dann auch mal gut, das so zu spüren. - Nach meiner Überzeugung kommen wir hier auch gemeinsam wirklich zu guten Ergebnissen.

Sie sind es gewohnt, dass wir kurz die Zahlen vorstellen. Das will ich jetzt auch in aller Kürze tun.

Stand heute, 13 Uhr, hatten wir 2 406 Infektionen - das sind drei mehr als gestern - und 97 Todesfälle.

Die drei mehr als gestern hebe ich insofern besonders hervor, als dass wir unser Augenmerk jetzt immer auf die von Bund und Ländern verabredete Schwelle von 50 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner richten. Wir verfolgen jetzt auch anhand einer Kurve, wie weit wir uns dieser Marge nähern. Das entspricht für Köln einer Infektionszahl von 540 in sieben Tagen.

Davon sind wir - das darf ich Ihnen zur Beruhigung sagen - sehr, sehr weit entfernt. Auch auf dem Höhepunkt der Pandemie war es nur an einem Tag so, dass wir in der Sieben-Tage-Rückschau diese Grenze gerissen hätten. Daher sind wir sehr zuversichtlich, dass wir nicht nur darunter bleiben, sondern auch deutlich darunter bleiben.

Stand heute Mittag hatten wir eine Belegung der Krankenhäuser mit insgesamt 46 Personen, die an COVID-19 erkrankt sind, davon 20 auf der Intensivstation. Vor zehn Tagen, am 4. Mai, waren noch 78 Menschen in stationärer und 46 in intensivmedizinischer Behandlung. Vor zehn Tagen lagen also noch mehr als doppelt so viele Menschen auf der Intensivstation wie heute. Das zeigt, wie sehr sich die Lage an dieser Stelle entspannt hat.

Eine ähnlich positive Entwicklung - von Entspannung würde ich noch nicht reden - ist in den Alten- und Pflegeheimen zu verzeichnen. Dort haben wir, Stand jetzt, noch 69 Infektionen in 34 Einrichtungen. Bei diesen 69 positiven Personen handelt es sich um 29 Bewohner und 40 Mitarbeitende, die wir auch im Rahmen unseres sogenannten Biomonitorings herausgefunden haben. Auch hier der Vergleich: Vor zehn Tagen waren es noch 50 Einrichtungen - heute 34 - und 150 Infektionen - heute 69. Auch hier hat sich die Situation also deutlich entspannt.

Das von mir angesprochene Biomonitoring - wir haben uns dazu entschlossen, sämtliche Pflegekräfte in Köln zu testen, weil sie mit vulnerablen Gruppen in Kontakt sind - ist ein Schritt, der auch überregional sehr viel Aufsehen erregt hat. Wir haben die Tests mittlerweile abgeschlossen. Die Ergebnisse werden gerade ausgewertet.

Wir haben insgesamt 8 100 Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen mit Nase-Rachen-Abstrich und Blutuntersuchung getestet und dabei eine ganze Reihe positiver Fälle entdeckt. Jeder einzelne positive Fall, den wir in diesem Verfahren entdeckt haben, bedeutet einen Gewinn an Sicherheit für die Bewohnerinnen und Bewohner in den Heimen. Insofern war das gut.

Derzeit arbeiten wir daran, ein Follow-up vorzubereiten. Das heißt, dass wir das jetzt regelmäßig wiederholen werden. Das Biomonitoring wird also fortgesetzt.

Über einen weiteren Punkt möchte ich heute auch noch berichten. Wir werden nicht nur das Biomonitoring in den Heimen fortsetzen, sondern die Testungen auch dadurch ausweiten, dass wir uns an einer Reihe größerer Forschungsprojekte beteiligen oder sie selbst initiieren.

Zum Beispiel geht es bei zwei Projekten um das Thema Schule.

Ein Projekt, das wir zusammen mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen durchführen möchten, betrifft die weiterführenden Schulen. In Kooperation mit Laboren, der Technischen Hochschule, der Universität und dem Ministerium wollen wir einen Systemansatz entwickeln, mit dem wir unter Corona-Aspekten einen Normalbetrieb in den Schulen sicherstellen können.

Ein ähnliches Projekt, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert werden soll und vom Gesundheitsamt zusammen mit der Universität durchgeführt wird, betrifft etwas Vergleichbares im Grundschulbereich.

Außerdem haben wir ein Modellprojekt für Seniorenheime in Vorbereitung, um auch hier mit entsprechender Unterfütterung den Öffnungsprozess weiter vorantreiben zu können.

Des Weiteren - und das halte ich für besonders wichtig - legen wir ein Projekt auf, das „Kölner Corona-Kohorte“ genannt wird. Hier wollen wir eine repräsentative Studie mit 3 000 bis 4 000 Kölnerinnen und Kölnern durchführen, um Kennwerte zur Ausbreitung des Virus zu entwickeln. Auch das ist eine Kooperation mit der Uniklinik und findet unter dem Dach des Forschungsverbundes statt, der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung entwickelt worden ist.

Ich glaube, dass wir gut daran tun, uns an diesen sinnvollen Projekten zu beteiligen, um mehr über das Virus zu lernen und daraus dann entsprechende Schlüsse zum weiteren Umgang damit ziehen zu können.

Sie haben in dem Antrag, der zu dieser aktuellen Stunde geführt hat, ausdrücklich gefragt, wie es mit der Maskenpflicht aussieht und wie wir die Compliance bewerten. Hier kann ich mich den Worten der Oberbürgermeisterin anschließen. Die Regelungen zum Mund-Nase-Schutz, also zur Maskenpflicht, werden weitgehend befolgt, sodass wir wenig einschreiten müssen. 400 Mal haben wir Menschen angesprochen und sie aufgefordert, eine Maske aufzuziehen. Überwiegend ist dem auch Folge geleistet worden. Wir haben bislang acht dokumentierte Verstöße gegen die Maskenpflicht, die wir auch in Ordnungswidrigkeitenverfahren überleiten werden. Alle diese acht Verstöße haben sich im Einzelhandel abgespielt, also nicht im ÖPNV.

Wir beobachten sehr genau das Thema der Ansammlungen und Versammlungen im öffentlichen Raum. Hier haben wir die Ihnen allseits bekannten Brennpunkte, beispielsweise den Rheinboulevard oder auch den Brüsseler Platz, im Auge. Wir sind immer noch nicht - ich sage ganz deutlich: immer noch nicht - an dem Punkt, an dem wir sagen würden: Die Situation stellt sich so dar, dass wir hier vielleicht über Sperrungen nachdenken müssen. - Wir beobachten aber schon, dass gerade in den Abendstunden dort deutlich mehr los ist. Das betrifft nicht nur den Rheinboulevard, sondern auch den Brüsseler Platz. Wir haben das sehr genau im Auge. Sollte dort mit immer besser werdendem Wetter auch mehr passieren, würden wir tatsächlich in Erwägung ziehen, diese Bereiche zu sperren. Wie gesagt, war das bislang aber nicht erforderlich; ich hätte es persönlich auch für unverhältnismäßig gehalten.

Wir sind auf das Fußballspiel am Sonntag vorbereitet. Der Ordnungsdienst steht im engen Austausch mit der Polizei. Wir gehen davon aus, dass wir hier so aufgestellt sind, dass wir die Lage an dieser Stelle im Griff haben. Das Stadion ist weiträumig abgesperrt, sodass wir unmittelbar in Stadionnähe auch keine Menschenansammlungen zu erwarten haben oder sie verhindern können. Ansonsten beobachten wir die Lage genau. Der Ordnungsdienst ist mit der gleichen Personalstärke im Einsatz wie auch sonst bei einem ganz normalen Heimspiel des FC.

Des Weiteren stehen wir mit der Polizei im Austausch über das Versammlungsgeschehen. Wir haben bundesweit Hinweise auf sogenannte Anti-Masken-Flashmobs. Sie sind aber wirklich bundesweit erfolgt und ohne konkreten Hintergrund in Köln. Trotzdem beobachten wir das sehr genau. Es gibt noch keine konkreten Hinweise auf Störaktionen in Köln. Aber wenn sie kämen, wären wir entsprechend vorbereitet. Allerdings ist das dann auch in erster Linie eine Aufgabe der Polizei. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Frau Dr. Diemert.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Man hat mich gebeten, an dieser Stelle einige Worte zu den finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie zu finden.

Es wundert Sie sicherlich nicht, dass die finanziellen Folgen bei uns immer stärker spürbar werden. Das betrifft natürlich zuallererst die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, es betrifft die Wirtschaft, und es betrifft quasi als Spiegel all dessen auch die öffentlichen Haushalte.

Ich möchte ganz kurz zitieren. Das Präsidium des Deutschen Städtetages hat vor wenigen Tagen auf Folgendes hingewiesen - Zitat -:

> Die kommunalen Haushalte werden so hohe Einbußen erleiden, wie wir sie in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gesehen haben.

Aktuell läuft in Berlin die Steuerschätzung. Die mir gerade zugespielten Ergebnisse besagen, dass die Steuerschätzung im Vergleich zum Vorjahr von einem Rückgang der Steuereinnahmen für die Kommunen um 11,1 Prozent ausgeht. Auf die Gewerbesteuer entfällt dabei ein Einbruch um 25

Prozent brutto. Diese Zahlen sind sehr deutlich. Und dennoch - so die Einschätzung des Städtetages - ist das keine pessimistische Schätzung.

Hier in Köln, wo die Gewerbesteuer fast 30 Prozent unserer Erträge ausmacht und fast zwei Drittel unserer Erträge konjunkturabhängig sind, haben wir schon sehr früh, wie Sie alle wissen, auf diese Entwicklung hingewiesen.

Heute ist schon relativ viel Dank geäußert worden. Dem will ich mich anschließen. Ergänzen will ich ihn um einen herzlichen Dank an meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kämmerei, im Steueramt und in der Stabsstelle für Beteiligungssteuerung, die in den letzten Wochen im Dauereinsatz waren und wissen, dass das wahrscheinlich auch so weitergehen wird.

Wir haben Ihnen für die heutige Sitzung im Rahmen der haushaltsrechtlichen Unterrichtung über die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie aktuelle Zahlen vorgelegt, die Sie unter TOP 7.2.2 finden. Diesen Zahlen können Sie entnehmen, dass die Entwicklung in den letzten Wochen sehr dynamisch war. Während wir Mitte März im Finanzausschuss zwar unsere Befürchtungen berichtet haben, aber noch darauf hingewiesen haben, dass sich diese Befürchtungen nicht in den Zahlen ablesen lassen, ist das inzwischen deutlich der Fall.

Allein im Monat April hat es bei der Gewerbesteuer einen Rückgang um 155 Millionen Euro gegeben. Das sind fast 12 Prozent unseres Gesamtansatzes.

Parallel erreichen uns auch weiterhin Stundungsanträge bezogen auf Steuerverpflichtungen der Vergangenheit. Bezüglich der Gewerbesteuer liegen knapp 1 000 Stundungsanträge mit einem Volumen von insgesamt rund 48 Millionen Euro vor.

Das alles bleibt, wie Sie sich vorstellen können, nicht ohne Folgen für unseren Haushalt, aber natürlich auch für unsere Liquidität. Wir stellen einen deutlich steigenden Liquiditätsbedarf fest, da rückläufige Steuererträge sowie Stundungen von Gebühren, Steuern, Mieten und Pachten auf der einen Seite zu geringeren Einzahlungen führen, während wir auf der anderen Seite parallel höhere Auszahlungen für die Bewältigung der Krise zu stemmen haben.

Wie schon Anfang April angekündigt, verfügen wir - im Übrigen auch in Normalzeiten - über eine sehr engmaschige Liquiditätsplanung, um immer frühzeitig und angemessen reagieren zu können und die jederzeitige finanzielle Handlungsfähigkeit dieser Stadt sicherzustellen.

Deshalb haben wir Ihnen heute - das sei der Vollständigkeit halber an dieser Stelle erwähnt - für den Juni-Sitzungslauf den Entwurf einer Nachtragssatzung zu unserem Doppelhaushalt zugeleitet, mit der die Kreditermächtigung für die Liquiditätssicherungskredite auf 2,8 Milliarden Euro angehoben werden soll. Das heißt konkret, dass wir im Bedarfsfall höhere Kredite aufnehmen können - nicht, dass wir das müssen. Diese Stadt hat eine solide Eigenkapitaldecke, und wir sollten auch weiterhin alles daransetzen, die Kreditverschuldung dieser Stadt und die Belastungen zukünftiger Generationen überschaubar zu halten.

Gleichwohl sind das alles - die Zahlen, die ich Ihnen hier präsentiere - keine schönen Aussichten. Das ist nach der guten Entwicklung der letzten Jahre auch ein bisschen bitter, aber nichts - das will ich hier auch deutlich sagen -, was uns aus der Bahn wirft.

Die Ankündigung der Landesregierung, die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie nach Art einer Bad Bank zu bündeln und diese Lasten ab 2025 über 50 Jahre aufzulösen und erst dann im Haushalt zu erwirtschaften, wird uns auch eine Atempause verschaffen.

So, wie die Planungen derzeit aussehen, würden dadurch aber - das gehört zur Ehrlichkeit dazu - die Belastungen zunächst nur in die Zukunft verschoben werden. Deshalb ist es wichtig - das will ich hier in aller Deutlichkeit betonen -, dass es von Bund und Land auch echte, zusätzliche Entlastungen für die kommunalen Haushalte geben muss,

(Beifall von Jörg Detjen [DIE LINKE])

zum Beispiel durch Zuschüsse zur Abfederung coronabedingter Folgen, durch die Aufstockung des Finanzausgleichs in den kommenden Jahren oder durch die aus meiner Sicht überfällige Entlastung im Bereich der maßgeblich durch Bundes- und Landesrecht geprägten sozialen Kosten.

(Beifall bei der LINKEN und der AfD)

So viel als Einschätzung der derzeitigen Situation in Sachen „finanzielle Folgen der Corona-Pandemie“.

Bei alledem gilt natürlich, meine Damen und Herren, dass wir im Rahmen unserer Kräfte und Möglichkeiten selbstverständlich auch hier vor Ort

unsere Verantwortung wahrnehmen. Ich denke auch, dass wir da nicht ganz schlecht aufgestellt sind.

So weit erst einmal von meiner Seite. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Jetzt komme ich zur Rednerliste. Als Erster hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank an Herrn Keller und Frau Diemert für die Berichterstattung.

In der Tat erleben wir Zeiten, die wir uns alle bis vor ein paar Wochen nicht vorstellen konnten. Wir sind jetzt zum zweiten Mal hier auch in einem völlig neuen Rahmen als Rat der Stadt Köln unterwegs.

Ich möchte diese Gelegenheit aber auch, ähnlich wie beim letzten Mal, erst einmal dazu nutzen, Ihnen allen und vor allen Dingen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern noch einmal ganz ausdrücklich für das Engagement der letzten Wochen und jetzt schon bald Monate zu danken.

Genauso danke ich natürlich auch - das darf man nicht vergessen - all den Menschen, die außerhalb der Verwaltung dazu beigetragen haben, das öffentliche Leben funktionieren zu lassen und am Laufen zu halten. In den letzten Wochen und Monaten wäre es anders gelaufen, wenn diese zu Recht als Helden des Alltags bezeichneten Menschen Dienst nach Vorschrift gemacht hätten. Insofern noch einmal ein ganz herzliches Dankeschön an alle Systemrelevanten, die uns da unterstützt haben!

(Beifall)

Wir haben schon viele Möglichkeiten gehabt, auch im Detail über die Dinge zu sprechen, die in dieser Stadt noch zu tun sind und auch auf der Strecke weiter getan werden. Die Verwaltung hat in den vergangenen Wochen ja eine ganze Menge nach vorne gebracht. Die Politik hat auch viele Impulse geliefert, die dann von der Verwaltung aufgegriffen wurden.

Alle demokratischen Fraktionen haben hier bei der letzten Ratssitzung gemeinsam eine Resolution eingebracht, die ein 45-Millionen-Euro-Hilfspaket vorgesehen hat, das noch einmal als deutliches Signal verstanden werden sollte, dass wir bereit sind, den Menschen, die in dieser Stadt in existenzielle Not geraten, unter die Arme zu greifen, insbesondere dann, wenn Fördertöpfe und Hilfsmaßnahmen von Bund und Land nicht greifen. Das war unsere Philosophie dabei.

Ich möchte an dieser Stelle aber noch einmal betonen, dass zumindest uns als SPD-Fraktion im Moment noch nicht richtig transparent ist, was im Rahmen dieses 45-Millionen-Euro-Pakets tatsächlich alles passiert ist. Wir haben eine sehr umfangreiche Berichterstattung; das will ich gar nicht kleinreden. Aber uns fehlt der Überblick: Was ist aus dem Topf des von diesem Rat definierten 45-Millionen-Euro-Pakets tatsächlich geleistet worden?

Wir bitten darum, Frau Oberbürgermeisterin, dass dezernatsübergreifend eine entsprechende Übersicht erstellt wird, die uns diese Transparenz schafft. Darüber würden wir uns freuen; denn auch das ist eine wichtige Grundlage, um mit unseren Partnern, auch politischen Partnern, in Land und Bund genau dort anzusetzen, wo Frau Diemert eben geendet hat, nämlich Unterstützung für ganz bestimmte Maßnahmen zu organisieren. Sie wissen, dass auf Bundes- und Landesebene verschiedenste Fördertöpfe aufgelegt werden.

Deswegen ist das meine wichtigste Bitte. Machen Sie uns bitte transparent, was alles Teil des 45-Millionen-Euro-Pakets ist, damit wir auch den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber Rechenschaft ablegen können, was die Politik hier richtigerweise als Rahmen gesetzt hat und wie die Verwaltung diesen Rahmen ausgefüllt hat. Damit können wir, glaube ich, auch einen wesentlichen Beitrag zur Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern leisten.

In diesem Sinne würde ich mich sehr freuen, wenn wir weiterhin partnerschaftlich, aber natürlich auch konstruktiv-kritisch zusammenarbeiten und die Verwaltung unsere Impulse in dem Maße aufnimmt, in dem sie das bisher gemacht hat - in der Hoffnung, dass diese Krise am Ende Köln weiter stärkt und nicht auf dem langen Weg schwächt. Dafür können und sollen wir alle unseren Beitrag leisten. Wir als SPD-Fraktion werden das auf jeden Fall in Verantwortung für diese Stadt weiter tun. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Dr. Elster das Wort.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auch die CDU-Fraktion möchte sich explizit bei der Oberbürgermeisterin und bei der Verwaltung, bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, für das bedanken, was hier geleistet wird. Don't waste the crisis! Das ist hier absolut gezeigt worden. Die Stadtverwaltung hat die Sache voll im Griff. Und darum geht es. Man fühlt sich sicher; man fühlt sich in der Stadt aufgehoben; allenthalben gibt es geordnete Prozesse.

Vom Stadtdirektor ist jetzt auch das Signal gekommen, dass es ein Stück weit Normalisierung gibt. Das ist natürlich wichtig. Zum Beispiel Normalisierung im Schulbetrieb halte ich für essenziell. Die Pilotversuche und die Ergebnisse aus den Versuchen werden natürlich auch dazu beitragen. Am Ende gilt das - wir haben es heute im Betriebsausschuss Bühnen gehört - natürlich auch für die Bühnen und für alle anderen Bereiche in unserem Leben. Es ist gut, dass die Stadtverwaltung daran arbeitet.

Die Kämmerin hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die finanzielle Situation uns definitiv überfordern wird. Wir brauchen die Unterstützung von Bund und Land. Diese ist aber zugesagt und wird auch kommen.

Die von der Kämmerin angesprochenen Punkte gilt es jetzt in den nächsten Wochen zu bearbeiten, damit wir diese Krise finanziell tatsächlich auch meistern können. Denn wir haben nicht nur Corona zu bewältigen, sondern auch Straßen zu bauen, Kindergärten zu bauen, Schulen zu bauen und viele andere Aufgaben des Regelbetriebes zu erledigen.

Die aktuelle Stunde hat uns jetzt einen ersten Eindruck gegeben, was seit den Lockerungen passiert ist. Wir sind nach wie vor noch in der Inkubationszeit, seitdem die Lockerungen beschlossen und ausgeführt worden sind, sodass wir das jetzt beobachten müssen.

Deswegen schlagen wir vor, dass die Angelegenheit mit Abschluss der aktuellen Stunde nicht erledigt ist, sondern wir das Ganze zurück an die Verwaltung geben und es so quasi auf Wiedervorlage bringen, damit wir die Angelegenheit im nächsten Hauptausschuss und bei der nächsten Ratssitzung dann wieder erörtern können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau von Bülow das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Auch die letzte Ratssitzung begann mit einer aktuellen Stunde zum Thema Corona. Heute sind wir sieben Wochen weiter. Eine lange Wegstrecke liegt hinter uns.

Ich schließe mich gern dem Dank meiner Vorredner an für alles, was in diesen sieben Wochen in dieser Stadt von der Verwaltung geleistet worden ist, aber auch von den vielen anderen, die ermöglicht haben, dass wir heute sind, wo wir sind.

Glücklicherweise hat sich die Situation in Köln bisher vergleichsweise glimpflich entwickelt. Die Auswirkungen von Corona sind dennoch immens. Wir haben das gerade in den Berichten gehört.

Auch heute spiegeln das viele Vorlagen und Anträge in der Sitzung. Ich bin froh darüber, dass wir heute aber schwerpunktmäßig auch über Lockerungen sprechen können. Ich hoffe, dass es dabei bleibt und wir von einer zweiten Welle verschont bleiben und bisher Erreichtes auch nicht gefährdet wird.

Die Stärke unserer Demokratie zeigt sich jetzt auch darin, dass die Einschränkungen der Freiheitsrechte schrittweise zurückgenommen werden. Das Demonstrationsrecht kann wieder wahrgenommen werden; persönliche Freiheiten können ausgedehnt werden. Auch das finde ich sehr wichtig. Dies zu betonen, halte ich ebenfalls für wichtig.

Ich bin froh darüber, dass im Alltagsleben wieder schrittweise Normalität einkehrt, dass Homeoffice in Richtung Präsenz am Arbeitsplatz gelockert wird und dass sich hoffentlich bald auch ein Ende der Kurzarbeitszeiten abzeichnet. Es gibt wieder Perspektiven. Das brauchen alle. Es gibt Perspektiven - bei allen Einschränkungen und allem Vorläufigen.

Die Stadt verkündet in ihren Pressemitteilungen weitere Schritte in Richtung Normalbetrieb. Auch das ist eine sehr positive Nachricht. Schulen sind geöffnet, ebenso schrittweise die Kindertagesstätten. Kinder können wieder auf Spiel- und Bolzplätze. Besuche in Altenheimen sind wieder möglich, genauso Restaurantöffnungen und vieles mehr - bei allen Einschränkungen, die es gibt.

Das sind wichtige Botschaften für alle, die gerade jetzt bis an die Belastungsgrenzen gehen und gehen müssen. Homeoffice mit Kinderbetreuung, Kinderbetreuung ohne Spielplätze und Großeltern, Kontaktsperre: Da müssen und mussten alle Beteiligten schon starke Nerven haben.

Für den Weg zurück in die Normalität bedarf es jetzt klarer Exit-Strategien und Botschaften, die der komplexen Situation gerecht werden und die vor allem die Ängste und Unsicherheitsgefühle der Menschen ernst nehmen. Dazu gehören auch schlüssige wissenschaftsbasierte Konzepte für den weiteren Umgang mit der Corona-Pandemie. Ich denke, dass wir in der Stadt Köln bei dieser Verwaltung auch gut aufgehoben sind, was das angeht.

Und es ist wichtig, Prioritäten zu setzen. Wir müssen vor allem diejenigen in den Blick nehmen, die am stärksten unter der aktuellen Situation leiden, nämlich Kinder, ihre Familien, insbesondere die vielen unter unzumutbaren Mehrbelastungen leidenden Frauen, Alte, Kranke und Menschen mit Behinderungen. Keiner darf auf der Strecke bleiben. Vielmehr gilt es, anzugehen gegen soziale Ungleichheit, die sich in der Krise noch verschärft hat. Auch darüber haben wir vielerorts schon gesprochen.

Um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, Regelungen und Vorgaben wie die Abstandsregeln auch einhalten zu können, muss sichergestellt werden, dass pandemieresiliente Infrastrukturmaßnahmen auch tatsächlich ergriffen werden.

Auf eine Anfrage wurde gestern im Verkehrsausschuss des Landtags NRW kommuniziert, dass Kommunen tatsächlich die Entscheidungshoheit haben, entsprechende Maßnahmen auch umzusetzen.

Fußgänger und Radfahrer benötigen genügend Platz zur Einhaltung der Abstandsregeln. Die Verwaltung muss dafür sorgen, dass dort, wo das nicht gewährleistet werden kann, entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, zum Beispiel durch das Aufbringen zusätzlicher Fahrradstreifen, die Einbeziehung von Autospuren für Fahrräder oder Sperrungen von Straßen wie samstags der Ehrenstraße, um nur einiges zu nennen. Ich verweise hier auch auf Beschlüsse der einzelnen Bezirksvertretungen zu genau diesem Thema. Denn der Schutz der Menschen ist unabdingbar.

Familien brauchen jetzt echte Unterstützung und Entlastung - und weiterhin so viele und so schnelle Kita- und Schulöffnungen wie möglich. Kinder brauchen ihre sozialen Kontakte und ihr Lernumfeld; denn zum Beispiel durch Unterrichtsausfall werden Ungleichheiten in Bildungserfolgen einseitig zulasten von sozial benachteiligten Kindern zementiert.

Kinder und Jugendliche brauchen Bewegungsmöglichkeiten und Freizeitaktivitäten. Zusätzlicher Raum für Sport und Spiel muss geschaffen werden, zum Beispiel durch flexible Öffnung von Schulhöfen an Wochenenden, temporäre Einrichtung von Spielstraßen oder Ähnliches. Dazu gehören auch die Ferienfreizeitangebote, die später hier noch Thema werden.

Für Gastronomen müssen die in der BV 1 und im WIA beschlossenen Maßnahmen nun auch direkt umgesetzt werden. Auch für kulturelle Veranstaltungen unter Pandemie-Gesichtspunkten gilt es neue Formate zu entwickeln und zu ermöglichen. Die Reihe ließe sich unendlich fortsetzen.

Erlauben Sie mir zum Schluss einige Worte zu den Demonstrationen gegen die Pandemie-Schutzmaßnahmen, die mittlerweile auch in Köln stattfinden. Wir Grüne blicken mit Sorge darauf, dass Verschwörungsideologen, Impfgegner, Rechtspopulisten, Reichsbürger und Rechtsextreme dort Falschmeldungen und menschenfeindliche Ideologien verbreiten und unsere Gesellschaft immer weiter spalten. Wir haben keinerlei Verständnis für diese Ideologen, für Feinde der Wissenschaft und für Feinde der Demokratie. Menschenverachtende Äußerungen, Gewaltanwendung und Körperverletzung sind nicht durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der SPD und bei der FDP)

Aufgaben und Herausforderungen gibt es in Zeiten von Corona genug; dies spiegelt sich auch in der heutigen Sitzung. Wir bewältigen sie nur, wenn wir weiterhin solidarisch und gemeinsam in Freiheit und Verantwortung den Alltag gestalten. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Wir Demokraten schließen nicht aus, dass es noch eine zweite Pandemie-Welle geben kann. Darauf wollen wir uns vorbereiten.

Verschwörungstheoretiker und rechtsextreme Kräfte dagegen denunzieren die Demokratie, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und die sozialen Rechte der Menschen.

In all ihrem Handeln hat die Kölner Verwaltung an einem vielleicht kleinen, aber wichtigen Punkt eine richtige Entscheidung getroffen. Als im Maternushaus sich die Menschen infizierten - insgesamt 25 Menschen starben dort - und die Verwaltung eingriff, verfügte sie als Erstes, dass die Doppelzimmer sofort aufgelöst wurden. Das hat dazu geführt, dass nicht noch Schlimmeres passiert ist.

„Abstand halten“ sagt jetzt auch Minister Laumann, wenn er verfügt, dass die osteuropäischen Arbeiter in den Schlachthöfen aus ihren engen Behausungen in ordentliche Unterkünfte umziehen.

An diesen beiden Beispielen können Sie sehen: „Abstand halten“ kann auch ein soziales Grundrecht werden.

Das, was die Verwaltung in Altenheimen richtig gemacht hat, macht sie aber bei der Unterbringung von Geflüchteten falsch. „Abstand halten“ ist in vielen dieser Einrichtungen nicht möglich.

Leider verharmlosen SPD, CDU, Grüne und FDP dieses Problem.

Soziale und libertäre Demokratie gehören zusammen. Sie bedingen sich.

Der Soziologe Professor Dr. Stephan Lessenich schlägt zu Recht vor, diese beiden Stränge um die ökologische Demokratie zu erweitern. Darüber sollten wir nachdenken - insbesondere deshalb, weil in den nächsten Monaten heftige Verteilungskämpfe stattfinden werden, und zwar nicht nur zwischen Arm und Reich sowie Mittelschichten, sondern auch innerhalb der föderalen Strukturen zwischen Bund, Land und Kommunen und natürlich innerhalb der Europäischen Union.

Deshalb appellieren wir von der LINKEN an die Verwaltung und die Politik: Handeln Sie libertär, sozial und ökologisch. Und - das sage ich sehr deutlich - vergessen Sie nicht die Menschen, die besonders schutzbedürftig sind.

Diese Gruppen von Menschen hatte DIE LINKE in ihrem Fokus. Wir werden in den nächsten Monaten an der Seite der Gewerkschaften und der Beschäftigten stehen, wenn es darum geht, Entlassungen zu verhindern, Kurzarbeitergeld zu verbessern und zu verlängern und die Löhne nicht noch weiter zu senken.

Kommunale Gelder dürfen nicht leichtfertig ausgegeben werden. Köln braucht ein soziales und ökologisches Investitionsprogramm.

In dieser Pandemie haben sich föderale Strukturen weltweit bewährt. Stellen Sie sich vor, in den USA würde Trump uneingeschränkt herrschen und es gäbe keine 50 Bundesstaaten. Unvorstellbar!

Die Kommunen in Deutschland haben in der Pandemie einen ganz wichtigen und entscheidenden Job gemacht. Es wäre jetzt gerecht, wenn die Kommunen in Deutschland endlich eine eigene verfasste Säule in der Demokratie wären. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ja, gut aufgeschrieben, Herr Detjen. Ich mache es mir ein bisschen einfacher. Ich muss sagen: Ich hätte nie gedacht, dass ein frisch gezapftes Kölsch in der neu geöffneten Gastronomie in Köln auch ein Stück Freiheit sein kann - nicht nur für mich; ich glaube, für viele Kölnerinnen und Kölner und auch für Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Darum bin ich froh, dass wir dieses Stück Freiheit jetzt haben. Freiheit ist ja gerade für meine Partei immer ein besonderer Begriff. Aber Freiheit und Verantwortung sind zwei Seiten derselben Medaille. Der Verantwortung müssen wir uns auch alle stellen, gerade in diesen Zeiten.

Darum bin ich dankbar dafür, dass auch die Oberbürgermeisterin klare Worte zu diesen Demonstranten gefunden hat, die bei ihrer Demonstration nämlich keine Verantwortung gezeigt haben, wenn sie ohne Mundschutz gegangen sind, auch noch dazu aufgefordert haben, den Mundschutz abzunehmen, und andere angehustet haben - und das Ganze ohne Abstand und auch noch mit Kindern. Das hat mit Freiheit und Verantwortung, den beiden Seiten derselben Medaille, nichts zu tun. So etwas kann man nur strikt ablehnen und kritisieren. Danke schön, Frau Oberbürgermeisterin, dass Sie das wie auch der Polizeipräsident in dieser Form gemacht haben.

Jetzt geht es ja auch darum, wie wir damit umgehen werden, wenn wir dann einen Impfstoff haben. Ich kann mich noch gut daran erinnern - viele von Ihnen auch -, dass es in meiner Jugend den Werbespruch „Schluckimpfung ist süß, Kinderlähmung ist grausam“ gab, mit dem wir zum Impfen aufgefordert wurden.

Wenn ich heute manche Argumente höre, warum man gegen eine Impfung ist, frage ich mich, ob man diese Zeiten vergessen hat. Was Kinderlähmung damals bedeutet hat und dass wir sie durch diese Impfung besiegt haben, sollten wir auch einmal in Erinnerung rufen. Heutzutage wird viel Falsches behauptet - da wird der Staat sozusagen missbraucht -, was die Impfung bedeuten würde. Ich glaube, es ist eine wichtige Botschaft, wie wichtig, gerade auch in diesen Zeiten, das Impfen ist.

Ich freue mich, wenn wir endlich einen Impfstoff haben; denn das bedeutet auch ein Stück Freiheit für uns alle, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Was Realität und Vernunft angeht, ist mir aufgefallen, dass wir uns in der Form des Verstandes bedienen, wie Immanuel Kant einmal gesagt hat.

Heute stand im *Kölner Stadt-Anzeiger* ein sehr interessanter Gastbeitrag des Düsseldorfer Oberbürgermeisters mit der Überschrift „Mit mehr Klugheit gegen Corona“. Ich habe mir das aufmerksam durchgelesen und muss sagen, dass es mich auch ein bisschen berührt hat, weil er etwas anspricht, was in der Tat richtig ist. Wir machen das jetzt alles richtig. Aber bei den Kindern und Jugendlichen haben wir zu wenig Wissen.

Wer sich auskennt, dem ist klar - das hat auch die Verwaltung deutlich gemacht -, was es gerade für Kinder und Jugendliche bedeutet, jetzt nicht in Kitas und nicht in Schulen gehen zu können, weil man nicht genau weiß, ob sie Überträger sind und inwieweit sie selber davon betroffen sind.

Wir brauchen mehr Wissen darüber. Darum bin ich Ihnen sehr dankbar, Herr Stadtdirektor, dass Sie das angesprochen haben. Herr Geisel möchte in Düsseldorf ja auch eine repräsentative Studie mit 1 000 Menschen durchführen, weil wir in der Tat mehr Wissen darüber brauchen. Die Studie zu Heinsberg alleine reicht nicht aus. Sie haben gesagt, dass Köln sich an mehreren Studien beteiligen will.

Mir ist das sehr wichtig. Es hat auch etwas mit Vernunft zu tun, dass wir mehr Wissen darüber haben - insbesondere, um auch die Freiheit gerade für Kinder und Jugendliche zu bekommen. Es kann nicht sein, dass die Kitas nur ein paar Tage für die Kinder offen sind. Das hilft weder den Kindern noch den Eltern. Das Gleiche gilt für die Schulen.

Wenn wir da mehr Wissen hätten, wäre das ein Riesenfortschritt. Denn wir müssen, glaube ich, noch länger mit diesem Virus leben. Da ist Wissen nach meiner Meinung Macht - und diese Macht benötigen wir neben der Vernunft.

Ich hoffe, dass wir es dann mit gemeinsamem Handeln auch hinbekommen, hier weitere Lösungen zu erhalten. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach dem ersten Lockdown ging der Begriff „neue Normalität“ durch die Bevölkerung oder durch die Medien. Wenn man sich nun in den Geschäften, in der Außengastronomie, in der Bundesliga, die wieder anfängt, oder auch nur im Inneren Grüngürtel umguckt, könnte man fast denken, da wäre etwas wieder annähernd normal.

Große Teile der Kölner Bevölkerung bekommen das aber nicht übereinander. Ihr Leben läuft einfach überhaupt nicht normal. Das sind die schon angesprochenen Familien, aber auch Solo-Selbstständige - die mit einem völlig

unzureichenden Programm der Landesregierung im Stich gelassen werden, das ihnen überhaupt nicht hilft, zumindest großen Teilen der Solo-Selbstständigen nicht - und ganz viele andere. Es ist in Klubs nicht normal, es ist auf den Bühnen nicht normal, und es ist in den Kitas und in den Schulen nicht normal.

Meine kurze Redezeit möchte ich auf den Primarbereich verwenden, und zwar auf die ersten drei Klassen in den Grundschulen; zum Teil betrifft das auch die Kitas. Wir haben es dort mit Kindern zu tun, die man nicht alleine zu Hause lassen kann, sondern die betreut werden müssen, ob in der Schule oder im OGS-Bereich oder eben zu Hause. Jetzt sind sie zu Hause. Zwischen Mitte März und Mitte August gehen diese Kinder der Kölner Grundschulen ganze sieben Tage in die Schule - innerhalb von fünf Monaten sieben Tage, nicht mehr. Das ist überhaupt nicht normal. Und das ist eine sehr große Belastung nicht nur für die Kinder, sondern natürlich auch für die Familien, aber genauso für die Lehrer und alle anderen, die damit befasst sind.

Warum ist das so? An dieser Stelle müssen wir auch einmal ganz klar sagen - das geht natürlich auch an uns selbst als Stadt, aber auch an das Land -: Ein Grund sind tatsächlich die zu großen Klassen. Wir haben zu große Klassen, schon all die ganzen Jahre über. Wenn unsere Klassen deutlich kleiner wären, könnten wir auch in diesen Zeiten wesentlich mehr Kinder beschulen.

Natürlich haben wir auch zu wenige Schulen bzw. zu wenige Schulbauten. Auch das - da müssen wir uns selbst an die Nase fassen - ist ein Grund dafür, dass wir für die Klassen 1 bis 3 nur einen Tag Schule in der Woche anbieten können. Das ist viel zu wenig.

Zu dem Homeschooling und allem, was man darunter versteht: Es stehen eben nicht in allen Familien ausreichend Endgeräte zur Verfügung. In meiner direkten Nachbarschaft - und das ist kein außergewöhnliches Beispiel - leben Alleinerziehende mit zwei oder drei Kindern, die einen einzigen Rechner haben. Diesen Rechner braucht der Vater oder die Mutter für sich selbst. Gleichzeitig hat er oder sie aber zwei oder drei Kinder im Nacken, die auch etwas auf diesem Gerät machen wollen. Es ist also nicht so, wie oft behauptet wird.

Natürlich fehlt es überhaupt an digitaler Kompetenz - nicht nur bei den Kindern, sondern auch bei den Eltern. Sie können zum Teil gar nicht dabei helfen, die Geräte zu bedienen. Auch bei den Lehrern sind wir längst noch nicht so weit, dass diese einen digitalen Unterricht über Distanzen durchführen könnten. Da bestehen also sehr große Defizite.

Auch eigenständiges Lernen ist sehr, sehr unterschiedlich. Manche Kinder lernen das in den Schulen; andere Schulen haben ganz andere Konzepte. Das eine Kind ist so, das andere so. Es ist nicht so, dass Kinder eigenständig zu Hause lernen können - und schon gar nicht, wenn ihre Eltern aus den sogenannten bildungsfernen Schichten stammen. Dann wird es noch einmal schwieriger. Auch hier ist eigentlich, muss man nüchtern sagen, komplettes Versagen zu konstatieren.

Daher bitte ich Sie, Frau Oberbürgermeisterin, unseren Schuldezernenten und alle im Stadtvorstand: Nutzen Sie bitte die Zeit bis zum Schulbeginn, um dort Abhilfe zu schaffen. Es reicht nicht aus, ein, zwei nette Pilotprojekte in der Stadt zu installieren. Wir brauchen einen Schulbeginn für die 1., 2. und 3. Klasse - für die 4. Klasse haben wir das ja nahezu -, aber einen Schulbeginn, der halbwegs den normalen Realitäten entspricht. Noch haben wir das nicht. Es ist vollkommen klar, dass es eine Riesenaufgabe für Sie wird, da etwas zu entwickeln. Sie haben noch ein bisschen Zeit.

Ich sage das jetzt nicht aus Spaß, sondern weil ich es durchaus ernst meine: Denken Sie auch an Zelte auf den Schulhöfen. Denken Sie an Container. Denken Sie an Unterricht im Freien. Denken Sie an Unterricht vor Ort, zum Beispiel in den städtischen Museen. Warum sollte man nicht einmal pro Woche einen Klassenausflug in ein städtisches Gebäude bzw. eine städtische Kultureinrichtung machen? Denken Sie mit dem Land vielleicht auch darüber nach, eine gewisse Zeit lang samstags Unterricht anzubieten - natürlich in Vereinbarung mit Lehrern, Gewerkschaften und Ähnlichen -, damit wir überhaupt annähernd in die Richtung kommen, wieder einen normalen Unterricht zu gewährleisten.

Zu Frau Diemert und Frau Blome und zu der finanziellen Situation: Wir hatten vor wenigen Tagen ein Gespräch, bei dem es natürlich auch um den finanziellen Haushalt ging. Ich möchte Ihnen gerne anbieten, dass wir von unserer Gruppe tatsächlich auf einen Teil der Mittel, die wir im Haushalt verankern konnten, verzichten.

Hier möchte ich gezielt Frau Blome ansprechen. Wir warten schon seit Langem auf die Lastenradförderung.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Sie ist mit 500 000 Euro für 2020 und 2021 im Haushalt verankert. Wir sind damit einverstanden, dass Sie, der Stadtvorstand, einen Teil dieser Summe für andere Dinge ausgeben, um den sozialen Zusammenhalt in der Stadt mit diesen Mitteln zu stärken. Da denken wir zum Beispiel an die Bürgerzentren. Machen Sie einen Vorschlag. Aber sichern Sie uns im Gegenzug bitte auch zu, dass die Lastenradförderung dieses Jahr kommt. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen in der aktuellen Stunde? - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Von Seneca stammt der Satz:

> Den guten Steuermann lernt man erst im Sturm kennen, …

Die Richtigkeit dieser Aussage hat Corona eindrucksvoll bestätigt. Unsere Steuerfrau der Finanzen, Frau Stadtkämmerin Professor Dr. Diemert, hat, wie wir finden, frühzeitig, entschlossen und richtig gehandelt,

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Auf Ihr Lob kann sie auch verzichten!)

indem sie Ende März die Bewirtschaftungsverfügung erlassen hat und damit einen wichtigen Beitrag zur finanziellen Handlungsfähigkeit der Stadt geleistet hat.

Gestatten Sie trotzdem drei Anmerkungen von meiner Seite.

Erste Bemerkung: Mir scheint das Corina-Virus die politischen Grundeinstellungen der Deutschen zumindest vorübergehend verändert zu haben. Der Staat erfährt eine ungeahnte Renaissance seines Ansehens, und die Staatsverschuldung verliert im Gegenzug ihren Schrecken. Das Koordinatensystem des durchschnittlichen Deutschen, des durchschnittlichen Kölners scheint sich ein Stück weit nach links verschoben zu haben. Solidarität und Sozialstaatlichkeit rangieren deutlich vor dem Freiheitsgedanken und der Idee der Wettbewerbsgesellschaft. Die neuen Lieblingsworte der Deutschen sind „Abstand“, „Rettungsschirm“ und „Homeoffice“. Zwischen 60 und 80 Prozent der Deutschen finden auch die Einschränkungen der Grundrechte zur Bekämpfung der Corona-Pandemie angemessen und richtig.

Aber, meine Damen und Herren, die Einstellungen der Menschen ändern sich und wandeln sich rasch - rascher, als viele von uns denken. Denn den Menschen wird klar, wie hoch der Preis ist, den sie in Zukunft zu zahlen haben werden.

Was auch immer man von der bereits angesprochenen Demonstration, die kürzlich in Köln stattgefunden hat, halten mag: Ich würde nicht pauschal unterstellen, dass das alles nur Verrückte und Spinner sind.

Ich fand auch Ihre Wortwahl, Frau Oberbürgermeisterin - bei allem Respekt -, nicht angemessen. Sie haben diese Demonstranten pauschal als „Mischpoke“ bezeichnet. Sie wissen vielleicht, dass das ein Begriff ist, den sich auch die Nazis

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

zu eigen gemacht haben, um die Juden zu diskriminieren. Das ist eine Wortwahl, die ich nicht für angemessen halte. Ich kann dazu nur sagen - Sie haben daraufhin ja einen erheblichen Shitstorm geerntet -: Die Political Correctness frisst ihre eigenen Kinder.

Zweite Bemerkung: Über die finanzielle Seite schien und scheint sich bislang noch niemand so richtig Gedanken zu machen. Ich zitiere Finanzminister Scholz. Er sagt:

> „Es gibt keine Grenze nach oben“

Seine Botschaft: Niemand muss Angst haben. Der Staat sorgt für alle.

Meine Damen und Herren, wir sollten aber gewarnt sein. Die Ausgaben- und Hilfsorgien, die jetzt anlaufen, sind die Steuern von morgen. Das gilt gerade auch für Köln.

Die AfD sagt daher: Die Corona-Krise besiegen wir nur mit Selbstverantwortung, nicht mit Sozialismus.

Dritte und letzte Bemerkung: Die Corona-Krise droht zu einem Fest für Lobbyisten zu werden. Alle möglichen Organisationen und Firmen

kommen jetzt auf den Staat zu und fordern Unterstützung.

Ich nenne nur ein prominentes Beispiel - auch wenn es keinen Köln-Bezug hat, bringt es doch die Systematik schön auf den Punkt -: Ein DAX-Unternehmen wie Adidas - Eigenwerbung von Adidas: „bei“ uns arbeiten mehr als 100 Nationalitäten - hat in der Krise plötzlich den deutschen Staat entdeckt und mit der KfW einen Kreditrahmen von 2,4 Milliarden Euro vereinbart. Dazu muss man Folgendes wissen: Die Eigentümer von Adidas sind BlackRock, diverse Family Trusts und Trusts von den Cayman Islands. Sie halten sich in der Krise vornehm zurück. Aber der deutsche Staat, also der Steuerzahler, soll jetzt eintreten.

Da müssen wir aufpassen. Wir als AfD fordern, dass bei allen Hilfen gelten muss: nur so viel Staat wie nötig und so viel unternehmerische Freiheit wie möglich. - Danke.

(Beifall bei der AfD und der Ratsgruppe Rot-Weiß)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zur aktuellen Stunde? - Das ist nicht der Fall.

Dann greife ich das auf, was von Herrn Dr. Elster in Bezug auf den Abschluss der aktuellen Stunde thematisiert wurde - nämlich, dass nach § 5 Abs. 10 Buchstabe b der Geschäftsordnung die Sache zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen wird. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, und frage: Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird nach § 5 Abs. 10 Buchstabe c) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen an die Verwaltung überwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

Tagesordnungspunkt

2.1 Annahme einer Schenkung indischer Miniaturmalereien (Sammlung Prof. Dr. Ludwig Habighorst)

0622/2020

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind alle außer der AfD. - Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Damit ist das so beschlossen.

Ich bedanke mich in unser aller Namen sehr bei Herrn Professor Dr. Habighorst für diese Schenkung an das Rautenstrauch-Joest-Museum.

(Beifall)

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung der Sammlung Indische Miniaturmalereien durch Herrn Prof. Dr. Ludwig Habighorst an das Rautenstrauch-Joest-Museum mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

2.2 Annahme einer Schenkung von Fotografien der Künstlerin Walde Huth für das Museum Ludwig

0639/2020

Hier möchte der Schenker nicht genannt werden.

Trotzdem bitte ich Sie natürlich, die Schenkung anzunehmen, und dafür um Ihr Handzeichen. - Das sind alle außer der AfD und Rot-Weiß. Enthält sich jemand? - Das sind die AfD und Rot-Weiß. Damit ist diese Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich bei dem großzügigen Schenker.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Schenkung von 285 Fotografien der Künstlerin Walde Huth an das Museum Ludwig an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

2.3 Annahme einer Schenkung des Kunstwerkes Untitled, 2017 von Wade Guyton für das Museum Ludwig

1025/2020

Der Künstler selbst möchte uns dieses Kunstwerk schenken.

Ich würde gerne darüber abstimmen lassen. Auch hier bitte ich um Ihr Handzeichen, wenn Sie diese Schenkung annehmen möchten. - Das ist der Fall, mit Ausnahme der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Der AfD. Damit ist die Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich sehr bei Wade Guyton.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Schenkung des Kunstwerkes Untitled,2017 von Wade Guyton an das Museum Ludwig durch den Künstler mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt kommen wir zu:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Ich möchte Sie daran erinnern, bei Ihren Wortbeiträgen zu den Anträgen bitte auf die vereinbarte Redezeit zu achten. Das ist sicherlich schwieriger als dann, wenn man die Uhr vor sich hat. Ich denke aber, dass wir nicht unbedingt noch einführen müssen, hier eine große Uhr laufen zu lassen. Man kann es auch übertreiben. Insofern bitte ich Sie einfach, sich kurzzufassen.

Tagesordnungspunkt

3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend „2. Maßnahmenpaket für Schulbauprojekte“

AN/0538/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0606/2020

Hier hat als Erster Herr Dr. Schoser das Wort.

Dr. Martin Schoser (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir als CDU-Fraktion verfolgen mit Hochdruck das Ziel, sowohl den Schulneubau als auch die Generalinstandsetzung von Bestandsgebäuden zu beschleunigen.

Vor drei Jahren, im April 2017, haben wir hier im Rat das 1. General-/Totalunternehmer-Maßnahmenpaket beschlossen, im Folgenden immer nur GU/TU-Paket genannt. Dieses Paket haben wir im Juli 2019 erweitert. Es umfasst jetzt 22 Maßnahmen, nämlich 16 Schulbaumaßnahmen und sechs Interimsbauten an elf Standorten, die an General- und Totalunternehmer übergeben worden sind, um so deutlich schneller zu bauen. Dabei handelt es sich sowohl um Neu- als auch um Erweiterungsbauten sowie um Sanierungsmaßnahmen bestehender Schulen, und zwar über alle Schultypen hinweg.

Unser Ziel ist es, dies in dem Fünfjahreszeitraum zu realisieren, also bereits zum Schuljahr 2022/2023.

Dieses 1. Maßnahmenpaket zeigt schon erste sichtbare Erfolge. Zum Beispiel: Auf dem Sürther Feld sind jetzt die Bagger für den Neubau der Ernst-Moritz-Arndt-Grundschule im Einsatz. Beim Hildegard-von-Bingen-Gymnasium wächst der Erweiterungsbau in die Höhe. Bei der Förderschule auf dem Sandberg steht der Start der Bauarbeiten für diesen Monat auf dem Plan. Bei der Gesamtschule Frankstraße geht es nach den Sommerferien los.

Ich selber nehme an der begleitenden politischen Kommission GU/TU teil, in der wir regelmäßig zusammen mit dem Leitungsteam den Fortgang begutachten. Mit Stand heute befinden wir uns nicht nur bei den gerade genannten, sondern bei nahezu allen Projekten im zeitlichen Rahmen.

Ich finde es wirklich beeindruckend, wie in diesem komprimierten Rahmen und mit der begrenzten Personalressource ein solches Projektvolumen - immerhin über eine halbe Milliarde Euro - umgesetzt wird.

Es zeigt sich auch, dass die Zeitersparnis gegenüber einer gewerkeweisen Vergabe im GU-Bereich drei Jahre und im TU-Bereich fünf Jahre beträgt.

Aus unserer Sicht ist das eines der Erfolgsprojekte dieser Wahlperiode.

Aufgrund dieser Erfahrungen möchten wir heute analog zu 2017 ein 2. Maßnahmenpaket für Schulbauprojekte auf den Weg bringen. Damit es zügig geht, erwarten wir die Vorlage schon zur nächsten Ratssitzung am 18. Juni 2020, also noch vor der Sommerpause. Sie soll auch konkrete Maßnahmen enthalten, die darin berücksichtigt werden.

Wir fordern als Auswahlkriterium hier wieder die Schaffung von zusätzlichen Plätzen, aber auch die Verhinderung eines Wegfalls von bestehenden Plätzen durch Sanierung und Bestandssicherung, also ein ausgewogenes Paket mit einem Mix.

Um die Planungszeiten noch weiter zu verkürzen, möchten wir, dass geprüft wird, ob eine mehrfache Verwendung vorhandener Planungs- und Ausschreibungsunterlagen möglich ist. Wir möchten auch geprüft haben, ob am Markt erprobte Leistungsverzeichnisse für weitere erforderliche Maßnahmen ein geeignetes Mittel sind, um die Prozesszeiten noch stärker zu verkürzen und den Schulbau damit weiter zu beschleunigen.

Das ist unser Credo als Antragsteller: Zeiten verkürzen und weiter beschleunigen, um auf den prognostizierten Mehrbedarf an Schulplätzen zu reagieren. Wir sind davon überzeugt, dass dieses 2. Paket, das CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Ratsgruppe GUT heute beantragen, dazu beitragen wird, und bitten um Zustimmung.

Ganz kurz möchte ich noch auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE eingehen, der uns aus unserer Sicht nicht weiterbringt.

Die im Punkt 3 genannten Personalmaßnahmen führt die Gebäudewirtschaft schon durch. Das wurde im Betriebsausschuss auch sehr ausführlich dargelegt.

Zu dem Hinweis, in eigener Regie zu bauen, ist Folgendes zu sagen: Ohne externe Fachplaner und Projektsteuerer wird es nicht gehen.

Ob das, was Sie zu dem Thema Ausschreibungen vorschlagen, vergaberechtlich möglich ist, weiß ich nicht. Aber wir haben schon jetzt einen beschränkten Bietermarkt. Zum Teil haben wir - Herr Kockerbeck, Sie sind ja auch in der politischen Kommission - dann nur einen Bieter gehabt. Insofern müssen wir wirklich schauen, ob uns das weiterführt. Das glaube ich nicht.

Besonders schade finde ich den Tenor, der aus dem Antrag ein bisschen hervorkommt, nämlich eine gewisse Unzufriedenheit mit der Gebäudewirtschaft. Das kann ich nun gar nicht verstehen. Gerade im Bereich der Großbauten Schulen sind die Bauleistungen der Gebäudewirtschaft von 176 Millionen Euro in 2019 auf 274 Millionen Euro in 2020 gestiegen, also um knapp 100 Millionen Euro und damit um 55 Prozent. Die Gebäudewirtschaft hat neue Aufgaben dazubekommen, weil sie Erfahrungen hat und weil wir Vertrauen in sie bekommen. Der Bereich Kulturbauten wird jetzt von dort betreut. Sie ist auch strategisch neu aufgestellt. Eigens für den Schulbau ist eine eigene Abteilung dazugekommen.

Deswegen lehnen wir den Antrag der Fraktion DIE LINKE ab.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem gemeinsamen Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Laufenberg das Wort.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Freien Demokraten begrüßen den Vorstoß, den wir hier gemeinsam unternehmen, im Juni dieses Jahres ein 2. Maßnahmenpaket auf den Weg zu bringen, sehr.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir hier schon viel weiter sein könnten. Denn die Freien

Demokraten haben jahrelang darauf gepocht, dass Total- und Generalunternehmer die Aufgaben des Schulbaus übernehmen, die wir als Gebäudewirtschaft ja nicht stemmen können.

(Pfeifgeräusche aus den Lautsprechern)

- Ich mache trotz des Piepens weiter. - Wir haben lange darauf gedrängt und freuen uns sehr darüber, dass nun endlich auch dieser Rat zur Vernunft gekommen ist.

Mit dem 1. Maßnahmenpaket - der Kollege hat es dargestellt - haben wir gute Erfolge verzeichnet.

Wie gesagt, hätten wir heute schon das 5. oder 6. Maßnahmenpaket verabschieden können. Das ist der kleine Wermutstropfen, den wir als Freie Demokraten hier ansprechen müssen. Denn wir haben im Kita-Bereich schon seit über zehn Jahren hervorragend mit dem Investorenmodell arbeiten können.

Leider sind die LINKEN immer noch nicht so weit. Die LINKEN haben es noch nicht begriffen und machen auch heute mit ihrem Änderungsantrag wieder deutlich, dass sie der Meinung sind, dass wir mit unserer Gebäudewirtschaft in der Stadt Köln besser bauen können, obwohl sogar der RPA-Bericht dargelegt hat, dass wir das leider nicht können.

Dementsprechend freut es uns sehr, dass wir heute hier das 2. Maßnahmenpaket in Auftrag geben. Ich hoffe, dass wir dann noch schneller bauen können. Wir sollten nicht den LINKEN folgen und damit wieder Verlangsamungen im Schulbau verursachen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte, die erschwerte Kommunikation zu entschuldigen. - Jetzt scheint das Pfeifen abgestellt zu sein. - Herr Philippi hat das Wort.

(Zuruf: Was ist mit den LINKEN?)

- Die LINKEN sind Steller des Änderungsantrages. Darum bitte ich, diese Reihenfolge umzusetzen.

Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ende 2019 haben wir gemeinsam die Aktualisierung der Prioritätenliste der Schulbaumaßnahmen beschlossen. Im Kontext der entsprechenden Vorlage ist uns auch dieses 2. Maßnahmenpaket für Schulbauprojekte angekündigt worden.

Natürlich kann man über den Zeitpunkt und die Vorgehensweise der Antragsteller ein klein wenig die Stirn runzeln. Heute haben wir den 14. Mai 2020. Die nächste Ratssitzung findet in fünf Wochen statt. Selbst bei der geballten Kompetenz des Baudezernenten ist nicht zu erwarten, dass er in fünf Wochen das Ganze von null auf hundert bringt. Er wird natürlich schon etwas entwickelt haben, was sicherlich gut ist. Das hätte er, glaube ich, auch ohne die politische Flankierung, die wir gleich beschließen wollen, als Beschlussvorlage hingekriegt.

Ich sage das auch vor dem Hintergrund, dass wir als SPD-Fraktion in der März-Sitzung des Schulausschusses einen Antrag gestellt hatten, der in die gleiche Richtung zielte. In diesem Antrag ging es um die Identifizierung und Reservierung von Grundstücken für den Schulbau. Damals ist unser Dringlichkeitsantrag mit der Begründung abgelehnt worden, die Verwaltung arbeite ja daran. Und jetzt bekommen wir hier die andere Seite der Medaille so präsentiert.

Aber im Kern ist der vorliegende Antrag von Jamaika genau das, was wir auch in unserem Fachantrag gefordert haben und wollten. Daher ist er für uns zustimmungsfähig. Was den Schulbau angeht, sind wir über High Noon hinaus. Wir als SPD-Fraktion gehen fest davon aus, dass wir dann im Juni dieses Jahres eine Vorlage bekommen, mit der möglichst viele neue Schulplätze möglichst schnell gebaut werden können.

Zum Änderungsantrag der LINKEN hat Herr Dr. Schoser eigentlich schon alles gesagt. Wir als SPD-Fraktion stimmen also dem Ursprungsantrag zu.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort zur Begründung des Änderungsantrages.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie Franz Philippi schon dargestellt hat, ist dieser Antrag ein Wahlkampfantrag. Der Rat hätte das auch im Juni 2020 als

Verwaltungsvorlage beschließen können. Aber gut; sprechen wir über den Inhalt.

Der Rat in Köln und die Verwaltung konnten in den letzten Jahren ihrer Pflichtaufgabe bei Schulbau und Schulsanierung nicht mehr vollständig nachkommen und tun es bis heute nicht. Daraus zieht die regierende Ratsmehrheit aber nicht die Schlussfolgerung, dass nun umgesteuert werden muss und die Bauverwaltung mit energischen Maßnahmen wieder in die Lage versetzt werden muss, ihren Aufgaben im ganzen Umfang nachzukommen.

Über viele Jahre wurde die städtische Bauabteilung - ehemals das Hochbauamt, ungefähr ab dem Jahr 2000 die Gebäudewirtschaft - nicht genügend finanziell und personell ausgestattet. Gespart wurde bei ihr wie in allen öffentlichen Bereichen, seien es Schulen, Kitas oder Krankenhäuser.

Köln ist da in der Bundesrepublik im Übrigen kein Einzelfall. Seit Jahrzehnten wird in den kommunalen Bauverwaltungen gespart und Personal abgebaut.

Diese Situation haben wir heute vor uns. Es ist also nicht so, dass diese Maßnahmenpakete jetzt unendlich groß und verdienstvoll wären. Vielmehr sind sie die Folge einer Politik vieler Jahre, die von den jeweils regierenden Parteien in einer Reihe von Kommunen getätigt wurde.

Deshalb finde ich es auch unverantwortlich, hier in einer solchen Weise von der Gebäudewirtschaft zu sprechen, wie Sie das gemacht haben, Frau Laufenberg. Man sollte schon zu den Folgen der eigenen Politik stehen, und man sollte auch die städtische Bauabteilung fair behandeln und sorgfältig mit ihr umgehen.

Als Folge der personellen Auszehrung können öffentliche Ämter und Einrichtungen ihrer gesetzlichen Aufgabe nur noch eingeschränkt nachkommen. Das spüren wir überall.

Der Investitionsstau, der sich in der Bundesrepublik bei der Schulinfrastruktur herausgebildet hat, ist nachgewiesen. Das Deutsche Institut für Urbanistik schätzt ihn für 2018 auf fast 50 Milliarden Euro. Ein Gutachten im Auftrag der Kämmerei hat 2017 ebenfalls diese Investitionslücke dargestellt.

Die gegenwärtige Strategie des Bauens in Köln ist also weder effektiv noch wirtschaftlich. Jährlich vergibt die Stadt Köln Gutachten, Planungen und ähnliche Leistungen für rund 30 Millionen Euro an private Firmen. Eine Erledigung mit städtischem Fachpersonal würde je nach Bereich bis zu 40 Prozent günstiger ausfallen. Denn die privaten Firmen wollen natürlich zusätzlich zu ihren Arbeitskosten noch einen Gewinn realisieren.

Genauso sieht das auch bei den an Baukonzerne vergebenen Maßnahmenpaketen aus.

Deshalb schlagen wir beispielsweise vor, dass nicht nur große Konzerne der Bauindustrie von den Maßnahmenpaketen der Stadt Köln profitieren, sondern auch die regionale, mittelständische Wirtschaft und das Handwerk, dass also 50 Prozent der Handwerkerleistungen an Kölner Handwerksbetriebe vergeben werden müssen.

Wie effektiv ist die Baustrategie eigentlich? Wir sehen es jetzt wieder. Gestern wurden die Zahlen der Schulverwaltung zum Anmeldeverfahren veröffentlicht. 38 Prozent der Eltern, die ihr Kind an einer weiterführenden Schule anmelden wollten, haben das in diesem Jahr an einer Gesamtschule getan. Nur für rund 27 Prozent war ein Platz vorhanden. Das heißt: Über mehr als zehn Jahre hinweg haben 10 000 Kinder in Köln keinen Platz an einer Gesamtschule bekommen.

Wenn man sich die Zahlen in den Stadtbezirken anschaut, sieht man, dass in Ehrenfeld 49,5 Prozent der Anmeldungen an Gesamtschulen nicht realisiert wurden, in Nippes sogar 57 Prozent, in Kalk 44 Prozent und in der Innenstadt 42 Prozent.

Diese Baustrategie sollte also überprüft werden. Wir sind für einen deutlichen Kurswechsel. Deshalb schlagen wir vor, wieder eine öffentliche Bauverwaltung, die für alle Leistungsphasen großer Bauprojekte leistungsfähig ist, aufzubauen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die LINKEN. Gibt es Enthaltungen? - Nein. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Ursprungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN. Damit ist dieser Antrag angenommen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. Beschluss:

Der Beschluss wird folgendermaßen ersetzt (Neues fett wurde hervorgehoben, Nummerierungen neu eingesetzt):

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ~~analog zum Ratsbeschluss 0864/2017 vom 04.04.2017~~ alle erforderlichen Schritte zur zeitnahen Auflegung eines 2. Maßnahmenpakets für Schulbauprojekte durchzuführen. Dem Rat soll hierzu in der Ratssitzung am 18.06.2020 eine Beschlussvorlage vorgelegt werden.

Dabei soll die Verwaltung auf Grundlage der belastbaren Planzahlen der integrierten Schulentwicklungsplanung und der priorisierenden Schulbaumaßnahmenliste ~~eine für die Umsetzung jeweils optimale Beschaffungsform wählen und~~ konkrete Maßnahmen benennen. ~~Nach Möglichkeit~~ Wenn nötig soll~~en~~ hierbei erneut eine Vergabe an Total- oder Generalunternehmer erfolgen. Eine Bedingung der Ausschreibung ist es, dass der General- bzw. Totalunternehmer mindestens 50 % der Handwerkerleistungen an örtliche Handwerksbetriebe vergeben muss.

Dabei soll möglichst zu gleichen Anteilen das maßgebliche Auswahlkriterium für Maßnahmen die „Schaffung von zusätzlichen Schulplätzen“ und in der Verhinderung eine „Wegfalls von bestehenden Schulplätzen“ sein. Um die Planungszeiten für dringend benötigte zusätzliche Schulen zu verkürzen wird die Verwaltung aufgefordert zu prüfen, ob bereits vorhandene Planungs-/ Ausschreibungsunterlagen vorhandener/ in Umsetzung befindlicher Gebäude zurückgegriffen werden kann.

Die Vergabe an General- bzw. Totalunternehmer ist nur eine Übergangslösung, die zwingend zum Ausbau einer leistungsfähigen Bauverwaltung genutzt werden muss. Weitere GU-/TU-Maßnahmenpakete wird es nicht geben.

2. Stattdessen wird die Verwaltung damit beauftragt, verschiedene Organisationsformen für den schnellstmöglichen Aufbau einer neuen Bauverwaltung zu prüfen und aufgrund des Ergebnisses dem Rat Alternativen zum Beschluss vorzulegen. Mit allen vorzuschlagenden Organisationsformen sollen Verwaltung und Rat die Schul- und Kitagebäude, die Köln in den kommenden Jahren benötigen wird, in eigener Regie bauen und sanieren können. Diese neu aufgebaute Bauverwaltung wird mit ausreichenden Kompetenzen und Ressourcen für alle Leistungsphasen großer Bauprojekte ausgestattet sein.

3. Die Leistungsfähigkeit der Gebäudewirtschaft wird in der Zwischenzeit schnellstmöglich verbessert, indem folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- *Das Stellenbesetzungsverfahren wird beschleunigt und qualitativ verbessert.*
- *Alle tariflichen Möglichkeiten zur Personalgewinnung und Erhaltung sind auszuschöpfen.*
- *Die Potentiale der Bewerber und der bereits Beschäftigten werden bestmöglich gefördert.*
- *Entsprechende Qualifizierungen werden zwingend Bestandteil der Personalentwicklung.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

II. Abstimmung über den Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, analog zum Ratsbeschluss 0864/2017 vom 04.04.2017 alle erforderlichen Schritte zur zeitnahen Auflegung eines 2. Maßnahmenpakets für Schulbauprojekte durchzuführen.

Dem Rat soll hierzu in der Ratssitzung am 18.06.2020 eine Beschlussvorlage vorgelegt werden. Dabei soll die Verwaltung auf Grundlage der belastbaren Planzahlen der integrierten Schulentwicklungsplanung und der priorisierenden Schulbaumaßnahmenliste eine für die Umsetzung jeweils optimale Beschaffungsform wählen und konkrete

Maßnahmen benennen. Nach Möglichkeit sollen hierbei erneut eine Vergabe an Total- oder Generalunternehmer erfolgen. Dabei soll möglichst zu gleichen Anteilen das maßgebliche

Auswahlkriterium „Schaffung von zusätzlichen Schulplätzen“ und in der Verhinderung eine „Wegfalls von bestehenden Schulplätzen“ sein.

Um die Planungszeiten für dringend benötigte zusätzliche Schulen zu verkürzen wird die Verwaltung aufgefordert zu prüfen, ob bereits vorhandene Planungs-/ Ausschreibungsunterlagen vorhandener/ in Umsetzung befindlicher Gebäude zurückgegriffen werden kann.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Kölner Stadtteile auch digital stärken - Digitale Veedel mit vielfältigen Angeboten und Services entwickeln“

AN/0524/2020

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0605/2020

Als Erstem gebe ich Herrn Hegenbarth das Wort.

Thomas Hegenbarth (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Digitale Veedel entwickeln: Ja, es ist fast unglaublich, was wir in den letzten Wochen erlebt haben, aber genauso, wie wir uns vielleicht verändert haben. Fast unglaublich ist auch, wie viele durch Einschränkungen gezwungenermaßen „digital“ gelernt haben: Video- und Telefonkonferenzen, Homeschooling und ganz vieles mehr, was ich hier nicht aufzählen will.

Mindestens fast genauso unglaublich ist ein bewundernswertes Netz von Nachbarschaftsinitiativen und Hilfsangeboten für Bedürftige und Risikogruppen, aber auch für Kölner Betriebe.

Die Krise ist Herausforderung und Chance zugleich:

- Herausforderung, weil wir vielleicht vor einer der tiefsten Rezessionen stehen, weil Millionen von Menschen um ihren Arbeitsplatz bangen, weil wir nicht wollen, dass unser vielfältiges Angebot vor Ort im Veedel verloren geht - der Lieblings-Italiener, die kleine Boutique, die lokale Buchhändlerin und viele, viele andere vor Ort -, weil private Initiativen allein nicht die Rettung sein können und wir als Stadt hier in der Pflicht stehen

- aber auch Chance, weil wir jetzt vielleicht begreifen, wie wichtig auch nach Beendigung von Kontaktsperren digitale Formate des Austauschs sind, weil wir nun erkennen, dass „Veedelsretter“, „Südstadt-Shopping“, „Schenk Lokal“ oder das Projekt „Kölner Veedel als lokaler Leuchtturm“ eine fantastische Vorarbeit geleistet haben, weil wir jetzt aber auch begreifen, dass der Satz „Daten sind das Gold der Zukunft“ kein hohler Spruch ist, sondern wir mühsam und Schritt für Schritt unser Datengold zurückholen müssen

Ich will das einmal kurz zusammenfassen, um den ganzheitlichen Charakter der Idee „Digitale Veedel“ klarer zu machen - angefangen von lokaler Wirtschaft über Vereine und Initiativen bis hin zu jedem Einzelnen vor Ort in den Veedeln.

Mehrere Ansätze können und sollten auf einer stadtweiten Plattform zentral zusammengefasst werden. Ich nenne hier nur einmal drei Beispiele.

Erstens. Die Angebote wie „Veedelsretter“, „Südstadt-Shopping“, „Schenk Lokal“ oder das Projekt „Kölner Veedel als lokaler Leuchtturm“ können wir jetzt zusammenführen.

Zweitens. Warum nicht ein zukunftsweisendes kölsches Amazon für unsere Einzelhändlerinnen und Einzelhändler vor Ort auf den Weg bringen, über ein intelligentes System organisiert, damit Waren, die schon hier in Köln vor Ort, in Ehrenfeld oder Chorweiler, vorgehalten werden, genommen werden, anstatt erst über globale Handelsplattformen hierhin gekarrt werden zu müssen?

Drittens. Unsere Veedel sind mehr als kompetente Einzelhändler und die Lieblings-Kneipe um die Ecke. Unsere Veedel leben auch von den vielen Vereinen, Kulturinstitutionen, aktiven Kirchengemeinden und diskussionsfreudigen Gruppen vor Ort. Wir stellen uns auch vor, auf dieser Plattform diese vielfältigen Angebote zu bündeln und Möglichkeiten für Diskussionen und Mitwirkung auch für jede Kölnerin und jeden Kölner zu bieten.

Zum Ende: Natürlich ist das noch nicht der Weisheit letzter Schluss. Ein solches System ist erst der Anfang und lebt von Erfahrung, Engagement und Veränderung. Dafür gilt es aber, einen Start zu machen. Wir würden uns freuen, dies gemeinsam mit Ihnen heute auf den Weg zu bringen.

Den FDP-Antrag finden wir übrigens sehr gut, weil er sehr sinnvolle Ergänzungen mit einbringt, sodass wir ihn an dieser Stelle auch unterstützen. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Und bleiben Sie gesund!

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Frank das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben den Antrag natürlich auch lesen können. Er ist aus unserer Sicht noch eine etwas zu wenig strukturierte Ideensammlung von kleinteiligen Aktivitäten für den lokalen Einzelhandel. Wir vermuten, dass er als Brainstorming im Rahmen der diversen Videokonferenzen, die jetzt ja gerne durchgeführt werden, entstanden ist.

Wir sehen es allerdings so, dass dieses Thema von grundsätzlichem Interesse ist, und zwar weniger hinsichtlich der Corona-Krise, sondern mehr, um den lokalen Einzelhandel zu sichern, auch in Konkurrenz zu Onlineplattformen.

Dafür, diese Dinge im Einzelnen besprechen zu können, inklusive der Vorschläge der FDP, ist aber der Fachausschuss, nämlich der Wirtschaftsausschuss, der richtige Ort. Deshalb beantragen wir den Verweis des Antrags und des Änderungsantrags in den nächsten Wirtschaftsausschuss.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wer sich die Seite „Veedelsretter“ angeschaut hat, wird festgestellt haben, dass sie sehr gut gelungen ist und mit Sicherheit bei den Bürgerinnen und Bürgern sehr gut ankommt.

Der SPD-Antrag ist ein gut gemeinter Versuch, den spontan entstandenen Solidarstrukturen im Veedel ein Dach zu geben und diese auf Dauer zu stellen.

Aber wie sehen die Realitäten und Bedürfnisse aus? In den Veedeln ist die Zusammenarbeit zwischen den inhabergeführten Händlern unterschiedlich weit entwickelt. Mit den sozialen Trägern gibt es sie kaum. Da wird der zweite Schritt vor dem ersten getan.

Diese Zusammenarbeit muss sich doch erst entwickeln. Das geschieht im besten Fall von unten nach oben. Deshalb ist es nicht der richtige Weg, den Menschen die Verwaltung und die Wirtschaftsförderung vor die Nase zu setzen. Richtiger ist ein Ansatz, mit dem die bestehenden Strukturen gestärkt werden; denn natürlich gibt es auch Ansätze der Zusammenarbeit.

Für uns als LINKE stellt sich auch die Frage: Was passiert in den geförderten Sozialräumen, wenn aufgrund der Corona-Pandemie möglicherweise Strukturen wegbrechen? Dem müssen wir entgegensteuern. Da müssen wir strategisch vorgehen.

Die Stärkung der Strukturen sollte auch ohne eine festgeschriebene Dominanz von Einzelhändlern im Stadtteil, IHK und KölnBusiness GmbH eigenständig angegangen werden.

Alternativ wäre es möglich, über Quartiersmanager, Bürgerzentren und Ähnliches ein gemeinsames Dach aufzubauen, unter dem auch der Einzelhandel seinen Platz finden könnte. Fraglich ist, ob ein zentraler stadtweiter Ansatz wirklich Sinn macht. Schließlich gibt es gegebenenfalls unterschiedliche Entwicklungen in den Stadtteilen. Auch stellt sich die Frage: Würde er für diese nicht neue bürokratische Hürden bedeuten?

Vertreter der Gewerkschaften, der Sozialverbände, der Kirchen und der Zivilgesellschaft fehlen oder werden nur als „weitere relevante Player“ angedeutet. Dabei sind für die Verstetigung der Sozialstrukturen besonders diese Akteure von sehr großer Relevanz. Die soziale Infrastruktur ist mit den Trägern weiterzuentwickeln und ist keine Frage der Wirtschaftsförderung.

Wenn man zu dem gemeinsamen Warenwirtschaftssystem kommt, wird es richtig wild. Denn dies ist ja kaum umsetzbar. Hier geht es um branchenspezifische Lösungen und die technischen Schwierigkeiten. Kaufhof hat 15 Jahre gebraucht, um überhaupt ein Warenwirtschaftssystem aufzubauen.

Die LINKE kann daher diesem Antrag grundsätzlich nicht so viel abgewinnen, dass wir ihm zustimmen würden. Ein Verweis in den Wirtschaftsausschuss macht hier aber sehr viel Sinn. Das möchten wir daher auch beantragen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben momentan die Kernschmelze der deutschen Wirtschaft. Wir erleben momentan die Kernschmelze der Kölner Wirtschaft in den Veedeln. Sie können mir glauben: Ich habe in den letzten Wochen mit ganz vielen Geschäftsführern, Inhabern und Gastronomen gesprochen, die nicht mehr sprechen konnten, weil sie ins Nichts schauen.

Die Lage ist absolut dramatisch. Das wurde auch schon in der aktuellen Stunde erwähnt. Deswegen bedarf es nach Auffassung unserer Fraktion gemeinsamer Abstimmungen und vereinter Anstrengungen, um hier in den Veedeln und in Köln den Strukturwandel, der ohnehin ansteht, zu befeuern.

Wir bedauern ausdrücklich, dass es nicht gelungen ist, im Vorfeld eine gemeinsame Initiative in diesen Antrag münden zu lassen. Wir bedauern außerordentlich, dass es auch nicht gelungen ist, im Nachhinein hieraus eine gemeinsame Initiative zu schaffen.

Deswegen sind wir sehr bemüht, hier aus dem Plenum mit allen Fraktionen dieses Ziel, das im SPD-Antrag pauschal vorgegeben ist, umzusetzen.

Sollte es dazu kommen, Herr Kollege Frank, dass wir diesen Antrag am Ende der Diskussion in den Wirtschaftsausschuss verweisen, darf ich daran erinnern, dass - ich habe gerade nachgeschaut - der nächste Wirtschaftsausschuss am 20. August 2020 stattfindet. - Ihrem Kopfschütteln entnehme ich, dass Sie als Vorsitzender eine kurzfristige Sondersitzung einberufen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Dafür ist jetzt Herr van Geffen zuständig!)

- Stimmt; Sie sind der ehemalige Vorsitzende. Sehen Sie mir das bitte nach, Herr Kollege Frank. Es tut mir schrecklich leid.

Ich muss hier aber natürlich darauf bestehen, Herr Kollege van Geffen, dass wir, wenn es zur Verweisung kommt, nicht erst am 20. August über diesen Antrag im Wirtschaftsausschuss befinden. Denn dann machen wir uns lächerlich.

Insofern möchte ich, bevor wir über die Verweisung entscheiden, ein klares Statement haben, ob es zu einer Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses kommt.

Meine Fraktion wäre bereit, den Weg in die Sondersitzung mitzugehen - unter zwei Bedingungen: Erstens. Es wird versucht, einen gemeinsamen Antrag aller demokratischen Fraktionen zu zimmern. Zweitens. Diese Sondersitzung sollte möglichst noch in diesem Monat stattfinden.

Ansonsten verspielt dieser Rat jegliche Glaubwürdigkeit. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe hier große Übereinstimmung. Aber Herr van Geffen könnte ja vielleicht einmal nicken.

Jörg van Geffen (SPD): Ich hatte eben schon deutlich genickt und mich auch gemeldet. - Es ist in der Tat so, dass wir eine Sondersitzung durchführen werden. Ein Termin ist noch nicht festgesetzt. Es wird aber einen Termin im nächsten Sitzungslauf geben. Im ursprünglichen Sitzungslauf wurde der Wirtschaftsausschuss leider nicht berücksichtigt. Das habe ich damals kritisiert - leider ohne Wirkung. Aber als Vorsitzender habe ich ja das Recht, eine Sitzung einzuberufen. Das habe ich mit den Kollegen Sprechern auch schon abgestimmt. Wegen des Termins müssen wir noch schauen. Aber auf jeden Fall wird es eine Sitzung geben.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich zunächst über den Antrag der Grünen, dem sich die LINKE angeschlossen hat, auf Verweisung in den Wirtschaftsausschuss abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Von der SPD-Fraktion. Unter dem Aspekt, dass es eine Sondersitzung geben wird?

(Christian Joisten [SPD]: Wir wollten heute entscheiden!)

- Gut. - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist die Verweisung in den Wirtschaftsausschuss beschlossen.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird in eine noch zu terminierende Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses als zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
Verweisungsantrag von RM Frank, dem sich die Fraktion Die Linke. anschließt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gerlach betreffend „Schaffung eines Kölner Klimarates“

AN/0530/2020

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und von RM Gerlach

AN/0607/2020

Ich gebe Herrn Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Anwesende! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! So, so: Sie haben mit dem Umweltdezernenten Dr. Rau einen geheimen Klimarat gebildet -

(Lachen bei der FDP - Ulrich Breite [FDP]: Küchenkabinett!)

klammheimlich, am Rat und seinen Ausschüssen vorbei.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Manchmal führen wir Ihre Beschlüsse heimlich aus.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Darf ich ausreden, Frau Oberbürgermeisterin?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Selbstverständlich.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Nachdem wir dann unseren Antrag für die Schaffung eines Klimarates am 4. Mai 2020 eingebracht hatten, haben Sie noch schnell eine Mitteilung in den Gesundheitsausschuss geschoben, wo Sie Ihren Geheimrat offenbarten.

Da werden dann Verbände und Firmen genannt, aber nicht die Personen, Frau Oberbürgermeisterin, die Sie nach der Mitteilung „benannt“ haben sollen. Die kann man in der Vorlage nicht finden. Wieder ein Stück Intransparenz!

Sie begründen diesen Klimarat mit dem Klimanotstand, den Sie uns in einer Verwaltungsvorlage im Juni letzten Jahres vorgeschlagen hatten. Diese Vorlage haben wir wohlwollend beschlossen - ohne einen Klimarat.

Warum haben Sie das mit dem Klimarat nicht genauso gemacht wie mit der Vorlage zum Klimanotstand? Die Frage ist also: Warum sind die Ausschüsse und der Rat nicht einbezogen worden?

Wenn die Grünen nun scheinheilig behaupten, sie hätten davon auch nichts gewusst,

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

frage ich Sie: Stimmt das tatsächlich? Schließlich hört man, dass ein ehemaliger Spitzengrüner aus NRW im Beirat vertreten sein soll.

LINKE, SPD und Frau Gerlach haben nunmehr einen Änderungsantrag gestellt, um gemeinsam auf Augenhöhe einen gesichtswahrenden Kompromiss zu finden, und schlagen Ihnen vor, den bestehenden Klimarat zu erweitern und transparent zu machen.

Uns als LINKEN geht es auch darum, dass die Kölner Umweltgruppen in dem Beirat vertreten sind. Wir hatten seit Februar einen tollen Dialog mit diesen Gruppen. Sie haben uns deutlich gemacht, dass wir einen Klimarat mit Experten bilden müssen, die mit allen Akteuren gleichberechtigt agieren und Entscheidungsprozesse in Gang setzen.

Dazu kommt, dass die bisherige Zusammensetzung des Klimarates relativ wichtige Akteure der Stadtgesellschaft nicht widerspiegelt; ich möchte das nicht im Einzelnen darlegen. Deswegen sind wir der Meinung, dass wir dringenden Korrekturbedarf haben.

Wenn Sie von den Grünen diesen Antrag nun ablehnen oder in einen Ausschuss verweisen, sieht man wieder einmal, dass Sie keinen Mumm haben, bei falschen Entscheidungen der Verwaltung korrigierend einzugreifen. Sie hecheln hinterher.

Das ist schade. Denn wir haben Ihnen einen Ausweg vorgeschlagen, um zu einem gemeinsamen Kompromiss in Sachen Klimarat zu kommen, der selbstverständlich sinnvoll ist. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für Ihre Ausführungen, Herr Detjen. Die Mitteilung, auf die Sie anspielen, wird ja unter anderem im nächsten Umweltausschuss beraten.

Daher beantrage ich, diesen Antrag inklusive Ihres eigenen Änderungsantrags an den eigenen Rat zum Klimarat, bei dem Sie selber nicht wissen, ob es ein Rat oder ein Beirat sein soll, ebenfalls in den Umweltausschuss zu verweisen, damit wir dort die ganze Sache dann auch aufdröseln können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das war ein Verweisungsantrag, über den wir dann, wenn es noch gegen - - Frau Gerlach als Antragstellerin meldet sich. Ich hatte diesen Verweisungsantrag jetzt als Geschäftsordnungsantrag gewertet. Aber gerne auch noch Frau Gerlach als Antragstellerin.

Lisa Hanna Gerlach (Einzelmandatsträgerin): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Anwesende! Es ist großartig, dass ein Klimarat gegründet wird. Aber es hätte viel besser laufen können. Es hätte ein Ruhmesblatt für die Stadtbevölkerung werden können. Stattdessen lief es relativ intransparent. Dafür gibt es, glaube ich, auch Gründe.

Ich zitiere aus der Mitteilung der Verwaltung:

> Der Klimarat Köln … soll eine Strategie zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 mit Zwischenziel zur Minderung der Treibhausgasemission bis 2030 für die Stadt Köln erarbeiten.

Wollen Sie damit wirklich in den Wahlkampf gehen? Das geht eigentlich gar nicht. Wir brauchen hier ein sachgerechtes Commitment. Inzwischen wissen wir alle, dass die Erderwärmung sehr viel schneller voranschreitet, als wir erwartet haben.

Absehbar ist, dass der Klimarat der Dringlichkeit der Klimakrise und den anzustrebenden Reduktionszielen so nicht gerecht werden kann. Die genannten Reduktionsziele reichen bei Weitem nicht aus, um aus Köln einen angemessenen Beitrag zum 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens zu leisten.

Alle hier sollten es inzwischen wissen: Wir haben noch knapp zehn Jahre Zeit, um auf null zu kommen. Das ist 2030, nicht 2050. Und es wäre auch machbar. Das kann nicht nur Düsseldorf. Anderswo in Europa schaffen es sogar ganze Länder, zum Beispiel Dänemark.

Ich wünsche mir nun ein ehrliches Bekenntnis der Kölner Politik und der Verwaltung, dass wir das hier auch auf die Kette kriegen oder wenigstens ernsthaft anstreben, und dass sich das dann auch so liest.

Weiterhin lese ich in der Mitteilung der Verwaltung:

> Hierfür ist die Mitwirkung der Akteure aus den Sektoren erforderlich, die einen Einfluss auf die Emission von Treibhausgasen haben: Energie, Gebäude, Mobilität/Logistik, Industrie, Ernährung/Landwirtschaft/Konsum.

Der wesentlichste Einfluss auf die Emission von Treibhausgasen in der Stadt Köln wird leider nicht genannt. Das ist die Bildung.

Und es sind die Bürgerinnen und Bürger. Was war mit den 70 000, die im letzten September durch Köln zogen? Wo finden sich diejenigen wieder, die für die Ausrufung des Klimanotstandes im letzten Jahr auf die Straße gingen und Köln zu den größten Demos verhalfen, an die ich mich erinnern kann? Um nur drei zu nennen, die für Information und Meinungsbildung in Köln viel geleistet haben: Fridays for Future mit Unterorganisationen wie Engineers for Future oder Scientists for Future, gruensystem.koeln und „Klimawende von unten“.

Die Stadt Köln könnte über den Klimarat diese wünschenswerte bürgerliche Basis einbinden und die Organisationen damit stabilisieren und auch wertschätzen.

Aber ich bitte um Verbindlichkeit durch namentliche Nennung. Denn nur durch Dialog zwischen Verwaltung und Einwohnern werden wir dieses riesige Thema in der gebotenen Schnelligkeit umsetzen können.

Ich bitte darum um Nachbesserung - gerne im Umweltausschuss - hinsichtlich Nachschärfung der Ziele und hinsichtlich mehr Bürgerbeteiligung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bevor ich nach weiteren Wortmeldungen zum Geschäftsordnungsantrag - -

(Zuruf)

- Ja, natürlich. Herr Hammer hat - darum habe ich ihn ja drangenommen - einen Antrag zur Geschäftsordnung gestellt. Ich habe Herrn Hammer drangenommen, weil er dazu gesprochen hat, dass es in den Umweltausschuss verwiesen werden soll.

Ich möchte vorher nur daran erinnern, wie der Beschluss zum Klimanotstand lautet - nämlich, dass die Verwaltung externe Experten zur Beratung hinzuzuziehen hat.

Außerdem möchte ich Sie gerne daran erinnern, dass in Ihrem eigenen Antrag auch keine Namen stehen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Nein, Frau Oberbürgermeisterin, Namen haben wir darin nicht genannt; denn das war auch nicht unsere Absicht. Aber Sie verheimlichen Ihre Akteure, die Sie benannt haben. Und das finden wir nicht fair. Das finden wir intransparent. - Entschuldigung, dass ich dazwischengefunkt habe.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, das ist ja gut. Aber wenn Sie es als intransparent erachten, dass die Verwaltung mit Experten spricht, ist das ja - - Okay. Ich muss das zur Kenntnis nehmen.

Herr Struwe, wünschen Sie zum Geschäftsordnungsantrag von Herrn Hammer das Wort?

Rafael Struwe (SPD): Ja, das wünsche ich, Frau Oberbürgermeisterin.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sehr gerne.

Rafael Struwe (SPD): Ich möchte diesem Gremium empfehlen, diesem Geschäftsordnungsantrag nicht zu folgen. Denn die Verwaltung beruft sich hier darauf, dass sie auf Grundlage der vom Rat beschlossenen Vorlage zum Klimanotstand agiert. Insofern sollte doch auch der Rat über weitere Umsetzungsschritte entscheiden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Im Übrigen möchte ich als Mitänderungsantragsteller hier darauf bestehen, auch noch zur Sache reden zu dürfen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das sieht unsere Geschäftsordnung nicht vor. Aber - -

Rafael Struwe (SPD): Das heißt also, dass die Sachdebatte mittendrin abgebrochen wird?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, so ist das bei Geschäftsordnungsanträgen, Herr Struwe. Das hat der Rat der Stadt so entschieden. Aber ich möchte mich mit Ihnen jetzt auch nicht darüber streiten. Sie sind Vorsitzender des entsprechenden Ausschusses. Darum haben Sie jetzt ausnahmsweise das Wort.

Rafael Struwe (SPD): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Von meinen Vorrednern ist tatsächlich schon viel gesagt worden zu diesem - -

(Ulrich Breite [FDP]: Drei Minuten!)

- Danke, Herr Kollege. Mensch, das hatte ich schon wieder vergessen. Wenn ich Sie nicht hätte, wüsste ich jetzt gar nicht, was ich tun soll. - Es ist schon viel gesagt worden zu diesem Vorgang, der in der Tat etwas bemerkenswert ist.

Wir haben diesen Antrag der LINKEN gelesen und haben gesagt: Okay, Klimarat; gute Idee; kann man machen.

Dann kam diese Mitteilung der Verwaltung. Da wusste man gar nicht so richtig, was man jetzt damit anfangen soll. Die Überschrift klingt erst einmal super:

> Klimaneutrales Köln - Entwicklung einer Strategie mit Zielsetzung und Maßnahmen; Bildung Klimarat und Projektgruppen

Liest man dann weiter, macht sich aber doch eine gewisse Enttäuschung breit. Wir haben hier alle gemeinsam wirklich ambitionierte Ziele beschlossen. Vor fast einem Jahr, am 9. Juli 2019, haben wir die schon zitierte Vorlage zum Klimanotstand beschlossen. Darin steht unter anderem, dass auch externe Akteure einbezogen werden sollen.

In dieser Mitteilung lese ich jetzt, dass hier Gespräche mit irgendwelchen externen Akteuren geführt werden. Das ist zwar gut und schön; das soll die Verwaltung machen. Ich hätte nach zehn Monaten aber gedacht, dass schon längst Gespräche geführt worden wären und wir jetzt möglicherweise bereits Ergebnisse bekommen würden.

Bezüglich dieser Gespräche mit Einzelnen - ich will hier auch auf niemanden eingehen - sind Leute genannt, bei denen ich sagen muss, dass da genauso gut auch andere sitzen könnten. Ich halte diese Auswahl für völlig willkürlich.

Wenn man dies als Klimarat aufbauscht, macht das doch eher den Eindruck, es gehe darum, noch ein bisschen Material zu produzieren, das man auf Wahlkampf-Flyer drucken kann. Es ist weder Fleisch noch Fisch.

Insofern ist unser gemeinsamer Änderungsantrag hier deutlich zielführender. Denn wenn man in der Sache weiterkommen will, muss man nun einmal auch zentrale und repräsentative Akteure ins Boot holen. Da reicht es nicht, irgendwelche Projektgruppen zu gründen, die dann 2021 irgendwelche Ergebnisse liefern.

Auf das vom Kollegen Detjen angesprochene Vorgehen, quasi durch die kalte Küche hier so etwas einzuführen, möchte ich jetzt gar nicht weiter eingehen und seine Ausführungen nur noch einmal deutlich unterstreichen.

Ich möchte wirklich alle noch einmal darum bitten, dass wir in diesem Gremium jetzt auch einen mutigen Schritt machen und ein deutliches Zeichen setzen, indem wir den Antrag in der geänderten Form hier beschließen. - Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wünscht jetzt noch jemand zu dem Geschäftsordnungsantrag das Wort? - Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, bitte ersparen Sie mir, hier formal zu begründen, warum ich sprechen möchte. Natürlich könnte ich jetzt auch gegen die Verweisung sprechen. Aber ich hatte mich auch im Vorfeld als Redner gemeldet. Und da offensichtlich die meisten sprechen dürfen, möchte ich das nun auch kurz tun.

Ich bin gegen eine Verweisung, da ich das von Frau Gerlach schon erwähnte Vorgehen beim Klimarat mit dem Ziel, Klimaneutralität bis 2050 herzustellen, für absurd halte. Es ist wirklich kein zielführendes Projekt, wenn wir uns bis 2050 zur Klimaneutralität auf den Weg machen. - Das ist das eine.

Das andere ist: Normalerweise steht über solchen SPD-Anträgen „Wohnen. Wohnen. Wohnen." oder Ähnliches. Ich würde hier auch sagen: „Machen. Machen. Machen." Wir haben zig Papiere - daran möchte ich alle einmal erinnern - und werden heute höchstwahrscheinlich wieder klimafeindliche Beschlüsse fassen. Als Beispiel nenne ich hier nur den Rather See, der gleich noch auf der Tagesordnung steht.

Wir machen aber nichts, sondern gründen einen weiteren Arbeitskreis. Sie kennen alle den Spruch dazu. Das ist wirklich traurig. Anders kann man es nicht bezeichnen.

Daher möchte ich dem Antrag auf Verweisung aber letztendlich doch zustimmen, weil wir bitte ein Klimarat-Konzept mit guten Zielen aufsetzen sollten, in dem sich auch die Stadtgesellschaft möglichst gut widerspiegelt. - Danke schön.

(Beifall von Lisa Hanna Gerlach [Einzelmandatsträgerin])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird noch das Wort zum Geschäftsordnungsantrag gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst darüber abstimmen, den Antrag in den Umweltausschuss zu verweisen. Gibt es Gegenstimmen? - Von SPD und LINKEN. Gibt es Enthaltungen? - Damit ist er verwiesen. - Vielen Dank.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird in den Ausschuss Umwelt und Grün als zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und die Fraktion die Linke. zugestimmt.

Anmerkung:
Antrag auf Verweisung von RM Hammer

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Resolution: Finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt sichern - Ausgaben unter Finanzierungsvorbehalt stellen, Unterstützungszahlungen an Bedingungen knüpfen“

AN/0532/2020

Ich gebe als Erstem dem begründenden Herrn Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich habe es in der aktuellen Stunde schon gesagt und wiederhole es: Wir möchten mit einem Lob beginnen und der Stadtkämmerin unsere Anerkennung und unseren Dank aussprechen. Sie hat, wie gesagt, frühzeitig, entschlossen und richtig gehandelt.

Bereits in der Sitzung des Finanzausschusses am 23. März 2020 hat sie gesagt, dass wir uns auf die Kernaufgaben der Verwaltung reduzieren müssen - und das wohlgemerkt zu einem Zeitpunkt, zu dem die übrigen Fraktionen hier im Rat, als wäre nichts gewesen, noch eine Ausgabenposition nach der anderen durchgewunken haben. Einzig die AfD-Fraktion hat schon damals gefordert, alle weiteren Ausgaben unter Finanzierungsvorbehalt zu stellen. Das war, wie gesagt, am 23. März.

Zwei Tage später, am 25. März, hat unsere Stadtkämmerin folgerichtig eine Bewirtschaftungsverfügung erlassen.

Diesen Schritt begrüßen wir ausdrücklich. Warum? Weil wir gerade einen massiven Einbruch unserer Einnahmen verzeichnen. Wer im Finanzausschuss war, hat ja die Entwicklung des Anordnungssolls der Gewerbesteuer zur Kenntnis nehmen können. Dort werden immer die einzelnen Jahre übereinander dargestellt. Das Ganze stürzt gerade massiv nach unten und hat schon das Vorjahr, das Jahr 2018 und das Jahr 2017 nach unten durchschlagen. Auch das Jahr 2016 wird jetzt wahrscheinlich nach unten durchstoßen.

Umso wichtiger ist es, dass wir die Ausgabenseite unseres Haushaltes unter Kontrolle halten und weitere Ausgaben auf das absolut Notwendige reduzieren.

Jetzt rächt es sich, meine Damen und Herren, dass diese Stadt es in den letzten zehn Jahren trotz Rekordsteuereinnahmen nicht ein einziges Mal hinbekommen hat, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Wir haben unser Eigenkapital Jahr um Jahr weiter verzehrt. Nun fehlt uns in der Krise das Polster, auf das andere Kommunen zurückgreifen können.

Meine Damen und Herren, vor Corona hatte Köln kein Einnahmenproblem, dafür aber ein Ausgabenproblem. Jetzt, mit Corona, haben wir beides.

Wir fordern daher, keine weiteren Ausgabenverpflichtungen einzugehen. In Köln brauchen wir, um einmal ein Beispiel zu nennen, nicht länger eine dauerdefizitäre Film Festival Cologne GmbH. Wir brauchen in diesem Jahr keine Förderung für Interkulturelle Zentren in Höhe von 600 000 Euro; dort wird wahrscheinlich sowieso kaum Begegnung stattfinden.

Außerdem fordern wir, die Gewährung von nicht rückzahlbaren Zuwendungen an klare Bedingungen zu knüpfen. Es kann nicht sein, dass ein Unternehmen nach dem Staat ruft oder noch großzügig Dividenden und Boni ausschüttet und gleichzeitig unterstützt wird.

Wir als AfD betrachten es im Übrigen als äußerst fraglich, ob wir bis Ende des Jahres um eine Haushaltssperre herumkommen werden. Deshalb fordern wir die Kämmerei auf, die Planungen dafür vorsorglich bereits jetzt anzustoßen.

Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt muss gesichert werden. Alle Ausgaben sind unter Finanzierungsvorbehalt zu stellen. Unterstützen Sie daher unsere Resolution.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Dr. Diemert, würden Sie dazu bitte etwas sagen?

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben, wie gerade erwähnt worden ist, eine Bewirtschaftungsverfügung erlassen und sehen dadurch aktuell keinerlei weitergehenden Handlungsbedarf.

Im Übrigen verweisen wir darauf, dass alle Hilfsprogramme und Zuschüsse, die diese Stadt auf den Weg gebracht hat, klar definierte Bedingungen vorsehen, die nach sorgsamer Abwägung formuliert wurden.

So weit. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Im Angesicht der sich abzeichnenden größten wirtschaftlichen Krise in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und vor dem Hintergrund des bevorstehenden NRW-Kommunalwahlkampfes sind sich alle Fraktionen im Rat der Stadt Köln ihrer besonderen Verantwortung für die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Stadt bewusst. Auch in der Stadt Köln wird ein massiver Rückgang der Einnahmen in den kommenden Monaten und Jahren unvermeidlich sein. Umso wichtiger ist es daher, die Ausgabenseite unseres Haushaltes jetzt jederzeit unter Kontrolle zu halten und weitere Ausgaben auf das absolut Notwendige zu reduzieren. Gemeinsam erkennen wir daher die Notwendigkeit

- *alle Ausgaben kritisch zu prüfen und unter Finanzierungsvorbehalt zu stellen*
- *neue finanzielle Verpflichtungen auf ein Mindestmaß zu beschränken*
- *Hilfen und finanzielle Unterstützung gezielt und nach sorgsamer Abwägung zu gewähren*
- *die Gewährung von nicht rückzahlbaren Zuwendungen an klar definierte Bedingungen zu knüpfen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Kölner Hotellerie von den Folgen der Corona-Krise entlasten, ‚Kulturförderabgabe' aussetzen!"

AN/0535/2020

Hier begründet Herr Geraedts.

Wilhelm Geraedts (AfD): Richtig. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für das Jahr 2017 weist das Statistische Jahrbuch der Stadt Köln 280 Beherbergungsbetriebe mit über 6 Millionen Übernachtungen aus. Das Hotel- und Gastgewerbe sichert erkennbar einer Vielzahl von Kölnern ihre Existenz.

Seit Mitte dieses Jahres erwirtschaftet die Branche allerdings keine existenzsichernden Umsätze mehr, da die Coronaschutzverordnung Nordrhein-Westfalen touristische Übernachtungen untersagt.

Dieses Verbot wird zwar am kommenden Montag fallen. Der entstandene Schaden verschwindet damit allerdings nicht. Die Osterferien und die Mai-Feiertage lassen sich nicht nachholen. Es wird weiterhin keine Großveranstaltungen und auch keine Messen geben. Die Konsumlaune wird sich angesichts trüber wirtschaftlicher Aussichten weiterhin in Grenzen halten. Viele werden aus Angst vor dem Virus auf Reisen verzichten und unsere schöne Stadt nicht besuchen.

Wenn wir unsere vielfältigen Beherbergungsbetriebe erhalten und das Feld nicht nur wenigen großen Ketten überlassen wollen, müssen wir helfen. Hierzu haben Bund und Land verschiedene Hilfsprogramme aufgelegt, die teils als Kredit und teils in Form eines Zuschusses ausgezahlt werden.

Die Stadt Köln kann angesichts ihrer eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten - wir sprachen gerade darüber - solche Programme nicht auflegen. Sie sollte die Lage der betroffenen Unternehmen und damit der dort beschäftigten Arbeitnehmer aber nicht noch zusätzlich erschweren.

Eine solche Erschwernis ist in unseren Augen die Kulturförderabgabe. Touristische Übernachtungen in der Stadt werden mit einer Sonderabgabe belastet. Damit verbunden ist ein erheblicher bürokratischer Aufwand für die betroffenen Betriebe - und natürlich auch ein Wettbewerbsnachteil für die Kölner Hotellerie.

So sind, seit es diese Bettensteuer gibt, wie sie umgangssprachlich genannt wird, direkt hinter der Stadtgrenze auffallend viele Hotels entstanden. Neben vielen Berufstätigen sind auch immer mehr Touristen zu Einpendlern geworden - mit allen unerwünschten Begleiterscheinungen.

Diese Steuer war schon immer ungerecht. Beherbergungsbetriebe zahlen wie alle anderen Gewerbetreibenden Gewerbesteuer; ihre Beschäftigten zahlen Einkommensteuer; ihre Kunden zahlen Umsatzsteuer. Es ist nicht ersichtlich, wie diese Sonderlast gerechtfertigt werden soll. Von der Attraktivität Kölns profitieren auch andere, nicht zuletzt Einzelhandel und Gastronomie, ohne eine Sondersteuer zahlen zu müssen.

Es ist daher in dieser schweren Zeit für die betroffenen Betriebe dringend nötig, dass wir die sogenannte Bettensteuer aussetzen oder, besser noch, ganz abschaffen. Schließlich geraten mit der Wiedereröffnung ab Montag die Hotelbetriebe in eine Situation, in der die Rückzahlung großzügig gewährter Kredite eine Zusatzbelastung darstellt, der weiterhin verringerte Einnahmen gegenüberstehen.

Unsere Bitte ist also, dass wir die Kulturförderabgabe bis zum 31. Dezember 2021 aussetzen oder besser abschaffen bzw. dass wir die dafür notwendigen Entscheidungsgrundlagen von der Stadtverwaltung erhalten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Dr. Diemert, würden Sie uns dazu etwas sagen?

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Hier ist darauf hinzuweisen, dass die Kulturförderabgabe nicht von den Hoteliers geschuldet wird, sondern von den Gästen. Daher hätte eine Abschaffung der Kulturförderabgabe ab dem 1. Januar 2020 zur Folge, dass die Hoteliers die schon eingenommene Kulturförderabgabe, die sie eigentlich an die Stadt weiterleiten müssen, unmittelbar an die Gäste zurückzuerstatten hätten. Das heißt, dass sie durch massive Liquiditätsabflüsse belastet wären, was in der derzeitigen Krise eine zusätzliche Belastung darstellen würde.

So weit zur Erläuterung. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, dem Rat zur nächsten Ratssitzung eine Beschlussvorlage zur Aussetzung der „Kulturförderabgabe“ bis zum 31.12.2021 einschließlich Vorschlag zur Gegenfinanzierung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Köln darf keine Tempo-30-Zone werden! Nein zum autofeindlichen Vorstoß der Oberbürgermeisterin!“

AN/0537/2020

Herr Geraedts, bitte.

Wilhelm Geraedts (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In einem kürzlich von Ihnen,

Frau Oberbürgermeisterin, verfassten Schreiben baten Sie den nordrhein-westfälischen Verkehrsminister Hendrik Wüst, die innerörtliche Radwegbenutzungspflicht in Köln aufheben zu dürfen. Sie schrieben:

> Wir müssen mehr für die Sicherheit der zu Fuß Gehenden und Radfahrenden tun.

Die Kommunen sollten gemäß Ihrem Schreiben Radfahrpiktogramme auf die Fahrbahnen auftragen dürfen und so die Mitbenutzung der Fahrbahn für Radfahrer erlauben. Sie begründeten das mit dem seit Beginn der Corona-Krise um 50 Prozent zurückgegangenen Autoverkehr, während der Radverkehr dagegen um 5 Prozent zugenommen habe.

Weiter schrieben Sie:

> Um auf allen Fahrbahnen, die dann von Radfahrenden mitgenutzt werden können, sichere Verkehrsverhältnisse zu schaffen, müsste ebenfalls temporär die Höchstgeschwindigkeit innerhalb der geschlossenen Ortschaft grundsätzlich und ohne Anpassung der Beschilderung auf 30 Stundenkilometer begrenzt werden.

Abgesehen davon, dass man im Amt 60 wahrscheinlich schon graue Haare kriegt, wenn man das liest, sind wir der Meinung, dass so etwas rechtlich ohne Weiteres gar nicht machbar ist, aber auch aus verkehrspsychologischer Sicht wenig ratsam erscheint.

Wollen Sie wegen einer Momentaufnahme den Ruf der Autostadt Köln zerschlagen, und zwar dauerhaft? Denn Sie schließen ja nicht aus, die einmal ungewidmeten Fahrbahnen nach der Pandemie weiterhin als Radspuren auszuweisen, wenn die Maßnahmen - Zitat -

> sich grundsätzlich vorteilhaft für den Rad- und Fußverkehr und zumindest nicht ausschließlich zum Nachteil des Kfz-Verkehrs auswirken.

Lassen Sie mich das Fazit aus diesem letzten Satz Ihres Schreibens ziehen: Wenn Fußgänger und Radfahrer grundsätzlich - also nicht einmal immer - von Ihrem Vorgehen profitieren, spielen die Bedürfnisse der Autofahrer und des Kraftfahrzeugverkehrs in Köln keine Rolle mehr.

Frau Oberbürgermeisterin, ich bitte Sie! Sie behandeln die Autofahrer wie eine freie Manövermasse und erfüllen hier ohne Betrachtung der Gesamtfolgen lediglich den realitätsfernen grünen Ökopopulismus. Sie stehen an der Spitze einer Autostadt mit Tausenden Mitarbeitern der Autoindustrie, die mit ihrer Arbeit vieles in dieser Stadt erst möglich gemacht haben und immer noch möglich machen. Und dann wollen Sie durch die Hintertür das Autofahren in Köln quasi abschaffen?

Wir sind davon überzeugt, dass Köln auch ohne eine solche wirklichkeitsfremde Maßnahme das Wohl aller Verkehrsteilnehmer weiter im Blick behält, und bitten daher um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag. Geben Sie sich einen Ruck; denn Richtiges kann nicht falsch sein, nur weil es von den angeblich Falschen gesagt wird. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln missbilligt das Schreiben der Oberbürgermeisterin an den Landesminister für Verkehr in Sachen Tempo 30 und Radwege.*

2. *Der Rat der Stadt Köln lehnt eine grundsätzliche Absenkung der Höchstgeschwindigkeit auf 30 Stundenkilometer ab.*

3. *Der Rat der Stadt Köln lehnt eine Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht im Stadtgebiet ab.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.7 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend „Kinder- und

Jugendfreizeiten im Sommer 2020 sichern“

AN/0561/2020

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0611/2020

Als Erste hat Frau Kessing das Wort.

Ulrike Kessing (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Kinder und Jugendliche haben in den vergangenen Wochen durch die Corona-Pandemie massive Einschränkungen in ihrem Leben erfahren. Das ungeliebte Wort Nein prägte den Alltag. Kita, Spielplatz, Treffen im Park, Sportplatz, Fitnessstudio, Probe mit der Band, Jugendtreff: alles nicht erlaubt. Bei so vielen Beschränkungen verpuffte die Freude über die unerwarteten Ferien. Besonders die Trennung von den Freundinnen und Freunden fiel und fällt besonders Kindern und Jugendlichen schwer.

Trotzdem haben sie in dieser Verbotszeit eine hohe Disziplin erwiesen. In der Presse waren oft eher die kleinen Ausnahmen zu sehen. Dass viele Jugendliche die Einschränkungen sehr akzeptiert haben, wurde meines Erachtens auch ein bisschen zu wenig gewürdigt.

Wer jedoch glaubt, dass diese Einschränkungen spurlos an Kindern und Jugendlichen vorübergehen, täuscht sich. Mangelnde Freiräume zu Hause erschweren die Situation zwangsläufig.

Auch wenn langsam wieder Aktivitäten möglich sind, sind wir von Normalität noch weit entfernt.

In der Debatte der vergangenen Jahre spielten die Bedürfnisse von Kindern vor allen Dingen mit Blick auf Kita und Schule eine Rolle. Das war und ist wichtig, reicht aber nicht.

Wir setzen deshalb heute einen besonderen Fokus auf die Ferienmaßnahmen und Freizeitaktivitäten. Dieses Angebot, über das wir sprechen, ist auch kein „nice to have“, sondern ein gutes sozialpolitisches Angebot. Ferienmaßnahmen und Stadtranderholungen richten sich gerade an Kinder und Jugendliche, die auch in coronafreien Zeiten nicht mit ihren Eltern in Urlaub fahren können. Sie unterstützen ganz besonders Kinder in schwierigen Lebenslagen. Und wir wissen genau, dass der Bedarf gerade in diesem Jahr besonders hoch ist.

In den letzten Wochen haben die Eltern neben Homeoffice und Sorge um den Arbeitsplatz und die ökonomische Existenz ihre Kinder betreut und beschult. Jetzt, vor den Sommerferien, ist deshalb so mancher Urlaubstag bereits verbraucht. Alleinerziehende Mütter und Väter, aber auch Eltern mit behinderten Kindern haben eine besonders hohe Belastung zu stemmen.

Kinder und Eltern brauchen jetzt einen Lichtblick und auch Entlastung. In Vor-Corona-Zeiten waren die Freizeitaktivitäten selbstverständlich. Jetzt sind sie aber gefährdet.

In den letzten Tagen und Wochen hat uns - und sicherlich auch Sie - eine Reihe von besorgten Briefen erreicht. Auch erste Absagen waren in der Presse zu lesen - zum Beispiel das HöVi-Land. Die Medien haben heute auch noch einmal ausführlich berichtet.

Viele Träger möchten ihre Angebote weiter anbieten und sind auch bereit, neue, unorthodoxe, kreative Wege zu finden. Ihr Ziel ist es, möglichst viele Kinder und Jugendliche zu erreichen. Nötig ist jetzt, sechs Wochen vor Ferienbeginn, aber ein höchstmögliches Maß an Gewissheit für die Träger, für die Kinder und Jugendlichen und für die Eltern.

Hier setzt unser Antrag an. Unser Ziel ist es, mit dieser Initiative im Dialog mit den Trägern das Angebot an Ferienfreizeiten und Aktivitäten weitgehend zu sichern. Inklusive Angebote gehören dazu.

Die Verwaltung hat in den letzten Wochen gerade auch im Kinder-Jugend-Bereich einen wirklich guten Job gemacht. Unsere Initiative möchte sie unterstützen und stärken, auch unorthodoxe Wege zu gehen. Sagen Sie uns, was fehlt.

Zum Ergänzungsantrag der SPD:

Im ersten Absatz wird noch einmal ein besonderer Fokus auf das Thema „frühkindliche Bildung“ gelegt. Das finden wir in Ordnung.

Bei den Absätzen zwei und drei hatte ich das Gefühl, dass ziemlich viele Eulen von der SPD-Fraktion zum SPD-Dezernenten fliegen. Was darin steht, ist aber auch nicht falsch. Allerdings glaube ich, dass wir der Verwaltung gerade in dieser Zeit das Leben nicht mit zu vielen Details schwerer machen sollten, sondern Kreativität und Spontaneität fördern sollten.

Gleichwohl werden wir - auch im Sinne unseres immer guten Dialogs in der Jugendpolitik - diesem Ergänzungsantrag dann auch zustimmen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Laufenberg das Wort.

(Sylvia Laufenberg [FDP]: Nach der Ausführlichkeit der Kollegin verzichte ich! - Beifall bei der FDP)

Dann hat Herr Zimmermann das Wort.

(Thor-Geir Zimmermann [Ratsgruppe GUT]: Ich schließe mich Frau Laufenberg an!)

- Danke. - Herr Dr. Heinen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorbildlich; danke. Und Eulen sind wunderbare Vögel, die sehr gut zuhören können. Also passen sie auch.

Ganz viele Familien, gerade mit kleinen Kindern, in Köln sind natürlich an der Belastungsgrenze. Das wissen wir alle. Viele Eltern sind auch enorm verunsichert in den - ich sage es einmal positiv - dynamischen Zeiten der Entscheidungen: Was ist? Was wird sein? Wie bekomme ich meine Kinder wieder in das Betreuungs- und Bildungssystem zu den Personen, die sie außerhalb ihrer eigenen Familie schon lange kennen?

Frau Kessing hat bereits angesprochen, dass die Verwaltung - das Jugendamt, das Schulamt - zurzeit vor riesigen Herausforderungen steht, wie sie, glaube ich, noch nie da gewesen sind. Auf die Dinge, die wir vor Corona hatten - Schulbau und Kita-Bau -, kommt das noch obendrauf. Es ist eine Herkulesaufgabe.

Daher ist es natürlich schön, wenn wir innerhalb der Fraktionen auch Ideen sammeln, die wir einbringen können. Wir alle haben die Ohren an ganz vielen Menschen und bringen diese Dinge hinein. Das wird auch von uns verlangt.

Insofern ist es selbstverständlich, dass wir die im Punkt 1 des Antrags beschriebenen Angebote in diesen Zeiten sichern müssen.

Wir haben den Punkt eingebracht, dass - das haben wir im Hauptausschuss und im Jugendhilfeausschuss schon thematisiert - auch Träger und Sportvereine - auf ihnen liegt in unserem Punkt 3 der besondere Fokus - mit einbezogen werden und die gesamten Ressourcen, sowohl die Ressourcen räumlicher Natur als auch die Ressourcen personeller Natur, genutzt werden, damit dieser Sommer für unsere Kinder und Familien in Köln ein Kinder-Sommer wird.

Die Prioritäten sind ja schon von allen Vorrednern genannt worden. Dieses Thema genießt wirklich eine hohe Priorität - neben den anderen Punkten, die wir zwischen Gesundheit und Wirtschaft diskutieren.

Wir sind eine kinderfreundliche Kommune. Das wird sich gerade jetzt in den Schließzeiten - es sind ja keine Sommerferien für die Kinder - der Kitas zeigen müssen.

Insofern bitte ich die Verwaltung, diesen zusätzlichen Punkt umzusetzen - in Zusammenarbeit mit den Trägern und den Sportvereinen, auf die wir den Fokus gelegt haben -, damit die Kinder und die Eltern hier in Köln einen schönen Sommer erleben dürfen und dann auch - es ist ja damit noch nicht zu Ende - der Einstieg in die Schule und in die Kindergärten etwas besser gestaltet werden kann. - Vielen Dank dafür, dass wir das gemeinsam auf den Weg bringen können.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Kessing hat die Situation von Kindern und Familien mit Kindern schon sehr deutlich dargestellt.

Ich möchte auch noch einmal den Gedanken von Herrn Zimmermann aufgreifen. Er hat in seiner Rede darauf hingewiesen, dass wir in den vergangenen Wochen gesehen haben, wie verwundbar unsere wichtigen sozialen Dienstleistungen für Kinder und für Familien sind. Das hängt zum Beispiel auch damit zusammen, dass in Kitas und in Schulen die Erzieherinnen und Erzieher und die Lehrerinnen und Lehrer sehr große Gruppen zu betreuen haben. Im Moment regt sich ja Unmut in der Bevölkerung. Da stoßen auch

unterschiedliche Sichtweisen und Interessen aufeinander, die jeweils ihre Berechtigung haben.

Deshalb finde ich es schon einmal sehr gut, dass wir auch hier wenigstens im begrenzten Maße heute mit einem solchen Antrag reagieren. Wir begrüßen diesen Antrag, finden ihn sehr gut und werden ihm deshalb auch zustimmen.

In Höhenberg und Vingst liegt das HöVi-Land. Die Kinderspiele auf dem HöVi-Land-Platz mussten, wie im Antrag erwähnt ist, wegen der derzeitigen Situation abgesagt werden, und es wird über alternative Angebote nachgedacht. Der Antrag kommt jetzt gerade richtig. Die Verwaltung kann auch den Organisatoren dort unter die Arme greifen; denn man denkt darüber nach, dieses Angebot zwar nicht auf dem gleichen Platz, aber doch in anderer Form durchzuführen. Deshalb ist es sehr gut, wenn die Verwaltung dort aktiv wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen, und zwar zunächst über den - -

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Gemeinsam abstimmen! Das ist doch übernommen worden!)

- Vielen Dank für den Hinweis, Herr Detjen. Das habe ich mitbekommen. - Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der SPD, der ein Ergänzungsantrag ist, und dann über den Ursprungsantrag abstimmen.

Gibt es Gegenstimmen gegen den Ergänzungsantrag? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Ergänzungsantrag so beschlossen.

Nun lasse ich über den Ursprungsantrag abstimmen. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Damit ist der Antrag in ergänzter Fassung beschlossen. - Vielen Dank.

I. Abstimmung über den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion Beschluss:

Der Dringlichkeitsantrag wird um folgenden Punkt ergänzt:

3. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, gemeinsam mit Trägern und Sportvereinen auch für Kinder im Kindergartenalter geeignete und altersgerechte Freizeit- und Bewegungsangebote im Freien – beispielsweise auf Spielplätzen oder in Grünanlagen - in den Sommerferien 2020 zu entwickeln. Die Angebote sollen den Ansprüchen frühkindlicher Bildung genügen und gezielt für kleinere überschaubare Gruppen gestaltet werden.

*Der Einsatz von personellen Ressourcen wie Übungsleiter*innen, Trainer*innen, Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen, FSJler*innen oder BuFDis ist dabei zu prüfen, ebenso die Möglichkeiten einer finanziellen Beteiligung des Landes.*

Sanitäre und hygienische Bedingungen müssen dabei in besonderer Weise in den Blick genommen werden. Die Nutzung von Sanitäranlagen und Flächenressourcen der Kölner Sportvereine sollen in die Prüfung einbezogen werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Abstimmungsergebnis über den so ergänzten Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt auf die Sicherung des Angebots an Ferienfreizeiten und Ferienspielaktionen hinzuwirken. Mit den Anbietern und Trägern sind notwendige Unterstützungsmaßnahmen abzustimmen, die eine Durchführung der geplanten Maßnahmen ermöglichen.

2. Sofern die Durchführung geplanter Maßnahmen nicht möglich ist, wird die Verwaltung beauftragt, in Zusammenarbeit mit den freien Träger, Kirchen- und Religionsgemeinschaften, den Jugendverbänden und den städtischen Unternehmen alternative Freizeit- und Spielaktionen für die Kinder und Jugendliche in den Schulsommerferien 2020 zu entwickeln und anzubieten.

3. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, gemeinsam mit Trägern und Sportvereinen auch für Kinder im Kindergartenalter geeignete und altersgerechte Freizeit- und

Bewegungsangebote im Freien - beispielsweise auf Spielplätzen oder in Grünanlagen - in den Sommerferien 2020 zu entwickeln. Die Angebote sollen den Ansprüchen frühkindlicher Bildung genügen und gezielt für kleinere überschaubare Gruppen gestaltet werden.

*Der Einsatz von personellen Ressourcen wie Übungsleiter*innen, Trainer*innen, Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen, FSJler*innen oder BuFDis ist dabei zu prüfen, ebenso die Möglichkeiten einer finanziellen Beteiligung des Landes.*

Sanitäre und hygienische Bedingungen müssen dabei in besonderer Weise in den Blick genommen werden. Die Nutzung von Sanitäranlagen und Flächenressourcen der Kölner Sportvereine sollen in die Prüfung einbezogen werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.8 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Gruppe GUT und RM Gerlach betreffend „Unterstützung von LGBTI in Katowice“

AN/0577/2020

Ich gebe Herrn Bürgermeister Wolter das Wort.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Beschluss setzt der Rat der Stadt Köln ein klares Zeichen gegen Homo- und Transphobie, gegen Ausgrenzung und für eine vielfältige Gesellschaft in der Europäischen Union. Vor allen Dingen stellt er sich auf die Seite von Lesben, Schwulen und Transgender in Polen.

Ich freue mich, dass so viele Fraktionen und Gruppen diesen Antrag unterstützen. Das dokumentiert, dass diesem Rat und dieser Stadt die Menschenrechte und die Menschenwürde nicht egal sind. Viele von uns setzen sich ja auch dafür ein - Sie, Frau Oberbürgermeisterin, Frau Scho-Antwerpes, Herr Detjen, Herr Breite, also auf verschiedensten Ebenen.

Dieser Antrag zeigt aber auch, dass wir die Arbeit der Stadtarbeitsgemeinschaften ernst nehmen. In diesem Fall waren es die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender, die das Thema „LGBTI-freie Zonen“ auf die Agenda gesetzt haben. Genauso ernst nehmen wir übrigens die Initiative des Integrationsrates zum N*Wort, die wir gleich noch auf der Tagesordnung haben.

Seit vielen Jahren findet ein Austausch zwischen den LGBTI-Organisationen von Köln und Kattowitz statt.

Wir haben in Polen erlebt, wie Menschen von Extremisten mit Steinen, Flaschen und Knüppeln beworfen wurden.

Einiges hat sich in den letzten Jahren in Polen verbessert. Gerade deswegen versuchen einige Ewiggestrige, das Rad nun zurückzudrehen.

Wir sind froh, dass die Stadt Kattowitz diesen Weg nicht mitgeht. Es ist gut, dass sich LGBTI in Kattowitz nicht mehr verstecken müssen - Sie erinnern sich an das Stadtfest in Kattowitz, bei dem auch die LGBTI-Gruppe mit einem Stand vertreten war -, sich öffentlich zeigen können und sich zu Vereinen zusammenschließen können.

Dieses Pflänzchen einer offenen Gesellschaft ist aber nun bedroht. Deshalb bringt der Antrag die Sorge vor einem Rollback zum Ausdruck.

Davor sind wir auch hier nicht sicher. Auch bei uns gibt es genug Kräfte, die in einer Krise nicht nach Lösungen, sondern nach den Schuldigen suchen.

Wir können froh sein, dass wir mit dem Stadtpräsidenten Marcin Krupa in Kattowitz einen Bürgermeister haben, der zwar den Marsch für Gleichheit noch nicht offiziell eröffnet hat, aber immerhin genug Toleranz und Weltoffenheit besitzt, um LGBTI-Gruppen als Teil der Stadtgesellschaft zu sehen.

Wir wollen, dass das so bleibt, und freuen uns auch über weitere Verbesserungen. Denn eine LGBTI-freie Zone in Kattowitz wäre unvereinbar mit den uns gemeinsam verbindenden europäischen Werten.

Gestatten Sie mir eine persönliche Anmerkung. Ich bedanke mich auch bei Herrn Marcin Krupa für seine solidarische Unterstützung bei Medien und

Justiz nach der Morddrohung im letzten Dezember. Die Staatsanwaltschaft in Polen hat den Täter überführt und jetzt auch angeklagt.

Die Vernetzung von hass- und gewaltbereiten Bürgern ist leider auch europäisch. Wir setzen dagegen auf die EU-Grundrechtecharta und den Schutz der Menschenrechte. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es eine weitere Wortmeldung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen. - Vielen Dank.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln dankt der Stadt Katowice dafür, dass sie den „Marsch für

Gleichheit“ in Katowice in den letzten Jahren immer genehmigt und diese Veranstaltung vor Übergriffen von Gewalttätern und Extremisten geschützt hat.

Ebenso dankt der Rat dem Stadtpräsidenten von Katowice, Marcin Krupa, für seine solidarische Unterstützung, als es letztes Jahr zu einer Morddrohung gegen Bürgermeister Wolter kam, der stellvertretend für die Oberbürgermeisterin an der Kundgebung teilnahm.

Der Rat der Stadt Köln nimmt mit Erleichterung zur Kenntnis, dass der Rat der Stadt Katowice sich dieser ausgrenzenden Bewegung für LGBTI-freie Zonen in Polen nicht angeschlossen hat.

Der Rat der Stadt Köln bekräftigt, dass wir den Austausch von LGBTI - Themen im Rahmen der städtepartnerschaftlichen und freundschaftlichen Beziehung unter der Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen auch künftig fortsetzen werden und spricht sich dafür aus, eine Delegation gemeinsam mit Akteuren der Städtepartnerschaft zu einer passenden Gelegenheit, z.B. dem CSD zu empfangen.

Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, dies dem Katowicer Stadtpräsidenten und dem Rat der Stadt Katowice in geeigneter Form mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „Straßenverkehr - mit Abstand am sichersten“

AN/0593/2020

Diese Anfrage ist sehr kurzfristig eingegangen und wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Die Angelegenheit wird zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „Schulunterricht in der Corona-Krise“

AN/0597/2020

Antwort der Verwaltung vom 14.05.2020

1422/2020

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Auch diese Anfrage ist kurzfristig eingegangen. Daher bedanke ich mich ausdrücklich für die sehr schnelle, ausführliche Antwort. - Ich habe zwei Nachfragen.

Erstens. In der Antwort auf Frage 1 wird zu Recht darauf hingewiesen, wie gut die Schüler ausgestattet sind, ausgestattet werden oder versucht wird, sie auszustatten. In unserer Frage 3 geht es um die Lehrer. Diese Frage beantworten Sie wie folgt:

> Nach aktuellem Kenntnisstand existiert nach wie vor eine unterschiedliche Rechtsauffassung zwischen Kommunen und dem Land Nordrhein-Westfalen bezüglich der Ausstattung von Lehrerinnen und Lehrern. Eine einvernehmliche Lösung ist derzeit nicht absehbar.

Deshalb frage ich Sie: Sind Sie da aktuell in Richtung Land aktiv? Für Lernen auf Distanz brauchen die Lehrer auch Endgeräte. Es kann ja wohl nicht wahr sein, dass man die Lehrer in diesen Zeiten nicht mit Geräten ausstattet.

Zweitens. In unserer Frage 5 ging es uns darum, welche Möglichkeiten die Stadt ergreift, Unterrichtsflächen zu erweitern. Sie antworten darauf, wie Sie versuchen, mit den vorhandenen Flächen klarzukommen, also durch Teilung, kleinere Gruppengrößen etc. Uns ging es aber um das Erweitern der Flächen. Wir würden gerne auch wissen, ob es Überlegungen gibt, was man tun könnte, um zusätzliche Flächen zu schaffen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Voigtsberger.

Beigeordneter Robert Voigtsberger: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Zimmermann, zu Frage 3: Es ist tatsächlich so, dass es nach wie vor eine Diskrepanz in der Ansicht gibt, wer für die Ausstattung der Lehrerinnen und Lehrer zuständig ist. Hier werden die Kommunen insbesondere durch die kommunalen Spitzenverbände vertreten. Die Auffassung der Kommunen ist, dass Lehrerinnen und Lehrer durch das Land, dem sie auch arbeitnehmerrechtlich angeschlossen sind, entsprechend ausgestattet werden müssen.

Zu Frage 5: Hier sind wir darauf angewiesen, welche Vorgaben das Land uns macht. Diese Vorgaben setzen wir im Rahmen des rollierenden Systems um. Damit können wir derzeit auch im Rahmen unserer schulgebäudlichen Strukturen alle notwendigen Abstandsregelungen in den Klassenräumen einhalten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank.

Herr Kienitz hat mich gerade daran erinnert - und dafür bedanke ich mich -, dass wir ja darum gebeten hatten, die Nachfragen schriftlich zu stellen, Herr Zimmermann. Diese Bitte ist an alle Fraktionen gegangen. Ich würde mich sehr freuen, wenn Ihnen das bei den nächsten Tagesordnungspunkten dann auch möglich wäre. Sie bekommen dann auch ganz schnell eine Antwort.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Zweitwohnsteuer in Köln“

AN/0595/2020

Antwort der Verwaltung vom 14.05.2020

1394/2020

Die Antwort liegt vor. Nachfragen bitte schriftlich. - Danke sehr.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Demokratieförder- bzw. Extremismuspräventionsprogramme“

AN/0596/2020

Antwort der Verwaltung vom 14.05.2020

1403/2020

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. - Herr Geraedts, können Sie schriftlich nachfragen?

Wilhelm Geraedts (AfD): Ja, das machen wir schriftlich. Die Antwort kam sehr kurzfristig. Wir müssen wir noch einmal drüberschauen. Unsere Anfrage ist auch nicht so beantwortet, wie wir es gerne gehabt hätten. Da kommt noch etwas.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nun rufe ich auf:

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Ächtung des N*Wortes

0743/2020

Nach unserer Geschäftsordnung hat Herr Abeke als Stellvertretender Vorsitzender des Integrationsrates als Erster das Wort.

Eli Abeke (Stellvertretender Vorsitzender des Integrationsrates): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! An dieser Stelle möchte ich auch den Fraktionen, die bei uns im Integrationsrat engagiert sind, sehr herzlich danken. Die Zusammenarbeit funktioniert hervorragend. Wir haben das Gefühl, dass unsere Belange dort gut unterstützt werden und hier wieder eingebracht werden. Vielen Dank!

Das Thema, zu dem ich hier stehe, ist ein uraltes Thema. Den Anfang haben wir natürlich dort besprochen. Es ist klar, dass Menschen afrikanischer Herkunft sich seit, man kann ruhig sagen, über 250 Jahren mit diesem Begriff, um den es geht, schwertun. Er ist umschrieben worden. Wie Sie in den Unterlagen entnehmen können, bezeichnen wir ihn als N*Wort. Denn diesem Begriff jeden Tag zu begegnen und ihn ständig auszusprechen, ist einfach erniedrigend.

Der Fall, den ich Ihnen jetzt schildern will, spielt in den Jahren 2018/2019. In einer Sitzung des Landtags Mecklenburg-Vorpommern hat ein AfD-Abgeordneter in der Debatte mehrmals das N*Wort benutzt, um Menschen afrikanischer Herkunft zu degradieren. Er wurde viermal ermahnt. Die Landtagsvizepräsidentin hat ihn darauf hingewiesen, dass dieses Wort verboten ist. Er bestand auf seinem parlamentarischen Recht und sagte, er könne, egal zu welchem Zeitpunkt, selber darüber entscheiden, welchen Begriff er verwende.

Dieser Begriff verletzt aber Menschen afrikanischer Herkunft, und zwar seit vielen Jahren. Dieser Begriff hat mit Sklaverei und Kolonialismus zu tun. In einer demokratischen Gesellschaft, wie wir sie hier in Deutschland haben, ist es wirklich erbärmlich, wenn man einen solchen Begriff benutzt.

Noch verletzender war Folgendes: Der Abgeordnete wurde viermal darauf hingewiesen, dass er diesen Begriff nicht verwenden solle. Dann ist er noch einmal aufgestanden und hat gesagt: Diesen Begriff habe ich bewusst gewählt, weil ich mir nicht vorschreiben lasse, welchen Begriff ich zu welcher Zeit nutzen muss; und bei schwarzen Leuten benutze ich diesen Begriff gerne.

Er hat also, auf Deutsch gesagt, seine Dummheit noch einmal bestätigt - und das in einem demokratisch gewählten und zusammengesetzten Parlament.

Eine solche Geschichte dürfen wir uns hier in Deutschland nicht erlauben. Das gilt gerade für eine Gruppierung, die sich als Demokraten darstellt. Ich erinnere nur an die Geschichte, die dieses Land vor einigen Jahren durchmachen musste. Viele Menschen leiden noch bis heute unter diesen Misshandlungen.

Es sind nicht nur wir Menschen mit afrikanischer Herkunft, sondern auch viele andere Menschen, die solche Begriffe nicht tolerieren. Wir haben gerade von Herrn Bürgermeister Wolter gehört, dass auch Schwule und Lesben diese Erfahrungen machen. Das heißt: In einem demokratischen Setting dürfen wir solche Begrifflichkeiten nicht erlauben.

Hier geht es aber gerade um die Stadt Köln. Wir haben versucht, diesen Antrag als Integrationsrat hier zu platzieren, um zu sagen: Auch wenn solche Begrifflichkeiten woanders in dieser Republik benutzt werden, möchten wir sie hier in Köln nicht dulden.

Deswegen sagen wir Ihnen voraus: Wenn dieser Antrag hier durchkommt, können wir damit einen großen Beitrag leisten, um im Vorfeld solche Begrifflichkeiten zu verhaften und dorthin zu dränge, wo sie hingehören, nämlich in die Richtung der Gruppierungen, die hier solchen Blödsinn verbreiten.

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht so viel erzählen. Ich denke, dass die Mehrheit der Bürgern und Bürgerinnen in Köln es begrüßen würde, wenn solche Begrifflichkeiten hier nicht auf der Straße benutzt werden.

Zum Schluss möchte ich auch sagen, dass diejenigen, die solche Begrifflichkeiten benutzen, auch keinen Halt vor kleinen Kindern machen. Das erleben wir tagtäglich, zum Beispiel in Straßenbahnen.

Ein Fall, der mich besonders bewegt, betraf meinen Sohn. Er ist neun Jahre alt. Wir leben in Ehrenfeld. Unser Büro ist am Neumarkt. Er hatte seinen Basketball zu Hause vergessen. Deshalb habe ich ihn mit den Worten „Geh nach Hause und hol deinen Basketball“ in die Straßenbahn gesetzt.

Auf dem Rückweg wurde er, wie er mir erklärte, von einer älteren Dame brutal von seinem Sitz weggedrängt. Dabei fiel wiederholt, zweimal, das N*Wort. Mein Sohn kam natürlich weinend im Büro an. Ich fragte ihn: Was ist los? - Er brauchte eine Weile, bis er mir dann erzählte, was ihm passiert war. Sie können sich vorstellen, wie man sich dann als Elternteil fühlt. Aber ich konnte ihn ermutigen und ihm sagen: Junge, du hast Freunde in der Schule usw. - Aber er wiederholt dieses Erlebnis immer wieder, wenn er in eine Straßenbahn einsteigt.

Das ist kein Fall zum Spaßen. Deswegen stehe ich hier stellvertretend für Migranten und auch Kolleginnen und Kollegen mit deutscher Herkunft. Wir dürfen einen solchen Unsinn hierzulande nicht zulassen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Abeke - und herzliche Grüße nach Hause. Ich kenne Ihre Familie ja schon seit vielen Jahren. Im Übrigen denke ich auch: Zuversicht, dass man die Welt ändern kann, ist sicherlich richtig.

Ich frage nach weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt. - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Verehrter Herr Abeke, vielen Dank für Ihre bewegenden Worte, die Sie hier vorgetragen haben.

Wir haben den Antrag aus dem Integrationsrat auch in den Fraktionen beraten. Zum Punkt 3 haben wir hier einen Änderungsantrag. Wir haben die Absicht verstanden, Herr Abeke, wollen das aber wieder ein bisschen mehr an die Verwaltung zurückgeben, wenn Sie erlauben. Darum würden wir gerne eine Klarstellung vornehmen.

Hier spreche ich übrigens für die Fraktionen von CDU und Grünen sowie für uns als FDP.

(Zuruf von der SPD)

- Und für die SPD; sehr schön.

(Zuruf von der LINKEN)

- Auch für die LINKEN. - Sie sehen, Her Abeke: Jetzt kommen sie alle hier zusammen. Sie wollten ja auch, dass wir das alle zusammen machen.

Ich darf Ihnen kurz unseren Änderungsantrag vorlesen. Herr Abeke, wir wollen den Punkt 3 durch folgende Formulierung ersetzen: Der Rat

> dankt dem Integrationsrat für die Anregung zu einer Städtepartnerschaft mit einer Stadt südlich der Sahara und bittet die Verwaltung, die Anregung bei der Weiterentwicklung des Städtepartnerschaftskonzeptes zu berücksichtigen.

Ich sehe Ihr Nicken. Dann bedanke ich mich. Das wollen wir gerne als Punkt 3 haben.

Frau Oberbürgermeisterin, ich kann Ihnen die Formulierung gerne handschriftlich - bedauerlicherweise nur handschriftlich - geben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das wäre schön. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Damit ist dem Änderungsantrag zugestimmt.

Jetzt lasse ich über die Vorlage in der geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Damit ist es so beschlossen. - Ich bedanke mich.

(Beifall)

Beschluss:

Ziffer 3 wird wie folg geändert:

3. Der Rat dankt dem Integrationsrats für die Anregung zu einer Städtepartnerschaft mit einer Stadt südlich der Sahara und bittet die Verwaltung, die Anregung bei der Weiterentwicklung des Städtepartnerschaftskonzepts zu berücksichtigen.

Abstimmstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

I. Abstimmung über die so geänderte Beschlussvorlage Beschluss:

Der Rat

*1. bittet die Verwaltung, die Ziele der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft in Köln umzusetzen und insbesondere anzuerkennen, dass jegliche Verwendung des N*Wortes rassistisch ist;*

*2. setzt sich dafür ein, dass jegliche Verwendung des N*Wortes in der Stadt Köln vermieden und geächtet wird, um schwarzen Menschen und People of Color (PoC) ein friedvolles und diskriminierungsfreies Leben in Köln zu ermöglichen;*

3. dankt dem Integrationsrats für die Anregung zu einer Städtepartnerschaft mit einer Stadt südlich der Sahara und bittet die Verwaltung, die Anregung bei der Weiterentwicklung des Städtepartnerschaftskonzepts zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
*zu Punkt 1 und 2: Mit N*Wort wird der rassistische Begriff ‚Neger' umschrieben. zu Punkt 3: Mündlicher Änderungsantrag von RM Breite*

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt rufe ich auf:

6 Ortsrecht

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

6.2.1 Änderung der Entgelt- und Benutzungsordnung der Volkshochschule Köln

0407/2020

Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Nach Absprache mit dem Vorstand der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik kann die Vorlage heute hier im Rat behandelt werden; das habe ich Ihnen mitzuteilen.

Dann stimmen wir darüber ab. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die beigefügte geänderte Entgelt- und Benutzungsordnung für die Volkshochschule Köln ab dem 2. Semester 2020 und führt damit insbesondere eine zusätzliche Ermäßigung für Menschen mit Schwerbehinderung sowie ggf. den kostenlosen Zutritt erforderlicher Begleitpersonen ein.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu:

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Wahlordnung Integrationsratswahlen 2020

0177/2020

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Da dieser Tagesordnungspunkt möglicherweise mit dem Punkt 5.4.2, den wir ja vertagt haben, verwoben ist, ist die Frage, ob wir dem heute zustimmen können. Die Vorlage unter Punkt 5.4.2 enthält ja auch einige Änderungshinweise zur Wahlordnung. Deswegen stelle ich diese Frage an die Verwaltung.

Wenn das unschädlich ist, können wir dem so zustimmen. Wenn aber Rückschlüsse aus Punkt 5.4.2 auf diesen Tagesordnungspunkt notwendig oder möglich sind, bitten wir auch hier um Schiebung. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Vorlage enthält ja eine Begründung der Dringlichkeit. Deswegen würde ich vorschlagen, das heute zu beschließen.

(Ulrich Breite [FDP]: Das müssen wir!)

- Ja, weil Herr Joisten gerade so gefragt hat.

(Ulrich Breite [FDP]: 13. September! Wir müssen aufstellen!)

- Ja. - Es muss also heute beschlossen werden.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen?

(Christian Joisten [SPD]: Sie haben meine Frage nicht beantwortet!)

- Doch. Ich habe gesagt, dass heute beschlossen werden muss.

(Christian Joisten [SPD]: Ich habe eine andere Frage gestellt!)

- Dann wiederholen Sie bitte Ihre Frage. Vielleicht habe ich sie nicht richtig aufgenommen. Dann versuche ich, sie zu beantworten.

Christian Joisten (SPD): Meine Frage war, Frau Oberbürgermeisterin, ob es Rückwirkungen vom Punkt 5.4.2, den wir abgesetzt haben, auf diesen Tagesordnungspunkt, Wahlordnung Integrationsratswahlen 2020, gibt. Das ist doch eine entscheidende Frage. Das heißt: Wenn wir heute schon die Wahlordnung beschließen würden, wäre alles, was unter dem vertagten Punkt 5.4.2 zu behandeln wäre, obsolet.

Das ist zumindest mein Verständnis. Deswegen stelle ich diese Frage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meines Erachtens kollidiert das nicht. Und deswegen sollten wir das jetzt beschließen.

Christian Joisten (SPD): Gut - wenn das nichts verschlägt. Das ist meine Frage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse hier noch einmal abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Ich habe mir den Antrag jetzt noch einmal angeschaut. Es kollidiert nicht.

(Christian Joisten [SPD]: Gut!)

Nun versuche ich zum dritten Mal, abstimmen zu lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Immer noch nicht. Das ist gut. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Damit ist das so angenommen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates der Stadt Köln in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich komme zu:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

Tagesordnungspunkt

7.2.1 Ökologische Revitalisierung Westerwaldstraße

hier: Kostenerhöhung

0652/2020

Das ist eine Kenntnisnahme.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2.2 Finanzielle Auswirkungen der Corona-Pandemie

1048/2020

Auch das ist eine Kenntnisnahme.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann rufe ich auf:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.3 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o. Nr., 50765 Köln-Blumenberg, Gemarkung Worringen, Flur 50, Flurstück 1872 tlw.

0413/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse abstimmen wie die Vorlage mit dem Hinweis aus dem Bauausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der FDP-Fraktion. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit dem Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o. Nr., 50765 Köln-Blumenberg, Gemarkung Worringen, Flur 50, Flurstück 1872 tlw. mit Gesamtkosten in Höhe von 2.485.098,61 € und beschließt die im Haushaltsjahr 2019 auf der Finanzstelle 5620-1004-6-5199 veranschlagten Mittel freizugeben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.4 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Waldstraße 115, 51145 Köln-Porz, Gemarkung Urbach, Flur 5, Flurstück 812

2665/2019

Auch hier frage ich, ob es Wortmeldungen gibt. - Das ist nicht der Fall.

Auch hier lasse ich abstimmen wie die Vorlage mit dem Hinweis aus dem Bauausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der FDP-Fraktion. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit dem Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Waldstraße 115, 51145 Köln-Porz, Gemarkung Urbach, Flur 5, Flurstück 812, mit Gesamtkosten in Höhe von 2.498.497,27 € und beschließt die im Haushaltsjahr 2019 auf der Finanzstelle 5620-1004-7-5201 veranschlagten Mittel freizugeben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.6 Überörtliche Prüfung der Stadt Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

0692/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir möchten nur um eines bitten. Wir stimmen dem ja zu, und die Abstimmung kann so durchgeführt werden. Wir möchten nur darum bitten, den dann beschlossenen Punkt noch in den AVR als Mitteilung zu verweisen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich: Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt den Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW über die „Überörtliche Prüfung der Stadt Köln in 2019“ gem. § 105 Abs. 6 GO NRW zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat die Stellungnahmen der Verwaltung zu beschließen.

Der Rat nimmt den Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW über die „Überörtliche Prüfung

der Stadt Köln in 2019“ zur Kenntnis und beschließt die Stellungnahme wie von der Verwaltung vorgeschlagen gem. § 105 Abs. 7 GO NRW abzugeben.

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Feststellungen und Empfehlungen in die weiteren Prozesse der Optimierung der Haushaltswirtschaft, der Aufgabenüberprüfung und der Verbesserung von Verwaltungsstrukturen und -abläufen einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
RM Joisten bittet, dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung / Vergabe / Internationales diesen Beschluss des Rats als Mitteilung vorzulegen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.7 Zweckverband Erholungsgebiet Stöckheimer Hof/Änderung der Verbandssatzung

0833/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erteilt die Zustimmung zu der Verbandssatzung des Zweckverbands Erholungsgebiet Stöckheimer Hof (vgl. Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.8 Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2020

0855/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt gem. § 22 Abs. 4 der Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO) Kenntnis von den in den Anlagen dargestellten Übertragungen von Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen in das Haushaltsjahr 2020.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.10 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Gründung einer gGmbH „Kompetenzzentrum Digitale Wasserwirtschaft gemeinnützige GmbH“ durch das Land Nordrhein-Westfalen, Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz mit sieben weiteren Verbänden und Unternehmen aus der Wasserwirtschaft

0989/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich vorbehaltlich der Nichtbeanstandung durch die Kommunalaufsicht damit einverstanden, dass die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln) sich an der Gründung einer gGmbH „Kompetenzzentrum Digitale Wasserwirtschaft“ mit einem Gesellschafteranteil in Höhe von 2% gemäß dem in der Anlage 1 beigefügten Gesellschaftsvertrag und der in der Anlage 2 beigefügten Gesellschaftervereinbarung beteiligt.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder aus sonstigen Gründen Änderungen als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.11 Entwurf des Jahresabschlusses 2019

1101/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt den als Anlage beigefügten, von der Kämmerin aufgestellten und von der Oberbürgermeisterin bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses für das Jahr 2019 zur Kenntnis und beschließt, den Jahresabschluss 2019 zur Prüfung in den Rechnungsprüfungsausschuss gemäß § 59 Gemeindeordnung zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.12 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB): Gewässerentwicklungskonzept Köln 2020 bis 2026 (GEK 2020) - Erste Fortschreibung

3406/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Vorlage.

Gegenstimmen? - Der FDP. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt der 1. Fortschreibung des Gewässerentwicklungskonzeptes Köln (GEK 2020) –Fortschreibung 2020 bis 2026 zu.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.13 Erneuerung der Eisenbahnüberführungen Innere Kanalstraße (S-Bahnbrücke) in Köln-Nippes

0557/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, eine Kreuzungsvereinbarung nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) zur Erneuerung des Bahnbrückenbauwerkes über die Innere Kanalstraße inklusive einer Erweiterung der lichten Höhe zur richtlinienkonformen Ausgestaltung des Straßenquerschnitts mit der DB Netz AG abzuschließen, auf dieser Grundlage die Finanzierung sicherzustellen und Fördermittel nach den Richtlinien zur Förderung des kommunalen Straßenbaus zu beantragen.

Der Verkehrsausschuss verzichtet im Rahmen der Beratung auf die Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretung Nippes uneingeschränkt zustimmt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.14 Erweiterung der Gesamtschule Rodenkirchen, Sürther Straße 191, 50999 Köln - Bau- und Vergabebeschluss

1060/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln genehmigt den Entwurf sowie das Angebot des privaten Partners Hochtief PPP Schulpartner Köln Rodenkirchen GmbH & Co. KG für den Erweiterungsbau des Schulgebäudes der Gesamtschule Sürther Straße 191, 50999 Köln-Rodenkirchen.

Die Gesamtkosten inklusive Einrichtung für eine Realisierung im Passivhausstandard betragen circa 26.500.000 Euro brutto (Baukosten in Höhe von rund 26.200.000 Euro und Einrichtungskosten in Höhe von rund 300.000 Euro).

Der Rat beauftragt die Verwaltung, mit der Firma Hochtief PPP Schulpartner Köln Rodenkirchen GmbH & Co. KG entsprechende Vereinbarungen zur Durchführung des Erweiterungsbaus und des späteren Betriebes zu schließen, sowie mit der Einrichtung der Schule.

Zudem genehmigt der Rat einen Risikozuschlag von 10 % bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtbaukosten gemäß Kostenberechnung. Dies entspricht einem Betrag von 2.650.000 Euro. Durch den Baubeschluss wird jedoch lediglich das Maßnahmenbudget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verfügen.

Die an den Betreiber Hochtief PPP Schulpartner Köln Rodenkirchen GmbH & Co. KG zu zahlenden Entgelte für die Bauleistungen nach vertraglich vereinbartem Zahlungsplan und das ab Vertragsbeginn zu zahlende Entgelt für die Betriebsleistungen werden über den Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft abgewickelt.

Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen des dann gültigen Flächenverrechnungspreises. Auf Basis des derzeitigen Flächenverrechnungspreises ergäbe sich für den Erweiterungsbau eine jährliche Spartenmiete inklusive Nebenkosten und Kosten für Reinigung in Höhe von rund 862.057 Euro, die ab dem Haushaltsjahr 2023 aus noch zu veranschlagenden Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen, finanziert wird.

Die konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich 270.000 Euro sind im Haushaltsjahr 2023 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben zu veranschlagen. Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich 29.000 Euro erfolgt zum Haushaltsjahr 2023 aus zu veranschlagenden Mitteln der Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.15 Mietzuschuss an die Kölnische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e. V., Haushaltsjahr 2020 ff.

0981/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt einen jährlichen Mietzuschuss für den Verein Kölnische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e. V. in Höhe von 10.900 Euro für das Jahr 2020 und in Höhe von 17.900 Euro für 2021 ff.

Die Mittel werden im Haushalt durch eine haushaltsneutrale Umschichtung von 10.000 Euro in 2020 und von 17.000 Euro in 2021 innerhalb des Teilplans 0416- Kulturförderung aus der Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen in die Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen im Förderbereich der Kulturellen Teilhabe bereit gestellt:

Haushaltsjahr	*BKZ laut Haushaltsplan*	*Aufstockung (Umschichtung Miete)*	*Mietzuschuss neu*
2020	*900 €*	*10.000 €*	*10.900 €*
2021 ff	*900 €*	*17.000 €*	*17.900 €*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.16 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2017 für die Bühnen der Stadt Köln

1770/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln stellt gem. § 4c der Betriebssatzung der Bühnen der Stadt Köln in Verbindung mit § 26 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) den Jahresabschluss zum 31.08.2017 sowie den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 01.09.2016 bis 31.08.2017, der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 25.01.2019 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dornbach GmbH versehen ist, fest.

2 Im Wirtschaftsjahr 2016/17 haben die Bühnen einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 623.696,02 € erwirtschaftet. Unter Einschluss eines Gewinnvortrags von 12.042.494,23 € ergibt sich damit zum 31.08.2017 ein Bilanzgewinn in Höhe von 11.418.798,21 €. Da der Rat im Rahmen der Feststellung des Jahresabschlusses 2015/16 (Ratsbeschluss 3142/2018 vom 22.11.2018) bereits über einen Teilbetrag des Gewinnvortrags in Höhe von 9.635.554,36 € verfügt hat, soll der verbleibende Bilanzgewinn (1.783.243,85 €) um eine anteilige Auflösung der bestehenden Sanierungsrücklage (605.822,46 €) zum Ausgleich des Sanierungsverlustes 2016/17 erhöht und wie folgt verwendet werden:

verbleibender Bilanzgewinn 31.08.2017	*1.783.243,85 €*
Auflösung zweckgebundene Rücklage Sanierung	*605.822,46 €*
Vortrag auf neue Rechnung	*2.389.066,31 €*

Damit stellt sich das Eigenkapital der Bühnen nach Ergebnisverwendung wie folgt dar:

Gezeichnetes Kapital	*50.000,00 €*
Gewinnrücklagen (zweckgebunden)	
Spielbetrieb	*0,00 €*
Interim	*1.274.000,00 €*
Sanierung	*9.029.731,90 €*
	10.303.731,90 €
Gewinnvortrag	*2.389.066,31 €*
Eigenkapital 31.08.2017	*12.742.798,21 €*

3. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

4. Dem Betriebsausschuss wird (gem. § 4 EigVO NRW) Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.17 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2018 für die Bühnen der Stadt Köln

3615/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln stellt gem. § 4c der Betriebssatzung der Bühnen der Stadt Köln in Verbindung mit § 26 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) den Jahresabschluss zum 31.08.2018 sowie den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 01.09.2017 bis 31.08.2018 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 30.09.2019 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft SWS Schüllermann AG fest.

2. Im Wirtschaftsjahr 2017/18 haben die Bühnen einen Jahresverlust in Höhe von 2.032.699,70 € erwirtschaftet, von dem nach Verrechnung mit dem Bilanzgewinn des Vorjahres (1.783.243,85 €) ein Bilanzverlust von 249.455,85 € verbleibt. Unter Einschluss des zusätzlichen Gewinnanteils von 605.822,46 € (gemäß Ratsbeschlusses 1770/2019 vom 26.03.2020 zur Feststellung des Jahresabschlusses 31.08.2017) ergibt sich zum 31.08.2018 ein Bilanzgewinn von 356.366,61 €. Dieser soll um eine weitere anteilige Auflösung der bestehenden Sanierungsrücklage (532.202,71 €) zum Ausgleich des Sanierungsverlustes 2017/18 erhöht und wie folgt verwendet werden:

vorläufiger Bilanzgewinn 31.08.2018	*356.366,61 €*
Auflösung zweckgebundene Rücklage Sanierung	*532.202,71 €*
Vortrag auf neue Rechnung	*888.569,32 €*

3. Damit stellt sich das Eigenkapital der Bühnen nach Ergebnisverwendung wie folgt dar:

Gezeichnetes Kapital	*50.000,00 €*
Gewinnrücklagen (zweckgebunden)	
Spielbetrieb	*0,00 €*
Interim	*1.274.000,00 €*
Sanierung	*8.497.529,19 €*
	9.771.529,19 €
Gewinnvortrag	*888.569,32 €*
	10.710.098,51
Eigenkapital 31.08.2018	*€*

4. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

5. Dem Betriebsausschuss wird (gem. § 4 EigVO NRW) Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.18 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchester Köln | Wirtschaftsjahr 2020/21

0616/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 4 Betriebssatzung i.V. m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Eig. VO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gürzenich-Orchester für das Wirtschaftsjahr 2020/2021 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung mit einem Defizit von 23 TEUR fest. Die mittelfristige Finanzplanung wird zur Kenntnis

genommen. Daraus ergeben sich keine Ansprüche für die Gesellschaft.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 0,5 Mio. EUR in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.19 Sanierung der Fensteranlage im Museum für Angewandte Kunst Köln, hier: Fortführung der Maßnahme

0267/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Die wollen keine Fenster!)

Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Fortführung des Projektes Sanierung der Fensteranlage im Museum für Angewandte Kunst auf der Basis der Kostenberechnung des Planungsbüros Patelkos.*

2. *Der Rat nimmt die Kosten für die Maßnahme der Fenstersanierung mit 9,6 Mio. € zur Kenntnis. Gegenüber der bisherigen Kostenschätzung bedeutet dies ein Mehrbedarf von rd. 5,9 Mio. €.*

3. *Die Finanzierung der Aufwendungen in Höhe von 5.225.400 € erfolgt aus der für die Maßnahme bestehenden Rückstellung, die im Rahmen des Jahresabschlusses 2019 entsprechend aufgestockt wurde. Die erforderlichen Auszahlungsermächtigungen stehen in den Haushaltsjahren 2020 bis 2022 bereit.*

Die Mittel der nicht über die Rückstellung abgedeckten Aufwendungen in Höhe von

670.000 € stehen im Teilergebnisplan 0401 – Museumsreferat, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Haushaltsjahr 2020, aus dem Renovierungsprogramm zur Verfügung. Die Mittel werden als überplanmäßige Aufwendung gemäß § 83 GO NRW in den Teilergebnisplan 0405 – Museum für Angewandte Kunst umgeschichtet.

Hierfür werden die Mittel in Höhe von 670.000 € aus dem Renovierungsprogramm 2020 zur Verfügung gestellt und die Freigabe der Mittel in Höhe von 670.000 € aus dem Renovierungsprogramm des Jahres 2020 erteilt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.21 Stadtwerke Köln GmbH (SWK): Verwendung des Jahresüberschusses 2019

1218/2020

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass aus dem Jahresüberschuss, den die Stadtwerke Köln GmbH im Geschäftsjahr 2019 erwirtschaftet hat, ein Betrag in Höhe von 48.800 T€ an die Stadt Köln ausgeschüttet wird.

Die Vertreterin/ der Vertreter der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Köln GmbH wird ermächtigt, die hierzu notwendigen Erklärungen abzugeben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.22 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln); Jahresabschluss 2019

1167/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem in der Begründung dargestellten Beschlussvorschlag zur Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR für das Wirtschaftsjahr 2019 zu.

Weiterhin stimmt der Rat der Stadt Köln dem Beschlussvorschlag zur Ergebnisverwendung zu:

Gewinnausschüttung für das Wirtschaftsjahr 2019

Jahresüberschuss 2019 in Höhe von	*25.561.744,62 €*
Entnahme aus der Kapitalrücklage	*+2.237.584,98 €*
Bilanzgewinn 31.12.2019	*27.799.329,60 €*
Entnahme aus der Gewinnrücklage im Geschäftsjahr 2020	*+ 821,500,00 €*
davon ausschüttungsgesperrter Unterschiedsbetrag 2019	*821.500,00 €*
Gewinnausschüttung in 2020 für 2019 in Höhe von	*28.620.829,60 €*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.23 Übertragung der Federführung für die Stadtbahnanbindung von Mülheim über Stammheim bis Flittard an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG

0866/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt, den Stadtbahnvertrag vom 03.09./09.09.1991 dahingehend zu ergänzen, dass die Federführung für die Planung der Stadtbahnanbindung von Mülheim bis Stammheim / Flittard an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) übertragen wird.*

2. *Der Rat der Stadt Köln ermächtigt die Verwaltung, einen entsprechenden Ergänzungsvertrag zum Stadtbahnvertrag mit der KVB abzuschließen.*

3. *Der Beschluss umfasst zunächst, dass die KVB für die Stadtbahnanbindung Stammheim / Flittard eine Machbarkeitsstudie einschließlich einer Nutzen-Kosten-Abschätzung als Planungsvorbereitung erarbeitet und eine erste Öffentlichkeitsbeteiligung durchführt.*

Über das weitere Vorgehen entscheidet der Rat nach Vorlage der Ergebnisse in einem weiteren Beschluss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.24 Erneuerung der Deckenaufbauten und Sanierung des Küchenbereiches im Museum Ludwig/Philharmonie - Baubeschluss

0861/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Erneuerung der Deckenaufbauten und der damit verbundenen Sanierung des Küchenbereiches im Museum Ludwig/Philharmonie auf Basis der vorliegenden Kostenberechnung.*

2. *Der Rat nimmt die Kosten für die Erneuerung der Deckenaufbauten und der damit verbundenen Sanierung des*

Küchenbereiches im Museum Ludwig/Philharmonie mit 1.488.279 € zur Kenntnis.

3. Die auf die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln entfallenden Kosten in Höhe von 246.016,60 € werden über den Wirtschaftsplan des Veranstaltungszentrums finanziert.

Die Mittel für die auf das Museum Ludwig entfallenden Kosten in Höhe von

1.242.262,40 € stehen im Teilergebnisplan 0401 – Museumsreferat, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Haushaltsjahr 2020, aus dem Renovierungsprogramm 2018 zur Verfügung. Diese Mittel wurden in das Haushaltsjahr 2020 übertragen. Die Mittel werden als überplanmäßige Aufwendung gemäß § 83 GO NRW in den Teilergebnisplan 0402 – Museum Ludwig umgeschichtet. Im Haushaltsjahr 2021 wird einmalig ein Betrag in Höhe von 96.981,27 € im Teilergebnisplan 0402 – Museum Ludwig, Teilplanzeile 06 – Kostenerstattungen und Umlagen – vereinnahmt.

Hierfür werden die Mittel in Höhe von 1.242.262,40 € aus dem Renovierungsprogramm 2018 zur Verfügung gestellt und die Freigabe der Mittel in Höhe von

1.242.262,40 € aus dem Renovierungsprogramm des Jahres 2018 erteilt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.25 Weitere Bestellung von Herrn François-Xavier Roth Fehler! Textmarke nicht definiert. **zum Mitglied der Betriebleitung beim Gürzenich-Orchester Köln**

1345/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat bestellt vorbehaltlich des Einvernehmens im Hauptausschuss Herrn François-Xavier Roth für die Zeit vom 01.09.2022 bis zum 31.08.2025, beziehungsweise bei optionaler Vertragsverlängerung um weitere zwei Jahre bis zum 31.08.2027, weiterhin zum Mitglied der Betriebsleitung des Gürzenich-Orchesters Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.26 Weitere Bestellung von Herrn Stefan Bachmann zum Mitglied der Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln

1346/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN und auch der FDP. Damit ist trotzdem so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat bestellt vorbehaltlich des Einvernehmens im Hauptausschuss Herrn Stefan Bachmann für die Zeit vom 01.09.2021 bis 31.08.2023 bzw. längstens bis zum Ende der Vertragsdauer als Schauspielintendant zum Mitglied der Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die Linke. und FDP zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.27 Struktursichernde Maßnahme und Weiterentwicklung/Neuaufstellung des Literaturfestivals 2020/2021

1195/2020

Wortmeldungen? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion - - Die SPD-Fraktion - -

(Heiterkeit und Beifall)

- Ich war so erschüttert über dieses Abstimmungsverhalten; das musste ich erst einmal verarbeiten.

Die SPD-Fraktion bittet um Aufnahme des folgenden Satzes im Punkt 2 des Beschlusstextes hinter dem ersten Satz - ich gebe das gleich noch schriftlich hoch; es müsste aber auch schon bei Frau Gies im Postfach sein -:

> Dabei sind auch die Bereitsteller von Räumlichkeiten und Eventlocations als zu unterstützende Teile des Gesamt-Festival-Konzepts zu berücksichtigen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Damit ist so beschlossen.

Nun lasse ich über die Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Damit ist so beschlossen.

I. Abstimmung über den mündlicher Ergänzungsantrag Beschluss:

In Ziffer 2 wird nach dem 1. Satz Folgendes eingefügt:

Dabei sind auch die Bereitsteller von Räumlichkeiten und Eventlocations als zu unterstützende Teile des Gesamtfestivalkonzeptes zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

II. Abstimmung über die so ergänzte Beschlussvorlage Beschluss:

1. Der Rat bestätigt die strukturelle Bedeutung der lit.COLOGNE mit ihrer nationalen und internationalen Strahlkraft für den Standort Köln, das Land NRW sowie den gesamten deutschsprachigen Raum und erkennt den Bedarf für die Liquiditätssicherung und die Weiterentwicklung sowie die Durchführung des Literaturfestivals im Jubiläumsjahr 2021 an.

2. Der Rat beschließt Aufwendungen in Höhe von bis zu 500.000 € für die struktursichernde Maßnahme und die Weiterentwicklung/Neuaufstellung des Literaturfestivals 2020/2021 im Teilergebnisplan 1501, Wirtschaft und Tourismus, in Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, im Haushaltsjahr 2020. Dabei sind auch die Bereitsteller von Räumlichkeiten und Eventlocations als zu unterstützende Teile des Gesamtfestivalkonzeptes zu berücksichtigen. Die Deckung erfolgt in gleicher Höhe durch Mehrerträge im Teilergebnisplan 1501, Wirtschaft und Tourismus, in der Teilplanzeile 06, Kostenerstattungen und Umlagen, ebenfalls im Haushaltsjahr 2020.

3. Der Rat beauftragt die Verwaltung in entsprechende Verhandlungen mit dem Veranstalter und dem Land NRW unter Berücksichtigung der in der Begründung dargestellten Rahmenbedingungen einzusteigen mit dem unter 2. des Beschlusses dargestellten Ziel.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
Mündlicher Ergänzungsantrag von RM Joisten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 215. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal

Arbeitstitel: „Universitätsklinik zu Köln, Baufeld West“ in Köln-Lindenthal

hier: Feststellungsbeschluss

0290/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt über die während der

frühzeitigen Beteiligung und der Offenlage zur 215. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) mit dem Arbeitstitel „Universitätsklinik zu Köln, Baufeld West“ in Köln-Lindenthal eingegangenen Stellungnahmen gemäß der Anlage 5 und stellt fest, dass gegen die 215. Änderung des FNPs von den Trägern öffentlicher Belange sowie aus der Öffentlichkeit keine FNP-relevanten Anregungen vorgebracht wurden;

2. Der Rat stellt die 215. Änderung des FNPs mit dem Arbeitstitel „Universitätsklinik zu Köln, Baufeld West“ mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch als Anlage 4 beigefügten Begründung fest.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 74440/02

Arbeitstitel: Rather See in Köln-Rath/Heumar

4161/2019

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der Gruppe GUT

AN/0618/2020

Dazu habe ich eine Rednerliste vorliegen. Als Erster hat Herr Paetzold das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt auch in diesen Corona-Zeiten noch gute Nachrichten. Eine solche gute Nachricht ist diese Vorlage. Denn was lange währt, wird endlich gut. Und lange, zehn Jahre lang, hat es gewährt, bis wir heute endlich dieses Verfahren zum Abschluss bringen können.

Es sind tatsächlich fast zehn Jahre vergangen, seit sich mit dem Stadtentwicklungsausschuss erstmals ein Gremium des Rates mit den Plänen für ein attraktives Naherholungsgebiet mit Badesee, mit Wasserskianlage und mit Ruhebereichen für die Natur befasst hat.

Den ersten Einleitungsbeschluss hat der Stadtentwicklungsausschuss im Jahr 2010 gefasst und im Jahr 2011 korrigiert. Im Jahr 2013 hat der Stadtentwicklungsausschuss dann den Vorgabenbeschluss zur Ausarbeitung eines B-Plan-Beschlusses gefasst.

Warum erzähle ich das? Das ist alles einstimmig beschlossen worden. „Einstimmig“ heißt: auch mit den Stimmen der Grünen, die davon heute gar nichts mehr wissen wollen.

Meine Partei stand und steht mit allen ihren Gliederungen ganz klar zu diesem Projekt, auf dessen Realisierung viele Menschen im Rechtsrheinischen schon lange warten. Nicht nur bei diesem Thema steht meine Partei für Verlässlichkeit - auch gegenüber Investoren.

Der Investor hat uns damals einen Weg aufgezeigt, wie aus einer Kiesgrube, also einem Baggerloch, ein Strandbad und eine Wassersportanlage in einem naturgeprägten Umfeld gebaut werden können. Wohlgemerkt: Es ist ein privates Projekt, das ohne öffentliche Mittel auskommen wird. Trotzdem musste der Investor einen langen Atem haben - einen sehr langen. Den hat er gehabt. Und das war gut so. Vielen Dank dafür.

Vielen Dank auch an die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, insbesondere im Stadtplanungsamt, die das Projekt ja erst möglich gemacht haben.

Vielen Dank außerdem - das muss erlaubt sein - an unseren Landtagsabgeordneten Jochen Ott, der sich auf allen Ebenen zehn Jahre lang für dieses Projekt eingesetzt hat. Beharrlichkeit zahlt sich eben am Ende doch aus. Und das ist auch gut so.

(Unruhe)

- Meine Mama sagt immer: Wir können zusammen singen, aber nicht zusammen reden. - Und jetzt habe ich das Wort.

(Zuruf)

- Okay.

Nun zum Projekt an sich - Sie wollen ja auch irgendwann nach Hause -: Kern des Projektes ist

eine Wasserskianlage. Diese Anlage - und das wissen Sie - soll den wirtschaftlichen Betrieb des gesamten Vorhabens gewährleisten. Das wissen auch die Kolleginnen und Kollegen, die den Änderungsantrag gestellt haben, ganz genau.

Die Kombination der einzelnen Nutzungen - Badestrand, Wasserski und Gastronomie - soll sicherstellen, dass es endlich eine sichere und saubere Badestelle an diesem See gibt und die Bevölkerung endlich eine Chance auf sicheren und bezahlbaren Badespaß hat.

Denn - auch das steht ja in der Vorlage - es gibt günstige Eintrittspreise. Und das ist gut so. Der Eintritt kostet maximal 4,80 Euro für Erwachsene und 3,80 Euro für Kinder. Genau dasselbe zahlen Sie, wenn Sie in das städtische Bad am Vingster Baggerloch gehen. Da könnten wir uns auch gerne einmal treffen. Und nur dann - das finde ich ganz pfiffig -, wenn die KölnBäder GmbH die Preise erhöht, darf der Betreiber seine Preise im gleichen Maße anheben. So hat die Stadt, so hat der Rat mittelbar Einfluss auf die Eintrittspreise in einem privaten Betrieb. Und das ist gut so. Das könnte woanders auch so sein.

Gut an diesem Konzept ist, dass es gelingt, Flächen für den Freizeitspaß und Flächen mit naturnaher Gestaltung verträglich nebeneinander zu entwickeln. Deshalb wird in dem Konzept - Sie haben es ja gelesen - zwischen dem intensiv genutzten Südwesten für den Freizeitspaß und dem extensiv genutzten Nordosten für die Natur unterschieden. Der nördliche und östliche Bereich der Seefläche wird zukünftig als ruhige, naturnahe Zone ausgebildet. Und das ist auch gut so.

Unter dem Strich ist das eine runde Sache und eine gute Nachricht für die Menschen auf der Schäl Sick. Wir stimmen dieser Vorlage mit großer Freude und Überzeugung zu.

Der Änderungsantrag ist leider selbsterklärend falsch. Deshalb lehnen wir ihn ab. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Pakulat das Wort.

(Sabine Pakulat [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich gebe an Herrn Zimmermann ab!)

- Okay. - Vor Herrn Zimmermann ist aber erst Herr Weisenstein als Mitantragsteller an der Reihe.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte kurz begründen, warum wir diesen Änderungsantrag gemeinsam mit Grünen und GUT eingebracht haben. Gerade wurde hier dargelegt, wie lange die Planungen für diese Wasserskianlage schon zurückliegen. Wenn man das ein wenig Revue passieren lässt, kann man meines Erachtens nicht mehr sagen, dass das, was wir vor zehn Jahren für richtig gehalten haben, heute noch unbedingt richtig ist.

Wir wissen doch alle, dass sich die Welt sehr stark verändert und wir auch sehr viel intensiver auf Naturschutz und auf Klimaschutz achten müssen, als wir das vielleicht vor zehn Jahren noch machen mussten. Dementsprechend ist es natürlich richtig, wenn wir den Rather See heute möglichst so erhalten, wie er ist, und nur sanft ausbauen. Dem steht eine Wasserskianlage nun einmal entgegen.

Deswegen lautet unser Plädoyer: Jawohl, es muss eine Steigerung an Lebensqualität für die Bevölkerung vor Ort geben. Das heißt aber nicht, dass das mit einer Eventskianlage passieren muss. Vielmehr muss das sanft passieren und so passieren, dass jeder und jede, der und die vor Ort leben, diesen See nutzen können, ohne dass die Ökologie beschädigt wird.

Deswegen bitte ich um Unterstützung unseres gemeinsamen Antrages. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Weisenstein hat unseren Antrag schon sehr gut begründet.

Ich möchte noch einmal zurückgehen auf die lange Geschichte dieses Sees bzw. dieses Baggerlochs oder dieser Auskiesung, wie auch immer man das nennen möchte. Wenn wir als Stadt Köln nichts unternehmen würden, wäre der Eigentümer verpflichtet, diesen See wieder in Eigentum zu nehmen und zu sichern. Dann wäre natürlich kein Badebetrieb möglich. Aber letztendlich

würden der Stadt Köln keinerlei Kosten entstehen, und der Natur würde kein Schaden zugefügt.

Jetzt hat ein Investor ein Modell vorgelegt. Die Stadt Köln hat leider nichts anderes gemacht, als diesem Investorenwunsch nachzugeben. Anders kann man es nicht nennen. Der Investorenwunsch mag natürlich plausibel und auch legitim sein - aus wirtschaftlicher Sicht. Er fügt aber der Umwelt sehr großen Schaden zu.

Interessant ist ja, dass dieses Modell mit der Wasserskianlage nur dann funktionieren kann, wenn wirklich Leute aus dem gesamten Umland zu dieser Anlage anreisen. Wir sprechen von bis zu 600 Stellplätzen, die hier geschaffen werden sollen. Dafür werden großkronige Bäume en masse gefällt. Außerdem erzeugen wir einen unglaublichen zusätzlichen Verkehr, wenn es denn funktionieren soll. Dann werden Leute aus dem gesamten Umland am Wochenende anreisen - sicherlich sehr zur Freude der Bürgerinnen und Bürger von Rath, die ohnehin schon unter der überlasteten Rösrather Straße leiden.

An dieser Stelle möchte ich aber auch aus der Kooperationsvereinbarung von CDU und Grünen zitieren. Dort heißt es in Zeile 716 ff.:

> Eine Bebauung von hochwertigen ökologischen Flächen, …, lehnen CDU und GRÜNE ab.

Ich finde es schon sehr erstaunlich, dass die CDU sich jetzt einen schlanken Fuß macht und hier der Stimmung in ihrer Gesamtpartei nachgibt, anstatt an der Seite der Grünen zu bleiben und für einen wirklichen Natur- und Klimaschutz in unserer Stadt zu sorgen.

Über die SPD kann ich auch nur den Kopf schütteln, wenn Sie, Herr Paetzold, hier von großer Freude sprechen. Dort werden Hunderte Bäume gefällt, Hunderte Autos fahren etc. Ich weiß nicht, was Sie dazu veranlasst, hier große Freude zum Ausdruck zu bringen. Dass ein privater Investor dann dort noch mehr Geld verdienen kann?

(Zuruf von Christian Joisten [SPD])

Aber was für eine Perspektive entwickelt die SPD eigentlich? Wo sind denn Ihre Signale für den ökologischen, sozialen Wandel hier in der Stadt? Sie sind beim Rather See alles andere als grün, alles andere als ökologisch. Sie sind beim FC alles andere als grün, alles andere als ökologisch. Sie sind beim Niehler Gürtel alles andere als grün, alles andere als ökologisch. Sie kriegen keine Verkehrswende hin. Nichts, liebe SPD! So wird es leider nichts.

Wie Herr Weisenstein plädiere ich für den gemeinsamen Änderungsantrag. Er würde dem Investor die Möglichkeit eröffnen, eine abgespeckte Variante zu entwickeln. Was hier vorgesehen ist, ist eindeutig überdimensioniert und widerspricht Natur- und Umweltschutz. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Pakulat und dann Herr Breite.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Zimmermann hat inhaltlich schon vieles zu unserem Antrag gesagt. Begreifen Sie den Antrag als Angebot unsererseits, um von dieser unsäglichen Wasserskianlage am Rather See wegzukommen.

Sie haben jetzt die Chance, einem Antrag zuzustimmen, der genau das beinhaltet, was die Bürger und Bürgerinnen wollen. Sie wollen nämlich dort einen Badestrand sowie den Erhalt der Natur und der Tierwelt. Ergreifen Sie die Chance, und stimmen Sie diesem Antrag zu. Dann machen Sie auch die Bürger und Bürgerinnen vor Ort glücklich. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite und dann Frau De Bellis-Olinger.

Ulrich Breite (FDP): Meine Damen und Herren! Ich komme mir wirklich vor wie früher, als die Eltern gesagt haben, welchen Sport ich treiben soll oder welchen Sport ich nicht treiben soll. Ob es Beatmusik oder Rockmusik war: Das war alles ganz schlimm und wurde verboten.

Heute will man Wasserski verbieten und andere Sachen verbieten. Man will Kindern und Jugendlichen sozusagen vorschreiben, was sie zu machen haben - und das vonseiten der grünen Partei, die doch einmal aufgestanden ist, um den Menschen ein freies Leben zu ermöglichen. Das kann ich in dieser Form nicht mehr nachvollziehen.

Jetzt ist also plötzlich Wasserski ökologisch bedenklich oder sonst irgendetwas. Ich habe am Starnberger See noch nie erlebt, dass sich dort Leute über Wasserskianlagen aufgeregt hätten.

(Heiterkeit)

Jetzt soll im Rat gesagt werden: Das kann man in Köln nicht machen. - Ich habe noch nie gehört, dass die Immobilienpreise am Starnberger See deswegen heruntergegangen wären.

Ich frage mich wirklich nach dem Sinn. Gleichzeitig will man, dass die Menschen nicht mehr in Urlaub fliegen. Von Herrn Zimmermann hört man ja immer, dass sie das nicht machen sollen. Dann wollen wir etwas tun, damit die Menschen hier Urlaub machen können und Freizeitaktivitäten nachgehen können. Nein, das ist auch wieder falsch.

Herr Zimmermann, ich wünsche Ihnen nicht, dass Ihre Kinder zum 1. FC Köln gehen wollen oder Wasserskisport gut finden. Dann wäre ich einmal gespannt, was Sie zu Ihren Kindern sagen würden. Dann sehen Sie nämlich sehr old-fashioned aus, um das ganz deutlich zu sagen.

Darum bin ich folgender Meinung: Lassen Sie uns doch an dieser Stelle einmal etwas ausprobieren. Wenn die Menschen, wie Sie sagen, hier Urlaub machen sollen, müssen wir auch Angebote schaffen.

Und hören Sie auf, etwas zu verbieten und zu sagen, welcher Sport gut und welcher schlecht ist. Damit kommen Sie bei den Kindern und Jugendlichen gar nicht gut an, glaube ich. - Danke schön.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau De Bellis-Olinger, bitte.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Nach dieser geballten Emotion versuche ich, die Ausführungen wieder ein bisschen auf die Sache zu konzentrieren - wobei ich Uli Breite sehr recht geben muss: Verbote sind nicht unser Ding. Dafür sind andere zuständig, auch andere hier im Rat.

Und ganz ehrlich, Herr Zimmermann: Wenn Sie hier einen Halbsatz aus unserer Kooperationsvereinbarung zitieren und nicht erwähnen, unter welcher Passage er steht, passt das auch nicht ganz. Der guten Ordnung halber sollte man das dann auch vollständig darstellen.

Wir freuen uns, auch gemeinsam mit der SPD dieses Projekt auf den Weg zu bringen

(Ulrich Breite [FDP]: Hallo, wir auch!)

- Moment; ich gucke auch gerne zu dir herüber, lieber Uli; zum Atmen musst du mir auch Zeit lassen -, natürlich auch mit der FDP.

Lieber Herr Paetzold, Sie haben eben eine große Dankesliste aufgeführt. Dem schließen wir uns an. Zur politischen Ehrlichkeit gehört aber auch: Dank gilt genauso der CDU und auch der CDU vor Ort in Kalk, die sich ebenfalls seit über zehn Jahren für das Projekt einsetzt.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen würde ich das gerne an dieser Stelle noch einmal einbringen.

(Zuruf von der SPD: Das tolerieren wir sehr!)

- Danke schön.

Wie ich schon sagte, freuen wir uns sehr, dass wir, wie auch am Donnerstag letzter Woche im Stadtentwicklungsausschuss, das Projekt mit großer politischer Mehrheit umsetzen können.

Ein bisschen ärgert mich, dass die Gegner Argumente gegen die Bebauung des Rather Sees aufführen, die eigentlich nicht der Realität entsprechen. Drei Punkte möchte ich hier einmal nennen.

Eine Begründung lautet, dass angeblich der Naturschutz in Gefahr ist und nur die Gegner den Naturschutz im Blick haben. In den letzten Jahren ist aber auch deutlich geworden, dass der See illegal genutzt wird. Dort finden Partys statt, und es kommt zu Vermüllung. Ich weiß gar nicht, wie dieses rücksichtslose Verhalten denn mit der Renaturierung des Geländes überhaupt übereinkommen soll.

Wie ich schon erwähnt habe, war der Baggersee nie legal öffentlich zum Schwimmen zugänglich. Das hat auch damit zu tun, dass wir sehr viele Todesopfer im Baggersee beklagen mussten. Denn die Abbaukante ist ziemlich steil, und die Temperaturunterschiede sorgen für Strömungen. Das kennen wir auch von anderen Baggerseen. Deshalb ist es umso wichtiger, hier tatsächlich bessere Verhältnisse zu schaffen.

Würden wir heute den Gegnern folgen - und dazu muss ich leider auch die Grünen zählen, genauso wie die GUTen und die LINKEN, nicht nur die

Gegner vor Ort; hier kann ich ja auch nur den Rat ansprechen -, würden wir das gesamte Gebiet einzäunen, sodass es für die Bürger überhaupt nicht mehr zugänglich wäre. Und ganz ehrlich: Das kann doch keiner wollen. Damit sind wir auch wieder bei den Verboten. Man darf den See dann nicht mehr betreten. Denn das müsste nach dem Ende der wirtschaftlichen Abkiesung tatsächlich der Fall sein.

Ausgeschlossen ist auch, dass die Stadt Köln das Gelände kauft, um dann den Badesee zu betreiben. Das ist ja bereits abgelehnt worden und muss auch nicht mehr geprüft werden.

Ich möchte an dieser Stelle aber auch noch zwei Dinge in Erinnerung rufen.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens gab es eine Umwelt- und Naturverträglichkeitsprüfung. Hier wird ja nicht irgendetwas einfach in eine Beschlussvorlage geschrieben, nur weil es nett klingt. Vielmehr haben tatsächlich auch fundierte Prüfungen stattgefunden. Es gab Offenlagen und Bürgerbeteiligung.

Dabei sind unheimlich gute Anregungen gegeben worden, die praktisch mit aufgenommen werden.

Dazu gehören auch - bitte hören Sie da gut zu - der Erhalt und die Wiederherstellung von Grünflächen und auch von Baumflächen. Es ist also nicht richtig, dass hier etwas abgebaut wird und die Natur dann komplett verschwunden ist. Das wird es nicht geben.

Wie Sie schon vor Ort mitbekommen haben, steht auch die CDU für vernünftige und nachhaltige Kompromisse. Wir freuen uns, dass man sich im Rahmen der Bürgerbeteiligung und der Gespräche mit dem Vorhabenträger und der Stadt Köln geeinigt hat, die Anlage lediglich wenige Monate im Jahr zu öffnen. In der restlichen Zeit kann sich auf dem gesamten Gelände wieder die Natur weiter entfalten. Es gibt zudem eine Eingrenzung von Betriebszeiten der Wasserskianlage. Auch die Anzahl von Events ist auf nur drei pro Jahr festgelegt worden.

Daher kann ich die Sorge, dass Rath künftig mit Hunderten oder Tausenden von Autos zugeflutet wird, nicht nachvollziehen. Dem wird nicht so sein. Auch die Verkehrsgutachten können das nicht feststellen.

Die sozial verträglichen Eintrittspreise begrüße ich sehr. Sie kommen vielen Bürgern zugute. Auch das kostenfreie Schwimmen für 45 Minuten ist eine gute Sache. Wenn man vielleicht morgens vor der Arbeit nur ein paar Bahnen in der freien Natur in einem See ziehen will: Warum denn nicht? Das kann ja auch jedem selbst überlassen sein.

Durch die Aufsicht, die über den Badebetrieb erfolgt, haben wir natürlich auch für den restlichen Teil dieses Naturgebietes eine Aufsicht.

Ich kann gut nachvollziehen, dass das alles auch wirtschaftlich getragen werden muss und dass es nur mit einer Quersubventionierung möglich ist, das alles zu gewährleisten. Denn letztendlich ist das alles auch mit Kosten, Manpower und dergleichen verbunden.

Das Beispiel der Wasserskianlage in Langenfeld zeigt, dass auch eine Seenutzung sehr gut funktioniert.

Und ich bin mir sicher: Die Ersten, die dort schwimmen gehen, sind dann vielleicht auch die Gegner. Wir werden sie dann alle im Sommer in Rath am Baggersee finden.

Den Änderungsantrag - das habe ich jetzt mit meiner langen Rede deutlich gemacht; aber jetzt nutze ich auch einmal die Zeit in diesem schönen Saal - lehnen wir natürlich ab. Denn das ist alles bereits ausdiskutiert worden und muss nicht noch einmal diskutiert werden.

Liebe Sabine, wenn man etwas aufwärmt, heißt das nicht, dass es besser wird. Das ist alles geprüft worden. Es wird auch nicht möglich sein, die gesamten Angebote, die es am Rather See geben soll, anders umsetzen. Das geht in dieser Form nicht.

Wir lehnen den Änderungsantrag ab und stimmen der Beschlussvorlage zu. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich möchte das aufgreifen, was Frau De Bellis-Olinger gesagt hat. Die Diskussion ist geführt. Deswegen bitte ich Sie, weil wir uns heute ja auch zeitlich beschränken wollen, auf eine zweite Rederunde zu verzichten.

(Thor-Geir Zimmermann [Ratsgruppe GUT] meldet sich zu Wort)

- Herr Zimmermann, auch Sie bitte ich darum.

(Thor-Geir Zimmermann [Ratsgruppe GUT]: Ich mache aber nicht mit!)

- Ich kann Sie nicht verstehen.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Ich würde gerne noch einen Wortbeitrag leisten. Ich bin mehrfach angesprochen worden und möchte darauf erwidern. Ehrlich gesagt, sehe ich jetzt auch nicht - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir hatten vorher vereinbart, dass wir Redebeiträge begrenzen. Und hier sind wirklich - - Ich will jetzt nicht behaupten, dass das seit zehn Jahre diskutiert worden ist. Aber es ist lange diskutiert worden. Ich bitte Sie wirklich, jetzt darauf zu verzichten.

Ich stelle aber selbstverständlich als Erstes den Änderungsantrag zur Abstimmung. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen, Herr Zimmermann und die LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die Vorlage abstimmen. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Grünen, Herr Zimmermann und die LINKEN. Damit ist das so beschlossen.

(Beifall)

Gibt es Enthaltungen? Ich habe nicht nach Enthaltungen gefragt. Die kann es aber eigentlich nicht mehr geben. - Okay.

(Christian Joisten [SPD]: Wie hat die Oberbürgermeisterin gestimmt?)

- Die Oberbürgermeisterin hat dafür gestimmt.

(Christian Joisten [SPD]: Danke schön! - Michael Paetzold [SPD]: Sehr gut!)

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der Gruppe GUT

Beschluss:

Die Verwaltungsvorlage wird wie folgt ersetzt:

„Der Rat der Stadt Köln weist den Bebauungsplanentwurf "Rather See" zurück, und beauftragt die Verwaltung im Gespräch mit Eigentümern und möglichen Investoren einen neuen Entwurf zu erarbeiten.

Dieser Entwurf soll folgende Ziele verfolgen:

- *Eine umweltverträgliche Nutzung als Badesee, ohne Wassersportanlagen.*
- *Gastronomische Nutzung, sozial verträgliche Eintrittsgelder, Betriebszeiten wie im bisherigen Entwurf vorgesehen*
- *Zur Erreichbarkeit wird ein Mobilitätskonzept entwickelt, dass auf Rad und ÖPNV setzt.*
- *Reduzierung der Stellplätze auf notwendige Behindertenparkplätze, sowie Plätze für Lieferanten und Rettungskräfte*
- *Keine Fällung von Bäumen mit großen Kronen*

*Sämtliche Arbeiten werden durch eine/n Umweltgutachter*in dokumentiert. Diese Dokumentation ist für alle Bürger*innen Kölns auf Wunsch kurzfristig einsehbar.“*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der Gruppe GUT abgelehnt.

II. Abstimmung über die Ursprungsvorlage Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 74440/02 für das Gebiet östlich des Neubrücker Rings, im Anschluss an die Wohnbebauung des Stadtteils Neubrück (Räumlich gefasst wird das Plangebiet durch die südlich angrenzende Bebauung entlang der Rösrather Straße sowie durch die Rösrather Straße selbst und die rückwärtigen Flächen entlang den Straßen Neubrücker Ring im Westen, Hüttenweg und Rather Kirchweg im Norden sowie dem Brück-Rather Steinweg im Osten) -Arbeitstitel: Rather See in Köln – Rath / Heumar - abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 4 sowie die abgegebenen

Stellungnahmen der erneuten Offenlage gemäß Anlage 5;

2. den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 74440/02 nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1 722) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der Gruppe GUT zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu:

17 Wahlen

17.1 Veranstaltergemeinschaft Radio Köln e. V.

hier: Bestimmung von zwei Mitgliedern

1293/2020

Mir liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag vor: für die SPD Herr Walter Ludwigs und für die CDU Frau Ursula Gärtner.

Gibt es weitere Wahlvorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat bestimmt gemäß § 62 Abs. 1 und Abs. 2, § 63 Abs. 1, 3 und 5 sowie § 64 Abs. 2 Landesmediengesetz NRW für den Zeitraum von 6 Jahren nach den Grundsätzen der Verhältniswahl (d'Hondt'sches Höchstzahlverfahren)

1. Frau Ursula Gärtner

2. Herrn Walter Ludwigs

als Mitglieder der Veranstaltergemeinschaft Radio Köln e.V.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

18.1 Notfallfonds zur Struktursicherung bei durch die Corona-Pandemie betroffenen Livemusikspielstätten in Köln

1064/2020

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat erkennt den Bedarf für den Notfallfonds zur Struktursicherung bei durch die Corona-Pandemie betroffenen Livemusikspielstätten in Köln in Höhe von 700.000 € an und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung. Gleichzeitig beschließt der Rat überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 700.000 € für den Notfallfonds KLUBKOMM im Teilergebnisplan 1501, Wirtschaft und Tourismus, in Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, im Haushaltsjahr 2020. Die Deckung erfolgt in gleicher Höhe

durch Mehrerträge im Teilergebnisplan 1501, Wirtschaft und Tourismus, in der Teilplanzeile 06, Kostenerstattungen und Umlagen, ebenfalls im Haushaltsjahr 2020.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.2 Erstattung von Elternbeiträgen und Essensgeld wegen weiterer Corona-

bedingter Schließung von Kindertagesbetreuungen

1144/2020

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass auch für die weitere Zeit der Schließung von Kindertagesbetreuungen (Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen, offene Ganztagsschulen) bis 03.05.2020 den Eltern für zwei weitere Wochen die Elternbeiträge und bei den städtischen Kitas auch das Essensgeld erstattet wird.

Für den Zeitraum vom 16.03.2020 bis 30.04.2020 werden der volle Betrag für April und der halbe Betrag für März erstattet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.3 Erstattung von Elternbeiträgen und Essensgeld wegen Corona-bedingter Schließung von Kindertagesbetreuungen für Mai 2020

1251/2020

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses aus seiner Sitzung am 06.05.2020

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass auch für die weitere Zeit der Schließung von Kindertagesbetreuungen (Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen, offene Ganztagsschulen) im Mai 2020 den Eltern die Elternbeiträge und bei den städtischen Kitas auch das Essensgeld erstattet wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt sind wir an der Stelle angelangt, an der die Nichtöffentlichkeit hergestellt wird. Ich bitte deswegen diejenigen, die nicht befugt sind, hierzubleiben, uns zu verlassen, und sage Auf Wiedersehen.

(Schluss: 18.41 Uhr)

60. Sitzung vom 18. Juni 2020

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, der Gruppe GUT und von RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Aktuelle Stunde zur Kölner Situation mit SARS-CoV-2"

AN/0843/2020

1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Solidarität mit den Beschäftigten von Galeria Karstadt Kaufhof - Arbeitsplätze sichern und Standorte erhalten!"

AN/0844/2020

vor Eintritt nicht auf die Tagesordnung gesetzt

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme einer Schenkung Sanierungskonzept Rheingarten

1058/2020

zurückgestellt

2.2 Schenkung von 6 Papierarbeiten des Künstlers Wade Guyton für das Museum Ludwig

0941/2020

2.3 Annahme zweckgebundener Spenden von "Wir helfen - Der Unterstützungsverein von M. DuMont Schauberg e.V." an die Kinder- und Jugendpädagogische Einrichtung der Stadt Köln

1476/2020

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend "Leitbild für die Zukunft der Handelslagen in der Kölner Innenstadt – Chancen für die Stadt"

AN/0780/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0829/2020

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "VHS und Sprachraum nicht gegeneinander ausspielen: Integration und Weiterbildung im VHS-Studienhaus am Neumarkt wieder ermöglichen"

AN/0778/2020

3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Für einen beschleunigten ÖPNV-Ausbau Doppelplanungen beenden und Ost-West-Achse oberirdisch ausbauen!"

AN/0771/2020

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0848/2020

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT

AN/0837/2020

3.1.4 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP, RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Alle langjährigen Vollzeit-Honorarlehrkräfte der VHS für Ausfälle entschädigen"

AN/0774/2020

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, der Gruppe GUT sowie von RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln)

AN/0858/2020

3.1.5 Antrag der Gruppe GUT "Geändertem Mobilitätsverhalten gerecht werden"

AN/0776/2020

3.1.6 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "ÖPNV vor den Folgen der Corona-Pandemie schützen - Hygienekonzept entwickeln"

AN/0770/2020

3.1.7 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Wohnungsbauwende"

AN/0775/2020

3.1.8 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Hygieneanforderungen in öffentlichen Einrichtungen während der Corona-Pandemie erfüllen"

AN/0773/2020

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend "Integration von Kreativräumen und kulturellen Raumbedarfen in die Stadtplanung"

AN/0828/2020

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Neutralitätsgebot der politischen Amtsträger"

AN/0854/2020

zurückgestellt

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Wohnen.Bezahlbar.Machen.: Wohnungen für alle erhalten und schaffen!"

AN/0855/2020

3.1.12 Dringlichkeitsantrag SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und FDP betreffend "Resolution: Kaufhof und Karstadt gehören zu Köln"

AN/0857/2020

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Straßenverkehr – mit Abstand am sichersten"

AN/0593/2020

Antwort der Verwaltung vom 18.06.2020

1415/2020

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Demokratieförder- bzw. Extremismuspräventionsprogramme"

AN/0817/2020

Antwort der Verwaltung vom 18.06.2020

1851/2020

4.3 Anfrage der Fraktion die Linke. betreffend "Stand des Abstimmungsprozesses mit der Landesregierung bezüglich des künftigen Verhältnisses der Städt. Kliniken mit der Uniklinik Köln"

AN/0819/2020

Antwort der Verwaltung vom 18.06.2020

1849/2020

4.4 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Leistungsbezieher in Köln"

AN/0818/2020

Antwort der Verwaltung vom 18.06.2020

1846/2020

4.5 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Sachstand Beschlüsse"

AN/0820/2020

Antwort der Verwaltung vom 18.06.2020

1841/2020

4.6 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Evaluierung der Metropolregion Rheinland"

AN/0838/2020

zurückgestellt

4.7 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Zu TOP 10.33, 2. Maßnahmenpaket für Schulbauprojekte Neubau/Erweiterung/Generalsanierung durch Total- oder Generalunternehmer"

AN/0845/2020

4.8 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Organisatorische und personelle Veränderungen im Amt der Oberbürgermeisterin"

AN/0847/2020

zurückgestellt

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Anregung des Integrationsrates für die Integrationsratswahlen 2020

1012/2020

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0852/2020

5.4.2 10 + 1 Bäume für die Opfer des NSU

1599/2020

zurückgestellt

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 zur isolierten Anhebung der Liquiditätskreditobergrenze

1370/2020

6.1.2 Fortschreibung des Landschaftsplans Köln (12. Änderung)

Überarbeitung der allgemeinen textlichen Festsetzungen für Schutzgebiete hier: Beschluss über Bedenken und Anregungen sowie Satzungsbeschluss

2414/2019

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt

Köln

2476/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und FDP

AN/0797/2020

6.4.2 Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates der Stadt Köln - Anpassungen aufgrund einer Änderung des Kommunalwahlgesetzes

1770/2020

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen,-auszahlungen und -verpflichtungen gem.

§ 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Neubau Grundschule und Turnhalle Fühlinger Weg 7 in 50765 Köln Volkhoven/ Weiler

0268/2020/1

7.2.2 Mehrkosten für die Generalsanierung des Tunnels Grenzstraße/Kalk 0358/2020

7.2.3 Zweiter Kostenfortschreibungsbeschluss für die Generalinstandsetzung des Berufskollegs Perlengraben 101

0650/2020/1

7.2.4 Generalsanierung des Umkleidegebäudes auf der Sportanlage Merianstr., Köln Chorweiler

1227/2020

7.2.5 Unterrichtung des Rates gem. § 25 der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen

1834/2020

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Bau eines zusätzlichen Busbetriebshofs Köln Ost der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) in Porz

3956/2019

zurückgestellt

10.2 Neubau der Feuer- und Rettungswache 1 (Innenstadt), Agrippastraße 18 hier: Grundsatz- und Planungsbeschluss

0286/2020

10.3 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung im Bereich Literatur

hier: Erhöhung der Schreibraum-Kapazität

0369/2020

10.4 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss für den Ersatzneubau der Brücke Am Tannenhof, Stadtbahnhaltestelle Michaelshoven in Köln-Rodenkirchen

0423/2020

zurückgestellt

10.5 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2020

0641/2020

10.6 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2020/21

0726/2020

10.7 Fort VI (Deckstein), Köln-Sülz Generalsanierung der Fortanlage - Planungsbeschluss -

0827/2020

10.8 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Erweiterung des Verkehrsmanagementsystems und Einrichtung von 80 Dauerzählstellen zur Erfassung von Verkehrsmengen sowie Beschluss zur Bereitstellung einer außerplanmäßigen investiven Auszahlungsermächtigung, hier: Finanzstelle 6400-1201-0-0011

0845/2020

10.9 Umsetzung des Förderprogramms "DigitalPakt NRW" zur Digitalisierung der Kölner Schulen - außerplanmäßige Auszahlungen im Teilfinanzplan 0301 Schulträgeraufgaben in den Haushaltsjahren 2020 und 2021

0844/2020

10.10 Besondere Regelung zur "Straßenmusik im Domumfeld"

0228/2020

10.11 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung Köln 2020

0418/2020

10.12 Erweiterter Planungsbeschluss für den Abriss und Ersatzneubau der Fuß- und Radwegbrücke Escher Str.

0451/2020

10.13 Fahrplanwechsel 2020 - Angebotsausweitungen im Stadtbahn- und Busnetz

0479/2020

10.14 Fahrplanwechsel 2020 - Taktverdichtungen an Samstagen im Stadtbahn- und Busnetz

0705/2020

10.15 Aufbau eines On-Demand-Angebots im Rahmen eines Pilotprojekts als Ergänzung zum bestehenden ÖPNV-Angebot

1089/2020

10.16 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018

1019/2020

10.17 Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums (WRM) und Fondation Corboud und Randbebauung - Baubeschluss

1051/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. "Moratorium für „Beschlussvorlage 1051/2020 Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums (WRM) und Fondation Corboud und Randbebauung -Baubeschluss“"

AN/0835/2020

10.18 Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung 1056/2020

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0849/2020

10.19 Änderung der Betriebssatzung der Bühnen der Stadt Köln

1084/2020

10.20 Energieberatung für Privathaushalte durch die Verbraucherzentrale - Fortführung nach 2020

1109/2020

10.21 Höhenkonzept für die linksrheinische Kölner Innenstadt; hier: Bauvorhaben Hohenzollernring 62

1152/2020

zurückgestellt

10.22 Neubau der Sekundarstufe II und Umbaumaßnahmen im Bestand am Standort der Gesamtschule Dellbrücker Mauspfad 198-200, 51069 Köln – Bau- und Vergabebeschluss

1188/2020

10.23 Ernährungsstrategie für Köln und Umgebung

2567/2019

10.24 Zügigkeitserweiterung des Leonardo-da-Vinci-Gymnasiums, Blücherstraße 15-17, 50733 Köln-Nippes zum Schuljahr 2021/22

3032/2019

10.25 Fortschreibung Förderkonzept „Lastenräder für Köln“ - Förderaufruf 2020/2021

1214/2020

10.26 Erstellung eines Neubaus für die katholische Grundschule Kapitelstr. mit einer Einfachturnhalle in der Thessaloniki-Allee, Köln-Kalk

Baubeschluss

3198/2019

10.27 Verteilung der Mittel zur Förderung von neuen Interkulturellen Zentren und die Verwendung des übergreifenden Budgets für Interkulturelle Zentren Köln für das Haushaltsjahr 2020

0887/2020

10.28 Erstellung eines Neubaus für eine Grundschule mit einer Einfeldsporthalle in der Statthalterhofallee, 50858 Köln-Junkersdorf

Baubeschluss

3270/2019

10.29 Jahresabschluss 2018 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

1065/2020

zurückgestellt

10.30 Wirtschaftsplan 2020 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

1453/2020

zurückgestellt

10.31 Regionalplanüberarbeitung, Modul III– Empfehlungen zur Darstellung neuer Siedlungsbereiche (ASB und GIB) als Optionen zur Weiterentwicklung der wachsenden Stadt

2887/2019

10.32 Umsetzung Einzelhandels- und Zentrenkonzept

hier: Zentrenbudget - Aktualisierung von Konzept und Förderrichtlinie zur Aktivierung privater Initiativen in Geschäftszentren

1541/2020

10.33 2. Maßnahmenpaket für Schulbauprojekte Neubau/Erweiterung/Generalsanierung von Schulgebäuden durch Total- oder Generalunternehmer

1474/2020

10.34 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Abwicklung des Touristenbusverkehrs in der Adventszeit

1247/2020

verwiesen in den Hauptausschuss am 13.07.2020

10.35 Erstattung von Elternbeiträgen wegen Corona-bedingter reduzierter Öffnung der Kindertageseinrichtungen ab Juni 2020

1610/2020

10.36 Erstattung von Elternbeiträgen wegen des eingeschränkten Regelbetriebes an den Offenen Ganztagsschulen aufgrund von COVID-19 für Juni und Juli 2020

1823/2020

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 209. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3, Köln-Sülz Arbeitstitel: "Erweiterung RheinEnergieSportpark" in Köln-Sülz

Hier: Feststellungsbeschluss

1087/2020

Änderungsantrag der Fraktion die Linke.

AN/0825/2020

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/0860/2020

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf

76380/03;

Arbeitstitel: "Südlich Friedensstraße – Westteil" in Köln-Porz-Elsdorf

0935/2020

zurückgestellt

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 63419/02

Arbeitstitel: Erweiterung RheinEnergieSportpark in Köln-Sülz

1072/2020

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Dellbrück

Arbeitstitel: Wasserwerkstraße in Köln-Dellbrück

1223/2020

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 274. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

0905/2020

17 Wahlen

17.1 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Umbesetzung von Ausschüssen"

AN/0836/2020

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 KfW Wettbewerb "Modellprojekte Smart Cities"

0970/2020

18.2 Einrichtung einer Erstberatungsstelle für das Bundesprogramm "unternehmensWert:Mensch"

1371/2020

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin

Stimmberechtigte Mitglieder

Akbayir, Hamide; Bartsch, Hans-Werner, Bürgermeister; Benthem van, Henk, Bezirksbürgermeister; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva, Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Elster, Ralph, Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Geraedts, Wilhelm; Gerlach, Lisa Hanna; Görzel, Volker; Götz, Stefan; Gräfin von Wengersky, Alexandra; Gutzeit, Walter, Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Hauser, Frank; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Hoyer, Katja; Joisten, Christian; Kara, Efkan; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Killersreiter, Birgitt, Prof. Dr.; Kircher, Jürgen; Klein, Heinz; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit, Dr.; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta;

Noack, Horst; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Schäfer, Klaus, Prof.; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schlömer, Ursula; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi, Bürgermeisterin; Scholz, Tobias; Schoser, Martin, Dr.; Schwab, Luisa; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen, Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf, Dr.; van Geffen, Jörg; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Wiener, Markus; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeister

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Homann, Mike, Bezirksbürgermeister

Verwaltung

Keller, Stephan, Stadtdirektor Dr.; Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Blome, Andrea, Beigeordnete; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete; Haaks, Stefanie; Steinkamp, Dieter, Dr.; Mötting, Bettina; Vogel, Alexander

Gäste

Abeke, Eli

Stellvertretende Schriftführerin

Mahmod, Midia

Stenografen

Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Schultes, Monika; Tritschler, Sven; Welter, Thomas; Wolter, Judith

Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister

Blömer-Frerker, Helga, Bezirksbürgermeisterin; Wirges, Josef, Bezirksbürgermeister; Schößler, Bernd, Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister

(Beginn: 14.20 Uhr - Ende: 22.18 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen einen guten Nachmittag und eröffne die 60. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode.

Ich begrüße sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne - das ist ja auch eine Tribüne -, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesende Bezirksbürgermeisterin und die anwesenden Bezirksbürgermeister, den stellvertretenden Vorsitzenden des Integrationsrates, Herrn Abeke, und natürlich Sie, sehr verehrte Mitglieder des Rates.

Besonders begrüßen möchte ich heute Herrn Kara, der Geburtstag hat, und ihm herzlich gratulieren.

(Beifall)

Wie bei den letzten Sitzungen tagen wir heute hier im Gürzenich, damit die Mindestabstände eingehalten werden können.

Seit Montag sind in NRW weitere Lockerungen der Corona-Schutzmaßnahmen in Kraft getreten. Im Zuge dieser Lockerungen tagt auch der Rat heute das erste Mal wieder in voller Besetzung,

(Beifall)

aber selbstverständlich unter Berücksichtigung der Coronaschutzverordnung. Die Hinweise zum Infektionsschutz kennen Sie mittlerweile.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Herr Dr. Krupp, Frau Schultes, Herr Tritschler und Herr Welter entschuldigt

Als Stimmzählerinnen benenne ich Frau Frebel, Frau Welcker und Frau Schlömer.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind dort gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Wir kommen zunächst zur Festlegung der aktuellen Stunde. Es liegen zwei fristgerecht eingereichte Anträge zur Durchführung einer aktuellen Stunde vor.

Im Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, der Gruppe GUT und von Ratsmitglied Wortmann und Ratsmitglied Gerlach geht es um das Thema „Aktuelle Stunde zur Kölner Situation mit SARS-CoV-2“. Der Antrag hat im Entwurf die Ziffer 1.1.

Im Antrag der SPD-Fraktion geht es um das Thema „Solidarität mit den Beschäftigten von Galeria Karstadt Kaufhof - Arbeitsplätze sichern und Standorte erhalten!“. Der Antrag hat im Entwurf die Ziffer 1.2.

Wie Ihnen bekannt ist, sieht unsere Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine aktuelle Stunde pro Sitzung vor.

Bei mehreren Anträgen besteht die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern auf eines der beiden Themen. Deswegen habe ich zu fragen, ob eine solche Einigung erzielt werden konnte. - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich gemäß § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung abstimmen, ob zwei aktuelle Stunden durchgeführt werden sollen. Wer für die Durchführung beider aktuellen Stunden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Christian Joisten [SPD]: Was ist denn mit Stellungnahmen dazu?)

Das sind DIE LINKE und Frau Gerlach.

(Christian Joisten [SPD]: Ich habe eine Wortmeldung!)

- Herr Joisten, wir sind in der Abstimmung.

(Christian Joisten [SPD]: Ich habe mich die ganze Zeit gemeldet!)

Herr Joisten hat sich - ich habe das übersehen - gemeldet, bevor wir in die Abstimmung eingetreten sind. Das ist hier sehr schwer zu überblicken; tut mir leid.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist in der Tat bestimmt schwer von da oben zu sehen. Aber ich habe versucht, mich bemerkbar zu machen, und wir werden das jetzt noch ein wenig einüben.

Ich werbe noch einmal sehr dafür, der aktuellen Stunde „Solidarität mit den Beschäftigten von Galeria Karstadt Kaufhof“ zuzustimmen und dann möglicherweise heute auch, wenn es denn gewünscht ist, zwei aktuelle Stunden durchzuführen.

Immerhin haben wir das Thema Corona in den letzten beiden Ratssitzungen sehr ausführlich hier behandelt, und im Moment gibt es über 1.000 Menschen da draußen - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten, wir gehen an dieser Stelle nicht in die Debatte. So weit geht es jetzt nicht.

Christian Joisten (SPD): Doch. Wir haben in eine Tagesordnungs- -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, wir gehen nicht in die Debatte. Und wir haben darüber abgestimmt, ob wir zwei aktuelle Stunden durchführen sollen oder nicht. Die Abstimmung war bereits abgeschlossen.

Christian Joisten (SPD): Nein, die Abstimmung war noch nicht abgeschlossen.

Ich werbe jetzt einfach nur dafür. Es ist normaler Brauch bei einer Tagesordnungsdebatte, dass es Rede und Gegenrede gibt. Genau das fordere ich jetzt ein und bitte diesen Rat, heute nicht nur dieser aktuellen Stunde eine Chance zu geben, sondern auch uns allen die Chance zu geben, dieser für den Wirtschaftsstandort Köln und für die Arbeitsplätze in Köln wichtigen Debatte Raum zu geben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gegenrede von Herrn Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weise die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion darauf hin, dass es einen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag verschiedener Fraktionen zu genau diesem Thema gibt.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Ich habe gehört, dass Sie auch eingeladen waren, daran teilzunehmen und bei diesem Antrag mitzumachen. Das ist in der Tat ein sehr wichtiges Thema. Sie stehen auch mit auf dem Antrag.

Daher ist es ein leichter Widerspruch, Herr Kollege, jetzt das noch zum Thema einer aktuellen Stunde zu machen. Insofern reicht es, wenn wir uns hier mit einer aktuellen Stunde beschäftigen, nämlich der aktuellen Stunde zu den Auswirkungen der Pandemie. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir hatten ja abgestimmt und festgestellt, wer gegen zwei aktuelle Stunden ist. Das haben wir auch notiert. Jetzt frage ich nach Gegenstimmen. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die AfD, Rot-Weiß, die Ratsgruppe GUT und Herr Wortmann. Dann gibt es nur eine aktuelle Stunde.

Nach § 5 Abs. 6 der Geschäftsordnung müssen wir nun darüber abstimmen, welches der beantragten Themen Gegenstand der aktuellen Stunde sein soll. Entscheidend ist natürlich auch hier, welcher Antrag die Mehrheit finde.

Ich frage Sie erstens, wer für das Thema der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, der Gruppe GUT und von Herrn Wortmann und Frau Gerlach ist. - Dafür sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die Ratsgruppe GUT, Herr Wortmann und Frau Gerlach. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der SPD-Fraktion und der AfD. Enthaltungen? - Der Fraktion DIE LINKE.

Zweitens habe ich die Stimmen für den Antrag der SPD-Fraktion zu erfragen. Wer für diese aktuelle Stunde ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt, und unsere aktuelle Stunde ist Tagesordnungspunkt 1.1.

Ich schlage die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil TOP 2.3, TOP 4.2 bis 4.8, TOP 6.4.2, TOP 7.2.4 und 7.2.5, TOP 10.31 bis 10.36 und TOP 17.1 sowie im nichtöffentlichen Teil TOP 23.8, TOP 23.9, TOP 24.5, TOP 24.6 und TOP 24.7.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte TOP 2.1, TOP 10.4, TOP 10.21, TOP 10.29, TOP 10.30 und TOP 12.1.

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage, den Tagesordnungspunkt 10.34 - das ist der Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Abwicklung des Touristenbusverkehrs in der Adventszeit - in die Sommersitzung des Hauptausschusses zu vertagen. Dazu soll es offenbar ein Fachgespräch mit der Verwaltung geben. Deswegen macht es Sinn, diesen Punkt zu vertagen.

Des Weiteren möchte ich vorschlagen, den Tagesordnungspunkt 5.4.2 - eine Initiative, die wir wertschätzen wollen, aus dem Integrationsrat - in die nächste Sitzung des Rates zu vertagen, weil es da noch Abstimmungsbedarf zwischen den Fraktionen gibt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Struwe.

Rafael Struwe (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir beantragen, den Tagesordnungspunkt 10.35 in die nächste Ratssitzung zu vertagen. Das ist ja eine nicht unbedeutende Vorlage, die uns erst quasi vor Minuten erreicht hat, sodass wir tatsächlich noch keinerlei Chance hatten, uns inhaltlich damit zu befassen.

(Zurufe: Das ist jetzt echt nicht wahr! - Das kann nicht wahr sein! - Das ist nicht euer Ernst!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Habe ich das eben richtig verstanden, dass der Tagesordnungspunkt 12.1 abgesetzt werden soll? Wenn ja, würde mich interessieren, aus welchem Grund die Verwaltung diese Vorlage zurückzieht.

Denn immerhin handelt es sich dabei um das einzige Wohnungsbauprojekt, das heute in dieser Ratssitzung in den Satzungsbeschluss gehen

soll. Es ist ja schon ungewöhnlich, dass wir in der letzten Sitzung vor der Sommerpause überhaupt nur ein einziges Wohnungsbauprojekt haben. Wenn es jetzt auch noch abgesetzt werden soll, dann frage ich mich, wie die Verwaltung das begründet und warum es mit dem Wohnungsbau in Köln nicht vorangeht. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frenzel, diese Frage will ich Ihnen gerne sofort beantworten. Es ist in der BV 7 zurückgestellt worden. Das ist der Grund. Das liegt nicht daran, dass die Verwaltung meint, das sei keine wichtige Vorlage, sondern es ist in der BV 7 zurückgestellt worden.

Frau Laufenberg und Herr Frenzel, Sie haben sich beide gleichzeitig gemeldet. - Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Dazu habe ich noch folgende Nachfrage: Wir haben ja diese Vorlage vor zwei Tagen im Stadtentwicklungsausschuss einstimmig hier in den Rat weitergegeben. Meines Wissens hat die Bezirksvertretung Porz diese Vorlage schon seit vielen Monaten nicht beraten, obwohl ihr hinreichend Gelegenheit gegeben wurde, dieses wichtige Wohnungsbauprojekt zu beraten. Insofern lautet meine Frage an die Verwaltung, wie sie das rechtlich beurteilt und wie lange denn eine Bezirksvertretung Beschlussvorlagen, bei denen der Rat ausschlaggebend ist und das Beschlussorgan ist, weiter schieben kann, um hier Entscheidungen in der Stadt nicht stattfinden zu lassen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frenzel, der Stadtentwicklungsausschuss hat erst vor zwei Tagen beschlossen. Danach gibt es eine Frist für die BV. Sie beginnt erst dann zu laufen. Es ist also eine Geschäftsordnungsangelegenheit. - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Ich möchte in dieser Angelegenheit einen Vorschlag zur Güte machen. Wie ich höre, gibt es da noch Gespräche mit dem Investor. Das ist die städtische Wohnungsbaugesellschaft GAG. Insofern schlage ich vor, diesen Punkt nicht in den normalen Sitzungsumlauf zu schieben, sondern in die nächste Ratssitzung. Das soll ja, wie man hört, eine Sondersitzung sein, die recht zeitnah stattfindet.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich nehme jetzt erst die weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung auf, und dann lasse ich einzeln darüber abstimmen. Sonst kommen wir durcheinander. - Herr Weisenstein und dann Frau Laufenberg.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, wir beantragen, den Tagesordnungspunkt 24.3 - HGK: Erwerb einer Binnenschifffahrtsgruppe - in den öffentlichen Teil zu legen. Wir sind folgender Auffassung: Das ist ein öffentliches Unternehmen. Die wesentlichen Fakten sind in der Öffentlichkeit und können deswegen auch hier in öffentlicher Sitzung beraten werden. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das würde ich gerne direkt an Frau Dr. Diemert weitergeben. Kann das in öffentlicher Sitzung behandelt werden, oder was schlagen Sie vor?

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Wir können es ja teilen, öffentlich und nichtöffentlich! - Gegenrufe: Nein!)

Frau Dr. Diemert.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Vorlage selbst ist aus gutem Grund in den nichtöffentlichen Teil gegeben worden. Es gibt sicherlich Teile, die unproblematisch im öffentlichen Teil besprochen werden können. Sie müssen aber bei einer Erörterung im öffentlichen Teil damit leben, dass es gegebenenfalls Fragen gibt, die dann nur im nichtöffentlichen Teil beantwortet werden können.

Die Vorlage selbst mit den dort abgebildeten Inhalten und Anlagen ist nichtöffentlich.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. Wir wissen ja, wie schlecht das funktioniert. - Frau Laufenberg.

Sylvia Laufenberg (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, ich möchte gegen die von der SPD gerade beantragte Absetzung von TOP 10.35 sprechen. Hier geht es um die coronabedingte Erstattung der Elternbeiträge für Juni dieses Jahres. Es ist

selbstverständlich wichtig, dass wir das heute auf den Weg bringen. Die Landesregierung hat das auch schon auf den Weg gegeben.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Da muss die SPD auch nicht mehr nachdenken, weil die SPD ja eigentlich für Beitragsfreiheit ist. Dementsprechend können wir das heute beschließen. - Herzlichen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung, meine Damen und Herren? Wir müssen ja über die Zu- und Absetzungen und dann über die Reihenfolge entscheiden. - Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Dann spreche ich erst die Punkte an, die wir hier eben aufgenommen haben, und beginne mit TOP 5.4.2. Dazu ist Vertagung in die nächste Sitzung im September dieses Jahres beantragt. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Es enthält sich die Ratsgruppe GUT. Damit ist das so beschlossen.

Dann komme ich zu Tagesordnungspunkt 10.34. Hier ist der Antrag gestellt worden, dies zur Entscheidung in den Hauptausschuss in den Sommerferien zu verweisen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Nun komme ich zu TOP 10.35. Das sind die Elternbeiträge, zu denen gerade gesprochen wurde. Die Vertagung ist beantragt. Gibt es Gegenstimmen? - Von den Grünen, der CDU, den LINKEN, der FDP, der AfD, Rot-Weiß, Herrn Wortmann, der Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Dann bleibt dieser Punkt auf der heutigen Tagesordnung.

Dann bin ich bei Tagesordnungspunkt 12.1. Hier ist Vertagung in die Sondersitzung des Rates beantragt worden. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt komme ich zu TOP 24.3. Hier wurde beantragt, diesen Tagesordnungspunkt mit den entsprechenden Teilen in den öffentlichen Teil zu verschieben. Wer stimmt gegen die Verschiebung in den öffentlichen Teil? - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, die AfD, Rot-Weiß und die SPD. Enthaltungen? - Keine. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt im nichtöffentlichen Teil verblieben.

Nun frage ich, ob es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung gibt. - Herr Hammer und dann Herr Kienitz.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage, dass wir die Tagesordnungspunkte 12.2 und 11.1, die beiden Vorlagen zum Geißbockheim, an das Ende der Antragsberatungen stellen, also als TOP 4.0 behandeln.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Also nach den Anträgen. - Ich lasse direkt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Herr Kienitz hatte sich eben gemeldet. - Das wollten Sie auch beantragen. Okay. - Herr Breite und dann Herr Weisenstein.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir würden den Dringlichkeitsantrag zu Karstadt Kaufhof gerne als TOP 3.1.0 behandeln, also als ersten Antrag auf der Tagesordnung. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Ich möchte vorschlagen, die Tagesordnungspunkte 3.1.7 und 3.1.11 zusammen zu behandeln.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frenzel, würden Sie sich gleich noch einmal dazu melden? Wir haben ja noch nicht über die Aufnahme der Dringlichkeitsanträge in die Tagesordnung beschlossen. Ich muss ja formal sein. - Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Ich dachte, wir wären damit durch. Denn gerade hat Herr Breite doch schon einen Dringlichkeitsantrag in der Reihenfolge der Tagesordnung unter TOP 3.1.0 aufgenommen. Deswegen sehe ich nicht, was dagegenspricht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Über die Dringlichkeitsanträge haben wir noch gar nicht gesprochen.

(Christian Joisten [SPD]: Wir haben schon einen Dringlichkeitsantrag nach oben gesetzt!)

Dann behandeln wir doch jetzt die Dringlichkeitsanträge, Herr Frenzel. Dann haben wir Ihren Antrag auch alle noch im Ohr. - Ich komme also zu den Dringlichkeitsanträgen.

Die Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP und die Gruppe GUT haben am 16. Juni 2020 einen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Integration von Kreativräumen und kulturellen Raumbedarfen in die Stadtplanung“ eingereicht. Das ist TOP 3.1.9.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das ist auch nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich die SPD-Fraktion und DIE LINKE. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Unter TOP 3.1.10 liegt ein Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion vom 18. Juni 2020 vor. Es geht um das Thema „Neutralitätsgebot der politischen Amtsträger“.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit?

(Zurufe: Formal!)

Das ist nicht der Fall.

(Zurufe: Doch! Formal!)

- Gut. - Wer ist für die Aufnahme in die heutige Tagesordnung? - Die AfD und Rot-Weiß. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag nicht aufgenommen.

Unter TOP 3.1.11 liegt ein Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 18. Juni 2020 vor. Es geht um das Thema „Wohnen.Bezahlbar.Machen - Wohnungen für alle erhalten und schaffen!“.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit?

(Niklas Kienitz [CDU]: Formal!)

Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Jetzt ist mir der Kollege Kienitz mit dem „formal“ zuvorgekommen. - Natürlich ist das Thema Wohnen immer dringlich. Wenn man sich diesen Antrag anschaut, sieht man aber, dass jetzt auch der SPD die Ideen ausgegangen zu sein scheinen, warum das heute hier dringlich ist.

Daher bitte ich darum, diesen Antrag heute nicht zu behandeln, sondern das dann in der nächsten Ratssitzung zu machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann frage ich, ob es eine Gegenrede gibt. - Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin, für die Gelegenheit zur Gegenrede. - Ich denke, dass es mehr als nur ein formaler Akt ist, hier zum Thema Wohnungsbau jetzt auch eine Dringlichkeit festzustellen. Aber das Lachen, das ich wahrgenommen habe, hat schon gezeigt, dass der Wohnungsbau der aktuellen Ratsmehrheit offensichtlich nicht ausreichend dringlich ist.

(Beifall bei der SPD - Zurufe: Oh!)

Dass die einzige Wohnungsbauvorlage, die heute hier im Rat zum Satzungsbeschluss ansteht, auch wieder einmal vertagt wird, zeigt ja in dieser Sekunde ganz aktuell, wie dringlich der Wohnungsbau in Köln vorangebracht werden muss.

(Beifall bei der SPD - Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen - Herr Kollege Hammer, Frau Kollegin von Bülow, danke für Ihre Zwischenrufe hier bei der Gegenrede zur Geschäftsordnung -, dass der Stadtentwicklungsausschuss erst am 16. Juni 2020, also vorgestern, eine Mitteilung der Verwaltung zum Thema „katastrophale Wohnungsbauzahlen der Verwaltung“ diskutiert hat.

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

- Herr Hammer, hören Sie sich das ruhig einmal an. Sie können sich ruhig einmal anhören, was für einen Mist Sie hier mit Ihrer Wohnungsbaupolitik bauen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frenzel, wir sprechen über die Tagesordnung.

Michael Frenzel (SPD): Hierbei wird mit den Zahlen zum Wohnungsbau jongliert. Wir müssen dringend den Wohnungsbau jedoch voranbringen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frenzel, wir sprechen über die Tagesordnung. Darf ich Sie daran erinnern?

Michael Frenzel (SPD): Weil diese Mitteilung unter TOP 17.2 im Stadtentwicklungsausschuss erst - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frenzel, wir sprechen über die Tagesordnung. Wenn Sie jetzt nicht aufhören, erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

Michael Frenzel (SPD): Darf ich - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. Wir sprechen hier über die Tagesordnung. Sie führen aber eine inhaltliche Debatte. Das geht so nicht. Auch Sie haben sich an die Geschäftsordnung zu halten, die Sie aufgestellt haben.

(Beifall)

Michael Frenzel (SPD): Frau Reker, habe ich noch das Wort, um die Dringlichkeitsbegründung zu Ende zu führen? Oder ist mir das Wort entzogen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie können gerne über die Dringlichkeit sprechen. Aber es geht hier nicht darum, eine inhaltliche Debatte zu führen.

Michael Frenzel (SPD): Entschuldigung, Frau Reker. Ich bin bei meiner Begründung mehrfach von den Kolleginnen und Kollegen unterbrochen worden.

(Zurufe)

Am 18. Juni 2020, also vor zwei Tagen, ist im Stadtentwicklungsausschuss unter TOP 17.2 die Vorlage „Kölner Statistische Nachrichten 5/2020 - Kölner Wohnungsbau 2019: weiterhin viele Wohnungen im Bau“ vorgestellt worden, die allerdings beispielsweise die schlechten Fertigstellungszahlen im sozialen Wohnungsbau verschweigt.

Deswegen ist dieses Thema dringlich und muss heute auf die Tagesordnung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir stimmen jetzt darüber ab. Wer ist für die heutige Behandlung? - Das ist die SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Damit ist die Dringlichkeit dieses Antrags abgelehnt.

Nun kommen wir noch einmal zur Reihenfolge der Tagesordnung.

Ich schlage Ihnen vor, die Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates unter TOP 6.4.2 gemeinsam mit der Anregung des Integrationsrates unter TOP 5.4.1 zu behandeln.

Außerdem schlage ich für die Tagesordnungspunkte 11.1 und 12.2 zur Erweiterung des RheinEnergieSportparks eine gemeinsame Rederunde vor. Wir hatten eben schon beschlossen, dass diese beiden Punkte nach vorne gezogen werden sollen.

Gibt es abschließend noch Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Herr Breite, einen kleinen Moment, bitte.

Denn gerade ist noch ein Dringlichkeitsantrag eingegangen, den ich noch nicht kenne. Das ist ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, LINKE und FDP. Ich schlage vor, ihn unter 3.1.12 einzuordnen. Der Betreff lautet „Resolution: Kaufhof und Karstadt gehören zu Köln“.

Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Nein.

Von der FDP wurde beantragt, ihn als TOP 3.1.0 zu behandeln. Herr Breite, wollen Sie dazu noch einmal vortragen?

(Ulrich Breite [FDP]: Nein!)

- Nein. Gut. Okay.

Die Tagesordnungspunkte 11.1 und 12.2 rufen wir vor den Anfragen auf. - Gut.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung noch einmal komplett abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir werden Ihnen in den nächsten Tagen den Vorschlag zum Abschluss eines außergerichtlichen Vergleichs zur Entscheidung vorlegen. Dabei handelt es sich um einen Vergleich mit der Arbeitsgemeinschaft der am Bau der U-Bahn am Waidmarkt beteiligten Unternehmen.

Ich bin davon überzeugt, dass dieser Vergleich mit der Arge angesichts der Rahmenbedingungen und der Beweislast eine gute Nachricht für Köln ist.

Lassen Sie mich noch einmal in aller Kürze herleiten, warum ich diese Lösung von Anfang an befürwortet habe.

Der Einsturz des Stadtarchivs und der angrenzenden Häuser mit schließlich drei Todesopfern, dem Verlust des angestammten Quartiers für viele Anwohner und den darauffolgenden Interimssituationen für Schulen und das ganze Severinsviertel begleitet uns mittlerweile seit elf Jahren.

Wie tief der Schock saß, wissen Sie alle. Wir sind aber nicht in einer Schockstarre verharrt, sondern haben gehandelt, Archivalien geborgen und gerettet und uns bemüht, die Folgen für die Betroffenen abzumildern.

Wir haben auch andere Lehren daraus gezogen. Die Stadt sah sich damals, wenn auch mit unterschiedlichen Begründungen, im Mittelpunkt eines tiefen Misstrauens ihrer Bürgerschaft. Mit neuen Dialogformen, mehr Beteiligung, Gesprächen und Transparenz haben wir das aufarbeiten können oder uns zumindest darum bemüht.

Wie gesagt, haben wir gehandelt. Darum geht es jetzt auch. Wir müssen Handlungsstärke beweisen. Jetzt haben wir die Möglichkeit dazu.

Ich bin zutiefst der Überzeugung, dass wir uns nach jahrelangem Stillstand und nach juristischem Ringen um eine Lösung keinen weiteren Stillstand leisten können.

Wir sollten jetzt mit dem Vergleich einen zügigen Neustart am Waidmarkt möglich machen - nicht nur mit Blick auf den Weiterbau der wichtigen Nord-Süd-Stadtbahn und ihre verkehrliche Bedeutung, sondern auch für das gesamte Quartier. Nach meiner Überzeugung tut das auch dem Selbstbewusstsein dieser Stadt gut.

Ich votiere für diesen Vergleich, weil wir sonst den Wiederaufbau unterirdisch und auch oberirdisch auf unabsehbare Zeit verschieben. Der Waidmarkt ist juristisch und bodengutachterlich komplexestes Gebiet. Das haben wir in den vergangenen elf Jahren gelernt. Solche Verfahren sind damit automatisch risikobehaftet und kosten vor allen Dingen viel Zeit. Diese Zeit sollten wir jetzt limitieren und den Weg für einen Neustart frei machen.

Der Vergleichsvorschlag ist angesichts der Gesamtumstände sehr gut annehmbar. Er sichert nämlich den zügigen Weiterbau und damit auch die Möglichkeit, das Quartier endlich wieder herzurichten.

Dies soll mit breiter Beteiligung der Kölnerinnen und Kölner geschehen. Wir haben mit ihnen schon gesprochen.

Der Vergleich enthält übrigens auch den angedachten Gedenkraum, der von vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern gewünscht wird, die mit ihren Initiativen teilweise auch die Ausrichtung der Gedenkveranstaltungen über zehn Jahre übernommen haben.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bedanke mich bei diesem tollen Team aus dem Stadtdirektor, der Verkehrsdezernentin und vielen anderen Beteiligten, beispielsweise Frau Diemert. Viele aus der Verwaltung haben daran mitgewirkt, dies hieb- und stichfest zu verhandeln.

Wir werden in einer Sondersitzung des Rates am 29. Juni 2020 um 18 Uhr alle Fragen beantworten. Natürlich werden wir den Fraktionen auch im Vorlauf der Ratssitzung zur Verfügung stehen.

Ich gebe jetzt das Wort an Herrn Dr. Keller weiter. - Da gibt es einen Antrag zur Geschäftsordnung. Bitte sehr.

Rafael Struwe (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, ich habe eine Frage zur Geschäftsordnung. Nach meiner Erinnerung haben wir gerade eine Tagesordnung beschlossen. Ich weiß nicht so recht, wo wir jetzt sind. Den Punkt „aktueller Stand zum Thema Waidmarkt“ habe ich auf der Tagesordnung nicht gesehen. Insofern sind wir gerade ein wenig verwirrt. Klären Sie uns bitte auf. Wo sind wir jetzt formal?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielleicht haben Sie nicht gemerkt, dass wir noch gar nicht in die Tagesordnung eingestiegen sind. Das war vor der Tagesordnung. Es war eine Erklärung der Oberbürgermeisterin. Sie wird jetzt durch eine Erklärung des Stadtdirektors vervollständigt.

(Beifall - Zurufe von der SPD)

Herr Stadtdirektor, bitte sehr.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich würde Ihnen gerne in kurzen Worten die Inhalte des Vergleichsvorschlages skizzieren, den wir als Verwaltung Ihnen unterbreiten wollen und den wir in einer Sondersitzung des Rates am 29. Juni 2020 zur Abstimmung stellen wollen.

Dieser Vergleichsvorschlag ist das Ergebnis eines Moderationsverfahrens zwischen den Parteien, moderiert von zwei renommierten Experten bzw. einem Experten und einer Expertin im Bereich von Großschäden bei Bauvorhaben und Mediationsverfahren.

Der Vergleichsvorschlag hat folgenden Inhalt:

Die Arge Los Süd verpflichtet sich zum Ausgleich der finanziellen Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Einsturz des Stadtarchivs zur Zahlung eines Betrages von 600 Millionen Euro an die Stadt.

Die Arge Los Süd verpflichtet sich, auf eigene Kosten die havarierte Baustelle des Gleiswechselbauwerkes zu sanieren, das Gebäude fertigzustellen und die Strecke zu Ende zu bauen.

Die Arge Los Süd verpflichtet sich darüber hinaus, einen Gedenkraum - die sogenannte Halle K3, auch „Die Halle mit dem Knick“ genannt - auf eigene Kosten zu errichten.

Mir sind noch folgende Botschaften zu diesem Vergleich wichtig:

Erstens: Die Schadensursache ist geklärt. Mit dem Abschluss des Vergleiches ist die Einsturzursache nunmehr abschließend geklärt. Das Ergebnis des im Auftrag des Landgerichts Köln tätigen Sachverständigen, Herrn Professor Kempfert, wird bestätigt, wonach die Fehlstelle in einer Schlitzwand bzw. in einer Lamelle der Schlitzwand als Ursache des Schadens anzusehen ist.

Zweitens: der finanzielle Ausgleich. Durch die Zahlungsverpflichtung der Arge Los Süd werden sämtliche bislang entstandenen Schäden ersetzt und die Generationenaufgabe der Restaurierung der Archivalien dauerhaft gesichert.

Drittens: Sanierung und Fertigstellung der Baustelle. Durch die Zusage der Arge, die U-Bahn auf eigene Kosten fertigzustellen, haben die Fertigstellung der Baustelle und damit auch die Inbetriebnahme der Nord-Süd-U-Bahn eine realistische und zeitlich belastbare Perspektive. Geschaffen wird zudem eine neue Basis der Zusammenarbeit für die Vertragsparteien der KVB und der Arge Los Süd.

Ich kann an der Stelle immer nur Kollegin Blome zitieren, die sagt: Dieser Umstand ist mit Geld kaum aufzuwiegen

(Beifall bei der CDU)

und wird uns endlich ermöglichen, hier voranzukommen.

Viertens: die Vermeidung eines gerichtlichen Verfahrens. Durch den Abschluss eines Vergleiches wird ein langjähriges Klageverfahren durch vermutlich alle Instanzen vermieden. Käme ein Vergleich nicht zustande, stünden nach Abschluss des laufenden Beweissicherungsverfahrens die Erhebung einer Klage und die gleichzeitige Fortsetzung bzw. Ausweitung des Beweissicherungsverfahrens an. Aufgrund der Schadenshöhe und der rechtlichen Streitpunkte ist damit zu rechnen, dass das Verfahren bis hin zum Bundesgerichtshof zu führen wäre. Wir rechnen in diesem Fall mit einer rechtskräftigen Entscheidung nicht vor Ablauf von zehn bis 15 Jahren.

Fünftens: Gedenkraum K3. Die Wunde am Waidmarkt wird geschlossen, und gleichzeitig wird durch die Errichtung des K3 ein würdiger Gedenkort geschaffen. Der Auftrag dieses Rates vom 4. April 2019 wird damit umgesetzt.

Last, but not least eine kurze Würdigung der Vergleichssumme: Unter Würdigung aller Szenarien und Risiken ist die Vergleichssumme von 600 Millionen Euro ein gutes Ergebnis für die Stadt. Die seit Jahren öffentlich diskutierte Zahl von ungefähr 1 Milliarde Euro ist eine Maximalforderung, deren Durchsetzung, wie das bei jedem gerichtlichen Verfahren der Fall wäre, auf erhebliche Prozessrisiken treffen würde. Zudem umfasst diese Summe zu circa einem Drittel Zinsansprüche, die in ihrer Höhe nicht dem Marktzins der letzten zehn Jahre entsprechen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Dr. Keller.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste im Zuschauerbereich, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister, den stellvertretenden Vorsitzenden des Integrationsrates Herrn Abeke sowie die Ratsmitglieder.

I. Die Oberbürgermeisterin schlägt RM Frebel, RM Welcker und RM Schlömer als Stimmzählerinnen vor. Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Es liegen zwei fristgemäß eingegangene Anträge zur Durchführung einer

Aktuellen Stunde vor.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt gemäß § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen darüber abstimmen, ob zwei Aktuelle Stunden durchgeführt werden sollen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Fraktion Die Linke. und RM Gerlach abgelehnt.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt danach darüber abstimmen, welche Aktuelle Stunde in der heutigen Sitzung durchgeführt werden soll.

TOP 1.1

Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, der Gruppe GUT und von RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Aktuelle Stunde zur Kölner Situation mit SARS-CoV-2"

AN/0843/2020

Abstimmungsergebnis über die Aufnahme in die Tagesordnung:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und AfD und bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

TOP 1.2

Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Solidarität mit den Beschäftigten von Galeria Karstadt Kaufhof - Arbeitsplätze sichern und Standorte erhalten!" AN/0844/2020

Abstimmungsergebnis über die Aufnahme in die Tagesordnung:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

III. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

2.3 Annahme zweckgebundener Spenden von "Wir helfen - Der Unterstützungsverein von M. DuMont Schauberg e.V." an die Kinder- und Jugendpädagogische Einrichtung der Stadt Köln

1476/2020

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Demokratieförder- bzw. Extremismuspräventionsprogramme"

AN/0817/2020

4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend

"Stand des Abstimmungsprozesses mit der Landesregierung bezüglich des künftigen Verhältnisses der Städt. Kliniken mit der Uniklinik Köln"

AN/0819/2020

4.4 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Leistungsbezieher in Köln" AN/0818/2020

4.5 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Sachstand Beschlüsse" AN/0820/2020

4.6 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Evaluierung der Metropolregion Rheinland"

AN/0838/2020

4.7 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Zu TOP 10.33, 2. Maßnahmenpaket für Schulbauprojekte Neubau/Erweiterung/Generalsanierung durch Total- oder Generalunternehmer"

AN/0845/2020

4.8 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Organisatorische und personelle Veränderungen im Amt der Oberbürgermeisterin"

AN/0847/2020

6.4.2 Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates der Stadt Köln – Anpassungen aufgrund einer Änderung des Kommunalwahlgesetzes

1770/2020

7.2.4 Generalsanierung des Umkleidegebäudes auf der Sportanlage Merianstr., Köln Chorweiler

1227/2020

7.2.5 Unterrichtung des Rates gem. § 25 der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen

1834/2020

10.31 Regionalplanüberarbeitung, Modul III– Empfehlungen zur Darstellung neuer Siedlungsbereiche (ASB und GIB) als Optionen zur Weiterentwicklung der wachsenden Stadt

2887/2019

10.32 Umsetzung Einzelhandels- und Zentrenkonzept

hier: Zentrenbudget - Aktualisierung von Konzept und Förderrichtlinie zur Aktivierung privater Initiativen in Geschäftszentren

1541/2020

10.33 2. Maßnahmenpaket für Schulbauprojekte Neubau/Erweiterung/Generalsanierung von Schulgebäuden durch Total- oder Generalunternehmer

1474/2020

10.34 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Abwicklung des Touristenbusverkehrs in der Adventszeit

1247/2020

10.35 Erstattung von Elternbeiträgen wegen Corona-bedingter reduzierter Öffnung der Kindertageseinrichtungen ab Juni 2020

1610/2020

10.36 Erstattung von Elternbeiträgen wegen des eingeschränkten Regelbetriebes an den Offenen Ganztagsschulen aufgrund von COVID-19 für Juni und Juli 2020

1823/2020

17.1 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Umbesetzung von Ausschüssen"

AN/0836/2020

II. Nichtöffentlicher Teil

23.8 Verkauf eines städtischen Grundstücks am Garzweilerweg und Kaufoption für ein Grundstück am Schleyerhofweg in Köln-Bocklemünd /Mengenich; Gewerbegebiet Venloer Straße

0911/2020

23.9 Bestellung eines Erbbaurechtes, Wohnen und Leben e.V., Ludolf-Camphausen-Str. 36, in Köln-Neustadt/Nord

1336/2020

24.5 Filmhaus, Maybachstr. 111 – Ablösung der Städtebaufördermittel des Landes Nordrhein-Westfalen

0517/2020

24.6 Filmhaus, Maybachstr. 111 – Mietvertragsabschluss „Kölner Filmhaus“ ohne Gastronomie (innen/außen) in Verbindung mit der Fördervereinbarung zum Betrieb des Kölner Filmhauses

0648/2020

24.7 Beschaffung von Modulen der Software SAP als Ersatz für die Immobilienbewirtschaftungssoftware GMS (Grundstücksmanagementsystem)

1220/2020

Absetzungen:

I. Öffentlicher Teil

2.1 Annahme einer Schenkung Sanierungskonzept Rheingarten

1058/2020

10.4 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss für den Ersatzneubau der Brücke Am Tannenhof, Stadtbahnhaltestelle Michaelshoven in Köln-Rodenkirchen

0423/2020

10.21 Höhenkonzept für die linksrheinische Kölner Innenstadt; hier: Bauvorhaben Hohenzollernring 62

1152/2020

10.29 Jahresabschluss 2018 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

1065/2020

10.30 Wirtschaftsplan 2020 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

1453/2020

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf

76380/03;

Arbeitstitel: "Südlich Friedensstraße – Westteil" in Köln-Porz-Elsdorf

0935/2020

IV. RM Kienitz beantragt die Verweisung des Tagesordnungspunktes

TOP 10.34

Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Abwicklung des Touristenbusverkehrs in der Adventszeit

1247/2020

zur Beratung und Entscheidung in die Sitzung des Hauptausschusses vom 13.07.2020. Bis dahin werden noch Fachgespräche geführt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

RM Kienitz beantragt die Vertagung von

TOP 5.4.2

10 + 1 Bäume für die Opfer des NSU 1599/2020

in die nächste reguläre Sitzung des Rates am 10.09.2020 Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT zugestimmt.

RM Struwe beantragt die Vertagung von

TOP 10.35

Erstattung von Elternbeiträgen wegen Corona-bedingter reduzierter Öffnung der Kindertageseinrichtungen ab Juni 2020

1610/2020

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und AfD, der Gruppen GUT und Rot-Weiß sowie von RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

RM Frenzel spricht sich für die Behandlung von

TOP 12.1

Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 76380/03;

Arbeitstitel: "Südlich Friedensstraße – Westteil" in Köln-Porz-Elsdorf 0935/2020

in dieser Sitzung aus. Frau Oberbürgermeisterin Reker weist auf die Beteiligung der BV hin und schlägt eine Vertagung des Tagesordnungspunktes in die Sondersitzung des Rates am 29.06.2020 vor. RM Kienitz spricht sich für eine Vertagung aus.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

RM Weisenstein beantragt,

TOP 24.3 n.ö.T.

Häfen und Güterverkehr Köln AG Erwerb einer Binnenschifffahrtsgruppe 1594/2020

im öffentlichen Teil zu behandeln. Frau Stadtkämmerin Frau Prof. Dr. Diemert spricht sich für den Verbleib des Tagesordnungspunkts im nichtöffentlichen Teil aus.

Frau Oberbürgermeisterin lässt über den Antrag von RM Weisenstein abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, AfD und der Gruppe Rot-Weiß abgelehnt.

Die Vorlage wird im nichtöffentlichen Teil behandelt.

V. RM Hammer schlägt vor, die Tagesordnungspunkte

TOP 11.1

209. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3, Köln-Sülz Arbeitstitel: "Erweiterung RheinEnergieSportpark" in Köln-Sülz

hier: Feststellungsbeschluss

1087/2020 mit den dazugehörenden Änderungsanträgen und

TOP 12.2

Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 63419/02

Arbeitstitel: Erweiterung RheinEnergieSportpark in Köln-Sülz 1072/2020

gemeinsam am Ende der Beratung über die Anträge zu behandeln.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über den Antrag von RM Hammer abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

RM Breite regt an, den Tagesordnungspunkt

TOP 3.1.12

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke. und FDP betreffend „Resolution: Kaufhof und Karstadt gehören zu Köln“

AN/0857/2020

als ersten Antrag vor TOP 3.1.1 zu behandeln.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über den Antrag von RM Breite abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

RM Frenzel regt an, dass die Tagesordnungspunkte

TOP 3.1.7

Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Wohnungsbauwende"

AN/0775/2020

und

TOP 3.1.11

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Wohnen.Bezahlbar.Machen.: Wohnungen für alle erhalten und schaffen!"

AN/0855/2020

zusammen behandelt werden, wenn in der Folge über die Dringlichkeit von TOP

3.1.1 positiv abgestimmt wird.

VI. Es liegen vier Dringlichkeitsanträge vor:

TOP 3.1.9

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend "Integration von Kreativräumen und kulturellen Raumbedarfen in die Stadtplanung"

AN/0828/2020

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tageordnung

abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und Die Linke. zugestimmt.

Der Dringlichkeitsantrag wird in die Tagesordnung aufgenommen.

TOP 3.1.10

Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Neutralitätsgebot der politischen Amtsträger"

AN/0854/2020

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tageordnung

abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag wird nicht auf die Tagesordnung genommen.

TOP 3.1.11

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Wohnen.Bezahlbar.Machen.: Wohnungen für alle erhalten und schaffen!"

AN/0855/2020

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tageordnung

abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag wird nicht auf die Tagesordnung genommen.

TOP 3.1.12

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke. und FDP betreffend „Resolution: Kaufhof und Karstadt gehören zu Köln“ AN/0857/2020

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tageordnung

abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Der Tagesordnungspunkt wird in die Tagesordnung aufgenommen.

VII. Frau Oberbürgermeisterin schlägt vor, die Tagesordnungspunkte

TOP 5.4.1

Anregung des Integrationsrates für die Integrationsratswahlen 2020 1012/2020

TOP 6.4.2

Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates der Stadt Köln - Anpassungen aufgrund einer Änderung des Kommunalwahlgesetzes

1770/2020

gemeinsam unter TOP 5.4.1 zu behandeln.

Sie schlägt weiterhin zu den beiden Tagesordnungspunkten

TOP 11.1

209. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3, Köln-Sülz Arbeitstitel: "Erweiterung RheinEnergieSportpark" in Köln-Sülz

Hier: Feststellungsbeschluss 1087/2020

mit den dazugehörenden Änderungsanträgen und

TOP 12.2

Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 63419/02

Arbeitstitel: Erweiterung RheinEnergieSportpark in Köln-Sülz 1072/2020

eine gemeinsame Rederunde vor. Die Abstimmungen erfolgen danach getrennt.

Der Rat stimmt den Verfahrensvorschlägen und der so geänderten Tagesordnung zu.

VIII. Frau Oberbürgermeisterin Reker informiert über einen Vorschlag zum Abschluss eines außergerichtlichen Vergleichs mit der Arbeitsgemeinschaft der am Bau der U-Bahn am Waidmark beteiligten Unternehmen zum Einsturz des Stadtarchivs. Für eine Sondersitzung des Rates am 29.06.2020, 18.00 Uhr wird dem Rat eine entsprechende Vorlage zur Beratung und Entscheidung vorgelegt. Herr Stadtdirektor Dr. Keller ergänzt die Erläuterungen von Frau Oberbürgermeisterin Reker und stellt den Vergleichsvorschlag vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir treten jetzt in die Tagesordnung ein.

Ich rufe auf:

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Wir haben uns für folgendes Thema entschieden:

1.1 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, der Gruppe GUT und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und RM Gerlach betreffend „Aktuelle Stunde zur Kölner Situation mit SARS-CoV-2“

AN/0843/2020

Hier ist von mir nur Folgendes zu sagen - das wissen Sie alle -: Die Zahlen in Köln liegen zwar auf geringem Niveau, auch wenn wir in den zurückliegenden Wochen wieder einen leichten Anstieg registriert haben. Die Pandemie ist aber noch nicht vorbei, auch nicht in Köln. Wir bleiben für eine erneute Verschärfung gewappnet.

Ich appelliere an alle Kölnerinnen und Kölner, weiterhin mit den wiedergewonnenen Freiheiten verantwortlich umzugehen und die Abstands- und Hygieneregelungen einzuhalten.

Auch hier im Rat möchte ich für die Corona-Warn-App der Bundesregierung werben; denn sie hilft unserem Gesundheitssystem wirklich, das Infektionsgeschehen bestmöglich unter Kontrolle zu halten.

Ich freue mich, wenn Sie das alles mitmachen und die Entlastung dazu führt, dass nicht nur Spielplätze, Schulen und Kitas geöffnet sind, sondern auch viele Gastronomiebetriebe, wenn auch coronakonform, wieder tätig werden können und die lokale Wirtschaft hochfährt.

Sie hat unter den harten Auflagen sehr gelitten. Obwohl wir ein Hilfspaket von mehr als 45 Millionen Euro geschnürt haben, wird es uns nicht gelingen, alle vor einer tiefen und lang anhaltenden Krise zu bewahren. Das ist im Übrigen auch eine Frage der Generationengerechtigkeit.

Deswegen gilt: Je mehr Disziplin wir aufbringen, desto besser werden wir weiter durch die Krise kommen. - Herr Dr. Keller, bitte führen Sie weiter aus.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur kurz auf einige Kennzahlen eingehen.

Zur aktuellen medizinischen Lage: Stand heute, 12 Uhr, haben wir in Köln seit Beginn der Pandemie 2 553 Infektionen zu verzeichnen. Wir haben mittlerweile 2 383 aus der Quarantäne Entlassene und 102 Todesfälle.

Selbstverständlich werden wir die Auswirkungen der aktuellen Lockerungen und der Lockerungen der letzten Wochen auf die Zahl der Infektionen weiterhin sehr genau verfolgen und betrachten - natürlich auch mit Bezug auf die Obergrenze der Infektionen. Das ist das, was wir mittlerweile die sogenannte Merkel-Zahl nennen.

(Heiterkeit)

Dementsprechend müssen, wenn in einzelnen Landkreisen oder kreisfreien Städten innerhalb von sieben Tagen mehr als 50 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohnern auftreten, dort auch neue Einschränkungen verhängt werden.

Wir sind von dieser Schwelle von 50 Neuinfektionen ganz weit entfernt. Unser Indexwert - Stand letzte Woche - beträgt 3,78. Da sind wir also ganz gut unterwegs.

Ich möchte Ihnen auch eine durchaus beeindruckende Zahl zu den Testungen nennen. Da liegen wir in Köln bundesweit sehr weit vorne, wenn nicht sogar ganz an der Spitze. Wir haben im Gesamtzeitraum der Pandemie mittlerweile 117 416 Abstriche genommen. Davon waren 3 141 positiv. Das sind 2,68 Prozent. Dass es noch 2,68 Prozent sind, liegt daran, dass es zum Peak der Pandemie natürlich viel mehr waren. Mittlerweile haben wir Positivtestquoten von deutlich unter 1 Prozent der genommenen Abstriche, also auch da ein deutliches Zeichen der Entspannung.

Was die Belegung unserer Krankenhäuser angeht, hatten wir - Stand 18. Juni 2020, also heute, 10 Uhr - 15 Personen in Behandlung im Krankenhaus, davon sieben auf der Intensivstation. Das sind drei mehr als noch vor sechs Tagen, liegt aber, glaube ich, immer noch innerhalb einer tolerierbaren Schwankungsbreite.

Zur Situation in den Alten- und Pflegeheimen kann ich Ihnen hier den aktuellen Stand vom 16. Juni 2020 vortragen. Da hatten wir in den Heimen seit Beginn der Pandemie insgesamt 414 Indexfälle - davon sind mittlerweile 315 genesen - und 75 Todesfälle zu verzeichnen. Aktuell gibt es noch zehn erkrankte Bewohner; zwei davon befinden sich in stationärer Behandlung im Krankenhaus. Bei den Mitarbeitenden im Pflege- und Altenbereich sind es elf aktuelle Infektionen.

Nun zur Situation in den Schulen und Kitas: Seit der Wiedereröffnung der Schulen und Kitas gibt es in diesen Einrichtungen nur sehr vereinzelt COVID-19-Fälle. Das Gesundheitsamt ermittelt dann, wie üblich, alle Kontaktpersonen und entscheidet über die notwendigen Maßnahmen. Schließungen von Schulen oder Kitas waren bislang nicht erforderlich.

Zuletzt noch ein Blick auf die Lage von Polizei und Ordnungsdienst: Seit Inkrafttreten der Coronaschutzverordnung und der entsprechenden Bußgeldtatbestände wurden insgesamt 4 627 Verstöße durch den Ordnungsdienst festgestellt. Mit Stand heute sind 791 Bußgeldbescheide versandt worden, davon 788 Bußgeldbescheide mit einer Gesamtbußgeldsumme von 180 000 Euro für Verstöße gegen das Ansammlungs- und Kontaktverbot und drei Bußgeldbescheide für Verstöße von Gewerbebetrieben.

Wir sind natürlich in diesem Bereich nicht darauf aus, Bußgelder zu erheben, sondern wollen den Infektionsschutz gewährleisten und die entsprechenden Abstandsregeln wirksam durchsetzen. Das zeigt aber auch, dass wir da, wo es nötig ist, auch Sanktionen verhängen.

An dieser Stelle ist mir noch einmal ein Dank an eine bestimmte Gruppe von Verwaltungsmitarbeitern sehr wichtig. Das sind nämlich die Mitarbeiter des Außendienstes unseres Ordnungsamtes.

(Beifall)

Neben den im Fokus stehenden Kolleginnen und Kollegen aus Gesundheitsamt und Feuerwehr gibt es eine Vielzahl von Verwaltungsmitarbeitenden, die sich um die Bewältigung der Pandemie verdient gemacht haben. Der Ordnungsdienst ist aber die Einheit, die auf der Straße jeden Tag dem durchaus größer werdenden Unmut ausgesetzt ist. Deshalb sage ich diesen Kolleginnen und Kollegen hier noch einmal ein herzliches Dankeschön für den guten Job, der von ihnen gemacht wird.

Das soll es von meiner Seite auch gewesen sein. Für Fragen stehe ich natürlich zur Verfügung. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau, bitte.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte hier, wie auch bereits in den letzten Sitzungen, die Gelegenheit nutzen, nicht nur als Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, sondern auch als Vorsitzender des Ausschusses AVR allen Teilen der Verwaltung recht herzlich für den sehr guten Job zu danken. Das sind die Leute im Außendienst, die hier in den letzten Monaten unterwegs gewesen sind und wirklich hervorragende Arbeit geleistet haben, aber auch viele an zahlreichen anderen Stellen der Stadtverwaltung - in der Kämmerei, wo viele Dinge bearbeiten werden mussten, im Sozialbereich, wo Anträge bewilligt werden mussten, etc. pp. Deshalb beginne ich auch heute mit dem herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ein weiterer Punkt ist mir an dieser Stelle noch einmal wichtig. Die Pandemie ist vielleicht in der Spitze gebrochen. Wir sorgen jetzt mit dem Kontaktmanagement und den Auflagen inklusive der Maskenpflicht dafür, dass die Pandemie

hoffentlich nicht wieder in der Form zurückkommt, bis irgendwann - vielleicht in diesem, vielleicht im nächsten Jahr - ein Impfstoff vorhanden ist.

Was aber noch nicht beendet ist, sind die wirtschaftlichen Folgen. Wir haben hier im Rat gemeinsam eine ganze Reihe von Maßnahmen beschlossen. Die Verwaltung hat viele gute Ansätze, sowohl im Kulturbereich als auch in anderen Bereichen, vorgestellt. Es ist wichtig, dass wir in den nächsten Monaten schauen, ob all die Hilfsmaßnahmen, die von der Bundesregierung, von der Landesregierung und hier in Köln beschlossen worden sind, wirklich greifen oder ob wir gegebenenfalls noch einmal nachsteuern müssen. Das ist unser aller Aufgabe. Auch die Verwaltung hat, wenn noch Probleme da sind, diese frühzeitig zu eruieren und uns dann entsprechende Vorlagen vorzulegen.

Abschließend ein ganz wichtiger Punkt: Wir dürfen in dieser Krise niemanden alleine lassen. Das muss unser Anspruch sein. Dafür stehen wir sicherlich auch parteiübergreifend bereit. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wer wünscht von den Grünen das Wort? Herr Hammer? - Nein. Bitte sehr, Herr Dr. Unna.

(Christian Joisten [SPD]: Normalerweise geht es nach der Reihenfolge der Größe der Fraktionen!)

- Wir haben hier mehrere Antragsteller. Das sind die CDU-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die FDP, die Gruppe GUT, Ratsmitglied Wortmann und Ratsmitglied Gerlach. Danach kommen direkt Sie, Herr Joisten.

(Christian Joisten [SPD]: Das ist aber schön!)

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe noch einmal darüber nachgedacht, wie es bei meinem virologischen Staatsexamen war - 1992, Professor Ludwig, FU Berlin, Virologie. Die Prüfung begann mit den Worten: Herr Unna, ich stand heute Morgen an einer roten Ampel und habe mir folgende Frage über - jetzt halten Sie sich fest - das feline Coronavirus gestellt. Ich kam nicht auf die Antwort. Vielleicht wissen Sie es. - Dann stellte er mir die Frage. Ich hatte keinen Schimmer und habe versucht, mich herauszureden, wie man das im achten Semester so gelernt hat. Die Antwort von Professor Ludwig war: Herr Unna, das ist alles falsch, aber sehr kreativ. Es wäre auch möglich, dass Sie eine Zwei kriegen.

Warum erzähle ich das? Als ich Anfang dieses Jahres wahrgenommen habe, was da auf uns zukommt und wer uns da berät, habe ich im Geiste passieren lassen, welche Virologen ich persönlich kenne. Und das sind die Leute, die unseren Krisenstab und alle Krisenstäbe beraten haben - die Leute, die die Frage nach der roten Ampel gestellt haben. Ich habe gedacht: Es wird in einer völligen Katastrophe enden, wenn Virologen anfangen, Verwaltungsjuristen zu beraten. Das kann nicht funktionieren. Die verstehen sich überhaupt nicht. Das wird für unsere Stadt nicht gut ausgehen.

Das Gegenteil war der Fall, liebe Kolleginnen und Kollegen. Diese Verwaltung hat einen exzellenten Job gemacht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Sie hat übersetzt, was die Virologen ihr gesagt haben, und sie hat gute und richtige Entscheidungen getroffen.

Wir haben nach Auskunft unseres Gesundheitsdezernenten keine signifikante Übersterblichkeit in dieser Stadt gehabt - mit einer kurzen Ausnahme im Bereich der über 80-Jährigen; aber in der Gesamtbevölkerung hatten wir keine Übersterblichkeit.

Wir hatten großes Glück, dass wir als Land insgesamt etwas Zeit hatten, uns vorzubereiten.

Wir haben - ja, das kann ich auch als Grüner sagen -, glaube ich, die richtigen Entscheidungen vom Bund und auch vom Land bekommen. Man kann in Einzelfällen darüber streiten, ob es klug ist, wenn ein Bundesgesundheitsminister eine Pneumokokken-Impfung für Risikogruppen zu einem Zeitpunkt empfiehlt, zu dem der Impfstoff bekanntlich gar nicht mehr verfügbar ist. Es gab auch noch andere Kleinigkeiten. Geschenkt! Insgesamt haben beide Regierungen auch aus meiner Sicht einen guten Job gemacht.

Das gilt ausdrücklich auch für unseren Krisenstab, für unseren Stadtdirektor, für unsere

Oberbürgermeisterin und für alle Kolleginnen und Kollegen, die ihnen in der Verwaltung zugearbeitet haben.

Hier möchte ich auch eine Lanze für die praktizierenden Ärzte brechen. Das ist in der ganzen Diskussion vielleicht ein bisschen untergegangen. Die praktizierenden Ärzte sind unser Filter. Die Praktiker vor Ort haben unsere Krankenhäuser, unsere gut aufgestellten Krankenhäuser, davor bewahrt, überzulaufen - mit den richtigen Entscheidungen und den Zuweisungen der Patienten, die wirklich stationär gehen müssen -, sodass unsere Krankenhäuser, die ebenfalls in einer wirklich guten Situation waren, was die Intensivbetten und die Beatmungsplätze anbelangt, das meistern können.

Das gilt expressis verbis auch für unsere eigenen Krankenhäuser. Ich habe eben noch einmal mit dem Kollegen Paetzold darüber gesprochen. Sowohl in Holweide als auch in Merheim als auch in Porz - vergesst mir bitte Porz nicht - ist eine gute Arbeit in den Krankenhäusern gemacht worden. Darauf sind wir stolz. Es sind auch unsere eigenen Häuser, die dazu beigetragen haben, das Ganze im Griff zu behalten. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich bei den Krankenhausmitarbeitern.

(Beifall)

Als Selbstständiger bin ich immer ein bisschen skeptisch, was Ämter anbelangt. Aber ich muss einmal eines sagen: Das Gesundheitsamt der Stadt Köln hat sich in dieser Krise innerhalb kürzester Zeit qualifiziert verdoppelt, sinnvoll qualifiziert verdoppelt. Das müssen Sie sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Ein deutsches Amt, das sich unter Druck kurzzeitig verdoppelt, ist für mich eigentlich unfassbar. Ich bin also wirklich positiv überrascht und begeistert darüber.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Begeistert bin ich auch über den Job, den die Feuerwehr gemacht hat. Ich bin den Rettungsdiensten sehr dankbar - auch für das, was sie als aufsuchende Arbeit gemacht haben. Dankbar bin ich auch - diesen Verweis kann ich mir nicht verkneifen - den Hubschraubercrews, die wunderbar am Flughafen aufgehoben sind, wie wir alle wissen.

Insgesamt muss ich auch sagen, dass die Bevölkerung in Köln mich ganz positiv überrascht hat. Wir alle kennen die ein, zwei Ausnahmen in den letzten Tagen, die vielleicht nicht so Common-Sense-mäßig waren, wie wir uns das gewünscht hätten. Aber insgesamt hat die Bevölkerung wirklich diszipliniert mitgezogen.

Vorletzter Punkt - dann lasse ich Sie in Ruhe -: Dieser Rat hat auch in der Krise seine demokratischen Grundprinzipien hochgehalten, und zwar durch alle Fraktionen. Ich war beeindruckt davon, wie wir es geschafft haben, diese Tradition, dieses wichtige Element Demokratie hochzuhalten. Mir ist vollkommen bewusst, dass wir zwar vielleicht kein Unikat in Nordrhein-Westfalen sind, dass es aber ungewöhnlich ist, dass wir durch die Krise hindurch die Demokratie hochgehalten und miteinander ausgehalten haben. Dafür will ich Ihnen allen insgesamt danken.

(Beifall)

Ganz zum Schluss nehme ich mir, wie auch am Anfang meiner Rede, das Recht zu einer persönlichen Bemerkung heraus. Ich diene seit 2014 dem Gesundheitsausschuss des Rates der Stadt Köln als Vorsitzender. Seit 2014 - das habe ich mit den Kollegen eben noch einmal besprochen - hat der Gesundheitsausschuss nur eine einzige Entscheidung nicht einstimmig gefällt. Aus meiner Sicht als Vorsitzender heißt das: Dieser Ausschuss hat eine fantastische Arbeit gemacht. Er hat auf hohem fachlichen und sachlichen Niveau diskutiert, war immer um Einigung bemüht und hat es bis auf ein Mal, wo die Differenzen einfach nicht zu überwinden waren, geschafft, sich zu einigen.

Dafür bin ich sehr dankbar und möchte ausdrücklich den Mitgliedern des Gesundheitsausschusses, die auch in dieser Krise immer das Verwaltungshandeln sinnvoll und qualifiziert begleitet haben, danken. - Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Joisten, Sie wollten ja nicht mit auf den Antrag für diese aktuelle Stunde. Anscheinend war Ihnen dieses Thema nicht so wichtig. Denn dann hätten Sie gerade schon sprechen können. Das möchte ich hier schon einmal sagen.

(Christian Joisten [SPD]: Gut, dass wir das geklärt haben!)

- Es ist doch schön, dass wir das geklärt haben. - Sie wollten ja mit auf einen anderen Antrag und trotzdem die aktuelle Stunde hier stehen lassen. Da haben wir doch gesehen, worum es Ihnen eigentlich geht.

Warum haben wir diese aktuelle Stunde beantragt? Bernd Petelkau hat hier für die CDU, aber auch für unsere Fraktion und vielleicht für alle Fraktionen gesprochen und der Verwaltung gedankt. Ralf Unna hat das noch ausgeweitet. Auch ich finde es sehr wichtig, dass wir der Kölner Bevölkerung, und zwar allen Generationen, einen Dank aussprechen. Denn nur durch ihr Verhalten haben wir heute diese Zahlen. Insofern ist es meines Erachtens wichtig, auch der Kölner Bevölkerung hier aus dem Ratssaal zu sagen: Danke für euer Verhalten; danke, dass ihr das so mitgemacht habt.

(Beifall bei der FDP)

Vor dem Hintergrund der Lockerungen und der jetzt bestehenden Möglichkeit, auch zu zehnt zusammenzukommen - man muss also nicht mehr aus einem Hausstand oder zwei Hausständen sein -, bin ich der Meinung, Herr Stadtdirektor, dass Sie sich bitte noch einmal überlegen sollten, ob die Schließung des Rheinboulevards wirklich noch in dieser Form nötig ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- Das Klatschen der Grünen höre ich hier sehr gerne. - Wir können uns sicherlich aufgrund der Enge über den Brüsseler Platz unterhalten. Aber den Rheinboulevard habe ich selber genutzt. Ich habe auch Verständnis dafür gehabt, dass dort eine Regelung geschaffen werden musste. Nach meiner Meinung muss der Rheinboulevard jetzt aber auch wieder freigegeben werden.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Dieser Meinung bin ich insbesondere, wenn ich mir andere Räumlichkeiten wie die Zülpicher Straße ansehe. Uns wurde ja gesagt - daran muss man auch einmal erinnern -, zu was für dramatischen Szenen es kommt, wenn wir Lockerungen vornehmen. Herr Laschet ist als Ministerpräsident auch stark dafür angegriffen worden. Und wir sehen doch: Das ist nicht passiert. Die Menschen können verantwortlich damit umgehen.

Diese Lockerungen waren richtig. Ich sage klipp und klar: Dass die Kitas und die Schulen wieder im Regelbetrieb sind, ist wichtig für die Kinder und für die Eltern, aber auch für unsere Gesellschaft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Eines müssen wir auch berücksichtigen: Köln ist nicht nur ein Gefühl, sondern wir gehen auch gerne aus. Wir sind eine Studentenstadt. Schauen wir uns einmal die Clubs an, die wir selbst noch kennen, insbesondere diejenigen, die auch in Köln studiert haben. Das Ding kennt jeder. Ich war gestern - nach gefühlten 20 Jahren - noch einmal drin. Es war natürlich geschlossen. Diese Clubs haben keine Perspektive.

Wir müssen uns überlegen - wir haben ja etwas für Live Music Clubs getan -, was wir da tun können. Jetzt haben wir von der Kanzlerin gehört, dass sie bis Ende Oktober dieses Jahres weiterhin geschlossen bleiben müssen, weil sie wie Großveranstaltungen wirken. Insofern müssen wir uns da auch etwas überlegen; denn sonst geht ein Stück Kultur, Kölner Kultur, Clubkultur kaputt. Dafür müssen wir uns auch einsetzen. Denn wenn Corona einmal vorbei ist, dann möchten wir auch alle wieder dorthin. Aber dann ist es sonst nicht mehr da. Darum sollten wir uns hier auch etwas überlegen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Ein kurzer Zwischenruf von Verwaltungsseite: Den Rheinboulevard haben wir in der letzten Sitzung des Krisenstabes schon wieder geöffnet, und über den Brüsseler Platz entscheiden wir morgen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann hat das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann mich den Dankesworten nur anschließen.

Ganz im Normalzustand - es wurde vereinzelt erwähnt - sind wir ja nicht. Die Gastronomie hat noch große Probleme, die gerade angesprochenen Klubs haben noch viele Probleme etc.

Herr Breite, ich würde auch nicht von einem Regelbetrieb an den Schulen sprechen. Dort herrschen schon noch echte Ausnahmesituationen, an den weiterführenden Schulen sowieso.

Dass sich das auch alles schnell wieder ändern kann - und Köln wird da als Millionenstadt nicht ausgenommen sein -, zeigen die jüngsten Beispiele in Gütersloh oder auch in Berlin. Das sehr positive Ergebnis, das wir hier in Köln in den letzten Monaten haben, kann sich leider auch in Köln sehr schnell wieder ändern.

Das führt mich zu meinem kleinen Wunsch in dieser aktuellen Stunde. Falls es in Köln wieder höhere Infiziertenzahlen geben sollte und die Lockerungen zum Teil wieder zurückgenommen werden müssen, bitte ich Sie, die Schritte in einen neuen Lockdown - er muss ja nicht komplett sein - mit den Erfahrungen aus den letzten Monaten sehr vorsichtig abzuwägen. Da möchte ich auch speziell die Schulen ansprechen. In vielen Fällen, in denen neue Infiziertenzahlen auftreten, werden zuerst die Schulen wieder geschlossen. Ich möchte doch infrage stellen, dass das wirklich dringend notwendig ist. Schließlich haben die Schulen inzwischen sehr gute Hygienekonzepte - auch in unserer Stadt.

Falls wir Lockerungen zurücknehmen müssen, bitte ich also darum - davon gehe ich natürlich auch aus -, behutsam vorzugehen und nicht als Erstes wieder die Schulen zu schließen; denn die Schülerinnen und Schüler haben in den letzten Monaten mit am meisten durchgemacht. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gerlach meldet sich nicht. Dann hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute sprechen wir tatsächlich zum dritten Mal über eine der dramatischsten Entwicklungen der letzten Jahrzehnte, wenn nicht gar Jahrhunderte in unserer Stadt.

Auch ich möchte mich den Dankesworten anschließen, die heute schon gesagt wurden. Denn in der Tat haben ganz viele Menschen in dieser Zeit dafür gesorgt, um es einmal salopp zu formulieren, dass der Laden gelaufen ist. Die Verwaltung funktionierte; das haben wir heute schon gehört. In den Dank will ich durchaus auch die stadtnahen Gesellschaften einschließen, die mit ihren Dienstleistungen dafür gesorgt haben, dass Köln weiterhin fährt und rollt. Das medizinische Personal ist eben auch schon von Ralf Unna gewürdigt worden.

Ich will noch einen weiteren, glaube ich, sehr wichtigen Block herausarbeiten, nämlich die Lehrerinnen und Lehrer und Erzieherinnen und Erzieher, die einen ganz besonderen Job erledigen mussten. Das gilt gerade für diejenigen unter den Lehrern, die jetzt in einer völlig neuen Situation im Homeschooling versuchen mussten, jungen Menschen etwas beizubringen, was normalerweise unter völlig anderen Settings stattfindet. Da haben ganz viele meines Erachtens in einer Turbogeschwindigkeit Dinge dazugelernt und Kompetenzen entwickelt, die es möglich gemacht haben, den Schulbetrieb aufrechtzuerhalten und jungen Menschen trotzdem Perspektiven zu geben, selbst als die Schulen geschlossen waren. Insofern sei auch allen Lehrerinnen und Erziehern noch einmal ganz herzlich gedankt.

(Beifall bei der SPD)

Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen sind hier bereits in verschiedener Hinsicht angesprochen worden. Sie werden uns in den kommenden Monaten und Jahren mit Sicherheit noch lange herausfordern, auch wenn vielleicht die einen oder anderen hoffnungsvollen Zahlen aus der Wirtschaft schon erkennbar sind.

Trotzdem glaube ich, dass gerade hier in Köln insbesondere die kleinen Gewerbetreibenden und Einzelhändler wahnsinnig unter Druck geraten werden. Viele sind auch schon unter Druck geraten. Der Leerstand in zahlreichen Veedelszentren dokumentiert das ausdrücklich.

Ich möchte aber auch an die Großen erinnern, auch wenn wir immer meinen, sie könnten besonders viel tragen. Die Eventlocations in unserer Stadt sind ein wichtiger Bestandteil sowohl des wirtschaftlichen als auch des kulturellen und des sportlichen Lebens. Viele Veranstaltungen wären ohne die großen Veranstaltungshallen, die wir hier haben, nicht möglich. Sowohl Einrichtungen wie E-Werk und Palladium als auch die Lanxess Arena sind wichtige Standortfaktoren. Wir dürfen sie nicht aus dem Auge verlieren, auch wenn wir sie als Kommune mit Sicherheit nicht alleine retten können. Aber Land und Bund hier in die Pflicht zu nehmen, muss immer wieder unsere Aufgabe

sein. Deswegen sollten wir das weiterhin auf der Rechnung haben.

Abschließend möchte ich noch einmal auf ein Thema zurückkommen, das wir hier immer wieder besprochen haben. Ich halte es für wichtig, dass der Rat, der hier vor drei Sitzungen die Entscheidung getroffen hat, 45 Millionen Euro an Hilfsgeldern zur Verfügung zu stellen, auch weiß, wie dieses Geld ganz konkret verwendet worden ist und welche Bedarfe - siehe oben - es darüber hinaus noch gibt.

In der letzten Sitzung hatte ich die Oberbürgermeisterin gebeten, uns eine entsprechende Aufstellung dieses Gesamttopfes, der ja weit über die Kämmereizuständigkeit hinausgeht, weil in den Dezernaten selber auch umgeschichtet wurde, hier im Rat vorzulegen. Das ist bisher nicht passiert. Deswegen möchte ich diese Bitte und diese Aufforderung an dieser Stelle wiederholen, damit wir als Rat wissen: Was ist mit diesem Beschluss, den wir hier gemeinsam in einem ganz bestimmten Duktus und mit ganz bestimmten Verwendungszwecken getroffen haben, passiert, und an welcher Stelle müssen wir noch einmal nachjustieren, um den vielen gefährdeten Existenzen in dieser Stadt unter die Arme zu greifen, wenn es Bund und Land noch nicht tun?

In diesem Sinne sage ich herzlichen Dank an alle, die schon etwas geleistet haben - in der Hoffnung, alle diejenigen, die da noch etwas tun können, noch einmal entsprechend erinnert und aufgefordert zu haben.

Abschließend möchte auch ich dafür danken, dass wir tatsächlich an vielen Stellen ein solches demokratisches Selbstbewusstsein entwickelt haben. Dass dieser Rat zu keinem Zeitpunkt seine Tätigkeit unterbrochen oder aufgegeben hat, sondern zu jeder Zeit handlungsfähig war, ist ein ganz großer gemeinsamer Akt. Dafür sei allen, die daran beteiligt waren, noch einmal ganz herzlich gedankt. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen hat das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Liebe Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich auch im Namen der LINKEN bei der Verwaltung bedanken und will das einmal an einem konkreten Beispiel deutlich machen, nämlich der Auseinandersetzung um die Nutzung der Bildungs- und Teilhabemittel. Es war ja so, dass es erst nicht ging. Dann haben wir mit Verwaltung und Politik gemeinsam erreichen können, dass der Bund eingelenkt hat. Danach war es für eine gewisse Zeit möglich. Etwas später hat das Land dann erklärt, das gehe jetzt doch nicht. Daraufhin haben wir vonseiten der Politik übereinstimmend gesagt: Da muss sich etwas tun. - Die Verwaltung hat dann vorbildlich mit der Landesregierung verhandelt, und die Landesregierung hat letztendlich ihre Bedenken zurückgenommen. Das ist auch ein Beispiel, wie die Verwaltung in Konflikte eingreift, und das freut mich sehr.

Lassen Sie uns gemeinsam in den nächsten Monaten sorgsam und nachdenklich weiter schauen, wie sich das entwickelt. Wir sollten im Urlaub und in den Ferien vorsichtig sein, und dann wollen wir einmal sehen, wie es sich entwickelt. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Dann bitte ich zunächst den Stadtdirektor, zu den Erfahrungen, die wir mitgenommen haben, zu sprechen. Hier ging es ja um Schulöffnungen und darum, was dann in unserer Kompetenz liegt und was in der Kompetenz des Landes liegt. Anschließend kann die Kämmerin noch einmal darstellen, wofür wir die 45 Millionen Euro, die hier beschlossen worden sind, ausgeben. Herr Dr. Keller.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Zimmermann, wir gehen natürlich fest davon aus, dass wir diese Zahl von 50 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohnern nicht erreichen werden. Wie gesagt, liegt die Zahl heute bei 3,78. Das heißt, dass wir weit, weit davon entfernt sind. Wir hoffen, dass es so bleibt, und tun auch alles dafür, was wir können, dass es so bleibt, damit uns neuerliche Einschränkungen erspart bleiben.

Ich gehe auch fest davon aus, dass wir das in Köln hinbekommen, wenn nicht eine generelle zweite Welle bevorsteht, die uns dann auch noch einmal landesweit bzw. bundesweit trifft. Insofern wird es sicherlich nicht notwendig, dass wir hier Köln-spezifisch noch einmal Einschränkungen verhängen

müssen. Ich hoffe sehr, dass uns das erspart bleiben wird.

Wenn die Pandemie aber erneut Fahrt aufnimmt und wir landesweit wieder steigende Infektionszahlen haben, die diese Zahl von 50 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohnern übersteigen, wird auch das Land wieder agieren. Dann werden wir über die sogenannte Coronaschutzverordnung wieder landesweite Einschränkungen bekommen, die wir dann nur sehr schwer beeinflussen können.

Die Quintessenz ist, wie gesagt: Ich glaube, dass wir darum herumkommen werden, uns spezifisch für Köln etwas ausdenken zu müssen, weil wir die Infektionszahlen hier klein halten werden. Sollte das aber aufgrund der generellen Lage nicht möglich sein, sind uns wahrscheinlich auch wieder die Hände gebunden, hier ortsspezifische Restriktionen zu verhängen.

Aber natürlich fließen all die Erfahrungen, die wir in den letzten Wochen und Monaten gesammelt haben, auch in das Handeln des Landes ein. Wir versuchen uns aktuell auch dergestalt einzubringen, dass wir dem Land ein Modellprojekt vorgeschlagen haben, und zwar ein gemeinsam mit der Universität durchgeführtes Forschungsprojekt für den sicheren Schulbetrieb. Im Rahmen dieses Projektes wollen wir Erkenntnisse darüber sammeln, wie wir auch bei steigenden Infektionszahlen die komplette Schließung von Schulen und Kitas verhindern können. Wir hoffen, dass wir da zum Zuge kommen, um den Erfahrungsschatz weiter auszubauen, und haben natürlich sehr deutlich im Auge, welche Erkenntnisse wir in den letzten Wochen gewonnen haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Dr. Diemert.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen ganz kurzen Rückblick auf die diversen Maßnahmen dieser Stadt in Sachen Corona.

Zunächst eine Vorbemerkung: Wir berichten derzeit engmaschig. Insofern ist auch auf diese Frage in der Vergangenheit mehrfach im Finanzausschuss eingegangen worden. Gleichwohl wiederhole ich auch hierzu gerne die Einschätzungen der Verwaltung im Rat.

Wie Sie den diversen Mitteilungen im Hauptausschuss entnehmen können, gibt es in Zeiten von Corona eine große Breite an Maßnahmen der Verwaltung zur Unterstützung der Stadtgesellschaft, der hiesigen Wirtschaft und, und, und, die teilweise durch Umschichtungen im Haushalt finanziert werden, teilweise allerdings auch nicht mit den derzeit zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln abgebildet werden können und insoweit neue Belastungen darstellen.

Darüber ist an verschiedenen Stellen berichtet worden. Diese Berichterstattung werden wir selbstverständlich fortsetzen. Auch heute finden Sie dem Rat eine entsprechende haushaltsrechtliche Unterrichtung mit den verschiedenen Mehraufwendungen der Stadt im Rahmen eines sehr ausführlichen Berichtes vorgelegt.

Die Berichterstattung im Hauptausschuss gibt auch wieder, für welche Ziele und Zwecke Maßnahmenprogramme auf den Weg gebracht worden sind. Das ist zunächst gebündelt erfolgt, weil wir, wie Sie alle wissen, gerade zu Beginn der Pandemie hier eine sehr enge Taktung hatten und eine Beratung verschiedener Hilfsprogramme in den Ausschüssen in der Kürze der Zeit nicht möglich war. Das hat sich zwischenzeitlich geändert. Sie haben diverse Aspekte von Corona in den Fachausschüssen beraten. Das wird auch zukünftig so passieren.

Was das Gesamtvolumen angeht, können Sie auch der letzten Mitteilung für den Hauptausschuss entnehmen, dass das Volumen von 45 Millionen Euro derzeit schon weit überschritten ist, was den Aufwand und die Auszahlungen für die Maßnahmen angeht, sodass die Stadt Köln sich hier meines Erachtens nicht verstecken muss. Im Gegenteil: Die von uns ergriffenen Maßnahmen sind vielerorts beispielgebend und werden auch in anderen Städten kopiert.

So viel an dieser Stelle zu dem 45-Millionen-Euro-Rettungspaket. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Frau Diemert, vielen Dank für Ihre Ausführungen. In der Tat geht es jetzt auch gar nicht

darum - um das gleich klarzustellen -, sich irgendwie kritisch mit den Maßnahmen auseinanderzusetzen. Ganz im Gegenteil: Wir haben hier ja gemeinsam - das kann man auch an vielen Stellen nachlesen - eine ganze Menge auf den Weg gebracht, was sehr direkt und unmittelbar hilfreich - in der Kultur, in der Jugendarbeit, an ganz vielen Stellen - gewirkt hat.

Uns geht es nur darum - dafür bitte ich um Verständnis; das muss eigentlich auch das Anliegen des ganzen Rates sein -, in einer vielleicht tabellarischen Aufstellung für uns nachvollziehbar zu sehen, was denn in dieses 45-Millionen-Euro-Paket hinein abgerechnet worden ist. Wir haben natürlich ganz viele Kosten, die an zahlreichen Stellen entstanden sind. Hier geht es aber um ein Hilfspaket, das dieser Rat im Bewusstsein, dass Einrichtungen, Institutionen und Wirtschaftsakteure zusätzliche Hilfen benötigen, beschlossen hat. Alles das aufsummiert muss uns doch einmal zur Verfügung gestellt werden. Nur darum geht es.

Dass das möglicherweise gar nicht Aufgabe der Kämmerei ist, sondern vielleicht Aufgabe des Amtes der Oberbürgermeisterin, weil es am Ende ganz viele verschiedene Töpfe sind, ist uns schon klar. Aber noch einmal: Diese Aufstellung liegt bis heute nicht vor. Das macht Politik auch nicht handlungsfähig, um dies möglicherweise dann auch fortzuführen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Dr. Diemert.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Joisten, auch wenn ich Ihnen die Drucksachennummer im Moment nicht nennen kann - ich liefere sie Ihnen gerne nach -: Es hat zwei Berichterstattungen im Hauptausschuss gegeben. Sie sind zugegebenermaßen nicht tabellarisch. Aber dort finden sich die einzelnen Ausführungen und auch die Summen und die Zwecksetzungen der ergriffenen Maßnahmen für alle Dezernate abgebildet.

Es hat selbstverständlich zwischenzeitlich auch noch Weiterentwicklungen gegeben. Sie sind aber in den jeweiligen Fachausschüssen - also da, wo sie auch hingehören - referiert worden.

Diese Zusammenstellung ist aus dem Büro der Oberbürgermeisterin vorgelegt worden. Sie kann sicherlich, wenn sich wesentliche Entwicklungen ergeben, auch noch einmal fortgeschrieben werden.

Aber zwischenzeitlich sind über sämtliche weiteren Maßnahmen auch die Fachausschüsse informiert worden. Ich sehe hier also tatsächlich nicht, dass es irgendwelche Informationen gäbe, die nicht vorliegen würden. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten, die erste Mitteilung hatte die Session-Nummer 1026/2020. Sie ist einmal fortgeschrieben worden, und sie wird auch zum nächsten Hauptausschuss wieder fortgeschrieben werden, weil wir ja auch mit den Unterstützungsleistungen weiterkommen. Wir müssen sie immer wieder aktualisieren. Dafür habe ich Verständnis. Wie gesagt, ist die erste Session-Nummer 1026/2020.

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann gehe ich davon aus, dass die Sache gemäß § 5 Abs. 10 Buchstabe b zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung überwiesen wird. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird nach § 5 Abs. 10 Buchstabe c) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen an die Verwaltung überwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann können wir den nächsten Tagesordnungspunkt behandeln. Ich rufe auf:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

Tagesordnungspunkt

2.2 Schenkung von 6 Papierarbeiten des Künstlers Wade Guyton für das Museum Ludwig

0941/2020

Wer dieser Schenkung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, DIE LINKE, die FDP-Fraktion, die Ratsgruppe GUT, Herr Wortmann und Frau Gerlach. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Schenkung zugestimmt.

Ich bedanke mich sehr herzlich beim Künstler Wade Guyton für diese Schenkung.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung von 6 Papierarbeiten des Künstlers Wade Guyton mit einem Gesamtwert von insgesamt 60.000 € an das Museum Ludwig an.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke., FDP sowie der Gruppe GUT und RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

2.3 Annahme zweckgebundener Spenden von „Wir helfen - Der Unterstützungsverein von M. DuMont Schauberg e. V.“ an die Kinder- und Jugendpädagogische Einrichtung der Stadt Köln

1476/2020

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, DIE LINKE, die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion, die Ratsgruppe GUT, Ratsmitglied Wortmann und Frau Gerlach. Enthaltungen kann es ja gar nicht mehr geben. Trotzdem frage ich danach. - Keine Enthaltungen. Dann ist diese Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich sehr bei „Wir helfen“ für die Unterstützung der Kinder- und Jugendpädagogischen Einrichtung.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Schenkungen des Unterstützungsvereins „Wir helfen – der Unterstützungsverein von M. DuMont Schauberg e.V.“

- *in Höhe von 60.000 € für die Durchführung von Ferienmaßnahmen und Freizeitaktivitäten als auch für die Beschaffung von Gerätschaften, die der Freizeitgestaltung dienen und*
- *in Höhe von 120.000 € für die Beschaffung und Errichtung eines Piratenspielschiffes am Standort Brücker Mauspfad 646 im Rahmen der Sanierung und Optimierung des Standortes der Kinder- und Jugendpädagogischen Einrichtung der Stadt Köln*

mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke., FDP, AfD sowie der Gruppe GUT und RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Hier ziehen wir, wie gewünscht, folgenden Tagesordnungspunkt vor:

3.1.12 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und FDP betreffend „Resolution: Kaufhof und Karstadt gehören zu Köln“

AN/0857/2020

Hierzu hat als Erster Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe gegebenenfalls hier anwesende Kolleginnen und Kollegen von Galeria Karstadt Kaufhof, es ist wirklich eine dramatische und beunruhigende Situation für Sie als Beschäftigte des Unternehmens

Galeria Karstadt Kaufhof und weiterer Unternehmen der Signa-Gruppe; SportScheck zum Beispiel gehört hier in Köln ja auch dazu. Seit Wochen werden Sie von der Unternehmensführung im Unklaren darüber gelassen, welche Standorte und Arbeitsplätze betroffen sind.

Insgesamt müssen aktuell 8 000 Menschen in der Republik mit der bangen Frage leben, ob ihre Filialen geschlossen werden und ob sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Allein in Köln sind über 1 000 Beschäftigte von drohenden Schließungen betroffen.

Schmerzlich war für Köln bereits, dass es im vergangenen Jahr nicht gelungen ist, den Hauptsitz der neuen Galeria Karstadt Kaufhof GmbH in Köln zu etablieren. So sind schon im Zuge der Zusammenlegung von Karstadt und Kaufhof viele Arbeitsplätze in Köln verloren gegangen.

Das jetzt drohende Szenario ist erschreckend für die betroffenen Beschäftigten und ihre Familien, aber auch für unsere Stadt. Die aktuell geplanten umfangreichen Schließungen von Filialen und Logistikstandorten würden auf der einen Seite einen weiteren Verlust von zahlreichen Arbeitsplätzen und auf der anderen Seite durch Leerstände einen Attraktivitätsverlust unserer Innenstadt und auch der betroffenen Stadtteilzentren bedeuten. Ich denke dabei nicht nur an Europas einst größtes und modernstes Warenhaus mit seiner exponierten Lage am Scheitelpunkt von Hohe Straße und Schildergasse, sondern zum Beispiel auch an Nippes, wo Kaufhof neben Weiden noch einen weiteren Standort hat.

Wohin das führen kann, haben wir leider - ich habe das sehr intensiv begleiten müssen - in Porz mit der leer stehenden Hertie- und später Karstadt-Immobilie viele Jahre schmerzlich erleben müssen. Bis heute ist diese Wunde da, die dazu führt, dass eine funktionierende Innenstadt dort nicht vorhanden ist. Das muss im Sinne der Beschäftigten, aber auch zum Wohle unserer Stadt, sowohl der Innenstadt als auch der betroffenen Stadtbezirkszentren, unbedingt verhindert werden.

Nachdem die Beschäftigten bereits viele schmerzhafte Einschnitte mitgetragen haben, um ihren Beitrag zur Entwicklung einer Perspektive für die Unternehmen zu leisten, sind jetzt zuvorderst andere in der Verantwortung.

Lassen Sie mich einige aus meiner Sicht wesentliche Punkte nennen, die wir heute auch mit einer gemeinsamen Resolution bekräftigen wollen.

Zuerst muss die Firmenleitung jetzt dringend für die erforderliche Transparenz und Klarheit sorgen. Sie ist gefordert, mit Beschäftigten, Betriebsräten und Gewerkschaften zu kooperieren und ein tragfähiges Zukunftskonzept für die betroffenen Unternehmen zu entwickeln. Es kann nicht sein, dass die Beschäftigten weiterhin die Ideenlosigkeit der Manager und auch die Versäumnisse der vergangenen Jahre ausbaden müssen.

Von großer Bedeutung für die Beschäftigten ist ein zügiger Abschluss eines Sozialtarifvertrages, der Arbeitsplätze zu verträglichen Bedingungen sichert und eine Rückkehr zu tariflichen Arbeitsbedingungen gewährleistet.

Dazu sollte René Benko einen Hauptbeitrag durch zusätzliche Investitionen leisten.

Aber hier sind aus meiner Sicht auch der Ministerpräsident unseres Landes und die Oberbürgermeisterin gefordert. Sie müssen sich zeitnah um Gespräche mit René Benko bemühen und ihm seine Verantwortung als Hauptinvestor verdeutlichen, und zwar auch für die Menschen in dieser Stadt insgesamt. Als solcher muss er mit zusätzlichen Investitionen die Stabilisierung des Unternehmens und die Sicherung von Standorten und Arbeitsplätzen unterstützen. Diese Verpflichtung ist er mit dem Kauf dieser Unternehmen eingegangen.

Zur Unterstützung der Gründung einer Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft sollten wir hier gemeinsam mit unserer KölnBusiness Wirtschaftsförderung alle Möglichkeiten prüfen und umsetzen, um Fördermittel für die Transfergesellschaft lockerzumachen und zu ermöglichen.

Ich freue mich jedenfalls darüber, dass es uns doch noch gelungen ist, heute als Rat hier mit einer gemeinsamen Resolution gleich ein Signal der Solidarität an die Beschäftigten zu senden und dazu beizutragen, dass faire und zukunftsfähige Lösungen auf den Weg gebracht werden, um auch in Köln Arbeitsplätze zu sichern und die Schließung von Standorten zu verhindern.

Den Betriebsrätinnen und Betriebsräten wünsche ich im Sinne der Beschäftigten ganz viel Erfolg bei den laufenden Tarifverhandlungen und danke ihnen auch - einige von uns haben ja mit ihnen gesprochen - ganz herzlich für ihr Engagement,

das sie in den letzten Tagen und Wochen mit teils schlaflosen Nächten an den Tag gelegt haben, um sich sowohl für ihre Kolleginnen und Kollegen als auch für den Standort einzusetzen. Ein herzliches Dankeschön dafür - und ein herzliches Dankeschön an alle, die es möglich gemacht haben, dass wir es doch noch geschafft haben, hier ein Signal zu senden. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau, bitte.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist in der Tat ein wichtiges Zeichen zu setzen - ein Zeichen der Solidarität mit den Beschäftigten der Karstadt-Kaufhof-Gruppe, aber auch ein Zeichen für eine lebendige Innenstadt. Denn das ist das, was wir haben wollen. Mein Vorredner hat es gerade schon angesprochen. Wir haben in manchen Stadtbezirken die Situation, dass eine lebendige Innenstadt in den Quartieren schon vor Jahren verloren gegangen ist und wir gemeinsam politisch intensiv darum ringen, diese Lebendigkeit von einzelnen Teilzentren entsprechend wiederherzustellen.

Deshalb ist es wichtig, jetzt am Anfang einer Entwicklung, wo nicht nur die Karstadt-Kaufhof-Gruppe, sondern auch viele andere Häuser um ihre Existenz kämpfen, gemeinsam noch einmal zu überlegen: Was können wir machen? Was können wir auf allen politischen Ebenen gemeinsam auf den Weg bringen, um den Beschäftigten im Einzelhandel, aber auch den Einkaufsmöglichkeiten und damit der Lebensqualität in Köln weiterhin den Stellenwert zu geben, den sie auch aktuell haben?

Ganz besonders geht es darum, dies gemeinsam zu tun. Das ist Teil der heutigen Resolution. Ich kann auch noch einmal unterstreichen, wie gut es ist, dass wir das gemeinsam tun - nicht im parteipolitischen Klein-Klein, sondern mit der klaren Aussage, dass hier alle Kräfte zusammenarbeiten müssen. Das gilt für die Beschäftigten in den betroffenen Unternehmen genauso wie für die verantwortlichen Manager und die Eigentümer. Aber auch die öffentliche Hand ist hier gefordert, ihren Beitrag zu leisten. Gemeinsam müssen wir schauen, wie wir für die Zukunft eine stabile Situation schaffen können.

Gerade die letzten Monate in den Zeiten der Pandemie haben auch gezeigt, dass viele kleinere Häuser im Einzelhandel sehr gut verstanden haben, dass nicht nur die Präsenz für die Zukunftsfähigkeit entscheidend ist, aber auch nicht alleine der Onlinehandel. Vielmehr ist es die Kombination aus beidem, das Einkaufserlebnis auf den großen Einkaufsstraßen gepaart mit einem konkurrenzfähigen Onlinehandel. Genau daran müssen wir gemeinsam arbeiten.

Heute gilt die Solidarität speziell den Beschäftigten der Karstadt-Kaufhof-Gruppe in Köln. Es wird in der Tat zu Recht angemahnt, dass wir auch Klarheit darüber haben müssen, wie es hier weitergeht. In den letzten zwölf bzw. 24 Monaten gab es ganz unterschiedliche Signale, wie es mit dem Standort Köln weitergeht. Hier muss Klarheit geschaffen werden. Wir setzen uns natürlich alle dafür ein, dass am Standort Köln auch dieses Unternehmen weiterhin präsent ist, und zwar mit guten Arbeitsplätzen und einem guten Angebot für die Region. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank hat das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute dieses Thema auf der Tagesordnung haben, was richtig ist, sollten wir zuerst einmal über die etwas dubiose Geschäftsstrategie der Eigentümergruppe von Karstadt Kaufhof sprechen. Im Windschatten der Pandemie hat sich diese Gruppe am 1. April 2020 in ein Schutzschirmverfahren begeben, und zwar in ein Schutzschirmverfahren im Rahmen eines Insolvenzverfahrens.

Dieses Schutzschirmverfahren betrifft 170 Filialen und zahlreiche Mitarbeiter, die Insolvenzgeld erhalten, das von der Bundesagentur und nicht vom Unternehmen bezahlt werden muss. Das heißt: Hier beginnt die Eigentümergruppe bereits, ihre Lasten auf die öffentliche Hand bzw. in diesem Fall auf die Versicherungsgelder der Beschäftigten abzuwälzen.

Wie hat es denn angefangen? René Benko und die Signa Holding haben das Unternehmen mit

dem Anspruch und dem Versprechen übernommen, durch neue Geschäftsmodelle und ein neues Konzept zu einer Revitalisierung der Standorte zu kommen.

Davon ist jetzt plötzlich nicht mehr die Rede. Am 1. Juli 2020 läuft das Schutzschirmverfahren aus. Alles spricht dafür, dass die Gruppe in ein Insolvenzverfahren rutscht - mit entsprechend negativen Auswirkungen vor allem für die Beschäftigten und erst recht für die Standorte.

Insofern ist es richtig, zum heutigen Zeitpunkt darüber zu reden, aber vor allem auch ein deutliches Signal zu setzen, und zwar sowohl für den Standort Köln als auch für die anderen Standorte in der Bundesrepublik.

Diese Art der Geschäftspolitik hat ja zum Hintergrund, die höchst interessanten Immobilien in eine Verwertung zu bringen, wenn man sich dem eigentlichen Geschäft, nämlich dem Betrieb von Kaufhäusern, entledigt hat. Das steckt dahinter.

Das ist auch ein Ansatzpunkt; denn die Möglichkeiten unserer Stadt, aber auch der anderen Städte, hier einzugreifen, sind ansonsten relativ überschaubar - abgesehen von der Möglichkeit, die Solidarität mit den Beschäftigten klar und deutlich zu machen.

Wenn es aber so sein sollte, dass Karstadt Kaufhof versucht, seine Immobilienstandorte entsprechend zu platzieren, gibt es noch eine Reihe von Möglichkeiten des Planungs- und Genehmigungsrechts der Kommune, um dafür zu sorgen, dass diese Leute hier nicht machen können, was sie wollen. Darauf möchte ich an dieser Stelle doch schon einmal hinweisen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der LINKEN)

Das bedeutet im Fazit - dafür beschließen wir heute ja auch diese Resolution -: Wir drücken unsere Solidarität mit den Beschäftigten, die in eine sehr schwierige Lage gekommen sind, aus und bitten die Oberbürgermeisterin und die Verwaltungsspitze insgesamt, Gespräche mit den Eigentümern, aber auch mit der Landesregierung zu führen, um dieser Entwicklung nicht einfach zuzusehen, sondern so weit wie möglich zu intervenieren und insbesondere dieser kaltschnäuzigen Art und Weise, wie mit den Beschäftigten umgegangen wird, eine Rote Karte entgegenzuhalten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Außerdem bringen wir damit deutlich zum Ausdruck, dass man mit seinen Immobilienstandorten nicht machen kann, was man möchte.

Insofern können wir trotz der beschränkten Möglichkeiten einiges tun. Deshalb sind wir als Grüne auch dafür und unterstützen es, dass wir heute diese klare Entschließung fassen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, bevor ich meinen Beitrag leiste, möchte ich Sie auf eine kleine Änderung aufmerksam machen, die die Antragsteller vornehmen wollen. Im zweiten Absatz wird der mit den Worten „Zentraler Bestandteil“ beginnende letzte Satz gestrichen und dafür der folgende neue Satz eingefügt:

> Zentraler Bestandteil eines staatlichen Schutzschirmes sollten ein tragfähiges Zukunftskonzept für die Unternehmen und ein Sozialtarifvertrag sein, der Arbeitsplätze zu vertraglichen Bedingungen sichert und eine Rückkehr zu tariflichen Mindeststandards gewährleistet.

Das habe ich auch schon oben bei Ihnen abgegeben.

Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Liebe Kolleginnen und Kollegen von Karstadt Kaufhof! In den letzten Tagen protestierten die Beschäftigten von Karstadt Kaufhof mehrfach in der Schildergasse. Ich war vor Ort und von der Zustimmung der Kölnerinnen und Kölner bei diesen Protestaktionen beeindruckt. Sie haben die Unterschriftenlisten unterzeichnet und zum Teil auf Transparente ihren Namen geschrieben.

Es gab also eine breite Zustimmung der Kölnerinnen und Kölner. Ich glaube, dass den Kölnerinnen und Kölnern klar ist: Schließt Karstadt Kaufhof, ist das eine dramatische Entwicklung für die Beschäftigten und für die ganze Stadt.

Wir müssen parteiübergreifend eingreifen.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn der Hauptinvestor René Benko betreibt einen systematischen Ausverkauf von Kaufhäusern

und Immobilien in den Innenstädten und die faktische Zerschlagung dieser Unternehmen.

Wir haben mit den Beschäftigten von Karstadt Kaufhof gemeinsame Interessen am Erhalt der Kaufhäuser und am Erhalt der Arbeitsplätze in den Innenstädten. Deswegen müssen wir mit ihnen gemeinsam kämpfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde es gut, dass sich die Oberbürgermeisterin mit der Geschäftsführung von Karstadt Kaufhof treffen will. Noch wichtiger fände ich es aber, wenn wir als Ratsmitglieder eine Delegation bilden würden und Herrn Benko einmal besuchen würden.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht doch nicht an, dass er Kaufhäuser systematisch verkauft und Immobilien auf den Markt schmeißt. Gleichzeitig drückt er sich jetzt, wo man in das Unternehmen investieren müsste, vor diesen Investitionen.

Wir müssen jetzt einen Schutzschirm spannen. Die Beschäftigten brauchen einen Sozialtarifvertrag, der die Arbeitsplätze garantiert und tarifvertragliche Mindeststandards sichert.

Gestern waren die Kolleginnen und Kollegen im Einzelhandel noch die Heldinnen und Helden. Wir haben sie gefeiert, weil sie den Laden am Laufen gehalten haben. Auch deswegen müssen wir heute fest an ihrer Seite stehen.

Auch das Land Nordrhein-Westfalen ist gefordert. Meine Damen und Herren, ich war beeindruckt und überrascht, als die *FAZ* erst kürzlich in einem Artikel über die biedere Schweiz berichtete, dass dort die Bevölkerung entschieden hat, dass Einzelhandelsunternehmen das Recht bekommen, Mietsenkungen durchzuführen. Darüber sollten die Landesregierung und der Ministerpräsident einmal nachdenken.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen jetzt keine Lippenbekenntnisse, sondern konkrete Solidarität mit den Beschäftigten von Karstadt Kaufhof. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel, bitte.

Volker Görzel (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im vorvergangenen Februar hatten wir eine aktuelle Stunde zum Thema „Kaufhof und Ford"; Sie erinnern sich. Seinerzeit ging es darum, dass Karstadt Kaufhof beschlossen hat, die Hauptverwaltung in Köln zu schließen und nach Essen zu verlegen. Damals haben wir hier übereinstimmend verlangt, dass sämtliche Kanäle der Stadtverwaltung und auch der Stadtspitze genutzt werden, um für den Standort Köln zu werben.

Nun lernen wir, dass von Karstadt Kaufhof, nachdem sie fusioniert sind, an zehn Standorten in Köln durch ihre Betriebsräte darauf aufmerksam gemacht wird, dass die Standorte betroffen sind, darunter das Kaufhof-Flaggschiff Hohe Straße/Schildergasse; Kollege Joisten hat es eben erwähnt.

Ich frage Sie, Frau Oberbürgermeisterin: Haben Sie diese zweite Chance genutzt, um als Stimme der Stadt Köln, um als erste Bürgerin der Stadt Köln bei Herrn Benko bzw. bei Herrn Fanderl oder bei dem Sachwalter bzw. Insolvenzverwalter vorstellig zu werden und zu sagen, dass es sich nicht lohnt, den Standort Köln zu schließen? Haben Sie sich vor die Mitarbeiter gestellt und dafür geworben, dass Köln der ideale Standort ist und dass die Filialen hier laufen? - Sie haben nachher Gelegenheit, das zu beantworten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wünschen Sie einen Zwischenruf von hinten? Dann sage ich: Ja.

Volker Görzel (FDP): Wunderbar.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Zum Vorstellig-Werden gehören immer zwei. Aber telefoniert habe ich.

Volker Görzel (FDP): Frau Reker, ich freue mich sehr darauf - dafür verkürze ich auch meine Rede -, dass Sie uns von Ihren Gesprächen, soweit das nicht vertraulich ist, gleich berichten und darstellen, wie Sie sich für Köln an dieser Stelle

starkgemacht haben. Das war die zweite Chance. Ich bin gespannt.

Wir dürfen aber auch Folgendes nicht übersehen, so sehr wir von Solidarität reden: Wenn wir am Ende zu einer Sanierung kommen, wird auch die Stadt Köln als Kommune ihren Sanierungsbeitrag leisten müssen. Denn - das weiß jeder hier im Raum - als Karstadt vor zehn Jahren schon einmal in der Insolvenz war, haben wir auf round about 15 Millionen Euro Gewerbesteuereinnahmen verzichtet, um einen Sanierungsplan ans Laufen zu bekommen.

Auch in der angespannten Situation unserer Gewerbesteuerzahlen - Frau Diemert hat sie ja diese Woche offengelegt - müssen wir als Kommune hier also einen Beitrag leisten. Das sollte uns heute klar werden. Der Sanierungsbeitrag der Stadt Köln wird ebenfalls verlangt.

Last, but not least: Morgen um die gleiche Zeit wird die Belegschaft von Karstadt Kaufhof wissen, wohin die Reise geht. Morgen Mittag - Sie wissen das; Sie haben es wahrscheinlich eben gelesen - wird die Insolvenzverwaltung bzw. der Sachwalter das Sanierungskonzept von Karstadt Kaufhof verkünden. Momentan werden wohl die letzten Feinheiten verhandelt. Das höre ich aus entsprechenden Kreisen.

Ich möchte, dass, wenn hier noch die Möglichkeit besteht, von diesem Rat heute das Signal ausgeht: Liebe Karstadt-Kaufhof-Leute, liebe Belegschaften, Köln ist der ideale Standort. Wir wollen alles tun, damit ihr das hört. Wir brauchen Kaufhof, Karstadt und SportScheck hier in Köln.

Nachher werden wir ja im Rahmen eines weiteren Antrags darüber nachdenken, wie wir es gemeinsam schaffen, unsere Innenstadt zu attraktivieren. Dann wird das vielleicht noch etwas. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich frage erst einmal, ob es noch weitere Wortmeldungen gibt oder ob ich sofort dazu Stellung nehmen darf. - Dann tue ich das.

Ich habe gestern gemeinsam mit Herrn Dr. Janssen und Herrn Josipovic von der Wirtschaftsförderung und unserem Amtsleiter für Personal- und Verwaltungsmanagement, Herrn Wagner, ein Gespräch mit den Gesamtbetriebsräten geführt. Dabei waren Betriebsräte von Kaufhof, Karstadt, Karstadt Sports, aber auch des Logistikzentrums in Porz. Das waren also, denke ich, Vertreter der wichtigsten Standorte.

Ich habe dort einfach einmal eruiert: Wie weit ist die Situation? - Leider konnte man mir nur sagen, dass die Informationen sehr langsam kommen und auch nicht wirklich aussagekräftig sind.

Es war eine Gewerkschaftssekretärin von ver.di dabei. Heute hat auch ein Gespräch - das weiß ich von dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages - mit ver.di über den Fortgang der Angelegenheit stattgefunden. Die Schließungen sind wohl nicht vom Tisch. Darüber soll morgen informiert werden. Das ist für die Kolleginnen und Kollegen, die gestern bei mir waren, das größte Problem, weil sie sehen, dass mit der Schließung automatisch auch der Arbeitsplatzverlust verbunden ist.

Wir haben jetzt Namen identifiziert, wer, wenn Herr Dr. Fanderl und Herr Benko nicht zur Verfügung stehen - sie sind für mich derzeit nicht zu erreichen -, sonst infrage käme. Darüber habe ich gestern gesprochen. Da haben wir Namen identifiziert, und ich versuche, die Kontakte herzustellen.

Der Städtetag hat - Bürgermeister Wolter und ich waren dabei - vor ungefähr 14 Tagen eine Sitzung mit einem entsprechenden Tagesordnungspunkt gehabt, weil ja viele Städte davon betroffen sind. Wir kümmern uns natürlich in erster Linie um Köln. Es sind aber viele Städte davon betroffen, sodass auch der Städtetag sich da starkmacht und für den Fortgang der Angelegenheit sorgt.

So, wie ich heute gehört habe, sollen die Mietreduzierungen - - Es hat ein Schreiben gegeben, in dem die Vermieter aufgefordert wurden, ihre Miete auf 20 Prozent - also nicht um 20 Prozent, sondern auf 20 Prozent - des Mietzinses zu reduzieren. Das soll wohl vom Tisch sein. Aber morgen finden dazu Gespräche des Deutschen Städtetages mit ver.di und dem Generalbevollmächtigten statt, sodass ich morgen wieder ein bisschen mehr weiß.

Wichtig ist, dass wir weiterhin mit den Betriebsräten und Gesamtbetriebsräten im Gespräch bleiben. Das haben wir zugesagt.

Wichtig ist auch, dass wir signalisiert haben: Auch bei der Stadt Köln gibt es einige Hundert zu

besetzende Stellen. - Wenn dann der Fall eintritt, muss man sich auch darüber Gedanken machen, wer infrage kommt und wie man umschulen kann. Alles das gehört jetzt zu einem solchen Auffangprogramm dazu.

Ich unterrichte Sie weiterhin gerne. Ich will da in engem Kontakt bleiben. Wir wollen eigentlich alle, auch die Wirtschaftsförderung, in engem Kontakt bleiben. Ich unterrichte Sie gerne, wenn es da etwas Neues gibt.

Uns ist natürlich allen klar, was das für unsere Innenstädte bedeutet und was das auch für Nippes bedeutet. Über den Standort Schildergasse/Hohe Straße hinaus sind ja noch andere Standorte betroffen, die übrigens auch - das sollten wir nicht vergessen - Lebensmittel vertrieben haben und uns in den letzten Monaten am Laufen gehalten haben. - So viel dazu.

Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, schlage ich Ihnen Folgendes vor: Das ist ja kein wirklicher Änderungsantrag, sondern ein Ergänzungsantrag dahin gehend, den Ursprungsantrag durch den Satz, der im zweiten Absatz als letzter Satz eingefügt werden soll, noch genauer zu spezifizieren. Ich lese diesen Satz noch einmal vor:

> Zentraler Bestandteil eines städtischen Schutzschirmes sollten ein tragfähiges Zukunftskonzept für die Unternehmen und ein Sozialtarifvertrag sein, der Arbeitsplätze zu vertraglichen Bedingungen sichert und eine Rückkehr zu tariflichen Mindestbedingungen gewährleistet.

Ob es möglich ist, städtisch - -

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Staatlichen!)

- Ach, staatlichen; alles klar. Dann ist es gut. Das haben wir hier falsch aufgeschrieben. Ich habe mich schon gewundert. Ich wollte nämlich sagen: Einen Sozialtarifvertrag können wir mit ihnen nicht schließen. Alles andere können wir ja versuchen. Aber das wird nicht gelingen. - Okay. Alles gut. Wunderbar.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen, und der Ursprungsantrag hat sich erledigt.

(Beifall)

I. Abstimmung über den mündlichen Ersetzungsantrag (Änderung im 2. Satz) Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln fordert die Firmenleitung/Sachwalter auf, Transparenz und Klarheit zu schaffen. Das erwarten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch die Öffentlichkeit. Zentraler Bestandteil eines staatlichen Schutzschirmes sollte ein tragfähiges Zukunftskonzept für die Unternehmen und ein Sozialtarifvertrag sein, der Arbeitsplätze zu vertraglichen Bedingungen sichert und eine Rückkehr zu tariflichen Mindestbedingungen gewährleistet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Der Ursprungsantrag hat sich damit erledigt.

Anmerkung:
Mündlicher Änderungsantrag von RM Detjen im Namen aller Antragsteller.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend „Leitbild für die Zukunft der Handelslagen in der Kölner Innenstadt - Chancen für die Stadt“

AN/0780/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0829/2020

Ich rufe Herrn Kienitz auf. Er hat als Erster das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema, ein Leitbild für die Zukunft der Handelslagen in der Kölner Innenstadt festzulegen, hat das Haushaltsbündnis, bestehend aus CDU, Grünen, FDP und Ratsgruppe GUT, bereits im Rahmen der Haushaltsplanberatungen bewegt.

In der gerade geführten Diskussion wurde in Teilen schon angerissen, worum es eigentlich geht.

Was den Einzelhandel betrifft, ist Köln ja vielfältig geprägt und hat mit seinen großen Kaufhäusern in der Innenstadt auch eine lange Tradition. Die aktuellen Entwicklungen zeigen aber, und zwar nicht nur am Beispiel Kaufhof, sondern auch global, welchen Trends wir unterliegen. Insofern müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass es nicht nur durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie, sondern auch durch ein verändertes Einkaufsverhalten - beispielsweise führt die Digitalisierung zu Umsatzverschiebungen ins Internet - zu Leerständen usw. kommt.

Daher stellt sich die Frage: Wie wollen wir mit unseren zentralen Handelslagen in den nächsten Jahren umgehen, und welche Rahmenbedingungen können wir als Kommune miteinander diskutieren, festlegen und beschließen, um gegebenenfalls auch eingreifen zu können und andere Nutzungen in die Stadt zu bringen, damit wir nicht die Effekte fortschreiben und verstärken, die sich teilweise schon andeuten.

Darum geht es in diesem Antrag. Das Ziel des Antrages ist die Entwicklung eines entsprechenden Leitbildes. Das Verfahren ist im Haushalt schon mit 200 000 Euro hinterlegt.

Die Karstadt-Kaufhof-Diskussion zeigt im Grunde genommen, dass es dringend nötig ist, auf diese ganzen Trends als Kommunalpolitik zu reagieren; denn dort können wir tatsächlich gestalten. Wir haben gerade appelliert. Wir können als Kommune aber dort gestalten - Kollege Frank hat das gesagt -, wo es um Baurecht, um Umgestaltung und um den öffentlichen Raum geht.

Deswegen sollten wir in einen Prozess einsteigen, der mit allen Akteuren zusammen vorangetrieben wird, nämlich der Politik, der Verwaltung und den Vertreterinnen und Vertretern der Handelsverbände. Vor Ort gibt es genügend Ideen und Initiativen, die diese Themen mit sehr viel Herzblut vorangetrieben haben.

Das greifen wir in dem Punkt 4 noch einmal auf. In einem ersten Schritt geht es natürlich um die Handelslagen Hohe Straße und Schildergasse im Zentrum. In einem zweiten Schritt wird es aber auch um die Zentren in unseren Veedeln gehen.

Deswegen ist unsere herzliche Bitte, diesen Antrag mitzutragen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank hat das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies ist tatsächlich ein Anliegen des politischen Haushaltsbündnisses. Denn die Entwicklung der Innenstadt im Hinblick auf ihren Einzelhandel ist schon seit etwa 20 Jahren sehr volatil, aber vor allem auch sehr instabil.

Ich erinnere daran, wie eine vielfältige und kreative Straße wie die Ehrenstraße sich entwickelt hat. Der Ausgangspunkt war die Schließung des Kinos Broadway im Jahre 2001, weil der Eigentümer so geldgierig war, dass er gesagt hat: Das Kino schmeiße ich raus; da findet sich sicherlich ein Filialist, der mehr bezahlt. - Das war der negative Startpunkt, der dazu geführt hat, dass diese Straße Stück für Stück den inhabergestützten Einzelhandel verloren hat und die üblichen Filialisten eingezogen sind, die man in jeder Großstadt findet. So etwas ist dann ziemlich uniform und langweilig. - Das ist das erste Beispiel.

Das zweite Beispiel ist die Hohe Straße, die, um es einmal diplomatisch zu formulieren, ein deutliches Downgrading erfahren hat oder, um es ganz salopp zu sagen, jede Menge Ramschläden hat.

Damit nehmen insgesamt die Qualität, aber auch die Attraktivität der Innenstadt in einer Großstadt sehr deutlich ab. Das ist für Köln keine gute Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund ist diese Initiative zu verstehen, sich mit den unterschiedlichen Entwicklungen der wesentlichen Einkaufsstraßen in der Kölner City zu beschäftigen, zu versuchen, hier zu Handlungsempfehlungen zu kommen, und dies auch im Rahmen eines entsprechenden Werkstattverfahrens dann handlungsorientiert zu diskutieren.

Die Stichworte sind bekannt: der demografische Wandel, das veränderte Einkaufs- und Mobilitätsverhalten der Kunden und natürlich die Zunahme des Onlinehandels. Das sind die Punkte, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen.

Ein Beitrag, den die Stadt sicherlich leisten kann, ist die Aufwertung des öffentlichen Raums. Das schafft tatsächlich eine andere und bessere Qualität. Da haben wir sehr viele Möglichkeiten.

Eine andere Möglichkeit ist, Immobilien- und Standortgemeinschaften zu bilden. Dazu haben wir die gesetzliche Grundlage. Es ist in Köln auch schon zweimal gemacht worden. Dafür müssen allerdings dicke Bretter gebohrt werden. Aber auch das ist ein Instrument, das wir kommunal beeinflussen können.

Auch der Deutsche Städtetag hat sich damit beschäftigt. Er hat dazu eine Tagung veranstaltet und auch Untersuchungen durchgeführt. Deshalb will ich abschließend aus einer Entschließung des Städtetages zitieren. Dort heißt es,

> dass auch zukünftig die Nutzungsmischung und soziale Vielfalt im Sinne des Leitbilds der Europäischen Stadt Grundlage für Überlegungen zur Zukunft von Stadt und Handel bildet. Ein lebendiger und zukunftsfähiger stationärer Einzelhandel in den zentralen Versorgungsbereichen trägt maßgeblich hierzu bei. Entsprechend müssen sich alle an der Stadtentwicklung beteiligten Akteure gemeinsam für die Innenstädte, Stadtquartiere und -zentren starkmachen und die Daseinsvorsorge vor Ort sichern.

Deutlicher kann man es nicht sagen. Das ist die Aufgabe. Diese Aufgabe verbindet sich auch mit der Umsetzung dieses Antrags. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer möchte in diesen Tagen insbesondere vor dem Hintergrund der eben durchgeführten aktuellen Stunde etwas gegen die Attraktivierung der Innenstadt sagen? Niemand. Insofern ist es vollkommen richtig und wichtig, dass wir dieses Thema jetzt in Angriff nehmen und hier ebenfalls ein Signal aussenden. Die Nachricht muss lauten: Ja, wir haben verstanden.

Wir müssen dafür sorgen, dass Köln das ist, als das ich es auch einmal kennengelernt habe. Ich komme, wie vielleicht einige wissen, aus einer wunderschönen Gegend 80 Kilometer von hier. Da ist man nach Köln zum Einkaufen gefahren; da war Köln Einkaufsstadt. Damals gab es die Ehrenstraße noch gar nicht, Herr Frank. Jedenfalls war sie noch nicht so hip, als ich zum ersten Mal nach Köln gefahren bin. Damals fuhr man zu Saturn. Dort gab es nämlich die größte Plattensammlung der Welt. Wir brauchen also irgendeinen Anker, irgendein tolles Ziel, irgendeine Attraktion hier in Köln.

Meine Fraktion verbindet mit diesem Antrag, dass wir genau nach diesen Leuchttürmen und nach diesen Attraktionen suchen. Natürlich will niemand die vierte KiK-Filiale oder den fünften Handyladen auf der Hohen Straße oder auf der Schildergasse. Vielmehr brauchen wir das etwas Heraushebende, auch das städtebaulich Heraushebende.

Gleichwohl dürfen wir nicht vergessen, dass es auch Stellschrauben gibt, die wir in der Hand haben. Ich sage zum Beispiel: Wir müssen dafür Sorge tragen, dass, wenn denn eines Tages wieder Weihnachtsmärkte stattfinden, diese ein hohes qualitatives Niveau haben.

Zur allgemeinen Überraschung füge ich hinzu: Wir müssen natürlich auch dafür sorgen, dass die Touristen leicht und einfach in die Innenstadt kommen. Denn wenn wir sie irgendwo am Stadtrand abladen und umständlich in die Innenstadt bringen, dann fahren sie lieber nach Bonn oder Koblenz. Diese Städte machen es ihnen nämlich leicht.

(Beifall bei der FDP)

Gerade haben wir über die Betriebsräte von Karstadt Kaufhof gesprochen. Letzten Freitag hatte ich mit ihnen eine Videokonferenz. Im Übrigen habe ich ihnen auch die E-Mail-Adresse der Wirtschaftsförderung gegeben. - So viel dazu.

Die Betriebsräte gerade von Karstadt Kaufhof sagen eindeutig: Wir brauchen auch Konzepte, wie wir Veranstaltungen in die Innenstädte holen und - böses Wort - verkaufsoffene Sonntage durchführen können. - Denn die verkaufsoffenen Sonntage sind nach aktueller Rechtslage an Anlässe gebunden. Einstweilen gibt es gar keine Anlässe, zu denen verkaufsoffene Sonntage stattfinden können.

Ich freue mich jetzt schon auf die Diskussion, die wahrscheinlich im Herbst stattfindet, wenn wir diesem Wunsch der Einzelhändler in Köln entsprechen wollen. Auch das gehört zur 360-Grad-Schau dazu.

Lassen Sie uns also von hier aus das Signal senden, dass Köln Einkaufsstadt ist, Einkaufsstadt bleiben möchte und alles dafür tut, dass diese

Strahlwirkung als Einkaufsstadt erhalten bleibt. Dann sind wir auf einem guten Weg. Deshalb ist das Geld in diesen Antrag gut investiert. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten.

(Christian Joisten [SPD]: Ach so! Es gab ja noch einen Antragsteller!)

- Wenn sich keiner meldet. Ich habe keine Meldung erhalten.

Christian Joisten (SPD): Gut. Jetzt war nur die Frage, ob der vierte Antragsteller noch redet. Aber das tut er nicht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein. Ich habe hingeguckt. Es gab aber keine Meldung.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man kann hier natürlich nahtlos anschließen, sowohl an das vorherige Thema unserer Tagesordnung als auch an die Reden der Vorredner. Wir verkennen ja auch nicht - das will ich an dieser Stelle durchaus einmal betonen, weil es von vielen in diesem Raum häufig anders gesehen wird -, wenn es gute Anträge gibt, die das Haushaltsbündnis einbringt. Und dass hier ein entsprechender Bedarf besteht, ist auch schon vorhin in unseren Reden zur Situation bei Karstadt Kaufhof sehr deutlich geworden.

Es ist bereits vieles gesagt worden. Deswegen will ich mich auf wenige Punkte konzentrieren.

Dass wir hier eine lange Geschichte haben und deswegen als Handelsstadt und Einkaufsstadt - so hat es Volker Görzel gerade noch einmal betont - auch eine Perspektive entwickeln müssen, ist, glaube ich, unstrittig.

Wir müssen aber auch gemeinsam feststellen: Sowohl der Handel als auch die Eigentümer der Immobilien als auch wir als Kommune haben dieser Entwicklung, die ja schon lange erkennbar ist, in den letzten Jahren vielleicht zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Deswegen sind wir schon heute in der Situation, dass wir auf der Hohen Straße Leerstände und aus einer qualitativen Sicht Fehlbelegungen haben. Die Leerstände führen am Ende auch nicht zu einer Attraktivierung, sondern zu einem Downgrading, wie es hier schon beschrieben wurde.

Spätestens nach dem Katalysatoreffekt des Lockdowns und den zusätzlichen Belastungen für den Einzelhandel ist es völlig richtig, auch hier zu handeln. Das heißt aber - auch das ist heute schon gesagt worden; ich will es allerdings noch einmal unterstreichen -, als Stadt am Ende auch wirklich Verantwortung in die Hand zu nehmen und aktiv zu werden. Da besteht, glaube ich, wie heute hier an verschiedenen Stellen deutlich geworden ist, noch der eine oder andere Nachholbedarf.

Nachholbedarf gibt es nämlich sowohl beim Lobby-Machen für bestimmte Interessen dieser Stadt als auch beim Umsetzen in kommunales Handeln, wenn es um Satzungsrecht geht, aber auch darum, einmal zu überlegen - jetzt werde ich ganz kühn -, ob wir nicht auch Immobilien mehr sichern müssen, um diesem Mietwahnsinn entgegenzuwirken.

Warum haben wir denn die Leerstände? Doch deshalb, weil die Mietpreise sich in Höhen entwickelt haben, bei denen selbst zahlungskräftige Filialisten nicht mehr mitkommen und der kleine Einzelhändler hier in Köln überhaupt keine Chance hat.

Insofern muss die Kommune da möglicherweise zukünftig auch Verantwortung für Immobilien übernehmen. Auch das darf bei einer solchen Leitbildentwicklung nicht ausgeschlossen sein. Ich will ausdrücklich dazu ermuntern, sich auch darüber Gedanken zu machen.

Letztendlich ist es wichtig, dass wir uns klarmachen: Nur wer sich aktiv einbringt, kann die Zukunft gestalten. Die Zukunft unserer Stadt liegt zwar nicht nur, aber eben auch im Handel. Das war unsere Geschichte, und das wird auch in Zukunft unsere Geschichte sein.

Insofern wird die SPD-Fraktion diesem Antrag hier zustimmen.

Die SPD kann auch - das will ich an dieser Stelle sagen - mit dem Änderungsantrag der LINKEN sehr gut leben. Das ist eine gute Ergänzung.

Damit können wir heute noch ein zweites starkes Signal an den Einzelhandelsstandort Köln senden, wenn wir das hier mit breiter Mehrheit beschließen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir können ebenfalls Ihrem Antrag zustimmen, sind aber der Meinung, dass wir ihn an bestimmten Punkten ein bisschen schärfen und aktualisieren sollten.

Deswegen möchten wir den Gedanken der Mietpreisentwicklung noch als letzten Spiegelstrich unter Punkt 1 einfügen.

Denn wir müssen die Mietpreisentwicklung in den 1A-Lagen und in den 1B-Lagen sowie deren Einfluss auf das Wechseln von Mietern deutlich mit in die Betrachtung einbeziehen. In den 1B-Lagen verteuerten sich die Mieten seit 2014 bundesweit um 50 Prozent. Das ist ein sehr starker Anstieg. In den 1A-Lagen liegen die Mietpreise in der Innenstadt inzwischen bei circa 250 Euro. Das ist schon heftig.

Durch diese Steigerung der Mietpreise kommt es zu einem besorgniserregenden Wechsel unter den Akteuren. Das ist zum Teil schon angesprochen worden. Es muss auch nicht immer vorteilhaft sein, wenn dann irgendwelche Ketten dort ihre Läden aufmachen.

Insofern bitten wir darum, unseren Änderungsantrag vonseiten der Antragsteller zu übernehmen; denn wir müssen in diesem Prozess die Mietpreisentwicklung mit in die Betrachtung einbeziehen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, DIE LINKE, Herr Wortmann und Frau Gerlach. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse über den Ursprungsantrag abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag Beschluss:

in Ziff.1 ist nach dem 5. Spiegelstrich ein weiterer einzufügen:

- *Entwicklung der Mietpreise je Quadratmeter (auch in 1b-Lagen) und deren Einfluss auf die Mieterwechselfrequenz, sowie die Leerstandshäufigkeit und - dauer, sowie die daraus resultierende Veränderung der Angebotsstruktur.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., von RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II. Abstimmung über den Ursprungsantrag:

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung,

1. ein Konzept für die Entwicklung eines Leitbildes für die Handelslagen in der Innenstadt zu entwickeln. Dazu sollen folgende Aspekte besondere Berücksichtigung finden:

- *Entwicklungschancen insbesondere der Einkaufsstraßen Hohe Straße, Schildergasse, Breitestraße, Ehrenstraße und Mittelstraße,*
- *Möglichkeiten für Umnutzungen und funktionale Neuausrichtungen,*
- *Chancen zur Integration von stationärem und Online-Handel,*
- *verändertes Einkaufs- und Mobilitätsverhalten,*
- *Struktur der aktuellen Immobilieneigentümer,*
- *Bedeutung der innerstädtischen Handelslagen für den Städtetourismus,*

- *Verbesserung der Aufenthaltsqualität in den Handelslagen.*

2. *im Rahmen eines Werkstattverfahrens die Beteiligung und Expertise der Fachöffentlichkeit bei der Entwicklung des Leitbildes für die innerstädtischen Handelslagen sicherzustellen. Dabei sind auch die Erkenntnisse aus der Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts (EHZK) einzubringen.*

3. *auf der Grundlage des Leitbildes Perspektiven für die kurz- mittel- und langfristige Veränderungen in den einzelnen Handelslagen zu entwickeln und der Politik konkrete Handlungsempfehlungen vorzulegen.*

4. *Anschließend ist Konzept für die Entwicklung eines Leitbildes in den Bezirkszentren zu entwickeln. Dazu sollen aktuelle Analysen der Haupteinkaufsstraßen in den Bezirken für eine zukünftige Entwicklung einbezogen werden.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „VHS und Sprachraum nicht gegeneinander ausspielen: Integration und Weiterbildung im VHS-Studienhaus am Neumarkt wieder ermöglichen“

AN/0778/2020

Als Erstem gebe ich Herrn Philippi das Wort.

Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Am 5. Juni 2020 war Ministerpräsident Armin Laschet in Köln. Er hat sich im Gesundheitsamt, auch in den Räumlichkeiten der Volkshochschule, über das Infektionsschutzkonzept der Stadt Köln informiert und dieses als sehr vorbildlich bezeichnet. Das ist zunächst einmal sehr erfreulich und gut.

Ich gehe aber davon aus, dass er nicht gewusst hat, dass die Nutzung der Räumlichkeiten im Studienhaus inzwischen zu einer erheblichen Blockade des Bildungsauftrages der VHS geführt hat. Was zu Beginn der Pandemie wegen der räumlichen Nähe zum Gesundheitsamt durchaus Sinn gemacht hat, geht inzwischen voll zulasten des Kursangebotes der Volkshochschule.

Rund 40 Prozent des Angebotes stehen derzeit nicht mehr zur Verfügung. Für nahezu 40 000 Kundinnen und Kunden der VHS bedeuten die fehlenden Räumlichkeiten den Totalausfall ihrer Kurse. Besonders schwerwiegend ist das für alle Menschen mit Migrationshintergrund oder Geflüchtete, die an Integrations- oder Deutschkursen zur Verbesserung ihrer Sprachkompetenz teilnehmen.

In besonderer Weise ist der als offener Lernort stark frequentierte Sprachraum im Erdgeschoss des Studienhauses betroffen. Dieser Sprachraum wurde vor knapp fünf Jahren von der Stadtbibliothek im Einvernehmen mit der VHS als Treffpunkt für den interkulturellen Austausch eingerichtet. Ehrenamtlich tätige Kölnerinnen und Kölner bieten in enger Abstimmung mit der Stadtbibliothek dort zum Beispiel themenbezogene Beratungen oder Hausaufgabenhilfe an.

Der Sprachraum und dessen Nutzung war und ist ein Vorzeigeprojekt für erfolgreiche Integrationsarbeit in unserer Stadt. Nunmehr entwickelt sich leider wegen der Raumnot und der schwierigen Raumsituation ein Konflikt zwischen der Stadtbibliothek und der VHS über die Nutzung des Sprachraums.

An dieser Stelle möchten wir als SPD-Fraktion deutlich machen: Es darf kein gegenseitiges Ausspielen von Einrichtungen geben, die sich dem gemeinsamen Ziel einer erfolgreichen Integrationsarbeit hier in unserer Stadt widmen.

(Beifall bei der SPD)

Nicht zu guter Letzt, weil wir ja später unter Tagesordnungspunkt 3.1.4 noch ein zweites Mal zur VHS kommen, sage ich: Wir brauchen Klarheit, Transparenz und vor allem Sicherheit für die circa 900 Beschäftigten in der Kölner Volkshochschule.

Meine Damen und Herren, vor gut einem Jahr haben wir gemeinsam das 100-jährige Jubiläum der Kölner VHS gefeiert. Wir können es uns jetzt nicht leisten, die bundesweit zweitgrößte kommunale Bildungseinrichtung im Regen stehen zu lassen. Es muss doch möglich sein, dass für das Gesundheitsamt nach dem Ende der Zuspitzung der

Pandemie andere räumliche Unterbringungsmöglichkeiten gefunden werden.

Wir fordern in diesem Antrag, dass spätestens zum Start des Herbstsemesters alle Räumlichkeiten im Studienhaus wieder zu Unterrichtszwecken genutzt werden können, die VHS ihrem Bildungsauftrag wieder vollumfänglich nachkommen kann und die ursprüngliche Nutzung des Sprachraums vollständig wiederhergestellt wird.

Ich bitte Sie herzlich um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, nachdem der Antrag begründet worden ist, schlage ich vor, dass die Verwaltung den Sachstand darstellt. - Herr Greitemann, bitte.

Beigeordneter Markus Greitemann: Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Philippi, diese Sorge hat uns genauso umgetrieben. Seit dem Beschluss im Krisenstab haben wir intensiv gesucht. Wir sind auch fündig geworden. Das heißt, dass Ihr Antrag, vor dem ich höchsten Respekt habe, im Prinzip obsolet ist. Denn wir haben eine Liegenschaft im direkten Umfeld des Doms gefunden.

Wir hatten mehrere Unterbringungsalternativen überprüft, und zwar auch in die Richtung, die VHS in anderen Räumen unterzubringen. Universität, Fachhochschule, Technische Hochschule und alle diese Dinge haben wir abgeprüft, auch die Unterbringung in eigenen Räumen. Das ist leider nicht möglich. Es ist schwieriger, als neue Büroräume zu finden.

Parallel haben wir neue Büroräume gefunden. Diese Büroräume hat das zentrale Raummanagement mit den Dezernaten I, IV und V und mir persönlich komplett gescannt. Wir haben einen Alternativvorschlag für die Unterbringung des Kontaktmanagements aus dem Amt 53 im Bankenviertel.

Das Mietobjekt möchte ich in der öffentlichen Sitzung bitte nicht nennen, weil die Mietverträge gerade vorbereitet werden. Dort können Flächen für bis maximal 200 Personen bereitgestellt werden. Dabei können wir flexibel einmieten oder ausmieten. Die Anmietdauer ist zwischen zwölf und 18 Monaten geplant.

Parallel wird aber eine mittelfristige bzw. längerfristige Unterbringung für das Kontaktmanagement gesucht, sodass wir da auch absolut sicher sind und dann, wenn der Mietvertrag nach der Kürze der Zeit von zwischen zwölf und 18 Monaten ausläuft, eine mittelfristige Lösung haben.

Die Wirtschaftlichkeit der Anmietung ist aus Sicht der Verwaltung vor dem Hintergrund der ordnungsbehördlichen Aufgabenstellung insbesondere des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung gegeben.

Daher kann ich Ihnen sagen, dass wir wahrscheinlich auch schon vor dem Herbst klar sind und dann das Studienhaus wieder für die VHS nutzen können.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Greitemann. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Philippi.

Franz Philippi (SPD): Herr Greitemann, vielen Dank. Grundsätzlich sind das ja zunächst einmal sehr positive Nachrichten. Können Sie denn vielleicht etwas Genaueres zum Zeitpunkt des Umzuges sagen? Wann könnte er stattfinden?

Beigeordneter Markus Greitemann: Zwar haben wir die Mietverträge noch nicht unterzeichnet. Unser Ziel ist aber, noch in diesem Sommer, also in den nächsten zwei Monaten, dies hinzubekommen, so dass die VHS-Räume frei gezogen werden. Dann muss natürlich - dazu könnte Herr Voigtsberger eher etwas sagen - der gesamte Betrieb erst wieder anlaufen. Wir müssen die Räume vorbereiten etc. Wir denken aber, dass wir das vor dem Herbst, also vor dem Termin, den Sie sich auch in Ihrem Antrag wünschen, hinbekommen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Lassen Sie mich das noch kurz ergänzen. Wir wissen ja, wann die VHS mit ihrem Programm startet. Das muss natürlich das Ziel sein. Aber das kann nur erreicht werden, wenn wir auf der Gegenseite - - Sonst kann es zu einer Verzögerung kommen. Das wollen wir natürlich nicht. Deshalb werden wir das als Zielmarke nehmen.

Franz Philippi (SPD): Ich interpretiere das jetzt so, dass die Punkte 1 bis 3 unseres Antrags von Ihnen auf den Schirm genommen werden und dass das bis zum Herbst erledigt ist. Dann ziehen wir unseren Antrag zurück; denn in der Sache ist er erledigt. Ich wünsche Ihnen gutes Gelingen dabei.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank.

Die antragstellende Fraktion zieht den Antrag zurück.

Anmerkung:
Der Antrag wurde nach den mündlichen Erläuterungen von Herrn Beigeordneten Greitemann zurückgezogen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Für einen beschleunigten ÖPNV-Ausbau Doppelplanungen beenden und Ost-West-Achse oberirdisch ausbauen!“

AN/0771/2020

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0848/2020

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT

AN/0837/2020

Ich gebe zunächst Herrn Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Pandemie zwingt uns, Prioritäten zu setzen. Das gilt auch und vielleicht sogar insbesondere bei Investitionen. Statt zu spekulieren, ob wir für einen Tunnel in der Innenstadt Zuschüsse bekommen, sollten wir die sicheren Zuschüsse für den oberirdischen Ausbau von Bund und Land in Anspruch nehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit 250 Millionen Euro Investitionen beim oberirdischen Ausbau könnten wir die regionale Wirtschaft in dieser Krise stützen. Bei einem Tunnel würden nur spezialisierte Großkonzerne überhaupt infrage kommen, ohne einen Bezug zur regionalen Wirtschaft, die damit leer ausginge.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört! - Niklas Kienitz [CDU]: Schweine!)

- Nein, nicht „Schweine“, sondern einfach Interessenskonflikte; das ist ein Unterschied. Auf Interessenskonflikte muss man in einer Krise besonders klug reagieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Da muss man auch einmal umdenken und flexibel sein.

Außerdem, meine Damen und Herren, dürfen wir das städtische Personal nicht weiter mit unnützen Doppelplanungen belasten. Das Personal wird für reale Projekte gebraucht, die auch tatsächlich umgesetzt werden können.

Mit der Pandemie ist der ÖPNV leider in die Krise geraten. Auch deshalb muss das Angebot schnell besser werden. Wir brauchen den zügigen Ausbau des oberirdischen Stadtbahnnetzes. Wir brauchen die erste rein rechtsrheinische Stadtbahn von Flittard über Deutz und Poll nach Porz.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen endlich die Stadtbahnanbindung von Neubrück. Wir brauchen eine Stadtbahn für Widdersdorf. Wir brauchen eine Schienenanbindung für die Dörfer im Kölner Norden. Wir brauchen eine Schienenanbindung für Rondorf Nord-West und den Kölnberg. Ebenso brauchen wir endlich die Verlängerung der Linie 7 in Porz. Auf diese Maßnahmen, meine lieben Damen und Herren, warten die Kölnerinnen und Kölner seit Jahrzehnten. Auf einen Tunnel in der Innenstadt warten sie keinen Tag. Das wissen Sie auch.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, es ist mir jetzt doch ein besonderes Anliegen, Sie hier persönlich anzusprechen. Wir wollen Ihnen heute einen kleinen Freundschaftsdienst anbieten. Sie können Ihrer Wählerschaft mit Blick auf den 13. September zeigen, wo Sie stehen. Kämpfen Sie mit uns für den oberirdischen Ausbau des

ÖPNV! - Haben Sie herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Pöttgen das Wort.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin den Kolleginnen und Kollegen der LINKEN dankbar, dass wir heute noch einmal die Gelegenheit haben, über die Ost-West-Achse zu sinnieren. Ich finde es allerdings spannend, dass Sie das mit Corona begründen; das muss ich ehrlicherweise sagen. Denn mit der Krise Politik zu machen, finde ich, ist kein guter Ratgeber an dieser Stelle.

Die Fragen, über die wir 2018 diskutiert haben, waren ja: Kommt der Tunnel unter den Rhein oder nicht? Ändern sich die Förderrichtlinien? Kommt das Geld?

Ich habe - ich finde es ganz schön, Lino, dass du direkt vor mir sitzt - noch gut den Fraktionsgeschäftsführer der Grünen in den Ohren, der sagte, na ja, wenn das Geld da wäre, dann wären wir ja nicht dagegen; denn eigentlich ist es sinnvoll, den Tunnel unter dem Rhein zu bauen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Einen!)

- Einen Tunnel unter den Rhein. Das ist die Brücke für gleich, vielen Dank.

Genau daran anknüpfend möchte ich noch einmal reflektieren: Was ist denn in den vergangenen 18 Monaten tatsächlich passiert, seitdem Schwarz-Grün den Stillstandsbeschluss gefasst hat? Thor Zimmermann hat in seiner Rede seinerzeit bezweifelt, dass sich die Förderrichtlinien ändern werden. Genau das haben der Deutsche Bundestag und der Bundesrat aber erst vor vier Monaten beschlossen.

(Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

Wie angekündigt: Das GVFG lief laut Grundgesetz aus. Es musste ein neuer Beschluss her. Die Grundgesetzänderung musste her. Sie ist am Ende mit Stimmen der Grünen beschlossen worden. Jetzt kommt das neue GVFG. Seitdem sind die Mittel versechsfacht worden, von 333 Millionen Euro auf jetzt 2 Milliarden Euro pro Jahr. Sogar die Verkehrsdezernentin dieser Stadt fordert seit Karneval einen Tunnel unter dem Rhein hindurch.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann mich gut daran erinnern: Das war der Abend der KVB-Sitzung.

(Zurufe von der CDU)

Am nächsten Morgen stand das Interview in der *Kölnischen Rundschau*, in dem die Verkehrsdezernentin einen Tunnel unter dem Rhein in Verlängerung des linksrheinischen Gürtelschlusses gefordert hat. Das heißt, so utopisch spinnert kann das ja gar nicht gewesen sein. Das Problem ist nur: Sie haben die Chance in diesem Moment nicht erkannt. Das ist das Ärgerliche.

(Zuruf von der SPD: Verschlafen!)

- Nein, gar nicht, gar nicht, gar nicht! Wir haben ja das rot-rot-grüne Papier als Änderungsantrag Ende 2018 eingebracht. Es waren die Grünen, die sich am Ende dafür entschieden haben, an dieser Stelle bei der CDU zu bleiben. Wir hätten da deutlich weiter sein können.

Wir haben mit „Köln mobil 2025“ kein Gesamtverkehrskonzept; über Verkehrskonzepte reden wir, glaube ich, gleich noch, wenn es um den Antrag der Gruppe GUT geht. Wir haben aber mit „Köln mobil 2025“ eine Vision davon, wo der ÖPNV in Köln hingehen soll. Das Papier sagt: 30 Prozent mehr Nutzerinnen und Nutzer der KVB und 100 Millionen zusätzliche Fahrgäste jedes Jahr. Ob oben oder unten, ist völlig egal. Die Kapazität bleibt bei dem Ausbau der Ost-West-Achse, wie Sie ihn vorhaben, gleich.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Das stimmt nicht!)

- Doch, natürlich ist das so. Denn da wird in Dreifachtraktion gefahren, und man fährt bei dem, was Sie beschlossen haben, oben oder unten. Unser Vorschlag war: zwei Ebenen in zwei Schritten, oben und unten, um das Nadelöhr zwischen Deutzer Brücke und Neumarkt aufzulösen.

Warum ist das so relevant? Da bin ich immer ein bisschen ärgerlich mit den Linken. Denn 30 Prozent der Kapazitäten gehen über die Ost-West-Achse der KVB. Deswegen ist dies das zentrale Nadelöhr, in das Sie investieren müssen. Das haben Sie an dieser Stelle leider verschlafen.

Wir als SPD-Fraktion wollen immer noch mehr Menschen besser in dieser Stadt bewegen. Deswegen geben wir Ihnen heue noch einmal die Chance, diesen Fehler durch Zustimmung zu unserem Änderungsantrag zu korrigieren. Noch ist die Ausschreibung der Planung nicht erfolgt; noch ist sie nicht vergeben. Vielleicht kann sich der Kollege Hammer ja doch noch an seine Worte erinnern. Das Geld ist jetzt da. Frau Reker, Sie könnten es aus Berlin holen, und dann würden wir es hier in Köln verbauen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Michel hat jetzt das Wort.

Dirk Michel (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Verwaltung! Der Antrag der LINKEN spiegelt nicht die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung wider. Die Anteile der Tunnelbefürworter und der Tunnelgegner waren absolut ausgeglichen. Es gab also keine Mehrheit für oder gegen eine Variante. Vor diesem Hintergrund hat der Rat den Beschluss gefasst, dass beide Varianten in den Leistungsphasen 1 und 2 der HOAI bearbeitet werden sollten. Damit werden Planungssicherheit und Kostensicherheit geschaffen, und der Rat kann fundiert und demokratisch eine Entscheidung treffen. Ein relevanter Zeitverzug entsteht dadurch nicht.

Natürlich ist eine U-Bahn im Bau teurer, und sie dauert länger im Bau als eine rein oberirdische Führung. Allerdings bietet der Tunnel erhebliche Verbesserungen für die Zuverlässigkeit des Betriebs. Unfallhäufigkeiten gehen zurück, und an der Oberfläche bekommen wir mehr Platz, damit Fußgänger, Radfahrer und auch Autos miteinander funktionieren.

Es entstehen dadurch straßenräumliche Qualitätssteigerungen. Diese wiederum ziehen eine stärkere Frequentierung des öffentlichen Raums nach sich. Die Frage ist nicht, Räume zu schaffen, sondern wie man diese gestaltet und nutzt. Wir brauchen Räume zum Gehen und Plätze zum Verweilen. Wir wollen das Leben zwischen den Gebäuden verbessern, damit sich unsere Bürger und unsere Gäste wohlfühlen.

Im Rahmen des Tunnelbaus werden entsprechend den Bauphasen Zwischenzustände geschaffen, die einen Betrieb mit Langzügen zum frühestmöglichen Zeitpunkt gewährleisten. Dies hat der Rat bereits beschlossen.

Die LINKE zeigt weder Respekt vor den Beschlüssen des Rates noch vor der in umfangreichen Beteiligungsformaten erarbeiteten Rückmeldung der Bürgerschaft. Nur vor dem Hintergrund einer fachlichen Planungsgrundlage sollen und können weitergehende Entscheidungen zur Variante getroffen werden. Es ist selbstverständlich und zielführend, sich im Vorfeld von Großprojekten mit unterschiedlichen Ausführungsvarianten auseinanderzusetzen. Im Zuge des Planfeststellungsverfahrens ist das sogar zwingend erforderlich. Damit widerspricht der Vorwurf der Zeit- und Geldvergeudung der Planungspraxis. Wir bekräftigen hiermit nochmals unseren Beschluss vom 18. Dezember 2018. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer, bitte.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man könnte bei den Reden, die man hier gehört hat, meinen, es sind Wahlkampfzeiten.

Beim Antrag der LINKEN, der darauf abzielt, dass wir die Doppelplanung einstellen, dachte ich beim ersten Mal, wenn man ihn ganz wörtlich nimmt, würde er, glaube ich, sogar bedeuten, dass wir da sämtliche Planungen einstellen, weil nicht genau spezifiziert wird: Wollen wir oben einstellen, oder wollen wir unten einstellen? - Sei es drum. Aber das ist einer der kleinen Punkte, warum wir da nicht zustimmen können. Denn selbstverständlich stehen auch wir als Bündnis 90/Die Grünen dafür, den ÖPNV auszubauen und den ÖPNV möglichst schnell auszubauen, weil auch wir daran interessiert sind, möglichst viele Menschen möglichst schnell vom Auto weg und hin zu Bus und Bahn zu bekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vielleicht noch ein paar Aufklärungen zu dem Beschluss, den wir damals gefasst haben. Wenn wir diese Planung jetzt einstellen würden, dann hätten wir auch keine weitere Planung für ein Interim, das wir dringend benötigen, um möglichst schnell eine Kapazitätserhöhung zu erreichen.

Selbstverständlich kommt durch die Erweiterung auf die Dreifachtraktion auch eine Kapazitätserweiterung, unabhängig davon, ob wir oben oder unten bleiben. Wir haben in der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses schon gesagt, dass wir zur Fußball-Europameisterschaft 2024 hier schon entsprechende Kapazitäten haben. Von daher kann der Beschluss auch damals nicht so falsch gewesen sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wenn die LINKE jetzt auf einmal ihr Herz für Sparerinnen und Sparer entdeckt und sagt, ihr schleudert da Geld heraus, möchte ich die LINKE gerne daran erinnern, dass sie dem SPD-Antrag, einen Tunnel unter dem Rhein zu planen, damals zugestimmt hat, allerdings mit einer sehr seltsamen Logik, nämlich: Wir geben jetzt Planungskosten für einen Tunnel aus, der so teuer wird, dass er gar nicht kommt, weswegen wir diesen Planungen zustimmen können.

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

- Michael, ich kann mich an diese Rede im Rat noch erinnern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Von daher wäre ich mit dem Vorwurf, dass hier Geld herausgeschmissen wird, relativ vorsichtig.

Lassen Sie mich noch etwas dazu sagen, warum wir jetzt diesen Änderungsantrag eingebracht haben. Wir haben damals, 2018, auch beschlossen, Busspuren einzusetzen. Auch das ist ein heißes Thema. Manche schrien auf, das sei der Untergang des motorisierten Abendlandes. Und siehe da: Wir haben seit gestern den Vergleich der Deutschen Umwelthilfe auf dem Tisch, der sich genau darauf bezieht, dass wir diese Busspuren haben, dass sie einen Beitrag dazu leisten, die Luft in Köln sauberer zu machen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und dass wir so von Diesel-Fahrverboten wegkommen. Auch von daher wäre ich ganz vorsichtig damit, diesen Beschluss immer wieder zu kritisieren.

Ja, es stimmt, dass es noch ein paar offene Punkte in diesem Beschluss von damals gibt. Deswegen weisen wir noch einmal explizit darauf hin, dass diese zeitnah umzusetzen sind und dass auch der Planungsstand der Ost-West-Achse entsprechend umzusetzen ist.

Wir sind mit dem ÖPNV auf einem guten Weg. Um den Vorwurf des Kollegen Pöttgen, wir würden nichts für die Kapazitätserweiterung tun, zu entkräften: Wir haben in einer der letzten Ratssitzungen explizit beschlossen, dass eine Netzanalyse gemacht werden muss, wo uns Querverbindungen fehlen. Denn wenn man im bestehenden Netz nur einzelne Taue dicker macht, indem man Linien übereinander und untereinander schichtet, dann bringt das noch lange nicht die Effekte, die man in einem ÖPNV-Netz braucht, um hier wirklich andere Umsteige zu ermöglichen, um die Kapazitäten deutlich auszubauen und Fahrwege einzusparen. Von daher ist es genau der richtige Ansatz, hier zu sagen, wir müssen das Netz engmaschiger machen und nicht einfach nur einzelne Seile im Netz dicker machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Von daher kann ich nur noch einmal dafür werben: Stimmen Sie unserem sehr guten Beschluss von damals zu! Er hat uns im Hinblick auf den ÖPNV seitdem durchaus schon weitergebracht. Stimmen Sie einfach zu!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein hat das Wort. - Eine Zwischenfrage?

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Genau. Ich habe mich die ganze Zeit gemeldet; das wurde leider nicht gesehen.

Herr Hammer, stimmen Sie mir zu, wenn ich feststelle, dass Sie leichte Gedächtnislücken haben, was die seinerzeitige Beschlussfassung angeht? Ich darf daran erinnern, dass wir am 18. Dezember 2018 mit einem eigenen Antrag aufgetreten sind, der abgelehnt wurde, in dem es nur um den oberirdischen Ausbau ging. Das möchte ich als Erstes feststellen.

Sie haben jetzt probiert, eine fiese Geschichte daraus zu machen. Da muss ich natürlich fies zurückschlagen: Sie, Herr Hammer, ich und auch die SPD haben gemeinsam darüber nachgedacht, ob wir nicht so einen Wahnsinnstunnel, der niemals verwirklicht wird, verkaufen, um der CDU die kleinen Tunnelpläne auszutreiben. Das war der Hintergrund der Verhandlungen.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

- Ja. Wenn er falsche Sachen erzählt, dann schlage ich fies zurück; das ist nun einmal so.

(Beifall bei der LINKEN)

Das war der Hintergrund, kurz vor Schluss ist das geplatzt, und dann ist jeder seinen eigenen Weg gegangen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Weisenstein, die konkrete Frage war ja, ob ich an Gedächtnislücken leiden würde.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das war die Frage.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Das war die Frage. - Darf ich denn über das Nein hinaus noch erläutern, warum ich nicht glaube, dass ich an Gedächtnislücken leide?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist richtig, Michael - das wissen wir beide -: Es gab durchaus Gespräche. Aber ich sage es einmal so: Auch man selbst kann ja schlauer werden. Wenn man von einem Papier am Ende nicht mehr überzeugt ist, sondern einen besseren Kompromiss aushandeln kann, dann redet man wenigstens nicht im Rat darüber, wie und woran die Gespräche am Ende gescheitert sind,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

sondern behält das einfach für sich und gibt das nicht auch noch in einem Redebeitrag zu Protokoll. Von daher möchte ich gerne zurücknehmen, dass ihr da zugestimmt hättet. Aber ich kann auch gerne auf das Protokoll des Redebeitrags von damals verweisen, warum man wie welchen Planungen hätte zustimmen können. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein hat laut Rednerliste das Wort. - Wenn Sie das, was Sie sagen wollten, im Grunde schon in Ihrer Frage verpackt haben, ist das auch okay.

(Ralph Sterck [FDP]: Er ist doch Antragsteller!)

- Er ist Änderungsantragsteller. Das muss immer wieder unterschieden werden: Er ist Änderungsantragsteller.

Sie müssen hier nicht sprechen, Herr Weisenstein. - Okay, Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich kann Ihnen nicht verübeln, dass Ihnen der Beitrag von Herrn Weisenstein zur Begründung seines Antrags nicht besonders in Erinnerung geblieben ist. So substanziell war er dann leider anscheinend nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wenn zum Ende der Ratsperiode so ein Thema noch einmal aufgerufen wird - gerade die Ratssitzung vom 18. Dezember 2018 und diese Entscheidung -, dann muss ich sagen: Es tut mir schon weh, wie dieses U-Bahn-Projekt in der damaligen Situation durch parteipolitisches Taktieren in einer für die Stadt Köln so wichtigen Frage im Grunde kaputtgemacht wurde.

(Beifall bei der FDP)

Es wurde eben angesprochen - Dirk Michel war es -: Wo sind eigentlich in irgendwelchen Bürgerbeteiligungen die Mehrheiten gewesen? Ja, wir haben natürlich Bürgerbeteiligungen durchgeführt. Wir wissen auch, wer da mobilisiert und wer von den Berufsbürgern dort dann teilweise sitzt. Wir sind eine parlamentarische Demokratie. Die Entscheidung, ob wir in Köln etwas bauen oder nicht, fällt der Rat der Stadt Köln. Dafür lassen wir uns am 13. September wählen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn es im Rat der Stadt Köln eine Mehrheit für eine U-Bahn gibt, dann muss diese U-Bahn eigentlich auch gebaut werden, und dann kann dieses Projekt nicht auf dem Altar irgendwelcher parteipolitischer Taktiererei geopfert werden. Das geht an dich, Andreas Pöttgen. Denn du hast es versaut, dass wir eine gute Planung für eine U-Bahn bekommen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir haben das damals schon besprochen. Das habe ich auch in meiner damaligen Rede gesagt; ich plaudere also nicht aus dem Nähkästchen, was wir verhandelt haben. Selbst der Rheintunnel

wäre in dieser Form möglich gewesen, wenn er finanzierbar gewesen wäre. Aber Andreas Pöttgen stellt sich jetzt hier hin und sagt, das GVFG ist entsprechend geändert worden. Ja, das ist da. Wir haben viel mehr Geld. Aber die Instrumente der Bewertung sind nicht außer Kraft gesetzt worden. Wir brauchen einen Verkehrswert von 1,0. Den mag es für eine neue Strecke, wie Frau Blome sie vorgeschlagen hat, möglicherweise geben. Für eine bestehende Strecke, bei der eine Stadtbahn heute schon über die Deutzer Brücke fährt, kann ich mir das so nicht vorstellen.

Diese Option war in dem Antrag drin. Diese Chance hätte die SPD in der Sitzung am 18. Dezember 2018 gehabt. Aber diese Option

(Zuruf)

- das war ein großer Sozialdemokrat, der das einmal gesagt hat - hat sie vertan.

Herr Weisenstein, Sie bringen hier wieder Spekulationen. Die Frau Beigeordnete hat ja in öffentlicher Sitzung aus den Gesprächen, die sie in Düsseldorf geführt hat, berichtet, dass man im Landesministerium gesagt hat: Ja, liebe Stadt Köln, bitte baut die Ost-West-U-Bahn, weil wir damit Chancen haben, großes Geld, 1 Milliarde Euro, aus den Töpfen in Berlin nach Nordrhein-Westfalen zu holen. - Ob das für die oberirdische Variante gilt, davon hat sie damals nicht gesprochen.

Aber ich kann Ihnen sagen, wer sich freut, wenn wir diese U-Bahn in Köln nicht bauen. Dafür stellt die CSU seit Jahren den Bundesverkehrsminister. Das ganze Geld geht nach Bayern. Die Münchner haben für 5 Milliarden Euro ein ÖPNV-Paket aufgelegt. Die wollen das ganze Geld, das Sie hier nicht verbauen werden, haben.

(Beifall bei der FDP)

Den Ausführungen des Kollegen Dirk Michel, was die Vorteile des Tunnels und die Frage angeht, wie wir das Provisorium bauen wollen, damit wir möglichst schnell die Dreifachtraktion hinbekommen, kann ich mich voll anschließen.

Jetzt gibt es Änderungsanträge. Bitte entschuldigen Sie, lieber Kollege Lino Hammer, dass wir dem Antrag nicht zustimmen und diesen merkwürdigen Kompromiss von 18. Dezember 2018 hier nicht noch einmal bestätigen. Was die Pförtnerampel und die Busspur auf der Aachener Straße angeht, muss ich sagen: Das war schön. Ich habe heute noch etwas dazu gelesen. In der *Kölnischen Rundschau* war ein wunderschönes Bild von einem Bus der Linie 173 abgebildet, und man konnte sehen, dass der Fahrer allein in diesem Bus sitzt. Bitte verlangen Sie von mir also nicht, dass ich diesem Rohrkrepierer, der damals hier beschlossen wurde, heute zustimme.

(Beifall bei der FDP)

Ich weiß, wie sehr es die Kolleginnen und Kollegen der CDU ärgert, dass sie dem heute noch einmal nachträglich zustimmen müssen und dies bestätigen sollen.

Ich sage Ihnen in aller Ernsthaftigkeit mit Blick auf den 13. September: Dies ist ein zentrales Thema der kommenden Ratsperiode. Die Entscheidung, wie wir im Hinblick auf die Ost-West-Achse weitermachen, wird wahrscheinlich die weitgehendste Entscheidung der neuen Ratsperiode sein. Es ist ein Jahrhundertprojekt, das wir dort haben. Es wird sehr viele Steuermittel brauchen, und es wird sehr viel Zeit kosten. Das ist eine Aufgabe, die für eine Stadt nicht leicht zu stemmen ist. Wir machen das für kommende Generationen. Wir wollen den ÖPNV in Köln für eine Millionenstadt angemessen ausbauen. Dafür brauchen wir diese U-Bahn. Wir alle werden bei den Wählerinnen und Wählern für unsere Meinungen werben.

Ich bitte Sie alle, wenn Sie nach der Wahl hier zusammenkommen, nicht den Fehler vom 18. Dezember 2018 zu machen und in Koalitionsverhandlungen diese Frage, die der Wähler dann entschieden hat, auf irgendwelchen Altären zu opfern. Wenn es im Rat der Stadt Köln nach der Wahl eine Mehrheit für den U-Bahn-Bau gibt, muss diese U-Bahn auch gebaut werden. Dafür werben wir als FDP, und ich weiß, dafür werben auch andere Parteien. Das darf nicht im Koalitionsstreit untergehen. Diese Entscheidung muss der neue Rat treffen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck, Herr Weisenstein hat sozusagen eine Schlussfrage, keine Zwischenfrage. - Ich konnte mich auch nicht durchsetzen, Herr Weisenstein. Ich wurde nicht gehört.

Ralph Sterck (FDP): Entschuldigen Sie, Frau Oberbürgermeisterin.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist einfach, wenn man hier hinten sitzt, schwierig. - Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Herr Sterck, Sie haben die Situation in Ihrem Redebeitrag so dargestellt, als gebe es für U-Bahn-Projekte Mittel vom Bund, und haben impliziert, die gebe es für oberirdische Ausbaumaßnahmen nicht.

Deswegen ist meine Frage: Ist Ihnen, Herr Sterck, der Sie seit langem im Verkehrsausschuss und in anderen Gremien der Stadt tätig sind, denn nicht bekannt, dass Landes- und Bundesmittel ab einem Fördervolumen von 100 Millionen Euro vom Bund genauso bezuschusst werden?

Ralph Sterck (FDP): Herr Weisenstein, versuchen Sie nicht, mir in Ihrer Frage das Wort im Mund herumzudrehen. Ich habe die Verkehrsdezernentin zitiert. Da ging es um Gespräche, die sie im Landesministerium geführt hat und bei denen das Landesministerium gesagt hat: Liebe Stadt Köln, bitte baut eine U-Bahn, damit wir die Chance haben, 1 Milliarde Euro nach Nordrhein-Westfalen zu holen, die sonst nach Bayern gehen. - Das habe ich hier zitiert.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Also wissen Sie nicht, dass das ab 100 Millionen Euro so ist?

Ralph Sterck (FDP): Ich weiß das, aber darüber habe ich nicht gesprochen. Ich habe über die Gespräche der Dezernentin in Düsseldorf gesprochen. - Herzlichen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Damen und Herren am Livestream! Ich habe die gleichen Gedächtnislücken wie Lino Hammer. Auch ich kann mich vermeintlich erinnern an die Jubelschreie von Herrn Weisenstein in Bezug auf den unglaublich raffinierten Plan, Unsummen für einen Monstertunnel zu beantragen, um ihn anschließend platzen zu lassen. Das Ganze war offensichtlich eine Idee der SPD und von Andreas Pöttgen. Diese Idee ist meines Erachtens nur daraus entstanden, dass sich die SPD schlicht und einfach nicht entscheiden konnte, ob sie eine oberirdische oder eine unterirdische Lösung präferiert. Dann hat man sich eben dafür entschieden, dass man einfach beides fordert, richtig dick aufträgt und auch noch unter dem Rhein hindurch tunnelt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte mich dennoch bei den LINKEN für diesen Antrag bedanken. Er ist auf den ersten Blick sehr sympathisch. Wir stehen ganz offen dazu: Wir präferieren die oberirdische Lösung. Selbstverständlich - auch Herr Sterck hat das gerade angesprochen - soll das ein Thema im Wahlkampf werden. Das ist eigentlich eines der zentralen Themen. Wir stehen dennoch zu unserem Beschluss, den wir damals, im Dezember 2018, gemeinsam mit den Partnern gefasst haben, weil er ein sehr fairer Beschluss ist.

Hier wird wirklich sehr, sehr viel Quatsch erzählt. Ich weiß, es ist Wahlkampf. Aber - Herr Michel hat das selber schon angesprochen - es wird durch diesen Doppelbeschluss nichts verzögert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die oberirdische Lösung bleibt im Rennen, und die unterirdische Lösung bleibt im Rennen. Wir bekommen von der Verwaltung einen Plan bzw. zwei Pläne vorgelegt, die ordentlich fundiert sind, und dann werden wir uns entscheiden können. Der Tunnel, Herr Sterck, ist gar nicht aus dem Rennen. Wenn er nach der Planung bzw. nach den beiden Planungen tatsächlich überzeugt und wenn er förderfähig ist, dann können wir diesen Tunnel immer noch beschließen. Ich persönlich glaube, dass die oberirdische Lösung überzeugen wird. Ich werde dafür kämpfen, auch im Wahlkampf, dass wir am Ende die oberirdische Lösung beschließen.

Wir brauchen den Tunnel nicht deshalb, weil wir dann mehr Fördergelder bekommen und sie nicht nach Bayern abfließen; das ist überhaupt kein Argument. Letztendlich geht es doch auch um die Kapazitäten, die wir in dieser Stadt haben. Es geht nicht nur um die Kapazitäten der Personen, die in diesen Zügen dann befördert werden, sondern es geht auch um die Kapazitäten der Planung.

Die KVB hat eine recht umfangreiche Roadmap, wie sie genannt wird. Wir haben wesentlich mehr

Projekte als nur die Ost-West-Achse an der Backe, und dafür brauchen wir Kapazitäten. Ich glaube, wenn wir mit einer oberirdischen Lösung wesentlich schneller planen können und wesentlich schneller damit fertig werden, dann haben wir mehr Zeit und mehr Köpfe übrig, um auch die anderen Projekte anzugehen; sie sind ja schon erwähnt worden.

Wir stehen zu unserem Beschluss. Wir stehen auch zu dem gemeinsamen Änderungsantrag. Herr Hammer hat es erwähnt: Da sind noch ein paar Punkte offen, liebe Verwaltung. Diese möchten wir ganz gerne umgesetzt sehen. Den Wählerinnen und Wählern kann man natürlich nur zurufen: Macht das zu einem eurer Entscheidungspunkte! Wollt ihr eine oberirdische Lösung, oder wollt ihr eine unterirdische Lösung? Es gibt Parteien, die für die eine Lösung stehen, und Parteien, die für die andere Lösung stehen. Der Wähler soll das entscheiden. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren. Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar in folgender Reihenfolge: zunächst über den Änderungsantrag der SPD, dann über den Änderungsantrag von CDU, Grünen und GUT und dann, wenn bis dahin keine Ersetzung erfolgt ist, über den Ursprungsantrag der LINKEN.

Wer dem Antrag der SPD-Fraktion zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag von CDU, Grünen und der Gruppe GUT abstimmen. - Gegenstimmen? - Die SPD-Fraktion, die LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Damit ist der Antrag angenommen, und er ersetzt den Ursprungsantrag.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion Beschluss:

Der Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

1. Der Ausbau des ÖPNV in Köln wird mit hoher Priorität vorangetrieben. Dabei kommt dem zügigen Ausbau der Ost-West-Achse als zentraler Verbindung im Stadtbahnverkehr besondere Bedeutung zu. Hierzu wird geprüft, wie der oberirdische Ausbau für den Einsatz der Langzüge beschleunigt und die Betriebsqualität des Stadtbahnbetriebs, insbesondere durch Wegfall von kreuzenden Linksabbiegern (Pipinstraße, Kleine Sandkaul, Nord-Süd-Fahrt, Neumarkt und Moltkestraße), kurzfristig erhöht werden kann. Die Bahnsteigverlängerungen in dem Bereich zwischen Neumarkt und Moltkestraße sind rückbaubar zu planen. Zielsetzung ist, die neuen Langzüge bereits zur Fußball-Europameisterschaft 2024 einsetzen zu können.

2. Zur Schaffung zukunftsfähiger Kapazitäten auf der Ost-West-Achse wird die Verwaltung beauftragt, Planungen für eine Tunnellösung von Deutz bis zum Aachener Weiher auf den Weg zu bringen. Mit deren Realisierung wird in Ergänzung der oberirdischen Verbindung eine zukunftsfähige Kapazitätssteigerung erreicht, die den ÖPNV in unserer Stadt nachhaltig stärkt und angebotsorientiert aufstellt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

II. Abstimmung über den über den Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT

Beschluss:

Der Beschlusstext von TOP 3.1.3 "Für einen beschleunigten ÖPNV-Ausbau Doppelplanungen beenden und Ost-West-Achse oberirdisch ausbauen!" wird wie folgt er-

setzt:

1. Der Rat bekräftigt seinen Beschluss vom 18.12.2018 (AN/1815/2018).

2. Die Verwaltung wird aufgefordert,

a. die noch offenen Punkte der o.g. Vorlage zeitnah umzusetzen,

b. den Planungsstand und die zeitlichen Abläufe der jeweiligen Planung darzustellen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP sowie RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

III. Eine Abstimmung über den Ursprungsantrag hat sich somit erledigt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

3.1.4 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP, RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und RM Gerlach betreffend „Alle langjährigen Vollzeit-Honorarlehrkräfte der VHS für Ausfälle entschädigen“

AN/0774/2020

Es hat zunächst Herr Philippi das Wort.

Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! VHS zum Zweiten. Ich nehme jetzt einmal die Kurzversion meiner Rede, nicht weil das kein wichtiges Thema ist, sondern weil ja erfreulicherweise alle demokratischen Fraktionen und Gruppen diesen Antrag unterstützen.

Sie werden sich erinnern, dass die Besoldung der bei der Kölner VHS beschäftigten Dozentinnen und Dozenten schon mehrfach hier im Rat und auch im zuständigen Fachausschuss Thema war. Es geht uns heute erneut und insbesondere um die circa 80 Lehrkräfte, die auf Honorarbasis seit vielen Jahren in Vollzeit bei der Unterrichtung von Geflüchteten und anderen zugewanderten Menschen wichtige Integrationsarbeit leisten.

In der derzeit noch andauernden Corona-Krise trifft es diese Beschäftigten folglich am allerhärtesten, weil sie ihr Einkommen zu 100 Prozent aus ihrer Arbeit bei der VHS beziehen. Es kann nicht angehen, dass diese Beschäftigten in ihrer sozialen Not bereits beginnen, Grundsicherung zu beantragen oder die für ihr Alter angesparten Rücklagen zu verbrauchen.

Ich sage es einmal so: Angesichts der bekannten - in Anführungszeichen - „Trägheit“ des zuständigen Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge müssen wir Wege aufzeigen, wie die Stadt hier gezielt Hilfestellungen leisten kann. Natürlich wissen wir, dass auch die Fachverwaltung dieses Problem auf dem Schirm hat und dabei ist, Lösungsszenarien zu entwickeln.

Dennoch sind wir fest davon überzeugt, dass der vorliegende Antrag als politische Flankierungsmaßnahme und insbesondere als deutliches Zeichen der Solidarität und Wertschätzung gegenüber den bei den VHS beschäftigten Menschen für zielführend ist. Wir freuen uns zunächst einmal über die Ausfallregelung im offenen Kursbereich, die erst einmal bis zum 30. Juni dieses Jahres verlängert wurde, hoffentlich dann auch darüber hinaus.

Aufgrund der Relevanz für die Integrationsarbeit bei uns in Köln ist es aus unserer Sicht unerlässlich, dass analog zum Kurzarbeitergeld eine angemessene Entschädigungsregelung für die Integrationshelferinnen und -helfer bezüglich des ergangenen Verdienstausfalls gefunden wird.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich danke für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die breite Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Franz Philippi hat das Wesentliche schon dargestellt. Die Volkshochschule als eine ganz wichtige Weiterbildungsinstitution in dieser Stadt, die gerade die für Geflüchtete wichtigen Integrationskurse durchführt und der größte Träger auf diesem Feld ist, hat sich in der Corona-Krise als sehr verwundbar dargestellt.

Mit unserem Antrag, der tollerweise, glücklicherweise, schönerweise eine ganz breite Mehrheit findet, heilen wir jetzt, im Nachhinein, ein großes Problem. Die Beschäftigten sind vor einigen Wochen auf die Straße gegangen; die lokale Presse hat darüber berichtet. Im offenen Kursbereich hat die Volkshochschule bisher bereits nach einer gewissen Zeit Entschädigungen für die Honorare festgelegt. Diese Entschädigungsregelung wurde vor kurzem nachträglich verlängert, bis Ende Juni dieses Jahres. Aber es ist so, wie Franz es darstellte: Die 80 arbeitnehmerähnlich Beschäftigten - oder man könnte auch sagen: scheinselbstständig Beschäftigten -, die langjährig Vollzeit arbeiten, haben bis dahin keine Entschädigung gesehen. Allerdings muss man festhalten: Sie hatten teilweise die Möglichkeit, Online-Tutorien

durchzuführen, und haben dadurch teilweise Einnahmen gehabt.

Im Nachhinein würde ich sagen, es ist schade, dass die Volkshochschule nicht die Möglichkeit bekommen hat, auf die großen Einnahmeverluste und auf das Gefühl großer finanzieller Unsicherheit, das sich unter den Beschäftigten verbreitet hat, sofort zu reagieren. Ich würde auch sagen - ich glaube, die meisten können das nachvollziehen -, 67 Prozent des Einkommens als Kurzarbeitergeld sind in der Corona-Krise für eine Familie, gerade wenn das Einkommen nicht besonders hoch ist, nicht wirklich zum Leben geeignet. Das Bundeskabinett hat deshalb schon beschlossen, das Kurzarbeitergeld auf 70 bzw. 77 Prozent anzuheben. Nach meiner Einschätzung müsste es in der Corona-Krise ein noch höheres Kurzarbeitergeld geben.

Das Kernproblem bei der Volkshochschule - jetzt spreche ich für meine Fraktion möglicherweise allein - sind die fehlenden festen Anstellungsverträge. Möglicherweise kommen wir aber in der nächsten Zeit dahin, dass wir dies - wie bei der Rheinischen Musikschule, bei der im letzten Jahr eine Reihe von festen Anstellungsverträgen vergeben werden konnte - auch an der Volkshochschule nachvollziehen können. Das würde die dort Beschäftigten natürlich ganz besonders freuen.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Laufenberg das Wort.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ungewöhnlich, dass die Freien Demokraten heute einen Antrag mit den LINKEN stellen. Aber bei diesem Thema haben wir eine gemeinsame Historie.

Meine Kolleginnen im Schulausschuss, Maria Westphal und Stefanie Ruffen, haben vor ein paar Jahren richtig erkannt, dass unsere VHS-Honorarkräfte nicht besonders gut bezahlt werden, dass wir dort Nachhilfe und Hilfestellungen geben müssen. Dies haben wir in den letzten Jahren gemeinsam verbessert und erarbeitet. Deswegen ist es uns heute eine Herzensangelegenheit, diesen zuverlässigen Kräften auch in der Corona-Krise wieder zu helfen. Sie leisten wirklich viel Arbeit für die Weiterbildung und haben es verdient, unterstützt zu werden. Deswegen haben wir diesen Antrag sehr gerne mit auf den Weg gebracht. Ich freue mich sehr, dass auch alle anderen Kollegen mitmachen. Denn wir dürfen die VHS nicht vergessen, gerade in diesen schwierigen Zeiten.

Wir haben vorhin schon gehört, dass wir die Räumlichkeiten dort wieder freiziehen. Das ist wichtig. Jeder Tag ohne unsere Bildungsangebote, auch die bei der VHS, ist ein verlorener Tag. Gerade Integrations- und Sprachkurse benötigen wir, damit wir die Zukunft und die schwierigen Situationen, die auf uns zukommen, gestalten können. Dementsprechend herzlichen Dank, dass wir heute gemeinsam den Honorarkräften weiterhelfen! Lassen Sie uns das ausbauen! - Herzliche Dank.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann, wünschen Sie als Mitantragsteller das Wort? - Nein.

Dann würde ich, nachdem die Antragsteller gesprochen haben, vorschlagen, dass Ihnen zunächst Herr Voigtsberger, der zuständige Beigeordnete, kurz erläutert, was wir bereits tun.

Beigeordneter Robert Voigtsberger: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank, dass ich die Möglichkeit bekomme, kurz anzumerken, was wir im Zuge der Pandemie im Bereich der VHS bislang getan haben.

Direkt zu Beginn der Corona-Krise haben das Fachamt sowie das Dezernat aus meiner Sicht umgehend reagiert. Für die freiberuflichen Dozenten, die vom Unterrichtsausfall betroffen waren und deren Unterrichtsstunden nicht nachgeholt werden konnten, haben wir zunächst bis zu den Osterferien die volle Honorarhöhe ausbezahlt. Nach Inkrafttreten der Coronaschutzverordnung wurde diese Regelung durch die Zahlung eines Ausfallhonorars auf freiwilliger Basis und ausdrücklich ohne Anerkennung einer Rechtspflicht abgelöst. Diese Maßnahme lehnte sich an die staatlichen Regelungen zum Kurzarbeitergeld in Höhe von 60 bzw. - bei Kolleginnen und Kollegen der VHS mit Kindern - 67 Prozent an.

Seit dem 4. Mai dieses Jahres sind die Bildungsangebote in den Volkshochschulen wieder grundsätzlich möglich, aufgrund der beschränkten Raumkapazitäten im Studienhaus sowie der noch geltenden Hygienevorschriften allerdings nur in begrenztem Maße.

Mit der Entscheidung bzw. der Möglichkeit, jetzt wieder ins Studienhaus zurückzukehren, werden wir uns natürlich umgehend wieder mit den Planungen befassen, um die Kurse schnellstmöglich wieder im Studienhaus stattfinden zu lassen. Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei allen Kolleginnen und Kollegen des Verwaltungsvorstandes bedanken, die dazu beigetragen haben, hier eine so tolle und kurzfristige Möglichkeit zu schaffen.

Dementsprechend haben wir die freiwillige Zahlung der ausgefallenen Unterrichtsstunden, die nicht nachgeholt werden, bis zum Semesterende, also bis zum 30. Juni 2020, fortgeführt. Auch hier möchte ich mich noch einmal sehr herzlich bei allen Beteiligten bedanken. Lassen Sie mich anmerken, dass wir mit dieser Lösung in NRW nach meinem Kenntnisstand führend sind.

Etwas anders gelagert ist der Fall bei den Kursen, die die VHS im Auftrag von Dritten, zum Beispiel des BAMF, durchführt, etwa den Integrations- und Deutschförderkursen. Die Entscheidung, wie es bezüglich der unterbrochenen bzw. ausgefallenen Unterrichtsstunden weitergeht, hängt insbesondere vom BAMF ab, also vom Auftraggeber. Wir erwarten nach allen Ankündigungen bis Anfang Juli dieses Jahres eine Entscheidung des BAMF. Wir hätten gerne frühzeitigere Regelungen getroffen, die im Sinne der Dozierenden gewesen wären. Aber hier sind wir aufgrund des Konstruktes nun einmal auf die Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge angewiesen.

Die VHS stimmt derzeit Nachholtermine mit den Dozierenden ab. Sofern sich ein Kurs nicht nachholen lässt - das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich herausstellen -, kann der Betroffene, also auch der Dozent von Integrationskursen und von Deutsch als Fremdsprache, nachträglich das Ausfallhonorar beantragen. Das gilt, wie gesagt, auch für die in Punkt 3 angesprochenen arbeitnehmerähnlichen Lehrkräfte im Fachbereich Deutsch als Fremdsprache.

Das alles haben wir in dem Bewusstsein getan, dass wir die bewährten Strukturen unseres umfassenden Weiterbildungsangebotes mit vielen engagierten Lehrkräften erhalten und so gut wie möglich durch die Krise führen wollen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Voigtsberger. - Ich gehe jetzt weiter in der Rednerliste. Frau Kessing, möchten Sie dazu noch Stellung nehmen? - Kann ich darüber abstimmen lassen, meine Damen und Herren? - Gut, dann werde ich das jetzt tun.

Zunächst lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag von SPD, CDU, Grünen, LINKEN, FDP, der Gruppe GUT, von Herrn Wortmann und Frau Gerlach. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank. Das ist ein Ersetzungsantrag.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag:

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, für alle an der Volkshochschule tätigen Honorarkräfte (auch diejenigen der Integrations- und DaF-Kurse), die weder ein Ausfallhonorar, noch eine sonstige Unterstützung erhalten haben, bei Bund und Land eine Unterstützung rückwirkend zum 12.03.2020 bis zum Wiederbeginn der Kurse zu beantragen. Mittel aus dem Sozialdienstleistergesetz (SODEG) sollen gemäß der Empfehlungen des Bundesarbeitsministeriums zur Entschädigung von 75 % des Monatsdurchschnitts des Jahres 2019 verwendet werden.

2. Falls vom Land oder vom Bund keine Unterstützung möglich ist, soll die Stadt analog zu bisherigen Entschädigungen für Honorarausfälle, die sich am Kurzarbeitergeld orientieren, Entschädigungen für den oben genannten Zeitraum für alle an der VHS tätigen Honorarkräfte auszahlen. Diese Regelung gilt bis zum Ende der Corona-Krise.

3. Die zusätzliche Deckung des über die Bundes- bzw. Landesförderung hinausgehenden von der Stadt zu erbringenden Bedarfs soll durch geeignete Umschichtungen aus den Teilergebnisplänen des Dezernats IV erfolgen. Angesichts der veränderten Lage ist abzuwägen, ob und welche der

etatisierten Aufwendungen und Auszahlungen in welchem Umfang tatsächlich in Anspruch genommen werden müssen. Sofern eine Deckung im Rahmen einer derartigen Bewirtschaftung nicht durch Umschichtungen sichergestellt werden kann, erfolgt eine Deckung durch eine Erhöhung des Fehlbetrags und entsprechend erhöhte Kreditaufnahmen der Stadt, da die zusätzlichen Aufwendung und Auszahlungen seitens des Rates als zeitlich und sachlich unabweisbar zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie angesehen werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Der Ursprungsantrag hat sich damit erledigt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

3.1.5 Antrag der Gruppe GUT „Geändertem Mobilitätsverhalten gerecht werden“

AN/0776/2020

Ich gebe Herrn Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ein weiteres Mal geht es um das Thema Mobilität. Es geht in unserem Antrag mit dem Titel „Geändertem Mobilitätsverhalten gerecht werden“ um die doch recht dramatischen Verschiebungen im sogenannten Modal Split, also um die Frage: Welche Personen nutzen welche Verkehrsträger seit Beginn der Corona-Krise?

Hier hat sich tatsächlich ein nachhaltig verändertes Mobilitätsverhalten gezeigt. Es begann mit der Corona-Krise; das ist auch nachzuvollziehen. Aber es ist auch heute noch so, wo wir doch sehr viel über Lockerungen sprechen. Dies ist von verschiedenen Seiten festgehalten. Das ist wirklich ein vollkommen ideologiefreies Thema und eine Tatsache, der wir uns stellen müssen. Ich persönlich glaube, dass sich die Verwaltung diesem Thema zumindest öffentlich noch nicht ausreichend gestellt hat. Daher haben wir einen Prüfantrag - letztendlich ist er das - gestellt.

Worum geht es? Es geht unter anderem darum, dass der ÖPNV - Frau Hahn von der KVB wird uns das bestätigen können - unter massiven Fahrgastverlusten leidet. Auch heute trauen sich die Leute noch nicht zurück in den ÖPNV, und sie weichen aus. Aber sie müssen weiterhin von A nach B kommen. Jetzt ist die entscheidende Frage: Wie kommen die Leute, die den ÖPNV aktuell nicht mehr nutzen möchten, weiterhin durch die Stadt? Steigen sie auf das Auto um, oder steigen sie auf das Fahrrad um? - Ein sehr, sehr großer Teil der Menschen steigt auf das Fahrrad um. Das ist etwas, das wir in der Mehrheit ausdrücklich begrüßen. Diesem geänderten Fahrverhalten müssen wir Rechnung tragen.

Es geht in unserem Antrag übrigens überhaupt nicht um Pop-up-Bike-Lanes - sie werden in diesem Antrag mit keinem einzigen Wort erwähnt und auch nicht indirekt gefordert -, sondern es geht in der Tat darum, die Verkehrsinfrastruktur dauerhaft und schneller umzubauen, sodass sie den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird.

Es geht uns um sechs Unterpunkte. Wir wollen in einen solchen Konzeptentwicklungsprozess alle Akteure mit einbinden, auch den ADAC und die IHK; da haben wir überhaupt keine Berührungsängste. Von denen hört man ja Ähnliches; auch Herr Sudholt vom ADAC zum Beispiel stellt das fest.

Wir wollen überhaupt erst einmal die Problematik erfassen: Wie groß sind die Fahrgastverluste? Wie groß sind tatsächlich die Verkehre in Köln? Wie stark hat sich das tatsächlich geändert? - Wir müssen gemeinsam notwendige Konsequenzen ermitteln, und wir müssen die bestehenden Beschlüsse berücksichtigen. Wir haben eine ganze Menge nicht umgesetzter Beschlüsse zur Verkehrsthematik. Wir müssen gemeinsam eine Priorisierung der bestehenden Beschlüsse erstellen, um zu überlegen: Wo wollen wir jetzt wirklich herangehen, und zwar schnell, damit wir da besser werden, und welche Projekte stellen wir vielleicht etwas nach hinten?

Wir brauchen eine hochwertige Radverkehrsinfrastruktur; das will die Verwaltung ja auch. Aber wir brauchen sie schneller, weil sich das Verhalten der Leute schneller ändert, als wir erwartet haben.

Natürlich geht es in unserem Antrag auch um die finanziellen Auswirkungen der Pandemie auf den ÖPNV. Da geht es um hohe Millionenbeträge. Auch dem wollen wir uns stellen. Daher halten wir unseren Antrag wirklich für rein sachlich

begründet, damit wir uns diesem Thema überhaupt einmal stellen.

In anderen Städten ist das tatsächlich anders als in Köln. Ich möchte hier nur einmal kurz das *Handelsblatt* erwähnen, das über London schreibt - übrigens in der Rubrik „Hoffnungsträger“ -:

> Londons Bürgermeister und seine Vision der autofreien Stadt. Die Coronakrise beschleunigt die Verkehrswende in Westeuropas größter Stadt: Bürgermeister Sadiq Khan will seine Londoner nun schnell zu Fußgängern und Radfahrern machen.

Wir kennen solche Presseartikel aus Paris, wir kennen sie aus Brüssel, wir kennen sie aus Mailand, wir kennen sie von überallher.

Was schreibt der *Kölner Stadt-Anzeiger* über das gleiche Thema in Köln? Schlagzeile „Konzentration aufs Kerngeschäft“:

> Man möchte nichts Besonderes tun. Der Fokus richte sich nach wie vor auf bereits seit längerem geplante Projekte wie die für dieses Jahr vorgesehene Einrichtung von Radspuren für weitere Abschnitte der Ringe sowie auf der Magnusstraße und der Christophstraße.

Alles schön und gut. Ein besonderes Engagement in der Sache kann man da aber nicht herauslesen. Das wünschen wir uns jetzt. Daher bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag, auf dass wir dieses Thema wirklich ernsthaft angehen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Pöttgen hat das Wort.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin ein bisschen enttäuscht. Wir hatten uns vonseiten der SPD-Fraktion gefreut, jetzt einmal die verkehrspolitische Grundsatzdebatte auf Basis dieses Antrags zu führen. Aber dann kommt so eine Rede, bei der man sich beim Zuhören irgendwann fragt: Was will er denn jetzt eigentlich? - Das ist völlig unklar gewesen. Vielleicht liegt das auch daran, dass Ihre Ratsgruppe an den letzten zwei oder drei Sitzungen des Verkehrsausschusses gar nicht mehr teilgenommen hat und Sie die Debatten, die wir da geführt haben, gar nicht mehr verfolgt haben. Das ist, ehrlich gesagt, ein bisschen schade, weil viele Dinge, die Sie angesprochen haben, dort tatsächlich von uns besprochen worden sind.

Ich möchte an dieser Stelle ein bisschen zur Sachaufklärung beitragen. Wir haben auch deshalb eine geringere Nutzung des ÖPNV, weil wir ein verändertes Arbeitsverhalten haben. Auch das ganze Thema „Mobiles Arbeiten und Homeoffice“ trägt dazu bei, dass im Rahmen von Corona die Verkehrslast insgesamt geringer geworden ist. Das ist etwas, über das die IHK seit Jahren diskutiert. Es geht um betriebliches Mobilitätsmanagement. Es ist nicht jeder Weg notwendig. Das haben wir jetzt in einer Extremität gespürt. Am Anfang der Corona-Krise hatten wir, weil wir alle im Homeoffice waren, nur noch 50 Prozent des Verkehrsaufkommens in der Stadt.

Thor, ich weiß nicht, wie du durch die Stadt fährst. Ich bin, ehrlich gesagt, ziemlich überrascht, wie viele Parkplätze in der Stadt tagsüber frei sind, weil die Leute alle im Auto sitzen. Deswegen finde ich es wenig förderlich, eine reine Fahrradideologie daraus zu machen und zu behaupten, das sei ein ideologiefreier Antrag. Das ist nämlich einfach nicht richtig.

Was ich tatsächlich richtig finde, ist, diese Problematik anzusprechen. Wir brauchen in Köln keine neuen Konzepte. Aber das ist leider das, was ihr beantragt. Deswegen lehnen wir diesen Antrag heute ab. Wir haben ein Problem mit all den Konzepten, die seit Jahren da sind und nicht umgesetzt werden.

Beispielsweise durften wir gestern als Erfolg feiern lassen, dass bis Ende des Jahres fünf Bike-Tower aufgestellt werden. Beschlossen worden ist das aber 2017 und 2019. Sie sollten 2019 gebaut werden, aber sie stehen Mitte 2020 immer noch nicht. Jetzt kann man das Ding das vierte Mal einkassieren. Irgendwann stehen sie vielleicht. Die Stadt Leverkusen beschwert sich seit Jahren darüber, dass die Stadt Köln das beispielsweise an der Endhaltestelle in Schlebusch nicht hinbekommt.

Es gibt ein Umsetzungsproblem, das wir in Köln haben, und das ist der Stillstand, den wir in der Stadt haben. „Ring frei“ kann ein Lied davon singen. Wie lange geht das denn jetzt bitte schon? Das ist ein Problem, das wir tatsächlich haben. Köln braucht keine neuen Einzelkonzepte, die nicht ineinandergreifen.

Ein Beispiel, mit dem ich mich an die grüne Fraktion richte: Es gibt einen fertig beschlossenen Plan für den Ausbau des Bahnknotens Köln. Wir bekommen in der Westspange eine S-Bahn-Verbindung quasi auf den Ringen. Jetzt fordern Sie, in Luftlinie 200 Meter weiter, auf der Inneren Kanalstraße, eine Straßenbahn zu bauen. Da fragt man sich: Wie soll das denn zusammenpassen, während Neubrück, Porz, die rechtsrheinische Gürtelstrecke alle nicht gebaut werden, wo uns die DB doch mit dem Bund gerade quasi eine S-Bahn dahin baut? Das passt einfach nicht zusammen.

Es ist ärgerlich, dass sich dann auch ein Kollege Weisenstein hier hinstellen kann und den Rheindörfern noch etwas Neues verspricht und immer jemand mit einer neuen Idee nach der anderen kommt, anstatt dass die Dinge, die lange beschlossen sind, einfach einmal umgesetzt werden.

Ich bin schon erstaunt, wenn mir die Dezernentin in der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses antwortet, wir haben kein Personalproblem beim ÖPNV-Ausbau. Ich habe ja letztes Mal gefragt: Wie sind Sie denn ausgestattet? - Da wurde gesagt: Vielen Dank für die Sorgen der SPD-Fraktion. Wir haben kein Personalproblem in der Verwaltung. Das läuft alles. - An solchen Anträgen wie denen der Ratsgruppe GUT sieht man, dass es eben nicht ausreicht.

Ich bin, ehrlich gesagt, auch enttäuscht, dass die Oberbürgermeisterin ein Fax nach Düsseldorf schickt und den Landesverkehrsminister im Hinblick auf das, was in der Kölner Stadtverwaltung nicht klappt, quasi um Hilfe bittet. Das müssen Sie sich tatsächlich anrechnen lassen, und das gilt auch für Schwarz-Grün. Ich weiß gar nicht, wie lange die Grünen noch in dieser Mehrheit im Stadtrat sein wollen, bis endlich einmal Bahnbrechendes passiert. Sie haben seit Jahren bzw. Jahrzehnten die Möglichkeit, das hier durchzusetzen. Aber es passiert nicht.

(Zurufe)

- Frau Killersreiter, es tut Ihnen weh, das zu hören; das kann ich verstehen. Aber es ist leider die Realität, dass Sie mit Ihren Reden allein hier nicht vorankommen. Wenn Sie die Verkehrsdezernentin nicht entsprechend bewegt bekommen, dann haben wir dieses Problem in der Stadt.

Ich würde mir wünschen, dass ich bei mir im Bürgerzentrum am Mittagstisch nicht von meinen Mitarbeitern hören muss, dass Sie sagen, ich komme nicht mit dem Fahrrad, weil mir das nicht sicher genug ist. Ich kann sie verstehen, wenn sie sagen, ich fühle mich in Köln nicht sicher auf dem Rad. Die Infrastruktur an dieser Stelle auszubauen, wäre einfacher möglich, und es würde schneller gehen. Das bekommen Sie leider nicht hin; das ist traurig. Deswegen bringt der Antrag hier und heute nichts, und deswegen können wir ihm auch nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Pöttgen hat gerade vieles erzählt, dem ich nicht unbedingt zustimmen würde, gerade was die Bündnisse angeht, in denen man hier was umsetzen konnte und was nicht. Aber ich glaube, das ist ein anderes Thema. Ich möchte mich gern kurz auf diesen Antrag konzentrieren.

Es ist in der Tat richtig: Wir haben ein verändertes Mobilitätsverhalten, nicht erst seit Corona. Ich glaube, die Veränderung hat sich seit Corona beschleunigt. Wir haben auch schon jede Menge Berichte dazu gehört. Wir haben das in den letzten Verkehrsausschusssitzungen auch entsprechend angefordert. Von daher möchte ich diesen Antrag gerne zusammen mit den noch offenen Anfragen, die wir zum verändertem Mobilitätsverhalten im Ausschuss und im Rat gestellt haben, an den Verkehrsausschuss verweisen, damit wir dort weiter darüber beraten können. Denn eines ist sicher: Ein Konzept brauchen wir in der Tat nicht noch einmal, sondern wir brauchen konkrete Maßnahmen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich jetzt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ich möchte noch etwas sagen. Kann ich noch etwas dazu sagen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das war ein in der Rede gestellter Geschäftsordnungsantrag. Oder habe ich das falsch verstanden? - Nein. Dann muss ich jetzt über diesen Antrag abstimmen lassen. Das ist doch ein Geschäftsordnungsantrag. Ein Verweisungsantrag ist auch ein Geschäftsordnungsantrag.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ich hätte noch einen Redebeitrag dazu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. Viele andere auch, Herr Wortmann. - Es ist ein Geschäftsordnungsantrag gestellt worden, und über ihn wird zunächst abgestimmt. Wenn er keine Zustimmung findet, dann folgen die Redebeiträge; so ist unsere Geschäftsordnung.

Gibt es Gegenstimmen gegen die Verweisung? - Von der LINKEN, der FDP und Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist er verwiesen.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird in den Verkehrsausschuss als zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und FDP sowie RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Anmerkung:
Verweisung auf Antrag von RM Hammer.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

3.1.6 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „ÖPNV vor den Folgen der Corona-Pandemie schützen - Hygienekonzept entwickeln“

AN/0770/2020

Ich gebe Herrn Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach allem, was wir wissen, ist der ÖPNV kein Hotspot für Infektionen mit dem Coronavirus. Dennoch haben viele Menschen während der Pandemie dem ÖPNV den Rücken gekehrt, viele aus Angst, sich anzustecken. Dieser Angst wollen wir begegnen, und zwar mit dem besten Hygienekonzept eines ÖPNV-Unternehmens überhaupt.

Wir brauchen spezielle Oberflächen, die den Virus so schnell wie möglich unschädlich machen. In jedem Bus und in jeder Bahn soll es die Möglichkeit geben, sich die Hände zu desinfizieren. Auch an vielen Haltestellen soll man sich die Hände waschen können. Auch wenn die Pandemie hoffentlich bald besiegt ist, die Hygieneansprüche werden nicht auf die Zeit vor Corona zurückgehen. Ein Zurück zu den alten Hygienestandards wird es nicht geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wegen der Pandemie steigen die Verluste der KVB stark an. Der Bund und das Land helfen. Das wird aber nicht reichen. Wir wollen wissen, was bei der städtischen Familie hängen bleibt, und wir wollen, dass der Rat der Stadt Köln ein eindeutiges Bekenntnis zur KVB und zu den erhöhten Kosten abgibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wegen des starken Rückganges der Fahrgäste fordern wir eine sofortige Preissenkung um 50 Prozent im gesamten VRS-Gebiet.

(Beifall bei der LINKEN - Lachen von Ulrich Breite [FDP])

Seit Jahr und Tag streiten wir für günstigere Tarife im ÖPNV und bekommen regelmäßig zu hören: Ja, das ist eine gute Idee. Das würden wir auch gerne machen. Wir haben aber die Kapazität nicht. - Meine Damen und Herren, dieses Argument sticht nicht mehr. Sie sind entlarvt. Heute müssen Sie zustimmen, um einen günstigeren ÖPNV anzubieten.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Bahnen sind derzeit leer. Deswegen ist die Preissenkung auch eine Möglichkeit, die Bahnen wieder voller zu bekommen.

Meine Damen und Herren, wir wollen eine sehr gute Hygiene bei der KVB, wir wollen sichere Finanzen für die KVB, und wir wollen preiswertere Tickets im ganzen VRS-Gebiet.

Beim Schreiben dieses Antrages habe ich mir häufiger die Frage gestellt, ob sich die KVB dadurch vielleicht gegängelt fühlen könnte. Ich glaube, das muss sie nicht. Wir alle wissen, dass die KVB während der Pandemie einen guten Job gemacht und auch viel in Richtung Hygiene getan hat. Dafür danken wir der KVB. Wir wollen, dass wir mit der KVB bundesweit in eine Vorreiterrolle kommen und zeigen können: Jawohl, man kann auch in Zeiten der Pandemie gefahrlos mit dem ÖPNV fahren. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Pöttgen das Wort.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Linksfraktion, mit diesem Antrag haben Sie der KVB einen Bärendienst erwiesen und der Autolobby in Deutschland tatsächlich Vorschub geleistet. Ich finde, es ist höchst ärgerlich, mit diesem Antrag Panikmache zu betreiben, als ob es ein Infektionsrisiko in der KVB gäbe. Denn das ist erst einmal die Grundsatzaussage dieses Antrages, und das ist ein Problem.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn Sie suggerieren, es bräuchte ein Hygienekonzept, unterstellen Sie, es gäbe keines.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Habe ich doch gar nicht gesagt!)

- Ja, das Problem ist aber: Das ist aufgeschrieben. - Dann stellen Sie sich hier hin und sagen im ersten Satz, das ist kein Problem. Ich würde mir wünschen, ihr würdet diesen Antrag einfach zurückziehen und sagen, ihr habt euch geirrt. Das ist nämlich ein Problem.

(Beifall)

Wir haben beim vorherigen Tagesordnungspunkt gerade darüber gesprochen, dass die Leute in Sorge zu sein scheinen, den ÖPNV zu nutzen, und deswegen lieber allein im warmen Auto sitzen, da Radio hören und sich sicher fühlen. Jetzt kommt ihr und sagt: Ja, oh Gott, es ist ja auch ein Problem in der Bahn. - Es ist ein Problem, genau das weiterhin zu suggerieren.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Die SPD weiß überhaupt nicht mehr, was die Menschen denken! Das ist das Problem!)

- Nein, wir deuten das vielleicht anders als ihr. Ich glaube aber, das ist in so einer Debatte in Ordnung.

Wir als SPD-Fraktion haben den Anspruch, mehr Menschen besser zu bewegen. Damit man besser Abstand halten kann, braucht man in der Regel Luft und Kapazitäten. Die KVB macht ja jetzt an jeder Haltestelle alle Türen auf, um für eine gute Durchlüftung zu sorgen. Wir wissen, dass gute Durchlüftung sehr wichtig ist, wenn es darum geht, das Infektionsrisiko zu senken.

Ich finde es einfach problematisch, wenn Sie ausführen, wir hätten ein Finanzproblem. Denn das Problem mit der Finanzierung, das Sie aufgeschrieben haben, hat die Große Koalition in Berlin längst gelöst. 2,5 Milliarden Euro kommen vom Bund.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: So ein Blödsinn!)

- Lassen Sie mich das doch ausführen. - Dieses Problem wurde gelöst, bevor Sie Ihren Antrag geschrieben haben; das ist doch das Peinliche daran. 2,5 Milliarden Euro kommen vom Bund, das Land verdoppelt diesen Betrag auf 5 Milliarden Euro, und das Geld wird über den Kieler Schlüssel verteilt. Sprechen Sie doch mit dem VRS!

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Die Aufsichtsratsmitglieder im Stadtwerke-Konzern werden Ihnen etwas anderes erzählen!)

- Einen Augenblick! Dann gebe ich Ihnen jetzt gerne Nachhilfe; denn Sie müssen die Fakten betrachten.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Sie müssen ein bisschen älter werden! Dann können Sie das machen!)

- Da spricht der künftige Oberbürgermeister; das ist natürlich in Ordnung.

Die VRS GmbH wird ja damit beauftragt sein, das Geld an die ÖPNV-Unternehmen zu übermitteln. Es gibt laut Aussage des VRS am Ende eine Spitzabrechnung, also keine finanziellen Einbußen für die KVB; nehmen Sie das doch einfach einmal zur Kenntnis. Das braucht der Stadtwerke-Konzern am Ende gar nicht auszugleichen, weil

das Geld aus Berlin, von der GroKo, kommt und von Schwarz-Gelb im Land verdoppelt wird. Dieses Problem ist doch längst gelöst. Deswegen könnten Sie auch an dieser Stelle sagen, dass Sie diesen Punkt zurückziehen.

Dann bin ich wieder bei dem Punkt, dass Sie Politik mit der Krise machen. Dass Sie den ÖPNV umlagefinanziert haben wollen, ist bekannt. Es ist in Ordnung, dass Sie einen ticketfreien ÖPNV haben wollen. Das ist in Ordnung; das ist Ihre Position. Aber jetzt mit Corona zu begründen, dass man die Ticketpreise halbieren muss! Ja, und dann? Dann fahren mehr Leute Bahn, wie ich gerade gehört habe, weil die Ticketpreise niedriger sind? Das war die Argumentation. In der Rede, die vor drei Minuten gehalten wurde, habe ich gehört, die Leute haben Angst, Bahn zu fahren; sie haben also kein Problem mit dem Geld. Das ist ja in Ihrem Antrag schon in der Begründung nicht logisch gewesen.

Wir sind dafür, dass wir als Erstes die Angebote in Köln ausbauen, damit die Menschen nicht mehr Auto fahren müssen und damit das Angebot so attraktiv ist, dass man sicher, bequem und schnell von A nach B kommt. Das ist die erste Strategie, bevor man die Preise senkt.

(Beifall bei der SPD)

Es wird Sie jetzt wenig überraschen: Wir als SPD-Fraktion lehnen diesen Antrag ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Unna das Wort.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche, mich kurzzufassen. Der Antrag - das hat der Antragsteller ja schon selbst dargestellt - ist hauptsächlich psychologisch getrieben, nicht inhaltlich oder gar pandemiebekämpfend. Ein Hygienekonzept, das am 18. Juni dieses Jahres beschlossen würde und erst dann zur Umsetzung gelänge, scheint mir doch reichlich spät dran zu sein. Das alles gibt es seit langem.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen müssen wir hier auch nichts mehr beschließen, was längst existiert; das hat der Kollege wunderbar ausgeführt.

Zu den zeitnahen Ausfällen. Ausfälle finanzieller Art verschärfen sich naturgemäß, wenn wir die Preise auf 50 Prozent ohne Deckungsvorschlag reduzieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß nicht, wie Sie so etwas einbringen können: ohne Deckungsvorschlag. Das ist einfach Blödsinn, das ist unseriös, und so etwas macht mich ärgerlich.

Ich möchte darauf hinweisen, dass es überhaupt nicht schlimm ist, wenn Sie keine sachkundigen Gesundheitspolitiker im Rat der Stadt Köln haben. Aber dann sollten Sie sich zu diesen Dingen vielleicht nicht öffentlich äußern. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Michel hat das Wort.

Dirk Michel (CDU): Auch ich mache es kurz. Andi Pöttgen hat vieles richtig gesagt, vor allem, dass dieser Antrag wirklich eine Gefahr darstellt. Denn was der ÖPNV braucht, ist eine Imagekampagne, um wieder Vertrauen in den ÖPNV zu bekommen. Das ist jetzt auf Bundesebene passiert und wurde dort organisiert. Unsere Landesregierung ist hier federführend aktiv. Dafür bin ich erst einmal sehr dankbar.

Der Aufsichtsrat hat diese Woche festgestellt, dass die KVB in der Krise einen sehr, sehr guten Job gemacht hat, dass sie den Betrieb aufrechterhalten hat - auch das muss hier erwähnt werden -

(Beifall)

und dass sie im ständigen Austausch ist, nicht nur mit der Branche, sondern auch mit der Industrie, um auf solche Themen wie Hygiene, aber auch andere aktuell zu reagieren und das Beste umzusetzen.

Ich möchte noch etwas zu den Mindereinnahmen sagen - Andi Pöttgen hat schon darauf hingewiesen -: Es ist wirklich so, dass der Bund - auch dafür sind wir sehr dankbar - diese Mindereinnahmen ausgleichen wird. Es ist für uns natürlich mit Blick auf unseren Haushalt auch indirekt sehr, sehr wichtig, was da jetzt passiert.

Es bedarf keiner Partei, die dieses Thema voranbringt. Das machen wir alle zusammen, spätestens am 29. Juli dieses Jahres. Dann haben wir nämlich eine Sonderaufsichtsratssitzung nur zu Corona. Da werden wir die entsprechenden Beschlüsse für uns in Köln treffen und auf den Weg bringen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer hat jetzt das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist ja schon ein besonderes Gefühl, hier im Gürzenich zu stehen. Ich muss sagen, man fühlt sich fast wie ein Dreigestirn.

Herr Weisenstein, beendet haben Sie Ihre Rede mit den Worten, die KVB hat einen guten Job gemacht. Da habe ich mich gefragt: Zu welchem Antrag reden Sie eigentlich? - Denn dieser Antrag, so wie er zumindest überschrieben ist, vermittelt eigentlich, dass die KVB keinen guten Job gemacht hat, weil sie kein Hygienekonzept hat. Da steht, sie müssten eines entwickeln. Wenn man etwas entwickeln muss, hat man es ja eigentlich nicht oder zumindest nicht ausreichend.

Ich habe mich auch gefragt: Wie fühlen sich denn die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der KVB, die sich da wirklich richtig angestrengt haben? - Gerade Sie sind doch immer diejenigen, die auf die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen oder, wie Sie immer sagen, Kollegen und Kolleginnen abzielen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Aber denen - ich sage das einmal so - hauen Sie mit diesem Antrag doch im Grunde genommen richtig vor das Knie.

Dieser Antrag vermittelt, wenn man die Überschrift liest, eigentlich Angst. Das können wir wirklich überhaupt nicht gebrauchen. Ich will auch nicht viel dazu sagen; Herr Pöttgen hat dazu wirklich sehr gut ausgeführt. Aber dieser Antrag und auch der nächste, der von Ihnen kommt, sind nach demselben Strickmuster: Sie machen erst einmal ein bisschen Angst mit dem Thema Hygiene, und dann benutzen Sie das im letzten Abschnitt; da kommt es nämlich. Da kommen dann Ihre alten Wünsche und Forderungen, also das, was Sie schon immer wollten. Das ist bei Ihnen der kostenlose bzw. der zu 50 Prozent kostenlose ÖPNV; ihn wollen Sie. Weil Sie diese Forderung ja immer wieder und permanent bringen, haben Sie jetzt das Hygienekonzept genommen und es als letzten Punkt hineingebracht. Insofern: Das ist ein altes Strickmuster. Sie benutzen die Hygienefrage als Vehikel, um eine Ihrer Forderungen zu stellen, die Sie immer wieder erheben.

(Beifall bei der FDP)

Aber da gehen wir Ihnen nicht auf den Leim. Wir werden Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nur der Vollständigkeit halber: Die KVB hat natürlich ein Hygienekonzept, und es wurde uns bereits Mitte März vorgelegt.

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Deswegen würde ich gerne über diesen Antrag abstimmen lassen. Wer wünscht, ihm zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Die Ratsgruppe GUT enthält sich. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss

Verwaltung und KVB werden beauftragt, ein Vorgehen mit den folgenden Maßgaben zu entwickeln:

1. *Die KVB entwickelt mit Hygienemediziner*innen ein Konzept zur Verringerung des Ansteckungsrisikos in Bus und Bahn und kommuniziert dies öffentlich.*

2. *Die Verwaltung stellt zeitnah dar, in welchem Ausmaß Finanzmittel des Bundes und des Landes die Corona-bedingten Einnahmeausfälle und Mehrkosten der KVB ausgleichen.*

   Aufgrund der Pandemie entstandene Finanzierungslücken, die nicht durch Mittel des Bundes und des Landes ausgeglichen werden, werden durch den Allgemeinen Haushalt getragen. Die Gewinnabführung des Stadtwerkekonzerns wird entsprechend reduziert.

*3. Die Vertreter*innen der Verbandversammlung des VRS werden angewiesen, eine (zeitlich befristete) generelle Preissenkung um mind. 50% für alle Tarife zu erwirken.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.7 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Wohnungsbauwende“

AN/0775/2020

Das Wort hat Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der Wohnungsbau in Köln ist ein Risikopatient mit Vorerkrankungen, um im Corona-Jargon zu bleiben.

Aber statt ihn zu hegen und zu pflegen, um ihn wieder auf die Beine zu bekommen, wird er immer neuen Risiken ausgesetzt: das kooperative Baulandmodell oder die Konzeptvergaben, an denen sich teilweise gar keine Investoren mehr beteiligen, weil die Konditionen so unattraktiv sind, die aber trotzdem enorme Kräfte in der Verwaltung binden, das Vorkaufsrecht für Grundstücke, wo sieben Mitarbeiter der Verwaltung in einem Jahr ein Grundstück gefunden haben, bei dem sie das Vorkaufsrecht für den Wohnungsbau ausgeübt haben, gegen das dann der Betroffene entsprechend geklagt hat, oder Sanierungsverhinderungssatzungen, wo jetzt die nächste für Mülheim beschlossen werden soll, ohne dass die Ergebnisse aus dem Severinsviertel überhaupt einmal abgewartet werden.

Jetzt kommt das Erbbaurecht hinzu; das wird noch oben draufgesattelt. Nach der Sitzung des Wohnungsbauforums, das am Montag getagt hat, hat mir ein Teilnehmer geschrieben - ich zitiere einmal aus der Mail -:

> Ganz besonders erschreckend finde ich die Einführung einer Bindungsfrist von 80 bis 100 Jahren für den geförderten Wohnungsbau. Wer soll da noch investieren? Das kann ich als Vertreter eines Immobilienunternehmens nicht unterstützen, aber auch nicht als Bürger der Stadt. Anstelle den Bau und die Erschließung neuer Flächen für den Wohnungsbau zu fördern, reagiert die Stadt mit weiteren Restriktionen. Das Kölner Wohnungsbündnis ist mittlerweile ein Blatt Papier ohne echtes Commitment. Vielen Dank für Ihr Engagement. Mit freundlichen Grüßen.

Liebe Frau Oberbürgermeisterin, liebe Ratsmehrheit, wenn Ihre Wohnungsbaupolitik der letzten Jahre erfolgreich gewesen wäre und funktioniert hätte, würde ich den Hut davor ziehen. Aber das Gegenteil ist der Fall. In 2019 sind gerade noch 2.175 neue Wohnungen fertiggestellt worden, und Sie sind knapp, mit 37 Wohnungen, am schlechtesten Ergebnis der letzten Dekade vorbeigeschrammt. Die drei schlechtesten Jahre der letzten zehn Jahre fallen in die aktuelle Ratsperiode und in die Amtszeit der Oberbürgermeisterin.

(Beifall bei der FDP)

Das kann man nicht der Bauwirtschaft unterjubeln und sagen, ihr könnt nicht richtig bauen und ihr stellt nicht die richtigen Bauanträge. Nein! Wir haben gerade die Zahlen vom Haus- und Grundbesitzerverein gehört. Im gleichen Zeitraum sind im Jahr 2019 in Hamburg 9.800 und in Berlin 17.000 Wohnungen gebaut worden. Noch einmal im Vergleich dazu: 2.175 in Köln.

Es ist kein Wunder, dass das so ist, wenn die Gemeindeprüfungsanstalt der Stadt Köln attestiert, in Sachen Baugenehmigungen den letzten Platz von 496 Kommunen in Nordrhein-Westfalen zu belegen. Wenn das Bauaufsichtsamt zwei Wochen schließt, um Altlasten zu beseitigen, dann ist das ein Offenbarungseid, der hier geleistet wird,

(Beifall bei der FDP und der AfD)

der zeigt, wie schlecht es um die Bauwirtschaft in Köln steht.

Ich kann nur sagen - auch mit Blick auf die nächste Ratsperiode und die nächste Periode für diejenige oder denjenigen, die oder der hier als Oberbürgermeister gewählt wird -: Kehren Sie um! Lassen Sie dem Patienten Wohnungswirtschaft endlich wieder Luft zum Atmen! Wir schlagen mit zahlreichen Einzelmaßnahmen eine Entfesselung des Wohnungsbaus in Köln vor, um ihn von allen bürokratischen Auflagen, von allen Hindernissen und allen Hürden für die nächsten fünf

Jahre zu befreien. Dann kann sich die Verwaltung darauf konzentrieren, ein entsprechendes Planungs- und Baurecht zu schaffen, und die Wohnungswirtschaft kann ihre Zusage erfüllen, 6.000 Wohnungen im Jahr zu bauen. Lassen Sie sie bauen! Lassen Sie sie in Ruhe! - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Frenzel das Wort.

Michael Frenzel (SPD): Liebe Kölnerinnen und Kölner! Leev Kölsche! Unsere Heimatstadt Köln kommt aus den negativen Schlagzeilen nicht heraus. Die renommierte Tageszeitung *Handelsblatt* schreibt heute:

> Die Zahl neu gebauter Wohnungen in der Domstadt sank 2019 fast auf ein Zehnjahrestief.

Der Haus- und Grundbesitzerverein der Stadt wird in der Presse wie folgt zitiert:

> Mit 2.175 fertiggestellten Wohnungen 2019 stellt die Stadt einen weiteren traurigen Rekord auf.

Die Experten von vdp-Research bestätigen die Folgen für die Preise am Wohnungsmarkt. Bei Eigentumswohnungen und Eigenheimen betrugen die Preissteigerungen im vergangenen Jahr über 7 Prozent. In Ihrer Amtszeit, Frau Oberbürgermeisterin Reker, sind die Immobilienpreise in vielen Kölner Stadtteilen damit um mehr als 50 Prozent gestiegen. Eine Folge: Viele Familien verlassen die Stadt; sie ziehen zu Tausenden ins Umland. Was wir brauchen, ist eine Wende hin zu bezahlbarem Wohnraum.

Sehr geehrte Damen und Herren, die FDP hat 2015 die damals unter anderem für die Themen Umwelt, Soziales und das Wohnungsamt zuständige Dezernentin dabei unterstützt, ihren nächsten Karriereschritt zu tun. Jetzt, fünf Jahre später, stellt die FDP ihr Scheitern in der Wohnungspolitik fest. Jetzt, nach fünf Jahren mit desaströsen Wohnungsbauzahlen, in denen nicht einmal die Hälfte des benötigten Wohnungsbedarfs fertiggestellt worden ist, fordert die FDP eine Entfesselung des Mietwohnungsmarktes.

(Beifall bei der FDP)

Das, meine Damen und Herren, sieht so aus: Abgeschafft werden sollen günstige Grundstücke für soziale Vermieter. Abgeschafft werden soll die Pflicht, einen Anteil an gefördertem Wohnungsbau zu erstellen. Abgeschafft werden soll der Schutz der Mieter in Quartieren vor Luxussanierungen. Meine Damen und Herren, mit der SPD wird es einen liberalen Kahlschlag der Sozialen Stadt nicht geben.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der FDP: Aber auch keine Wohnungen!)

Liebe Kollegen von der FDP, dazu passt, dass die Landesregierung aus CDU und FDP diese Situation mit der Krise jetzt noch ausnutzt und eine neue Mieterschutzverordnung, geplant für den 1. Juli 2020, auflegt, die weitere Rechte der Mieter aushöhlen soll. Statt einer achtjährigen Kündigungsfrist können Käufer einer Eigentumswohnung ihre Mieter in Zukunft schon drei Jahre früher vor die Tür setzen. Was soll das in dieser Situation, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das ist eine schlechte Nachricht für Mieter, die teilweise seit Jahrzehnten in ihren Wohnungen in Quartieren wie Klettenberg, Sülz, Ehrenfeld oder Mülheim wohnen und die unter dem enormen Druck einer Gentrifizierung stehen. Das kann doch wirklich nicht Ihr Ernst sein!

Meine Damen und Herren, in Umlandkommunen - in Regionen wie Hürth, Sankt-Augustin oder Troisdorf - schaffen CDU und FDP die Mietpreisbremse ab. Auch das ist ein Skandal. Wir brauchen nicht weniger Schutz der Kölnerinnen und Kölner vor Mietwucher und Mietsteigerungen, sondern einen besseren und effektiveren Schutz.

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD werden deshalb einen Änderungsantrag stellen, und zwar mit dem Titel „Wohnungen für alle erhalten und schaffen“. Der Text dieses Antrages liegt Ihnen bereits vor, meine Damen und Herren. Er ist in wesentlichen Punkten wortgleich mit dem als Dringlichkeitsantrag eingebrachten Antrag unter 3.1.11, und er enthält im Wesentlichen die folgenden Punkte:

Wir bekräftigen noch einmal die Beschlüsse des Rates der Stadt Köln unter anderem zur Geschäftsprozessoptimierung im Bauaufsichtsamt, zum Milieuschutz in Köln, dazu, den landesrechtlichen Mieterschutz in Köln zu erhalten und Parkplätze und Supermärkte mit Wohnungen zu

überdachen. Das alles sind Initiativen der SPD-Fraktion, die wir hier im Rat beschlossen haben.

Aber, meine Damen und Herren, er enthält auch die zahlreichen Anträge - mehr als einige Dutzend -, die die SPD zum Thema Wohnungsbau eingebracht hat und die Sie hier mehrheitlich abgelehnt haben. Als da sind: Neue Wohnungsbaugebiete, Einführung einer Wohnungstauschbörse, Azubi-Wohnheime für Köln, ein strategisches Flächenmanagement einführen - alles 2016 -, Einführung eines Wohnungsbaufonds über 500 Millionen Euro - 2017 -, Städte stärken und Wohnen bezahlbar machen - 2018 -, Wohnungsnot bekämpfen, Kleinwohnungen mit reiner Nordlage erlauben - wir erinnern uns an diese Diskussion -, Ferienwohnungen regulieren, Studentenwohnungen, Auszubildendenwohnungen usw.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir können auch lesen!)

- Das haben Sie alles abgelehnt, Frau von Bülow; da müssen Sie nicht nachgucken.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sage ich ja! Seit wann bekommen wir Anträge vorgelesen?)

Insofern, meine Damen und Herren, möchte ich noch einmal dafür plädieren.

Ich erwarte nicht, dass ich mir mit meinem Eintreten für die sozial Schwächeren in der Stadt bei allen Freunde mache. Aber, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin und meine Damen und Herren, wir als SPD werden unsere Stimme weiterhin erheben, wenn es um den geförderten, preiswerten und bezahlbaren Wohnungsbau geht und wenn es darum geht, in dieser Stadt eine Wende zum Besseren, zum sozialeren Wohnungsbau herbeizuführen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau De Bellis das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Ralph Sterck! Michael Frenzel, zu dir komme ich gleich noch.

(Heiterkeit)

Wir haben hier zwei flammende Reden gehört. Willkommen im Wahlkampf! Als ich die Antragsüberschrift „Wohnungsbauwende“ gelesen habe, bin ich natürlich sofort neugierig geworden und habe gleich gedacht: Was kommt jetzt, just am Ende dieser Wahlperiode, nach fast sechs Jahren?

Gleich dreimal habe ich mir den Antrag durchlesen müssen - aber nicht, weil ich ihn so gut fand. Ich verrate Ihnen gerne, warum. Ich habe den Inhalt vermisst, ganz klar. Der Inhalt ist letztendlich die Inhaltslosigkeit der FDP, und das bei einem Antrag von drei Seiten. Sie haben schlicht Ihr Wahlprogramm abgetippt. Aber dabei haben Sie nicht berücksichtigt, was wir gemeinsam - wobei Sie mitgemacht haben - hier bereits auf den Weg gebracht haben.

Ich habe mir dennoch die Mühe gemacht - das habe ich bereits zu Hause als Hausaufgabe getan -, mir die einzelnen Punkte genau anzugucken. Ich möchte sie hier einmal erwähnen.

Mehr Flächen für den Wohnungsbau: Auch Kölner Flächen sind endlich, wie es in allen Großstädten der Fall ist; vorgestern haben wir im Stadtentwicklungsausschuss ausführlich darüber gesprochen. Auch Sie als FDP haben bestätigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind, und haben dem Antrag von Schwarz-Grün zugestimmt, den wir gleich unter TOP 10.31 noch einmal bekräftigen und beschließen werden. Davon lese ich nichts im Antrag der FDP.

Zur behutsamen Verdichtung. Ich helfe Ihnen auf die Sprünge: Wir haben am 7. April dieses Jahres - das ist also noch gar nicht so lange her - im Hauptausschuss einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen - die LINKEN waren auch dabei - und FDP gestellt und beschlossen, und zwar mit dem Inhalt, die Verwaltung zu beauftragen, ein Konzept für die Höhenentwicklung zukünftiger Bauvorhaben für den Bereich der inneren Stadt zu erarbeiten. Das Baulückenprogramm wurde hier im Rat schon zweimal, auch in diesem Jahr, besprochen, und auch Wall wird weiter forciert, genauso wie im StEA. Auch davon lese ich nichts in Ihrem Antrag.

Überbauen von Parkplätzen und Supermärkten: Das ist insbesondere ein Thema der SPD, das Sie hier öfter eingebracht haben. Am 20. März 2018, also vor etwa zwei Jahren, haben wir auch mit den Stimmen der FDP einstimmig einen Änderungsantrag zum Thema „Parkplätze und Supermärkte

mit Wohnungen überdachen“ beschlossen. Davon lese ich ebenfalls nichts in Ihrem Antrag.

Bauverfahren digitalisieren: Köln ist Pilotstadt; das hat die Landesregierung beschlossen. Sie sind auch in der Landesregierung und damit mit in der Verantwortung. Wir alle warten gespannt auf die Ergebnisse. Sicherlich werden wir in der kommenden Wahlperiode die Umsetzung erleben. Auch darauf geht Ihr Antrag nicht ein.

Mehr Personal fordern Sie. In der Verwaltung wurden im Rahmen der Haushaltsbeschlüsse 2019 sowie 2020 und 2021 weitere Stellen beschlossen, unter anderem auch im Stadtentwicklungsamt, im Amt für Statistik und bei der Stadtplanung. Auch davon steht in Ihrem Antrag nichts.

Ich möchte nur einen Punkt aus Ihrem Entflechtungsbeschluss aufgreifen, und zwar das kooperative Baulandmodell. Es orientiert sich an der Praxis. Am Montag haben wir auch im Wohnungsbauforum darüber gesprochen. Die Wohnungswirtschaft, also unsere Partner, hat damit Planungssicherheit. Sie kommt damit zurecht. Es gibt feste Berechnungsmodelle.

(Vereinzelt Beifall)

Die Bauwirtschaft hat damit überhaupt keine Probleme. Die Einzigen, die damit Probleme haben, sind Sie von der FDP. Auch davon steht nichts in Ihrem Antrag.

Lieber Kollege Sterck, Sie sehen: All Ihre Themen sind im Fluss. Sie sind auf den Weg gebracht und beschlossen, teilweise auch mit Ihren Stimmen. Es wäre für die FDP gelegentlich sicher besser angelegte Zeit, mehr über ihr schon lange lähmendes Verhalten nachzudenken. Sie stehen auf der Stelle. Der Stau ist nicht im Rathaus. Sie stehen mit diesem Antrag auf der Stelle.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Sie sollten konstruktive Vorschläge machen und nicht Polemik mit Blick auf die Kommunalwahl betreiben. Ihr Anliegen ist, die Bürgerinnen und Bürger vor der Kommunalwahl zu verunsichern. Sie glauben, dadurch Zustimmung zu erhalten. Aber diese Rechnung wird nicht aufgehen. Ihren Antrag lehnen wir ab.

Jetzt zur SPD, lieber Michael Frenzel.

(Heiterkeit)

Köln ist eine wachsende Stadt, eine attraktive Stadt. Ja, Köln ist beliebt. Die Menschen wollen nach Köln ziehen. Das unterstreichen wir. Aber auch da gilt: So schnell hat man Wohnungen nicht gebaut.

Zum Thema. Sie bemängeln, dass zu wenige Wohnungen fertiggestellt worden sind. Aber im geförderten Bereich sind mehr Wohnungen als in den letzten Jahren fertiggestellt worden. Das darf man an dieser Stelle nicht vergessen, und das sollte man auch immer wieder sagen.

In Ihrer Amtszeit und solange Jochen Ott Aufsichtsratsvorsitzender der GAG, der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, ist, ist leider nicht viel mehr passiert. Sie haben diesen Bereich komplett aus dem Blick verloren.

(Christian Joisten [SPD]: Sie sollten mal den Geschäftsbericht lesen!)

- Hören Sie einfach zu, Herr Joisten.

(Christian Joisten [SPD]: Wir hören zu!)

An dieser Stelle möchte ich noch kurz die Praxis ansprechen. Fast jeder Beschluss im Stadtentwicklungsausschuss wird von Ihnen mit aufgehalten, weil alte Beschlüsse nicht mehr passen oder weil es sich stadtentwicklungstechnisch nicht mehr in die heutige Zeit einfügt, und dann setzen wir doch gerne noch einen B-Plan drauf. Nur, was bedeutet Ihre Forderung im Umkehrschluss? Sie bedeutet, dass sich der Wohnungsbau noch weiter verzögert. Ich lade Sie ein: Machen Sie einfach konstruktiv mit! Dann kommen wir gemeinsam zu sehr, sehr guten Ergebnissen.

Jetzt zu Ihrem Dringlichkeitsantrag, der heute nicht angenommen worden ist. Sie legen ihn jetzt einfach noch einmal mündlich nach, genau wie alle anderen Anträge, die hier in den letzten sechs Jahren gescheitert sind. Wenn ich mir die kommende Wahlperiode ansehe, dann legen Sie noch fünf Jahre drauf. Also werden wir uns in Zukunft mit Ihnen nur noch über das Papier unterhalten können. Sie machen konstruktiv nicht mit. Somit können Sie sich nicht am Wachstum der Stadt beteiligen. Sehr schade! Denken Sie darüber nach!

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Pakulat das Wort.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Teresa, ich musste diesen sogenannten Antrag einige Male lesen, um herauszufiltern, welche Essenz darin enthalten ist bzw. was da eigentlich ganz genau beantragt wird. Das ist, liebe Kollegen von der FDP, eine seltsame Mischung aus Analyseversuchen, Gegenmittelverordnungen, Maßnahmenpaketen und Zielsetzungen.

Ich habe einmal versucht, die Sätze herauszufiltern, denen wir tatsächlich zustimmen könnten; denn es steht nicht nur Unsinn in diesem Papier, muss ich sagen. Zu allen richtigen Sätzen, die ich gefunden habe, gibt es schon Beschlüsse.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Dafür brauchen wir überhaupt nichts zu ändern. Wir brauchen sie eigentlich nur noch umzusetzen, und zwar mit Elan. Insoweit gebe ich Ihnen recht. Die Frage ist aber: Ist die Analyse immer richtig? - Ihr habt jetzt sehr viel auf die Stadtverwaltung und auf Mittel wie Konzeptvergaben oder Vorkaufsrechte geschoben, die - das gebe ich offen zu - noch in der Probephase sind und durchaus noch optimierbar sind. Das ist aber sicherlich nicht der Grund, warum hier nicht genug gebaut oder nicht genug fertiggestellt wird.

Die Analyse könnte doch auch umgekehrt sein: Lohnt es sich, auf einem freien Grundstück zu bauen, oder sollte ich mich besser im Schaukelstuhl zu Hause hinsetzen und warten, bis dieses Grundstück immer mehr wert wird?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wo stehen wir denn eigentlich? Das ist ja die entfesselte Immobilienwirtschaft. Es ist nämlich der entfesselte Grundstücksmarkt, mit dem wir ein Problem haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Liebe Kollegen von der FDP und von der SPD, mit den Grünen wird es weder eine Liberalisierung des sozialen Wohnungsbaus geben noch ein Zubauen, Zubauen, Zubauen der letzten Grünfläche.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind gewohnt, die Dinge gegeneinander abzuwägen, uns jedes Gebiet genau anzugucken und dann die bestmögliche Entscheidung zu treffen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dieser Antrag - Teresa hat es schon gesagt - ist kein Antrag. Er ist eine Kurzfassung des FDP-Wahlprogramms. Ich muss mich vielleicht korrigieren: Bei den Grünen wäre es die Kurzfassung, bei der FDP ist es wahrscheinlich die Langfassung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es war ein sehr netter Test, darüber einmal hier im Rat abstimmen zu lassen; auch das muss ich der SPD sagen. Dies ist ein tolles Testgremium. Hier sind 90 Leute, ein Durchschnitt der Kölner Bevölkerung. Also kann man hier ja das eigene Wahlprogramm testen lassen. Ich würde Ihnen einfach raten: Verschieben Sie das auf den 13. September, und lassen Sie dann darüber abstimmen! - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der FDP-Antrag hat schon eine Aussage. Ich würde sie so umschreiben: Lasst mal die Privatwirtschaft das alles erledigen, Politik und Verwaltung halten sich besser heraus. - So würde ich diesen Antrag umschreiben und zusammenfassen. Das ist die Wohnungspolitik der FDP. Das haben wir in den letzten Jahren eigentlich auch hier so erlebt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Ihr Vertrauen in die privaten Investoren ist sehr romantisch und im Prinzip deplatziert. Schauen Sie sich doch einmal die aktuellen Zahlen an! Es gab noch nie - noch nie! - so viel Bauüberhang wie in diesem Jahr. Der Investor hat also die Baugenehmigung erhalten, obwohl das lange dauert; das ist wahr. Aber er hat sie ja. Und was macht der Investor? Er legt diese Baugenehmigung in die Schublade und spekuliert damit - dafür bekommen wir dann gestiegene Preise -, und er spekuliert so, dass er sagt, ich lasse das lieber ein bisschen liegen, dann steigt der Preis, und dann habe ich in den folgenden Jahren pro Quadratmeter vielleicht 50 Cent mehr.

Das ist die aktuelle Spekulationsentwicklung, und das führt zu enorm hohen Preisen hier in Köln. Wir brauchen aber preiswerten Wohnraum, insbesondere für Familien, und wir brauchen gute, preiswerte Mieten für Leute, die ein geringes Einkommen haben.

In beiderlei Hinsicht ist die Frau Oberbürgermeisterin mit ihrem Wohnungsbündnis sozusagen auch Akteur. Das ist, kann man sagen, ein Rohrkrepierer geworden. 2019 - das hat Herr Sterck schon angedeutet - hatten wir 2.175 Wohnungen, und eine Wende ist nicht erkennbar. Gebaut werden günstige Wohnungen überwiegend von den städtischen Unternehmen; das muss man auch einmal festhalten. Zu den vielen Wohnungen, die da gebaut wurden, hat die GAG einen großen Beitrag geleistet, ebenso die Genossenschaften usw. usf.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie waren die Akteure, nicht die privaten Investoren und nicht die privaten Unternehmen. Das ist die Situation. Deswegen sagen wir: Wir müssen als Stadt noch mehr Wohnungen bauen, damit wir diesen Spekulanten entgegentreten können. Wir müssen hier eine Wende herbeiführen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist das, was wir machen. Deswegen sagen wir: Wir brauchen eine weitere städtische Wohnungsgesellschaft. Unser Angebot an die Grünen lautet: Lasst uns mit dieser Wohnungsgesellschaft vorwiegend Holzhäuser bauen! Diese Technologie ist inzwischen so verbreitet, dass man damit mehrgeschossiges Bauen betreiben kann. Das ist unser Vorschlag.

Zu sagen, wir bauen 10.000 Wohnungen, ist unrealistisch. Da muss man ganz klar sagen: Das ist nicht die Situation, weil wir ja das Problem haben - da ist die Verwaltung gefordert -, dass die Flächen einfach nicht auf den Markt gebracht werden. Wir haben doch hier das StEK Wohnen beschlossen. Da ging es damals um fast 16.000 Wohnungen. Es kommt aber nichts. Deswegen sage ich, Frau Oberbürgermeisterin: Wir bräuchten im Prinzip eine Art Flächenbereitstellungskonzept, sodass wir jedes Jahr erkennen können, wie viele Flächen auf den Markt geworfen werden, damit dann die entsprechenden Wohnungen gebaut werden können.

Es ist ganz klar: Diese 2.175 Wohnungen kann man ja rückabwickeln. Aber es fehlten ja immer die Flächen. Das heißt, wir müssen ein Flächenmanagement haben, für städtische Flächen, aber auch für private Flächen. Unser Vorschlag ist, dass wir darüber einmal diskutieren und als Nächstes zumindest eine Zwischenbilanz bezüglich StEK Wohnen bekommen. Ich glaube, da muss die Verwaltung eher darauf achten, dass wir jetzt kleinflächige Sachen auf den Markt werfen. Ich höre, Kreuzfeld ist in Arbeit; das ist schön. Aber wir brauchen ja in der Zwischenzeit Flächen von denen, die auf den Markt geworfen werden, sodass Wohnungen gebaut werden können. Dann kann man vielleicht auch sagen, wie viele Wohnungen wir tatsächlich und real fertiggestellt bekommen. Es werden auf keinen Fall 10.000 Wohnungen sein.

Wenn das Thema Wohnungspolitik Bestandteil des Wahlkampes sein wird, dann muss man meines Erachtens aber auch vernünftige Vorschläge machen, die realistisch sind. Wir glauben, wir brauchen wir eine zweite GAG. Da muss etwas passieren. Aber die SPD blockt das die ganze Zeit ab. Wir hätten diese zweite GAG unter Rot oder Rot-Grün, mit uns, schon längst haben und die Technologie entsprechend ausbauen können. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Ich mache das jetzt gerade hier vom Platz aus. Ich möchte auch gar keine zweite Runde eröffnen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Nein!)

- Entschuldigung, Herr Kienitz von der CDU, ich möchte auf zwei Bemerkungen meiner sehr geschätzten Kollegin Frau De Bellis eingehen, weil sie das angesprochen hatte. Eigentlich hatte ich mich auch zu einer Zwischenfrage gemeldet; das hat die Sitzungsleitung leider nicht gesehen.

Deswegen nur kurz ein Hinweis, weil ich das gerne richtigstellen möchte, liebe Kollegin. Das Erste ist: Sie wissen schon, genauso wie wir, dass die GAG als städtische Wohnungsbaugesellschaft fast 100 Prozent dessen, was in Köln in den letzten zwei Jahren überhaupt noch an gefördertem Wohnungsbau gebaut worden ist, gebaut hat? Fast 100 Prozent von dem, was an gefördertem Wohnungsbau in Köln überhaupt noch stattfindet, kommt von der GAG.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Im letzten Jahr haben sie 800 Wohnungen gebaut. Sie bauen toll. Aber es waren 800, und das sind nicht 100 Prozent von 2.170.

Michael Frenzel (SPD): Geförderte, Frau Oberbürgermeisterin.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. Ich muss mich jetzt aber einmal einmischen, Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Ja, ja. Sehr gerne.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist jetzt ein bisschen Klitterung. Bei der Förderung geht es um die Beantragung und um die Bewilligung, und da haben wir im vorigen Jahr über 1.000 Wohnungen bewilligt.

Michael Frenzel (SPD): Frau Reker, ich freue mich über Ihren Zwischenruf und beantworte ihn gerne. - Ich sprach nicht von den 2.175 Wohnungen, die wir letztes Jahr insgesamt gebaut haben, sondern ich sprach von den geförderten Wohnungen, die in den letzten zwei Jahren gebaut worden sind. Von denen hat die GAG in der Tat fast 100 Prozent gebaut; da werden Sie mir zustimmen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Insofern, glaube ich, ist es nicht fair, dem Aufsichtsratsvorsitzenden - egal ob er der SPD oder einer anderen Partei angehört - vorzuwerfen, dass er zu wenig für den geförderten Wohnungsbau tut. Ich denke, das Gegenteil ist der Fall. Dessen sind wir uns auch bewusst.

Der zweite Punkt, auf den ich gerne noch eingehen möchte, ist die Frage nach der Konstruktivität oder der Destruktivität der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hier im Kölner Rat und im Stadtentwicklungsausschuss.

(Zurufe: Oh!)

- Jetzt geht ein Raunen durch den Saal. Denn das hört sich gut an, wenn man das einmal so ausspricht, nicht? - Die Kollegin von den Christdemokraten hat ja gesagt, dass wir nicht richtig mitarbeiten oder nicht in ausreichendem Maße dem zustimmen, was Sie als Schwarz-Grüne machen. In der Tat, liebe Kollegin und auch liebe Kollegin von der FDP, beim Sozialabbau im Bereich des Wohnungsbaus werden wir nicht mitmachen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden auch nicht mitmachen bei einer verfehlten Flächenpolitik, wenn permanent Wohnungsbauvorhaben in Köln verschoben werden, sodass die Wohnungsbauzahlen so schlecht sind, wie sie sind. Aber wir sind trotzdem in vielen Fällen bei Ihnen; Sie wissen das. Bei ungefähr 90 Prozent der Beschlüsse im Stadtentwicklungsausschuss stimmen wir mit Ihnen, weil es um richtige, ordentliche Vorlagen der Verwaltung geht; auch den Beigeordneten möchte ich an dieser Stelle gerne erwähnen. Insofern kann man wirklich nicht sagen, dass wir da in irgendeiner Art und Weise destruktiv wären.

Liebe Kollegin, in den vergangenen Jahren bzw. in dieser Ratsperiode haben wir zum Thema Wohnungsbau über 70 Vorschläge in Form von Anträgen gemacht, in den Ausschüssen und im Rat. Ich habe jetzt nicht die Zahlen von Ende 2019 vorliegen, aber ich kann Ihnen die Zahlen von Ende 2018 nennen. Von diesen Anträgen der SPD-Fraktion in den Ausschüssen und im Rat sind 33 zumindest Teilerfolge gewesen. Da haben Sie also gesagt, da ist zumindest etwas Vernünftiges dran. Das ist aus unserer Sicht eine Erfolgsquote von 57,9 Prozent. Ich finde, man kann es wirklich nicht als destruktiv betrachten, wenn Sie sagen, mindestens bzw. mehr als die Hälfte von dem, was die SPD vorschlägt, ist gut. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen in der zweiten Runde sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag der SPD, der zuvor ja als Dringlichkeitsantrag gestellt wurde - ihn kennen wir also -, und dann über den Ursprungsantrag der FDP.

Wer dem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen? - Das sind CDU und Grüne, das ist die FDP, das ist die AfD, das ist die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Enthaltungen der LINKEN. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Ursprungsantrag der FDP abstimmen. Wer wünscht, ihm zuzustimmen, den

bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP-Fraktion und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Nein. Dann ist der Antrag abgelehnt.

I. Abstimmung über den mündlichen Änderungsantrag der SPD-Fraktion (entspricht inhaltlich dem unter TOP 3.1.11 zurückgezogenen Dringlichkeitsantrag)

Beschluss:

1. Der Rat stellt fest, dass die von CDU, Grünen und FDP unterstützte Oberbürgermeisterin bei der Wohnungspolitik in ihrer Amtszeit kläglich gescheitert ist. In jedem Jahr ihrer Amtszeit hat sie die notwendige Neubauzahl von 6.000 Wohnungen p.a. bei Weitem verfehlt. Im Jahr 2019 sind nicht einmal 2.200 Wohnungen errichtet worden.

Der Rat stellt daher fest, dass insbesondere zum Schutz der Kölner Bevölkerung Mittel wie das Kooperative Baulandmodell, die Konzeptvergabe und Milieuschutzsatzungen dringender denn je erforderlich sind.

2. Der Rat bestätigt die Beschlüsse, die er bzw. der Stadtentwicklungsausschuss seit dem Jahr 2016 nach Initiative der SPD-Fraktion beschlossen hat, insbesondere betreffend:

- *„Geschäftsprozessoptimierung im Bauaufsichtsamt – Einführung der elektronischen Aktenführung“ (StEA 28.01.2016),*
- *„Milieuschutz in Köln ernst nehmen – Lebenskultur im Veedel bewahren!“ (Rat 17.11.2016, gem. mit LINKE, Piraten, Freie Wähler),*
- *„Landesrechtlichen Mieterschutz für Köln erhalten!“ (Rat 11.07.2017),*
- *„Chancen für Zündorf-Süd endlich nutzen!“ (Rat 14.11.2017),*
- *„Parkplätze und Supermärkte mit Wohnungen überdachen!“ (Rat 20.03.2018),*
- *„Wohnungen bleiben Wohnungen – Wohnraumschutzsatzung verlängern, schärfen und durchsetzen!“ (Rat 27.09.2018, gem. mit BUNT).*

3. Zur Aktivierung der Wohnungspolitik stimmt der Rat insbesondere folgenden Initiativen der SPD-Fraktion seit dem Jahr 2016 zu, die bisher im Rat und seinen Gremien keine Mehrheit gefunden haben, zu:

- *„Einführung einer Wohnungstauschbörse für Köln“ (Rat 15.03.2016),*
- *„Azubi-Wohnheime für Köln!“ (Rat 10.05.2016),*
- *„Neubrück weiterentwickeln!“ (StEA 23.06.2016),*
- *„Strategisches Flächenmanagement jetzt einführen“ (Rat 28.06.2016),*
- *Einführung eines Wohnungsbaufonds über 500 Mio. €. (Rat 14.12.2017),*
- *„Meschenich weiter voranbringen – bezahlbaren und lebenswerten Wohnraum mit Infrastruktur schaffen!“ (StEA 05.07.2018),*
- *„Städte stärken – Wohnen.Bezahlbar.Machen“ (Rat 18.12.2018),*
- *„Wohnungsnot bekämpfen – Kleinwohnungen mit reiner Nordlage erlauben!“ (StEA 07.02.2019),*
- *„Innovative Mobilitätskonzept in neuen Quartieren umsetzen und Finanzierung langfristig sicherstellen – Mobilitätsfonds für Köln aufbauen!“ (Rat 04.04.2019),*
- *„Wohnen.Bezahlbar.Machen – Eigentümer verpflichten, auf freien Grundstücken Wohnungen zu bauen!“ (Rat 21.05.2019, gem. mit BUNT),*
- *„Wohnungsbaugrundstücke aktiv erwerben – Erbbaurecht als Regelvergabe einführen“ (Rat 09.07.2019, gem. mit LINKE, Frau*

Gerlach, Herrn Wortmann),

- *„Wohnen.Bezahlbar.Machen: Wohnungen über Lebensmittelmärkten bauen – Ausnahmeregelung jetzt beschließen!“ (Rat 07.11.2019),*
- *„Wohnen für Studierende und Auszubildende auf dem Gelände des Justizzentrums möglich machen! – Wohnen.Bezahlbar.Machen.“ (Rat 12.12.2019),*
- *„Ehrenfeld kein Luxusfeld – rein profitorientierte Entwicklung des Max-Becker-Areals verhindern – Wohnen.Bezahlbar.Machen.“ (Rat 06.02.2020),*
- *„Ferienwohnungen regulieren – Anzeige- und Registrierungspflicht einführen – Verstöße sanktionierbar machen!“ (Rat 26.03.2020).*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

II. Abstimmung über den Ursprungsantrag Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stellt fest, dass die Bevölkerungszahl in Köln ständig wächst, der Wohnungsbau aber damit nicht mehr Schritt hält. Deshalb sind die Wohnungsmieten in letzter Zeit stärker angestiegen. Statt auf die rahmensetzende Ordnungspolitik einer Sozialen Marktwirtschaft zu setzen, wird vermehrt auf Regulierung und Eingriffe sowie Zwang auf Investitionsentscheidungen reagiert. Die Folge ist, dass Investoren bis hin zu Genossenschaften sich verschreckt aus Köln zurückziehen und dadurch viel zu wenige Wohnungen in Köln gebaut werden. Um den Wohnungsbau in Köln wieder auf eine gesunde Basis zu stellen, beauftragt der Rat der Stadt Köln die Verwaltung mit der Umsetzung folgender Maßnahmen:

Mehr Flächen für den Wohnungsbau

Es müssen mehr Flächen für den Wohnungsbau ausgewiesen werden. In den Außengebieten müssen deutlich größere Flächen erschlossen werden. Dies muss bei der Bezirksregierung für die Erarbeitung des neuen Regionalplans Köln eingebracht wer-

den. Hierfür ist eine verstärkte Zusammenarbeit in der Region notwendig. Bei der Entwicklung der Außengebiete muss darauf geachtet werden, dass die notwendige Infrastruktur, insbesondere die Verkehrsanbindung durch Straßen und ÖPNV sowie Kindergärten und Schulen, rechtzeitig geschaffen wird.

Behutsame Verdichtung

In den bestehenden Wohngebieten muss behutsam verdichtet werden. Das Baulückenprogramm muss intensiv weitergeführt werden. An einzelnen Stellen muss höher gebaut oder aufgestockt werden. Einzelne zusätzliche Hochhäuser sollen für ein aufgelockertes Großstadt-Ambiente gebaut werden. Brachflächen sollen bevorzugt entwickelt werden. Dabei müssen Grünflächen und Kaltluftschneisen erhalten bleiben.

Überbauen von Parkplätzen und Supermärkten

An vielen Stellen in der Stadt werden zentral gelegene Grundstücken nicht hinreichend ausgenutzt. Wo sich lediglich Parkplätze oder eingeschossiger Einzelhandel befinden, bietet sich eine Überbauung an. Die Verwaltung soll mit den betreffenden Grundstückseigentümern in Dialog treten, um eine entsprechende Ausnutzung der Flächen für den Wohnungsbau zu erreichen.

Bauen beschleunigen

Die von der CDU/FDP-Landesregierung in NRW im Baurechtsmodernisierungsgesetz geschaffenen Beschleunigungen für den Wohnungsbau müssen in Köln zügig umgesetzt werden. Dazu sollen die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Zuge der Verwaltungsreform Kompetenzen für eine beschleunigte Bearbeitung bekommen. Sie sollen damit motiviert werden, schnelle Entscheidungen zugunsten des Wohnungsbaus zu treffen. Praktische Lösungen müssen Vorrang haben vor zusätzlichen Anforderungen an die Bauherren, die dazu führen könnten, dass Bauvorhaben zurückgestellt oder abgesagt werden.

Bauverfahren digitalisieren

Das gesamte Verfahren vom Bauantrag bis zur Baugenehmigung soll elektronisch abgewickelt werden. Durch intelligente digitale Systeme wie etwa das Building Information Modeling (BIM) lassen sich Planungs-, Bau- und Lebenszykluskosten reduzieren und gleichzeitig die Bauqualität

weiter verbessern. Durch die Einsparungen bei Zeit und Baukosten werden das Bauen und damit später auch das Wohnen günstiger.

Standards einhalten

Bauen in Köln darf nicht weiter teurer und komplizierter werden, weil die Anforderungen an die Bauherren ständig höher werden. Es dürfen keine Standards vorgegeben werden, die über den Vorgaben der Energie-Einsparungs-Verordnung (EnEV) liegen. Es darf keine zusätzlichen städtischen Anforderungen zu Außenanlagen und Zuwegungen, Fassadengestaltung und Infrastruktur geben, die über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen. Es dürfen keine zusätzlichen Brandschutzanforderungen gestellt werden, die über das Baurecht hinausgehen. Es darf keine Anforderungen an den Naturschutz geben, die über die europäischen Artenschutzrichtlinien hinausgehen.

Bebauungspläne priorisieren

In einigen Stadtteilen gibt es alte Bebauungspläne, die nicht mehr den heutigen Anforderungen entsprechen. Mancherorts stehen alte Bürogebäude leer, die man in

Wohnungen umwandeln könnte, was aber von Bebauungsplänen verhindert wird. An anderen Stellen fehlen Bebauungspläne, so dass Investoren lieber Büros als Wohnungen bauen. Die Stadt muss flächendeckend untersucht werden, wo solche Fehlentwicklungen erfolgen oder drohen. Danach müssen Bebauungspläne nach einer Prioritätenliste geändert oder erstellt werden. Insbesondere die im Masterplan ausgewiesenen Flächen zur weiteren Stadtentwicklung müssen mit einer Priorität versehen werden.

Entfesselungsbeschluss

Die Stadt Köln versucht mit verschiedenen Maßnahmen, den Wohnungsbau zu steuern. Bislang mit sehr geringem Erfolg. Kooperatives Baulandmodell, Konzeptvergaben, städtisches Vorkaufsrecht oder Milieuschutzsatzungen mögen gut gemeint sein, machen den Investitionsstandort Köln aber unattraktiv. Außerdem beschäftigen sie das städtische Personal, das sich besser um andere Aufgaben kümmern sollte. Der Rat der Stadt Köln beschließt deshalb, alle diese Maßnahmen im Sinne eines Entfesselungsbeschlusses für fünf Jahre auszusetzen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ämtern sollen sich in dieser Zeit darauf konzentrieren, Bauland auszuweisen, Bebauungspläne aufzustellen und Baugenehmigungen zu erteilen.

Mehr Personal

Um die Aufgaben zügig bearbeiten zu können, müssen die offenen Stellen bei der Stadtverwaltung besetzt werden, außerdem sollen Liegenschaftsamt, Stadtplanungsamt und Bauaufsichtsamt mehr Personal bekommen. Um die Rekrutierung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Bereich zu erleichtern, müssen Möglichkeiten einer besseren Bezahlung geschaffen werden. Es ist zu prüfen, ob die Einschaltung einer Personalberatung für die Gewinnung zusätzlichen Personals hilfreich sein könnte. Weiter ist zu prüfen, ob eine Höhergruppierung oder eine Fachkräftezulage bessere Erfolge verspricht.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

3.1.8 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Hygieneanforderungen in öffentlichen Einrichtungen während der Corona-Pandemie erfüllen“

AN/0773/2020

Ich gebe Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der sprunghafte Anstieg der Zahl der Corona-Neuinfektionen in China und im Iran führt uns deutlich vor Augen, dass die Pandemie noch nicht zu Ende ist. Auch wenn sich die Situation in Deutschland und auch hier in Köln gerade sehr entspannt hat, darf es keine Nachlässigkeit bei der Einhaltung von Hygieneregeln geben. Ich glaube, das ist uns allen bewusst.

Jeder und jede muss einen Beitrag leisten. Aber allein durch verantwortungsbewusstes Handeln lassen sich die Aerosole, die nach heutigem Wissen den Hauptübertragungsweg des Coronavirus darstellen, nicht in dem Maße minimieren, dass Übertragungen ausgeschlossen werden können. Deshalb ist es an der Zeit, über technische Lösungen zum Luftaustausch nachzudenken. Wir möchten, dass die Verwaltung hier Konzepte

entwickelt und diese dann dem Rat, mit Kosten und eventuellen Folgewirkungen hinterlegt, darstellt.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Wenn wir das heute für den Gürzenich machen, stimmen wir sogar zu!)

Das Robert Koch-Institut empfiehlt eine tägliche Desinfektion von Oberflächen, die berührt werden, wie Türklinken oder Wasserhähne. Daran sollten wir uns selbstverständlich halten. Wenn wir die Ansteckungsgefahr in den öffentlichen Einrichtungen so gut wie möglich reduzieren möchten, müssten die Reinigungskräfte diese Mehrarbeit leisten. Dadurch fällt natürlich mehr Arbeitszeit an, und die muss auch bezahlt werden, wenn wir sowohl den Lastenausgleich als auch die Hygieneregeln ernst nehmen wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt schließlich einen Ausgleich der Lasten, damit nicht einige Menschen überproportional unter den Folgen der Krise leiden müssen. Das muss aber auch für Menschen gelten, die nun einen erhöhten Arbeitsaufwand durch die verschärften Hygieneregeln haben. Wenn wir ihnen nicht die nötige bezahlte Zeit geben, um ihre Aufgaben gründlich und gewissenhaft zu erledigen, riskieren wir, dass sie vielleicht nicht mit der nötigen Sorgfalt erledigt werden können. Denn der nächste Job, den die Reinigungskräfte in der Regel zum Überleben brauchen, wartet schon. Dass man in dieser Branche nicht reich wird, wissen auch Sie.

Noch ein letztes Wort zu Eigenreinigung und Fremdreinigung. Erwiesenermaßen sind die Reinigungsleistungen besser, wenn Menschen direkt bei der Einrichtung arbeiten und nicht über eine Fremdfirma mal da und mal dort reinigen müssen. Sie kennen ihre Bereiche besser und haben mehr Know-how bezüglich der sensiblen Bereiche. Sie identifizieren sich mit der Einrichtung bzw. dem Unternehmen und entwickeln Stolz auf ihre Arbeit. Sie bleiben länger; denn die Bezahlung ist besser. Es gibt auch viele andere Argumente, die ich jetzt nicht alle aufzählen will.

Im Vorgriff darauf, dass uns erneut vorgeworfen wird, dass wir die Corona-Pandemie als Vehikel nutzen, um alte Forderungen wieder auf die Agenda zu bringen, muss man sich auch einmal anschauen, was in der Corona-Pandemie passiert ist: etwas, das schon vorher richtig war, nämlich dass die Eigenreinigung heute noch viel wichtiger und richtiger ist. Deswegen ist das keine alte Forderung. Es ist eine richtige Forderung.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich glaube, jetzt ist es an der Zeit, die Reinigung nicht nur als Möglichkeit ohne große Widerstände kostensparend zu betrachten. Es liegen so viele Aufgaben vor uns: multiresistente Krankenhauskeime, Coronaviren und möglicherweise die nächste Pandemie.

Denn dass sich die SARS-Viren 2003 auf Asien beschränkten, war reiner Zufall. Auch für die Zukunft brauchen wir Hygienekonzepte, die die Reinigung stärken und nicht auf die einzelnen Reinigungskräfte abgewälzt werden. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hegenbarth das Wort.

Thomas Hegenbarth (SPD): Ich mache das von hier; so lange dauert es nicht. Dann halte ich meine Aerosole im öffentlichen Raum auch ein bisschen geringer.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Zu den Hygieneanforderungen in öffentlichen Gebäuden. Sorry, Güldane, das ist wirklich ein klassischer Antrag: Politik macht die Arbeit der Verwaltung. Wenn es darum geht, wie oft Klinken geputzt werden müssen, wie der Luftaustausch geregelt werden muss oder wie Reinigungskräfte zugeordnet werden müssen, habe ich vollstes Vertrauen in die Verwaltung und vollstes Vertrauen in die Profis, das entsprechend auszuarbeiten. Das ist wirklich ein Showantrag, den ich zwar eigentlich in dieser Form vor einer Kommunalwahl erwarte, aber so offensichtlich dann doch wieder nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen sage ich bei allem Respekt: Wir werden diesen Antrag und auch die Verweisung an einen entsprechenden Ausschuss ablehnen. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Unna das Wort.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Dritten; danach mache ich Mittag. Stand jetzt haben wir 730 Infizierte in einem fleischverarbeitenden Betrieb in Rheda-Wiedenbrück, und zwar 730 Infizierte von 1.106 Personen. Das ist mal eine Quote, Frau Kollegin; darüber sollten Sie nachdenken. Wie kommen solche Quoten zustande? Wie sind die Arbeitsbedingungen? Wie sind die klimatischen Bedingungen? Wie ist die Feuchtigkeit? In welchen Massenunterkünften müssen diese armen Menschen schlafen, die da als Kopfschlächter halb versklavt am Band stehen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Das ist das Thema. Das ist auch bei dieser Pandemie das Thema und eben gerade nicht, ob irgendeine Amtsstube der Stadt Köln wie ein OP gereinigt werden muss. Aber ich will versuchen, mich nicht so sehr aufzuregen wie eben. Wir machen das einmal der Reihe nach.

Punkt eins haben wir, glaube ich, schon abgekaspert.

Punkt zwei. Der Mehraufwand wird natürlich im Rahmen der Zeiterfassung, wie sich das gehört, mit erfasst und auch - davon gehe ich aus - vergütet. Alles andere würde mich entsprechend empören.

Punkt vier. Wir befinden uns gerade nicht in medizinischem Umfeld, wenn wir von einer Amtsstube der Stadt Köln sprechen. Wir haben es hier mit behüllten Viren zu tun. Behüllte Viren reagieren auf Wasser und Seife sehr empfindlich. Das heißt, Sie müssen das nicht auf das Niveau eines OPs steril kriegen, um mit den Herrschaften klarzukommen. Das ist schlicht nicht richtig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Reviere der Reinigungskräfte werden nach meinem Kenntnisstand schon jetzt im Normalbetrieb gehalten. Das ist eine richtige Forderung, die im Alltag aber bereits erfüllt ist. Die Schutzausrüstung sollte neben - bereits mehrfach erwähnt - Wasser und Seife natürlich auch den Mundschutz beinhalten. Auch da gehe ich davon aus, dass das inzwischen durchgehend gewährleistet werden kann.

Punkt sieben in Ihren Ausführungen ist besonders interessant: der Luftaustausch. Ich habe hier einen ganz kreativen und auch kostenfreien Vorschlag: Sie öffnen das Fenster. Das mache ich in meinem Behandlungszimmer ganz regelmäßig nach jedem Patienten

(Beifall)

und, wenn möglich, sofern es keine Katze ist, während des Patientenbesuchs. Ich kann Ihnen sagen: Bei 24 Mitarbeitern gab es bis jetzt - toi, toi, toi! - keinen positiven Fall. Lüften hilft also; Sie haben völlig recht. Wir müssen aber keine teure Technik anschaffen. Der Griff zum Fenster reicht.

Letzter Punkt. Warum die Eigenreinigung? Ja, ich verstehe Ihre Motive; sie haben allerdings nichts mit der Pandemie zu tun. Sie können sie gerne vortragen. Wir können auch gerne darüber streiten, ob es richtig oder falsch ist, mehr Eigenkräfte oder mehr Fremdpersonal zu haben. In den Kliniken der Stadt Köln - das werden uns übrigens auch ihre eigenen Aufsichtsräte bestätigen - versuchen wir unter dem Vorsitz von Michael Petzold seit Jahren, den Fremdpersonalanteil zu reduzieren. Das stößt bekanntlich an betriebswirtschaftliche Grenzen, was die Flexibilität und anderes anbelangt. Aber wir sind darum bemüht. Ich gehe davon aus, dass das in anderen Betrieben ebenfalls so ist. Mit der Pandemie hat das beim besten Willen nichts zu tun. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist ja ein bisschen wie in der Debatte, die wir eben schon geführt haben, also das gleiche Strickmuster. Aber ich erinnere mich daran, dass wir eben in der Aktuellen Stunde eigentlich alle parteiübergreifend den Krisenstab und die Arbeit der Verwaltung gelobt haben und darauf hingewiesen haben, wie gut das doch alles in Zeiten der Pandemie geklappt hat.

Jetzt lese ich aber: „Hygieneanforderungen in öffentlichen Einrichtungen während der Corona-

Pandemie erfüllen“. Das klingt so, als ob es doch nicht so gut gewesen ist. Damit würden Sie sich und auch dem Beitrag, den Sie selber in der Aktuellen Stunde geleistet haben, eigentlich widersprechen.

Noch einmal: Ich bin ganz fest davon überzeugt, wenn wir diese ganzen Konzepte nicht erfüllt hätten, hätten wir die Einrichtungen schlicht und ergreifend nicht aufmachen dürfen. So ist es nämlich.

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mit Verlaub, liebe Kollegen von den LINKEN: Sie haben das Hygienekonzept ja hier vorgeschlagen, ganz wunderbar. Der Kollege Unna hat das dann „wissenschaftlich“ - in Anführungszeichen - viel besser beurteilen können als ich. Aber ich als Laiin würde sagen, ich vertraue bei Hygienekonzepten eher dem Robert Koch-Institut und seinen Vorgaben als den Kollegen der LINKEN; auch das muss ich einmal sagen.

(Beifall bei der FDP)

Last, but not least: Dieser Antrag hat in der Tat genau das gleiche Strickmuster wie der Antrag zwei Tagesordnungspunkte zuvor. Sie haben unter der Überschrift „Verbesserung von Hygieneanforderungen“ eine Ihrer alten und lieben Forderungen gebracht.

Liebe Kollegin Tokyürek, ich kann es Ihnen nicht ersparen: Sie haben diesen Antrag in der Tat wieder als Vehikel benutzt, um zu sagen, Fremdfirmen wollen wir nicht. Das ist Ihr gutes Recht. Aber bringen Sie das dann doch bitte unter einem anderen Tagesordnungspunkt oder unter einer anderen Überschrift als „Hygieneanforderungen“.

(Beifall bei der FDP)

Da werden wir wieder sagen: Nein, dem können wir nicht zustimmen. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren. Ich lasse dann über den Antrag der LINKEN abstimmen. Gegenstimmen? - Ganz viele: die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, die FDP, die AfD, die Ratsgruppe GUT, Frau Gerlach und Herr Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

1. *Die Hygienestandards, nach denen die Reinigung arbeitet, müssen an die erhöhten Anforderungen in der Coronapandemie angepasst werden. Das gilt für die öffentlichen Einrichtungen Schulen und Kitas, Jugendzentren, die KVB, die Städt. Kliniken, städt. Beteiligungsunternehmen, Verwaltungsgebäude, städt. Kultureinrichtungen sowie alle städt. Gebäude in eigener Nutzung. Bestehende, an die Coronapandemie angepasste Hygienekonzepte müssen umgesetzt werden, die Umsetzung muss kontrolliert werden. Es ist zu prüfen, ob alle öffentlichen Einrichtungen für sich inzwischen ein solches, individuell an die Einrichtung angepasstes Konzept entwickelt haben.*

   Die Verwaltung soll für die Dauer der Coronapandemie und für die jeweiligen Bereiche unterschiedliche und zweckmäßige neue Hygienestandards erlassen und umsetzen. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Vorständen der städt. Beteiligungsunternehmen und der Geschäftsführung der städt. Eigenbetriebe zu verhandeln, damit diese ebenso verfahren. Das gilt parallel für Träger nicht-städtischer Kitas, Schulen und Jugendzentren.

2. *Der Mehraufwand für Reinigungskräfte wird erfasst. Sie müssen nun in kürzeren Abständen mehr Flächen wie z. B. Türklinken putzen, und diese auch noch desinfizieren.*

3. *Die Reinigungskräfte gehören entweder zum Unternehmen, zur Einrichtung oder der Stadtverwaltung, für die sie reinigen (Eigenreinigung) oder arbeiten für Fremdfirmen, die mit der Reinigung beauftragt werden.*

   Die Reinigungskräfte werden in die Lage versetzt, diesen Mehraufwand auch zu leisten. Bei Reinigungskräften der Eigenreinigung soll das durch Erhöhung der Stundenzahl geschehen. Bei Fremdreinigungsfirmen kann das durch eine (befristete) Aufstockung der Leistungsvereinbarung passieren. Dabei ist zu kontrollieren, dass die Beiträge für mehr Arbeitsstunden auch tatsächlich den Beschäftigten zugutekommen und nicht als Gewinn der Reinigungsunternehmen verbucht werden.

4. *Alle Reinigungskräfte müssen an einer Schulung teilnehmen, die umfasst, was in dieser Ausnahmesituation als medizinisch notwendig zusätzlich geleistet werden muss.*

5. *Wo möglich müssen Reinigungskräfte einem bestimmten Revier zugeordnet werden. Das verbessert einerseits die Nachvollziehbarkeit von Infektionsketten, andererseits verbessert die gründliche Kenntnis des zu reinigenden Bereichs das Ergebnis nachhaltig.*

6. *Die Verwaltung muss dafür Sorge tragen, dass für alle Reinigungskräfte der Zugang zu ausreichend Schutzausrüstung gewährleistet ist. Ein besonderes Augenmerk muss auf die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen gelegt werden.*

7. *Die Stadt soll ein Konzept entwickeln, wie der Luftaustausch in geschlossenen Räumen unterstützt und gewährleistet werden kann. Insbesondere soll das Augenmerk auf technische Einrichtungen gelegt werden, die einen automatischen Luftaustausch vornehmen. Das Konzept soll mit Kosten hinterlegt werden und dem Rat zur Abstimmung gebracht werden.*

8. *Langfristig soll die Verwaltung den Anteil der Eigenreinigung signifikant erhöhen. Die Aufsichtsratsmitglieder in städtischen Firmen setzen sich dafür ein, auch dort Fremdfirmen weitgehend durch Eigenreinigung zu ersetzen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, AfD sowie der Gruppe GUT und RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend „Integration von Kreativräumen und kulturellen Raumbedarfen in die Stadtplanung“

AN/0828/2020

Ich gebe Herrn Dr. Elster das Wort.

Dr. Ralph Elster (CDU): Liebe Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich das vom Platz aus machen. Aber die Chance, einmal hier im Gürzenich zu reden - mit den Ratsmitgliedern vor mir, mit der Verwaltung im Nacken -, wollte ich mir dann doch nicht entgehen lassen.

Wir greifen mit diesem Antrag tatsächlich einen Antrag auf, den wir im Rat schon im Februar 2018 diskutiert und beschlossen haben. Jetzt heißt es ja oft in Bezug auf die Verwaltung: Wie schnell ist nichts passiert? - Aber ich will hier einmal ausdrücklich sagen, liebe Verwaltung: Es ist tatsächlich etwas passiert. Sie haben schon einiges auf den Weg gebracht. Wir haben diese fast 150-seitige Studie zur Integration von Kreativräumen als erste summarische Antwort auf das, was wir im Antragstext gefordert haben. Das ist also schon einmal ein erster Baustein, auf den wir aufbauen können.

Außerdem finden einige der Werkzeuge und Lösungsansätze, die Sie in dieser Studie vorschlagen und vorstellen, tatsächlich auch schon Anwendung. Zum Beispiel gibt es ganz konkret aus der Bauverwaltung erste Umsetzungen in Bezug auf die Sicherung der Clubkultur in Ehrenfeld. Da gibt es ein großes Lob. Das ist ja in verschiedenen Ausschüssen vorgestellt worden. Ich denke, wenn man diesen Weg weitergeht und wenn die Beschlüsse tatsächlich so gefasst werden, wie die Verwaltung es da vorschlägt, dann werden wir im Hinblick auf das, was wir mit den beiden Anträgen, also dem aus dem Februar 2018 und dem heutigen Antrag, intendieren, tatsächlich einen großen Schritt weiterkommen.

Warum aber hier und heute, wenn doch die Verwaltung alles richtig macht, dieser Antrag, der auch nur einige Punkte dessen aufgreift, was im Februar 2018 schon einmal beschlossen worden ist? Das hat natürlich etwas mit Corona zu tun. Es ist jetzt nicht das erste Mal, dass dieses Wort hier und heute fällt. Aber Corona wirkt natürlich wie ein Brennglas, sodass gerade die Musik- und Clubkultur in arge Bedrängnis gerät. Die Musik- und Clubkultur in Köln leidet natürlich, wie in allen anderen Städten auch, unter dem Wachstum der Stadt, aber gleichzeitig seit Monaten unter dem Lockdown. Er wird ja, wie wir wissen, mindestens bis Oktober dieses Jahres andauern. Es ist jetzt absolut notwendig, dass die Verwaltung sehr schnell die noch offenen Punkte abarbeitet. Deswegen steht hier auch ein Termin drin. Wir hätten gerne von der Verwaltung, dass die noch offenen Punkte zu den Instrumentarien und den Werkzeugen, die wir benötigen, bis zur nächsten

Ratssitzung - nicht bis zur Sonderratssitzung, sondern bis zur nächsten regulären Ratssitzung im September dieses Jahres - vorliegen.

Warum ist das erforderlich? Das ist erforderlich, um insbesondere der arg gebeutelten Musik- und Clubszene in unserer Stadt Planungssicherheit zu geben, und zwar immer dann, wenn baurechtliche Themen, wenn Emissionsschutz etc. eine Rolle spielen. Von daher sind wir sehr daran interessiert, dass das im Zuge der anstehenden Sommerpause mit hoher Geschwindigkeit bearbeitet wird, damit wir Planungssicherheit für die Szene haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau von Bülow das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Was lange währt, wird nicht automatisch gut oder zumindest nicht direkt gut. Das zumindest wird deutlich, wenn wir uns die unendliche Geschichte unseres Ratsantrages zur Integration von Kreativräumen und kulturellen Raumbedarfen in der Stadtplanung vom 6. Februar 2018 anschauen.

Ausgangslage war damals, vor Corona - hoffentlich wird das auch nach Corona wieder weitgehend so sein -, eine Situation mit jährlich über 4 Millionen Besucherinnen und Besuchern - ehrlich gesagt, das sind mehr als beim FC, auf den wir gleich noch kommen -, rund 8.000 Veranstaltungen und circa 10.000 gebuchten Künstlerinnen und Künstlern. Vor Corona - das gilt hoffentlich auch danach wieder - war die Clubkultur ein wichtiger Kultur- und Wirtschaftsfaktor für Köln. Clubs spielen für die Stadt eine ganz besondere Rolle. Deshalb war und ist uns die Frage wichtig: Wie schaffen wir es, die Clubs langfristig zu sichern bzw. neue kreative Räume zu schaffen?

2014 hat mit der Rettung des Gebäudes 9 glücklicherweise ein Umdenken in der Stadt stattgefunden. Das Thema „Erhalt kreativer Räume“ ist in breiten Teilen von Politik und Gesellschaft angekommen, und das ist auch gut so. Denn sie stehen für ein Lebensgefühl dieser Stadt, sie sind Motor für die Entwicklung von Stadtteilen, und sie sind auch ein wichtiger Standortfaktor. Dennoch sind sie in Gefahr, plötzlich vor dem Aus zu stehen. Genau das wollen wir nicht.

Aber Köln wächst; wir haben uns beim vorletzten Tagesordnungspunkt auch damit auseinandergesetzt. Der Nutzungs- und Verwertungsdruck auf einer begrenzt verfügbaren Fläche nimmt zu. Insbesondere den lauten Kulturräumen mit Livemusikangeboten und Proberäumen droht die Verdrängung. Deshalb haben wir die Verwaltung Anfang 2018 per Ratsbeschluss damit beauftragt, Konzepte zu erarbeiten, um kulturelle Räume in Köln zu schützen und neue zu ermöglichen. Die Verwaltung sollte Handlungsempfehlungen und Instrumente zur Berücksichtigung der Bedarfe der Kultur- und Kreativwirtschaft darlegen - so der Plan.

Dabei sollte in Zusammenarbeit mit der IHK eine Erfassung der derzeit genutzten Standorte und ihrer Entwicklungsperspektiven erfolgen, auf Grundlage des bei der IHK entwickelten Clubkatasters. Es sollte für die Umsetzung dieses Auftrags auch externe fachliche Beratung genutzt werden, zum Beispiel durch die Clubcommission Berlin, das Clubkombinat Hamburg oder die LiveKomm. Dafür stand im Haushalt 2018 zur Konzeptentwicklung für kulturelle und kreative Freiräume in der Stadtplanung Geld bereit.

Die Zeit ging ins Land. Politik und Verwaltung sind tatsächlich viele Schritte gegangen, haben Jack in the Box eine Zukunft eröffnet, haben im Haushalt 2021 Geld für den Ankauf des Kulturbausteins Helios eingestellt, es gab den Beschluss zur Sicherung kultureller Stätten in Ehrenfeld mittels eines B-Planes und den Beschluss zum Ankauf des Otto-Langen-Quartiers. Diese Aufzählung ließe sich weiter fortsetzen. Da könnte man fast denken, man brauche bei einer wachsamen Politik und Verwaltung gar keine entsprechende Umsetzung unseres Antrages. Aber es geht wirklich um geregelte Verfahren und Nachhaltigkeit.

Wie ging es mit dem Antrag weiter? Im Mai 2019 gab es nach mehr als einem Jahr einen vorgestellten Verfahrens- und Konzeptverlauf. Er sah ein mehrschrittiges Verfahren vor, mit dem Ziel, im Juli 2019 einen Maßnahmenkatalog zu erstellen. Am 19. September 2019 sollten die Handlungsempfehlungen für Köln im Ausschuss vorgestellt werden. Es kam der 19. September 2019, aber es kam keine Vorstellung der Ergebnisse.

Auch weitere Anfragen erbrachten keine Ergebnisse. Nur die Beauftragung einer Studie wurde erwähnt. Diese wurde dann Monate nach ihrer Fertigstellung im März 2020 tatsächlich veröffentlicht; Herr Dr. Elster hatte sie eben hier vorne liegen. Sie wurde veröffentlicht mit dem Hinweis auf

eine noch ausstehende Überprüfung und mit dem Hinweis auf die Einrichtung eines Beratungsgremiums - und zwar jetzt ganz neu, um sich dieser Aufgabe zu widmen -, und es ging um die Neuerstellung eines Clubkatasters. Letzteres ist erstaunlich, weil im Haushalt Extrageld für die Verzahnung des Clubkatasters der IHK mit dem GIS-System der Stadt bereitgestellt worden war.

Nun denn, im März 2020 erreichte die Studie den Ausschuss für Kunst und Kultur. Aber sie war nicht das, was der Rat eigentlich beauftragt hatte. Weil das alles so ist wie beschrieben und weil uns wichtig ist, kreative kulturelle Räume in der integrierten Stadtentwicklung etablieren zu können, lassen wir uns nicht entmutigen, und wir lassen auch nicht locker.

Es gilt nach wie vor, dass wir verlässliche Instrumente brauchen, damit diese Räume erhalten bleiben und sich weiterentwickeln können. Wichtig ist dabei nach wie vor, auf Erfahrungen aus anderen Metropolen zurückzugreifen. Wir wollen dafür sorgen, dass Köln weiterhin eine urbane und lebendige Stadt bleibt. Daher wiederholen wir unseren Antrag von Anfang 2018 und versehen ihn mit einem Datum. Im nächsten Sitzungsdurchlauf sind die Ergebnisse, also die Handlungsempfehlungen, vorzulegen, und das angedachte Begleitgremium mit mehr als 30 Personen erscheint uns obsolet.

Clubs sollen kulturelle Orte der Wertschätzung sein und Wertschätzung erfahren. Lassen Sie uns in Köln alles dafür tun, diesen kreativen Orten Raum zu geben, sie zu erhalten und zu gestalten. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Ganz herzlichen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache das vom Platz aus.

Wer möchte gegen diesen Antrag sprechen? Selbstverständlich niemand. Man merkt ja, wenn man sich hier im Raum umschaut: Sowohl diejenigen von uns, die unter 30 sind, als auch diejenigen, deren Clubkarriere schon etwas länger zurückliegt, spüren ein gewisses Herzblut. Das Ganze wird noch befeuert durch Corona, und die Notlage in der Branche spricht für sich. In diesem Sinne sind wir sehr, sehr froh, diesen Antrag mit zu unterstützen.

Wir wünschen uns natürlich jetzt von der Verwaltung ein bisschen Dampf im Kessel, auch als Signal der Verwaltung in Richtung der Corona-Geschädigten. In diesem Sinne freuen wir uns alle darauf - welchen Alters auch immer -, bald wieder eine lebendige Clubkultur genießen zu können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Prof. Schäfer hat jetzt das Wort.

Prof. Klaus Schäfer (SPD): Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer traut sich, gegen diesen Antrag zu sprechen? Die SPD wird diesem Antrag nicht zustimmen, aber nicht, weil sie in der Sache nicht zustimmen will, sondern - das stellen wir jetzt ja gerade fest - weil es sehr unterschiedliche Motive gibt, warum dieser Antrag gestellt worden ist. Ich könnte Herrn Dr. Elster sehr gut folgen. Nur hätte es dann ein anderer Antrag sein müssen, wenn es darum geht, die Kreativszene und die Clubszene in Anbetracht der Problemkonstellation in Corona-Zeiten zu retten. Da sind wir, glaube ich, überhaupt nicht auseinander, und das hätte man auch sehr konsequent mit einem Antrag machen können.

Schwer tun wir uns aber mit dem Motiv, das gerade von Frau von Bülow vorgetragen worden ist, wenn ich dann noch feststelle - Herr Elster hat da ja recht -, dass die Verwaltung seit dem Beschluss des Rates aus dem Jahre 2018 eine ganze Menge getan hat. Das Gutachten vom 20. Januar 2020 ist uns vorgelegt worden. Aber es ist im Ausschuss zweimal verweigert worden, darüber zu reden. Frau von Bülow, wir wollten dies.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das stimmt nicht!)

- Doch. Wir wollten dies, weil dort Handlungsempfehlungen bereits drin sind und weil dort Erfahrungen aus anderen Städten drin sind. Wir wissen genau - das zeigt sich ja -, dass gerade die Herausforderung, Kreativräume zu sichern, gar nicht so einfach zu bewältigen ist und dies nicht - wie dieser Antrag - sozusagen aus der Hüfte geschossen erreicht werden kann.

Wir machen gerade durch, was mit dem Otto-Langen-Quartier vielleicht nicht passiert, obwohl wir das ja alle wollten: wie schwierig es ist, Stadtentwicklung, Liegenschaften und Kultur miteinander zusammenzubringen. Ich bin der Stadt sehr dankbar, dass sie diese drei Felder, auf wessen Initiative auch immer, intern mehr und mehr zusammenführt, dass sie Stadtentwicklung, Liegenschaften und Kultur, das heißt Kreativräume, sozusagen als Drillinge sieht und deutlich macht: Wir müssen hier in komplexer Weise handeln. Da dürfen wir auch monetäre Interessen nicht einfach vergessen. Wir müssen die Szene mit einbeziehen. Wir müssen sehr unterschiedliche Interessen mit einbeziehen.

Wir haben in der letzten Sitzung des Kulturausschusses das Clubkataster vorgelegt bekommen, aber wir haben es nicht diskutiert. Das lag aber nicht daran, dass das keiner wollte, sondern daran, dass die Szenerie in diesem katastrophalen Raum so unerträglich war, dass wir uns kaum verständigen konnten. Ich bin sehr dankbar, dass dieses Clubkataster jetzt auf dem Weg ist. Der Vortrag von Herrn Wolff zum Thema „Clubszene in Ehrenfeld“ war ganz vorzüglich; ich will das ausdrücklich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Das zeigt auch, dass wir - jetzt komme ich zu dem zweiten Punkt - Beiräte nicht einfach abschaffen können. Der Beirat hat eine wichtige Funktion, und die Verwaltung hat uns, die Politik, aufgefordert, dass wir mitmachen sollen. Ich werde dabei sein, weil ich glaube, das Gutachten gibt mehr her, als es hier gerade von Frau von Bülow an die Seite gedrängt wurde.

Ich habe manchmal den Eindruck, es geht jedenfalls in dieser Richtung gar nicht so sehr um den Inhalt. Es geht darum, dass man der Verwaltung an dieser Stelle Untätigkeit vorwerfen will. Ich selber weiß, wie kompliziert und schwierig es ist, unterschiedliche Ministerien zusammenzubringen; dadurch bin ich auch ein paar Jahre älter geworden. Das ist auch hier so. Es ist eben nicht so, dass einer sagt: „Macht mal“, und dann tun sie das, sondern da gibt es unterschiedliche Belange und unterschiedliche Interessen.

Ein weiterer Punkt. Da gebe ich Ihnen recht: Wir müssen verhindern, dass Verdrängungswettbewerbe in Köln die Oberhand gewinnen. Wir müssen eine Harmonie schaffen zwischen Wohnungsbau, Grünflächenperspektiven, durchaus berechtigten Eigentümerinteressen und Kultur. Gerade die Corona-Zeit zeigt - hier komme ich wieder auf Herrn Dr. Elster zurück -, wie viel Sehnsucht nach Kultur die Menschen entwickelt haben; das wird hier deutlich. Da bin ich sehr dankbar, dass die Stadt in ganz unterschiedlicher Weise sehr intensiv und auch sehr weitreichend reagiert hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich will noch eines deutlich machen: Im Kulturentwicklungsplan ist dieser Punkt ausdrücklich hervorgehoben worden, nämlich als eine strategische, notwendige, umfassende und auch nachhaltige Perspektive. Insoweit sage ich einmal: Wir müssen an den Begriffen der Nachhaltigkeit und der Umfassendheit festhalten. Es geht eben nicht mal eben so, ein Handlungskonzept zu entwickeln.

Ich jedenfalls habe in meiner Zeit gelernt: Seriös ist, wenn man sich etwas Zeit lässt. „Zeit“ heißt, da müssen unterschiedliche Kompetenzen her, und sie müssen auch entsprechend beachtet werden. Deswegen bin ich ausdrücklich dafür, dass dieser Beirat mit seiner Kompetenz zusammenkommt, wir die Ergebnisse politisch gewichten und dann sagen, was wir machen können und was wir nicht machen können.

Frau Oberbürgermeisterin, auch wenn die Dringlichkeit beschlossen wurde: Ich will nicht auf den Wohnungsbauantrag zurückkommen, aber ich habe manchmal den Eindruck, der Begriff „Dringlichkeit“ ist ein strategisch verwendeter und kein inhaltlich verwendeter Begriff. Denn wenn dieser Antrag dringlich ist, dann ist der andere Antrag erst recht dringlich. Insoweit können wir auch dies nicht mittragen.

Schließlich: Bis zum 10. September dieses Jahres, das heißt bis zum Kulturausschuss im August, müssen die Vorlagen her. Ich sage ganz offen: Ich bin durchaus jemand, der sagt, man kann auch Tag und Nacht arbeiten. Aber das hat Grenzen. Wir dürfen uns nicht wundern, wenn dann bis zum 10. September dieses Jahres sozusagen nur etwas Angedachtes kommt. Da würde ich niemandem einen Vorwurf machen.

Was wir brauchen, ist eine lokale Agenda Kreativräume. Was wir brauchen, ist eine Werkstatt Kreativräume. Diese müssen wir fraktionsübergreifend zusammensetzen, und dann können wir auch sehr intensiv beraten. Das werden dann ja der nächste Rat und der nächste Kulturausschuss tun. Deswegen sprechen wir uns gegen diesen

Antrag aus, aber nicht in der Sache. Ich will ausdrücklich sagen: Da sind wir überhaupt nicht auseinander. Aber wenn eben gesagt wurde: „Was lange währt, wird nicht immer gut“, sage ich: Durch mehr Anträge wird es auch nicht besser. Man muss sich auf das besinnen, was man hat, und da gibt es eine ganze Menge. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt sehe ich nicht. Dann können wir über den Antrag abstimmen lassen. - Gegenstimmen der SPD-Fraktion, der AfD und von Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Enthaltungen der LINKEN. Dann ist dieser Antrag so beschlossen.

Meine Damen und Herren, Sie haben im Hinblick auf die Tagesordnung beschlossen, die Punkte 11.1 und 12.2 zusammen zu behandeln, und zwar vor dem Tagesordnungspunkt 4, also vor den Anfragen. An dieser Stelle sind wir jetzt. Gibt es irgendwelche Rückfragen? - Nein.

Ich möchte einmal kurz begründen, warum wir die beiden Beschlussvorlagen zum RheinEnergie-Sportpark heute in der Ratssitzung behandeln können. Das haben nämlich die rechtliche Prüfung des Vorgangs und auch die Abstimmung mit der Bezirksregierung Köln ergeben. Das Anhörungsrecht der Bezirksvertretung Lindenthal gemäß § 37 Abs. 5 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen ist nicht verletzt.

Die Bezirksvertretung Lindenthal hat die beiden Beschlussvorlagen zur Erweiterung des RheinEnergieSportparks in ihrer Sondersitzung am 25. Mai 2020 und noch einmal in der Sitzung am 8. Juni 2020 beraten. Die Beschlüsse wurden in der Sitzung am 8. Juni gefasst.

Vorgestern wurden wir darauf hingewiesen, dass das Verfahren bei der Abstimmung in der Bezirksvertretung möglicherweise nicht formal fehlerfrei abgelaufen sei. Für die Behandlung im Rat kommt es aber darauf an, ob die Bezirksvertretung die Gelegenheit zur Stellungnahme hatte. Selbst wenn aufgrund eines Verfahrensfehlers im Rahmen der geheimen Abstimmung die Beschlüsse zu den oben genannten Tagesordnungspunkten nicht verfahrensfehlerfrei zustande gekommen sein sollten, ist das Anhörungsrecht der Bezirksvertretung noch gewahrt. Zu den beiden Beschlussvorlagen hatte die Bezirksvertretung Gelegenheit zur Stellungnahme nämlich erhalten. Damit ist eine Anhörung erfolgt.

Darauf, ob die Bezirksvertretung als eigenständiges Gremium in ihrer Sitzung Verfahrensvorschriften einhält, hat der Rat keinen Einfluss. Darum sind diese beiden Punkte auf der Tagesordnung geblieben, und sie werden heute behandelt, und zwar, wie Sie beschlossen haben, gemeinsam.

Beschluss:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat bis zur Sitzung am 10.09.2020 die Handlungsempfehlungen und Instrumente, des am 06.02.2018 beschlossenen Antrages „ Integration von Kreativräumen und kulturellen Raumbedarfen in die Stadtplanung“ (0149/2018) vorzulegen.*

   Im Einzelnen sind die Handlungsempfehlungen und Instrumente darzustellen, wie die Bedarfe der Kultur- und Kreativwirtschaft im Rahmen einer integrierten Stadtentwicklung in städtebaulichen Planungen unter folgenden Maßgaben und Zielsetzungen berücksichtigt werden können:

   a. *Sicherung von kreativen Räumen der Musik- und Clubkultur in urbanen und suburbanen Quartieren, sowie Entwicklung von Lösungsmöglichkeiten und Instrumenten bei Nutzungskonflikten im Bestand, z.B. Einbeziehung in ein Quartiersmanagement.*

   b. *Entwicklung und Etablierung von kreativen Räumen, insbesondere der Musik- und Clubkultur, bei der städtebaulichen Planung neuer Stadtquartiere sowie Sicherung von bereits vorhandenen Musikclubs bzw. anderweitigen Kreativnutzungen.*

   c. *Identifizierung potenzieller „Eroberungs- und Erprobungsräume“ für kreative Szenen in altindustriellen und in Umwandlung befindlichen Stadtlagen.*

2. *Die Einrichtung eines Begleitgremiums „ Integration von Kreativräumen und kulturellen Raumbedarfen in die Stadtplanung (0419/2020) wird bis auf weiteres*

ausgesetzt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und AfD sowie RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 209. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3, Köln-Sülz

Arbeitstitel: „Erweiterung RheinEnergie-Sportpark“ in Köln-Sülz

hier: Feststellungsbeschluss

1087/2020

Änderungsantrag der Fraktion die Linke.

AN/0825/2020

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 63419/02

Arbeitstitel: Erweiterung RheinEnergie-Sportpark in Köln-Sülz

1072/2020

Ich rufe als Erstes Herrn Kron auf, um zu sprechen.

Peter Kron (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Endlich“, sage ich. Was lange währt, wird auch endlich einmal eine Beschlussvorlage. Ich habe ja auch Stimmen gehört, dass jetzt im Schnellverfahren etwas abgewunken werden soll.

Zur Historie. Seit 2014, und zwar seit August 2014, befassen sich die Verwaltung und die Politik mit diesem Thema, nämlich mit der Notwendigkeit - so steht es auch in der Vorlage -, die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit des 1. FC Köln durch eine Modernisierung und Erweiterung des RheinEnergieSportparks zu sichern.

Ich denke, über die Bedeutung des FC besteht Einigkeit. Der FC hat über 110.000 Mitglieder, ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und nicht zuletzt ein guter Imageträger für unsere Stadt. Nachdem der FC seine Vorstellungen vorgetragen hatte, folgte eine vorbildliche, intensive Diskussion zwischen FC und Verwaltung. Sie dauerte über ein Jahr. Es gab vertretbare Kompromisse für beide Seiten.

Was soll geschehen? Es gibt drei neue Plätze für die Nachwuchsmannschaften, vier Kleinspielfelder und ein Kunstrasenplatz werden verschwinden; denn darauf wird das Leistungszentrum gebaut. Der Platz 2 am Geißbockheim wird renaturiert und dem Grüngürtel zurückgegeben. Wenn man das ausrechnet, stellt man fest: Es fallen zwei weg, und es gibt drei neue. Das ergibt im Endeffekt einen neuen Platz für den 1. FC Köln.

Im Dezember 2015 und im Dezember 2016 sind die Verfahren gestartet worden, Ende 2015 übrigens mit einer anderen Mehrheit, und zwar mit einer größeren, als ich sie hier und heute erwarte.

Ich bedanke mich ausdrücklich, Frau Oberbürgermeisterin, für die Vorlage mit dem Beschlussvorschlag, den Flächennutzungsplan zu ändern und den B-Plan in der vorliegenden Fassung zu beschließen. Sicher, es gibt Alternativvorschläge, zum Beispiel: „Tut es nicht“, und den Vorschlag, andere Standorte zu suchen. Es sind einige Alternativen intensiv geprüft worden, mit dem Ergebnis, dass der Standort Grüngürtel die beste Alternative ist.

Zu dem Punkt des Standortes gibt es jetzt, nach fünf Jahren der Diskussion, Anträge der LINKEN und der Grünen - zwei Tage vorher von der LINKEN und heute als Tischvorlage von den Grünen -, in denen andere Standorte diskutiert werden, und zwar solche Standorte, an denen bereits einige Sportvereine ihr Zuhause haben, und ein Standort, an dem andere Nutzungen vorgesehen sind.

Sicher kann man der Auffassung sein, der FC soll nicht an seinem Standort bleiben und wegziehen. Die SPD-Fraktion ist ausdrücklich nicht dieser Meinung und unterstützt einen Verbleib an seinem Trainingsstandort und die Planungen zu einem angemessenen Ausbau, der den modernen Ansprüchen des Profisports gerecht wird und dabei Eingriffe in den Grüngürtel so gering wie möglich hält. Dabei erfüllt der FC natürlich die Maßgaben und sorgt für die vorgeschriebenen umfangreichen ökologischen Ausgleichsmaßnahmen.

Zum Thema Marsdorf. Dort soll der FC ja dann seine Fußballplätze bauen. Da frage ich mich schon seit geraumer Zeit: Warum sind die Kunstrasenplätze in Sülz böse und in Marsdorf gut? Das habe ich bisher noch nie begriffen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Übrigens haben wir - das wissen die Mitglieder des Sportausschusses ganz bestimmt und die anderen bestimmt auch - bereits 41 vorhandene Kunstrasenplätze bei den Vereinen. Wir haben allein voriges Jahr zehn beschlossen, dieses Jahr auch schon zwei oder drei. Das war immer einstimmig. Alle nicken, wenn wir sagen, jeder Verein soll einen Kunstrasenplatz bekommen.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! In Ihrer Vorlage steht unter anderem - ich zitiere -:

> Die Stadt Köln plant gemäß den Maßgaben der neuen Sportentwicklungsplanung, die Qualitäten des Sportanlagenangebotes für die Öffentlichkeit an die aktuellen Anforderungen anzupassen. Der öffentliche Raum soll verstärkt für Sport und Bewegungsaktivitäten genutzt werden.

Der Ausbau sorgt unseres Erachtens für eine Stärkung des Sportangebotes und erfüllt damit die Erfordernisse unserer Sportentwicklungsplanung und des historisch vorgesehenen Sportbandes. Aus sportpolitischer Sicht freut sich die SPD-Fraktion über diese Vorhaben. Denn die neuen Plätze stehen auch dem Breiten-, Vereins- und Schulsport zur Verfügung und die Kleinspielfelder der Öffentlichkeit.

Noch ein Gruß von Peter Pfeifer, dem Vorsitzenden des Stadtsportbundes, der mit den gesamten Sportvereinen hinter dieser Meinung steht und sie teilt. Er hat mich gebeten, Ihnen dies mitzuteilen. Die SPD-Fraktion stimmt natürlich beiden Vorlagen zu. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kienitz hat das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich zunächst einmal bei der Verwaltung bedanken, die, obwohl ihre Führungsspitze im Laufe des Verfahrens ja durchaus ihre Ansicht geändert hat, das Verfahren neutral geführt hat, an der Sache, an der Durchführung orientiert, und jetzt auch gezeigt hat, dass man, auch wenn man anderer Meinung ist, ein Verfahren fair führen und zu Ende bringen kann, auch wenn zuletzt ja versucht wurde, das ganze Verfahren über Verfahrensfragen noch einmal anzuhalten und zu kippen.

So wie die Diskussion in den letzten Tagen gelaufen ist und wie das einem hier auch persönlich vor der Tür entgegengeschwappt ist, war es in unserer Fraktion letztendlich eine Entscheidung: Schwarz oder Weiß. Es gab Argumente für und gegen eine Erweiterung am traditionellen FC-Standort. Es ist auch richtig und wichtig gewesen, dass der FC das Verfahren von Anfang an sehr transparent geführt hat und dass es einen beispiellosen Beteiligungsprozess mit sehr vielen Einwendungen gegeben hat. Das spricht natürlich auch für das große öffentliche Interesse.

Am Ende haben wir in unserer Fraktion die Empfehlung der Verwaltung und die Einwendungen sehr sorgfältig und ergebnisoffen geprüft und abgewogen. Letztendlich hat eine Vielzahl von Argumenten dazu geführt, dass wir heute zustimmen können.

Erstens. Die geplanten Baumaßnahmen sind, betrachtet man nicht nur den Standort allein, sondern auch die Gesamtstadt - dazu komme ich gleich noch -, klimaneutral; das zeigt das Gutachten zweifelsfrei auf. Die geplanten Gebäude werden auf bereits versiegelten Flächen entstehen. Zwei bestehende Trainingsplätze werden renaturiert; das ist gerade gesagt worden. Zudem sind, wie es gesetzlich vorgesehen ist, umfangreiche Ausgleichsmaßnahmen außerhalb des Plangebiets vorgesehen.

Zweitens. Das Vorhaben steht im Einklang mit dem Grundgedanken von Konrad Adenauer, der ja als Erfinder des Grüngürtels benannt wird. Seine Idee vom Sportband ist auch im „Grüngürtel: Impuls 2012“ aufgegriffen. Er wird ja heute sehr gerne von verschiedenen Seiten verhaftet. Aber Konrad Adenauer war auch immer ein Pragmatiker. Deswegen ist es müßig, sich darüber Gedanken zu machen, was er denn heute machen würde. Auch wenn sich aktuell, ich sage einmal, Teile der Familie mit Teilen der Gegner verbünden, so bleibt es doch eher im Nebel, wie der Pragmatiker Konrad Adenauer heute entscheiden

würde, der mit Kommunisten eine Brücke gebaut hat, wenn es nötig war.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Drittens - der Kollege Kron hat das angesprochen -: Es wird ja das Bild gemalt, dass hier öffentlicher Raum den Kölnerinnen und Kölnern entzogen wird. Dem ist nicht so. Sie führen diese Debatte ja auch nicht, wenn Sie in Erbpacht anderen Sportvereinen öffentliche Flächen dauerhaft zur Verfügung stellen. Nein, es ist so, dass von dem Neubau der Sportplätze auch der Schul-, der Vereins- und der Breitensport profitieren. Drei der geplanten Trainingsplätze stehen werktags von 8 bis 15 Uhr dem Schul- und Breitensport zur Verfügung. Neben der Gesamtschule Lindenthal liegen zum Beispiel das Hildegard-von-Bingen-Gymnasium, das Schiller-Gymnasium sowie das Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasium in erreichbarer Nachbarschaft. Darüber hinaus können Vereine die Plätze ab spätestens 19.30 Uhr benutzen, und an Wochenenden stehen die Plätze auch der Bunten Liga zur Verfügung.

Viertens. Der Artenschutz wird durch verschiedene Maßnahmen gewährleistet. Insbesondere vorhandene Bäume sind von dem Projekt nicht betroffen. Es wird kein einziger Baum gefällt.

Fünftens. Die Gesamtsituation im Hinblick auf die Naherholung im Kölner Westen wird durch das Projekt nicht verschlechtert. Die Situation im Süden und Norden des Decksteiner Weihers wird durch den eben erwähnten Wegfall von zwei Trainingsplätzen verbessert.

Diejenigen, die sich aktuell einsetzen und sagen, wenn auf der Gleueler Wiese gebaut wird, dann hat das Klimafolgen und verursacht Umweltschäden, sollten sich vielleicht die Frage stellen, ob sie da nicht ein Symbol hochziehen, das dem Anspruch bzw. dem, was auf diese Wiesen projiziert wird, gar nicht gerecht werden kann.

Ich glaube, wir sollten lieber in der nächsten Wahlperiode im Rat diskutieren, wie wir den Folgen des Klimawandels, der unbestreitbar stattfindet, insgesamt und gesamtstädtisch begegnen wollen und wie wir uns damit auseinandersetzen sollten.

Wir werden gleich einen Regionalplan beschließen. Darüber haben wir im Stadtentwicklungsausschuss diskutiert. Auch diese Aspekte sind dort diskutiert worden. Ich glaube, wir müssen an anderen Stellen über diese Themen ernsthaft diskutieren, dürfen aber nicht dieses Projekt und diese Stelle zu einem Symbol machen, das es nicht ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Am Ende ist es Aufgabe der Politik und Aufgabe des Rates der Stadt Köln, die verschiedenen Argumente gegeneinander abzuwägen. Das haben wir in unserer Fraktion sehr sorgfältig getan. Wir als Politik sind gewählt, um in diesen schwierigen Fragen letztendlich eine Entscheidung zu treffen. Dieser Verantwortung stellt sich die CDU-Fraktion heute. Sie entscheidet nach sorgfältiger Abwägung nicht zwischen Schwarz und Weiß, sondern wir haben uns für Rot-Weiß entschieden, meine Damen und Herren, und stimmen dieser Vorlage zu.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau von Bülow hat das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wird Sie nicht erstaunen: Viele Argumente von Niklas Kienitz sind nicht die meinen. Heute ist der Tag der Entscheidung über die Erweiterung des RheinEnergieSportparks, trotz zahlreicher Proteste und trotz der Abstimmungsgeschehnisse in der BV Lindenthal; wir haben dazu schon vieles gehört. Wie Sie wissen - das dürfte Ihnen nicht unbekannt geblieben sein -, haben wir Grüne Bedenken und weiteren Klärungsbedarf. Wir bezweifeln, dass man in dieser Kürze der Zeit tatsächlich alles schon sorgfältig hat prüfen können. „Sorgfalt statt Schnelligkeit“ ist unsere Devise.

(Zurufe)

- Sie können ja zuhören. Dann bekommen Sie das mit, und dann können Sie hinterher alles kritisieren, okay? Machen wir es in dieser Reihenfolge.

(Zuruf)

- Ja. Was man gelernt hat, hat man gelernt. Das ist auch nicht falsch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

„Sorgfalt statt Schnelligkeit“ ist die Devise, wenn es darum geht, die einzelnen Aspekte der Vorlage intensiv bewerten und auch wirklich überprüfen zu können. Ehrlich gesagt, hätten wir das auch von allen anderen Parteien hier im Rat erwartet. Allein, mehr als 7.000 Einwendungen gegen die Planungen sprechen eine eigene Sprache. Auch die vorgebrachten Argumente stehen für sich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie weitgehend zu ignorieren, halte ich für fragwürdig und verantwortungslos, gerade weil eine Entscheidung getroffen werden soll, die weitreichende Folgen für den Äußeren Grüngürtel hat. Die Befürworter der Erweiterung des Sportparks von SPD, CDU und FDP haben sich aber bereits in der Bezirksvertretung Lindenthal, im Sportausschuss und im Stadtentwicklungsausschuss gegen weitere Beratungen ausgesprochen und über die Vorlage entschieden - zu früh, wie wir finden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Unser Nein zur Bebauung des Grüngürtels steht. Für uns ist klar: Es gibt bessere Alternativen. Wir möchten mit unserem Änderungsantrag die Verwaltung beauftragen, in Ergänzung der vorgeschlagenen Alternative entsprechend den Vorschlägen aus der Bürgerschaft mit dem FC einen alternativen Standort zu entwickeln wie zum Beispiel den Beller Bogen. Diesen Auftrag möchten wir der Verwaltung geben; das sehen Sie in dem Änderungsantrag.

Uns liegt der FC am Herzen. Das wird uns zwar dann und wann abgesprochen, aber das ist nicht so. Auch wir haben zahlreiche FC-Mitglieder und gucken uns gerne FC-Spiele an,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

noch lieber, wenn er auch wieder gewinnt. Das wünschen wir ihm von ganzem Herzen, ebenso wie den Klassenerhalt. Wir stehen also hinter dem FC. Weil er uns am Herzen liegt, sehen wir in dieser Alternative einen Weg, dem FC eine echte Zukunft zu eröffnen.

Angesichts der schon jetzt angekündigten Klagen gegen den heutigen Ratsbeschluss könnte der 1. FC auf diese Weise einen großen Schritt weiterkommen. Dass wir damit richtig liegen, noch einmal vertieft nachzudenken, wurde uns auch durch ein von uns in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten bestätigt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie mich einige Punkte herausgreifen, die das verdeutlichen, und Sie werden sehen, dass wir zu anderen Bewertungen von Sachverhalten kommen als mein Vorredner.

Wie ist der signifikante Eingriff in das Gartendenkmal und Erbe Konrad Adenauers eigentlich zu rechtfertigen?

(Peter Kron [SPD]: Steht alles in der Vorlage der OB!)

- Ja, ja. Aber hören Sie zu. - Der Äußere Grüngürtel steht unter Denkmalschutz. Der großen Wiese zwischen Geißbockheim und Gleueler Straße kommt dabei wegen ihrer einmaligen Sichtachse eine besondere Bedeutung zu. Durch Gebäude, Kunstrasenplätze, durch Flutlichtmasten und hohe Ballfangzäune, durch die Höherlegung der Plätze um 1,35 Meter und die damit verbundene Modellierung des Geländes wird das Denkmal nachhaltig zerstört. Adenauer wollte mit dem Grüngürtel für die Kölner Erholung in der Natur und öffentliches Grün. Er wollte nicht Kunstrasenflächen für einen Profiverein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was ist mit der Bewahrung des Landschaftsschutzgebietes? Die geplante Expansion stellt einen dramatischen Eingriff dar. Nicht nur Flora und Fauna, sondern auch die Lebens- und Erholungsqualität werden durch weitere Lärm- und Lichtverschmutzungen beeinträchtigt.

Was ist mit dem Grün für alle? Die Erweiterung dient dem privatwirtschaftlichen Profiverein 1. FC Köln, der ein Leistungszentrum errichten möchte, das der Öffentlichkeit nicht zugänglich ist. Es wird nicht wirklich, wie immer wieder behauptet wird, dem Breitensport und dem Amateursport dienen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Peter Kron [SPD]: Das steht auch in der Vorlage der Oberbürgermeisterin!)

Derzeit wird die Gleueler Wiese insgesamt als Sportfläche von jedermann und jederfrau genutzt. Das geht dann nicht mehr. Wir meinen, die Gleueler Wiese als eine in Europa einmalige Grünanlage darf nicht eingezäunt, nicht bebaut und nicht zulasten des Gemeinwohls privatwirtschaftlichen Interessen geopfert werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein weiterer Punkt. Klimaschutz geht anders. Köln hat den Klimanotstand ausgerufen; mein Vorredner hat darauf hingewiesen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Nein, nein!)

- Du hast auf den Klimaschutz hingewiesen, okay. - Mein Vorredner hat also auf den Klimaschutz hingewiesen. Köln hat nichtsdestotrotz den Klimanotstand ausgerufen; wenn ich mich richtig erinnere, auch mit Stimmen der CDU. Hier wird eine Fläche ohne Not versiegelt und damit der Erhalt einer zusammenhängenden, intakten, klimaaktiven Freifläche eingeschränkt. Nicht zu vergessen ist dabei: Wir brauchen eine gesamtstädtische Betrachtung,

(Niklas Kienitz [CDU]: Habe ich gesagt!)

um klimatische Auswirkungen insgesamt bewerten zu können, nicht nur eine kleinräumige Sichtweise. Klimaschutz ist überall notwendig.

Ein Letztes ist die Frage des Wege- und Verweilrechtes. Die jüngsten Diskussionen zum Gereonshof haben uns gezeigt, wie wichtig es ist, hier Klarheit zu haben. Sie sehen: Es besteht durchaus deutlicher Klärungsbedarf. Aber Sie, Kolleginnen und Kollegen von CDU, SPD und FDP, meinen, all diese Fragen ignorieren zu können. Wenn Sie sich heute für diese Vorlage entscheiden, ohne diese Dinge zu klären, halte ich das für einen großen Fehler. Sie setzen sich damit über Fragen des Umweltschutzes und des Denkmalschutzes sowie über den Erhalt der Artenvielfalt hinweg.

(Peter Kron [SPD]: Du hättest besser mal die Vorlage gelesen!)

- Ich habe sie gelesen. - All das, nachdem Köln den Klimanotstand ausgerufen hat; ich komme darauf zurück.

Uns bleibt die Hoffnung. Wir haben einen langen Atem, und wir kämpfen weiter, so wie es auch beim Godorfer Hafen nach langen Jahren gelungen ist, den Ausbau zu verhindern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich hätte mir gewünscht, Sie alle hier hätten sich an der Diskussion über die Alternativen beteiligt, hätten für Kompromisse gestritten und hätten sich daran erinnert, dass der 1. FC bereits 2007 selbst zugesagt hat, nach dem Ausbau des Geißbockheims keine weiteren Flächen im Grüngürtel mehr bebauen zu wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Kienitz, jetzt müssen Sie zuhören. Denn noch ist es nicht zu spät, den Äußeren Grüngürtel mit seinen stadtklimatisch wichtigen und ökologisch wertvollen Ausgleichsräumen, dieses außergewöhnliche Landschaftsschutzgebiet für alle Kölnerinnen und Kölner, zu erhalten - noch nicht. Seien Sie mutig!

(Peter Kron [SPD]: Sind wir!)

CDU, FDP und SPD, treffen Sie zukunftsfähige Entscheidungen! Machen Sie sich mit uns gemeinsam auf den Weg zur Rettung des Grüngürtels und zur Unterstützung des FC bei der Suche nach neuen, alternativen Möglichkeiten, die tatsächlich Zukunftsfähigkeit verheißen! Auch so kann man zum 1. FC stehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zu Konrad Adenauer; auch ich kann es nicht lassen. Es gibt dieses schöne, kleine Heftchen, von Konrad Adenauer in seiner Funktion als Oberbürgermeister dieser schönen Stadt Köln veröffentlicht, in dem er sich ausführlich mit dem Äußeren Grüngürtel befasst und im Rückblick auf die Stadtverordnetenversammlung des Jahres 1918, also vor 102 Jahren, feststellt:

> Die Stadtverordnetenversammlung des Jahres 1918 hat einstimmig sich mir angeschlossen.

Da ging es um die Errichtung des Äußeren Grüngürtels.

> Ich bin überzeugt, dass es die jetzige Stadtverordnetenversammlung und alle künftigen

- das wären wir -

> auch tun werden. Und wenn je der Gedanke auftauchen sollte, dieses Werk nicht durch- und zu Ende zu führen, dann muss die gesamte Bürgerschaft, die Männer und Frauen, im Interesse unserer Nachfahren flammendsten Einspruch erheben.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Lebhafter Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Anwesende! Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Als im Jahr 2012 die Stadtverwaltung den DFB nach Köln locken wollte, unterbreitete sie dem DFB den Vorschlag, den DFB-Campus unmittelbar am RheinEnergieStadion, im Sportpark Müngersdorf am Salzburger Weg, zu errichten. Die *Kölnische Rundschau* schrieb damals: „Die Heimat der Nationalmannschaft“. Der DFB blieb in Frankfurt, trotz unseres guten Angebotes. Genau dieses Gelände können wir uns gut als neues Leistungszentrum für den FC vorstellen. Wir glauben nicht, dass Marsdorf da eine würdige Alternative ist.

Dieses Angebot von uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird heute im Rat nicht zum Zuge kommen. Das ist schade. Denn die Kölnerinnen und Kölner sind sich uneins darüber, ob der 1. FC Köln im Grüngürtel bauen darf oder nicht. Diese Debatte wird so aufgezogen, als sei man für den FC, wenn man für den Ausbau des Grüngürtels ist, und als sei man ein Gegner des FC, wenn man gegen den Ausbau ist. Das ist aber einfach eine blöde Debatte. Sie bringt uns ja in der ganzen Angelegenheit nicht weiter.

Der FC nutzt seine rechtlichen Möglichkeiten und pocht auf den Ausbau des Grüngürtels; das ist sein gutes Recht. Umweltgruppen dagegen sehen das anders und werden alle rechtlichen und politischen Argumente für den Umweltschutz ins Feld führen. Auch wenn wir an ihrer Seite stehen, wollen wir mit unserem Vorschlag zwischen der Umweltbewegung und dem FC Brücken bauen. Da sind wir pragmatisch, wie der Kollege Kienitz es eben angedeutet hat.

Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben in diesem Konflikt die Seite gewechselt. Das finden wir gut. Denn der Ausbau lässt sich woanders, nämlich am Salzburger Weg, besser realisieren; das meinen wir ernst. Allerdings war es die von Ihnen geführte Verwaltung, Frau Reker, die die Alternativstandorte nicht ernsthaft geprüft und die Alternativen beiseite gewischt hat.

Auch der Salzburger Weg, den wir bereits 2016 ins Spiel gebracht haben - Herr Kron, das war also nicht erst vor zwei Tagen, sondern bereits 2016; Sie als Vorsitzender des Sportausschusses müssten eigentlich wissen, dass dies auch schon einmal im Sportausschuss Thema war -, wurde als Alternativstandort nicht unter die Lupe genommen. Deshalb fordern wir, Frau Oberbürgermeisterin, Sie und die Verwaltung auf, das Gelände am Salzburger Weg in den nächsten Monaten zu schützen und darauf zu achten, dass wir dieses Gelände nicht für irgendwelche anderen Dinge verplanen.

Wir gehen davon aus, dass es in den nächsten Monaten und Jahren noch eine Auseinandersetzung und Diskussion mit dem FC geben wird. Ich gehe immer nach dem Grundsatz vor: Besser den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Wenn der FC aber unmittelbar am Stadion ein Trainingsgelände hätte, wäre das in gewisser Weise ein Vorteil und auch lukrativ.

Herr Kienitz, lassen Sie mich noch ein Schlusswort zu dem Thema, dass dieses Gelände jetzt zu einem Symbol wird, sagen. Es ist bei politischen Bewegungen immer so, dass sie sich ein Symbol suchen. Das ist diesmal eben das FC-Gelände. Ich kann Ihnen erzählen: In meiner Jugend waren es Brokdorf, Grohnde usw. usf. Es sind immer Symbole, die eine politische Bewegung haben will.

Nur, das hat immer zwei Seiten: Wenn man einfach dagegen ist, schafft man ja umgekehrt auch wieder ein politisches Symbol. Sie setzen mit Ihrer Gegnerschaft natürlich ein politisches Symbol, indem Sie sagen, Klimaschutz und Umweltschutz sind relativ; das muss man immer so anwenden, wie es gerade konkret passt. Wenn es um den FC geht, dann wendet man sich natürlich nicht gerne dagegen; denn das ist unpopulär. Aber das ist keine Grundlage für die politische Auseinandersetzung. Ob einer nun Meier oder FC heißt: Die Grundsätze müssen immer die gleichen sein. Deswegen unterstützen wir die Umweltbewegung. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Danke schön. - Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Jörg Detjen, es geht hier nicht um Gegnerschaft oder sonst etwas; so erlebe ich das nicht. Diese Debatte ist ja auch relativ sachlich.

Ich möchte eine Frage stellen. Der Einleitungsbeschluss war damals schon ein Kompromiss.

Wenn Sie sich daran erinnern: Das war eigentlich viel größer geplant. Letztendlich geht es um eine Fläche. Daran können Sie sich schon erinnern? Es ist also nicht so einseitig, dass wir gesagt haben, der FC bekommt, was er will, sondern diejenigen, die den Einleitungsbeschluss getroffen haben, haben schon gerungen, haben Flächen reduziert und herausgenommen. Daran können Sie sich erinnern?

Jörg Detjen (DIE LINKE): Genau, ich kann mich sehr gut daran erinnern. Nur, in der Zwischenzeit ist viel passiert. Die Grünen haben ja zu Recht darauf hingewiesen, dass wir den Klimanotstand beschlossen haben. Dann muss man die Grundsätze des Klimanotstandes auch anwenden. Das habe ich gerade vorgeschlagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe ja keine polarisierende Rede gehalten, sondern ich habe gesagt, dass wir ein Alternativmodell haben. Wir wollen FC und Umweltbewegung eher zusammenbringen und nicht auseinanderdividieren. Ich habe versucht, zu erklären, wie das mit den Symbolen ist. Es ist in politischen Bewegungen leider so, und das hat immer schon seine Geschichte gehabt. Deswegen ist unser Vorschlag eine Alternative, ein Weg, wie man das Problem lösen könnte. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Detjen, wir können uns den Salzburger Weg gerne noch einmal anschauen. Dann zeige ich Ihnen, warum das dort nicht geht: insbesondere weil das schon genutzte Plätze sind. Der DFB wollte ja eigentlich sogar die Jahnwiese für die Profis haben und wollte am Salzburger Weg, wo schon welche sind, noch erneuern. Ich weiß das, und ich sage Ihnen: Das können Sie in der Form dort nicht umsetzen, außer Sie würden die Plätze anderen Vereinen - Herr Pettelkau kennt sich da sehr gut aus; die Sportplätze werden von verschiedenen Vereinen genutzt, zum Beispiel Hohenlind - wegnehmen. Ich glaube, das wäre nicht das Richtige. Aber wir können uns das gerne noch einmal anschauen.

Verehrte Oberbürgermeisterin, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben zum Bau von drei Fußballplätzen sowie Kleinspielfeldern im Äußeren Gürtel viele Reaktionen - das gilt wahrscheinlich für alle Fraktionen -, von Ablehnung bis Zustimmung, bekommen. Als wir heute hereingekommen sind, haben wir mit der Ablehnung ja etwas Besonderes erlebt. Das Thema bewegt viele Menschen in Köln - uns auch, meine Damen und Herren. Bisher wurde die Modernisierung bestehender und die Erweiterung von Sportplätzen im Grüngürtel nicht infrage gestellt, da die Planungen der Bauer des Grüngürtels von Anfang an die Integration von Sportanlagen in den Grüngürtel vorsahen. Auch das, meine Damen und Herren, ist ein Erbe von Konrad Adenauer. Das war immer so vorgesehen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Frau von Bülow, ob wir das Franz-Kremer-Stadion, wie es dort heute steht, noch bauen würden, kann man sich überlegen. Dass es aber der Schwiegersohn von Konrad Adenauer mit seiner Unterstützung damals dort hingebaut hat, gehört zur Wahrheit dazu, meine Damen und Herren.

Auch wenn meine Fraktion die Beschlussvorlage der Verwaltung zum Bebauungsplan der Sportplätze mitträgt, so wird die grundsätzliche Diskussion, wie Köln mit seinen Sportanlagen im Grüngürtel umgeht, weitergeführt werden müssen. Auch wenn durch den prominenten Nutzer der Sportplätze, den 1. FC Köln, eine, ich möchte einmal sagen, besonders emotionale Note in die Diskussion hineinkommt, so ist der Grüngürtel Heimat vieler Vereine mit ihren Sportanlagen. Auch das ist ein Erbe von Konrad Adenauer, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Darum erfüllt es uns mit großer Sorge, dass die Schaffung von Sportplätzen für das Fußballspielen mit Kindern und Jugendlichen auf einer Wiese im Äußeren Grüngürtel zu einer derartigen Abneigung bis unter der Gürtellinie führt; wir haben viele entsprechende Mails bekommen. So werden wir jedenfalls unserem Anspruch aus dem Leitbild 2020 - damals noch unter Oberbürgermeister Fritz Schramma - einer kinder- und jugendgerechten Stadt nach unserer Meinung nicht gerecht.

Die entstehenden Plätze stehen nicht nur den 14 Teams der Kinder- und Jugendabteilung des 1. FC Köln zur Verfügung. Zur Zeit vor Corona - das muss man sagen - trainierten bis zu vier Teams

der U8 bis U19 - das sind die unter 8-Jährigen bis zu den unter 19-Jährigen - auf einem Platz. Das soll jetzt in dieser Form geändert werden. Die Plätze werden dann auch für den organisierten Breitensport - ich sage nur: Bunte Liga; einige Mitglieder der Grünen spielen dort auch mit -, für andere Sportvereine sowie für den Schulsport zur Verfügung stehen. Meine Damen und Herren, auch das ist Allgemeinheit. Darum kann man hier nicht von Privatisierung reden.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der CDU)

Kinder und Jugendliche, aber auch alle anderen Generationen durch den Bau von attraktiven Sportanlagen zum Sport an der frischen Luft in den Äußeren Grüngürtel zu bringen, hält die FDP nicht für einen Frevel, sondern wir sehen das als Erfüllung einer sportgerechten und kinder- und jugendfreundlichen Stadt. Gerade das, was nach Planung und Historie aus einer Brache im Grüngürtel entstanden ist, ist eben das Erbe von Konrad Adenauer.

Auf ein Wort: Man kann auch anderer Meinung sein. Wir nehmen jede Kritikerin und jeden Kritiker und die Argumente ernst und wägen sie mit unseren Argumenten ab. Niemand hat die Weisheit gepachtet. Keiner besitzt die absolute Gewissheit. Wogegen ich meine Stimme aber erhebe, ist, den Befürwortern der Verwaltungsvorlage zur Erweiterung des RheinEnergieSportparks mit all ihren Prüfungen, Gutachten und behördlichen Genehmigungen vorzuwerfen, sie hätten keine Moral. Damit verlassen wir die sachliche Ebene bei der Entscheidungsfindung, meine Damen und Herren. Das ist nicht gut für unsere Demokratie und unser Gemeinwesen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der CDU)

Ich möchte hier eindringlich in Erinnerung rufen: Die heutigen Beschlussvorlagen der Verwaltung sind untrennbar mit der Vollendung und damit der massiven Erweiterung des Äußeren Grüngürtels verbunden. Darum habe ich die Dokumentation mitgebracht. Denn Grundlage unserer Entscheidung - ich glaube, auch der der SPD - ist der einstimmige Ratsbeschluss vom 30. April 2013 zur Vollendung - nicht zur Betonierung, sondern zur Vollendung - und damit zur Erweiterung des Äußeren Grüngürtels.

Die FDP und, wie ich glaube, auch die CDU und die SPD stehen zu diesem Beschluss. Wir wollen die Vollendung und damit Erweiterung des Äußeren Grüngürtels. In dem dafür einstimmig beschlossenen Entwicklungskonzept „Grüngürtel: Impuls 2012“ - es lohnt sich, sich das einmal anzuschauen - wurde unter anderem festgelegt, wo Sportanlagen und Sportplätze im Äußeren Grüngürtel ausschließlich - nicht zusätzlich, sondern ausschließlich - integriert werden dürfen. In dieser Konzeption, die wir beschlossen haben, wurden genau dort Fußballplätze eingezeichnet, wo sie nun im sogenannten Sportband des Äußeren Grüngürtels entstehen. Hört, hört!

Ich möchte festhalten: Grüne und LINKE haben der Charta zur Vollendung des Äußeren Grüngürtels - mit Einzeichnung, wo noch Sportanlagen entstehen dürfen - zugestimmt und verlassen nun mit viel Getöse diese Charta. Die Befürworter der Verwaltungsvorlage halten sich an die feierlich vom Kölner Oberbürgermeister Jürgen Roters und von Paul Bauwens-Adenauer sowie Dr. Patrick Adenauer - die sind in der ganzen Diskussion nämlich ganz ruhig - unterzeichnete Charta, meine Damen und Herren. Ich frage mich: Wer wird denn hier wortbrüchig? Die, die weiterhin zur Charta zur Vollendung des Äußeren Grüngürtels stehen, oder die, die die Charta verlassen, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der FDP, der SPD und der CDU)

Ich frage mich auch: Was ist die Unterschrift eines Kölner Oberbürgermeisters noch wert, wenn sie selbst nach einem einstimmigen Ratsbeschluss zur Beliebigkeit verkommt, meine Damen und Herren? Darum stehen wir weiterhin zu dieser Charta.

Jetzt kam ein Antrag von den Grünen - wie putzig! -, in dem noch einmal Marsdorf vorgeschlagen worden ist. Meine lieben Grünen, ihr müsst euch entscheiden: Entweder wollt ihr in Marsdorf wirklich den Frischemarkt, den Großmarkt bauen, wie ihr es beschlossen habt

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Dahin passt beides!)

- dazu kommen wir doch gleich -, oder aber wir setzen dort den ganz großen Vorschlag mit See um, der bei euch ja auch angesprochen worden ist, beim Beiler Bogen. Dann bleibt gar nichts mehr übrig für den FC. Wir wollten da den Großmarkt nicht; insofern können wir uns das in der Form ja gerne einmal anschauen. Aber ihr macht selber diesen Vorschlag, obwohl ihr wisst, was

das bedeutet. Frau Oberbürgermeisterin, ich darf Ihre Verwaltung hier einmal zitieren - das war im Stadtentwicklungsausschuss -:

> Anhand untenstehender Planungsdarstellung wird deutlich, dass beide Vorhaben, Frischemarkt und die Fußballplätze vom 1. FC Köln, flächenmäßig nicht im Bereich Marsdorf unterzubringen sind.

Meine Damen und Herren, das sagt die Verwaltung.

(Beifall bei der FDP)

Wie soll sich denn der FC jetzt fühlen, wenn man sagt, man soll das einmal diskutieren, wenn die, die das vorschlagen, sozusagen schon einen ganz anderen Hinweis gegeben haben, meine Damen und Herren? Da kann ich verstehen, dass so ein Verein sagt, da mache ich in der Form nicht mit.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite, wenn Sie nach zehn Minuten Redezeit bitte zum Ende kommen würden.

Ulrich Breite (FDP): Ich spreche vielleicht nicht so lange wie Frau von Bülow, aber ich bin jetzt fertig. - Darum stimmt meine Fraktion den beiden Vorlagen zu. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt noch eine Zwischenfrage, da wir ja beide Tagesordnungspunkte behandeln und alle über acht Minuten geredet haben.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Herr Breite, ist Ihnen denn bekannt, dass sich die Überlegungen, was die Größe des Frischezentrums an diesem Standort angeht, zwischenzeitlich geändert haben - Sie sind ja in den ganzen Diskussionen mit dabei - und dass in unserem Änderungsantrag natürlich nicht gesagt wird, dass das eine gegen das andere ausgespielt werden soll, sondern dass mit geänderten Flächenbedarfen beides dort möglich ist? Ist Ihnen das bekannt?

(Beifall bei der LINKEN)

Ulrich Breite (FDP): Das ist mir bekannt. Es geht hier um die eigene Darstellung von 2015, und da ist das Verkleinerte sogar schon mit drin. Trotzdem passt das nicht hinein. Wenn der Rat aber einen Beschluss zu Marsdorf getroffen hat, der von euch sogar aufrechterhalten wird, und wenn dann gesagt wird, wir geben es trotzdem einem anderen, dann muss ich sagen: Das ist nicht redlich. Da muss man ehrlich sein.

(Beifall bei der FDP)

Wenn ihr das mit dem Großmarkt aufheben würdet - darüber können Sie mit uns ja gerne reden - , dann kann man auch mit dem FC sprechen, aber so nach meiner Meinung nicht. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Manchmal hat es Vorteile, wenn man als Letzter spricht: Man kann dem Gesagten zuhören und auch ein bisschen darauf eingehen. Aber das Wesentliche ist ja ausgetauscht; die Argumente sind austauscht.

(Beifall bei der SPD)

Wir kommen gleich zur Abstimmung, höchstwahrscheinlich nach meinem Redebeitrag. Ich bitte die Leute darum - vor allem diejenigen, die im Livestream zuschauen und die vielleicht auch heute hier vor dem Gürzenich demonstriert haben -, sich nicht kirre machen zu lassen. Denn die Grundsatzentscheidung, die wir heute fällen, ist eigentlich ganz einfach.

Es geht um eine - ich sage das jetzt einmal salopp, nicht im fachlichen Jargon - bislang öffentliche Wiese, die Gleueler Wiese im Äußeren Grüngürtel. Die ganze Anlage steht unter Denkmal- und Landschaftsschutz. Diese öffentliche Wiese soll jetzt privatisiert werden; anders kann man das nicht sagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir schließen ja keinen Vertrag mit irgendeinem kleinen Dorffußballclub, sondern wir schließen einen Vertrag, dann auch einen städtebaulichen Vertrag, mit der 1. FC Köln GmbH & Co. KG. Diese Anlage wird privatisiert, und alles, was danach stattfindet, wird uns von dem neuen Pächter anschließend eingeräumt. Wir sind nicht mehr Herr oder Frau dieser Wiese, sondern wir müssen uns an einen Gehweg und Geh- und Fahrrechte halten, die uns dann in diesem städtebaulichen Vertrag eingeräumt werden.

Zur Nutzung des Platzes. Es wird immer so getan und suggeriert, als könne man da mit der Familie nachmittags ein bisschen kicken. Aber auch die Nutzung wird natürlich ganz klar geregelt, und zwar zu den Konditionen, die der FC mit der Stadt Köln ausgehandelt hat.

Da fängt das Problem schon an. Dieser städtebauliche Vertrag liegt uns überhaupt nicht vor. Es wird immer wieder so getan, als könnten da die Schulen spielen usw. Wir können das nicht nachlesen; auch ich kann das nicht nachlesen. Das ist kein öffentliches Dokument. Es ist ein Vertrag, der zwischen der Verwaltung und dem FC geschlossen wird, und wir beschließen ihn quasi mit, ohne ihn wirklich genau zu kennen.

Es geht also um eine Wiese oder um einen eingezäunten Kunstrasenplatz, wo wir später noch einmal durchlaufen dürfen, und einzelne Gruppen - nicht jeder Einzelne, sondern einzelne Gruppen - können diese Plätze dann eventuell nutzen.

Ich will den FC an dieser Stelle aber auch loben. Es wurde schon erwähnt: Die ganze Sache hat eine durchaus positive Entwicklung genommen. Die ursprünglichen Pläne waren ja weitaus - ich sage es jetzt einmal einfach - schlimmer. Natürlich wurde auf verschiedene einzelne Aspekte Rücksicht genommen, die den Naturschutz etc. betreffen. Das soll gar nicht in Abrede gestellt werden. Dennoch halten wir das Ergebnis der Planungen für unverträglich mit dem Gedanken des Landschafts- und Naturschutzes sowie des Denkmalschutzes und lehnen diese Pläne deshalb ab.

Ich habe im Stadtentwicklungsausschuss letztens gesagt - jetzt möchte ich speziell die ganzen Hardcore-FC-Fans unter Ihnen ansprechen; es sind ja sicher auch einzelne FC-Mitglieder unter Ihnen -: Wir halten das auch für den FC für fatal. Dieser Standort ist nicht zukunftssicher. Der FC hat uns schon einmal versprochen, dass er sich da nicht weiter ausdehnen will. Jetzt hat er dieses Versprechen erneuert und gesagt: Ja, wir machen da jetzt noch etwas, aber dann ist Schluss.

Wenn ihr später, in 10 oder 20 Jahren, mehr Platz braucht, wo geht ihr denn dann hin? Haben wir dann wieder diese Diskussion? Nein, dieser Standort ist nicht zukunftssicher. Wie kommen der FC und Sie - damit meine ich jetzt die wahrscheinliche Mehrheit hier im Rat - dazu, das dennoch heute zu beschließen? Das ist eine ganz kuriose Sache.

Natürlich gibt es im FC auch Mitglieder, auch in der ersten und zweiten Reihe, die sagen, wir wollen am Geißbockheim bleiben, jetzt sind wir aber in dieser Nummer drin, und da kommen wir nicht mehr heraus. Genau das ist das Problem. Der FC hat natürlich die Mitglieder und seine Fans auf seiner Seite. Er könnte nicht mehr ohne Gesichtsverlust, ohne totalen Gesichtsverlust, aus dieser Nummer herauskommen. Das kann er übrigens auch nicht Ihnen von SPD, CDU und FDP gegenüber. Wie würden Sie denn dastehen, wenn der FC jetzt auf einmal sagen würde, eigentlich haben die Kritiker ja recht, Marsdorf ist für uns eigentlich viel interessanter?

(Zuruf)

- Ich weiß das. Ja, es ist verrückt. Auch solche Stimmen gibt es beim FC.

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

- Ja, natürlich gibt es das auch. Aber um diese Stimmen geht es auch. Jetzt tut doch nicht so, als seien das zwei Monoblöcke, als sei da der FC, der mit einer Stimme spricht und geschlossen diese Lösung präferiert, und als seien die anderen nur die Ökos oder so, die am liebsten wieder auf die Bäume zurückwollen. So ist es doch nicht. Die ganze Sache ist wirklich wesentlich differenzierter. Der Beschluss von heute wird der Sache nicht gerecht.

Wenn ihr das heute beschließt - ich duze jetzt einmal; hier sind ja FC-Fans unter sich -, dann habt ihr diesen Beschluss an der Backe. Dann hat auch der FC diesen Beschluss an der Backe, und er wird die nächsten Jahre einen Riesenärger haben. Er wird nach Strich und Faden verklagt. Ob das alles gut ausgeht, steht in den Sternen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es wurde verschiedentlich erwähnt: Was schwer zu ertragen ist, sind natürlich Beleidigungen, Unterstellungen etc., egal aus welcher Ecke sie

kommen. Ich möchte aber noch ganz kurz eine rhetorische Frage in die Runde werfen: Wer braucht eigentlich mehr Mumm in dieser Stadt: jemand, der sich öffentlich gegen den FC stellt und die Pläne infrage stellt, oder jemand, der sagt, der FC und Köln gehören zusammen, natürlich bauen wir alles aus?

Es ist wesentlich mutiger, den FC und diese Projekte - in Anführungszeichen - „anzugreifen“, als einfach nur zu sagen, der FC und Kölle gehören zusammen, wir winken das schon durch.

(Christian Joisten [SPD]: Hier geht es nicht um Mut, sondern um Verlässlichkeit!)

- Ja, es geht auch um Verlässlichkeit. Das ist genau der Punkt, an dem ich sage: Der Fehler steckt eben auch in diesem Treueschwur, den Sie untereinander abgegeben haben und der Sie nicht offen und open-minded gemacht hat, um über Alternativen nachzudenken. Der FC hat nie öffentlich eine Alternative zum Standort Geißbockheim kundgetan.

(Christian Joisten [SPD]: Weil wir eine Vereinbarung getroffen haben!)

- Ja, Sie haben eine Vereinbarung getroffen. Aber wenn diese Vereinbarung schlecht ist?

(Zuruf: Lesen Sie doch mal die Vorlage! Da steht alles drin!)

- Nein.

Wir halten den Standort für ungeeignet. Er ist nicht zukunftssicher. Hinzu kommen die viel gewichtigeren Argumente, dass er dem Landschafts- und Naturschutz und dem Denkmalschutz in keiner Weise gerecht wird, auch wenn dort natürlich kleine Änderungen vorgenommen wurden.

Daher bitte ich Sie eindringlich - gerade die FC-Fans und -Mitglieder unter Ihnen -, diesen Entwurf bzw. diese beiden Beschlussvorlagen der Verwaltung heute abzulehnen. Stimmen Sie für den Natur- und Landschaftsschutz! Die Leute werden später erkennen, wer ihnen das eingebrockt hat, ob sie eine öffentliche Wiese weiterhin nutzen können oder ob sie Zaungäste von Trainingsmannschaften sind. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat noch Frau Gerlach das Wort.

Lisa Hanna Gerlach (Einzelmandatsträgerin): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Viel wurde schon gesagt. Insbesondere danke an Frau von Bülow und Thor Zimmermann, die das gut zusammengefasst haben.

Ich hatte gehofft, es sei Ehrensache, dass wir dieses kontroverse Thema in dieser Ratszeit nicht mehr behandeln. Nun wird quasi auf den letzten Metern etwas durchgedrückt, das im kommenden Rat voraussichtlich keine Mehrheit mehr finden würde.

(Unruhe)

Das ist undemokratisch, und so etwas macht die Bürgerinnen und Bürger wütend.

Heute bin ich fast nicht in den Gürzenich gekommen. Die Demo blockierte den Zugang.

(Unruhe)

- Ruhe! - Angeblich 1.000 Leute standen heute vor dem Eingang, und es gab 7.000 Bürgereingaben. Das ist ein kleines Vorspiel im Hinblick auf die ökologische Dauerbaustelle, die wir der Stadtgesellschaft in Zukunft aufbürden werden, wenn das heute durchgeht.

Auch ich bin FC-Fan, und ich bin Mutter eines Jugendlichen, der Fußball in der Kreisliga spielt. Trotzdem bitte ich, die Gleueler Wiesen zu schonen. In Zeiten des Klimawandels würden wir ein Leck in eine funktionierende Klimaanlage der Stadt schlagen. Das ohnehin heiße Stadtklima in der Kölner Bucht ist in der Zukunft einfach zu riskant.

Warum gerade die Gleueler Wiesen? Dort ist das Grünsystem vorgedacht. Es ist nicht am Salzburger Weg, es ist nicht in Marsdorf, sondern das ist der Punkt, der für das Grünsystem relevant ist. Darum müssen die Wiesen bleiben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt jede Menge Meldungen. Lassen Sie sie zu?

Lisa Hanna Gerlach (Einzelmandatsträgerin): Ja.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kron, bitte.

Peter Kron (SPD): Frau Kollegin, zum wiederholten Male höre ich etwas vom Klimaschutz und von der ökologischen Katastrophe, die kommt. Dazu eine Frage. In der Vorlage steht: „Auswirkungen auf den Klimaschutz: Nein.“. Das ist ein bisschen knapp. Deshalb steht da als Erklärung:

> Die Auswirkungen auf den Klimaschutz, das heißt die Emission von zusätzlichen Luftschadstoffen, fallen durch die Umsetzung der Planung so gering aus, dass im stadtweiten Kontext keine Veränderung messbar sein wird.
>
> (Lisa Hanna Gerlach [Einzelmandatsträgerin]: Ich habe dazu ein anderes Gutachten gesehen!)
>
> Auch die lokale Erwärmung bei sommerlichen austauscharmen Wetterlagen (Klimawandelfolgen) bleibt stark begrenzt und wird weder im Nahbereich noch im gesamtstädtischen Kontext spürbar sein.

Jetzt die Frage: Haben Sie das gelesen?

Lisa Hanna Gerlach (Einzelmandatsträgerin): Haben Sie das Gutachten der, ich glaube, BIG Junkersdorf gelesen? Haben Sie gesehen, dass dieses Gutachten unter anderem auch dies analysiert und zu dem Schluss kommt, dass das, was Sie da gerade sagten, falsch ist und dass da irgendein Rechenfehler dahintersteckt? - Sorry.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Fakt ist: Die Verhandlungen dauern ewig. Der FC wird mit diesem Grundstück offensichtlich nicht froh werden, also mit den Gleueler Wiesen, wenn er sie irgendwann bekommt. Denn der Kompromiss, der ausgehandelt worden ist, ist für den FC im Grunde nicht zukunftsfähig, da er nicht mehr die Möglichkeiten bietet, die der FC eigentlich braucht. Zudem gibt es erhebliche Probleme bei der Nutzung.

Umweltschützer und die Bürgerinitiative haben angekündigt, dass sie vor dem Oberverwaltungsgericht klagen werden. Das wird wieder viele Jahre dauern. Darum bitte ich Sie, gegen diese Änderung des Flächennutzungsplans zu stimmen und sich für einen der vorgelegten Änderungsanträge zu entscheiden.

Die Änderungsanträge würden dem FC voraussichtlich bessere Möglichkeiten bieten, als das jetzt möglich ist. Ich bitte Sie, das Stadtklima zu schützen, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu wahren, die nun sehr lautstark darauf pochen, und uns und auch dem FC weitere lange Jahre der Unsicherheit, der Demos und der Prozesse zu ersparen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Frau Pakulat? - Eine zweite Runde, okay.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Keine Sorge: Acht Minuten rede ich jetzt nicht. Aber ein paar Dinge, die gesagt worden sind, muss ich doch richtigstellen.

Frau Oberbürgermeisterin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Ich habe ja zweimal im Steher geredet, nicht einmal gegen den Antrag, sondern ich habe versucht, Sachargumente auszutauschen. Das gelingt heute fast besser, als es in den Ausschüssen gelungen ist; das muss ich wirklich sagen.

Ich möchte Sie auf eine Sache unbedingt hinweisen: Es ist bei diesem Verfahren ein Fehler bei der Planung und Abwägung gemacht worden. Das wird uns allen - nicht nur den Parteien, die jetzt dafür sind, sondern uns allen und der Stadt - auf die Füße fallen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein Landschaftsschutzgebiet darf nur bebaut werden, wenn ein berechtigtes öffentliches Interesse besteht. Bereits der Richter Ralf Marwinski - an ihn werden sich vielleicht noch einige erinnern; es gab 2016 eine Gerichtsverhandlung, da ging es um die Wiederherstellung der Jahnwiese; das ist also noch nicht so lange her - hat feststellt: Profisport und Wettbewerbsfähigkeit sind private Interessen. Das sind nicht berechtigte öffentliche Interessen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das wirtschaftliche Interesse eines Privatunternehmens darf nicht als Vorwand für die Bebauung

eines Landschaftsschutzgebietes genommen werden.

Ich möchte noch einen Satz zum Breitensport sagen. Hier wurde ausgeführt, das stehe ja dann der Kölner Bevölkerung zur Verfügung. Bitte lesen Sie die Vorlage aufmerksam! Da steht drin: Es steht dem Breitensport zur Verfügung, wenn es gerade einmal nicht vom FC gebraucht wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb kann ich Ihnen nur raten: Lassen Sie sich das Recht der Bevölkerung in diesem städtebaulichen Vertrag, so es ihn dann geben wird, gut sichern, und schauen Sie genau nach, was da drin steht! Ich bin Sülzerin. Ich werde mir angucken, welche Schule da spielen geht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Und: Nein, Herr Breite, die Grünen verlassen die Charta nicht.

(Ulrich Breite [FDP]: Ach!)

- Nein. Ich habe im Steher einmal nachgefragt - vorgestern war das erst -, unter anderem, neben vielen anderen Sachfragen, wo denn eigentlich der Begriff „Sportband“ herkommt. Er ist auch eben wieder von Herrn Kienitz benutzt worden, als wäre er schon 100 Jahre alt.

(Peter Kron [SPD]: Von mir auch!)

- Nein, lieber Niklas. Du hast ihn heute zuerst benutzt.

(Peter Kron [SPD]: Nein, ich!)

Schon Konrad Adenauer hat von einem Sportband geträumt. Das alles ist quasi schon von langer Hand vorbereitet - eine historische, göttliche, höhere Fügung.

Ich will da einmal aufklären, weil meine Fragen von vorgestern alle beantwortet sind. Schönen Dank an die Verwaltung! Diese drei Seiten habe ich, glaube ich, hier als Einzige gelesen. Da steht ausdrücklich drin: Konrad Adenauer hat immer nur von „Sportwiesen“ gesprochen. Ich denke, er hatte wahrlich nicht im Kopf, dass dort einmal ein Profifußballverein auf Bauwerken spielen würde, die 1,30 Meter hoch sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Profisportvereine gab es damals nämlich noch gar nicht.

Wenn das Ganze aber wirklich eine einfache Glaubensfrage ist, nach dem Motto: „Ja, wir glauben, der FC macht da alles richtig, wir machen hier unseren Götzendienst, und das ist alles prima, was der da macht“, dann kann ich mich auch dieses Vokabulars bedienen. Ich sage Ihnen: Versündigen Sie sich nicht an der Natur, am Kölner Grüngürtel,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

am Landschaftsschutz und an der Kölner Bevölkerung! - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau, bitte.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst einmal die Gelegenheit nutzen, allen Beteiligten Dank auszusprechen, dass wir heute eine sehr sachliche Diskussion führen, wir uns der Thematik mit der nötigen Ernsthaftigkeit und Logik nähern und die Emotionalität hintenanstellen. Denn das Thema, das hier vor Ort intensiv diskutiert wird, muss wirklich von allen Seiten betrachtet werden.

Wir von der CDU-Fraktion haben uns diese Diskussion nicht leicht gemacht. Im letzten Jahr - das ist angesprochen worden - haben wir gemeinsam den Klimanotstand in dieser Stadt ausgerufen. Alle Vorlagen, genauso wie diese, sind dahin gehend geprüft worden.

Wenn wir uns jetzt einmal genau anschauen, was in der Vorlage drinsteht, stellen wir fest: Es ist kein Punkt zu finden, dass genau diese Bebauung zu einer negativen Auswirkung vor Ort, in Sülz, aber auch für die Gesamtstadt führt. Das muss man hier einmal festhalten.

Wenn man zu dem Schluss kommt, dass alle Kunstrasenplätze generell klimaschädlich sind, dann frage ich mich: Warum bauen wir sie an anderer Stelle? Vor wenigen Jahren haben wir, nur ein paar Hundert Meter weiter nördlich, für einen anderen Verein im Rahmen des Forts - was wir im Prinzip heute auch noch bei der Instandsetzung beschließen - einen Kunstrasenplatz genehmigt, im Grüngürtel, an dieser Stelle, und es gab überhaupt keine Diskussion.

Das heißt, wir müssen an dieser Stelle einfach noch einmal rational abwägen: Gab es hier einen Verstoß gegen den Klimaschutz oder nicht? - Unsere Fraktion hat sich auch die anderen Argumente sehr, sehr dezidiert angehört. Wir können das nicht feststellen. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt, der für uns wichtig ist, ist die Frage: Was wollen wir insgesamt mit den wirklich kostbaren Grünflächen in dieser Stadt machen? Denn hier werden ja auch Ängste geschürt, Ängste, das sei der Anfang vom Ende des Grüngürtels, wir würden hier eine Schneise hineinbauen und an anderen Stellen nicht.

Dazu sage ich: Das hat, glaube ich, keiner in dieser Stadt vor, auch keine der im Rat beteiligten Parteien, weil wir in den letzten Jahren durch ganz bewusste Entscheidungen das Gegenteil bewiesen haben. Wir haben im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Wohnen Vorschläge der Verwaltung an anderer Stelle zurückgewiesen, dass wir in den Grüngürtel hineinbauen.

Wir haben auch - das sind ebenfalls gemeinsame Beschlüsse - im Inneren Grüngürtel große neue Flächen bereitgestellt. Wir wollen gemeinsam dafür sorgen, dass nicht nur der Äußere Grüngürtel, sondern auch der Innere Grüngürtel endlich komplettiert wird. Auch im Hinblick auf die rechtsrheinische Seite gibt es eine Vielzahl von Maßnahmen, die wir gemeinsam beschlossen haben.

Das heißt, man kann hier und heute anhand dieses Beispiels nicht sagen, wir wollten das Grün und damit das Erbe der Vergangenheit auf dem Altar des Sports opfern. Nein, das ist nicht richtig. Hier gibt es einen selektiven Eingriff, der in unmittelbarer Nähe partiell ausgeglichen wird. Es werden bisher zwei Flächen aus der Nutzung herausgenommen, die von der ökologischen und von der Landschaftsschutzdimension her teilweise noch geeigneter sind und auch für einen Ausgleich sorgen.

Wenn man sich dann mit der Dimension befasst, was der ganzen Stadt hilft, dann lade ich Sie alle dazu ein - wir werden im Wahlkampf im Kölner Westen dafür kämpfen -: Wir müssen hier größer denken. Wir haben den Landschaftspark Belvedere geschaffen. Aber wir haben es in den letzten Jahrzehnten nicht geschafft, auf der anderen Seite, beim Grünzug West, beim Beller Bogen, im Hinblick auf die großen Frischluftschneisen für diese Stadt, die wesentlich entscheidender sind, gemeinsam die Kraft aufzubringen, hier einen neuen großen Landschaftspark als Ausgleichsmaßnahme zu schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Das sind Dinge, die uns voranbringen. Ich glaube, das müssen wir miteinander kombinieren. Es geht um partielle Eingriffe, durch die wir die Dinge moderat weiterentwickeln und sie nicht kaputtmachen, und darum, diese Stadt durch große neue Entscheidungen voranzubringen. So können wir gewinnen. Ich glaube, dahinter sollten wir uns in den nächsten Jahren versammeln. So können wir Köln weiterentwickeln. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau, es gibt noch eine Zwischenfrage von Frau Thelen, wenn Sie sie gestatten.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr gerne.

Elisabeth Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Bernd Petelkau, eine Zwischenfrage zu der Bemerkung, dass wir an vielen Stellen Kunstrasenplätze bauen. Ist Ihnen bekannt, dass wir in Köln ausschließlich Tennenplätze, also Flächen, die bereits versiegelt sind bzw. oft problematische Beläge haben, in Kunstrasenplätze verwandeln, dass wir aber nie Naturrasenplätze in Kunstrasenplätze verwandeln?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bernd Petelkau (CDU): Vielen Dank für die Anmerkung und den Hinweis. Aber wir haben in der Vergangenheit auch immer wieder andere Flächen zusätzlich als Sportplätze eingerichtet. Bei genau diesen Neubauten ist es so gewesen, dass dann auch bestehende Flächen versiegelt worden sind. Das Ziel insgesamt ist - wir als CDU stehen dazu -, dass wir im Gesamtbild der Stadt weiterhin den guten Kurs fahren, den wir bisher gefahren sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe jetzt drei weitere Wortmeldungen: erst Herr Frenzel, dann Herr Zimmermann und dann Herr Breite.

Michael Frenzel (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Diskussion über die Erweiterung des Geißbockheims wird ja erkennbar kontrovers geführt. Ich denke, es ist gut so, dass in der Demokratie über Ideen gestritten wird, dass in der Demokratie auch Entscheidungen kontrovers diskutiert werden und dann entschieden wird.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, allen Beteiligten an diesem Diskurs, der für die Demokratie so wichtig ist, zu danken. Ich denke, das Wichtige ist, dass wir uns auch gegenseitig immer wieder versichern: Wir haben zwar unterschiedliche Meinungen, aber du bist okay, du bist okay, und ich bin okay. Ich glaube, man muss hier noch einmal sagen: Wir alle sind durchaus in der Lage, Emotionen einzubringen, sie auch gelten zu lassen, und wir sind dazu in der Lage, Argumente abzuwägen.

Hier möchte ich mich insbesondere bei denjenigen bedanken, die in den letzten Wochen Briefe und E-Mails für oder gegen den Ausbau geschrieben haben. Ich möchte mich bei der Verwaltung für diese überaus ausgewogene Vorlage und den Prozess bedanken. Ich möchte mich auch bei den politischen Mitstreitern bedanken: bei der FDP und bei der CDU, die für den Ausbau sind, aber auch bei den LINKEN, die von Anfang an gegen den Ausbau gewesen sind und immer gesagt haben, sie wollen das da am Geißbockheim nicht, und zwar schon 2015, als wir den Aufstellungsbeschluss hatten. Ich finde es auch okay, dass die Grünen diesen Aufstellungsbeschluss damals mit uns gefasst haben und heute anderer Meinung sind.

Ich möchte mich auch ausdrücklich bei der Oberbürgermeisterin bedanken. Denn eines möchte ich hier klarstellen: Das Verfahren und die entsprechenden Vorlagen, die wir heute haben, sind absolut ausgewogen und von extremer Sorgfalt geprägt.

Ich möchte ganz kurz auf drei Punkte eingehen: zum Ersten auf das Verfahren, zum Zweiten auf die Alternativen und zum Dritten auf das Thema Klimaaspekte.

Der erste Punkt: zum Verfahren. Es wurde gefragt: Wurden da nicht Dinge ignoriert? Wird man sich da über den Denkmalschutz hinwegsetzen? - Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Gegenteil ist der Fall. Die Verwaltung hat geprüft, ob das mit dem Denkmalschutz vereinbar ist. Auch der Denkmalpfleger hat sein Signé daruntergesetzt und gesagt, das ist vereinbar.

Sie haben recht, Frau Pakulat: Es ist wahrscheinlich so - das habe auch ich anhand der Aktenlage nachvollziehen können -, dass der Begriff des Sportbandes erst 2012 in den öffentlichen Diskurs gekommen ist. Aber Sie können an der Vorlage aus 2015 sehen, dass die Idee des Sportbandes als Entwicklungskonzept durchaus schon in den 20er-Jahren vorhanden war. Ich kann daraus auch zitieren, nämlich dass Schumacher die vorgegebene siedlungsräumliche Gliederung von innen nach außen ablesbar haben wollte aus einer Abfolge von Geschosswohnungsbau, Einfamilienhausbebauung, Kleingärten, Sportstättenband und dem anschließenden Wald- und Wiesengürtel.

Insofern: Wir diskutieren darüber jetzt seit fünf Jahren. Im Grunde genommen ist über jeden Aspekt, der hier heute vorgebracht worden ist, drei- oder viermal diskutiert worden. Ich glaube, es ist nicht fair, der Verwaltung heute vorzuwerfen, sie hätte das nicht anständig gemacht.

Der zweite Aspekt ist das Thema Alternativen. Wir haben heute in der Tat noch ganz kurzfristig zwei Alternativen vorgelegt bekommen. Ich möchte insbesondere auf die Alternative der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingehen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann habe ich eine Zwischenfrage!)

- Bitte, Herr Frank.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Danach! Nach der Alternative!)

- Soll ich erst einmal sagen, was ich zu dem Vorschlag von den Grünen meine? Dann können wir ja anschließend darüber diskutieren.

Es gab im Zusammenhang mit der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits 2015 - das sind die Vorlagennummern 1997/2015 und 2026/2015 zur Erweiterung des RheinEnergie-Sportparks - die Frage nach den Alternativen und danach, ob Marsdorf nicht eine Alternative sei. Da sagte die Verwaltung, dass der Standort Marsdorf deutlich negativer abschneidet, unter anderem auch unter Umweltgesichtspunkten.

Das war der Grund, warum Sie hinterher gesagt haben, Sie stimmen dem gemeinsamen Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans RheinEnergieSportpark zu, Herr Frank. Sie haben damals auch gefragt, ob man die Fußballplätze vielleicht drehen könnte, sodass sie senkrecht zum Militärring sind; das ist Seite 4, Abschnitt 6.

Da hat die Verwaltung Nein gesagt. Denn das Problem sei, wenn man Ihren Vorschlag umsetzen würde, dann würde das zu einem Verlust von bestehendem Baumbestand führen. Deswegen haben wir gemeinsam damals gesagt, wir bleiben bei dem Vorschlag der Verwaltung und des FC, so wie er ausgearbeitet wurde.

Sie finden in der Anlage 1997/2015 - Anlage 4, Seite 18 - einige der Alternativstandorte, die die Verwaltung vorher geprüft hatte. Frau von Bülow, insofern ist es nicht richtig, dass wir uns nicht mit den Alternativstandorten auseinandergesetzt haben; das möchte ich ausdrücklich sagen. Unter anderem ist auch Köln-Junkersdorf, Nachbarschaft Frischezentrum drin. Wir haben aber auch Flächen in Hürth und im weiten Umfeld untersucht. Immer ist am Ende der FC-Sportpark am Geißbockheim derjenige gewesen, der am besten abschneidet. - Herr Frank, wollen Sie jetzt Ihre Zwischenfrage stellen?

Eines können Sie vielleicht noch mitnehmen: Ich habe einmal im Wahlprogramm der Grünen - im aktuellen, nicht in dem von 2014 - nachgeschlagen. Auf Seite 33 steht unter Spiegelstrich 3:

> Wir werden den Frischemarkt nach Marsdorf verlagern … und uns für die Schaffung eines regionalen Erzeugermarkts mit Sitz im Gemüsegroßmarkt … einsetzen.

Das passt aus meiner Sicht mit dem heutigen kurzfristig eingebrachten Vorschlag nun wirklich nicht mehr zusammen. Ich frage mich, warum Sie das 2015 nicht thematisiert haben. Ich verstehe, ehrlich gesagt, nicht, warum Sie dann diesen Beschluss gefasst haben. - Eine Zwischenfrage, Herr Frank?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ihre Zwischenfrage können Sie gerne stellen.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Frenzel, erstens. Ist Ihnen vielleicht entgangen, dass bei der Aufstellung des B-Plans noch in Alternativen gedacht wurde und Alternativen geprüft wurden? Deshalb haben wir einem ergebnisoffenen Verfahren zugestimmt. Das scheint Ihnen entgangen zu sein.

Zweitens. Ist Ihnen vielleicht auch entgangen, dass wir in Marsdorf ein Areal von 30 Hektar haben und dass nach der Verwaltungsvorlage, die wir zum Frischezentrum haben, 16 Hektar verwendet werden? Dann bleibt eine Reserve von 14 Hektar. Der FC braucht, wenn man ihn komplett dorthin verlagern würde, 10,5 Hektar. Da Sie ja im Kopfrechnen gut sind, werden Sie feststellen: Das passt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Michael Frenzel (SPD): Herr Frank, ich bin im Kopfrechnen leider sehr schlecht, muss ich Ihnen gestehen. Ich will das jetzt auch nicht infrage stellen. Herr Frank, ich maße mir gar nicht an, dass ich das besser beurteilen kann als Ihre Verwaltung und Ihre Oberbürgermeisterin, die diese Vorlage erarbeitet hat. Ich sage nur, was auf Seite 19 der Vorlage von 2015 steht.

> (Niklas Kienitz [CDU]: Michael, welche Oberbürgermeisterin hast du denn gerade?)

- Ich habe nur eine Oberbürgermeisterin. - Herr Frank, dort steht, dass eine Inanspruchnahme der für den Ausgleich vorgesehenen Grünflächen - das ist Seite 19 der Vorlage von 2015, die ich erwähnt habe - der planerischen Absicht widerspräche, den ökologischen Ausgleich für das geplante Frischezentrum möglichst ortsnah zu realisieren.

Das heißt also, Sie würden im Grunde genommen die ortsnahen Ausgleichsflächen für das Frischezentrum, das Sie planen, dann für eine FC-Bebauung opfern; anders kann ich mir das nicht erklären.

(Rafael Struwe [SPD]: Hört! Hört!)

Sie sagten ja, Herr Frank, dass Sie das in dem Änderungsantrag ergebnisoffen gestaltet haben.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! Die Aufstellung!)

„Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplans zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Erweiterung RheinEnergieSportpark in Köln-Sülz“, so heißt die Vorlage vom 3. Dezember 2015, der Sie zugestimmt haben. Darin steht: Änderungsantrag von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Die Verwaltung wird beauftragt, folgende Maßgaben in den jeweiligen weiteren Verfahrensschritten des planerischen Verfahrens zu berücksichtigen: Ausgleichsmaßnahmen, Sportplätze 7, 8 und 9. Geplante Ergänzungen dürfen die bestehenden Wegebeziehungen durch den Grüngürtel nicht zerschneiden.

Es wird mit der Vorhabenträgerin geprüft, inwiefern es sinnvoll und machbar ist, die Sportplätze 8 und 9 als Rasenplätze zu entwickeln. Die geplanten Gebäude für Infrastruktur sind für den Ort angemessen zu gestalten usw. usf.

Herr Frank, ich kann hier nichts davon lesen, dass die anderen Standorte da noch ergebnisoffen mit im Rennen waren. Die waren nicht mehr im Rennen, und das war Ihnen auch bewusst.

(Beifall bei der SPD)

- Bitte, Frau Pakulat, haben Sie eine Zwischenfrage? Möchten Sie sie stellen?

(Sabine Pakulat [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja! Ob Sie noch mal fertig werden! Sonst fangen wir auch noch mal an!)

- Ich habe die zweite Runde nicht gewollt. Ehrlich gesagt, habe ich mich nicht vorgedrängelt, hier noch einmal aufzutreten, Frau Pakulat. Sie haben die zweite Runde eröffnet. Jetzt müssen Sie es auch aushalten, dass hier jemand etwas sagt.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema Klima.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frenzel, auch Sie sprechen schon über zehn Minuten.

Michael Frenzel (SPD): Ich komme sofort zum Ende. - Fakt ist: Auch beim Thema der Klimaaspekte hat es eine umfangreiche Betrachtung gegeben. Die Verwaltung sagt in ihrer Vorlage selbst - die Oberbürgermeisterin hat das in ihrer Vorlage ganz deutlich gemacht; Herr Kron hat das auch schon erwähnt -: Die Auswirkungen dieser Planung auf das Klima sind minimal. Zudem wird es umfangreiche Ausgleichsmaßnahmen für die Kunstrasenplätze geben. Diese umfangsreichen Ausgleichsmaßnahmen, so führt jedenfalls Ihre Verwaltung aus, meine sehr geehrten Damen und Herren, führen dazu -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte keine Wiederholungen! Das wurde schon vorgetragen, Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): - ja -, dass es sogar klimatologisch eine Verbesserung im Grüngürtel und eine Erweiterung des Grüngürtels gibt.

Insofern - Sie können das alles ja in den Vorlagen nachlesen, die ich Ihnen genannt habe -: Die Sicherung und Ausweitung des Äußeren Grüngürtels durch Umsetzung der Kompensationsmaßnahmen wird auch zu einer klimaökologischen Verbesserung führen.

Aus diesem Grund unterstützt die SPD-Fraktion den bisherigen Trainingsstandort auch unter dem Gesichtspunkt, dass wir anderenfalls natürlich erhebliche graue Energie, die heute dort in den Gebäuden und Anlagen vorhanden ist, abreißen und an anderer Stelle neu bauen müssten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich habe nicht mit einer zweiten Runde gerechnet. Ich werde es jetzt auch nicht ganz so lang machen. Aber ich möchte die Gelegenheit nutzen, noch eine Sache zu erwähnen, die ich vorhin vergessen habe. Ein Fundstück möchte ich Ihnen gleich gerne auch noch präsentieren.

Das eine ist - um das noch einmal klarzumachen -: Das Geißbockheim soll an seinem Standort bleiben; das ist vollkommen klar. Auch die Gegner wollen es da überhaupt nicht vertreiben. Es geht um einen zweiten Standort, um einen Alternativstandort oder, wenn der FC es will, einen Komplettumzug. Wir stehen also zum Standort Geißbockheim, auch wenn wir Gegner der Bebauung der Gleueler Wiese sind.

2012 sollte schon einmal - das wurde indirekt erwähnt - eine andere Wiese, die unter Landschaftsschutz und Denkmalschutz steht, im Äußeren Grüngürtel bebaut werden, und zwar von einem Fußballbund. Der Deutsche Fußball-Bund wollte die Jahnwiese bebauen. Das ist gescheitert. Das war im Jahr 2012.

Wir machen einen Sprung ins Jahr 2013. Damals gab es am 12. Dezember eine Mitgliederversammlung der CDU im Stadtbezirk Lindenthal.

(Niklas Kienitz [CDU]: Was du alles weißt!)

- Ja. - Bernd Petelkau wurde mit 94 Prozent der Stimmen als Vorsitzender der CDU des Stadtbezirks bestätigt.

(Beifall bei der SPD)

Herzlichen Glückwunsch, Herr Petelkau! 94 Prozent, das ist ein ordentliches Ergebnis. Wie haben Sie dieses gute Ergebnis denn damals eingefahren? Petelkau wies besonders auf die engagierte Mitwirkung der CDU bei der Verhinderung der Bebauung der Jahnwiesen und auf das von der CDU entwickelte Verkehrskonzept für den Stadtbezirk Lindenthal hin.

Herr Petelkau, Sie haben damals mit vielen Lindenthalern die Jahnwiese verhindert. Dort sollte ein Leistungszentrum vom DFB gebaut werden. Die Jahnwiese ist genauso denkmalgeschützt, und sie steht genauso unter Landschaftsschutz. Ich frage Sie: Was hat denn Ihren Sinneswandel ausgelöst, dass Sie eine Gleueler Wiese genau den gleichen Interessen diesmal einfach opfern?

Ich sage es einmal so: Ich finde diesen Sinneswandel bedauerlich. Die Jahnwiese haben Sie verteidigt, die Gleueler Wiese opfern Sie, nur weil da jetzt „FC“ und nicht „DFB“ draufsteht. Ich würde mich freuen, wenn die CDU wieder zu ihrer Position von 2012 zurückfinden und die Bebauung von naturgeschützten Wiesen verhindern würde. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Ich mache es ganz kurz. Aber dass ich immer dieses Buch hier mitbringen muss! Frau Pakulat, ich habe das eben abfotografiert. Ich kann Ihnen das gerne zukommen lassen. Ich weiß nicht, ob Sie damals schon im Rat waren. Da können Sie sich noch einmal genau anschauen, wo das vorgesehen war. Das hat Ihre Fraktion damals in dieser Form mit abgestimmt.

Das will ich Ihnen aber gar nicht zeigen. Denn was wir im Grüngürtel vollenden wollen und was wir alles machen wollen, das geht ja bis ins Rechtsrheinische hinein. Da geht es um das, was wir bei der Merheimer Heide machen und dass wir für Jugendliche dort noch Sportplätze schaffen wollen. Die stehen leider auch hier drin, aber das zeige ich nicht; das ist zu gefährlich. Ich denke an n-tv und andere. Was wir da für böse Sachen machen!

Wenn ich an n-tv und andere denke, sage ich: Es geht ja nicht um den FC. Wir haben gesagt, im Äußeren Grüngürtel ist die Heimat vieler Vereine. Alles, was wir hier vorhaben, steht da drin. Hier wird gesagt, man versündige sich an der Kölner Bevölkerung,

(Beifall bei der FDP, der SPD und der CDU)

wenn man etwas für den Kinder- und Jugendsport macht. Es geht um die U8! Dann meint man auch noch, sich mit dem FC ja so gut auszukennen. Alle hier sind ja Fans, haben wir gehört. Man hört heraus, man würde da etwas für Privilegierte tun. Wer das meint, sollte sich die Kinder und Jugendlichen einmal anschauen, ob bei Fortuna oder beim 1. FC Köln. So privilegiert sind diese Kinder nicht. Das sind nämlich nicht nur Kinder von Zahnärzten. Das gehört auch zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der CDU)

Aber sie haben einen Traum. Diesen Traum wollen sie am Geißbockheim erleben - das muss man auch einmal in dieser Form sagen -, und sie wollen nicht irgendwo anders hingeschickt werden.

Dann möchte ich noch etwas als Mitglied des Vereins Kölner Sportgeschichte ausführen. Frau Pakulat hat ja gesagt, Konrad Adenauer wollte immer nur idyllische Sportwiesen dort haben. Ich muss Ihnen sagen - das weiß sie auch; sie hat ja die ganzen Unterlagen -: Konrad Adenauer wollte die Olympischen Spiele nach Köln holen. Und wo sollten sie hin? In den Äußeren Grüngürtel! Warum haben wir zum Beispiel das Marathonthor - das hat etwas damit zu tun - oder die Abelbauten? Weil Konrad Adenauer das wollte. Sonst würde das in der Form gar nicht stehen. Das gilt auch für das Schwimmstadion. Es war früher im Übrigen eine 100-Meter-Bahn; das weiß heute auch keiner mehr.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Ulrich Breite (FDP): Bitte schön. - Wer möchte etwas wissen?

Hans Schwanitz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Kollege Breite, wissen Sie, dass der Sport zu der Zeit, von der wir gerade sprechen - 1920 und Konrad Adenauer -, noch grundsätzlich eine Freizeitaktivität war und dass Profisport generell geächtet war? Der Deutsche Fußball-Bund hat 1922 das Profitum als Verfallserscheinung des Fußballs bezeichnet.

(Vereinzelt Beifall)

Ist Ihnen bekannt, dass Konrad Adenauer wirklich absolut nicht das vorhatte, was Sie jetzt mit dem Grüngürtel machen wollen? Wer besonders massiv gegen den Profisport gekämpft hat, war übrigens die Arbeitersportbewegung. Das muss Ihnen nicht bekannt sein; diese Frage geht eher an die Kollegen von rechts. Aber ist Ihnen das bekannt, Herr Breite?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ulrich Breite (FDP): Sehr schön, Herr Schwanitz; sehr schön. - Aber was soll ich darauf schon wieder sagen, Herr Schwanitz? Herr Modeste wird dort nicht spielen - kein Profi. Das ist für die Kinder- und Jugendabteilung gedacht. Müssen wir das denn immer wieder mehrmals sagen?

(Beifall bei der FDP, der SPD und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Lassen Sie eine weitere Zwischenfrage zu?

Ulrich Breite (FDP): Meine Güte, was wollt ihr alles wissen? - Ich wollte nur noch sagen: Es gab auch eine Radhalle mitten im Äußeren Grüngürtel; das nur für die Geschichte. Sie ist nachher abgebaut worden und wurde auch von Konrad Adenauer unterstützt; aber das ist eine ganz andere Sache. - Bitte schön.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Nur noch eine ganz kurze Zwischenfrage.

Ulrich Breite (FDP): Ja, dann höre ich hier auch auf.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Ist Ihnen bekannt, dass es tatsächlich nur um die männlichen Nachwuchsspieler geht und dass die weiblichen gar nicht auf das Gelände sollen? Wie würden Sie das jetzt nach außen tragen und erklären?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ulrich Breite (FDP): Jetzt kommen wir zur Frauenfrage; das ist sehr schön. Das ist sehr wichtig. Ich bin sehr, sehr dankbar dafür, dass diese Frage gestellt wird. Denn indem wir diese drei Plätze für die Kinder- und Jugendabteilung bauen, bekommen die Frauenteams die alten Plätze und haben mehr Platz zum Spielen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der CDU)

Wir können dadurch eine Erweiterung durchführen. Frau von Bülow, Sie sehen, wenn Sie diesen Vorlagen zustimmen, tun Sie auch etwas für den Frauenfußball. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich komme zur Abstimmung und habe einen Antrag zur Geschäftsordnung.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich beantrage für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen namentliche Abstimmung über den Hauptvorschlag, falls die beiden Änderungsanträge hier keine Mehrheit finden sollten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Es gibt einen weiteren Antrag zur Geschäftsordnung. - Herr Kienitz, bitte.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich schließe mich dem ersten Teil des Antrags an. Das heißt, wir werden bitte ganz normal über die Änderungsanträge abstimmen, und zu den beiden Vorlagen beantrage ich geheime Abstimmung.

(Zuruf: Angsthase!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich muss einmal nachfragen, Herr Kienitz, damit wir das ganz genau und richtig verstehen: Die beiden ersten Vorlagen werden ganz normal abgestimmt, und die Verwaltungsvorlage wird nach Ihrer Auffassung geheim abgestimmt? - Die CDU-Fraktion; das ist klar. Das habe ich schon richtig verstanden.

Niklas Kienitz (CDU): Jetzt möchte ich einmal eine Sache sagen: Ich weiß nicht, wer das gerade war, der „Angsthase“ gerufen hat. Ich halte das im Hinblick auf das Selbstverständnis eines Mitglieds des Rates, ehrlich gesagt, für nicht würdig.

(Beifall)

Das sind Rechte, die uns nach der Geschäftsordnung zustehen, genauso wie es der Grünen-Fraktion zusteht, hier namentliche Abstimmung zu beantragen. So ist das, und das gilt auch für eine grüne Fraktion.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das stimmt. - Jetzt habe ich zwei weitere Anträge zur Geschäftsordnung, einmal von Herrn Zimmermann und einmal von Herrn Sterck.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Es ist kein Geschäftsordnungsantrag. Ich möchte nur wissen: Werden beide Anträge jetzt alternativ in namentlicher Abstimmung oder geheimer Abstimmung abgestimmt?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, die geheime Abstimmung geht der namentlichen Abstimmung vor. - Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, ich möchte auch an Sie appellieren: Dieser Einwurf - „Angsthase“ - hat aus meiner Sicht eine besondere Brisanz. Wir alle haben sehr viele Mails bekommen. Da waren sehr gut argumentierte, sehr faire Ausführungen dabei, sowohl dafür als auch dagegen.

Wir haben aber auch sehr unangenehme Mails bekommen, wo von „Verbrechern“ gesprochen wurde. Da muss ich mich als Fraktionsvorsitzender schützend vor die Mitglieder meiner Fraktion stellen, die nicht möchten, dass ihr Name mit der Adresse, die sie bei der Kommunalwahl angeben müssen, nachher in der Öffentlichkeit benutzt wird.

(Beifall)

Da sind diejenigen schuld, die das hier in dieser Form angeheizt haben, und deswegen haben wir eine Verpflichtung. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ich erwarte, dass wir einen solchen Beschluss bezüglich einer geheimen Abstimmung hier zusammen fassen. Ich erwarte Ihre Solidarität in dieser Frage, wenn es darum geht, dass alle nach ihrem Gewissen entscheiden können, und zwar in einer geheimen Abstimmung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, jetzt noch einmal zur Geschäftsordnung. Eine geheime Abstimmung muss man gar nicht beschließen; man muss sie nur beantragen. Das ist durch die CDU-Fraktion geschehen. Damit kann ich erklären, dass das nach § 23 Abs. 2 Satz 1 auf Verlangen mindestens eines Fünftels der Mitglieder des Rates so zu geschehen hat. Heute sind 86 Mitglieder des Rates anwesend. Das heißt, das Quorum wird allein durch die CDU-Fraktion erfüllt. Darum werden wir also eine geheime Abstimmung durchführen.

Ich möchte das jetzt nur richtig verstehen: Es geht bei der geheimen Abstimmung um die Verwaltungsvorlage, nicht um die Änderungsanträge.

(Zuruf: Genau so!)

- Tagesordnungspunkt 11.1 oder 12.2?

(Zurufe: Beide!)

Es geht um zwei Vorlagen, zwei Verwaltungsvorlagen. Ich möchte, dass wir uns ganz genau darüber einig sind, wie wir abstimmen und über was wir abstimmen.

(Zurufe)

- Das heißt, wir machen zwei geheime Abstimmungen?

(Zurufe)

- Zwischenrufe nützen gar nichts, weil ich sie nicht verstehe. Herr Weisenstein, Sie müssten bitte ans Mikrofon gehen. Dann kann ich Sie verstehen.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Ich bitte um Entschuldigung, dass ich hereingerufen habe. - Die Frage ist, ob man die beiden Vorlagen nicht in einem Wahlgang behandeln kann. Es würde doch die Zeit verkürzen, wenn man einen Stimmzettel mit den zwei Vorlagen hat. Meines Erachtens spricht nichts dagegen, das in einem Wahlgang zu machen. Das würde Zeit sparen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir prüfen das. Ich glaube, es geht nicht, aber um Glauben geht es hier nicht. Wir gucken nach.

(Zuruf: Es sind zwei Wahlgänge, aber wir führen sie parallel durch!)

- Ich habe es verstanden. Trotzdem muss das ja nach der Geschäftsordnung möglich sein. Ich habe das Gefühl, man muss einzeln abstimmen, aber wir prüfen das. Einen Moment!

Wir machen jetzt Folgendes: Wir zeichnen zwei Stimmzettel aus, wie das in Deutschland üblich ist, in blau und rosa. Einer ist für Tagesordnungspunkt 11.1, einer für 12.2. Dann können beide Vorlagen in einem geheimen Wahlgang behandelt werden. Das schlage ich Ihnen vor.

(Beifall)

Ich bitte die Stimmzählerinnen, nach vorne zu kommen.

(Zurufe)

Bitte noch einmal zurück! Ich lasse zuerst über die Änderungsanträge abstimmen - dann müssen wir das hier ausfüllen; das schaffen wir aber zusammen -, und zwar in folgender Reihenfolge, meine Damen und Herren: Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen, dann lasse ich über den Änderungsantrag der Grünen abstimmen, und dann erfolgt die geheime Abstimmung über die Vorlage.

(Zuruf)

- Draußen gibt es die geheime Abstimmung; das besprechen wir gleich. Wir behandeln jetzt erst einmal die Änderungsanträge.

Ich rufe zunächst den Änderungsantrag der LINKEN zu 11.1 auf und bitte um das Handzeichen derer, die diesem Antrag zustimmen. - Das sind die Fraktion der LINKEN, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Grünen abstimmen. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Ratsgruppe GUT, die Oberbürgermeisterin und Frau Gerlach. - Enthaltungen? - Gibt es nicht. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur geheimen Abstimmung. Ich bitte die Stimmzählerinnen noch einmal nach vorne.

Der Livestream wird für die Dauer der geheimen Abstimmung natürlich ausgeschaltet.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, laufen Sie bitte noch nicht hinaus. Bitte alle sitzen bleiben! Ich habe nur die Stimmzählerinnen nach vorne gebeten.

Ich habe Ihnen einen Hinweis zur Abstimmung zu geben: Machen Sie Ihre Entscheidung bitte eindeutig durch ein Kreuz deutlich. Stimmzettel, die Zusätze oder mehr als ein Kreuz enthalten, sind ungültig.

Wir stimmen mit dem blauen Zettel über die Verwaltungsvorlage 11.1 und mit dem rosa Zettel über 12.2 ab, immer über den Beschlussvorschlag, den die Verwaltung vorgelegt hat. Wenn Sie sich bei der Abstimmung enthalten wollen, dann kreuzen Sie bitte den Kreis bei „Enthaltung“ an. Die Kabine für die Abstimmung ist im Foyer aufgestellt. Gibt es Nachfragen oder Anmerkungen? - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Was, wenn ich für die Alternative stimmen möchte? Sie haben ja eine Alternative in dem einen Vorschlag.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Abstimmung über die Alternative ist abgeschlossen.

Wir stimmen jetzt in der geheimen Abstimmung nur noch über die Beschlussvorschläge ab: 11.1 und 12.2. Auf den ausgehängten Zetteln steht, welche Vorlage jeweils gemeint ist, damit es keine Verwirrung gibt.

Bitte benutzen Sie die zweite Tür, um ins Foyer zu gelangen. Jetzt kommen die Stimmzählerinnen noch einmal zu uns, bitte.

Meine Damen und Herren, Sie haben ja gewisse Erfahrungen mit geheimen Abstimmungen. Sie werden aufgerufen, verlassen dann bitte einzeln den Saal und gehen ins Foyer. Zum Schluss kommen die Stimmzählerinnen zur Stimmabgabe. So mache ich das auch. - Danke.

(Namensaufruf und
geheime Abstimmung)

Meine Damen und Herren, bitte nehmen Sie wieder Platz.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Der Stream ist angeblich noch aus!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Abstimmungsergebnis steht fest. Daher setzen wir die Sitzung fort, damit ich Ihnen das Abstimmungsergebnis mitteilen kann.

Insgesamt wurden 83 Stimmen abgegeben. Davon war keine Stimme ungültig. Es ist in beiden Abstimmungen ganz genau gleich abgestimmt worden. Drei Mitglieder des Rates haben sich enthalten. Mit Ja, also für den Vorschlag, haben 52 Mitglieder des Rates gestimmt.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der
FDP)

Mit Nein haben 28 Mitglieder des Rates gestimmt. Damit hat der Vorschlag eine Mehrheit erhalten, und zwar sowohl zu TOP 11.1 als auch zu TOP 12.2.

TOP 11.1

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. Beschluss:

Der Rat beschließt die Alternative mit einem wie folgt geänderten und ergänzten Punkt 3 (Ergänzungen kursiv):

3. [Der Rat] beauftragt die Verwaltung, mit dem 1. FC Köln einen alternativen Standort für den Sportpark zu entwickeln. Es ist auch die Variante einer Teil-Verlagerung, beispielsweise des Profibereiches oder des Jugend- und Breitensportbereiches zu prüfen.

Der Rat der Stadt Köln favorisiert hierfür den Sportpark Müngersdorf am Salzburger Weg und dessen Umfeld. Hier lassen sich sowohl ein Komplettumzug (Erfüllung des Flächenbedarfs von 12 ha sind in Anlage 1 in Blau nachgewiesen), als auch ein Teilumzug realisieren.

a. Es wird geprüft, inwieweit sich der Flächenbedarf reduzieren lässt, indem eine Mehrfachnutzung von Plätzen durch Breitensport und 1. FC Köln ermöglicht wird.

b. Es wird geprüft, die Haltestelle Stüttgenshof der Linie 7 zu verlegen bzw. eine zusätzliche Haltestelle einzurichten, um eine bessere ÖPNV-Anbindung des Standortes Salzburger Weg und des Stadtteils Junkersdorf zu erreichen.

c. Es ist darauf zu achten, dass die Sportplätze in möglichst großem Abstand zur Wohnbebauung an der Erich-Deuser-Straße entstehen (also möglichst nah an der Dürener Straße) und dass die Gebäude des Leistungszentrums als zusätzlicher Lärmschutz platziert werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke., der Gruppe GUT und von RM Gerlach abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beschluss:

Die Alternative der Verwaltungsvorlage wird in Punkt 3 wie folgt ersetzt:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, mit dem 1. FC Köln einen alternativen Standort für den Sportpark zu entwickeln.

Es ist auch die Variante einer Teil-Verlagerung, beispielsweise des Profibereiches oder des Jugend- und Breitensportbereiches in das Gewerbegebiet Marsdorf in Nachbarschaft zum geplanten Frischezentrum zu prüfen. Dabei sind auch die von der Bürgerschaft entwickelten Vorschläge, z.B. das Modell sog. „Beller Bogen", zu betrachten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe GUT, von RM Gerlach und der Oberbürgermeisterin abgelehnt.

III. Geheime Abstimmung über die Ursprungsvorlage:

Beschluss:

Der Rat

1. beschließt über die während der frühzeitigen Beteiligung und der Offenlage zur 209. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) mit dem Arbeitstitel "Erweiterung RheinEnergieSportpark" in Köln-Sülz eingegangenen Stellungnahmen gemäß den Anlagen 5-9.

2. stellt die 209. Änderung des FNPs mit dem Arbeitstitel "Erweiterung RheinEnergieSportpark" in Köln-Sülz mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch als Anlage 4 beigefügten Begründung fest.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich in geheimer Abstimmung mit folgendem Ergebnis zugestimmt:

Gültige Stimmen:	*83*
Ja-Stimmen:	*52*
Nein-Stimmen:	*28*
Enthaltungen:	*3*

Anmerkung:
Geheime Abstimmung auf Antrag von RM Kienitz

Die Beratung dieses Tagesordnungspunktes erfolgte nach der Beratung über die Anträge zusammen mit TOP 12.1.

TOP 12.2

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 63419/02 für das Gebiet innerhalb des Kölner Grüngürtels zwischen der Militärringstraße (L 34), der Berrenrather Straße (K 2), dem Decksteiner Weiher sowie der Gleueler Straße (K 3) in Köln-Sülz —Arbeitstitel: Erweiterung RheinEnergieSportpark in Köln-Sülz— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 5;

2. den Bebauungsplan 63419/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1772) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung in Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) – in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung– als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich in geheimer Abstimmung mit folgendem Ergebnis zugestimmt:

Gültige Stimmen:	*83*
Ja-Stimmen:	*52*
Nein-Stimmen:	*28*
Enthaltungen:	*3*

Anmerkung:
Geheime Abstimmung auf Antrag von RM Kienitz.

Die Beratung dieses Tagesordnungspunktes erfolgte nach der Beratung über die Anträge zusammen mit TOP 11.1.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, dann gehen wir in der Tagesordnung weiter und kommen zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „Straßenverkehr - mit Abstand am sichersten“

AN/0593/2020

Antwort der Verwaltung vom 18.06.2020

1415/2020

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Demokratieförder- bzw. Extremismuspräventionsprogramme“

AN/0817/2020

Antwort der Verwaltung vom 18.06.2020

1851/2020

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

4.3 Anfrage der Fraktion die Linke. betreffend „Stand des Abstimmungsprozesses mit der Landesregierung bezüglich des künftigen Verhältnisses der Städt. Kliniken mit der Uniklinik Köln“

AN/0819/2020

Antwort der Verwaltung vom 18.06.2020

1849/2020

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

4.4 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Leistungsbezieher in Köln“

AN/0818/2020

Antwort der Verwaltung vom 18.06.2020

1846/2020

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

4.5 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „Sachstand Beschlüsse“

AN/0820/2020

Antwort der Verwaltung vom 18.06.2020

1841/2020

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

4.6 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Evaluierung der Metropolregion Rheinland“

AN/0838/2020

Die Angelegenheit wird zurückgestellt.

4.7 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Zu TOP 10.33, 2. Maßnahmenpaket für Schulbauprojekte Neubau/Erweiterung/ Generalsanierung durch Total- oder Generalunternehmer“

AN/0845/2020

Die Antwort der Verwaltung wird von Herrn Beigeordneten Greitemann in der Sitzung mündlich vorgetragen.

Anmerkung:
Die schriftliche Antwort der Verwaltung wurde dem Vorgang im Ratsinformationssystem nach der Sitzung hinzugefügt.

Die Anfrage wurde gemeinsam mit TOP 10.33 behandelt.

4.8 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Organisatorische und personelle Veränderungen im Amt der Oberbürgermeisterin“

AN/0847/2020

Die Angelegenheit wird zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die vorab eingereichten Nachfragen zu den vorliegenden Beantwortungen werden schriftlich beantwortet.

Die Beantwortungen der kurzfristig bzw. verfristet eingegangenen Anfragen erfolgen zur nächsten ordentlichen Sitzung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wie bei der Festlegung der Tagesordnung vereinbart, rufe ich jetzt gemeinsam auf:

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Anregung des Integrationsrates für die Integrationsratswahlen 2020

1012/2020

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0852/2020

6 Ortsrecht

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.2 Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates der Stadt Köln - Anpassungen aufgrund einer Änderung des Kommunalwahlgesetzes

1770/2020

Als Erster hat Herr Abeke als stellvertretender Vorsitzender des Integrationsrates das Wort. Seien Sie herzlich begrüßt.

(Beifall)

Eli Abeke (Stellvertretender Vorsitzender des Integrationsrates): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Vorweg möchte ich mich bei dem Haus herzlich bedanken. Denn als ich vor ungefähr fünf Wochen hier war, ging es um das N*Wort. Dieser Beschluss kann sich wirklich sehen lassen. Inzwischen macht das wirklich Musik in Deutschland. Andere Städte interessieren sich auch dafür, und es sollen in den jeweiligen Kommunen ähnliche Anträge gestellt werden. An dieser Stelle also vielen Dank für Ihre Unterstützung bei diesem Thema.

Heute geht es auch fast um ein ähnliches Thema. In diesem Fall - - Es ist ja so, dass man nach mehreren Stunden hier bei Ihnen auch die Orientierung verliert.

(Heiterkeit)

Es ist wirklich super, wie gut Sie hier für unsere Stadt Köln arbeiten. Ich kann nur sagen: Weiter so!

(Beifall)

Was das heutige Thema angeht, bin ich, ehrlich gesagt, auch ein bisschen hin und her gerissen. Denn als ich heute Nachmittag hier ankam, war klar, dass wir das so angehen, wie es im Integrationsrat beschlossen wurde. Jetzt ist es aber doch ein bisschen anders.

Dennoch möchte ich mich bei der Verwaltung bedanken. Allerdings ist mir auch nicht ganz klar, ob diese Beantwortung jetzt aktuell ist. Denn wir hatten insgesamt sechs Punkte aufgelistet. Davon sind hier zwei als Beschlussvorschlag aufgenommen worden. Das ist auch okay. Aber ich frage mich: Was ist denn mit den anderen vier Punkten?

Inzwischen bin ich auch durch die Fraktionen gegangen. Dort ist es auch nicht klar. Die einzige Kenntnis, die ich jetzt gewonnen habe, ist, dass es noch in der Pipeline ist und dass es da noch Beratungsbedarf gibt.

Insofern möchte ich dies so mitnehmen, dass das Ganze noch nicht abgeschlossen ist, also noch in Bearbeitung ist, und dass die Punkte 1 und 2 okay sind. Wir sind damit erst einmal zufrieden.

Ich habe mir auch sagen lassen, dass man wegen der fortgeschrittenen Zeit auch kombiniert reden kann. Insofern könnte ich, Frau Oberbürgermeisterin, wenn das okay ist, hier auch gleich den zweiten Punkt ansprechen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, gerne.

Eli Abeke (Stellvertretender Vorsitzender des Integrationsrates): Okay. - Der zweite Punkt ist TOP 6.4.2. Da bin ich jetzt ein bisschen - - Können Sie mir vielleicht behilflich sein, ihn elektronisch

aufzurufen? Denn da habe ich mich gerade verzettelt. Eine Sekunde, bitte.

(Firat Yurtsever [Bündnis 90/Die Grünen] übergibt dem Redner die entsprechende Vorlage in Papierform)

- Danke. - Bezogen auf die Situation wegen Corona ist das Ganze jetzt in die Länge gezogen worden. Mit dem, was hier vorgeschlagen und begründet wird, kann man daher einverstanden sein. So möchte ich es hier zusammenfassend darlegen. - Jetzt muss ich doch noch einmal schauen. Ich möchte um zwei, drei Minuten bitten, damit ich mich kurz zurückziehen kann.

(Christian Joisten [SPD] gibt dem Redner einen Hinweis)

In diesem Moment möchte ich um Ihre Zustimmung bitten. Sie sehen ja: Um Profi zu werden, braucht man ein bisschen Zeit.

(Beifall)

Wenn es um direkte Angelegenheiten des Integrationsrats geht, bin ich natürlich besser drauf. Ich möchte hier tatsächlich um Ihre Zustimmung zu dieser Beschlussvorlage bitten. An dieser Stelle übernehme ich das einfach. Wenn es mit den Themen, die uns direkt angehen, so weit ist, werde ich natürlich noch besser liefern. Okay? - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt rufe ich Herrn Joisten auf - ich nehme an, zu TOP 5.4.1, Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Ja, zum einen zu TOP 5.4.1, aber zum anderen auch zu TOP 6.4.2. Vorhin hatten wir das ja zusammengebunden. Mir war zwar nicht ganz klar, warum wir das gemacht haben. Denn eigentlich sind das zwei getrennte Vorgänge.

(Ulrich Breite [FDP]: Das glaube ich jetzt nicht! Das haben wir doch besprochen!)

- Deswegen sage ich ja: Ich spreche jetzt zu beidem, weil es so vereinbart worden ist.

Die Vorlage unter TOP 6.4.2 ist aus meiner Sicht völlig unstreitig, weil das nur ein Nachvollziehen der Pandemiesituation in der Wahlordnung ist.

Bezüglich der Vorlage unter TOP 5.4.1 muss ich aber schon feststellen, dass wir an dieser Stelle etwas enttäuscht sind, weil das, was der Integrationsrat am 26. Mai 2020 noch einmal neu mit auf den Weg gegeben hat, mit der ausdrücklichen Bitte, das Prüfergebnis dem Rat zu seiner heutigen Sitzung zur Entscheidung vorzulegen, noch nicht umgesetzt wurde.

Da wir aber jetzt schon ziemlich weit im Tagesverlauf fortgeschritten sind, wir den Änderungsantrag einfach noch einmal gestellt haben, um das Anliegen des Integrationsrates an dieser Stelle zur Geltung zu bringen, und die Verwaltung meines Wissens im Hintergrund auch daran arbeitet, eine Vorlage zu erstellen, ist unser Verfahrensvorschlag, das noch einmal in die Sitzung am 29. Juni 2020 zu geben, damit wir dann am Ende eine finale Lösung haben, die auch im Sinne des Integrationsrates ist, der uns am 26. Mai 2020 eine klare Botschaft mitgegeben hat; und das liegt den Ratsmitgliedern derzeit nicht vor.

Der Verfahrensvorschlag ist also, den heutigen Tagesordnungspunkt 5.4.1 in die Ratssitzung am 29. Juni 2020 zu geben und die Verwaltung zu bitten, das zugesagte Prüfergebnis dem Rat dann vorzulegen. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten, ich bin der Auffassung, dass sich das gar nicht mehr umsetzen lässt. Das Wahlamt ist in der Vorbereitung der Wahl. - Frau Dr. Diemert, möchten Sie dazu kurz Stellung nehmen?

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bitte seien Sie versichert, dass wir die Anliegen ausgesprochen ernst genommen haben, weil uns die Arbeit des Integrationsrates sehr wichtig ist und wir selbstverständlich alle Erleichterungen, die möglich sind, auch auf den Weg bringen wollen. Insofern geht dem Vorschlag der Verwaltung hier eine wirklich intensive Prüfung voraus, mit der wir es uns nicht leicht gemacht haben.

Wir benötigen jetzt allerdings auch Klarheit, weil wir mitten in den Wahlvorbereitungen sind.

Sie sehen in den Darstellungen der Vorlage, dass es wirklich triftige Gründe gibt, warum die

Anregungen hier nicht aufgegriffen worden sind. - Vielen Dank.

(Christian Joisten [SPD]: Entschuldigung!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, Sie waren selber in der Sitzung des Integrationsrates am 26. Mai 2020 anwesend. Da sind die Punkte, die hier von der Verwaltung abgelehnt werden, im Zusammenhang mit dem Änderungsantrag zu TOP 6.4 noch einmal in einer konstruktiven Form aufgegriffen worden. Sie erinnern sich: Wir haben sehr intensiv debattiert und am Ende eine gemeinsame Lösung gefunden - mit der klaren Botschaft, dass das Prüfergebnis zur heutigen Sitzung des Rates vorliegt.

Das ist leider nicht der Fall. Deswegen müssen wir doch jetzt einen Umgang mit diesem Vorgang finden. Ansonsten nehmen wir den Integrationsrat eben nicht ernst. Denn er hat diesen Beschluss in Anwesenheit der Oberbürgermeisterin so gefasst. Nur darum, ein gemeinsames Verfahren zu verabreden, geht es mir jetzt.

Die zwei Punkte, die jetzt unter TOP 5.4.1 zur Beschlussfassung anstehen, können wir heute mitnehmen; dagegen haben wir nichts.

Wir brauchen aber noch einmal diesen Punkt, um den anderen Anliegen des Integrationsrates dann auch Rechnung zu tragen. Das müssen wir hier verabreden. Um nichts anderes geht es. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten, die in Ihrem Änderungsantrag enthaltenen drei Punkte sind im Punkt 4 der Vorlage unter TOP 5.4.1 enthalten. Die Punkte sind damit geprüft. Es ist nur keine isolierte Vorlage ergangen.

Ich kenne - und da bitte ich wirklich um Verständnis - die Termine des Wahlamtes nicht. Vielleicht dürfte ich sie sogar gar nicht kennen; ich weiß es nicht. Aber ich kenne sie nicht. Insofern kann ich überhaupt nicht beurteilen, wann noch etwas geht und wann nichts mehr geht.

Wir können Folgendes machen: Wenn Sie einen Vertagungsantrag stellen würden, könnten wir Ihnen das noch einmal gesondert in einer Vorlage zur Sondersitzung darstellen.

(Christian Joisten [SPD]: Es geht um den Integrationsrat!)

- Ich kann Sie leider nicht verstehen. - Bitte sehr. Sie zuerst.

Firat Yurtsever (Bündnis 90/Die Grünen): Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Wir haben hier eine Antwort. Den Beschluss mit diesen Anregungen hat der Integrationsrat im Januar 2020 gefasst. Diese Anregungen wurden durch die Verwaltung geprüft. Die Verwaltung kommt zu dem Ergebnis, dass nur Punkt 1 und Punkt 2 rechtlich und tatsächlich möglich sind, die Punkte 3 bis 6 nicht.

Jetzt stellt die SPD einen Änderungsantrag und holt die Punkte 4 bis 6 wieder in den Änderungsantrag hinein, obwohl die Verwaltung gesagt hat: Das ist rechtlich nicht möglich; das ist tatsächlich nicht möglich.

Deswegen können wir auch heute über diesen Änderungsantrag der SPD abstimmen. Die grüne Fraktion wird den Beschlussvorschlägen der Verwaltung zustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU - Dr. Ralph Elster [CDU]: Wir können nicht darüber abstimmen! Wenn es rechtlich nicht möglich ist, stimme ich jetzt nicht darüber ab! Dann muss das hier zurückgenommen werden!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Zunächst hat jetzt Herr Erkelenz das Wort.

Martin Erkelenz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich kann mich dem Kollegen Yurtsever eigentlich nur anschließen. Ich möchte mich bei der Verwaltung bedanken. Sie hat ernsthaft, denke ich einmal, geprüft, was geht und was nicht geht. Hier geht es um die Neutralität der Wahlvorstände, und hier geht es um Rechtssicherheit. Es ist genau so, wie der Kollege Yurtsever gerade gesagt hat: Die SPD holt jetzt die verneinten Punkten wieder neu aus der Schublade - und das können wir eigentlich nicht brauchen.

Ich würde Sie doch sehr bitten, Herr Joisten, diesen Antrag wieder zurückzuziehen. Oder wir stimmen dann darüber ab. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Eine kurze Frage habe ich dennoch. Es sind ja zwei Vorgänge. Denn das ist eine andere Beschlussvorlage. Es ist ja geprüft worden, dass die Punkte 1 und 2 rechtlich zulässig sind, aber die anderen Punkte nicht. Das verstehen wir auch.

Nichtsdestotrotz ist eines doch wichtig. Ich sitze im Integrationsrat. Frau Reker, Sie waren auch bei der Sitzung. Am 26. Mai 2020 gab es noch einmal einen gesonderten Beschluss. Die Idee war, dass der Integrationsrat möchte, dass mehr Menschen an den Integrationsratswahlen teilnehmen. Das ist ja die Idee dahinter.

Meine Frage ist jetzt: Wann können wir damit rechnen, einen Entwurf zum Beschluss des Integrationsrats vom 26. Mai 2020 zu bekommen? Denn nach seinem Beschluss sollte das heute als Entwurf vorgelegt werden. Das ist aber nicht geschehen. Insofern stelle ich nur die Frage: Wann können wir damit rechnen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich fange jetzt noch einmal an. Vielleicht können wir es uns gemeinsam so erarbeiten, dass es jeder von uns und jede von uns versteht. Die SPD hat einen Änderungsantrag gestellt. Diesen Änderungsantrag behandeln wir unter TOP 5.4.1. Und genau das, was im Änderungsantrag geschrieben wird und gefragt wird, wird in der Vorlage beantwortet, nämlich auf Seite 3 unter „Zu 4.:“.

Das heißt: Es wird schon in der Vorlage beantwortet, und Sie stellen noch einmal einen Änderungsantrag mit den gleichen Fragen.

(Christian Joisten [SPD]: Es wird durch das ersetzt, was der Integrationsrat gesagt hat!)

- Nein. Es kann ja nicht ersetzt werden. Schließlich ist es die gleiche Frage. Man kann doch nicht in jedem Gremium die gleiche Frage stellen und dann sagen, die Verwaltung - -

(Christian Joisten [SPD]: Es geht um die Aufmerksamkeit auf diese Wahl!)

- Das verstehe ich ja. Ich fände es ja auch richtig, wenn es ginge. Es geht aber nicht. Das hat die Verwaltung in der Vorlage auf Seite 3 unter „Zu 4.:“ geschrieben. Und Sie fragen es jetzt noch einmal.

(Christian Joisten [SPD]: Sie bleiben die Antwort auf die Frage, die auch Frau Tokyürek gestellt hat, schuldig!)

- Nein. Das ist doch die Antwort. Es steht da. Ich lese es gerne noch einmal vor:

Die Wahlbenachrichtigung zur Kommunalwahl erfolgt nach dem Muster der Anlage 2 zur Kommunalwahlordnung NRW.

Das ist ein festes Muster.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir können doch nicht gegen die Kommunalwahlordnung verstoßen! - Zurufe: Abstimmen!)

Das ist ein festes Muster. Insofern ist es leider nicht möglich.

Aus Gründen der Rechtssicherheit wird von Verweisen auf Dokumente abgesehen, die auf gesetzlichen Mustervorlagen basieren.

Wir verändern diese Dokumente nicht mehr. Die Antwort ist gegeben.

(Christian Joisten [SPD]: Es hat keinen Sinn! Wir stimmen jetzt darüber ab, und Sie bleiben uns die Antwort schuldig!)

- Nein. Die Antwort ist gegeben. Ich lege Wert darauf, dass diese Antwort in der Vorlage gegeben ist, und zwar unter Punkt II, Stellungnahme der Verwaltung. Sie haben nur die gleichen Fragen noch einmal gestellt. Aber sie sind beantwortet.

(Christian Joisten [SPD]: Nein! Es geht um einen völlig anderen Vorgang!)

Es gibt einen Geschäftsordnungsantrag von Herrn Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage, über den Änderungsantrag abzustimmen - sofort, bitte; Ende der Debatte.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das können wir jetzt sofort machen. - Wer wünscht, diesem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zuzustimmen? - Das ist die SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt stimmen wir über die Vorlage ab, die an der Stelle ja den gleichen Inhalt wie der Änderungsantrag hat. Wer wünscht, der Vorlage zuzustimmen? - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die LINKEN, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Gibt es Enthaltungen? - Die AfD-Fraktion enthält sich. Damit ist diese Vorlage so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag Beschluss:

Der Beschluss wird um die Punkte 3 bis 5 ergänzt:

3. mit der Wahlbenachrichtigung für die Kommunalwahl ein Hinweis auf die Integrationsratswahlen versandt wird. Umgekehrt wird in der Wahlbenachrichtigung für den Integrationsrat auch auf die Kommunalwahl aufmerksam gemacht.

4. die Wahlbenachrichtigung für die Integrationsratswahlen auf einem andersfarbigen Papier als die für die Kommunalwahl gedruckt wird.

5. den Wahlunterlagen für die Integrationsratswahlen ein Wahlaufruf in einfacher Sprache beigelegt wird.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

II. Abstimmung über die Vorlage Beschluss:

Der Rat nimmt die Anregungen des Integrationsrats vom 14.01.2020 zur Kenntnis. Er begrüßt, dass

1. die Wahlen für den Integrationsrat in denselben Wahllokalen stattfinden wie die Kommunalwahlen und

2. die Stimmen für die Integrationsratswahlen zentral ausgezählt werden, um in kleineren Wahlbezirken das Wahlgeheimnis zu wahren. Die Auszählung soll am 3. Tag nach der Wahl erfolgen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, der Gruppe GUT sowie von RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
Herr Abeke spricht zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Joisten und Frau Oberbürgermeisterin Reker geben zu diesem Tagesordnungspunkt Erklärungen zu Protokoll.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann sind wir bei TOP 6.4.2. Über die Vorlage unter TOP 6.4.2 müssen wir auch noch abstimmen.

(Christian Joisten [SPD]: Ich möchte eine persönliche Erklärung abgeben!)

- Sie wollen eine persönliche Erklärung abgeben? - Es gibt einen Geschäftsordnungsantrag von Herrn Joisten.

Christian Joisten (SPD): Ich möchte nur noch einmal Folgendes zu Protokoll geben: Frau Reker, Sie sind die Verpflichtung eingegangen, heute hier im Rat zu genau diesem Thema, der Bewerbung der Wahlen für den Integrationsrat, etwas vorzulegen. Sie haben im Integrationsrat das Versprechen abgegeben, dazu eine Vorlage zu erarbeiten. Die Frage, wann diese Vorlage kommt, ist hier nicht beantwortet worden. Ich bitte, das nur im Protokoll festzuhalten. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann antworte ich auf die persönliche Erklärung und gebe auch zu Protokoll, dass in der Vorlage zu TOP 5.4.1 unter Punkt II, Stellungnahme der Verwaltung, die Fragen beantwortet worden sind, die in Ihrem Änderungsantrag gestellt werden.

(Rafael Struwe [SPD]: Es geht doch nicht um unseren Änderungsantrag, sondern um den Beschluss des Integrationsrats!)

Ich lasse jetzt über die Vorlage unter TOP 6.4.2 abstimmen. Wer ihr zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen, die CDU-Fraktion, DIE LINKE, die FDP, die Ratsgruppe GUT, Frau Gerlach, die SPD-Fraktion und Herr Wortmann. Wer enthält sich? - Die AfD-Fraktion. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Neufassung der Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates der Stadt Köln in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, der Gruppe GUT sowie von RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion. zugestimmt.

Anmerkung:
Herr Abeke spricht zu diesem Tagesordnungspunkt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu:

6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

6.1.1 Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 zur isolierten Anhebung der Liquiditätskreditobergrenze

1370/2020

Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 zur isolierten Anhebung des Höchstbetrags der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.2 Fortschreibung des Landschaftsplans Köln (12. Änderung)

Überarbeitung der allgemeinen textlichen Festsetzungen für Schutzgebiete

hier: Beschluss über Bedenken und Anregungen sowie Satzungsbeschluss

2414/2019

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Umweltausschuss, Anlage 15.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Ausschusses für Umwelt und Grün vom 04.06.2020 (Anlage 15):

Der Rat beschließt,

1. gemäß § 17 des Gesetzes zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen (Landesnaturschutzgesetz – LNatSchG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 2000 (GV. NRW. S. 568), das durch Gesetz vom 15.November 2016 (GV. NRW. S.934) neu gefasst worden ist, über die zum Entwurf der 12. Landschaftsplanänderung eingegangenen Bedenken und Anregungen gemäß Anlage 1 und 2;

2. den Entwurf der 12. Landschaftsplanänderung gemäß § 20 des Gesetzes zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen (Landesnaturschutzgesetz – LNatSchG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 2000 (GV. NRW. S. 568), das durch Gesetz vom 15.November 2016 (GV. NRW. S.934) neu gefasst worden ist, in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) – in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung gemäß dem Inhalt der Anlage 3.

Kapitel: L A N D S C H A F T S P L A N K Ö L N

Ergänzung: 1.1. Vorbemerkungen

Einfügen auf S. 2 zweiter Absatz nach „…Sicherung des Naturhaushaltes und der Landschaft geschaffen.“ Der Landschaftsplan folgt dem allgemeinen Grundsatz des Bundesnaturschutzgesetzes zu den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, wie er in § 1 BNatSchG umgrenzt wird. Natur und Landschaft sind auf Grund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen so zu schützen, dass die biologische Vielfalt, die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes einschließlich der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind. Der Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforderlich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft. Luft und Klima sind auch durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu schützen; dies gilt insbesondere für Flächen mit günstiger lufthygienischer oder klimatischer Wirkung wie Frisch- und Kaltluftentstehungsgebiete oder Luftaustauschbahnen.

Der Gesetzgeber betont, dass zur dauerhaften Sicherung von Natur und Landschaft insbesondere Naturlandschaften und historisch gewachsene Kulturlandschaften, auch mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern, zu bewahren sind.

Kapitel:

N A T U R S C H U T Z G E B I E T E

Ergänzung: Betretungsverbot (11. S. 10)

In der Erläuterung von Verbot 11 „Betretungsverbot“ wird klargestellt,

dass Fachexkursionen auf den Wegeflächen – wie Spazierengehen, Wandern, Natursportarten, etc. auch – zur stillen Erholung gezählt werden und nicht unter das Betretungsverbot fallen.

L A N D S C H A F T S S C H U T Z G E B I E T E

Ergänzung: Veranstaltungsverbot (30. S. 33)

In der Erläuterung von Verbot 30 „ungenehmigte Veranstaltungen...“ wird klargestellt Veranstaltungen gezählt werden.

G E S C H Ü T Z T E L A N D S C H A F T S B E S T A N D T E I L E

Ergänzung: Veranstaltungen (26. S. 60)

In der Erläuterung von Verbot 26 „ungenehmigte Veranstaltungen...“ wird klargestellt, dass Fachexkursionen nicht zu den im Verbot behandelten ungenehmigten Veranstaltungen gezählt werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln

2476/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und FDP

AN/0797/2020

Gibt es Wortmeldungen zu dem Änderungsantrag?

(Ulrich Breite [FDP]: Selbsterklärend!)

Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den gemeinsamen Änderungsantrag abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Jetzt stimmen wir über die Vorlage in entsprechend geänderter Form ab. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag Beschluss:

Der Rat beschließt die Neufassung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln gemäß der in Anlage 1 beiliegenden Fassung mit folgenden Änderungen:

1. Zugangsfrist Bezirksvertretungen, § 38 Abs. 1 a) lautet:

(1a) Anträge sind mit schriftlicher Begründung und einem Beschlussentwurf spätestens am 10. Arbeitstag vor der Sitzung (bis 12

Uhr) bei der Schriftführung der Bezirksvertretung einzureichen. Für den Zugang gemäß § 1 Abs. 2 Satz 1 wird abweichend der 9. Arbeitstag vor der Sitzung vorgesehen, für die Aufgabe zur Post gem. § 1 Abs. 2 Satz 5 der 8. Arbeitstag.

2. Anhörung der Bezirksvertretungen § 38 Abs. 9 lautet:

(9) Die Bezirksvertretung muss innerhalb von sechs Wochen nach Bereitstellung der Vorlage im Ratsinformationssystem die Angelegenheit erörtern. Findet innerhalb der Frist keine Sitzung der Bezirksvertretung statt, verlängert sich die Frist bis zur nächsten Sitzung. Erfolgt eine Stellungnahme der Bezirksvertretung nicht innerhalb der Sechs-Wochen-Frist, gilt dies als Zustimmung. Wenn der Fachausschuss die Vorlage vertagt, verlängert sich die Beratungsfrist bis zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung. In begründeten Fällen kann mit Zustimmung der Oberbürgermeisterin/des Oberbürgermeisters und der Bezirksbürgermeisterin/des Bezirksbürgermeisters von der Sechs-Wochen-Frist abgewichen werden. Dieses Verfahren gilt nicht für die Anhörung der Bezirksvertretungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen. Bei dringlichen Angelegenheiten kann die Anhörung der Bezirksvertretung als Dringlichkeitsentscheidung erfolgen, § 36 Abs. 5 GO NRW.

Aktualisierung des Verweises in § 38 Abs. 10:

(10) Die Anhörungsfrist ruht während der Ratsferien gemäß § 43 dieser Geschäftsordnung. Über den Antrag einer Bezirksbürgermeisterin/eines Bezirksbürgermeisters auf Verlängerung der Sechs-Wochen-Frist entscheidet die Oberbürgermeisterin/der Oberbürgermeister.

Die Neufassung tritt am 1. Juli 2020 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Abstimmung über die geänderte Vorlage Beschluss:

Der Rat beschließt die Neufassung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln gemäß der in Anlage 1 beiliegenden Fassung mit folgenden Änderungen:

1. Zugangsfrist Bezirksvertretungen, § 38 Abs. 1 a) lautet:

(1a) Anträge sind mit schriftlicher Begründung und einem Beschlussentwurf spätestens am 10. Arbeitstag vor der Sitzung (bis 12 Uhr) bei der Schriftführung der Bezirksvertretung einzureichen. Für den Zugang gemäß § 1 Abs. 2 Satz 1 wird abweichend der 9. Arbeitstag vor der Sitzung vorgesehen, für die Aufgabe zur Post gem. § 1 Abs. 2 Satz 5 der 8. Arbeitstag.

2. Anhörung der Bezirksvertretungen § 38 Abs. 9 lautet:

(9) Die Bezirksvertretung muss innerhalb von sechs Wochen nach Bereitstellung der Vorlage im Ratsinformationssystem die Angelegenheit erörtern. Findet innerhalb der Frist keine Sitzung der Bezirksvertretung statt, verlängert sich die Frist bis zur nächsten Sitzung. Erfolgt eine Stellungnahme der Bezirksvertretung nicht innerhalb der Sechs-Wochen-Frist, gilt dies als Zustimmung. Wenn der Fachausschuss die Vorlage vertagt, verlängert sich die Beratungsfrist bis zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung. In begründeten Fällen kann mit Zustimmung der Oberbürgermeisterin/des Oberbürgermeisters und der Bezirksbürgermeisterin/des Bezirksbürgermeisters von der Sechs-Wochen-Frist abgewichen werden. Dieses Verfahren gilt nicht für die Anhörung der Bezirksvertretungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen. Bei dringlichen Angelegenheiten kann die Anhörung der Bezirksvertretung als Dringlichkeitsentscheidung erfolgen, § 36 Abs. 5 GO NRW.

Aktualisierung des Verweises in § 38 Abs. 10:

(10) Die Anhörungsfrist ruht während der Ratsferien gemäß § 43 dieser Geschäftsordnung. Über den Antrag einer Bezirksbürgermeisterin/eines Bezirksbürgermeisters auf Verlängerung der Sechs-Wochen-Frist entscheidet die Oberbürgermeisterin/der Oberbürgermeister.

Die Neufassung tritt am 1. Juli 2020 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir sind bei:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

Tagesordnungspunkt

7.2.1 Neubau Grundschule und Turnhalle Fühlinger Weg 7 in 50765 Köln-Volkhoven/Weiler

0268/2020/1

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Dann nehmen wir das so zur Kenntnis.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2.2 Mehrkosten für die Generalsanierung des Tunnels Grenzstraße/Kalk

0358/2020

Wortmeldungen? - Keine. Dann nehmen wir das

so zur Kenntnis.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2.3 Zweiter Kostenfortschreibungsbeschluss für die Generalinstandsetzung des Berufskollegs Perlengraben 101

0650/2020/1

Wortmeldungen? - Keine. Dann nehmen wir das zur Kenntnis.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2.4 Generalsanierung des Umkleidegebäudes auf der Sportanlage Merianstr., Köln-Chorweiler

1227/2020

Wortmeldungen? - Dann nehmen wir das zur Kenntnis.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2.5 Unterrichtung des Rates gem. § 25 der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen

1834/2020

Wortmeldungen? - Keine. Dann nehmen wir auch das so zur Kenntnis.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt rufe ich auf:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.1 Bau eines zusätzlichen Busbetriebshofs Köln Ost der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) in Porz

3956/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Herr van Benthem.

Henk van Benthem (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für meine Fraktion bitte ich um Vertagung dieses Themas in den Hauptausschuss. Es gibt da noch verkehrliche Situationen, die zu klären sind. Das ist mit Frau Haaks von der KVB auch bereits besprochen. Wir sind zwar auf einem guten Weg. Aber nach den Informationen, die wir im Moment darüber haben, was alles auf dem Gelände passiert und welche Verkehre in Zukunft

noch dazukommen, scheint es uns notwendig zu sein, ein allumfassendes Verkehrskonzept zu bekommen.

Wir wollen das im Hauptausschuss noch einmal behandeln. Das wäre heute Abend zu früh. - Ich bitte um Zustimmung.

(Zurufe: Wir haben „nächste Ratssitzung“ vereinbart!)

- Ich habe zwar einen Migrationshintergrund. Aber wenn ich „Hauptausschuss“ sage, meine ich auch Hauptausschuss.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag auf Vertagung in den Hauptausschuss abstimmen. - Herr Struwe hat einen Geschäftsordnungsantrag.

Rafael Struwe (SPD): Genau. - Wir wären zwar eigentlich zustimmungsfähig. Aber wir möchten es dann nicht noch bis zum Hauptausschuss vor uns herschieben, sondern stellen einen alternativen Antrag zur Geschäftsordnung, nämlich auf Vertagung in die kommende Ratssitzung am 29. Juni 2020.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Soll ich darüber abstimmen lassen? Oder kann man sich darauf einigen, das in die Ratssitzung zu vertagen?

(Henk van Benthem [CDU]: Darauf kann man sich einigen!)

- Darauf kann man sich einigen. Okay. - Herr Struwe, so machen wir es: Vertagung in die nächste Ratssitzung.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird bis zur Sondersitzung des Rates am 29.06.2020 zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Zurückgestellt auf Antrag von RM Struwe.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.2 Neubau der Feuer- und Rettungswache 1 (Innenstadt), Agrippastraße 18

hier: Grundsatz- und Planungsbeschluss

0286/2020

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Gesundheitsausschuss, Anlage 6.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Gesundheitsausschusses vom 09.06.2020 (Anlage 6):

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung bis zur Leistungsphase 3 HOAI sowie der Durchführung eines vorgeschalteten Wettbewerbsverfahrens für den Neubau der Feuer- und Rettungswache 1 am bisherigen Standort.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Konzeptes zur temporären Verlagerung der Feuer- und Rettungswache 1 unter Berücksichtigung der bestehenden Brandschutz- und Rettungsdienstbedarfspläne.*

3. *Der Rat beschließt die erstmalige Mittelfreigabe in Höhe von 665.000 € zur Durchführung des Wettbewerbsverfahrens sowie eine Mittelfreigabe in Höhe von 2.835.000 € zur Planung innerhalb der Leistungsphasen 1 und 2 HOAI im Teilfinanzplan 0212 - Brand- u. Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen bei der Finanzstelle 3701-0212-1-5550 - Neubau FW 1, Hj. 2020.*

4. *Der Verwaltung wird aufgegeben, bei den wesentlichen Schritten das Rechnungsprüfungsamt frühzeitig miteinzubeziehen, und das RPA wird gebeten, eine Person für die Begleitung des Architektenwettbewerbs zu entsenden.*

5. *Als ein Kriterium des Architektenwettbewerbs ist das Wirtschaftlichkeitskriterium*

mit aufzunehmen.

6. Der Verwaltung wird aufgegeben, die herausgehobene Lage des Neubaus zu würdigen und städtebauliche Kriterien zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.3 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung im Bereich Literatur

hier: Erhöhung der Schreibraum-Kapazität

0369/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme

- *Erhöhung der Schreibraum-Kapazität und Schaffung einer angemessen dotierten Stelle für die Betreuung*

aus der Kulturentwicklungsplanung und beschließt zur Umsetzung dieser Maßnahmen im Jahr 2020 die haushaltsneutrale Umschichtung von 15.000 Euro innerhalb des Teilplans 0416 – Kulturförderung aus der Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen – in die Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.5 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2020

0641/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 5 der Betriebssatzung i.V. mit § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2020 fest.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zu einem Höchstbetrag von 500.000 € in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.6 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2020/21

0726/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln stellt gem. § 4 der Betriebssatzung in Verbindung mit § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2020/21 in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung mit einem Überschuss in Höhe von 619,6 T€ fest.

2. Die Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Zusammenhang mit dem Spielbetrieb der Bühnen Kassenkredite bis zu einem Höchstbetrag von 7 Mio. € in Anspruch zu nehmen.

3. Die mittelfristige Erfolgsplanung wird in dem Bewusstsein zur Kenntnis genommen, dass Rat, Betriebsausschuss,

Betriebsleitung und Stadtverwaltung die Auswirkungen der Corona-Pandemie aktuell nicht absehen können und ggf. vor diesem Hintergrund gemeinsam korrigieren müssen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.7 Fort VI (Deckstein), Köln-Sülz

Generalsanierung der Fortanlage

- Planungsbeschluss -

0827/2020

Wortmeldungen? - Keine.

Abstimmung wie Finanzausschuss und wie BV 3.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Finanzausschusses vom 15.06.2020 (Anlage 2) und der Bezirksvertretung 3 Lindenthal vom 08.06.2020 (Anlage 1):

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Planung und Kostenermittlung der Generalsanierung des Forts VI („Fort Deckstein") sowie den darauf befindlichen Aufbauten und erstellt in Zusammenarbeit mit Interessierten und Nutzern (Vereine, Foris Colonia) ein Nutzungskonzept.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe der investiven Auszahlungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2020 für die Planungsmittel in Höhe von 500.000 €. Diese sind im Teilfinanzplan 0801 Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Teilplanzeile 08, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Fist 5201-0801-3-5235, Generalsanierung Fort Deckstein, Hj. 2020 veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
RM Detjen gibt seinen Wortbeitrag schriftlich zu Protokoll.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.8 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Erweiterung des Verkehrsmanagementsystems und Einrichtung von 80 Dauerzählstellen zur Erfassung von Verkehrsmengen sowie Beschluss zur Bereitstellung einer außerplanmäßigen investiven Auszahlungsermächtigung, hier: Finanzstelle 6400-1201-0-0011

0845/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt den Bedarf für die Einrichtung von 80 Dauerzählstellen als Grundlage für die Erhebung, Bereitstellung und Nutzung von Mobilitätsdaten zur Intensivierung des Verkehrsmanagements mit Kosten in Höhe von insgesamt 3.342.091 € (davon 1.933.133 € investiv und 1.408.960 € konsumtiv) fest und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme.*

2. *Der Rat beschließt im Haushaltsjahr 2020 die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Auszahlungsermächtigung gemäß § 83 GO NRW in Höhe von 300.000 € für die Einrichtung von Dauerzählstellen im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei Finanzstelle 6400-1201-0-0011, Erneuerung Dauerzählstellen, Teilplanzeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im gleichen Teilfinanzplan und in der gleichen Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen im Rahmen der flexiblen Mittelbewirtschaftung.*

3. *Der Rat beschließt die Freigabe der außerplanmäßig bereitgestellten Mittel in Höhe von 300.000 € im Haushaltsjahr 2020*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.9 Umsetzung des Förderprogramms „DigitalPakt NRW“ zur Digitalisierung der Kölner Schulen - außerplanmäßige Auszahlungen im Teilfinanzplan 0301 Schulträgeraufgaben in den Haushaltsjahren 2020 und 2021

0844/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die Umsetzung des Förderprogramms über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Digitalisierung der Schulen in Nordrhein-Westfalen (DigitalPakt NRW) mit dem in Anlage 3 beigefügten Maßnahmenkatalog und den Abruf der Fördermittel in voller Höhe (rd. 47,33 Mio. Euro) zuzüglich den Einsatz von geforderten Eigenmitteln in Höhe von 10% (rd. 5,259 Mio. Euro) in Köln. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der erteilten Förderzusagen durch das Land NRW.

Die Fördermittel werden für folgende Maßnahmen verwendet:

- *Modernisierung der Inhouse-Verkabelungen*
- *Ausbau des WLAN durch Beschaffung von Hardware und Lizenzen*
- *Sicherstellung des Internetempfangs in GIGA-BIT Geschwindigkeit*
- *Neu- und Ersatzbeschaffung von Switchen*
- *Geräte zum Ausbau der Präsentations- und Anzeigetechnik m. Ansteuerungsgeräten*
- *Mobile Endgeräte*
- *Coding-Elemente mit Zubehör*
- *Digitale Fachraumausstattung*
- *Modernisierung von Informatikräumen*

Der Rat nimmt diese von der Verwaltung erstellte Zusammenstellung (siehe Anlage 3 / Maßnahmenkatalog mit Beschreibung) zustimmend zur Kenntnis und ermächtigt die Verwaltung, die erforderlichen Aufträge unter Berücksichtigung der bestehenden Vergabebestimmungen zu erteilen.

Den im Maßnahmenkatalog benannten Maßnahmen zur Digitalisierung der Kölner Schulen wird vom Rat im Sinne der Bedarfsprüfung zugestimmt und die Verwaltung wird mit der Durchführung der erforderlichen (europaweiten) Ausschreibungen beauftragt. Zu beachten ist, dass alle Maßnahmen inhaltlich in Einklang mit der Zielsetzung des „Konzeptes zu einer ganzheitlichen technischen Schul-IT an Kölner Schulen“ (Vorlage 2703/2014) stehen und die konkreten Einzelabrufe jeder Schule einer inhaltlichen, pädagogisch sinnvollen Bedarfsbegründung und - prüfung unterliegen. Soweit es die Zuwendungsrichtlinien vorgeben, wird von der Verwaltung mit der jeweiligen Schule ein technisch-pädagogisches Einsatzkonzept erarbeitet, das auch den jeweiligen angemeldeten Bedarf begründen wird.

Notwendige Verschiebungen bei genannten Maßnahmen und der geplanten Mittelverwendung sind im Rahmen des Förderzweckes zulässig. Sollten im weiteren Verfahren Maßnahmen als nicht realisierbar oder nicht förderfähig eingestuft werden, oder sollte die technische Weiterentwicklung von Geräten etc. es notwendig machen, sind Ersatzmaßnahmen mit einem entsprechenden Finanzvolumen heranzuziehen. Auch zusätzliche Maßnahmen können durch eine Umschichtung der Fördergelder durch die Verwaltung vorgenommen werden. So hat z.B. die sehr dynamische Entwicklung der vergangenen Wochen mit den Auswirkungen des Corona-Virus auf den schulischen Alltag allen Beteiligten gezeigt, dass es rasant an Bedeutung gewinnt, Möglichkeiten der Kommunikation und des Dokumentenaustausches mit dezentralen Standorten in die kommenden strategischen Projekte einzubeziehen (wie cloud-basiertes Arbeiten mit

der Integration von Videokonferenzen und Lösungen der Telekommunikation).

Es ist geplant, die Fördermittel vollumfänglich in den Jahren 2020 bis 2024 auszuschöpfen. Zur Entlastung des städtischen Haushaltes sind dabei vordringlich diejenigen Maßnahmen zu realisieren, für die bereits entsprechende Haushaltsermächtigungen im Haushaltsplan vorgesehen sind.

2. *Der Rat nimmt die gem. Anlage 4 und 5 vorgenommene Aufteilung auf die Jahre 2020 bis 2024 zustimmend zur Kenntnis.*

Für die haushaltsmäßige Umsetzung in 2020 und 2021 beschließt der Rat vorbehaltlich der Gewährung der Landesförderung die außerplanmäßige Bereitstellung und gleichzeitige Freigabe von investiven Auszahlungsmitteln in Höhe von insgesamt rd. 1,9 Mio. € in 2020 bzw. rd. 5,6 Mio. € für 2021 im Teilfinanzplan 0301 Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 9 – Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei den nachfolgend noch zu bildenden Finanzstellen:

	Jahr 2020	*Jahr 2021*
4050-0301-0-6015 - WLAN - DigitalPakt	*200.000*	*700.000*
4050-0301-0-6016 - Gigabit Internet - DigitalPakt	*60.000*	*300.000*
4050-0301-0-6017 - Präsent.-/Anzeigetechnik - DigitalPakt	*900.000*	*3.825.000*
4050-0301-0-6018 - Coding-Elemente - DigitalPakt	*0*	*200.000*
4050-0301-0-6019 - Fachraumausstattung - DigitalPakt	*579.425*	*197.800*
4050-0301-0-6020 - Modernis. Informatikräume - DigitalPakt	*120.000*	*345.000*

Die Deckung dieser Mehrbedarfe erfolgt in 2020 und 2021 aus Mehreinzahlungen aus dem 90%-igen Zuwendungsanteil „Digital-Pakt NRW“ in Höhe von rd. 1,67 Mio. € (2020) bzw. in Höhe von rd. 5,01 Mio. € (2021). Die Finanzierung des 10%-igen städtischen Eigenanteils erfolgt in 2020 und 2021 aus Mitteln des Förderprogramms „Gute Schule 2020“ im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 9 – Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4050-0301-0-6013 „Gute Schule 2020“ in Höhe von rd. 186.000 € (2020) bzw. rd. 560.000 € (2021).

Die gem. Anlage 4 bzw. 5 für 2020 und 2021 im Rahmen der Umsetzung entstehenden konsumtiven Mehrbedarfe im Teilergebnisplan 0301 Schulträgeraufgaben in Höhe von rd. 980.000 € (2020) bzw. rd. 5,5 Mio. € (2021) werden im Rahmen der unterjährigen Bewirtschaftung mittels echter bzw. unechter Deckung finanziert.

Die Mittelveranschlagung für die Jahre 2022-2024 erfolgt im Rahmen des Hpl-Aufstellungsverfahren 2022 ff.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.10 Besondere Regelung zur „Straßenmusik im Domumfeld“

0228/2020

Wortmeldungen?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Wir geben unsere Reden zu Protokoll, weil es so spät ist!)

- Okay. - Es gibt aber noch eine Wortmeldung von Herrn Zimmermann. - Nein, auch er gibt seine Rede zu Protokoll. Okay.

Gegenstimmen? - Der LINKEN und der Ratsgruppe GUT. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt das Pilotprojekt zur Ordnung der Straßenmusik im Geltungsbereich des unmittelbaren Domumfeldes entsprechend des Abgrenzungsplanes für das unmittelbare Domumfeld. Die Festlegungen zum Pilotprojekt erfolgen in Abweichung zur KSO in gültiger Fassung vom 10.01.2018, als eine besondere und vom übrigen Stadtgebiet abweichende Regelung zur Ordnung und Überprüfung der Straßenmusik.

Zu diesem Zweck beschließt der Rat die als Anlage 2 beigefügte 3. Verordnung zur Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die öffentliche Sicherheit und Ordnung für das Gebiet der Stadt Köln (KSO) mit der dazu gehörenden Anlage 1 Übersichtsplan.

Diese besondere Regelung „Straßenmusik Domumfeld“ soll zunächst für zwei Jahre erprobt werden. Nach diesem Zeitraum wird auf Grundlage der Evaluierungsergebnisse dem Rat ein Entscheidungsvorschlag zur dauerhaften Lösung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und der Gruppe GUT zugestimmt.

Anmerkung:
RM Tokyürek gibt ihren Wortbeitrag schriftlich zu Protokoll.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.11 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung Köln 2020

0418/2020

Wortmeldungen? - Herr Weisenstein.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Rede zu Protokoll!)

- Rede zu Protokoll. Okay.

(Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen]: Rede zu Protokoll!)

- Auch die Rede von Herrn Thelen wird zu Protokoll gegeben.

Gibt sonst noch jemand seine Rede zu Protokoll? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen wie Schulausschuss, wie Stadtentwicklungsausschuss, Anlage 23, und wie Finanzausschuss.

Gegenstimmen? - Der LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Schulausschusses vom 25.05.2020 (Anlage 21), des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.05.2020 (Anlage 23) und des Finanzausschusses vom 15.06.2020 (Anlage 24):

Der Rat der Stadt Köln

1. *beschließt die „Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung Köln 2020“ als Rahmenplanung, mit der ein aktualisierter Gesamtüberblick über gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen (stark steigende Schüler*innenzahlen, Schulstruktur im Wandel, G9) sowie über Lösungsansätze zur bedarfsgerechten Gestaltung der Kölner Schullandschaft allgemein bildender Schulen gegeben wird.*

2. *beauftragt die Verwaltung auf dieser Basis und unter Berücksichtigung der realen Schülerinnen- und Schülerzahlen und Beachtung und intensiven Prüfung der Beschlüsse der Bezirksvertretungen im weiteren Dialog mit Schulen und Bezirksvertretungen entsprechende schulorganisatorische Maßnahmen vorzubereiten und als Beschlussvorlagen bei gesicherter Finanzierung in die politischen Gremien einzubringen.*

3. *beauftragt die Verwaltung bei der Planung weiterführender Schulen nach Möglichkeit eine flexiblere Bauform zu berücksichtigen, die nicht den engen Grenzen der Raumprogramme von Gymnasien und Gesamtschulen entsprechen muss.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Anmerkung:
RM Philippi, RM Thelen und RM Kockerbeck geben ihre Wortmeldungen schriftlich zu Protokoll.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.12 Erweiterter Planungsbeschluss für den Abriss und Ersatzneubau der Fuß- und Radwegbrücke Escher Str.

0451/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung die Planung der neuen Fuß- und Radwegbrücke über die Äußere Kanalstraße als Blockträgerbrücke aus Holz mit 6,00 m Breite (Anlage 2) bis zur Ausschreibung (LPH 6 HOAI) weiterzuführen und die Finanzierung in Höhe von 500.000 € brutto sicherzustellen. Die Planung erfolgt entsprechend des bestehenden Planungsbeschlusses (Vorlagen Nr. 0336/2019).*

2. *Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplans 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in Höhe von 500.000 € bei der Finanzstelle 6901-1202-5-0650, Neubau Brücke Escher Straße, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2020.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.13 Fahrplanwechsel 2020 - Angebotsausweitungen im Stadtbahn- und Busnetz

0479/2020

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Vorlage.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat spricht sich für die Umsetzung der in der Begründung beschriebenen Erweiterungen des Stadtbahn- und Busangebotes der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) zum kommenden Fahrplanwechsel im Dezember 2020 aus. Die planmäßige Umsetzung steht unter dem Vorbehalt, dass sich die zur Einrichtung erforderlichen Beschaffungsvorgänge trotz der aktuellen Coronakrise zeitgerecht durchführen lassen.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, die KVB mit den Angebotserweiterungen im Stadtbahn- und Busnetz nach Maßgabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrags zu betrauen.*

   Der zusätzliche entstehende Verlust der KVB i. H. v. 0,47 Mio. Euro für 2020 und 2,415 Mio. Euro ab 2021 ff. wird aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages von der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) ausgeglichen, was potenziell zu einer Ergebnisbelastung im Kernhaushalt durch eine geringere Gewinnausschüttung der SWK an den städtischen Haushalt führen kann. Der Zeitpunkt der haushaltsmäßigen Belastung wird auf das Jahr 2021 prognostiziert.

3. *Aufgrund des deutlichen und kontinuierlichen Anstiegs des Verlustausgleichs aufgrund von Leistungsausweitungen beauftragt der Rat die Verwaltung, gemeinsam mit der KVB einen neuen Steuerungsmechanismus hinsichtlich der wirtschaftlichen Auswirkungen im Gesamtkonzern Stadt mit dem Ziel einer stärkeren Verzahnung des „Bestellprozesses“ mit der Haushaltsplanaufstellung 2022 zu entwickeln und vorzulegen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.14 Fahrplanwechsel 2020 - Taktverdichtungen an Samstagen im Stadtbahn- und Busnetz

0705/2020

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Vorlage.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat spricht sich für eine Verdichtung des Fahrplanangebotes an Samstagen im Stadtbahn- und Busnetz der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) aus. Gemäß dem in der Begründung beschriebenen Konzept sollen dabei zum kommenden Fahrplanwechsel im Dezember 2020 das Stadtbahnnetz im Tagesverkehr auf einen 10-Minuten-Grundtakt umgestellt werden und im Busbereich ausgewählte Linien veränderte Takte erhalten. Die planmäßige Umsetzung steht unter dem Vorbehalt, dass sich die zur Einrichtung erforderlichen Beschaffungsvorgänge trotz der aktuellen Coronakrise zeitgerecht durchführen lassen.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, die KVB mit der Angebotserweiterung im Stadtbahn- und Busnetz nach Maßgabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrags zu betrauen.*

   Der zusätzliche entstehende Verlust der KVB i. H. v. 1,10 Mio. Euro für 2020 und 7,01 Mio. Euro ab 2021 ff. . wird aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages von der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) ausgeglichen, was potenziell zu einer Ergebnisbelastung im Kernhaushalt durch eine geringere Gewinnausschüttung der SWK an den städtischen Haushalt führen kann. Der Zeitpunkt der haushaltsmäßigen Belastung wird auf das Jahr 2021 prognostiziert.

3. *Aufgrund des deutlichen und kontinuierlichen Anstiegs des Verlustausgleichs aufgrund von Leistungsausweitungen beauftragt der Rat die Verwaltung, gemeinsam mit der KVB einen neuen Steuerungsmechanismus hinsichtlich der wirtschaftlichen Auswirkungen im Gesamtkonzern Stadt mit dem Ziel einer stärkeren Verzahnung des „Bestellprozesses“ mit der Haushaltsplanaufstellung 2022 zu entwickeln und vorzulegen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.15 Aufbau eines On-Demand-Angebots im Rahmen eines Pilotprojekts als Ergänzung zum bestehenden ÖPNV-Angebot

1089/2020

Auch hier stimmen wir ab wie Vorlage.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat spricht sich auf Basis seines Beschlusses vom 06.02.2020 (Vorlagen-Nr. 3988/2019) für die Umsetzung des in der Begründung beschriebenen On-Demand-Angebotes als Ergänzung zum bestehenden Angebot der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) zum Fahrplanwechsel im Dezember 2020 für zunächst vier Jahre (Pilotphase) aus. Die Umsetzung steht unter dem Vorbehalt, dass sich die zur Einrichtung erforderlichen Beschaffungsvorgänge trotz der aktuellen Coronakrise zeitgerecht durchführen lassen.*

   Der ab 2021 entfallende Fördermittelanteil wird entsprechend dem Beschluss vom 06.02.2020 (Vorlagen-Nr.: 3988/2019) im Wirtschaftsplan 2021 der KVB aufgestockt.

   Aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages hat die Stadtwerke Köln GmbH (SWK) den durch die Aufstockung geplanten Mehrverlust von 0,50 Mio. Euro pro Jahr ab 2021 der KVB auszugleichen und kann damit zu einer potentiellen Ergebnisbelastung im Kernhaushalt durch eine geringere Gewinnausschüttung der SWK an die Stadt Köln in 2022 führen.

2. *Verwaltung und KVB werden beauftragt, das Angebot während der Pilotphase zu überprüfen und ggf. Anpassungen im Rahmen des bereitgestellten Budgets vorzunehmen. Sollten Änderungen hinsichtlich der Gebietsauswahl und/oder des Budgets für sinnvoll oder notwendig erachtet werden, sind die Gremien zu beteiligen.*

3. *Aufgrund des deutlichen und*

kontinuierlichen Anstiegs des Verlustausgleichs aufgrund von Leistungsausweitungen beauftragt der Rat die Verwaltung, gemeinsam mit der KVB einen neuen Steuerungsmechanismus hinsichtlich der wirtschaftlichen Auswirkungen im Gesamtkonzern Stadt mit dem Ziel einer stärkeren Verzahnung des „Bestellprozesses" mit der Haushaltsplanaufstellung 2022 zu entwickeln und vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.16 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018

1019/2020

Wortmeldungen? - Keine.

Wir stimmen über die Ziffer 2 des Beschlussvorschlages ab.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss (Abstimmung über Ziffer 2 des Beschlussvorschlags):

1. Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt gemäß § 59 Abs. 3 S. 4 GO NRW auf der Grundlage des Prüfberichts des Rechnungsprüfungsamtes vom 15.04.2020 nach eingehender Beratung vom heutigen Tage zum Ergebnis der Jahresabschlussprüfung der Stadt Köln zum 31.12.2018 wie folgt Stellung:

- *Der Rechnungsprüfungsausschuss schließt sich dem Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamts und dem darin gemäß § 102 Abs. 8 GO NRW erteilten eingeschränkten Bestätigungsvermerk zum vorliegenden Jahresabschluss an.*

  Darüber hinaus billigt er den geprüften Jahresabschluss 2018 einschließlich des beigefügten Lageberichtes nach § 59 Abs. 3 GO NRW.

- *Ferner empfiehlt er dem Rat, die Verwaltung mit der Beseitigung der im Bericht beschriebenen Mängel zu beauftragen.*

- *Der Ausschuss empfiehlt dem Rat die Feststellung des Jahresabschlusses 2018 und die Entlastung der Oberbürgermeisterin gemäß § 96 Abs. 1 GO.*

2. Der Rat beschließt:

- *Der vom Rechnungsprüfungsamt geprüfte und durch den Rechnungsprüfungsausschuss bestätigte Jahresabschluss der Stadt Köln zum 31.12.2018 wird festgestellt.*

- *Der Oberbürgermeisterin wird die Entlastung gemäß § 96 Abs. 1 GO erteilt.*

- *Der Jahresfehlbetrag 2018 in Höhe von 83.948.223,26 Euro wird durch Inanspruchnahme der Ausgleichrücklage ausgeglichen.*

- *Die Verwaltung wird beauftragt schnellstmöglich Maßnahmen zu ergreifen, um die beschriebenen Mängel abzustellen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.17 Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums (WRM) & Fondation Corboud und Randbebauung - Baubeschluss

1051/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. „Moratorium für ‚Beschlussvorlage 1051/2020 Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums (WRM) & Fondation Corboud und Randbebauung -Baubeschluss'"

AN/0835/2020

Hier gibt es eine Rednerliste. Es beginnt Herr Professor Schäfer.

(Prof. Klaus Schäfer [SPD]: Ich gebe die Rede zu Protokoll!)

- Er gibt die Rede zu Protokoll.

(Beifall)

Gibt es weitere Reden, die zu Protokoll gegeben werden können? - Von Herrn Weisenstein und Herrn Wortmann. Oder soll der Änderungsantrag hier begründet werden? - Sie geben die Begründung des Änderungsantrags zu Protokoll.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Dann ist er abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - DIE LINKE und Herr Wortmann stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Herr Jungen, ich gratuliere Ihnen.

(Peter Jungen [Vorsitzender des Stifterrats Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud]: Danke sehr! Vielen Dank!)

I. Abstimmung über den Änderungsantrag Beschluss:

Die vorliegenden Beschlusspunkte werden ersetzt durch:

Der Baubeschluss über die Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums (WRM) und Fondation Corboud und Randbebauung ausgesetzt, bis die Kämmerei die endgültigen finanziellen Auswirkungen der Pandemie auf den städtischen Haushalt auch in den Folgejahren verlässlich darstellen kann.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

II. Abstimmung über die Ursprungsvorlage Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Fortführung der Planung und dem Bau

a) des Neubaus der Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums und Fondation Corboud (WRM) inklusive eines Verbindungsbauwerks und Anpassung im Bestandsgebäude (Titel 1) auf dem Grundstück Obenmarspforten, sowie

b) der sogenannten Blockrandbebauung mit städtischen Verwaltungsflächen (Titel 2) mit Bauteilen am Steinweg und der Martinstrasse, die sich an den Erweiterungsbau anschließt.

2. Der Rat trifft seine Entscheidung auf der Grundlage des vorgelegten Vorentwurfes und dem Ergebnis der qualifizierten Kostenschätzung mit Gesamtkosten in Höhe von rund 76,1 Mio. Euro brutto zuzüglich der Kosten eines möglichen Grunderwerbs

(siehe separate Vorlage 1051/2020/1).

Auf den Erweiterungsbau des WRM entfällt hiervon ein Betrag von rund 48,8 Mio. Euro, auf die Blockrandbebauung ein Betrag von rund 24,4 Mio. Euro. Darüber hinaus fallen für die Ausstattung noch 2,9 Mio. Euro an.

3. Der Rat genehmigt einen Risikozuschlag bezogen auf die nicht indizierten Baukosten gemäß Kostenschätzung in Höhe von 25 Prozent. Dies entspricht einem Betrag von rund 19 Mio. Euro brutto.

Die Verwaltung darf über dieses Risikobudget nur bei Risikoeintritt und nach einer entsprechenden Mitteilung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft und im Betriebsausschuss Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud verfügen.

Wegen der Besonderheiten und Risiken der Maßnahme besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass der Risikozuschlag in Anspruch genommen werden muss.

4. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass sich das Projekt noch in einem frühen Planungsstadium befindet. Die Entwurfsplanung ist noch nicht erstellt. Es sind noch Festlegungen zu treffen. Aufgrund des Baugrundes besteht ein erhöhtes Risiko.

Bei Vergabe an einen Generalunternehmer wird dessen Preis eine Management–Fee und Kosten für das unternehmerische Risiko (Vergaberisiko und so weiter) enthalten.

Es bleibt abzuwarten, ob vor diesem Hintergrund das Risikobudget auskömmlich ist.

5. Der Rat beschließt die Finanzierung der Erweiterung des WRM (Titel 1) im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes WRM. Die Refinanzierung erfolgt ab dem Jahr der Inbetriebnahme durch einen jährlichen Zuschuss (für Tilgung, Zinsen und bilanzielle Abschreibung) aus dem Haushalt der Stadt Köln in Höhe von circa 2.150.000 Euro im Produktbereich 04 Kultur und Wissenschaft, Produktgruppe 0401 Museumsreferat, Zeile 15 Transferaufwendungen.

Die Finanzierung der notwendigen Ausstattung des Museumsbaus erfolgt aus dem Wirtschaftsplan des WRM.

6. Der Rat beschließt die Finanzierung der Baumaßnahme Blockrandbebauung (Titel 2) aus dem Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Nach Fertigstellung der Blockrandbebauung fallen laufende Betriebs- und Bewirtschaftungsaufwendungen in Höhe von rund 900.000 Euro (Abschreibung,

Instandhaltung, Zinsen, Personal- und Sachkosten) an. Die Refinanzierung der laufenden Kosten erfolgt über den Flächenverrechnungspreis für die Sparte Verwaltungsgebäude. Der Flächenverrechnungspreis wird im Haushalt der Stadt Köln eingeplant. Nach dem derzeitigen Stand ergäbe sich eine jährliche Miete inklusive Reinigungskosten und Nebenkosten von rund 354.000 Euro brutto.

Die Finanzierung der notwendigen Ausstattung für die Blockrandbebauung erfolgt im Haushaltsplan der Stadt Köln.

7. Die Investitionen für das Projekt sind im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft vorfinanziert. Die Betriebsleitungen des WRM beziehungsweise der Gebäudewirtschaft und die Verwaltung werden aufgefordert, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Maßnahme in den jeweiligen Plänen inklusive Folgejahre entsprechend zu berücksichtigen.

8. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die jeweils erforderlichen Mittel in den entsprechenden Wirtschaftsplänen sowie im Haushalt der Stadt Köln bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.18 Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung

1056/2020

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0849/2020

Dazu habe ich auch eine Rede, die ich zu Protokoll gebe. Sie wissen, dass das für mich ein sehr wichtiges Thema ist. Wir haben schon mehrfach darüber gesprochen, dass man nach unserer Meinung diese Stadt nur steuern kann, indem man die Menschen rechtzeitig darüber informiert, was wir tun, und sie auch in ihrer Beteiligung ernst nimmt. - Herr Thelen.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin, ich danke Ihnen. Wir hatten vorhin kurz darüber gesprochen, ob dazu geredet werden soll. Jetzt geben Sie Ihre Rede zu Protokoll. Dann muss ich das natürlich auch tun.

Ich möchte aber trotzdem sagen: Das ist einer der bedeutendsten Beschlüsse, die wir fassen, um die demokratische Basis aller unserer Arbeit zu stärken. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer.

Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, ich habe gar keine Rede vorbereitet und kann deswegen auch nichts zu Protokoll geben. Es wird aber ganz schnell gehen. Wir haben einen

Änderungsantrag gestellt. Natürlich bedanken wir uns auch beim Beirat für die Arbeit in Sachen Öffentlichkeitsbeteiligung.

Wir haben nur eine Ergänzung. Wir wünschen uns nämlich, dass zusätzlich auch die Wirtschaft in dem Gremium vertreten ist. Heute haben wir ja sehr gut darüber diskutiert, wie wichtig es gerade in Corona-Zeiten ist, unsere Stadt und unseren lokalen Handel zu unterstützen. Deswegen hätten wir es gerne, dass dort auch Unternehmer und Gewerkschaften zu Wort kommen. Denn es geht auch um Arbeitsplätze, und es geht um die wirtschaftliche Stärke unserer Stadt. Deswegen würden wir sie gerne auch im Gremium vertreten wissen, ohne dass wir diesen Beirat ausweiten.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Herr Thelen.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Mit diesem Änderungsantrag wird, denke ich, impliziert, dass der trialogische Beirat, in dem Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft vertreten sind, nicht die Belange der Wirtschaft, und zwar des gesamten Wirtschaftsbereichs, beachtet.

Ich halte es für unbegründet, den Beirat insofern zu erweitern. Wir haben seit fünf Jahren Erfahrung mit dieser trialogischen Besetzung und wissen, dass dort tatsächlich alle Dinge, die für die Stadt Köln wichtig sind, besprochen werden.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Herr Thelen, Frau Hoyer hat auch ausdrücklich gesagt, der Beirat solle personell nicht ausgeweitet werden, wenn ich das richtig verstanden habe.

(Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen]: Das geht ja gar nicht!)

Herr Struwe, ist das ein Geschäftsordnungsantrag?

Rafael Struwe (SPD): Das ist nur ein Wortbeitrag zum Änderungsantrag. - Die Zusammensetzung dieses Beirates war Gegenstand intensivster Auseinandersetzungen innerhalb dieses Gremiums. Wir haben jetzt hier eine Vorlage, die auch Gegenstand intensiver Auseinandersetzung in dem Gremium war. Ich fände es einfach nicht gut, wenn wir als Rat mittels Änderungsanträgen dem Gremium Dinge hineingeben würden, die dort niemals einen breiten Konsens hatten. Deswegen möchte ich wirklich alle bitten, diesen Änderungsantrag abzulehnen.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich über den Änderungsantrag abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Nun lasse ich über die Vorlage in der ursprünglichen Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. - Herr Wortmann, dagegen?

(Walter Wortmann [Freie Wähler Köln]: Ja!)

- Ach so, gut. Dann gab es eine Gegenstimme von Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Keine weiteren. Dann ist die Vorlage so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Änderung:

„Dieser ist ein trialogisches Gremium aus Stadtgesellschaft, Politik und Verwaltung.“ (Punkt 4, Satz 2)

wird ersetzt durch

„Dieser ist ein Gremium aus Stadtgesellschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft (Unternehmen und Gewerkschaften).“

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion abgelehnt.

II. Abstimmung über die Ursprungsvorlage Beschluss:

1. Der Rat beschließt die Leitlinien für Öffentlichkeitsbeteiligung der Stadt Köln (Anlage 1).

2. *Der Rat beschließt die verbindliche Umsetzung der Leitlinien für Öffentlichkeitsbeteiligung*

   - *ab sofort für das bisherige Pilotgremium, den Ausschuss für Umwelt und Grün (AUG),*

   - *ab 2021 für alle Vorlagen des Dezernates III Mobilität und Liegenschaften, bei denen der Verkehrsausschuss das Entscheidungsgremium ist,*

   - *ab 2022 für alle Vorlagen des Dezernates III Mobilität und Liegenschaften, die ein Mobilitätsthema als Beschlussgegenstand aufweisen.*

3. *Der Rat beschließt, das Büro für Öffentlichkeitsbeteiligung für die Umsetzung der Leitlinien für Öffentlichkeitsbeteiligung dauerhaft einzurichten und erkennt den durch den Haushaltplan finanzierten Gesamtbedarf in Höhe von 3.958 Tsd. € für die Jahre 2020 bis 2024 an (siehe Kostenübersicht Systematische Öffentlichkeitsbeteiligung in Anlage 2a). Es ist ein kooperatives Büro der Verwaltung zusammen mit einer stadtgesellschaftlichen Trägerin beziehungsweise einem stadtgesellschaftlichen Träger, die beziehungsweise der in einem Auswahlverfahren bestimmt wird.*

4. *Der Rat beschließt, dass die Umsetzung der Leitlinien für Öffentlichkeitsbeteiligung weiterhin durch einen Beirat Öffentlichkeitsbeteiligung begleitet wird. Dieser ist ein trialogisches Gremium aus Stadtgesellschaft, Politik und Verwaltung.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimme von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
RM Thelen und Frau Oberbürgermeisterin Reker geben ihre Wortbeiträge schriftlich zu Protokoll.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.19 Änderung der Betriebssatzung der Bühnen der Stadt Köln

1084/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Betriebssatzung für die Bühnen der Stadt Köln in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung (siehe Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.20 Energieberatung für Privathaushalte durch die Verbraucherzentrale - Fortführung nach 2020

1109/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Verbraucherzentrale NRW bei der Durchführung der Energieberatung für Privathaushalte in Köln über den aktuellen Zeitraum bis Ende 2020 hinaus, in der Zeit von 2021 bis 2026, mit einem unveränderten Zuschuss zu unterstützen.

Die notwendigen Mittel in Höhe von 57.500 Euro (Brutto) pro Jahr wurden im Haushaltsplan 2020/2021 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung beim Teilergebnisplan 1401, Umweltordnung, -vorsorge, bei der Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, veranschlagt.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der ergänzenden Finanzierung der Energieberatungsstelle aus Mitteln des Landes NRW

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.22 Neubau der Sekundarstufe II und Umbaumaßnahmen im Bestand am Standort der Gesamtschule Dellbrücker Mauspfad 198-200, 51069 Köln - Bau- und Vergabebeschluss

1188/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat genehmigt den Entwurf sowie die Kostenberechnung für den Erweiterungsbau des Schulgebäudes für die Gesamtschule Dellbrücker Mauspfad 198-200, 51069 Köln-Dellbrück.*

   Die Gesamtkosten inklusive Einrichtung für eine Realisierung im Passivhausstandard betragen circa 8.130.000 Euro brutto (Baukosten in Höhe von rund 7.843.000 Euro und Einrichtungskosten in Höhe von rund 287.000 Euro).

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Firma Hochtief PPP Schulpartner Köln P1 GmbH & Co. KG entsprechende Vereinbarungen zur Durchführung des Neubaus für die Sekundarstufe II, Maßnahmen im Bestand, Abriss des Pavillonbaus und den späteren Betrieb zu schließen.*

3. *Zudem genehmigt der Rat einen Risikozuschlag von 10 % bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtbaukosten gemäß Kostenberechnung. Dies entspricht einem Betrag von 780.000 Euro. Durch den Baubeschluss wird jedoch lediglich das Maßnahmenbudget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verfügen.*

   Die an den Betreiber Hochtief PPP Schulpartner Köln P1 GmbH & Co. KG, Alfredstr.236, 45133 Essen zu zahlenden Entgelte für die Bauleistungen nach vertraglich vereinbartem Zahlungsplan und das ab Vertragsbeginn zu zahlende Entgelt für die Betriebsleistungen werden über den Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft abgewickelt.

   Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen des dann gültigen Flächenverrechnungspreises. Auf Basis des derzeitigen Flächenverrechnungspreises ergäbe sich für den Erweiterungsbau eine jährliche Spartenmiete inklusive Nebenkosten und Kosten für Reinigung in Höhe von rund 189.039 Euro, die ab dem Haushaltsjahr 2023 aus noch zu veranschlagenden Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben finanziert wird.

   Die konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich 205.000 Euro sind im Haushaltsjahr 2023 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben zu veranschlagen. Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich

   82.000 Euro erfolgt zum Haushaltsjahr 2023 aus zu veranschlagenden Mitteln der Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.23 Ernährungsstrategie für Köln und Umgebung

2567/2019

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Umweltausschuss, Finanzausschuss und Wirtschaftsausschuss.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Ausschusses für Umwelt und Grün vom 04.06.2020 (Anlage 4)), des Finanzausschusses vom 15.06.2020 (Anlage 5) und des Wirtschaftsausschusses vom 16.06.2020 (Anlage 6):

Der Rat der Stadt Köln

1. *begrüßt das Strategiepapier „Impulse für die kommunale Ernährungswende – Eine Ernährungsstrategie für Köln und Umgebung; Handlungsfelder, Bestandsaufnahme und Zielvorgaben“ (Anlage 1). Der Rat betrachtet die Ernährungsstrategie als Leitlinie für zukünftige politische Entscheidungen einer kommunalen Ernährungspolitik.*

2. *beauftragt die Verwaltung, ein ernährungsspezifisches Maßnahmenprogramm für den kommunalen Wirkungskreis zu entwickeln und für den Umsetzungsprozess eine dezernatsübergreifende Arbeitsstruktur zu schaffen. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt unter dem Vorbehalt der Finanzierung.*

3. *beschließt die beitragsfreie Mitgliedschaft der Stadt Köln im „Netzwerk der Bio - Städte, -Gemeinden und -Landkreise“ und beauftragt die Verwaltung, eine entsprechende Kooperationsvereinbarung abzuschließen.*

4. *beschließt, den „Ernährungsrat Köln und Umgebung“– über die bisher festgelegte Laufzeit (siehe Beschlussvorlage 0515/2017) hinaus – für weitere fünf Jahre bis zum Jahresende 2024 zu unterstützen und den Zuschuss ab 2020 von bislang 50.000 € auf 75.000 € p.a. anzuheben. Die Mittel sind im Haushaltsplan 2020/2021, für die Jahre 2020 bis 2024, im Teilergebnisplan 1401, Umweltordnung, -vorsorge, bei Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, veranschlagt.*

   Darüber hinaus beschließt der Rat für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 zur Unterstützung des „Ernährungsrates Köln und Umgebung“ einen zusätzlichen Zuschuss in Höhe von jeweils 90.000 € p.a. Auch diese Mittel stehen im Teilergebnisplan 1401, Umweltordnung, -vorsorge, bei Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, zur Verfügung. Somit erhöht sich der Gesamtzuschuss in den Haushaltsjahren 2020 und 2021 auf 165.000 € p.a.

   Die Stadt Köln wird als festes Mitglied im „Ernährungsrat Köln und Umgebung“ weiterhin durch den Beigeordneten des Dezernates für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Wohnen bzw. den Amtsleiter des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes vertreten.

5. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Sinne einer regionalen Versorgung eine regionale Beteiligung am Ernährungsrat zu erreichen und dafür in den Nachbarkreisen und der Regio Köln-Bonn zu werben.*

Über die Ergebnisse ist dem Ausschuss spätestens in einem Jahr zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.24 Zügigkeitserweiterung des Leonardo-da-Vinci-Gymnasiums, Blücherstraße 15-17, 50733 Köln-Nippes zum Schuljahr 2021/22

3032/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW, die Zügigkeit des Leonardo-da-Vinci-Gymnasiums, Blücherstraße 15-17, 50733 Köln-Nippes, zum Schuljahr 2021/22 unter Nutzung von Schulraumkapazitäten des benachbarten Schulstandortes Bülowstraße 90, 50733 Köln-Nippes, von 3 Zügen auf 4 Züge in der Sekundarstufe I und von 5 Zügen auf 6 Züge in der Sekundarstufe II zu erweitern.*

2. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz NRW die Genehmigung für diesen Beschluss einzuholen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.25 Fortschreibung Förderkonzept „Lastenräder für Köln“ - Förderaufruf 2020/2021

1214/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat stimmt der Fortentwicklung des Förderkonzeptes „Lastenräder für Köln“zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung für die Jahre 2020 und 2021. Der Förderzeitraum startet erst nach Ablauf einer mindestens vierwöchigen Vorankündigungsfrist.

Der Verkehrsausschuss wird regelmäßig von der Verwaltung über die Umsetzung des Förderkonzeptes informiert.

2. Der Rat beschließt die Freigabe der zur Umsetzung des Förderkonzeptes erforderlichen Auszahlungsermächtigung in Höhe von 500.000 € im Teilfinanzplan 1201 – Straßen, Wege, Plätze, in der Teilplanzeile 11 – Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen, bei der Finanzstelle 6601-1201-0-AZ01 – aRAP Lastenfahrräder für die Haushaltsjahr 2020 und 2021.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.26 Erstellung eines Neubaus für die katholische Grundschule Kapitelstr. mit einer Einfachturnhalle in der Thessaloniki-Allee, Köln-Kalk

Baubeschluss

3198/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat genehmigt den Vorentwurf und die vertiefte Kostenschätzung und stellt den Bedarf für den Neubau eines Schulgebäudes mit einer Einfachturnhalle für die katholische Grundschule Kapitelstr. in der Thessaloniki-Allee, 51103 Köln mit Gesamtkosten in Höhe von rund 26,218 Mio.€ brutto (inklusive Indexsteigerung bis Baubeginn von 7,3 % auf die Kostengruppen 200 bis 500 und 700 sowie 1,28 Mio.€ für die Einrichtungskosten) fest.

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Submission, Baudurchführung und Einrichtung.

Zudem genehmigt der Rat einen Risikozuschlag von 30% bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtkosten gemäß vertiefter Kostenschätzung. Durch den Baubeschluss wird jedoch lediglich das Maßnahmenbudget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach Genehmigung des Rates, verfügen.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises.

Auf Basis der derzeitigen Flächenverrechnungspreise ergäbe sich eine jährliche Spartenmiete, inklusive Nebenund Reinigungskosten, in Höhe von rund 539.500 €, die voraussichtlich ab dem Haushaltsjahr 2022 aus zu veranschlagenden Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben finanziert wird.

Die konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 896.000 € sind im Haushaltsjahr 2022 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben zu veranschlagen. Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von rund 384.000 € erfolgt zum Haushaltsjahr 2022

aus zu veranschlagenden Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben.

2. Der Rat beschließt die Zusetzung einer Hausmeisterstelle nach EG 6 Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) mit Inbetriebnahme der Schule.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.27 Verteilung der Mittel zur Förderung von neuen Interkulturellen Zentren und die Verwendung des übergreifenden Budgets für Interkulturelle Zentren Köln für das Haushaltsjahr 2020

0887/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt auf der Grundlage der Haushaltssatzung über die Verwendung der Haushaltsmittel

- *in Höhe von weiteren 37.066,-€ für die Zentrenförderung gemäß Anlage 1, vorbehaltlich der Anerkennung dieser Zentren durch den Ausschuss Soziales und*

Senioren und

- *über das übergreifende Budget in Höhe von 10.000,-€.*

Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in Zeile 15, Transferleistungen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.28 Erstellung eines Neubaus für eine Grundschule mit einer Einfeldsporthalle in der Statthalterhofallee, 50858 Köln-Junkersdorf

Baubeschluss

3270/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt den Vorentwurf und die vertiefte Kostenschätzung für den Neubau der Grundschule inklusive einer Einfeldsporthalle in der Statthalterhoffalle, 50858 Köln-Junkersdorf mit Bruttobaukosten in Höhe von 24.990.000 € (inclusive Indexsteigerung bis Baubeginn von 7,3% auf die Kostengruppen 200 bis 500 und 700) zuzüglich 1.304.353 € brutto Einrichtungskosten, daraus ergeben sich Gesamtkosten von 26.294.353 € und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung sowie Einrichtung der Schule.

Zusätzlich genehmigt der Rat einen Risikozuschlag von 30% bezogen auf die nichtindizierten Gesamtkosten gemäß vertiefter Kostenschätzung. Durch diesen Beschluss wird lediglich das Budget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Rat verfügen.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises.

Auf Basis der derzeitigen Flächenverrechnungspreise ergäbe sich eine jährliche Spartenmiete inkl. Neben- und Reinigungskosten in Höhe von rund 531.000 €, die voraussichtlich ab dem Haushaltsjahr 2022 aus zu veranschlagenden Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, finanziert wird.

Die konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich 835.224 € sind im Haushaltsjahr 2022 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben zu veranschlagen. Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von

voraussichtlich 469.129 € erfolgt zum Haushaltsjahr 2022 aus zu veranschlagenden Mitteln des Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.31 Regionalplanüberarbeitung, Modul III - Empfehlungen zur Darstellung neuer Siedlungsbereiche (ASB und GIB) als Optionen zur Weiterentwicklung der wachsenden Stadt

2887/2019

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Stadtentwicklungsausschuss, Anlage 20.

Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Stadtentwicklungsausschusses vom 16.06.2020 (Anlage 20):

1. *Der Rat bekennt sich zu den Herausforderungen der wachsenden Stadt, insbesondere vor dem Hintergrund der Verantwortung der Stadt Köln für die Zukunft unserer Stadt und der Entwicklung eines gemeinsamen nachhaltigen regionalen Ansatzes.*

2. *Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die in der Vorlage benannten Flächen nach Herstellung der Verwaltungsmeinung aufgrund des knappen Zeitrahmens an die Bezirksregierung übermittelt wurden, um dort die Weiterarbeit des Planwerks zu ermöglichen. Die Bezirksregierung Köln hat die von der Verwaltung eingebrachten Vorschläge – bis auf wenige Ausnahmen – in das Plankonzept für die Umweltprüfung übernommen.*

3. *Der Rat bedankt sich bei der Verwaltung für die umfassende Vorarbeit sowie bei den Bezirksvertretungen für die Beratungen und nimmt die Beschlüsse zur Kenntnis, um diese in das weitere Verfahren einfließen zu lassen. Ebenso nimmt der Rat die bereits erfolgte Beratung und Beschlussfassung im Regionalrat zur Kenntnis und erwartet das Ergebnis der umfassenden Umweltprüfung durch die Bezirksregierung. Der Rat wird sich nach der Umweltprüfung mit den verbliebenen Teilflächen beschäftigen und behält sich vor, im Rahmen des Verfahrens weitere Flächen zu benennen. Die Bezirksregierung wird gebeten, die lokale Expertise der Bezirksvertretungen zu würdigen.*

4. *Der Rat nimmt die von der Verwaltung benannten Flächen mit besonderer ökologischer Funktion zur Kenntnis. Er erwartet die Klärung der Schutzwürdigkeit im Rahmen der Umweltprüfung durch die Bezirksregierung und die Nicht-Berücksichtigung der jeweiligen Flächen im weiteren Verfahren.*

5. *Der prognostizierte Flächenbedarf muss in eine regionale Gesamtstrategie eingepasst werden. Flächen für Wohnungsbau und Gewerbeflächen müssen in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt und langfristig entwickelt werden. Dabei sind die Ziele der Kölner Stadtstrategie ebenso zu beachten, wie die Belange der regionalen Partner. Darüber hinaus ist auf den Ausgleich der Interessen des Umwelt-, Natur- und Klimaschutzes, sowie der Belange der Klimawandelvorsorge, mit der notwendigen Bereitstellung einer umfassenden Infrastruktur zu achten.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.32 Umsetzung Einzelhandels- und Zentrenkonzept

hier: Zentrenbudget - Aktualisierung von Konzept und Förderrichtlinie zur Aktivierung privater Initiativen in Geschäftszentren

1541/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Aktualisierung von „Konzept und Förderrichtlinie zur Aktivierung privater Initiativen in Geschäftszentren – Zentrenbudget“ (s. Anlage 1).

Als Beitrag zur Bewältigung der Folgen der Coronakrise beschließt der Rat zusätzlich eine Anhebung des maximalen Förderbetrags von bisher 2.499 € auf 4.999 € (netto) sowie eine Absenkung des Eigenanteils der Antragsteller von bisher 50 % auf 20 % bis Ende 2020. Ab 2021 gelten wieder die bisherigen Förderbedingungen (maximaler Förderbetrag in Höhe von 2.499 € netto und 50 % Eigenanteil des Antragstellers), sollte kein anderslautender Beschluss erfolgen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.33 2. Maßnahmenpaket für Schulbauprojekte Neubau/Erweiterung/Generalsanierung von Schulgebäuden durch Total- oder Generalunternehmer

1474/2020

Wortmeldungen? - Herr Philippi.

Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In aller Kürze: Wir haben unter dem Tagesordnungspunkt 4.7 eine Anfrage mit fünf Fragen zu dieser Vorlage gestellt.

Unsere Fraktion bittet um Verschiebung dieser Vorlage in die nächste Ratssitzung am 29. Juni 2020.

Es ist mit der Vorlage sicherlich etwas unglücklich gelaufen, sodass in den zuständigen Fachausschüssen keine weitere Vorberatung laufen konnte, also weder im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft noch im Schulausschuss.

Deshalb bitten wir darum, im Lichte der Beantwortung dieser fünf Fragen unter TOP 4.7 die Vorlage in die nächste Ratssitzung zu schieben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Greitemann.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe SPD-Fraktion, Herr Philippi, ich kann die fünf Fragen beantworten. Ich habe die Antworten auf meinem Mäusekino drauf und könnte sie jetzt vorlesen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn ich sie vortragen darf, mache ich das in aller Kürze, auch wegen der Zeit, und ohne große Vorrede.

Zu 1.: Die Verwaltung hat auf Grundlage der belastbaren Planzahlen der integrierten Schulentwicklungsplanung und der priorisierenden Schulbaumaßnahmenliste eine für die Umsetzung jeweils optimale Beschaffungsform gewählt und konkrete Maßnahmen benannt. Nach Möglichkeit soll hierbei erneut eine Vergabe an Total- und Generalunternehmer erfolgen. Dabei sollen möglichst zu gleichen Anteilen das maßgebliche Auswahlkriterium die Schaffung von zusätzlichen Schulplätzen und die Verhinderung eines Wegfalls von bestehenden Schulplätzen sein. Das haben wir gemeinsam mit dem Dezernat IV, mit Herrn Voigtsberger, durchgesprochen.

Entsprechend dieser Vorgabe wurde in enger Abstimmung dieses Programm aufgestellt. Bei den Maßnahmen handelt es sich überwiegend um solche, die in der priorisierenden Schulbaumaßnahmenliste den Prioritäten GI 1 oder A zugeordnet sind. Im Weiteren wurden zwei in der Priorität GI 2, zwei in der Priorität B sowie eine in der Priorität C verortete Maßnahme in das Paket aufgenommen. Die Berücksichtigung dieser Maßnahmen resultiert aus den Erkenntnissen der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung 2020. Die Aufnahme der GI-2-Maßnahme Gemeinschaftsgrundschule Hohe Straße im Stadtbezirk 7 erfolgte aufgrund der Diskussionen im Ausschuss für Schule und Weiterbildung bzw. des Beschlusses der Bezirksvertretung Porz.

Im Weiteren wurde die Auswahl nach folgenden Kriterien vorgenommen: Die Grundstücke sind vorhanden und im Eigentum der Stadt, und es liegt Planrecht vor. Ausnahme: Neubau Gesamtschule Fitzmauricestraße; Planungsrecht liegt vor, und der Kaufvertrag ist endverhandelt, aber der Ankauf selbst erfolgt in 2021. - Das ist das eine Kriterium.

Das zweite Kriterium ist: Der Ausbau der Sanierungsmaßnahmen zur Sicherung bestehender Schulplätze erfolgt anhand einer baufachlichen

Beurteilung des Gebäudezustandes nach Dringlichkeit.

Zu 2.: Der Bebauungsplan für den Bereich Schmiedegasse ist noch nicht rechtskräftig. Das Bebauungsplanverfahren Südliche Schmiedegasse soll inklusive der parallel erfolgenden Flächennutzungsplanänderung bis Ende 2021 abgeschlossen sein. Der Stadtentwicklungsausschuss hat am 30. Januar 2020 die 200. Änderung des FNP - Arbeitstitel: Südliche Schmiedegasse - beschlossen. Im weiteren Verfahren sind hierfür notwendige Gutachten wie zum Beispiel Verkehrsgutachten einzuholen. Daher kann ein Auftrag an externe Dritte noch nicht erteilt werden. Dies würde das B-Planverfahren angreifbar machen.

In dieser Sache auch ein Hinweis von meiner Seite: Vergleichbar ist die Sachlage im Planverfahren „Südliche Friedensstraße in Porz-Elsdorf“.

Aus diesem Grund konnte die Maßnahme „Gesamtschule Schmiedegasse“ nicht in das 2. GU/TU-Paket aufgenommen werden.

Eine private Anmerkung: Herr Voigtsberger und ich hätten sie gerne schon mit darin gehabt. Aber das ist einfach der Riegel davor.

Das Projekt Schmiedegasse wird in der aktuellen Fortschreibung der priorisierenden Schulbaumaßnahmenliste unter Priorität A geführt.

Jetzt wieder eine persönliche Anmerkung von Herrn Voigtsberger und mir: Wir werden mit Sicherheit im nächsten Jahr auch noch einmal ein kleines Paket auflegen müssen und wollen.

Zu 3.: Hinsichtlich der Auswahlkriterien wird auf die Beantwortung zu Frage 1 verwiesen. Die Auswahl der Maßnahmen erfolgte aus schulfachlicher und baufachlicher Sicht durch die Fachverwaltung. Die Schulbaumaßnahmenliste umfasst derzeit 192 Maßnahmen, sodass nicht alle Bedarfe berücksichtigt werden.

Der bauliche Zustand der Europaschule/Gesamtschule am Raderthalgürtel erfordert dringend eine Generalsanierung. Der Verwaltungsvorschlag zur Zügigkeitserweiterung von sechs Zügen auf acht Züge ist Bestandteil der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung von 2020 - Maßnahme M25. Eine Gremienbeteiligung zur Zügigkeitserhöhung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen des schulrechtlichen Änderungsbeschlusses.

Zu 4.: Die Gebäudewirtschaft wird anhand einer noch durchzuführenden Wirtschaftlichkeitsbetrachtung entscheiden, ob die Bestandsgebäude saniert oder neu gebaut werden. Unabhängig davon, ob Sanierung oder Neubau erfolgt, ist das Ziel, die Maßnahmen innerhalb eines Zeitraumes von fünf bis sieben Jahren zu realisieren.

Zu 5.: In der Ratssitzung am 12. Dezember 2019 hat der Rat die Fortschreibung der priorisierenden Schulbaumaßnahmenliste zur Kenntnis genommen. Der Rat hat in dieser Sitzung bereits einigen Clusterungen zugestimmt. Durch die Bündelung von Schulbaumaßnahmen werden Synergieeffekte erzeugt, die zu einem effizienteren Abarbeiten führen.

Die Verwaltung wird neben diesen Maßnahmen und dem 2. GU/TU-Paket noch weitere Beschleunigungsmöglichkeiten wie beispielsweise die Gründung einer Schulbaugesellschaft oder die verstärkte Realisierung von Schulbauten im Investorenverfahren dem Rat zur Umsetzung vorschlagen, sofern wir in der Prüfung dazu kommen, dass das der richtige Weg ist.

Abschließend noch eine persönliche Anmerkung, die hier noch nicht drinsteht - ich werde sie noch hinzufügen; dann bekommen Sie das auch schriftlich vorgelegt -: Nach Rücksprache mit Herrn Voigtsberger weise ich noch einmal darauf hin, dass wir intensiv in den Gesprächen und in der Arbeit sind, Investorenprojekte aufzulegen, weil wir nach wie vor noch Grundstücke für weitere gymnasiale Plätze und vor allen Dingen auch für Gesamtschulplätze suchen. - Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Ein letzter Hinweis: Es tut mir leid. Ich habe das vorhin direkt vor der Sitzung per E-Mail bekommen. Deswegen habe ich es jetzt hier vorgetragen. Sonst hätten Sie es auch im Vorhinein per Session schriftlich hochgeladen bekommen. Aber das war nicht mehr möglich.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Schlieben.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Lieber Herr Greitemann, es muss Ihnen gar nicht leidtun. Ich sehe gerade, dass Sie die Fragen am 18. Juni 2020 ins Büro der Frau Oberbürgermeisterin bekommen haben. Ist der 18. Juni etwa heute? - Ja. Sie haben sie

also heute bekommen. Dafür ist Ihre Ausführung, die Sie ja auch mit dem zweiten zuständigen Dezernenten abgesprochen haben, mehr als ausreichend, sehr detailliert und durchaus interessant, finde ich. Wir konnten ihr auch an vielen Punkten folgen.

Deshalb gibt es überhaupt keinen Grund, dieses große Paket heute nicht zu verabschieden. Daher werden wir - das erkläre ich für meine Fraktion - dieser Vorlage selbstverständlich hier und heute zustimmen, um das Ganze endlich auf den Weg zu bringen. - Vielen Dank, Herr Greitemann. Vielen Dank, Herr Voigtsberger.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Thelen und dann Herr Philippi.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Ich folge Herrn Schlieben. Wir können heute darüber abstimmen. Ich denke, die Fragen sind gründlich und deutlich beantwortet, und die Antworten machen die Situation klar.

Ich gebe meine Rede zu Protokoll.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Philippi, Frau Laufenberg und Herr Weisenstein.

Franz Philippi (SPD): Ich bin offensichtlich nicht mehr ganz so fit wie meine beiden Vorredner. Ich konnte Herrn Greitemann zwar einigermaßen folgen. Aber das kam ja schon wie aus der Pistole geschossen. Insofern möchte ich mir das schon noch einmal schriftlich anschauen.

Wir würden gerne bei diesem Vertagungsantrag bleiben. Falls man heute über diese Vorlage abstimmen will, wird sich unsere Fraktion bei der Abstimmung enthalten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. - Dann lasse ich erst über den Vertagungsantrag abstimmen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ich habe einen Redebeitrag!)

- Ein Vertagungsantrag ist ein Antrag zur Geschäftsordnung. Darüber muss ich zuerst abstimmen lassen. Es ist leider so. - Aber Sie hatten sich schon vorher gemeldet; das stimmt. Frau Laufenberg und dann Herr Weisenstein.

Sylvia Laufenberg (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP-Fraktion wird hier der Verwaltungsvorlage folgen. Wir möchten auch nicht vertagen. Herr Greitemann hat die Fragen der SPD-Fraktion gerade intensiv und ganz hervorragend beantwortet.

Uns freut, dass wir das 2. Maßnahmenpaket jetzt endlich zügig auf den Weg geben. Wie ich im letzten Rat ausgeführt habe, hätten wir hier eigentlich schon das 5. oder 6. Maßnahmenpaket auf den Weg bringen können, wenn dieser Rat in den letzten Jahren mutiger gewesen wäre und schon längst gesagt hätte: Generalunternehmer sind kein Teufelswerk, sondern das Instrument, mit dem wir unsere Schulen bauen können.

Deswegen herzlichen Dank, Herr Greitemann - auch dafür, dass Sie, wie Sie gerade dargestellt haben, weitere Investoren akquirieren, damit der Schulbau weiterläuft. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Rede zu Protokoll!)

- Rede von Herrn Weisenstein zu Protokoll.

Jetzt lasse ich über den Vertagungsantrag abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. Wer wünscht die Vertagung dieser Vorlage? - Das ist die SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Vertagungsantrag abgelehnt.

Nun rufe ich die Vorlage zur Abstimmung auf. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der SPD und der LINKEN. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall bei der CDU)

I. Abstimmung über die Vertagung der Vorlage Beschluss:

Die Vorlage wird aufgrund noch offener Fragen bis zur Sondersitzung des Rates am 29.06.2020 zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

II. Abstimmung über die Vorlage

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens mit dem Ziel, die in der Vorlage genannten Schulbaumaßnahmen durch Totalunternehmer planen und errichten beziehungsweise durch Generalunternehmer errichten zu lassen.

Der prognostizierte Kostenorientierungswert für die Realisierung der Maßnahmen liegt zwischen 1,6 Mrd. Euro und 1,7 Mrd. Euro.

Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplans der Gebäudewirtschaft, die Refinanzierung über Mieten aus dem Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben auf Grundlage des nach Inbetriebnahme der Objekte gültigen Spartenverrechnungspreises.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und Die Linke. zugestimmt.

Anmerkung:
Verweisung in die Sondersitzung von RM Philippi beantragt.

Herr Beigeordneter Greitemann beantwortet die von der SPD-Fraktion gestellten Fragen in der Sitzung (siehe auch TOP 4.7).

RM Thelen und RM Kockerbeck geben ihre Wortbeiträge schriftlich zu Protokoll.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.35 Erstattung von Elternbeiträgen wegen Corona-bedingter reduzierter Öffnung der Kindertageseinrichtungen ab Juni 2020

1610/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Es gibt eine Wortmeldung von Herrn Bürgermeister Dr. Heinen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe den Teil der Rede, bei dem es sich um die Begründung handelt, dann zu Protokoll.

Wir haben am Anfang gesagt, dass wir zu den Punkten 10.35 und 10.36, ähnlich wie bei dem vorigen Beschlussvorschlag, noch Zeit zur Beratung haben möchten. Hier kamen ja die Antworten bzw. die Vorlagen eine Stunde vorher bzw. fast zur Ratssitzung, was eine Beteiligung - Sie haben eben von Öffentlichkeitsbeteiligung gesprochen und gesagt, wie wichtig Beratungen dabei sind - nahezu unmöglich macht. Eine solche Schnelligkeit ist also fast nicht möglich.

Wir wollen eigentlich einen Schritt weiter. In diesem Sinne würde ich jetzt gerne einen Änderungsantrag zu den beiden Vorlagen stellen. Eine ausführliche Begründung gebe ich zu Protokoll. Ich trage sie jetzt nicht vor, sondern sage einfach, dass unser Änderungsantrag lautet:

> … für die Monate Juni und Juli … beitragsfrei.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über beide Vorlagen mit beiden Änderungsanträgen abstimmen.

Wir beginnen mit TOP 10.35. Wer wünscht, dem Änderungsantrag zuzustimmen? - Das ist die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Nun lasse ich über die Vorlage unter TOP 10.35 abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist sie so beschlossen.

I. Abstimmung über den mündlichen Änderungsantrag Beschluss:

Für die Monate Juni und Juli werden die Eltern vom Elternbeitrag befreit.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

II. Abstimmung über die Ursprungsvorlage Beschluss:

Der Rat beschließt, dass für die Monate Juni und Juli 2020 wegen der um 10 Wochenstunden reduzierten Öffnung der Kindertageseinrichtungen und der weiteren Einschränkungen bei den Kindertagespflegestellen die Eltern nur den halben Elternbeitrag bezahlen müssen.

Das Land NRW erstattet die Hälfte des Ertragsausfalls.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Mündlicher Änderungsantrag von Herrn Bürgermeister Dr. Heinen. Er gibt seinen Wortbeitrag schriftlich zu Protokoll.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.36 Erstattung von Elternbeiträgen wegen des eingeschränkten Regelbetriebes an den Offenen Ganztagsschulen aufgrund von COVID-19 für Juni und Juli 2020

1823/2020

Auch hier lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die Vorlage abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

I. Abstimmung über den mündlichen Änderungsantrag Beschluss:

Für die Monate Juni und Juli werden die Eltern vom Elternbeitrag befreit.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

II. Abstimmung über die Ursprungsvorlage Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt vorbehaltlich der zu erwartenden Entscheidung des Ministeriums für Schule und Bildung NRW, dass aufgrund des eingeschränkten Regelbetriebes den Eltern für die Monate Juni und Juli die Elternbeiträge für die Offene Ganztagsschule zu 50% erstattet werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Mündlicher Änderungsantrag von Herrn Bürgermeister Dr. Heinen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bin bei TOP 11.1.

(Peter Kron [SPD]: Nein! Nicht noch einmal!)

- Nicht noch einmal. Genau. Diesen Tagesordnungspunkt haben wir schon behandelt. Er ist vorgezogen worden. Aber es war für manche ja so schön. Insofern könnten wir die Geschenke noch einmal einpacken.

Bei TOP 12.2 gilt genau das Gleiche.

Dann sind wir bei:

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Dellbrück

Arbeitstitel: Wasserwerkstraße in Köln-Dellbrück

1223/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Dellbrück –Arbeitstitel: Wasserwerkstraße in Köln-Dellbrück– für das Gebiet verlaufend von der Wasserwerkstraße im Westen, von den Grünflächen (Gemarkung Thurn-Strunden, Flur 70, Flurstück 280 und Gemarkung Wichheim-Schweinheim, Flur 10, Flurstück 79) im Norden, von der Heidestraße im Osten und von der Bergisch Gladbacher Straße im Süden in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 274. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

0905/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 274. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach

§ 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

17 Wahlen

17.1 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Umbesetzung von Ausschüssen“

AN/0836/2020

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Umbesetzung im Wahlausschuss für die Kommunalwahl und Integrationsratswahl 2020:

Wahl von Michael Weisenstein als stellvertretendes Mitglied anstelle von Jörg Detjen

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

18.1 KfW Wettbewerb „Modellprojekte Smart Cities“

0970/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, an dem auf 7 Jahre angelegten KFW-Förderprogramm „Modellprojekte Smart Cities: Stadtentwicklung und Digitalisierung“ teilzunehmen.*

2. *Der Rat erklärt die grundsätzliche Bereitschaft, die Projektinhalte entsprechend der Smart City Charta (Digitale Transformation in der Kommune nachhaltig gestalten) umzusetzen*

3. Vorbehaltlich des Zuschlags durch den Fördermittelgeber erkennt der Rat den Bedarf für den Eigenanteil (35% über den gesamten Projektzeitraum) in Höhe von voraussichtlich insgesamt 5,25 Mio. € in den Jahren 2020 bis 2027 an und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung).

Sofern die für Digitalisierungsprojekte veranschlagten Budgetanteile bei der konkreten Planung und Umsetzung von Einzelprojekten nicht ausreichen sollten, wird die Verwaltung ermächtigt, die Bedarfe durch haushaltsneutrale Umschichtungen innerhalb des projektverantwortlichen Fachdezernates zu decken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.2 Einrichtung einer Erstberatungsstelle für das Bundesprogramm „unternehmens-Wert:Mensch“

1371/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine.

(Zuruf von der AfD-Fraktion: Doch!)

- Gegenstimmen bei TOP 18.2?

(Zuruf von der AfD-Fraktion: Ja!)

- Ja, der AfD. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt die Übernahme der Trägerschaft und die Einrichtung der Beratungsstelle für das Programm „unternehmens-Wert:Mensch“ für den Zeitraum 01.06.2020 bis 30.06.2022 unter der Voraussetzung einer Förderung der zuwendungsfähigen Kosten in Höhe von 80% durch den Bund und die EU sowie einer anteiligen Übernahme der restlichen 20% durch die Kooperationspartner. Die Beratungsstelle wird für die Arbeitsmarktregion Köln tätig werden.

Die Maßnahme wird im Teilergebnisplan 1501, Wirtschaft und Tourismus abgebildet.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Damit haben wir das Ende des öffentlichen Teils erreicht.

Ich stelle die Nichtöffentlichkeit her und mache eine kurze Beratungspause von zehn Minuten.

(Schluss: 22.18 Uhr)

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 10.7

zu Protokoll gegebene Rede

Jörg Detjen *(DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker, sehr geehrte Anwesende, wir werden dieser Vorlage nicht zustimmen. Wir hatten bereits die letzte Vorlage wegen des üppigen Raumkonzepts für die Verwaltung abgelehnt. In der jetzigen Planung sind die Räume zwar reduziert und können beim weiteren Gang der Dinge gar entfallen.*

Aufgrund der gesamten Krisenlage halten wir es für angebracht, Demut zu zeigen und diese Investition zurückzustellen.

Es wäre an der Zeit, Museumsprojekte fertigzustellen, und dann zu überlegen, wie es weitergeht. - Der Rat sollte die Zeichen der Zeit erkennen. Deshalb auch unser Änderungsantrag.

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 10.10

zu Protokoll gegebene Rede

Güldane Tokyürek *(DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, DIE LINKE wird gegen die Verschärfung der Stadtordnung stimmen. Wir haben dabei vor allem zwei Kritikpunkte.*

Stück für Stück wird das städtische Leben in der Domumgebung mit immer neuen Verboten eingeschränkt. Alle zwei Jahre entscheidet der Rat über eine neue Verschärfung der Stadtordnung. Ich glaube nicht, dass diese weitere Einschränkung schon das Ende der Fahnenstange ist. Für diese Theorie spricht das vorgesehene totale Musikverbot auf dem Wallrafplatz.

Dabei gehören Straßenmusik, Straßenkünstler und Bettler zu einem lebendigen Stadtraum wie das Amen zur Kirche. Wer hier von einem vernünftigen Kompromiss spricht, übersieht, dass hier sehr alte Rechte eingeschränkt werden, und das nicht zum ersten Mal.

Die Anwohner und Gewerbetreibenden profitieren von den Vorteilen der zentralen Lage, genau wie die Straßenkünstler. Beide müssen auch die Nachteile akzeptieren - die Anlieger den Lärm, der auch nur tagsüber auftritt, die Künstler die Einschränkungen durch die Konkurrenz.

Wenn hier wirklich ein tragfähiger Kompromiss aller Beteiligten gesucht worden wäre, hätte es einen Dialog auf Augenhöhe geben müssen, auch mit den Musikern, so wie 2016 schon einmal. Gemeinsam hätte man kreative Lösungen finden können.

Das zweite Argument gegen die Beschlussvorlage ist die Funktionsweise der Messanlagen. Dabei geht es uns nicht um datenschutzrechtliche Befürchtungen. Wenn die Anlagen so arbeiten wie beschrieben, sehen wir hier keine Gefahr. Wir glauben aber, die Anlagen sind nicht in der Lage, die Verursacher von Lärm zweifelsfrei festzustellen.

Die neuen Messanlagen messen die Lautstärke, aber nicht, wer sie produziert. Das Ordnungsamt rückt aus, wenn die Anlage eine Überschreitung

der erlaubten Lautstärke angezeigt hat. Diese kann aber auch von einer Gruppe grölender Fußballfans stammen, die gerade vorbeigegangen ist. Letztlich können Verstöße nur dann zweifelsfrei bewiesen werden, wenn der Ordnungsdienst mit mobilen Lärmmessgeräten vor Ort ist.

Deshalb glauben wir nicht, dass diese Maßnahme funktionieren wird. Hier werden 25.000 Euro sinnlos verschwendet.

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 10.11

zu Protokoll gegebene Rede

Franz Philippi *(SPD): Die SPD-Fraktion verweist auf die Stellungnahme des Vereins mittendrin e. V. zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung; Anlage 19. Hierzu gibt es unter Anlage 20 eine Stellungnahme der Verwaltung. mittendrin e. V. kritisiert im Kern, dass die Vorlage der Verwaltung nicht inklusionsgerecht sei, insbesondere wegen des beabsichtigten Baus einer weiteren Förderschule „Geistige Entwicklung“ im künftigen Stadtteil Kreuzfeld.*

Die SPD-Fraktion nimmt hierzu wie folgt Stellung: Die SPD-Fraktion versteht das Dilemma der Verwaltung, dass in unseren Schulgebäuden einerseits drangvolle Enge herrscht und dass die Zahl der Kinder mit dem Förderbedarf „Geistige Entwicklung“ leider immer weiter zunimmt.

Dennoch basiert das gemeinsame Lernen auf der UN-Behindertenrechtskonvention und darf nicht in ein Nischendasein gedrängt werden. Von daher halten auch wir die Planungen zur Errichtung einer weiteren Förderschule im künftigen Stadtteil Kreuzfeld für problematisch. Wir nehmen insgesamt zu wenig Ambitionen wahr, die Inklusion und das gemeinsame Lernen voranzutreiben; dies gilt insbesondere wegen der fehlenden Impulse der Landesregierung. Wir erwarten von Verwaltung und Politik ein klares Bekenntnis zur Fortschreibung der Inklusion im Sinne des kommunalen Inklusionsplans für Kölner Schulen 3.0.

Wir werden die weitere Entwicklung in den Fokus nehmen und halten es für die dringliche Aufgabe der Mitglieder des neuen Rates, hier deutliche Akzente für die Weiterentwicklung des gemeinsamen Lernens an den Kölner Schulen zu setzen.

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 10.11

zu Protokoll gegebene Rede

Horst Thelen *(Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren! Die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung stellt einen großen Wurf für die Schullandschaft dar. Um die Hauptpunkte kurz zu nennen: In den nächsten zehn Jahren müssen 54 neue Schulen gebaut werden, das heißt, 30 Grundschulen, 21 weiterführende Schulen, zwei Berufskollegs und eine Förderschule. Dieses Programm ist überaus ehrgeizig, aber es ist aufgrund der wachsenden Schülerzahlen auch notwendig.*

Die wichtigsten Vorhaben in den nächsten fünf Jahren sind die Inbetriebnahme von sechs Gesamtschulen und sechs Gymnasien, um sowohl das Problem der fehlenden Plätze an Gesamtschulen wie auch das Problem der zusätzlichen circa 4 500 Plätze an Gymnasien wegen G9 annähernd zu lösen.

Wir begrüßen sehr, dass es eine Priorität für Gesamtschulen im Verhältnis von dreizehn zu acht gegenüber den Gymnasien gibt. Und falls die Gesamtschulen - wie es sinnvoll ist - jeweils sechszügig geplant werden, werden bis zum Schuljahr 2025/26 insgesamt 1 080 neue Gesamtschulplätze geschaffen, womit sich die Gesamtzahl auf circa 3 400 Plätze erhöht. Wenn man die Zahlen der Anmeldewünsche von diesem Jahr zugrunde legt, würde es dann ausreichend Plätze an Gesamtschulen geben.

Diese Entwicklungsplanung ist ausführlich diskutiert worden, in alle Bezirksvertretung gegangen und an alle Schulen. Die Bezirksvertretungen und viele Schulen haben Anregungen gegeben, und wir haben im Schulausschuss beschlossen, dass bei der konkreten Umsetzung der Vorhaben die Stellungnahmen der Bezirksvertretung und der Schulen Berücksichtigung finden. In dieser Form des Umgangs mit den Anregungen liegt die Gewähr, dass sie sinnvoll beachtet werden. Darin zeigt sich auch, wie ernst die Bezirksvertretungen und die Schulen genommen werden. Klar ist, dass wir zustimmen! - Vielen Dank.

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 10.11

zu Protokoll gegebene Rede

Heiner Kockerbeck *(DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, die Linksfraktion wird gegen die aktualisierte Schulentwicklungsplanung stimmen, weil sie den vielen Wünschen bei Eltern und Kindern nach Gesamtschulen nicht gerecht wird. Offenbar haben das schwarz-grüne Haushaltsbündnis und die Oberbürgermeisterin andere Prioritäten.*

Und das kann gesagt werden, obwohl bis 2030 elf neue Gesamtschulen angekündigt werden. Sollten diese endlich stehen, ist das eine stolze Zahl. Das Papier kündigt an, dass bis 2025 sechs Gesamtschulen gebaut werden. Das ist ein Fortschritt gegenüber früheren Planungen. Allerdings heißt es einschränkend: „im Idealfall“ bis 2025. So ganz glaubt offenbar bei den Fachleuten der Verwaltung niemand, dass das auch wirklich klappt, sondern nur „im Idealfall“. Es können also gut und gerne ein paar Jahre mehr werden.

Die große Kölner Lücke bei den Gesamtschulplätzen existiert seit rund 15 Jahren. 2007 gab es bereits 900 Kinder, die an Gesamtschulen keinen Platz fanden. 2020 waren es 951. Das vorliegende Planungspapier bezeichnet auf Seite 28 das Jahr 2030 als das Jahr, in dem kein Kind mehr an einer Gesamtschule abgelehnt werden muss. In zehn Jahren - diese Zielsetzung ist völlig inakzeptabel!

Sie sendet den Eltern und Kindern der Stadt, die sich eine Gesamtschule wünschen, die Botschaft: Es tut uns leid, aber da bei den Gymnasien der Wechsel von G8 zu G9 bevorsteht, müssen wir neue Gymnasien bauen. Ihr werdet noch bis 2030 warten, bis es genügend Gesamtschulen gibt. Diese Ungleichbehandlung der Schulformen wäre nicht nötig, wenn die schwarz-grüne Koalition für Bildung mehr täte, wenn sie für diesen Bereich mehr Geld zur Verfügung stellen würde.

Stattdessen werden Eltern und Kinder der Stadt in zwei Klassen aufgeteilt: Erstens kommen diejenigen, die Gymnasien und das dreigliedrige System bevorzugen. Zweitens kommen diejenigen, die eine Schule möchte, die für alle Kinder da ist,

die inklusiv ist; eine Schule, die alle Talente, gleich welcher sozialen Herkunft, fördert.

Hinzu kommt, dass die Prognosen für den Bedarf an Gesamtschulplätzen sehr unsicher sind. Sie sind wahrscheinlich zu niedrig. Ich nenne zwei Beispiele:

Erstens räumen die Planer der Stadt gewissenhaft ein, dass die Zahl der geplanten Gesamtschulen nur dann ausreicht, wenn der Prozentanteil an Anmeldungen an ihnen nicht weiter steigt. Dieser Anteil ist in den vergangenen zehn Jahren aber stetig angestiegen. Und selbst 2020 war die Zahl der Anmeldungen an Gesamtschulen um 5 Prozent höher als noch 2019, entgegen den Prognosen im Papier, dessen Zahlen von Anfang des Jahres stammen.

Zweitens geht die Planung davon aus, dass die Klassen um 2030 noch genauso groß sind wie 2019. Ein pädagogischer Albtraum, über den viele Fachleute nur den Kopf schütteln können! Die Landesregierung NRW sieht schon heute in einem zwei Jahre alten Erlass vor, dass Schulen der Inklusion, also alle Gesamtschulen, durchschnittlich 25 Kinder pro Klasse aufnehmen sollen. Die können damit Inklusionsklassen mit 23 Kindern bilden, wenn die übrigen Klassen 28 Kinder haben.

Diese Soll-Regelung wird aber von der Stadt wegen der Probleme bei Schulbau nicht umgesetzt. Die Klassen haben 25 bzw. 30 Kinder. Das heißt: Die Klassen sollen - gegen die Empfehlung des gültigen Erlasses - noch bis 2030 so groß sein wie heute! Das ist ein Schlag gegen alle Schulen, die sich für die Inklusion engagieren. Das ist ein Schlag gegen alle Hoffnungen, dass die Klassen endlich überall kleiner werden.

Deshalb fordert DIE LINKE, dass die Stadt für den Bau neuer Gesamtschulen und für eine Verstärkung der städtischen Bauabteilung mehr Geld ausgibt. Plätze an Gymnasien und Plätze an Gesamtschulen müssen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es ist genug für alle da. Es muss dafür aber ein Ausbauprogramm für zwölf Gesamtschulen bis 2025 geben, für 1 500 Plätze zusätzlich. Köln darf nicht noch zehn Jahre diejenige Stadt in NRW mit der großen Gesamtschullücke sein, die Stadt, die jährlich 800 bis 1 000 Kinder nicht eine Gesamtschule besuchen lässt!

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 10.18

zu Protokoll gegebene Rede

Horst Thelen *(Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren! Eines der bedeutendsten Vorhaben zur Stärkung der demokratischen Basis aller politischen Arbeit macht einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Weg zur endgültige Umsetzung der systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung für alle Vorhaben der Stadt und alle Kölner Bürger und Bürgerinnen.*

Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich noch einmal auf unseren Beschluss im September 2018 zum Pilotversuch zurückkommen. Damals gab es drei Bedenken: erstens, dass sich bei einer erweiterten Öffentlichkeitsbeteiligung partikulare Interessen verstärkt durchsetzen; zweitens, dass zeitliche Verzögerungen für Vorhaben eintreten; und drittens, dass die gewählten politischen Gremien an Kompetenz verlören. Nach der jetzt fast zweijährigen Pilotphase können wir feststellen, dass die drei Bedenken weitgehend ausgeräumt sind und wir in eine neue und nächste Phase starten können, nämlich einer weiteren Ausdehnung der Öffentlichkeitsbeteiligung auf die Bezirksvertretungen in Kalk und Lindenthal und auf den Bereich der Mobilität.

Inzwischen hat sich doch gezeigt, dass die Ängste, die vor allem auch auf der Verwaltungsseite existierten, sich in Luft ausgelöst haben. Die Angst vor Überlastung durch die Zahl der Verfahren und durch die Dauer hat sich als unberechtigt erwiesen. Auch zeigen alle Vorlagen im Pilotversuch, dass sich die Verwaltung längst auf eine andere Form des Umgangs mit der Öffentlichkeit eingestellt hat. Die nun angedachte Öffnung weiterer Bereiche wird unser Wissen um sinnvolle Beteiligungsverfahren wie auch das Verwaltungshandeln im Blick auf die erweiterte Öffentlichkeitsbeteiligung stärken. Mit dem neuen Handlungsfeld der Mobilität wird die Öffentlichkeitsbeteiligung in einen Bereich eintreten, der in gewisser Weise ein Kristallisationspunkt politischer Kontroversen ist.

Damit wird auch eines der ursprünglichen Motive für die Einführung einer systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung intensiver erreicht. Um es noch einmal zu wiederholen: Die erweiterte

Öffentlichkeitsbeteiligung führt zur Stärkung des demokratischen Bewusstseins, indem nämlich für alle Bürger und Bürgerinnen jeden Alters deutlich wird, dass es in der Politik jeweils um ihre Angelegenheit geht. Meines Erachtens zeigt sich auch schon in der wesentlich vergrößerten Anzahl von Eingaben in den Beschwerdeausschuss, dass der Gedanke des Sich-Einmischens bei den Bürgern und Bürgerinnen stärker Fuß fasst.

Und hier ist es auch angebracht, darauf hinzuweisen, dass der Beschwerdeausschuss das Gremium sein wird, in dem die Bürger und Bürgerinnen für von ihnen vorgeschlagene Vorhaben eine Öffentlichkeitsbeteiligung anregen können. Schon in meiner Rede vor fast zwei Jahren habe ich geäußert, dass eine verstärkte Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen dazu führen wird, die Akzeptanz für politische Entscheidungen zu erhöhen, auch dann, wenn das politische Entscheidungsgremium zwar die Vorschläge aus der Öffentlichkeitsbeteiligung diskutiert und beachtet, aber ihnen nicht oder nur zum Teil folgt. Die in den Leitlinien auferlegte Pflicht zur nachvollziehbaren Begründung der abweichenden Entscheidung wird selbstverständlich auch zur größeren Akzeptanz des politischen Handelns führen. Und ich wiederhole, was ich am Ende meiner Rede im September 2018 gesagt habe: Die Fraktion der Grünen wird mit großer Hoffnung, aber auch Zuversicht in den Erfolg dieses Vorhabens dem Beschlussvorschlag zustimmen. - Vielen Dank!

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 10.18

zu Protokoll gegebene Reden

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: *Meine Damen und Herren, in diesem Tagesordnungspunkt geht es um die Bürgernähe in unserer Stadt. Unsere Demokratie lebt von der Teilhabe und von einem Wettbewerb der Ideen - egal, von wem Sie kommen. Die Kölnerinnen und Kölner sind versierte Expertinnen und Experten ihrer Veedel und ihrer Stadt. Ihnen mehr Mitsprache anzubieten, ist daher nicht nur demokratisch geboten, sondern auch inhaltlich sinnvoll.*

Meine Damen und Herren, lassen sie mich an zwei wichtige Meilensteine erinnern: 2015 hat der Rat die Entwicklung von Leitlinien für eine systematische Öffentlichkeitsbeteiligung beschlossen. 2018 haben der Rat und die Bezirksvertretung Nippes einstimmig beschlossen, diese Leitlinien in der Praxis zu testen: im Ausschuss für Umwelt und Grün sowie in der Bezirksvertretung Nippes.

Jetzt ist es an der Zeit, die systematische Öffentlichkeitsbeteiligung zu verstetigen und auszubauen. Der Beirat für Öffentlichkeitsbeteiligung hat uns die Ausweitung mit nur einer Enthaltung empfohlen. Und auch die betroffenen Bezirksvertretungen Nippes, Kalk und Lindenthal sowie der Ausschuss für Umwelt und Grün unterstützen diesen Weg - parteiübergreifend ohne Gegenstimmen.

Ich finde es gut, dass wir heute einen weiteren Meilenstein für mehr Bürgernähe in unserer Stadt setzen. Damit zeigen wir heute den Kölnerinnen und Kölnern in großer Einmütigkeit, dass wir sie für die Modernisierung unserer Metropole gewinnen möchten. Machen wir klar, dass wir offen sind für mehr Beteiligung und dies die Arbeit unserer Gremien unterstützt und stärkt! - Vielen Dank.

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 10.33

zu Protokoll gegebene Rede

Horst Thelen *(Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren! Die 54 Schulen, die in den nächsten Jahren neben der Erhaltung des Bestandes zu bauen sind, verlangen eine Änderung des breiten, aber auch zeitintensiven Vorgehens bei der Planung. Bis 2027 sind die hier vorgeschlagenen über 20 Maßnahmen fertigzustellen. Es ist bedauerlich, dass der Schulausschuss und Bauausschuss sich nicht mit dieser Vorlage beschäftigen konnten. Die in der Form von Generalunternehmer und Totalunternehmer umzusetzenden Bauten werden auch die Gebäudewirtschaft zum Teil entlasten, was dringend geboten ist. Die Einschränkung der Beteiligung der Gremien in der Planung ist schmerzlich, aber vor dem Hintergrund der zu schaffenden, zu erhaltenden Tausenden von Schulplätzen ein sinnvoller und notwendiger Kompromiss, dem wir zustimmen. - Vielen Dank.*

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 10.33

zu Protokoll gegebene Rede

Heiner Kockerbeck *(DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, das zweite Maßnahmenpaket für Sanierungen und Neubauten von Schulen, das hier heute zum Beschluss steht, umfasst die immense Summe von rund 1,7 Milliarden Euro. Sie ist verteilt auf die nächst fünf und mehr Jahre. Sicherlich hat bei der Bestimmung dieser Höhe der Summe auch das Wahlkampfjahr eine Rolle gespielt. Die schwarz-grüne Ratsmehrheit und die Oberbürgermeisterin wollen zeigen, dass sie etwas tun im Schulbau. Damit haben sie aus ihrer Sicht auch recht, denn bei den Kölner Bürger*innen herrscht ja gerade der Eindruck, dass in den letzten Jahren zu wenig für Bildung und für den Bau von Schulen getan wird. Dies zeigt sich Jahr für Jahr darin, dass nicht nur an Gesamtschulen, sondern auch an Gymnasien und Grundschulen Plätze fehlen. Im ganzen Stadtgebiet gibt es marode Schulgebäude und Sporthallen, die endlich saniert werden müssen.*

Was meine Fraktion am ersten und heute am zweiten Schulbaupaket stört, ist nicht der Zweck, sondern das Verfahren. Die Vergabe des Schulbaus an große Baukonzerne, an General- und Totalunternehmer hat zwar nicht die gravierenden Nachteile von ÖPP - Öffentlich-Private Partnerschaften - und Investorenmodellen. Bei diesen beiden Verfahren mietet die Kommune die Schul- oder Kitagebäude über 20 bis 30 Jahre. Die Investoren sind Eigentümer von Gebäude und Grundstück. Sie streichen hohe Gewinne auf Kosten der Steuerzahler ein. Kostengünstiger als diese Verfahren ist langfristig öffentliches Bauen.

*Aber auch die Strategie der paketweisen Vergabe von Bauaufträgen an die großen Baukonzerne hat große Nachteile: Der Bau von Schulen wird von der städtischen Bauabteilung, der Gebäudewirtschaft, nur noch bis zur Ausschreibung vorgeplant und kontrolliert. Dann wird der Bau extern vergeben. Damit verlieren der Rat und die Bürger*innen Einfluss auf die Erstellung ihrer Bildungsgebäude. Die städtische Gebäudewirtschaft wird geschwächt. Der Aufbau von Kompetenzen bei der Leitung großer Bauprojekte wird ihr fehlen. Sie wird von der Bau- zur Bauherrenverwaltung.*

Im Übrigen ist diese Form des Bauens auch langfristig teurer, weil die Baukonzerne natürlich zu den Kosten des Bauens auch noch einen Aufschlag für ihren Profit realisieren wollen. Nur kurzfristig spart die Stadt Personal. Das Denken in Wahlperioden ist also kontraproduktiv.

Der Bau von Bildungsgebäuden in städtischer Regie, durch die Gebäudewirtschaft, hat zudem den Vorteil, dass dabei mittelständische Baufirmen und das Handwerk Kölns Aufträge erhalten. Die Ausgaben für den Kita- und Schulbau verbleiben damit in der Region und schaffen hier Arbeitsplätze und Kaufkraft.

Nun sagen Sie, das GU-/TU-Verfahren sei eine Notmaßnahme. Etwas anderes sei nicht möglich. Rat und Verwaltung mussten ja 2016 den „Schulbaunotstand“ ausrufen. Da ist viel Wahres dran, denn die kommunale Bauabteilung ist durch den Sparkurs der letzten zwei Jahrzehnte momentan tatsächlich nicht in der Lage, dem gesamten Bedarf an Sanierungen und Neubauten nachzukommen.

Doch vermissen wir bei der Vergabe großer Schulbaupakete an Konzerne eine langfristige Baustrategie. Wer Notmaßnahmen ergreift, muss sehen, wie er möglichst schnell aus dem Notstand wieder herauskommt. Diese Exit-Strategie fehlt. Die Stadt muss die eigene Bauabteilung besser stärken und reorganisieren als bisher. Der Personalmangel, der bei ihr herrscht, muss effektiver bekämpft werden. Dauerhaft sind rund 80 von 600 Stellen der Gebäudewirtschaft nicht besetzt.

Bei der letzten Ratssitzung haben wir deshalb einen Antrag gestellt, der mittelfristig eine Rückkehr zum öffentlichen Bauen eröffnet. Um mehr Bauingenieure und Architekten einstellen zu können, müssen Möglichkeiten ermittelt werden, die Bezahlung dort zu verbessern, ob durch höhere Eingruppierung oder durch Fachzulagen. Die Stadt Köln zahlt diesen Berufsgruppen deutlich niedrigere Löhne als die private Bauwirtschaft, und sie zahlt auch weniger als das Land NRW.

Ohne mehr Personal bei der städtischen Bauabteilung und ohne den Wiederaufbau eines neuen, gut ausgestatteten und organisierten Bauamtes, wie es bis vor 20 Jahren existierte, sehen wir die Gefahr, dass die Stadt sich immer weiter von privaten Konzernen abhängig machen wird. Der Notstand wird dabei zum immerwährenden Notstand. Deshalb werden wir dem Schulbaupaket nicht zustimmen.

61. Sitzung vom 29. Juni 2020

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Geplante Räumung der Marktstraße 10 – Wohnraum schaffen statt räumen"

AN/0866/2020

1 Vergleichsvorschlag zu den Folgen des Stadtarchiveinsturzes

1887/2020

Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und von RM Gerlach betreffend "Resolution zum Vergleichsvorschlag zu den Folgen des Stadtarchiveinsturzes"

AN/0867/2020

2 Aus der Sitzung des Rates vom 18.06.2020 vertagte Vorlagen

2.1 Bau eines zusätzlichen Busbetriebshofs Köln Ost der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) in Porz

3956/2019

2.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 76380/03;

Arbeitstitel: "Südlich Friedensstraße – Westteil" in Köln-Porz-Elsdorf

0935/2020

Anwesend waren:

Vorsitzende

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder

Akbayir, Hamide; Bartsch, Hans-Werner, Bürgermeister; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Elster, Ralph, Dr.; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Gärtner, Ursula; Geraedts, Wilhelm; Gerlach, Lisa Hanna; Görzel, Volker; Götz, Stefan; Gräfin von Wengersky, Alexandra; Halberstadt-Kausch, Inge; Hauser, Frank; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Heuser, Marion; Hoyer, Katja; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kessing, Ulrike; Kircher, Jürgen; Kockerbeck, Heiner; Krupp, Gerrit, Dr.; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Pohl, Stephan; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Schäfer, Klaus, Prof.; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schlömer, Ursula; Schmerbach, Cornelia; Scho-Antwerpes, Elfi, Bürgermeisterin; Schwab, Luisa; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf, Dr.; van Geffen, Jörg; Walter, Karl-Heinz; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir;

Verwaltung

Keller, Stephan, Stadtdirektor Dr.; Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Blome, Andrea, Beigeordnete; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete; Haaks, Stefanie; Mötting, Bettina; Vogel, Alexander;

Schriftführerin

Lange, Maria;

Stenografen

Herr Klemann;

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Benthem van, Henk, Bezirksbürgermeister; Bürgermeister, Eva, Dr.; Erkelenz, Martin; Frenzel, Michael; Gutzeit, Walter, Dr.; Hammer, Lino; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Kara, Efkan; Kaske, Sven; Kienitz, Niklas; Killersreiter, Birgitt, Prof. Dr.; Klein, Heinz; Kron, Peter; Noack, Horst; Philippi, Franz; Pöttgen, Andreas; Schneider, Frank;

Scholz, Tobias; Schoser, Martin, Dr.; Schultes, Monika; Strahl, Jürgen, Dr.; Thelen, Horst; Tritschler, Sven; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welter, Thomas; Wiener, Markus; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wolter, Judith;

Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Homann, Mike, Bezirksbürgermeister; Blömer-Frerker, Helga, Bezirksbürgermeisterin; Wirges, Josef, Bezirksbürgermeister; Schößler, Bernd, Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung

Steinkamp, Dieter, Dr.

(Beginn: 18.10 Uhr - Ende: 19.44 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Abend, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sondersitzung als 61. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode.

Ich begrüße sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister und Bezirksbürgermeisterinnen und natürlich Sie, sehr verehrte Mitglieder des Rates.

Besonders möchte ich heute Marion Heuser begrüßen und ihr sehr herzlich zum Geburtstag gratulieren.

(Beifall)

Wie bei den letzten drei Sitzungen tagen wir im Gürzenich, um die Mindestabstände zu gewährleisten. Ich denke, Sie alle sind mittlerweile auch mit den Abstandsregelungen vertraut.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute viele Kolleginnen und Kollegen aus dem Rat entschuldigt: Frau Dr. Bürgermeister, Herr Erkelenz, Herr Frenzel, Herr Dr. Gutzeit, Herr Hammer, Frau Henk-Hollstein, Herr Kara, Herr Kaske, Herr Kienitz, Frau Killersreiter, Herr Klein, Herr Kron, Herr Noack, Herr Philippi, Herr Pöttgen, Herr Schneider, Herr Dr. Schoser, Frau Schultes, Herr Scholz, Herr Dr. Strahl, Herr Thelen, Herr Tritschler, Herr van Benthem, Herr Weisenstein, Frau Welcker, Herr Welter und Bürgermeister Wolter.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Frau Halberstadt-Kausch, Frau Heithorst und Herrn Frank.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Diese ist übersichtlich. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind dort gekennzeichnet. Änderungsanträge finden Sie bei dem jeweiligen Tagesordnungspunkt aufgeführt.

Die SPD-Fraktion hat am 25. Juni 2020 fristgemäß einen Antrag auf aktuelle Stunde zum Thema „Geplante Räumung der Marktstraße 10 - Wohnraum schaffen statt räumen“ eingereicht. Unsere Geschäftsordnung sieht vor, dass die aktuelle Stunde im Regelfall zu Beginn der Sitzung behandelt werden soll.

Zu- und Absetzungen gibt es derzeit noch nicht.

Gibt es Wortmeldungen zur aktuellen Stunde? - Das ist nicht der Fall.

Ein Dringlichkeitsantrag liegt nicht vor.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Doch!)

Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Es muss jeden Moment eine Resolution aller demokratischen Parteien und - ich weiß nicht - der Einzelmandatsträger vielleicht auch umgedruckt werden. Diese müssen wir zumindest auf die Tagesordnung nehmen, obwohl sie noch nicht umgedruckt ist. Ich habe sie noch nicht. Das wäre die Resolution „Historisches Archiv“ - so nenne ich das mal - unter dem Tagesordnungspunkt 1.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das kommt in diesem Moment.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Okay. Ich habe sie noch nicht. Aber wir müssen es auf die Tagesordnung setzen, sonst können wir es nicht behandeln.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist kein Dringlichkeitsantrag, sondern eine

Resolution zum Tagesordnungspunkt 1. Der wird derzeit wahrscheinlich auch für Sie umgedruckt. Wenn ich ihn hier in der Hand habe, müsste er jeden Moment auch bei Ihnen ankommen. - Herr Struwe.

Rafael Struwe (SPD): Es müsste noch eine Resolution zum Tagesordnungspunkt A vorliegen, die wahrscheinlich auch gerade noch unterwegs ist oder umgedruckt wird. Ich weiß es nicht genau.

(Zurufe: Das ist dasselbe! - Gegenrufe: Nein, das ist nicht dasselbe!)

A ist Marktstraße, 1 ist Archiv.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das ist richtig so!)

Wir einigen uns darauf, dass wir die hier noch behandeln?

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wahrscheinlich wird es dann gleich kommen. Wir haben uns jetzt darauf geeinigt, dass wir sowohl zur aktuellen Stunde als auch zu Tagesordnungspunkt 1 die Resolution behandeln. So nehmen wir das in die Tagesordnung auf. - Frau Kessing.

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Resolutionen!)

Ja, sowohl zur aktuellen Stunde eine Resolution als auch zum Tagesordnungspunkt 1 eine Resolution.

Dann muss ich jetzt fragen: Gibt es noch weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste im Zuschauerbereich, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

I. Die Oberbürgermeisterin schlägt RM Halberstadt-Kausch, RM Heithorst und RM Frank als Stimmzählerinnen und Stimmzähler vor. Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Es liegt ein fristgemäß eingegangener Antrag zur Durchführung einer Aktuellen Stunde vor.

Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Geplante Räumung der Marktstraße 10 – Wohnraum schaffen statt räumen"

AN/0866/2020

Der Antrag wird unter TOP A behandelt.

III. Es liegen keine weiteren Punkte vor, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen.

IV. Es liegen zwei Resolutionen vor:

zu TOP A

Resolution der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., der Gruppe GUT sowie von RM Gerlach

und

zu TOP 1

Resolution der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. FDP und von RM Gerlach

Diese werden mit in die Tagesordnung aufgenommen.

Der Rat stimmt den Verfahrensvorschlägen und der so geänderten Tagesordnung zu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe die aktuelle Stunde auf:

A Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Geplante Räumung der Marktstraße 10 - Wohnraum schaffen statt räumen“ AN/0866/2020

Resolution zu TOP A „Geplante Räumung der Marktstraße 10 – Wohnraum schaffen statt räumen“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir bitte einige Sätze zur aktuellen Lage des besetzten Hauses in der Marktstraße. Sie wissen, als Oberbürgermeisterin ist mir die

Sicherheit der Kölnerinnen und Kölner die oberste Priorität. Ich war deshalb gestern in der Marktstraße 10 und habe mir selbst ein Bild von der Situation gemacht. Darüber hinaus war es mir wichtig, persönlich mit den Menschen vor Ort zu sprechen und sie darauf vorzubereiten, dass am heutigen Nachmittag ein Team aus einem sachkundigen Architekten und einem Brandschutzexperten kommen wird, um das Gebäude zu begutachten. Ich wurde von dem Stellvertreter von Herrn Dr. Miller, dem Leiter der Feuerwehr, begleitet. Es ging mir darum, die Frage zu klären, ob das Gebäude so unbewohnbar ist und ein so unvertretbar hohes Gefahrenpotenzial in sich birgt, dass wir als Eigentümerin den Verbleib der Menschen nicht vertreten können oder der Verbleib der Personen zumindest im Interim vertretbar ist, damit die Verwaltung eine alternative Unterbringung entwickeln kann.

Die Prüfung hat Folgendes ergeben - das wurde mir mündlich mitgeteilt, morgen wird dann der schriftliche Bericht darüber kommen; das war heute noch nicht möglich -: Das Haus muss für die Feuerwehr anleiterbar sein, und das umgebende Gelände muss für eine ungehinderte Feuerwehrzufahrt geräumt werden. Das ist gestern auch von dem Feuerwehrchef schon festgestellt worden. Das kann aber geschehen durch Versetzung des Zaunes und durch Räumung der Flächen vor dem Haus.

In den Zimmern müssen interne Rauchmelder installiert werden. Pro Etage ist ein Feuerlöscher erforderlich. Im Treppenhaus muss ein Rauchabzug zu öffnen sein. Im Treppenhaus muss eine Beleuchtung angebracht werden. Das Treppenhaus muss brandlastenfrei sein. Der Zugang zum Gebäude muss ebenso frei sein.

Es gibt laut Aussage des Sachverständigen aktuell keine offensichtlich freihängenden oder ungesicherten Stromkabel mehr. Insgesamt sind aus seiner Sicht die vorhandenen Mängel im brandschutzrechtlichen Bereich unter den oben genannten Voraussetzungen zu beheben. Konstruktive Mängel konnten nicht erkannt werden. Die Kosten für die Investitionen sind überschaubar, und die Menschen dort haben ihre Bereitschaft erklärt, auch mitzuarbeiten.

So ist die Situation. Das wollte ich Ihnen vor der aktuellen Stunde mitteilen, damit Sie alle auch die Situation kennen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe eine Rednerliste. Als Erster hat Herr Struwe das Wort.

Rafael Struwe (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauerinnen und Zuschauer hier im Saal und daheim! Vorab sei mir die Anmerkung erlaubt: Unsere Geschäftsordnung sieht in § 16 Abs. 4 vor, dass die Oberbürgermeisterin vor der Abstimmung - somit nach den Redebeiträgen - eine Stellungnahme abgeben darf. Aber das möchte ich jetzt nicht weiter thematisieren.

Es lohnt sich, sich noch einmal kurz die Historie dieses Objektes in der Marktstraße anzusehen. Das ist ein Gewerbeobjekt auf dem sogenannten Aurelis-Gelände. Ich meine, es wurde bereits vor acht Jahren von der Stadt erworben und stand seitdem leer. Es hatte scheinbar niemand auf dem Schirm, und es war wohl auch offen. Dann begab es sich, dass es im März von einer Gruppe von Obdachlosen besetzt wurde.

Man rufe sich in Erinnerung: Wir hatten damals die beginnende Hochphase der Corona-Pandemie. Abstand halten war das entscheidende Gebot der Stunde. Da gab es einfach einige Menschen, die festgestellt haben: Das geht in diesen Notschlafstellen der Stadt nur sehr begrenzt. Es war dann zunächst eine Räumung geplant, die mit einem Schwarzschimmelbefall begründet wurde, der sich dann allerdings als nicht zutreffend herausstellte, sodass die Bewohnerinnen und Bewohner vorerst bleiben konnten. Es wurde eine Duldung ausgesprochen.

Es hat sich dann dort in relativ kurzer Zeit ein, wie ich finde, sehr beeindruckendes Projekt entwickelt; denn die Leute haben gesagt: Wir wollen nicht einfach nur dort wohnen und ein Dach über dem Kopf haben, sondern wir wollen dort eigentlich Hilfe zur Selbsthilfe betreiben. Sie haben dieses Objekt auch mit wirklich toller Unterstützung aus der Zivilgesellschaft und aus der Nachbarschaft in ganz fantastischer Art und Weise hergerichtet und dort wirklich etwas Tolles aufgebaut. Gleichzeitig stand natürlich die ganze Zeit dieser Abriss im Raum.

Es gab dann einerseits Kontakte zur Sozialverwaltung, wo auch gutes Vertrauen aufgebaut wurde. Zugleich hat die Liegenschaftsverwaltung weiterhin den Abrisstermin favorisiert. Im Nachhinein hat man das Gefühl, dass die Verwaltung da offensichtlich intern nicht miteinander, sondern

eher gegeneinander gearbeitet hat. Denn am 24.06.2020 wurde plötzlich bekannt, dass am Folgetag eine Räumung stattfinden sollte - ironischerweise war das derselbe Tag, an dem unser OB-Kandidat Andreas Kossiski vor Ort war -, und plötzlich hatte man das Gefühl, dass die ganzen guten Gespräche, die man geführt hatte - ich sage es mal salopp -, für die Tonne waren. Denn zuvor war kommuniziert worden, bis zum 31.07.2020 könnte eine Nutzung noch bestehen. Die Leute fühlten sich wirklich völlig vor den Kopf gestoßen, waren enttäuscht, verärgert, verängstigt und sahen sich mit dieser Situation konfrontiert.

Meine Damen und Herren, das, was dort passiert ist, ist aus meiner Sicht bzw. aus unserer Sicht symptomatisch für vieles, was in dieser Stadt aktuell nicht richtig läuft. In der Verwaltung weiß offenbar die rechte Hand nicht, was die linke tut. Eine einheitliche Linie ist nicht erkennbar. Die Pandemie ist noch nicht richtig überstanden, da sollen die Leute plötzlich auf die Straße gesetzt werden. Es sollten offensichtlich kurzfristig Fakten geschaffen werden. Das war gerade in dieser Situation, glaube ich, für viele noch einmal so eine Politik, die einen gewissen kalten Hauch des Law and Order erahnen ließ.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen doch, dass wir ein großes Problem mit Wohnraum in dieser Stadt haben, mit bezahlbarem Wohnraum und gerade auch mit Wohnraum für die Schwächsten der Schwachen in unserer Gesellschaft, die sich hier einquartiert und wirklich etwas aufgebaut hatten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, „wohnen“ heißt eben nicht nur, ein Dach über dem Kopf zu haben, sondern „wohnen“ heißt auch, sich seinen Lebensraum gestalten zu können. Das haben diese Menschen dort getan. Das ist für uns auch ein Ausdruck der Menschenwürde, dies tun zu können.

Umso erschreckender war dann zu sehen, dass man augenscheinlich, statt dies zu fördern und zu unterstützen, dort drei Hundertschaften der Polizei aufmarschieren ließ. Wer die Bilder gesehen hat: Martialisch ist vielleicht übertrieben, aber das war schon ein krasses Bild, und es sollte doch, ehrlich gesagt, allen klar sein, dass Polizeibeamte Besseres zu tun haben sollten, um hier die innere Sicherheit zu gewährleisten.

Wir haben uns das auch vor Ort angeschaut. Anders, als es dann die daraufhin veröffentlichte Pressemitteilung der Stadt weismachen wollte, handelt es sich bei den Bewohnern auch nicht um fragwürdige Chaoten, sondern um Menschen, die einfach froh sind, in diesem ganzen Wahnsinn einen Platz gefunden zu haben.

Proteste vor Ort und der Druck aus der Zivilgesellschaft und zum Teil auch aus dem politischen Raum haben dann im Endeffekt diese Räumung dankenswerterweise verhindert und augenscheinlich auch zu einem kurzfristigen Umdenken der Oberbürgermeisterin geführt. Das ist begrüßenswert, aber es hätte doch eigentlich gar nicht so weit kommen dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Es war - das haben die Bewohnerinnen und Bewohner auch immer gesagt - von vornherein klar: Das ist keine auf ewig angelegte Geschichte dort, sondern es geht darum, a) diese Bleibe zu haben und b) eine Perspektive zu bekommen, dass man dieses Projekt einfach fortführen kann. Ich meine nach wie vor, es ist ein Projekt, was doch in unser aller Sinne sein sollte.

Meine Damen und Herren, die Geschehnisse der letzten Wochen an dieser Stelle sind leider ein Zeichen von völlig verfehlter Politik der Stadtspitze. Das Vertrauen, das auch vor Ort da war, ist wirklich nachhaltig zerstört worden. Das ganze Hin und Her hat etwas von einem absurden Theater. Das sind die Chaostage von Köln - in diesem Fall verursacht durch die Verwaltungsspitze.

(Beifall bei der SPD)

Nur, damit kein falscher Verdacht aufkommt: Natürlich steht das Projekt Parkstadt Süd überhaupt nicht zur Disposition. Ganz im Gegenteil. Ich glaube, alle hier stehen mit Nachdruck dahinter. Wir müssen uns aber doch klarmachen, dass ein zumindest kurzfristiger weiterer Verbleib in diesem Haus dem Parkstadt-Süd-Projekt überhaupt keine Gefahr drohen lässt. Jetzt einmal unter uns: Dieses Abrissdatum 03.08.2020, welches jetzt im Raum steht, ist gesetzt worden, ohne dass dahinter irgendeine zwingende Notwendigkeit steht. Insofern müssen wir uns, glaube ich, an der Stelle auch wirklich Flexibilität bewahren.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt die Chance, diesen Fehler oder diese Zahl von Fehlern, wie man sagen muss, die geschehen sind, wiedergutzumachen. Die Bewohnerinnen und Bewohner brauchen jetzt die Sicherheit, dass vorerst kein Abriss stattfindet, denn sie leben seit diesem gescheiterten Versuch vor einigen Tagen wirklich

in Angst und Schrecken und wollen jetzt einfach die Sicherheit haben, dass sie zumindest bis zu einem feststehenden Datum dort ungestört bleiben können.

(Beifall bei der SPD)

Sie wollen - das sollten auch wir wollen - die Option und Gelegenheit schaffen, dass wir hier wirklich adäquaten Ersatzraum bzw. ein adäquates Ersatzgebäude finden, in dem dieses wirklich fantastische Projekt fortgeführt werden kann. Meine Damen und Herren, wie ich schon sagte: Das ist nicht nur sinnvoll für die Bewohnerinnen und Bewohner, sondern das ist auch sinnvoll für uns. Eine Unterbringungsverpflichtung gegenüber diesen Menschen haben wir zum Glück sowieso. Wenn wir uns einmal anschauen, was ansonsten bestimmte Unterkünfte kosten - ich erinnere nur daran, wie viel Geld in der Flüchtlingskrise für Hotels ausgegeben wurde -, da ist es doch nur sinnvoll und pragmatisch, hier für einen guten Ersatz zu sorgen.

Wir haben eben die Auskunft bekommen: Der Brandschutz kann doch hergestellt werden. Das lässt ein bisschen die Frage aufkommen, warum dann in dieser Verfügung von vor einigen Tagen noch ausführlich erklärt wurde, dass das auf keinen Fall geht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Rafael Struwe (SPD): Vielen Dank für den Hinweis, Frau Oberbürgermeisterin. Ich komme auch zum Ende.

Alles in allem ist das kein Ruhmesblatt, was hier, Frau Reker, unter Ihrer Führung passiert ist. Wir sind allerdings froh, dass am Ende doch eine konstruktive Lösung gefunden wurde, und sind sehr zuversichtlich, dass wir hier auch gleich mit Verabschiedung der Resolution eine klare Position für die Bewohnerinnen und Bewohner haben: keine Räumung bis zum Abriss und nachdrückliche Suche nach einem Ersatzobjekt.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend möchte ich auch im Namen der SPD-Fraktion unseren Dank und auch den Respekt an die Bewohnerinnen und Bewohner ausdrücken für das, was sie dort auf die Beine gestellt haben, sowie an die zahllosen Unterstützerinnen und Unterstützer aus der Zivilgesellschaft, die alle dazu beigetragen haben, dass wir am Ende hoffentlich doch noch zu einer guten Lösung kommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Petelkau das Wort.

Meine Damen und Herren, unsere Geschäftsordnung sieht als Redezeit fünf Minuten vor. Herr Struwe hat jetzt neun Minuten gesprochen. Ich würde jetzt jedem weiteren Redner auch zubilligen, eine solche Redezeit zu beanspruchen, wenn es sein muss.

Bernd Petelkau (CDU): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass wir die neun Minuten nicht brauchen werden, wobei ich schon gern einmal einige Minuten investieren würde und nach dieser Wahlkampfrede meines Vorredners gern einige Fakten zurechtrücken würde.

Das Erste, das, glaube ich, hier im Hause unbestritten ist, ist zunächst einmal die Tatsache, dass es bisher in diesem Gebäude erhebliche Sicherheitsmängel gibt und es die Verantwortung der Verwaltung und auch der obersten Verwaltungschefin ist, für Sicherheit in diesem Gebäude zu sorgen. Es ist, glaube ich, auch zwischen den Parteien unbestritten, dass das so ist.

Der zweite Punkt - da gibt es offensichtlich Differenzen - lautet: Wenn man die Politik der letzten Jahre betrachtet, dann weiß man, dass in Köln das erklärte Ziel sowohl der haushaltsbündnistragenden Parteien als auch der Stadtverwaltung und der Landesregierung ist, Obdachlosigkeit zu vermeiden und auch zu reduzieren. In diesem Fall ist es gar nicht dazu gekommen oder ist es auch nie beabsichtigt gewesen, Menschen aus einem Haus zu vertreiben und danach ohne Schutz in der Stadt zurückzulassen. Das ist nicht das Ziel unserer Verwaltung, sondern es war immer das Ziel, eine adäquate Unterbringung für die Menschen, die in diesem Haus leben, entsprechend zu besorgen.

(Beifall bei der CDU)

Man muss hier, auch wenn wir Wahlkampfzeiten haben, bei den Fakten bleiben. Es ist also ein

erklärtes Ziel nicht nur des haushalttragenden Bündnisses, sondern auch, glaube ich, überparteilich aller Parteien hier im Kölner Stadtrat, dass wir Obdachlosigkeit, die teilweise noch vorhanden ist, reduzieren wollen und auf jeden Fall verhindern wollen, dass weitere Menschen in die Obdachlosigkeit geraten.

Das Dritte ist etwas, was natürlich auch betrachtet werden muss, und zwar gerade bei einem solch speziellen Projekt. Es gibt einen Oberbürgermeisterkandidaten, der am Montag verspricht, 10 000 neue Wohnungen pro Jahr bauen zu lassen, und zwei Tage später ein Projekt möglichst noch anhält. Das gehört auch zur Wahrheit und zur Realität dazu.

(Beifall bei der CDU - Christian Joisten [SPD]: Das ist doch Unsinn!)

Das muss man an der Stelle auch mal festhalten. Ich habe mich gefreut, dass alle Parteien zumindest bisher noch erklärt haben, dass das Projekt Parkstadt Süd, das einen wertvollen Beitrag in den nächsten Jahren dafür leisten soll, neuen Wohnraum im Kölner Süden zu schaffen, planmäßig umgesetzt wird.

Hinter dem Lösungsvorschlag, den die Oberbürgermeisterin eben präsentiert hat, können wir uns als CDU ganz klar versammeln, nämlich jetzt in einer Übergangsphase den Menschen ein Zusammenleben in dem Gebäude zu ermöglichen, und zwar mit den notwendigen Ertüchtigungen im Brandschutz. Dazu gehört auch - da schaue ich zum Sozialdezernenten -, hinterher dafür zu sorgen, dass die Menschen, die jetzt in dem Gebäude sind, diesen Brandschutz auch einhalten; denn es ist wichtig, dass Fluchtwege offen bleiben. Das sollte auch künftig sichergestellt sein.

Dann sollten wir die Zeit nutzen, eine vernünftige Unterbringung zukünftig für die Menschen zu finden, damit auch die gemeinsame Unterkunft in Zukunft fortgesetzt werden kann, damit wir, wenn die dritte Stufe kommt - egal, ob im August oder September - dann in den Bereich der Entwicklung des neuen Wohnraums in der Parkstadt Süd einsteigen können. Ich glaube, wenn wir das alles hinbekommen, dann haben wir hier alles richtig gemacht.

Ich glaube, wenn wir keinen Wahlkampf gehabt hätten, wäre das Ganze auch im Vorfeld sicherlich nicht mit der medialen Begleitung gelaufen. Wir haben hier ein gutes Ergebnis für alle Menschen, und das muss unser Ziel für Köln sein. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Heuser das Wort.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Marktstraße beschäftigt uns Grüne schon seit einigen Monaten. Herr Kockerbeck von den LINKEN und ich waren bereits im März, als damals der erste Räumungstermin anstand, in der Marktstraße und haben uns zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern und der Verwaltung um Vermittlung bemüht. Wir haben uns für eine Lösung der Wohnungsproblematik eingesetzt - nicht nur, aber auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie. Eine Räumung hätte den Schutz der obdachlosen Menschen gefährdet und das Risiko möglicher neuer Infektionsherde bedeutet.

Der Räumungstermin wurde damals auf Anordnung von Stadtdirektor Keller ausgesetzt und im Beisein von Herrn Kockerbeck und mir vom Beigeordneten Herrn Rau am 31.03.2020 den Bewohnerinnen und Bewohnern und etlichen Unterstützerinnen und Unterstützern kommuniziert. Die Verwaltung hat sich in den Wochen bis heute vorbildlich um das Haus gekümmert und so Vertrauen aufgebaut.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Wir haben bei allen Diskussionen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern über zukünftige Lebensmodelle die Beschlusslage zur Parkstadt Süd dargestellt und damit klar vermittelt, dass das Wohnprojekt keine Zukunft an dieser Stelle haben wird. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte ausdrücklich sagen: Lebensmodelle dieser Art müssen auch ihren Platz in unserer Stadt haben, vor allem, wenn damit Obdachlosigkeit vermieden wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Dabei müssen wir alle helfen. Das aufgebaute Vertrauen der Bewohner in die Stadtverwaltung hat natürlich durch die zweite Räumungsandrohung vom 25.06.2020 deutlich bei den

Bewohnerinnen und Bewohnern und der Unterstützergemeinde gelitten. Ich bin deshalb froh, dass der sonntägliche Besuch der Oberbürgermeisterin und die heutige Begehung in der Marktstraße eine deutliche Befriedung der Lage ermöglichten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, nachdem gerade diese Schelte in Richtung Verwaltung und Oberbürgermeisterin gekommen ist, möchte ich doch noch einmal auf etwas hinweisen: Der Antrag der SPD gibt den Verlauf der Ereignisse erst einmal richtig wieder. Im weiteren Verlauf sind wir dann aber mit platten Sprüchen im Wahlkampf. Darauf will ich gar nicht eingehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Viel interessanter ist der Satz im letzten Abschnitt - ich zitiere -:

> Im Rat müssen wir uns deshalb einerseits mit dem aktuellen Räumungsversuch der Marktstraße 10 beschäftigen

- so weit, so gut; aber jetzt kommt es -

> und jetzt schnell und eindeutig klarstellen, dass es in Köln keine Räumungen geben wird, ohne dass adäquate Wohnversorgungsangebote gemacht werden.

Na, das nenne ich weitreichend. Ich freue mich, dass die SPD jetzt Selbsthilfe bzw. Besetzungen legal findet. Liebe Kollegen der SPD, nach meinen Erfahrungen mit der Stollwerckbesetzung im Jahr 1980 -

(Christian Joisten [SPD]: Wenn man so weit zurückgehen muss!)

- und der Haltung der SPD im Zusammenhang mit dem Autonomen Zentrum in Kalk - es gibt da so eine Linie - hätte ich mir einen so liberalen Umgang mit Hausbesetzungen nicht vorstellen können. Ach, was rede ich denn hier? - Ich werte den Satz als indirekte Ermunterung zu Hausbesetzungen und ihre Duldung in Zeiten des Mangels an bezahlbarem Wohnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Übrigens gab es den Mangel schon zu Herterich-Zeiten in den 80er-Jahren. Damals war Frau Reker noch nicht OB und die schwarz-grüne Kooperation noch undenkbar.

(Christian Joisten [SPD]: Und wir noch nicht geboren!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend stelle ich fest: Noch haben wir eine Corona-Pandemie. Wir Grünen halten eine Räumung vor dem Beginn der Abbrucharbeiten daher für falsch. Wir plädieren für die Suche nach einem Alternativangebot, um die Lebensgemeinschaft unterzubringen und vor Obdachlosigkeit zu schützen. Die Anstrengungen gegen Obdachlosigkeit in Köln werden so von der Grünen-Ratsfraktion in Kooperation mit dem Haushaltsbündnis konsequent fortgeschrieben. Ich bin froh, dass wir den gemeinsamen Beschluss zusammen fassen können. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich werde versuchen, mit den fünf Minuten auszukommen. Ich habe deshalb mein Handy dabei.

Meine Fraktion sieht heute mit Ansätzen von berechtigter Hoffnung für die Situation der 30 Mitbürgerinnen und Mitbürger des Selbsthilfeprojektes „Obdachlose mit Zukunft“ in die Zukunft. Die nächsten Wochen werden aber zeigen, ob diese Hoffnung berechtigt war. Das ist noch nicht in trockenen Tüchern.

Noch am Morgen des vergangenen Donnerstags waren 300 Polizistinnen und Polizisten zum Südstadion in die Nähe des Hauses befohlen worden, um sich dort für die Zwangsräumung von 30 Menschen im Haus zu sammeln. Die Rückkehr zu einem Leben auf der Straße wäre für die meisten von ihnen die Folge gewesen; denn in Gemeinschaftsunterkünfte der Stadt wollen sie nicht mehr. Marion Heuser hat es erwähnt: Wir waren beide mehrmals in diesem Haus. Wir wissen, wie eine Reihe der Menschen denkt.

Auch wenn die Stadt aus eigenen Mitteln ohne jede Unterstützung von Land und Bund in der Vorgebirgstraße eine Unterkunft für osteuropäische Wanderarbeiterinnen und -arbeiter eingerichtet hat, ist diese während der Corona-Krise einfach nicht geeignet. In den engen 4-Bett-Zimmern ohne die Möglichkeit, physische Distanz zu halten, wollen die Menschen dort im Haus in der

Bonner Straße nicht wohnen. Sie wären lieber auf die Straße gegangen. Deshalb war dieser Räumungsversuch auch für viele Unterstützerinnen und Unterstützer des Hauses aus der Zivilgesellschaft ein Anlass, sich am Morgen des Räumungsversuches vor dem Haus mit den Menschen im Haus zu solidarisieren.

Es ist geschildert worden: Es handelt sich um ein, wie ich finde, recht einmaliges Selbsthilfeprojekt. Die Menschen haben sich dort gemeinschaftlich organisiert.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Es gibt viele von ihnen, die arbeiten, oder andere, die Arbeit suchen. Sie sind in dieser typischen Schleife: kein angemeldeter Wohnsitz - keine Wohnung; keine Wohnung - kein Arbeitsplatz usw. Sie hofften in den vergangenen Monaten auf eine Duldung durch die Stadt, damit sie Zeit haben, Arbeit zu finden, um für ihren Lebensunterhalt zu sorgen.

Ich kenne einen Mann - ich nenne ihn B -, er ist nicht mehr ganz jung, aber immer noch deutlich jünger als ich. Er steht seit einiger Zeit jeden Morgen um 4 Uhr auf, um mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum Lager einer Supermarktkette zu fahren. Er hatte gute Chancen, dort einen festen Vertrag zu erhalten. Das ist sein unbedingtes Ziel. Seit Donnerstagmorgen bangt er um seinen Arbeitsplatz; denn unter der Drohung der Räumung hat er abrupt am Vorabend Urlaub beantragt, musste den Grund dafür nennen - sein Arbeitsplatz hängt gerade am seidenen Faden. Ich wünsche ihm von hier aus alles Gute, dass seine Träume von einer festen Arbeit und sicherem guten Wohnraum in Erfüllung gehen.

(Beifall)

Die versuchte Räumung des vergangenen Donnerstags hat bei den betroffenen Menschen deutliche Spuren hinterlassen. Deshalb ist zu fragen: Wieso musste es nach der ersten Räumungsandrohung Ende März nun einen weiteren Räumungsversuch geben, bei dem drei Hundertschaften Polizei in Stellung gebracht wurden? Nur der Selbsterhaltungswille des Hauses und die Unterstützung durch Teile der Zivilgesellschaft hat die Räumung verhindert; denn die städtische Pressemeldung gab deutlich als Aussetzen der Räumung an, dass eine Eskalation im Prozess der Räumung befürchtet wurde. Dazu muss man sagen: Wir sind alle unter Wahlkampfbedingungen. Ich glaube, man kann das ganze Geschehen nicht ohne diese Bedingungen erklären, aber davon ist keine Seite frei. Wir müssen hier im Rat schon auf diese kritischen Begleitumstände hinweisen. Dennoch freut sich meine Fraktion, dass wir heute einen Ansatz zu einer Lösung gefunden haben und dass auch die Frau Oberbürgermeisterin sich besonnen hat und den Willen hat, wenn der Rat dies heute beschließt, diesem Haus und diesem Selbsthilfeprojekt eine Zukunft zu geben.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Für meine Fraktion sind dabei einige Gesichtspunkte wichtig, die ich noch einmal nennen möchte: Die Selbstverwaltung sollte bei einem Alternativstandort eine wichtige Rolle spielen. Es wäre meines Wissens ein einzigartiges Projekt, wenn es solch ein städtisches Projekt gäbe. Allerdings sollte die Stadt dies auch weiter begleiten.

(Der vom Redner aktivierte Timer auf dessen Handy ist abgelaufen und läutet)

- Ja, ich schaffe es nicht ganz. Ich versuche noch, einen Abschluss zu finden.

Ich möchte hier auch die Sozialverwaltung für eine hervorragende Begleitung des Hauses in den letzten Monaten loben. Es wäre natürlich wichtig, dass weiterhin professionelle Begleitung damit verbunden ist.

Des Weiteren fehlt uns in der Resolution - wir werden ihr natürlich trotzdem zustimmen - die Erwähnung des Unterstützerinnen- und Unterstützerkreises. Dieser sollte weiter einbezogen werden.

Wir möchten auch, dass der Standort des Hauses selbst für Integration und für Inklusion steht. Er sollte nicht in einem Gewerbegebiet sein. Es sollte sich nicht um Container oder andere Gebäude handeln, sondern um ein Haus, in dem gemeinschaftliches Wohnen, Essen und Beraten möglich ist. Möglicherweise hat die Stadt alte, nicht mehr verwendbare Grundschulgebäude, die in Veedel eingebunden sind, die aufgrund der baulichen Bestimmungen auch der Größe nicht als Schule verwendbar sind. Das wäre ein gutes Gebäude beispielsweise für ein solches Haus.

In diesem Sinne Ende ich damit: OMZ muss bleiben!

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer hat jetzt das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meine folgenden Ausführungen unter drei Aspekte stellen. Der erste ist Transparenz, der zweite Sachlichkeit und der dritte Konsequenz.

Zunächst zum Punkt Transparenz: Diese möchte ich zunächst einmal ganz klar für meine Fraktion deutlich machen. Für uns gilt: Für Freie Demokraten sind Hausbesetzungen kein Mittel der politischen Auseinandersetzung.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Ich freue mich, dass ich auch ein wenig Beifall von der CDU dafür bekommen habe.

Den Kompromiss im März, als das Haus in der Marktstraße wegen Schimmelbefalls geräumt werden sollte, haben wir trotzdem akzeptiert. Aus humanitären Gründen waren wir einverstanden, dass die Bewohner in den besonderen Zeiten des Lockdowns in dem Haus bleiben sollten. Darüber hinaus haben wir darauf vertraut, dass die Verwaltung durch entsprechende Maßnahmen die Sicherheit vor Ort gewährleisten konnte. Aber allein bei der Diskussion um das Datum, wann die Unterbringung denn beendet sein sollte, fingen die Probleme schon an. Frau von Bülow schreibt in der Stellungnahme der Grünen-Fraktion:

> Vor Beendigung der …Pandemie halten wir eine Räumung des Gebäudes für falsch.

Ja, aber wann ist denn die Pandemie vorbei? Wenn wir einen Impfstoff haben? Wenn es in Köln keinen Infizierten mehr gibt? - Transparenz sieht anders aus.

Vom Unterstützerkreis Marktstraße wurde dann kommuniziert, die Verwaltung hätte zugesagt, die Besetzung des Hauses bis zum 31. Juli 2020 zu tolerieren. Dann wurden die Sicherheitsmängel in der Marktstraße aber offensichtlich so evident, dass die Verwaltung sich gezwungen sah, zu räumen. Wenn Gefahr in Verzug ist und die Sicherheit der Menschen vor Ort in Gefahr ist, muss geräumt werden. Dafür habe ich Verständnis. Schließlich trägt die Verwaltung die Haftung und die Verantwortung für das Haus. Es ist recht leicht, zu sagen, die Situation ist nicht kritisch, wenn man dafür nicht die Verantwortung trägt.

(Beifall bei der FDP)

Aber, Frau Oberbürgermeisterin, ich muss jetzt trotzdem einmal kritisch nachfragen: Sie haben uns eben dieses Gutachten vorgestellt, und da klang es so: Ach, es sind nur ein paar Sachen zu erledigen und zu ändern, dann ist es mit der Sicherheit wieder gewährleistet. Das hat mich jetzt nicht so überzeugt. Denn wenn die Sicherheit doch evident gefährdet ist, muss es doch ein bisschen mehr sein, als vielleicht einige Rauchmelder und einige Feuerlöscher anzubringen.

(Christian Joisten [SPD]: Genau so ist es!)

Dann würde ich doch gern einmal ansprechen: Wenn ich das nächste Mal von der Verwaltung höre, dass die Sicherheit evident gefährdet ist, dann frage ich mich doch nach dieser Erfahrung: Hm, wie sieht es denn wirklich vor Ort aus? Unter dem Stichwort „Transparenz“ wäre ich Ihnen dankbar, Frau Oberbürgermeisterin, wenn Sie hierzu gleich noch einmal Stellung nehmen könnten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das mache ich gern.

Katja Hoyer (FDP): Meine Damen und Herren, nun zu meinem zweiten Punkt Sachlichkeit: Die Räumung der Marktstraße ist die Konsequenz eines Ratsbeschlusses, den wir hier gemeinsam gefasst haben. Wer allerdings die öffentliche Diskussion verfolgt hat, könnte meinen, die Verwaltung hätte willkürlich handelt. Hier wende ich mich insbesondere an meine Kolleginnen und Kollegen von den Grünen. Um in der Szene zu punkten, hat man mal eben vergessen, dass man im OB-Wahlkampf eigentlich zum Unterstützerkreis der Oberbürgermeisterin gehört.

(Beifall bei der FDP)

Das ging so weit, dass der grüne Politiker Rolf Stärk die OB aufforderte, unverzüglich ihr Amt niederzulegen, denn sie sei ohne Zweifel für die Räumung politisch verantwortlich und daher auch nicht mehr wählbar.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, bei solchen Unterstützern braucht es gar keine Opposition mehr.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ganz im Gegenteil, im Vergleich zu den Grünen waren SPD und LINKE geradezu zahm.

Ich komme zu meinem letzten Punkt, zur Konsequenz: Dieser Punkt ist letztlich auch dafür entscheidend, dass wir der vorgelegten Resolution nicht zustimmen können. Wir alle wissen, dass wir im Bereich der Wohnungslosen-Politik Verbesserungen benötigen. Deshalb haben die Freien Demokraten gemeinsam mit CDU, Grünen und der Ratsgruppe GUT sich im Haushalt für den Housing-First-Ansatz eingesetzt. Aber in der aktuellen Debatte kann man den Eindruck gewinnen, dass die bisherige Wohnungsversorgungspolitik und ihre Angebote generell gescheitert seien und den Obdachlosen auch nicht zuzumuten seien. Daher bin ich der SPD auch dankbar, dass sie in ihrem Antrag zur aktuellen Stunde schreibt, dass die Träger der Wohnungslosenhilfe gute Arbeit leisten und ihr Angebot in den vergangenen Jahren stetig ausgebaut haben. Ja, das stimmt.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, wenn wir von diesem Angebot aber überzeugt sind, warum ist es dann nicht möglich, diese Unterbringungsmöglichkeiten auch den Bewohnern und Bewohnerinnen der Marktstraße anzubieten? Die FDP widersetzt sich nicht einer humanitären Lösung für die Marktstraße und wünscht sich eine gute Unterbringung, aber eine gute Unterbringung ist auch in den städtischen Angeboten möglich. Die Verwaltung hat hier auch Vorschläge unterbreitet. Es kann doch nicht sein, dass die Bewohner der Marktstraße nur deshalb in den Genuss des ersten Housing-First-Projektes in Köln kommen, weil sie ein Haus besetzt haben. Was ist denn dann die Konsequenz für all die anderen Wohnungslosen, die vielleicht auch gern in einem Housing-First-Projekt untergebracht werden würden? - Da wir aus Erfahrung wissen, dass die Umsetzung von Ratsbeschlüssen dauert, dürfte der schnellste Weg zum Erfolg eine Hausbesetzung sein.

(Beifall bei der LINKEN und der AfD - Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Eine Räumung hat man laut Resolutionstext nicht mehr zu fürchten. Sie wird nicht stattfinden. So steht es in der Resolution. Auch Unterbringungen in Einrichtungen der Stadt oder freier Träger kommen nicht mehr infrage, da sie nicht selbstverwaltet sind und dem Housing-First-Ansatz nicht entsprechen. Eine Konsequenz und eine Politik, die die FDP nicht teilt. Die Resolution ist eine herbe Kritik an der Oberbürgermeisterin und der Verwaltung. Dieser Kritik schließen wir uns nicht in diesem Sinne an. Wir stimmen deshalb dagegen und wundern uns sehr, dass die CDU der Resolution zustimmt. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Hoyer, ich würde Ihnen gern direkt antworten und bin Ihnen geradezu dankbar, dass Sie mir die Gelegenheit geben, darauf zu antworten, nachdem Sie tatsächlich erst Transparenz darüber hergestellt haben, wie diese Entscheidung der zuständigen Beigeordneten zustande gekommen ist. Es liegt nämlich eine gutachterliche Stellungnahme aus Ende April vor. Ich kann das Datum jetzt nicht mehr sagen, aber aus Ende April. Aufgrund dieser gutachterlichen Stellungnahme ist dann eine Verfügung gefertigt worden. Und kein Oberbürgermeister und keine Oberbürgermeisterin dieser Welt hätte danach die Verantwortung dafür übernommen, dass dort noch Leute untergebracht werden.

(Bernd Petelkau [CDU]: Hört, hört!)

Das möchte ich ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt ist es so gewesen, dass mir auch Mitglieder dieses Rates - die können das hier bestätigen; unser Geburtstagskind nämlich - mitgeteilt haben, dass unter den Menschen dort Handwerker sind. Diese Handwerker haben zwei Monate Zeit gehabt - sie sind aufgrund Corona wahrscheinlich auch gar nicht so viel draußen gewesen -, das Haus herzurichten. Das Gutachten aus April spricht nämlich noch von vielen hängenden Stromkabeln und einigen anderen Mängeln, die heute nicht mehr festgestellt werden konnten.

Ich habe gestern extra einen Architekten dort hineingeschickt, der in der Szene bekannt ist, auch akzeptiert wird und sich mit solchen Situationen auskennt. Der hat das heute gemeinsam mit einem Brandsachverständigen festgestellt. Ich denke, ich kann mich auf seine mündliche Auskunft verlassen. Ich werde das morgen auch noch einmal schriftlich bekommen. Deswegen habe ich heute nicht die absolute Sicherheit, aber eine ausreichende Sicherheit, um sagen zu können: Für

einen Übergangszeitraum - genau das hat der Architekt auch festgestellt, das ist keine Dauerlösung, und das wissen die Menschen dort auch, das haben wir gestern besprochen - ist eine Unterbringung dort möglich.

Sie werden der Verwaltung die Zeit einräumen, eine alternative Unterbringung festzustellen, und das werden wir auch tun. Daher hat sich schlicht und ergreifend die Sachlage geändert. Der Architekt wurde auch heute dort hineingelassen; der wurde einfach akzeptiert.

Frau Bürgermeisterin, haben Sie eine Anmerkung?

(Elfi Scho-Antwerpes [SPD]: Nein!)

Gut.

Der wurde also akzeptiert und dort hineingelassen. Das gehört auch dazu, um das in Augenschein zu nehmen, und das ist bei Weitem nicht überall so.

Ich möchte mich hier ausdrücklich bei der Liegenschaftsdezernentin bedanken, dass sie auch nicht den Versuch einer Räumung unternommen hat. Das möchte ich noch einmal sagen. Sie hat nämlich sogar den Versuch abgebrochen - aus dem Grunde, weil sich dort viele Unterstützer versammelt habe und eine Eskalation, glaube ich, hätten wir alle nicht gern gesehen. Daher war das genau die richtige Entscheidung. Wir sehen jetzt, wie es weitergehen wird. Die Situation hat sich jedenfalls verändert, und deswegen ist eine übergangsweise Unterbringung möglich.

Jetzt hat Herr Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es kommt zugegebenermaßen nicht häufig vor, dass ich mit Frau Heuser auf einer Linie bin, aber heute musste ich ihr Beifall für das zollen, was sie gesagt hat. Sie hat nämlich auf einen wichtigen Punkt im hinteren Teil der SPD-Resolution hingewiesen. Dieser hintere Punkt ist im Grunde genommen - das hat Frau Heuser vollkommen richtig erkannt - ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Hausbesetzerszene.

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Das haben Sie falsch verstanden!)

Dort steht nämlich oder dort sagt die SPD: Wir mögen beschließen, dass es in Köln keine Räumungen geben wird, ohne dass ein adäquates Wohnungsversorgungsangebot gemacht werden kann. Das ist ja ein dehnbarer Begriff. Frau Heuser hat das vollkommen richtig erkannt: Das ist ein fatales Signal, das hiervon ausgeht, nämlich nach dem Motto: Besetze ein Haus, und du kannst wohnen bleiben.

Noch schöner wäre es, Frau Heuser, wenn Sie die gedankliche Transferleistung aufbringen könnten

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Das kann ich nicht!)

auf einen anderen Politikbereich,

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich kann nicht so denken wie Sie!)

der ganz genauso gestrickt ist. Das ist nämlich die Flüchtlingsproblematik. Da ist nämlich das fatale Signal, das von Ihrer Partei ausgeht: Reise ohne Papiere nach Deutschland, und du kannst bleiben. Das ist exakt der gleiche Mechanismus, mit dem wir es hier zu tun haben.

Insofern kann ich nur sagen: Es ist vollkommen richtig, dass wir dem Antrag der SPD hier nicht zustimmen. Wir werden uns, meine Damen und Herren, die zweite Hafenstraße hier in Deutschland als Laus in den Pelz setzen.

Noch ein Letztes: Ich prophezeie Ihnen - wir werden uns vermutlich im nächsten Rat wiedersehen -, wir werden, wenn das Projekt Parkstadt Süd kommt, hier einen Antrag von den Grünen oder von der SPD oder von den LINKEN bekommen, es möge doch das Biotop „selbstbesetztes Wohnen“ dort erhalten bleiben, die Menschen hätten sich jetzt kennengelernt, schätzen gelernt, die Wohnlage schätzen gelernt, man möge doch hier ein Sonderbiotop vorsehen in der Parkstadt Süd. Dieses Thema - das prophezeie ich Ihnen - werden wir hier haben.

Ich sage: Wehret den Anfängen. Keine Zustimmung zu dem Antrag. Der Rechtsstaat muss hier erkennbar bleiben, muss hier Linie zeigen. Wir dürfen diese fatalen Signale nicht aussenden. Sonst besetzt hier demnächst jeder und jede ein Haus, das ihm oder ihr genehm erscheint. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann hat das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Von unserer Ratsgruppe GUT nur herzlichen Dank an die Autoren der Resolution, der wir gleich selbstverständlich gern zustimmen werden.

Herzlichen Dank auch an die ganzen Unterstützerinnen und Unterstützer, die morgens halb sechs, glaube ich, herausgekommen sind, um die Räumung mit verhindern zu helfen. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, die Resolution liegt mir vor, aber Ihnen nicht, wie ich gerade höre. Elektronisch liegt sie Ihnen vor, aber ich würde sie jetzt noch einmal vorlesen, damit wir alle wissen, worauf wir uns einigen können, falls es nicht alle nachvollziehen können. Einverstanden?

(Zuruf: Ja!)

1. Der Rat der Stadt Köln spricht sich dafür aus, auf eine Räumung des besetzten Abbruchhauses an der Marktstr. 10 (Bonner Str. 120) bis zum Beginn der Abbrucharbeiten zu verzichten. Zwischenzeitlich soll das im Eigentum der Stadt befindliche Haus den Hausbesetzer*innen für ihr Selbsthilfeprojekt „Obdachlose mit Zukunft“ zur Verfügung gestellt werden.

2. Die Begleitung des Projekts durch die Verwaltung wird fortgesetzt.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, den derzeit dort lebenden Menschen bis zum endgültigen Abbruchtermin des Gebäudes Marktstr. 10 (Bonner Str. 120) Alternativen, ggf. auch als Interim, zeitnah zur Verfügung zu stellen. Die angebotenen Alternativen müssen geeignet dafür sein, dass die Bewohner*innen ihr selbstverwaltetes Wohnprojekt fortführen und weiter zusammenleben können.

Das ist die mir vorliegende Resolution. Gezeichnet von dem Fraktionsgeschäftsführer der SPD-Fraktion - hier steht noch „Geschäftsführerin“ -, von dem Fraktionsgeschäftsführer der CDU-Fraktion, der Grünen, der LINKEN, Ratsgruppe GUT, Thor Zimmermann, und Frau Gerlach. Ist das zutreffend? Was ist mit Herrn Wortmann? - Das weiß keiner.

Herr Wortmann, machen Sie mit?

(Walter Wortmann [Freie Wähler Köln]: Nein!)

Dann schlage ich zum Abschluss der aktuellen Stunde vor, nach § 5 Abs. 10 der Geschäftsordnung die Resolution zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung zu überweisen, und möchte Sie noch einmal darauf hinweisen, dass die Verwaltung die Resolution als Anlage zur aktuellen Stunde zur Kenntnis nimmt und als Positionierung des Rates versteht - das gilt insbesondere für Punkt 3 -; denn, wie Sie wissen, können im Rahmen der aktuellen Stunde keine konkreten Aufträge an die Verwaltung beschlossen werden.

Das ist jetzt der Inhalt der Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die FDP-Fraktion und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Beschluss:

Die Angelegenheit wird nach § 5 Abs. 10 Buchstabe b) mit der eingereichten Resolution zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen wird.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD zugestimmt.

Anmerkung:
Frau Oberbürgermeisterin Reker informiert über den aktuellen Sachstand.

Sie weist darauf hin, dass die Verwaltung die Resolution als Anlage zur aktuellen Stunde zur Kenntnis nimmt und diese als Positionierung des Rates versteht. Das gilt insbesondere für Punkt 3. Im Rahmen einer aktuellen Stunde können keine konkreten Aufträge an die Verwaltung beschlossen werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt auf:

1 Vergleichsvorschlag zu den Folgen des Stadtarchiveinsturzes

1887/2020

Resolution der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und von RM Gerlach betreffend „Resolution zum Vergleichsvorschlag zu den Folgen des Stadtarchiveinsturzes“

AN/0867/2020

Als Erster hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute treffen sich Vergangenheit und Zukunft in diesem Saal, und zwar in einer ganz besonderen Konstellation. Mit dem juristischen Vergleich, über den wir hier heute zu befinden haben, versorgen wir endlich die seit elf Jahren klaffende Wunde in der Mitte unserer Stadt. Der Heilungsprozess kann damit beginnen und gleichzeitig auch die Vollendung eines der wichtigsten Verkehrsprojekte der vergangenen Jahrzehnte.

Allerdings ist dies kein Grund zum Feiern. Der Einsturz des Kölner Stadtarchivs hat Menschenleben gekostet, und ein Beschluss zu einem juristischen Vergleich kann niemals das Leid beenden, das diese Tode über die Hinterbliebenen gebracht haben. Menschenleben können mit Geld nicht beziffert oder aufgewogen werden. Sie fehlen in ihrer Einzigartigkeit und sind für Freunde und Familie nicht ersetzbar. Wir haben es also mit zwei Wunden zu tun, über die wir heute sprechen müssen. Zum einen die Wunden der Hinterbliebenen, die wir mit politischen Mitteln nicht heilen können und die sich ohnehin nie ganz schließen lassen, und zum anderen die tiefe Wunde unserer Stadt, die bis heute schmerzt und uns nachhaltig einen Teil unserer Leichtigkeit gekostet hat. Denn zusammen mit unserem Stadtarchiv, einem Teil der benachbarten Gebäude und mit den beiden Todesopfern Kevin K. und Khalil G. ist auch eine Grundannahme unserer Kölschen Mentalität unwiederbringlich in diesem Loch verschwunden: „Et hätt noch immer jot jejange“ ist in sich zusammengefallen. Hier ist eben nicht mehr alles jot jejange, sondern es hat Tod und Zerstörung in unsere Stadt gebracht. Genau deshalb ist diese heutige Entscheidung so schwierig.

Wir wollen über einen juristischen Vergleich mit vielen großen Zahlen beschließen, die den Wert dessen, was war, bzw. dessen, was wiederherzustellen ist, abbilden sollen. Es geht aber nicht einfach nur darum, ob 600 Millionen Euro genug sind für diese beispiellose Verletzung der Kölschen Seele, für die Zerstörung eines der bedeutendsten europäischen Kommunalarchive und dessen Wiederaufbau, was mindestens 30 Jahre dauern wird, für die Jahrzehnte währende Verzögerung eines zu seiner Zeit größten städtebaulichen Projekts Deutschlands, nämlich der Fertigstellung der Nord-Süd-Stadtbahn. Es geht auch um Verantwortung für all dies und die zentrale Frage, wer für diese Katastrophe geradesteht.

Indem sich die ARGE der beteiligten Bauunternehmen im Rahmen des Vergleichs bereit erklärt hat, 80 Prozent der entstehenden Kosten zu übernehmen, übernimmt sie damit auch die Verantwortung für den Archiveinsturz. Das ist gut so. Ich hoffe, dass dies eine wichtige Botschaft für die Menschen ist, die davon betroffen sind und auch in dieser Stadt leben, genauso wie für alle Kölnerinnen und Kölner. Denn ich weiß aus meiner Zeit im Rettungsdienst, wie wichtig die Frage nach Verantwortung für die Bewältigung traumatischer Erlebnisse ist. Hoffen wir, dass dies auch in diesem Fall gelingt.

Gleichzeitig wird aber mit den restlichen 20 Prozent auch zum Ausdruck gebracht, dass Stadt und KVB eine Mitverantwortung tragen - genauso, wie es die Strafprozesse bereits gezeigt haben. Ob in diesen allerdings tatsächlich die richtigen Verantwortlichen verurteilt wurden, ist gerade Gegenstand höchstrichterlicher Klärung. Zweifel sind dabei in jedem Fall angebracht.

Meine Damen und Herren, um all diese emotionalen, juristischen, finanzmathematischen oder auch verkehrlichen Aspekte ausreichend beleuchten und gewichten zu können, sind sieben Tage deutlich zu kurz. Deshalb möchte ich im Namen der SPD-Fraktion die Festlegung auf den 30.06.2020 und das damit einhergehende Verfahren unter zeitlichen Aspekten deutlich kritisieren. Für einen ehrenamtlich arbeitenden Rat ist ein solches Verfahren zu Beginn einer Sommerpause kaum seriös darstellbar; von der fehlenden Möglichkeit zum Dialog mit den Menschen dieser Stadt mal ganz abgesehen.

(Beifall bei der SPD)

Dennoch haben wir uns auf den Weg gemacht, um trotz Zeitdruck zu einer ausgewogenen und an den langfristigen Interessen der Bürgerinnen und Bürgern ausgerichteten Entscheidung zu kommen. Dabei waren für uns als SPD-Fraktion für

eine Zustimmung zu diesem Vergleich folgende Punkte maßgeblich:

Erstens. Den Versuch, das juristische Verfahren, welches sicherlich noch ein weiteres Jahrzehnt in Anspruch nehmen würde, durch einen Vergleichsbeschluss vorzeitig zu beenden, halten wir grundsätzlich für unterstützenswert, zumal die Prozessrisiken bei einem Verfahren, das Rechtsgeschichte schreiben würde, als sehr hoch eingestuft werden müssen und zudem der Fortbestand der beteiligten Unternehmen über die lange Prozesslaufzeit nicht sichergestellt ist.

Zweitens ist von besonderem Gewicht für uns als SPD-Fraktion die Aussicht auf einen zügigen Weiterbau am Waidmarkt und dies auf Kosten und in Verantwortung der ARGE. Somit besteht keine Möglichkeit durch Bauverzögerung und entsprechende Nachträge, uns als Stadt noch einmal zur Kasse zu bitten.

Drittens. Gleichzeitig - das ist uns besonders wichtig - werden die Interessen und Forderungen der KVB in dem Vergleich mitberücksichtigt, und die KVB wird von allen weiteren Forderungen freigestellt. Damit kann sich die KVB vollumfänglich auf ihre Rolle als Bauherrin konzentrieren und den dann hoffentlich deutlich beschleunigten Baufortschritt überwachen.

Die SPD-Fraktion jedenfalls wird sich im Lichte dieser genannten Kriterien der hier vorliegenden Vergleichslösung nicht verweigern und somit der Beschlussvorlage zustimmen.

Ich möchte allen, die in den vergangenen elf Jahren an diesem Verfahren beteiligt waren und vom akuten Rettungsgeschehen bis zu den Vergleichsverhandlungen sich um die Versorgung dieser Wunde gekümmert haben, an dieser Stelle ganz herzlich danken. Jede und jeder Einzelne - egal, ob als Feuerwehrfrau oder als Stadtdirektor; es waren mehrere an diesem Verfahren in den letzten Jahren beteiligt - haben in den verschiedenen Phasen einen Beitrag dazu geleistet, damit das Herz unserer Stadt weiterschlagen kann. Dafür ganz herzlichen Dank.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe anfangs von zwei Wunden gesprochen. Als Rat der Stadt Köln liegt es nicht in unserer Macht, die Wunden der Trauer zu schließen. Wir können aber alles in unserer Macht Stehende tun, um die Wunden unserer Stadt zu heilen. Ich hoffe ganz besonders für die Hinterbliebenen, dass uns das mit dem heutigen Tag gelingt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau hat das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sage einmal so: Ich möchte mich zunächst einmal dem Dank des Vorredners anschließen. Es ist nicht nur am Unglückstag selbst Übermenschliches geleistet worden, sondern es ist auch in den letzten Jahren durch alle Beteiligte ein wertvoller Beitrag geleistet worden, um wirklich diese Zäsur bzw. dieses schreckliche Ereignis, das vor elf Jahren passiert ist, endlich aufzuarbeiten und am Ende auch zu einer Lösung zu kommen, die diesen Schmerz lindert und auch dabei hilft, in Stücken wieder zur Normalität zurückzukehren.

Ich sage es einmal so: Zu diesem Ereignis gibt es zwei Dimensionen. Das eine ist die strafrechtliche Seite, die auch sehr intensiv beleuchtet worden ist. Man kann sicherlich sehr stark interpretieren, ob wirklich diejenigen, die verantwortlich waren, hier entsprechend zur Rechenschaft gezogen wurden oder nicht. Eine oberste Klärung ist zurzeit noch unterwegs.

Wir befassen uns heute mit der zivilrechtlichen Seite. Da ist es gut, dass wir hier kein weiteres langes Verfahren haben, bei dem wir über einen sehr, sehr langen Zeitraum weiter darüber diskutieren, wer zivilrechtlich hier die Verantwortung für diese Katastrophe übernimmt. Wenn man sich den ausgehandelten Entwurf des Vergleichs anschaut, so muss man sagen, dass sich die ARGE und die beteiligten Versicherungen von der Ausgangsbasis deutlich bewegt haben hin zu einer angemessenen Lösung.

Wenn man das Ergebnis mit dem vergleicht, was vielleicht bei einer Weiterführung des Prozesses herauskommt, so muss man feststellen, dass man hier von dem optimalen Ergebnis am Ende eines Prozesses gar nicht mehr so weit entfernt ist.

Was würde dem entgegenstehen, wenn wir den Prozess weiterführen würden? - Das wären sicherlich noch einmal vier oder fünf Jahre weitere Beweiserhebung und damit auch vier oder fünf

Jahre Verzicht auf diese wichtige Form der Mobilität in unserer Innenstadt, nämlich die Vollendung der Nord-Süd-U-Bahn. Genau das ist es, was wir wollen: einen adäquaten Vergleich. In der Tat ist es auch wichtig, dass, wenn die ganze Sache vonseiten der Mobilität jetzt finalisiert wird, diese Finalisierung sowohl vom Risiko als auch von der Kostenhöhe her von demjenigen getragen wird, der das Ganze verursacht hat. Das arbeitet dieser Vergleich, aber auch die strafrechtliche Untersuchung letztlich heraus, dass die Schuld bei der ARGE gelegen hat, und das ist das, worauf wir am Ende Wert legen, dass wir ein adäquates Ergebnis haben, womit wir einen Beitrag dazu leisten, dieses schreckliche Ereignis am Ende aufzuarbeiten, zu bewältigen, um in die Zukunft zu schauen.

Für die Zukunft sind zwei Dinge wichtig: Es wird einerseits fortgeschrieben, dass die Archivalien auch in Zukunft restauriert werden, wenn es technisch sinnvoll und angemessen ist, und dass andererseits die Nord-Süd-U-Bahn vollendet wird. Zwei wichtige Ziele, hinter denen wir stehen. Aus diesem Grunde können wir als CDU-Fraktion diesem Vorschlag entsprechend zustimmen.

Ich möchte ebenfalls schließen mit dem Dank an alle Beteiligten - auch jetzt noch auf der Zielgeraden -, dass das jetzt so vorangetrieben wurde. Es war am Ende auch eine Frage der Zeit. Jetzt war dieses Zeitfenster offen, dieses Zeitfenster ist genutzt worden, und vor dem Hintergrund kann man auch Verständnis dafür haben, dass wir hier trotz Urlaubssaison eine entsprechende Sondersitzung haben, um dieses Zeitfenster zu nutzen. Dafür abschließend noch einmal herzlichen Dank. Für unsere Fraktion gilt: Wir können dem Vergleich und der Resolution, die parteiübergreifend noch einmal klarmacht, wo wir stehen und wo wir die Schwerpunkte setzen, entsprechend zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau von Bülow das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es sieht wirklich ein bisschen leer aus, aber auch voll genug für uns heute.

Ein langes Kapitel geht zu Ende - 11 1/3 Jahre nach dem Archiveinsturz -, und darüber sind wir froh. Die Ereignisse damals haben ganz Köln beschäftigt. Der Einsturz ist in vielerlei Hinsicht ein für Köln traumatisches Ereignis gewesen, ein großer Schock, vor allem für die Opfer, für die Angehörigen der Opfer, für die Anwohnerinnen und Anwohner, die ihre Wohnungen verloren haben, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Archivs, aber auch für die Nachlassgeber des Archivs - insgesamt für ganz Köln. Ich denke, jeder von uns weiß noch genau, was er an dem Tag gemacht hat, als das Archiv eingestürzt ist. Allein das zeigt schon, welche Dramatik und welch große Sache das für Köln gewesen ist und wie groß der Schock in Köln tatsächlich war.

Mit dem heutigen Vergleich wird ein Neuanfang geschaffen. Wir begrüßen ihn und halten das vorliegende Ergebnis für gut. Dies spiegelt sich auch in der fraktionsübergreifenden Resolution, die wir heute zusammen mit dem Vergleichsvorschlag verabschieden wollen, wider. Auch dafür meinen herzlichen Dank an alle Fraktionen, die sich hier zusammengefunden haben, um gemeinschaftlich das Ganze zu tragen.

(Beifall)

Wir wollen und können damit ein Zeichen setzen, dass alle demokratischen Fraktionen mit einer breiten Mehrheit diesen Vergleich auch positiv begleiten. Jedes Jahr am 3. März erinnern wir uns in Köln an die Katastrophe am Waidmarkt mit beeindruckenden Kundgebungen vor Ort. Dort ist nach wie vor die Wunde, die der Stadt zugefügt wurde, zu sehen, zu spüren und zu erleben. Mit dem Vergleich ist nun die Möglichkeit geschaffen, die durch den Einsturz entstandene Lücke zu schließen. Der Vergleich bildet einen Meilenstein in der Bewältigung des entstandenen Traumas und eröffnet den Weg in die Zukunft. Die Nord-Süd-Bahn kann nun ohne Zeitverzögerung fertiggestellt werden, die Errichtung der „Halle mit dem Knick“ wird als unterirdischer Ausstellungs- und Veranstaltungsort geschaffen, und oberirdisch wird ein angemessenes Gedenken seinen Platz bekommen.

Die Chronologie, die in der Vorlage noch einmal nachgezeichnet wird, macht deutlich, wie wichtig diese Vergangenheitsbewältigung ist und wie wichtig es ist, dass dieses Verfahren nun zu einem Ende kommt. Auch deswegen begrüßen wir den heuteigen Vergleich.

Wir haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht. Es war nicht so viel Zeit. Wir haben trotzdem viele Fragen gestellt und haben genau erforscht, was in dieser Vorlage enthalten ist und

welche Konsequenzen das hat. Denn die Entscheidung ist alles andere als trivial.

Von großer Bedeutung war für uns, dass in der Vorlage deutlich wird, dass mit dem Vergleich die Einsturzursache abschließend geklärt ist, dass damit Rechtssicherheit erlangt wird und dass die Restaurierung der Archivmaterialien langfristig finanziell gesichert ist und - wie schon erwähnt - der Ausbau der Nord-Süd-U-Bahn zeitnah und zielstrebig zu Ende geführt wird. Ein Klageverfahren wird vermieden. In Abwägung der Alternative scheint uns das der angemessenste Weg. Denn auch eine Klage, die mehrere Jahre dauert, garantiert nicht, dass ein anderes, besseres Ergebnis für die Stadt erzielt werden kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Alternative einer gerichtlichen Klärung führt zudem zu weiteren Verzögerungen, zu weiteren Kosten und erst recht, wenn noch eine weitere Beweissicherungserkundung erfolgen müsste.

Mit dem vorliegenden Vergleich wird hoffentlich auch der Rechtsstreit mit der Interessengemeinschaft der Vor- und Nachlassgeber des Historischen Archivs der Stadt einvernehmlich gelöst. All das sind gute Nachrichten, wie wir finden.

Mit dem Vergleich geht es nun endlich weiter auf der Baustelle. Es gibt eine Perspektive für den Ort. Den Bewohnern und Bewohnerinnen der Severinstraße sind wir es auch schuldig, dass diese Baustelle zeitnah ihrer Beendigung entgegengeht. Sie haben genug mitgemacht. Die Einsturzstelle am Waidmarkt wird zukunftsfähig entwickelt, sie wird ein Gedenkort bleiben, aber keine offene Wunde. Daher stimmen wir dieser Vorlage gern zu. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Anwesende! Wir sind über den Vergleich enttäuscht: über das Tempo, wie wir zustimmen müssen, über die Quote des Ausgleichs - 60 Prozent -, über die fehlende Aufarbeitung der Konsequenzen aus der Katastrophe, und uns fehlt ein klares Schuldbekenntnis der ARGE Los-Süd. Ein klares Schuldbekenntnis fehlt, meine Damen und Herren, und das ist schon bitter.

Unsere Kritik richtet sich nicht gegen den Stadtdirektor Dr. Keller, der ein hohes Risiko eingegangen ist, indem er diese Verhandlung geführt und den Auftrag der Oberbürgermeisterin umgesetzt hat. Uns geht es um eine systemische Kritik.

In den letzten 20 Jahren passiert bei den großen Bauprojekten immer das Gleiche: Große Bauunternehmen und Investoren machen gravierende Baufehler, vertuschen sie und versuchen, die Stadt Köln über den Tisch zu ziehen. Die Verwaltung ist überfordert, und der Rat der Stadt Köln wehrt sich dagegen nicht. Das war so bei den Messehallen, bei dem Bau des Rautenstrauch-Joest-Museums, bei Oper und Schauspielhaus und jetzt beim Historischen Archiv. Die Hauptleidtragende war immer die Stadt Köln. Auch bei diesem Vergleich fehlt uns eine angemessene Abfindung - in diesem Fall ein dreistelliger Millionenbetrag.

Ich erinnere daran, dass wir Forderungen in Höhe von 1 Milliarde Euro zu Buche stehen haben. Da helfen uns nicht die besten Anwälte, wenn nicht die Verwaltung eine selbstbewusste Bauverwaltung ist. Der Deutsche Städtetag hat das 2015 in seinem Positionspapier zum kommunalen Bauwesen klar zum Ausdruck gebracht - Zitat -:

> … die Bauherrenfunktion der Städte zu stärken und bauliche Expertise in den Städten zu halten bzw. bedarfsgerecht zurückzugewinnen …

Bis heute hat sich die Kölner Stadtverwaltung vom Kahlschlag des damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden Prof. Bietmann im Jahr 2000 nicht erholt, als die damalige Koalition von CDU und FDP in Kooperation mit den Grünen 4 000 städtische Beschäftigte abbaute, die Dezernate von elf auf sieben reduzierte und dann Herr Bietmann im Rat erklärte - ich zitiere -:

> Dies ist ein großes Reformwerk; ich behaupte, das größte Reformwerk der Verwaltung nach dem Zweiten Weltkrieg.

Herr Sterck, Sie waren damals dabei und erklärten - ich zitiere -:

> … die Bauherren und Investoren in unserer Stadt [werden uns] ewig dankbar sein …

Ratsprotokoll aus dem Jahr 2000, Band I, Seite 440.

Ja, die Investoren unserer Stadt sollen dann auch Sie, Frau Oberbürgermeisterin, zu einem Vergleich ermuntert haben. Am 2. März 2019 berichtete der *Express*, dass Sie, Frau Oberbürgermeisterin, einen Vergleich anstreben. Der *Express* schrieb - Zitat -:

> Bei solchen Vergleichsverhandlungen eröffnen Mediatoren den Basar üblicherweise mit dem Vorschlag einer Fifty-Fifty-Regelung.

Ich war damals entsetzt, wie man sich als Oberbürgermeisterin mit einem solchen Vorschlag an die Öffentlichkeit wenden kann. Dass man darüber nachdenkt, ist völlig in Ordnung, aber nicht in der Öffentlichkeit.

Fazit für mich: Wir sind nicht weit weg von der Fifty-Fifty-Regelung, sondern bei der 60-40-Regelung.

Wenn neoliberale Politik heute nicht mehr die Rolle spielt, wie Ende der 90er-/Anfang der 2000er-Jahre, ist ein klares Gegensteuern mit einer starken kommunalen Verwaltung für uns nicht erkennbar. Dafür werden wir, DIE LINKE, weiter kämpfen - Jahr um Jahr.

(Beifall bei der LINKEN)

Weil wir diese grundsätzliche systemische Kritik an diesem Vergleich haben, wollen wir mit unserer Initiative und der Resolution eine gewisse Klarheit schaffen, dass die Mittel, die die Stadt Köln jetzt bekommt, auch für die Zwecke, für die sie sie erhält, verausgabt werden. Die 600 Millionen Euro müssen auch in die Bereiche fließen, die besonders vom Archiveinsturz betroffen sind, nämlich in die Restaurierung der Archivalien, in die Entwicklung des ÖPNV sowie in den Abbau der Kassenkredite.

Ich bedanke mich bei den demokratischen Fraktionen und Gruppen, dass wir diesen Antrag nunmehr gemeinsam einbringen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein Thema ansprechen: Im Zuge des Archiveinsturzes haben etliche Kölnerinnen und Kölner die Stadt Köln verklagt. Es wäre vielleicht besser gewesen, sie hätten die ARGE verklagt - das hat mir eine klagende Person gesagt -, aber das sei einmal dahingestellt. Etliche Verfahren sind aber noch anhängig. Ich will mich dazu im Detail gar nicht äußern, nur so viel: Ich glaube, es wäre in der jetzigen Situation klug, wenn wir mit dem Schuldigen, der ARGE, einen Vergleich schließen, dass wir mit den Kölnerinnen und Kölnern, die die Stadt verklagt haben, einen gütlichen Weg finden, wie wir diese Klagen aus der Welt schaffen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Wir werden der Verwaltungsvorlage und der Resolution zustimmen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Den nachdenklichen Worten des Gedenkens, die meine Vorredner hier schon genannt haben, und den Worten des Dankes schließe ich mich für die FDP-Fraktion ausdrücklich an. Doch heute besteht die Möglichkeit, gerade unter diesen zivilrechtlichen Teil einen Schlussstrich zu ziehen und auch den Blick nach vorn zu wenden.

In den Beratungen vor der heutigen Sitzung hieß es von einem Kollegen, niemand sei begeistert über das, was hier vorgelegt wurde. Heute im Aufsichtsrat der KVB sprach jemand davon, er sei unglücklich über das gewählte Verfahren. Ich muss sagen: Meine Stimmungslage ist heute eine andere, denn ich bin begeistert und glücklich, dass wir endlich diesen Kompromiss, diesen Vergleich hier haben. Er hätte aus meiner Sicht schon viel, viel früher vorliegen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Detjen, natürlich kann man immer sagen, es hätte noch ein bisschen mehr Geld sein können, die Beratungszeit hätte noch ein bisschen länger sein können, aber das Leben ist eben kein Wunschkonzert. Das Zitat, das Sie eben von mir verlesen haben, hörte sich recht gut an. Anscheinend habe ich damals gehofft, dass es für Investoren in Köln leichter wird, zu bauen. Wenn Sie mir die Stelle nachher noch einmal nennen, schaue ich mir das selbst noch einmal an, aus welchem Zusammenhang das gerissen worden ist. Denn die Hoffnung, dass es für Investoren in irgendeiner Form in Köln leichter geworden ist, hat sich sicherlich in dieser Form nicht realisiert.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Ich möchte heute ausdrücklich dem Stadtdirektor danken und ihn für das beglückwünschen, was er hier für uns herausverhandelt hat. Herr Dr. Keller, wenn es das Einzige gewesen wäre, was Sie in dieser Stadt hinterlassen hätten, hätte es sich schon gelohnt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wenn ich da zum Beispiel an die Hinterlassenschaften Ihres Vorgängers denke, der Probleme gern noch etwas vergrößert hat, anstatt sie zu lösen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Wenn ich bei Ihnen *(von der SPD)* einmal zu Protokoll geben darf: Er schuldet bis heute seinen Wetteinsatz für unsere Wette, dass das Autonome Zentrum in der Luxemburger Straße zu dem von ihm ausgehandelten Termin freigeräumt wird. An diese Abmachung hat er sich am Ende auch nicht gehalten.

Wenn Sie die Resolution jetzt sehen, die wir zwischen den Fraktionen und den politischen Gruppen verhandelt haben, könnte man fast denken, es gehe hauptsächlich um den Gedenkort *K³*, der hier über drei Zeilen gewürdigt wird. Sicherlich eine gute und wichtige Idee, aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht hier insbesondere um die Vollendung der Nord-Süd-Stadtbahn, die es leider nur mit einer Zeile in diese Resolution geschafft hat - immerhin eine Zeile mehr als im Ursprungsentwurf, weil dort die Vollendung der Nord-Süd-Stadtbahn gar nicht vorkam. Das war uns als FDP wichtig. Der Kollege Petelkau hat auf die Bedeutung auch richtigerweise entsprechend hingewiesen, dass wir jetzt die Möglichkeit haben, diese wichtige Verbindung in unserem Netz vollständig zu schaffen, die den Zentraltunnel entlasten soll, die den Neumarkt entlasten soll und ein ganz wichtiger Mosaikstein im künftigen Netz der Kölner Verkehrsbetriebe ist.

Frau Verkehrsdezernentin Blome, die letzten Zahlen bzw. die Daten, die dort genannt worden sind, 2029 - also noch einmal neun Jahre von jetzt gedacht - oder 2027, können den Rat der Stadt Köln sicherlich nicht befriedigen. Ich hoffe sehr, dass gerade die ARGE selbst jetzt ein Interesse daran hat, da die ARGE selbst die Verantwortung dafür trägt, dieses Gleiswechselbauwerk zu realisieren, und dass das zu einer Beschleunigung führt und wir möglicherweise vielleicht schon 2025 hier die Nord-Süd-Stadtbahn komplett mit den Linien 5 und 16 befahren können. Frau Blome, ich möchte Sie bitten, sich dafür einzusetzen und sich dafür stark zu machen. Wir zählen auf Sie. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ich mache es von meinem Platz aus.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Gäste im Sitzungssaal und am Livestream! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Um es vorwegzunehmen: Wir lehnen die Beschlussvorlage ab, ebenso die mir bisher bekannten Änderungs- und Ergänzungsanträge der Fraktionen. Es hat wohl einen intensiven Schriftverkehr gegeben, aber ich konnte mich da kaum einlesen. Die jetzt als Tischvorlage noch einmal etwas tiefergehenden Informationen konnte ich zu Beginn dieser Sitzung nicht lesen, weil ich mich auf den Verlauf der Sitzung konzentriert habe.

135 Monate sind nach dem Einsturz des Stadtarchivs vergangen, und 135 Millionen Euro wurden in der Anlage 2 aufgelistet. Es ist jetzt das Ergebnis eines Vergleichs mit der ARGE, dass die Stadt 600 Millionen Euro bekommt, und damit ist eigentlich die Klappe zu. Damit ist der Einsturz des Stadtarchivs zumindest für uns vom Rat vom Tisch. So interpretiere ich das.

Was die Schuldfrage betrifft, so können sich die Beteiligten der ARGE und auch der KVB bekreuzigen. Geschafft! Keinesfalls vergessen sind die publikumswirksamen Prozesse gegen vier Mitarbeiter, die 2018 und 2019 mit Freisprüchen und einer Bewährungsstrafe endeten. Derweil bleiben KVB-Vorstand und Projektverantwortliche der ARGE komplett ungeschoren. Die Logik der Mittäterschaft durch Unterlassung der Aufsicht bei den Arbeitgebern bei der KVB und der ARGE standen eigentlich nie öffentlich zur Diskussion.

Zurück zur Vorlage: Die Freien Wähler lehnen den Beschluss ab und bedauern, dass die Aufklärung der Hintergründe und damit der Schuldfrage des Archiveinsturzes vom 03.03.2009 ungeklärt versanden. Formulierungen, ob dieser Vergleich ein Schuldeingeständnis oder eine Übernahme der Verantwortung der ARGE ist, sind vor dem Hintergrund der gesamten Affäre und des Versagens

der Beteiligten überflüssig. Die Freien Wähler fordern die Kämmerei auf, die von der ARGE angebotene Summe in Höhe von 600 Millionen Euro ausschließlich für die Planung und Finanzierung solcher Positionen einzustellen, wie für die gegebenenfalls teilweise Aufarbeitung und Wiederherstellung des an verschiedenen Standorten eingelagerten Archivmaterials, für den Neubau des Stadtarchivs, die Fertigstellung bzw. den weiteren Ausbau des ÖPNV - in dem Fall der Nord-Süd-Bahn - sowie für die Errichtung einer angemessenen Gedenk- und Kultureinrichtung vorgesehen. Wir wünschen uns, dass dem Rat dazu jeweils Einzelbeschlüsse vorgelegt werden.

Ich komme aber noch einmal zur Kostenübersicht: Wir wollen, dass ergänzend zu der Anlage 2 in der Beschlussvorlage eine weitere Übersicht aller zu erwartenden konsumtiven und investiven Planungen und Maßnahmen erstellt wird. In der Tischvorlage, die ich eben zitiert habe, ist zumindest ein Ansatz erkennbar. Diese Positionen sollten jeweils mit einer groben Kostenschätzung bewertet werden.

Übrigens würde mich interessieren, ob die etwa 135 Millionen Euro in der Anlage 2 - mit den Personalkosten sind es 150 Millionen Euro - aus den 600 Millionen Euro finanziert werden müssen.

Wir fordern ebenso eine seriöse Überprüfung, ob die gesamte Wiederherstellung des derzeit eingelagerten Archivmaterials in Teilen nicht auch aufgegeben werden kann. Hier sollte nach der Anwendung des Prinzips der Nachhaltigkeit, der Stadtgeschichte und des kulturellen Nutzens entschieden werden, Bedeutung und Kosten-Proporz. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das sehe ich nicht. Dann erlauben Sie mir bitte, bevor ich den Abstimmungsvorgang aufrufe, noch einmal als Oberbürgermeisterin mit wenigen Sätzen für diesen Vergleich zu werben.

Ich möchte das Gesagte nicht wiederholen, aber wir wissen, wie die Stadt diesen Einsturz erlebte. Sie hat erlebt, wie es ist, sein Gedächtnis zu verlieren, und das ist für eine Stadt eine Katastrophe. Ich denke nicht nur an die Todesopfer, sondern auch an den Verlust des angestammten Quartiers, den viele Anwohner erlebt haben, an die darauffolgenden Interimssituationen für die Schulen und für das ganze Severinsviertel. Ich denke, es ist allerhöchste Zeit, dass diese tiefe Wunde im Stadtbild und auch in vielen Köpfen dieser Stadt geschlossen wird.

Ich bin davon überzeugt, dass der Vergleich mit der ARGE angesichts der Rahmenbedingungen und der Beweislast eine gute Nachricht für unsere Stadt ist, und ich bin wirklich erleichtert, dass wir dieses schwere Kapitel der Kölner Stadtgeschichte damit abschließen können. Nicht vergessen, sondern abschließen! Deswegen möchte ich noch einmal alle, die jetzt hier im Rat sitzen, darin bestärken, doch diesen Weg mitzugehen, weil die Kölnerinnen und Kölner, denke ich, sich auch eine große Einmütigkeit in dieser Sache hier aus diesem Haus wünschen.

Ich rufe jetzt, meine Damen und Herren, nachdem ich mich nochmals bei dem Team, das diesen Vergleich zustande gebracht hat, bedankt habe, zunächst in der Abstimmung den gemeinsamen Ergänzungsantrag von SPD, CDU, Grüne, LINKE, FDP und Frau Gerlach auf. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist Herr Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich lasse über die Vorlage in der soeben ergänzten Fassung abstimmen. Auch hier frage ich nach Gegenstimmen. - Das ist Herr Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. - Ich bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen allen.

(Beifall)

I. Abstimmung über den Ergänzungsantrag Beschluss:

In Ergänzung der vorgelegten Beschlussvorlage der Verwaltung bekräftigt der Rat den Vergleichsvorschlag zu den Folgen des Stadtarchiveinsturzes mit folgender Resolution:

Der Rat der Stadt Köln begrüßt die Vorlage eines Vergleichsvorschlages zu den Folgen des Stadtarchiveinsturzes und dankt allen Beteiligten für die erfolgreich geführten Verhandlungen.

Fraktionsübergreifend wird der Vergleich als sinnvoller Weg gewertet, dieses Kapitel der Kölner Stadtgeschichte zu bewältigen und konstruktiv in die Zukunft zu blicken.

Die Fertigstellung der Nord-Süd-Stadtbahn kann nun angegangen werden.

Mit K^3 wird ein spannender, unterirdischer Ausstellungs- und Veranstaltungsort geschaffen. Ein

angemessener Gedenkort, der die Katastrophe sichtbar und erfahrbar macht, wird oberirdisch folgen.

Der Neubau des Historischen Archivs wird 2021 zur Nutzung übergeben werden. Der Rat der Stadt Köln bekräftigt

- *dass das Stadtgedächtnis weiter rekonstruiert wird.*
- *dass der unterbrochene Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs jetzt zielstrebig weiter angegangen wird.*

Der Rat erwartet von der Verwaltung die Vorlage eines Konzeptes, welches sicherstellt, dass die vereinnahmten Mittel adäquat für die Beseitigung der entstandenen Schäden verausgabt werden: Dabei sollen unterschiedliche Ansätze der Zweckbindung berücksichtigt werden.

Der Vergleichsvorschlag bietet die Grundlage für eine einvernehmliche Lösung mit der Interessengemeinschaft der Vor- und Nachlassgeber des Historischen Archivs der Stadt Köln und weitere Kläger und die Einstellung der gerichtlichen Auseinandersetzungen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimme von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

II. Beschluss über die so geänderte Vorlage Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass die technische Ursache des Stadtarchiveinsturzes vom 3. März 2009 nunmehr geklärt ist. Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung beauftragt, den nachfolgenden außergerichtlichen Vergleich abzuschließen:

- *Die ARGE Los-Süd verpflichtet sich, zum Ausgleich der finanziellen Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Einsturz des Stadtarchives zur Zahlung eines Betrages von 600 Mio. Euro an die Stadt Köln.*
- *Die ARGE Los-Süd verpflichtet sich, auf eigene Kosten die havarierte Baustelle des Gleiswechselbauwerkes im erweiterten Rohbau zu sanieren und das Bausoll des Bauvertrages fertigzustellen.*
- *Die ARGE Los-Süd verpflichtet sich, einen Ausstellungsraum (sog. „K³“) auf eigene Kosten zu errichten.*
- *Beide Parteien sind sich darüber einig, dass mit dem Vergleich sämtliche Ansprüche, auch diese der KVB AG, die im Zusammenhang mit dem Einsturz des Stadtarchives stehen, gegeneinander abgegolten sind. Die laufenden gerichtlichen Verfahren werden eingestellt.*

In Ergänzung der vorgelegten Beschlussvorlage der Verwaltung bekräftigt der Rat den Vergleichsvorschlag zu den Folgen des Stadtarchiveinsturzes mit folgender Resolution:

Der Rat der Stadt Köln begrüßt die Vorlage eines Vergleichsvorschlages zu den Folgen des Stadtarchiveinsturzes und dankt allen Beteiligten für die erfolgreich geführten Verhandlungen.

Fraktionsübergreifend wird der Vergleich als sinnvoller Weg gewertet, dieses Kapitel der Kölner Stadtgeschichte zu bewältigen und konstruktiv in die Zukunft zu blicken.

Die Fertigstellung der Nord-Süd-Stadtbahn kann nun angegangen werden.

Mit K^3 wird ein spannender, unterirdischer Ausstellungs- und Veranstaltungsort geschaffen. Ein angemessener Gedenkort, der die Katastrophe sichtbar und erfahrbar macht, wird oberirdisch folgen.

Der Neubau des Historischen Archivs wird 2021 zur Nutzung übergeben werden. Der Rat der Stadt Köln bekräftigt

- *dass das Stadtgedächtnis weiter rekonstruiert wird.*
- *dass der unterbrochene Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs jetzt zielstrebig weiter angegangen wird.*

Der Rat erwartet von der Verwaltung die Vorlage eines Konzeptes, welches sicherstellt, dass die vereinnahmten Mittel adäquat für die Beseitigung der entstandenen Schäden verausgabt werden: Dabei sollen unterschiedliche Ansätze der Zweckbindung berücksichtigt werden.

Der Vergleichsvorschlag bietet die Grundlage für eine einvernehmliche Lösung mit der Interessengemeinschaft der Vor- und Nachlassgeber des Historischen Archivs der Stadt Köln und weitere

Kläger und die Einstellung der gerichtlichen Auseinandersetzungen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimme von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt auf:

2 Aus der Sitzung des Rates vom 18.06.2020 vertagte Vorlagen

Tagesordnungspunkt

2.1 Bau eines zusätzlichen Busbetriebshofs Köln Ost der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) in Porz
3956/2019

Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde eine Anmerkung machen, da die Bezirksvertretung hier noch eine Anmerkung gemacht hatte, und zwar würden wir als CDU-Fraktion gern heute zustimmen, aber mit der Anregung aus der Bezirksvertretung, dass gerade bei dem Verkehrskonzept, das für die spätere Bauplanung sowieso noch erstellt werden muss, insbesondere auch bei den betroffenen Gewerbegebiete in unmittelbarer Nachbarschaft der zusätzliche Verkehr zumindest in der Abschätzung mit einbezogen wird und für die spätere Entscheidung berücksichtigt wird. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen[1]. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Verkehrsausschusses vom 26.05.2020 mit der Anregung von RM Petelkau aus der Bezirksvertretung 7 (Porz), in das Verkehrsgutachten den zusätzlichen Verkehr aus den unmittelbar angrenzenden Gewerbegebieten mit einzubeziehen:

Der Rat stimmt dem Standort für die Errichtung eines neuen Busbetriebshofs in Köln Porz, Kaiserstraße 127– vorbehaltlich der Zustimmung der BV Porz - zu.

Im Weiteren beauftragt der Rat die Verwaltung, zur Umsetzung der Ratsbeschlüsse vom 09.07.2019 zu den Vorlagen-Nr. 1215/2019 und 1103/2019 (Busnetz dauerhaft und Busnetz interim in 2019) zu veranlassen, dass die KVB den für die Unterstellung der benötigten zusätzlichen Fahrzeuge erforderlichen zusätzlichen Busbetriebshof

Köln Ost realisiert. Die vom Rat bereits beschlossenen Busnetzerweiterungen sind Bestandteil des am 01.01.2020 in Kraft getretenen Öffentlichen Dienstleistungsauftrags (ÖDLA). Die für den Busbetriebshof Ost erforderlichen Aufwendungen sind über den ÖDLA ausgleichsfähig.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

2.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 76380/03; Arbeitstitel: „Südlich Friedensstraße - Westteil“ in Köln-Porz-Elsdorf
0935/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Frau De Bellis-Olinger, bitte.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen! Das Fachgespräch hat in der Bezirksvertretung Porz stattgefunden. Die Dringlichkeitsentscheidung liegt auch Ihnen vor - sei es in Mandatos oder auch ausgedruckt auf dem Tisch.

Ich möchte noch einmal auf Punkt 4 Bezug nehmen, und zwar möchte die Bezirksvertretung Porz das betreute Wohnen im städtebaulichen Vertrag berücksichtigt haben. So, wie ich das mit der Verwaltung besprochen habe, ist das im städtebaulichen Vertrag nicht möglich, aber ich bin mir sicher, dass der Beigeordnete Greitemann alles dafür tun

[1] In der Fassung des Verkehrsausschusses, s.a. Klarstellung auf Seite 19.

wird, diesem Wunsch zu entsprechen und mit der GAG auch intensiv in Gesprächen zu bleiben. Das ist das, was wir uns wünschen, und auch das, was die CDU lebt: alle Generationen im Blick zu haben.

Viel Erfolg, Herr Greitemann, auch bei der Umsetzung dieses Wunsches, dass wir praktisch am Ende nicht nur die Wohnungen dort haben, sondern auch das betreute Wohnen vorfinden werden.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen wie Vorlage. Die Stellungnahme der Bezirksvertretung Porz liegt Ihnen als Anlage 12 vor, meine Damen und Herren. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die FDP-Fraktion enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. *den Plangeltungsbereich des Bebauungsplan-Entwurfes mit dem Arbeitstitel „Südlich Friedensstraße“ in Köln-Porz-Elsdorf aus dem Aufstellungsbeschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 12.12.2013 im Osten und Süden zu reduzieren (siehe Anlage 1).*

2. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf Nr. 76380/03 für das Gebiet südlich der Friedensstraße, die östliche Grenze ca. 330 m entfernt von der BAB 59, nördlich der landwirtschaftlichen Flächen „Auf der Wolle“ und östlich der Wohnbebauung Tiergartenstraße, Arbeitstitel „Südlich Friedensstraße - Westteil“ in Köln-Porz-Elsdorf eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlage 5.*

3. *den Bebauungsplan Nr. 76380/03 mit gestalterischen Festsetzungen für den unter Ziffer 2 genannten Teilbereich (Teilsatzungsbeschluss) nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2023) – in der bei Erlass diese Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde gern noch einmal zum Tagesordnungspunkt 2.1 klarstellen, dass die Abstimmung wie Verkehrsausschuss vorgenommen wurde. Ich wollte das nur noch einmal klarstellen, weil ich das eben nicht gesagt hatte.

Dann sind wir am Ende der Sitzung angekommen. Ich bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen, wünsche Ihnen einen guten Sommer und auf Wiedersehen.

(Schluss: 19.44 Uhr)

62. Sitzung vom 10. September 2020

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Oberbürgermeisterin auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Vergütung von Mehrarbeit für Beamtinnen und Beamte"

AN/1201/2020

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme einer Schenkung für das Museum für Ostasiatische Kunst

2151/2020

2.2 Annahme einer Schenkung von Gemälden und Artefakten indigener Künstlerinnen und Künstlern Australiens (Sammlung Klaus Kaufhold) für das Rautenstrauch-Joest-Museum

2371/2020

2.3 Annahme einer Schenkung Sanierungskonzept Rheingarten 1058/2020

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend "Verbesserung und Ergänzung der rechtsrheinischen Stadtbahnanbindung"

AN/0777/2020

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1225/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1228/2020

3.1.2 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. sowie von RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Gesundheit hat oberste Priorität - Kalkberg als Hubschrauberstation endgültig aufgeben!"

AN/1171/2020

Änderungsantrag der Fraktionen CDU und FDP

AN/1233/2020

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/1235/2020

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Neutralitätsgebot der politischen Amtsträger"

(Dringlichkeitsantrag aus der Sitzung des Rates vom 18.06.2020)

AN/0854/2020

3.1.4 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend "Prüfantrag: Naturerlebnisraum"

AN/1160/2020

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT

AN/1229/2020

3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Eine Armutskonferenz für Köln – ein Leben in Teilhabe für alle!"

AN/1158/2020

3.1.6 Antrag der FDP-Fraktion und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Ein Radiomuseum ins historische WERAG-Funkhaus, Radderthal"

AN/0864/2020

3.1.7 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Resolution: „Freie Fahrt für freie Bürger“"

AN/1175/2020

zurückgezogen

3.1.8 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend "Weitere Stärkung der Außengastronomie in Corona-Zeiten"

AN/1180/2020

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1224/2020

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1192/2020

3.1.9 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Schaffung einer Linie 2 statt der Busspur auf der Aachener Straße"

AN/1172/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1227/2020

3.1.10 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Social Media Konten der Oberbürgermeisterin"

AN/1174/2020

3.1.11 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Machbarkeitsstudien für eine Hubschrauberbetriebsstation am Alternativstandort Flughafen Köln/Bonn und zur alternativen Nutzung des Kalkbergs"

AN/1179/2020

Änderungsantrag der Fraktionen CDU und FDP (s. Antrag unter TOP 3.1.2 – AN/1233/2020)

3.1.12 Antrag der Gruppe GUT betreffend "Köln – Klimaneutral bis 2030"

AN/1169/2020

zurückgezogen

3.1.13 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Wohnen.Bezahlbar.Machen.: Wohnungen für alle erhalten und schaffen!"

(Dringlichkeitsantrag aus der Sitzung des Rates vom 18.06.2020)

AN/0855/2020

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Städtische Förderung Nachbarschaftstreff KalkNord, Remscheider Str. 32, 51103 Köln-Kalk

Beschluss der Bezirksvertretung Kalk vom 28.05.2020 - AN/0686/2020

2352/2020

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Evaluierung der Metropolregion Rheinland"

AN/0838/2020

Antwort der Verwaltung vom 03.09.2020 2729/2020

4.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Organisatorische und personelle Veränderungen im Amt der Oberbürgermeisterin"

AN/0847/2020

Antwort der Verwaltung vom 10.09.2020 2160/2020

4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kostensteigerungen bei Großprojekten"

AN/0905/2020

4.4 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Mobilisierung von Baugrundstücken städtischer Beteiligungsgesellschaften"

AN/1115/2020

Antwort der Verwaltung vom 10.09.2020

2803/2020

4.5 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Haus der Kreativwirtschaft oder X Süd und Kulturhof e.V. in die Dillenburger Straße?"

AN/1212/2020

Antwort der Verwaltung vom 10.09.2020

2798/2020

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Erweiterung der Zuständigkeiten des Integrationsrates

1598/2020

5.4.2 10 + 1 Bäume für die Opfer des NSU

1599/2020

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT

AN/1232/2020

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Änderung der Betriebssatzung des Gürzenich-Orchesters

1091/2020

6.1.2 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln

hier: Vereinfachung des Verfahrens bei öffentlichen Bekanntmachungen

2324/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1219/2020

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Abwassergebührensatzung 2021

2214/2020

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 Zweite Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2020 über das Offenhalten von Verkaufsstellen

2030/2020

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2019 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2019

1936/2020

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Generalinstandsetzung der Industriestraße im Bereich zwischen dem Parkplatz 7 (Fühlinger See) und Oranjehofstraße

2148/2020

7.2.2 Neugestaltung des Spielplatzes Osloer Straße/Athener Ring in Köln-Chorweiler

hier: Kostenerhöhung

2221/2020

7.2.3 Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete auf dem städtischen Grundstück Aloys-Boecker-Straße 4, 51147 Köln-Lind -

1676/2020

7.2.4 Unterrichtung des Rates gem. § 25 der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen

2600/2020

7.2.5 Einsturz Historisches Archiv/Abschluss Regress mit der Provinzial Rheinland Versicherungs AG/Vergleich von Dezember 2009 (61,5 Mio € zzg. Zinsen abzgl. Kostenbeteiligung)

2686/2020

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss für den Ersatzneubau Brücke Bergerstraße in Köln-Porz

Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV

1306/2020

10.2 Brandschutznachrüstung - Einbau von trockenen Löschwasserleitungen in den unterirdischen Stadtbahnhaltestellen Florastraße, Neusser Straße und Geldern Straße/Parkgürtel

4473/2020

10.3 Grundsätze kommunaler Unternehmensführung - Fortentwicklung des PCGK

1933/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1213/2020

10.4 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Lachemer Weg o. Nr., 50737 Köln-Longerich - Baubeschluss

1986/2020

10.5 Einführung eines Gottfried Böhm Stipendiums

2183/2020

10.6 Aufbau eines stadtweiten Netzes von Mobilstationen

2212/2020

Änderungsantrag SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und FDP

AN/1230/2020

10.7 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Wirtschaftsplan 2021

2213/2020

10.8 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2019

2434/2020

10.9 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Auflösung der Kapitalrücklage

2435/2020

10.10 Förderung rassismuskritischer Projekte / 2.Schritt

1321/2020

10.11 Ergänzung des Stadtbahnvertrages vom 03.09. / 09.09.1991 zur Übertragung der Federführung für die "Verlängerung der Stadtbahnlinie 7" an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG

0250/2020

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

AN/1223/2020

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und FDP

AN/1234/2020

10.12 Konzept für Gewaltschutz in Unterbringungseinrichtungen für Geflüchtete der Stadt Köln (Gewaltschutzkonzept)

0990/2020

10.13 Flexible Öffnungszeiten in Kindertageseinrichtungen

1282/2020

10.14 Jahresabschluss Wirtschaftsjahr 2018/2019 des Gürzenich-Orchesters Köln

1489/2020

10.15 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 01.01.2018 - 31.12.2018 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln

1531/2020

10.16 Strukturförderung Kulturwerk des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK Köln e.V.) für die Jahre 2021 - 2023

1995/2020

10.17 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Vergabe der Planungsleistungen für die Maßnahme „Umgestaltung der Hauptstraße (Porz) von Steinstraße bis Mühlenstraße" sowie Beschluss zur Bereitstellung einer außerplanmäßigen investiven Verpflichtungsermächtigung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen

2026/2020

10.18 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Houdainer Str. o. Nr. 2, 51143 Köln - Baubeschluss

3660/2019

zurückgezogen

10.19 Realisierungswettbewerb für die beiden neuen Fuß- und Radwegbrücken über den Rhein auf Höhe des Ubierrings und der Bastei

0528/2020

10.20 Erweiterter Planungsbeschluss rechtsrheinische Fuß- und Radwegerampe an der Hohenzollernbrücke zum Auenweg und Planungsbeschluss zur weiterführenden Fahrradtrasse MesseCity

0882/2020

10.21 Baubeschluss zur Sanierung der Domtreppe

1059/2020

10.22 TU-/GU-Schulbaumaßnahmen: Neubau von zwei Interimsschulgebäuden an den Standorten Kreutzerstraße 11 und Venloer Wall 13b, 50672 Köln-Neustadt/Nord durch Totalunternehmer - Planungs- und Baubeschluss

1121/2020

10.23 Beleuchtungsanlage und Blend-/Verschattungsschutz im Museum für Angewandte Kunst

hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss

1140/2020

10.24 Höhenkonzept für die linksrheinische Kölner Innenstadt; hier: Bauvorhaben Hohenzollernring 62

1152/2020

zurückgezogen

10.25 Generalsanierung des Quäker Nachbarschaftsheims, Kreutzerstr. 5-9, 50672 Köln

Planungsbeschluss

2188/2020

10.26 neska Schiffahrts- und Speditionskontor GmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrages

2568/2020

10.27 Sanierung der Fassade des Bürgerhaus Stollwerck

3323/2019

10.28 Sanierung des Bahnhofs Belvedere in Köln-Müngersdorf, Erhöhung des Zuschusses

2223/2020

10.29 Nutzungsvertrag und Allgemeine Nutzungsbedingungen für die Benutzung von Sportstätten

1710/2020

10.30 Bürgerzentrum Alte Feuerwache - Ertüchtigung Innenhof, Einrichtung Stadtteil-/Holzwerkstatt, Optimierung Entwässerungs-/Kanalanlage

2327/2020

10.31 Förderprogramm: Gemeinwesenarbeit für die Stadt Köln 4455/2020

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1231/2020

10.32 Jahresabschluss 2018 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

1065/2020

10.33 Wirtschaftsplan 2020 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

1453/2020

10.34 Jahresabschluss 2019 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

1454/2020

10.35 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaft; Zuführung zur Kapitalrücklage

1465/2020

10.36 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilergebnisplan 1303, Friedhöfe, im Haushaltsjahr 2020

2342/2020

10.37 Initiierung eines 3. Frauenhauses in Köln

2277/2020

10.38 Konzept zur Vergabe der Stipendien ohne Altersbegrenzung (Künstler*innenförderung Bildende Kunst) ab 2020

2330/2020

10.39 Abschluss einer öffentlichen-rechtlichen Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der

Vergabe von Lieferungen und Leistungen zwischen den Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe sowie den Städten Bonn, Leverkusen, Remscheid und Köln

1586/2020

10.40 Bleiberechtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln

1698/2020

10.41 Einrichtungs- und Mittelfreigabebeschluss für die Neubauten und Sanierungsbauten des Georg-Büchner-Gymnasiums, Ostlandstraße 39, 50858 Köln

1713/2020

10.42 Niedrigschwellige Eingliederungshilfe - Aufgabenübertragung von 50, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren zu 53, Gesundheitsamt

2200/2020

10.43 Brunnen- und Beregnungsanlage für die Stadion-Vorwiesen im Sportpark Müngersdorf

2251/2020

10.44 Stärkung der Bildungsarbeit im NS-Dokumentationszentrum hier: Gebührenfreiheit für Kölner Schülerinnen und Schüler

2258/2020

10.45 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Vergabe von Planungsleistungen zur Realisierung der Maßnahmenumsetzung „ Mülheimer Süden, Netzelement 4 - Östlicher Ringschluss" mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen

1896/2020

10.46 Neubau der städtischen Sporthalle Herler Ring ("Blaue Halle"), Köln-Buchheim unter Einbeziehung der dortigen Kindertagesstätte sowie der Schulhofsituation der benachbarten GGS An St. Theresia.

-Planungsbeschluss-

1948/2020

10.47 Erstellung eines Erweiterungsbaus für das Schulgebäude Overbeckstr. 71 - 73, 50823 Köln-Neuehrenfeld

Baubeschluss

0298/2020

10.48 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Neubaus für eine dreizügige Grundschule mit einer 1-fach Turnhalle am Standort Antwerpener Straße 19-29, 50672 Köln

Planungsbeschluss

1565/2020

10.49 Fachraumerneuerung für die Mikrobiologielaborräume im Berufskolleg Kartäuserwall (BK16), Kartäuserwall 30, 50676 Köln

Baubeschluss

1950/2020

10.50 Vergabe der Konzeptionsförderung in der Sparte Tanz, Haushaltsjahre 2021-2024

2276/2020

10.51 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss für den Ersatzneubau der Brücke Am Tannenhof, Stadtbahnhaltestelle Michaelshoven in Köln-Rodenkirchen

0423/2020

zurückgezogen

10.52 Erweiterter Planungsbeschluss für die Nachrüstung von zwei Zugangstreppen an der Stadtbahnhaltestelle Hans-Böckler-Platz im Rahmen der Brandschutzsanierung

3493/2019

10.53 Ersatzbeschaffung von acht Teleskoparbeitsbühnen auf LKW-Fahrgestellen für die Baumpflege

1256/2020

10.54 Corona-Pandemie: Fortführung des Notfallfonds Struktursicherung Livemusikstätten

2703/2020

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 225. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 9, Köln-Mülheim

Arbeitstitel: Sigwinstraße in Köln-Höhenhaus

2216/2020

11.2 4. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 6, Köln-Chorweiler,

Arbeitstitel: Teilraum Nordwest, Wohnbauflächen in Köln-Esch/ Auweiler hier: Feststellungsbeschluss

1102/2019

zurückgezogen

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Erweiterung des Geltungsbereiches, Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan)

74407/02

Arbeitstitel: Hohenstaufenstraße / Steinstraße in Köln – Porz-Gremberghoven

1870/2020

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 72498/02 Arbeitstitel: Sigwinstraße in Köln-Höhenhaus

2051/2020

12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 59570/06

Arbeitstitel: Further Straße / Gilleshof in Köln-Roggendorf / Thenhoven

2084/2020

12.4 Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nummer 58480/03

Arbeitstitel: Widdersdorf Süd (neu) in Köln-Widdersdorf, 1. Änderung Tillmannsdörfchen

1240/2020

12.5 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 58463/03 Arbeitstitel: Am Nachtigallental in Köln-Weiden

2267/2020

12.6 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die

1. Änderung des Bebauungsplanes Nummer 7053/02 Arbeitstitel: Kurtekottener Straße in Köln Flittard

1984/2020

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1236/2020

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Rodenkirchen

Arbeitstitel: Auenviertel in Köln-Rodenkirchen

2176/2020

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen -

Erschließungsbeitragssatzungen

17 Wahlen

17.1 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln

2526/2020

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Kölner Renn-Verein 1897 e. V.

Zuschuss zum Erhalt der denkmalgeschützen Anlage der Pferderennbahn Köln, Scheibenstr., Köln-Weidenpesch

0804/2020

18.2 Stärkung der Demokratie durch aktive Bewerbung der Wahlen in Köln

1602/2020

18.3 Coronabedingte Auswirkungen auf die Unterbringungssituation der Geflüchteten

1628/2020

18.4 Fortsetzung der Projekte ALVENI links und rechts vom Rhein zur Verbesserung der Lebenssituation von neuzugewanderten Unionsbürger/-innen, darunter Eltern mit ihren Kindern im Vorschulalter bis zu 7 Jahren im Rahmen des EHAP

1719/2020

18.5 Annahme einer Schenkung von 35 Pflanzkübeln der Kölner Grün Stiftung 1911/2020

18.6 Strukturerhaltende Maßnahme zur Sicherung der Bürgerzentren/-häuser in freier Trägerschaft

1934/2020

18.7 Erstattung von Elternbeiträgen wegen des eingeschränkten Regelbetriebes an den Offenen Ganztagsschulen aufgrund von COVID-19 für Juni und Juli 2020

1946/2020

18.8 Mediengründerzentrum NRW MGZ GmbH, hier Veräußerung von Anteilen

2080/2020

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder

Akbayir, Hamide; Bartsch, Hans-Werner, Bürgermeister; Benthem van, Henk, Bezirksbürgermeister; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva, Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Elster, Ralph, Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Geraedts, Wilhelm; Gerlach, Lisa Hanna; Görzel, Volker; Götz, Stefan; Gräfin von Wengersky, Alexandra; Gutzeit, Walter, Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Hauser, Frank; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Hoyer, Katja; Joisten, Christian; Kara, Efkan; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Killersreiter, Birgitt, Prof. Dr.; Kircher, Jürgen; Klein, Heinz; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit, Dr.; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Schäfer, Klaus, Prof.; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schlömer, Ursula; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi, Bürgermeisterin; Schoser, Martin, Dr.; Schwab, Luisa; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen, Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Tritschler, Sven; Unna, Ralf, Dr.; van Geffen, Jörg; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welter, Thomas; Wiener, Markus; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Homann, Mike, Bezirksbürgermeister; Schößler, Bernd, Bezirksbürgermeister; Wirges, Josef, Bezirksbürgermeister; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin;

Verwaltung

Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete; Blome, Andrea, Beigeordnete; Haaks, Stefanie; Steinkamp, Dieter, Dr.; Mötting, Bettina; Vogel, Alexander;

Schriftführerin

Lange, Maria;

Stenografen

Herr Klemann;

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Scholz, Tobias; Schultes, Monika; Wolter, Judith;

Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister

Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Blömer-Frerker, Helga, Bezirksbürgermeisterin;

Verwaltung

Keller, Stephan, Stadtdirektor Dr.;

(Beginn: 15.08 Uhr - Ende: 23.33 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 62. und letzte Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich sehr herzlich Sie, die Mitglieder des Rates.

Ich freue mich, dass wir uns heute hier coronakonform an traditioneller Stelle im Ratssaal des Spanischen Baus treffen und damit auch das ermöglichen konnten, was sehr viele von Ihnen als Wunsch geäußert haben. Die Vorkehrungen, die wir zu Ihrem Schutz treffen mussten, sind sicherlich etwas gewöhnungsbedürftig, aber es ist ebenso wichtig, dass unser Zwischendomizil Gürzenich keine Dauerlösung werden soll und wir wieder an dem Ort zusammenkommen, der für städtische Demokratie steht wie kein anderer.

Meine Damen und Herren, bevor wir zur Tagesordnung dieser letzten Sitzung in der Ratsperiode kommen, möchte ich mich bei Ihnen für das intensive Ringen um die besten Lösungen für unser geliebtes Köln bedanken.

Der Rat der Stadt Köln hat seit Juni 2014 insgesamt 277 Stunden beraten. Das sind umgerechnet elfeinhalb Tage ohne Unterbrechung. Als Oberbürgermeisterin kann ich da nicht mithalten und komme aufgrund der kürzeren Wahlzeit auf 44 Sitzungen und 211 Stunden bisher. Daran kann man noch etwas machen, das ist noch steigerungsfähig.

In dieser Wahlperiode wurden im Rat über 330 Anträge gestellt und mehr als 2 700 Beschlussvorlagen behandelt. Das waren viele wichtige und zum Teil auch äußerst beratungsintensive Entscheidungen für unsere Stadt. Dieses Pensum erklärt, warum einige Ratssitzungen auch mehr als acht Stunden gedauert haben.

Es gibt viele Ratsmomente, die sicherlich nicht nur mir besonders in Erinnerung bleiben werden. Ich denke dabei natürlich an unsere Sitzung im Gürzenich Ende März ganz im Zeichen der Pandemie. Sie fand in Minimalbesetzung statt und war inhaltlich besonders anspruchsvoll: In 92 Minuten haben wir 59 Beschlüsse gefasst, im Durchschnitt also alle 96 Sekunden einen Beschluss.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Ich denke auch an die Entscheidung zum Luftreinhalteplan im Februar 2018, die von Ihrer Präzision und Leidenschaft bei der Ratsarbeit geprägt war: Neun Änderungsanträge wurden gestellt, und es waren insgesamt 28 Abstimmungsvorgänge notwendig, wobei eine Abstimmung mehr als 30 Minuten dauerte. Am Ende stand aber ein Ergebnis.

Denken Sie auch an die finanziell größte Einzelentscheidung außerhalb des Haushalts: das zweite Schulbaupaket im Umfang von bis zu 1,7 Milliarden Euro.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte auch an ein besonders trauriges Ereignis erinnern: die Nachricht vom Tod unserer sehr geschätzten Kollegin Birgit Gordes, die uns in der Ratssitzung vom 17. November 2016 erreichte und uns alle traurig machte. Wir gedachten ihrer dann gemeinsam an dieser Stelle.

Meine Damen und Herren, über 2 700 Beschlussvorlagen, komplexe Entscheidungen großer Tragweite, zum Teil über achtstündige Sitzungen - das war ein strammes Programm für Sie alle als Ratsmitglieder. Die Zahlen veranschaulichen, dass der Rat ganz gewiss keine Feierabendveranstaltung ist. Deshalb danke ich Ihnen sehr, sehr herzlich im Namen aller Kölnerinnen und Kölner für Ihren ehrenamtlichen Einsatz in Köln.

(Vereinzelt Beifall)

Ich hätte Sie gern zu einem Empfang im Anschluss an diese Ratssitzung begrüßt und wäre Ihnen da noch einmal persönlich begegnet, aber das lässt die Pandemie nicht zu. Schon deshalb möchte ich jetzt einen traditionellen Empfang für die Ratsmitglieder ankündigen: Sofern die Infektionslage es zulässt, wird er am 3. Dezember stattfinden. Bitte merken Sie sich diesen Termin schon einmal vor.

Es ist mir heute ein besonderes Anliegen, mich bei den 22 Ratsmitgliedern zu bedanken, die unabhängig vom Wahlergebnis am Sonntag nicht mehr in den nächsten Rat gewählt werden; denn sie stellen sich nicht erneut zur Wahl. Einige von ihnen haben sich jahrelang oder sogar über Jahrzehnte hinweg hier im Rat engagiert. Ich glaube, viele von Ihnen - es geht mir genauso - können sich beispielsweise einen Rat ohne Jörg Frank nicht vorstellen

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

oder zumindest sich nicht an einen Rat ohne ihn erinnern. Er kam am 1. Oktober 1989 in den Rat - zu einer Zeit, als es noch zwei deutsche Staaten und in Köln einen Oberstadtdirektor gab. Heute ist er unser dienstältestes Ratsmitglied.

Ihm und allen anderen ausscheidenden Ratsmitgliedern wünsche ich alles Gute. Mit Ihnen wird der Rat ein großes Stück Erfahrung verlieren, und so hoffe ich natürlich, dass Sie sich alle als engagierte Kölnerinnen und Kölner auch weiterhin einbringen und vielleicht auch einmischen werden.

(Beifall)

Denn, wie Herr Heinrich Böll schon gesagt hat: „Einmischung ist die einzige Möglichkeit, realistisch zu bleiben“, und deswegen sind wir auch dringend darauf angewiesen.

Lassen Sie mich zum Schluss meinen Kolleginnen und Kollegen in der Stadtverwaltung danken. Sie haben in den Dezernaten, Ämtern und Dienststellen dafür gesorgt, dass der Rat hier über 2 700 Beschlussvorlagen entscheiden konnte und dass diese Beschlüsse auch umgesetzt werden. Heute stehen noch einmal über 120 Punkte auf der Tagesordnung, und deswegen möchte ich auch gleich in die Tagesordnung der heutigen Sitzung einsteigen.

Noch ein paar wenige Hinweise zur heutigen Sitzung: Die Mikrofone, die sich an einigen Tischen im Plenum befinden, wurden gegen andere Mikrofone ausgetauscht und können nun unter Infektionsschutzbedingungen auch im Sitzen genutzt werden. Die Verwendung auch durch andere Ratsmitglieder ist dadurch aber natürlich nicht möglich.

Sofern ein Redebeitrag nicht vom Platz aus gehalten werden kann, steht Ihnen das Redepult zur Verfügung. Das Redepult muss nach jedem Redebeitrag durch die Rednerinnen und Redner selbst desinfiziert werden. Entsprechende Materialien finden Sie auf dem Redepult. Das Mikrofon muss nicht gereinigt werden. Es handelt sich um ein Modell mit kurzem Schwanenhals, deswegen können die Sprechenden damit gar nicht in Berührung kommen. Für Zwischenrufe können die Standmikrofone genutzt werden.

Zudem ist Ihnen eben beim Eintreten in den Ratssaal sicherlich aufgefallen, dass auf dem Tisch des Stenografen ein Messgerät aufgestellt ist. Dieses Messgerät dient zur Prüfung der Luftreinheit hier im Ratssaal während unserer heutigen Ratssitzung. Es werden unter anderem die Feinstaubbelastung, das Kohlenmonoxid und die Temperatur aufgezeichnet. Ziel dieser Maßnahme ist, festzustellen, ob für unseren Ratssaal Optimierungsbedarf bei der Belüftung besteht und wir eventuell gegensteuern müssen.

Vielen Dank. Ich hoffe, dass Sie alle die Ratssitzung in guter Atmosphäre in Ihren Einzelkabinen erleben werden.

Ich komme jetzt zu den Entschuldigungen. Frau Schultes und Frau Wolter sind für heute entschuldigt.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Karaman, Herrn Kara und Herrn Schwanitz.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen ja vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind dort gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Ich selbst habe am 2. September einen Antrag auf aktuelle Stunde eingereicht, um den Rat über das Thema „Vergütung von Mehrarbeit von Beamtinnen und Beamten“ zu informieren. Diesen Antrag sollten wir als TOP 1.1 der Tagesordnung behandeln.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil der Antrag der SPD-Fraktion unter TOP 3.1.13, TOP 4.5, TOP 7.1, TOP 7.2.4, TOP 7.2.5, TOP 10.53, TOP 10.54 und im nichtöffentlichen Teil TOP 24.10, TOP 24.11.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 3.1.7, 10.18, 10.24, 10.51, 11.2.

Gibt es Wortmeldungen hierzu? - Herr Zimmermann.

> (Thor-Geir Zimmermann [Ratsgruppe GUT]: Ich bin zu spät gekommen. Ich kenne jetzt nicht das Prozedere, wie ich mich hier verständigen kann!)

Sie sprechen bitte in Ihr Mikrofon. - Er hat keines? - Entschuldigung! Das konnte ich von hier nicht sehen. Bitte gehen Sie an ein Standmikrofon.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich überlege, den Antrag 3.1.12 zurückzuziehen, würde aber ganz gern meine Zurückziehung begründen. Habe ich die Gelegenheit dazu?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Wir haben den Antrag 3.1.12 - „Köln - Klimaneutral bis 2030“ - gestellt, weil wir mit der bisherigen Klimaschutzpolitik des vergangenen Rates unzufrieden sind und weil wir dringenden Handlungsbedarf sehen. Wir haben im Wahlkampf gemerkt, dass sich viele neu positioniert haben - auch unsere Oberbürgermeisterin, auch verschiedene Parteien -, was uns ein früheres Erreichen möglich erscheinen lässt.

Wir ziehen den Antrag nur allein deswegen zurück, weil vonseiten des Bürgerbegehrens der Einwand kam, dies könne das Bürgerbegehren rechtlich als unzulässig darstellen. Allein deswegen ziehen wir diesen Antrag zurück. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Herr Struwe.

Rafael Struwe (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Zur Reihenfolge der Beratung: Wir haben unter 3.1- -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Da bin ich noch nicht, aber ich nehme das gern auf.

Rafael Struwe (SPD): Ach, da sind wir noch nicht?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, ich bin ja - -

Rafael Struwe (SPD): Na gut, dann melde ich mich gleich noch einmal. Alles gut.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sagen Sie es. Ich komme dann zur Reihenfolge der Tagesordnung.

Rafael Struwe (SPD): Okay. - Zur Reihenfolge: Wir haben unter 3.1.13 einen Antrag der SPD-Fraktion, bei dem der Rat in der letzten Sitzung die Dringlichkeit abgelehnt hatte. Der müsste nach unserem Dafürhalten gemäß § 2 der Geschäftsordnung eigentlich unter 3.1.9 einsortiert werden, weshalb wir beantragen, genau dies zu tun und in der Beratungsreihenfolge entsprechend zu berücksichtigen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, dann lasse ich darüber abstimmen, ob dieser Antrag vorgezogen werden soll, und komme dann auch noch zu einem weiteren Vorschlag, den ich habe. Ich lasse zunächst abstimmen. - Gegenrede?

Ralph Sterck (FDP): Ja, ich möchte natürlich wissen, wie das die Verwaltung bzw. wie das die Oberbürgermeisterin sieht, ob der Einwand der SPD gerechtfertigt ist oder nicht. Denn wenn er gerechtfertigt ist, dann hätten sie ja recht, und wenn er nicht gerechtfertigt ist, dann nicht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir haben lange darüber diskutiert. In der Niederschrift steht es nicht. Wir haben auch eine unterschiedliche Erinnerung. Wir haben keinen Schiedsrichter; in der Niederschrift steht es nicht. Dadurch komme ich dazu, Sie alle zu ermuntern, Ihre Anmerkungen ins Mikrofon zu sprechen und nicht untereinander auszutauschen, dann könnte man das eindeutig nachweisen. Deswegen haben wir es überhaupt auf die Tagesordnung genommen und dort einsortiert, wo es unserer Meinung nach hingehört, und das der SPD-Fraktion natürlich auch mitgeteilt. Das ist kein Geheimnis.

Wir stimmen darüber ab. Wer wünscht, dass wir den Tagesordnungspunkt 3.1.13 vor 3.1.9 ziehen, den bitte ich um das Handzeichen? - Das ist die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich bin immer noch bei der Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, TOP 3.1.11 vor TOP 3.1.2 und beide Punkte in einer gemeinsamen Rederunde zu behandeln. Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Änderungsvorschlag, den ich gemacht habe, abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste im Zuschauerbereich, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

Die Sitzung des Rates findet das erste Mal seit März unter Coronaschutzvorkehrungen wieder im Ratssaal statt.

I. Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzähler RM Karaman, RM Kara und RM Schwanitz vor. Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Es liegt ein fristgemäß eingegangener Antrag zur Durchführung einer Aktuellen Stunde vor:

Antrag der Oberbürgermeisterin auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Vergütung von Mehrarbeit für Beamtinnen und Beamte"

AN/1201/2020,

der unter TOP 1.1 behandelt wird.

III. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

3.1.13 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Wohnen.Bezahlbar.Machen.: Wohnungen für alle erhalten und schaffen!"

(Dringlichkeitsantrag aus der Sitzung des Rates vom 18.06.2020)

AN/0855/2020

4.5 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Haus der Kreativwirtschaft oder X Süd und Kulturhof e.V. in die Dillenburger Straße?"

AN/1212/2020

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und - verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2019 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2019

1936/2020

7.2.4 Unterrichtung des Rates gem. § 25 der Kommunalhaushaltsverordnung

Nordrhein-Westfalen

2600/2020

7.2.5 Einsturz Historisches Archiv/Abschluss Regress mit der Provinzial Rheinland Versicherungs AG/Vergleich von Dezember 2009 (61,5 Mio € zzg. Zinsen abzgl. Kostenbeteiligung)

2686/2020

10.53 Ersatzbeschaffung von acht Teleskoparbeitsbühnen auf LKW-Fahrgestellen für die Baumpflege

1256/2020

10.54 Corona-Pandemie: Fortführung des Notfallfonds Struktursicherung Livemusikstätten

2703/2020

II. Nichtöffentlicher Teil

24.10 Bedarfsanerkennung für die Beschaffung von bis zu 11.000 Tablets (iPads) für die Lehrerinnen und Lehrer der Kölner Schulen (inkl. Zubehör und Anpassungen der schulischen Infrastruktur für Betrieb, Wartung und Support) sowie Bereitstellung von überplanmäßigen Aufwendungen

2781/2020

24.11 Bedarfsfeststellung für Serverhardware bei der Stadt Köln für den Zeitraum 2021 bis 2024

2757/2020

Absetzungen:

I. Öffentlicher Teil

3.1.7 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Resolution: „Freie Fahrt für freie Bürger“"

AN/1175/2020

10.18 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Houdainer Str. o. Nr. 2, 51143 Köln – Baubeschluss

3660/2019

10.24 Höhenkonzept für die linksrheinische Kölner Innenstadt; hier: Bauvorhaben Hohenzollernring 62

1152/2020

10.51 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss für den Ersatzneubau der Brücke Am Tannenhof, Stadtbahnhaltestelle Michaelshoven in Köln-Rodenkirchen

0423/2020

11.2 4. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 6, Köln-Chorweiler,

Arbeitstitel: Teilraum Nordwest, Wohnbauflächen in Köln-Esch/ Auweiler

hier: Feststellungsbeschluss 1102/2019

IV. RM Zimmermann zieht

TOP 3.1.12.

Antrag der Gruppe GUT betreffend "Köln – Klimaneutral bis 2030"

AN/1169/2020

zurück, um das Bürgerbegehren zum Thema Klimawandel nicht zu gefährden. RM Struwe beantragt den nachträglich auf die Tagesordnung gesetzten Antrag TOP 3.1.13

Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Wohnen.Bezahlbar.Machen.: Wohnungen für alle erhalten und schaffen!"

(Dringlichkeitsantrag aus der Sitzung des Rates vom 18.06.2020)

AN/0855/2020

in der gem. § 2 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen vorgesehenen Reihenfolge vor TOP 3.1.9 zu behandeln.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über diesen Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

V. Frau Oberbürgermeisterin schlägt vor, den Tagesordnungspunkt

TOP 3.1.11

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Machbarkeitsstudien für eine Hubschrauberbetriebsstation am Alternativstandort Flughafen Köln/Bonn und zur alternativen Nutzung des Kalkbergs"

AN/1179/2020

Änderungsantrag der Fraktionen CDU und FDP AN/1233/2020

vor

TOP 3.1.2

Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. sowie von RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Gesundheit hat oberste Priorität - Kalkberg als Hubschrauberstation endgültig aufgeben!"

AN/1171/2020

Änderungsantrag der Fraktionen CDU und FDP AN/1233/2020

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/1235/2020

und beide zusammen in einer gemeinsamen Rederunde zu behandeln.

Der Rat stimmt den Verfahrensvorschlägen und der so geänderten Tagesordnung zu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann eröffne ich die Tagesordnung und rufe auf:

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Oberbürgermeisterin auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Vergütung von Mehrarbeit für Beamtinnen und Beamte“

AN/1201/2020

Ich habe diese aktuelle Stunde beantragt, meine Damen und Herren, weil es in den letzten Wochen viele Berichte, aber auch Spekulationen über den Umgang der Stadt mit Überstunden von Beamten und Beamtinnen gegeben hat.

Für die grundsätzliche Bereitschaft der Kolleginnen und Kollegen, Überstunden zu machen und damit die Stadt buchstäblich am Laufen zu halten, bedanke ich mich zunächst einmal bei jeder und bei jedem sehr herzlich. Denn wie notwendig diese Bereitschaft ist, sieht man an der aktuellen Situation sehr deutlich. Ich weiß gar nicht, wie es sonst im Moment überhaupt so zielgerichtet und gut weitergehen könnte in dieser Stadt.

Die heutige Sitzung dient dazu, den Rat, aber auch die Öffentlichkeit über den derzeitigen Sach- und Prüfungsstand zu informieren und auch eine Aussprache zu diesem Thema zu ermöglichen. Wie Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter in ihrem Newsletter sehr prägnant zusammengefasst haben, ist das Thema zu komplex, um mit kurzen Schlagzeilen vollständig erfasst werden zu können. Unsere Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung verdienen es, dass wir uns mit der gebotenen Zeit und vor allem sachorientiert und differenziert mit diesem Thema auseinandersetzen.

Ich möchte Sie noch einmal daran erinnern, dass wir uns derzeit in einer öffentlichen Sitzung befinden und Sie das bitte bei Ihren Ausführungen und gegebenenfalls auch Ihren Fragen beachten.

Damit zur Sache: In meinen Gesprächen mit den Kölnerinnen und Kölnern, aber auch mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bekomme ich häufig gespiegelt, dass viele mit der Arbeit der Stadtverwaltung zufrieden sind. Aber gleichzeitig werden immer wieder auch die Notwendigkeit und der Wunsch nach Reformen und Veränderungen in der Verwaltung und der Stadt spür- und sichtbar. Ziel unserer Verwaltungsreform ist deshalb eine moderne Verwaltung als professionelle Dienstleisterin und attraktive Arbeitgeberin, die den Anforderungen einer wachsenden Metropole mit all ihren Herausforderungen gerecht wird. Und um die Erfahrungen in der Corona-Pandemie richtig zu werten: Wir haben gezeigt, dass die Verwaltung in vielen Bereichen hervorragend aufgestellt ist, zusammenarbeitet, Probleme und Herausforderungen löst und im besten Sinne funktioniert, auch wenn Zeitdruck und Arbeitsanfall wirklich groß waren und auch immer noch groß sind. Dabei haben wir auch im Rahmen der Verwaltungsreform schon manches Mal festgestellt, dass sich die Verwaltung in dem Bemühen um größtmögliche Verlässlichkeit durch eigene Vorschriften und Abstimmungsschleifen teilweise selbst sehr enge Grenzen setzt. Das kann Prozesse bisweilen verlangsamen. Umgekehrt gibt es auch Fälle, wo unübersichtliche, veraltete oder vielleicht sogar fehlerhafte Regelungen dazu führen, dass

Entscheidungen angreifbar sind. Meine Damen und Herren, wer Verwaltungsreform ernst nimmt, muss mit beidem rechnen. Es ist daher unverzichtbar, dass das Tun unserer Verwaltung in diesem Spannungsfeld immer wieder kritisch überprüft und austariert wird.

Das städtische Rechnungsprüfungsamt hat hier eine unverzichtbare Rolle. Es trägt mit seinen regelmäßigen Prüfberichten dazu bei, dass die Prozesse hinterfragt und bisweilen auch neu justiert werden. Zu einer guten Fehlerkultur gehört es, Fehler nicht zu skandalisieren, sondern sie schlicht ernst zu nehmen, sie vor allem zu analysieren und sie dann auszuräumen. Das, meine Damen und Herren, ist hier geschehen und wird auch weiter geschehen.

Der Verwaltungsvorstand ist von mir unmittelbar nach Übersendung des Prüfberichtes unter Mitwirkung des Rechnungsprüfungsamtes informiert und sensibilisiert worden. Parallel habe ich die derzeit vertretene Personaldezernentin beauftragt, ein Expertengremium einzusetzen, das bestehende Zweifelsfälle aufarbeiten und vor allem unser Regelwerk kritisch überprüfen und - wo es notwendig ist - auch fortschreiben soll. Hierzu habe ich dann gebeten, auch externen Sachverstand hinzuzunehmen, und deswegen gebe ich das Wort jetzt gern an Frau Stadtkämmerin Dr. Diemert, weiter, die hierzu ausführen wird.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Ratsmitglieder! Wir haben bereits vor zwei Tagen in der Sache eine sehr sachorientierte Befassung zu diesem Thema im Rechnungsprüfungsausschuss gehabt. Dieser Ausschuss als das fachlich zuständige Gremium für Prüfungen des Rechnungsprüfungsamtes hat den Beschluss gefasst, dass sämtliche Fälle von Mehrarbeitsvergütungen ab 2017 auf Rechtskonformität und erforderlichenfalls auch auf Rückforderungsansprüche geprüft werden sollen, dass geeignete Maßnahmen zur Sicherung eines regelkonformen Umgangs mit Mehrarbeit getroffen werden sollen, dass eine rechtskonforme Beratung für die Dienststellen gewährleistet wird und dass das Kontrollsystem zentral und dezentral optimiert wird. Dieser Beschluss, meine Damen und Herren, wird für unsere weitere Arbeit leitend sein - eine Arbeit, die schon begonnen hat. Dabei gilt es, drei Fallkonstellationen zu unterscheiden.

Erstens. Wir kennen derzeit zwei Fälle im Beamtenbereich, bei denen in Rede steht - und ich betone hier: in Rede steht; denn aktuell haben wir noch keine Informationen über die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens oder gar abschließende Erkenntnisse, und es gilt daher bitte auch hier die Unschuldsvermutung -, dass möglicherweise pauschal Überstunden gezahlt wurden, ohne dass diese geleistet wurden. In diesen beiden Fällen hat das Rechnungsprüfungsamt Strafanzeige erstattet. Mir ist wichtig: Das weitere Verfahren bleibt abzuwarten, und es steht uns allen gut an, keine Vorverurteilungen vorzunehmen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Darüber hinaus geht es zweitens um das Thema, ob Beamtinnen und Beamte der Stadt für tatsächlich geleistete Arbeit zu Recht eine Mehrarbeitsvergütung gezahlt bekommen haben. Dabei ist in diesen Fällen, soweit uns bekannt, unstrittig, dass diese Stunden tatsächlich geleistet wurden.

Nicht ganz so eindeutig ist, ob in diesen Fällen eine Auszahlung möglich war oder ob der Ausgleich nur in Freizeit hätte erfolgen dürfen. Denn grundsätzlich gilt bei Beamtinnen und Beamten, dass der sogenannte Freizeitausgleich, also das Abfeiern von Überstunden oder, ganz präzise, des Guthabens aus Mehrarbeit oder Gleitzeit, Vorrang hat. In bestimmten Ausnahmefällen und bei Beachtung bestimmter Verfahrensschritte ist aber auch hier eine Auszahlung möglich. Dabei gilt selbstredend, dass die Abwicklung im Einklang mit den rechtlichen Vorgaben zu erfolgen hat. Das ist unser Anspruch, das ist der berechtigte Anspruch des Rates, und das ist der berechtigte Anspruch der Öffentlichkeit.

Wer sich in die Rechtslage einarbeitet, stellt dann allerdings schnell fest, dass die Dinge in diesem Bereich alles andere als einfach und unstrittig sind. Es gibt landes- und bundesrechtliche Regelungen, interne Dienstanweisungen und zu guter Letzt auch noch europäische Rechtsprechung. Außerdem war eine städtische Dienstanweisung von 2008 an einer entscheidenden Stelle missverständlich, wenn nicht gar fehlerhaft. Die Verwaltung hat diese Altregelung, die noch aus dem Jahr 2008 stammte, im Sommer 2019 und damit schon vor Beginn der Prüfungen des Rechnungsprüfungsamtes korrigiert bzw. klargestellt.

Mit der Einrichtung der Expertengruppe Ende August dieses Jahres haben wir nun außerdem eine nochmalige Revision der geltenden Regelungen

veranlasst. Unter Beteiligung von Rechnungsprüfungsamt, Personal- und Rechtsamt hat dieses Gremium letzten Freitag seine Arbeit aufgenommen. Ich möchte mich an dieser Stelle sehr herzlich bei allen Mitgliedern für den Einsatz in dieser Sache bedanken.

Uns war es wichtig, dabei nicht nur im eigenen „Kölschen Saft“ zu schmoren, sondern, weil die Dinge alles andere als einfach sind, auch einen externen Blick auf die Dinge zu erhalten. Am Montag dieser Woche hat deshalb Herr Professor Dr. Jan Bergmann, Vorsitzender des Dienstrechtssenats beim baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshof, dem Gremium schon einen umfassenden Überblick über die geltende Rechts- und Rechtsprechungslage gegeben.

Aufgabenstellung der Expertengruppe ist es, die derzeit gültigen innerstädtischen Regelungen und Verfahrensabläufe zur Behandlung von Mehrarbeits-, Überstunden- und Gleitzeitguthaben zu überprüfen und, soweit angezeigt, neu zu gestalten. Ziel ist die Rechtssicherheit bei der Anordnung und Auszahlung in dem Gesamtkomplex von Mehrarbeits-, Überstunden- und Gleitzeitguthaben. Dies gilt sowohl für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch für die Verantwortlichen in den Fachdienststellen; denn selbstverständlich dürfen wir die Dienststellen, welche schließlich die Funktionsfähigkeit der Verwaltung im Blick haben und sicherzustellen haben, mit dieser Aufgabe nicht allein lassen.

Ziel ist weiter die Etablierung eines Kontrollsystems und einer verlässlichen und einheitlichen Beratung der Dienststellen. Denn eines muss uns allen miteinander klar sein: Auch in Zukunft wird es Fälle geben, in denen es ohne Mehrarbeit und ohne die Bereitschaft unserer Kolleginnen und Kollegen, sich über Maß einzubringen, nicht geht. Herausforderungen, die einen besonderen Einsatz unseres Personals erfordern - eines Personals, das ganz überwiegend mit hohem Engagement seiner Tätigkeit nachgeht und stolz darauf ist, für diese Stadt zu arbeiten.

Eine Organisation so resilient aufzustellen, dass sie jedwede Arbeitsspitze und jedes Risiko schwankungsfrei wegstecken kann, würde einen Personalkörper bedeuten, der erst recht in Zeiten von Fachkräftemangel und Personalknappheit nicht realistisch ist. Das heißt allerdings nicht, dass wir uns zurücklehnen dürfen oder können. Es sind weiter alle notwendigen Anstrengungen zu unternehmen, um Vakanzen so niedrig wie möglich zu halten. Die Zahl der Neueinstellungen seit 2017 zeigt, dass die Verwaltung in Bezug auf die Stellensituation intensiv dabei ist, hier aufzuholen. Allein seit 2017 wurden an die 4 000 Mitarbeitende eingestellt.

Die Sitzungen des nun geschaffenen Expertengremiums in Sachen Überstunden und Mehrarbeit werden - damit die versprochenen Ergebnisse kurzfristig geliefert werden können - wöchentlich stattfinden. Die Expertengruppe nimmt sowohl die Zukunft als auch die Vergangenheit in den Blick. Zwecks Sicherstellung einer gesetzeskonformen Praxis und Hilfestellung wird eine Sofortcheckliste für Mehrarbeit in Verwaltungsbereichen abgestimmt, die den Dienststellen ergänzend zur Verfügung gestellt wird. Diese Checkliste wird schon Ende dieser Woche finalisiert und abgestimmt.

Nicht nur die beanstandeten Vorgänge, sondern alle Fälle von Mehrarbeitsvergütungen werden rückblickend geprüft und dort, wo notwendig, aufgearbeitet. Es wird auch geklärt, in welchen Fallkonstellationen eine Rückforderung ausgezahlter Beträge rechtlich angezeigt ist. Bei dieser Frage wird auch die Rechtsprechung des EuGH zu berücksichtigen sein, wonach ein Anspruch auf Vergütung bei zu viel Leistung besteht.

Die Expertengruppe wird sich nicht nur mit der Praxis bei Beamten und Beamtinnen befassen, sondern - das steht schon jetzt fest, und das geht über den Prüfauftrag des Rechnungsprüfungsamtes hinaus - in einem weiteren Schritt dann auch mit der Praxis für Tarifbeschäftigte. Gegenstand des Prüfberichtes ist nur der Beamtenbereich. Die Rechtsgrundlage bei den tariflich oder außertariflich Beschäftigten - und damit bin ich dann sozusagen bei der dritten und letzten Fallkonstellation angelangt - unterscheidet sich grundlegend von denen bei Beamtinnen und Beamten. Das ist daher sauber zu unterscheiden.

Wenn wir das Thema Überstunden und Mehrarbeit aber angehen, dann sollten wir das komplett und ganzheitlich tun. Deshalb wird sich das Expertengremium bei seiner schrittweisen Prüfung auch mit diesem Themenkomplex befassen.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, ich konnte Ihnen damit den aktuellen Sachstand aus Sicht der Verwaltung nachvollziehbar darstellen, und stehe Ihnen für Fragen natürlich sehr gern zur Verfügung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um es gleich vorwegzunehmen und klarzustellen: Selbstverständlich sind wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in dieser Stadtverwaltung, wie von Frau Oberbürgermeisterin eben erwähnt, sehr dankbar, dass sie diese Stadt am Laufen halten und dass sie ihren Einsatz auch über das erforderliche oder das dienstlich vereinbarte Maß hinaus leisten. Das wollen wir noch einmal sehr, sehr deutlich klarstellen. Denn erst das bringt uns überhaupt in die Lage, dass diese ganzen Beschlüsse, die wir in diesem Rat treffen - sie wurden ja vorhin auch in Zahlen genannt -, überhaupt umgesetzt werden können. Deswegen ist der Dank diesen Mitarbeitern und natürlich ganz besonders den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die zu allen möglichen, auch ungünstigen und familiär nicht zuträglichen Zeiten im Einsatz für uns sind, gewiss. Ich denke da besonders an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Feuerwehr oder des Ordnungsdienstes, die nun einmal auch Bestandteil dieser Prüfungen waren. Deswegen ist uns auch sehr wichtig, zwischen den verschiedenen Fällen, die eben schon beschrieben wurden, zu differenzieren.

In diesem Bereich muss man aber leider auch feststellen - das gehört zur Ehrlichkeit dazu -, dass dort seit Jahren ein erheblicher Personalmangel herrscht, und dieser ist nicht etwa kleiner geworden, sondern - wenn ich in die Berufsfeuerwehr schaue - eher größer geworden. Das heißt, die Anzahl der unbesetzten Stellen ist in den letzten Jahren um fast 50 Prozent gestiegen und nicht gesunken. Das führt erst dazu, dass überhaupt in einem so großen Maße Überstunden geleistet werden müssen - auch dafür kann man, wie gesagt, dankbar sein -, damit der Brandschutz, damit der Rettungsdienst oder eben beim Ordnungsdienst auch die Sicherheit auf der Straße gewährleistet ist. Es geht da auch - das ist uns wichtig - um die tatsächlich geleisteten Überstunden. Diese Überstunden stehen für uns gar nicht im Mittelpunkt der Betrachtung, auch wenn es da anscheinend die eine oder andere Regelabweichung gegeben hat.

Wir wollen vor allem dahin schauen, wo vielleicht in einer gewissen systematischen Art und Weise Dinge ganz anders geregelt werden. Wir sind nämlich der Auffassung - noch einmal, um an dieser Stelle Klarheit zu schaffen -, dass insbesondere die Zahlungsempfänger und die Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung, die eben von der Rechtmäßigkeit auch der Überstundenzahlungen ausgehen mussten und durften, jetzt im Rahmen des Ermessens nicht von Rückforderungen bedroht sind; denn damit würden wir genau diejenigen treffen, die eben die zu leistende Arbeit regelmäßig leisten, und das wollen wir natürlich vermeiden.

Unser Interesse gilt eben den pauschalierten und auf Dauer angelegten Überstundenvereinbarungen, denen eben keine nachvollziehbare Überstundenleistung gegenübersteht. Denn hier steht der böse Verdacht im Raum, dass durch ganz offensichtliche und zumindest für die Beteiligten nachvollziehbare Weise eine Täuschung erfolgt ist, um eine Gehaltsaufbesserung zu erreichen. Das muss selbstverständlich für alle Beteiligten Konsequenzen haben und schließt selbstverständlich auch die Rückzahlung der entsprechenden Beiträge ein.

Nur, um an der Stelle unsere Haltung, die in der Presse auch nicht so ganz differenziert wiedergegeben wurde, noch einmal sehr deutlich zu machen:

Politisch muss geklärt werden: Wie konnte eigentlich ein solches System trotz einer bereits vor fünf Jahren vollmundig angekündigten Verwaltungsreform bis heute fortbestehen? Wieso hat die Oberbürgermeisterin nicht dafür gesorgt, dass zu allererst einmal alle Prozesse auf Rechtskonformität überprüft werden? Es wäre doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit, zu schauen, was in dieser Stadt funktioniert bzw. was sauber aufgesetzt ist. Das Thema Compliance ist in jedem Unternehmen heute ein sehr dominierendes Thema. Warum haben wir aber auch bis heute von der Oberbürgermeisterin nichts zu diesem Vorgang, über den wir hier sprechen, gehört? Es ist eben ihr Verantwortungsbereich als Hauptverwaltungsbeamte, auch das Thema Personal, und das haben wir nicht gehört, obwohl zumindest seit dem 29.07. - das ist das Datum des Prüfberichtes - die Dinge vorliegen und in der Verwaltung bekannt sind. Wir müssen aber auch davon ausgehen, dass es durchaus früher, wie es sich gehört, auch durch das Rechnungsprüfungsamt an die entsprechend verantwortlichen Stellen kommuniziert wurde.

Insgesamt - so muss ich leider feststellen - fügt sich dieses Handeln sehr gut in das

intransparente Agieren von Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, ein. Denn diese Transparenz lassen Sie auch vermissen, wenn es um das Vergolden Ihres Social-Media-Accounts oder um die mehr als üppige personelle Ausstattung Ihres Oberbürgermeisterbüros geht.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Denn immerhin haben Sie bis zu dem heutigen Tag eine seit Juni gestellte Anfrage der SPD-Fraktion zur Ausstattung Ihres Oberbürgermeisterbüros nicht beantwortet, obwohl es sehr banal um Zahlen und Daten geht, die eigentlich in einer ordentlichen Verwaltung vorliegen und gar nicht neu ermittelt werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Alles in allem können wir deshalb nur feststellen: Trotz Millionenaufwand - diese Verwaltungsreform hat uns schon Millionen gekostet - sind keine Spur und kein Wille erkennbar, Transparenz und Aufklärung von Missständen voranzutreiben. Dies haben aber, Frau Oberbürgermeisterin, weder unsere Stadt noch ihre Bürgerinnen und Bürger und erst recht nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung verdient. Deswegen muss hier ab dem kommenden Montag ein neues Kapitel aufgeschlagen werden.

(Zurufe von der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

Und es muss konsequent angegangen werden, was in dieser Periode nicht angegangen wurde, was ganz offensichtlich nicht transparent gemacht wurde und wo weiterhin Rechtsunsicherheiten für alle Beteiligten bestehen, die überhaupt erst ein solch täuschendes Verhalten, was zumindest hier im Raume steht, ermöglichen. Für die erforderlichen Voraussetzungen werden wir noch bis Sonntag kämpfen.

Frau Oberbürgermeisterin, heute habe ich von Ihnen nichts Erhellendes gehört, was in irgendeiner Weise erklärt hat, wie Sie Ihrer Verantwortung in dieser Frage gerecht geworden sind. Das enttäuscht mich doch sehr. Aber, wie gesagt, am Sonntag hat der Wähler das Wort, und dann kann er darüber urteilen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind hier nicht auf einer Wahlkampfveranstaltung der Sozialdemokratie,

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

sondern wir sind hier im Rat der Stadt Köln. Das gebietet es, zunächst einige Aussagen, die gerade eben getätigt wurden, zu betrachten und auch zu bewerten.

Das erste Thema ist der Erfolg der Verwaltungsreform; er ist ja gerade angesprochen worden. Es wurde gerade eben skizziert, da wäre ja nichts passiert. Da frage ich mich, mit welcher Stadt und mit welcher Verwaltung Sie sich auseinandergesetzt haben. Vielleicht mit der Düsseldorfer, aber bestimmt nicht mit der Kölner, weil wir hier eine sehr gute Verwaltung haben.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das ist jetzt aber auch Wahlkampf!)

Wir haben hier eine sehr gute Verwaltung, die gerade in den letzten Wochen der Pandemie gezeigt hat, was eine erstklassige Performance ist, und diese Stadt vorangebracht hat.

(Beifall bei der CDU)

Das muss man zumindest einmal hier an der Stelle auch entsprechend klarstellen.

Das Zweite ist der Sachverhalt ganz konkret. Es wurde hier gerade in den Raum gestellt, es hätte keine Rechtsformkonformität in allen Fällen gegeben. Dazu sage ich: Wir haben 21 000 Mitarbeiter, und es kann kein Mensch garantieren, dass es alle 21 000 Mitarbeiter das ganze Jahr über in allen Sekunden immer rechtskonform halten. Wir haben aber eine Organisationsstruktur in Form unseres Rechnungsprüfungsamtes, die im Nachgang genau kontrolliert, ob das eben so passiert ist. Und genau das ist hier passiert. Das heißt, hier hat es eine Kontrolle gegeben, dabei wurde festgestellt, dass es von 21 000 Mitarbeitern in zwei Fällen einen Verdacht gegeben hat. Anschließend sind die Gremien informiert und Entscheidungen entsprechend getroffen worden - genau so, wie es vorgeschrieben war. Es wird staatsanwaltschaftlich überprüft.

Das ist genau der Punkt: Eine kleine Zahl, und zwar zwei Fälle bei 21 000 Mitarbeitern, wird hier hochstilisiert, als ob es ein systemisches Problem

wäre. Diesem Generalverdacht gegen die Mitarbeiter der Verwaltung setze ich mich als Ausschussvorsitzender klar entgegen, denn hier kommen jeden Tag Tausende von Mitarbeitern, die ihren Dienst antreten, die einen erstklassigen Job machen, und deshalb wehre ich mich ganz entschieden gegen eine derartige pauschale Verurteilung.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir führen - deshalb bin ich auch Frau Professor Diemert an der Stelle dankbar - auch im Fachausschuss regelmäßig die Diskussion über Überstunden; denn es gibt in einigen Bereichen Phasen - das gilt beispielsweise für das Bauamt, aber auch andere -, wo wir eben mit der Akquise von neuem Personal nicht so schnell nachkommen, um den Bedarf zu decken, den wir entsprechend benötigen. Genau deshalb haben wir sowohl im Personalamt als auch in anderen Fachausschüssen verschiedenste Maßnahmenpakete beschlossen, um den Prozess der Neuausschreibung von Stellen und Ähnliches, also den gesamten Einstellungsprozess zu beschleunigen.

Wir haben in den letzten zwölf Monaten gesehen, dass dieser Prozess gut voranschreitet; denn der Zuwachs, den wir an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den letzten 24 Monaten hatten, ist groß. Es ist nicht so, dass hier nichts passiert ist.

Deshalb: Wenn wir jetzt die Wahlkampfrhetorik von Ihnen, Herr Joisten, einmal wegnehmen - was bleibt übrig?

Wir haben einen Fall, den Frau Professor Diemert angesprochen hat, das sind die vielen Überstunden, die von Beamtinnen und Beamten geleistet werden und wo gegebenenfalls die Anordnungen nicht rechtzeitig passiert sind oder die Frage offen geblieben ist, ob das ein Freizeitausgleich hätte sein müssen. Darüber muss man diskutieren, aber das ist zunächst einmal nicht verwerflich. Denn eines ist ganz klar: Die Arbeit, die von den Kolleginnen und Kollegen geleistet worden ist, ist ein wertvoller Beitrag nicht nur für die Verwaltung als Verwaltungskörper, sondern natürlich für alle Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt. Das muss man einmal festhalten.

(Beifall bei der CDU)

Der letzte Fall betrifft eben die zwei Fälle, bei denen es kritisch ist. Das wurde innerhalb der Verwaltung vom Rechnungsprüfungsamt geprüft. Das liegt jetzt bei der Staatsanwaltschaft. Wir werden am Ende sehen, was dabei herauskommt.

Wir haben einen gesamten Maßnahmenkatalog, der für solche Fälle vorgesehen ist, und genau der muss entsprechend angewandt werden. Deshalb eignet sich dieses Thema nicht als Wahlkampfthema. Aus diesem Grund sollten wir es wieder dorthin schicken, wohin es gehört, nämlich in den Fachausschuss. Wir haben den Rechnungsprüfungsausschuss, wir haben den AVR, wo diese Themen bereits intensiv diskutiert worden sind. Genau das sollten wir machen und das nicht als Wahlkampfthema nehmen. Das eignet sich nicht, weil es nicht im Sinne der Bürgerinnen und Bürger ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau von Bülow hat das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren über ein Thema, über das wir eigentlich nicht in einer öffentlichen Sitzung debattieren können. Wir tun das aber aus gegebenem Anlass. Aber bevor ich da einsteigen möchte, wollte ich doch noch kurz an meinen Vorvorredner einige Worte richten.

Christian Joisten, meines Erachtens hast du nicht zugehört - ich sage jetzt mal „du“ - bei den Ausführungen von Frau Diemert, die genau das widerlegt hat, was du angeprangert hast. Ich verstehe nicht, warum das dann nicht ankommt, warum dafür kein Verständnis ist. Gerade das, was an Modifikationen in der Verwaltung gelaufen ist, wurde uns deutlich gemacht. Es wurde auch noch einmal gesagt, in welcher chronologischen Reihenfolge das passiert ist. Das völlig zu negieren ist, wie ich finde, keine gute Art des Umgangs und auch kein Umgang, der uns und diese Stadt weiterbringt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Daher bin ich doch ziemlich erschüttert darüber, deine Ausführungen direkt zu hören, nachdem Frau Professor Dr. Diemert ihre Darlegung hier gemacht hat in aller Ausführlichkeit, die auch richtig war an der Stelle.

Zum anderen: Die Antwort auf die Anfrage zu Social Media gab es im AVR im nichtöffentlichen Teil. Vielleicht informierst du dich dann auch einmal bei den anderen in deiner Fraktion - das wäre hilfreich an der Stelle -, anstatt alles zu skandalisieren, was zu skandalisieren geht.

Jetzt kommen wir wieder zurück:

Die Presse schreibt seit einigen Wochen viel zu Überstunden und Mehrarbeit, über nichtöffentliche Debatten und Vorlagen, die sie auch immer hat - warum auch immer. Die SPD wollte sogar eine Sondersitzung des Rates dazu haben - wie auch immer diese ausgesehen hätte. Auch das hat die Presse zutreffend, wie ich finde, öffentlich kommentiert. Dazu muss eigentlich nicht mehr gesagt werden als der Kommentar des *Stadt-Anzeigers*. Es geht um ein Thema, das öffentlich diskutiert wird, obwohl es eigentlich alles nichtöffentliche Vorlagen sind. Dass wir heute eine aktuelle Stunde haben, verstehe ich daher auch so, dass noch einmal Transparenz hergestellt werden soll. Wir müssen dabei vor allem über Ratsarbeit und Zuständigkeiten, aber auch über Misstrauen und Wertschätzung sprechen.

Beginnen wir mit Ratsarbeit und Zuständigkeiten, wobei das Meiste schon gesagt worden ist. Eine fach- und sachgerechte Behandlung des Themenkomplexes hat im zuständigen Ausschuss, dem RPA, am Dienstag in nichtöffentlicher Sitzung stattgefunden. Dass dies auf der Tagesordnung stand, auch flankiert von der Mitteilung im AVR zu Überstunden, im nichtöffentlichen Teil natürlich auch, zeigt, dass unsere Kontrollmechanismen funktionieren. Darüber bin ich froh, dass sie so funktionieren.

Auch die die Modifikationen, die schon angesprochen worden sind, greifen. Es fällt nämlich jetzt auf und es wird gehandelt, wenn etwas zu überprüfen ist, in diesem Fall Mehrarbeit, Anordnungen und ihre Überprüfbarkeit. Es fällt auf und es wird gehandelt, wenn Dinge nicht konform laufen, und es wird im zuständigen Ausschuss berichtet. Es werden Maßnahmen erörtert und beschlossen und einstimmige Beschlüsse gefasst - übrigens auch mit der SPD. Das sind positive Zeichen.

Wir Grüne begrüßen das sehr; auch, wie gesagt, die vollzogenen Modifikationen. Wir begrüßen auch, dass die Oberbürgermeisterin auf dem Hintergrund unterschiedlicher Rechtsauffassungen mit Experten zusammen noch einmal Entscheidungsgrundlagen und klare Rahmenbedingungen für die Verwaltung erarbeitet. Das korrespondiert mit den Beschlüssen des RPA.

Um es noch einmal zu sagen: Es ist gut, wenn Kontrollmechanismen greifen und Missstände transparent gemacht werden. Sollten Überstunden pauschal ausbezahlt worden sein oder Mehrarbeit vergütet, aber gar nicht erst geleistet worden sein, dann muss das aufgedeckt werden und dann muss dem nachgegangen werden. Wenn unrechtmäßig gehandelt wurde, dann müssen Konsequenzen gezogen werden. Wenn der Verdacht der Untreue besteht, dann muss dem nachgegangen werden.

Ich komme zum Punkt Wertschätzung und Misstrauen: Die Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung - wir haben es einige Male schon zu Recht gehört - haben Wertschätzung verdient, nicht generelles Misstrauen. Gäbe es keine Mehrarbeit - auch das haben wir gehört -, würden Teile der Verwaltung in Stoßzeiten, wie zum Beispiel während der Corona-Pandemie, nicht funktionieren.

Wenn alle Überstunden, wie das eigentlich richtigerweise vorgesehen ist bei Beamten, in Freizeit ausgeglichen würden, würde das gegebenenfalls viele neue Überstunden produzieren. So einfach schwarz-weiß ist das Ganze nicht. Wahrscheinlich müssen auch Stellschrauben im Stellenplan neu justiert werden. Überstunden sind nicht per se zu verurteilen. Die Menschen, die diese leisten, sind da, wenn Not am Mann oder Not an der Frau ist. Sie dafür öffentlich an den Pranger zu stellen, wird ihnen nicht gerecht. Überstunden pauschal zu skandalisieren, wie das hier zuweilen zu hören ist, halte ich für verantwortungslos.

Nur einmal angemerkt: Die Zahl der Überstunden war schon immer Gegenstand von Diskussionen, auch unter einem SPD-Stadtdirektor, mit dem ich vor längerer Zeit, als ich noch im AVR war, genau zu diesem Thema dieselben Debatten geführt habe.

Zum Beurteilen der Vorgänge ist es wichtig, genau hinzuschauen und nicht alles über einen Kamm zu scheren. Auch das ist heute schon aus den Beiträgen klar geworden. Ich bin froh über die RPA-Beschlüsse, denn sie sorgen für eine weitere sorgfältige Rückschau und weisen gleichzeitig in die Zukunft. Insofern bin ich froh, dass der RPA weiter dranbleibt, dass der Rat weiter dranbleibt und dass die Verwaltung weiter dranbleibt. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses möchte ich Ihnen kurz unseren Beschluss vom Dienstag und die Beratungsergebnisse darstellen.

Nach konstruktiver Diskussion zwischen den Vertreterinnen und Vertretern des RPA, den Ausschussmitgliedern und der Verwaltung hat der Ausschuss einen einstimmigen Beschluss gefasst:

- sämtliche Fälle von Mehrarbeitsvergütung ab 2017 auf ihre Rechtskonformität zu prüfen,
- bei allen Zahlungsempfängern über mögliche Rückforderungen zu entscheiden,
- geeignete Maßnahmen zu ergreifen, damit in Zukunft regelkonformer Umgang bei Mehrarbeit sichergestellt ist und rechtskonforme Beratung der Dienststellen und das zentrale und dezentrale Kontrollsystem optimiert wird.

In der Diskussion wurde klar, dass es systemische Probleme gibt, Herr Petelkau. Das war das Ergebnis unserer Beratung. Beamte meinen, sie können Regeln für Angestellte auf ihren Status einfach übertragen und gleichzeitig die Sicherheit des Beamtenstatus behalten. Das Bundesverfassungsgericht hat dazu 2003 entschieden - Zitat -:

> Der Gesetzgeber hat die Vergütung von Mehrarbeit im Beamtenrecht ausdrücklich nur als sachlich und zeitlich begrenzte Ausnahme vorgesehen.

Es hat sich inzwischen eine Stabsgruppe gebildet, die der Leiter des Rechtsamtes leitet und der auch das Rechnungsprüfungsamt angehört. Es geht darum, Rechtssicherheit zu schaffen.

Ich möchte mich an dieser Stelle für die sehr gute, weitsichtige Arbeit unseres - Betonung: „unseres“ - Rechnungsprüfungsamtes und seines Amtsleiters Herrn Hemsing und seines Stellvertreters Herrn Jülich bedanken.

(Beifall)

Wenn wir uns nunmehr mit diesen systemischen Problemen und Zuwiderhandlungen befassen, sollten wir zwei Grundsätze beachten.

Erstens. Wenn ich systemische Fehler abstellen will, muss ich mir das große Ganze ansehen und nicht klein-klein agieren. Viele neigen dazu, gleich Personen ins Visier zu nehmen. Das lenkt nur von der systemischen Fehlerquelle ab und bleibt an der Oberfläche.

Zweitens. Es macht wenig Sinn, die Fehler zu verharmlosen oder zu übersteigern. Das vernebelt nur den Blick. Die Fehlerquellen müssen herausgefunden werden. Wenn man sie kennt, kann man auch genauer und konkreter den Schaden erahnen und gegebenenfalls beziffern.

Nicht nur die formalen Gründe, dass der Prüfbericht erst im Ausschuss diskutiert werden muss, sondern auch die oben angeführten inhaltlichen Gründe waren für mich als Vorsitzender des Ausschusses, aber auch als Fraktionsvorsitzender einer der demokratischen Parteien im Rat der Grund, mich gegen eine Sondersitzung des Rates auszusprechen.

Die Pressearbeit der Verwaltung fand ich suboptimal. Ich habe das im Ausschuss sehr konkret ausgeführt; das werde ich hier und heute nicht tun. Wenn aber selbst die Presse schreibt, dass Ausführungen von der Verwaltungsspitze und dem Presseamt zu Überstunden und Corona - Zitat -

> jedoch in keinerlei Zusammenhang mit den in dem Prüfbericht kritisierten Vorgängen

stehen, sehen Sie: Verharmlosen hilft nicht weiter, sondern nur eine klare Sprache.

Vielleicht zieht der Rat in seiner heutigen und in seinen zukünftigen Zusammensetzungen aus dem Ganzen eine Lehre: Wir müssen viel mehr in systemischen Zusammenhängen und Entwicklungen denken und viel weniger in klein-klein. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und werde jetzt das Pult putzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel hat jetzt das Wort.

Volker Görzel (FDP): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die eine oder der andere weiß es, dass ich mich beruflich gelegentlich auch mit Fragestellungen der Überstunden beschäftige. Es gibt im Beamtenrecht oder auch im Arbeitsrecht kaum eine schwierigere Materie als die der Überstunden und der Arbeitszeit. Ich würde es niemals wagen, der Kollegin Kämmerin etwas hinzuzufügen, aber es ist wirklich so: Wir haben hier ein Dickicht an Dienstvereinbarungen, an Landesregelungen, an nationalen Regelungen, an europarechtlichen Regelungen, die einen schier undurchdringbaren Wust von Vorschriften schaffen. Deswegen wäre ich sehr zurückhaltend, Herr Kollege Joisten, hier von vornherein eine böse Absicht zu unterstellen, wenn es Verfehlungen gibt. Und Herr Kollege Detjen, von systematischen oder systemischen, wie es in Ihrem Jargon heißt, Verfehlungen zu sprechen, halte ich auch für sehr gewagt.

Der Kollege Petelkau hat es eben schon angedeutet, dass wir uns im AVR regelmäßig genau aus diesem Grunde mit Überstunden beschäftigen. Daher, so muss ich sagen, ist das, was wir hier erleben, sicherlich ein dem Wahlkampf geschuldeter Sturm im Wasserglas.

Dennoch möchte ich auf einige Dinge aufmerksam machen, die mich sehr bedenklich stimmen; denn bei Lektüre des infrage stehenden Prüfberichts findet man kaum etwas von dem, was in der Presse veröffentlicht wurde. Da ist nicht die Rede von Strafanzeigen. Da ist auch nicht die Rede von irgendwelchen systemischen Verfehlungen. Ich frage mich also, wer hier ein Interesse hatte, möglicherweise Insiderwissen der Presse zuzuspielen und aus welchem Grund.

Im Übrigen frage ich mich, auf welcher Rechtsgrundlage hier Strafanzeigen erstattet wurden. Mir wurde im Rechnungsprüfungsschuss gesagt: § 5 des Antikorruptionsgesetzes. Dort ist allerdings geregelt, dass nur, wenn unternehmerisches Handeln, also ein Korruptionsverdacht im unternehmerischen Zusammenhang vorliegt, die Dienststelle verpflichtet ist, eine Strafanzeige zu erstatten. Wer also hat hier ein Interesse, zu einem solch frühen Stadium eine Strafanzeige zu erstatten?

Im Übrigen: Die Stadt Köln und die Verwaltung haben auch eine Fürsorgepflicht gegenüber den Beschuldigten; denn hier geht es nicht um irgendwelche Kleinigkeiten, sondern - wie wir an dem SPD-Verhalten merken - offensichtlich um ein riesiges Thema. Insofern möchte ich die Verwaltung bitten, kritisch zu hinterfragen, ob hier rechtmäßigerweise eine Strafanzeige erstattet wurde. Ich bin sicher, Sie werden das beantworten können, Frau Kollegin Diemert.

Außerdem ist es mir auch ein Rätsel, warum die SPD sich gerade in diesem wahnsinnigen Komplex hier in Selbstwidersprüche verheddert. Sie waren es, Herr Kollege Joisten, der einen Wahlkampfzirkus veranstaltet hat - einen Wahlkampfzirkus, wie ich finde, auf Vorstadtniveau -, indem Sie das Ganze zu einer „Reker-Affäre“ hochstilisieren wollten, indem Sie einen Tag vor einer regulären Ratssitzung eine Sondersitzung beantragen. Lieber Herr Kollege Joisten, das ist wirklich Wahlkampfzirkus auf unterstem Niveau.

(Beifall bei der FDP der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Als Führer einer ehemals stolzen Arbeitnehmerpartei hier einen solchen Wahlkampf auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Beamtinnen und Beamten der Stadt Köln auszutragen, finde ich schäbig.

(Beifall bei der FDP der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Dem Ganzen, Herr Kollege Joisten, setzt die Krone auf, dass Ihre Fraktion vorgestern in diesem Haus im Rechnungsprüfungsausschuss allen Ernstes beantragt hat, dass doch zu Unrecht geleistete Überstundengehälter behalten werden dürfen. Das ist ein Widerspruch par excellence und offenbart mir, was Sie hier eigentlich machen wollten: Sie wollten die Oberbürgermeisterin vorführen, Sie wollten die Öffentlichkeit vorführen. Und das lasse ich nicht durchgehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte sehr, Herr Dr. Krupp.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Nach der Rederunde gibt es in der Tat einiges klarzustellen.

Herr Petelkau, Sie haben von einer Wahlkampfveranstaltung der SPD gesprochen. Herr

Petelkau, ich rate Ihnen, schauen Sie in die Gemeindeordnung: Der Rat hat die Verwaltung im Namen der Bürger zu kontrollieren. Das ist unsere verdammte Aufgabe hier. Und ich rate gerade Ihnen als mehrheitstragende Fraktion, sie auch ernst zu nehmen.

Das, was Sie hier gemacht haben, ist eine Nebelkerze nach der anderen zu zünden. Sie tun so, als wenn es uns um die Verantwortung einzelner Mitarbeiter geht. Das ist überhaupt nicht der Punkt. Der Punkt für den Rat hier ist die Verantwortung der Verwaltungsspitze, meine Damen und Herren. Die ist gehörig, und die haben wir zu kontrollieren. Das sollten Sie ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Oberbürgermeisterin, auch heute haben Sie wieder gezeigt - das zieht sich durch die letzten fünf Jahre -, Sie fassen heiße Kartoffeln gern mit den Händen anderer Menschen an. In diesem Falle hatte die Stadtkämmerin das Vergnügen. Sonst war es auch gern mal der Stadtdirektor. Das ändert aber alles nichts daran, dass Sie an der Spitze verantwortlich für diese Verwaltung sind.

Und wenn hier heute gesagt wird, das wäre alles rechtlich so unsicher und ganz unsicheres Terrain, dann kann ich nur sagen: Alles, was Sie wissen müssen, steht in § 61 Landesbeamtengesetz. Schauen Sie hinein! Alles, was hier an Dienstrecht vor Ort, an Dienstanweisungen etc. läuft, kann das Gesetz doch nur ausgestalten und sich niemals darüber hinwegsetzen. Das ist doch wohl logisch. Deswegen kann ich nur sagen: So kompliziert ist die Materie nicht. Werden keine Überstunden geleistet und trotzdem abgerechnet, sind wir im Bereich der Strafbarkeit. Werden Überstunden geleistet, dann ist es eine Frage des Dienstrechts. Meine Damen und Herren, auch das ist verdammt noch mal Verantwortung der Stadtspitze, sicherzustellen, dass Dienstrecht eingehalten wird.

(Beifall bei der SPD)

Übrigens ist es Ihre Verantwortung, dann auch verdammt noch mal die Stadtspitze zu kontrollieren. Also nehmen Sie das ernst!

Es ist nun einmal so: Beamte können nicht einfach Überstunden leisten. Sie müssen angeordnet werden. Bis zu fünf im Monat müssen sie sowieso leisten ohne Ausgleich. Alles andere ist in erster Linie so - das will der Gesetzgeber so; das ist keine Idee der SPD -, dass es in Freizeit auszugleichen ist. Nur wenn zwingende dienstliche Gründe dafür sprechen, kann es ausnahmsweise ausgezahlt werden, und das auch nur bis maximal 480 Stunden im Jahr. Das steht alles im Gesetz. Dafür braucht man kein Jura studiert zu haben. Tatbestand lesen, fertig. Wenn das hier anders gelaufen ist, dann ist das verdammt noch mal auch Verantwortung dieser Verwaltungsspitze.

Ein Thema für den Rat ist in der Tat nicht die Verantwortung einzelner Mitarbeiter. Das mag in dem einen oder anderen Fall strafrechtlich relevant sein, vielleicht ist es dienstrechtlich relevant, vielleicht auch gar nicht. Das ist nicht unser Thema. Die Mitarbeiter sind auch nicht in erster Linie verantwortlich. Verantwortlich ist die Führung der Verwaltung, dass Recht und Gesetz auch eingehalten werden. Das haben wir hier zu kontrollieren, meine Damen und Herren. Deswegen ist es auch völlig in Ordnung, dass wir das hier im Rat thematisieren. Es gehört geradezu hierhin. Und jeder, der das nicht möchte, muss sich fragen lassen, warum er eigentlich hier sitzt.

(Beifall bei der SPD)

Letztlich muss die Verwaltungsspitze in zwei Aspekten Verantwortung übernehmen. Zum einen dafür, sicherzustellen, dass hier regelkonform gearbeitet wird, zum anderen - das sollte eigentlich selbstverständlich sein -: Warum fallen denn so viele Überstunden an, wenn wir mal von den Täuschungsfällen wegkommen? - Die fallen doch an, weil die Personalausstattung mangelhaft ist. Das wirklich auszubessern ist doch in den letzten fünf Jahren nicht gelungen. Ich denke da nur an die Feuerwehr, wo es schlimmer statt besser geworden ist.

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch der eigentliche Skandal.

Meine Damen und Herren, wenn hier immer davon die Rede ist: Ja, wir haben hier die Regel schon geändert. - Ich zitiere hier keine nichtöffentlichen Dokumente, aber die Dienstanweisung zu Überstunden ist um einen einzigen oder um zwei Sätze ergänzt worden. Das war der Hinweis: Schauen Sie bitte in § 61, wenn Sie Beamter sind. Das kann es ja wohl nicht sein! Es ist ja geradezu lächerlich, zu sagen, wir haben hier das große Werk vollbracht und diese Dienstanweisung überarbeitet. Das ist ein kleiner redaktioneller Hinweis, sonst nichts.

Meine Damen und Herren, das ist ungenügend, und das steht für den Zustand dieser Verwaltung

nach fünf Jahren Reker. Damit muss Schluss sein. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau hat das Wort. - Ich möchte aus gegebenen Anlass noch einmal sagen: Bitte nicht die Mikrofone putzen, sondern nur die Flächen.

Bernd Petelkau (CDU): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin, für den Hinweis. Ich gelobe Besserung.

Besserung sollte sich auch die SPD vornehmen, denn bei diesem Thema haben Sie uns und insbesondere auch meiner Rede gar nicht zugehört. Hier geht es nicht darum, dass wir das Thema nicht in den Gremien behandeln. Es ist doch selbstverständlich, dass wir das in den Gremien behandeln und dass wir ein Rechnungsprüfungsamt haben, das die Dinge im Nachgang entsprechend kontrolliert hat, wo die Unregelmäßigkeiten, die da waren, entsprechend behandelt worden sind. Das ist doch vollkommen legitim. Wofür haben wir denn einen Rechnungsprüfungsausschuss, wo wir dann hinterher gemeinsam einstimmig zu einem Ergebnis kommen? Das beanstandet doch überhaupt niemand.

Aber das, was nicht legitim ist, ist der Versuch, aus einer Mücke, nämlich bei zwei Fällen von 21 000, den Zustand der Verwaltung abzuleiten. Das ist Wahlkampf pur. Genau das wollen wir hier an dieser Stelle nicht.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir dann noch einmal ans Eingemachte gehen: Diese Regelungen sind aus dem Jahr 2009. Wer war denn danach Oberbürgermeister? Von welcher Partei kam der denn? Wer war denn der verantwortliche Stadtdirektor, der das entsprechend beschlossen hat? - Das waren doch beides Leute von Ihnen *(von der SPD)*. Und wer im Glashaus sitzt, der sollte nicht mit Steinen werfen, sondern dafür sorgen, dass wir hier für die Zukunft zu vernünftigen Regelungen kommen.

An der Stelle bleibt auch noch einmal festzuhalten, dass die Dienstanweisung, auf die sich hier bezogen wurde, bereits im Jahr 2019, also schon vor einem Jahr, entsprechend korrigiert wurde. Das heißt, Sie können doch jetzt nicht sagen, da sei immer noch alles im Argen, denn im Rahmen der Reformen wurden diese Punkte angepasst.

Frau Professor Diemert - ich möchte das noch einmal wiederholen - hat bereits die notwendigen Schritte in die Wege geleitet, dass wir hier noch einmal extern beraten werden. Da müssen wir auch auf allen Ebenen schauen, weil das Beamtendienstrecht in der Tat kompliziert ist. Eine Frage ist: Was können wir hier in Köln ändern? Aber auch in Düsseldorf - ich selbst sitze im Unterausschuss Personal - befassen wir uns regelmäßig mit Themen, die eine Weiterentwicklung des Beamtenrechts entsprechend vorsehen. Das ist doch das, was wir bei solchen Themen aufgreifen müssen - gerade in pandemiebedingten Zeiten und auch in der Vergangenheit, wenn eine Verwaltung wächst.

Das möchte ich auch noch einmal betonen: Es ist ja nicht so, dass wir eine Verwaltung haben, die permanent nur Überstunden macht, weil die normale Arbeitslast da ist, sondern wir sind eine wachsende Stadt mit neuen Herausforderungen. Bis man die Verwaltung von einer Stufe auf die nächste hochgehoben hat mit mehr Personal, mit Umstrukturierung, das benötigt Zeit. Es kann doch niemand sagen: Auf Fingerschnippen habe ich dann mal eben 1 000 neue Beamte eingestellt. Das funktioniert doch nicht! Das ist Wahlkampf und Nebelkerzenrhetorik, die Sie hier entsprechend aufgefahren haben.

Genau deshalb noch einmal zur Conclusio: Wir werden das in den Details sauber aufarbeiten - das ist doch gar keine Frage -, auch mit unserer Oberbürgermeisterin ab der nächsten Woche. Das werden wir entsprechend fortsetzen. Und jetzt sollten wir die Gremien daran arbeiten lassen. Wir haben einen Rechnungsprüfungsausschuss, wir haben einen AVR, die sich mit den rechtlichen Details noch einmal auseinandersetzen werden. Wenn wir als Ergebnis dann hinterher noch Verbesserungen im Beamtenrecht haben und auch vernünftigere Prozesse mit mehr Flexibilität, dann können wir doch alle zufrieden sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Richter das Wort.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe

Kolleginnen und Kollegen! Lieber Gerrit Krupp, ich werde dir erst fachlich antworten und dann noch etwas zum Verfahren sagen.

Der Rat und seine Ausschüsse sind natürlich zuständig für dieses komplexe Thema, dieses Fachthema, das wir im AVR und die Kollegen im RPA besprochen haben. Um noch einmal ein Ambiente der einzelnen Regelungen bei Mehrarbeit und Überstunden zu geben, fasse ich einmal zusammen, was alles zu beachten ist: das Landesbeamtengesetz NRW, das Landesbesoldungsgesetz NRW, das Deutsche Arbeitszeitgesetz, die Arbeitszeitverordnung NRW, die Mehrarbeitsvergütungsverordnung, die erlassenen Allgemeinen Verwaltungsvorschriften, die einzelnen Durchführungsbestimmungen und der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes. Dieses Konglomerat ist für die notwendige Fachdiskussion, wenn Sachen möglicherweise schieflaufen, zu beachten. Die Ausschüsse sind genau die richtigen in ihrer Art und haben das akkurat gemacht, wie der Kollege Herr Detjen ausgeführt hat und wie wir es auch im AVR gemacht haben. Das in den Rat mit einer Sondersitzung zu bringen oder hier dann heute verlagert, ist eine reine Wahlkampfshow. Ich kann mir vorstellen, wie die Männer der SPD vor drei oder vier Wochen zusammensaßen und sich dachten: „Mann, wie können wir denn die Verwaltungsreform der OB als wichtiges Flaggschiff der Amtszeit angreifen?“, und dann aus irgendwelchen Gründen auf dieses komplexe Thema Mehrarbeit kamen, um es dort anzugreifen. Als wenn wir keine andere Themen hätten, um das zu tun. So kann ich mir das vorstellen.

Das, was mich traurig macht und mich auch betrübt, ist, dass diese internen Verkantungen innerhalb der SPD hineinschwappen in unseren demokratischen Prozess des Rates im obersten Haus.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Ich bitte dringend, wie wir es auch im AVR besprochen haben: Es gibt manchmal interne Verkantungen und tiefe Grabenkämpfe auch bei der Kölner SPD, aber bitte belastet uns nicht mit diesen Verkantungen. Lasst es in den Fachausschüssen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann schlage ich vor, die Sache gemäß § 5 Abs. 10 c) der Geschäftsordnung zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu überweisen. Dort ist sie zwar im Grunde schon angekommen, aber wir werden ja hier darüber heute einen Beschluss fassen, wie weiter verfahren wird.

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen, die CDU-Fraktion, die LINKEN, die FDP, Herr Wortmann, die AfD, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird nach § 5 Abs.10 Buchstabe c) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen an die Verwaltung überwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

Tagesordnungspunkt

2.1 Annahme einer Schenkung für das Museum für Ostasiatische Kunst

2151/2020

Das ist die Annahme einer Schenkung für das Museum für Ostasiatische Kunst von Frau Christel Schürzeberg und Herrn Dieter Schürzeberg aus Gelsenkirchen. Sie wollen uns 597 wunderbare Bronzen der späten chinesischen Dynastien für unser Museum für Ostasiatische Kunst schenken.

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, die FDP, die LINKEN, Herr Wortmann, die AfD, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. - Vielen Dank.

(Beifall)

Ich bedanke mich sehr bei Christel und Dieter Schürzeberg für diese großzügige Schenkung.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln nimmt das Schenkungsangebot von 597 Bronzen der späteren chinesischen Dynastien durch das Ehepaar Dieter und Christel Schürzeberg an und beauftragt die Verwaltung mit dem Abschluss des Schenkungsvertrages.*

Der Rat erklärt sich mit den mit dem Schenkungsvertrag verbundenen Auflagen einverstanden.

2. *Der Rat beschließt die Mittelverwendung in Höhe von 63.000 € für die im Rahmen des Forschungsprojektes zur Sammlung Schürzeberg geplanten Sonderausstellung aus dem zentralen Sonderausstellungsetat im Teilergebnisplan 0401 – Museumsreferat, Teilplanzeile 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen, Hj. 2020.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

2.2 Annahme einer Schenkung von Gemälden und Artefakten indigener Künstlerinnen und Künstlern Australiens (Sammlung Klaus Kaufhold) für das Rautenstrauch-Joest-Museum

2371/2020

Hier möchte gern Klaus Kaufhold seine Sammlung an das Rautenstrauch-Joest-Museum geben. Wer diese Schenkung anzunehmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP, die LINKE, Herr Wortmann, Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Gibt es Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist die Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich sehr herzlich für diese großzügige Schenkung bei Herrn Klaus Kaufhold,

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung von Gemälden und Artefakten indigener Künstlerinnen und Künstlern Australiens von Klaus Kaufhold an das Rautenstrauch-Joest-Museum an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

2.3 Annahme einer Schenkung Sanierungskonzept Rheingarten

1058/2020

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Kienitz, bitte.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich für die Fraktionen CDU, Grüne und FDP zunächst einmal sehr herzlich für die Schenkung bedanken, möchte aber eine Änderung in der Beschlussfassung vorschlagen. Da gab es eine Ergänzung im Ausschuss Umwelt und Grün. Wir schlagen vor, folgende Formulierung zu streichen:

> Um die Bäume vor weiteren Schädigungen zu schützen, werden künftig im Bereich der Kugelahornallee keine Schirme oder Heizstrahler der Gastronomie mehr genehmigt.
>
> Das Ordnungsamt soll darauf achten, dass die Gastronomie sich nicht über die zugewiesenen Bereiche hinaus ausbreitet.

Ich glaube, ich muss aufgrund der aktuellen Situation nicht begründen, warum wir das aus der Beschlussfassung gern herausnehmen möchten.

Beim mittleren Satz dieser Ergänzung bitten wir die Verwaltung - wenn wir den mehrheitlich gestrichen haben -, mittels einer Mitteilung im Fachausschuss darzulegen, wie das derzeit geregelt ist, und zwar die Aufstellung der Schirmsituation dort oberhalb der Gastronomie, und wie das zu lösen ist, um keine Beschädigungen zu verursachen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann schlage ich jetzt vor, wie Umweltausschuss Anlage 4, allerdings mit Streichung dieser beiden Sätze, zu entscheiden. Dazu wird es eine Mitteilung im Umweltausschuss zu dem Thema geben.

Gibt es noch weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann würde ich um Ihr Handzeichen bitten, wenn Sie diese Schenkung unter diesen Voraussetzungen annehmen. - Das sind die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die LINKEN, die FDP, Herr Wortmann, die CDU - sie könnte ich nie vergessen -, die AfD, Herr Zimmermann und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Die kann es eigentlich nicht mehr geben. Gut.

Dann bedanke ich mich sehr für die Schenkung der Kölner Grün Stiftung, die, wie immer, unsere Stadt an der Stelle weiterbringt.

(Beifall)

Beschluss in der Fassung des Ausschusses für Umwelt und Grün vom 27.08.2020 (Anlage 4) mit Streichung der letzten beiden Sätze:

Der Rat nimmt den Entwurf zum Sanierungskonzept Rheingarten zustimmend zur Kenntnis und beschließt die Annahme des Konzeptes als Schenkung im Wert von

95.000 €. Der Rat bedankt sich ausdrücklich für die Unterstützung durch die Kölner Grün Stiftung. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahmen sukzessive nach gesicherter budgetneutraler Finanzierung umzusetzen. Hierzu werden separate Beschlussvorlagen unter Darlegung der Finanzierung vorgelegt.

Im Bereich der Kugelahornallee erfolgt ein Austausch von Bäumen nur bei abgängigen Bäumen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Streichung der letzten beiden Sätze auf Antrag von RM Kienitz.

Zu den darin angesprochenen Themen Schutz der Bäume, Schirme, Heizstrahler und Überprüfung durch das Ordnungsamt wird dem Ausschuss für Umwelt und Grün eine Mitteilung vorgelegt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend „Verbesserung und Ergänzung der rechtsrheinischen Stadtbahnanbindung“

AN/0777/2020

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1225/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1228/2020

Ich gebe Herrn Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die antragstellenden Fraktionen haben freundlicherweise mir die Möglichkeit gegeben, als Erster hier zu sprechen, weil es auch ein bisschen auf unserem Mist gewachsen ist.

Ich muss sagen, ich hatte mich im Vorfeld - diese Vorbemerkung sei mir erlaubt - im letzten Jahr, als wir den Terminkalender aufgestellt haben, für diese Ratssitzung direkt vor der Kommunalwahl stark gemacht, weil ich gedacht habe, wir sind alle alt genug, verantwortungsvoll auch mit einer Ratssitzung drei Tage vor der Wahl umzugehen. Die vorherige Debatte sah nicht so aus, aber ich bin froh, dass wir mit so einem Antrag, wie wir ihn jetzt haben, auch symbolisieren können, dass wir hier vernünftig diskutieren können und vernünftige Entscheidungen auch drei Tage vor einer solchen Wahl für die Stadt Köln fassen können, die die Stadt entsprechend weiterbringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alle fordern mehr ÖPNV, aber die Stadt Köln hat leider im Moment keine einzige Streckenerweiterung so weit entwickelt, dass sie planfeststellungsreif wäre, und das, obwohl die Töpfe in Düsseldorf und in Berlin voll sind. Ja, schlimmer noch, kann man sagen, dass wir bei einigen der Streckenerweiterungen, die in der sogenannten Roadmap mal mit großer

Mehrheit beschlossen worden sind, noch gar nicht so richtig wissen, wo wir damit hinwollen.

Bei der Verlängerung nach Widdersdorf ist die Frage, ob wir eigentlich die Linie 1 oder die Linie 4 verlängern, nicht geklärt. Das hat auch noch etwas mit der Linienführung und mit dem Betriebskonzept Hochflur/Niederflur zu tun. Das fehlt für Widdersdorf. Das fehlt eben auch für die Streckenverlängerung nach Stammheim und Flittard. Gerade die Frage, ob Hochflur oder Niederflur, hat Auswirkungen - das kann man so schnell dann auch nachher nicht mehr ändern - für eine solche Linienführung: Wo will man die neue Verbindung entsprechend schaffen? Es bestehen auch Fragen: Wie sieht das nachher im Straßenraum aus? Die Linie soll ja durch die Deutz-Mülheimer Straße durch Mülheim-Süd geführt werden. Das ist also auch eine städtebauliche Frage, die es dabei zu beantworten gilt.

Hier gibt es zwei verschiedene Möglichkeiten. Wir haben zum einen - ich nenne sie mal so - eine Linie 8, die als Niederflurlinie von Flittard kommend über Stammheim zum Wiener Platz, dann über die Deutz-Mülheimer Straße verläuft, hinter der Eisenbahn im Grunde rechts abbiegt, Richtung Ottoplatz, und dann auf die Siegburger Straße bis nach Porz gehen könnte. Ein Problem dabei ist natürlich, dass sich das dort kreuzt, wir sind oberirdisch am Ottoplatz, und auch das Gleisdreieck an der Deutzer Freiheit ist in der Form noch nicht existent, wie es hier gebraucht würde.

Oder nennen wir sie mal Linie 19 als Hochflurstrecke wieder von Flittard/Stammheim kommend die Deutz-Mülheimer Straße geradeaus über den Gotenring, über die Severinsbrücke. Da haben wir vor einigen Wochen bzw. einigen Monaten hier einen sehr weisen Beschluss zum Barbarossaplatz gefasst, dass wir gesagt haben: Ja, von der Severinstraße kommend kann man dann auch Richtung Barbarossaplatz im Tunnel abbiegen und könnte diese Strecke bis nach Hürth führen.

Zu diesen beiden neuen Möglichkeiten einer Linienführung Richtung Flittard gibt es sozusagen als Kollateralnutzen eine Prüfung: Wie können wir ein neues Gleisdreieck Deutzer Freiheit nutzen, um eine Verbindung von Porz insbesondere zum Deutzer Bahnhof herzustellen? Eine ganz wichtige Verbindung. Und nennen wir diese Linie mal die Linie 8, die dann von Porz kommend über die Siegburger Straße geradeaus Richtung Deutzer Bahnhof fährt, dann ist hier die Prüfung in unserem Antrag, ob sie oberirdisch oder unterirdisch in den Kalker Tunnel geführt wird und dann vielleicht in Ostheim oder irgendwann mal in Neubrück endet.

Sie sehen, das sind ganz wichtige Fragen für das ÖPNV-Angebot im Rechtsrheinischen, was wir hier mit diesem Prüfauftrag auf den Weg bringen, eine ganz wichtige Voraussetzung für diesen neuen Streckenast. Ich bin froh, dass wir uns hier mit den antragstellenden Fraktionen auf diese Prüfung verständigt haben, weil sie ein wichtiger Mosaikstein in unserer ÖPNV-Planung ist.

Es gibt dazu einen Änderungsantrag der SPD, den man wahrscheinlich nur als „Rohrkrepierer“ bezeichnen kann. Dazu gab es heute direkt die ersten Mails. Hier von nachbarschaft köln-mülheim-nord e.V., ich zitiere das einmal:

> In dem vorliegenden Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT sehen wir erhebliche Möglichkeiten, dort zur Verbesserung der Beschleunigung des notwendigen Ausbaus ÖPNV. Den Änderungsantrag der SPD-Fraktion bitten wir abzulehnen, da er keine Alternativen oder Ergänzungen beinhaltet und eher eine zeitliche Verschiebung und Verwässerung der notwendigen Infrastrukturmaßnahmen in Köln beinhaltet.

Das hätte ich gar nicht besser formulieren können. Daher wird hier aus der Bürgerschaft schon vorgeschlagen, das abzulehnen.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt sogar eine zweite Mail von Herrn Heiner Schwarz an Herrn Philippi, die uns dann als Fraktion zugestellt worden ist. Darin wird es noch ein bisschen heftiger. Er sagt:

> Sie bekommen meine Stimme am Sonntag nicht. Mit diesem Antrag der SPD haben Sie mich mit meiner Entscheidung erleichtert.

Also: Der SPD-Änderungsantrag ist anscheinend in der Bevölkerung nicht so gut angekommen. Daher hoffe ich, dass wir für den Ursprungsantrag heute hier eine breite Mehrheit bekommen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Götz hat jetzt das Wort.

Stefan Götz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Köln wächst, und das ist gut so. Die Region wächst ebenfalls, das ist auch gut. Und der Verkehr wird wachsen, deswegen müssen wir den ÖPNV zukunftsfähig machen, damit er auch wachsen kann.

Wir haben uns heute mit dem rechtsrheinischen Köln beschäftigt, weil das rechtsrheinische Köln den größten Nachholbedarf hat. Wir haben dort ein Stadtbahnnetz, das nahezu seit 50 Jahren unverändert ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben einige U-Bahn-Haltestellen geschaffen, also Haltestellen von oben nach unten verlegt, ansonsten fahren wir auf einem 50 Jahre alten Netz. Wir haben die gleichen Endhaltestellen wie immer: Schlebusch, Bensberg, Thielenbruch, Königsforst, Zündorf. Das war schon zur Weimarer Republik so.

(Heiterkeit)

Wer sich zurückerinnert - nein, es ist niemand mehr hier, der sich noch erinnern kann -: Es gab sogar mal eine Linie O, die fuhr bis Opladen. Das kann man nachlesen.

Es war aber schon einmal besser um den rechtsrheinischen Kölner Teil der Stadtbahn bestellt. Das wollen wir mit unserem Antrag hier heute wieder ändern.

Wir haben im Rahmen der Anmeldungen zum ÖPNV-Bedarfsplan beschlossen, dass wir eine neue Stadtbahn nach Stammheim/Flittard haben wollen, von der Deutz-Mülheimer Straße aus beginnend. Die Einzelheiten hat der Kollege Sterck eben schon dargestellt; das wiederhole ich jetzt nicht alles.

Ich will nur darauf hinweisen, dass es Beschlüsse aus der Bezirksvertretung Porz und Innenstadt gibt, die Linie 7 an den Deutzer Bahnhof anzuschließen, weil das für alle Beteiligten sinnvoll wäre. Und wenn wir den anderen Vorschlag nehmen, und zwar bis nach Neubrück, wenn das in der Endfassung mal möglich wird, dann müssen wir daran denken, dass wir lange über eine rechtsrheinische Gürtelstrecke gesprochen haben, die heute so gar nicht mehr machbar wäre, weil die Strecke gar nicht mehr frei und vorhanden ist. Aber dies könnte ein Teil einer solchen Verbindung sein, jedenfalls ein Teil einer Verbindung zwischen dem Stadtbezirk Porz und dem Stadtbezirk Kalk.

Für alle Vorschläge gilt aus unserer Sicht: Wir haben eine ergebnisoffene Prüfung, die wir hier beantragen. „Ergebnisoffen“ heißt: Es kann nachher eine Linie mit verschiedenen Ästen herauskommen, es können verschiedene Linienführungen herauskommen. Es ist die Frage Hoch- oder Niederflur noch zu klären. Dabei sei mir die Anmerkung erlaubt, dass der Rat sich vielleicht mal mit der Frage beschäftigt, ob diese Entscheidung von 1992, ein zweigeteiltes Netz in Köln einzuführen, auf Dauer wirklich noch sinnvoll ist oder ob man nicht mal in eine andere Richtung denken müsste, um mehr Flexibilität zu erlangen.

(Beifall bei der CDU)

Weitere Einzelheiten, meine Damen und Herren, haben wir in der Begründung zu unserem Antrag dargestellt. Das will ich gar nicht weiter ausführen, das kann jeder nachlesen.

Wir müssen den SPD-Antrag leider ablehnen. Es ist immer schön, mehr Personal vorzuschlagen, das ist am einfachsten. Aber in der Substanz haben Sie nichts dazu beigetragen und eigentlich das Thema verfehlt. In der Schule würde man sagen: „Setzen, sechs!“. Deswegen können wir dem Antrag leider nicht zustimmen.

Auch den Antrag der LINKEN müssen wir ablehnen. Bei uns gilt: Genauigkeit vor Schnelligkeit. Wir wollen erst prüfen, was geht, erst eine Machbarkeitsstudie, und danach machen wir erst Planungsbeschlüsse und nicht umgekehrt. Denn was passiert, wenn man es umgekehrt macht, haben wir an vielen Stellen schon gesehen, und die Fehler aus der Vergangenheit wollen wir nicht wiederholen.

(Beifall bei der CDU)

Daher die Bitte: Stimmen Sie unserem Antrag zu, machen Sie das rechtsrheinische Stadtbahnnetz zukunftsfähig. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und putze jetzt.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Inhalt des Antrages und zur Genese hat Kollege Sterck ja schon einiges gesagt. Ich möchte dazu noch ein bisschen ergänzen.

Wir haben ja bei den ganzen Diskussionen, die wir über den ÖPNV in dieser Stadt in den letzten Jahren geführt haben - unter anderem über die Ertüchtigung der Ost-West-Achse -, immer wieder nur darüber gesprochen, dass es darum geht, die bestehenden Linien nach unten zu legen oder auf jeden Fall nicht neue Linien zu schaffen. Mit dem jetzt vorliegenden Antrag geht es uns darum, auch neue Querverbindungen in diesem Netz zu schaffen.

Wenn man sich andere Städte anschaut, dann gibt es dort viel mehr Flexibilität in den Stadtbahnnetzen, wo ich nicht nur eine Linie quasi immer über die gleiche Strecke führen muss, sondern wo ich auch mal rechts und links abbiegen kann. Denn das, was uns beim ÖPNV am allermeisten stört, ist eben dieses Umsteigen. Ich muss immer einmal in die Stadt hinein und einmal aus der Stadt hinaus. Der Kollege Sterck nennt die Linie 13 immer den „Hidden Champion“, der nämlich diese ganzen Umsteigebeziehungen vermeidet, und genau das brauchen wir eben auch im Rechtsrheinischen, dass ich, wenn ich im Rechtsrheinischen aus Poll komme und zum Beispiel zum Deutzer Bahnhof möchte, dann nicht irgendwie noch umsteigen muss, sondern einfach da entsprechend bleiben kann.

Wir haben an der Severinstraße schon ein Abbiegegleis vom Barbarossaplatz kommend Richtung Severinsbrücke. Auch das ist ein Teilstück, das wir gern weiter ertüchtigen möchten, um noch mehr Flexibilität entsprechend im Netz zu schaffen. Das passt auch ganz wunderbar in unseren Antrag, den wir hier vor einigen Ratssitzungen gestellt haben, was die Attraktivierung des Barbarossaplatzes angeht, wo wir auch seit Jahren, wenn nicht sogar Jahrzehnten dafür werben oder dafür sorgen wollen, dass dieser Platz endlich auch wieder ein Platz wird.

Vielleicht noch einige Sätze zu den Änderungsanträgen, die jetzt von SPD und LINKEN kamen. Der Antrag der SPD erinnert mich ein bisschen an die Ausführungen des Oberbürgermeisterkandidaten Kossiski, der immer sagt: Wir brauchen erst einmal ein Gesamtkonzept, und dann machen wir es zur Chefsache; man darf sich jetzt auch nicht irgendwie in den Einzelheiten zerfasern, aber wir müssen auch sofort loslegen. - Das beißt sich alles etwas. Und genau so ist auch dieser Änderungsantrag, der sagt: Wir müssen jetzt erst einmal schauen, was denn alles da ist. Wir haben die Roadmap, und wir machen jetzt erst einmal ein Gesamtkonzept etc. - Nein, wir haben die konkreten Ideen dazu schon auf den Tisch gelegt, und das ist auch alles entsprechend machbar.

Wir haben hier noch den Änderungsantrag von den LINKEN, der sagt, dass direkt im Niederflursystem entsprechend geplant werden soll. Wer aber die Diskussionen der letzten Jahre verfolgt hat und weiß, wie weit wir mit einigen Planungen schon sind, dann ist es eben so, dass wir dort im Hochflursystem planen. Das sind zumindest die ersten Ideen, die dort schon einmal vorgestellt wurden. Es ist angedacht, das Ganze im Hochflursystem zu machen. Das ist zumindest immer in der Beratung gewesen. Es ist noch keine finale Entscheidung gefallen, das stimmt, aber es gibt schon Vorideen. Das stand zumindest in der Roadmap auch mal so bzw. in einer Mitteilung stand es mal unten als kleine Fußnote, dass das Ganze im Hochflursystem angedacht ist. Jetzt zu sagen: „Wir machen jetzt ein Niederflursystem“, damit verzögert man, glaube ich, wieder Etliches. Daher schreiben wir auch bei uns: Macht es doch bitte im Hochflursystem, aber trefft alle Vorkehrungen, um im Zweifel auch ins Niederflursystem hineingehen zu können.

Daher kann ich nur dafür werben: Stimmen Sie unserem Antrag zu. Wir können leider den beiden Änderungsanträgen von SPD und LINKEN nicht zustimmen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

(Thor-Geir Zimmermann [Ratsgruppe GUT]: Nein!)

- War das Verzicht? War das ein Abwinken?

(Thor-Geir Zimmermann [Ratsgruppe GUT]: Verzicht!)

Dann Herr Pöttgen, bitte.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten

Damen und Herren! Wir schließen uns den Worten meines Vorredners, Herrn Götz, an: Köln wächst, und das ist gut so.

Der Stadtrat hat Ende des Jahres 2015 eine Anmeldung für den neuen ÖPNV-Bedarfsplan für NRW beschlossen und sah die Kapazitätserweiterung auf der Ost-West-Achse vor - der Planungsbeginn ist damals für 2020 angekündigt worden -, die Anbindung von Rondorf/Meschenich: Planungsbeginn 2019, die Anbindung von Mülheim-Süd und Stammheim/Flittard: Planungsbeginn 2021, die linksrheinische Gürtelverlängerung: Planungsbeginn 2022, die Bahnsteigverlängerung 4 und 13: Planungsbeginn 2019, die Linie 7: Genehmigungsverfahren 2020. Dann sollten noch als spätere Maßnahmen ab 2024 die Anbindung von Neubrück, die Anbindung von Widdersdorf und die rechtsrheinische Gürtelstrecke beginnen. Das haben wir hier gemeinsam beschlossen. Die Bedarfsfeststellungsbeschlüsse für alle oberen Maßnahmen waren auch noch von Frau Oberbürgermeisterin im Interview für 2018 angekündigt. Sie liegen teilweise heute in 2020 noch nicht vor. Die Frage, ob Widdersdorf über Ehrenfeld oder Lindenthal anbinden - das Gutachten, lange beauftragt vom Stadtrat, liegt heute noch nicht vor. Die Verbindung auf dem Barbarossaplatz verkehrlich bereits beschlossen durch den Rat im Januar 2020 auf Ihre Initiative.

Ich kann Sie natürlich gut verstehen, dass Sie drei Tage vor der Wahl noch einmal ein bisschen Aktionismus symbolisieren wollen, aber, Herr Sterck, ich muss der FDP-Kampagne an dieser Stelle einmal recht geben: Der Stau beginnt im Rathaus.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Wir kommen hier tatsächlich nicht weiter, wenn wir einfach eine neue Prüfungs- und Machbarkeitsstudie nach der anderen der Verwaltung hineinknallen und die alten Beschlüsse einfach nicht umsetzen. Wir als SPD-Fraktion haben ein Problem damit, wenn man immer sagt: „der ÖPNV, der ÖPNV, der ÖPNV“, und dann passiert nichts. Die Rodenkirchener müssten ja eigentlich ein Lied davon singen können, dass bei der Verlängerung der Gürtelstrecke gerade Stillstand auf der Baustelle ist. Das ist kein Thema. Wie kann das denn eigentlich sein? Wenn wir den ÖPNV-Ausbau wirklich vorantreiben wollen, muss hier etwas passieren.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Wir haben hier ein Problem, wenn wir doch sehen, dass wir eine Roadmap haben, die Köln auf der Planungsgrundlage von jährlich 333 Millionen Euro vom Bund beschlossen hat und mittlerweile klar ist: Die Mittel werden sich auf 2 Milliarden Euro im Jahr versechsfachen dank der Initiative der SPD in der Bundesregierung - das muss man auch einmal dazu sagen -, und Köln macht nichts daraus. Das ist doch peinlich. Das ist ein echtes Problem. Und deswegen ist das drei Tage vor der Wahl tatsächlich Augenwischerei, um zu überdecken, dass in den letzten fünf Jahren nichts passiert ist.

So kann ich die Antragsteller tatsächlich verstehen und finde es auch nett, dass man uns quasi noch einmal einen halben Arbeitstag vor Antragsschluss fragt, ob wir da auch mitmachen wollen. Aber so funktioniert das nicht. Hier, finde ich, hat das Reker-Bündnis eine Glanzleistung tatsächlich als Bruchlandung hingelegt.

Ich kann die Dezernentin nicht verstehen, wenn sie auf Nachfrage sagt, es gebe kein Defizit in der Personalausstattung, wir aber heute später beschließen, dass wir die Zuständigkeit für die Erweiterung der Linie 7, wo wir ursprünglich nur von zwei Haltestellen gesprochen haben, von der Stadtverwaltung an die KVB abgeben, weil die Stadtverwaltung es nicht hinbekommt. Das ist ein Problem. Die zwei Stationen dürften eigentlich kein Problem sein, wenn wir mehrere Milliarden Euro verbauen wollen. Die 13 Millionen Euro müssten da ein Klacks sein für eine selbstbewusste, kompetente Stadtverwaltung.

Das gelingt Ihnen leider nicht, das finde ich schade. Wir hoffen da tatsächlich auf größere Würfe nach der Wahl, stehen dafür zur Verfügung, aber so tatsächlich nicht. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich dafür bedanken, dass wir heute eine Diskussion um den ÖPNV im Rechtsrheinischen führen dürfen. Das finde ich gut. Es wurde schon dargelegt, dass insbesondere die Schieneninfrastruktur im Rechtsrheinischen doch sehr zu wünschen übrig lässt

und auch ein Stück weit vernachlässigt ist. Wir können das zum Beispiel daran ablesen, dass wir vier rein linksrheinische Stadtbahnlinien haben, aber nicht eine rein rechtsrheinische Stadtbahnlinie. Das würden wir gern geändert sehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen sind wir auch in einem zarten Widerspruch zu dem Antrag, der hier von FDP, CDU, Grünen und GUT vorliegt. Sie sind nämlich nach wie vor der Auffassung, dass man prüfen muss, ob man die Linie von Stammheim her kommend auf die andere Rheinseite führen möchte, ansonsten kämen sie nicht auf die Idee, hier tatsächlich zu überprüfen, ob das hochflurig ausgebaut wird, weil das keinen Sinn macht. Wir haben in Deutz, in Poll und in Porz ein niederfluriges System. Es macht überhaupt keinen Sinn, jetzt zu prüfen, ob wir im rechtsrheinischen Kölner Norden eine hochflurige Bahn bauen. Von daher: Wir sind in dieser Entscheidung schon klar. Wir brauchen da keine Prüfung mehr. Wir wollen eine rein rechtsrheinische Stadtbahn von Flittard über Stammheim, Mühlheim, Mülheimer Süden, Deutz, Poll nach Porz. Das zu dem einen Punkt.

Der zweite Punkt: Sie fangen an - darüber habe ich mich jetzt echt gewundert -, die Frage der Anbindung von Neubrück noch einmal in einer ganz neuen Dimension zu diskutieren. Das halten wir auch für überflüssig. Wir sind der Auffassung, für die Anbindung von Neubrück gibt es im Prinzip nur zwei Varianten: Entweder funktioniert es über die 1 oder es funktioniert über die 9. Ich weiß nicht, warum man da jetzt noch einmal mit Machbarkeitsstudien heranmuss, um einen Durchstich Richtung Süden herzustellen. Das hat sich mir nicht erschlossen.

Zudem fehlt diesem Antrag ein Projekt, das uns sehr am Herzen liegt, nämlich eine Stadtbahnverbindung auf der Frankfurter Straße. Wir wissen alle, dass dort schon Routen freigehalten werden. Deswegen muss man dort jetzt ein Stück vorangehen. Man muss aber ehrlicherweise sagen, dass man dort tatsächlich noch einmal überlegen muss - da fänden wir auch eine Machbarkeitsstudie gut -, ob man das in einem hochflurigen Ausbau macht oder ob man das auch in einem niederflurigen Ausbau machen kann. Dort haben wir eine komplexe Situation mit der Ausfahrt aus dem Wiener Platz. Dieser ist meines Wissens schon ausgebaut und müsste dann irgendwie auf die Frankfurter Straße hoch. Das stellen wir uns natürlich auch im Niederflurigen kompliziert vor, können es aber am Ende des Tages nicht beurteilen. Daher müsste man eine Machbarkeitsstudie machen.

Ja, wir werden dem Antrag folgen. Er gefällt uns nicht in allen Punkten, aber er geht in die richtige Richtung. Deswegen werden wir diesem Antrag folgen. Beim SPD-Antrag hat sich mir nicht erschlossen, was für diesen Antrag hier und heute sprechen soll. Daher können wir dem leider nicht folgen. - Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen zu dem Thema sehe ich nicht. Möchte die Verwaltung auf die Situation der Fördergelder antworten? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann lasse ich abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, LINKE, FDP, Herr Wortmann, Rot-Weiß, AfD und die Ratsgruppe GUT. Ich frage trotzdem: Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse dann über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Das ist die Ratsgruppe GUT. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über den Ursprungsantrag abstimmen. Gibt es da noch Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Der AfD und Rot-Weiß. Dann ist der Antrag so angenommen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit der KVB Rahmenbedingungen und Maßnahmen zu beschreiben, mit denen der Ausbau des ÖPNV für die in der ÖPNV-Roadmap aufgeführten Projekte deutlich beschleunigt werden kann. Dabei sind insbesondere weitere Personalzusetzungen in der Verwaltung einschließlich Darstellung noch nicht ausgeschöpfter Maßnahmen zur Personalgewinnung, Verbesserungen durch geänderte Aufgabenverteilung zwischen Verwaltung und KVB

*sowie verstärkte externe Beauftragungen für Planungen zu berücksichtigen und dazustellen. Ebenfalls dargestellt werden sollen notwendige Maßnahmen und Rahmenbedingungen für eine Beschleunigung des barrierefreien Umbaus von Haltestellen entsprechend der Prioritätenliste. Zielsetzung ist es, einen Fahrplan zu entwickeln, mit dem Verwaltung und KVB in die Lage versetzt werden, die Projekte der ÖPNV-Roadmap schneller zu bewältigen und den ÖPNV-Ausbau für alle Kölner*innen voranzubringen.*

2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Perspektive für den erforderlichen Netzausbau in Köln zu entwickeln, die die Versechsfachung der Zuschüsse für den ÖPNV an Kommunen aus dem GVFG und Regionalisierungsmitteln aufgreift und für die weitere Gesamtnetzplanung im Sinne eines Zielbilds „KVB 2050“ zugrunde gelegt werden kann.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. Beschluss:

Der Beschluss wird wie folgt ersetzt:

I. Die Verwaltung beauftragt Planungen für eine Stadtbahnverbindung im Niederflursystem von Stammheim/Flittard über die Deutz-Mülheimer Straße, Deutz und Poll bis nach Porz.

II. Die Verwaltung beauftragt eine Machbarkeitsstudie für Bau und Betrieb einer Stadtbahnlinie vom Bahnhof Mülheim entlang der Frankfurter Straße bis zum S-Bahnhof Frankfurter Straße und einer Fortführung bis nach Porz.

III. Die Verwaltung beauftragt Planungen für eine Stadtbahnverbindung im Niederflursystem zwischen den Linienwegen der Linien 1 und 9 zur Anbindung von Ostheim, Brück und Neubrück.

Die Deckung erfolgt aus dem dafür im Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau vorgesehenen Budget.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT abgelehnt.

III. Abstimmung über den Ursprungsantrag Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Klärung des Betriebskonzeptes der Stadtbahnverbindung von der Deutz-Mülheimer Straße nach Stammheim/Flittard und weiterführend nach Porz oder Hürth eine Machbarkeitsstudie zu beauftragen. Neben der baulichen Machbarkeit soll dabei ggf. auch das Nachfragepotenzial der verschieden Varianten untersucht werden.

Zur Vermeidung von Verzögerungen bei den Planungen für die Stadtbahnanbindung Mülheim-Süd sollte dieser Bereich entsprechend der Roadmap zunächst im Hochflursystem weitergeplant werden. Aufgrund des geringeren Platzbedarfs für die Rampen von Niederflurbahnsteigen wäre eine Umplanung nach Vorliegen der Machbarkeitsstudie weitgehend unproblematisch.

Inhalte der Studie sollen sein:

- *Betrieb einer möglichen neuen Stadtbahnverbindung von Flittard nach Porz über den Ottoplatz als Niederflurlinie. Dabei sind insbesondere die Verknüpfungshaltestellen Wiener Platz, KoelnMesse und Deutzer Freiheit zu untersuchen. Im Bereich der Deutzer Freiheit soll eine mögliche oberirdische Führung über die Verbindungsstraße vom Bahnhof Deutz zur Siegburger Straße östlich der Rampe geprüft werden.*

- *Betrieb einer möglichen Stadtbahnverbindung von Flittard nach Hürth über die Severinsbrücke als Hochflurlinie. Dabei ist insbesondere ein zusätzliches Gleis zwischen Severin- und Poststraße zu untersuchen.*

- *Betrieb einer möglichen Stadtbahnverbindung von Porz nach Ostheim, Brück oder Neubrück als Niederflurlinie. Dabei ist insbesondere die Verknüpfungshaltestelle Deutzer Freiheit mit einer Verbindung des U-Bahn-Tunnels mit der Siegburger Straße zu untersuchen. Alternativ sollte eine oberirdische Linie über Ottoplatz mit Gleisdreieck Opladener Straße auch zur*

Justinianstraße und dann über die Tunnelrampe Deutz-Kalker Straße in den Kalker U-Bahn-Tunnel betrachtet werden.

- *Über die Ergebnisse der prioritären Betrachtung der ersten beiden Spiegelstriche soll der Rat und die Fachausschüsse vorab informiert werden.*

- *Die Deckung erfolgt aus dem dafür im Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau vorgesehenen Budget.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir gehen weiter in der Tagesordnung. Ich rufe so, wie wir es eben beschlossen haben, auf:

3.1.2 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. sowie von RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Gesundheit hat oberste Priorität - Kalkberg als Hubschrauberstation endgültig aufgeben!“

AN/1171/2020

Änderungsantrag der Fraktionen CDU und FDP

AN/1233/2020

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/1235/2020

3.1.11 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Machbarkeitsstudien für eine Hubschrauberbetriebsstation am Alternativstandort Flughafen Köln/Bonn und zur alternativen Nutzung des Kalkbergs“

AN/1179/2020

Änderungsantrag der Fraktionen CDU und FDP

(s. Vorgang unter TOP 3.1.2)

Hier werden wir so, wie wir es eben beschlossen haben, eine gemeinsame Beratung durchführen.

Bei 3.1.11 hat zunächst Herr Dr. Unna das Wort. - Gut, dann Herr Paetzold. Wenn Sie das so miteinander abgestimmt haben, ist mir das sehr recht. - Herr Paetzold, bitte.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Ralf Unna, ich hätte Ihnen gern den Vortritt gelassen, aber so ist es jetzt nun einmal beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit 2004 beschäftigt der Kalkberg und die darauf zu errichtende Hubschrauberbetriebsstation den Rat der Stadt Köln, seit 16 Jahren, und trotzdem ist dort nie ein Hubschrauber gelandet. Das soll nach der Überzeugung meiner Fraktion und der Antragsteller auch so bleiben.

Wir finden, dass die letzte Ratssitzung dieser Wahlperiode ein guter Tag ist, um sich als Rat der Stadt Köln endlich von der Idee einer Hubschrauberbetriebsstation auf dem Kalkberg zu verabschieden - so, wie es unser gemeinsamer Antrag vorschlägt. Genau dies hatte meine Fraktion bereits am 20.03.2018, also vor zweieinhalb Jahren, in einem Änderungsantrag vorgeschlagen, der damals aber leider keine Mehrheit gefunden hat.

Aber der Reihe nach und das Wichtigste zuerst: Köln muss die Kernträgerschaft für den Rettungshubschrauber auf jeden Fall behalten. Deshalb brauchen wir eine Hubschrauberbetriebsstation für den RTH und den ITH auf Kölner Stadtgebiet. Uns umgibt einer der größten Chemiegürtel Europas mit allen Risiken und Nebenwirkungen. Der Kölner Autobahnring gehört zu den vielbefahrensten Autobahnstrecken Deutschlands. Wir sind eine Millionenstadt. Die Chance, dass es hier zu medizinischen Notfällen kommt, ist deshalb hoch. Die steigenden Einsatzzahlen der Rettungs- und Notarztwagen belegen das dramatisch. Hier kommt der RTH und bei großer Not auch der ITH zum Einsatz - nicht nur, wenn es darum geht, in kürzester Zeit weite Strecken zu überwinden, sondern immer auch dann, wenn die bodengebundenen Rettungsmittel in der Rushhour keine Chance haben, schnell genug zum Notfallort zu kommen oder wenn sie alle im Einsatz sind. Dann kommen die Luftrettungsmittel zum Einsatz und bringen in kürzester Zeit medizinisches Personal und Material zum Notfall. Sie wissen, im Notfall kommt es auf Minuten an.

Einen großen Teil seiner Einsätze - das wissen Sie - fliegt der RTH Christoph 3 in Köln. Deshalb

brauchen wir - da wiederhole ich mich gern - eine Hubschrauberbetriebsstation auf Kölner Stadtgebiet. Das sollte der Rat der Stadt Köln heute noch einmal ausdrücklich festhalten. Aber eben nicht auf dem Kalkberg.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Die Antragsteller - darunter auch meine Fraktion - haben nach vielen Pannen und immer neuen Gutachten das Vertrauen in den Kalkberg als Standort für eine Hubschrauberbetriebsstation endgültig verloren. Deshalb möge der Rat heute endgültig beschließen, dass auf dem Kalkberg keine Hubschrauberbetriebsstation betrieben wird.

Wie wir hören, sind die Sanierungs- und Stabilisierungsarbeiten weitgehend abgeschlossen. Die Restarbeiten müssen jetzt zügig fertiggestellt werden. Das sind wir den Menschen, die rund um den Kalkberg leben - das ist eine ganze Menge -, einfach schuldig.

Wir begrüßen sehr, dass der Flughafen bereit ist, eine ergebnisoffene Machbarkeitsstudie zur dauerhaften Stationierung von RTH und ITH auf seinem Gelände durchzuführen. „Ergebnisoffen“ heißt natürlich auch, dass es ein für uns negatives Ergebnis geben kann. Darauf muss die Stadt vorbereitet sein, sie muss deshalb weiter nach geeigneten Standorten für eine Hubschrauberbetriebsstation auf Kölner Stadtgebiet suchen. Ich denke aber, wir dürfen ganz berechtigte Hoffnungen haben, dass es hier eine dauerhafte Lösung auf dem Flughafen geben wird - dauert das Interim doch jetzt schon viele Jahre, und offensichtlich funktioniert es ganz gut.

Wenn ich gestern im *Stadt-Anzeiger* lesen konnte, dass in fünf Jahren in anscheinend nicht geringer Anzahl Lufttaxis, die vertikal starten, ihren Standort auf dem Flughafen CGN haben sollen, um von dort aus die Städte im Umkreis anzufliegen, dann wächst meine Hoffnung noch einmal. Dort, wo etliche Lufttaxis starten und landen, da muss doch auch Platz sein für zwei konventionelle Hubschrauber, die Menschenleben retten. Dass bei der Suche nach einem Standort für die Hubschrauberbetriebsstation die Belange der Menschen zu berücksichtigen sind, die am Flughafen wohnen, versteht sich doch hoffentlich von selbst.

Das Interim auf dem Flughafen CGN muss aus den genannten Gründen bis zur Inbetriebnahme der neuen Hubschrauberbetriebsstation bestehen bleiben. Allerdings müssen jetzt - diesen Hinweis aus eurem Antrag, liebe Grüne, nehmen wir gern auf - die Arbeitsbedingungen, wozu auch die Ruheräume und die sanitären Einrichtungen für das Flug- und Rettungspersonal gehören, schleunigst auf einen zeitgemäßen und der belastenden Arbeit angemessenen Standard gebracht werden.

Gerade eben habe ich erfahren, dass zurzeit ein Änderungsantrag der Kollegen von den Grünen zu unserem Antrag umgedruckt wird. Ich habe ihn vorab bekommen, und nach kurzer Prüfung kann ich für die Antragsteller erklären, dass wir die Änderungen gern in unseren Antrag übernehmen, wobei wir natürlich davon ausgehen, dass unter 2. die Nichtinbetriebnahme der Hubschrauberbetriebsstation die auf dem Kalkberg meint.

Sehr geehrte Kollegen, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. 13 Sekunden habe ich noch: Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag. Ich glaube, es wäre wirklich ein guter Tag, dieses Kapitel heute endlich zu beenden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, ich kann der Rede von Herrn Paetzold nur vollumfänglich zustimmen, natürlich auch seinen Ausführungen zur Bedeutung eines Rettungshubschraubers für Köln, für die Menschen in der Stadt und in der Umgebung.

Die LINKE hat die Hubschrauberstation auf dem Kalkberg von Anfang an abgelehnt. Uns ging es in erster Linie darum, dass sie dort aufgrund der 26 000 Menschen im Umfeld der Station in der Stegerwaldsiedlung, in Buchforst, in Kalk-Nord falsch platziert ist. In diesem Bereich des Rechtsrheinischen fehlen dringend Grünflächen. Der Stadtentwicklungsplan „Rechtsrheinische Perspektiven“ hatte das bereits nachgewiesen. In diesem Bereich gibt es bereits eine Stadtautobahn mit riesiger Rampe und ein sehr großes Eisenbahngelände. Der Bereich trägt also bereits große Lasten für die gesamte Stadt. Wir hielten das Projekt deshalb für verfehlt.

Die Entwicklung der Jahre nach den Bauarbeiten zeigte, dass die ehemalige Sondermülldeponie überhaupt nicht dazu geeignet ist, tonnenschwere Aufbauten langfristig zu tragen; denn schon

kurzfristig kam es zu Zwischenfällen in den Jahren 2015 und folgende. Deshalb haben sich glücklicherweise auch andere Ratsparteien zu einem Umdenken entschlossen.

Ich denke, meine Damen und Herren von der CDU und FDP, Sie wollen die Entscheidung jetzt noch offenhalten. Glauben Sie ernsthaft, dass langfristig an diesem Standort eine Hubschrauberstation betrieben werden kann, ohne dass es wieder zu schweren Zwischenfällen kommt, zu Zwischenfällen, die den Betrieb der Rettungshubschrauber stören werden und die natürlich auch mit weiteren Kosten verbunden sind, vielleicht auch erst in zehn, 15 oder 20 Jahren? Ich denke, wir sollten heute einen klaren Schlussstrich ziehen und nicht noch den Gefahren neuer Desaster die Möglichkeit lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich erinnere mich auch daran, als der Stadtdirektor noch von der SPD gestellt wurde, dass hier im Frühjahr 2016 große Aufregung und große allgemeine Kritik am Kalkberg-Projekt herrschte. Herr Breite von der FDP hatte gesagt, er glaube keinem Gutachten mehr, das sage, dort könne eine Hubschrauberstation betrieben werden. Er sagte auch: Wenn man feststellt, dass das Pferd, auf dem man reitet, tot ist, dann sollte man endlich absteigen. Die FDP hat jetzt ihre Meinung wieder geändert. Nun gut. Andere Parteien stehen heute dazu. Ich bin sehr froh, dass es ein breites Bündnis von Parteien und Gruppen gibt, die alle gemeinsam diesen Antrag mittragen: Schluss mit dem Kalkberg.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Ich beziehe ich mich jetzt auf den Vorschlag eines gemeinsamen Antrages, nämlich auf den Änderungsantrag, den die Grünen eingebracht haben. Diesen unterstützen wir voll. Herr Paetzold hatte das im Grunde für die Antragsteller unseres Antrags schon gesagt; wir haben uns abgesprochen. Alle Punkte, die darin aufgeführt werden, sind außerordentlich sinnvoll. Deshalb hoffen wir - ich weiß, dass jetzt auch im Livestream viele gespannt dabei sind -, dass heute endlich das Projekt begraben werden kann, natürlich trotzdem eine Zukunft für die Rettungshubschrauber in Köln herrscht und dass die Beschäftigten am Flughafen endlich die ihnen angemessenen Arbeitsbedingungen bekommen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt folgt Herr Dr. Unna zum Tagesordnungspunkt 3.1.11.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Vermutlich hat die FDP das Pferd wiederbelebt. Das ist allerdings schwierig, wenn es nur noch ein Gerippe ist.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich in Vorbereitung auf diese Rede gefragt: Was fällt mir zur Geschichte des Kalkberges ein? Dazu gebe ich Ihnen jetzt ungefiltert meine Meinung wieder: Es handelt sich um Schlamperei, Desinformation, alternative Fakten, falsche oder fragwürdige Gutachten - da stimme ich der FDP durchaus zu -, geschönte Darstellungen und teilweise handfeste Lügen. Eines meiner Lieblingszitate ist aus der Frühzeit der Diskussion: Es handele sich um die - Zitat - „am besten untersuchte Halde Europas“.

Diese Anhäufung von Desinformationen hat unter anderem dazu geführt - das will ich an der Stelle überhaupt nicht verleugnen -, dass auch meine Fraktion in die Irre geführt wurde. Denn wir halten, ähnlich wie die anderen Kolleginnen und Kollegen durch alle Fraktionen hindurch, wie ich vermute, eine Hubschrauberbetriebsstation in Köln für dringend notwendig. Deshalb fiel es uns schwer bzw. haben wir uns in die Irre leiten lassen aufgrund von Fehlinformationen.

Soviel ich weiß, hat auch die geschätzte Frau Oberbürgermeisterin ihre Zweifel an der Werthaltigkeit und Nachhaltigkeit entsprechender Gutachten geäußert. Unter anderem ist es in dem Zusammenhang zu einer Aufschüttung auf dem Kalkberg gekommen, die nach meinem Kenntnisstand ohne jede Genehmigung angeordnet worden ist. In diesem Zusammenhang ist das Wort „Regress“ wirklich ein interessantes.

Insgesamt sind wir zu dem Schluss gekommen, dass Luftrettung etwas ist, was im Sinne unserer Bevölkerung - da tragen wir eben die Verantwortung für die gesamte Bevölkerung - 24/7 möglich sein soll. Wir haben - auch dazu gab es bei der letzten Diskussion divergierende Meinungen in diesem Raum - bei unserem Partnerhubschrauber Christoph Westfalen seit 01.01.2002 Nachtflüge im Sekundärbereich und seit diesem Jahr auch im Primärbereich mit Nachtsichtbrille. Wie mir die Kolleginnen und Kollegen vom Hubschrauber mitteilten, ist das am besten zu üben, zu

trainieren und durchzuführen von einem Verkehrsflughafen mit Tower aus.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Aus diesem sachlichen Grund, liebe Kolleginnen und Kollegen, rufe ich alle auf, die Verantwortung für diese Stadt tragen, das Zeitfenster, in dem diese Hubschrauber unsere Bevölkerung retten können, nicht einzuschränken auf den Tageslichtsektor. Machen wir uns das klar: Im Winter gibt es relativ kurz Tageslicht. Die Kollegen brauchen ungefähr eine halbe Stunde, um nach Ende des Einsatzes zurückzukommen. Das heißt, das Fenster, in dem gerettet werden kann, ist extrem eng. Gleichzeitig gibt es natürlich auch eine betriebswirtschaftliche Komponente, wenn wir nur am Tag retten können.

Wir wollen unsere Bevölkerung auch nachts retten. Und ich unterstelle: Das wollen alle Kolleginnen und Kollegen hier im Raum. Deswegen rufe ich noch einmal alle Kolleginnen und Kollegen, die Verantwortung für diese Stadt und für die Rettung ihrer Bevölkerung tragen wollen, auf, dass das bitte nicht nur tagsüber möglich sein sollte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Warum haben wir den jetzigen Zeitpunkt gewählt? - Es gab einen Hauptausschuss in diesem Raum. Damals hat Professor Dr. Dr. Lechleuthner zu Protokoll gegeben, dass die Flughafenfeuerwehr am Flughafen Köln/Bonn momentan den Neubau einer entsprechenden Einrichtung auf dem Flughafengelände plant und dabei sehr wohl überlegt, auch unsere Hubschrauber dort unterbringen zu können. Es mag sein, dass diese positive Grundhaltung, die wir jetzt bei der Geschäftsführung des Flughafens vorfinden, etwas damit zu tun hat, wie die Geschäftsentwicklung dort ist. Das kann ich nicht beurteilen. Ich bin nicht im Aufsichtsrat. Ich konstatiere: Nach vielen Jahren ist der Flughafen unter der jetzigen Geschäftsführung sehr, sehr offen für diesen Gedanken. Ich kann an dieser Stelle nur das sagen, was ich schon oft gesagt habe: Fluggeräte gehören an Flughäfen!

Deshalb ist es unserer Fraktion wichtig, zunächst einmal das Ende der Hubschrauberbetriebsstation festzuhalten sowie auch festzuhalten, dass die Hubschrauber dauerhaft an den Flughafen sollen. Wir sprachen über den Regress: Wir sind uns darüber einig, dass wir eine vernünftige Nachnutzung im Sinne der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für die Gebäude auf dem Kalkberg benötigen. Wir sind uns darüber im Klaren, dass das keineswegs 30 Millionen Euro gekostet hat, sondern dass der Großteil dieses Geldes dafür da war, den Kalkberg an und für sich zu stabilisieren, was im Sinne der Anwohner dringend notwendig und geboten ist.

Last but not least möchten wir eine Ertüchtigung des Interims. Denn es ist ein Skandal, dass die Menschen, die in Vollschutz Pandemiepatienten, COVID-19-Patienten, bei 30 Grad Celsius verlegen, bis vor vier Wochen anschließend nicht duschen konnten. Wir haben das Problem einvernehmlich im Gesundheitsausschuss angesprochen und nun, wie ich denke, behoben.

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Ich danke der Bürgerinitiative für anhaltendes, teilweise nerviges, aber in der Sache richtiges Begleiten des Prozesses. Ich entschuldige mich bei der Bevölkerung dafür, dass es so lange gedauert hat, erst heute ins Ziel zu kommen. Ich bitte alle Demokratinnen und Demokraten im Sinne der Verantwortung für unsere Bevölkerung und der 24/7-Rettungsmöglichkeiten vom Kalkberg Abschied zu nehmen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gärtner das Wort.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema der Hubschrauberstation auf dem Kalkberg beschäftigt etliche Gremien seit vielen Jahren. Um es unmissverständlich vorab zu betonen: Ein in Köln an zentralem Standort stationierter Rettungshubschrauber ist im Zusammenspiel mit den anderen Rettungsmitteln unverzichtbar und für schwerstverletzte Menschen lebensrettend.

(Beifall bei der CDU)

Dies haben auch die Feuerwehr und die Kölner Krankenhäuser in den vergangenen Jahren vielfach betont.

In den vergangenen Jahren sind wegen der aufgetretenen Probleme mit der Haldenstabilität immer wieder Gutachten zu dieser Frage beauftragt und durchgeführt worden, ebenso wie Aufträge

zur Suche nach alternativen Standorten - bisher allerdings ohne Erfolg.

Man kann nun eine Machbarkeitsstudie zur dauerhaften Stationierung der beiden Hubschrauber auf dem Flughafen durchführen, aber ganz so einfach, wie einige Befürworter des Standortes am Flughafen glauben machen wollen, ist das nicht.

In einer Mitteilung der Verwaltung vom Juni wird deutlich darauf hingewiesen, dass es, selbst wenn die Machbarkeitsstudie zu dem Ergebnis kommt, dass eine dauerhafte und fachgerechte Stationierung der beiden Rettungshubschrauber auf dem Flughafengelände möglich ist, noch einer ganzen Reihe weiterer Voraussetzungen als Grundlage für eine endgültige Entscheidung bedarf. Dazu gehören ein möglicherweise erforderliches Planfeststellungsverfahren, eine Detailplanung, eine Baugenehmigung, vor allem eine rechtssichere luftverkehrsrechtliche Genehmigung, eine flugrechtliche und flugtechnische Bewertung, schalltechnische und gegebenenfalls landschafts-, natur- und artenschutzrechtliche Untersuchungen. Und: Auch am Flughafen gibt es Anlieger, deren Belange wir berücksichtigen müssen.

Allerdings müssen wir uns auch darüber im Klaren sein, dass zusätzliche Kosten für eine Ertüchtigung des derzeitigen Provisoriums erforderlich sind. Das sind wir den Hubschrauberbesatzungen schuldig.

Hinzu kommt, dass die Stadt, wenn der Kalkberg als Standort aufgegeben würde, auf weit über 30 Millionen Euro Kosten sitzen bleiben würde. Der größte Teil davon wäre sonst über die von den Krankenkassen aufzubringenden Rettungsdienstgebühren hereingeholt worden.

Gleichwohl sind wir bereit, an dem vom Rat beschlossenen Baustopp für den Kalkberg festzuhalten und die Prüfung einer dauerhaften Unterbringung der Betriebsstation auf dem Flughafengelände vorzunehmen. Bei all diesen Unwägbarkeiten ist es aber unverantwortlich, jetzt zu beschließen, dass der Standort Kalkberg, der eine gültige luftfahrtrechtliche Genehmigung hat, endgültig aufgegeben werden soll.

(Beifall bei der CDU)

Die Überschrift über den SPD/LINKE-Antrag „Gesundheit hat oberste Priorität“ klingt in diesem Zusammenhang wie Hohn.

(Beifall bei der CDU)

Und wie die Grünen in diesem Stadium bereits alternative Nutzungen untersuchen wollen, ist unglaublich.

Unser Fazit: Den Standort Kalkberg zum jetzigen Zeitpunkt völlig aufzugeben, ohne zu wissen, ob und wann und zu welchen Bedingungen der Standort am Flughafen zur Verfügung steht, wäre grob fahrlässig und völlig unverantwortlich.

(Beifall bei der CDU)

Dazu ist meine Fraktion nicht bereit. Daher lehnen wir auch den neuerlichen Antrag, der jetzt gemeinsam von SPD, LINKEN und Grünen gestellt wird, ab und bitten um Zustimmung zu unserem gemeinsamen Antrag mit der FDP, der gleich von der FDP noch einmal im Einzelnen erläutert wird. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ja, Frau Gärtner, liebe CDU, wir müssen doch noch einmal hier am Anfang festhalten, wem wir diese Rettungshubschrauberlandestation auf dem Kalkberg zu verdanken haben und wer Urheber ist. Das sind nicht Sie, das ist auch nicht die FDP, sondern das war ein Projekt eines SPD-Stadtdirektors Kahlen, und es war ein Projekt von Rot-Grün, die damals die Mehrheit stellten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich habe noch einmal die beiden Beschlussvorlagen von 2011 herausgeholt. Es ist interessant, wann die das hier hineingegeben haben: am 11.11.2011. Sie meinten wohl, hier einen Karnevalsscherz zu veranstalten, aber die Rechnung haben wir jetzt.

Nachdem wir nun aber 13 Millionen Euro in den Bau einer betriebsfähigen Landestation investiert und zusätzlich 17 Millionen Euro für eine Haldensanierung des Kalkberges ausgegeben haben, sagen nun die Urheber: Sorry, wir haben uns geirrt. 30 Millionen Euro für ein lapidares „Ach, nein, wollen wir jetzt doch nicht!“ belegt: Rot-Rot-Grün kann launisch und sehr teuer werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das müssen Sie mal den Kölner Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern erklären: eine betriebsfähige Rettungshubschrauberlandestation für -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr - -

Ulrich Breite (FDP): - nein, ich möchte jetzt nicht - in der Summe 30 Millionen Euro zu bestellen und dann ohne belastbare - darum geht es doch - Alternative einfach abzulehnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Liebe SPD und liebe Grüne, wäre es Ihr eigenes Geld, würde ich nur den Kopf schütteln und mir denken: Na, Sie haben es halt, Sie bauen ein Haus und ziehen nicht mal ein. Aber mit fremdem Geld auf Kosten Dritter ist schnell und leicht ein Antrag geschrieben, bestellt, fertiggestellt, Annahme verweigert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich denke manchmal, das ist auch eine Mentalitätsfrage, wie man mit anvertrauten Steuergeldern der Kölner Bürgerinnen und Bürger hier umgeht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Kommen wir zu dem nächsten Punkt: verantwortliches Handeln. Da ich zu dem Thema Kalkberg mehrmals in diesem Rat reden durfte - Herr Kockerberg und auch Herr Unna haben das angesprochen - und das ausreichend dokumentiert ist: Wir, die FDP, sind nicht die Erfinder des Standortes Kalkberg. Diesen Schuh ziehen wir uns bestimmt nicht an. Wir waren skeptisch, und nach der Instabilität des Kalkbergs - das wurde hier schon gesagt - wurden wir noch skeptischer. Doch dann nahm der liebe Herr Kahlen wieder mal Geld in die Hand. Nun wurden 17 Millionen Euro für die Haldensanierung ausgegeben. Ist nun alles okay? - Wir bleiben weiterhin skeptisch.

Darum fordern wir in unserem Antrag eine Überprüfung. Wir wollen schwarz auf weiß von der Stadtverwaltung wissen, ob nun alles okay ist oder nicht. Erst dann können wir über diesen Standort letztlich entscheiden. So steht es im Antrag. Alles andere ist Kaffeesatzleserei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Nun komme ich zum nächsten Punkt: Standort Flughafen für einen Rettungshubschrauberstandort - der Heilsbringer der ungewollten Vaterschaft von SPD und Grüne beim Kalkberg. Ja, wenn es denn so wäre.

Wir von der FDP befanden den Flughafen als Standort eines Kölner Rettungshubschraubers für gut, mussten uns aber den K.O.-Kriterien beugen, dass es dafür keine Betriebserlaubnis gibt und dass sich der Rettungshubschrauber immer den Start- und Landeerlaubnissen anderer unterordnen muss. Dennoch konnten wir unseren Kölner Rettungshubschrauber als Ersatzstandort bis zur Fertigstellung eines regulären Standortes dort etablieren. Dafür sollten wir dankbar sein.

Nicht dankbar sein können wir über die Verhältnisse für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an dem dortigen Standort. Sie sind skandalös und müssen schleunigst verbessert werden. Darüber sind wir uns wohl auch alle einig.

Haben sich die von mir gerade angesprochenen K.O.-Kriterien für den letztlichen Standort am Flughafen nun geändert, frage ich mich. Der Flughafen denkt nach. - Denken hat noch nie geschadet, aber das sind doch keine verlässlichen Fakten, meine Damen und Herren. Darauf Anträge aufzubauen: „Hurra, wir haben einen Standort für unseren Rettungshubschrauber“, zeugt eher von politischer Inkontinenz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir begrüßen ausdrücklich, die Machbarkeitsstudie des Flughafens bei dem Bau einer neuen Feuerwache unseres Rettungshubschraubers zu integrieren. Das ist eine gute Nachricht, meine Damen und Herren. Das schafft eine Alternative zum Kalkberg. Eine Alternative zu haben ist immer gut - gerade bei dem Problem des Kalkberges. Aber wir müssen doch erst einmal die Machbarkeitsstudie abwarten. Wir haben doch noch gar kein Ergebnis. Erst dann, wenn wir dieses Ergebnis haben, wissen wir, ob es der richtige Standort ist. Vielleicht ist es der Standort, das wäre gut und richtig, weil wir nicht wissen, wie es mit dem Kalkberg weitergeht, aber Wissen ist auch hier Macht - Macht für eine richtige Entscheidung. Darum bitte ich Sie, unseren Antrag anzunehmen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, ich hatte noch eine Frage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt noch Nachfragen.

Ulrich Breite (FDP): Ja, dann wollen wir doch mal. Wer will als Erstes?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Erst hatte sich Herr Paetzold gemeldet.

Ulrich Breite (FDP): Herr Paetzold, bitte schön.

Michael Paetzold (SPD): Herr Kollege Breite, ich habe großes Verständnis dafür, dass Sie Ihren Redefluss nicht durch eine Nachfrage stören lassen wollten. Logorrhö fiel mir dazu ein, wenn Sie von politischer Inkontinenz reden. Aber das ist nicht meine Frage.

Ich frage Sie, Herr Breite: Erinnern Sie sich mit mir, dass wir bereits 2005 den ersten Beschluss zum Kalkberg in diesem Haus gefällt haben, damals noch unter einem Stadtdirektor Soénius, der meines Wissens nicht SPD-Mitglied war? Erinnern Sie sich daran?

(Zurufe: Herr Soénius war nie Stadtdirektor!)

Ulrich Breite (FDP): Ja, Herr Paetzold, aber ich kann Ihnen leider nur noch sagen: Ich habe hier eine Beschlussvorlage. Diese kennen Sie auch?

(Der Redner hält eine Beschlussvorlage hoch. - Michael Paetzold [SPD]: Ja klar, kenne ich die!)

Ankauf der Liegenschaft Kalkberg für die Rettungshubschrauberbetriebsstation - das gab es für 1 Euro. Das ist durch eure Fraktion gegangen. Das ist uns erst nachher gezeigt worden. Ihr habt das verabschiedet mit eurem Stadtdirektor. Ihr habt das für 1 Euro gekauft, nicht die CDU und auch nicht Herr Soénius. Dass es Vorüberlegungen gab - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber man kann doch mal seine Meinung ändern, Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Bei 30 Millionen Euro kann man immer seine Meinung ändern, Frau Reker. Das ist sicherlich richtig. Ich wollte nur einmal darstellen, wer hier die Verantwortung für die 30 Millionen Euro übernimmt. Ich sage ja nicht, dass wir den Kalkberg machen. Ich hätte nur gern verlässliche Fakten für diese Entscheidung.

Diese Beschlussvorlage ist nicht von der CDU und nicht von Herrn Soénius, sondern sie ist von der SPD, dem damaligen Oberbürgermeister Roters und dem Stadtdirektor Kahlen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen hat noch eine Nachfrage.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, Entschuldigung, das habe ich nicht gesehen. - Bitte schön.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Herr Breite, gehe ich recht in der Annahme, dass Sie sich versprochen haben, als Sie von einem rot-rot-grünen Beschluss zum Kalkberg gesprochen haben? - Nach meiner Erinnerung hat DIE LINKE immer gegen den Hubschrauberlandeplatz gesprochen.

(Zuruf)

- Doch, er hat von Rot-Rot-Grün gesprochen, sehr wohl.

Zweite Frage: Ich will gar nicht in Abrede stellen, dass wir immer dagegen waren, aber Ihr Hinweis, dass dieser Kalkberg nur 1 Euro gekostet hat, hängt damit zusammen, dass er erst 10 Millionen Euro kosten sollte, dann wurde nachgewiesen, dass der Schaden so groß ist, dann hat man den sozusagen für 1 Euro übernommen, um dann die Gesamtkosten abzuwickeln. Das ist der Hintergrund für den 1-Euro-Beschluss.

Ulrich Breite (FDP): Das Erste ist: Nein, Herr Detjen, mit Rot-Rot-Grün meinte ich, dass ihr teuer seid. Das habe ich gemeint. Damit bin ich jetzt nicht in die Vergangenheit gegangen, sondern in die Gegenwart. Ihr fasst nämlich jetzt gemeinsam einen Beschluss, da bin ich der Meinung: Damit, jetzt einfach ohne das Wissen, was am Flughafen ist, zu entscheiden, machen wir einen 30-Millionen-Euro-Schnellschuss, um das mal so zu sagen. Das wollte ich hier deutlich machen.

Das Zweite ist vollkommen richtig: Als wir diesen 1-Euro-Beschluss gefasst hatten, hatten wir gleichzeitig, auch zum 11.11.2011 - es ist immer der 11.11. -, einen Beschluss, in dem uns noch einmal deutlich gesagt wurde, wie alternativlos das war. Sie waren nie dafür, wir waren da auch sehr skeptisch, aber wir mussten dem Punktesystem und allem, was dann gekommen ist, glauben. Wir können nicht einfach sagen, die Verwaltung würde uns hier anlügen. Darum haben wir da natürlich mitgemacht.

Ich finde es nur so witzig - Entschuldigung, ich höre jetzt auf, Frau Oberbürgermeisterin -, dass diejenigen, die damit eigentlich nichts zu tun hatten, jetzt Verantwortung in ihrem Antrag übernehmen, weil sie einfach diese 30 Millionen Euro oder die 17 Millionen Euro für die Haldensanierung sehen und gern wissen wollen, wie das jetzt aussieht, um eine Entscheidung zu treffen, dass sie sozusagen nicht für die Bürgerinnen und Bürger sind oder für die Steuerzahler, sondern diejenigen, die jetzt ganz schnell entscheiden, ohne zu wissen, was am Flughafen passiert. Da bin ich der Meinung: Das ist keine gute Entscheidung für Köln. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Geraedts das Wort.

Wilhelm Geraedts (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein funktionierendes Luftrettungssystem für die viertgrößte Stadt in Deutschland ist viel zu wichtig, als dass man daraus ein Wahlkampfthema macht und sich hier in Reden ergeht, wer denn wann wo was gesagt hat und warum es jetzt im Moment nicht funktioniert. Wir sollten uns vielmehr Gedanken darüber machen, wie wir es zum Funktionieren bringen.

Ich habe zu diesem Thema etwas zu sagen, und zwar aus eigener beruflicher Erfahrung. Mit etwa 1 200 geflogenen Rettungseinsätzen auf SAR-Hubschraubern auf dem Co-Pilotensitz, stationiert in Nörvenich und an drei anderen Rettungsstandorten in Deutschland, kenne ich hier so ziemlich alle Landeplätze in unserer schönen Stadt, an Krankenhäusern, auf Dächern und auch dort, wo man eigentlich kaum glaubt, landen zu können, wenn es erforderlich ist, dort zu landen, weil dort eben ein Unfall passiert ist.

Damit sind wir auch schon bei einem Punkt einer meiner Vorredner angelangt, bei dem ich mal kurz einhaken muss: Es geht um die Nachtsichtbrille und die Fähigkeit, Primärrettungshubschraubereinsätze nachts zu fliegen. Sie können hervorragend von einem Flugplatz oder Flughafen aus, von einem gesicherten Gelände, wo Sie wissen, dass es Hindernisfreiheit gibt, nachts starten und können auch auf einem solchen Gelände ganz hervorragend und sicher landen. Sie können auch rein im Sichtflug ohne Instrumentenflug bei gutem, ausreichendem Wetter das mit einem Hubschrauber bewerkstelligen. Das geht sogar noch bei überraschend schlechtem Wetter, wie ich manchmal leider feststellen musste. Das macht dann keinen Spaß mehr.

Aber das, was Sie selbst mit einer Nachtsichtbrille nicht können, ist Folgendes: Sie können nicht an einem gesicherten Landeplatz starten und dann irgendwohin fliegen, wo Sie gebraucht werden, weil dort ein Unfall passiert ist. Sie sehen keine Masten, Sie sehen keine Hochspannungsleitungen. Sie fliegen da hinein und fallen vom Himmel. Diese Art und Weise der Fliegerei wird nicht gehen. Das muss ich dem Vorredner, der das vorhin angemerkt hat, gleich sagen. Das ist eine schöne Idee, so weit sind wir technisch aber noch nicht.

Ein anderer Punkt: Vermischung Flugverkehr. Es war die Rede davon, dass vielleicht in fünf Jahren diese Lufttaxis durch die Gegend fliegen. Ich finde die Idee auch ganz hervorragend. Das wird aber ein teures Vergnügen sein, das ist sicher. Diese Lufttaxis haben einen entscheidenden Vorteil für den Betreiber eines Flughafens, der für die Flugsicherheit von Hunderten von Tonnen Material und Tausenden von Passagieren herhalten muss, die sich ständig in der Umgebung eines Flughafens in der Luft befinden. Das muss nämlich koordiniert werden, und das können Sie mit solchen Lufttaxis machen. Denen weisen sie feste Routen zu, die sie zu fliegen haben, und dann weiß jederzeit der Tower oder die Radarkontrolle ganz genau, wo die sich gerade befinden. Dann kommt man sich auch nicht ins Gehege.

Wenn Sie einen Rettungshubschrauber am Hubschrauberlandeplatz oder am Flugplatz Köln stationiert haben, dann bestimmt der Einsatzort, in welche Richtung es losgeht, und das muss dann jedes Mal wieder koordiniert werden. Das kann man also gar nicht miteinander vergleichen. Diese Koordination ist ein Problem, die birgt auch gewisse Risiken, weil insbesondere Hubschrauber in einem Bereich ihre Rettungseinsätze fliegen, wo sie mit dem anfliegenden und abfliegenden

Luftverkehr eines Flughafens ins Gehege kämen. Ich bitte Sie, das also zu bedenken.

Deswegen ist meine Fraktion eigentlich dafür, dass wir gern das Angebot des Flughafens annehmen, interimsmäßig den Flughafen als Standort für unsere beiden Hubschrauber zu nutzen. Wir sollten uns aber aus unter anderem vorgenannten Gründen nicht darauf versteifen, in Zukunft ständig die Hubschrauber von dort einzusetzen.

Es gibt noch andere Gründe, die auch dagegen sprechen. Nehmen wir einmal nur den Christoph 3. Wir reden hier von einer EC 135, in der Evolution T2i mit 1 400 PS und einem Verbrauch von 225 Litern Kerosin pro Stunde. Das sind 3,75 Liter pro Minute. Wir haben bei dem Einsatzmuster dieses Hubschraubers, wenn man sich das einmal auf einer Karte von Köln anschaut, festgestellt, dass eine zentralere Stationierung des Hubschraubers anstelle der Stationierung am Flughafen in Porz/Wahn die Einsatzzeiten durchschnittlich um sechs Minuten verkürzt. Das macht bei durchschnittlich 807 Einsätzen - so viele waren es nämlich während der letzten zehn Jahre: 807 Einsätze pro Jahr - eine Ersparnis von 10 170 Euro oder von 18 200 Litern Kraftstoff. Für die Herrschaften, die an die Umwelt denken - das tun wir übrigens auch -: Sie sparen 45,7 Tonnen CO_2 ein, einfach durch kürzere Flugzeiten.

(Beifall bei der AfD)

Das muss man einfach mal sehen, wenn man sich Gedanken darüber macht, wo ein Hubschrauber stationiert sein sollte.

Zudem und ganz bestimmt nicht zuletzt: Kürzere Anflugzeiten heißt auch höhere Chance auf Lebensrettung. Denn bei einem Herzinfarktpatienten zählen Sekunden. Das weiß ich aus der eigenen Erfahrung. Oft genug hat es geklappt, manchmal hat es in den vielen Jahren, in denen ich geflogen bin, auch nicht geklappt.

Darum sind wir auch dafür, das totgeborene Kind Kalkberg - es gibt auch noch andere Gründe, die dagegen sprechen - nicht weiter zu verfolgen, weil wir der Meinung sind, dass der Kalkberg geografisch eine gute Lage ist, geologisch niemals die Voraussetzungen geboten hat, um ein derart schweres Betonbauwerk obendrauf zu errichten. Das hat sich dann leider auch genau so erwiesen durch Setzungen, durch Risse. Das werden wir höchstwahrscheinlich auch wieder erleben.

Es gibt aber noch ein anderes Problem. Wir betreiben Hubschrauber mit einem herkömmlichen Heckrotorsystem bzw. nicht ganz. Wir haben ummantelte Heckrotoren, Fenestron-Heckrotoren. Es gibt Hubschrauber, die haben keinen Heckrotor mehr. Die können ohne Berücksichtigung der Windrichtung jede Richtung anfliegen und auch landen. Hubschrauber mit Heckrotor landen mit der Nase im Wind und starten auch mit der Nase im Wind. Das heißt, sie bestimmen auch nicht, in welche Richtung sie den Landeplatz verlassen. Da können wir uns noch so sehr auf die Künste unserer Piloten verlassen, wenn die am Kalkberg stationiert sind, bei einem entsprechenden Nordwind fliegen sie Richtung Norden los, weil sie das Ding sonst gar nicht sicher in die Luft bekommen, zumindest während der ersten paar hundert Meter, bevor der Hubschrauber in den sogenannten Übergangsauftrieb kommt, Vorwärtsgeschwindigkeit aufgebaut hat und dann - wie jedes Flugzeug - in jede Richtung geflogen werden kann. Gleiches gilt im Übrigen auch für den Landeanflug. Also: Der Kalkberg ist allein schon aus diesem Grund nur sehr begrenzt geeignet.

Über die Geologie haben wir schon gesprochen. Ein zentral gelegener Einsatzort in der Mitte der Nord-West-Achse Kölns im Osten oder im Westen von Köln wäre schon ideal, wenn es dort etwas gibt, was man anfliegen kann, ohne gezwungenermaßen über Wohngebiete fliegen zu müssen. Das wäre das, was wir dazu zu sagen hätten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Geraedts, akzeptieren Sie eine Zwischenfrage oder Nachfrage von Herrn Dr. Unna?

Wilhelm Geraedts (AfD): Aufgrund dessen, dass ich jetzt gerade fertig bin und die Rede von Herrn Dr. Unna auch interessant fand, gern.

(Dr. Ralf Unna [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich glaube, ich kann das vom Platz aus machen. Hubschrauber Christoph Westfalen startet bereits jetzt nachts - -)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir verstehen nichts. Sie müssen sich bitte setzen oder ans Standmikrofon gehen.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Ich wollte nur klarstellen - entgegen dem, was Sie gerade zu Protokoll gegeben haben -, dass der Hubschrauber Christoph Westfalen

interessanterweise vom Flughafen Münster-Osnabrück aus bereits jetzt entgegen dem, was Sie gesagt haben, Primäreinsätze nachts fliegt. Das ist genau das, was wir für unsere Bevölkerung wollen, und das geht eben ausweislich der Betriebsgenehmigung Kalkberg, Seite 13, nicht vom Kalkberg aus. Das geht aber sehr wohl von unserem Flughafen aus. Das ist das entscheidende Argument, da wir der Meinung sind: Wir möchten unsere Bevölkerung bitte auch nachts gerettet wissen und nicht nach Einbruch der Dunkelheit damit aufhören. - Vielen Dank.

Wilhelm Geraedts (AfD): Niemand hat gesagt, dass wir mit der Menschenlebensrettung nachts aufhören. Das muss ich gleich mal zurückweisen. Ja, ich habe auch nachts sogar schon vor 20 Jahren Primärrettungseinsätze geflogen, allerdings ist die Feuerwehr dann zu einem Sportplatz hinausgefahren, hat den mit einem Lichtmast ausgeleuchtet, und uns wurde über Funk bestätigt, dass es dort eine Hindernisfreiheit gibt. So können Sie immer Primärrettungseinsätze fliegen. Sie fliegen - egal, ob zugelassen oder nicht - von keinem Landeplatz nachts im Dunkeln - dort können Sie vielleicht noch sicher in die Luft kommen, weil Sie sich dort auskennen - in ein Ihnen unbekanntes Gelände, auch nicht mit Nachtsichtbrille, und können sicher sein, dass Sie dort nicht in einer Hochspannungsleitung hängen bleiben. Das ist genau der Punkt. Diese Art und Weise von Fliegerei ist einfach nicht möglich, sondern nur mit einem gewissen Vorlauf. Dann sind Sie aber auch nicht mehr schneller, als wenn Sie eine bodengebundene Rettung haben. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nur ganz kurz: Auch wir von der Ratsgruppe GUT sind sehr, sehr froh darüber, dass sich heute eine doch große Mehrheit abzeichnet für die Aufgabe des Standortes am Kalkberg.

Verschiedene Rednerinnen und Redner haben es schon erwähnt, zuletzt Herr Jörg Detjen: Es war schon ein Wunder, dass wir überhaupt auf die Idee kamen, eine Giftmüllhalde zu kaufen, auch wenn es nur ein symbolischer Euro war. Damit fing der ganze Fehler schon an. Die Definierung der Matrix war auch ein großes Problem. Natürlich belügt uns die Verwaltung nicht, aber wie so eine Matrix aussieht, bestimmt auch am Ende, was dabei herauskommt. Auch da gab es einige Merkwürdigkeiten, sagen wir jetzt im Nachhinein. Dass zum Beispiel die Festigkeit des Baugrunds kein wesentliches Element dieser Matrix war, sei auch nur am Rande erwähnt. Wir wollen die Debatten nicht komplett wiederholen.

Ich freue mich vor allem in erster Linie für die Nachbarinnen und Nachbarn des Kalkbergs in Buchforst, dass ihnen diese Lärmquelle erspart bleibt. Das ist einer der Hauptgründe, warum sich die BI Kalkberg gebildet hat. Es geht um Lärmschutz der Anwohnerinnen und Anwohner sowie der Nachbarinnen und Nachbarn des Kalkbergs.

Daher an dieser Stelle auch noch einmal einen ausdrücklichen Dank - Ralf Unna hatte es gerade erwähnt - an die BI Kalkberg für ihr Durchhaltevermögen. Hoffen wir, dass diese Station nach dem heutigen Tag und nach dem gleich folgenden Beschluss tatsächlich endgültig - sagen wir einfach mal so - begraben ist. - Danke schön.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu den Tagesordnungspunkten 3.1.11 oder 3.1.2? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt, wie eben bei der Tagesordnung beschlossen, zunächst abstimmen über den Tagesordnungspunkt 3.1.11 und hier zunächst über den Änderungsantrag von CDU und FDP.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Entschuldigung!

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer, hatten Sie sich gemeldet?

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin, wir hatten das gerade besprochen. Wir sind jetzt beim Antrag 3.1.11?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Dadurch, dass die SPD-Fraktion und die LINKEN gerade erklärt haben, dass sie unseren Änderungsantrag übernehmen würden, würden wir unseren Antrag entsprechend zurückziehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Änderungsantrag ist umgedruckt. Er ist an den Antrag 3.1.2 gestellt. Da ist auch der Änderungsantrag von FDP und CDU. Der ist an beide Anträge gestellt worden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das stimmt. Das kann ich bestätigen.

Dann entfällt aber 3.1.11 ganz?

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Der würde entfallen, und wir stellen diesen Änderungsantrag der - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bei 3.1.2?

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Ja.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Also, 3.1.11 entfällt. Das heißt, ich muss auch nicht darüber abstimmen lassen.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Ja.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ist zurückgezogen, okay.

Dann lasse ich jetzt über den Tagesordnungspunkt 3.1.2 abstimmen und zunächst über den Änderungsantrag von CDU und FDP. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen SPD, Grüne, LINKE, Herr Wortmann, Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Ist das eine Enthaltung? - Eine Gegenstimme der AfD.

(Zuruf: Stimmt die OB mit?)

- Die OB enthält sich. Jeder weiß, glaube ich, hier im Haus, dass ich von Anfang an gegen den Kalkberg war, aber diese Abstimmung kann ich heute nicht mitmachen, weil wir kein Ergebnis der Machbarkeitsstudie haben.

Gibt es noch Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Ursprungsantrag abstimmen.

(Zurufe)

- Doch, natürlich. Natürlich, ich muss über den Ursprungsantrag von SPD, LINKE, Ratsmitglied Gerlach, Herrn Wortmann abstimmen lassen, die den Änderungsantrag der Grünen übernommen haben.

(Zurufe: Ja! - Gut!)

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Zustimmung von SPD-Fraktion, von Bündnis 90/Die Grünen, von den LINKEN, von Herrn Wortmann, von der AfD, von GUT und von Frau Gerlach. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der so angenommen.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Ich hätte einen Antrag zur Geschäftsordnung, und zwar bitte ich, diesen Antrag oder diesen Beschluss zu beanstanden, da er ein haushaltswirksamer Beschluss ist. Denn durch diesen Entscheid über den Ausstieg aus dem Kalkberg gehe ich davon aus, dass die Kämmerin unmittelbar die 12 oder 13 Millionen Euro abschreiben muss. Ich sage es mal so: Dieser Antrag sieht nicht eine entsprechende Gegenfinanzierung vor. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir werden das selbstverständlich prüfen. Auch das konnte ich im Vorfeld nicht beurteilen. Deswegen habe ich nicht mitgestimmt.

TOP 3.1.2

I. Abstimmung über den Ersetzungsantrag der Fraktionen CDU und FDP Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln bekennt sich

ausdrücklich zu einer Betriebsstation für Rettungshubschrauber auf dem Gebiet der Stadt Köln. Dies ist für die medizinische Notfallversorgung der Kölner Bevölkerung unerlässlich.

2. Die bisherige Übergangsstation am Flughafen bleibt bis zur Inbetriebnahme einer neuen Hubschrauberbetriebsstation bestehen und wird ertüchtigt, weil weiterhin keine letztendliche Entscheidung über einen Standort für eine Betriebsstation für Rettungshubschrauber auf Kölner Boden getroffen werden kann.

3. Der vorgesehene Standort Kalkberg ist mit einem Baustopp versehen, auch wenn eine Haldensanierung vorgenommen wurde, die Rettungshubschrauberstation fast fertig gestellt ist, eine luftfahrtrechtliche Genehmigung vorliegt und schon 30 Mio. Euro dort investiert wurden. Um über diesen Standort eine fachgerechte und seriöse Entscheidung zu treffen, wird die Verwaltung beauftragt darzustellen, wie sich der Materialaustrag aus dem Kalkberg über die letzten Jahre entwickelt und inwieweit sich überhaupt eine stabile Gleichgewichtssituation eingestellt hat. Bis dahin bleibt der vom Rat beschlossene Baustopp bestehen.

4. Der Rat der Stadt begrüßt die geplante Verbesserung der Unterbringungssituation für die Besatzung der Luftrettung am Flughafen Köln-Bonn und stellt fest, dass in einer gemeinsam von der Stadt Köln und der Flughafen Köln/Bonn GmbH zu erstellenden Machbarkeitsstudie geprüft werden soll, ob als Alternative für den Standort Kalkberg auch eine dauerhafte und fachgerechte Stationierung der Rettungshubschrauber auf dem Flughafengelände möglich ist. Erst wenn die Machbarkeitsstudie zu dem Ergebnis kommt, dass eine dauerhafte und fachgerechte Stationierung des Rettungshubschraubers auf den Fluggelände tatsächlich möglich ist, kann über diesen Standort als mögliche Alternative entschieden werden.

5. Die Verwaltung wird auch beauftragt darzulegen, welche Haushaltsauswirkungen eine Aufgabe der Rettungshubschrauberstation auf dem Kalkberg hat und welche Schadenersatzansprüche im Zusammenhang mit der Sanierung und dem Bau der Hubschrauberbetriebsstation auf dem Kalkberg bestehen bzw. im Klageweg noch gefordert werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und AfD sowie der Gruppe GUT, RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der Oberbürgermeisterin abgelehnt.

II. Abstimmung über den Ursprungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. sowie RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln), mit den Änderungen aus dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln bekennt sich ausdrücklich zu einer Betriebsstation für Rettungshubschrauber auf dem Gebiet der Stadt Köln. Dies ist für die medizinische Notfallversorgung der Kölner Bevölkerung unerlässlich.

2. Die Hubschrauberbetriebsstation wird endgültig nicht in Betrieb genommen. Die Verwaltung wird beauftragt darzulegen, welche Haushaltsauswirkungen eine Aufgabe der Rettungshubschrauberstation auf dem Kalkberg hat und welche Schadenersatzansprüche im Zusammenhang mit der Sanierung und dem Bau der Hubschrauberbetriebsstation auf dem Kalkberg bestehen bzw. im Klageweg noch gefordert werden können.

*Alle weiteren Sanierungsmaßnahmen des Kalkbergs erfolgen ausschließlich unter den Kriterien Sicherheit der Bevölkerung und Gesundheitsschutz der Anwohner*innen.*

Um zeitliche Verzögerungen zu vermeiden, wird die Verwaltung beauftragt, in einer weiteren Machbarkeitsstudie die verschiedenen Möglichkeiten einer nachhaltigen, zukünftigen Nutzung unter Einbeziehung der Bürgerschaft darzustellen.

3. Der Rat der Stadt Köln begrüßt die Bereitschaft des Flughafens, eine

ergebnisoffene Machbarkeitsstudie zur dauerhaften Stationierung der Hubschrauber durchzuführen. Hierbei sind insbesondere auch die Belange der anliegenden Wohnbevölkerung zu berücksichtigen.

4. Die „Übergangslösung“ Flughafen bleibt bis zur Inbetriebnahme einer neuen Hubschrauberbetriebsstation bestehen. Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah eine dem Stand der Technik angemessene Lösung für die momentan vor Ort befindliche Besatzung umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und AfD sowie der Gruppe GUT und RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der Oberbürgermeisterin zugestimmt.

Anmerkungen:

Der Antrag wurde zusammen mit Antrag TOP 3.1.11 unter TOP 3.1.2 behandelt und nach Top 3.1.11 abgestimmt.

RM Petelkau bittet, den Beschluss zu beanstanden, da er für die Auswirkungen auf den Haushalt durch die Abschreibungen keine Deckung vorsehe. Frau Oberbürgermeisterin Reker sagt eine Prüfung zu.

TOP 3.1.11

I. Der Antrag wurde von den Antragstellern zurückgezogen.

II. Da der Ursprungsantrag zurückgezogen wurde, ist eine Beschlussfassung über den Änderungsantrag obsolet.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann können wir die Tagesordnungspunkte 3.1.11 und 3.1.2 verlassen und kommen zu:

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Neutralitätsgebot der politischen Amtsträger“
(Dringlichkeitsantrag aus der Sitzung des Rates vom 18.06.2020)

AN/0854/2020

Herr Boyens hat das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Frau Erste Bürgermeisterin der Stadt Köln! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Voltaire, dem französischen Philosophen, wird der Satz zugeschrieben - Zitat -:

> Sir, ich teile Ihre Meinung nicht, aber ich würde mein Leben dafür geben, dass Sie sie äußern dürfen.

Das war wohlgemerkt vor 250 Jahren, zur Zeit des Absolutismus, und ich denke, wir sind uns alle einig: Voltaire war damit seiner Zeit weit voraus.

Allein dieser urdemokratische Grundsatz scheint in Köln des Jahres 2020 nicht mehr viel zu gelten. Den Absolutismus haben wir zwar Gott sei Dank längst überwunden, der moralische Mainstream-Absolutismus in Köln ist aber quicklebendig und hat unsere Stadt und den politischen Diskurs in unserer Stadt fest im Griff.

Bester Beleg dafür sind die chaotischen Zustände vor dem Gürzenich anlässlich unserer Wahlversammlung am 1.-Juni-Sonntag, wo ein aufgebrachter, hochaggressiver und gewaltiger linker Mob den Beginn unserer Wahlversammlung - eine im Übrigen für alle Parteien zwingend vorgeschriebene Prozedur - um nahezu zwei Stunden verzögerte. Unter diesen Leuten war die Erste Bürgermeisterin unserer Stadt, Frau Elfi Scho-Antwerpes.

(Beifall bei der SPD)

- Jetzt klatschen Sie auch noch. Das ist prima!

Ich habe Verständnis dafür, wenn man politisch nicht auf unserer Linie ist, aber ein Dissens in der Sache kann niemals ein Grund dafür sein, den politischen Mitbewerber bei der Ausübung einer demokratisch und kommunalrechtlich zwingend vorgeschriebenen Prozedur massiv zu behindern. Die AfD-Fraktion im Rat der Stadt Köln ist genauso demokratisch legitimiert wie jede andere Fraktion hier auch.

Ihre Aussage, Frau Scho-Antwerpes, gegenüber der Presse vor dem Gürzenich - Zitat:

> Wir wollen die hier nicht!

- unterstreicht dabei nur Ihre komplette inhaltliche Hilflosigkeit.

Frau Scho-Antwerpes, Sie haben mit den falschen Leuten, am falschen Ort und in der falschen Rolle demonstriert. Mit den falschen Leuten, weil Sie sich durch Ihre Präsenz am Gürzenich mit einem gewalttätigen, aggressiven und undemokratischen linken Mob gemein gemacht haben. Am falschen Ort, weil - das wussten Sie ganz genau - die Polizei den Gegendemonstranten den Heumarkt zugewiesen hatte. Dort war aber kein Mensch. Stattdessen waren Sie in der Martinstraße. Dort hatten Sie und Ihre Spießgesellen nichts zu suchen.

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Das mit den Spießgesellen weise ich zurück!)

Und in der falschen Rolle, weil Sie in der Presse als Erste Bürgermeisterin erschienen sind. Natürlich ist es Ihnen als Privatperson unbenommen, an einer Demonstration - mag sie auch noch so gewalttätig und so unappetitlich sein - teilzunehmen. Das stelle ich überhaupt nicht in Abrede. Aber in Ihrer Funktion als Erste Bürgermeisterin dieser Stadt haben Sie dort nichts verloren.

LINKE und Grüne legen ja immer sehr viel Wert auf Differenzierung und politische Korrektheit. Politisch korrekt wäre in diesem Fall gewesen, sich vor den Gürzenich zu stellen und zu sagen: Ich als Privatperson Scho-Antwerpes bin strikt gegen die Meinung, die die AfD vertritt, aber als Erste Bürgermeisterin der Stadt werde ich alles dafür tun, damit sie, die AfD, diese frei äußern kann.

Frau Scho-Antwerpes, genauso wie man immer und zu jeder Zeit wissen sollte, ob man nun als Bauingenieurin oder als Architektin durchs Leben geht, sollte man auch immer wissen, ob man bei einer Demonstration als Privatperson oder als Erste Bürgermeisterin der Stadt teilnimmt.

Noch ein Weiteres: Sie haben sich mit Leuten gemein gemacht, die immer lautstark von sich behaupten - wie Sie im Übrigen auch -: Wir sind gegen Hass! Aber das sind die gleichen Leute, die dort vor dem Gürzenich standen und gerufen haben - es gellt mir heute noch in den Ohren -: Ganz Köln hasst die AfD! Mit denen haben Sie sich gemein gemacht. Dieser offensichtliche Widerspruch scheint Sie nicht zu stören. Dass Sie, Frau Scho-Antwerpes, dieses Mindestmaß an intellektuellem Differenzierungsvermögen nicht aufbringen als Erste Bürgermeisterin dieser Stadt, das ist ein Armutszeugnis, meine Damen und Herren.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich muss Ihnen jetzt einen Ordnungsruf erteilen.

(Beifall)

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin, wir sind dort in unseren demokratischen Grundrechten beschnitten worden, und das gehört hier auch auf den Tisch. Das kann dann auch mal wehtun und auch ein bisschen härter werden. Und wer in der ersten Reihe steht vorn am Herd, der muss die Hitze aushalten können. Das gilt für die Erste Bürgermeisterin der Stadt genauso wie für Sie. Das muss ich Ihnen, glaube ich, nicht sagen.

Aber was soll man auch von jemandem erwarten, den die Verwaltung mehrfach bis heute dazu auffordern musste, ein parteiisches Transparent von ihrem Bürofenster zu entfernen und das nicht getan hat?

Frau Scho-Antwerpes, ich habe Sie bei der Eröffnung der Ausstellung „Kinder in Auschwitz“ im EL-DE-Haus reden gehört. Sie haben dort den richtigen Ton getroffen, und Sie haben gut gesprochen. Sie können sich also differenziert ausdrücken, wenn Sie wollen. Nur wenn es gegen uns geht, gegen die AfD, dann - so scheint mir - haben Sie Schaum vorm Mund. Das ist schade. Denn, Frau Scho-Antwerpes, Sie können doch nicht ernsthaft wollen, dass sich Ihr gesamtes politisches Wirken für diese Stadt im Nachhinein als ein einziger historischer Irrtum herausstellt. Als ein einziger historischer Irrtum!

(Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Sie sind auf dem besten Wege dorthin.

Meine Damen und Herren, unterstützen Sie daher unseren Antrag, alle kommunalen Funktionsträger in dieser Stadt eindringlich an ihr politisches Neutralitätsgebot zu erinnern - gerade im Wahlkampf und gegenüber allen Parteien. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt über diesen Antrag abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Nicht. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, alle kommunalen Funktionsträger an ihr Sachlichkeits- und Neutralitätsgebot gegenüber politischen Parteien und Wahlbewerbern zu erinnern.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

3.1.4 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend „Prüfantrag: Naturerlebnisraum“

AN/1160/2020

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT

AN/1229/2020

Ich gebe Frau Welcker das Wort.

(Zuruf von Katharina Welcker [CDU])

- Okay, ein gemeinsamer Änderungsantrag. Sie haben sich darauf jetzt geeinigt. Änderungsanträge ändern die Reihenfolge von hier aus nicht. Wenn Sie sich darauf geeinigt haben, dann ist es okay.

Herr Struwe.

Rafael Struwe (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche einmal, nach diesem merkwürdigen Wortbeitrag ein bisschen Sachlichkeit in die Debatte zu bringen, möchte mir aber die kurze Bemerkung erlauben, dass ich sehr froh bin, dass die Bürgermeisterin Scho-Antwerpes es nie an einer klaren Haltung gegen Rechts und gegen Hetze hat missen lassen. - Danke dafür, Elfi.

(Beifall)

Zum Thema „Historische Irrtümer“ sollten Sie sich dahinten in der rechten Ecke mal ganz schön bedeckt halten.

In diesem Antrag geht es aber um das Thema Naturerfahrungsräume. Wir wollen hier gemeinsam die Verwaltung beauftragen, die Entwicklung eines entsprechenden Konzepts zu prüfen. Das Thema Naturerfahrungsräume basiert wiederum auf einem Konzept des Bundesamtes für Naturschutz, und die Grundlage ist eine entsprechende Forschungsarbeit. Die Idee dahinter ist, dass der unmittelbare Kontakt mit der Natur Kindern und Jugendlichen guttut und sie in ihrer Entwicklung positiv unterstützt. Ein Naturerfahrungsraum ist dabei ein Spielraum, der eben durch seine - wie der Name schon sagt - Natürlichkeit geprägt ist, der Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit bietet, diesen zu gestalten, sich auszuleben, auch ihre Fantasie auszuleben und auch mit sich bringt, dass sie dort aufgrund der Naturbelassenheit gewissen Risiken ausgesetzt sind. Da nun einmal eben nicht alles reglementiert und menschlich gestaltet ist, ist auch das etwas, was der Entwicklung von Kindern sehr, sehr guttut.

Die Räume müssen natürlich, um den Anforderungen zu entsprechen, eine - sagen wir mal so - gewisse Wildheit der Natur aufweisen, naturbelassen sein, pflegerische Maßnahmen nur in wirklich notwendigem Ausmaß erfolgen, und die Fläche soll eine gewisse ökologische Vielfalt aufweisen. Damit ist ein Naturerfahrungsraum sowohl positiv für die Kinder als auch für die Natur.

Die persönliche Erfahrung mit der Natur, die in einer Großstadt wie Köln nun einmal eben nicht jedem Kind so gegeben ist - es sei denn, man wohnt sehr ländlich oder am Stadtrand -, motiviert Menschen, auch im Erwachsenenalter sensibel und verantwortungsbewusst mit der Natur umzugehen.

Es gibt tatsächlich - wir sind ja hier in Deutschland - eine Regelung im Bundesnaturschutzgesetz, § 1, die den Auftrag enthält, Naturerfahrungsräume zu erhalten und dort, wo sie nicht ausreichend vorhanden sind, zu schaffen. Dafür soll mit diesem Antrag eine Grundlage gelegt werden.

Das Thema Umweltbildung ist in Köln eines mit durchaus großer Tradition. Ich möchte beispielsweise hier die Freiluga in Erinnerung rufen, eine der ältesten Einrichtungen der Umweltbildung in Deutschland überhaupt. Deswegen ist uns auch wichtig, dass wir hier zu einer engmaschigen Abstimmung mit den vorhandenen Umweltbildenden kommen, dass bei der Entwicklung natürlich auch die Interessen von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt und die Schulen eng eingebunden werden.

Meine Damen und Herren, es handelt sich bei den Naturerfahrungsräumen für eine aus vielerlei Hinsicht sinnvolle Einrichtung. Insofern freuen wir uns, wenn dieser Antrag eine breitest mögliche Mehrheit hier findet. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Welcker das Wort.

Katharina Welcker (CDU): Ich habe mir einen ganz tollen Zettel gemacht, darauf steht nur: Naturerfahrungsraum.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Mitglieder des Rates der Stadt Köln! „Naturerfahrungsraum“ - ein etwas sperriges Wort. Ein sperriges Wort für eine Sache, von der man sich fragt: Mensch, warum kann man das eigentlich nicht als laufende Verwaltung oder zumindest einmal in einem vernünftigen Ausschuss - im Umweltausschuss oder so - erledigen? Das reicht doch eigentlich. Aber genau das ist es eben nicht.

Wir haben viele Möglichkeiten für Jugendliche, für Kinder, für Kleinkinder, die ein Angebot in dieser Stadt schaffen, sich mit Natur auseinanderzusetzen. Der Naturerfahrungsraum wird ein zusätzliches Angebot sein, wenn wir ihn heute beschließen, für Jugendliche, für Kinder, eigentlich für alle Menschen in dieser Stadt, sich mit Natur noch einmal ganz anders auseinanderzusetzen, Natur zu erleben, Natur zu erfahren und sie auch so kennen, lieben und schätzen zu lernen, dass man später und an jeder Stelle bereit ist, sich für sie einzusetzen. Meine Damen und Herren, was kann eigentlich wichtiger sein?

Insofern gehört dieses Thema durchaus in den Rat, und es gehört hierhin, damit wir uns alle noch einmal darüber im Klaren sind, wie wichtig gerade in einer so eng besiedelten Großstadt und in einer so eng besiedelten Region wie Köln und ihre Umgebung diese Erfahrungsräume von 1 Hektar, den wir jetzt hier beschließen wollen, tatsächlich sind.

Die Naturerfahrung, das Erlebnis in der Natur, einmal etwas gespürt zu haben, was man auf der Schulbank nicht lernen kann, was man auf Spielplätzen nicht erfährt, das einmal wirklich selbst erlebt zu haben, macht begreifbar, wie wichtig es ist, sich um diese Dinge zu kümmern. Es geht eben nicht um ein Projekt auf dem Reißbrett oder um etwas, wo ich mal ein Foto oder ein Video im Fernsehen gesehen habe, sondern es geht um unsere Umwelt hier vor Ort. Das ist ganz wichtig für jeden einzelnen von uns. Deshalb ist dieses Thema hier sehr wichtig, und deshalb werde ich auch so emotional, obwohl ich, glaube ich, hier eher als sachlich bekannt bin.

Ich hoffe, dass wir das heute beschließen - die Mehrheit, die sich auf dem Antrag findet, spricht dafür - und dass wir damit ein ganz wichtiges Zeichen für Umwelt- und Naturschutz setzen. Deshalb haben wir uns als CDU auch gern für diesen Antrag starkgemacht, als er bei den Grünen aufgekommen ist. Das ist eine tolle Idee. Wir wünschen uns, dass das umgesetzt wird und dass die Menschen dort auch diese Erfahrungen sammeln können.

Ich freue mich, das mit der letzten Rede, die ich hier im Rat halten werde, mit auf den Weg gebracht zu haben, und bedanke mich bei allen, die dem zustimmen wollen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Brust das Wort.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Kinder früher aus der Schule nach Hause kamen und gegessen hatten, gingen sie in der Regel hinaus in die Natur, spielten im Wald, bauten Staudämme an den Bächen, setzten Froschlaich aus und beobachteten, wie Frösche wuchsen, sie bauten Baumhäuser, bauten Hütten im Unterholz. Auf diese Weise haben sie ganz spielerisch die Natur kennen gelernt, aber auch sich selbst. Sie haben gesehen, dass sie selbst die Natur, ihre Umwelt gestalten konnten. Sie haben Selbstbewusstsein bekommen. Sie brauchten dazu keine Anleitung, sie wurden spielerisch selbstständig und erwachsen.

All diese Naturerfahrungen, die früher für die meisten Kinder selbstverständlich waren, können unsere Kinder heute nicht mehr erleben, weil sie zu weit weg von solchen Wäldern sind. Deswegen fehlt ihnen selbst sehr viel für die geistige und auch körperliche Entwicklung.

Dieses Problem gibt es schon länger. Deswegen gibt es auch schon seit den 1990er-Jahren diese Naturerfahrungsräume. Mittlerweile ist ein neuer

Leitfaden dazu vom Bundesamt für Naturschutz in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung in Eberswalde erschienen. Für uns war dieser Leitfaden Anlass, diesen Antrag heute hier zu initiieren.

Alles andere, was ich jetzt sagen wollte, ist schon gesagt worden, deswegen kürze ich das ab. Ich sehe, dass wir eine breite Mehrheit haben, und freue mich, dass wir hier heute noch so etwas Schönes beschließen können. - Danke schön.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Akbayir das Wort.

Hamide Akbayir (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Als langjährige Kämpferin für Umweltschutz freue ich mich über jeden Schritt, den die Politik und die Stadt in die richtige Richtung unternehmen, auch wenn es oft genug viel zu lange dauert. Wir haben lobenswerte Worte oder inhaltliche Darstellungen von den Vorrednerinnen und Vorrednern gehört, dazu kann ich gar nicht mehr viel beitragen. Aber ich unterstütze in vollem Umfang meine Vorrednerinnen und Vorredner, die hier gesprochen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bereits im Mai letzten Jahres erreichte die Stadt Köln die Anregung einer Kalker Bürgerin, die unter anderem vorschlug, aus dem Bereich der Pflanzstelle und der angrenzenden Brache einen Naturraum zu machen. Erst im Juni dieses Jahres, also über ein Jahr später, haben wir uns im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden damit befasst. Wir sprachen damals eine Empfehlung aus, dass die Kalker Bezirksvertretung ein Fachgespräch mit der Petentin führen solle. Niemand ist damals in der Runde aufgesprungen und hatte gerufen, welch eine fantastische Idee das doch sei. Jetzt auf einmal - fünf Tage, bevor dieses Fachgespräch mit der Petentin stattfinden wird - behandeln wir einen Antrag von CDU und Grünen, der keinerlei Hinweise auf die Urheberschaft bietet.

Sehr geehrte Antragstellerinnen und Antragsteller von CDU und Grüne, in all Ihren Verweisen und Quellen geht es um den Naturerfahrungsraum. Sie wollten aber Naturerlebnisräume in dem ursprünglichen Antrag. Das habe ich zunächst gar nicht verstanden. Ich wollte deshalb heute wissen, ob Ihnen da einfach ein Fehler unterlaufen ist.

Es freut mich aber, dass uns nun heute ein Änderungsantrag vorliegt, der den richtigen Begriff „Naturerfahrungsraum“ beinhaltet. Dem werden wir natürlich auch zustimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum es Naturerfahrungsräume braucht, ist bereits hinreichend dargestellt worden. Aber ich bitte die Verwaltung, ihr Augenmerk insbesondere auf stark verdichtete Stadtteile zu richten und auch auf Grundstücke, die sich nicht im Eigentum des Grünflächenamtes befinden.

(Beifall bei der LINKEN)

Noch einmal kurz zu der Petentin: Der Petentin ging es beispielsweise um eine Brache in Kalk, die wohl dem Liegenschaftsamt zuzurechnen ist. Auch sollte die Verwaltung durchaus auf Gelände im sogenannten Fremdbesitz bei den städtischen und stadtnahen Gesellschaften schauen. Wenn beispielsweise die GAG eine Fläche hat, die langfristig nicht bebaubar sein wird, die sich aber für einen Naturerfahrungsraum eignet, dann könnte man ins Gespräch kommen.

Ich hätte mich heute mehr gefreut, zumindest einen Kölner Naturerfahrungsraum zu beschließen, aber der vorliegende Antrag und die dazu ergänzenden Anträge sind wenigstens ein weiterer Schritt dorthin. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Laufenberg das Wort.

Sylvia Laufenberg (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Programm und den neuen Leitfaden des Bundesamtes für Naturschutz unterstützen natürlich auch wir Freien Demokraten hier in Köln. Es ist richtig, dass Naturerfahrungsräume in Großstädten, insbesondere hier bei uns in Köln, für Kinder und Jugendliche ermöglicht werden müssen. Es sind wichtige Räume, um Natur zu erfahren und um buchstäblich Luft zu holen. Die Konzentrationsfähigkeit und motorische Fähigkeiten wie zum Beispiel Balance und Gleichgewicht von Kindern und Jugendlichen werden gestärkt. Studien zeigen sogar, dass Kinder, die in Naturfeldern aufwachsen oder diese erleben, später weniger anfällig für psychische Erkrankungen sind. Da diese immer

weiter stetig steigen, ist es gut, wenn Köln hier vorbeugt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir glauben als Freie Demokraten aber auch, dass dieser Antrag von den Grünen und von der CDU und den Kolleginnen und Kollegen aus einer Diskussion resultiert, die wir im Stadtbezirksverband Kalk aufgrund des Dirt-Parks geführt haben. Dort nehmen wir gerade Kindern und Jugendlichen leider so eine kleine Fläche weg. Das wird jetzt im Oktober dichtgemacht, und viele Kinder und Jugendliche haben sich natürlich beschwert, weil sie das dort bis heute nutzen. Das ist eine kleine Oase, an die wir weiterhin denken sollten. Ich glaube, das wird hier so ein bisschen der Kompromiss. Trotzdem möchten wir auch hier noch einmal darauf hinweisen, dass an dieser Stelle in Kalk noch Nachholbedarf ist und wir da weiter im Gespräch bleiben müssen, um auch dort Kindern und Jugendlichen wieder einen Teil von Natur erlebbar zu machen.

(Beifall bei der FDP)

An dieser Stelle, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das, was jetzt in dem Konzept dargelegt wird, dass wir 1 Hektar brauchen, natürlich nicht vorhanden. Deswegen würde sich meine Fraktion, die FDP, darüber freuen, wenn auch im vorliegenden Prüfantrag kleine grüne Oasen in allen Stadtbezirken mitgedacht werden, damit wir in allen Stadtbezirken nicht nur ein großes Areal erreichen, sondern auch kleine grüne Oasen für unsere Kinder und Jugendlichen, aber auch für uns Erwachsene gestalten können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen dazu sehe ich nicht. Dann würde ich gern über 3.1.4 abstimmen lassen, und zwar über den Änderungsantrag von SPD, CDU, Grüne und der Ratsgruppe GUT. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen. Damit hat sich der Ursprungsantrag erledigt. - Vielen Dank.

I. Abstimmung über den Ersetzungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf dem Stadtgebiet von Köln die Realisierung eines Naturerfahrungsraumes (NER) mit ausreichender Größe (min. 1 ha) zu prüfen und ein Konzept für die Kooperation mit einer bereits vorhandenen Umweltbildungseinrichtung zu entwickeln. Darüber hinaus soll der Unterstützerbedarf für die bestehenden Einrichtungen überprüft werden. Dem Ausschuss ist ein Realisierungskonzept mit einer Kostenschätzung vorzulegen. Hilfestellung zur Entwicklung gibt der BfN Leitfaden "Naturerfahrungsräume in Großstädten" (Molitor et al; 2020).

Außerdem soll die Verwaltung auch die bisher vorhandenen NER und deren Auslastung dar-gestellt werden. Die pädagogischen Aspekte (Jugendamt) sollen dabei mit den artenschutz-rechtlichen Belangen (Umweltamt) und dem Flächeneigentümer (Grünflächenamt) im Vorfeld abgestimmt werden.

In die Planung sollen Kinder, Jugendliche und die Schulen eingebunden werden.

Das BfN schlägt in einer neuen Veröffentlichung noch den neuen Aspekt eines "Kümmerer" für die Fläche vor.

Hier soll im Zusammenwirken mit den Schulen auch ein Vorschlag analog zum Schulbiologischen Zentrum (z. B. Schule, Kita, Umweltbildner oder Personal Stadt Köln) im Konzept enthalten sein.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Die Abstimmung über den Ursprungsantrag hat sich aufgrund der Beschlussfassung zum Ersetzungsantrag erledigt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Eine Armutskonferenz für Köln - ein Leben in Teilhabe für alle!“

AN/1158/2020

Als Erstes hat Herr Paetzold das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und

Kollegen! Sie müssen nach dem Naturerfahrungsraum jetzt einen kleinen inhaltlichen Sprung mit mir machen. Wir reden über Armut.

Armut macht krank; Armut macht geringere Lebenserwartung; Armut macht schlechte Bildungschancen für Kinder; Armut macht soziale Teilhabe ganz schwer; Armut macht Hoffnung auf sozialen Aufstieg fast immer zunichte; Armut in der Erwerbsphase macht bettelarme Rentner, die Flaschen sammeln gehen müssen. Das sind Kurzbotschaften von unzähligen Untersuchungen und Studien zu den Folgen von Armut. Hand aufs Herz: Das wissen Sie, das weiß ich, das wissen wir alle.

Hier in Köln haben wir ein Armutsproblem. Schauen wir auf die Zahlen: Knapp ein Viertel, 23 Prozent, der Kölnerinnen und Kölner ist von Armut bedroht oder sogar schon arm. Schauen wir auf die Gruppe der Alleinerziehenden, dann sind es schon erschreckende 40 Prozent. 16 Prozent der Kölner sind arm trotz Arbeit. Fast 50 000 Kinder sind von Armut betroffen. Knapp 8 Prozent der Alten leben von Grundsicherung. Auch diese Zahlen kennen wir alle aus den statistischen Jahrbüchern. Angesichts explodierender Mieten und durch die Corona-Pandemie werden sie wahrscheinlich noch gestiegen sein. Eine aktuelle Zahl von dieser Woche aus dem *Stadt-Anzeiger*: Im August war jeder zehnte erwerbsfähige Kölner arbeitslos.

Wir haben also ein Armutsproblem und sogar ein großes - zahlenmäßig, aber auch in den Auswirkungen für die oder den einzelnen, der darunter leidet, und natürlich auch für die Stadtgesellschaft.

Ja, selbstverständlich, die Stadt Köln und die Stadtgesellschaft sind nicht untätig. Wir kennen die großen Summen aus dem städtischen Haushalt, die für die Bekämpfung und die Linderung von Armut bereitgestellt werden. Wir wissen um die engagierte Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialverwaltung und der Wohlfahrtsverbände bei der Hilfe für Menschen in Armut. Ihnen gilt unser Respekt. Wir sind dankbar für die vielen Ehrenamtlichen, die in Lebensmittelausgaben, Tafeln, Suppenküchen, Kleiderläden und vielen anderem mehr Menschen in Armut mit dem Lebensnotwendigen versorgen. All das ist gut und lindert Not.

Wir glauben aber, es ist Zeit, einen Schritt weiter zu gehen, um die Lebenssituation von Menschen in Armut nachhaltig zu verbessern. Deshalb schlagen wir heute vor, dass der Rat der Stadt Köln eine regelmäßig - unter „regelmäßig“ verstehen wir jährlich - stattfindende Kölner Armutskonferenz ins Leben ruft. Das soll kein Debattierklub werden, davon gibt es genug. Stattdessen hat die Armutskonferenz die Aufgabe, Strategien und Handlungsoptionen zu entwickeln, mit denen die Verwaltung und die Stadtgesellschaft die Bekämpfung von Armut nachhaltig und in allen Lebensbereichen angehen kann.

Solche Strategien und Handlungsoptionen müssen sich in der Realität bewähren und evaluiert werden. Wo nötig, muss nachgesteuert werden, und Antworten auf neue Probleme müssen gefunden werden. Nach unserer Vorstellung sollen in der Konferenz neben den - Sie können es nachlesen - im Antrag aufgezählten Gruppen unbedingt auch von Armut betroffene Menschen als Experten in eigener Sache vollwertige Mitglieder der Konferenz sein; denn die Armutskonferenz soll nicht nur über Menschen in Armut reden, sondern mit ihnen.

Themen für eine solche Konferenz gibt es sicherlich genug. Einige will ich nennen: Beseitigung von Kinderarmut, Chancengleichheit in Schule und Ausbildung, Sicherstellung der sozialen Teilhabe für alle Altersschichten, Wohnraumversorgung, Linderung von Altersarmut, Integration von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt.

Ein positiver Nebeneffekt der jährlichen Armutskonferenz ist aus unserer Sicht auch, dass das Thema Armut mehr in den Fokus der Öffentlichkeit rückt, und da gehört es auch hin.

Ja, ich höre schon manche von Ihnen sagen: Wir brauchen keine Armutskonferenz, wir haben doch den Lebenslagenbericht. Dazu möchte ich Folgendes anmerken:

Erstens haben wir ihn noch gar nicht, diesen ersten Kölner Lebenslagenbericht. Die Termine zur Präsentation im Juni 2020 wurden vom Fachdezernenten abgesagt mit dem Hinweis, dass sich im Verwaltungsvorstand noch erhebliche Fragestellungen ergeben hätten.

Zweitens. Ein Bericht ist ein Bericht, also etwas Statisches. Er stellt dar, was gewesen ist. Der Lebenslagenbericht, auch wenn ich ihn noch gar nicht kenne, ersetzt keinesfalls die Armutskonferenz. Er könnte aber eine gute Arbeitsgrundlage für diese Konferenz bilden. Denn die von uns vorgeschlagene Armutskonferenz ist etwas Dynamisches - ein Prozess, in dem alle Akteure und eben

auch Betroffene ihren Sachverstand und ihre Expertise einbringen und gemeinsam nach guten Lösungen und Handlungsoptionen suchen, sie regelmäßig evaluieren und anpassen.

Sehr geehrte Kollegen, ich komme zum Schluss. Meine Fraktion ist der festen Überzeugung, dass die Zeit reif ist für eine Kölner Armutskonferenz und dass sie dieser Stadt gut zu Gesicht stehen wird. Deshalb bitte ich herzlich um Ihre Zustimmung zum Antrag meiner Fraktion. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gärtner das Wort.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Dieser Antrag ist ein Schauantrag in Wahlkampfzeiten, der den betroffenen Menschen kein bisschen hilft. Wir haben im Bereich der Sozialpolitik alle - auch Vertreterinnen und Vertreter der SPD - an Beratungen und Workshops im Zusammenhang mit der Erstellung des Kölner Lebenslagenberichts mitgewirkt; Herr Paetzold hat ihn bereits angesprochen. Es handelt sich dabei übrigens um eine Initiative von CDU und Grünen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Es war ein breites, beteiligungsorientiertes Verfahren, an dem neben der Fachverwaltung und der Politik auch die Wohlfahrtsverbände teilgenommen haben.

Aktuell findet eine verwaltungsinterne Bewertung der Ergebnisse des vorgelegten Berichtes statt - Herr Paetzold, das ist durchaus sinnvoll -, und der Bericht sowie die Ergebnisse der Bewertung sollen bald in der neuen Wahlperiode den Gremien vorgestellt, vom Rat beschlossen und dann der Öffentlichkeit übergeben werden.

Es ist nicht so, dass da nur ein Bericht auf den Tisch gelegt wird, der dann in den Schubladen verschwindet, sondern die Idee einer regelmäßigen Arbeitskonferenz, wie Sie das hier beschreiben, ist im Zuge einer weiteren Auswertung und Umsetzung des Lebenslagenberichtes bereits angelegt. Dieser Prozess ist aber ungleich weiter gefasst als die Beschränkung des Themas Armut in einer Armutskonferenz, ohne den sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen Kontext und nicht zuletzt die Bildung von Erwerbstätigkeitspotenzialen und der politischen Teilhabe einzubeziehen. Im Übrigen existiert bereits eine große Anzahl von Gremien, die eine vergleichbare Zielsetzung verfolgen.

Fazit: Eine Armutskonferenz würde ein weiteres Gremium darstellen, das, statt alle Kräfte zu bündeln, viel zu kurz gesprungen wäre. Weil aber eine fundierte fachliche Diskussion den Rahmen einer Ratssitzung sprengen würde, beantragen wir, den Antrag in den Sozialausschuss zu schieben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Heuser das Wort.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich halte mich kurz, weil nämlich unsere Kollegin von der CDU, Frau Gärtner, schon relativ viel vorweggenommen hat.

Ja, der Antrag der SPD beinhaltet zwei Punkte. Zum einen die regelmäßige Einberufung einer Kölner Armutskonferenz. Da stellt man sich die Frage: Was soll sie leisten? Zum anderen die Benennung der teilnehmenden Gruppen nebst Betroffenen.

Ich erinnere mich an eine Armutskonferenz in Berlin 2019, die bundesweit vom Paritätischen organisiert war. Die hat tatsächlich etwas ganz anderes geleistet als das, was wahrscheinlich hier zu erwarten ist, weil es sehr lokal ist und weil sowohl Bundes- als auch Landesgremien nicht vertreten sein werden.

Wie auch immer, das Ziel dieser Armutskonferenz - so sagt die SPD - soll die Verbesserung der Lebenssituation von armen und armutsgefährdeten Menschen sein und die Präsentation konkreter kommunaler Handlungsoptionen. Ehrlich gesagt, kam mir das genau wie Frau Gärtner ziemlich bekannt vor. Michael Paetzold hat eben selbst gesagt, dass wir diesen grün bzw. schwarz-grün initiierten Antrag zur Erstellung eines Lebenslagenberichtes in der Februar-Sitzung des Rates 2017 beschlossen haben. Darin wird nicht nur die Erhebung von Primär- und Sekundärdaten beauftragt, sondern die Einbeziehung der Bevölkerung ebenso wie von Hochschulen, Expertengruppen und wichtigen Akteuren der Stadtgesellschaft. Natürlich ist der Hintergrund für die Erstellung der

sogenannten Armuts- und Reichtumsberichte der politische Wille und die Notwendigkeit, kommunale Instrumente zur Bekämpfung der Folgen von Armut zu schärfen und zu entwickeln. Insofern haben wir auch mit der Beauftragung von Beratungsforen in Punkt 2 unseres damaligen Antrags den Grundstein für die Diskussion und die Erarbeitung von Handlungsoptionen längst gelegt.

Das, was obendrein, wie Frau Gärtner eben auch gesagt hat, nicht außer Acht gelassen werden darf, sind die seit vielen Jahren erfolgreich arbeitenden Fachgremien zu Teilproblematiken wie die Stadtarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenpolitik, Behindertenpolitik, Seniorenpolitik oder der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen, um nur einige zu nennen.

Leider ist es nun aufgrund der Corona-Umstände noch nicht zur Präsentation des Kölner Lebenslagenberichtes gekommen. Insofern fehlen uns Erkenntnisse zur Umsetzung der Sozialberichterstattung. Das ist aus meiner Sicht der einzige Grund, warum wir den in unseren Augen aus den oben genannten Gründen überflüssigen SPD-Antrag nicht ablehnen, sondern in den Fachausschuss verweisen wollen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Gestern hat mein Freund Professor Christoph Butterwegge sein neues Buch *Ungleichheit in der Klassengesellschaft* mit einem Gastkommentar im *Kölner Stadt-Anzeiger* vorgestellt. Fazit - Zitat -:

> Die Reichen sind in der Corona-Krise reicher und die Armen zahlreicher geworden.

Ich werde morgen mit ihm über dieses Thema diskutieren. Insofern ist der Antrag der SPD aktuell und auch klar parteilich. Danke für den Aufschlag und die Initiative.

Schade finde ich, dass dieser Antrag mit den vielen Akteuren gegen Armut nicht abgestimmt wurde. Das kann der nächste Sozialausschuss aber auf jeden Fall nachholen.

Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen machen, die in dem Antrag der SPD nicht wiederzufinden und deswegen vielleicht neue Gedanken sind.

Erstens. Die Caritas betreibt seit vielen Jahren in Nordrhein-Westfalen eine Armutskonferenz, in die sie regelmäßig Betroffene einlädt, um mit ihnen gemeinsam zu beraten, was man gegen Armut tun kann. Hier ist der Gedanke der Selbstorganisation von armen Menschen meines Erachtens von ganz zentraler Bedeutung. Dieses Treffen hat auch schon zweimal in Köln stattgefunden. Dieses Moment einer Strategie, nämlich der Selbstorganisation, fehlt im SPD-Antrag. Das ist für uns aber sehr wichtig, und darüber würden wir gern mit Ihnen auch diskutieren. Ich habe den Eindruck, dass die neue Sozialamtsleiterin dieses Thema sehr wohl anpackt und in diese Richtung auch schon agiert.

Zweitens. Vielleicht können Sie sich an die letzte Ratssitzung erinnern, auf der mein Kollege Kockerbeck auf das Projekt OMZ hingewiesen hat, bei dem der Gedanke der Selbstorganisation eine große Rolle spielt. Generell müssen wir im Kampf gegen Obdachlosigkeit aktiver werden. Die Zahlen haben sich in den letzten zwei Jahren verdoppelt. Auch darüber brauchen wir eine breite Diskussion, und wir brauchen auch Protest. Deswegen freue ich mich, dass morgen 13.30 Uhr auf dem Alten Markt eine Kundgebung gegen Wohnungsnot stattfindet. Ich finde, das ist eine gute Sache und das sollte man auch positiv verbreiten.

Drittens. Ich finde, Armut auf Teilhabe zu konzentrieren, viel zu eng gefasst. Das ganze Thema Arbeitslosigkeit, das in den nächsten Jahren zunehmen wird, und prekäre Beschäftigung gehört dazu.

Viertens. Das Land NRW hat für das Thema Armut keine Strategie. Die Kürzungen bei den Arbeitslosenzentren sind meines Erachtens eine Frechheit. Hier muss die Stadt Köln schnell aktiv werden. Wir müssen solche Projekte wie zum Beispiel „Frauen gegen Erwerbslosigkeit“ schützen und weiter fördern. Die frühere Ratsfrau Brigitte Erdweg dürfen wir mit diesem Projekt „Frauen gegen Erwerbslosigkeit“ auf keinen Fall alleinlassen. Das Agieren von Jamaika im Sozialausschuss zu dieser Frage fand ich unterirdisch. Eine Protestresolution an das Land hat Schwarz-Grün über mehrere Sitzungen immer wieder verhindert.

Fünftens. Die Kinderarmut können wir langfristig nur zurückdrängen, wenn es uns gelingt, die

Schulen in diesen Prozess mit einzubeziehen. Wir brauchen nicht nur gesundes Mittagessen an den Schulen, sondern vielmehr Schulsozialarbeit. Wir brauchen natürlich auch digitale Angebote. Auch dieses Thema muss einen viel höheren Stellenwert erhalten. An Angebote von Schule und Soziales müssen wir gemeinsam denken. Wir müssen das gemeinsam bündeln und auch in der Verwaltung Schnittstellen herstellen, die zum Teil verbessert werden können. Das ist das, was ich höre.

Jetzt zu dem letzten Punkt „Lebenslagenbericht“: Ich finde dieses arrogante - das muss ich ehrlich sagen - Vorgehen von Schwarz-Grün in der Frage einfach unpassend. Wir haben im Jahr 2008 unter Rot-Rot-Grün gesagt: Wir wollen einen Armutsbericht haben! Dann hat die Verwaltung das nicht hinbekommen, weil der Mitarbeiter krank geworden ist. Dann hat die Verwaltung gesagt: Wir wollen einen Lebenslagenbericht erstellen. - Da haben wir gesagt: Okay! - Das war dann schon 2012 oder so. Das hat ja eine Geschichte.

Dieser Lebenslagenbericht ist jetzt fast fertig und wird uns in den nächsten Monaten, vermute ich, nach der Wahl vorgestellt. Darauf bin ich gespannt. Ich mache mir da große Hoffnungen, dass wir kleinteilige Daten bekommen werden. Wenn wir das haben, dann kann doch der Sozialausschuss im Januar diese Gemengelage abchecken und das diskutieren, wie wir das organisieren. Der Gedanke einer Armutskonferenz, bei der auch die Betroffenen dazukommen, ist doch ein richtiger Gedanke. Herr Paetzold, das ist nicht einfach, sondern schwer, das zusammenzukriegen. Da muss uns wirklich etwas Kluges einfallen.

Das ist das, was ich dazu meine. Insofern kann ich jetzt mit der Vertagung in den Sozialausschuss leben, aber dieses „Wir haben das schon immer gemacht!“ ist doch Unsinn. Das sind doch Sachen, an denen alle Parteien gemeinsam gearbeitet haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Armut können wir nur gemeinsam erfolgreich bekämpfen. Dafür brauchen wir noch die Kirche, die Gewerkschaften und auch die Wirtschaft, die auch ab und zu mal etwas tun kann. Zum Beispiel wäre es nicht schlecht, wenn man GULLIVER 2 auflegen könnte und damit die Wirtschaft fördern könnte. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Detjen, Sie haben eben gesagt, Sie hätten es als unterirdisch empfunden, wie Schwarz-Grün und auch die FDP im letzten Sozialausschuss Ihre Resolution zum Thema Arbeitslosenzentren abgewiesen hätten und dass die schwarz-gelbe Landesregierung keine Strategie zur Armutsbekämpfung hätte. Das finde ich auch unterirdisch, dass Sie das hier so frech behaupten.

(Beifall bei der FDP)

Denn es ist ja nicht nur das Thema der Arbeitslosenzentren. Sehr viel hat diese Landesregierung gegen Kinderarmut auf den Weg gebracht. Ich erinnere nur einmal an den Beschluss, 27 000 i-Pads für diese Stadt zur Verfügung zu stellen, damit auch arme Kinder an einem digitalen Unterricht teilhaben können. Ich finde das ziemlich heftig von Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Aber nun zum Antrag: Wir alle wissen, dass es Armut in unserer Gesellschaft gibt, wir dieser Herausforderung begegnen müssen und auch Lösungsmöglichkeiten finden müssen. Nach Auffassung der SPD sollen nun in einer Kölner Armutskonferenz Ratsmitglieder, Experten, Akteure der Wohnungsbaugesellschaften, Wohlfahrtsverbände, Interessenvertretungen, Initiativen und von Armut betroffene Menschen vertreten sein und darüber diskutieren.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, vielfach ist schon auf den Lebenslagenbericht hingewiesen worden, der jetzt auf einmal schwarz-grün ist. Wir werden nachher nicht mitstimmen, das muss ich sagen. Er wurde von SPD, LINKEN und auch von der FDP beschlossen, aber wir haben ihn damals nicht beschlossen, weil wir das Ziel hatten: Wir brauchen Daten über die Situation, wie sie in dieser Stadt ist. Wir hatten einen ganz anderen Ansatz. Wir haben gesagt: Wir haben eine Sozialplanung, da haben wir Daten, und diese Daten sind teilweise sehr viel kurzfristiger als das, was im Lebenslagenbericht steht. Deswegen haben wir uns kritisch geäußert und nicht wegen der Zielsetzung. Das möchte ich auch noch einmal sagen.

(Beifall bei der FDP)

Auch hier ging es darum, beim Lebenslagenbericht den wesentlichen Akteuren der sozialen Kölner Stadtgesellschaft die Lebenssituation der Menschen in Köln vorzustellen und Handlungsoptionen zu diskutieren. Das ist im Lebenslagenbericht festgelegt.

Nebenbei bemerkt stehen darin auch die Wirtschaftskammern, aber die sind im Verständnis der SPD vielleicht nicht sozialer Akteur der Stadtgesellschaft. Sie tauchen zumindest nicht in Ihrem Antrag auf, lieber Kollege Paetzold. Sie können das ja noch einmal überlegen.

Wir haben also schon ein Gremium, das von Frau Gärtner und Frau Heuser völlig zu Recht erwähnt worden ist. Hier sind eigentlich genau die Betroffenen und auch die Akteure identisch mit denen, die in dem Antrag der SPD stehen, mit Ausnahme der von Armut Betroffenen. Das gebe ich gern zu.

Bei dem Lebenslagenbericht geht es um die Erwerbs- und Familiensituation, um Arbeitslosigkeit und gesellschaftliche Teilhabe. Lieber Herr Paetzold, Sie haben zu Recht kritisiert, dass die Verwaltung trotz Fristverlängerung den Lebenslagenbericht noch immer nicht fertiggestellt hat, was eigentlich bereits im Dezember 2019 geschehen und dann in einem Workshop vorgestellt werden sollte. Ich finde das auch schade, habe aber auch Verständnis, dass aufgrund von Corona die Verwaltung andere Prioritäten setzen musste.

Aber, sehr geehrter Herr Dr. Rau, ich kündige allerdings hiermit schon einmal an, dass meine Fraktion darauf achten wird, dass die Präsentation des Lebenslagenberichts nicht in Vergessenheit gerät. Sie wissen, dass ich da eine gewisse Hartnäckigkeit habe.

(Beifall bei der FDP)

Vielleicht ist dann auch die SPD zufrieden und nimmt Abstand von der Armutskonferenz und wir kommen zu dem Forum, wie es im Lebenslagenbericht vorgeschlagen ist.

Abschließend gestatten Sie mir, dass ich zu einem Punkt im SPD-Antrag Stellung nehme, über den ich mich dann doch geärgert habe. Sie schreiben ganz zum Schluss in Ihrem Antrag - ich zitiere -:

> … darüber muss eine Armutskonferenz differenzierte Antworten abseits von bloßer Ordnungspolitik liefern.

Durch diese Formulierung, liebe Kollegen von der SPD, entsteht der Eindruck, in der Vergangenheit wären wir sozialen Herausforderungen allein mit Ordnungspolitik begegnet. Ich kann mich nicht daran erinnern - ich bin immerhin schon seit 2009 im Sozialausschuss -, dass wir alle gemeinsam immer nur auf Ordnungspolitik gesetzt haben. Nein, das haben wir nicht.

(Beifall bei der FDP und von Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen])

Kurz und gut, meine Damen und Herren: Aufgrund meiner Ausführungen sehen Sie, dass die FDP dem Antrag der SPD skeptisch gegenübersteht, aber wir stimmen natürlich auch einer Verweisung in den Sozialausschuss zu. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Paetzold hatte sich noch einmal kurz zu Wort gemeldet.

Katja Hoyer (FDP): Ja, sehr gern.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Hoyer, liebe Katja, wenn der letzte Satz den Eindruck vermittelt hat, dass Sozial- nur mit Ordnungspolitik verbunden wird, dann tut mir das leid. Das war nicht beabsichtigt.

Katja Hoyer (FDP): Dann freut mich das sehr. Ich kenne dich nun auch schon sehr lange, weshalb mich das eigentlich auch verwundert hat. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt und habe jetzt den Antrag der CDU-Fraktion auf Verweis des Ursprungsantrags in den Ausschuss für Soziales und Senioren. Unterstützt wird das von Frau Heuser von Bündnis 90/Die Grünen, Herrn Detjen und Frau Hoyer. Ich lasse zunächst über den Antrag auf Verweisung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der SPD. Enthaltungen? - Dann ist er verwiesen. - Vielen Dank.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird in den Ausschuss Soziales und Senioren als zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
Verweisung in den zuständigen Fachausschuss auf Antrag von RM Gärtner, unterstützt von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und FDP

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

3.1.6 Antrag der FDP-Fraktion und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Ein Radiomuseum ins historische WERAG-Funkhaus, Raderthal“

AN/0864/2020

Zunächst erhält Herr Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr, Ihnen heute ein Projekt vorstellen zu können, das als ein unverwechselbares Museumsformat für Köln sicherlich sehr passend sein wird. Der Kern dieses Antrags ist das Vorhaben eines Netzwerks, und darüber steht: „Ein Radiomuseum ins historische WERAG-Funkhaus“.

Dieses Netzwerk besteht aus mehreren Veedel-Gemeinschaften, wird institutionell ergänzt und von einem großen Kreis von Privatpersonen unterstützt. Diese Leute - ich gehöre übrigens auch zu dem Kreis dieser Menschen - planen, binnen drei Jahren ein Konzept zu entwickeln und es dann vorzulegen, um mit Ihnen gemeinsam ein solches Museum zu beschließen.

Vorweg: Der Stadt entstehen keinerlei Kosten - weder in der Drei-Jahres-Phase, die wir hier beanspruchen, noch im späteren laufenden Betrieb. So viel sei aber schon gesagt: Für den wirtschaftlichen und erfolgreichen Betrieb des Radiomuseums würde die Stadt dem Träger die unentgeltliche Nutzung des Gebäudes in der Hitzelerstraße Nr. 125 für mindestens 25 Jahre zusichern. Zum Gebäude komme ich gleich noch einmal.

Im Klartext: Für die Dauer von drei Jahren ab Beschlussvorlage hat das Museumsprojekt Vorrang vor eventuellen institutionellen und privaten Interessenten oder Veräußerungsbestrebungen. Das Netzwerk braucht eine Planungssicherheit, um Ihnen ein schlüssiges Konzept vorzulegen.

Für all jene, die das WERAG-Gebäude nicht kennen, hier einige kurze Fakten: 1927 von Konrad Adenauer in Köln eröffnet, wurde der Sendebetrieb bereits nach fünf Jahren wieder eingestellt und die Nutzung des Gebäudes umgewidmet. Nach dem Zweiten Weltkrieg war es unter anderem gesellschaftlicher Mittelpunkt des in Köln angesiedelten *chapters* der britischen Rheinarmee. Danach wechselten die Nutzungen und Nutzer, und nach einer Zeit als Flüchtlingsunterkunft kam der Leerstand mit einer fortschreitenden Verwahrlosung. Dieses Gebäude steht wohlgemerkt unter Denkmalschutz.

Übrigens: Ich selbst hatte das Vergnügen, während meiner Bundeswehrzeit 1968/69 in Köln das Haus als Ordonnanz für Offiziersabende kennenzulernen. Umso mehr hat mich allerdings der Zustand des Gebäudes geschockt, als ich letztes Jahr erstmals nach 50 Jahren das Haus wieder betreten durfte.

Aber zurück zu meinem Antrag: Ein Radiomuseum für Köln im historischen WERAG-Gebäude macht Sinn. Köln will Medienhauptstadt werden, und das Radio ist ein Massenmedium. Köln will Digitalmetropole werden. Ohne Radio hätte die Entwicklung von der terrestrischen Übertragungstechnik zur digitalen Welt nie stattgefunden. In Deutschland gibt es etwa 30 ausgewiesene Sammlungen und Museen zum Thema Radio, aber nicht eines erfüllt den Charakter einer Marke. Dazu später mehr.

Der Grundstein in Köln wäre gelegt, denn mit dem historischen WERAG-Gebäude besitzt die Stadt ein thematisch passendes denkmalgeschütztes Gebäude. In diesem Zusammenhang ist das Netzwerk besonders stolz darauf, dass die Fakultät für Architektur der TH Köln, vertreten durch Herrn Professor Schöndeling, die Idee zum Anlass nahm, Erhaltung und Nutzung des Gebäudes im Rahmen einer Studienarbeit aufzuarbeiten und zu veröffentlichen.

Ich darf Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin - ich zeige es Ihnen zunächst, weil es noch desinfiziert werden muss -, dieses umfangreiche Werk vorstellen. Es hat etwa 280 Seiten.

Dieses Werk ist am 13. März auch in Anwesenheit von Herrn Bürgermeister Homann aus dem Einzugsgebiet Rodenkirchen an der TH vorgestellt worden, aber eine Ausstellung, die in der BV Rodenkirchen geplant war, musste leider pandemiebedingt abgesagt werden.

Wo liegen die Risiken? - Es gibt keine. Die Neugründung konzipiert, finanziert, betreibt und erhält das Kölner Radiomuseum auf eigene Rechnung und Gefahr. Für das Konzept und dessen Weiterentwicklung steht unter anderem Herr Waschk, den Sie vielleicht vom Odysseum kennen, dem Chef der Explorado Group, mit seinem Team zur Verfügung.

Das Gebäude steht Schulen und Fachgruppen zur Weiterbildung offen - so ein Teil des Konzeptes. Das Gebäude kann ebenfalls von den Bürgern der umliegenden Wohnbereiche für Veranstaltungen genutzt werden - so, wie das Haus der Familie in Rondorf zum Beispiel.

Gestern Abend hatte das Netzwerk zu einer Veranstaltung vor Ort eingeladen. Alle Initiativen waren dort vertreten. Herr Schöndeling hat nochmals die Nutzungschancen dargelegt, und ich habe unseren Antrag auch dort vorgestellt und erläutert. Die Erwartungen dieser Menschen sind sehr hoch. Aber eines ist doch klar: Würde der Rat heute diesem Antrag nicht zustimmen, wird dieses Netzwerk das Projekt niederlegen und das Gebäude seinem Schicksal überlassen. Der Imageschaden wäre dem derzeitigen Gebäudezustand angemessen hoch.

Deshalb bitte ich Sie, diesem Antrag heute zuzustimmen. Es ist kein Antrag, der nach meinem Empfinden in einen Kulturausschuss gehört, denn es geht hier um die Liegenschaft. Sie müssen gar nichts tun, außer diesem Netzwerk heute eine Pause von drei Jahren zu gewähren, damit sie in drei Jahren das gesamte Konzept einschließlich der Finanzierung vorlegen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT - Der Redner überreicht der Oberbürgermeisterin die Studienarbeit)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt würde ich das auch gern einmal so machen, wie Herr Zimmermann immer sagt: Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer im Livestream! Schließlich haben wir hier ein medienpolitisches Thema, und ich finde das diesmal auch angemessen.

Ich würde den Ausführungen von Herrn Wortmann gar nicht mehr viel anfügen wollen. Ich finde einen Punkt sehr wichtig: Wir Politikerinnen und Politiker aller Couleur sagen immer wieder und sagen das auch gern in unseren Reden: Köln ist ein Medienstandort! Ich finde, mit diesem heutigen Antrag können wir alle den Beweis erbringen, dass wir zu dieser Verpflichtung stehen, auch zu dieser historischen Verpflichtung.

Herr Wortmann hat es eben deutlich gemacht: 1927 gelang es nämlich Konrad Adenauer, die Westdeutsche Rundfunk AG nach Köln zu holen, eine, wie ich finde, wegweisende Entscheidung. Eine wegweisende Entscheidung, die sich auch heute noch im Grunde genommen mit dem Sender WDR auszahlt. Insofern müsste schon die CDU allein deswegen, weil es von Konrad Adenauer kommt, sehr viel Sympathie für diesen Antrag haben.

(Beifall bei der FDP und von Dr. Ralph Elster [CDU])

Manch andere Städte würden uns wirklich um diesen Bau beneiden, den wir hier in Köln haben. Es ist ein Schmuckstückchen. Wir haben zudem auch viele Objekte aus Privatsammlungen, die dort ausgestellt werden könnten. Wir haben nicht nur einen Bau, nein, wir haben auch den Inhalt für diesen Bau.

Drei Gründe für diesen Antrag sind für mich entscheidend. Darum bitte ich um Ihre Unterstützung:

Erstens. Es ist eine günstige Lösung. Der Betrieb wird durch Private gemacht. Es wird natürlich so sein, dass wir darum bitten, dass die Stadt den Bau zur Verfügung stellt.

Zweitens. Das ehrenamtliche Engagement. Wir sagen immer wieder, wie wichtig es für unsere Stadt ist, dass sich die Leute engagieren. Wir schreiben einen Ehrenamtspreis aus. Da gibt es eine Initiative, die hervorragende Arbeit leistet und mit diesen Ausstellungen etwas für die Allgemeinheit tun möchte. Ich nehme das Beispiel „Bahnhof Belvedere“, dem ich sehr verbunden bin. Dort funktioniert das auch wunderbar, wie sich die Leute engagieren.

Drittens ist für mich wichtig - Herr Wortmann hat es angeführt -: Es sollen dort Räume für Vereine vor Ort zur Verfügung gestellt werden. Wir alle wissen, wie die Not in dieser Stadt ist, dass viele Vereine und Initiativen keine Räumlichkeiten haben. Auch das wäre eine gute Möglichkeit, diesen Menschen ein Angebot zu unterbreiten.

Meine Damen und Herren, in Zeiten von Facebook, Instagram und TikTok sollten wir, glaube ich, auch auf die Wurzeln der Medienentwicklung achten. Wir bitten um Zustimmung für unseren Antrag. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der Ratsgruppe GUT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat sich Herr Dr. Elster gemeldet. - Bitte.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es vom Platz aus. Das Gebäude an der Hitzelerstraße, das alte WERAG-Gebäude, scheint eine ganz interessante Location zu sein. Es wurde hier heute eine mögliche Nutzung als Bürgerschaftshaus genannt, es wurde eine mögliche Nutzung als Radiomuseum genannt, es wurde vor einigen Tagen eine mögliche Nutzung als Kita - von der SPD ins Spiel gebracht - genannt. Es gibt ganz unterschiedliche Möglichkeiten, dieses Gebäude tatsächlich zu nutzen. Grundsätzlich scheinen die Debatten aber noch nicht so entscheidungsreif zu sein - bei dieser Vielfalt, die jetzt hier allein in den beiden Wortbeiträgen gebracht worden ist -, dass wir jetzt hier tatsächlich zu einem Ende kommen. Wir sollten in der Tat ein Gremium nutzen und die Dinge zunächst einmal sortieren, auf Machbarkeit prüfen, gemeinsam mit der Verwaltung Möglichkeiten erörtern und das Ganze dann tatsächlich in einem Fachausschuss durchführen und nicht hier in der Ratssitzung. Deswegen plädieren wir dafür, das Ganze in den Kulturausschuss zu verweisen.

Es ist mit Verlaub nicht so, dass wir hier bei Pawlow landen und jedes Mal, wenn man „Adenauer“ sagt, zustimmen, sondern wir werden dann schon noch über das eine oder andere nachdenken und dies bewerten wollen, bevor wir hier Geld ausgeben.

Herr Wortmann, ich will auch noch eine Sache sagen: Ich hoffe, ich habe Sie bei einer Aussage von Ihnen falsch verstanden. Es hörte sich so ein bisschen nach Erpressung an: Die Bürgerinitiative will Schlag heute die Arbeit einstellen, wenn wir jetzt hier nicht entscheiden. Das kann ja wohl nicht im Sinne der Bürgerinitiative sein. Ich meine, wir wollen doch jetzt hier den Diskurs starten. Wir wollen das ernst nehmen. Wir nehmen Ihr Anliegen auf und hoffen, dass Sie das nicht so gemeint haben. Im nächsten Kulturausschuss wird es dann Zeit, Ruhe und Muße geben, die Angelegenheit zu erörtern und zu einem positiven Ende zu bringen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann hat eine Rückfrage.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ich habe nur die Rückfrage, weil ich einfach nicht verstehe, weshalb jetzt ein Gremium Kulturausschuss dieses Konzept begleiten soll. Ich möchte Sie darauf hinweisen: Für den Kulturausschuss müsste ein umfangreiches inhaltliches Konzept vorliegen. Die Leute, die wir hier vertreten, brauchen drei Jahre, um ein Gesamtkonzept zu entwickeln. Die einzige Bitte, die wir haben, ist, diesem Haus drei Jahre lang eine gewisse Sicherheit zu geben, dass weder Interessenten noch die Stadt mit Veräußerungen das Haus diesem Zweck entzieht. Wenn danach dann ein Gremium - das könnte der Kulturausschuss meinethalben sein - das Konzept ablehnt und sagt, das ist nicht tragfähig von unserer Seite - bitte schön, dann ja. Ich habe Sie nicht erpressen wollen, sondern die Interessengemeinschaft sagt einfach: Wenn der Rat sich nicht entscheidet, uns diese Überlassung zu geben - das ist ja keine Forderung, sondern nur ein Anliegen -, dann hat es keinen Sinn für uns, weiter zu planen. Wenn Sie das in ein solches Gremium wie den Kulturausschuss geben - ich bin selbst Mitglied im Kulturausschuss -, dann sage ich: Ich weiß nicht, was der entscheiden soll. Hier geht es um eine Liegenschaft. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat sich Herr Professor Schäfer zu Wort gemeldet.

Prof. Dr. Klaus Schäfer (SPD): Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte eigentlich gar keine Rede halten, sondern vielmehr den Vorschlag von Herrn Dr. Elster unterstützen. Aber nachdem sich Herr Wortmann jetzt noch einmal geäußert hat, will ich doch ausdrücklich festhalten: Ich glaube, der Kulturausschuss ist der richtige Ausschuss dafür. Wenn es um die Funktion eines solchen Museums geht, wenn Kinder und Jugendliche

kulturelle Bildung erfahren wollen, dann kann man nicht einfach sagen: Es ist eine Angelegenheit der Liegenschaft. Richtig ist, dass das Haus wiederentdeckt wird.

Ich habe es mir auch angeschaut. Es ist ein sehr reizvolles Haus, mit dem man architektonisch eine ganze Menge machen kann. Ich finde es schade, dass es seit drei Jahren leer steht. Aber gerade, weil dieses Haus viele Anreize bietet und ein Radiomuseum so, wie Sie es vorschlagen, auch noch vieler Fragen bedarf, die offen sind, halte ich einen Verweis in den Kulturausschuss für richtig. In die Frage der Liegenschaft wird dann ohnehin der Liegenschaftssauschuss einbezogen. Ich glaube aber, wir sollten uns die Mühe machen, es wirklich konzeptionell mehr zu durchdenken und nicht jetzt mit der linken Hand eine Entscheidung zu fällen, die bisher noch gar nicht so fundiert entwickelt und durchdacht wurde. Insofern kann der Antrag Anlass sein, dass wir uns damit im Kulturausschuss differenziert auseinandersetzen. Die SPD wird dem Antrag von Herrn Dr. Elster zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau von Bülow das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. Ich habe es ja gemütlich vom Platz aus.

Ich wollte auch nur noch zwei Sätze dazu sagen. Gerade, wenn uns hier vermittelt wird, dass es für das Haus das Konzept noch gar nicht wirklich gibt, dann ist umso der Ausschuss Kunst und Kultur gefragt, genau dieses Konzept noch vorgelegt zu bekommen und dann auch einzubetten in die gesamte Museumslandschaft und in die Fragen: Können wir uns tatsächlich noch ein neues Museum leisten? Auf welche Weise können wir damit umgehen? Ist dieses Haus nicht auch für weitere kulturelle Nutzung ein wunderbares Haus? Wir haben auch da viele Bedarfe und Bedürfnisse. Das jetzt ganz schnell über das Knie zu brechen, liegt mir auch fern. Deswegen schließen wir uns ganz sicher dem an, dass dieser Antrag in den Ausschuss Kunst und Kultur verwiesen wird. Der ist tatsächlich federführend für die Frage, ob Museum, ja oder nein, kulturelle Bildung usw. Allein deswegen ist auch der Verweis in diesen Ausschuss das Angemessene.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt noch eine Nachfrage des Antragstellers, Frau von Bülow, wenn Sie die zulassen. - Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ich möchte meinem Antrag nur noch eines nachtragen: Ich wäre damit einverstanden, wenn es jetzt in den Kulturausschuss geschoben wird, aber ich bitte dann auch darum, die Hand auf dieses Gebäude zu legen, solange der Ausschuss nicht zu einer Entscheidung gekommen ist. Das bitte ich hier aufzunehmen und auch als Zusatzantrag aufzunehmen. - Danke.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Das ist keine Frage an mich gewesen, also gibt es auch keine Antwort. Ich verstehe jetzt keine Frage darin.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es ist ja so: Ich habe hier einen Verfahrensantrag. Das ist ein Antrag der CDU-Fraktion, der unterstützt wird von der SPD-Fraktion und von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das ist ein Verweisungsantrag, das ist kein inhaltlicher Antrag. Das ist jetzt die Situation. Wir können alle dafür sorgen, dass das schnell im KuK behandelt wird. Auf so etwas kann man sich sicherlich jetzt einigen. Das will ja keiner abbügeln hier, sondern es geht wirklich darum, das, was Frau von Bülow gesagt hat, umzusetzen, und zwar sich das anzuschauen. Offensichtlich hat sich bisher niemand besonders intensiv damit beschäftigt. Ich muss jetzt darüber abstimmen lassen, Herr Wortmann, aber wir wissen, wo wir jetzt hinwollen.

Ich lasse jetzt zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion auf Verweis in den Fachausschuss Kunst und Kultur abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist es so beschlossen. Vielen Dank.

Beschluss:

Der Antrag wird in den Ausschuss für Kunst und Kultur als zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Verweisung in den zuständigen Fachausschuss auf Antrag von RM Dr. Elster, unterstützt von den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Der Tagesordnungspunkt 3.1.7 ist zurückzogen, sodass ich zum nächsten Tagesordnungspunkt komme.

3.1.8 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend „Weitere Stärkung der Außengastronomie in Corona-Zeiten“

AN/1180/2020

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1224/2020

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1192/2020

Herr Dr. Strahl erhält zunächst das Wort.

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Mitglieder des Rates! Liebe Gäste auf der Tribüne! *En d’r Weetschaff op d’r Eck ston die Lückche an d’r Thek‘.* Bei diesem Bild eines Kölschen Idylls hat leider COVID-19 zu einem starken Einbruch geführt, denn die Corona-Pandemie bringt viele Einschnitte in unsere Lebensgewohnheiten mit sich. Abstands- und Hygieneregeln mussten und müssen eingehalten werden. Das verträgt sich natürlich nicht immer mit den Kölschen Gewohnheiten der Gemütlichkeit, der Geselligkeit, die wir mit unserer Gastronomie verbinden. So trinkt mancher sein Bier zu Hause, das er sonst in froher Runde mit Freunden im Gasthaus genossen hätte. Das hat Folgen.

Im gesamten ersten Halbjahr gingen im Gastgewerbe die Umsätze um fast 40 Prozent zurück. 60 Prozent der befragten Mitglieder der DEHOGA sehen ihre Existenz als gefährdet an. Das sind in der überwiegenden Mehrzahl alles tragfähige gastronomische Konzepte, die eben einzig und allein durch die Auswirkungen der Pandemie akut gefährdet sind. So ist jetzt die Politik gefordert, geeignete und schnell umsetzbare Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Wir wollen den Bedrängten helfen.

Die vier Maßnahmen, welche der Antrag von CDU, Grünen und GUT vorsieht, tragen dem Rechnung, entsprechen dem Handlungsbedarf und sind unseres Erachtens dringend geboten. Dass wir hier zudem dem Bedürfnis der Bevölkerung entgegenkommen, etwas mehr südliche Atmosphäre in der Stadt zu verbreiten, wo doch viele Urlaube in diesem Jahr nicht in den sonnigen Süden führten, ist ein angenehmer und zudem nicht unbedingt ungewollter Nebeneffekt.

Die Genehmigung, großzügig zeitlich zu begrenzen, ist der Ausnahmesituation auch gegenüber der angrenzenden Nachbarschaft geschuldet. Deswegen bitte ich auch die Wirte, darauf zu achten, dass das Ausmaß der Beschallung der umliegenden Mitbürger in Grenzen zu halten ist.

Wenn die Gastronomie aufgrund der Einschränkungen in den Gaststätten etwa ein Viertel der Platzkapazitäten verliert, so ist es nur verständlich, ihr vor den Lokalen die Belegung zusätzlicher Flächen zu ermöglichen. Zu späterer Jahreszeit wäre ich sehr dankbar, wenn der Einsatz von Heizpillen, nein, Heizpilzen -

(Heiterkeit)

- das kann einem Apotheker schon mal passieren -

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das wäre die Lösung!)

- auf das unbedingt Nötige beschränkt würde.

Die Genehmigung von Pop-up-Biergärten ist für mich eine willkommene Bereicherung des Angebots von lokalen Gastronomiebetrieben. Natürlich werden wir darauf achten, dass hier nicht jede Menge Brüsseler Plätze entstehen.

Was wir sonst noch brauchen: Transparenz, Planungssicherheit und eine intensive Kommunikation zwischen Verwaltung und Gastronomie. Die Gastronomie muss vor allem zeitnah darüber informiert werden, wie und in welcher Weise wir und die Vorhabenträger mit den saisonbedingten Sonderveranstaltungen, zum Beispiel zu Halloween, Weihnachten und Karneval, umgehen werden. Wenn man weiß, wie wichtig der Karneval für das finanzielle Jahresergebnis des Bewirtschaftungsgewerbes ist, sollte schnellstens Planungssicherheit geschaffen werden. Das gilt natürlich nicht nur für die Stadt, sondern auch für das Festkomitee. Hier sind die Gespräche der Stadt mit der Branche sicherlich hilfreich und weiterhin effektiv zu führen. Transparenz ist immer das beste Mittel, die Sache in eine gute Richtung zu führen.

Liebe Kollegen, das war meine letzte Rede in dieser Funktion. Ich bedanke mich bei allen, mit denen ich in den letzten elf Jahren politisch zusammenarbeiten durfte. War ich einmal zu ungeduldig, so bitte ich um Nachsicht. Die Arbeit hat mir sehr viel Freude bereitet, und ich habe noch eine Menge dazugelernt. - Auf Wiedersehen.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Frank das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag, den wir heute einbringen, kommt in einer Sondersituation. Diese Sondersituation bezieht sich natürlich auf die Folgen der Corona-Krise, die die Gastronomie sehr hart getroffen hat. Wir stehen jetzt vor Herbst und Winter, und die Befürchtung ist, dass die bisher zumindest in gewissem Maße abgewendeten Insolvenzen jetzt die Branche einholen, wenn wir nicht zu bestimmten außergewöhnlichen Maßnahmen greifen, weil die sozusagen aus der wirtschaftlichen Not geboren sind.

Ich erinnere daran, dass bereits am 8. Mai 2020 der Wirtschaftsausschuss die Verwaltung beauftragt hat, zusätzlich Außengastronomieflächen auf Parkplätzen auszuweisen und für temporäre Ausweitungen von Außengastronomie zu sorgen. Das hat die Verwaltung dann auch nach gewisser Zeit umgesetzt, hat aber keine Anträge von Gastronomen zugelassen, die bisher noch keine Außengastronomie hatten. Das fanden wir nicht so hilfreich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb haben wir jetzt in diesem Antrag die Dinge sehr präzise formuliert: die Verlängerung der Genehmigungen für Außengastronomie - auch auf temporären Erweiterungsflächen - bis zum 31.12.2021, sofern Gastronomiebetriebe dies beantragen - das ist natürlich die Voraussetzung -, Genehmigungen auch für Gastronomiebetriebe, die bislang keine Außengastronomie betreiben, Genehmigungen von weiteren Pop-up-Biergärten von lokalen Gastronomiebetrieben und die Fortsetzung des Verzichts auf Erhebung von Sondernutzungs- und Bearbeitungsgebühren auch für das nächste Haushaltsjahr. Das ist, denke ich, ziemlich eindeutig, weil es natürlich nicht gut war, dass wir feststellen mussten, dass manchmal Gastronomiebetriebe von der Ordnungsbehörde abgewiesen wurden oder die Dinge auf die lange Bank geschoben werden. Das kann nicht sein. Hier darf der Spruch „Wir haben auch ohne Bürger genug zu tun“ nicht gelten.

Insofern ist dieser Antrag auch damit verbunden, ein deutliches Signal an die zuständigen Fachverwaltungen zu senden, insbesondere an das Ordnungsamt, hier zügig zu handeln

(Beifall von Lisa Hanna Gerlach [Einzelmandatsträgerin])

und auch sehr flexibel zu handeln, damit wir möglichst schnell zu Entscheidungen kommen. Denn es geht letztlich um Entscheidungen, die bereits im vierten Quartal schon gelten sollen, weil normalerweise dann die Außengastromiezeit zu Ende ist. Somit also ein deutliches Signal.

Es hat sich natürlich auch gezeigt, dass die Hygieneregeln in der Außengastronomie leichter umzusetzen sind und dass vor allem auch die Befürchtung von vielen Gästen, sich mit Corona anzustecken, geringer ist als in geschlossenen Räumen.

Jetzt haben wir hier noch zwei Änderungsanträge. Den Änderungsantrag der SPD könnte man so verstehen, als wenn die Verwaltung bei den doch sehr wenigen Popup-Biergärten - nach meiner Kenntnis sind es nur zwei - die Anwohnerinteressen nicht berücksichtigt hätte. Bei beiden ist die Anzahl der Anwohner doch sehr gering, weil im Inneren Grüngürtel meines Erachtens niemand wohnt. Insofern ist darauf, denke ich, verzichtbar, weil diese Verfahren natürlich die üblichen Genehmigungen durchlaufen. Insofern ist auch der Vorschlag der FDP, es mal ohne Genehmigung zu versuchen, sicherlich nett gemeint, aber nicht hilfreich. Wir sind nun einmal in einem Rechtsstaat, und da gibt es bestimmte Verfahren, an die man sich halten muss. Aber diese müssen dann auch wirklich zügig erfolgen.

Dann kam hier noch die Idee auf, es vielleicht mit Heizstrahlern zu versuchen. Wir sind zwar in einer Ausnahmesituation, aber dürfen jetzt nicht unsere bisher geltenden Umweltschutzbedingungen über Bord werfen. Jeder weiß, dass diese mit Gas betriebenen Heizstrahler hohe CO_2-Emissionen verursachen. Wenn man die über eine Saison laufen lässt, dann haben die einen Ausstoß, als wenn man mit dem Pkw 25 000 Kilometer fährt. Das ist keine Petitesse. Es ist, glaube ich, jetzt nicht

angesagt, dass wir wegen Corona unsere Umweltstandards einreißen. Das kann es nicht sein.

Insofern denke ich, dass es besser ist, wenn wir den Antrag schlank halten, wenn wir eine ganz klare Botschaft an die Verwaltung geben und ihn nicht mit unnötigen Schleifen und Sonderwünschen befrachten. Deshalb möchte ich auch an die Kollegen der SPD und der FDP appellieren: Unterstützen Sie diesen Antrag! Wir hatten schon im Mai im Wirtschaftsausschuss eine breite Mehrheit dazu. Sie wäre auch jetzt ein sehr gutes Zeichen, ein klares Signal, in dieser Notsituation der Gastronomie in Köln zu helfen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich Herrn Dr. Krupp als Nächsten auf der Redeliste.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Corona-Pandemie stellt uns alle und auch die Kölner Wirtschaft vor erhebliche Herausforderungen. Das gilt natürlich auch und nicht in letzter Konsequenz für die Kölner Gastronomie, die schwer darunter zu leiden hat. Ich glaube, darüber besteht absolute Einigkeit.

Insofern begrüßen wir es, wenn heute hier eine Lösung gefunden wird, um der Kölner Gastronomie unter die Arme zu greifen. Ich glaube, das ist dringend nötig. Köln ist auch deswegen eine lebenswerte Stadt, weil wir eine sehr lebendige Gastronomieszene haben. Diese zu schützen und zu erhalten, das muss uns allen auch etwas wert sein.

Insofern geht der Antrag von CDU und Grünen hier durchaus in die richtige Richtung. Es gibt nur eben Eingriffe wie diese Popup-Biergärten, die dann doch von der Quantität so enorm sind, dass die Anwohnerinteressen noch einmal besondere Berücksichtigung finden sollten.

Herr Frank, Sie haben eben gesagt, es hätte nur zwei gegeben und im Inneren Grüngürtel hätte es bestenfalls einige Eichhörnchen gestört, aber ganz so einfach ist es nicht. Wir sind uns durchaus einig darin, dass diese Pandemie leider nicht so schnell vorbei sein wird. Deswegen werden auch immer wieder diese Themen aufkommen. Vielleicht wird es sogar im Winter eine Diskussion über weitere Popup-Biergärten geben. Ich sage es mal so: Draußen ist offensichtlich das neue Normal - auch in der Gastronomie.

Deshalb ist das ein Thema, das durchaus Beachtung verdient, und deshalb ist es ein Thema, das es durchaus auch verdient, dass man Anwohnerinteressen direkt mitdenkt. Das will der SPD-Änderungsantrag. Der will doch einfach nur klarstellen bei einem solch enormen Eingriff, wie es Popup-Biergärten in der Nachbarschaft sein können, dass die Interessen der Anwohner besonders berücksichtigt werden. Dagegen kann doch sachlich eigentlich nichts sprechen, einfach nur aufzunehmen, dass die Verwaltung das bitte auch bedenkt - bei allem positiven Schwung, den wir jetzt hier mit den Anträgen hineingeben -, und das wohlwollend zu genehmigen, damit bei so großen Eingriffen wie einem Popup-Biergarten das durchaus auch Beachtung findet.

Ich fände es gut, wenn Sie über Ihren Schatten springen und diesen SPD-Änderungsantrag - wie auch manche Punkte des FDP-Antrags - übernehmen würden, damit von dieser Ratssitzung wirklich ein gemeinsames Signal ausgeht, dass wir die Kölner Gastro-Szene unterstützen und hier gemeinsam an einem Strang ziehen, aber auch die Interessen der Anwohner bei so etwas wie einem Popup-Biergarten im Blick haben.

Insofern: Geben Sie sich einen Schubs, nehmen Sie die Änderungsanträge doch einfach mit! Übernehmen Sie sie von mir aus auch. Darin steht schließlich nichts, was Sie nicht wollen können. Wer will denn hier hinausgehen und sagen: „Diesen Änderungsantrag, dass die Interessen der Anwohner auch berücksichtigt werden sollen, haben wir nicht mit aufgenommen, denn so wichtig sind die ja nicht!“? - So kann das doch offensichtlich nicht gemeint sein. Dann produzieren Sie auch kein Missverständnis, sondern geben Sie sich einen Ruck und übernehmen das. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab: Wir können diesem Antrag nicht zustimmen.

Liebe Antragsteller, Sie verlängern die Phase der Außengastronomie, ohne gleichzeitig eine Regelung zu schaffen, mit der Heizpilze verboten werden. Es spricht nichts dagegen, etwas für die Außengastronomie und für die Gastronomen zu tun. Das wurde hier mehrfach schon erläutert. Sie fühlen sich aber selbst nicht wohl dabei. Diesen Eindruck konnte man gewinnen, wenn man die Presseberichterstattung vom 08.09. gelesen hat, in der Sie zitiert waren.

Wir haben hier vor einiger Zeit den Klimanotstand beschlossen. Sie können sich daran bestimmt noch erinnern. Und dann belassen Sie es bei Appellen an die Wirte. Was Appelle und freiwillige Selbstverpflichtung der Wirtschaft in puncto Klimaschutz wert sind, haben wir uns nun lange genug angesehen: in der Autoindustrie, aber auch im Rest der Wirtschaft.

In Köln gibt es eine weitgehende Erlaubnis von Heizpilzen. Elektrische Heizpilze sind überall erlaubt. Auch sie verschmutzen die Umwelt, denn der Strom, den sie verbrauchen, stammt überwiegend aus nichterneuerbaren Energien. Ökologen halten sie ebenfalls nicht für akzeptabel.

Gasheizpilze, die furchtbar umweltschädlich sind, sind ebenfalls erlaubt. Lediglich in einigen Zonen, in denen besonders hohe Standards gelten, dürfen sie nicht aufgestellt werden. Andere Städte sind da weiter als Köln. Wieso können wir nicht Verbote wie in Münster erlassen? Dann müssen Wirte automatisch auf die Ausgabe von Decken zurückgreifen: für jeden Gastronomiebetrieb finanzierbar, auf alle Außenflächen anwendbar und klimaverträglich. Auch dann würden Gäste kommen, insbesondere bei den milden Wintern, die wir aktuell haben. Auf dem Weihnachtsmarkt trinken die Menschen auch ihren Glühwein, und zwar ohne Heizpilze.

(Beifall bei der LINKEN)

Machen wir uns nichts vor: Wenn Heizpilze nicht explizit verboten sind, werden Wirte sie massenhaft aufstellen - in der Hoffnung, dass sich dann der eine oder andere zusätzliche Kunde einfindet. Wir holen uns mit diesem Antrag in großer Zahl echte Klimakiller in die Stadt. Das können wir nicht mitmachen. Wir sagen Ja zu einer Verlängerung der Außengastronomie mit Decken, aber Nein zum Anheizen des Klimanotstandes. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel hat jetzt das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, wie es Ihnen Anfang Mai ging, aber ich werde mich noch lange daran erinnern, wie ich nach den zwei Monaten des totalen Lockdowns in einer Außengastronomie gesessen habe und mein erstes Mittagessen bei schönen Sonnenstrahlen gegessen habe. Ich glaube, wir alle haben in der Lockdown-Phase gemerkt, dass es Dinge gibt, die wir unwahrscheinlich wichtig nehmen und als soziale Menschen brauchen, und dazu gehört auch der Besuch eines Restaurants oder eines Cafés. Das war vielen von uns, glaube ich, nicht so bewusst.

Ich freue mich auch sehr, dass diese Debatte hier live zu sehen ist, und ich hoffe auch, dass sehr, sehr viele draußen oder auf den Tribünen das mitbekommen, um herauszufinden, wer hier in Wahrheit auf der Seite der Wirtinnen und Wirte ist, wer auf der Seite der Gastronomen ist und wer auf der Seite der Gäste ist.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann festhalten, dass Sie, Frau Tokyürek, ehrlich gesagt, deutlich gemacht haben, dass Sie überhaupt nichts von Gastronomie bzw. von Außengastronomie halten. Allen Ernstes zu behaupten, man könne sich ja wie auf einem Weihnachtsmarkt, der momentan noch überall abgesagt wird, hinstellen und einen Glühwein trinken, ist Hohn.

(Beifall bei der FDP)

Es geht um Gastronomie, es geht um Essen, und zwar um Essen und nicht nur um Trinken, und vor allem geht es nicht um enges Stehen, denn Stehen kühlt den Körper aus. In Zeiten, in denen wir alle hier unsere Hygieneregeln einhalten, allen Ernstes zu behaupten: „Ja, ihr müsst nur einige Decken auslegen“, ist Hohn hoch zwei.

(Beifall bei der FDP)

DIE LINKE verrät die Gastronomen, DIE LINKE verrät die Gäste.

Aber auch liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dass Sie hier aus gewissen Zwängen hinter Ihrer eigenen Landespartei zurückstehen müssen, liegt auf der Hand. Herr Laschet lässt sich dafür feiern, dass er Heizpilze und elektrische Pilze bejaht; Sie in Köln sind dagegen. Das zeigt

wieder einmal mehr, dass hier der Schwanz mit dem Hund wedelt. Lieber Herr Frank, ich will Sie nicht als „Schwanz“ bezeichnen - das würde ich mir niemals wagen -, aber Sie haben eben die Katze aus dem Sack gelassen, als Sie gesagt haben: Wir brauchen keine elektrischen Pilze oder Sonstiges. Hier bleiben Sie hinter Ihrer Landespartei zurück, die immerhin darüber nachdenkt, ausnahmsweise in Anbetracht dieser wirklich schwierigen Situation über den eigenen Schatten zu springen und bisherige Bedenken zurückzustellen. So weit sind Sie heute leider nicht gesprungen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Ja, das ist ja nur eine Tatsache, liebe Frau Kollegin, aber ich bin froh, dass ich die Gelegenheit habe, zu betonen: Die Grünen sind es, die in Köln die Heizstrahler verhindern. Die Grünen sind es auch, die einen Bürokratieabbau verhindern. Denn anders, als Herr Frank eben hat uns weismachen wollen, sind wir nicht für die grundsätzlich antragslose Genehmigung, sondern wir sind für die antragslose Verlängerung. Wir wollen eben nicht, dass ein bereits genehmigter Biergarten für die Verlängerung noch einmal in dem Behördenkram mündet, sondern wir sind hier wirklich für eine Erleichterung. Aber ich stelle fest: Die Kölner CDU, bislang eine Wirtschaftspartei, und die Kölner Grünen, niemals eine Wirtschaftspartei, möchten diese Erleichterungen nicht für die Wirtinnen und Wirte.

(Beifall bei der FDP)

Über das Thema Beheizbarkeit habe ich mich schon ausgelassen. Wir wollen keinen Gast im Kalten stehen lassen, und wir wollen auch keinen Gast im Regen sitzen lassen. Deswegen wollen wir auch - übrigens, wie die Kollegen in Bonn heute dort im Rat beschlossen haben, Heizstrahler und anderes auch -, dass es Möblierungen bzw. Vorrichtungen gibt, damit es regen- und winddicht ist, so wie Sie das alle aus Paris oder aus Rom kennen, dass man in einem geschützten Bereich sitzt. Das wollen wir, und dafür sind wir.

Ich stelle wiederum am Gesichtsausdruck von Ihnen, Herr Petelkau, fest, dass Sie kein Paris am Rhein wünschen, sondern dass Sie eskimoähnliche Zustände in unseren Biergärten wünschen.

(Beifall bei der FDP - Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Erlauben Sie mir diese Überspitzung, aber Sie müssen sich wirklich den Vorwurf hier gefallen lassen, dass Sie eben nicht den Wünschen der DEHOGA, dass Sie nicht den Wünschen der Wirtinnen und Wirte, der Café-Betreiber entsprechen, sondern hier aus Wahlkampfzwecken oder sonstigen Räsongründen eben nicht weit springen.

Wenn ich zusammenfasse, muss ich festhalten: Ihr Antrag geht in die richtige Richtung, er springt aber nicht weit genug. Ich hätte mir hier mehr Mut gewünscht - so, wie der Kollege Dr. Krupp -, dass Sie sich ein Herz nehmen, dass Sie auch diese formellen Bedenken wegen Nachbarschutz usw., was die SPD eingebracht hat, nicht einfach zur Seite wischen. Ich glaube, hier wäre es der richtige Zeitpunkt gewesen, den Kölner Gästen und den Kölner Wirten zu signalisieren: Der Stadtrat steht geschlossen für die Wirtinnen und für die Wirte sowie für die Gäste in unserer Stadt. Diese Chance haben Schwarz und Grün heute vermasselt. Der Bürger wird es sich hoffentlich merken. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Strahl hat noch eine Nachfrage.

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Lieber Herr Görzel, diese Wahlkampfshow nehme ich Ihnen so nicht ab. Ich habe gesagt: Zu späterer Jahreszeit wäre ich sehr dankbar, wenn der Einsatz von Heizpilzen auf das unbedingt Nötige beschränkt würde, und dem ist nichts hinzuzufügen. Das heißt, keiner sitzt mit dem Hintern im Kalten. Aber den Heizpilz als Werbemaßnahme vorher schon mal laufen zu lassen, das ist nicht nötig.

(Beifall bei der CDU)

Volker Görzel (FDP): Lieber Herr Kollege Strahl, ganz herzlichen Dank für die Anmerkung und für die Klarstellung. Allerdings hat Ihr Mitbegründer des Antrages, die Fraktion der Grünen, eben sehr deutlich gemacht, dass keine Heizstrahler erwünscht sind. Insofern müssen Sie sich diese Äußerungen des gemeinsamen Antragstellers zurechnen lassen. Sie hätten Gelegenheit gehabt, in den Besprechungen zu dem Antrag dies hineinzuverhandeln. Sie haben es aber nicht getan, und manchmal ist gut gemeint auch schlecht gemacht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt gibt es noch eine Frage von Herrn Petelkau

Bernd Petelkau (CDU): Nein, nein, Entschuldigung! Ich hatte nur noch eine Ergänzung zu unserem eigenen Antrag.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ach so, ich kann es nicht erkennen, ob das eine Frage ist oder nicht.

Bernd Petelkau (CDU): In einem Punkt können wir uns durchaus anschließen, aber dazu kommen wir dann gleich.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Frau Gerlach hat jetzt das Wort.

Lisa Hanna Gerlach (Einzelmandatsträgerin): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Besonders grüße ich die im Stream zuschauenden Veranstalter*innen und Gesagirl.

Ich glaube, wir alle möchten die Außengastronomie in Köln stärken. Leider haben aber bisher nur ganz wenige Gastrobetriebe überhaupt die Möglichkeit, sich nach draußen zu verlegen - Heizpilze hin oder her. Die große Mehrheit wird von diesem Antrag nach bisherigen Reden eher nicht erreicht. Wer hier insbesondere wieder hinten hinunterfällt, sind die Gastronomen, die sich außerdem Clubbesitzer*innen, Veranstaltende und Kulturschaffende nennen.

Sie erinnern sich: Unter dem Hashtag *KulturBewegt* hatten wir vor drei Wochen eine Demo am Aachener Weiher. Gesprochen haben dort Vertretende der SPD, der CDU, der Grünen, und sie versicherten der Branche ihre Unterstützung. Denn die Clubs waren schließlich die ersten, die schließen mussten, und vermutlich werden sie auch die letzten sein, die wieder öffnen dürfen. Wenn hier nicht bald massiv und mit ungewöhnlichen Mitteln unterstützt wird, dann wird es die Clubszene so, wie wir sie kannten, nie wieder geben.

Inwieweit kann dieser Antrag also der Clubszene helfen? - Außengastronomie umfasst im Zweifel auch die Party im Park, den Techno-Rave im Grünen, das Konzert mit Tanz auf Abstand. Mit diesem Antrag wäre das alles möglich. Das Zauberwort heißt „Sondernutzungserlaubnisse für externe Flächen“. Davon würden wir für Köln ganz viele brauchen. Nach dem Motto: Besser legal feiern als illegal.

Wie sieht es denn bisher in Köln damit aus? - Derzeit ist es fast nicht möglich, unter zumutbaren Bedingungen eine Erlaubnis zum Draußen-tanzen zu bekommen. Auf den Sondernutzungserlaubnissen, den Genehmigungen für Open-Air-Veranstaltungen, sitzt das Grünflächenamt, und obwohl es genug Flächen gäbe, die sowohl mit ÖPNV erreichbar wie auch außerhalb und weit genug entfernt von Anwohnern wären, werden die Genehmigungen nicht erteilt. Jörg Frank hatte auch darauf hingewiesen. Das Grünflächenamt ist da sehr, sehr zögerlich.

Stattdessen ist die Stadt derzeit voll mit Straßenpartys sowohl unter der Woche als auch am Wochenende. Zudem gibt es heimliche Raves. Wir hatten unter dem Hashtag *DraussenTanzen* im letzten Herbst bereits vorgearbeitet. Meine Anfrage zu entsprechenden Vergabemöglichkeiten wurde aber leider durch die Verwaltung damals regelrecht abgeschmettert. Die Kölschen Grünflächen sollen anscheinend vor allem zum Ansehen sein, weswegen die planungstechnischen, zeitlichen und finanziellen Hürden seitens der zuständigen Ämter weiterhin extrem hoch gehalten werden. Viele Veranstaltende kapitulieren deswegen aber nicht, sie machen ihr Ding einfach heimlich. Es gibt um die Tausend Veranstalterkollektive hier in Köln. Da geht also einiges ab. Und das schädigt im Zweifel: die Gesundheit, die Umwelt - denn dafür gibt es keine Konzepte -, die Menschen und das Steuersäckel durch entgangene Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Gewerbesteuer und einiges mehr.

Tatsächlich gibt es ausgearbeitete und verantwortungsvolle Konzepte wie Open-Air-Partys mit genügend Abstand, strengen Einlasskontrollen, personalisierten Vorverkaufskarten. Es gibt aus dem letzten Jahr noch eine Art Kopfgruppe, die sich aus einer breiten Mehrheit der Veranstaltenden gebildet hatte. Sie sprechen von einem „Veranstalterführerschein“ für die Vergabe von geeigneten Flächen, was sie ihrerseits mitorganisieren könnten. Mehrere Gastronomen könnten sich Flächen teilen. Sie könnten sie unterschiedlich nutzen: Techno, Jazz, Schlager, Metal. Auf jeden Fall

ist bunt alles möglich. Ganz viel Vorarbeit gibt es schon.

Meine Redezeit schließe ich jetzt mit einem Appell: Meine Damen und Herren, bitte ermöglichen Sie es dem Grünflächenamt und seinen Erfüllungsgehilfen im Ordnungsamt, die notwendigen Genehmigungen zeitnah und unbürokratisch zu vergeben. Diese Aufgabe ist langfristig, und sie richtet sich auch an diejenigen, die im nächsten Rat vertreten sein werden. Sie könnten bitte für unsere Stadt, für die Veranstaltungsbranche und für alle, denen daheim die Decke auf den Kopf fällt, die Corona-Koller haben, noch den Herbst und Winter 2020 und am besten gleich das ganze nächste Jahr retten. Denn dieser Antrag geht bis zum 31.12. nächsten Jahres, und da braucht man nicht immer Heizpilze. Wir Kölnerinnen und Kölner würden es Ihnen so sehr dankbar. Denken Sie daran: Besondere Zeiten erfordern besondere Maßnahmen.

Auch für mich war das nun heute die letzte Rede. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Machen Sie es gut.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen! Es ist wahrscheinlich notwendig, einige Dinge klarzustellen, weil teilweise auch ein bisschen Unkenntnis herrscht.

Also: Durch den Klimawandel, der verursacht wurde, haben wir bereits andere Temperaturen im Rheinland als noch vor fünf oder zehn Jahren, milde Winter usw. usf. Das heißt also, die Notwendigkeit für die Aufstellung von gasbetriebenen Heizpilzen ist oft gar nicht gegeben.

Trotz allem ändert unser Antrag aber nichts an der bestehenden Regelung, die in der Verwaltungsvorlage 1938/2010 nachzulesen ist. Dort heißt es nämlich, dass in bestimmten Bereichen Heizstrahler erlaubt sind, aber die werden nicht mit Gas, sondern mit Elektrizität betrieben, sind also etwas weniger umweltschädlich. Diese Regelung heben wir jetzt nicht auf.

Allerdings müssen diese Geräte unter der Schirm- und Markisenbespannung angebracht sein. Das sind die geltenden Auflagen. Das prüft natürlich die Verwaltung nach. Nicht mehr und nicht weniger. Deshalb müssen wir jetzt hier keine Heizstrahlerdebatte führen, sondern wir behalten einfach diese Regelung bei.

Die Grünen haben jetzt auch nicht beantragt, das zu verschärfen, weil wir eben in einer außergewöhnlichen Situation sind. Darüber kann man nach der Pandemie sprechen, ob man die Heizstrahler überhaupt noch braucht.

Das Zweite ist: Die Ziffer 1 betrifft die bereits bestehenden Genehmigungen. Da kam der Vorschlag, dass die formlos verlängert werden. Da muss es dann heißen:

> … die Genehmigungen für Außengastronomie - auch auf temporären Erweiterungsflächen … formlos zu verlängern.

Ich denke, damit ist insgesamt allen Interessen Genüge getan, die Dinge hier möglichst flexibel und flüssig zu halten. Ich denke, unter den Gegebenheiten müsste eigentlich sogar DIE LINKE zustimmen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Ich glaube, wir alle wollen das Gleiche. Wir wollen der Gastronomie nämlich erleichtern, Außengastronomie zu betreiben, damit sie Geld verdienen kann.

Ich möchte Sie trotz der tollsten Ideen hier daran erinnern, dass es eine Sondernutzungssatzung gibt, nach der wir uns zunächst richten müssen, dass es ein Landes-Immissionsschutzgesetz gibt. All das sind Regelungen, die in die Erlaubnisse einbezogen werden müssen. Zumindest das Landes-Immissionsschutzgesetz können wir nicht aufheben. Ich nehme an, dass Ihnen allen - da Sie sich mit dem Thema beschäftigt haben - das auch bekannt ist.

Ich komme jetzt zur Abstimmung und rufe als Erstes den Änderungsantrag der FDP auf. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die AfD und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-

Fraktion, die FDP, Herr Wortmann und Frau Gerlach. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann rufe ich den Ursprungsantrag mit der mündlichen Ergänzung von Herrn Frank auf. Gibt es Gegenstimmen? - Der LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Dann ist dem so zugestimmt. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Änderung:

1. die Genehmigungen für Außengastronomie – auch auf temporären Erweiterungsflächen – bis zum 31.12.2021 zu verlängern, ohne dass eine zusätzliche Beantragung nötig ist,

Der Rat beschließt folgenden Zusatz:

5. die Ausweitung der Öffnungszeiten für Außengastronomie wohlwollend zu prüfen und zu genehmigen,

6. die Beheizbarkeit bei der Außengastronomie, auch die Möglichkeit der Nutzung von elektronischen und gasbetriebenen Heizstrahlern, wohlwollend zu prüfen und zu genehmigen,

7. die Möglichkeit, die Außenbereiche wetterfest zu gestalten, wohlwollend zu prüfen und zu genehmigen,

8. die Einführung eines Stadtgutscheins / Kölngutscheins zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft, nach Vorbild Bergisch Gladbach, zu prüfen. Insbesondere soll hierbei geprüft werden, inwieweit die bisher vorhandene Struktur der „Schenk Lokal-Gutscheine“ genutzt und ausgeweitet werden kann,

9. die Möglichkeit einer antragslosen und unbürokratischen Gebührenbefreiung des Einzelhandels für Warenplatzierungen vor dem Ladenlokal wohlwollend zu prüfen und zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, FDP und AfD sowie RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II. Abstimmung über den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion Beschluss:

3. die Genehmigung von weiteren Pop-up-Biergärten unter Berücksichtigung der Interessen der Anwohner von lokalen Gastronomie-Betrieben ebenfalls wohlwollend zu prüfen und zu genehmigen,

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und FDP sowie RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

III. Abstimmung über den Ursprungsantrag mit einer mündlichen Ergänzung Beschluss:

Der Wirtschaftsausschuss hat am 08.05.2020 die Verwaltung mit Maßnahmen beauftragt, unter den Restriktionen der Covid-19-Pandemie den Kölner Gastronomie-Betrieben befristet eine Ausweitung der Außengastronomie zu ermöglichen und auf die Erhebung von Sondernutzungs- und Bearbeitungsgebühren zu verzichten.

Da ein Ende der Corona-Situation derzeit nicht absehbar ist, beauftragt der Rat die Verwaltung, diese bewährten Maßnahmen zu verstetigen und zu erweitern.

Der Rat beauftragt hierzu die Verwaltung,

1. die Genehmigungen für Außengastronomie - auch auf temporären Erweiterungsflächen - bis zum 31.12.2021 formlos zu verlängern, sofern Gastronomie-Betriebe dies beantragen,

2. Anträge von Gastronomie-Betrieben, die bislang keine Außengastronomie betreiben, wohlwollend zu prüfen und zu genehmigen,

3. die Genehmigung von weiteren Pop-up-Biergärten von lokalen Gastronomie-Betrieben ebenfalls wohlwollend zu prüfen und zu genehmigen,

4. auf die Erhebung von Sondernutzungs- und Bearbeitungsgebühren auch für 2021

zu verzichten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Anmerkung:

Mündlicher Ergänzungsantrag von RM Frank zu Ziffer 1 („…formlos zu verlängern…“)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

3.1.9 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Schaffung einer Linie 2 statt der Busspur auf der Aachener Straße“

AN/1172/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1227/2020

Ich gebe Herrn Sterck das Wort.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Man darf ja Anträge eigentlich nur alle drei Monate neu stellen!)

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ja, wir haben über die Linie 2 - ich habe bereits die ersten Zwischenrufe im Vorhinein gehört - schon einmal gesprochen. Ich muss aber zugeben: Es war eine sehr aufgeheizte Situation damals. Dann schaut man natürlich erst einmal, wie man einen politischen Geländegewinn machen kann, und schaut nicht so sehr auf die Sache.

Da wir viel Zuspruch für diese Idee aus der Bürgerschaft bis zu Amtsleitern, wie Frau Blome, bekommen haben, die mir gesagt haben: „Ja, wir brauchen eine zusätzliche Möglichkeit auf der Ost-West-Achse“, haben wir uns dann getraut, das hier entsprechend noch einmal einzubringen.

Der Zuspruch, über den ich mich am meisten gefreut habe, war der vom VCD-Arbeitskreis ÖPNV, der in deren Zeitung, in der *Rheinschiene,* veröffentlicht war. Wir haben Ihnen den Link mit den Unterlagen entsprechend zukommen lassen. Auf Seite 42 finden Sie deren Überlegungen.

Jetzt kann man vom VCD natürlich nicht erwarten, dass dort der Begriff „Linie 2“ vorkommt, aber sie sagen auch: Ja, man kann zusätzliche Bahnen auf der Aachener Straße einsetzen. Weiter sagt der VCD - das ist die neue Idee und war auch Thema in der letzten Debatte hier -: Die Bahnen können sogar den Neumarkt erreichen. Das hatten wir uns gar nicht getraut. Wir dachten an ein Wendegleis auf der Hahnenstraße, sodass die Endhaltestelle der Rudolfplatz gewesen wäre, aber das ist suboptimal. Dort sind die Leute zwar in der Innenstadt, aber eben nur am Ring. Die meisten wollen den Neumarkt erreichen, auch wegen der guten Umsteigemöglichkeit. Der VCD sagt: Wir können sogar, wenn wir die Gleise der Neumarkt-Westseite entsprechend umbauen, den Neumarkt erreichen.

Jetzt mag es hier Fraktionen geben, die etwas näher zum VCD stehen, gerade die FDP-Fraktion. Wir fanden das eine sehr kreative Möglichkeit und haben gesagt: Es lohnt sich doch, eine solche Idee vom VCD auch hier im Rat noch einmal zur Abstimmung zu stellen.

Ja, bezüglich der Busse auf der Aachener Straße - ich will das jetzt hier nicht unnötig anheizen - gibt es unterschiedliche Wahrnehmungen über den Erfolg. Bernd Petelkau hat bei einer Podiumsdiskussion einmal von einem Erfolgsmodell gesprochen. Wir selbst haben in der letzten Woche auf der Aachener Straße morgens an den Haltestellen Wahlkampf betrieben. Es stimmt, dort gibt es vor 8 Uhr durchaus Busse, die gut gefüllt sind; das muss ich zugeben. Aber wenn der Schulverkehr vorbei ist, wenn Sie da vor dem Merzenich am Maarweg stehen, wo wir unseren Kaffee getrunken haben, dann fahren die Busse auch schon wieder um 8.30 Uhr leer an Ihnen vorbei. Für den Schulbus mag das eine gute Erfindung sein, aber für den Regelbetrieb sicherlich nicht.

Insbesondere, was den Eingriff in die Aachener Straße mit dieser Busspur angeht, dazu muss ich sagen: Die war an jenem Morgen am Maarweg auch noch zugeparkt. Da wundere ich mich, warum dort nicht der entsprechende Kontrolldruck vonseiten des Ordnungsamtes aufgebaut wird, dass wenigstens solch eine Busspur freigehalten wird. Aber das ist nicht das Thema des Antrags.

Uns geht es heute um die leistungsfähige ÖPNV-Trasse, die wir auf der Aachener Straße schon haben, nämlich die Schienen der KVB, die heute von der Linie 1 genutzt werden. Zusätzliche Wagen der KVB sind in Produktion, sodass wir - bis die Dreifachtraktionen dort auf der Linie 1 eingesetzt

werden können - diese Linie 2 zusätzlich mit den alten Wagen, die dann etwas länger genutzt werden, entsprechend bedienen können.

Daher, liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie bei der heutigen Sitzung nicht so sehr darauf schauen, was oben auf dem Briefkopf steht. Liebe Grünen, denkt einfach daran: Der FDP-Antrag enthält VCB pur. Es lohnt sich, dem zuzustimmen. Schauen Sie darauf, was die Aachener Straße an ÖPNV-Angebot gebrauchen kann, und zwar eine zusätzliche Linie 2 auf der Gleistrasse. In diesem Sinne würde ich mich freuen, wenn Sie unserer Initiative zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Pöttgen das Wort.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe FDP-Fraktion, herzlichen Dank dafür, dass die Rede zur Ost-West-Achse heute meine letzte Rede sein darf. Das freut mich sehr. Die letzte Debatte zu diesem Thema ist 14 Monate her, die ich aus bestimmten Gründen verpasst habe. Deswegen freut es mich, dass ich es nachholen darf, dazu heute noch einmal zu sprechen.

Wir stimmen heute dem Antrag der FDP-Fraktion zu. Wir vertreten genau dieselbe Position und sind letztes Jahr im Juli angetreten mit dem Slogan: „Extra-Bahnen statt Bremsbusse“. Wir haben nämlich damals schon gewusst, dass Verstärkerfahrten der Linie 9 und der Linie 15 der KVB jetzt schon nicht mehr gebraucht werden und man diese tatsächlich auf die Aachener Straße umlegen könnte. Das Gleis an der Hahnenstraße beispielsweise haben Sie auch einmal zeichnen lassen. Dort an der Stelle ist also tatsächlich genug Platz.

Leider muss ich zum Abschluss festhalten: Es war regelmäßig so, dass die schwarz-grüne Verkehrspolitik immer punktuell Probleme gelöst hat, ohne das große Ganze irgendwie im Blick zu haben. Wir hätten also an dieser Stelle bestehende Infrastruktur besser ausnutzen können. Sie wollten aber tatsächlich einfach nur Ihre Mehrheit hier im Stadtrat für den Kompromiss der Ost-West-Achse hinbekommen. Deswegen musste es diese Bremsbusse geben.

Heute sind die Oberbürgermeisterin und Sie so ehrlich und sagen: Die Bremsbusse haben tatsächlich das Durchfahrtsverbot verhindert, und deswegen haben wir die Einigung vor Gericht hinbekommen: das Dieselfahrverbot. Es ist natürlich so, dass das keine besonders wirksame Maßnahme ist.

Die von mir sehr geschätzte Kollegin Bezirksbürgermeisterin Frau Blömer-Frerker hat sich gefreut, als sie im Aufsichtsrat der KVB hörte, dass die Bremsbusse überproportional wieder voll wären im Verhältnis zu dem Zeitpunkt, als die Corona-Pandemie in Deutschland ausbrauch. Das Problem ist nur: Bei „sehr wenig“ ist man schneller wieder auf dem alten Niveau als tatsächlich bei vollen Bussen, wie sie zahlreich in Köln vertreten sind. Die auf der Aachener Straße gehören definitiv nicht dazu.

Wir haben im Jahr 2016 in diesem Stadtrat auch dazu einen Beschluss gefasst, die Stadtverwaltung möge ein Schnellbuskonzept mit der Region planen und abstimmen. Die Oberbürgermeisterin - das freut uns als SPD, weil es sich mit unserem Wahlprogramm deckt - fordert auch ein 365-Euro-Ticket. Wir haben auf Antrag der SPD-Fraktion im VAS ein Gutachten in Auftrag gegeben, was herausgefunden hat, wie man denn die Kapazitäten, die ein 365-Euro-Ticket tatsächlich notwendig macht, umsetzen könnte, und zwar relativ schnell, nämlich innerhalb von wenigen Jahren. Dabei kam heraus: Einzig und allein ein regionales Schnellbussystem wird diesen Kapazitätszuwachs um 20 Prozent innerhalb weniger Jahre tatsächlich leisten können. Das kostet 1 Milliarde Euro in der Region, was wir seit dieser Studie auch wissen. Leider warten wir auch da seit mittlerweile vier Jahren nach dem Auftrag auf die Umsetzung von der Stadtverwaltung. Deswegen ist es schade, dass die Verkehrspolitik von Schwarz-Grün immer nur punktuell einzelne Probleme vermeintlich lösen wollte, aber das große Ganze nicht im Blick hatte.

Hier haben Sie jetzt tatsächlich drei Linien verhindert. Die Anbindung des Stadtwaldviertels beispielsweise ist im Stadtbezirk Lindenthal eine Busmaßnahme, die aufgrund dieser Bremsbusse nicht gekommen ist. Das müssen Sie Ihren Wählerinnen und Wählern erklären, warum Bedarfe, die real gegeben sind, nicht durch grüne Verkehrspolitik gedeckt werden.

Deswegen vielen Dank für die Initiative. Wir stimmen heute mit einem freudigen Lächeln zu. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Michel das Wort.

Dirk Michel (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Verwaltung! Ich versuche, mit dem Antrag respektvoller umzugehen, als es die FDP in diesem Thema je getan hat.

Leider ist die FDP am Tag der Entscheidung zur Ost-West-Achse zu früh falsch abgebogen. Für einen Planungsbeschluss eines Infrastrukturprojekts in der Größenordnung hätten Sie Ihre Befindlichkeiten und Ihre Skepsis gegenüber den Verstärkerbussen hintanstellen müssen, um verantwortungsvoll zu handeln. Das Wortprotokoll aus dem Dezember 2018 zeigt Ihren Vorschlag der sogenannten Linie 2 unter der Annahme, dass 2020 die neuen Bahnen fahren. Da die Bahnen aber erst 2023 geliefert und 2024 fahren werden und wir keine weiteren Fahrzeuge zur Verfügung haben, kann Ihr Vorschlag leider nicht zu einer Entlastung beitragen.

Die notwendige Wendeanlage steht leider auch nicht kurzfristig zur Verfügung, siehe Gutachten. Unabhängig davon, dass ein solch exponierter Ort konsensfähig sein müsste.

Anstrengend wurde es, als Sie anfingen von sich abzulenken und die Linien 172 und 173 ab Start zu befeuern: Erst war es der Untergang des Einzelhandels in Braunsfeld, dann wurde die Verwaltung bezüglich der Pförtnerampel verhöhnt sowie Staus bis ans Autobahnkreuz West herbeigeredet - natürlich auch in die Wohnviertel.

Wir haben Sie hier über die Bedeutung vom Luftreinhalteplan und die Verhinderung von Fahrverboten aufgeklärt und darüber, dass eine moderne Signalisierung den Verkehrsfluss verbessert. Wir sollten recht behalten. Wir haben die Fahrverbote verhindert.

Zum Glück wurden Ihre Behauptungen widerlegt, aber die Geschichte der Linie 2 wurde von Ihnen im Kölner Westen weitererzählt. Jetzt blieb Ihnen nur noch die Story der leeren Busse. Die Datenerhebung vor dem Lockdown zeigte mit 2 200 werktäglichen Fahrgästen in den Bussen eine nennenswerte Nachfrage bei deutlich steigender Tendenz. Gerade die neu geschaffenen Direktverbindungen zwischen den Wohnquartieren zum Hauptbahnhof waren der Grund. Leider hätte das eine Linie 2 auch nicht bieten können.

Im Aufsichtsrat vor 14 Tagen hörten wir, dass die Linien 172 und 173 mit der höchsten prozentualen Steigerung aller Linien in den letzten Wochen aufgefallen sind. Resümee: Wir wollen zügig in den Haltestellenumbau der Ost-West-Achse einsteigen, und gerade in diesen Baustellenphasen gewinnen die Linien noch einmal mehr an Bedeutung. Obwohl Sie die Geschichte bestimmt noch bis Sonntag weitererzählen, wird sie, glaube ich, nicht gut ausgehen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wolter das Wort.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben Wahlkampf. Da gibt es viele Ideen, wie man die Stadt im Bereich Verkehr und Mobilität verändern kann. Das ist zunächst einmal nichts Schlechtes. Das Problem vieler dieser Vorschläge ist, dass sie sich erst in vielen Jahren verwirklichen lassen. Wir kennen das alle: Planung, Bürger*innen- Beteiligung, Beschlüsse auf verschiedenen Ebenen, Planfeststellungen, Ausschreibungen, Finanzierung, Bau. So ist es auch mit dieser - wie Sie sie nennen - Linie 2.

Ich will vorwegschicken: Wir hätten auch gern mehr Bahnen auf diese Linie 1 gesetzt.

(Ralph Sterck [FDP]: 14 Monate verloren!)

Aber das haben wir alles schon letztes Jahr diskutiert. Wir brauchten letztes Jahr eine Lösung und nicht erst eine in vier Jahren.

Nach wie vor ist es so, dass in den Stoßzeiten der Neumarkt das Nadelöhr ist und bleibt, und ich prognostiziere hier, das wird auch noch in zehn Jahren so sein - egal, welche Ost-West-Lösung kommen wird.

Bei der Wendeanlage auf dem Rudolfplatz mache ich wirklich drei große Fragezeichen, wie es gelingen soll, das in diesem sensiblen Bereich an der Stelle herzustellen.

Deshalb ist dieser Antrag obsolet, weil diese Varianten schon geprüft sind. Das wissen Sie auch. Sie streuen den Menschen im Kölner Westen Sand in die Augen. Ein erforderliches Planfeststellungsverfahren dauert mindestens drei bis vier Jahre. Da sind die Expressbusse schon fünf Jahre in Betrieb. Ich habe mir auch sagen lassen, wir bräuchten für die Taktverdichtung mindestens zehn Stadtbahnwagen, um das auf dieser Strecke Weiden West/Rudolfplatz hinzubekommen. Auch die müssen noch einmal zusätzlich bestellt werden, oder wir müssen die Planung so verändern, dass sie dann entweder on top kommen oder an anderer Stelle wieder abgezogen werden.

Außerdem ist eben auch schon gesagt worden: Die Expressbuslinie ist Bestandteil einer gerichtlichen Vereinbarung zur Vermeidung von Fahrverboten für Dieselfahrzeuge auf der Aachener Straße. Das will hier wirklich keiner aufs Spiel setzen.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Sie wollen den Kindern in Widdersdorf, Weiden und Junkersdorf den Bus wegnehmen, mit dem sie umsteigefrei in die Schulen kommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Sie wollen den Berufspendlern den Bus wegnehmen, mit dem sie ihre Fahrtzeit erheblich verringern können.

(Widerspruch bei der FDP)

- Doch, das wollen Sie wohl!

Auf Nachfrage sagte uns die KVB aktuell, dass von den über 2 000 Fahrgästen im Februar, die es auf den Linien 172 und 173 gab, nach dem pandemiebedingten Einbruch mittlerweile wieder 66 Prozent der Fahrgäste zurück sind - mehr als auf allen anderen Strecken. Zwischen 7 und 8 Uhr sind die Busse voll. Es war genau das Ziel dieser Expressbusse, die Spitzen in der KVB zu vermindern, damit die Fahrgäste, die auf die Linie 1 angewiesen sind, damit auch fahren können und nicht schon an der Haltestelle Junkersdorf nicht mehr in die Bahn kommen. Mit diesen 2 000 Fahrgästen haben wir diese Spitze genommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Ich gehe fest davon aus, dass die Linien weitere Akzeptanz finden und sich positiv entwickeln werden.

Herr Hammer und ich haben uns das am Dienstag noch einmal angeschaut: Der Bus war voll. Wir wissen sogar, dass die Linie, die von Widdersdorf kommt, schon in Widdersdorf rappelvoll ist. Da ist sie noch nicht einmal aus dem Stadtteil hinausgefahren. Ich wette, dass wir auch nach der Kapazitätssteigerung auf der Linie 1, wenn das denn mal in etlichen Jahren mit den langen Zügen möglich ist, diese Expressbusse weiterhin brauchen werden, weil sie die Menschen - egal, ob Schüler, Berufspendler oder wer auch immer - schneller und besser in die Stadt bringen. Es werden mehr Menschen in den nächsten Jahren umsteigen, und wir werden die Busse auch weiterhin brauchen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es sehr schade, dass ein solch konstruktiver Ansatz, wie er von Herrn Sterck und der FDP-Fraktion vorgelegt wurde, verquickt und verbunden wird mit diesem völlig überzogenen, destruktiven Bashing gegenüber der Expressbuslinie.

Andreas Pöttgen, Sie nicken, aber Sie sind einer derjenigen, der dieses Bashing gegenüber den Expressbuslinien am heftigsten fährt. Ich finde es wirklich schade, dass wir nicht konstruktiv über einen solchen Vorschlag diskutieren.

Da wäre ich auch bei Ihnen, Herr Wolter. Sie müssen die Zeiten schon auch realistisch darstellen. Es ist völlig richtig, das wird natürlich nicht von heute auf morgen gehen, auch eine Wendeschleife am Neumarkt muss gut geplant werden. Es gibt ein Planfeststellungsverfahren und Zipp und Zapp. Aber es würde eine Dekade zwischen der Realisierung von diesem Projekt und der Realisierung von der Ost-West-Bahn oberirdisch und zwei Dekaden zwischen der Realisierung der Ost-West-Bahn unterirdisch liegen. Also muss man doch über einen solchen Vorschlag konstruktiv nachdenken.

Herr Sterck macht im Prinzip zwei Vorschläge. Herr Sterck sagt einmal: Wir schauen, ob wir die Wendeschleife an der Hahnenstraße hinbekommen. Das hat mit Sicherheit Nachteile, weil die

Umsteigemöglichkeiten dort natürlich wesentlich geringer sind als am Neumarkt. Aber es würde einen zeitlichen Vorteil von vielen Jahren bedeuten, wenn wir das machen würden. Es spricht aber überhaupt nichts gegen die Weiterführung der Expressbuslinien. Herr Wolter hat richtigerweise gefragt: Wollen Sie das den Berufstätigen, die momentan mit dem Expressbus bis zum Hauptbahnhof fahren - ob sie jetzt aus Widdersdorf kommen oder aus Weiden -, nehmen? - Nein, dafür besteht überhaupt kein Anlass.

Diese Häme, dass der Expressbus vielleicht momentan nicht so gut besucht ist, wie wir uns das alle wünschen, ist doch völlig überflüssig und sachlich auch völlig falsch. Es ist doch klar, dass diese Expressbuslinie in erster Linie als Entlastung zur Linie 1 gedacht war. Wir haben aber wegen Corona auch auf der Linie 1 bei weitem keine 100-Prozent-Auslastung. Also ist es doch logisch, dass der Expressbus jetzt auch nicht rappelvoll sein kann. Wir müssen dem Expressbus noch zwei Jahre Zeit geben, und dann müssen wir schauen, wie viele Leute tatsächlich dort mitfahren.

Ich bitte noch einmal die Antragsteller von dem FDP-Antrag: Bitte ziehen Sie Ihren unnötigen Punkt 2 mit diesem Bashing zurück. Dann könnten wir hier einen breiten Konsens darüber herstellen, dass man sich die Linie 2 konstruktiv noch einmal anschaut und gegebenenfalls fünf Jahre gewinnt, was mehr Straßenbahnen in Köln angeht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen und dann über den Ursprungsantrag der FDP.

Wer dem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Ich lasse dann über den Ursprungsantrag der FDP abstimmen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Bitte punktweise abstimmen!)

Ich bin schon bei dem Ursprungsantrag.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: FDP-Antrag!)

Ja, okay. Das lasse ich punktweise abstimmen.

Spiegelstrichweise?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ja, spiegelstrichweise!)

Zwei Spiegelstriche.

Über den Antrag der FDP, erster Spiegelstrich: Wer dem zuzustimmen wünscht, Handzeichen bitte. - Das sind die SPD-Fraktion, DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Dann zweiter Spiegelstrich: Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die FDP, Herr Wortmann und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch der Antrag abgelehnt.

I. Abstimmung über den Ersetzungsantrag der Fraktion Die Linke. Beschluss:

Der Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, in Absprache mit der KVB alle nötigen Maßnahmen zur schnellstmöglichen Einrichtung einer Stadtbahnlinie 2 zwischen Müngersdorf und ~~Rudolfplatz bzw.~~ Neumarkt einzuleiten. ~~Dabei sind die Überlegungen~~

~~der VKT GmbH mit der Schaffung eines Wendegleises in der Hahnenstraße (siehe Anlage 1) und~~ Basis hierfür sind die Überlegungen des VCD-Arbeitskreises ÖPNV mit der Schaffung einer Wendemöglichkeit am Neumarkt (siehe Rheinschiene Nr. 64, Seiten 42 bis 45 https://nrw.vcd.org/fileadmin/user_upload/NRW/Verbaende/Koeln/RHEINSCHIENE/RS64_Winter201920.pdf) ~~einzubeziehen~~.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

II. Spiegelstrichweise Abstimmung über den Ursprungsantrag Abstimmung über den ersten Spiegelstrich

Beschluss:

Der Rat möge beschließen:

- *Der Rat beauftragt die Verwaltung in Absprache mit der KVB alle nötigen Maßnahmen zur schnellstmöglichen Einrichtung einer Stadtbahnlinie 2 zwischen Müngersdorf und Rudolfplatz einzuleiten. Dabei sind die Überlegungen der VKT GmbH mit der Schaffung eines Wendegleises in der Hahnenstraße und des VCD-Arbeitskreises ÖPNV mit der Schaffung einer Wendemöglichkeit am Neumarkt (siehe Anlage 2) einzubeziehen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP und AfD sowie RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

Abstimmung über den zweiten Spiegelstrich Beschluss:

- *Mit Schaffung der neuen Linie 2 können die Busspuren auf der Aachener Straße zurückgebaut und das Angebot der Linien 172 und 173 der der Nachfrage (z.B. Schulbusse) angepasst werden.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, FDP und AfD sowie RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

Der Ursprungsantrag ist somit abgelehnt.

Anmerkung:
Spiegelstrichweise Abstimmung auf Antrag von RM Weisenstein.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

3.1.10 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Social Media Konten der Oberbürgermeisterin“

AN/1174/2020

Es spricht Herr Tritschler.

Sven Tritschler (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Stellen wir uns einmal Folgendes vor - der Anfang ist einfach -: Henriette Reker entscheidet sich 2015, damals noch als Beigeordnete, für das Amt der Kölner Oberbürgermeisterin zu kandidieren. Als Wahlkampfzentrale nutzt sie ein kleines Häuschen, mehr eine Hütte, die ihr gehört. Als sie gewählt wird, schließt sie als Stadtoberhaupt im Namen der Stadt Köln, ohne den Rat zu fragen, mit sich selbst eine Vereinbarung: Sie als Privatperson bleibt Eigentümerin von Hütte und Grundstück, und die Stadt Köln übernimmt Pflege und Unterhalt.

Nun gehen die Jahre unter ihrer großartigen Herrschaft ins Land, und 2019 entscheidet sie sich, für eine neue Amtsperiode anzutreten. Die Stadt Köln hat die Hütte inzwischen zu einem dreistöckigen Haus ausgebaut und einen Garten dazu angelegt. Nun sagt Frau Reker: Das ist wieder meine Hütte und natürlich meine Wahlkampfzentrale! Sie lässt das Schild von der Stadt Köln an der Tür hängen und leiht sich von der Stadtverwaltung auch noch den Hausmeister aus.

Kann man sich nicht vorstellen, ist aber ziemlich genau dasselbe, was Frau Reker mit ihren Konten bei Facebook, Instagram und Twitter gemacht hat. Sie hat diese ab Anfang 2016 von einem professionellen Dienstleister pflegen lassen, der dafür gut 73 000 Euro Steuergeld aus der Kasse der Stadt Köln empfangen hat.

In dieser Zeit wurde der Wert der Konten vervielfacht. Jedes Like, jedes Abonnement, jeder Follower ist bares Geld wert. Die zu bekommen war für Frau Reker natürlich auch besonders leicht, schließlich mutete der Auftritt wie eine offizielle Präsenz der Stadt Köln an. Ja, es stand sogar im Impressum. Man kann also davon ausgehen, dass viele Leute Frau Reker gefolgt sind, weil sie wissen wollten, was sich in der Stadt tut, und nicht unbedingt, weil sie der Oberbürgermeisterin als Person oder politisch besonders nahestehen.

Mit dieser gut geölten und vom Steuerzahler kräftig getunten Social-Media-Maschine ist Frau Reker dann in den Wahlkampf gezogen. Gleichzeitig wurde auf den Auftritten aber weiterhin - auch schon im Wahlkampf - der Eindruck erweckt, es handele sich um etwas ganz Offizielles, etwas Städtisches. Es ist der direkte Draht zu vielen Tausend Bürgern unserer Stadt. Ja, es ist fast so, als hätte man den Bürgern mit der Wahlbenachrichtigung mal eben noch einen Werbeflyer zugesandt.

Dafür, meine Damen und Herren, gibt es ein Wort: Korruption. Da hilft es auch nicht, dass sie die

Accounts nach der Wahl nicht wieder an die Stadt zurückgeben will. Im Gegenteil. Damit steckt unsere derzeitige Oberbürgermeisterin den steuerfinanzierten Mehrwert endgültig in ihre eigene Tasche. Ehrlich wäre es, die Accounts mit ihrem rund sechsstelligen Wert der Stadt vollständig zu übergeben - auch für zukünftige Oberbürgermeister.

Das Schlimmste ist aber nicht, dass Frau Reker es mit ihren Amtspflichten nicht so genau nimmt - das kennen wir schon etwas länger -, das Schlimme ist: Hier im Rat sind wir als kleinste Fraktion die einzigen, die das überhaupt zum Gegenstand der Debatte machen. Was macht eigentlich die vermeintliche Oppositionsführerin SPD? Haben Sie sich schon aufgegeben, meine Damen und Herren, oder bereiten Sie sich auf einen Eintritt ins Reker-Bündnis vor?

Dann ist noch etwas bemerkenswert: Die Kölner Presse - allen voran der *Stadt-Anzeiger* - ignoriert das Thema weitestgehend, allenfalls mal eine pflichtschuldige Randnotiz, die in der ganzen Berichterstattung untergeht. Ansonsten berichtet einzig *report-K* umfassend über die Affäre, und das ist ja nun nicht unbedingt ein rechtes Zentralorgan.

Ich bin mir aber ganz sicher, dass das überhaupt nichts damit zu tun hat, Frau Reker, dass die Eigentümerin des Verlags kurz vor der Wahl noch zur Ehrenbürgerin gemacht wurde. So etwas würde in Köln ja nie vorkommen.

(Beifall bei der AfD - Zurufe: Jetzt reicht es aber!)

- Ja, schreien Sie nur.

Meine Damen und Herren, wer von diesem Sumpf genug hat, der weiß, was er wählen kann. In diesem Sinne, Frau Reker, wünsche ich Ihnen im Namen meiner Fraktion einen angenehmen Ruhestand und Ihnen einen schönen Abend. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Das, was wir gerade gehört haben, war der übliche Slang, der hier in den letzten Jahren die Arbeit dieser Fraktion ausgezeichnet hat. Ich möchte im Namen aller Kolleginnen und Kollegen hier noch einmal deutlich machen, dass es nicht angemessen ist, eine Ehrenbürgerin der Stadt Köln und auch die amtierende Oberbürgermeisterin in dieser Form zu verunglimpfen. Das ist nicht angemessen, sondern absolut zu verurteilen. - Danke.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

1. *Der Rat der Stadt Köln missbilligt die Pflege der persönlichen und zwischenzeitlich umgewidmeten Social-Media-Konten der Oberbürgermeisterin von Januar 2016 bis August 2019 durch die Stadt Köln ohne Abschluss eines transparenten Vertrages und der Einbeziehung des Rates der Stadt Köln.*

2. *Der Rat der Stadt Köln stellt fest, dass es sich bei der zeitlich begrenzten Übertragung der entsprechenden Social-Media-Konten an die Stadt Köln um ein unzulässiges Insichgeschäft zwischen der Oberbürgermeisterin und der Stadt Köln handelte, für das jedenfalls die Zustimmung des Rates der Stadt Köln erforderlich gewesen wäre.*

3. *Der Rat der Stadt Köln fordert die Verwaltung auf, offenzulegen, welche Kosten der Stadt Köln durch die Pflege der entsprechenden Social-Media-Konten der Oberbürgermeisterin von Januar 2016 bis August 2019 der Stadt Köln entstanden sind und welche von der Stadt Köln entgeltlich beschäftigten Personen für die Pflege verantwortlich waren.*

4. *Der Rat der Stadt Köln fordert die Oberbürgermeisterin auf, die der Stadt durch die Pflege der entsprechenden Social-Media-Konten entstandenen Kosten an die Stadt zurückzuzahlen.*

5. *Der Rat der Stadt Köln fordert die Oberbürgermeisterin auf, die Finanzierung ihres derzeitigen Wahlkampfes transparent offenzulegen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Der Tagesordnungspunkt 3.1.11 wurde eben schon behandelt. Der Tagesordnungspunkt 3.1.12 wurde zurückgezogen, sodass ich nun aufrufe:

3.1.13 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Wohnen.Bezahlbar.Machen.: Wohnungen für alle erhalten und schaffen!“, (Dringlichkeitsantrag aus der Sitzung des Rates vom 18.06.2020)

AN/0855/2020

Ich gebe zunächst Herrn Frenzel das Wort.

Michael Frenzel (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Vorhin wurde von den Fraktionsvorsitzenden von CDU und Grünen hier der Wahlkampf beklagt. Ich muss ehrlich sagen, dass ich diese negative Konnotation gar nicht verstehe, denn für mich ist der Wahlkampf, ehrlich gesagt, eigentlich mit die spannendste Zeit im Jahr.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Im Jahr?)

Denn da wird Bilanz gezogen, da findet ein Wettbewerb über die besten Ideen statt. Dass das möglicherweise für einige unbequem ist, das mag natürlich sein. In jedem Fall ist es aber der richtige Zeitpunkt, um Bilanz über fünf Jahre Wohnungspolitik des CDU-Grünen-Reker-Bündnisses zu ziehen.

Die Ratsmehrheit hat mit der Ablehnung der Dringlichkeit des SPD-Antrages „Wohnen.Bezahlbar.Machen.: Wohnungen für alle erhalten und schaffen!“ in der letzten Sitzung mir Gelegenheit verschafft, dieses Thema noch einmal zu begründen und hier reden zu dürfen.

In der Presse lese ich heute das Eigenlob der Oberbürgermeisterin: Wir können auf fünf Jahre erfolgreiche Politik aufbauen. Es folgen einige Ankündigungen und Versprechungen, aber keine Gründe.

(Zuruf von Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen])

Bevor Sie, liebe Kollegen von den Grünen, jetzt zu munter werden, möchte ich Ihnen einen Leserbrief an die *taz* zitieren, den einer Ihrer Anhänger am Montag geschrieben hat. Da Sie meine Kritik an Ihrer Politik schon oft genug gehört haben, hören Sie das vielleicht mal aus Ihrem eigenen Laden. Der Kollege schreibt:

> Immer mehr Menschen fragen sich, warum in dieser Stadt unter Rekers Herrschaft und ihrer schwarz-grünen Koalition so wenig Wohnungen gebaut werden, warum deshalb die Wohnungsnot grassiert, warum die Obdachlosen immer mehr werden.

Sehr geehrter Herr Hammer, Ihr Vorgänger auf dem Posten des Fraktionsgeschäftsführers von Bündnis 90/Die Grünen schreibt:

> Langsam platzt einem wirklich der Kragen ob der Unfähigkeit der Kölner Stadtspitze, der Ratsfraktion und ihrer Wohnungspolitik.

Er spricht von der „permafrostigen Dauerlethargie der Kölner Entscheidungsträger“.

Wenn Ihnen das von den Grünen zu einseitig ist, dann halte ich hier noch einmal die Zeitung des Haus- und Grundbesitzervereins hoch.

(Der Redner hält die Zeitschrift „EIGENTUM aktuell“ hoch.)

Da schreibt ein Anhänger von der anderen Seite:

> So kann Köln nicht weitermachen. Beachtlich, wie man sich in der Verwaltung das schönredet. Köln in Bearbeitungsdauer von 496 NRW-Kommunen letzter Platz bei den Baugenehmigungen.

(Zurufe: Hört, hört!)

Dieses Amt für die Baugenehmigungen war das Musteramt der Verwaltungsreform. Man sieht, was daraus geworden ist.

Wenn wir auf die Zahlen blicken unter der Ägide von Frau Oberbürgermeisterin Reker und des CDU/Grünen-Ratsbündnisses von 2016 bis 2019, so fällt in der Tat auf, dass laut Wohnraumbedarfsrechnung des StEK Wohnen von 2016 bis 2019 gerade einmal 10 701 Wohnungen von 24 000 gebaut wurden, die eigentlich benötigt wurden.

Die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen ist ebenfalls deutlich verfehlt worden.

Falls es da Ihr üblicher Reflex ist, für diese Mangelleistung die SPD verantwortlich zu machen, möchte ich Sie noch einmal auf folgende Zahlen hinweisen: Unter Oberbürgermeister Burger wurden in den Jahren 1995 bis 2000 über 25 000 Wohnungen gebaut. Und unter Jürgen Roters ist jedes Jahr die Zahl der fertiggestellten Wohnungen gestiegen:

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Von zwei auf vier und dann auf acht!)

von 2 700 auf 4 000 neue Wohnungen im Jahr 2015. Sie sehen daran, die SPD, meine Damen und Herren, steht für mehr Wohnungsbau in Köln und bezahlbaren Wohnraum. Wir haben in dieser Zeit die Projekte Mülheimer Hafen auf den Weg gebracht, das Clouth-Gelände, das Areal Deutzer Hafen neu entwickelt und den Startschuss für Rondorf-Nordwest gegeben.

(Beifall bei der SPD - Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Zugleich haben wir in dieser Zeit auch die Leitlinien des Stadtentwicklungskonzeptes Wohnen entwickelt und beschlossen, meine Damen und Herren, wenn ich Sie daran erinnern darf. Nur leider ist dieser Trend unter Oberbürgermeisterin Reker und ihrem CDU/Grünen-Bündnis abgebrochen. Sie haben ihn ins Gegenteil verkehrt, und es bedurfte regelmäßig der Initiativen der SPD-Fraktion, um Impulse für eine fortschrittliche Wohnungspolitik zu setzen.

Wir haben Anfang dieser Legislaturperiode auch sehr mit unserem damaligen Koalitionspartner um Kreuzfeld gekämpft, was glücklicherweise heute Konsens ist. Aber Entscheidungen dieses Bündnisses beschränkten sich in den vergangenen Jahren häufig darauf, Wohnungsbau zu verhindern anstatt ihn zu befördern.

Das Thema „Wohnen über Supermärkten“ haben wir aufs Tapet gebracht: insgesamt 92 Anträge, von denen Sie fast der Hälfte zumindest zum Teil zugestimmt haben. So wenig konstruktiv kann die SPD-Politik in den vergangenen fünf Jahren nicht gewesen sein, sonst hätten Sie nicht zugestimmt.

(Beifall bei der SPD)

Beim Abbau des sozialen Zusammenhalts in der Stadt werden wir allerdings nicht mitmachen. Und bei diesen Punkten werden Sie auch eine entschiedene Gegnerschaft der SPD haben. Wir wollen drei Schwerpunkte setzen.

Erstens. Bezahlbares Wohnen entsteht nicht auf teuren Grundstücken. Die Stadt muss ein aktiver Player in dem Bereich sein, in einer langfristig angelegten Grundstückspolitik und Liegenschaftspolitik, beispielsweise beim Thema Erbbaurecht.

Zweitens. Wir brauchen die Stadt auch als aktiven Player auf dem Wohnungsmarkt - so, wie wir das in Wien als Sozialdemokraten 1919 begonnen haben. Wien ist heute eine der Städte mit dem größten Anteil an Gemeindewohnungsbau. Wenn Sie sagen, Köln könne das nicht, weil das schon so lange zurückliege, dann muss ich sagen: Die Aufgaben, die man nicht beginnt, dauern am längsten. Wir haben dafür unseren Fonds von 500 Millionen Euro vorgeschlagen, um den bezahlbaren Wohnraum voranzubringen.

Drittens und letzter Punkt. Wir müssen den Stau in der Verwaltung beenden. Olaf Scholz hat das seinerzeit als Bürgermeister von Hamburg gemacht, indem er Verantwortlichkeiten an die Stadtbezirke delegiert und das zur Chefsache gemacht hat. Er hat das als Managementaufgabe begriffen. Das brauchen wir auch in Köln. Er hat mir das in einem Gespräch noch einmal bestätigt. Es muss einfach der Spirit von oben kommen, und das wollen wir erreichen. Ich bitte Sie um Unterstützung für unseren Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Der LINKEN. Damit ist das abgelehnt.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt fest, dass die von CDU, Grünen und FDP unterstützte Oberbürgermeisterin bei der Wohnungspolitik in ihrer Amtszeit kläglich gescheitert ist. In jedem Jahr ihrer Amtszeit hat sie die notwendige Neubauzahl von 6.000 Wohnungen p.a. bei Weitem verfehlt. Im Jahr 2019 sind nicht einmal 2.200 Wohnungen errichtet worden.*

Der Rat stellt daher fest, dass insbesondere zum Schutz der Kölner Bevölkerung Mittel wie das Kooperative Baulandmodell, die Konzeptvergabe und Milieuschutzsatzungen dringender denn je erforderlich sind.

2. *Der Rat bestätigt die Beschlüsse, die er bzw. der Stadtentwicklungsausschuss seit dem Jahr 2016 nach Initiative der SPD-Fraktion beschlossen hat, insbesondere betreffend:*

   - *„Geschäftsprozessoptimierung im Bauaufsichtsamt – Einführung der elektronischen Aktenführung“ (StEA 28.01.2016),*
   - *„Milieuschutz in Köln ernst nehmen – Lebenskultur im Veedel bewahren!“ (Rat 17.11.2016, gem. mit LINKE, Piraten, Freie Wähler),*
   - *„Landesrechtlichen Mieterschutz für Köln erhalten!“ (Rat 11.07.2017),*
   - *„Chancen für Zündorf-Süd endlich nutzen!“ (Rat 14.11.2017),*
   - *„Parkplätze und Supermärkte mit Wohnungen überdachen!“ (Rat 20.03.2018),*
   - *„Wohnungen bleiben Wohnungen – Wohnraumschutzsatzung verlängern, schärfen und durchsetzen!“ (Rat 27.09.2018, gem. mit BUNT).*

3. *Zur Aktivierung der Wohnungspolitik stimmt der Rat insbesondere folgenden Initiativen der SPD-Fraktion seit dem Jahr 2016 zu, die bisher im Rat und seinen Gremien keine Mehrheit gefunden haben, zu:*

   - *„Einführung einer Wohnungstauschbörse für Köln“ (Rat 15.03.2016),*
   - *„Azubi-Wohnheime für Köln!“ (Rat 10.05.2016),*
   - *„Neubrück weiterentwickeln!“ (StEA 23.06.2016),*
   - *„Strategisches Flächenmanagement jetzt einführen“ (Rat 28.06.2016),*
   - *Einführung eines Wohnungsbaufonds über 500 Mio. €. (Rat 14.12.2017),*
   - *„Meschenich weiter voranbringen – bezahlbaren und lebenswerten Wohnraum mit Infrastruktur schaffen!“ (StEA 05.07.2018),*
   - *„Städte stärken – Wohnen.Bezahlbar.Machen“ (Rat 18.12.2018),*
   - *„Wohnungsnot bekämpfen – Kleinwohnungen mit reiner Nordlage erlauben!“ (StEA 07.02.2019),*
   - *„Innovative Mobilitätskonzept in neuen Quartieren umsetzen und Finanzierung langfristig sicherstellen – Mobilitätsfonds für Köln aufbauen!“ (Rat 04.04.2019),*
   - *„Wohnen.Bezahlbar.Machen – Eigentümer verpflichten, auf freien Grundstücken Wohnungen zu bauen!“ (Rat 21.05.2019, gem. mit BUNT),*
   - *„Wohnungsbaugrundstücke aktiv erwerben – Erbbaurecht als Regelvergabe einführen“ (Rat 09.07.2019, gem. mit LINKE, Frau Gerlach, Herrn Wortmann),*
   - *„Wohnen.Bezahlbar.Machen: Wohnungen über Lebensmittelmärkten bauen – Ausnahmeregelung jetzt beschließen!“ (Rat 07.11.2019),*
   - *„Wohnen für Studierende und Auszubildende auf dem Gelände des Justizzentrums möglich machen! – Wohnen.Bezahlbar.Machen.“ (Rat 12.12.2019),*
   - *„Ehrenfeld kein Luxusfeld – rein profitorientierte Entwicklung des Max-Becker-Areals verhindern – Wohnen.Bezahlbar.Machen.“ (Rat 06.02.2020),*
   - *„Ferienwohnungen regulieren – Anzeige- und Registrierungspflicht einführen – Verstöße sanktionierbar machen!“ (Rat 26.03.2020).*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und RM Gerlach sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Städtische Förderung Nachbarschaftstreff KalkNord, Remscheider Str. 32, 51103 Köln-Kalk

Beschluss der Bezirksvertretung Kalk vom 28.05.2020 - AN/0686/2020

2352/2020

Hierzu habe ich nur eine Wortmeldung, und zwar von Frau Bezirksbürgermeisterin Greven-Thürmer, die heute hier ist.

Bezirksbürgermeisterin Claudia Greven-Thürmer (Kalk): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist schon spät. Ich habe mir das schon gedacht, dass es so laufen wird, aber ich musste heute hierherkommen, weil wir hier eine Beschlussvorlage auf dem Tisch haben, die unseren Kalker Nachbarschaftstreff betrifft und zu der ich einige Anmerkungen machen möchte.

Zunächst möchte ich mich sehr herzlich dafür bedanken, dass es geklappt hat, die Bürgerhäuser und Bürgerzentren finanziell abzusichern, ohne dass dafür Umschichtungen nötig waren, die zulasten anderer sozialer Institutionen gegangen wären. Aber das, was in der Beschlussvorlage zum Nachbarschaftstreff steht, insbesondere auf der zweiten Seite, ist uns viel zu vage. Ich möchte das gern zitieren:

> Voraussetzung für die Vergabe der Fördermittel ist … das Vorliegen eines entsprechenden Förderprogramms. Das Amt für Soziales, Arbeit und Senioren ist derzeit mit der Konzeption des Förderprogramms „Dritte Orte“ … befasst. Mit Inkrafttreten dieses Förderprogramms besteht auch für den Träger des Nachbarschaftstreffs KalkNord die Möglichkeit, … Zuschussmittel zu beantragen.

Wenn wir uns das mal gut durch den Kopf gehen lassen, dann heißt das: Es kann vielleicht nicht klappen, dass es nahtlos übergeht.

Dabei haben wir uns aber etwas gedacht. Wir haben uns nämlich mit einer breiten Mehrheit aus CDU, Grünen, LINKEN und SPD in der BV - die FDP wäre auch dabei gewesen, aber ich glaube, Herr Hooghoughi war im Urlaub - sehr gut überlegt, dass es nötig ist, dort Kontinuität hineinzubringen.

Ich muss sagen, wir haben in Kalk-Nord mittlerweile schon eine gute Entwicklung. Gerade der Nachbarschaftstreff hat es geschafft, als Ort zu fungieren, an dem die Institutionen zusammenkommen, der Interkulturelle Dienst, Pavillon e. V. und der Runde Tisch für Quartiersentwicklung.

Keine Frage, der Beschluss geht in die richtige Richtung, und wir danken der Sozialverwaltung sehr, dass sie sich in diese Richtung auf den Weg machen und den Nachbarschaftstreff vielleicht wirklich noch schützen können. Wir sehen aber auch: Die Zeit drängt. Denn der Beschluss muss sicherstellen, dass die Arbeit ohne Unterbrechung ab dem 01.01.2021 weitergehen kann. Wir brauchen Klarheit. Daher möchte ich heute hier in meiner Funktion als Bezirksbürgermeisterin anregen, dass in die Beschlussvorlage das Datum „01.01.2021“ eingefügt wird.

Zudem wäre uns noch wichtig, dass in der Förderrichtlinie, die noch in der Entwicklung ist, klargestellt wird, dass neben Miet- und Betriebskosten auch Personalkosten förderfähig sind. Denn wir brauchen in Kalk Personal. Wir brauchen dort Menschen, die Ansprechpartner sind. Das heißt also eine strukturelle Förderung.

Natürlich wünschen wir uns - das ist klar, aber das ist Zukunftsmusik -, dass es eine Verstetigung nach 2021 gibt. Ich bitte Sie sehr um eine breite Unterstützung, denn wir sprechen hier - das muss auch gesagt werden - über einen Jahresbetrag bei den Personalkosten von 27 000 Euro. Wenn Sie sich andere Größenordnungen in dieser Stadt anschauen, dann ist das doch wirklich sehr überschaubar. Das wäre für eine gute soziale Arbeit, die in Kalk-Nord auch nachhaltig ist, sehr wichtig. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Wortmeldungen? - Bitte sehr, Herr Krupp hat das Wort.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Ich will gar keinen Redebeitrag halten, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin.

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

- Herr Kienitz, es geht um Sacharbeit. Haben Sie davon schon einmal etwas gehört?

Ich will gar keinen Redebeitrag halten, sondern das, was Frau Greven-Thürmer, die Bezirksbürgermeisterin aus Kalk, hier gerade vorgetragen hat, als Beschlussvorschlag bzw. als Änderungsantrag einbringen, damit wir hier auch festhalten, was sie gesagt hat. Sie ist hier nicht antragsbefugt für Änderungsanträge, deswegen geht es nur darum, das, was Frau Greven-Thürmer uns mitgegeben hat, was die Förderung dieses Nachbarschaftstreffs in Kalk angeht, jetzt formal als Änderungsantrag einzubringen. Das würde die SPD-Fraktion übernehmen, damit wir sozusagen die Möglichkeit haben, darüber abzustimmen. Deswegen kann ich das auch gern noch einmal vortragen und schriftlich ins Protokoll geben, damit das sicher ist.

Wir haben den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Darin geht es darum, hinter „Stadt Köln soll in“ zu schreiben: „Stadt Köln soll ab dem 01.01.2021“. Es soll einfach nur sichergestellt werden, dass es keinen zeitlichen Bruch in der Förderung gibt.

Dann gibt es drei Bullet Points, die ergänzt werden sollen. Die kann ich Ihnen gern vortragen.

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

- Herr Kienitz, halten Sie den Ball flach. Die Bezirksbürgermeisterin hat hier geredet, und wir wollen nur helfen, das formal einzubringen, damit wir alle die Chance haben, darüber abzustimmen.

Bullet Point 1: Um die kontinuierliche Arbeit des Nachbarschaftstreffs nicht zu gefährden, soll die Förderrichtlinie und die Beschlussvorlage zur konkreten Förderung des Nachbarschaftstreffs - hier Personalkosten - noch vor Jahresende eingebracht und gegebenenfalls durch vorzeitigen Maßnahmenbeginn sichergestellt werden. - Da geht es nur um die zeitliche Abfolge.

Bullet Point 2: Die Förderung erfolgt in der Form einer strukturellen Förderung, die die Strukturen mit Personal- und Sachkosten bedienen kann. Daher sind neben Miet- und Betriebskosten insbesondere auch Personalkosten förderfähig. - Das ist nur wichtig, weil diese Einrichtung vor allem Personalkosten hat.

Bullet Point 3: Die Verstetigung des Förderprogramms ab dem Haushaltsjahr 2022 fortfolgende soll unter Berücksichtigung der Haushaltslage sichergestellt werden. Nicht verausgabte Mittel sollen in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden.

Das ist es. Das ist das, was Frau Greven-Thürmer gerade vorgestellt hat. Wir möchten das einfach nur als Änderungsantrag zur Verwaltungsvorlage stellen, damit wir hier die Chance haben, auch darüber abzustimmen und dieser Einrichtung in Kalk gemeinsam zu helfen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Vielleicht könnte Herr Rau als zuständiger Dezernent das ganze Verfahren noch ein bisschen präzisieren. Uns fehlt jetzt hier natürlich eine schriftliche Unterlage. Es wäre gut gewesen, wenn die Geschäftsführer entsprechend eingebunden worden wären.

Herr Krupp, nicht weglaufen.

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Ich höre zu! Ich hole nur den Beschlussvorschlag!)

- Ja, das ist wichtig, genau. Dann haben wir das vielleicht auch schriftlich.

Dann hätten wir natürlich gern noch eine Bewertung, ob das jetzt haushaltsrelevant ist oder nicht. Es scheint jetzt irgendwie um Geld zu gehen, was in diesem Haushalt fließen soll, was aber nicht budgetiert ist. Damit gibt es keinen Deckungsvorschlag - zumindest ist der nicht vorgetragen worden -, und dann haben wir schlicht und ergreifend ein Problem.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Verwaltung macht Ihnen den Vorschlag, das

umzudrucken und zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal aufzurufen. So hat es ja keinen Zweck.

Wünschen Sie noch, dass Herr Dr. Rau dazu Stellung nimmt? - Ja. - Herr Dr. Rau, bitte.

Beigeordneter Dr. Harald Rau: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ein Missverständnis besteht wirklich bezüglich dieser Personalkosten. Wir gehen von einer institutionellen Förderung und einer Projektförderung aus, und diese Projektförderung beinhaltet natürlich die Möglichkeit von Personalkostenförderung. Daher ist der Teil, glaube ich, berücksichtigt.

Wir sind natürlich auch davon ausgegangen, dass wir auch den Übergang gewährleisten, also zum 01.01. die Fördermöglichkeit vorsehen wollen. Ich schlage durchaus vor, dass wir das zum Beispiel in das Protokoll aufnehmen. Wenn es beschlossen würde, hielte ich das hier auch für angemessen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich muss natürlich auch nach dem Deckungsvorschlag fragen. Den bitte ich dann auch hinzuzufügen, damit wir den Beschluss auch treffen können. - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin, Sie hatten gerade gesagt, dass die Verwaltung gerade am Umdrucken ist. Ich würde vorschlagen, dass wir das so lange zurückstellen, bis wir das hier alles schriftlich vorliegen haben, und in der Zwischenzeit einfach in der Tagesordnung weitergehen, damit wir auch wissen, worüber wir konkret reden.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Dann kann sich die SPD auch noch sortieren, und dann rufe ich das gleich wieder auf.

Dann rufe ich jetzt die Anfragen auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Evaluierung der Metropolregion Rheinland“

AN/0838/2020

Antwort der Verwaltung vom 03.09.2020

2729/2020

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es dazu Nachfragen? - Dort sehe ich eine Hand, aber ich weiß nicht, wem sie gehört. - Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Eine Nachfrage zu der Beantwortung der Verwaltung zu TOP 4.1. Erst einmal ganz herzlichen Dank für die Beantwortung.

Ziel der Metropolregion ist ja nun die konzentrierte Bündelung von Interessen gegenüber Land, Bund und EU. Da wäre unsere Nachfrage: Welche Kenntnisse hat die Verwaltung darüber, welche eigenen Aktivitäten die Geschäftsführung der Metropolregion unmittelbar gegenüber der EU-Kommission entfaltet?

Die zweite Frage: Kann die Verwaltung zusagen, dem Hauptausschuss und den Fachausschüssen einen regelmäßigen Sachstandsbericht zur Metropolregion Rheinland zu geben? - Ich möchte hier auf die Berichtspraxis der Stadt Aachen verweisen, die das in dieser Form macht.

Ich würde darum bitten, die Beantwortung dieser Fragen zusammen mit der vorliegenden Beantwortung auch dem Hauptausschuss, dem Stadtentwicklungsausschuss und dem Wirtschaftsausschuss zur Kenntnis zu geben. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann nehmen wir die Anfragen jetzt auf, beantworten sie schriftlich und geben sie dann auch zur Kenntnis.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Anmerkung:
Die Nachfragen von RM Frenzel werden schriftlich beantwortet.

Die Beantwortung der Nachfragen wird mit der Beantwortung zu dieser Anfrage dem Hauptausschuss, dem Stadtentwicklungsausschuss und dem Wirtschaftsausschuss vorgelegt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

4.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Organisatorische und personelle Veränderungen im Amt der Oberbürgermeisterin“

AN/0847/2020

Antwort der Verwaltung vom 10.09.2020

2160/2020

Gibt es hierzu Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Kostensteigerungen bei Großprojekten“

AN/0905/2020

Hierzu liegt die Beantwortung noch nicht vor. Aber Herr Greitemann könnte kurz erläutern, wenn das gewünscht ist. - Herr Greitemann.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Detjen als Vertreter von den LINKEN, zur Anfrage: Natürlich sind wir - wie wir das vereinbart haben - regelmäßig daran, die Dinge zusammenzustellen bzw. diesen Bericht zusammenzustellen. Ich verweise auch auf den Projektverfolgungsbericht für Projekte der Gebäudewirtschaft über 20 Millionen Euro. Das ist der Tagesordnungspunkt 26.39 aus 2020 im Betriebsausschuss der Gebäudewirtschaft. Da sind aber nicht all jene Fragen beantwortet, die wir uns gemeinsam gestellt haben, auch im Rechnungsprüfungsausschuss. Der Bericht wird in den nächsten vier Wochen - unabhängig davon, ob eine Sitzung stattfindet oder nicht - in Session eingestellt, weil wir dann damit durch sind.

Die Beantwortung der Anfrage liegt noch nicht vor.

Anmerkung:
Herr Beigeordneter Greitemann sagt eine kurzfristige Beantwortung zu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe Herrn Detjen nicken. - Okay.

Ich rufe auf:

4.4 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Mobilisierung von Baugrundstücken städtischer Beteiligungsgesellschaften“

AN/1115/2020

Antwort der Verwaltung vom 10.09.2020

2803/2020

Gibt es hierzu Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

4.5 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Haus der Kreativwirtschaft oder X Süd und Kulturhof e.V. in die Dillenburger Straße?“

AN/1212/2020

Antwort der Verwaltung vom 10.09.2020

2798/2020

Gibt es hierzu Nachfragen? - Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe zwei Nachfragen.

Die erste Nachfrage - das konnte ich aus der Beantwortung nicht herauslesen -: Muss man von einer Konkurrenzsituation ausgehen zwischen Kreativhaus, X Süd und Kulturhof?

Die zweite Frage: Wenn es dort zu einer Entscheidung kommt, wie wird der Beteiligungsbeirat, der in Kalk gegründet worden ist, in diese Entscheidung mit einbezogen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Greitemann.

Beigeordneter Markus Greitemann: Zu 1: Nein, eine Konkurrenzsituation erkennen wir nicht. Das sieht man auch aus der Beantwortung heraus.

Zu 2: Das würde ich ganz gern ausführlich schriftlich beantworten, wenn das in Ordnung ist.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Anmerkung:
Herr Beigeordneter Greitemann beantwortet eine Nachfrage mündlich. Eine noch offene Nachfrage wird schriftlich beantwortet.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann komme ich zu:

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

Tagesordnungspunkt

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Erweiterung der Zuständigkeiten des Integrationsrates

1598/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der FDP-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat folgt der Anregung des Integrationsrates und ändert § 22 Absatz 7 der Hauptsatzung wie folgt:

(7) Der Integrationsrat wirkt an den Beratungen über die Haushaltssatzung mit. Er berät über alle Haushaltsansätze, die seine Aufgaben betreffen und kann dazu Vorschläge und Anregungen machen.

Darüber hinaus weist der Rat dem Integrationsrat Mittel zu, über deren Verteilung der Integrationsrat nach Maßgabe der vom Rat beschlossenen Richtlinien

- *zur Anerkennung und Förderung der Interkulturellen Zentren und*
- *zur Förderung rassismuskritischer Projekte zur Stärkung von Demokratie und Akzeptanz*

entscheidet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

5.4.2 10 + 1 Bäume für die Opfer des NSU

1599/2020

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT

AN/1232/2020

Es gibt einen gemeinsamen Änderungsantrag, und den lasse ich jetzt erst einmal begründen, oder?

(Zurufe: Begründen!)

Ja, bitte. Wer wünscht, den zu begründen? - Es gibt eine schriftliche Begründung. Der Beschluss wird wie folgt ersetzt:

> Die Verwaltung wird beauftragt: zu prüfen, wie das Projekt „10+1 Bäume für die Opfer des rechtsradikalen Terrors des NSU“ in Köln umgesetzt werden kann. Möglichkeiten der Finanzierung, sowie denkbare Standorte, ggf. in räumlichen Zusammenhang mit dem geplanten Mahnmal an der Keupstraße, sollen den zuständigen Gremien Anfang 2021 vorgestellt werden.

Über diesen Änderungsantrag stimmen wir jetzt ab.

(Zuruf: Wortmeldungen!)

Wortmeldungen: erst Frau Hoyer und anschließend Frau Tokyürek. - Frau Hoyer.

Katja Hoyer (FDP): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. Ich wundere mich wirklich, dass dieser Antrag nicht begründet wird.

(Beifall bei der FDP)

Denn ich glaube, das ist etwas schwierig. Sie ersetzen hier einfach einen Antrag, der im Integrationsrat gestellt worden ist. Der ist dort von den Migrantenvertretern gestellt worden.

Man kann gegen Anträge von der Seite der Migrantenvertreter sein; das war ich auch schon. Damit habe ich mich dann auseinandergesetzt, und dann ist es auch in Ordnung. Aber das war dieses Mal nicht der Fall. Der Beschluss ist im Integrationsrat einstimmig gefallen.

Man kann auch gegen einen Antrag sein, weil man nachher rechtliche Bedenken hat. Das ist der Fall bei diesen Anträgen vonseiten des Integrationsrates bezüglich der Wahl gewesen. Da hat man nachher festgestellt, wie uns die Wahlleiterin gesagt hat: Das geht rechtlich nicht. Dann muss man so etwas auch ablehnen.

Aber ich muss mich wirklich wundern: Wir haben darüber in der Koordinierungsrunde diskutiert. Wir haben darüber im Integrationsrat diskutiert. Wir waren immer einhellig einer Meinung.

Herr Zimmermann, Sie erinnern sich vielleicht an eine Diskussion, bei der auch die Oberbürgermeisterin zugegen war, beim Runden Tisch für Integration. Dort hatten sich die Migrantenvertreter des Integrationsrates sehr darüber beschwert, dass im Grunde genommen immer über ihre Anträge im Rat hinweggegangen wird. Ich muss wirklich sagen: Wenn man so damit umgeht, sich vorher nicht meldet, vorher nichts sagt und jetzt auf einmal einen Ersetzungsantrag für einen Antrag schreibt, der sehr ausführlich gewesen war - ich finde, das geht wirklich nicht.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Dann kann ich auch gut verstehen, dass diese Leute eigentlich gar nicht mehr so viel Lust haben. Das geht einfach nicht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann Frau Hoyer vollends zustimmen. Ich wiederhole das einfach noch einmal, damit es auch klar wird, was dort beschlossen worden ist und worum es tatsächlich in der Sache geht.

Tatsächlich ist es so, das ist im Integrationsrat einstimmig beschlossen worden. Darüber wurde diskutiert, das ist ein großes Gremium. Wir reden die ganze Zeit immer davon, dass wir den Integrationsrat und deren Beschlüsse ernst nehmen möchten. Und dann kommt ein Ersetzungsantrag! Ich habe im Vorfeld versucht, noch einmal zu klären, ob das tatsächlich als Ersetzung gemeint ist oder ob vielleicht noch einen Zusatz einfügen möchte. Man hätte auch damit leben können, wenn es als Zusatz hinzugekommen wäre, quasi als dritter Punkt. Ich kann aber absolut nicht verstehen, warum man einen Antrag, den man selbst mit beschlossen hat, jetzt einfach nur wegwischen möchte. So etwas geht einfach nicht.

Ich glaube, dass das auch in der Außenwirkung sehr schädlich ist. Es kann tatsächlich passieren, dass man Änderungen vornehmen möchte, weil einem etwas aufgefallen ist. Wenn man so etwas machen möchte, muss man sich aber, wie ich meine, an den Integrationsrat wenden und ihnen mitteilen, warum man Probleme damit hat. Letztlich weiß der Integrationsrat, also im Grunde genommen die direkt gewählten Mitglieder samt der Vorsitzenden, überhaupt nicht, warum jetzt ein Ersetzungsantrag hier auf der Tagesordnung steht. Das bekommen sie teilweise gar nicht mit.

In der Vergangenheit war es wirklich so: Da gab es Beschlüsse vom Integrationsrat, die einfach abgeändert oder heruntergenommen worden sind. So funktioniert das nicht! Gerade im Hinblick darauf, dass wir den Integrationsrat jetzt neu wählen, muss es doch im Sinne von uns allen sein, diese Migrantinnen und Migranten mitzunehmen und nicht mit einem Ersetzungsantrag zu kommen, der noch nicht einmal begründet wird.

Ich habe versucht, herauszubekommen, warum es den Ersetzungsantrag gibt. Das habe ich im Nachhinein immer noch nicht verstanden. Ich habe es mir genau angeschaut: Tatsächlich sind Punkte darin, die dem Integrationsrat besonders wichtig sind, nämlich dass Schüler ermutigt werden, Bürgerinnen und Bürger ermutigt werden sowie Jugendeinrichtungen, Patenschaften zu übernehmen. Dabei hat sich der Integrationsrat etwas gedacht. Insofern glaube ich nicht, dass es richtig ist, wenn wir als Ratsmitglieder hingehen und sagen: Wir ersetzen alles, weil wir es einfach besser wissen! Das ist einfach nicht der richtige Umgang mit Menschen, die gewählt wurden und die Stadtgesellschaft verändern möchten. Da sollte man

mit ein bisschen mehr Respekt herangehen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Yurtsever das Wort.

Firat Yurtsever (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Eben kam es zu einem Missverständnis, weil die Geschäftsführer eigentlich untereinander vereinbart hatten, dass zu diesem Punkt nicht gesprochen wird. Natürlich können wir auch unseren Änderungsantrag begründen. Damit haben wir keine Probleme.

Mich überrascht aber, dass die FDP, die bei dem vorherigen Punkt, in dem es um die Erweiterung der Rechte des Integrationsrates ging, den Antrag abgelehnt hat, sich jetzt hier hinstellt und sagt: Die Rechte vom Integrationsrat werden beschnitten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wenn Sie wirklich dafür gewesen wären, hätten Sie eben dem vorherigen Antrag auch zugestimmt.

Zweitens zu unserem Änderungsantrag: Wir haben diesen Änderungsantrag eingebracht, es geht um dieses Projekt „10 + 1 Bäume für die Opfer des NSU“. Das ist eine Kampagne vom Landesintegrationsrat und wurde schon in vielen Kommunen so beschlossen wie in unserem Änderungsantrag. Wir beschließen eigentlich das, was in Münster beschlossen worden wurde und was auch in Düsseldorf beschlossen wurde. Es ist fast die gleiche Formulierung, wie wir es übernommen haben.

Wir verweisen auch auf das Projekt „10 + 1 Bäume für die Opfer des rechtsradikalen Terrors des NSU“ und darauf, dass es umgesetzt werden soll. Es geht durch unseren Antrag eigentlich nichts verloren von dem ursprünglichen Beschluss des Integrationsrates.

In dieser Wahlperiode haben wir Beschlüsse des Integrationsrates oftmals gemeinsam geändert. Das ist nicht das erste Mal. Dass diesmal keine Mehrheit gefunden werden konnte, dafür können wir jetzt nichts, aber zu sagen, wir würden das machen, ohne vorher irgendwie die anderen Änderungen, die Sie mitgemacht haben, zu erwähnen, finde ich schon sehr schade. Bei den einzelnen Gruppierungen habe ich das auch kommuniziert. Es ist also nicht so, dass der Integrationsrat nicht darüber Bescheid weiß, dass es hier eine Änderung bzw. eine Ersetzung gibt.

Inhaltlich kann ich sagen, dass durch unseren Ersetzungsantrag dieses Projekt des Landesintegrationsrates auf jeden Fall umgesetzt werden soll. Es sollen Möglichkeiten der Finanzierung und auch Standorte geklärt werden. Bei den Standorten wollten wir uns nicht auf die Schulen verengen, sondern das breiter aufstellen. Deswegen haben wir das mit den Schulen auch erst einmal herausgenommen. Das ist der Grund. Aber das heißt nicht, dass das in den Schulen nicht gemacht werden soll. Es ist gerade die Aufgabe der Verwaltung, das herauszufinden, das zu prüfen und uns die Ergebnisse zu präsentieren.

Ich glaube, es gibt eine Zwischenfrage.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: So ist das. - Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Ich möchte Sie gern fragen, weil Sie sich auf ein Abstimmungsverhalten der FDP bezogen haben, was anders war als das, was jetzt hier im Grunde genommen vom Integrationsrat beschlossen wurde. Sie haben mich angesprochen. Sie haben sich gewundert, dass wir bei dem Punkt davor gegen den Beschluss des Integrationsrates gestimmt haben. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass ich mich auch im Integrationsrat anders verhalten habe. Es geht mir eigentlich um eine Kontinuität. Ich habe im Integrationsrat genauso geredet wie hier im Rat. Das ist mir wichtig.

(Beifall bei der FDP und von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Firat Yurtsever (Bündnis 90/Die Grünen): Das ist richtig, dass Sie dort auch dagegen gestimmt haben, aber ich wollte damit eigentlich sagen, dass Sie nicht unbedingt für die Rechte des Integrationsrates kämpfen. Das haben Sie durch Ihre Abstimmung dann auch deutlich gemacht.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Das ist eine Unverschämtheit gegenüber der Kollegin hier!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Im Moment hat Herr Yurtsever noch das Wort, Herr Weisenstein.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Da platzt mir jetzt echt der Kragen!)

Firat Yurtsever (Bündnis 90/Die Grünen): Dafür kann ich nichts. Aber ich habe den Antrag jetzt begründet. Ich glaube, wir können dann auch in die Abstimmung gehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt erst noch eine Wortmeldung von Herrn Joisten. Es sieht aber so aus, als möchte er vom Platz aus sprechen.

Christian Joisten (SPD): Ich würde nur gern eine Frage damit verbinden an Herrn Yurtsever. Vielleicht kann er deshalb dort einfach kurz stehen bleiben. Ich kann das vom Platz aus machen.

Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich bin in der Tat auch ein bisschen irritiert, dass wir jetzt hier diese Debatte an einem Punkt führen, wo ich tatsächlich bis jetzt - deswegen auch die Frage - noch nicht verstanden habe, was es verschlagen würde, dem Integrationsrat in dem Ansinnen zu folgen, Schülerinnen und Schüler an den Kölner Schulen in diesen Prozess einzubinden. Das ist doch ein vernünftiger und, wie ich glaube, auch breit diskutierter und in der Tat einstimmig im Integrationsrat verabschiedeter Antrag. Was verschlägt es, jetzt diesen Beschluss zu fassen? - Das ist mir noch nicht klar geworden.

Firat Yurtsever (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe eben schon gesagt, dass unser Ersetzungsantrag das nicht ausschließt. Wir sagen: Das Projekt „10 + 1 Bäume“ soll umgesetzt werden.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ja, dann lasst doch den alten Beschluss!)

Dass die Schulen dazugehören könnten, das ist möglich. Das soll die Verwaltung vorbereiten, prüfen und uns vorlegen. Deswegen schließt es das nicht aus.

Eine Sache möchte ich noch sagen, weil ich vom Integrationsrat, von Herrn Keltek und auch anderen Gruppierungen, darauf angesprochen worden bin: Diese Gedenkstätte oder diese Bäume sollen natürlich nicht als Ersatz für das Mahnmal in der Keupstraße gelten. Das ist mit Herrn Keltek, aber auch mit anderen Gruppierungen so abgesprochen worden. Dass wir mit den Gruppen und Herrn Keltek nicht kommunizieren, das ist einfach nicht richtig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Christian Joisten (SPD): Darf ich noch eine Anschlussfrage stellen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat sich erst Herr Erkelenz gemeldet, oder gehört das direkt dazu? - Herr Erkelenz zieht zurück. - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Noch einmal nachgefasst: Ich habe verstanden bzw. meine Erinnerung ist, dass auch die Grünen im Integrationsrat dem zugestimmt haben. Was hat also den Sinneswandel zwischen Integrationsrat und Rat ergeben, jetzt auf diese modifizierte Variante zu kommen? - Das würde ich nur gern wissen.

Firat Yurtsever (Bündnis 90/Die Grünen): Zunächst einmal, Herr Joisten: Das ist nicht das erste Mal, dass wir etwas zugestimmt haben.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Sie saßen doch, glaube ich, noch nie im Integrationsrat, oder?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, hier wirklich denjenigen, der das Wort hat, mal ausreden zu lassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Firat Yurtsever (Bündnis 90/Die Grünen): Christian Joisten, es ist ja nicht das erste Mal, dass wir einen Beschluss aus dem Integrationsrat

geändert hier beschließen. Unser Ansinnen ist, dass wir das entsprechend der anderen Großstädte allgemeiner fassen, dass wir uns nicht auf Schulen oder bestimmte Orte festlegen, sondern der Verwaltung Freiraum geben und auf ein Ergebnis warten. Wie gesagt, unser Beschluss heißt nicht, dass es in den Schulen nicht dazu kommen soll.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Christian Joisten (SPD): Ich will nur für die SPD-Fraktion festhalten: Wir haben im Integrationsrat als Fraktion immer so abgestimmt wie im Rat. Das halte ich für eine Stringenz, die wichtig ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Firat Yurtsever (Bündnis 90/Die Grünen): Das würde ich gern überprüfen lassen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat erst Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Ich möchte eine persönliche Erklärung am Ende des Tagesordnungspunkts abgeben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Firat, ich habe eine Frage an dich. Du hast gerade gesagt - das finde ich schon interessant -, dass du im Vorfeld mit Tayfun *Keltek* und anderen Gruppierung gesprochen hättest, und die hätten dann gesagt, dieser Ersetzungsantrag wäre in der Form richtig. Stimmt das?

Firat Yurtsever (Bündnis 90/Die Grünen): Das haben sie so nicht gesagt. Das habe ich aber auch so nicht gesagt. Ich habe gesagt, dass dieses Mahnmal bzw. diese Gedenkstätte nicht als Ersatz für das Mahnmal in der Keupstraße gelten soll. Davon weiß Herr Keltek auch, aber auch bestimmte Gruppierungen. Das habe ich so gesagt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich versuche jetzt einmal, meinen Eindruck hier wiederzugeben. Vielleicht kann man sich dabei irgendwie auf das einigen, was eigentlich der Integrationsrat will.

Dem Integrationsrat geht es zunächst einmal darum - so ist jedenfalls meine Wahrnehmung -, dieses Projekt „10 + 1 Bäume“ umzusetzen. Das ermöglicht auch dieser zusätzliche Änderungsantrag.

Man kann das sicherlich auch in die Verwaltung geben mit der Frage: Wie kann man solche Projekte an Kölner Schulen umsetzen? Das werde ich sehr gern auch einmal mit der Schulverwaltung besprechen. Aber jetzt einen Freibrief zu erteilen, dass alle Kölner Schulen Bäume pflanzen und Stelen aufbauen, das wollen wir doch sicherlich auch nicht. Das heißt überhaupt nicht, dass wir nicht die Schülerinnen und Schüler ermutigen, das zu tun, aber wir geben ihnen keinen Freibrief dafür. Darum geht es doch hier. Für mich ist das jedenfalls die Essenz dieses Änderungsantrages - auch so, wie er jetzt begründet worden ist.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen würde ich jetzt gern über den nun auch mündlich begründeten Änderungsantrag abstimmen lassen. Ich bitte darum, den in dem Sinne zu verstehen, dass es kein Verbot ist, dass Schülerinnen und Schüler darüber nachdenken. Im Gegenteil. Aber es muss dann eben im Einzelnen begründet und beschlossen werden.

Wer dem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist Bündnis 90/Die Grünen - -

(Jörg Detjen (DIE LINKE): Was kriegst du denn dafür, Thor? - Gegenrufe: Was soll das denn? Das ist echt billig!)

Können wir alle jetzt hier bitte wieder zu einer gewissen Sachlichkeit zurückkommen?

Noch einmal: Wer stimmt für den Ersetzungsantrag? - Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, Herr Zimmermann und die Oberbürgermeisterin. Gegenstimmen? - Die SPD-Fraktion, die AfD, DIE LINKE und die FDP. Enthaltungen? - Das kann nur noch Frau Gerlach sein. Dann ist der Antrag so beschlossen.

Frau Hoyer nun mit einer persönlichen Erklärung.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich habe Verständnis dafür, dass wir in Wahlkampfzeiten sind, und da schlägt es auch schon einmal ein bisschen über die Stränge. Ich bin auch jemand, die die Debatte mag, aber ich finde, wenn man mir vorwirft, dass ich mich - weil ich in einem Punkt mal einer anderen Meinung gewesen bin - nicht für die Rechte des Integrationsrates einsetze, darf man sich gern einmal anschauen, wie ich im Integrationsrat gearbeitet habe. Das sage ich sehr selbstbewusst. Und das weise ich ganz entschieden zurück.

(Beifall)

I. Abstimmung über den Ersetzungsantrag Beschluss:

Der Beschluss wird wie folgt ersetzt:

Die Verwaltung wird beauftragt: zu prüfen, wie das Projekt „10+1 Bäume für die Opfer des rechtsradikalen Terrors des NSU“ in Köln umgesetzt werden kann. Möglichkeiten der Finanzierung, sowie denkbare Standorte, ggf. im räumlichen Zusammenhang mit dem geplanten Mahnmal an der Keupstraße, sollen den zuständigen Gremien Anfang 2021 vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen sowie der Gruppe GUT und der Oberbürgermeisterin sowie bei Stimmenthaltung von RM Gerlach zugestimmt.

II. Die Abstimmung über die Vorlage in geänderter Fassung hat sich aufgrund der Beschlussfassung zum Ersetzungsantrag erledigt.

Anmerkung:
RM Hoyer gibt eine persönliche Erklärung ab.

Nach TOP 4.3.2 wird die vorher zurückgestellte Vorlage zu TOP 3.2.1. „Städtische Förderung Nachbarschaftstreff KalkNord, Remscheider Str. 32, 51103 Köln-Kalk“, Beschluss der Bezirksvertretung Kalk vom 28.05.2020 - AN/0686/2020, 2352/2020 abschließend behandelt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich kündige an, dass wir gleich eine 15-minütige Pause machen, aber vorher würde ich gern noch einmal den Tagesordnungspunkt 3.2.1 aufrufen.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Städtische Förderung Nachbarschaftstreff KalkNord, Remscheider Str. 32, 51103 Köln-Kalk

Beschluss der Bezirksvertretung Kalk vom 28.05.2020 - AN/0686/2020

2352/2020

Der Punkt hat sich nun einigermaßen geklärt, und zwar zieht die SPD den Änderungsantrag laut Herrn Dr. Krupp zurück. Zudem gibt es eine Ergänzung, die lautet:

> Die Verwaltung wird beauftragt, das Förderprogramm zeitnah zu entwickeln, sodass eine Beantragung der Fördermittel im laufenden Jahr und Beginn der Förderung ab 01.01.2021

- das hatte eben Herr Dr. Rau gesagt, dass das ohnehin so gedacht ist -

> für den Nachbarschaftstreff für KalkNord und andere Träger möglich sind. Die Verstetigung des Förderprogramms ab dem Haushaltsjahr 2022 soll unter Berücksichtigung der Haushaltslage sichergestellt werden. Nicht verausgabte Mittel sollen in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden.

Das ist doch mal ein Wort. Wir würden jetzt über die Vorlage mit dieser Ergänzung abstimmen. - Frau Kämmerin.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Was das Haushaltsrechtliche angeht, habe ich keine Bedenken gegen den Beschlussvorschlag mit Ausnahme des letzten Satzes, weil dieser Rat Grundsätze zur Ermächtigungsübertragung beschlossen hat, die wir einhalten und beachten sollten und von denen hier auch nicht abgewichen werden sollte. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das hieße für mich: Wir müssten den letzten Satz streichen, und zwar:

> Nicht verausgabte Mittel sollen in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden.

Das würde für mich jetzt Ihre Aussage bedeuten. Kann, muss nicht. So wäre es rechtlich möglich, sonst müsste ich es beanstanden. Darum geht es ja. Wir wollen ja jetzt eine gute Lösung dafür finden.

Vorlage mit der Ergänzung außer dem letzten Satz mit den nichtverausgabten Mitteln - kann ich darüber abstimmen lassen, oder gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Anregung der Bezirksvertretung Kalk aus ihrer Sitzung vom 28.05.2020, TOP 7.6 (AN/0686/2020) zur Kenntnis. Eine Förderung des Nachbarschaftstreffs KalkNord, Remscheider Str. 32, 51103 Köln-Kalk in Trägerschaft des Pavillon e. V. aus Mitteln der Stadt Köln soll in 2021 im Rahmen der Fördermittelvergabe auf Basis des Förderprogramms „Dritte Orte“ (Arbeitstitel) Berücksichtigung finden.

Das Förderprogramm und die daraus beabsichtigten Förderungen werden in die zuständigen politischen Gremien mit gesonderten Beschlussvorlagen eingebracht.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Förderprogramm zeitnah zu entwickeln, so dass eine

Fördermittel im laufenden Jahr und Beginn der Förderung ab 1.1.2021 für den Nachbarschaftstreff KalkNord und andere Träger möglich sind.

Die Verstetigung des Förderprogramms ab dem Haushaltsjahr 2022 ff. soll unter Berücksichtigung der Haushaltslage sichergestellt werden.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
Frau Bezirksbürgermeisterin Greven-Thürmer spricht zu der Vorlage.

RM Krupp übernimmt einen von Frau Greven-Thürmer formulierten Änderungsantrag, der nach Diskussion neu gefasst wird.

Die abschließende Behandlung und Beschlussfassung zu TOP 3.2.1 erfolgt nach der Behandlung von TOP 5.4.2.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herzlichen Glückwunsch, Frau Bezirksbürgermeisterin.

Jetzt machen wir bis 21.15 Uhr Pause.

(Unterbrechung von
20.57 Uhr bis 21.19 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich trete gerne mit Ihnen jetzt wieder in die Beratungen ein und rufe auf:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

6.1.1 Änderung der Betriebssatzung des Gürzenich-Orchesters

1091/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Betriebssatzung für das Gürzenich-Orchester Köln in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung (s. Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.2 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln

hier: Vereinfachung des Verfahrens bei öffentlichen Bekanntmachungen

2324/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1219/2020

Dazu liegt eine Wortmeldung von Frau Tokyürek vor.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Ich werde das von hier aus machen. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um die Änderung der Hauptsatzung und um die öffentlichen Bekanntmachungen, die demnächst statt im Amtsblatt nur noch im Internet erscheinen sollen. Damit kann Geld für Druck und Papier gespart werden. Sparsamkeit und Ökologie sind natürlich wichtig. Es ist auch gut, dass das so gemacht wird.

Deswegen haben wir einen pragmatischen Vorschlag, mit dem auf den Druck verzichtet werden kann, also die ursprünglichen Ziele der Beschlussvorlage auch erreicht werden können. Gleichzeitig möchten wir aber die Menschen nicht ausschließen, die keinen Internetzugang haben oder diese Technik nicht beherrschen. Das betrifft insbesondere eine Gruppe von Senioren. Viele von ihnen verfolgen aufmerksam, was in der Stadt passiert. Davon sollen sie auch künftig nicht ausgeschlossen werden. Wir wollen natürlich die Digitalisierung nicht aufhalten. Doch wir müssen für eine Übergangszeit alle mitnehmen, die aufgrund ihres Alters oder anderer Gründe diese Technik nicht beherrschen und das auch nicht lernen können.

Deshalb ist unser Vorschlag, in den Bürgerämtern jeweils ein Exemplar als Kopiervorlage auszudrucken und vorzuhalten - kleiner Aufwand, aber große Wirkung.

Abschließend möchte ich nur sagen: Uns geht es darum, dass Menschen mitgenommen werden. Das wäre auch auf Anfrage möglich. Wir haben im Vorfeld bereits mit der Verwaltung gesprochen. Insofern würde ich gerne auch noch einmal eine Stellungnahme hören, wie es möglich wäre, so etwas umzusetzen. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann gebe ich gerne der Kämmerin, die stellvertretend im Moment auch für die Bürgerämter zuständig ist, das Wort.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Tokyürek, Ihr Ansinnen ist sehr nachvollziehbar. Allerdings bitte ich, zu beachten, dass auch schon bisher die Amtsblätter den Bürgerämtern nur digital zur Verfügung gestellt werden. Das heißt: Vor Ort wird nicht kopiert. Vielmehr werden, wenn Bürgerinnen und Bürger Auszüge haben möchten, diese dann vor Ort ausgedruckt. Dieser Service würde selbstverständlich auch zukünftig bestehen.

Wenn wir Ihren Antrag allerdings so umsetzen würden, müssten wir explizit für die Bürgerämter künftig Druckexemplare vorhalten. Das wäre nicht im Sinne des Erfinders; denn es widerspräche der beabsichtigten Erleichterung.

Wenn Sie mit dieser Erklärung zufrieden sind, sollte sich Ihr Antrag an dieser Stelle eigentlich erledigt haben. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Danke für die Ausführungen. Wir sind damit einverstanden.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay.

Dann lasse ich über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss über die Ursprungsvorlage:

Damit öffentliche Bekanntmachungen künftig im Internet vollzogen werden können, beschließt der Rat der Stadt Köln die 21. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln vom 10.02.2009 in der als Anlage 2 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Nach Erläuterungen von Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Diemert zieht der Antragsteller den Änderungsantrag (AN/1219/2020) zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

6.2.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Abwassergebührensatzung 2021

2214/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

- *nimmt die Gebührenbedarfsrechnung für das Jahr 2021 (Anlage 1) zur Kenntnis.*
- *stimmt gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben – Abwassergebührensatzung – in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung (Anlage 2) zu.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 Zweite Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2020 über das Offenhalten von Verkaufsstellen

2030/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Frank.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Da gibt es eine veränderte Vorlage!)

- Ja. Ich frage aber erst einmal, ob es Wortmeldungen gibt, und dann sage ich, wie und worüber ich abstimmen lassen möchte.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie tauschen ja die Beschlussvorlage aus! Meine Bitte ist, dass sie einmal kurz erläutert wird!)

- Ich lasse ja über den neuen Beschlussvorschlag in Anlage 11 abstimmen. Dieser Beschlussvorschlag betrifft die in Anlage 12 beigefügte Zweite Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2020 über das Offenhalten von Verkaufsstellen. Dabei geht es um eine Sonntagsöffnung am 8. November 2020, dem Tag des Veedels.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber noch eine zweite!)

- Ja. Ich lasse zweimal abstimmen. Anschließend lasse ich über den weiteren neuen Beschlussvorschlag in Anlage 11 abstimmen. Dieser Beschlussvorschlag betrifft die in Anlage 15 - das sind jetzt so viele Anlagen, weil immer Hygienekonzepte usw. dabei sind - beigefügte Dritte Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2020 über das Offenhalten von Verkaufsstellen. Dabei geht es um die Durchführung der Rodenkirchener Kunstmeile am Sonntag, den 25. Oktober 2020.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Wir haben hier eine Wortmeldung von Frau Tokyürek!)

- Ja, gerne. Frau Tokyürek, bitte.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja erfreulich, dass die Verwaltung erkannt hat, dass die ursprünglich auf der Tagesordnung stehende Beschlussvorlage nicht rechtmäßig ist. Dennoch möchte sie heute noch einen verkaufsoffenen Sonntag beschließen lassen. Das ist auch ein stadtweiter verkaufsoffener Sonntag, nämlich am 8. November 2020.

Es ist mehr als irritierend, dass plötzlich der Tag des Veedels aus dem Hut gezaubert wird - und damit ein neuer Sachgrund nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 LÖG NRW. Auf einmal geht es um eine anlassbezogene Sonntagsöffnung. Wenn man sich die ursprüngliche Beschlussvorlage, die ja rechtswidrig ist, genauer anschaut, sieht man, dass darin überhaupt nicht von einer Sonntagsöffnung mit Anlassbezug die Rede war. Dieser Sachgrund ist einfach irgendwann aufgetaucht, nämlich heute.

Deshalb muss ich hier Unmut äußern. Das ist für Ehrenamtler nicht möglich, wenn man nicht zumindest einen Tag vorher eine Stellungnahme dazu bekommt, um sich vorzubereiten. Dann sitzt man hier, muss erst einmal in Session schauen, bekommt Tischvorlagen und muss sich kurzfristig überlegen, wie das denn rechtlich ist. So geht das nicht, finde ich. Man muss zumindest die Möglichkeit haben, sich damit auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Man kann nicht verlangen, dass wir hier sitzen, zuhören und gleichzeitig noch den Beschlussvorschlag für eine neue Ordnungsbehördliche Verordnung lesen und verstehen.

Jetzt zu dem Tag des Veedels: Man begründet eine stadtweite Öffnung mit dem Tag des Veedels. Letztes Jahr hat der Tag des Veedels an einem Freitag stattgefunden, und zwar bis 22 Uhr. Meines Erachtens reicht es doch auch, an den Werktagen von Montag bis Samstag so etwas zu veranstalten. Jetzt möchte man es an einem Sonntag machen. Teilgenommen haben damals circa 17 Veedel. Wir haben aber weitaus mehr Veedel. Auf diesem Weg möchte man einen Anlassbezug herstellen.

Ich sehe diesen Anlassbezug nicht, wenn ich mir die entsprechenden Stellen noch einmal anschaue. Wo ist, bitte, die Prognose? Da steht keine Prognose drin. Wie sind denn die Besucherströme? Kommen dann mehr Menschen zum Tag des Veedels, oder kommen mehr Menschen zu den Sonntagsöffnungen? Das ist überhaupt nicht klargestellt.

Insofern haben wir als LINKE gar keine Grundlage, um heute eine vernünftige Entscheidung zu treffen, weil wir die Gründe überhaupt nicht kennen. Es gibt gar keinen Grund. Man muss dann ja auch die Prognose haben. Die ist nicht da.

Des Weiteren stellt sich mir folgende Frage, wenn man jetzt einfach so einen neuen Sachgrund aus dem Hut zaubert: Was ist mit der Anhörung der Gewerkschaften, der Kirchen usw.? Das hat man überhaupt nicht gemacht.

Nächste Frage: Warum ist es in der alten Vorlage denn nicht erwähnt? Ich habe eine Vermutung: weil man weiß, dass das überhaupt nicht geht. Es gibt gar keinen Anlassbezug. Man wollte einfach eine dieser Sonntagsöffnungen retten, weil man weiß, dass sie nach den ganzen OVG-Entscheidungen überhaupt nicht mehr rechtmäßig sind. Man hätte sie nicht durchbekommen. Man hätte diese Klagen auch verloren.

Insoweit werden wir auch dem, was hier so kurzfristig vorgelegt worden ist, auf jeden Fall nicht zustimmen können.

Nun gehe ich noch kurz auf die Öffnung in Rodenkirchen ein. Hier möchte ich einmal aus der alten Vorlage zitieren und die Frage stellen, wie das zusammenpasst:

> Auf Grund der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Einschränkungen des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens konnten aktuell die genehmigten Verkaufsstellenöffnungen im Zeitraum 26.04.2020 bis zum 31.08.2020 (Coronaschutzverordnung; CoronaSchVO) nicht stattfinden. … Auf Grund der Wirkung der CoronaSchVO bedurfte es in allen Fällen keiner Aufhebung der vom Rat genehmigten ordnungsbehördlichen Verordnung.

Das heißt, dass durch die Coronaschutzverordnung im Grunde auch die Verkaufsstellenöffnung in Rodenkirchen einfach aufgehoben worden ist. Das ist die Wirkung. Dann würde das aber bedeuten, dass wir heute etwas beschließen, wo wiederum die Gewerkschaften nicht angehört worden sind, wo wiederum die Kirchen nicht angehört worden sind, wo im Grunde gar keiner angehört worden ist.

Man kommt hierher, zaubert eine Verkaufsstellenöffnung aus dem Hut und nennt den Tag des Veedels - ohne weitere Begründung, ohne weitere Unterlagen, sodass wir prüfen könnten. Dann kommt auch noch Rodenkirchen dazu. Hier ist die Frage: Muss man Rodenkirchen nicht erst noch einmal in die Beratungsfolge geben und die Anhörung durchführen?

Insoweit ist es natürlich superschwierig, auf dieser Grundlage hier als Fraktion Entscheidungen zu treffen. Wir werden diesen Ordnungsbehördlichen Verordnungen definitiv nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt mehrere Wortmeldungen. Als Erster bitte Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es jetzt einmal vom Platz aus. Dann geht es vielleicht schneller. Es sind auch noch einmal ein paar Fragen an die Verwaltung.

Ich muss Frau Tokyürek zustimmen. Es ist ein doch sehr sportliches Verfahren, um es einmal positiv auszudrücken, dass wir heute im Rat als Tischvorlage diese Rechtsverordnung bekommen. Das macht in der Tat eine Vorbereitung extrem schwierig.

Gleichwohl waren wir jetzt kommunikativ ein bisschen in den Kreis derjenigen eingebunden, die sich im Vorfeld noch einmal zusammengesetzt haben. Deswegen möchte ich noch einige ganz konkrete Fragen an die Verwaltung stellen.

Erste Frage: Es ist doch richtig, dass der 8. November 2020 einer der Sonntage ist, die auch schon in der alten Rechtsverordnung, die jetzt als nicht mehr rechtlich darstellbar angesehen wird, vorgesehen waren, weil das der Tag des Veedels werden sollte? Diesen Termin kenne zumindest ich schon seit einem halben Jahr. Aber das würde ich gerne nachher noch einmal bestätigt haben.

Zweite Frage: Wenn ich das richtig sehe, hat sich in dieser Woche doch auch die modifizierte Konsensrunde, nenne ich sie einmal, getroffen, an der die Kirchen, die Gewerkschaften, die Verwaltung und die Interessengemeinschaften beteiligt sind, um diese Termine bzw. diese Rechtsverordnung mit vorzubereiten. Ich würde gerne noch einmal die Voten hören, weil ich wahrgenommen habe, dass es dort auch Einverständnis mit dem Vorschlag 8. November 2020 gab.

Dritte Frage: Bei der Rechtsverordnung, die sich auf die Rodenkirchener Kunstmeile bezieht, geht es doch, wenn ich das richtig wahrnehme, um eine Terminverschiebung. Wir hatten diese Kunstmeile hier bereits im Rahmen eines vorangegangenen Beschlusses beschlossen. Jetzt soll sie coronabedingt nur auf den 25. Oktober 2020 verschoben werden, sodass diese Rechtsverordnung quasi - in Anführungsstrichen - „geändert“ wird.

Das wüsste ich nur gerne, damit wir da noch einmal ein bisschen Klarheit für uns schaffen.

Ansonsten wäre ich sehr dankbar, wenn wir solche Vorlagen und auch diese Fragestellung vor einer Sitzung klären könnten und nicht erst in der Sitzung. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bei „nicht erst in der Sitzung“ gebe ich Ihnen vollkommen recht. Ich finde es gut, dass Sie die Flexibilität, die alle anderen hatten, jetzt auch haben. Vielen Dank dafür. Denn wir müssen einfach aktuell sein. Das ist eben so. Und das erwartet auch, glaube ich, jede Bürgerin und jeder Bürger von uns.

Ich habe weitere Wortmeldungen vorliegen. Der Nächste ist Herr Dr. Strahl. Dann können wir noch einmal klatschen.

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Das war doch nicht meine letzte Rede. Aber wir hatten das ja eben schon: Außergewöhnliche Vorgaben erfordern außergewöhnliche Antworten.

Meine Damen und Herren, wir legen Wert darauf, dass wir uns darüber im Klaren sind, dass wir dem Handel so weit helfen müssen, wie wir ihm helfen können. Da gibt es kein Wenn und kein Aber. - Herr Görzel, hören Sie mir gut zu, dass Sie mir das Wort nicht gleich wieder im Mund herumdrehen.

(Beifall bei der CDU)

Es geht darum, dem Handel, der arg gebeutelt ist, zu helfen. Da muss man Fantasie ins Spiel bringen. Der Kollege von der SPD hat gerade erklärt, dass er dem folgen kann. Das können wir natürlich auch.

Ich habe ein Problem, zu verstehen, ob Veranstaltungen, die positiv beschieden waren und auch nicht beklagt wurden, aber aufgrund der Pandemie nicht stattgefunden haben, jetzt noch stattfinden können. Das würde ich gerne von der Beigeordneten wissen.

Vor allen Dingen möchte ich auch wissen, wie das denn jetzt mit der Street Gallery in Lindenthal ist. Denn sie fällt auch unter diese Kategorie, aus der wir jetzt nur die Öffnung in Rodenkirchen vorgelegt bekommen haben. Da brauchen wir Klarheit. Sonst können wir hier nicht viel beschließen. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bevor Frau Blome das Wort bekommt, spricht noch Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der Stadtgemeinschaft und denjenigen, die in den letzten Tagen hinter den Kulissen gewerkelt haben, um hier noch einen Beschlussvorschlag unterbreiten zu können, äußerst dankbar.

Ich darf mich ausdrücklich den Worten meines Vorredners, jedenfalls dem ersten Teils, anschließen. Wir leben in besonderen Zeiten. Ich finde es super, dass hier versucht wird, weniger als zwei Wochen nach einer Entscheidung des OVG gemeinsam ein Signal an unsere Händler und Händlerinnen auszusenden.

Im Übrigen, liebe Frau Kollegin Tokyürek, halte ich Ihre Bedenken für, vorsichtig ausgedrückt, vorgeschoben. Wenn Sie sich die Anhörungen insbesondere der evangelischen Kirche durchlesen, werden Sie bass erstaunt zur Kenntnis nehmen, dass die evangelische Kirche, die bislang ja auf dem Bremspedal stand, in Anbetracht der Corona-Pandemie und der grassierenden Gefahr von Arbeitslosigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Handel eine sehr pragmatische, flexible Lösung favorisiert und sich einen Ruck gegeben hat - auch im Interesse der vielen Beschäftigten. Wir erleben ja gerade auch die ersten Vorboten von Insolvenzen.

Daher hätte ich mich sehr gefreut, Frau Tokyürek, wenn Sie als Vertreterin der neuen Arbeitnehmer*innenpartei sich auch hier für den Standort Köln und für die Arbeitnehmer*innen entschieden hätten. Ich bin gespannt, wie Sie Ihren ver.di-Mitglieder*innen erklären wollen, dass sie möglicherweise bald in die Arbeitslosigkeit gehen.

Ich nehme jetzt die Schärfe heraus, um wieder zu betonen, dass wir hier die Gelegenheit haben, ein sensationelles Signal auszustrahlen. Ich hoffe sehr, dass alle Beteiligten sich an diesen Konsens halten und dass keiner klagt; denn wo kein Kläger, da kein Richter. - In diesem Sinne: Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weil ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, gebe ich jetzt Frau Blome das Wort, die das noch einmal erläutern wird.

Beigeordnete Andrea Blome: Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der Handelsverband Aachen-Düren-Köln, die Industrie- und Handelskammer zu Köln, der Handelskümmerer und Stadtmarketing Köln haben um die Durchführung einer Telefonkonferenz gebeten, um die Sachlage noch einmal zu klären.

Diese fand am 8. September 2020 mit den oben genannten Akteuren, einem Vertreter der evangelischen Kirchengemeinden, Vertretern der Gewerbeabteilung, einer Vertreterin des Rechts- und Versicherungsamtes, einem Vertreter des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik sowie einem Vertreter von KölnBusiness statt.

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di war aufgrund von Erkrankungen nicht vertreten.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Die katholische Kirche auch nicht!)

- Mhm.

Die Verwaltung schlug vor, dass der Termin am 8. November 2020 genehmigt werden könne. Dieser wird allerdings nicht auf der Grundlage des Runderlasses beantragt, sondern ist anlassbezogen und kann somit nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 LÖG NRW anerkannt werden. Die anwesenden Vertreter erklärten sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Auf der Grundlage dieses Konsenses hat daher die Verwaltung den aus der Anlage 11 zur Vorlage 2030/2020 ersichtlichen neuen Beschlussvorschlag vorgelegt.

Nun zur Rodenkirchener Kunstmeile: Bei dieser Veranstaltung handelt es sich um eine bereits genehmigte Veranstaltung aus der Ersten Ordnungsbehördlichen Verordnung vom 6. Februar 2020, die jedoch coronabedingt abgesagt und im zweiten Halbjahr 2020 nachgeholt werden sollte. Hierzu hat die Aktionsgemeinschaft Rodenkirchen e. V. am 8. September 2020 den Antrag für den 25. Oktober 2020 nachgereicht. Hierbei handelt es sich lediglich um die Nachholung eines bereits in der Verordnung - ich sagte es schon - vom 6. Februar 2020 beschlossenen verkaufsoffenen Sonntages, der coronabedingt verschoben werden sollte. Die Veranstaltung, die aus Sicht der Verwaltung daher unter Beachtung der Hygienevorschriften genehmigungsfähig ist, sehen Sie in der Anlage 15.

Aus der alten Vorlage 4022/2019 ist die Durchführung der noch in der Zukunft liegenden Termine unter Beachtung der Coronaschutzverordnung teilweise möglich. Das sind:

- 27. September 2020: Dellbrück, Straßenfest
- 11. Oktober 2020: Porz-Mitte, Musikalischer Herbst
- 25. Oktober 2020: Lindenthal, Street Gallery
- 8. November 2020: Braunsfeld, Martinsmeile; aber dann natürlich auch der Tag des Veedels für die anderen
- 29. November 2020: Porz-Mitte, Porzer Adventsmarkt
- 13. Dezember 2020: Kernbereich Innenstadt, Weihnachten in Köln

Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich glaube, das war jetzt so ausführlich, dass damit auch Ihre Nachfrage beantwortet ist, Herr Dr. Strahl. Ja?

(Dr. Jürgen Strahl [CDU]: Ja! Vielen Dank!)

- Okay.

Dann lasse ich abstimmen, und zwar, wie ich eben gesagt habe, zunächst über den neuen Beschlussvorschlag in Anlage 11, der den Tag des Veedels betrifft. Gibt es Gegenstimmen? - Der LINKEN. Enthaltungen? - Der Ratsgruppe GUT. Dann ist das so beschlossen.

Nun folgt die Abstimmung über den weiteren neuen Beschlussvorschlag in Anlage 15, der die Rodenkirchener Kunstmeile betrifft, so wie wir das eben beschlossen haben. Gibt es Gegenstimmen? - Der LINKEN. Enthaltungen? - Der Ratsgruppe GUT. Dann ist auch das so beschlossen. - Vielen Dank.

I. Abstimmung über den neuen Beschlussvorschlag (Anlage 11): Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 12 beigefügten zweiten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2020 an den aufgeführten Tagen und Zeiten.

Die Freigabe der Sonntage erfolgt auf der Grundlage der Würdigung des Sachgrundes des § 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des Ladenöffnungsgesetzes NRW (LÖG).

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und Stimmenthaltung der Gruppe GUT zugestimmt.

II. Abstimmung über einen weiteren neuen Beschlussvorschlag (Anlage 11) Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der

Anlage 15 beigefügten dritten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2020 an den aufgeführten Tagen und Zeiten.

Die Freigabe der Sonntage erfolgt auf der Grundlage der Würdigung des Sachgrundes des § 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des Ladenöffnungsgesetzes NRW (LÖG)

unter dem Vorbehalt, dass die Kunstmeile Rodenkirchen am 25.10.2020 im Hinblick auf die dann gültige Coronaschutzverordnung NRW stattfinden darf.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und Stimmenthaltung der Gruppe GUT zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt komme ich zu:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

Ich bitte Sie, darüber gemeinsam abzustimmen. Das ist in diesem Fall möglich, weil es sich nur um Kenntnisnahmen handelt.

Gibt es Gegenstimmen gegen dieses Vorgehen? - Das ist nicht der Fall. Dann rufe ich auf:

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2019 gem. § 83 Abs. 1 und

§ 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2019

1936/2020

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Generalinstandsetzung der Industriestraße im Bereich zwischen dem Parkplatz 7 (Fühlinger See) und Oranjehofstraße

2148/2020

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7.2.2 Neugestaltung des Spielplatzes Osloer Straße/Athener Ring in Köln-Chorweiler

hier: Kostenerhöhung

2221/2020

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7.2.3 Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete auf dem städtischen Grundstück Aloys-Boecker-Straße 4, 51147 Köln-Lind

1676/2020

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7.2.4 Unterrichtung des Rates gem. § 25 der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen

2600/2020

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7.2.5 Einsturz Historisches Archiv/Abschluss Regress mit der Provinzial Rheinland Versicherungs AG/Vergleich von Dezember 2009 (61,5 Mio € zzgl. Zinsen abzgl. Kostenbeteiligung)

2686/2020

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich: Gibt es Gegenstimmen gegen die Kenntnisnahme der Vorlagen unter Punkt 7? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann sind sie so zur Kenntnis genommen.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.1 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss für den Ersatzneubau Brücke Bergerstraße in Köln-Porz

Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV

1306/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse abstimmen wie Vorlage. Der Wunsch der BV 7 wird berücksichtigt. Die Tunnelvariante wird kostenneutral mitgeprüft.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss (mit dem Hinweis, dass der Wunsch der BV auf kostenneutrale Prüfung der Tunnelvariante berücksichtigt wird):

1. *Der Rat erkennt den Bedarf zur Planung für den Abbruch und Neubau der Brücke Bergerstraße in Köln-Porz an und beauftragt die Verwaltung, die Maßnahme bis einschließlich Leistungsphase 3 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) vorzubereiten. Gemäß vorläufiger Kostenschätzung belaufen sich die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI auf rund 1.057.900 €brutto.*

2. *Der Rat beschließt für das Haushaltsjahr 2021 eine außerplanmäßige Auszahlung und gleichzeitige Freigabe in Höhe von*

230.000 € zur Finanzierung der o. g. Maßnahme im Teilfinanzplan 1202, Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 8, Auszahlung für Baumaßnahmen, für Finanzstelle 6901-1202-7-0700, Neubau Brücke Berger Straße. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im o. g. Teilfinanzplan aus der Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 6901-1202-0-0310, Grunderneuerung der Mülheimer Brücke.

3. Gleichzeitig beschließt der Rat für das Haushaltsjahr 2021 eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 827.900 € zur Finanzierung der o. g. Maßnahme zu Lasten des Haushaltsjahres 2022 im Teilfinanzplan 1202, Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei Finanzstelle 6901-1202-7-0700, Neubau Brücke Berger Straße. Die Deckung erfolgt durch eine veranschlagte, aber nicht benötigte Verpflichtungsermächtigung in gleicher Höhe, im gleichen Teilfinanzplan, bei Finanzstelle 6901-1202-0-0310, Grunderneuerung der Mülheimer Brücke.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.2 Brandschutznachrüstung - Einbau von trockenen Löschwasserleitungen in den unterirdischen Stadtbahnhaltestellen Florastraße, Neusser Straße und Geldernstraße/Parkgürtel

4473/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse so abstimmen wie Verkehrsausschuss. Das ist wie Vorlage.

(Zuruf)

- Ja, die BV 5 hat sie geändert: keine Sichtbehinderung durch Löschwassereinspeisung.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat der Finanzausschuss übernommen!)

- Das hat der Finanzausschuss übernommen, genau. Die Verwaltung wollte abstimmen lassen wie der federführende Ausschuss, also wie Verkehrsausschuss.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir machen es wie Finanzausschuss!)

- Dann lasse ich abstimmen wie Finanzausschuss - er hat beschlossen wie BV 5 -, Anlage 6.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung der Bezirksvertretung 5 (Nippes) vom 03.09.2020 (Anlage 5) und des Finanzausschusses vom 07.09.2020 (Anlage 6):

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit dem nachträglichen Einbau von trockenen Löschwasserleitungen und der baulichen Umsetzung der nach BOStrab § 24 Abs. 5 geforderten Ersatzeinspeisungen innerhalb der Stadtbahnhaltestellen Florastraße, Neusser Straße/ Gürtel und Geldern Straße/ Parkgürtel mit städtischen Gesamtkosten in Höhe von 1.434.433,57 Euro brutto.

An der Haltestelle Florastraße ist die Löschwassereinspeisung so zu gestalten, dass es zu keiner Sichtbehinderung kommt, ggf. ist sie auf der gegenüberliegenden Straßenseite anzubringen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.3 Grundsätze kommunaler Unternehmensführung - Fortentwicklung des PCGK

1933/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1213/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Wie ich höre, hat man sich darauf geeinigt, dass zuerst Herr Detjen zum Änderungsantrag der LINKEN spricht. Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! „Was nützen die Gesetze uns, wenn gute Sitten

fehlen?“, sagte der römische Lyriker Horaz. Dieses Zitat fiel in der Debatte am 3. Mai 2018 in der Diskussion zur Börschel-Petelkau-Frank-Affäre.

(Unruhe)

- Warum soll man die Stadtwerke beleidigen, wenn es anders war?

Der Stadtrat kann eben keine Gesetze beschließen, aber ein kulturelles Miteinander organisieren und Verhaltenskodexe prägen.

Die Stadtwerke-Affäre konnten wir damals auch dank der Medien aufklären, aber auch wegen und mit dem PCG-Verhaltenskodex. Ein genaues Studium und die Anwendung des PCG-Kodex und wichtige Gespräche brachten den Stein ins Rollen. „Der Deal verstößt gegen den PCG-Kodex“, war dann die Botschaft.

Und dann fielen viele Dominosteine - leider nicht alle. Vollständig konnte man den Deal nicht aufklären.

Aber der Rat verschloss sich nicht, den PCG-Kodex zu verschärfen. Es gab das spannende Gutachten von Professor Papenfuß, Beratungen in den Ausschüssen und zwei Gespräche mit der Kämmerin. Nunmehr liegt eine Neufassung des PCGK vor.

Für die Ratsfraktion DIE LINKE ist das enttäuschend und unbefriedigend; unbefriedigend auch deshalb, weil aus dem wichtigsten Ereignis der letzten Wahlperiode - so sehen wir das wenigstens; das war das wichtigste Ereignis der Wahlperiode -, der Börschel-Petelkau-Frank-Affäre, keine handfesten Konsequenzen gezogen werden.

Zwei wichtige Änderungsvorschläge machen wir.

Erstens. Alle drei Akteure waren und sind immer noch in vielen Aufsichtsräten vertreten. Die drei beherrschten - oder beherrschen; wie auch immer man das sehen will - mit den dahinter liegenden Infos und dem entsprechenden Wissen ihre Fraktionen und fusionierten zu einer virtuellen Vorstands- und Glaubensgemeinschaft.

(Unruhe)

Deshalb bin ich mir sehr sicher, dass eine wichtige Kampfansage darin bestehen sollte, die Anzahl der Aufsichtsratsmandate zu reduzieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Unser Änderungsantrag zu Punkt 2.2.5 ist der Vorschlag einer Reduzierung auf drei Aufsichtsratsmandate. Die alte und jetzige Regelung ermöglicht, in sehr vielen Aufsichtsräten zu sein. Wenn für den Stadtwerke-Konzern nur ein Mandat gerechnet wird, könnte man in vielen Aufsichtsräten sein: AWB, AVG, KVB usw. - und dann noch in anderen Konzernen, die nicht dem Stadtwerke-Konzern angehören: Sparkasse, Kliniken, GAG usw. In gewisser Weise eine unendliche Geschichte!

Deshalb lautet unser Änderungsantrag, das auf drei reale Aufsichtsräte zu reduzieren.

Zweitens. Unser Änderungsantrag zu Punkt 2.5.4 sieht vor, dass die jetzige Regelung, dass ein Vorstands- und Geschäftsleitungsmitglied erst nach zwei Jahren in den Aufsichtsrat wechseln kann, auch umgekehrt gelten soll, wenn ein Aufsichtsratsmitglied in den Vorstand wechseln soll - Fall Börschel. Ausgenommen haben wir den Fall, dass ein Arbeitnehmervertreter zum Arbeitsdirektor wechselt, was in den letzten Jahren oft die Praxis war.

Professor Papenfuß hat in seinem Gutachten diese Möglichkeit einer Änderung für rechtlich möglich gehalten.

Die etablierten Parteien und die Verwaltung wollen das aussitzen und möchten weitere rechtliche Gutachten einholen.

Wir haben außerdem einen Änderungsvorschlag zu Punkt 2.5.1. Wir wollen den Anteil der Frauen in den Aufsichtsräten auf 50 Prozent festlegen. DIE LINKE hat das in der letzten Wahlperiode so gemacht, und das geht.

Außerdem schlagen wir das Anfügen eines Punktes 3.3.2 vor, mit dem die Vergütung der Managergehälter auf das 20-Fache des niedrigsten Gehaltes im Unternehmen gedeckelt wird. Das wäre ein neuer Punkt, der bisher im PCGK nicht vorgesehen ist.

Da Professor Papenfuß in den Gesprächen in den Ausschüssen deutlich gemacht hat, dass man den PCGK auch sehr praktisch nutzen kann und er nicht nur ein theoretisches Gebilde ist, machen wir diesen Vorschlag.

Bei unserem Managerdeckel bekommen die Vorständler immer noch ein tolles Gehalt. Beispiel KVB: niedrigste Tariflohngruppe EG 3, also 2 411,20 Euro im Monat; Jahresgehalt 28 934,40 Euro; mal 20 gleich 578 688 Euro. Das ist ein

Gehalt, das die Vorständlerin im Moment noch gar nicht bekommt.

Der Rat zieht mit seinem heutigen Beschluss keine Konsequenzen aus der Börschel-Petelkau-Frank-Affäre. In der nächsten Wahlperiode wird DIE LINKE an diesem Thema dranbleiben - wahrscheinlich schon in den ersten Sitzungen, in denen sich der Rat konstituiert. Da werden wir einmal gucken, in wie viele Aufsichtsräte Herr Petelkau kommt. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Fortgeschrittene Stunde, aber trotzdem ein sehr gewichtiges Thema, wie ich finde. Herr Detjen hat jetzt einmal alles auf den Tisch gelegt, was er noch in der Pipeline hatte, woran man sich mit Blick auf die ablaufende Periode abarbeiten konnte. Ich meine aber, dass dieses Thema, über das wir hier sprechen, eigentlich zu ernst ist, um es mit einem solchen Wahlkampfauftritt zu verbinden, Herr Detjen.

Der PCGK bildet nämlich nun einmal die wichtigste Grundlage für transparentes und rechtssicheres Arbeiten von uns allen in den Kontroll- und Aufsichtsgremien unserer Stadt. Da sollten wir auch Respekt haben. Ich glaube, wir sind alle auch in dieser Phase vor zwei Jahren intensiv genug in die Debatten eingebunden gewesen, um zu wissen, dass auch die PCGK-Regeln, die Herr Detjen jetzt aufstellt, nicht so einfach dazu geführt hätten, zu einem anderen Ergebnis zu kommen, als man damals hätte kommen wollen. Das heißt: Ich glaube nicht, dass der PCGK das richtige Instrument ist, um bestimmte Entwicklungen zu beeinflussen, die Herr Detjen meint, darüber beeinflussen zu können.

Trotzdem hat die Vergangenheit gezeigt, aber auch die Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, dass eine Modifizierung des PCGK erforderlich und notwendig ist. Da haben wir uns ja auch gemeinsam aufgemacht. Herr Professor Papenfuß und sein Gutachten sind bereits genannt worden als Grundlage für einen sehr intensiven Diskussionsprozess, den wir alle miteinander als im Finanzausschuss vertretene Fraktionen, wie ich finde, in einem guten, in einem transparenten, in einem offenen Dialog geführt haben.

DIE LINKE war an diesem Dialog ja auch beteiligt. Ich meine, wir haben da sehr viele Punkte eingebracht, beraten und gewogen. Zumindest ich, aber nach meinem Gefühl auch die allermeisten in dieser Runde waren am Ende davon getragen, zu einem breiten gemeinsamen Vorschlag dahin gehend zu kommen, den PCGK zu modifizieren und anzupassen.

Dieser gemeinschaftliche Pfad, auf dem ich auch die LINKEN lange wähnte, ist jetzt aber mit diesem Antrag von den LINKEN verlassen worden - vielleicht auch unter dem Aspekt, im Wahlkampf, wie ich es gerade schon gesagt habe, alles das noch einmal vortragen zu können, was wir jetzt hier gehört haben.

Ich meine aber, dass wir heute eigentlich eine gute Vorlage auf dem Tisch liegen haben, auch wenn man sich das aus SPD-Sicht an der einen oder anderen Stelle mit Sicherheit auch anders vorstellen kann.

Wir haben gerade bei der von Ihnen, Herr Detjen, noch einmal genannten Frage des Wechsels von dem Aufsichtsrat in die Geschäftsführung ganz dezidiert auf die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geschaut. Zu diesem Thema haben wir auch ganz konkrete Einlassungen der Gewerkschaften, die da nämlich sehr kritisch sind.

So einfach, wie Sie es jetzt in Ihren Änderungsantrag geschrieben haben, geht es ja nicht. Das liest sich zwar schön. Sie müssen aber den Gleichbehandlungsgrundsatz beachten und können ihn nicht einfach außer Kraft setzen, indem Sie sagen: Wir machen ein Recht für Arbeitnehmer und ein Recht für Nicht-Arbeitnehmer.

Daher ist der Weg, auf den wir uns heute machen, schon der richtige. In Punkt 4 der Beschlussvorlage ist nämlich vorgesehen, im Rahmen eines gutachterlichen Verfahrens zu schauen: Wie können wir den Anspruch, einen Wechsel vielleicht anders gestalten zu können, als das bisher möglich war, rechtssicher umsetzen, ohne den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Möglichkeit des Wechsels aus dem Aufsichtsrat zu verbauen? Dort sind sie nun einmal ganz häufig vorher auch in einer Arbeitsdirektorenposition. Das haben wir immer wieder erlebt. Es ist ja auch an vielen

Stellen ein bewährtes, gutes und für den Frieden in den Betrieben bewährtes Mittel.

Ich will durchaus selbstkritisch sagen, dass man beim Thema „Anzahl der Mandate“ unterschiedlicher Meinung sein kann. Wir haben mit dem PCGK jetzt einen Rahmen, der für uns alle gilt. Wir als Sozialdemokraten haben uns für die nächste Periode durch Parteitagsbeschluss eine klare Richtung vorgegeben. Als Sozialdemokraten wollen wir nicht mehr als drei Mandate in Anspruch nehmen. Das ist für uns auch in Ordnung. Am Ende war da kein Konsens zu erzielen. Deswegen haben gesagt: Wir können mit der Regelung des PCGK leben. Jede Fraktion kann ja auch für sich entsprechende Regeln aufstellen.

Deswegen glauben wir, dass der PCGK so, wie er heute hier vorliegt, erst einmal eine gute Grundlage für unsere zukünftige Arbeit im neuen Rat ist. Wir werden zu gegebener Zeit - so, wie ich Frau Diemert kenne, wird das mit Sicherheit nicht in allzu ferner Zukunft sein - noch eine neue Vorlage zu dem Aspekt „Wechsel von dem Aufsichtsrat in die Geschäftsführung“ bekommen. Dann können wir ihn ja modifizieren.

In diesem Sinne würde ich mich freuen, wenn wir heute hier im breiten Konsens - ich glaube, die LINKEN sind heute nicht dabei, aber trotzdem im breiten Konsens - diesen PCGK als Arbeitsgrundlage für die nächste Periode beschließen würden. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Detjen, wenn Sie hier Dinge begründen, sollten Sie auch bei der Wahrheit bleiben. Ein Verstoß gegen den PCGK war bei der damaligen Ausschreibung ja nicht gegeben, weil das eine Soll- und keine Mussvorschrift war.

Das ist auch eine der wichtigsten Änderungen, die wir mit dem Wechsel vollzogen haben. Das war ja auch einer der Hauptpunkte in der Begründung, warum wir das Ganze angestoßen hatten und ändern wollten.

Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, der Verwaltung - ich habe das im Finanzausschuss schon getan - auch an dieser Stelle noch einmal für die Arbeit zu danken, die investiert worden ist, inklusive des externen Beraters. Denn wir haben es geschafft, unseren PCGK ins 21. Jahrhundert zu überführen. Nach diesen Entscheidungen haben wir sicherlich einen der modernsten und effizientesten Kodizes in Deutschland.

Zu Ihrem konkreten Antrag, Herr Detjen: Hinsichtlich der Zahl der Mandate sollten Sie sich einmal den deutschen PCG-Kodex und die Kodizes auf Landesebene anschauen. Auf allen Ebenen ist die Zulässigkeit auf fünf Mandate begrenzt worden. Es gibt nämlich zwei entscheidende Faktoren, die Sie an dieser Stelle nicht aufgeführt haben.

Erstens. Jeder, der in einem Aufsichtsrat sitzt, soll die entsprechende Qualifikation haben, um dieses Amt vernünftig auszufüllen und seiner Kontrollfunktion auch nachzukommen. Das ist auch im eigenen Interesse, weil an einer solchen Position inzwischen auch eine entsprechende Haftung hängt.

Zweitens. Bei den Aufsichtsratsmitgliedern muss natürlich auch der zeitliche Rahmen verfügbar sein - und nicht jeder Aufsichtsrat ist gleich. Wenn Sie bei Daimler-Benz oder bei Bayer im Aufsichtsrat sitzen, haben Sie sicherlich eine andere Arbeitsbelastung als im Aufsichtsrat einer sehr kleinen Gesellschaft.

Deshalb kann man nicht so pauschal argumentieren. Das passt hier nicht. Ich glaube, dass wir hier eine vernünftige Regelung haben, die sich an den deutschen Regelungen auf den verschiedenen nationalen Ebenen orientiert. Deshalb werden wir diese Änderung ablehnen.

Hinsichtlich der Frauenquote orientieren wir uns am Landesgleichstellungsgesetz. Das war für uns der wesentliche Treiber. Diese Vorgaben erfüllen wir. Damit können wir hier zum aktuellen Zeitpunkt einen Haken dranmachen.

Zu dem dritten Punkt, dem Wechsel aus dem Aufsichtsrat, hat Herr Joisten schon eine ganze Menge gesagt.

Deshalb konzentriere ich mich jetzt auf den letzten Punkt, das Thema Managervergütung. Sie wissen auch, dass wir bei jeder Vergütungsrunde die Marktkonformität durch einen Externen überprüfen lassen, um sicherzustellen, dass die Gehälter auch bei den Spitzenfunktionen in den

städtischen Gesellschaften nicht jenseits von Gut und Böse oder außerhalb jeglicher Reichweite liegen.

Deshalb kann man guten Gewissens sagen, dass wir hier eine vernünftige Regelung haben, die es uns vor allen Dingen auch ermöglicht, die besten Manager für unsere Gesellschaften zu bekommen. Das ist ebenfalls ein sehr wichtiger Punkt. Schließlich haben wir in den nächsten Jahrzehnten eine ganze Menge Themen vor uns, die wir abarbeiten müssen. Das wollen wir mit den Besten machen.

Mit den Regeln, die wir haben, können wir das sehr gut machen, glaube ich. Vor diesem Hintergrund werden wir auch diesen Punkt Ihres Antrags ablehnen, während wir insgesamt dem vorliegenden Entwurf in der Fassung des Finanzausschusses zustimmen können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau von Bülow das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Am 2. Juli 2018 haben die Fraktionen von Grünen, FDP und CDU gemeinsam einen Antrag zur Überprüfung und Schärfung des PCGK beschlossen, aus gegebenem Anlass und - die Wahrheit muss sein - gegen die Stimmen der LINKEN.

Kernsatz war:

> Der Finanzausschuss stellt fest, dass die Besetzung von Vorständen und Geschäftsführungen bei den städtischen Beteiligungsgesellschaften durch klare und transparente Verfahren zu erfolgen hat. Der Public Corporate Governance Kodex (PCGK) ist das Regelwerk, das die dafür notwendigen Maßstäbe und Regelungen setzt, auf deren Einhaltung sich der Rat verbindlich verpflichtet.

Genau um dieses Regelwerk ging es. Die einschlägigen Vorschriften des PCGK und deren Anwendung in der Praxis sollten kritisch überprüft, bewertet, modifiziert und geschärft werden.

Wenn ich mir den Antrag von 2018 durchlese, finde ich immer noch, dass wir damit einen guten Beschluss gefasst haben.

Ich sehe, dass im weiteren Verlauf genau dieser Antrag abgearbeitet wurde. Dafür vielen Dank an die Verwaltung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Denn es galt in der Tat, aus Fehlern und Skandalen zu lernen, damit diese in Zukunft nicht mehr vorkommen.

Ich bin froh darüber, dass sich bereits im Finanzausschuss eine breite Mehrheit für diese neue Vorlage ausgesprochen hat, und ich bin sicher, dass wir das gleich im Rat hier auch so tun werden.

Seit 2018 haben wir uns gemeinsam auf den Weg gemacht. Wir haben den PCGK in einem produktiven Prozess in mehreren Runden schrittweise weiterentwickelt, begleitet von Herrn Professor Papenfuß, der schon Erwähnung fand.

Aus dem aktuellen deutschlandweiten Vergleich von Public Coroporate Governance Kodizes wurden Vergleichstabellen mit Good-Practice-Regelungen erstellt und aus diesen konkrete Handlungsoptionen für den PCGK Köln abgeleitet, die in Form eines Projektberichtes vorlagen.

Es gab dazu mehrere Sitzungen im Finanzausschuss. Politik und Verwaltung tauschten sich intensiv aus. Ergebnisse dieses Austausches finden sich in der jetzt vorliegenden Fassung des PCGK.

Es wurde eingearbeitet, was an konkreten Verfahrensvorschlägen da war. Weitere waren nicht bekannt - schon gar nicht die, die heute im LINKEN-Antrag auf dem Tisch liegen. Diese Vorschläge wurden auch nicht in den Fachgremien eingebracht und nicht diskutiert, obwohl DIE LINKE immer mit am Tisch saß.

In der Sitzung des Finanzausschusses am letzten Montag überraschte uns DIE LINKE dann damit, dass sie ohne Votum in den Rat schieben wolle, weil sie noch einen Änderungsantrag stellen wolle. Diesen Antrag kennen wir. Er liegt uns heute vor.

Ich kann das ehrlich nicht nachvollziehen. Es gab immer die Möglichkeit, sich einzubringen. Seit Januar läuft der intensive Beratungsprozess. Und

nun, ganz am Ende der Debatte, drei Tage vor der Wahl, kommt DIE LINKE und möchte noch einmal alles auf den Kopf stellen.

Dabei waren wir uns immer klar darüber, dass ein breiter Konsens notwendig ist, um diesen PCKG dann auch mit Leben zu füllen und wirklich umsetzen zu können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie gesagt, kann ich es nicht nachvollziehen. Denn wenn man gerade als kleine Fraktion wirklich etwas erreichen will, wenn man Ziele hat und denkt, man müsse noch etwas ändern, muss man doch die anderen Fraktionen mitnehmen. Man muss versuchen und gerade in den Fachgremien dafür werben, dass die Dinge, die man selber durchsetzen will, die man selber umsetzen möchte, dann auch andere überzeugen.

Diese Überzeugungsarbeit haben Sie aber nicht geleistet, sondern Sie kommen heute ganz zum Schluss mit diesem Antrag. Ehrlich gesagt, hätte ich mir gerade von der LINKEN doch Kampfesgeist erwartet und ein bisschen mehr Energie und Einsatz für genau diese Ziele, die Sie hier jetzt zu vertreten versucht haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was lässt sich davon ableiten? Entweder, den LINKEN liegt gar nicht so an den Inhalten, die Sie gerade vorgestellt haben, oder aber, es ist dann doch nur Wahlkampfpopulismus. Ich weiß es nicht. Aber Sie können das selber beurteilen.

Ja, die SWK-Affäre hat den Rat beschäftigt und geschädigt. Aber der Rat hat das einzig Richtige gemacht. Er hat eine Fehleranalyse vorgenommen und dann eine wichtige Maßnahme im Gefolge getroffen, zum Beispiel in diesem Antrag im Juli 2018.

Ich habe schon betont, wie nötig es ist, dass wir in einem breiten Konsens hinter diesem PCGK stehen. Wir erreichen jetzt mit dieser Neufassung, die uns vorliegt, eine verbesserte Transparenz. Die Menge der Aufsichtsratsmandate wird gedeckelt. Es gibt stärkere Diversität und Frauenförderung. Für die Aufsichtsratsmitglieder besteht nun die Pflicht zur Fortbildung; sie muss dann auch wahrgenommen werden. Dass optional Externe im Aufsichtsrat mitarbeiten sollen, halten wir auch aus fachlicher Sicht für geboten.

Was durch die SWK-Affäre noch einmal deutlich wurde, wird nun im PCGK festgeschrieben. Es ist wichtig, dass bei der Bestellung von Geschäftsführern Ausschreibungsverfahren durch einen Personalberater stattfinden müssen. Auch die Höhe der Vergütung von Geschäftsführern wird transparent dargelegt.

Wichtig ist uns in der Vorlage auch der Punkt 4 des Beschlusses betreffend die Karenzzeit bei der Übernahme von Ämtern. Die Cooling-off-Periode beim Wechsel von Aufsichtsrat zu Geschäftsführung und umgekehrt wird zeitnah vorgestellt werden und geregelt werden. Auch das ist für uns extrem wichtig.

Mit all dem - da bin ich sicher - kann der neue Rat gut starten. Wir lehnen den Antrag der LINKEN ab und hoffen auf eine große Mehrheit, die heute der Verwaltungsvorlage zustimmt.

Und irgendwann landen wir dann auch bei einer tatsächlichen Frauenquote von 50 Prozent oder erreichen - Zitat - „perspektivisch eine gleichgewichtete Repräsentanz von Frauen und Männern und die Berücksichtigung von Diversität in den Gremien“, wie es in der Synopse zur Vorlage heißt.

Alles in allem ist das eine gute, tragfähige Vorlage. Vielen Dank dafür. Wir stimmen selbstverständlich zu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich für meine Fraktion ausdrücklich dem heute schon geäußerten Dank an die Verwaltung anschließen, die hier das Verfahren, wie ich finde, sehr gut moderiert und initiiert hat. Ich möchte ausdrücklich auch der ehemaligen Kämmerin, Frau Gabriele Klug, Dank aussprechen, die, wie Sie wissen, das Thema „Compliance, PCGK“ auch als Herzensangelegenheit hat. Ich erinnere mich da an eine Veranstaltung im Zoo vor circa zwei Jahren.

Liebe Frau von Bülow, ich muss jetzt einmal die LINKEN in Schutz nehmen. Denn vieles von dem, was Sie eben gesagt haben, hat bei mir ein gewisses Befremden ausgelöst. Ich freue mich, heute Abend, nachdem ich ja eben sehr auf die LINKEN eingedroschen habe - natürlich zu Recht

eingedroschen habe -, hier aber auch eine Lanze für die PDS, hätte ich beinahe gesagt, für die LINKEN zu brechen. Denn in einer der letzten Abstimmungsrunden haben Sie, Herr Detjen, schon sehr deutlich Ihre Position kundgetan. Wahrscheinlich ist es dem Umstand geschuldet, Frau von Bülow, dass Sie verhindert waren und Ihre Vertreter in dieser Runde die entsprechende Position der LINKEN nicht innerhalb der Fraktion ordnungsgemäß transportiert haben. Ich kann hier bezeugen - Lino, du warst ja selber da; du saßest neben mir -: Herr Detjen hat genau die Punkte, die in diesen Antrag gemündet sind, sehr deutlich klargemacht. Also Ehre, wem Ehre gebührt!

Ich möchte jetzt noch einmal das zusammenfassen, was Sie, Frau von Bülow, eben zutreffend gesagt haben. Ich gehe selbstverständlich auch davon aus, dass es uns gelingen wird, alle diese Ziele umzusetzen.

Aber auf eines können wir stolz sein. Ich habe recherchiert. Demzufolge gibt es keine Stadt in der Bundesrepublik Deutschland, die nicht gleichzeitig ein Bundesland ist, die ein so modernes Regelwerk zum Thema „Compliance, PCGK“ hat. Das kann man hier auch einmal festhalten. Darauf können wir heute Abend am Ende dieser Ratsperiode auch ein Stück weit stolz sein.

(Beifall bei der FDP)

Bedauerlich ist natürlich, dass das alles Ursachen hatte, die unschön sind. Ob wir es nun SWK-Affäre nennen oder P-F-und-B-Affäre, wie auch immer, sei dahingestellt. Wir richten den Blick nach vorne.

Wir haben jetzt ein Rüstzeug für ein transparentes Beteiligungswesen und - für uns als Ratsmitglieder ganz wichtig - einen Handlungsrahmen, der uns auch Sicherheit gibt, so wir denn in der nächsten Wahlperiode wieder in Aufsichtsräte berufen werden. Auch hier wurde uns der Rücken gestärkt. Denn es geht ja auch um uns als Aufsichtsratsmitglieder. Rechtssicherheit wurde geschaffen. Ich denke, damit können wir in der nächsten Wahlperiode hoffentlich gut durchstarten.

Heute gibt es einen Grund, stolz auf uns zu sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Mitglieder des Rates! Ich möchte die Gelegenheit nutzen - es ist auch meine letzte Gelegenheit, weil ich dem nächsten Rat nicht mehr angehören werde -, hier noch einmal einige Dinge zum PCGK und zum Werdegang darzulegen.

Wir sind uns einig, dass diese Fassung des PCGK Köln sicherlich die weitestgehende und die umfassendste Regelung ist. Das ist ein guter Erfolg.

Diese Regelungen wären auch ohne die Affäre zustande gekommen, weil die Vorgängerin von Frau Diemert bereits geplant hatte, dass es eine Reform, eine Evaluation des PCGK geben sollte. Das muss man der Wahrheit halber auch dazusagen.

Das, was Herr Detjen hier veranstaltet hat, ist schon eine besondere Form von Geschichtsklitterung, gebündelt mit Verschwörungstheorien. Die sind ja neuerdings modern. Teile der LINKEN machen da auch gerne mit. Denn die Konsequenz, die wir im Juli 2018 gezogen haben, ist eine Konsequenz, die wir als Fraktion angestoßen haben, die die CDU unterstützt hat und die wir im Finanzausschuss insbesondere gegen DIE LINKE durchsetzen mussten, weil Herr Detjen damals nämlich verkündet hat, den PCGK brauche man gar nicht zu reformieren; man solle sich einfach an die Regeln halten.

Da sieht man einmal, was hier mit der Zeit so erzählt wird. Und jetzt liegt plötzlich ein Änderungsantrag vor, in dessen Begründung die LINKEN als die Initiatoren der Aufarbeitung und der Überarbeitung des PCGK genannt werden:

> In der Folge des Skandals forderte DIE LINKE, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln und ihrer Unternehmen (PCGK) zu überarbeiten.

Pustekuchen! Das ist wirkliche Geschichtsklitterung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Außerdem wird hier davon gesprochen, dass man sich dann ja auch beteiligt hätte. Das stimmt insofern, als dass wir nach unserem Beschluss eine Arbeitsgruppe gebildet haben. Diese

Arbeitsgruppe hat über ein halbes Jahr getagt. Da war auch Herr Detjen immer dabei. Er hat auch manche Probleme gesehen, aber zu keinem Zeitpunkt in diesem halben Jahr gesagt, was er wirklich genau will. In der letzten Sitzung hat er dann angedeutet, da käme noch etwas.

Das ist keine Form der demokratischen Zusammenarbeit, in der man versucht, einen breiten Konsens zu finden, sondern der Versuch, parteipolitisch aus einer bestimmten Situation Funken zu schlagen.

Und das ist noch etwas Weiteres. Es ist die Form, wie von Herrn Detjen gerne Politik gemacht wird, nämlich diese Form der Selbstgerechtigkeit,

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

der große Enthüller zu sein, der große Richter, der alles weiß und der natürlich auch für sich die Unfehlbarkeit in Anspruch nimmt.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Das ist es. Das passt aber nicht in eine moderne, demokratische Gesellschaft, sondern ist vorgestrig. Deshalb kommt man auch, solange er hier DIE LINKE anführt, nicht so richtig zu Potte.

Denn was ist hier geschehen? Von unserer Fraktion hat man die damaligen Umstände aufgearbeitet und hat daraus Konsequenzen gezogen. Ich habe daraus auch Konsequenzen gezogen. Ich habe als einer der Beteiligten gesagt, dass es ein Fehler war, so zu verfahren - auch wenn wir nicht gegen den PCGK verstoßen haben. Aber wir haben einen wichtigen Grundsatz übersehen, der jetzt in dem neuen PCGK als Mussbestimmung enthalten ist.

(Lachen bei der LINKEN)

- Da braucht man nicht zu lachen. Das ist einfach so. Es ist aber auch Zeichen einer demokratischen Fehlerkultur, nämlich Fehler aufzuarbeiten und daraus Schlüsse zu ziehen, anstatt sich darüber lustig zu machen oder zu glauben, man habe die Weisheit mit Löffeln gefressen und könne hier über allem stehen.

Damit kommt man in der demokratisch-pluralen Gesellschaft nicht weiter. Was notwendig ist, ist tatsächlich, kritisch hinzuschauen, auch eigene Positionen zu überprüfen und wirklich bereit zu sein, aus Fehlern zu lernen, um daraus wieder neue Vorschläge zu entwickeln, die zu Regeln kommen, die ein besseres Arbeiten ermöglichen.

Das haben wir hier mit dem PCGK getan. Wir haben jetzt die Regeln so gefasst, dass die Compliance-Ziele eingehalten werden können, denke ich. Insofern haben wir auch dem neuen Rat hier eine gute Richtlinie überlassen. Ich gehe davon aus, dass man, sofern man es möchte, auf dieser Basis dann auch zu fairen Auswahlverfahren kommt, die den Wettbewerbsbedingungen entsprechen und letztendlich auch zu demokratischen Entscheidungen führen.

Voraussetzung dafür ist aber tatsächlich, dass man sich versichert, den Grundsatz der demokratischen Fehlerkultur aufrechtzuerhalten und ihn dann auch tatsächlich zu leben. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Von Herrn Zimmermann. Dann ist er abgelehnt.

Ich lasse über die Vorlage in der Fassung des Finanzausschusses, Anlage 3, abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Dann ist sie so beschlossen. - Vielen Dank.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. Beschluss:

Die Neufassung des PCGK wird mit folgenden Änderungen beschlossen:

Änderung zu 2.2.5

Ein Mitglied des Aufsichtsorgans, das kein Mitglied des Geschäftsführungsorgans eines Unternehmens ist, soll insgesamt nicht mehr als ~~fünf~~ drei Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen wahrnehmen, wobei ein Aufsichtsratsvorsitz doppelt zählt.

Diese Beschränkung gilt auch für den Stadtwerkekonzern und seine Einzelunternehmen. Dabei gilt: Aufsichtsratsmandate im Einzelunternehmen und dessen Töchtern werden als eins gezählt. Aufsichtsratsmandate in nicht zum Stadtwerkekonzern gehörenden Unternehmen und dessen Töchtern werden als eins gezählt.

~~Diese Beschränkung gilt nicht, wenn die Unternehmen zum selben Konzern gehören sowie~~ Keine Beschränkung gilt für die Mandatswahrnehmung gem. § 113 Abs. 2 S. 2 GO.

Änderung zu 2.5.1

~~Das Aufsichtsorgan soll sich zu mindestens 40 Prozent aus Frauen und zu mindestens 40 Prozent aus Männern zusammensetzen. Darüber hinaus soll auf Geschlechterparität hingewirkt werden.~~

Das Aufsichtsorgan soll sich zu mindestens 50 Prozent aus Frauen und zu höchstens 50 Prozent aus Männern zusammensetzen.

Änderung zu 2.5.4

Einfügen vor dem letzten Satz:

Eine Frist von zwei Jahren besteht ebenfalls zwischen einem Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat und einer Anstellung in der Geschäftsleitung. Ausgenommen ist der Wechsel eines/einer Arbeitnehmervertreters/in zum/zur Arbeitsdirektor/in.

Anfügen 3.3.2 am Ende

Es sollen verbindliche Obergrenzen für die Vergütung festgelegt werden. Sie soll nicht höher sein als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehaltes im Unternehmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT abgelehnt.

II. Abstimmung über die Vorlage in der Fassung des Finanzausschusses vom 07.09.2020 (Anlage 3)

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die Fortentwicklung des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln (PCGK Köln) gemäß der als Anlage 1 beigefügten Fassung unter Berücksichtigung der beiden im Finanzausschuss gestellten mündlichen Änderungsanträge der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion und empfiehlt ihn den städtischen Beteiligungsgesellschaften zur Anwendung.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung sowie die Vertretung der Gesellschafterin Stadt Köln in den Haupt- bzw. Gesellschafterversammlungen der Beteiligungsgesellschaften und die vom Rat in die jeweiligen Aufsichtsräte entsandten bzw. auf seinen Vorschlag oder auf seine Veranlassung in die Aufsichtsräte gewählten städtischen Vertreterinnen und Vertreter mit der Umsetzung des PCGK Köln.

3. Der Rat beschließt im Rahmen des rechtlich Zulässigen die entsprechende Anwendung von Ziffer 1 und 2 dieses Beschlusses für rechtlich selbstständige Unternehmen oder Einrichtungen in einer öffentlich-rechtlichen Rechtsform.

4. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die mögliche Einführung einer Karenzzeit für den Wechsel vom Aufsichtsrat in die Geschäftsführung vertieft gutachterlich betrachten zu lassen und dem Finanzausschuss das Ergebnis der Prüfung bis Ende des 2. Quartals 2021 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.4 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Lachemer Weg o. Nr., 50737 Köln-Longerich - Baubeschluss

1986/2020

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse abstimmen wie BV 5 und wie Finanzausschuss, Anlage 11.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung der Bezirksvertretung 5 (Nippes) vom 03.09.2020 (Anlage 10) und des Finanzausschusses vom 07.09.2020 (Anlage 11):

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit dem Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich

geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Lachemer Weg o. Nr., 50737 Köln-Longerich, Gemarkung Longerich, Flur 97, Flurstück 273 mit Gesamtkosten in Höhe von 7.103.000 €.

Gleichzeitig werden die investiven Auszahlungsermächtigungen in entsprechender Höhe im Teilplan 1004 – Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, nach der Umschichtung von der Finanzstelle 5620-1004-0-5999 – Flüchtlings-WH bei der Finanzstelle 5620-1004-5- 5128 - Neubau Lachemer Weg freigegeben.

Die gefällten Bäume sind in Longerich nachzupflanzen.

Das Flachdach des Baukörpers ist mit einer Dachbegrünung zu versehen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.5 Einführung eines Gottfried Böhm Stipendiums

2183/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die in Anlage 1 dargestellte Einführung eines zunächst für die Dauer von vier Jahren befristeten „Gottfried-Böhm-Stipendiums“ in Höhe von jeweils 10.000 € pro Stipendium (Gesamtsumme 20.000 €).

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.6 Aufbau eines stadtweiten Netzes von Mobilstationen

2212/2020

Änderungsantrag SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und FDP

AN/1230/2020

Soll der gemeinsame Änderungsantrag begründet oder einfach nur abgestimmt werden?

(Zuruf)

- Dann lasse ich jetzt über den Änderungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist so beschlossen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über die Vorlage in soeben geänderter Fassung. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist auch die Vorlage so beschlossen.

I. Abstimmung über den Ergänzungsantrag Beschluss:

Die Vorlage wird wie folgt ergänzt:

(2) Der Rat beauftragt die Verwaltung, den Betrieb der Mobilstationen durch die Stadtwerke Köln GmbH (SWK) mit ihren Tochtergesellschaften für den jeweiligen Aufgabenpart entsprechend ihrer Haupttätigkeit und Expertise sicherzustellen. Mobilitätsangebote inklusive deren Vernetzung werden entsprechend federführend durch die KVB entwickelt und umgesetzt, Leistungen des Energiemanagements wie Ladeinfrastruktur setzt die RheinEnergie um. Die jeweilige Aufgabenwahrnehmung durch SWK-Töchter wird durch ein abzustimmendes Finanzierungskonzept gesichert.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

II. Abstimmung über die Vorlage in geänderter Fassung Beschluss:

(1) Der Rat beauftragt die Verwaltung, ein flächendeckendes Netz an Mobilstationen aufzubauen:

- *Die bereits laufenden Projekte zur Einrichtung von Mobilstationen, die in der Begründung aufgeführt sind, werden weiterverfolgt, umgesetzt und abgeschlossen.*

- *Parallel wird ein Raumbuch erstellt, welches die Verwaltung künftig in die Lage versetzt, situativ verschiedene Mobilitätsangebote unter Zuhilfenahme eines weitgehend standardisierten Instrumentariums zu bündeln. Dieses Raumbuch dient darüber hinaus als Handreichung für externe Planungen Dritter, etwa im Rahmen von Siedlungserweiterungen.*

- *Darüber hinaus entwickelt die Verwaltung ein Arbeitsprogramm, unter aktiver Einbeziehung der politischen Gremien, zur flächendeckenden Entwicklung von Mobilstationen im Stadtgebiet.*

(2) Der Rat beauftragt die Verwaltung, den Betrieb der Mobilstationen durch die Stadtwerke Köln GmbH (SWK) mit ihren Tochtergesellschaften für den jeweiligen Aufgabenpart entsprechend ihrer Haupttätigkeit und Expertise sicherzustellen. Mobilitätsangebote inklusive deren Vernetzung werden entsprechend federführend durch die KVB entwickelt und umgesetzt, Leistungen des Energiemanagements wie Ladeinfrastruktur setzt die RheinEnergie um. Die jeweilige Aufgabenwahrnehmung durch SWK-Töchter wird durch ein abzustimmendes Finanzierungskonzept gesichert.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.7 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Wirtschaftsplan 2021

2213/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem als Anlage 1 beigefügten Wirtschaftsplan 2021 gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung mit folgender Einschränkung zu: „Aktivitäten der StEB, die Mehraufwendungen im städtischen Haushalt zur Folge haben, sind zunächst einzelfallbezogen zwischen der Stadt Köln und den StEB abzustimmen, damit die Verwaltung zu eventuell erforderlichen über- oder außerplanmäßigen Aufwendungen des städtischen Haushalts gesonderte Entscheidungen des Rates der Stadt Köln einholen kann.“

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.8 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln

hier: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2019

2434/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat stellt gemäß § 4 der Betriebssatzung i.V.m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung Nordrhein-Westfalen den Jahresabschluss 2019 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln mit einer Bilanzsumme von 330.059.657,81 Euro und einem Jahresfehlbetrag von 2.252.338,29 Euro fest.

2. Der Rat erklärt sich damit einverstanden, dass der Jahresfehlbetrag 2019 von 2.252.338,29 Euro auf das Geschäftsjahr 2020 vorgetragen wird.

3. Der Betriebsleitung wird für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt.

4. Dem Betriebsausschuss wird für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.9 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln

hier: Auflösung der Kapitalrücklage

2435/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich gemäß § 10 Absatz 6 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen mit der Abdeckung des aus dem Geschäftsjahr 2014 stammenden Verlustes von 5.016.046,91 Euro durch eine entsprechende Auflösung der Kapitalrücklage einverstanden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.10 Förderung rassismuskritischer Projekte/2. Schritt

1321/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Förderung von Projekten der rassismuskritischen und antirassistischen Arbeit wie folgt:

1. *„Roots & Wings: Schwarze Kinder und Jugendliche stärken“*

   Antragsteller: Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. Fördersumme: 6.740,00 Euro

2. *App „Wege der Demokratie in Köln. Von 1789 bis heute“*

   Antragsteller: Förderverein des NS-DOK e.V. Fördersumme: 5.000,00 Euro

3. *Workshop zur Klärung, Auseinandersetzung und Hinführung zu einer gemeinsamen Definition von Rassismus und Diskriminierung als Grundlage des gemeinsamen Handelns*

   Antragsteller: Caritasverband für die Stadt Köln e.V. Fördersumme: 4.500,00 Euro

4. *ver | lern | raum. Rassismuskritische Praktiken am Museum*

   Antragsteller: Museumspädagogische Gesellschaft e.V. Fördersumme: 4.000,00 Euro

5. *„Religiöse Vielfalt verbindet!“*

   Antragsteller: Caritasverband für die Stadt Köln e.V. Fördersumme: 2.993,00 Euro

6. *Diversität Botschafter*innen*

   Antragsteller: KUMBIG e.V. Fördersumme: 3.270,00 Euro

7. *Online „Antirassismus“ Workshops*

   Antragsteller: Pamoja Afrika e.V. Köln Fördersumme: 712,00 Euro

Die Gesamtsumme der aufgelisteten Projektanträge beträgt 27.215,00 Euro.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.11 Ergänzung des Stadtbahnvertrages vom 03.09./09.09.1991 zur Übertragung der Federführung für die „Verlängerung der Stadtbahnlinie 7“ an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG

0250/2020

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

AN/1223/2020

Erst einmal frage ich nach Wortmeldungen. - Frau Laufenberg.

Sylvia Laufenberg (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte kurz zur Linie 7 Stellung nehmen. Der Rat ändert heute den Beschluss ja noch einmal und übernimmt ihn nicht in der Form, in der er in der BV 7 bei uns in Porz gefasst wurde. Ich möchte auf zwei Punkte aufmerksam machen, die aus meiner Sicht wichtig sind.

Ich glaube, dass wir mit dem Punkt 5 des heutigen gemeinsamen Antrags eine Verbesserung für Porz stattfinden lassen. Wir nehmen nämlich Zündorf-Süd erst einmal heraus und bekennen uns dazu, dass die Verkehrssituation vor Ort bereits heute - wie schon in den letzten 50 Jahren - katastrophal ist. Dementsprechend ist das eine Verbesserung.

Was den Punkt 1 angeht, möchte ich aber noch einmal darauf hinweisen, dass der Beschluss der BV 7 deutlicher war. Dort hat man gesagt: Wir wollen ganz klar bis Langel. - Jetzt sagen wir: Wir machen die Ranzeler Straße und im nächsten Step Langel. - Das ist in Ordnung. Langsam ernährt sich das Eichhörnchen. Aber ich möchte noch einmal zum Ausdruck bringen, dass es den Porzerinnen und Porzern wichtig ist, komplett bis Langel zu erweitern, damit das von der Verwaltung bzw. von der KVB, die wir heute damit beauftragen, nicht falsch verstanden wird, und natürlich auch, dass Zündorf-Süd weiterhin mitgedacht werden muss. Das ist mir wichtig. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst über den gemeinsamen Änderungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Jetzt stimmen wir über die Vorlage in der geänderten Fassung ab. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch die Vorlage so beschlossen.

I. Die Antragsteller ziehen den Änderungsantrag AN/1223/2020 zurück.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke. und FDP (AN/1234/2020)

Beschluss:

Der Beschlusstext unter Nr. 3. und 4. wird wie folgt ersetzt und mit einem Punkt 5. ergänzt:

3. Der Beschluss umfasst zunächst, dass die KVB für die Verlängerung der Stadtbahnlinie 7 bis Zündorf / Ranzeler Straße und darüber hinaus bis Langel die Entwurfsplanung und Genehmigungsplanung (bis Leistungsphase 4 der HOAI – Honorarordnung für Architekten und Ingenieure) erarbeitet und die notwendigen Genehmigungen beantragt. Die KVB beantragt die entsprechende Förderung beim Zuschussgeber. Sollten Teile der Streckenführung nicht förderfähig sein, sind andere Fördermöglichkeiten oder Finanzierungsmodelle zu identifizieren.

4. Der Rat der Stadt Köln beauftragt in diesem Zuge die KVB mit der Durchführung der Entwurfs- und Genehmigungsplanung der städtischen Gewerke für die 1. Baustufe bis zur Halte-stelle Ranzeler Straße in Höhe von prognostizierten 0,43 Mio. €. Die auf die Betriebstechnik entfallenden Planungskosten für die 1. Baustufe hat die KVB in ihrer Mittelfristplanung berücksichtigt. Für die 2. Baustufe beauftragt der Rat die KVB mit der Erstellung der Planung der Leistungsphasen 1 und 2 der HOAI einschließlich der Nutzen-Kosten-Abschätzung der städtischen Gewerke in Höhe von ebenfalls prognostizierten 0,43 Mio. €. Die anfallenden Planungskosten für die Betriebstechnik der 2. Baustufe wird die KVB in ihrer Mittelfristplanung berücksichtigen.

5. Der Rat bekräftigt seinen Beschluss vom 14.11.2017 (AN/1647/2017), insbesondere die Vorgabe, dass eine Bebauung in Zündorf-Süd nur nach einer Realisierung der erforderlichen ÖPNV-Infrastruktur erfolgen darf.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

III. Abstimmung über die Vorlage in geänderter Fassung Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt, den Stadtbahnvertrag vom 03.09. / 09.09.1991 dahingehend zu ändern und zu ergänzen, dass die Federführung für die Verlängerung der Stadtbahnlinie 7 bis Zündorf / Ranzeler Straße und in einer weiteren Stufe bis Langel an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) übertragen wird.

2. Der Rat der Stadt Köln ermächtigt die Verwaltung, einen entsprechenden Ergänzungsvertrag zum Stadtbahnvertrag mit der KVB abzuschließen.

3. Der Beschluss umfasst zunächst, dass die KVB für die Verlängerung der Stadtbahnlinie 7 bis Zündorf / Ranzeler Straße und darüber hinaus bis Langel die Entwurfsplanung und Genehmigungsplanung (bis Leistungsphase 4 der HOAI – Honorarordnung für Architekten und Ingenieure) erarbeitet und die notwendigen Genehmigungen beantragt. Die KVB beantragt die entsprechende Förderung beim Zuschussgeber. Sollten Teile der Streckenführung nicht förderfähig sein, sind andere Fördermöglichkeiten oder Finanzierungsmodelle zu identifizieren.

4. Der Rat der Stadt Köln beauftragt in diesem Zuge die KVB mit der Durchführung der Entwurfs- und Genehmigungsplanung der städtischen Gewerke für die 1. Baustufe bis zur Halte-stelle Ranzeler Straße in Höhe von prognostizierten 0,43 Mio. €. Die auf die Betriebstechnik entfallenden Planungskosten für die 1. Baustufe hat die KVB in ihrer Mittelfristplanung berücksichtigt. Für die 2. Baustufe beauftragt der Rat die KVB mit der Erstellung der Planung der Leistungsphasen 1 und 2 der HOAI einschließlich der Nutzen-Kosten-Abschätzung der städtischen Gewerke in Höhe von ebenfalls prognostizierten 0,43 Mio. €. Die anfallenden Planungskosten für die Betriebstechnik der 2. Baustufe wird die KVB in ihrer Mittelfristplanung berücksichtigen.

5. Der Rat bekräftigt seinen Beschluss vom 14.11.2017 (AN/1647/2017), insbesondere die Vorgabe, dass eine Bebauung in Zündorf-Süd nur nach einer Realisierung der erforderlichen ÖPNV-Infrastruktur erfolgen darf.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.12 Konzept für Gewaltschutz in Unterbringungseinrichtungen für Geflüchtete der Stadt Köln (Gewaltschutzkonzept)

0990/2020

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Von der AfD. Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das uns hier vorliegende Dokument ist das in eine Beschlussvorlage gegossene Eingeständnis des Dezernats Rau, dass von einer reibungslosen Integration der Flüchtlinge keine Rede sein kann. Fünf Jahre nach dem trotzigen „Wir schaffen das“ ist klar: Wir haben massive Probleme - massive Probleme mit Gewalt, mit Unterdrückung und mit Diskriminierung in den Kölner Flüchtlingsunterkünften; offensichtlich sogar so massiv, dass es jetzt dieses Konzeptes bedarf - und natürlich zusätzlicher finanzieller Mittel.

Diese Mittel finden sich übrigens an einer bemerkenswerten Stelle in unserem Haushalt, nämlich Teilplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum -, Teilplanzeile 16 - sonstige ordentliche Aufwendungen.

Damit bestätigt sich, meine Damen und Herren, genau das, was ich seinerzeit in der Haushaltsrede prognostiziert habe: Die Kosten des von Berlin zu verantwortenden Migrationsdesasters sind in ganz vielen Positionen irgendwo im Haushalt versteckt. Keiner hat wirklich den Überblick. Sie liegen für diese Stadt Jahr für Jahr in der Größenordnung von 240 Millionen Euro.

Aber das reicht offensichtlich immer noch nicht aus; denn das Dezernat Rau fordert auf Seite 4 des Beschlussvorschlages - ich zitiere -:

> Für darüber hinausgehende notwendige Workshops und ähnliches soll durch die Stelle für Gewaltschutzkoordination die Akquise von Drittmitteln (z. B. EU-Fördermittel, Landesmittel) betrieben werden.

Das, Herr Dr. Rau, ist das Einzige, was Ihnen immer wieder einfällt. Sie schütten Probleme einfach zu - mit Geld, Geld und nochmals Geld; unserem Steuergeld wohlgemerkt.

Noch ein Zitat aus der Beschlussvorlage sagt eigentlich alles über den Stand der Dinge fünf Jahre nach „Wir schaffen das“. Ich zitiere aus der Vorlage:

> Die Vermittlung von Normen und Werten der hiesigen Gesellschaft und deren Beachtung hat eine nachhaltige Auswirkung auf Bewachungskosten, Vandalismusschäden und Reparaturkosten infolge von Gewaltausbrüchen und Gewaltanwendung.

Wer hätte das gedacht? Wer hätte das gedacht, meine Damen und Herren? Vandalismus und Gewaltausbrüche in unseren Flüchtlingsunterkünften. Das konnte wirklich niemand ahnen. Schließlich sind da doch nur Ärzte und Fachkräfte gekommen, nicht wahr?

Und dann lesen wir in der Vorlage: Konflikte, Vandalismus, Gewaltausbrüche und Gewaltanwendung. - Das ist die Realität in den Flüchtlingsunterbringungen hier in Köln.

Aber anstatt die Gewalttäter zu identifizieren und vorrangig abzuschieben - das könnte man ja auch -, entscheidet man sich stattdessen für Sozialarbeiter, Workshops, Leitfäden und noch mehr Geld, Geld und nochmals Geld. Das, Herr Dr. Rau, ist alles, was Ihnen und Ihrem Dezernat einfällt.

Das hier vorliegende sogenannte Konzept für Gewaltschutz in Unterbringungseinrichtungen für Geflüchtete der Stadt Köln ist letztlich eine Bankrotterklärung, eine einzige Bankrotterklärung von Herrn Dr. Rau und seinem Dezernat.

Meine Damen und Herren, kein weiteres Steuergeld in ein Fass ohne Boden! Stimmen Sie gegen diese Beschlussvorlage.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Als Vorsitzender des zuständigen Fachausschusses, des Ausschusses Soziales und Senioren, möchte ich mich gegen die gerade gemachten Äußerungen entschieden verwahren. Wenn ich mich recht entsinne, hat der Sozialausschuss in seiner entsprechenden Sitzung am 20. August 2020 in diesem Tagesordnungspunkt einstimmig beschlossen. Ich weise auch die Anwürfe an unseren Dezernenten entschieden zurück.

(Beifall)

Stephan Boyens (AfD): Man kann einstimmig auch großen Blödsinn beschließen. Das ist, glaube ich, klar.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Heuser hat das Wort.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich möchte nur kurz richtigstellen, dass dieses Gewaltschutzkonzept von den demokratischen Kräften am Runden Tisch für Flüchtlingsfragen erarbeitet worden ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt

1. *das als Anlage 1 beigefügte „Konzept für Gewaltschutz in Unterbringungseinrichtungen für Geflüchtete der Stadt Köln“*
2. *die Verwaltung mit der Umsetzung des Konzeptes zu beauftragen*
3. *den Bedarf einer auf zwei Jahre befristeten Planstelle für Gewaltschutzkoordination in der Bewertung S 15 TVöD – Sozial- und Erziehungsdienst. Die Stelleneinrichtung erfolgt stellenplan- und ergebnisplanneutral im Rahmen des zur Verfügung stehenden Stellensollbestandes des Amtes 56. Die Stelle soll schnellstmöglich*

eingerichtet werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.13 Flexible Öffnungszeiten in Kindertageseinrichtungen

1282/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln fasst folgenden Beschluss:

Für die Umsetzung des neuen § 48 Kinderbildungsgesetz zu flexiblen Öffnungszeiten in Kindertageseinrichtungen werden in Köln 3 Module für das Kindergartenjahr 2020/21 angeboten. Jedes Modul beinhaltet einen Pauschalbetrag für die Finanzierung. Um ein breit gefächertes Angebot vorhalten zu können, werden je Modul Kontingente geschaffen.

Modul 1:

Die wöchentliche Öffnungszeit wird um 2,5 bis unter 5 Stunden über 45 Stunden/wöchentlich hinaus erweitert.

Hierfür stehen 60 Kontingente zur Verfügung, der pauschale Betrag beträgt 10.000,00 Euro.

Gesamtsumme: 0,6 Mio Euro

Modul 2:

Die wöchentliche Öffnungszeit wird um 5 bis unter 10 Stunden über 45 Stunden/wöchentlich hinaus erweitert.

Hierfür stehen 50 Kontingente zur Verfügung, der pauschale Betrag beträgt 20.000,00 Euro.

Gesamtsumme: 1,0 Mio Euro

Modul 3:

Die Schließungstage mindestens einer Gruppe in einer Kindertageseinrichtung werden auf maximal 15 reduziert.

Hierfür stehen 70 Kontingente zur Verfügung, der pauschale Betrag beträgt 20.000,00 Euro.

Gesamtsumme: 1,4 Mio Euro

Sollte ein Modul nicht in vollem Umfang genutzt werden, können die verbleibenden Mittel bei Bedarf auf die anderen Module verteilt werden.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit Trägern der freien Jugendhilfe, ein Konzept für eine individuelle Randzeitenbetreuung in Anlehnung an das Modellprojekt "Ergänzende Kinderbetreuung, Notfallbetreuung und Beratung für Einelternfamilien in Deutschland" des Verbandes für alleinerziehende Mütter und Väter zu entwickeln und nach Möglichkeit umzusetzen. Hierfür stehen für das Kindergartenjahr 2020/21 bis zu 343.000 Euro zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.14 Jahresabschluss Wirtschaftsjahr 2018/2019 des Gürzenich-Orchesters Köln

1489/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Gemäß § 4 c der Betriebssatzung des Gürzenich-Orchesters Köln in Verbindung mit § 26 Abs. 3 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NW) werden der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 01.01.2020 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schüllermann & Partner AG versehene Jahresabschluss zum 31.8.2019 sowie der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 1.9.2018 bis 31.8.2019 festgestellt.*

2. *Der Bilanzgewinn für das Wirtschaftsjahr vom 1.9.2018 bis zum 31.8.2019 in Höhe*

von EUR 739.121,41, der sich aus dem Jahresfehlbetrag 2018/2019 in Höhe von EUR -156.498,19 nach Verrechnung mit dem Gewinnvortrag von EUR 891.619,60 sowie Entnahmen aus den Gewinnrücklagen in Höhe von EUR 4.000,00 ergibt, wird auf neue Rechnung vorgetragen.

3. Dem Betriebsausschuss und der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.15 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 01.01.2018 - 31.12.2018 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln

1531/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat stellt gemäß § 5 Abs. 1 c der Betriebssatzung der Stadt Köln für das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud der Stadt Köln in Verbindung mit § 26 Abs. 2 EigVO NRW den mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 15.05.2020 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft dhpg Dr. Harzem & Partner mbB, Köln, versehenen Jahresabschluss zum 31.12.2018 sowie den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 01.01.2018 bis 31.12.2018 fest.

2. Der Jahresfehlbetrag des Wirtschaftsjahres vom 01.01.2018 bis zum 31.12.2018 in Höhe von EUR 372.944,12 wird unter Einschluss des Gewinnvortrags in Höhe von EUR 2.432.283,82 auf neue Rechnung vorgetragen.

3. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

4. Dem Betriebsausschuss wird Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.16 Strukturförderung Kulturwerk des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK Köln e. V.) für die Jahre 2021 - 2023

1995/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Zwei Gegenstimmen der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt – vorbehaltlich des Vorliegens der haushaltsrechtlichen Bedingungen – im Teilplan 0416- Kulturförderung in der Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen für den Zeitraum vom 01. Januar 2021 bis 31. Dezember 2023 für das Kulturwerk des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK Köln e.V.) einen jährlichen Zuschuss zur Strukturförderung (Institutionelle Förderung) in Höhe von 40.000 € zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.17 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Vergabe der Planungsleistungen für die Maßnahme „Umgestaltung der Hauptstraße (Porz) von Steinstraße bis Mühlenstraße“ sowie Beschluss zur Bereitstellung einer außerplanmäßigen investiven Verpflichtungsermächtigung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen

2026/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Die Vorlage unter TOP 10.18 ist zurückgestellt.

Beschluss:

1. *Der Rat erkennt den Bedarf für die Planung (Leistungsphasen 1 – 9, ohne Lph. 4 und 7, inklusive der Öffentlichkeitsbeteiligung sowie der örtlichen Bauüberwachung) zur Umgestaltung der Hauptstraße von Steinstraße bis Mühlenstraße aus dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept für das Programmgebiet „Soziale Stadt Porz Mitte“ (Maßnahme 1.02) mit Planungskosten in Höhe von 514.000 € an. Gleichzeitig beauftragt der Rat die Verwaltung, das Vergabeverfahren zur Beauftragung eines externen Ingenieurbüros (Generalplaner) einzuleiten und eine entsprechende Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Des Weiteren beauftragt der Rat die Verwaltung, die Maßnahme bei der Bezirksregierung Köln zur Förderung nach den Richtlinien zur Förderung des kommunalen Straßenbaus anzumelden.*

2. *Der Rat beschließt für das Haushaltsjahr 2021 die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gem. § 85 GO NRW in Höhe von 434.000 € zu Lasten der Haushaltsjahre 2022-2024 (115.000 € in 2022, 60.000 € in 2023 und 259.000 € in 2024) im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei Finanzstelle 6601-1201-7-1065, Hauptstraße Porz, Teilplanzeile 8, Auszahlung von Baumaßnahmen. Die Bereitstellung der benötigten Kassenmittel bei der gleichen Finanzstelle für das Haushaltsjahr 2020 in Höhe von 20.000 € und für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 60.000 € erfolgt durch außerplanmäßige Umbuchungen im Rahmen der Bewirtschaftung.*

   Die Deckung der Verpflichtungsermächtigung erfolgt durch eine veranschlagte, aber nicht benötigte Verpflichtungsermächtigung im gleichen Teilfinanzplan zu Lasten der Finanzstelle 6601-1201-0-1088, Ost-West-Achse. Aus dieser Finanzstelle erfolgt auch die Deckung für die benötigten Kassenmittel in den Jahren 2020 und 2021.

3. *Der Rat beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 20.000 € für das Haushaltsjahr 2020 im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei Finanzstelle 6601-1201-7-1065, Hauptstraße Porz, Teilplanzeile 8, Auszahlung von Baumaßnahmen, für die Mitwirkung eines externen Ingenieurbüros zur Vorbereitung der Vergabe an den Generalplaner mit den Leistungsphasen 1-9 (ohne Lph. 4 und 7).*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.19 Realisierungswettbewerb für die beiden neuen Fuß- und Radwegbrücken über den Rhein auf Höhe des Ubierrings und der Bastei

0528/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt den Bedarf fest, einen Realisierungswettbewerb für den Neubau der Fuß- und Radwegbrücken über den Rhein in Höhe des Ubierrings und der Bastei durchzuführen und beauftragt die Verwaltung, die Finanzierung der erforderlichen Mittel in Höhe von rund 1.160.000 € sicherzustellen und den Wettbewerb vorzubereiten.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern der Stadtentwicklungsausschuss der Vorlage uneingeschränkt zustimmt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.20 Erweiterter Planungsbeschluss rechtsrheinische Fuß- und Radwegerampe an der Hohenzollernbrücke zum Auenweg und Planungsbeschluss zur weiterführenden Fahrradtrasse MesseCity

0882/2020

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss, wie Stadtentwicklungsausschuss und wie Finanzausschuss, Anlage 10.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Verkehrsausschusses vom 01.09.2020 (Anlage 8), des Stadtentwicklungsausschusses vom 03.09.2020 (Anlage 9) und des Finanzausschusses vom 07.09.2020 (Anlage 10):

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung die Planung der Fuß- und Radwegerampe an der rechtsrheinischen nördlichen Seite der Hohenzollernbrücke am Auenweg unter Berücksichtigung Variante 1 mit einer Verbindung in Richtung Auenweg und der Variante 2 mit einer Verbindung in Richtung Rheinufer bis zur Vergabe (Leistungsphase 6 HOAI) weiterzuverfolgen.

~~Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt durch die Deutsche Bahn AG.~~

Die aus dieser Variante entstehenden Mehrkosten – im Vergleich zum 1:1- Ersatz - werden von der Stadt Köln getragen. Die Stadt wird dazu eine Umsetzungs- und Finanzierungsvereinbarung mit der DB abschließen.

2. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, die weiterführende Fuß- und Radwegbrücke zur Überbrückung des Auenweges mit anschließender Rampe zur Luise-Straus-Ernst-Straße (MesseCity) bis zur Vorplanung (Leistungsphase 2 HOAI) vorzubereiten.

3. Der Rat beschließt zur Finanzierung der unter Punkt 2 genannten Maßnahme die außerplanmäßige Bereitstellung und gleichzeitige Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 1,2 Mio. € im Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei Finanzstelle 6901-1202-1-0270, Fuß- und Radwegerampe Hohenzollernbrücke, im Haushaltsjahr 2020.

Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im o. g. Teilfinanzplan aus der Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 6901-1202-0-0310, Grunderneuerung der Mülheimer Brücke.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.21 Baubeschluss zur Sanierung der Domtreppe

1059/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Durchführung der Sanierung der Domtreppe am Bahnhofsvorplatz mit Kosten in Höhe von rund 2.600.000 € brutto zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.22 TU-/GU-Schulbaumaßnahmen: Neubau von zwei Interimsschulgebäuden an den Standorten Kreutzerstraße 11 und Venloer Wall 13b, 50672 Köln-Neustadt/Nord durch Totalunternehmer - Planungs- und Baubeschluss

1121/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. Zur beschleunigten Schaffung zusätzlicher und zur Sicherung bestehender Schulplätze beauftragt der Rat der Stadt Köln die Verwaltung, die Planung und Errichtung von zwei Interimsschulgebäuden durch Totalunternehmer in einem europaweiten Verfahren ausschreiben zu lassen

an den Standorten

Kreutzerstraße 11, 50672 Köln-Neustadt/Nord (Standort I:Schulgebäude als Interim für die Grundschule Antwerpener Straße und andere) und

Venloer Wall 13b, 50672 Köln-Neustadt/Nord (Standort II: Schulgebäude als Interim für die Grundschule Gilbachstraße und andere).

2. Der Rat erkennt den oberen Kostenorientierungswert für die Realisierung der zwei Maßnahmen in Höhe von 21,3 Millionen Euro zuzüglich der Einrichtungskosten der Auslagerungsräume in Höhe von rund 480.000 Euro an.

Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplans der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, die Refinanzierung über Mieten aus dem Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, nach Inbetriebnahme der Objekte auf Grundlage des dann gültigen Flächenverrechnungspreises.

Die konsumtiven Einrichtungskosten der Auslagerungsräume in Höhe von voraussichtlich insgesamt 432.000 Euro sind im Haushaltsjahr 2024 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben zu veranschlagen. Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich 48.000 Euro erfolgt zum Haushaltsjahr 2024 aus zu veranschlagenden Mitteln der Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben.“

3. Der Rat genehmigt zudem einen Risikozuschlag von 10 % auf den oberen Kostenorientierungswert.

Eine erneute Gremienvorlage ist nicht erforderlich, solange der genannte obere Kostenorientierungswert um nicht mehr als 10% überschritten wird. Durch den Planungs- und Baubeschluss wird jedoch lediglich das Maßnahmenbudget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verfügen.

Die aufgrund öffentlich-rechtlicher Bestimmungen (zum Beispiel im Bereich des Naturschutzrechts, et cetera) erforderliche Gremienbeteiligung bleibt von diesem Beschluss unberührt.

4. Das mit Beschlussvorlage 1503/2019 festgelegte Verfahren für das TU-/GU-Schulbaumaßnahmenpaket wird entsprechend angewandt, so dass eine Beratung und Beschlussfassung über die Genehmigungsplanung in den politischen Gremien entfällt.

5. Die Verwaltung wird dem Rat der Stadt Köln im ersten Quartal 2021 nach voraussichtlichem Abschluss der europaweiten Ausschreibungsverfahren zu den 2 Schulbaumaßnahmen über den Stand der Ausschreibungen berichten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.23 Beleuchtungsanlage und Blend-/Verschattungsschutz im Museum für Angewandte Kunst

hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss

1140/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Die Vorlage unter TOP 10.24 ist zurückgestellt.

Beschluss:

Der Rat stellt den Bedarf zur Sanierung der Beleuchtungsanlage und des Blend-/ Verschattungsschutzes im Museum für Angewandte Kunst fest und beschließt die Aufnahme der Planung bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI.

Gem. vorläufiger Kostenschätzung belaufen sich die Planungskosten auf rd.

200.000 €.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.25 Generalsanierung des Quäker Nachbarschaftsheims, Kreutzerstr. 5-9, 50672 Köln

Planungsbeschluss

2188/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Planungsaufnahme (Leistungsphasen 1-3 HOAI) zur Generalsanierung des Quäker Nachbarschaftsheims mit angeschlossener Kindertagesstätte, Kreutzerstr. 5-9, 50672 Köln.

Die Verwaltung wird ermächtigt, die städtische Gebäudewirtschaft mit der Planung und Kostenberechnung zu beauftragen.

Die Planungskosten (Leistungsphasen 1-3 HOAI) belaufen sich nach vorläufiger Kostenschätzung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln auf rd. 290.000 € (Brutto).

Zur Finanzierung der Planungskosten stehen im Doppelhaushalt 2020/2021, Hj. 2020 im Teilergebnisplan 0507 Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen entsprechende Mittel zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.26 neska Schiffahrts- und Speditionskontor GmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrages

2568/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der FDP. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt vorbehaltlich der Nichtbeanstandung durch die Kommunalaufsicht den Änderungen des Gesellschaftsvertrages der neska Schiffahrts- und Speditionskontor GmbH zu, die sich aus der in Anlage zu diesem Beschluss beigefügten Synopse ergeben.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder aus sonstigen Gründen Änderungen als notwendig oder zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.27 Sanierung der Fassade des Bürgerhaus Stollwerck

3323/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Sanierung der Nord-, Süd- und Westfassade des Bürgerhaus Stollwerck. Ein Vergabevorbehalt wird nicht ausgesprochen.

Die Gesamtkosten der Maßnahme – einschließlich der Kosten für die Projektsteuerung, der Baunebenkosten und eines Risikozuschlags von 10 % - belaufen sich auf rund 2,1 Mio. Euro (brutto).

Die Verwaltung wird ermächtigt, die städtische Gebäudewirtschaft mit der Projektsteuerung für die Durchführung der Maßnahme zu beauftragen.

Gleichzeitig beschließt der Rat zahlungswirksame überplanmäßige Aufwendungen im Haushaltsjahr

2020 in Teilergebnisplan 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren, in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, in Höhe von 2,1 Mio. Euro. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigeraufwendungen in gleicher Höhe in verschiedenen Teilergebnisplänen des Haushaltsplans gemäß Anlage 1.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.28 Sanierung des Bahnhofs Belvedere in Köln-Müngersdorf, Erhöhung des Zuschusses

2223/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt eine Erhöhung der Förderung zur Restaurierung des Denkmals

„Bahnhof Belvedere“ und zur Errichtung des für die vorgesehene Nutzung als Begegnungsstätte erforderlichen Zugangsbauwerks um 1,3 Mio. €.

Der Mehrbedarf soll in Höhe von 658.000,-- € im Teilplan 0108 – zentrale Liegenschaftsangelegenheiten, Teilplanzeile 15 –Transferaufwendungen im Rahmen der echten Deckungsfähigkeit durch Wenigeraufwendungen im selben Teilplan, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bereitgestellt werden.

Die darüber hinaus benötigten Mittel in Höhe von 642.000 € sind im Haushaltsplan 2020/2021 bereits veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.29 Nutzungsvertrag und Allgemeine Nutzungsbedingungen für die Benutzung von Sportstätten

1710/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Allgemeinen Nutzungsbedingungen für die Benutzung von Sportstätten und Schulbädern der Stadt Köln sowie der städtischen Nutzungszeiten in den Bädern der KölnBäder GmbH und des Schwimmleistungszentrums gemäß Anlage 1 als Bestandteil jedes gemäß Anlage 2 abgeschlossenen Nutzungsvertrages.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung von Sportstätten und Schulbädern der Stadt Köln sowie des Neptunbades (Sportstättensatzung) vom 07.07.1998 gemäß Anlage 3.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.30 Bürgerzentrum Alte Feuerwache - Ertüchtigung Innenhof, Einrichtung Stadtteil-/Holzwerkstatt, Optimierung Entwässerungs-/Kanalanlage

2327/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Planungsaufnahme (Leistungsphasen 1-4 HOAI) zu baulichen Ertüchtigungsmaßnahmen am Bürgerzentrum Alte Feuerwache: Neugestaltung Innenhof, Einrichtung einer Stadtteil-/Holzwerkstatt und Optimierung der Entwässerungs- und Kanalanlage.

Die Verwaltung wird ermächtigt, die städtische Gebäudewirtschaft mit der Projektsteuerung zu beauftragen.

Der Kostenrahmen für die Planungskosten (Leistungsphasen 1-4 HOAI) inkl. Projektsteuerung

wird nach Aussage der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln auf ca. 400.000 € (brutto) beziffert.

Gemäß Zuwendungsbescheid-Nr. 05/53/20 der Bezirksregierung Köln vom 29.06.2020 stehen für die Gesamtmaßnahme Fördermittel in Höhe von 3.033.393 € aus dem Förderprogramm „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier 2020“ zur Verfügung (Gesamtkosten Baumaßnahme: 3.701.793 €).

Zur Finanzierung der Planungsleistungen sind im Doppelhaushalt 2020/2021, Hj. 2021 im Teilergebnisplan 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen Mittel in entsprechender Höhe eingestellt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.31 Förderprogramm: Gemeinwesenarbeit für die Stadt Köln

4455/2020

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1231/2020

Dazu habe ich eine Rednerliste vorliegen. Sie beginnt mit Herrn Paetzold.

(Michael Paetzold [SPD]: Das wundert mich eigentlich! Wir hatten ja nur einen Änderungsantrag gestellt!)

- Wenn sich sonst keiner meldet, beginnen wir natürlich mit dem Änderungsantrag. - Gibt es Wortmeldungen vorher, die uns nicht bekannt sind? - Nein. Dann beginnen wir mit dem Änderungsantrag. Das ist dann so.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich hätten wir diese Vorlage genauso durchwinken können wie die anderen Tagesordnungspunkte hier. Wir hätten sie im Fachausschuss beschließen können; denn meine Fraktion hat, wie die Mitglieder des Sozialausschusses wissen, im Hauptausschuss ebendiesem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt. Das konnten wir aber nicht, weil in der Sitzung des Sozialausschusses ein Änderungsantrag der Kollegen der CDU und der Grünen vorgelegt wurde.

Wir hätten deshalb zugestimmt, weil wir es sehr begrüßen, dass die Gemeinwesenarbeit auf weitere Gebiete in unserer Stadt ausgedehnt wird. Aus unserer Sicht ergänzen sich nämlich die städtisch finanzierte, aber eher kleinräumige und quartierbezogene GWA und die großräumiger angelegte sozialräumliche Förderung ganzer Stadtteile durch das Programm „Lebenswerte Veedel“ sehr gut.

Auch wenn wir gerne die acht Förderräume des Alternativvorschlags der Verwaltung genommen hätten, haben wir uns für den Hauptvorschlag entschieden, weil die dort vorgeschlagenen sechs Förderräume für die nächsten Jahre sicher durchfinanziert sind.

Nun kommen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und Grünen, mit einem Änderungsantrag und schlagen vor, das Förderprogramm auf sogar neun Fördergebiete auszuweiten. Klingt gut, könnte man meinen, nehmen wir. Aber vier der von Ihnen vorgeschlagenen Gebiete hält die Verwaltung ob ihrer Größe für GWA für nicht oder nur bedingt geeignet. Es geht um Ostheim/Gernsheimer Straße, Chorweiler-Mitte, Finkenberg und Kölnberg.

Das macht uns jetzt ein Problem. Es ist ja schon wichtig, dass wir uns kluge Gedanken darüber machen, welche Förderprogramme wir in welchen Gebieten einsetzen, damit sie dort die bestmögliche Wirkung entfalten. Schließlich gilt auch für Förderprogramme: Man kann den Euro nur einmal ausgeben.

Jetzt haben wir als SPD-Fraktion das Dilemma, dass einerseits die Stadtverwaltung mit ihrem Sachverstand die vier in Rede stehenden Hochhaussiedlungen für GWA für nicht geeignet hält und andererseits Sie, liebe Grüne und CDU, mit Ihrem Sachverstand ebendiese Gebiete für doch für GWA geeignet halten.

Wir als SPD-Fraktion haben auch noch einen ganz eigenen Blick auf die Dinge. Wir fänden es nämlich gut, wenn es zu Synergien zwischen den verschiedenen Programmen käme, und zwar dort, wo Fördergebiete der GWA räumlich auf die der „Lebenswerten Veedel“ treffen. Denn gute Abstimmung macht Maßnahmen besser und nachhaltiger.

Damit wir diese verschiedenen Positionen irgendwie übereinanderbekommen, schlagen wir Ihnen einen Kompromiss vor. Wir möchten die Verwaltung beauftragen, gemeinsam mit der jeweiligen Sozialraumkoordination im Wege einer Sozialraumanalyse zu prüfen, ob die von der Verwaltung vorgeschlagenen sechs Fördergebiete für GWA um die von Ihnen, liebe CDU und Grüne, vorgeschlagenen vier Hochhaussiedlungen - also Kölnberg, Finkenberg, Chorweiler-Mitte und Ostheim/Gernsheimer Straße - sinnvoll erweitert werden können.

Ich denke, dass das ein guter Vorschlag ist, und bitte Sie um Ihre Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächste hat Frau Heuser das Wort.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Auf Initiative der Grünen wurde die Stärkung und Ausweitung der Gemeinwesenarbeit mit Mittelzusetzung von einer halben Million Euro 2018 beschlossen und im Haushalt 2019 verankert. Quasi auf den letzten Metern dieser Wahlperiode liegt uns nun endlich das von der Verwaltung ausgearbeitete Förderprogramm mit zwei Beschlussvarianten und den dazugehörigen Vorschlägen für die Gebietsauswahl vor.

Die jeweilige Gebietsauswahl ist in zwei Listen als Anlagen angeführt. Eine transparente Begründung der Auswahl fehlt jedoch. Wir Grünen haben gemeinsam mit der CDU-Fraktion einen Änderungsantrag gestellt, der zwei Änderungen enthält, die ich hier kurz begründen will.

Ein wesentlicher Aspekt bei der Neuaufstellung der GWA 2016 - - Damals gab es nur vier Fördergebiete oder Einsatzgebiete. Diese waren an Belegrechtswohnungen gebunden, meistens in größeren Wohnanlagen. Jedenfalls erfolgte 2016 eine Neuaufstellung. Es wurde eine Ausweitung auf fünf Gebiete vorgenommen, und das Ganze wurde unabhängig von Großwohnanlagen gestellt. Ein wesentlicher Aspekt bei dieser Neuaufstellung war für uns Grüne seinerzeit, dass die GWA nicht nur in Großwohnanlagen zum Einsatz kommt.

Der Aussage der Verwaltung in der Vorlage, dass Großwohnanlagen andere Strategien bzw. Gesamtstrategien benötigen, stimmen wir zwar zu. Aber für uns sind GWA-Einsätze dort ebenso notwendig und daher nicht auszuschließen. Das wird uns auch von diversen Fachleuten aus der Sozialarbeit bestätigt.

Insbesondere haben wir von Beginn an starke Bedarfe in den Großwohnanlagen in Meschenich, in Finkenberg und in der Gernsheimer Straße gesehen und auch gegenüber der Verwaltung kommuniziert - von Anfang an. Die angesprochenen Gebiete werden bei Maßnahmen häufig erst nachrangig bedacht, vor allem im Vergleich zu Chorweiler zum Beispiel.

Folglich haben wir auf Basis der Beschlussalternative die Gebietsauswahl angepasst. Auch bei dieser Auswahl sind wir von vielen Fachleuten bestätigt worden.

Die Maßnahmen im Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes „Starke Veedel - Starkes Köln“ für diese Gebiete, die von der Verwaltung in der Beschlussvorlage angesprochen werden, werden realistischerweise, da sie teils noch nicht beantragt und teils noch nicht bewilligt sind, eher kaum bis gar nicht zum Tragen kommen. Das ist ein Grund mehr, dort mit GWA einzusteigen.

Zum Änderungsantrag der SPD: Am 6. August 2020 fand auf Einladung der Verwaltung ein Treffen der sozialpolitischen Sprecherinnen und Sprecher statt, das unter anderem das Thema GWA beinhaltete. Hier wurden Listen zu den Sozialraumteilgebieten mit Kennzahlen ausgegeben.

Wir brauchen also keine zusätzliche Sozialraumanalyse. Wir wollen GWA jetzt machen. Daher lehnen wir den Änderungsantrag ab.

Aus diesen Gründen bitten wir, unserem Änderungsantrag zuzustimmen, wie das auch etliche BVen getan haben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gärtner hat jetzt das Wort und spricht vom Platz aus.

Ursula Gärtner (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich will nicht alles

wiederholen, was die Kollegin Heuser gesagt hat. Aber ich möchte auch noch einmal betonen: Natürlich schauen wir auf das, was die Verwaltung sagt, und wollen auch grundsätzlich nicht die Expertise der Verwaltung in Zweifel ziehen. Aber Sie müssen auch der Politik zugestehen, die Dinge auch mal anders zu beurteilen.

Wir haben bei der Besprechung, die Frau Heuser angesprochen hat, sehr detailliert nach den Entscheidungskriterien gefragt, und müssen leider sagen: So ganz überzeugt hat uns das nicht.

Wir haben dann auch nicht diesen Antrag im luftleeren Raum gestellt, sondern wirklich - Frau Heuser hat es ja gesagt - mit Fachleuten vor Ort über die Bedarfe und die Notwendigkeiten gesprochen. Auf dieser Grundlage sind wir gemeinsam zu dem Entschluss gekommen, dass wir unbedingt diesen Änderungsantrag stellen müssen, um die Dinge hier in diesen Bereichen auch voranzutreiben.

Deshalb macht es auch keinen Sinn, jetzt erst wieder prüfen zu lassen und Analysen vorzunehmen. Wir möchten nicht nur über Dinge reden, sondern wollen, dass das umgesetzt wird. Deshalb bitten wir, unserem gemeinsamen Änderungsantrag zuzustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich heute erst einmal darüber, dass wir hier eine Vorlage haben, in der es um die Ausweitung der Gemeinwesenarbeit geht. Das ist ein guter Tag. Ich finde es toll, dass wir das für das soziale Köln heute erreichen - ganz egal, welcher Änderungsantrag hier gleich beschlossen wird.

Ich habe eine Frage an den Kollegen Paetzold. Was Marion Heuser gesagt hat, ist ja richtig. Wenn man sich einmal anschaut, wie sich die verschiedenen Bezirksvertretungen dazu verhalten haben, sieht man, dass ganz viele Bezirksvertretungen dem Anliegen von Schwarz-Grün zugestimmt haben - auch die SPD-Fraktion in den Bezirksvertretungen. Wie kommt es denn, dass ihr jetzt im Grunde genommen ganz anderer Meinung seid? Das würde mich wirklich interessieren.

Ich kann auch schon sagen, dass wir bei meiner Fraktion große Sympathie für den Antrag von CDU und Grünen haben und ihm sehr wahrscheinlich auch zustimmen werden. Aber vielleicht überzeugst du mich ja jetzt mit deiner Antwort.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Liebe Frau Hoyer, liebe Katja, ich werde mir große Mühe geben, befürchte aber, dass mir das nicht gelingen wird.

Wir haben diesen Änderungsantrag aufgrund der Tatsache gestellt, dass die Kollegen von Grünen und CDU die Gebiete auf Bereiche ausweiten wollen, von denen die Verwaltung uns sagt, dass sie für GWA nicht geeignet sind. Und manchmal - manchmal - glaube ich der Expertise der Verwaltung. In diesem Fall tue ich das.

Der Kompromiss sollte sein, dass die Verwaltung zusammen mit der Sozialraumkoordination - das sind ja auch Fachleute, die da arbeiten - noch einmal prüft, was für Projekte denn da am besten wirksam würden. Das ist die ganze Geschichte.

(Katja Hoyer [FDP]: Aber was ist mit den BVen?)

- Bitte noch einmal. In dieser Aquarienatmosphäre kann man das ganz schlecht verstehen.

(Katja Hoyer [FDP]: Aber eure Fraktion hat doch in den BVen anders entschieden!)

- Ja, das kann durchaus sein. Aber die Sozialpartie bei uns hat sich diesmal tatsächlich - das mag für die SPD ungewöhnlich sein - auf die Seite der Verwaltung geschlagen und gesagt: Wenn die Verwaltung das mit ihrem Sachverstand sagt, wird da wahrscheinlich etwas dran sein. Und wenn andere das anders sehen - - Wir schlagen ja auch vor, es noch einmal prüfen zu lassen. Wenn andere das anders sehen, ist das das Problem der anderen, nicht der anderen BVen.

Unser Vorschlag hat ja folgenden Hintergrund: Es gibt offensichtlich unterschiedliche Ansichten in Politik und Verwaltung. Dann ist es doch ganz klug, wenn man das noch einmal prüfen lässt und dann vielleicht zu einer Einigung kommen kann.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gärtner hat auch noch eine Frage.

Ursula Gärtner (CDU): Eine ganz kurze Anmerkung: Herr Paetzold, vielleicht wäre es auch gut, wenn Sie einmal mit Sozialraumkoordinatoren sprechen würden; denn gerade diese haben uns auf die Problematik angesprochen und waren nicht nur enttäuscht, sondern eigentlich schon fast entsetzt, dass diese Bereiche jetzt nicht dabei sind. Das war ja der Grund für unseren Antrag. Was Sie hier gesagt haben, hat mich also überhaupt nicht überzeugt.

Michael Paetzold (SPD): Liebe Frau Gärtner, ich rede natürlich mit Sozialraumkoordinatoren. Mit einem bin ich sogar ganz gut befreundet. Das mache ich schon. Aber ich muss mich ja nicht immer der Meinung anderer anschließen.

Ich habe mich jetzt halt mal dafür entschieden, der Expertise der Verwaltung zu folgen. Vielleicht ist das ein Fehler. Das kann durchaus sein. Der Rat kann ja feststellen, dass es ein Fehler ist, sich der Expertise der Verwaltung anzuschließen. Aber wir haben das als Sozialpartie der SPD hier nun einmal so getan.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Ich habe nur eine kurze formale Frage. Der CDU-Änderungsantrag, über den hier munter diskutiert wird, liegt nicht vor. Oder ist er irgendwo in einer Anlage versteckt? Aber ich sehe ihn nicht. Dann nennen Sie bitte die Anlage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Er ist die Anlage 6. So würde ich auch abstimmen lassen: Änderungsantrag von CDU und Grünen, Anlage 6. - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Das ist ein Änderungsantrag, der im Sozialausschuss gestellt wurde. Weil im Sozialausschuss das Ganze ohne Votum weitergegeben wurde, der Änderungsantrag aber nicht weitergegeben wurde, taucht er hier nur als Anlage auf und nicht als separater Änderungsantrag. Ihr müsst ihn aber schon aus dem Sozialausschuss kennen. Das heißt: wie Anlage 6, und die BVen haben übernommen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Davon habe ich ja nun gar keine Ahnung. Aber vielleicht kann mir jemand sagen, ob der Rat über eine Anlage beschließen kann. Das finde ich sehr merkwürdig.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das machen wir doch die ganze Zeit.

Michael Paetzold (SPD): Also über einen Änderungsantrag, der in einer Anlage verborgen ist? Das ist ein interessantes Bild.

(Zurufe)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist doch gerade mündlich gestellt worden. Frau Heuser hat es doch gesagt.

(Michael Paetzold [SPD]: Ich habe keinen Antrag gehört!)

- Doch, Frau Heuser hat es gesagt.

(Zuruf: Abstimmen!)

- Ich denke auch, wir sollten jetzt abstimmen. Wir haben es alle gehört. Es wird auch im Protokoll stehen.

(Zuruf von Michael Paetzold [SPD])

- Ja, es kann ja sein, dass Sie das nicht gehört haben. Dann haben Sie es in dem Moment vielleicht nicht gehört.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Wir haben es gehört!)

Ich will das jetzt auch nicht beurteilen. Also, wir haben es ja gehört.

(Michael Paetzold [SPD]: Ich habe nur eine Frage gestellt! Die haben Sie beantwortet! Alles gut!)

- Gut. Wunderbar. Dann können wir abstimmen.

Zunächst erfolgt die Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Dann ist er abgelehnt.

Jetzt stimmen wir über den Änderungsantrag von CDU und Grünen - Anlage 6 zur Vorlage - ab. Gibt es Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion und der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich muss aber die Vorlage in soeben geänderter Fassung bitte auch noch beschließen lassen. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

I. Abstimmung über den Ergänzungsantrag Beschluss:

Die Beschlussvorlage (Nr. 4455/2020) wird um folgenden Prüfauftrag ergänzt:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Wege einer Sozialraumanalyse unter Einbeziehung der jeweiligen Sozialraumkoordination zu prüfen, ob die von der Verwaltung vorgeschlagenen sechs Fördergebiete um Raumeinheiten in Kölnberg, in Finkenberg, in Chorweiler Mitte und in der Gernsheimer Straße erweitert werden sollten. Hierbei soll insbesondere eruiert werden, ob die Förderung der Gemeinwesenarbeit auf Basis des neu entwickelten Förderprogramms in diesen Gebieten wirksam sein kann.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen (siehe Anlage 6 der Vorlage)

Beschluss:

Der Rat nimmt das von der Verwaltung entwickelte Förderprogramm: Gemeinwesenarbeit für die Stadt Köln (s. Anlage Förderprogramm) zustimmend zur Kenntnis.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Förderung der Gemeinwesenarbeit auf der Basis des neu entwickelten Förderprogramms auf neun weitere Fördergebiete auszuweiten (s. Anlage zum Änderungsantrag).

Der Rat beschließt die Freigabe der im Haushaltsplan 2020/2021 in Teilplan 1005, Leistungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit, in Teilplanzeile 15- Transferaufwendungen veranschlagten Mittel zur Ausweitung der Förderung der Gemeinwesenarbeit in Höhe von jährlich 557.182€.

Der Rat beschließt für die Erledigung der mit der Ausweitung der Gemeinwesenarbeit wahrzunehmenden Aufgaben befristet bis zum 31.12.2021 die Zusetzung von 2,0

Stellen Sozialarbeiter/in /Sozialpädagoge/in in der Vergütungsgruppe S15 TVÖD-SuE beim Amt für Soziales, Arbeit und Senioren mit Aufwendungen in Höhe von 51.400€ im Jahr 2020 und 154.200€ im Jahr 2021 sowie hierfür anfallende Sachmittel in Höhe von 8.550€ im Jahr 2020 und 25.600€ im Jahr 2021.

Darüber hinaus beschließt der Rat für die Dauer von 4 Jahren die Durchführung einer externen wissenschaftlichen Begleitung in Höhe von jährlich 62.500€ (Gesamtkosten 250.000€). Der Rat nimmt das von der Verwaltung entwickelte Förderprogramm: Gemeinwesenarbeit für die Stadt Köln (s. Anlage Förderprogramm) zustimmend zur Kenntnis.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Förderung der Gemeinwesenarbeit auf der Basis des neu entwickelten Förderprogramms auf neun weitere Fördergebiete auszuweiten (s. Anlage zum Änderungsantrag).

Der Rat beschließt die Freigabe der im Haushaltsplan 2020/2021 in Teilplan 1005, Leistungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit, in Teilplanzeile 15- Transferaufwendungen veranschlagten Mittel zur Ausweitung der Förderung der Gemeinwesenarbeit in Höhe von jährlich 557.182€.

Der Rat beschließt für die Erledigung der mit der Ausweitung der Gemeinwesenarbeit wahrzunehmenden Aufgaben befristet bis zum 31.12.2021 die Zusetzung von 2,0 Stellen Sozialarbeiter/in /Sozialpädagoge/in in der Vergütungsgruppe S15 TVÖD-SuE beim Amt für Soziales, Arbeit und Senioren mit Aufwendungen in Höhe von 51.400€ im Jahr 2020 und 154.200€ im Jahr 2021 sowie hierfür anfallende Sachmittel in Höhe von 8.550€ im Jahr 2020 und 25.600€ im Jahr 2021.

Darüber hinaus beschließt der Rat für die Dauer von 4 Jahren die Durchführung einer externen wissenschaftlichen Begleitung in Höhe von jährlich 62.500€ (Gesamtkosten 250.000€).

Die Finanzierung erfolgt aus den vorhandenen Mitteln im Teilplan 1005, Leistungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und AfD zugestimmt.

III. Abstimmung über die Vorlage in so geänderter Fassung: Beschluss:

Der Rat nimmt das von der Verwaltung entwickelte Förderprogramm: Gemeinwesenarbeit für die Stadt Köln (s. Anlage Förderprogramm) zustimmend zur Kenntnis.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Förderung der Gemeinwesenarbeit auf der Basis des neu entwickelten Förderprogramms auf neun weitere Fördergebiete auszuweiten (s. Anlage zum Änderungsantrag).

Der Rat beschließt die Freigabe der im Haushaltsplan 2020/2021 in Teilplan 1005, Leistungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit, in Teilplanzeile 15- Transferaufwendungen veranschlagten Mittel zur Ausweitung der Förderung der Gemeinwesenarbeit in Höhe von jährlich 557.182€.

Der Rat beschließt für die Erledigung der mit der Ausweitung der Gemeinwesenarbeit wahrzunehmenden Aufgaben befristet bis zum 31.12.2021 die Zusetzung von 2,0

Stellen Sozialarbeiter/in /Sozialpädagoge/in in der Vergütungsgruppe S15 TVÖD-SuE beim Amt für Soziales, Arbeit und Senioren mit Aufwendungen in Höhe von 51.400€ im Jahr 2020 und 154.200€ im Jahr 2021 sowie hierfür anfallende Sachmittel in Höhe von 8.550€ im Jahr 2020 und 25.600€ im Jahr 2021.

Darüber hinaus beschließt der Rat für die Dauer von 4 Jahren die Durchführung einer externen wissenschaftlichen Begleitung in Höhe von jährlich 62.500€ (Gesamtkosten 250.000€). Der Rat nimmt das von der Verwaltung entwickelte Förderprogramm: Gemeinwesenarbeit für die Stadt Köln (s. Anlage Förderprogramm) zustimmend zur Kenntnis.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Förderung der Gemeinwesenarbeit auf der Basis des neu entwickelten Förderprogramms auf neun weitere Fördergebiete auszuweiten (s. Anlage zum Änderungsantrag).

Der Rat beschließt die Freigabe der im Haushaltsplan 2020/2021 in Teilplan 1005, Leistungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit, in Teilplanzeile 15- Transferaufwendungen veranschlagten Mittel zur Ausweitung der Förderung der Gemeinwesenarbeit in Höhe von jährlich 557.182€.

Der Rat beschließt für die Erledigung der mit der Ausweitung der Gemeinwesenarbeit wahrzunehmenden Aufgaben befristet bis zum 31.12.2021 die Zusetzung von 2,0 Stellen Sozialarbeiter/in /Sozialpädagoge/in in der Vergütungsgruppe S15 TVÖD-SuE beim Amt für Soziales, Arbeit und Senioren mit Aufwendungen in Höhe von 51.400€ im Jahr 2020 und 154.200€ im Jahr 2021 sowie hierfür anfallende Sachmittel in Höhe von 8.550€ im Jahr 2020 und 25.600€ im Jahr 2021.

Darüber hinaus beschließt der Rat für die Dauer von 4 Jahren die Durchführung einer externen wissenschaftlichen Begleitung in Höhe von jährlich 62.500€ (Gesamtkosten 250.000€).

Die Finanzierung erfolgt aus den vorhandenen Mitteln im Teilplan 1005, Leistungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
RM Heuser beantragt, den im Ausschuss für Soziales und Senioren am 20.08.2020 gestellten Antrag (s. Anlage 6 der Vorlage/AN/1031/2020) im Rat als Änderungsantrag zur Abstimmung zu stellen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.32 Jahresabschluss 2018 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

1065/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt gemäß § 4 Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) i.V.m. § 4 der Betriebssatzung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln den Jahresabschluss zum 31.12.2018 fest und beschließt, den Bilanzverlust auf neue Rechnung vorzutragen.*

2. *Dem Betriebsausschuss und der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.33 Wirtschaftsplan 2020 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

1453/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - FDP. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 4 Abs. 1 Buchst. b der Betriebssatzung der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln i.V.m. § 4 Buchst. b der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) den Wirtschaftsplan der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2020 in der beigefügten Fassung fest.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.34 Jahresabschluss 2019 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

1454/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt gemäß § 4 Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) i.V.m. § 4 der Betriebssatzung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln den Jahresabschluss zum 31.12.2019 fest und beschließt, den Bilanzverlust auf neue Rechnung vorzutragen.*

2. *Dem Betriebsausschuss und der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.35 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaft; Zuführung zur Kapitalrücklage

1465/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt eine Eigenkapitalzuführung an die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln in Höhe von insgesamt 3.000.000 €.*

2. *Die Deckung der Kapitalzuführung in Höhe von 3,0 Mio. € erfolgt über einen überplanmäßigen Mehrertrag bei den Finanzerträgen im Teilfinanzplan 1101, Teilplanzeile 19.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.36 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilergebnisplan 1303, Friedhöfe, im Haushaltsjahr 2020

2342/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen gem. § 83 GO NRW in Höhe von insgesamt 1.550.000 € im Teilergebnisplan 1303, Friedhöfe, im Haushaltsjahr 2020, die für die Sicherstellung der Verkehrssicherheit u.a. infolge von Trockenschäden notwendig sind.

Der Betrag teilt sich auf folgende Teilplanzeilen auf:

Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von

1.190.000 €,

Teilplanzeile 16, Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 360.000 €. Die Deckung erfolgt im Haushaltsjahr 2020 durch Wenigeraufwand in Höhe von

1.550.000 € im Teilergebnisplan 1301, Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen. Der Betrag kann in Teilplanzeile 16, Sonstige ordentliche Aufwendungen, erbracht werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.37 Initiierung eines 3. Frauenhauses in Köln

2277/2020

Hierzu habe ich eine Rednerliste vorliegen. Sie beginnt mit Frau Möller. Kommen Sie nach vorne, Frau Möller? - Ja. Bitte.

Monika Möller (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Mit der heutigen Beschlussvorlage soll der Rat die Verwaltung beauftragen, ein Umsetzungskonzept für das dritte Frauenhaus in Köln unter Berücksichtigung der Finanzierung von Land und Bund zu entwickeln.

Als Voraussetzung dafür liegt uns das Konzept des Trägervereins „Frauen helfen Frauen“ vor, das die Standards für ein drittes Frauenhaus gegenüber früheren deutlich verbessert. Damit ist in kurzer Zeit *eine* wichtige Voraussetzung zur Umsetzung des Ratsauftrags vom Dezember letzten Jahres erfüllt.

Ein weiterer Auftrag an die Verwaltung aus diesem Beschluss, ein entsprechendes Grundstück oder eine bestehende Immobilie zu suchen und die genauen Investitionskosten zu ermitteln, ist noch nicht erfüllt. Dies soll erst nach Zustimmung zum Trägerkonzept erfolgen.

Es ergeben sich daher zeitliche Verzögerungen, die möglichst gering bleiben sollten; denn das von Bundesministerin Giffey Anfang dieses Jahres gestartete Förderprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ gilt nur für vier Jahre.

Zeitliche Verzögerungen entstehen außerdem auf Landesebene; denn das zuständige Landesministerium, das für die Kofinanzierung zuständig ist, scheint sich nicht sicher zu sein in Bezug auf die Bedarfslage - was mich, ehrlich gesagt, etwas verwundert.

Denn wie dringend der Bedarf für weitere Plätze für Frauen ist, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, hat die Landesregierung bereits im vergangenen Jahr auf eine Anfrage meiner SPD-Landtagskolleginnen bestätigt. Danach standen im vergangenen Jahr 571 Plätze zur Verfügung. Gemäß der Istanbul-Konvention, die am 1. Februar 2018 in Kraft getreten ist, müssten es 1 790 Plätze sein. In NRW halten wir nur einen Platz pro 31 000 Einwohner*innen vor. Empfohlen wird ein Familienplatz pro 10 000 Einwohner*innen.

Der Landesarbeitsgemeinschaft Autonomer Frauenhäuser zufolge muss daher jede zweite schutzsuchende Frau abgewiesen werden. Daran hat sich bisher nichts geändert. Ganz im Gegenteil: Es könnte eher durch Pandemiebedingungen noch problematischer werden.

Die Bedarfe lagen also auf dem Tisch. Dass die Bedarfsanalyse seitens des Landes noch nicht abgeschlossen ist, wie die Verwaltung in der

Vorlage mitteilt, erschließt sich mir daher nicht so ganz. Ich hoffe aber, dass hinter einer neuerlichen Bedarfsanalyse nicht mögliche Verzögerungstaktiken stecken und dadurch das Projekt eines dritten Frauenhauses für Köln auf der Strecke bleibt.

Solange keine Fördermöglichkeit durch das Land besteht, kann der Förderantrag, der vom Träger des Frauenhauses gleichzeitig an Bund und Land zu stellen ist, nicht gestellt werden. Deshalb drängt die Zeit.

Liebe Kolleginnen von CDU und FDP, vielleicht können Sie bei Ihren Landtagskollegen und -kolleginnen einmal darauf hinwirken, dass es zügig weitergeht und die Landesförderung bald gesichert ist.

Wir stimmen jedenfalls der Verwaltungsvorlage gerne zu. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächste steht Frau Schwab auf der Rednerliste.

Luisa Schwab (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Oberbürgermeisterin! Liebe Beigeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum letzten Mal stehe ich hier, um über das Thema „häusliche Gewalt“ zu sprechen. Die Aufmerksamkeit, die ich bei meiner letzten Rede bekommen habe, war überwältigend. Ich möchte daher an meine letzte Rede anknüpfen und einen wichtigen Abschnitt resümierend zitieren.

> Gewalt gegen Frauen ist kein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem. Frauen und ihren Kindern Hilfe und Schutz zu gewähren, ist ein Menschenrecht und staatliche Verpflichtung.

Wir haben in dieser Ratsperiode in unter sechs Jahr mehr für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder geschafft als in über 23 Jahren zuvor.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der LINKEN)

Das zweite und bisher letzte Frauenhaus in Köln wurde 1991 eröffnet. Das war zwei Jahre nach meiner Geburt. Seitdem herrschte Stillstand.

Aber in dieser Ratsperiode haben wir den Stillstand aufgebrochen. Wir haben nicht nur das dritte Frauenhaus auf den Weg gebracht, sondern auch die Platzanzahl des ersten Frauenhauses erweitert, das Konzept erneuert, Barrierefreiheit ermöglicht, die Personalstellen erhöht und darüber hinaus ein Gewaltschutzkonzept in Auftrag gegeben.

Das ist ein voller Erfolg. Dieser Kölner Rat zeigte, dass er seine Verpflichtungen rund um häusliche Gewalt umsetzt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Selbstverständlich werden wir auch die Landes- und Bundespolitik für die Finanzierung zur Verantwortung ziehen.

All unsere Erfolge bedeuten jedoch keineswegs, dass sich der nächste Rat darauf ausruhen kann. Die Gewaltstatistiken zu häuslicher Gewalt in Köln verzeichnen keinen Rückgang der Gewalt. Tatsächlich sind die Fallzahlen 2019 erneut um fast 10 Prozent angestiegen. Das bedeutet, dass wir dieses neue Tempo, Schutzräume zur Verfügung zu stellen, halten müssen und zusätzlich unseren Fokus erweitern sollten.

> Gewalt gegen Frauen ist kein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem.

Dieser Satz ist nicht nur deshalb so wichtig, weil häusliche Gewalt in allen Bildungs- und Gesellschaftsschichten vorkommt, sondern, weil die Wurzel der Gewalt in unserer Gesellschaft liegt - unserer Gesellschaft, die immer noch Gewalt gegen Frauen hervorbringt und fördert. Gewalt entsteht nicht aus dem Nichts, sondern da, wo jemand meint, jemand anderen dominieren zu können. Strukturell versuchen wir zwar, die offensichtlichsten Formen der Unterdrückung abzubauen. Aber die tief verwurzelten Diskriminierungen gehen ungehindert weiter, und letztendlich rufen sie Gewalt gegen Frauen hervor.

Überspitzt gesagt, wird immer noch suggeriert, Frauen seien weniger wert. Das zeigt sich in unterschiedlichsten Formen.

Das Armutsrisiko ist bei Frauen deutlich höher, vor allem, wenn sie Kinder haben, erst recht, wenn sie diese alleine erziehen. Als öffentliche Personen sind Frauen häufiger von Hassreden und Vergewaltigungsdrohungen betroffen. Auch am Arbeitsplatz sind Frauen häufiger sexueller Belästigung ausgesetzt. Frauen bekleiden seltener öffentliche Ämter, erst recht, wenn sie Kinder haben. Kennen

Sie eigentlich eine Alleinerziehende, die Mitglied des Bundestages ist?

Das tägliche Leben ist auf den Mann ausgerichtet. Haben Sie sich schon einmal gefragt, warum Frauen schneller kalt ist? Frauen haben im Durchschnitt einen geringeren Stoffwechsel. Aber die Raumdurchschnittstemperatur wurde für einen Menschen mit einem männlichen Stoffwechsel erstellt. Die Raumtemperatur ist damit 5 Grad zu kalt für Frauen.

(Heiterkeit)

Obwohl Frauen seltener in Autounfälle verwickelt sind, sind sie um 17 Prozent häufiger von tödlichen Verletzungen betroffen. Warum? Unfalltests werden vorrangig mit einem männlichen Dummy durchgeführt: 1,75 Meter groß, 78 Kilogramm schwer, Wirbelsäule und Gewichtsverteilung dem Durchschnittsmann entsprechend. Darauf sind die Autos - also die Position des Lenkrades, die Airbags, die Kopfstützen, die Gurte - ausgerichtet. Damit sind Sie, meine Herren, egal ob diese idealisierten Werte stimmen oder nicht, bei einem Autounfall besser geschützt als Menschen mit Brüsten oder Schwangere.

In der Medizin waren die Zeichen für einen weiblichen Herzinfarkt lange nicht bekannt. Bei der Testung von Medikamenten war der Mann der Standard. Erst seit 2004 müssen geschlechtsspezifische Unterschiede untersucht werden.

Auch die Nutzung des öffentlichen Raumes ist auf den Mann ausgelegt. Frauen sind häufiger zu Fuß unterwegs. Außerdem nehmen sie aus Angst oder Verunsicherung zum Beispiel bei unbeleuchteten Straßen Umwege in Kauf. Die Daten dazu werden nicht erhoben.

Diese Beispiele könnte ich endlos weiterführen. Aber alle haben sie etwas gemeinsam: Frauen wird weniger Bedeutung beigemessen, und ungleiche Verhältnisse werden toleriert. Diese Beispiele sind Ausdruck eines unausgeglichenen Machtverhältnisses. Diese unausgeglichene Macht, diese Dominanz suggeriert wiederum eine Ungleichwertigkeit der Geschlechter, wodurch Menschen in ihrem Verhalten bestärkt werden, andere zu dominieren.

Und diese Dominanz ist der Beitrag unserer Gesellschaft zu häuslicher Gewalt. Gewalt entsteht eben nicht aus dem Nichts, sondern da, wo jemand meint, über jemand anderen dominieren zu dürfen.

Liebe Frauen, wir ändern das nur, wenn wir an den entscheidenden Positionen sitzen und miteinander kooperieren.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Akbayir das Wort.

Hamide Akbayir (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich lache deshalb, weil wir trotz der fortgeschrittenen Uhrzeit sogar bei einem ernsthaften Thema noch lachen können. Das ist auch gut so.

Auch ich halte heute meine letzte Rede. Ich freue mich, dass wir bei einem so ernsthaften Thema seit sechs Jahren gemeinsam dafür gekämpft haben - davor natürlich auch -, dass ein drittes Frauenhaus initiiert werden kann. Wir sind mehr oder weniger unserem Ziel nähergekommen - im Sinne der Frauen, die von Gewalt betroffen sind, und im Sinne deren Kinder, die auch in dieses Frauenhaus mitgenommen werden. Das ist sehr erfreulich.

Meine Fraktion und ich freuen uns sehr, dass nun endlich Bewegung in das dritte Frauenhaus kommt. Das Konzept, das der Trägerverein „Frauen helfen Frauen“ vorgelegt hat, finden wir sehr gut.

Wir wollen aber auf drei Punkte hinweisen, die jetzt schon in die falsche Richtung laufen oder später falsch laufen könnten.

Erstens. Auch beim dritten Frauenhaus sollen die Frauen für ihre Unterbringung selbst aufkommen. Das ist unproblematisch, wenn sie Kosten der Unterkunft nach SGB II bekommen. DIE LINKE kann es aber nicht hinnehmen, dass die Frauen für ihren Aufenthalt in einem Frauenhaus zahlen müssen, wenn sie ein eigenes kleines Einkommen oder auch eine kleine Rente haben.

Zweitens. Gerade für die traumatisierten Kinder ist es wichtig, von qualifizierten und traumasensiblen Fachkräften betreut zu werden, um ihnen Perspektiven jenseits der Gewalt aufzuzeigen. Doch die Bezahlung der Stellen in den bestehenden Frauenhäusern reicht lediglich für die Qualifikation zur Erzieherin. So werden Kosten auf dem Rücken der Kinder gespart. Das dürfen wir nicht tun.

Drittens. Das Land prüft den NRW-weiten Bedarf an Frauenhäusern, weil die Istanbul-Konvention - davon war ja oft die Rede -, die nun fast zehn Jahre alt ist, immer noch nicht umgesetzt ist. Köln hat dabei einen Bedarf von 100 Plätzen. Das ist lange bekannt. Mit dem dritten Frauenhaus werden es inklusive der Notplätze gerade einmal 42 sein, an vollwertigen Plätzen eigentlich nur 36. Und trotzdem ist die Finanzierungsbeteiligung des Landes noch nicht geklärt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist gut, jetzt ein Gesamtkonzept für das Land zu entwickeln. Aber da der Bedarf in Köln so groß und so offensichtlich ist, hätte aus dem Ministerium schon einmal eine Vorabfinanzierungszusage kommen können. Aber die haben wir noch nicht.

In diesem Sinne wünsche ich dem dritten Frauenhaus ein gutes Gelingen und dem Trägerverein „Frauen helfen Frauen“ viel Erfolg, natürlich mithilfe der Politik, natürlich mithilfe unserer Oberbürgermeisterin Frau Reker. Auch ohne Ratsmandat werde ich diese Entwicklungen mitverfolgen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Laufenberg das Wort.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es freut die Freien Demokraten und mich ganz persönlich sehr, dass heute das dritte Frauenhaus weiter auf den Weg gebracht wird. Das ist, glaube ich, kein Geheimnis. Dies ist für mich persönlich seit 2010 hier im Rat der Stadt Köln eine ganz besondere Herzensangelegenheit.

Ich muss ein wenig meiner Vorrednerin von den Grünen widersprechen. Ja, wir haben in den letzten Jahren ein bisschen etwas geschafft. Aber dieser lange Prozess hat mich auch immer wieder traurig gemacht. Es war schon schwierig, dass ich Ihnen hier in diesem Haus immer wieder darlegen musste, dass die Bedarfe selbstverständlich da sind und dass wir jedes Jahr vielen betroffenen Frauen einen Weg in das Frauenhaus leider nicht ermöglichen können.

Ich bin froh, dass es heute nicht zu einem unsäglichen Änderungsantrag gekommen ist, der ja in der Diskussion war und hier noch einmal die Bedarfsanalyse aufs Tapet gebracht hätte.

Ja, auch beim Land werden wir noch einmal nachsteuern. Wir werden das mitnehmen. Dass der Bedarf da ist, wird dort aber in keiner Weise infrage gestellt.

Um auf den Zeitfaktor zu kommen: Ja, wir müssen langsam mal schnell sein. Aber kann man im Rat der Stadt Köln schnell sein? Wie gesagt, mussten wir zehn Jahre lang dafür kämpfen, dass überhaupt das dritte Frauenhaus kommt.

Ich möchte der Verwaltung noch etwas mit auf den Weg geben, was in der Tat richtig ist. Auch ich bin ein bisschen enttäuscht, dass in der Vorlage noch kein Grundstück oder keine Immobilie enthalten ist und dass nicht vorab schon einmal eine Kostenanalyse durchgeführt worden ist. Ich hoffe, dass das in der Schublade liegt und schnell herausgeholt wird. Denn das sind auch Grundlagen, die Land und Bund von uns benötigen, meine sehr verehrten Damen und Herren. So kann man es natürlich wieder verhindern.

Wir müssen unseren betroffenen Frauen und ihren Kindern sagen, dass wir jetzt an ihrer Seite stehen, und zwar so schnell wie möglich. Es kann nicht sein, dass der Bau des dritten Frauenhauses erneut zehn Jahre dauert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich auch noch ein Thema ansprechen, das ich eigentlich schon lange hier einbringen wollte, was aber nicht erfolgreich möglich ist, wenn wir bei Gewaltthemen diese Prozesse haben. Wir haben selbstverständlich auch ein Problem mit Gewalt an Männern. So weit sind wir noch gar nicht. Auch da brauchen wir Schutzräume und müssen dies thematisieren.

Ich hoffe, dass der zukünftige Rat weiterhin dieses Thema auf dem Schirm haben wird und bereit ist, das dritte Frauenhaus jetzt so schnell wie möglich zu realisieren, weil es für die betroffenen Frauen wichtig ist.

Wir müssen uns eigentlich schämen, dass wir die letzten zehn Jahre und noch viel länger - da hat Frau Schwab recht - Frauen hier abweisen und Kindern und Jugendlichen keine adäquaten Möglichkeiten geben, um aus dem Zuhause herauszugehen, was jeden Tag die Hölle bedeutet, wenn man dort Gewalt erfährt.

Deswegen appelliere ich an Sie, weil es heute auch meine letzte Ratssitzung in diesem Haus

zunächst sein wird, dass Sie doch in sich gehen und nicht mehr die Bedarfe immer wieder infrage stellen, sondern jetzt langsam einmal Tempo machen. Liebe Verwaltung, machen Sie Druck. Sorgen Sie dafür, dass das dritte Frauenhaus kommt.

Ich verspreche Ihnen und den Kölnerinnen und Kölnern, dass auch ich mich weiterhin für diese Themen und vor allem gegen Gewalt in unserer Stadt einsetzen werde. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Heuser.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe eine Frage. Hier wurde mehrfach auf die fehlende Finanzierung hingewiesen. Das waren ja auch in den letzten Jahren immer die Probleme bei der Schaffung neuer Plätze. Ich kann mich nicht erinnern, dass irgendjemand die Bedarfe abgesprochen hätte - wir auch nicht. Das Problem war immer, dass die Landesregierung nicht dafür gesorgt hat, dass wir die entsprechende Finanzierung vorliegen haben.

Die Vorrednerinnen, unter anderem Frau Möller, haben bereits darauf hingewiesen, dass wir ein Problem mit der Finanzierung haben, weil die Bedarfsanalyse des Landes noch nicht vorliegt und es somit auch keine Förderzusage gibt.

Meine Frage ist: Beschließen wir jetzt mit Vorbehalt? Oder was machen wir? Beschließen wir also vorbehaltlich der Förderung durch das Land?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir werden uns alle darum kümmern, dass diese Förderzusage sehr bald kommt. Wir haben ja gerade von Frau Laufenberg gehört, dass sie davon ausgeht, dass der Bedarf nicht infrage gestellt wird.

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Wunderbar! Das reicht mir!)

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir jetzt darüber ab. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt das vom Trägerverein Frauen helfen Frauen e.V. in der Anlage vorgelegte Konzept für ein 3. Frauenhaus zustimmend zur Kenntnis.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, das Konzept gemeinsam mit den im Netzwerk gegen Häusliche Gewalt vertretenen Akteuren fortzuentwickeln.

Der Rat beauftragt die Verwaltung auf Grundlage der noch zu konkretisierenden fachlichen Anforderungen, den Trägerverein bei der Suche nach einer geeigneten Immobilie oder einem Grundstück zu unterstützen.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit dem Trägerverein ein konkretes

Umsetzungskonzept für das 3. Frauenhaus unter Berücksichtigung der Finanzierung von Land und Bund zu entwickeln und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.38 Konzept zur Vergabe der Stipendien ohne Altersbegrenzung (Künstler*innenförderung Bildende Kunst) ab 2020

2330/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Ausschuss Kunst und Kultur und wie Finanzausschuss.

Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Ausschusses für Kunst und Kultur vom 31.08.2020 (Anlage 4) und des Finanzausschusses vom 07.09.2020 (Anlage 5):

*1. Der Rat beschließt die Fortsetzung der Vergabe von 15 Stipendien ohne Altersbegrenzung (Künstler*innenförderung Bildende Kunst) ab 2020 durch das Kulturwerk des Bundesverbandes Bildender Künstler e.V. (Kulturwerk des BBK Köln e.V.), gemäß dem 2019 erarbeiteten*

Konzept Variante A (Vorlagen Nr. 3567/2019) für ein weiteres Jahr.

2. *Weiterhin beschließt der Rat die Erhöhung der Institutionellen Förderung für das Kulturwerk des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler Köln e.V. um 90.000 € zweckgebunden für die Umsetzung des beschlossenen Konzeptes Variante A und für den Zeitraum 2020 bis 2023 (Strukturförderung, vgl. Vorlage 1995/2020).*

   *Die Mittel in Höhe von 90.000 € p.a. für die Vergabe der Stipendien ohne Altersbegrenzung (Künstler*innenförderung Bildende Kunst) stehen durch die finanzneutrale Umschichtung aus den Mitteln „Künstler*innenförderung Bildende Kunst Stipendien ohne Altersbegrenzung“ der Sparte Bildende Kunst zur Verfügung.*

3. *Die weitere Vergabe wird Anfang des kommenden Jahres erörtert.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.39 Abschluss einer öffentlichen-rechtlichen Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Vergabe von Lieferungen und Leistungen zwischen den Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe sowie den Städten Bonn, Leverkusen, Remscheid und Köln

1586/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit den Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe sowie den Städten Bonn, Leverkusen und Remscheid in der als Anlage beigefügten Fassung zu.

Weitere an einer Zusammenarbeit interessierte Verwaltungen erhalten die Möglichkeit, sich der Ausschreibungsgemeinschaft per Beitrittserklärung anzuschließen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.40 Bleiberechtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln

1698/2020

Wortmeldungen? - Frau Hoyer und dann Herr Boyens.

Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, ich mache das von hier aus. Ich weiß nämlich schon, was sehr wahrscheinlich gleich als nächster Beitrag kommen wird. Deswegen ist es mir ganz wichtig, Folgendes zu sagen: Zwar enthalten wir uns heute bei dieser Vorlage. Das heißt aber nicht, dass wir nicht für die Bleiberechtsperspektive wären. Wir sind für die Vorlage und hätten ihr auch zustimmen können. Wir halten das für ein gutes Projekt. Aber wir sind nicht der Meinung, dass der Änderungsantrag, der im Integrationsrat noch beschlossen worden ist, richtig ist. Deswegen werden wir uns heute enthalten.

Wie gesagt, ist aber die Bleiberechtsperspektive für uns in Köln wichtig. Das ist auch ein Anliegen der FDP im Land. Mir ist es wichtig, das deutlich zu machen, weil ich, wie gesagt, schon ahne, was gleich kommen wird. Davon möchte ich mich auch ganz bewusst distanzieren. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Jetzt kommt das, von dem Frau Hoyer ja schon weiß, was es sein wird. Ja, ich habe mich beim Lesen der Überschrift der Beschlussvorlage gefragt, warum Sie eigentlich nicht den Mut hatten, Herr Dr. Rau, uns dort schon zu sagen, dass es sich bei den 1 065 Menschen, um die es hier geht, zu 85

Prozent um Roma aus dem Westbalkan handelt - Roma, die alle schon seit mehr als acht Jahren, zum Teil sogar Jahrzehnte, hier in Köln leben und ausreisepflichtig sind, aber geduldet werden.

Die Vorlage - wer sie gelesen hat, wird das auch wissen - zählt ja auch sehr genau die Schwierigkeiten auf, die diese Menschen haben: fehlende Deutschkenntnisse - nach über acht Jahren in Deutschland wohlgemerkt -, Analphabetismus, notorisches Schuleschwänzen, keine Schulabschlüsse, keine Berufsausbildung und - wen wundert's? - auch kein eigenes Einkommen. Das sind also, wenn man sich das vor Augen führt, allerbeste Voraussetzungen, um sich in einer der Wissensgesellschaften, in einer Hochtechnologienation im Herzen Europas zu integrieren.

Aber es gibt auch Lichtblicke. Als positiv wird in der Vorlage genannt:

Erstens. Das Beratungsangebot wird von den Roma nach anfänglicher Skepsis mittlerweile gut angenommen.

Zweitens. Termine werden zunehmend pünktlich wahrgenommen.

Drittens. Pässe und Unterlagen werden fristgerecht abgegeben. - Bisher hatten nämlich 80 Prozent keine Pässe vorgelegt.

Na, das ist doch prima! Dann steht ja einer erfolgreichen Integration nichts mehr im Weg.

Meine Damen und Herren, wer ernsthaft glaubt, dass wir Roma aus den Westbalkanstaaten, die hier seit über acht Jahren eine traurige Existenz fristen, kaum Deutsch sprechen, häufig keine Schule besuchen und über keine Ausbildung verfügen, hier problemlos integrieren können, der glaubt auch, dass Zitronenfalter Zitronen falten.

Diese Beschlussvorlage ist Scheitern mit Ansage, meine Damen und Herren.

Für dieses Projekt - so die Vorlage aus dem Dezernat Rau - sollen wir hier und heute 430 000 Euro lockermachen. Herr Dr. Rau, ich bezweifle, dass Sie den Sinn und Zweck des Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechtes und der Aufenthaltsbeendigung - das steht ja auch in der Überschrift dieses Gesetzes - richtig verstanden haben. Das Gesetz hat ja durchaus eine sinnvolle Stoßrichtung. Aber ich darf Ihnen einmal mitteilen, was das Bundesinnenministerium dazu gesagt hat. Ich zitiere:

> Angesichts des derzeitigen Flüchtlingszustroms ist es notwendig, dass nicht schutzbedürftige Ausländer ohne Bleibeperspektive zügig in ihre Heimatländer zurückkehren. Dies gilt insbesondere für abgelehnte Asylbewerber aus den Staaten des Westbalkans.

Das Beste kommt jetzt, meine Damen und Herren: Das Dezernat Rau hat bereits mit 741 von diesen 1 065 Menschen sogenannte sozialpädagogische Beratungen geführt, und die Verwaltung will jetzt positive Bleiberechtsentscheidungen treffen - mit der Folge, dass die Roma in die Regelsysteme des SGB II überführt werden können. Das Geniale daran ist, dass die Stadt Köln dadurch pro Person und Jahr 9 000 Euro spart, weil dann nicht mehr Köln, sondern der Bund die Kosten zu zahlen hat.

Herr Dr. Rau, Sie nennen das beschönigend: Bleiberechtsperspektiven für Geduldete schaffen. - Ich sage Ihnen, was das wirklich ist: Das ist ein dauerhafter Griff in die Sozialkassen mit Ansage - mit Ansage.

Wer von der Verwaltung diesen Menschen ernsthaft eine dauerhafte Bleibeperspektive bescheinigt, handelt wider besseres Wissen. Ihr Antrag, Herr Dr. Rau, könnte - könnte - damit letztlich Amtshilfe zur Erschleichung öffentlicher Leistungen sein. Wir gehen davon aus, dass sich sowohl die Kommunalaufsicht als auch der Rechnungsprüfungsausschuss für Ihre Interpretation der Rechtslage interessieren dürften. Gehen Sie davon aus, dass wir mit allen Mitteln gegen diese Beschlussvorlage vorgehen werden.

Ich fordere Sie auf: Ziehen Sie diese unsägliche Vorlage zurück.

> (Beifall bei der AfD - Christian Joisten [SPD]: Wir bitten Sie, das nicht zu tun, Herr Dr. Rau!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte diese unsägliche Rede jetzt überhaupt nicht kommentieren. Allerdings bin ich wirklich sauer über diese Art und Weise, in der man damit umgeht, dass die Stadt Köln mit dieser Beschlussvorlage etwas Gutes erreichen möchte.

Wir hatten das einstimmig beschlossen. Diese Bleiberechtsperspektive gibt es.

Ich meine, wir reden hier über Menschen, und wir reden über eine humanitäre Pflicht, die die Stadt Köln auch umsetzt. Ich bin froh darüber, dass das verstetigt wird, damit Menschen, die in Kettenduldungen sind, hier auch ankommen. Man kann doch nicht davon reden, dass Menschen einfach in die Sozialsysteme gehen. Sie brauchen nun einmal Hilfestellung. Was hier getan wird, ist genau richtig, finde ich. Das ist nämlich Humanität. Ich danke dafür, dass die Stadt Köln das macht.

(Beifall bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich abstimmen, und zwar wie Integrationsrat, wie Sozialausschuss, wie AVR und wie Finanzausschuss, Anlage 6.

Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Der FDP. Dann ist bei zwei Gegenstimmen und Enthaltung der FDP so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Integrationsrates vom 18.08.2020 (Anlage 3), des Ausschusses Soziales und Senioren vom 20.08.2020 (Anlage 4), des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 31.08.2020 (Anlage 5) sowie des Finanzausschusses vom 07.09.2020 (Anlage 6):

1. *Der Rat bekräftigt seinen Beschluss vom 20.03.2018 über die Einrichtung des Projektes und beauftragt die Verwaltung die Aufgabe dauerhaft fort zu führen und jährlich über den Sachstand zu berichten.*

2. *Der Rat beschließt zur dauerhaften Fortführung der Aufgabe, bis zur Vorlage des Konzepts unter Ziff.3. jährlich Aufwandsermächtigungen in Höhe von 256.800€ für Personal sowie 175.000€ für Fördermittel nach Förderprogramm bereit zu stellen.*

3. *Die Verwaltung wird gebeten, zusammen mit den Trägern des Bleiberechtsprojekts bis spätestens Februar 2021 dem Rat ein verbessertes Konzept unter Berücksichtigung der im Schreiben des Runden Tisches für Integration vom 12.08.2020 genannten Bedenken vorzulegen. Sobald das Projekt ausgeweitet wird muss eine Mittelaufstockung erfolgen.*

4. *Die Verwaltung und die Oberbürgermeisterin werden gebeten, darauf hinzuwirken, dass mehr Menschen, die im Status der Duldung leben, in das Projekt aufgenommen werden, z.B. auch Menschen, die weniger als acht Jahre mit einer Duldung in Köln leben.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.41 Einrichtungs- und Mittelfreigabebeschluss für die Neubauten und Sanierungsbauten des Georg-Büchner-Gymnasiums, Ostlandstraße 39, 50858 Köln

1713/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt die Einrichtung der Neubauten und der Sanierungsbauten des Georg-Büchner-Gymnasiums, Ostlandstraße 39, 50858 Köln-Weiden, mit Gesamtkosten in Höhe von rund 5.207.342,00 € brutto (investiver Anteil rd. 1.607.280,00 €, konsumtiver Anteil: rd. 3.600.062,00 €). Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von rund 1.607.280,00 € erfolgt anteilig in Höhe von rd. 798.080,00 € brutto (bei 16 % MwSt.) aus den im Haushaltsjahr 2020 veranschlagten und anteilig in Höhe von rd. 809.200,00 € brutto (bei 19 % MwSt.) aus im Haushaltsjahr 2022 zu veranschlagenden Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben. Die Finanzierung der konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von rund 3.600.062,00 € erfolgt anteilig in Höhe von rd. 1.492.572,00 € brutto (bei 16 % MwSt.) aus den im Haushaltsjahr 2020 veranschlagten und anteilig in Höhe*

von rd. 2.107.490,00 € brutto (bei 19 % MwSt.) aus im Haushaltsjahr 2022 zu veranschlagenden Mitteln des Teilergebnisplans 0301, Schulträgeraufgaben.

2. Der Rat beschließt im Haushaltsjahr 2020 eine erste Mittelfreigabe in Höhe von 798.080,00 € im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben bei Finanzstelle 4013-0301-3-5010 für die Einrichtung der Neubauten des Georg-Büchner-Gymnasiums, Ostlandstraße 39, 50858 Köln-Weiden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.42 Niedrigschwellige Eingliederungshilfe - Aufgabenübertragung von 50, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren zu 53, Gesundheitsamt

2200/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Fortführung der bislang als niedrigschwellige Eingliederungshilfen nach dem 6. Kapitel des Sozialgesetzbuch (SGB) XII vorgehaltenen offenen und niederschwelligen Angebote für Menschen mit Behinderung oder schwerwiegenden Gesundheitsstörungen als Leistungen nach dem Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen (ÖGDG NRW).

Gleichzeitig beschließt der Rat überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen in Höhe von 6.032.804,17 € für das Haushaltsjahr 2020 und in Höhe von 6.334.444,18 € für das Haushaltsjahr 2021 in Teilergebnisplan 0701, Gesundheitsdienste, in Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigeraufwendungen in Teilergebnisplan 0501, Leistungen nach dem SGB XII, in Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen.

Der Rat beschließt weiter, die für die Bearbeitung der niedrigschwelligen Eingliederungshilfen beim Amt für Soziales, Arbeit und Senioren vorgehaltenen Ressourcen (A 11; 24,5 Wochenstunden) zum Gesundheitsamt zu verlagern.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.43 Brunnen- und Beregnungsanlage für die Stadion-Vorwiesen im Sportpark Müngersdorf

2251/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage der vorgelegten Kostenberechnung mit dem Neubau einer Brunnen- und Beregnungsanlage für die Stadion-Vorwiesen im Sportpark Müngersdorf. Die voraussichtlichen Kosten für die Gesamtmaßnahme bei einer Ausführung im Jahre 2020 betragen 1.106.000,- € brutto.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe investiver Auszahlungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2020 in Höhe von 1.076.000,- € im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung /Unterhaltung von Sportstätten, Zeile 08, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5201-0801-3-5171 (Beregnungsanlage Müngersdorf).

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.44 Stärkung der Bildungsarbeit im NS-Dokumentationszentrum

hier: Gebührenfreiheit für Kölner Schülerinnen und Schüler

2258/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt, für Kölner Schulklassen dauerhaft auf die Erhebung von Entgelten für Führungen, Kurse und andere pädagogischen Angebote wie Workshops im NS-Dokumentations-zentrum zu verzichten.*

   Es soll damit ein Anreiz für Kölner Schülerinnen und Schüler geschaffen werden, vermehrt das EL-DE-Haus zu besuchen.

2. *Der Rat nimmt die Höhe der entgangenen Führungs-/Kursentgelte und Entgelte für pädagogische Angebote wie Workshops in Höhe von rd. 50.000 € p.a. zur Kenntnis.*

3. *Der Rat beschließt zum Ausgleich der entgangenen Führungs-/Kursentgelte und Entgelt für pädagogische Angebote sowie Mehraufwendungen für Honorare für die Teamer*innen die Umschichtung der Mittel aus der Kulturförderabgabe („Freier Eintritt in Sonderausstellungen für Schülerinnen und Schüler“) in Höhe von 10.000 € im Haushaltsjahr 2020 und 30.000 € im Haushaltsjahr 2021 aus dem Teilergebnisplan 0401 – Museumsreferat, Teilplanzeile 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen in die Teilergebnispläne 0410 – NS-Dokumentationszentrum und 0411 – Museumsdienst.*

   Diese werden nach Beschlussfassung als überplanmäßiger Aufwand gem. § 83 GO NRW in die Teilergebnispläne 0410 – NS-Dokumentationszentrum, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und 0411 – Museumsdienst, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von jeweils 5.000 € im Haushaltsjahr 2020 und 15.000 € im Haushaltsjahr 2021 umgeschichtet.

   Für das Haushaltsjahr 2022 und Folgejahre wird das Dezernat Kunst und Kultur die erforderlichen Mittel in Höhe von rd. 50.000 € p.a. im Rahmen des Haushaltsaufstellungsprozesses 2022 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets vorsehen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.45 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Vergabe von Planungsleistungen zur Realisierung der Maßnahmenumsetzung „ Mülheimer Süden, Netzelement 4 - Östlicher Ringschluss“ mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen

1896/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stellt den grundsätzlichen Bedarf für die Vergabe von externen Ingenieur- und Dienstleistungen für die Planung der Maßnahme Mülheimer Süden, Netzelement 4 - Östlicher Ringschluss mit Gesamtkosten in Höhe von 4.183.600 € brutto (3.515.600 € netto) fest.

1. *Zur Vorbereitung und Durchführung der Vergabe von Generalplanungsleistungen, der Verkehrsuntersuchungen und des Bodengutachtens/Schadstoffanalyse wird ein technisches Büro beauftragt. Des Weiteren werden Dienstleistungen für Fachbeiträge und Gutachten sowie Hilfs- und Unterstützungsdienstleistungen beauftragt. Für die Maßnahme Mülheimer Süden, Netzelement 4 - Östlicher Ringschluss werden Generalplanungsleistungen von den Leistungsphasen 1 bis 9 HOAI stufenweise vergeben. In der ersten Stufe werden die Leistungsphasen 1 bis 4 (Genehmigungsplanung) beauftragt.*

2. *Gleichzeitig beschließt der Rat der Stadt Köln die erstmalige Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 500.000 € im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6601-1201-9-8620, Erschließung Mülheimer Süden Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.46 Neubau der städtischen Sporthalle Herler Ring („Blaue Halle"), Köln-Buchheim unter Einbeziehung der dortigen Kindertagesstätte sowie der Schulhofsituation der benachbarten GGS An St. Theresia.

- Planungsbeschluss -

1948/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung und Kostenermittlung für den Neubau und die Neukonzeption der Sporthalle Herler Ring („Blaue Halle"), Köln-Buchheim, und bittet in dem Zusammenhang zu prüfen, wie die angrenzende Kindertagesstätte in den Hallenneubau integriert werden kann sowie der Schulhof der GGS

„An St. Theresia" in die Konzeption aufgenommen werden kann.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 1.000.000 € für die Planung des Neubaus der städtischen Sporthalle Herler Ring im Teilfinanzplan 0801 – Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Teilfinanzplanzeile 08 – Auszahlungen für Baumaßnahmen bei der Finanzstelle 5201-0801-9-5199 (Generalsanierung Sporthalle Herler Ring).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.47 Erstellung eines Erweiterungsbaus für das Schulgebäude Overbeckstr. 71-73, 50823 Köln-Neuehrenfeld

Baubeschluss

0298/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt den Entwurf sowie die Kostenberechnung und stellt den Bedarf für den Erweiterungsbau des Schulgebäudes Overbeckstr. 71 – 73, 50823 Köln-Neuehrenfeld mit Gesamtkosten in Höhe von brutto rund 3,4 Mio. € (einschließlich rund 79.800 € für die Ausstattung und Einrichtung) fest.

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Submission, Baudurchführung und Einrichtung.

Zudem genehmigt der Rat einen Risikozuschlag von 10 % bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtbaukosten gem. Kostenberechnung. Dies entspricht einem Betrag von 331.949,12 €. Durch den Baubeschluss wird jedoch lediglich das Maßnahmenbudget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verfügen.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises. Es werden Planungskostenerlöse von rund 270.000 € für den städtischen Haushalt generiert, da dieser Betrag im Rahmen der Planungsphase als Honorarkosten geltend gemacht wurden. Der Ertrag für den Planungskostenerlös ist in den Haushaltsjahren 2020 und 2021 jeweils zu 50 % im Teilergebnisplan 0301, Schulträger-aufgaben, gutzuschreiben.

Auf Basis des derzeitigen Flächenverrechnungspreises ergäbe sich eine jährliche Spartenmiete inkl. Reinigungskosten und sonstiger Nebenkosten in Höhe von rund 77.000 €, die voraussichtlich ab dem Haushaltsjahr 2024 aus zu veranschlagenden Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben finanziert wird. Die konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 40.700 € sind im Haushaltsjahr 2023 im

Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben zu veranschlagen. Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von rund 39.100 € erfolgt zum Haushaltsjahr 2023 aus zu veranschlagenden Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.48 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Neubaus für eine dreizügige Grundschule mit einer 1-fach Turnhalle am Standort Antwerpener Straße 19-29, 50672 Köln

Planungsbeschluss

1565/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI):

zur Errichtung eines neuen Schulgebäudes für eine 3-zügige Grundschule inklusive einer Hausmeisterdienstwohnung sowie einer 1-fachTurnhalle für die Gemeinschaftsgrundschule Antwerpener Straße 19-29, 50672 Köln-Neustadt/-Nord.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung und Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben.

Der Planung ist die in der Anlage aufgeführte Raumliste zu Grunde zu legen (Anlage 1).

Die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI belaufen sich nach vorläufiger Kosten-schätzung auf rund 1.130.000 €.

Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Planungskosten in Höhe von rd. 335.000 € sind im Haushaltsjahr 2021 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben veranschlagt und in Höhe von rd. 795.000 € im Haushaltsjahr 2022 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.49 Fachraumerneuerung für die Mikrobiologielaborräume im Berufskolleg Kartäuserwall (BK16), Kartäuserwall 30, 50676 Köln

Baubeschluss

1950/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Fachraumerneuerung der Mikrobiologieräume in der oberen Etage im D-Trakt für die Schule Berufskolleg Kartäuserwall, Kartäuserwall 30, 50676 Köln mit Gesamtkosten in Höhe von rund 1,74 Mio. € (s. Anlage 1). Die Fachraumerneuerung umfasst bauliche Maßnahmen in Höhe von rund 1,3 Mio. € und Ausstattung und die Einrichtungen in Höhe von rund 440.000 €.

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Submission, Baudurchführung und der Fachraumeinrichtung.

Ein Risikozuschlag in Höhe von rund 130.000 €, etwa 10 Prozent der ursprünglich vorgesehenen Baukosten in Höhe von 1,3 Mio. €, wird mit genehmigt. Die Mittel dürfen nicht unmittelbar verwendet werden, sondern nur nach Mitteilung im Ausschuss für Schule und Weiterbildung.

Die Finanzierung der Baumaßnahme in Höhe von rund 1,3 Mio. € erfolgt aus veranschlagten Mitteln im Haushaltsjahr 2021 in Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben.

Die Finanzierung der konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 43.500 € erfolgt im Haushaltsjahr 2022 aus im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, zu veranschlagenden Mitteln. Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von rund

396.500 € erfolgt im Haushaltsjahr 2022 aus zusätzlich zu veranschlagenden Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.50 Vergabe der Konzeptionsförderung in der Sparte Tanz, Haushaltsjahre 2021-2024

2276/2020

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Ausschuss Kunst und Kultur und wie Finanzausschuss, Anlage 3.

Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Die Vorlage unter TOP 10.51 ist zurückgestellt.

Beschluss in der Fassung des Ausschusses für Kunst und Kultur vom 31.08.2020 (Anlage 2) und des Finanzausschusses vom 07.09.2020 (Anlage 3):

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt geändert zu beschließen:

Der Rat beschließt im Vorgriff auf die Verabschiedung des neuen Tanzförderkonzeptes und vorbehaltlich des Vorliegens der haushaltsrechtlichen Bedingungen – im Teilplan 0416 - Kulturförderung in der Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen für den Zeitraum vom 01. Januar 2021 bis 31. Dezember 2024 nachfolgende Zuschüsse zur Konzeptionsförderung (Institutionelle Förderung) in Höhe von insgesamt 335.000 Euro pro Jahr für folgende Kompanien bzw. Spielorte zu gewährleisten:

- *Barnes Crossing e. V. mit 60.000,- €*
- *ehrenfeldstudios e. V. mit 85.000,- €*
- *Emanuele Soavi incompany GbR mit 35.000,- €*
- *MOUVOIR e. V. mit 35.000,- €*
- *TanzFaktur U.G. mit 120.000,- €*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.52 Erweiterter Planungsbeschluss für die Nachrüstung von zwei Zugangstreppen an der Stadtbahnhaltestelle Hans-Böckler-Platz im Rahmen der Brandschutzsanierung

3493/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie BV 1, Anlage 5.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung der Dringlichkeitsentscheidung der Bezirksvertretung 1 (Innenstadt) vom 09.09.2020 (Anlage 5 - 2774/2020):

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung von 2 zusätzlichen Treppenanlagen an der Haltestelle Hans-Böckler-Platz mit Kosten von 1.300.000 €.

Gleichzeitig beschließt der Rat die erstmalige Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplanes 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – i. H. v. 1.100.000 € bei Finanzstelle 6903-1202-1-0120, Brandschutz Hans-Böckler-Platz, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen, für das Haushaltsjahr 2021.

Vorlaufend zur Realisierung der Treppenaufgänge soll ein Gesamtkonzept zur konsistenten Führung des Radverkehrs sowie der Neuordnung des öffentlichen Raums auf der Venloer Straße von der Brüsseler Straße bis zum Venloer Wall in Rücksprache mit den Rad- und Umweltverbänden zur Beschlussfassung vorgelegt und umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.53 Ersatzbeschaffung von acht Teleskoparbeitsbühnen auf LKW-Fahrgestellen für die Baumpflege

1256/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt den Bedarf für die geplante Beschaffungsmaßnahme fest und stimmt der Einleitung des Vergabeverfahrens zu.

Der Rat beschließt die Freigabe einer Auszahlungsermächtigung für das Jahr 2021 in Höhe von 2.130.100,- € im Teilfinanzplan 1301 / Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 9 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei der Finanzstelle 6700-1301-0-0100 / Beschaffungen KFZ, Hpl. 2020/2021.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.54 Corona-Pandemie: Fortführung des Notfallfonds Struktursicherung Livemusikstätten

2703/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln bestätigt den Beschluss des Wirtschaftsausschusses vom 16.06.2020 zur Fortführung struktursichernder Unterstützungsmaßnahmen der durch die Corona-Pandemie betroffenen Livemusikspielstätten (Vorlage Nummer AN/0824/2020).

Gleichzeitig beschließt der Rat die hierfür erforderlichen überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 600.000 € im Teilergebnisplan 1501, Wirtschaft und Tourismus, in Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, im Haushaltsjahr 2020. Die Deckung erfolgt in gleicher Höhe durch Mehrerträge im Teilergebnisplan 1501, Wirtschaft und Tourismus, in der Teilplanzeile 06, Kostenerstattungen und Umlagen, ebenfalls im Haushaltsjahr 2020.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 225. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 9, Köln-Mülheim

Arbeitstitel: Sigwinstraße in Köln-Höhenhaus

2216/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat

1. beschließt über die während der frühzeitigen Beteiligung und der Offenlage zur 225. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) mit dem Arbeitstitel „Sigwinstraße in Köln-Höhenhaus“ eingegangenen Stellungnahmen gemäß der Anlagen 5 und 6 und stellt fest, dass gegen die 225. Änderung des FNPs von den Trägern öffentlicher Belange sowie aus der Öffentlichkeit keine FNP-relevanten Anregungen vorgebracht wurden;

2. stellt die 225. Änderung des FNPs mit dem Arbeitstitel „Sigwinstraße in Köln-Höhenhaus“ mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch als Anlage 4 beigefügten Begründung fest.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Vorlage unter TOP 11.2 ist zurückgezogen.

Ich komme zu:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

12.1 Beschluss über Erweiterung des Geltungsbereiches, Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 74407/02

Arbeitstitel: Hohenstaufenstraße/Steinstraße in Köln-Porz-Gremberghoven

1870/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. die Erweiterung des Geltungsbereiches um das Grundstück im Bereich Hohenstaufenstraße / Steinstraße, Gemarkung Ensen, Flur 3, Flurstück 256, da in diesem Bereich die Planung eines Regenrückhaltebecken nicht mehr vorgesehen ist und Wohnungsbau realisiert wird.

2. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 74407/02 für das Gebiet zwischen der Steinstraße, Cimbernstraße und der Hohenstaufenstraße—Arbeitstitel: Hohenstaufenstraße / Steinstraße in Köln – Porz-Gremberghoven— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 5;

3. den Bebauungsplan 74407/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1 722) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 72498/02

Arbeitstitel: Sigwinstraße in Köln-Höhenhaus

2051/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 72498/02 für das Gebiet nördlich der Sigwinstraße, Gemarkung Wichheim-Schweinheim, Flur 9, Flurstück 5500 (zwischen den Häusern Sigwinstraße 105 und 107)—Arbeitstitel: Sigwinstraße in Köln-Höhenhaus — abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlagen 2 - 6;

2. den Bebauungsplan 72498/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 59570/06

Arbeitstitel: Further Straße/Gilleshof in Köln-Roggendorf/Thenhoven

2084/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 59570/06 für das Gebiet Gemarkung Worringen, Flur 41, beginnend an der Verlängerung der Einmündung des Flurstückes 839 auf das Flurstück 46 entlang dem nördlichen sowie dem östlichen Verlauf des Flurstückes 46, unter Einbeziehung des Flurstückes 891 sowie im Straßenüberquerungsbereich des Flurstückes 152, dem östlichen Verlauf der Flurstücke 860, 49 und 158 folgend, dem südlichen Verlauf des Flurstückes 158 folgend bis zur Further Straße, der östlichen Grenze der Further Straße auf eine Länge von ca. 85 Meter folgend, in einem Abstand von 45 Metern parallel zur westlichen Denkmalgrenze Gilleshof für 55 Meter nach Nordosten, Verlängerung auf die südliche Flurstücksgrenze "Am Hackenbroicher Weg" —Arbeitstitel: Further Straße / Gilleshof in Köln-Roggendorf/Thenhoven — abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;

2. den Bebauungsplan 59570/06 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.4 Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nummer 58480/03

Arbeitstitel: Widdersdorf Süd (neu) in Köln-Widdersdorf, 1. Änderung Tillmannsdörfchen

1240/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 58480/03 für das Gebiet des Tillmannsviertels im Bereich des Neubaugebietes Widdersdorf Süd, westlich der Straße Neue Sandkaul und nördlich der Haupterschließungsstraße Unter Linden, betreffend die Grundstücke Zum Tillmeshof mit den geraden Nummern 16 – 80 sowie die Grundstücke Unter Linden 202, 206 und 210 in Köln-Widdersdorf – Arbeitstitel: Widdersdorf Süd (neu) in Köln-Widdersdorf, 1. Änderung Tillmannsdörfchen– nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1 722) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) –in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung– als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.5 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 58463/03

Arbeitstitel: Am Nachtigallental in Köln-Weiden

2267/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 58463/03 für das ca. 50 m x 35 m große Gebiet der Flurstücke 1854 und teilweise 1037 der Flur 15 in der Gemarkung Lövenich, westlich des bebauten Grundstücks Moltkestraße 67–69, nördlich der Straße Am Nachtigallental und südlich der Bahnstrecke Köln-Aachen in Köln-Weiden —Arbeitstitel: Am Nachtigallental in Köln-Weiden — abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 4;*

2. *den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 58463/03 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13 b BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.6 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nummer 7053/02

Arbeitstitel: Kurtekottener Straße in Köln Flittard

1984/2020

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1236/2020

Wortmeldungen? - Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will es kurz machen. Im Stadtentwicklungsausschuss hat Herr Soénius, sachkundiger Einwohner der CDU-Fraktion und seines Zeichens Geschäftsführer bei der Industrie- und Handelskammer, eine flammende Rede gegen diesen Bebauungsplan gehalten. Sonst reden wir über heranrückende Wohnbebauung. Er machte sich hier Sorgen um die Entwicklungsmöglichkeiten im Chempark aufgrund der Nutzung der Sporteinrichtung.

Dann gab es eine Replik vonseiten der Verwaltung, die etwas merkwürdig war, weil gesagt wurde: Wieso denn? Die Kinder, die dort Sport treiben, sind doch gar nicht in Gefahr, wenn in dem Chempark etwas passiert; wir haben ja Schutzräume für sie eingerichtet, in denen sie dann in Sicherheit gebracht werden können. - Da haben wir uns alle ein bisschen betroffen angeguckt. Das war ja eigentlich gar nicht die Frage. Aber so hat sich die Verwaltung dort eingelassen.

Wir haben jetzt einen Änderungsantrag gestellt. In Leverkusen ist untersucht worden, inwieweit der Chempark die Stadtentwicklung hemmt. Wir würden diese Untersuchung gerne auch auf dem Kölner Gebiet, also in der Umgebung des Mülheimer Teils, entsprechend durchführen lassen, um dann Planungssicherheit zu haben. Ich weiß natürlich, dass der Bebauungsplan schon zig Jahre läuft, glaube aber, dass es hier nur um die Legalisierung dieser Sportnutzung geht, also nicht um irgendein Bauprojekt oder so etwas. Deswegen macht es meines Erachtens Sinn, diese Untersuchung vorweg durchzuführen, um dann möglicherweise den Bebauungsplan zu beschließen oder zu verwerfen. Das müssen wir dann entscheiden.

Aber wenn die Verwaltung ja bereits sieht, dass möglicherweise nicht, wie von Herrn Soénius gemeint, von dem Sportplatz eine Gefahr für den Chempark ausgeht, sondern von dem Chempark vielleicht auch eine Gefahr für den Sportplatz ausgeht, müsste das schon untersucht werden, denke ich. Daher hoffen wir, dass wir heute hier eine Mehrheit für unseren Änderungsantrag finden. - Herzlichen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Sehr geehrter Herr Sterck, ich habe ja auch die Bedenken, die Herr Dr. Soénius formuliert hat, vorgetragen. Allerdings haben wir uns in der Zwischenzeit noch einmal informiert. Wir haben mit den Betreibern des Chemparks gesprochen; wir haben mit Currenta gesprochen. Ich kann Ihnen nur sagen: Von dort kam eine ganz klare Entwarnung. Sie waren frühzeitig von unserer Verwaltung in die entsprechenden Planvorhaben einbezogen. Die Jugendmannschaften von Bayer Leverkusen trainieren ja heute schon auf diesen Sportplätzen. Sie haben durchaus großes Interesse daran, dass es da vorangeht und dass das planungsrechtlich gesichert wird.

Insofern müssen wir uns, glaube ich, Herr Sterck, jetzt keine Gedanken machen, dass unsere Großindustrie sich da nicht abstimmt und mit unserer Verwaltung nicht im Gespräch ist. Das ist sehr wohl der Fall.

Vielleicht kann Herr Greitemann auch noch etwas dazu sagen und das, was ich gerade dargestellt habe, noch einmal bestätigen. - Vielen Dank.

Insofern: Wenn Sie den Antrag aufrechterhalten, Herr Sterck, obwohl die Verwaltung das hier vielleicht aufklären kann, werden wir ihn auf jeden Fall ablehnen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann gebe ich Herrn Greitemann gerne das Wort.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Sterck! Herr Frenzel! Herr Frenzel, Sie haben im Grunde genommen schon das vorweggenommen, was ich auch gesagt hätte.

Vielleicht zur Erhellung: Im Stadtentwicklungsausschuss hat die Mitarbeiterin natürlich insbesondere die Jugendspieler im Blick gehabt. Das ist im Bereich der Stadtentwicklung und bei bestimmten Persönlichkeiten ganz normal.

Ich als Wirtschaftsdezernent habe selbstverständlich definitiv auch im Blick, dass die Industrie vor heranrückenden Nutzungen, die eventuell Nutzungseinschränkungen herbeiführen würden, geschützt wird.

Wir haben einen sehr intensiven Prozess durchlaufen. Ich habe mir auch selber noch einmal die Akten angeschaut. Wir haben die Abwägungen bezüglich der Offenlagen noch einmal durchgesehen. Ich kann nur bestätigen: Currenta sieht keinerlei Probleme darin. Selbst in Leverkusen, wo ein ähnliches Verfahren durchlaufen wird, hat man ähnlich positiv reagiert.

Unbenommen dessen werden wir Ihren Antrag als Auftrag mitnehmen, das noch einmal in die Zukunft gerichtet für weitere Maßnahmen vertiefend zu prüfen und diese Gutachten für weitere Maßnahmen, insbesondere auch im Chempark, zugrunde zu legen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck, würden Sie kurz replizieren? Möchten Sie den Änderungsantrag aufrechterhalten?

> (Ralph Sterck [FDP]: Ja, das machen wir schon, weil das jetzt auch mit der IHK so abgestimmt ist! Aber ich finde die Aussagen von Herrn Greitemann auch nachvollziehbar!)

- Okay. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der FDP abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich die FDP-Fraktion. Dann ist die Vorlage so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag
Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Änderung der Beschlussvorlage:

Punkt 1 und 2 der Vorlage werden wie folgt ersetzt:

Der Rat beschließt, das vorhandene Leverkusener Seveso-II-Gutachten auf die Chemiestandorte des Teiles des Stadtbezirkes 9 erweitern zu lassen, der nördlich des Mülheimer Zubringers liegt, um ein konsistentes Bild der zukünftig möglichen Nutzungen rund um den ChemPark Leverkusen/Flittard, rund um den Bereich Schönrather Strasse/Buchholzstrasse/Im Winkel und an der Grenze zu Dünnwald zu erhalten.

Das Gutachten soll zusätzlich über das Leverkusener Gutachten hinaus klären, wo innerhalb der genannten GE/GI-Gebiete auf Kölner Stadtgebiet noch mit welchen Mengen an Gefahrstoffen vor dem Hintergrund der bestehenden Kölner Wohn- und Freizeitnutzungen umgegangen werden darf. Dabei soll zwischen Nutzungen mit Bestandsschutz und möglichen neuen Nutzungen unterschieden werden.

Über eine Erweiterung auf den gesamten Stadtbezirk 9 und ggf. weitere Teile des Stadtgebietes wird zu einem späteren Zeitpunkt auf Basis der Erfahrungen mit diesem ersten Seveso-Gutachten für Köln entschieden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion abgelehnt.

II. Abstimmung über die Vorlage Beschluss:

Der Rat beschließt,

1. über die zum Entwurf betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nummer 7053/02 für das Gebiet östlich der Bahnstrecke Köln-Düsseldorf, westlich der Reit- und Golfanlage Flittard, sowie südlich der Otto-Bayer-Straße und nördlich der Straße Grüner Kuhweg — Arbeitstitel: Kurtekottener Straße in Köln Flittard — eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlage 4,

2. die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nummer 7053/02 nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1 722) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) — in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung — als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu:

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Rodenkirchen

Arbeitstitel: Auenviertel in Köln-Rodenkirchen

2176/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln Rodenkirchen –Arbeitstitel: Auenviertel in Köln-Rodenkirchen– für das Gebiet zwischen der Weißer Straße, der Grimmelshausener Straße, dem Auenweg und der Grüngürtelstraße (hier auch die südlich gelegene Bebauung) in Köln-Sürth in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

17 Wahlen

17.1 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln

2526/2020

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt Herrn Steven Adam für die Selbsthilfegruppen (bisher Frau Yvonne Oertel) zum Mitglied der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen.

Die Bestellung von Frau Oertel wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

18.1 Kölner Renn-Verein 1897 e. V.

Zuschuss zum Erhalt der denkmalgeschützten Anlage der Pferderennbahn Köln, Scheibenstr., Köln-Weidenpesch

0804/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss des Hauptausschusses:

Der Hauptausschuss beschließt die Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 300.000 € an den Kölner Renn-Verein 1897 e. V. zum Erhalt und Instandsetzung der denkmalgeschützten Aufbauten inkl. der ebenfalls unter Denkmalschutz stehenden Grünflächen der Pferderennbahn Köln in Köln-Weidenpesch, Scheibenstr./Rennbahnstr.

Entsprechende Aufwandsermächtigungen werden innerhalb des Teilergebnisplans 0801, Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten finanziert und bei Teilplanzeile 15 Transferaufwendungen, Hj. 2020 bereitgestellt.

Beschluss des Rates:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 5 GO NW vorstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.2 Stärkung der Demokratie durch aktive Bewerbung der Wahlen in Köln

1602/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss des Hauptausschusses:

Der Hauptausschuss nimmt den Antrag des Integrationsrates und das diesbezügliche Prüfungsergebnis der Verwaltung zur Kenntnis.

Er bittet die Verwaltung auch wegen der Kürze der Zeit, die anstehenden Wahlen in der von ihr beschriebenen Form zu bewerben und zu begleiten.

Beschluss des Rates:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 5 GO NW vorstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.3 Coronabedingte Auswirkungen auf die Unterbringungssituation der Geflüchteten

1628/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss des Hauptausschusses:

Der Hauptausschuss nimmt die Anregung des Integrationsrates vom 26.05.2020 zur Kenntnis.

Ebenfalls nimmt er

1. die gängige Praxis, dass vom Robert-Koch-Institut definierte Risikogruppen sowie vulnerable Personen, die in Gemeinschaftsunterkünften leben, in Köln bereits adäquat untergebracht werden, und

2. dass die Verwaltung gemeinsam mit dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen das Konzept zu Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten aus dem Jahr 2004 überprüft und bei Bedarf unter rechtlichen, haushaltsbedingten, medizinischen, lokalen und integrativen Aspekten weiterentwickelt,

zur Kenntnis.

Beschluss des Rates:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 5 GO NW vorstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.4 Fortsetzung der Projekte ALVENI links und rechts vom Rhein zur Verbesserung der Lebenssituation von neuzugewanderten Unionsbürger/-innen, darunter Eltern mit ihren Kindern im Vorschulalter bis zu 7 Jahren im Rahmen des EHAP

1719/2020

Da habe ich Ihnen mitzuteilen, dass die Förderung durch den Bund leider nicht erfolgt ist. Ich schlage also vor, dass die Dringlichkeitsentscheidung aufgehoben wird.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat hebt folgende Dringlichkeitsentscheidung vom 01.07.2020 auf: Wir beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, gemäß des Aufrufes des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) vom 29.05.2020, die Verlängerung der EHAP-Projekte ALVENI links und rechts vom Rhein für den Zeitraum 01.01.2021 bis 30.06.2022 zu beantragen.

2. Die Verwaltung wird mit der weiteren Durchführung (Gesamtprojektkoordination/ Wahrnehmung der unmittelbaren projektbezogenen Verwaltungstätigkeiten) der Projekte ALVENI links und rechts vom Rhein unter dem Vorbehalt der Förderung der Projekte aus EU-Mitteln (EHAP) sowie aus Mitteln des BMAS beauftragt.

Das Finanzierungsvolumen für Personal- und anteilige Sachaufwendungen beträgt für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 insgesamt 1.402.250,30 € (2021: 904.285,08 €/ 2022: 497.965,22 €). Das BMAS gewährt eine Förderung von 95% zu den zuwendungsfähigen Gesamtkosten, was einem Betrag für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 von 1.146.386,57 € entspricht (2021: 763.296,81 €/ 2022: 383.089,76 €). Die zweckgebundenen Mehrerträge werden im Rahmen der Bewirtschaftung als zusätzliche Aufwandsermächtigung zur Verfügung gestellt.

Die Finanzierung des städtischen Kofinanzierungsanteils i. H. v. 5% (bezogen auf das förderfähige Antragsvolumen) zur Projektverlängerung der beiden EHAP-Projekte ALVENI links bzw. rechts vom Rhein beträgt für den Zeitraum 01.01.2021 bis 30.06.2022 insgesamt 60.336,13 €.

- *Im Haushaltsjahr 2021 erfolgt die Deckung des städtischen Eigenanteils i. H. v. 40.173,51 € durch eine Mittelumschichtung innerhalb des Teilergebnisplans 0504 – Freiwillige Soziale Leistungen und Diversity. Die Mittelumschichtung erfolgt von Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und Teilplanzeile 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen in die Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen. Darüber hinaus erfolgt auch eine Mittelumschichtung innerhalb der Teilplanzeile 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen.*

- *Im Haushaltsjahr 2022 beträgt der städtische Eigenanteil 20.162,62 €. Dezernat OB wird im Rahmen des Haushaltsaufstellungsprozesses 2022 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel vorsehen.*

Zur Fortführung der Aufgabe werden eine 1,0 Stelle Projektleitung in der Bewertung A 12 LBesG NRW (Stellen ID: 50117776, 50114690) sowie eine 1,0 Stelle unmittelbare projektbezogene Verwaltungstätigkeit in der Bewertung E 9a TVöD bzw. A 9 LBesG NRW (Stellen ID: 50156842) benötigt. Die befristeten Stellenanteile werden bis zum Abschluss der Projekte bereitgestellt. Die Aufwendungen sind im Teilergebnisplan 0504- Freiwillige Soziale Leistungen und Diversity, bei Teilplanzeile 11-

Personalaufwendungen bei der Haushaltsplananmeldung 2022 zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Da die Stadt Köln bei der Verteilung der Förderrestmittel nicht bedacht wurde, ist die Dringlichkeitsentscheidung obsolet.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.5 Annahme einer Schenkung von 35 Pflanzkübeln der Kölner Grün Stiftung

1911/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss des Hauptausschusses:

Der Hauptausschuss nimmt gemäß § 60 Abs. 1 S. 1 GO NRW die großzügige Schenkung über 35 Pflanzkübel der Kölner Grün Stiftung dankend an. Die Aufstellung dieser Pflanzkübel ist eine Maßnahme der ersten Stufe zur Realisierung des Verkehrsführungskonzeptes im Bereich der Altstadt.

Beschluss des Rates:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 5 GO NW vorstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.6 Strukturerhaltende Maßnahme zur Sicherung der Bürgerzentren/-häuser in freier Trägerschaft

1934/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss des Hauptausschusses:

Der Hauptausschuss beschließt gem. § 83 GO NRW zur Struktursicherung der Bürgerzentren/-häuser in freier Trägerschaft überplanmäßige Aufwendungen bzw. Ausgaben in Höhe von 750.000 € im Teilergebnisplan 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern/-zentren, in Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen. Mit der Erhöhung der Ermächtigung werden die durch die Corona-Krise bedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben der Einrichtungen kompensiert. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen/-aufwendungen im Teilergebnisplan 0101, Politische Gremien, Verwaltungsführung und internationale Angelegenheiten, in Teilplanzeile 16, Sonstige ordentliche Aufwendungen.

Die Verteilung der Mehraufwendungen auf die einzelnen Bürgerzentren/-häuser erfolgt entsprechend der beigefügten Anlage. Eventuelle Veränderungen des Zuschussbedarfs bis zu 10% des jeweils prognostizierten Defizits können innerhalb des Gesamtbudgets von der Verwaltung ohne erneute Beschlussfassung vorgenommen werden.

Beschluss des Rates:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 5 GO NW vorstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.7 Erstattung von Elternbeiträgen wegen des eingeschränkten Regelbetriebes an den Offenen Ganztagsschulen aufgrund von COVID-19 für Juni und Juli 2020

1946/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss des Hauptausschusses:

Der Hauptausschuss beschließt, dass den Eltern für die Monate Juni und Juli 2020 die

Elternbeiträge für die Offene Ganztagsschule erstattet werden.

Beschluss des Rates:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 5 GO NW vorstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.8 Mediengründerzentrum NRW MGZ GmbH, hier Veräußerung von Anteilen

2080/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt folgende Dringlichkeitsentscheidung:

Der Rat der Stadt Köln stimmt – vorbehaltlich der Nichtbeanstandung durch die Kommunalaufsicht – dem Verkauf eines 24,9 %-igen Geschäftsanteils der Stadt Köln am Stammkapital der Mediengründerzentrum NRW MGZ GmbH an den Mitgesellschafter Film- und Medienstiftung NRW GmbH zu. Die von der Stadt gehaltenen Anteile am Stammkapital reduzieren sich damit von 50 % auf 25,1 %. Der Rat ermächtigt die Vertreterin oder den Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Mediengründerzentrum NRW MGZ GmbH, alle zur Umsetzung des Ratsbeschlusses notwendigen Erklärungen abzugeben und Rechtshandlungen vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Damit haben wir das Ende des öffentlichen Teils erreicht und stellen jetzt die Nichtöffentlichkeit her.

(Schluss: 23.33 Uhr)

1. Sitzung vom 5. November 2020

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Niederschrift und Übertragung der Ratssitzungen,

hier: Bestellung der Schriftführung, Liveübertragung und Berichterstattung aus den Sitzungen

1265/2020

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

AN/1256/2020

2 Bestimmung der Stimmzählerinnen bzw. Stimmzähler gemäß § 11 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3 Amtseinführung der Oberbürgermeisterin durch den Altersvorsitzenden gemäß § 65 Absatz 3 GO NRW und § 46 LBG NRW

4 Einführung und Verpflichtung der Ratsmitglieder

5 Festlegung der Zahl der ehrenamtlichen Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter der Oberbürgermeisterin

1266/2020

6 Wahl der Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter der Oberbürgermeisterin gemäß § 67 Absatz 1 und § 2 GO NRW

1268/2020

7 Einführung und Verpflichtung der Bürgermeister bzw. der Bürgermeisterinnen durch die Oberbürgermeisterin gemäß § 67 Absatz 3 GO NRW und § 5 Absatz 1 der Hauptsatzung der Stadt Köln

8 Bildung der Fachausschüsse

8.1 Festlegung der Anzahl und Bezeichnung der Ausschüsse (für Hauptausschuss und Wahlprüfungsausschuss)

1275/2020

8.2 Festlegung der Anzahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder (für Hauptausschuss und Wahlprüfungsausschuss)

1485/2020

8.3 Festlegung der Vertretungsregelung in den Ausschüsse

1486/2020

8.4 Festlegung der Anzahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner in den Ausschüssen

1648/2020

zurückgestellt

8.5 Festlegung der Anzahl der Ausschüsse für fraktionslose Ratsmitglieder gemäß § 58 Absatz 1 Satz 11 und 12 GO NRW

(für Hauptausschuss und Wahlprüfungsausschuss)

2002/2020

8.6 Festlegung der Anzahl der Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter der bzw. des Ausschussvorsitzenden

(für Wahlprüfungsausschuss)

2015/2020

8.7 Zuteilung der Ausschussvorsitze und der stellvertretenden Ausschussvorsitze (für Wahlprüfungsausschuss)

2017/2020

8.8 Bildung eines Wahlprüfungsausschusses für die Kommunal- und Integrationsratswahl 2020

2963/2020

8.9 Wahl und Bestellung der Mitglieder des Hauptausschusses

I. Stimmberechtigte Mitglieder

II. Beratende Mitglieder gemäß § 58 Absatz 1 Sätze 7-10

Gemeindeordnung NRW

3128/2020

9 Ehrenkodex und Leitfaden für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zum Umgang mit mandatsbezogenen Vorteilen

2976/2020

10 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW

10.1 Verwendung von Restmitteln aus dem Haushaltsjahr 2020 für Digitalisierungsbeschaffungen bei den Interkulturellen Zentren

2715/2020

10.2 Vierte Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2020

2888/2020

10.3 Förderprogramm "Nationale Projekte des Stadtbaus 2021" Unterstützungsbeschluss zur Teilnahme am Förderaufruf des Bundesministeriums des Innern für Bau und Heimat

2917/2020

11 Vorlagen zur Vermeidung von Dringlichkeitsentscheidungen

12 Weitere Vorgänge

13 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, FDP und Volt betreffend "Neustrukturierung der Fraktionszuwendungen"

AN/1257/2020

Anwesend waren:

Vorsitzende
Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder
Abé, Denise; Achtelik, Christian; Aengenvoort, Constanze; Akude, John, Dr.; Bauer-Dahm, Daniel; Benthem van, Henk; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brock-Storms, Claudia; Bülow von, Brigitta, Bürgermeisterin; Büschges, Matthias; Cremer, Christer; De Bellis-Olinger, Teresa; Derichsweiler, Max; Detjen, Jörg; Dickas, Birgit Beate; Elster, Ralph, Bürgermeister Dr.; Erkelenz, Martin; Frebel, Polina; Gabrysch, Nicolin; Gärtner, Ursula; Giesen, Manfred; Glashagen, Jennifer; Görzel, Volker; Haeming, Eric; Hammer, Lino; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Helmis, Maria; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Hock, Michael; Hölzing-Clasen, Bärbel; Homann, Mike, Bezirksbürgermeister; Hoyer, Katja; Jäger, Christiane; Jeschka, Manuel; Joisten, Christian; Karadag, Derya; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klemm, Ralf; Kockerbeck, Heiner; Krupp, Gerrit, Dr.; Lorenz, Lukas; Lutz, David, Dr.; Martin, Christiane; Marx, Werner; Michalak, Mario; Michel, Dirk; Niknamtavin, Sarah; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pütz, Pascal; Recktenwald, Viola; Richter, Manfred; Röhrig, Ursula; Roß-Belkner, Monika; Rudolph, Floris; Ruffen, Stefanie; Schallehn, Robert; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schlömer, Ursula; Schneeloch, Sandra; Scho-Antwerpes, Elfi; Schwanitz, Hans; Seeck, Oliver; Seiger, Christine; Sommer, Ira; Spehl, Felix; Steinmann, Lisa; Sterck, Ralph; Syndicus, Karina Margareta; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf, Dr.; Venturini, Isabella; Wahlen, Lars; Weber, Florian; Weisenstein, Michael; Welter, Thomas; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yazicioglu, Dilan; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeister
Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung
Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Blome, Andrea, Beigeordnete; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete; Vogel, Alexander;

Schriftführerin
Lange, Maria;

Stenografen
Herr Klemann;

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder
Tritschler, Sven;

Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister

Weitekamp, Cornelia, Bezirksbürgermeisterin; Schößler, Bernd, Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Stiller, Sabine, Bezirksbürgermeisterin; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin;

Verwaltung
Haaks, Stefanie; Steinkamp, Dieter, Dr.; Mötting, Bettina;

(Beginn: 14.02 Uhr - Ende: 15.23 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 1. Sitzung des Rates in der neuen Wahlperiode 2020–2025 und begrüße Sie alle ganz herzlich. - Versteht man mich?

(Zurufe: Schlecht! - Zu wenig!)

- Dann müssen wir noch einmal schauen, was zu ändern ist. - Funktionieren die Mikrofone noch nicht?

(Zurufe: Doch! - Jetzt!)

- Jetzt funktionieren sie. - Ich begrüße Sie auch gerne noch einmal

(Heiterkeit)

alle ganz herzlich zur 1. Sitzung des Rates in der neuen Wahlperiode: unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, alle neugewählten und wiedergewählten Mitglieder des Rates der Stadt Köln.

Die Verwaltung nimmt an der heutigen Sitzung in reduzierter Besetzung teil.

Meine Damen und Herren, ich möchte sofort zum ersten Punkt unserer heutigen Sitzung kommen und rufe hiermit auf:

1 Niederschrift und Übertragung der Ratssitzungen

hier: Bestellung der Schriftführung, Liveübertragung und Berichterstattung aus den Sitzungen

1265/2020

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

AN/1256/2020

Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sieht in § 52 Abs. 1 vor, dass die im Rat gefassten Beschlüsse in eine Niederschrift aufzunehmen sind.

Die Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln legt deshalb fest, dass der Rat zu Beginn der Wahlzeit auf Vorschlag der Verwaltung eine städtische Bedienstete oder einen städtischen Bediensteten zur Schriftführerin bzw. zum Schriftführer bestellt.

Ihnen liegt ein entsprechender Verwaltungsvorschlag vor. Vorgeschlagen sind als Schriftführerin Frau Maria Lange und als ihre Stellvertreterin Frau Katharina Meier.

Die beiden Damen sind anwesend. Ich darf sie beide bitten, sich kurz zu erheben, damit Sie sie auch sehen können.

(Maria Lange und Katharina Meier erheben sich - Beifall)

- Vielen Dank für den Applaus.

Trotzdem muss ich über den Beschlusspunkt abstimmen lassen, und zwar getrennt über beide Positionen.

Als Schriftführerin wird Frau Lange vorgeschlagen. Ich bitte der Einfachheit halber um Ihr Handzeichen, wenn Sie diesem Vorschlag nicht folgen wollen. - Niemand ist dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Damit ist das so beschlossen.

Frau Lange, ich gratuliere Ihnen auch.

(Maria Lange: Danke schön!)

Als Stellvertreterin wird Frau Meier vorgeschlagen. Hier bitte ich ebenfalls um Ihr Handzeichen, wenn Sie nicht einverstanden sind. - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Auch nicht. Damit ist Frau Meier als stellvertretende Schriftführerin bestätigt.

Als erste Amtshandlung bitte ich Sie, zu notieren: Heute ist das Ratsmitglied Herr Tritschler entschuldigt. Alle übrigen Mitglieder des Rates sind anwesend.

Wir kommen nun zum Beschlusspunkt II. Die öffentlichen Sitzungen des Rates der Stadt Köln

werden seit 2013 im Livestream übertragen. Der Rat hat in seiner Sitzung im April 2017 beschlossen, den Livestream fortzuführen. Unsere Geschäftsordnung sieht vor, dass der Rat über die Liveübertragung der Ratssitzungen entscheidet.

Unabhängig davon kann jedes Ratsmitglied die Übertragung eines eigenen Wortbeitrages der Sitzungsleitung gegenüber ausschließen. Bitte geben Sie der Sitzungsleitung daher vor Beginn des Redebeitrags einen deutlichen Hinweis, sofern die Übertragung im Livestream nicht gewünscht wird.

Außerdem soll den Vertreterinnen und Vertreter der Presse wie auch in den vorherigen Wahlperioden gestattet werden, im Rahmen der Berichterstattung elektronische Aufnahmen einzelner Tagesordnungspunkte und Diskussionen aus diesen Sitzungen zu veröffentlichen.

Dazu liegt ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion vor. Ich gebe Herrn Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, dass ich eine ganz kurze Spontanumfrage starte und Sie frage: Wer von Ihnen schaut noch pünktlich um 20 Uhr die *Tagesschau* oder um 19 Uhr die *heute*-Nachrichten? - Soweit ich das hier sehen kann, ist das kaum noch jemand.

Meine Damen und Herren, genau das ist auch der Grund für unseren Änderungsvorschlag. Es gibt letztlich kaum jemanden, der sich sechs Stunden Ratssitzung im Livestream am Stück anschaut. Wer das tut, hat entweder zu viel Zeit oder ist leicht masochistisch veranlagt.

Kurzum: Im 21. Jahrhundert sollte eine Ratssitzung online gestellt werden, ja. Sie sollte auch live übertragen werden, ja. Aber sie sollte dann in einer Mediathek jederzeit abrufbar sein.

Warum? Weil Demokratie und Politik, lebendige Demokratie und gerade Kommunalpolitik davon leben, dass sie transparent, nah an den Menschen und nachvollziehbar sind. So wie in der griechischen Polis die Agora der zentrale Versammlungs- und Diskussionsort war, so ist in der modernen Stadtgesellschaft des 21. Jahrhunderts das Internet die Plattform, wo sich Menschen informieren, wo sie diskutieren und wo sie debattieren.

Wer hier möglicherweise mit Datenschutzthemen oder Persönlichkeitsrechten argumentiert, an den appelliere ich, noch einmal ernsthaft zu überlegen, ob er hier in diesem Saal und in diesem Rat richtig ist. Denn wer hier sitzt, wer hier Politik mitgestalten möchte, muss damit rechnen und muss auch willens sein, sein Gesicht in der Öffentlichkeit zu zeigen - und dies dann auch im Internet. Wer das nicht tut, sollte ernsthaft überlegen, ob er sich heute hier als Ratsmitglied verpflichten lässt.

Unsere Landeshauptstadt Düsseldorf macht es vor. Düsseldorf überträgt nicht nur, sondern hat auch eine Mediathek. Dort kann man alles verfolgen.

Dass Düsseldorf im Vergleich zu Köln den besseren Oberbürgermeister hat, das, meine Damen und Herren, können wir nicht mehr ändern.

(Unruhe)

Dass aber Düsseldorf die bessere digitale Ratsverfolgung und -dokumentation hat, das, meine Damen und Herren, können wir ändern. Das liegt in unserer Hand. Und das sollten wir tun. Deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu.

Zum Schluss noch eine redaktionelle Anmerkung, weil wir gerade beim Ändern sind: In der Vorlage sollte es - das ist aber wahrscheinlich auch schon der Verwaltung aufgefallen - im ersten Satz statt „Der öffentlichen Sitzungen“ „Die öffentlichen Sitzungen“ heißen - und im zweiten Satz „Den Vertreterinnen und Vertretern“. So viel Zeit muss sein, dass wir auch die männlichen Pressevertreter grammatikalisch korrekt benennen. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite hat das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir brauchen hier keine Belehrungen von der AfD.

(Beifall)

Wir brauchen auch keinen Nachhilfeunterricht in der Sache. Wir sind da alle in der Diskussion. Es geht jetzt darum, dass wir diese Ratssitzung so kurz wie möglich machen. Deshalb gibt es hier keine Diskussion darüber. Das müssen wir später

machen. Es wird sicherlich Überlegungen geben - da sind wir alle dran -, wie wir das verbessern können. Auch die AfD wird uns nicht daran hindern, dass wir jeden Tag immer besser werden - auch bei diesem Thema.

Darum brauchen wir diesen Antrag jetzt nicht. Frau Oberbürgermeisterin, fahren Sie bitte fort, damit wir diese Veranstaltung schnell und sicher hinter uns bringen. - Danke schön.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank.

Ich habe über den Antrag abstimmen zu lassen. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Damit ist er abgelehnt.

(Zurufe)

- Alles Gegenstimmen. Das ist ja großartig. Aber ich darf das nicht kommentieren. Ich nehme das zurück und frage: Gibt es Enthaltungen? - Keine. Wer stimmt dagegen, damit wir es noch einmal sehen? - Ganz wunderbar. - Vielen Dank.

Dann lasse ich über den Beschlusspunkt II der Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Gibt es Enthaltungen? - Auch nicht. Damit ist so beschlossen.

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung unter Ziffer I (s. Seite 2) behandelt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nun kommen wir zu:

2 Bestimmung der Stimmzählerinnen bzw. Stimmzähler gemäß § 11 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Beginn jeder Ratssitzung sind drei Stimmzählerinnen und Stimmzähler zu benennen. Das legt § 11 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln fest. Wir gehen dabei nach dem Alphabet vor, verteilt über die Fraktionen.

Vorsorglich schlage ich für den Fall, dass heute mehr als eine geheime Wahl durchzuführen ist, vor, zusätzlich drei weitere Stimmzählerinnen und Stimmzähler zu bestimmen. Damit sind wir dann auch gut aufgestellt, falls mehrere Wahlen ausgezählt werden müssen.

Stimmzähler sind heute Frau Heuser, Herr Dr. Krupp und Herr Dr. Schlieben sowie zusätzlich für den Fall, den ich gerade geschildert habe, Herr Detjen, Herr Görzel und Herr Jeschka. - Ich gehe davon aus, dass das Ihre Zustimmung findet.

(Zurufe: Ja!)

- Vielen Dank.

Sind die Genannten bereit, die Aufgabe anzunehmen?

(Zurufe: Ja! - Sehr gerne!)

- Das ist der Fall. Danke sehr. - Ich bitte Sie dann, sich später eventuell bereitzuhalten.

Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler wurden vor Eintritt in die Tagesordnung unter Ziffer II (s. Seite 3) benannt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Für den nächsten Tagesordnungspunkt übergebe ich an Herrn Wortmann.

3 Amtseinführung der Oberbürgermeisterin durch den Altersvorsitzenden gemäß § 65 Absatz 3 GO NRW und § 46 LBG NRW

Er hat als Altersvorsitzender des Rates das Wort.

Altersvorsitzender Walter Wortmann: Sehr geehrte Frau Reker! Sehr geehrte Damen und Herren im Ratssaal und am Livestream! Ich habe heute als ältestes Mitglied des neugewählten Stadtrats gemäß § 65 Abs. 3 der Gemeindeordnung die ehrenvolle Aufgabe, Sie, Frau Reker, in das Amt der Oberbürgermeisterin einzuführen. Es ist das zweite Mal in der Geschichte der Stadt Köln, dass eine Frau auf diesem Stuhl sitzt.

Am 27. September dieses Jahres haben die Kölner Bürgerinnen und Bürger Sie im zweiten Wahlgang, einer Stichwahl, erneut zu ihrer Oberbürgermeisterin gewählt. Dazu nachträglich nochmals meinen Glückwunsch und unser aller Glückwunsch!

(Beifall)

Diese Ihre zweite Amtszeit beginnt in einer Zeit allgemeiner Verunsicherung. Ich bin sicher, dass die damit verbundenen Umstände Sie, die Verwaltung und den Rat nachhaltig fordern werden. Zur Bewältigung dieser Aufgaben wünschen wir alle Ihnen als Stadtoberhaupt eine gute Hand. Ich bin sicher, dass die Umstände von Ihnen und der Administration bewältigt werden.

Vorab noch zwei Formalien:

An alle Kolleginnen und Kollegen im Rat stelle ich die Frage: Ist jemand unter Ihnen, der vor dem 7. Juni 1948 geboren ist? In diesem Fall muss er sich melden. Wenn dem nicht so ist, bin ich bestätigt.

(Heiterkeit)

Zum Zweiten ein Hinweis zur Organisation: Wir müssen Sie ersuchen, heute auf persönliche Gratulationen und auch auf Blumengrüße im Anschluss an diese Zeremonie zu verzichten. Das ist den hygienebedingten Vorgaben, aber auch der Kürze der Sitzung geschuldet.

Sehr geehrte Frau Reker, Ihre neue Amtszeit hat am 1. November begonnen. Somit sind Sie tatsächlich bereits im Amt, und es ist auch protokollarisch korrekt, dass Sie die heutige Sitzung mit Amtskette eröffnet haben.

Ich bitte nun alle Anwesenden, von ihren Plätzen aufzustehen, auch Sie, liebe Gäste auf der Empore, die Vertreter der Presse sowie die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

(Die Anwesenden erheben sich)

- Danke schön.

Die Gemeindeordnung sieht eine formelle Einführung in das Amt vor. Daher bitte ich Sie, Frau Reker, Ihren Eid nach § 46 des Landesbeamtengesetzes zu bekräftigen. Erheben Sie dazu bitte die rechte Hand.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Altersvorsitzender Walter Wortmann: Danke.

Erlauben Sie mir, dass ich Ihnen im Namen aller Ratsmitglieder zu Ihrer Ernennung gratuliere und die allerbesten Glückwünsche mit auf den Weg gebe. - Danke sehr.

(Anhaltender lebhafter Beifall - Die Anwesenden nehmen wieder Platz)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zuallererst bedanke ich mich bei allen Wählerinnen und Wählern dafür, dass sie mir unsere Stadt für fünf weitere Jahre anvertraut haben. Es ist mir natürlich eine große Freude, aber auch eine große Ehre, das Amt der Oberbürgermeisterin zum Wohle aller Kölnerinnen und Kölner fortzuführen.

Meine Damen und Herren, die neue Ratsperiode beginnt tatsächlich auf historisch einzigartige Weise. Seit März dieses Jahres befindet sich unsere Stadt in einer Situation, die noch niemand von uns erlebt hat. So, wie alle Kölnerinnen und Kölner ihren Alltag anpassen mussten, so stehen auch die Kölner Politik und meine Verwaltung seitdem an jedem Tag vor neuen Herausforderungen. Wir arbeiten seit über sieben Monaten im Krisenmodus einer Pandemie. Die neuerlichen Einschränkungen sind daher meines Erachtens notwendig, wenn auch für uns alle schmerzlich.

Angesichts dessen bin ich als Oberbürgermeisterin der Auffassung, dass es richtig ist, wenn auch der Rat ein Signal in die Stadtgesellschaft aussendet. Wir reduzieren die Tagesordnung dieser ersten Ratssitzung auf das Allernötigste. Wir halten uns bitte alle kurz und sachlich. So zeigen wir, wie maßvolle Arbeit im Rat der Stadt Köln unter den Bedingungen einer Pandemie aussehen kann. Damit meine ich: Wir stellen einerseits sicher, dass die städtische Politik demokratisch legitimiert ist und handlungsfähig bleibt. Zugleich fokussieren wir uns in Präsenzsitzungen auf das absolut Notwendige.

Für diesen Weg der Sachorientierung werbe ich heute bei Ihnen und danke allen von Ihnen, die ihn aus Überzeugung mitgehen.

Meine Damen und Herren, wir starten heute unter schwierigen Vorzeichen in die neue Ratsperiode. Wir tragen alle eine große und mindestens zweifache Verantwortung: erstens, Köln sicher durch die Krise zu bringen, und zweitens, unseren Gestaltungsanspruch zu nutzen, um Köln trotz der Pandemie zukunftsgerecht weiterzuentwickeln.

Ich wünsche mir, dass wir uns bei jeder Entscheidung auch inmitten der Corona-Krise ehrlich fragen: In welcher Stadt, in welchem Köln wollen wir in Zukunft leben, und wie stellen wir unsere Stadt enkeltauglich auf?

Meine Damen und Herren, angesichts der schwierigen Lage ist mir eine gemeinsame Haltung des Rates zur Zusammenarbeit wichtig. Lassen Sie uns gegenseitigen Respekt und eine größtmögliche Sachorientierung zu unserer wichtigsten Arbeitsgrundlage machen. Lassen Sie uns ein Vorbild für alle sein, denen diese Zeit besondere Solidarität abverlangt. Und lassen Sie uns gemeinsam für Köln nicht nur das gerade noch Machbare, sondern das Bestmögliche anstreben.

In diesem Geiste wünsche ich Ihnen und uns allen fünf produktive Ratsjahre im Auftrag von heute knapp 1,1 Millionen Kölnerinnen und Kölnern. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung unter Ziffer III (s. Seite 3) behandelt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt auf:

4 Einführung und Verpflichtung der Ratsmitglieder

Ich freue mich, zunächst Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, als Ratsmitglieder in Ihr Amt einzuführen und zu verpflichten.

Dazu bitte ich alle Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben, auch Sie, liebe Gäste auf der Zuschauertribüne, sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse und natürlich auch die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister.

(Die Anwesenden erheben sich)

Liebe Mitglieder des Rates, ich verpflichte Sie alle nach § 5 unserer Hauptsatzung, Ihre Aufgaben als Ratsmitglieder des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

Vielen Dank. - Bitte nehmen Sie wieder Platz.

(Die Anwesenden nehmen wieder Platz)

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung unter Ziffer IV (s. Seite 3) behandelt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe noch einen weiteren Hinweis, bevor wir die Tagesordnung festlegen: Für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit werden aktuelle Bilder aller Ratsmitglieder gemacht. Sofern Sie noch nicht fotografiert sind, holen Sie das bitte heute ab 14.30 Uhr im Lichthof bei den Fotografen nach.

Nun kommen wir zur Tagesordnung, meine Damen und Herren. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zusetzungen bzw. Absetzungen sind dort gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: Tagesordnungspunkt 8.9 sowie im nichtöffentlichen Teil TOP 14.2 und TOP 14.3.

Wie angekündigt, schlage ich vor, den Tagesordnungspunkt 8.4 bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen.

Die übrigen Tagesordnungspunkte unter 8 werden heute nur in Bezug auf den Hauptausschuss und den Wahlprüfungsausschuss behandelt. Ihnen liegen für diese Punkte entsprechend aktualisierte Beschlussvorschläge vor.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Gerade wurde ein Dringlichkeitsantrag eingereicht. Ihnen liegt unter TOP 13 ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und Volt zum Thema „Neustrukturierung der Fraktionszuwendungen“ vor.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: DIE LINKE ist da nicht dabei! Sie haben DIE LINKE mit aufgezählt!)

- Okay. - Danke schön, Herr Weisenstein.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag unter TOP 13 in die Tagesordnung aufgenommen.

Abschließend frage ich: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste im Zuschauerbereich, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, den anwesenden Bezirksbürgermeister sowie die neu und wiedergewählten Ratsmitglieder.

Die Tagesordnungspunkte 1 bis 4 werden vor Eintritt in die Tagesordnung aufgerufen.

I. TOP 1

Niederschrift und Übertragung der Ratssitzung

hier: Bestellung der Schriftführung, Liveübertragung und Berichterstattung in den Sitzungen

1265/2020

Änderungsantrag der AfD-Fraktion AN/1256/2020

1. Abstimmung über Ziffer I der Vorlage: Beschluss:

I. Der Rat bestellt für seine Wahlperiode 2020 bis 2025 Frau Maria Lange zur Schriftführerin

und

Frau Katharina Meier zu ihrer Stellvertreterin.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

2. Abstimmung über den Änderungsantrag zu Ziffer II Beschluss:

II. Die öffentlichen Sitzungen des Rates werden weiterhin im Livestream auf der Internetseite der Stadt Köln übertragen. Nach Ende der Ratssitzung wird die Aufzeichnung der Ratssitzung mit elektronischem Inhaltsverzeichnis in einer Mediathek für die interessierte Öffentlichkeit gespeichert und zum jederzeitigen Abruf bereitgehalten. Den Vertreterinnen und Vertretern der Presse ist gestattet, im Rahmen der Berichterstattung elektronische Aufnahmen einzelner Tagesordnungspunkte und Diskussionen aus diesen Sitzungen zu veröffentlichen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

3. Abstimmung über Ziffer II der Vorlage:

Beschluss:

I. Der öffentlichen Sitzungen des Rates werden weiterhin im Livestream auf der Internetseite der Stadt Köln übertragen. Den Vertreterinnen und Vertreter der Presse ist gestattet, im Rahmen der Berichterstattung elektronische Aufnahmen einzelner Tagesordnungspunkte und Diskussionen aus diesen Sitzungen zu veröffentlichen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. TOP 2

Bestimmung der Stimmzählerinnen und Stimmzähler

Die Oberbürgermeisterin schlägt vor, außer den nach § 11 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen vorgesehenen drei Stimmzählerinnen und Stimmzähler wegen der in dieser Sitzung vorzunehmenden Wahlen zusätzlich drei weitere zu bestimmen.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler schlägt sie RM Heuser, RM Dr. Krupp, RM Dr. Schlieben und zusätzlich RM Detjen, RM Görzel und RM Jeschka vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

III. TOP 3

Amtseinführung de Oberbürgermeisterin durch den Altersvorsitzenden gemäß § 65 Absatz 3 GO NRW und § 46 Landesbeamtengesetz

Frau Oberbürgermeisterin Reker übergibt das Wort an den Altersvorsitzenden des Rates, RM Wortmann.

RM Wortmann führt Frau Oberbürgermeisterin Reker nach § 65 Absatz 3 der Gemeindeordnung NRW in ihr Amt ein. Frau Oberbürgermeisterin Reker bekräftigt den Eid nach § 46 Landesbeamtengesetz.

IV. TOP 4

Einführung und Verpflichtung der Ratsmitglieder

Frau Oberbürgermeisterin Reker führt die Ratsmitglieder in ihr Amt ein und verpflichtet sie gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln.

V. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

8.9 Wahl und Bestellung der Mitglieder des Hauptausschusses

I. Stimmberechtigte Mitglieder

II. Beratende Mitglieder gemäß § 58 Absatz 1 Sätze 7-10 Gemeindeordnung NRW

3128/2020

II. Nichtöffentlicher Teil

14.2 Erbbaurechtsbestellung / Grundstücksverkauf am Kalscheurer Weg in Köln-Zollstock

2970/2020

14.3 Verlängerung des Erbbaurechtes Schlagbaumsweg in Köln-Holweide 2937/2020

Absetzungen:

I. Öffentlicher Teil

8.4 Festlegung der Anzahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner in den Ausschüssen

1648/2020

VI. Frau Oberbürgermeisterin Reker weist daraufhin, dass die Tagesordnungspunkte unter 8 in dieser Sitzung nur in Bezug auf den Hauptausschuss und den Wahlprüfungsausschuss behandelt werden. Entsprechende aktualisierte Beschlussvorschläge liegen vor.

VII. Es liegt folgender Dringlichkeitsantrag vor:

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, FDP und Volt betreffend "Neustrukturierung der Fraktionszuwendungen"

AN/1257/2020

der unter TOP 13 behandelt wird.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Der Rat stimmt den Verfahrensvorschlägen und der so geänderten Tagesordnung zu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

5 Festlegung der Zahl der ehrenamtlichen Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter der Oberbürgermeisterin

1266/2020

Meine Damen und Herren, zunächst legt der Rat fest, wie viele ehrenamtliche Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter die Oberbürgermeisterin in dieser Wahlperiode hat.

Ihnen liegt eine Vorlage der Verwaltung zu diesem Tagesordnungspunkt vor. Der Beschlussvorschlag muss heute in der Sitzung noch formuliert werden.

In den letzten Ratsperioden wurden jeweils vier ehrenamtliche Stellvertreterinnen und Stellvertreter gewählt.

Gibt es hierzu Vorschläge aus Ihren Reihen? - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin, ich schlage vor, dass wir es bei vier belassen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank.

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Dann möchte ich gerne über den Vorschlag, die Zahl der ehrenamtlichen Stellvertreterinnen und Stellvertreter auf vier festzusetzen, abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Herr Wortmann enthält sich. Damit ist dieser Vorschlag mehrheitlich angenommen.

Beschluss:

Der Rat legt die Zahl der ehrenamtlichen Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter auf 4 fest.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung von RM Wortmann zugestimmt.

Anmerkung:
Festlegung der Zahl der ehrenamtlichen Stellvertreterinnen und Stellvertreter auf Vorschlag von RM Hammer.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich halte fest, dass die Zahl der ehrenamtlichen Stellvertreterinnen und Stellvertreter, die wir gleich wählen werden, auf vier festgesetzt ist.

6 Wahl der Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter der Oberbürgermeisterin gemäß § 67 Absatz 1 und § 2 GO NRW

1268/2020

Nachdem wir jetzt also die Zahl der ehrenamtlichen Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Oberbürgermeisterin festgelegt haben, kommen wir zur eigentlichen Wahl.

Die Stellvertreterinnen und Stellvertreter sind gemäß § 67 Abs. 1 Satz 1 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen ohne Aussprache aus der Mitte des Rates zu wählen.

Mir liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag vor. Er lautet:

- erster Stellvertreter: Andreas Wolter

- zweiter Stellvertreter: Dr. Ralf Heinen

- dritter Stellvertreter: Dr. Ralph Elster

- vierte Stellvertreterin: Brigitta von Bülow

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir zur Abstimmung kommen. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine.

(Michael Hock [Die PARTEI]: Die PARTEI hat sich enthalten!)

- Die PARTEI hat sich enthalten. Das sind Sie beide, ja? Es ist immer so schlecht, wenn man die Menschen mit den Masken nicht wirklich erkennen kann.

(Michael Hock [Die PARTEI]: Wir haben uns enthalten!)

- Okay. - Dann ist der Wahlvorschlag einstimmig angenommen.

Damit sind gewählt: Herr Wolter zum ersten ehrenamtlichen Stellvertreter der Oberbürgermeisterin.

(Beifall)

Herr Wolter, nehmen Sie die Wahl an?

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, ich nehme die Wahl an und bedanke mich für das Vertrauen hier aus dem Rat und diese doch sehr große Mehrheit.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Und damit Sie sich direkt daran gewöhnen, wie das Verhältnis unter uns sein wird: Lassen Sie bitte auch beim Reden die Maske an.

(Heiterkeit)

Herr Dr. Heinen ist als zweiter ehrenamtlicher Stellvertreter gewählt. - Nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Ralf Heinen (SPD): Ich nehme die Wahl an und bedanke mich herzlich für das Vertrauen des gesamten Rates.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Elster ist als dritter ehrenamtlicher Stellvertreter gewählt.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin, ich nehme die Wahl an und bedanke mich bei dem Rat für das Vertrauen, das er mir geschenkt hat.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau von Bülow ist als vierte ehrenamtliche Stellvertreterin gewählt.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Ich nehme die Wahl sehr gerne an, bedanke mich für das Vertrauen und freue mich, dass wenigstens eine Frau unter den Stellvertreterinnen und Stellvertretern ist. Vielen Dank!

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren, die gewählten ehrenamtlichen Stellvertreterinnen und Stellvertreter haben alle ihre Wahl als Bürgermeisterin und Bürgermeister angenommen.

Es liegt ein gemeinsamer Vorschlag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen vor:

Vorschlag

1. Andreas Wolter

2. Dr. Ralf Heinen

3. Dr. Ralph Elster

4. Britta von Bülow

Es liegen keine weiteren Vorschläge vor.

In offener Wahl wird wie folgt abgestimmt:

Abgegebene Stimmen insgesamt:	*90*
Davon ungültige Stimmen:	*0*
Enthaltungen:	*2*
Für die gemeinsame Liste	*88*

Damit liegen 88 Stimmen für den gemeinsamen Vorschlag der genannten Fraktionen vor.

Der gemeinsame Vorschlag wurde demnach einstimmig bei Stimmenthaltung der Gruppe Die PARTEI angenommen:

Der Rat wählt gemäß § 67 Absatz 1 und 2 Gemeindeordnung NRW in geheimer Wahl ohne Aussprache das Ratsmitglied

Herrn Andreas Wolter zum ersten Stellvertreter der Oberbürgermeisterin in Wahlperiode 2020 - 2025.

Herrn Dr. Ralf Heinen zum zweiten Stellvertreter der Oberbürgermeisterin in Wahlperiode 2020 - 2025.

Herrn Dr. Ralph Elster zum dritten Stellvertreter der Oberbürgermeisterin in Wahlperiode 2020 - 2025.

Frau Britta von Bülow zur vierten Stellvertreterin der Oberbürgermeisterin in Wahlperiode 2020 - 2025.

Anmerkung:
Die Gewählten erklären auf Nachfrage der Oberbürgermeisterin, dass sie die Wahl annehmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen allen und möchte Sie nun gern verpflichten und in Ihr Amt einführen.

Meine Damen und Herren, daher rufe ich auf:

7 Einführung und Verpflichtung der Bürgermeister bzw. der Bürgermeisterinnen durch die Oberbürgermeisterin gemäß § 67 Absatz 3 GO NRW und § 5 Absatz 1 der Hauptsatzung der Stadt Köln

Ich bitte die Gewählte und die Gewählten, für die Verpflichtung nach vorne vor die rechte Verwaltungsbank zu kommen.

Dazu bitte ich alle Anwesenden, auch unsere Gäste auf der Tribüne und die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgaben als Bürgermeisterin und Bürgermeister der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen sowie das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten.

(Beifall)

Wir haben hier eine Bürgermeisterin und drei Bürgermeister, die sich alle verpflichten, ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen und sich mit großem Engagement für diese Stadt einzusetzen. Das wird in den nächsten Jahren, die auf uns zukommen, ganz besonders wichtig sein. Vielen Dank dafür.

(Beifall)

Mit diesem Akt sind Sie jetzt in Ihre Ämter eingeführt.

Ich darf Ihnen natürlich persönlich und auch stellvertretend für den ganzen Rat ganz herzlich gratulieren. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit und bitte auch Sie noch einmal um Verständnis dafür, dass wir heute hier auf Gratulationen verzichten. Wenn es Blumengrüße gibt, werden sie Ihnen sicherlich morgen ins Büro gebracht.

Frau Oberbürgermeisterin Reker führt die Bürgermeisterin und die Bürgermeister in ihr Amt ein und verpflichtet sie gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt rufe ich auf:

8 Bildung der Fachausschüsse

Tagesordnungspunkt

8.1 Festlegung der Anzahl und Bezeichnung der Ausschüsse

(für Hauptausschuss und Wahlprüfungsausschuss)

1275/2020

Dazu liegen Ihnen eine Vorlage der Verwaltung und in Anlage 3 ein geänderter Beschlussvorschlag vor. Dieser sieht vor, dass in der heutigen Sitzung nur der Hauptausschuss und der Wahlprüfungsausschuss gebildet werden. Die Bildung der weiteren Ausschüsse wird in die nächste Sitzung vertagt.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Dann lasse ich nun darüber abstimmen. Wer gegen den geänderten Beschlussvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Keine. - Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist dieser Vorschlag angenommen.

Geänderter Beschluss gemäß Anlage 3:

I. Der Rat bildet zunächst folgende Pflichtausschüsse:

- *Hauptausschuss*
- *Wahlprüfungsausschuss gemäß § 40 Abs. 1 Kommunalwahlgesetz NRW.*

II. Die Bildung aller weiteren Ausschüsse (übrige Pflichtausschüsse und freiwillige Ausschüsse) wird in die nächste Sitzung vertagt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

8.2 Festlegung der Anzahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder

(für Hauptausschuss und Wahlprüfungsausschuss)

1485/2020

Dazu liegt Ihnen in Anlage 2 zur Vorlage ein geänderter Beschlussvorschlag vor. Danach soll heute nur die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder des Hauptausschusses und des Wahlprüfungsausschusses festgelegt werden. Die Entscheidung über die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder aller weiteren Ausschüsse wird in die nächste Sitzung vertagt.

Der vollständige Beschluss muss heute in der Sitzung formuliert werden. Gibt es dazu einen Vorschlag?

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin, ich beantrage - es ist auch schon eingeblendet -, dass wir den

Wahlprüfungsausschuss mit 13 Mitgliedern und den Hauptausschuss mit 14 Mitgliedern besetzen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich werde nicht mitstimmen, aber jetzt zur Abstimmung kommen.

Es soll also so sein, dass dem Hauptausschuss neben der Oberbürgermeisterin 14 stimmberechtigte Mitglieder angehören und dem Wahlprüfungsausschuss 13 stimmberechtigte Mitglieder.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

- Das ist richtig.

Da für den Hauptausschuss die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder neben der Oberbürgermeisterin auf 14 erhöht wurde, muss § 20 Abs. 1 Satz 1 bzw. 2 der Hauptsatzung wie folgt geändert werden:

> Im Hauptausschuss führt die Oberbürgermeisterin/der Oberbürgermeister den Vorsitz. Dem Hauptausschuss gehören weiterhin 14 stimmberechtigte Ratsmitglieder sowie ggf. weitere Ratsmitglieder mit beratender Stimme … an.

Das ist ja die Folge Ihres Vorschlags. Diese Änderung der Hauptsatzung würden wir dann als Beschlusspunkt II beschließen.

Wer gegen den so ergänzten, geänderten Beschlussvorschlag der Verwaltung in der Anlage 2 ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Ich frage also nach Gegenstimmen. Wer ist gegen den so ergänzten Beschlusspunkt? Keiner. - Gibt es Enthaltungen? - Der AfD. Damit ist der Vorschlag so angenommen.

Geänderter Beschluss gemäß Anlage 2:

I. Der Rat setzt die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder für die nachfolgenden Ausschüsse wie folgt fest:

1. Hauptausschuss 14

2. Wahlprüfungsausschuss 13

II. § 20 Absatz 1 Satz 1 der Hauptsatzung der Stadt Köln wie folgt geändert wird:

„(1) Im Hauptausschuss führt die Oberbürgermeisterin/der Oberbürgermeister den Vorsitz. Dem Hauptausschuss gehören weiterhin 14 stimmberechtigte Ratsmitglieder sowie ggf. weitere Ratsmitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Sätze 8 ff GO an. (…)“

III. Die Entscheidung über die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder aller weiteren Ausschüsse (übrige Pflichtausschüsse und freiwillige Ausschüsse) wird in die nächste Sitzung vertagt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
RM Hammer schlägt die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder für den Haupt- und Wahlprüfungsausschuss vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

8.3 Festlegung der Vertretungsregelung in den Ausschüssen

1486/2020

Die Vorlage sieht vor, die Vertretungsregelung aus der vergangenen Ratsperiode fortzuführen. Das heißt: Die Ausschussmitglieder werden durch die übrigen Ratsmitglieder der jeweiligen Fraktion oder Gruppe vertreten, und zwar geschieht dies in alphabetischer Reihenfolge. Das gilt nicht, wenn eine persönliche Stellvertretung vorgeschrieben ist, wie zum Beispiel im Jugendhilfeausschuss. So sieht es auch § 34 Abs. 10 der Geschäftsordnung des Rates vor.

Können wir darüber so abstimmen? Oder gibt es noch andere Vorschläge? Ich stimme hier auch nicht mit. - Andere Vorschläge sehe ich nicht.

Dann frage ich nach Gegenstimmen. - Keine. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist diese Vorlage so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, als Vertretungsregelung für die Ausschüsse - je Fraktion - die Vertretung in

alphabetischer Reihenfolge durch die übrigen Ratsmitglieder vorzusehen.

Die Fälle, in denen aufgrund besonderer rechtlicher Vorgaben eine persönliche Vertretung vorgeschrieben ist, bleiben hiervon unberührt.

Der Rat beschließt weiter, die Vertretung des Mitglieds einer Ratsgruppe im Fachausschuss durch ein anderes Mitglied einer Ratsgruppe vorzusehen. Die Fälle, in denen aufgrund besonderer rechtlicher Vorgaben eine persönliche Vertretung vorgeschrieben ist, bleiben davon unberührt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

8.5 Festlegung der Anzahl der Ausschüsse für fraktionslose Ratsmitglieder gemäß § 58 Absatz 1 Satz 11 und 12 GO NRW

(für Hauptausschuss und Wahlprüfungsausschuss)

2002/2020

Auch hier liegt ein geänderter Beschlussvorschlag der Verwaltung in Anlage 1 vor.

Nach § 58 Abs. 1 Satz 11 und 12 der Gemeindeordnung hat jedes Ratsmitglied das Recht, mindestens einem Ausschuss als Mitglied mit beratender Stimme anzugehören.

Der Rat kann dies auf mehrere Ausschüsse ausweiten. In den drei vorhergehenden Wahlperioden hat der Rat eine Teilnahme der fraktionslosen Ratsmitglieder an drei Ausschüssen zugelassen. Ich gehe davon aus, dass diese Regelung fortgeführt werden soll. Daher schlage ich vor, darüber abzustimmen.

Gibt es Wortmeldungen hierzu? - Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich um das Handzeichen, wenn Sie nicht zustimmen, ich frage also nach Gegenstimmen. Soll es bei drei bleiben oder gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist auch das so beschlossen. - Vielen Dank.

Ich frage jetzt die Mitglieder der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT sowie Herrn Wortmann: Haben Sie sich schon entschieden, welchen Ausschüssen Sie mit beratender Stimme angehören möchten?

Die Bestellung in die weiteren Ausschüsse erfolgt in der nächsten Sitzung. Es steht Ihnen dann frei, nach Bildung der weiteren Ausschüsse die Benennung der Ausschüsse zu ändern oder gegebenenfalls auch zu ergänzen.

Gibt es Wortmeldungen? - Bitte.

Birgit Beate Dickas (Die PARTEI): Ich würde gerne als beratendes Mitglied im Wahlprüfungsausschuss teilnehmen. Zu den anderen Ausschüssen haben wir uns innerparteilich noch nicht festgelegt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, okay. - Danke schön, Frau Dickas.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Vorab eine Verständnisfrage: Der Hauptausschuss und der Wahlprüfungsausschuss sind ja die beiden bereits konstituierten Ausschüsse, die nun arbeiten werden. Wenn wir uns jetzt dafür entscheiden, dort hineinzugehen, können wir uns aber später, wenn weitere Ausschüsse konstituiert sind, auch noch einmal umentscheiden?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Genau so ist es.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ja. - Dann möchte ich gerne als beratendes Mitglied in den Hauptausschuss.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir haben also eine Meldung von Frau Gabrysch für den Hauptausschuss.

Gibt es weitere Meldungen? - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich

würde gerne beratendes Mitglied im Hauptausschuss werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann hat sich auch gemeldet.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Stadtentwicklungsausschuss, Wirtschaftsausschuss und Gesundheitsausschuss.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann, darüber stimmen wir heute noch nicht ab.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Oh, sorry. Das war ein Missverständnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist ja gar nicht schlimm und besser, als wenn man es verpasst. Aber weder Hauptausschuss noch Wahlprüfungsausschuss?

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Nein.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay.

Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. Ist das richtig? - Ja, es scheint so zu sein. Gut.

Dann lasse ich über den Beschlusspunkt II, ergänzt um die eben eingebrachten Vorschläge, sowie darüber, dass die Bestellung der fraktionslosen Mitglieder in die weiteren Ausschüsse in der nächsten Sitzung erfolgt, abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch das so beschlossen. - Vielen Dank.

Geänderter Beschluss gemäß Anlage 1:

I. Der Rat beschließt, dass die fraktionslosen Ratsmitglieder jeweils 3 Ausschüssen zumindest als Mitglied mit beratender Stimme gemäß § 58 Absatz 1 Satz 11 und 12 Gemeindeordnung NRW angehören können.

II. Der Rat bestellt die folgenden Ratsmitglieder zu beratenden Mitgliedern nach

§ 58 Absatz 1 Satz 11 Gemeindeordnung NRW in den Hauptausschuss und Wahlprüfungsausschuss:

Name des Ratsmitgliedes	*Ausschuss*
Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE)	*Hauptausschuss*
Birgit Beate Dickas (Die PARTEI)	*Wahlprüfungsausschuss*
Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln)	*Hauptausschuss*

III. Die Bestellung der fraktionslosen Mitglieder in die weiteren Ausschüsse erfolgt in der nächsten Sitzung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

8.6 Festlegung der Anzahl der Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter der bzw. des Ausschussvorsitzenden

(für Wahlprüfungsausschuss)

2015/2020

In Anlage 1 liegt Ihnen auch hierzu ein geänderter Beschlussvorschlag der Verwaltung vor, der sich auf die Anzahl der stellvertretenden Ausschussvorsitze für den Wahlprüfungsausschuss beschränkt.

Die Festsetzung der Anzahl der stellvertretenden Ausschussvorsitze für alle weiteren Ausschüsse wird in die nächste Sitzung vertagt.

Über die Anzahl der Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter für den Vorsitz im Hauptausschuss entscheidet der Hauptausschuss selbst. Das heißt: Darüber müssen wir hier nicht abstimmen.

Der Vorschlag der Verwaltung hierzu greift die bisherige Regelung auf. Es wird vorgeschlagen, wie bisher bei zwei Stellvertretungen für den Ausschussvorsitz zu bleiben.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

Geänderter Beschluss gemäß Anlage 1:

I. Der Rat legt die Anzahl der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden im Wahlprüfungsausschuss auf zwei Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter fest.

II. Die Festsetzung der Anzahl der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden für alle weiteren Ausschüsse wird in die nächste Sitzung vertagt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

8.7 Zuteilung der Ausschussvorsitze und der stellvertretenden Ausschussvorsitze

(für Wahlprüfungsausschuss)

2017/2020

Zu dieser Vorlage liegt Ihnen in Anlage 1 ein geänderter Beschlussvorschlag der Verwaltung vor. Dieser sieht vor, dass heute nur der Ausschussvorsitz und die stellvertretenden Ausschussvorsitze für den Wahlprüfungsausschuss verteilt werden.

Das liegt daran, dass aufgrund der aktuellen Pandemiesituation unter TOP 8.1 gerade auch nur der Hauptausschuss und der Wahlprüfungsausschuss gebildet worden sind.

Die Besetzung der Ausschussvorsitze im Hauptausschuss fällt nicht unter das Zuteilungsverfahren, weshalb hier nur die Vorsitze für den Wahlprüfungsausschuss zugeteilt werden.

Die Bildung der übrigen Pflichtausschüsse und der freiwilligen Ausschüsse erfolgt in der nächsten Sitzung.

Dazu noch ein Hinweis: Sofern Ausschüsse während der Wahlperiode neu gebildet werden, ist gemäß § 58 Abs. 6 der Gemeindeordnung das Zuteilungsverfahren für alle Ausschüsse zu wiederholen.

In der nächsten Sitzung werden damit auch die Ausschussvorsitze des Wahlprüfungsausschusses neu zugeteilt.

Ich möchte vorab klarstellen, dass jetzt weder eine Wahl noch eine namentliche Benennung zu den Ausschussvorsitzen stattfindet. Im Zuteilungsverfahren wird festgelegt, welche Fraktion das Benennungsrecht für die jeweilige Funktion hat. Das ist nach der Gemeindeordnung so vorgesehen. Die namentliche Benennung durch die Fraktionen folgt nach der Wahl der Ausschussmitglieder, wenn die Ausschüsse mit konkreten Personen besetzt sind.

Als Ausschussvorsitzender bzw. stellvertretender Ausschussvorsitzender kann natürlich nur benannt werden, wer auch dem Ausschuss als stimmberechtigtes Mitglied angehört.

(Zuruf: Klingt logisch!)

- Das ist es auch. Es klingt nicht nur so, sondern ist auch logisch.

Jetzt kommen wir zum Zuteilungsverfahren nach § 58 Abs. 5 Satz 1 der Gemeindeordnung:

> Haben sich die Fraktionen über die Verteilung der Ausschussvorsitze geeinigt und wird dieser Einigung nicht von einem Fünftel der Ratsmitglieder widersprochen, so bestimmen die Fraktionen die Ausschussvorsitzenden aus der Mitte der den Ausschüssen angehörenden stimmberechtigten Ratsmitglieder.

Ich habe daher zunächst zu fragen, ob eine solche Einigung erfolgt ist. - Es ist keine Einigung erfolgt.

§ 58 Abs. 5 Sätze 2 und 3 der Gemeindeordnung regeln für diesen Fall:

> Soweit eine Einigung nicht zustande kommt, werden den Fraktionen die Ausschussvorsitze in der Reihenfolge der Höchstzahlen zugeteilt, die sich durch Teilung der Mitgliederzahlen der Fraktionen durch 1, 2, 3 usw. ergeben; mehrere Fraktionen können sich zusammenschließen. Bei gleichen Höchstzahlen entscheidet das Los, das … [die Oberbürgermeisterin] zu ziehen hat.

Für die stellvertretenden Ausschussvorsitze gilt dies entsprechend.

Bei Zuteilungsverfahren sind Listenverbindungen möglich.

Mir wurde eine Listenverbindung von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU angezeigt.

Damit ergibt sich für das Zuteilungsverfahren:

- Liste 1 (Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU): insgesamt 64 Stimmen
- DIE LINKE: sechs Stimmen
- FDP: fünf Stimmen
- Volt: vier Stimmen
- AfD: vier Stimmen

Aus den Fraktionsstärken müssen die Höchstzahlen errechnet werden.

Hier fällt das Verfahren jetzt kurz aus, weil heute nur für einen Ausschuss die Vorsitze zu verteilen sind.

Den Ausschussvorsitz kann die Liste 1 beanspruchen. Auch der erste stellvertretende Ausschussvorsitz geht aufgrund der Höchstzahl an die Liste 1, ebenso der zweite stellvertretende Ausschussvorsitz. - Vielen Dank.

Damit haben wir die Besetzung im Zugriffsverfahren durch die Fraktionen festgelegt.

Die namentliche Benennung der Vorsitze erfolgt dann im nächsten TOP nach der Wahl der Ausschussmitglieder.

Es liegt eine gemeinsame Liste von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU vor.

Geänderter Beschluss gemäß Anlage 1:

I. Der Ausschussvorsitz für den Wahlprüfungsausschuss gemäß § 40 Abs. 1 Kommunalwahlgesetz NRW wird wie folgt verteilt:

Zugriff für Liste 1 (Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU)

II. Die stellvertretenden Ausschussvorsitze für den Wahlprüfungsausschuss gemäß

§ 40 Abs. 1 Kommunalwahlgesetz NRW werden wir folgt verteilt: Zugriff für Liste 1 (Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU)

III. Nach Bildung der weiteren Ausschüsse wird das Zuteilungsverfahren wiederholt. Die Vorlage wird daher in die nächste Sitzung vertagt.

Anmerkung:
Zuteilungsverfahren der Ausschussvorsitze nach d'Hondt

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

8.8 Bildung eines Wahlprüfungsausschusses für die Kommunal- und Integrationsratswahl 2020

2963/2020

Der Wahlprüfungsausschuss ist nach dem ausdrücklichen Willen des Gesetzgebers unverzüglich zu besetzen. Das machen wir hier auch gerade.

Da wir die Größe des Ausschusses bereits unter TOP 8.1 sowie den Zugriff auf den Ausschussvorsitz und die Stellvertretungen unter TOP 8.7 beschlossen haben, müssen wir jetzt noch die Ausschussmitglieder wählen sowie den Vorsitz und die Stellvertretungen namentlich benennen.

Meine Damen und Herren, nach der Gemeindeordnung bestehen grundsätzlich zwei Möglichkeiten, einen Ausschuss zu besetzen.

Als erste Alternative sieht § 50 Abs. 3 Satz 1 GO die Einigung aller Ratsmitglieder auf einen einheitlichen Wahlvorschlag und einen einstimmigen Beschluss zur Besetzung des Ausschusses vor.

§ 50 Abs. 3 Satz 2 ff. lautet:

> Kommt ein einheitlicher Wahlvorschlag nicht zustande, so wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in einem Wahlgang abgestimmt. Dabei sind die Wahlstellen auf die Wahlvorschläge der Fraktionen und Gruppen des Rates entsprechend dem Verhältnis der Stimmenzahlen, die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallen, zur Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen zu verteilen. Jedem Wahlvorschlag werden zunächst so viele Sitze zugeteilt, wie sich für ihn ganze Zahlen ergeben. Sind

danach noch Sitze zu vergeben, so sind sie in der Reihenfolge der höchsten Zahlenbruchteile zuzuteilen. Bei gleichen Zahlenbruchteilen entscheidet das Los.

Es findet also das Verteilungsverfahren nach Hare-Niemeyer Anwendung, das Sie ja alle kennen; es wird ja häufiger praktiziert.

Ich frage Sie deshalb zunächst, ob eine Einigung auf einen einheitlichen Listenvorschlag zustande gekommen ist. - Das ist nicht der Fall.

Deswegen werden wir jetzt die Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses wählen.

An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass gemäß § 58 Abs. 3 der Gemeindeordnung sachkundige Bürger anstelle eines Ratsmitgliedes als stimmberechtigte Ausschussmitglieder benannt werden können. Allerdings darf die Zahl der sachkundigen Bürger die Zahl der Ratsmitglieder nicht erreichen.

Für uns bedeutet das: Für diesen Ausschuss mit, wie wir gerade festgelegt haben, 13 stimmberechtigten Mitgliedern dürfen maximal sechs sachkundige Bürgerinnen und Bürger anstelle von Ratsmitgliedern bestellt werden. - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, ich hatte auch unsere Vorschläge weitergegeben: Herr Görzel und als Stellvertreter - - Stellvertreter haben Sie hier gar nicht. Dann nur Herr Görzel, bitte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank.

Gibt es weitere Wahlvorschläge? - Einen kleinen Moment, bitte.

Mir liegen hier Ihre Listenvorschläge vor. Ich werde sie Ihnen jetzt vorlesen - ich gehe davon aus, dass auf der Folie das Gleiche steht wie bei mir -:

- Listenvorschlag 1 (Bündnis 90/Die Grünen): Christiane Martin, Ulrike Kessing, Max Derichsweiler, Sandra Schneeloch
- Listenvorschlag 2 (SPD): Frau Jäger, Herr Dr. Krupp, Frau Brock-Storms
- Listenvorschlag 3 (CDU): Dr. Ralph Elster, Ira Sommer, Felix Spehl
- Listenvorschlag 4 (DIE LINKE): Frau Tokyürek
- Listenvorschlag 5 (FDP): Herr Görzel
- Listenvorschlag 6 (Volt): Frau Venturini
- Listenvorschlag 7 (AfD): Herr Busch

Dann können wir mit der Wahl beginnen. Vor der Wahl möchte ich allerdings noch die Stimmzahlen feststellen.

Es sind folgende Ratsmitglieder bei der heutigen Ratssitzung anwesend: Bündnis 90/Die Grünen 26, SPD 19, CDU 19, DIE LINKE sechs, FDP fünf, Volt vier, AfD drei, Die PARTEI zwei, KLIMA FREUNDE zwei, Ratsgruppe GUT zwei und Herr Wortmann als Einzelmandatsträger. Ich habe kein Stimmrecht, sodass es insgesamt 89 Stimmen sind.

Ich rufe jetzt die Wahlvorschläge auf und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Ihre Wahlentscheidung dadurch kenntlich machen würden, dass Sie deutlich Ihre Hand heben, wenn der Wahlvorschlag aufgerufen wird, den Sie unterstützen wollen. Bitte halten Sie die Hand auch so lange hoch, bis ich Ihnen ein Signal gebe; denn wir müssen mitzählen, und das geht nur, wenn wir jetzt alle mit ganz viel Disziplin bei der Sache sind.

Ich beginne nun mit dem Aufruf der Wahlvorschläge. Wer stimmt für den Listenvorschlag 1, Bündnis 90/Die Grünen? - Das sind alle Stimmen der Grünen. Wer stimmt für den Listenvorschlag 2, SPD? - Das sind alle Stimmen der SPD. Wer stimmt für den Listenvorschlag 3, CDU? - Das sind alle Stimmen der CDU. Wer stimmt für den Listenvorschlag 4, DIE LINKE? - Das sind alle Stimmen der LINKEN. Wer stimmt für den Listenvorschlag 5, FDP? - Das sind alle Stimmen der FDP und Herr Wortmann. Wer stimmt für den Listenvorschlag 6, Volt? - Das sind Volt, die Ratsgruppe GUT, Die PARTEI und die KLIMA FREUNDE, also zehn Stimmen. Wer stimmt für den Listenvorschlag 7, AfD? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine.

Jetzt bitte ich Sie um einen kleinen Moment Geduld. Wir müssen noch einmal kurz rechnen.

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen nun das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Abgegebene Stimmen 89, keine ungültigen Stimmen und auch keine Enthaltungen, also 89 gültige Stimmen. Damit sind alle vorgeschlagenen Personen der Listen 1 bis 6 gewählt. Ich kann sie Ihnen

auch gerne noch einmal vortragen; aber sie stehen ja auf der Folie. - Gut.

Auf die Liste 7 entfällt kein Sitz.

Meine Damen und Herren, sofern eine Fraktion nach der Wahl keine stimmberechtigten Mitglieder in den Wahlprüfungsausschuss entsendet, kann sie in dem Ausschuss durch ein beratendes Mitglied vertreten werden.

Soll für die Fraktion der AfD ein beratendes Mitglied bestellt werden?

(Matthias Büschges [AfD]: Ja!)

- Das ist der Fall. - Bevor wir darüber abstimmen, müssen wir bitte noch den Namen wissen. Wer soll das sein? Ich bin jetzt davon ausgegangen, dass es derjenige sein soll, der auf unserer Liste steht.

(Matthias Büschges [AfD]: Richtig! Genau! Herr Busch!)

- Ja, damit da auch Klarheit besteht.

(Matthias Büschges [AfD]: Ja!)

- Okay.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die SPD-Fraktion, DIE LINKE, Die PARTEI, die KLIMA FREUNDE und Volt enthalten sich. Damit ist das trotzdem so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir müssen außerdem noch den Ausschussvorsitz und die Stellvertretungen namentlich benennen.

Ich möchte die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU bitten, namentlich den Vorsitzenden bzw. die stellvertretenden Vorsitzenden zu benennen. - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte als Vorsitzenden Herrn Max Derichsweiler vorschlagen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Benennen.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Benennen. Entschuldigung. Benennen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. - Stellvertreter?

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin, die CDU-Fraktion benennt Dr. Ralph Elster als stellvertretenden Vorsitzenden.

Mike Homann (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, die SPD-Fraktion benennt Christiane Jäger.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen, meine Damen und Herren.

Es liegen folgende Vorschläge für die Besetzung des Wahlprüfungsausschusses vor:

Vorschlag 1 - Bündnis 90/Die Grünen

1. Christiane Martin

2. Ulrike Kessing

3. Max Derichsweiler

4. Sandra Schneeloch

Vorschlag 2 - SPD-Fraktion

1. Christiane Jäger

2. Dr. Gerrit Krupp

3. Claudia Brock-Storms

Vorschlag 3 – CDU-Fraktion

1. Dr. Ralph Elster

2. Ira Sommer

3. Felix Spehl

Vorschlag 4 – Fraktion Die Linke

1. Güldane Tokyürek

Vorschlag 5 – FDP-Fraktion

1. Volker Görzel

Vorschlag 6 – Volt-Fraktion

1. Isabella Venturini

Vorschlag 7 – AfD-Fraktion

1. Phillip Busch (Sachkundiger Bürger)

In offener Wahl wird wie folgt abgestimmt:

Abgegebene Stimmen insgesamt:	*89*
Davon gültige Stimmen:	*89*
Enthaltung	*0*

Die Stimmen verteilen sich wie folgt und ergeben unter Anwendung des Zuteilungsverfahrens nach Hare-Niemeyer folgende Anzahl von Sitzen für die einzelnen Vorschläge:

Vorschlag - Faktion	*Stimmen*	*Sitze*
Für Vorschlag 1 - Bündnis 90/Die Grünen	*26*	*4*
Für Vorschlag 2 - SPD	*19*	*3*
Für Vorschlag 3 - CDU	*19*	*3*
Für Vorschlag 4 - Die Linke.	*6*	*1*
Für Vorschlag 5 - FDP	*6*	*1*
Für Vorschlag 6 - Volt	*10*	*1*
Für Vorschlag 7 - AfD	*3*	*0*

Da die AfD-Fraktion nach der Wahl keine stimmberechtigten Mitglieder in den Wahlprüfungsausschuss entsendet, kann sie in dem Ausschuss nach § 58 Absatz 1 Satz 7 10 Gemeindeordnung NRW durch ein beratendes Mitglied vertreten werden. Sie benennt

Phillip Busch (Sachkundiger Bürger)

Ergebnis der Wahl:

I. Der Rat wählt in den Wahlprüfungsausschuss zur Vorbereitung der Beschlussfassung über die Einsprüche zur Kommunal- und Integrationsratswahl der Stadt Köln 2020 sowie zur Vorbereitung der Feststellung der Gültigkeit dieser Wahlen:

Stimmberechtigte Mitglieder:

1. Christiane Martin

2. Ulrike Kessing

3. Max Derichsweiler

4. Sandra Schneeloch

5. Christiane Jäger 6. Dr. Gerrit Krupp

7. Claudia Brock-Storms

8. Bürgermeister Dr. Ralph Elster 9. Ira Sommer

10. Felix Spehl

11. Güldane Tokyürek

12. Volker Görzel

13. Isabella Venturini

Beschluss:

II. Beratende Mitglieder:

Der Rat bestellt nach § 58 Absatz 1 Satz 7 - 10 Gemeindeordnung NRW zum beratenden Mitglied im Wahlprüfungsausschuss

Name: Phillip Busch (Sach-Fraktion: für die kundiger Bürger) AfD-Fraktion

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD, Die Linke., Volt sowie der Gruppen Die PARTEI und KLIMA FREUNDE zugestimmt.

III. Namentliche Benennung der Ausschussvorsitzenden gemäß der Festlegung des Zugriffs unter TOP 8.7:

Ausschussvorsitzender
RM Max Derichsweiler

1. Stellvertreter
Bürgermeister Dr. Ralph Elster

2. Stellvertreterin
RM Christiane Jäger

Anmerkung:
RM Hammer benennt den Ausschussvorsitzenden, RM Kienitz den 1. stellvertretenden Ausschussvorsitzenden und RM Homann die 2. stellvertretende Ausschussvorsitzende

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

8.9 Wahl und Bestellung der Mitglieder des Hauptausschusses

I. Stimmberechtigte Mitglieder

II. Beratende Mitglieder gemäß § 58 Absatz 1 Sätze 7 bis 10 Gemeindeordnung NRW

3128/2020

Ihnen liegt zu diesem Punkt eine Vorlage vor.

Das Verfahren habe ich ja gerade schon erläutert.

An dieser Stelle möchte ich auch darauf hinweisen, dass für den Hauptausschuss keine sachkundigen Bürger sowie Einwohnerinnen und Einwohner benannt werden können.

Zuerst habe ich zu fragen, ob Sie sich auf einen einheitlichen Wahlvorschlag haben verständigen können. - Das ist nicht der Fall.

Es liegen bereits Listenvorschläge vor. Gibt es weitere Wahlvorschläge?

Michael Hock (Die PARTEI): Dazu eine Nachfrage von der Gruppe Die PARTEI: Ich hatte für einen Listenvorschlag für den Hauptausschuss eingereicht. Ist er bei Ihnen schon berücksichtigt? - Das ist wohl nicht der Fall. Dann möchte ich das noch einmal mündlich machen. Ich hatte Frau Lange eine E-Mail geschickt. Mir wurde zugesichert, dass das berücksichtigt wird.

Die Gruppe Die PARTEI stellt Michael Hock als Listenkandidaten auf.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann tragen wir das ein. - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, bei dem Listenvorschlag 5 müsste „FDP“ stehen. Wir schlagen - das hatte ich auch weitergegeben - Ralph Sterck vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke.

Gibt es weitere Listenvorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Dann verlese ich jetzt alle Wahlvorschläge - Sie sehen sie auch auf der Folie -:

- Listenvorschlag 1 (Bündnis 90/Die Grünen): Christiane Martin, Lino Hammer, Ulrike Kessing, Manfred Richter
- Listenvorschlag 2 (SPD): Herr Homann, Herr Joisten, Frau Steinmann
- Listenvorschlag 3 (CDU): Bernd Petelkau, Ursula Gärtner, Niklas Kienitz
- Listenvorschlag 4 (DIE LINKE): Herr Kockerbeck
- Listenvorschlag 5 (FDP): Herr Sterck
- Listenvorschlag 6 (Volt): Frau Glashagen
- Listenvorschlag 7 (AfD): Herr Tritschler
- Listenvorschlag 8 (Die PARTEI): Michael Hock

Weitere Vorschläge sehe ich nicht.

Dann können wir mit der Wahl beginnen. Das machen wir so wie gerade. Bitte begleiten Sie den Wahlvorschlag, den Sie unterstützen, sehr deutlich mit Ihrem Handzeichen. Vorschlag 1, Liste der Grünen. - Das ist die Fraktion der Grünen. Liste 2, SPD. - Das ist die SPD-Fraktion. Listenvorschlag 3, CDU. - Das ist die CDU-Fraktion. Listenvorschlag 4, DIE LINKE. - Das ist DIE LINKE. Listenvorschlag 5, FDP. - Das sind die FDP und Herr Wortmann. Listenvorschlag 6, Volt. - Das sind Volt. Listenvorschlag 7, AfD. - Das ist die AfD. Listenvorschlag 8, Die PARTEI. - Das sind Die PARTEI, die KLIMA FREUNDE und die Ratsgruppe GUT. Gibt es Enthaltungen? - Kann es überhaupt noch Enthaltungen geben? Ich glaube nicht. Ich sehe auch keine.

Dann bitte ich wieder um einen Moment Geduld, damit wir die Sitzverteilung berechnen können.

Meine Damen und Herren, das Ergebnis wird jetzt noch in die Folie eingearbeitet. Aber ich darf Ihnen schon sagen: Wie eben sind 89 Stimmen abgegeben worden. Es gab keine ungültige Stimme und keine Enthaltung, also 89 gültige Stimmen. Alle in den Listen 1 bis 6 und 8 genannten Personen sind gewählt worden.

Auf die Liste 7 ist kein Platz entfallen.

Das vorhin Gesagte gilt aber auch hier. Sofern eine Fraktion nach der Wahl keine stimmberechtigten Mitglieder in den Hauptausschuss entsendet, kann sie in dem Ausschuss durch ein beratendes Mitglied vertreten werden.

Ich frage zunächst: Soll das der Fall sein?

(Matthias Büschges [AfD]: Ja, bitte!)

- Ja. - Darf ich hier auch davon ausgehen, dass Herr Tritschler von Ihnen benannt wird?

(Matthias Büschges [AfD]: Ja!)

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Gibt es Enthaltungen? - DIE LINKE, Die Partei und die KLIMA FREUNDE enthalten sich. Damit ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt die erste Runde der Bildung der Ausschüsse ergebnisreich hinter uns gebracht.

Es liegen folgende Vorschläge für die Besetzung des Hauptausschusses vor:

Vorschlag 1 - Bündnis 90/Die Grünen

1. Christiane Martin

2. Lino Hammer

3. Ulrike Kessing

4. Manfred Richter

Vorschlag 2 - SPD-Fraktion

1. Mike Homann

2. Christian Joisten

3. Lisa Steinmann

Vorschlag 3 – CDU-Fraktion

1. Bernd Petelkau

2. Ursula Gärtner

3. Niklas Kienitz

Vorschlag 4 – Fraktion Die Linke

1. Heiner Kockerbeck

Vorschlag 5 – FDP-Fraktion

1. Ralph Sterck

Vorschlag 6 – Volt-Fraktion

1. Jennifer Glashagen

Vorschlag 7 – AfD-Fraktion

1. Sven Tritschler

Vorschlag 8 – Die PARTEI

1. Michael Hock

In offener Wahl wird wie folgt abgestimmt:

Abgegebene Stimmen insgesamt:	*89*
Davon gültige Stimmen:	*89*
Enthaltung	*0*

Die Stimmen verteilen sich wie folgt und ergeben unter Anwendung des Zuteilungsverfahrens nach Hare-Niemeyer folgende Anzahl von Sitzen für die einzelnen Vorschläge:

Vorschlag - Faktion	*Stimmen*	*Sitze*
Für Vorschlag 1 - Bündnis 90/Die Grünen	*26*	*4*
Für Vorschlag 2 - SPD	*19*	*3*
Für Vorschlag 3 - CDU	*19*	*3*
Für Vorschlag 4 - Die Linke.	*6*	*1*
Für Vorschlag 5 - FDP	*6*	*1*
Für Vorschlag 6 - Volt	*4*	*1*
Für Vorschlag 7 – AfD	*3*	*0*
Für Vorschlag 8 – Die PARTEI	*6*	*1*

Da die AfD-Fraktion nach der Wahl keine stimmberechtigten Mitglieder in den Hauptausschuss entsendet, kann sie in dem Ausschuss nach § 58 Absatz 1 Satz 7 - 10 Gemeindeordnung NRW durch ein beratendes Mitglied vertreten werden.

Sie benennt dafür

Sven Tritschler

Ergebnis der Wahl:

I. Der Rat wählt folgende 14 Ratsmitglieder als stimmberechtigte Mitglieder in den Hauptausschuss:

1. Christiane Martin

2. Lino Hammer

3. Ulrike Kessing

4. Manfred Richter

5. Mike Homann

6. Christian Joisten

7. Lisa Steinmann

8. Bernd Petelkau

9. Ursula Gärtner

10. Niklas Kienitz

11. Heiner Kockerbeck

12. Ralph Sterck

13. Jennifer Glashagen

14. Michael Hock

Beschluss:

II. Der Rat bestellt nach § 58 Absatz 1 Satz 7 - 10 Gemeindeordnung NRW zum beratenden Mitglied im Hauptausschuss

Name: Sven Tritschler Fraktion: AfD-Fraktion

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Faktion Die Linke. sowie der Gruppen Die PARTEI und KLIMA FREUNDE zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nun kommen wir zu:

9 Ehrenkodex und Leitfaden für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zum Umgang mit mandatsbezogenen Vorteilen

2976/2020

Auch in der Vergangenheit hat der Rat mit seiner Zustimmung zum Ehrenkodex und der Verabschiedung des Leitfadens ein deutliches Bekenntnis gegen Korruption und für eine verantwortungsvolle und ausschließlich am Gemeinwohl und an dessen Interessen orientierte Wahrnehmung des übertragenen Mandats abgegeben.

Ich gehe davon aus, dass wir das auch in dieser Ratsperiode tun wollen.

Darüber hinaus wird der Verweis auf den Leitfaden in § 21a Abs. 3 Ziffer 1 der Hauptsatzung angepasst, damit er sich der Einfachheit halber auf die jeweils aktuelle Fassung des Leitfadens bezieht.

Die Vorlage, über die ich jetzt gerne abstimmen lassen würde, liegt Ihnen vor. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen. - Vielen Dank.

Beschluss:

I. Der Rat beschließt den in Anlage 1 beigefügten Leitfaden für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der Stadt Köln und nimmt den in Anlage 2 enthaltenen Ehrenkodex zur Kenntnis.

II. Der Rat beschließt deshalb, den Verweis auf den Leitfaden in der Hauptsatzung der Stadt Köln zu aktualisieren. § 21 a Absatz 3 Ziffer 1 der Hauptsatzung wird geändert in:

„(3) Aufgaben des Ältestenrates sind:

1. die Beratung der Gremienmitglieder zur Auslegung des Leitfadens für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger und die Entwicklung praxisbezogener Handlungshinweise oder Änderungsvorschläge zum Leitfaden;“

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, dann kommen wir zu:

10 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW

Tagesordnungspunkt

10.1 Verwendung von Restmitteln aus dem Haushaltsjahr 2020 für Digitalisierungsbeschaffungen bei den Interkulturellen Zentren

2715/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Freigabe von Restmitteln in Höhe von maximal 36.834,- € für die Anschaffung von IT-Equipment (z.B. mobile End- und Leihgeräte, Programmlizenzen) bei den Interkulturellen Zentren.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.2 Vierte Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2020

2888/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die FDP enthält sich. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

Gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW in Verbindung mit § 41 GO NW und § 6 LÖG NW wird die als Anlage 1 beigefügte Verordnung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.3 Förderprogramm „Nationale Projekte des Stadtbaus 2021“

Unterstützungsbeschluss zur Teilnahme am Förderaufruf des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

2917/2020

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 60 Abs. 1 GO NRW, die Verwaltung zu beauftragen, dem zweistufigen Projektaufruf des Bundesministeriums des Innern für Bau und Heimat zu folgen und sich um die Förderung von Investitionen in "Nationale Projekte des Städtebaus" mit der Maßnahme "Sanierung der Außenbeleuchtung des Kölner Doms " für den Förderzeitraum 2021 bis 2023 zu bewerben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen nun zu dem vorhin eingebrachten Dringlichkeitsantrag. Ich rufe auf:

13 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, FDP und Volt betreffend „Neustrukturierung der Fraktionszuwendungen“

AN/1257/2020

Die Fraktion DIE LINKE möchte Einzelabstimmung zu den Punkten A und B beantragen. Habe ich das richtig verstanden?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ja!)

Dann lasse ich zunächst über Teil A abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Der LINKEN. Damit ist das so beschlossen.

Ich lasse jetzt über Teil B abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Jetzt erfolgt noch eine Abstimmung über die gesamte Vorlage. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN. Damit ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

Einzelabstimmung zu den Punkten A und B:

I. Zu Punkt A:

Beschluss:

A. Ratsfraktionen

Die Systematik der Zuwendungen an die Fraktionen für die sächlichen und personellen Aufwendungen der Fraktionsgeschäftsstellen wird folgendermaßen geändert:

1. Für ihre Geschäftsführung erhält jede Fraktion einen Sockelbetrag von 170.000 € pro Jahr.

2. Darüber hinaus werden die bisher separat gezahlten Personalkostenzuschüsse, die Pro-Kopf-Pauschale pro Ratsmitglied sowie die Fortbildungsmittel zu einem Pauschalbetrag je zusätzlichem Ratsmitglied (ab dem 4. Ratsmitglied) umgewandelt, der folgendermaßen gestaffelt und in gleichen monatlichen Teilbeträgen ausgezahlt wird:

+ 1 RM:55.000 €/je Ratsmitglied im Jahr (Fraktion aus 4 Ratsmitgliedern)

+ 2 – 5 RM: 50.000 €/je Ratsmitglied im Jahr (Fraktion aus 5 – 8 Ratsmitgliedern)

+ 6 – 9 RM: 47.500 €/je Ratsmitglied im Jahr (Fraktion aus 9 – 12 Ratsmitgliedern)

+ 10 – 13 RM: 45.000 €/je Ratsmitglied im Jahr

(Fraktion aus 13 – 16 Ratsmitgliedern)

+ 14 – 17 RM: 42.500 €/je Ratsmitglied im Jahr

(Fraktion aus 17 - 20 Ratsmitgliedern)

+ 18 – 21 RM: 41.250 €/je Ratsmitglied im Jahr

(Fraktion aus 21 – 24 Ratsmitgliedern)

+ 22 – 24 RM: 40.000 €/je Ratsmitglied im Jahr

(Fraktion aus 25 – 27 Ratsmitgliedern)

+ 25 – 27 RM: 38.750 €/je Ratsmitglied im Jahr

(Fraktion aus 28 – 30 Ratsmitgliedern)

3. Nicht verbrauchte Restmittel können in Höhe der Zuwendungen eines Quartals in das Folgejahr übertragen werden.

4. Die Gewährung von Sachleistungen wird wie folgt geändert (s. Anlage 1):

a. Das Dienstfahrzeug inkl. Fahrer entfällt.

b. Die Zuteilung von Büro- und Sitzungsräumen wird entsprechend den geänderten Ansprüchen geregelt.

c. Die technische Ausstattung der Arbeitsplätze wird vereinheitlicht.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

II. zu Punkt B Beschluss:

B. <u>Bezirksvertretungen</u>

1. Die Fraktionen in den Bezirksvertretungen erhalten als Zuwendung für ihre Geschäftsführung eine monatliche Pro-Kopf-Pauschale in Höhe von 85 € (bisher: 50 €) je Mitglied.

Nicht verbrauchte Restmittel können bis zur Hälfte der jährlichen Zuwendung in das Folgejahr übertragen werden.

2. Jeder Fraktion in den Bezirksvertretungen wird ein Raum mit Schreibtischarbeitsplatz (PC mit Internet-/Intranet Zugang, Telefon und Drucker) sowie eine entsprechende Anzahl an Stühlen zur alleinigen Nutzung zur Verfügung gestellt.

Die Mitnutzung eines Kopiergerätes der Verwaltung soll ermöglicht werden. Sofern die räumlichen Gegebenheiten es erlauben, kann den Fraktionen eine Besprechungseinheit (Besprechungstisch plus Stühle) zur Verfügung gestellt werden.

Den Fraktionen wird bei Bedarf und im Rahmen der räumlichen Kapazitäten die Mitnutzung eines Besprechungsraumes der Verwaltung ermöglicht. Bei

der Vergabe der Räumlichkeiten gehen die Bedarfe der Verwaltung vor. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die Nutzung bestimmter Besprechungsräume.

*3. Einzelmandatsträger*innen:*

*Den Einzelmandatsträgern*innen einer Bezirksvertretung wird ein Raum mit Schreibtischarbeitsplatz (PC mit Internet-/Intranet Zugang, Telefon, Drucker) sowie*

eine entsprechende Anzahl an Stühlen zur gemeinsamen Nutzung zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

III. Abstimmung über den Gesamtantrag Beschluss:

A. Ratsfraktionen

Die Systematik der Zuwendungen an die Fraktionen für die sächlichen und personellen Aufwendungen der Fraktionsgeschäftsstellen wird folgendermaßen geändert:

1. Für ihre Geschäftsführung erhält jede Fraktion einen Sockelbetrag von 170.000 € pro Jahr.

2. Darüber hinaus werden die bisher separat gezahlten Personalkostenzuschüsse, die Pro-Kopf-Pauschale pro Ratsmitglied sowie die Fortbildungsmittel zu einem Pauschalbetrag je zusätzlichem Ratsmitglied (ab dem 4. Ratsmitglied) umgewandelt, der folgendermaßen gestaffelt und in gleichen monatlichen Teilbeträgen ausgezahlt wird:

+ 1 RM:

55.000 €/je Ratsmitglied im Jahr (Fraktion aus 4 Ratsmitgliedern)

+ 2 – 5 RM:

50.000 €/je Ratsmitglied im Jahr (Fraktion aus 5 – 8 Ratsmitgliedern)

+ 6 – 9 RM:

47.500 €/je Ratsmitglied im Jahr (Fraktion aus 9 – 12 Ratsmitgliedern)

+ 10 – 13 RM:

45.000 €/je Ratsmitglied im Jahr

(Fraktion aus 13 – 16 Ratsmitgliedern)

+ 14 – 17 RM:

42.500 €/je Ratsmitglied im Jahr

(Fraktion aus 17 - 20 Ratsmitgliedern)

+ 18 – 21 RM:

41.250 €/je Ratsmitglied im Jahr

(Fraktion aus 21 – 24 Ratsmitgliedern)

+ 22 – 24 RM:

40.000 €/je Ratsmitglied im Jahr

(Fraktion aus 25 – 27 Ratsmitgliedern)

+ 25 – 27 RM:

38.750 €/je Ratsmitglied im Jahr

(Fraktion aus 28 – 30 Ratsmitgliedern)

3. Nicht verbrauchte Restmittel können in Höhe der Zuwendungen eines Quartals in das Folgejahr übertragen werden.

4. Die Gewährung von Sachleistungen wird wie folgt geändert (s. Anlage 1):

a. Das Dienstfahrzeug inkl. Fahrer entfällt.

b. Die Zuteilung von Büro- und Sitzungsräumen wird entsprechend den geänderten Ansprüchen geregelt.

c. Die technische Ausstattung der Arbeitsplätze wird vereinheitlicht.

B. Bezirksvertretungen

1. Die Fraktionen in den Bezirksvertretungen erhalten als Zuwendung für ihre Geschäftsführung eine monatliche Pro-Kopf-Pauschale in Höhe von 85 € (bisher: 50 €) je Mitglied.

Nicht verbrauchte Restmittel können bis zur Hälfte der jährlichen Zuwendung in das Folgejahr übertragen werden.

2. Jeder Fraktion in den Bezirksvertretungen wird ein Raum mit Schreibtischarbeitsplatz (PC mit Internet-/Intranet Zugang, Telefon und Drucker) sowie eine entsprechende Anzahl an Stühlen zur alleinigen Nutzung zur Verfügung gestellt.

Die Mitnutzung eines Kopiergerätes der Verwaltung soll ermöglicht werden. Sofern

die räumlichen Gegebenheiten es erlauben, kann den Fraktionen eine Besprechungseinheit (Besprechungstisch plus Stühle) zur Verfügung gestellt werden.

Den Fraktionen wird bei Bedarf und im Rahmen der räumlichen Kapazitäten die Mitnutzung eines Besprechungsraumes der Verwaltung ermöglicht. Bei der Vergabe der Räumlichkeiten gehen die Bedarfe der Verwaltung vor. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die Nutzung bestimmter Besprechungsräume.

*3. Einzelmandatsträger*innen:*

*Den Einzelmandatsträgern*innen einer Bezirksvertretung wird ein Raum mit Schreibtischarbeitsplatz (PC mit Internet-/Intranet Zugang, Telefon, Drucker) sowie eine entsprechende Anzahl an Stühlen zur gemeinsamen Nutzung zur Verfügung gestellt.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Anmerkung:
Einzelabstimmung zu den Punkten A und B auf Antrag von RM Weisenstein.

Die AfD-Fraktion hat nach der Abstimmung zur Protokoll gegeben, dass sie gegen den Antrag stimmen wollte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Hiermit verlassen wir den öffentlichen Teil. Ich würde gerne die Nichtöffentlichkeit herstellen, meine Damen und Herren. - Ich bedanke mich für Ihr Interesse. Auf Wiedersehen!

(Schluss: 15.23 Uhr)

2. Sitzung vom 3. Dezember 2020

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Aus der 1. konstituierenden Sitzung zurückgestellte Vorlagen

1.1 Festlegung der Anzahl und Bezeichnung der Ausschüsse (außer für Haupt- und Wahlprüfungsausschuss)

1275/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt

AN/1439/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und der Gruppen KLIMA FREUNDE und Die PARTEI

AN/1444/2020

1.2 Festlegung der Anzahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder (außer für Haupt- und Wahlprüfungsausschuss)

1485/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt

AN/1422/2020

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

AN/1441/2020

1.3 Festlegung der Anzahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner in den Ausschüssen

1648/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt

AN/1421/2020

1.4 Festlegung der Anzahl der Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter der bzw. des Ausschussvorsitzenden

(außer für Wahlprüfungsausschuss)

2015/2020

1.5 Zuteilung der Ausschussvorsitze und der stellvertretenden Ausschussvorsitze

2017/2020

2 Bildung der Fachausschüsse und des Integrationsrates

2.1 Wahl und Bestellung von Ausschussmitgliedern hier: I) Stimmberechtigte Mitglieder

II) Beratende Mitglieder gemäß § 58 Absatz 1 Sätze 7 - 10 Gemeinde ordnung NRW

2020/2020

2.2 Namentliche Benennung der Ausschussvorsitzenden und der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

2.3 Bildung des Jugendhilfeausschusses

2.3.1 Neubesetzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) - stimmberechtigte Mitglieder

2797/2020

2.3.2 Besetzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) - beratende Pflichtmitglieder

2735/2020

2.3.3 Besetzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) - weitere beratende Mitglieder

2814/2020

Änderungsantrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke. und FDP

AN/1443/2020

2.4 Benennung und Wahl beratender Mitglieder in den Ausschüssen

2.4.1 Wahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner in den Ausschüssen gemäß Ratsbeschluss vom 05.11.2020

2046/2020

zurückgestellt

2.4.2 Bestellung weiterer sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner hier: Festlegung der Anzahl und Bestimmung der Träger

- **Ausschuss für Kunst und Kultur (zugleich Fachausschuss für Denkmalschutz und Denkmalpflege**
- **Ausschuss für Soziales und Senioren**
- **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**

2048/2020

2.4.3 Berufung von Mitgliedern mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung

2810/2020

2.4.4 Festlegung der Anzahl der Ausschüsse für fraktionslose Ratsmitglieder gemäß § 58 Absatz 1 Satz 11 und 12 GO NRW

2002/2020

Änderungsantrag der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT

AN/1391/2020

2.5 Bestellung der Mitglieder des Rates für den Integrationsrat der Stadt Köln für die Wahlperiode 2020 - 2025

3145/2020

3 Weitere Gremienbesetzungen

3.1 Bildung der 15. Landschaftsversammlung Rheinland

hier: Wahl der von der Stadt Köln zu entsendenden Mitglieder und Ersatzmitglieder sowie Wahl der Reservelisten

2032/2020

3.2 Wahl des Vorsitzenden des Ältestenrates

2975/2020

3.3 Wahl der Mitglieder des Ältestenrates

2977/2020

3.4 Wahl von drei Delegierten für die Konferenz der Ratsmitglieder des Städtetag NRW

3405/2020

4 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW

4.1 Fünfte Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Kernbereich Innenstadt

2902/2020

4.2 Bestellung der Vertretung der Stadt Köln zur Entsendung in die Verbandsversammlung des Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister (KDN)

2744/2020

4.3 Haushaltsneutrale Umschichtung von Transferaufwendungen 2020

2779/2020

5 Vorlagen zur Vermeidung von Dringlichkeitsentscheidungen

6 Weitere Vorgänge

7 ---

Vorsitzende

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder

Abé, Denise; Achtelik, Christian; Aengenvoort, Constanze; Akude, John, Dr.; Bauer-Dahm, Daniel; Benthem van, Henk; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brock-Storms, Claudia; Bülow von, Brigitta, Bürgermeisterin; Büschges, Matthias; Cremer, Christer; De Bellis-Olinger, Teresa; Derichsweiler, Max Christian; Detjen, Jörg; Dickas, Birgit Beate; Elster, Ralph, Bürgermeister Dr.; Frebel, Polina; Gabrysch, Nicolin; Gärtner, Ursula; Giesen, Manfred, Bezirksbürgermeister; Glashagen, Jennifer; Görzel, Volker; Haeming, Eric; Hammer, Lino; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Helmis, Maria; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Hock, Michael; Hölzing-Clasen, Bärbel; Homann, Mike; Hoyer, Katja; Jäger, Christiane; Jeschka, Manuel; Joisten, Christian; Karadag, Derya; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klemm, Ralf; Kockerbeck, Heiner; Krupp, Gerrit, Dr.; Lorenz, Lukas; Lutz, David, Dr.; Martin, Christiane; Marx, Werner; Michalak, Mario; Michel, Dirk; Niknamtavin, Sarah; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pütz, Pascal; Recktenwald, Viola; Richter, Manfred; Röhrig, Ursula; Roß-Belkner, Monika; Rudolph, Floris; Ruffen, Stefanie; Schallehn, Robert; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schlömer, Ursula; Schneeloch, Sandra; Scho-Antwerpes, Elfi; Schwanitz, Hans; Seeck, Oliver; Seiger, Christine; Sommer, Ira; Spehl, Felix; Steinmann, Lisa; Sterck, Ralph; Syndicus, Karina; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf, Dr.; Venturini, Isabella; Wahlen, Lars; Weber, Florian; Weisenstein, Michael; Welter, Thomas; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yazicioglu, Dilan; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeister

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung

Vogel, Alexander;

Stenografen

Herr Hoffmann;

Schriftführerin

Lange, Maria;

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Erkelenz, Martin; Tritschler, Sven;

Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister

Weitekamp, Cornelia, Bezirksbürgermeisterin; Spelthann, Volker; Siebert, Diana, Bezirksbürgermeisterin Dr.; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Stiller, Sabine, Bezirksbürgermeisterin; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung

Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Blome, Andrea, Beigeordnete; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete; Haaks, Stefanie; Steinkamp, Dieter, Dr.; Mötting, Bettina;

(Beginn: 14.07 Uhr - Ende: 19.21 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, meine Damen und Herren! Ich eröffne die zweite Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße natürlich sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und Sie natürlich, alle Mitglieder des Rates.

(Zuruf: Lauter, bitte!)

- Bin ich nicht zu hören?

(Zurufe: Nein! - Schlecht!)

- Das ist die Maske. Es wird gerade reguliert. Sonst müsste ich nämlich auch noch schreien.

Die Verwaltung nimmt heute in reduzierter Besetzung teil. Nach den mir vorliegenden Meldungen sind Herr Erkelenz und Herr Tritschler entschuldigt.

Meine Damen und Herren, wir werden heute die Ausschüsse bilden und besetzen und einige weitere Gremien wählen. Daher schlage ich vor, dass wir auch heute wieder eine Stimmzählerin und

fünf Stimmzähler bestimmen. Das, schlage ich vor, werden sein: Frau Heuser, Herr Dr. Krupp, Herr Dr. Schlieben, Herr Detjen, Herr Görzel und Herr Jeschka. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Sind alle Genannten bereit, diese Aufgabe zu übernehmen? - Das ist ja ganz wunderbar, vielen Dank.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zusetzungen sind gekennzeichnet und die Änderungsanträge bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Verwaltung schlägt eine Zusetzung vor, und zwar im öffentlichen Teil: die Gremienbesetzung unter TOP 3.4. Gibt es Wortmeldungen dazu? - Eine Wortmeldung. - Bitte, Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage, dass wir den Tagesordnungspunkt 2.4.1, die Wahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner, in die Sitzung vom 10.12. vertagen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann zur Reihenfolge der Tagesordnung. - Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann frage ich abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die mit dem Änderungsvorschlag versehene Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste im Zuschauerbereich, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, den anwesenden Bezirksbürgermeister sowie die neu und wiedergewählten Ratsmitglieder.

I. Die Oberbürgermeisterin schlägt vor, außer den nach § 11 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen vorgesehenen drei Stimmzählerinnen und Stimmzähler wegen der in dieser Sitzung vorzunehmenden Wahlen zusätzlich drei weitere zu bestimmen.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler schlägt sie RM Heuser, RM Dr. Krupp, RM Dr. Schlieben und zusätzlich RM Detjen, RM Görzel und RM Jeschka vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

Anmerkung:
Bestellung von drei weiteren Stimmzählern aufgrund der geheimen Wahlen zu

TOP 2.1: RM Cremer, RM Philippi, RM Rudolph

II. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

3.4 Wahl von drei Delegierten für die Konferenz der Ratsmitglieder des Städtetag NRW

3405/2020

III. RM Hammer beantragt, den Tagesordnungspunkt

2.4.1 Wahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner in den Ausschüssen gemäß Ratsbeschluss vom 05.11.2020

2046/2020

in die Sitzung des Rates am 10.12.2020 zu vertagen.

Der Rat stimmt den Verfahrensvorschlägen und der so geänderten Tagesordnung zu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen bei der Bildung der Fachausschüsse zunächst zu den Vorlagen, die in der ersten Ratssitzung zurückgestellt wurden, nachdem dort der Hauptausschuss und der Wahlprüfungsausschuss gebildet wurden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

1 Aus der 1. konstituierenden Sitzung zurückgestellte Vorlagen

Da wir die Verfahren damals ausführlich erläutert haben, möchte ich es heute kurzhalten. Die aktualisierten Beschlussvorschläge liegen Ihnen vor.

Ich beginne mit

1.1 Festlegung der Anzahl und Bezeichnung der Ausschüsse (außer für Haupt- und Wahlprüfungsausschuss)
1275/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt

AN/1429/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und der Gruppen KLIMA FREUNDE und Die PARTEI

AN/1444/2020

Ich lasse jetzt zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE und der Gruppen KLIMA FREUNDE und Die PARTEI. Gibt es Wortmeldungen? - Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier einen Änderungsantrag zu der Neuzuschneidung der Ausschüsse vorgelegt, weil wir der Auffassung sind, dass ein „Bauen und Wohnen“-Ausschuss nicht nur ein Unterausschuss sein darf, sondern ein regulärer Ausschuss sein muss.

Wir sind der Auffassung, dass wir dem Thema Wohnen eine hohe Priorität einräumen müssen, und dazu braucht es natürlich auch Entscheidungsbefugnisse in einem dementsprechend ernst zu nehmenden Ausschuss.

Wir wollen erreichen, dass in diesem Ausschuss Entscheidungen für mehr bezahlbaren Wohnraum getroffen werden, der auch dauerhaft preiswert ist. Deswegen muss dieser Ausschuss die Flächen den städtischen Unternehmen und Genossenschaften zuweisen, damit diese dort preisgünstige Wohnungen errichten können.

Wir können nicht so weitermachen wie bisher. Die Ziele im Wohnungsbau sind in den letzten Jahren erheblich verfehlt worden. Das Wohnungsbauforum und das Bündnis für Wohnen haben nicht die selbstgesteckten Ziele erreicht. Deswegen bitten wir um Unterstützung des Antrages, der von uns, von den Kollegen von Die PARTEI und vom Klimabündnis hier eingebracht worden ist, damit wir in der nächsten Periode im Wohnungsbau ein Stück weit vorankommen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt hat Herr Weisenstein den zweiten Schritt vor dem ersten gemacht. Ich möchte noch kurz begründen, warum wir die zusätzlichen Ausschüsse, die wir einrichten wollen, einrichten.

Wir richten mit dem Änderungsantrag, der ja von den großen Fraktionen hier gemeinsam getragen wird, zwei zusätzliche Ausschüsse zu den schon bestehenden Gremien, die wir haben, ein. Es handelt sich um einen Ausschuss für Digitalisierung und den Gleichstellungsausschuss - beides nach Ansicht von uns Antragstellerinnen und Antragstellern Themen, die bisher noch nicht in dem Maße behandelt wurden oder die Aufmerksamkeit genossen haben, wie es der Fall sein sollte. Von daher sind das auch entsprechend ordentliche Ausschüsse.

Zur Frage eines eigenständigen Ausschusses für Wohnen. Ich glaube, wir sind sehr gut beraten, wenn wir diesen Ausschuss als Querschnittsausschuss bzw. als Unterausschuss von drei gemeinsamen Ausschüssen einrichten, damit dort die Fragen und Diskussionen auch genau so gebündelt werden können mit der Expertise aus dem Liegenschaftsbereich, aus dem Sozialbereich und aus dem Stadtentwicklungsbereich, sodass ein Unterausschuss der drei genannten Ausschüsse genau der richtige Weg ist, damit umzugehen.

Genauso wollen wir dort auch den Unterausschuss für regionale Zusammenarbeit konstituieren, um aus den im Antrag genannten Themen die Kompetenz aus den Ausschüssen zu bündeln und dort die Diskussion entsprechend vorzuberaten und nicht in den einzelnen Ausschüssen jeweils quasi aneinander vorbei zu diskutieren. Von daher bitte ich um Zustimmung zu unserem gemeinsamen Änderungsantrag. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen? - Herr Joisten, bitte.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion beantragt ja gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien, insbesondere auch mit den LINKEN - interessanterweise -, hier eine bestimmte Aufteilung, wobei wir als Sozialdemokraten auch diesen Unterausschuss Wohnen als Querschnittsausschuss als einen ersten Schritt für uns betrachten. Das will ich nur noch einmal betonen, weil wir in unserem Wahlprogramm - das kann natürlich jeder nachlesen - auch die Forderung nach einem Ausschuss Wohnen formuliert haben. Wir glauben aber, jetzt in einem ersten Schritt hier gemeinsam diesen Weg gehen zu können.

Weil wir aber grundsätzlich das Ziel anstreben, irgendwann auch einmal in einem ordentlichen Ausschuss Wohnen zu landen, werden wir uns jetzt - das will ich an der Stelle nur erklärend hinzufügen - bei dem Antrag der LINKEN entsprechend enthalten und natürlich dem von uns gemeinsam gestellten Antrag zustimmen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Zuruf von der LINKEN: Wir können ja auch mal einen gemeinsam machen!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich zunächst über den Antrag der Fraktion DIE LINKE und der Gruppe KLIMA FREUNDE und Die PARTEI abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, das ist die CDU-Fraktion, das ist die FDP-Fraktion, das sind Herr Wortmann und die AfD. Enthaltungen? - Es enthält sich, wie angekündigt, die SPD-Fraktion. Dann ist der Antrag abgelehnt.

(Zuruf: Volt stimmt zu!)

- Volt stimmt zu?

(Zuruf: Ja!)

- Das haben wir so aufgenommen. Habe ich das nicht gesagt?

(Zuruf: Nein!)

Volt stimmt zu und natürlich die antragstellenden Fraktionen.

Dann zum Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und Volt. - Gibt es Gegenstimmen? - Ach so, wir müssen einzeln abstimmen. Wir müssen zunächst über die weiteren Pflichtausschüsse abstimmen.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Sollen Sie auch nicht, Herr Detjen!

(Heiterkeit und Beifall)

Wir stimmen zunächst über die weiteren Pflichtausschüsse ab. Das ist Anlage 4 der Vorlage, Beschlusspunkt I. in der Fassung des Änderungsantrages. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Dann zu den freiwilligen Ausschüssen, Beschlusspunkt II. des Änderungsantrages. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das auch so beschlossen.

Jetzt lasse ich abstimmen über die Unterausschüsse, Beschlusspunkt III. des Änderungsantrages. Die Unterausschüsse haben 13 stimmberechtigte Mitglieder, werden aber erst im nächsten Jahr besetzt. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke. und der Gruppen KLIMA FREUNDE und Die PARTEI

Beschluss:

In Punkt II. der Beschlussvorlage wird eingefügt:

Der Rat beschließt die Einrichtung eines „Ausschusses für Bauen und Wohnen“. Dieser ersetzt den bisherigen Bauausschuss.

Der „Ausschuss für Bauen und Wohnen“ ist für die folgenden Angelegenheiten zuständig:

I. Der „Ausschuss für Bauen und Wohnen“ erhält die Entscheidungsbefugnis für die folgenden Angelegenheiten:

1. Stadtentwicklungskonzept Wohnen

2. Maßnahmen zum Wohnraumschutz und gegen die Zweckentfremdung von

Wohnraum

3. Wohnraumversorgung und -förderung für von Wohnungslosigkeit betroffene bzw. bedrohte Menschen und für am Wohnungsmarkt benachteiligte Personengruppen

4. Belegungs- und Mietbindungen

5. Mietpreisbindung

6. Energieversorgungskonzept und Maßnahmen zur Energieeinsparung bei Baumaßnahmen

7. An den Klimawandel angepasstes Bauen

Der „Ausschuss für Bauen und Wohnen“ erhält zudem die Entscheidungsbefugnisse des bisherigen Bauausschusses:

8. Planung von städtischen Hochbauten, soweit diese Zuständigkeitsordnung keine besondere Entscheidungsbefugnis vorsieht

9. investive Maßnahmen (beispielsweise Neubau, Ausbau, Umbau und Generalsanierung) und Gestaltung von städtischen Hochbauten bei Kosten von mehr als 150.000 Euro bis einschließlich 1,5 Millionen Euro, soweit diese Zuständigkeitsordnung keine besondere Entscheidungsbefugnis vorsieht

10. Maßnahmen der Bauunterhaltung (beispielsweise Ausstattung, Instandsetzung und Teilsanierung) an städtischen Hochbauten bei Kosten von mehr als 100.000 Euro bis einschließlich 1 Million Euro, soweit diese Zuständigkeitsordnung keine besondere Entscheidungsbefugnis vorsieht

11. Einzelmaßnahmen zur Unterhaltung/Instandsetzung städtischer Brunnen bei Kosten von mehr als 100.000 Euro bis einschließlich 1 Million Euro

12. Wiederaufnahme des Betriebes stillgelegter Brunnen

13. Vergabe von Aufträgen an Architektinnen oder Architekten und Ingenieurinnen oder Ingenieure im Bereich Hochbau (mit Ausnahme der Beauftragung von Prüfingenieurinnen oder Prüfingenieuren, Bausachverständigen, Vermessungsingenieurinnen oder Vermessungsingenieuren, Gutachterinnen oder Gutachtern und Beraterinnen oder Beratern) bei Honorarkosten im Einzelfall von mehr als 25.000 Euro (bei Verträgen nach Honorarordnung für Architekten und Ingenieure: bei mehr als dem Mindestsatz der jeweiligen Honorartafel)

Der „Ausschuss für Bauen und Wohnen“ erhält folgende Entscheidungsbefugnisse, die bislang dem Sozialausschuss zugewiesen waren:

14. Hingabe von Darlehen zur Wohnungsbauförderung bei Darlehensbeträgen bis einschließlich 10.000 Euro je Wohneinheit (für Arbeitgeberdarlehen nach Maßgabe der "Richtlinien für die Vergabe von städtischen Mitteln im Wohnungsbau, Teil H - Städtische Bedienstete" gilt § 25 Nummer 1 Buchstabe b dieser Zuständigkeitsordnung)

15. Förderung des sozialen Wohnungsbaus

16. Wohnungsgesamtplan

17. Programm Wohnungsbau 2000

II. Dem „Ausschuss für Bauen und Wohnen“ werden die folgenden Angelegenheiten zur Vorberatung vorgelegt:

1. investive Maßnahmen (beispielsweise Neubau, Ausbau, Umbau und Generalsanierung) und Gestaltung von städtischen Hochbauten bei Kosten von mehr als 150.000 Euro, soweit der „Ausschuss für Bauen und Wohnen“ nicht selbst entscheidungsbefugt ist

2. Maßnahmen der Bauunterhaltung (beispielsweise Ausstattung, Instandsetzung und Teilsanierung) an städtischen Hochbauten bei Kosten von mehr als 100.000 Euro, soweit der „Ausschuss für Bauen und Wohnen“ nicht selbst entscheidungsbefugt ist

3. Grundsatzfragen zur Unterbringung von Wohnungslosen

4. Erwerb und Vergabe von Flächen für den Wohnungsbau (Konzeptvergabe und Erbbaurecht)

a) Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken bei Beträgen von

mehr als 50.000 Euro bis einschließlich 500.000 Euro

b) Vermietung und Verpachtung städtischer Liegenschaften bei Verträgen mit einer Laufzeit von mehr als fünf bis einschließlich zehn Jahren oder einer Miet- oder Pachtsumme von mehr als 50.000 Euro bis einschließlich 500.000 Euro innerhalb der Laufzeit

5. Stellungnahmen in Raumordnungsverfahren nach dem Landesplanungsgesetz Nordrhein-Westfalen

6. Bauleitplanung, Vorhaben- und Erschließungsplanverfahren und sonstige Satzungsverfahren auf der Grundlage des Baugesetzbuches (BauGB) und des Maßnahmengesetzes (MaßnahmenG) zum BauGB, soweit die Entscheidung nicht gemäß § 41 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe g Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) dem Rat obliegt

7. städtebauliche Einzelbeschlüsse und Blockkonzepte in den vom Rat förmlich festgelegten Sanierungs-, Ersatz- und Ergänzungsgebieten

8. räumliche Entwicklungsplanungen und Rahmenplanungen

9. Regionalplanung einschließlich Gebietsentwicklungsplanung

10. städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen gemäß § 165 BauGB

III. Die städtischen Wohnungsbauunternehmen GAG und WSK, sie städtischen Stadtentwicklungsgesellschaften moderne stadt und modernes köln sowie die auf das Gemeinwohl ausgerichteten Genossenschaften sind in die Ausschussarbeit mit einzubeziehen.

IV. Der Ausschuss wird dem Dezernat der Oberbürgermeisterin angegliedert.

V. Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuständigkeitsordnung zu überarbeiten und dem Rat zu Beschlussfassung vorzulegen.

VI. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, eine Task Force Wohnen zu bilden und alle Ämter in diesem Verwaltungsstab zu bündeln.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, AfD und von RM Wortmann sowie bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion abgelehnt.

II. Punktweise Abstimmung über Anlage 4 der Vorlage in der Fassung des Änderungsantrages der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt zu Beschlusspunkt I

Beschluss:

<u>Zu Beschlusspunkt I</u>

I. In Ergänzung zu seinem Beschluss vom 5. November bildet der Rat außerdem folgende Pflichtausschüsse:

- *Finanzausschuss*

  zugleich: Betriebsausschuss Veranstaltungszentrum Köln

- *Rechnungsprüfungsausschuss*
- *Jugendhilfeausschuss*
- *Wahlausschuss für die Kommunalwahl gemäß § 2 Abs. 3 Kommunalwahlgesetz NRW*
- *Kreiswahlausschuss gemäß § 10 Abs. 3 Landeswahlgesetz NRW*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

<u>Zu Beschlusspunkt II:</u>

II. Der Rat bildet gemäß § 57 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW folgende weitere Ausschüsse:

- *Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales*
- *Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden*
- *Bauausschuss*

zugleich: Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

- *Digitalisierungsausschuss*
- *Gesundheitsausschuss*
- *Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern*
- *Ausschuss Kunst und Kultur*

  zugleich:

  Betriebsausschuss Bühnen der Stadt Köln Betriebsausschuss des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln

  Betriebsausschuss Wallraff-Richartz-Museum & Fondation Corboud
- *Liegenschaftsausschuss*
- *Ausschuss Schule und Weiterbildung*
- *Ausschuss Soziales und Senioren*
- *Sportausschuss*
- *Stadtentwicklungsausschuss*
- *Ausschuss Klima, Umwelt und Grün*

  Betriebsausschuss für den Abfallwirtschaftsbetrieb
- *Verkehrsausschuss*
- *Wirtschaftsausschuss*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Zu Beschlusspunkt III:

III. Zur inhaltlichen Unterstützung und Vorbereitung der Arbeit der Fachausschüsse bildet der Rat folgende – die Fachausschüsse begleitende – Unterausschüsse als Querschnittsausschüsse mit 13 stimmberechtigten Mitgliedern:

- *Unterausschuss Stellenplan*

  angegliedert an den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales
- *Unterausschuss Selbsthilfegruppen*

  als Querschnittsausschuss angegliedert an den Ausschuss für Soziales und Senioren und den Gesundheitsausschuss
- *Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit*

  als Querschnittsausschuss angegliedert an den Wirtschaftsausschuss, den Stadtentwicklungsausschuss und den Verkehrsausschuss
- *Unterausschuss Wohnen*

  als Querschnittsausschuss angegliedert an den Ausschuss für Soziales und Senioren, den Stadtentwicklungsausschuss und den Liegenschaftsausschuss

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

1.2 Festlegung der Anzahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder (außer für Haupt- und Wahlprüfungsausschuss) 1485/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt

AN/1422/2020

Änderungsantrag der Fraktion der AfD

AN/1441/2020

Ich habe bei dieser und den weiteren Entscheidungen zur Ausschussbildung übrigens kein Stimmrecht.

Wir stimmen ab.

(Zuruf)

- Mir liegt nur dieser Änderungsantrag vor. Liegt ein Änderungsantrag der AfD vor?

(Zuruf)

- Wann ist der eingestellt worden? Heute Nachmittag oder wann?

(Zuruf: Heute Mittag!)

- Heute Mittag, ja. Ich habe ihn nicht. - Ich schlage vor, dass wir erst über diesen Antrag abstimmen und das in der Zwischenzeit klären.

Wir stimmen ab über den Beschlussvorschlag in der Anlage 3, ergänzt um den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und Volt. Das ist jetzt die Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen?

(Zuruf: Der Antrag der AfD ist aber etwas weitergehend! Deswegen sollten wir darüber vorher abstimmen!)

- Ich kenne ihn leider nicht; das ist jetzt mein Problem.

(Zuruf: Stimmen wir doch erst darüber ab, und danach können wir über den anderen Antrag abstimmen!)

Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Vorschlag angenommen.

Jetzt, in diesem Moment, liegt mir der Änderungsantrag der AfD-Fraktion vor, den Sie wahrscheinlich alle auch vorliegen haben, hoffe ich. Oder noch nicht?

(Zurufe)

Die Fraktion der Alternative für Deutschland bittet Sie, folgenden Änderungsantrag auf die Tagesordnung der kommenden Ratssitzung zu setzen:

„Die Anlage 3 wird wie folgt ergänzt:

Punkt 2: Der Rat setzt in Ergänzung zu seinem Beschluss vom 5. November 2020 die Anzahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder für die nachfolgenden Ausschüsse gemäß § 58 Absatz 1 Gemeindeordnung NRW wie folgt fest“.

Ich sehe hier alles mit - - Nein, das stimmt nicht. Außer dem Kreiswahlausschuss, der mit 8 festgesetzt wird, soll die Anzahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder für alle Ausschüsse auf 16 festgesetzt werden.

Matthias Büschges (AfD): Korrekt. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der laufenden Wahlperiode haben wir insgesamt sieben Fraktionen, drei Gruppen und einen Einzelmandatsträger und sind so vielfältig und politisch divers wie nie zuvor.

Ebendiese Vielfalt und Diversität sollte sich auch in der politischen Willensbildung in den Ausschüssen der Stadt Köln bzw. bei den stimmberechtigten Mitgliedern widerspiegeln und damit auch eine Partizipation und Teilhabe aller im Rat vertretenen Mandatsträger sicherstellen. Indem die Anzahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder auf zukünftig 16 erhöht wird, trägt der Rat der Stadt Köln diesem Umstand wesentlich mehr Rechnung als mit 13. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das war die Begründung des Antrags. - Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer wünscht, dem zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich jetzt über den durch den ersten Änderungsantrag aktualisierten Beschlussvorschlag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

I. Abstimmung über Anlage 3 der Beschlussvorlage in der Fassung des Änderungsantrages der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt

Beschluss:

Punkt 1: Dem Kreiswahlausschuss gehören nach § 10 Absatz 3 Satz 1 Landeswahlgesetz NRW der Kreiswahlleiter und 6 Beisitzer als Mitglieder an.

Punkt 2: Der Rat setzt in Ergänzung zu seinem Beschluss vom 5. November 2020 die Anzahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder für die nachfolgenden Ausschüsse gemäß § 58 Absatz 1 Gemeindeordnung NRW wie folgt fest:

Ausschuss	*Anzahl*
Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	*13*
Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden	*13*

Ausschuss Gleichstellung von Frauen und Männern	*13*
Ausschuss für Kunst und Kultur (mit den angegliederten Betriebsausschüssen)	*13*

Ausschuss für Schule und Weiterbildung	*13*
Ausschuss für Soziales und Senioren	*13*
Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün (zugleich Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb)	*13*
Bauausschuss (zugleich Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft)	*13*
Digitalisierungsausschuss	*13*
Finanzausschuss (zugleich Betriebsausschuss Veranstaltungszentrum)	*13*
Gesundheitsausschuss	*13*
Kreiswahlausschuss gemäß § 10 Absatz 3 Satz 1 LWahlG NRW	*6*
Liegenschaftsausschuss	*13*
Rechnungsprüfungsausschuss	*13*
Sportausschuss	*13*
Stadtentwicklungsausschuss	*13*
Verkehrsausschuss	*13*
Wirtschaftsausschuss	*13*

Der Beschluss gilt nicht für den Wahlausschuss nach Kommunalwahlgesetz und den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie, da für diesen vorrangige spezialgesetzliche Regelungen zu berücksichtigen sind.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion Beschluss:

Die Anlage 3 wird wie folgt ergänzt:

Punkt 2: Der Rat setzt in Ergänzung zu seinem Beschluss vom 5. November 2020 die Anzahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder für die nachfolgenden Ausschüsse gemäß § 58 Absatz 1 Gemeindeordnung NRW wie folgt fest:

Ausschuss	*Anzahl*
Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	*16*
Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden	*16*
Ausschuss Gleichstellung von Frauen und Männern	*16*
Ausschuss für Kunst und Kultur (mit den angegliederten Betriebsausschüssen)	*16*
Ausschuss für Schule und Weiterbildung	*16*
Ausschuss für Soziales und Senioren	*16*
Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün (zugleich Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb)	*16*

Bauausschuss (zugleich Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft)	*16*
Digitalisierungsausschuss	*16*
Finanzausschuss (zugleich Betriebsausschuss Veranstaltungszentrum)	*16*
Gesundheitsausschuss	*16*
Kreiswahlausschuss gemäß § 10 Absatz 3 Satz 1 LWahlG NRW	*8*
Liegenschaftsausschuss	*16*
Rechnungsprüfungsausschuss	*16*
Sportausschuss	*16*
Stadtentwicklungsausschuss	*16*
Verkehrsausschuss	*16*
Wirtschaftsausschuss	*16*

Der Beschluss gilt nicht für den Wahlausschuss nach Kommunalwahlgesetz und den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie, da für diesen vorrangige spezialgesetzliche Regelungen zu berücksichtigen sind.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Damit sind wir bei Tagesordnungspunkt

1.3 Festlegung der Anzahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner in den Ausschüssen
1648/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt

AN/1421/2020

Wie in der Vorlage erläutert, können sachkundige Einwohner auch in den Finanzausschuss und Rechnungsprüfungsausschuss entsandt werden.

Ich lasse abstimmen über die Vorlage in der Fassung des Änderungsantrages. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Abstimmung über die Vorlage in der Fassung des Änderungsantrages der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt

Beschluss:

Der Rat setzt die Anzahl der sachkundigen Einwohnerinnen bzw. Einwohner wie folgt fest:

Für folgende Ausschüsse wird die Zahl der sachkundigen Einwohner auf 14 festgesetzt:

- *Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen (AVR)/Vergabe/Internationales*
- *Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden*
- *Bauausschuss + BA*
- *Ausschuss Gleichstellung von Frauen und Männern*
- *Ausschuss für Kunst und Kultur + BA*
- *Ausschuss für Schule und Weiterbildung*
- *Ausschuss für Soziales und Senioren*
- *Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün + BA*
- *Digitalisierungsausschuss*
- *Gesundheitsausschuss*
- *Sportausschuss*
- *Stadtentwicklungsausschuss*
- *Verkehrsausschuss*
- *Wirtschaftsausschuss*

Für folgende Querschnittsausschüsse als Unterausschüsse wird die Zahl der sachkundigen Einwohner ebenfalls auf 14 festgesetzt:

- *Regionale Zusammenarbeit*
- *Wohnen*

Für folgende Ausschüsse wird die Zahl der sachkundigen Einwohner auf 7 festgesetzt:

- *Finanzausschuss*
- *Liegenschaftsausschuss*
- *Rechnungsprüfungsausschuss*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

1.4 Festlegung der Anzahl der Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter der bzw. des Ausschussvorsitzenden (außer für Wahlprüfungsausschuss)
2015/2020

Der Beschlussvorschlag in Anlage 2 sieht wie bisher zwei Stellvertretungen vor. Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung der Anlage 2:

In Ergänzung zu seinem Beschluss vom 5. November 2020 legt der Rat die Anzahl der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden auch für die übrigen Ausschüsse auf zwei Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter fest.

Der Beschluss gilt auf Grund besonderer Vorschriften ausdrücklich nicht für den

- *Hauptausschuss*
- *Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie*
- *Kreiswahlausschuss*
- *Wahlausschuss für die Kommunalwahl.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

1.5 Zuteilung der Ausschussvorsitze und der stellvertretenden Ausschussvorsitze 2017/2020

Im Zuteilungsverfahren nach § 58 Absatz 5 der Gemeindeordnung wird festgelegt, welche Fraktion das Benennungsrecht hat. Wie in Anlage 1 erläutert, wird auch der Wahlprüfungsausschuss noch einmal in das Zuteilungsverfahren aufgenommen. Gibt es eine Verteilung, auf die sich alle Fraktionen geeinigt haben? - Die gibt es?

(Zurufe: Nein!)

- Die gibt es nicht.

Dann kommen wir, wie beim letzten Mal, zur Zuteilung der Vorsitze im gesetzlich vorgegebenen Höchstzahlverfahren nach D'Hondt. Mir wurde eine Listenverbindung angezeigt von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und Volt. Damit ergeben sich folgende Zahlen für das Zuteilungsverfahren - das sehen Sie jetzt auf dem Chart -:

Liste 1 von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und Volt mit insgesamt 79 Ratsmitgliedern, Liste 2 - das ist die AfD-Fraktion - mit 4 Ratsmitgliedern. In der oberen Zeile sehen Sie in Blau die Zahlen, durch die diese Mitgliederzahlen im Verfahren nach D'Hondt geteilt werden. Die jeweiligen Ergebnisse finden Sie in Schwarz in der Zeile darunter.

Der erste Ausschussvorsitz geht nun an die höchste dieser Ergebniszahlen, der zweite an die nächst kleinere usw. bis zur 18. Stelle, da 18 Ausschussvorsitze zugeteilt werden.

Die Reihenfolge ist von uns in roter Schrift eingetragen. Wie Sie sehen, entfallen alle Zugriffe auf die Liste 1. Diese kann also alle Ausschussvorsitze beanspruchen, genauso wie erste und zweite Stellvertreterin bzw. ersten und zweiten Stellvertreter. Damit ist die Zuteilung abgeschlossen.

Es liegt eine gemeinsame Liste 1 der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt und eine Liste 2 der AfD-Fraktion vor.

I. Die Ausschussvorsitze werden wie folgt verteilt:

Liste	Anzahl der Mitglieder	1		2		3		4		5		6		7		8		9	
Liste 1 Grüne, SPD, CDU, FDP, Volt	**79**	79	*1.*	39,5	*2.*	26,3	*3.*	19,8	*4.*	15,8	*5.*	13,2	*6.*	11,3	*7.*	9,9	*8.*	8,8	*9.*
Liste 2 AfD	**4**	4		2		1,3		1		0,8		0,7		0,6		0,5		0,4	

Liste	Anzahl der Mitglieder	10		11		12		13		14		15		16		17		18	
Liste 1 Grüne, SPD, CDU, FDP, Volt	**79**	7,9	*10.*	7,2	*11.*	6,6	*12.*	6,1	*13.*	5,6	*14.*	5,3	*15.*	4,9	*16.*	4,6	*17.*	4,4	*18.*
Liste 2 AfD	**4**	0,4		0,4		0,3		0,3		0,3		0,3		0,3		0,2		0,2	

II. Die stellvertretenden Ausschussvorsitze werden wie folgt verteilt:

Liste	Anzahl der Mitglieder	1		2		3		4		5		6		7		8		9	
Liste 1 Grüne, SPD, CDU, FDP, Volt	**79**	79	*1.*	39,5	*2.*	26,3	*3.*	19,8	*4.*	15,8	*5.*	13,2	*6.*	11,3	*7.*	9,9	*8.*	8,8	*9.*
Liste 2 AfD	**4**	4		2		1,3		1		0,8		0,7		0,6		0,5		0,4	

Liste	Anzahl der Mitglieder	10		11		12		13		14		15		16		17		18	
Liste 1 Grüne, SPD, CDU, FDP, Volt	**79**	7,9	*10.*	7,2	*11.*	6,6	*12.*	6,1	*13.*	5,6	*14.*	5,3	*15.*	4,9	*16.*	4,6	*17.*	4,4	*18.*
Liste 2 AfD	**4**	0,4		0,4		0,3		0,3		0,3		0,3		0,3		0,2		0,2	

Damit entfallen alle Ausschussvorsitze und die stellevertretenden Ausschussvorsitze nach dem Zuteilungsverfahren nach d'Hondt auf Liste 1.

Anmerkung:
Zuteilung der Ausschussvorsitze nach d'Hondt

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

2 Bildung der Fachausschüsse und des Integrationsrates

Ich rufe auf:

2.1 Wahl und Bestellung von Ausschussmitgliedern

hier:

I) Stimmberechtigte Mitglieder

II) Beratende Mitglieder gemäß § 58 Absatz 1 Sätze 7 - 10 Gemeindeordnung NRW

2020/2020

Die beiden möglichen Verfahren zur Besetzung sind in der Vorlage erklärt. Ich habe sie auch in der letzten Sitzung beim Hauptausschuss und Wahlprüfungsausschuss erklärt. Auch für die weiteren Ausschüsse frage ich also zuerst, ob sich die Fraktionen auf einen einheitlichen Vorschlag zur Besetzung geeinigt haben.

(Zurufe: Nein!)

- Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Besetzung im Wege der Verhältniswahl. Unter TOP 1.1 haben wir festgelegt, welche weiteren Ausschüsse für die Wahlperiode 2020 bis 2025 gebildet werden.

Wie in der Anlage 1 erläutert, werden die Mitglieder des JHA unter TOP 2.3 gewählt. Der Wahlausschuss nach dem Kommunalwahlgesetz wird erst zu einem späteren Zeitpunkt besetzt.

Ist es richtig, dass die Mitglieder für den Kreiswahlausschuss auch in einer späteren Sitzung gewählt werden? Ist das so beabsichtigt?

(Zurufe: Ja!)

- Ja, dann nehmen wir das so auf. Die Unterausschüsse werden im nächsten Jahr besetzt.

Damit sind jetzt 17 Ausschüsse zu besetzen, die in der Präsentation aufgeführt sind. Sie sehen hier auch die Zahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder, die wir ja eben unter TOP 1.2 auf 13 festgelegt haben.

Ich möchte vor den Wahlen noch die Stimmzahlen feststellen. Es sind also folgende Mitglieder des Rates anwesend: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 26, SPD-Fraktion 19, CDU-Fraktion 18, Fraktion DIE LINKE 6, FDP-Fraktion 5, Fraktion Volt 4, AfD-Fraktion 3, Die PARTEI 2, KLIMA FREUNDE 2, GUT 2 und eine Stimme bei Herrn Wortmann. Insgesamt sind also 88 Ratsmitglieder anwesend. Ich stimme ja bei der Besetzung der Ausschüsse nicht mit.

Zum Abstimmungsverfahren. Die bereits beim Sitzungsdienst eingereichten Wahlvorschläge für die einzelnen Ausschüsse sind in dieser Präsentation aufgeführt. Ein Ausdruck liegt Ihnen außerdem als Sitzungsunterlage vor.

Ich frage zunächst nach weiteren Vorschlägen. Dann rufe ich die Wahlvorschläge einzeln zur Abstimmung auf. Bitte heben Sie deutlich Ihre Hand, wenn die Liste aufgerufen wird, die Sie unterstützen wollen. - Bitte sehr, Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Wir würden gern nach § 25 der Geschäftsordnung geheim wählen.

(Zurufe: Oh nein! - Auch das noch!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Welchen Ausschuss meinen Sie, Herr Büschges?

Matthias Büschges (AfD): Alle.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann werden wir das verschieben. Wir werden das jetzt vorbereiten, in der Sitzung weitergehen und das dann geheim tun. - Herr Büschges, möchten Sie das begründen?

Matthias Büschges (AfD): Das muss ich, glaube ich, nicht, oder?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe Sie ja auch gefragt, ob Sie es möchten.

Matthias Büschges (AfD): Nein.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut.

Christer Cremer (AfD): Ich kann das gerne begründen, Frau Reker.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wer spricht?

Christer Cremer (AfD): Wie gesagt, vielleicht hat der eine oder andere hier ja ein demokratisches Herz und will sicherstellen - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich weiß nicht, wer spricht. Ich habe niemandem das Wort erteilt. Ich bitte also noch einmal um Meldung. Herr Büschges, waren Sie es? Ich kann das nicht erkennen.

(Matthias Büschges [AfD]: Nein, der Kollege!)

- Nein. - Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Vielen Dank, Frau Reker. - Sehr geehrte Damen und Herren! Der Grund, warum wir das hier machen, ist: Wir wollen sicherstellen, dass jeder die Möglichkeit hat - fernab vom Fraktionszwang -, hier seine politische Meinung kundzutun. Vielleicht hat der eine oder andere durchaus ein demokratisches Herz und will sicherstellen, wie der Herr Büschges vorhin schon ausgeführt hat, dass die gesamte politische Diversität dieser Stadt dargestellt wird; sie ist ja nun mehr als bunt, wie man so schön sagt. Darum machen wir das. Ich glaube, damit tun wir den Bürgern einen großen Gefallen, indem jeder für sich alleine darüber entscheiden kann.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann werden wir die Wahlen jetzt zurückstellen und sie in geheimer Form stattfinden lassen, und zwar am Ende der Sitzung, wenn alle Vorbereitungen getroffen sind.

Wir kommen jetzt zunächst zu Tagesordnungspunkt

2.3 Bildung des Jugendhilfeausschusses

Das Besetzungsverfahren des JHA richtet sich nach Sondervorschriften des Kinder- und Jugendhilferechtes. Er unterscheidet sich damit - das wissen Sie - von allen anderen Ausschüssen. Die Vorlage sieht drei Entscheidungen vor. Zunächst wird die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder im JHA festgelegt. Dann werden sowohl die stimmberechtigten Ratsmitglieder, die in der Jugendhilfe erfahrenen Frauen und Männer als auch die stimmberechtigten JHA-Mitglieder auf Vorschlag der im Bereich der Stadt Köln wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe gewählt. Danach kommen wir dann zu den beratenden Mitgliedern.

Wir kommen zunächst zu den stimmberechtigten Mitgliedern.

Ich rufe auf:

2.3.1 Neubesetzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) - stimmberechtigte Mitglieder

2797/2020

Es werden 15 stimmberechtigte Mitglieder vorgeschlagen, wie in der letzten Ratsperiode. Mehr sind nicht möglich; denn 15 ist die vom Landesgesetzgeber festgesetzte Obergrenze. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte sehr, Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auch hier möchten wir vorschlagen, dass wir diese Mitglieder geheim wählen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens, wir sind nicht bei einer Wahl. Wir sind bei einer Abstimmung und der Festlegung der Zahlen. Das ist etwas anderes.

(Beifall)

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.

Dann kommen wir zur Wahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder.

Drei Fünftel der stimmberechtigten Mitglieder des JHA sind Ratsmitglieder bzw. in der Jugendhilfe erfahrene Frauen und Männer. Dazu kommen zwei Fünftel, die von den anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen wurden. Jedes Mitglied hat eine persönliche Stellvertretung. Wir wählen zunächst die neun Mitglieder für den Rat. Das ist der Beschlussvorschlag II. a). Hier sehen Sie die Wahlvorschläge. Gibt es weitere Wahlvorschläge? - Nein.

Dann rufe ich die einzelnen Listen auf und frage die Zustimmung ab.

Liste 1, Grüne. Sie sehen die Namen; deswegen lese ich sie nicht vor. Wer stimmt für Liste 1? - Das sind die Stimmen der Grünen.

Liste 2, SPD. Wer stimmt der Liste 2 zu? - Das ist die SPD-Fraktion.

Liste 3, CDU. - Die Stimmen der CDU-Fraktion.

Vorschlag 4, DIE LINKE. - Das sind die Stimmen der LINKEN.

Vorschlag 5, FDP. - Das sind die Stimmen der FDP-Fraktion und Herr Wortmann.

Vorschlag 6, Volt. - Den gibt es nicht.

Vorschlag 7, AfD. - Das ist die AfD.

Gibt es Enthaltungen? - Das sind die Ratsgruppen GUT, die KLIMA FREUNDE und Die PARTEI.

(Zuruf: Und Volt!)

- Und Volt.

Die Listen 1 bis 5 sind gewählt. Auf die Liste 7 entfällt keine Wahl. Es sind 74 abgegebene Stimmen für die Listen insgesamt.

(Zurufe)

- Wir prüfen gerade noch einmal die Stimmenzahl; denn das kann nicht hinhauen.

(Zuruf: 78!)

- Es sind 78 Stimmen, okay. Aber es bleibt bei der Verteilung.

Jetzt habe ich einen Hinweis für Sie: Es folgt die Wahl der sechs Trägervertreter; das ist die Beschlussvorlage II. b). Es liegt ein einheitlicher Wahlvorschlag vor. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

I. Abstimmung über Ziffer I

Beschluss:

Der Rat setzt die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder im JHA auf 15 fest.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Abstimmung über Ziffer II

Wahl zu II:

Der Rat wählt:

a) 3/5 der stimmberechtigten Mitglieder (→ 9 Mitglieder) aus dem Kreis der Ratsmitglieder bzw. in der Jugendhilfe erfahrener Frauen und Männer gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 1 Sozialgesetzbuch Achtes Buch (SGB VIII) in Verbindung mit § 4 Abs.2 S.1 Nr. 1 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Köln entsprechend Anlage 2 (s. nachfolgende Liste):

Abgegebene Stimmen	*88*
Davon gültige	*88*
Enthaltungen	*10*

Stimmberechtigte Mitglieder

Der Rat wählt als stimmberechtigte Mitglieder in den Jugendhilfeausschuss

	Wahl	*Ergebnis*
Vorschlag	*Stimmen*	*Sitze**
(Fraktion/Gruppe)		

Vorschlag 1 (Grüne):	*Ulrike Kessing* *Vertretung:* *Dilan Yazicioglu* *Floris Rudoph* *Vertretung:* *Daniel Bauer-Dahm* *Lars Wahlen* *Vertretung:* *Hans Schwanitz*	*26*	*3*
Vorschlag 2 (SPD):	*BM Dr. Ralf Heinen* *Vertretung:* *Mike Homann* *Iris Frerich* *(Sachkundige Bürge- rin)* *Vertretung:* *Lukas Lorenz* *(Sach-kundiger Bürger)*	*19*	*2*
Vorschlag 3 (CDU):	*Dr. Helge Schlieben* *Vertretung:* *Monika Bröhl* *(Sachkundige Bürgerin)* *Roman Friedrich* *(Sachkundiger Bürger)* *Vertretung:* *Simone-Chantal Bürrgenbach* *(Sachkundige Bürgerin)*	*18*	*2*
Vorschlag 4 (Die Linke.):	*Franco Clemens* *(Sachkundiger Bürger)* *Vertretung:* *Attila Gümüs* *(Sachkundiger Bürger)*	*6*	*1*
Vorschlag 5 (FDP):	*Chantal Schalla* *(Sachkundige Bürgerin)* *Vertretung:* *Catherine Schöppen* *(Sachkundige Bürgerin)*	*6*	*1*
Vorschlag 6 (Volt)	*kein Vorschlag*	*./.*	*0*
Vorschlag 7 (AfD):	*Matthias Büschges* *Vertretung:* *Christer Cremer*	*3*	*0*

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen von den Listen 1 - 5 gewählt.

und

b) 2/5 der stimmberechtigten Mitglieder (→ 6 Mitglieder) auf Vorschlag der im Bereich der Stadt Köln wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 71

Abs. 1 Nr. 2 SGB VIII in Verbindung mit § 4 Abs. 2 S.2 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Köln entsprechend Anlage 3.

Mitglied	*Stellvertretung*
1. Ulrike Volland-Dörmann (AWO)	*1.Martina Schönhals (Diakonisches Werk)*
2. Dominik Kaven (BDKJ)	*2. Julia Körfgen (evangelische Jugend)*
3. Peter Krücker (Caritasverband)	*3. Monika Kleine (SKF)*
4. Inga Zernikow (Der Paritätische)	*4. Katrin Ackermann (Der Paritätische)*
5. Frieder Kurbjeweit (SJD – Die Falken)	*5. Omer Semmo (DGB-Jugend)*
6. Andrej Braun (Sportjugend)	*6. Christiane Güntert (Sportjugend)*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Der Rat wählt außerdem für jedes Mitglied eine persönliche Stellvertreterin oder einen persönlichen Stellvertreter gemäß § 4 Abs.3 Erstes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes Nordrhein-Westfalen (AG-KJHG NRW) und § 4 Abs.2 S. 2 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Köln. Die gewählten Vertretungen werden mit in die Anlagen 2 und 3 aufgenommen (s. unten stehende Liste.

Anmerkung:
*zu Ziffer II: Offene Wahl und Zuteilungsverfahren für die Sitzverteilung nach Hare Niemeyer**

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

2.3.2 Besetzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) - beratende Pflichtmitglieder

2735/2020

Hier nehmen wir die beratenden Pflichtmitglieder zur Kenntnis, die dem Jugendhilfeausschuss aufgrund gesetzlicher Vorgaben angehören. Die Personen sind in der Anlage 1 aufgeführt, und jetzt sehen Sie sie auch auf dem Chart.

Gibt es dazu Wortmeldungen, bevor wir das formal zur Kenntnis nehmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die Kenntnisnahme? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die unten aufgeführten Personen als beratende Pflichtmitglieder des Jugendhilfeausschusses zur Kenntnis:

Pflichtmitglieder	*Persönliche Vertreter*
1. Gabriele Bos	*1. Gerd Krämer*
2. Simone Salz	*2. Vera Holtz*
3. Melitta Reinerth	*3. Klaus Edwards*
4. Dr. Andrea Eulgem	*4. Barbara Treunert*
5. Bernd Reuther	*5. Dirk Lening*
6. Georg Spitzley	*6. Josef Zimmermann*
7. Ulrike van Lengerich	*7. Marcel Thelen*
8. Alina-Toyah Schiller	*8. Tatjana Puris*
9. Heike Riedmann	*9. Sonja Riedmann*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

2.3.3 Besetzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) - weitere beratende Mitglieder 2814/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke. und FDP

AN/1443/2020

Zunächst legen wir die Anzahl der weiteren beratenden Mitglieder im JHA fest sowie wie viele davon von den Fraktionen und Gruppen im Rat und wie viele von den Trägern der freien Jugendhilfe entsandt werden. Anschließend werden die Mitglieder sowie eine persönliche Vertreterin oder ein persönlicher Vertreter gewählt.

Hier liegt ein Änderungsantrag von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und Volt vor. Dieser sieht vor, dass die Anzahl der weiteren beratenden Mitglieder insgesamt auf 36 festgelegt wird, davon 9 auf Vorschlag der Fraktionen und Gruppen im Rat und 27 auf Vorschlag der Träger der freien Jugendhilfe.

Ich lasse abstimmen über Beschlusspunkt 1 der Vorlage mit den Ergänzungen in den Ziffern 1 und 2 des Änderungsantrages. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist das bei Enthaltung der AfD so beschlossen.

Wir kommen zur Wahl. Wir wählen zunächst die auf Vorschlag der Fraktionen und Gruppen im Rat benannten Mitglieder. Das ist der Beschlussvorschlag II. a). Sie müssten die Wahlvorschläge in der Präsentation sehen. - Da ist es. Gibt es weitere Wahlvorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Ich rufe die einzelnen Listen auf und frage die Zustimmung ab:

Liste 1. Wer stimmt für die Liste 1? - Das sind die Grünen.

Liste 2. - Das sind die Stimmen der SPD-Fraktion.

Liste 3. - Die CDU-Fraktion.

Liste 4. - Die Stimmen der LINKEN.

Vorschlag 5. - Die FDP-Fraktion und Herr Wortmann.

Gibt es Enthaltungen? - Das ist die AfD-Fraktion.

Was ist mit den Gruppen? Wissen Sie schon, was Sie tun? Nehmen Sie nicht an der Abstimmung teil, oder wollen Sie sich enthalten?

(Zuruf: Ja!)

- Sie wollen sich enthalten?

(Zuruf: Ja, Enthaltung!)

Also, Enthaltungen von - ich mache es jetzt einmal so herum - Die PARTEI, KLIMA FREUNDE, Ratsgruppe GUT, AfD und Volt.

Jetzt müssen wir rechnen, wie viele Stimmen abgegeben wurden. Es müssten auch 78 sein. Aber man weiß es nicht; vielleicht rechnen wir besser einmal.

Es sind 88 anwesende Ratsmitglieder, die abgestimmt haben. 75 Stimmen wurden abgegeben, 13 Enthaltungen. Damit ergibt sich folgende Sitzverteilung: Alle in den Listen 1 bis 5 vorgeschlagenen Personen sind gewählt worden.

Jetzt folgt die Wahl auf Vorschlag der im Stadtgebiet Köln anerkannten, freien Jugendhilfeträger. Das ist der Beschlussvorschlag II. b). Hier liegt in Ziffer 3 des Änderungsantrags ein einheitlicher Wahlvorschlag vor. Gibt es Gegenstimmen?

(Zuruf: Wir müssen auch noch die zweite Seite sehen!)

- Ist alles zu sehen? Bei mir ist jetzt die zweite Seite da.

(Zuruf: Ja!)

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich die AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Abstimmung über Beschlusspunkt I der Vorlage mit den Ergänzungen in Ziffer 1 und 2 des Änderungsantrages

Beschluss:

1. Der Rat setzt die Zahl der beratenden Personen auf insgesamt maximal 36 fest. Davon

9 auf Vorschlag der Fraktionen und Gruppen im Rat und

27 auf Vorschlag der im Stadtgebiet Köln anerkannten freien Jugendhilfeträger.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

I. Wahl der weiteren 9 beratenden Mitglieder auf Vorschlag der Fraktionen und Gruppen im Rat

Abgegebene Stimmen	*88*
davon gültige Stimmen	*88*
Enthaltungen	*13*

Der Rat wählt als beratende Mitglieder in den

Jugendhilfeausschuss		*Wahl*	*Ergebnis*
Vorschlag		*Stim-men*	*Sitze**
(Fraktion/Gruppe)			
Vorschlag 1	*Carmen Wöhler*		
	Vertr. ./.		
(Grüne):		*26*	*3*
	Gaby Schlitt		
	Vert. ./.		
	Mechthild Böll		
	Vertr. ./.		
Vorschlag 2	*Marlu Quilling*		
(SPD):	*Vert.*	*19*	*2*
	Regine Walter		
	Gabriele Gérard-Post		
	Vertr.		
	Uwe Grunert		
Vorschlag 3	*Niklas Kienitz*		
	Vertr.		
(CDU):		*18*	*2*
	Felix Spehl		
	Florian Weber		
	Vert.		
	Constanze Aengen- voort		
Vorschlag 4	*Attila Gümüs*		
(Die Linke.):	*Vetr.*	*6*	*1*
	Caro Butter-wegge		
Vorschlag 5 (FDP):	*Martin Ozminski*		
	Vert.	*6*	*1*
	Johannes Radke		

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen von den Listen 1 - 5 gewählt.

III. Wahl auf Vorschlag der im Stadtgebiet Köln anerkannten freien Jugendhilfeträger, Beschlussvorschlag 2 b) in der Fassung des einheitlichen Wahlvorschlags (Ziffer 3 des Änderungsantrages)

	Träger	*Vorschlag Hauptmitglied*	*Vorschlag Ver-tretung*	*Zugehö-rigkeit Ver-tretung*	*Trä-ger bisher im JHA ver-treten ?*
1	*AAK - Arbeitskreis für das ausländische Kind e.V.*	*Schmerbach, Cornelia*	*wie Haupt-mitglied*	*Stein-berg, Clau-dia*	*berate nd*
2	*AGOT Arbeitsge-mein-schaft Offene Tür St. Anna*	*Will, Bernd*	*wie Hauptmitglied*	*Nau-mann, Bernd*	*berate nd*
3	*Anyway e.V.*	*Piger, Jürgen*	*wie Hauptmitglied*	*Maas, Rabea*	*berate nd*

4	Brücke e.V.	Scherer-Ohnemüller, Doris	wie Hauptmitglied	Pieplow, Lukas	nein
5	Computerprojekt Köln e.V. Fachstelle für Jugendmedienkultur NRW	Weiße, Malou	wie Hauptmitglied	Hundenborn, Alexander	nein
6	DachloW Kinder- und Jugendzentrum	Boye-Toledo, Erich	Pavillon e.V.	Janas, Michael	nein
7	Deutscher Kinderschutzbund OV Köln e.V.	Große-Perdekamp, Maria	wie Hauptmitglied	Hüttler, Lars	beratend
8	DRK-Kreisverband Köln e.V.	Ruda, Marc	wie Hauptmitglied	Bosbach, Marita	beratend
9	Drogenhilfe Köln e.V.	Dr. Hambüchen, Thomas	./.	./.	beratend
10	Handwerkerinnenhaus Köln e.V.	Supplie, Petra	./.	./.	beratend
11	Henna-Mond e.V.	Bläser, Sonja	./.	./.	nein
12	Jugendhilfe Köln e.V.	Gross, Almut	wie Hauptmitglied	Bischoff, Marianne	beratend
13	KIDSmiling e.V.	Dr. von Möller, Sandra	./.	./.	nein
14	Kinder- und Familienhilfen Diakonie Michaelshoven gGmbH	Schmidt, Wolfgang	wie Hauptmitglied	Schäfer, Jochen	beratend
15	Kindernöte e.V.	Hack, Ingrid	./.	./.	nein
16	Kölner Jugendring e.V.	Schnabel, Nadia	wie Hauptmitglied	Buff, Thorsten	beratend
17	Kölner Spielewerkstatt e.V.	Horstkotte- Löffelholz, Christoph	wie Hauptmitglied	Schäfer-Remmele, Uwe	beratend
18	Lobby für Mädchen e.V.	Mahr, Frauke			beratend
19	Nippes Museum Jugendhilfe und Schule e.V.	Dr. Zaschke, Wolfgang	wie Hauptmitglied	Ertunc, Rosi	beratend
20	Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW e.V. Kreisgruppe Köln	Bergmann, Ulrich	wie Hauptmitglied	Göttker, Thomas	beratend
21	Rheinflanke gGmbH	Koerber, Sebastian	./.	./.	beratend
22	Rom e.V.	Welke, Ingrid	wie Hauptmitglied	Treis, Simone	beratend
23	SKM Sozialdienst Katholischer Männer e.V. Köln	Peters, Markus	wie Hauptmitglied	Biermann, Volker	beratend

24	*Solibund e.V.*	*Decker, Torsten*	*wie Hauptmitglied*	*Kürkcü, Yavuz*	*nein*
25	*Soziales Zentrum Lino-Club e.V.*	*Saxler, Hans-Josef*	*wie Hauptmitglied*	*Senekowitsch, Nadja*	*beratend*
26	*Väter in Köln e.V.*	*Kura, Jürgen*	*./.*	*./.*	*nein*
27	*Zentrum für Frühbehandlung und Frühförderung gGmbH*	*Grevelhörster, Karin*	*./.*	*./.*	*beratend*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
*zu Ziffer II: Offene Wahl und Zuteilungsverfahren für die Sitzverteilung nach Hare Niemeyer**

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt

2.4 Benennung und Wahl beratender Mitglieder in den Ausschüssen

2.4.2 Bestellung weiterer sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner

hier: Festlegung der Anzahl und Bestimmung der Träger

- Ausschuss für Kunst und Kultur (zugleich Fachausschuss für Denkmalschutz und Denkmalpflege)

- Ausschuss für Soziales und Senioren

- Ausschuss für Schule und Weiterbildung

2048/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt über das in seiner Sitzung am 05.11.2020 hinaus beschlossene Kontingent die Bestellung weiterer sachkundiger Einwohner und eines Stellvertreters für die folgenden Ausschüsse:

1. Ausschuss für Kunst und Kultur

- *drei weitere in der Denkmalpflege sachverständige Bürger (vgl. § 23 Abs. 2 Denkmalschutzgesetz NRW)*

2. Ausschuss für Schule und Weiterbildung

- *Katholische Kirche (vgl. § 85 Abs. 2 Schulgesetz NRW)*
- *Evangelische Kirche (vgl. § 85 Abs. 2 Schulgesetz NRW) sowie*
- *Synagogengemeinde*
- *Bezirksschülervertretung*
- *Vorsitzende/Vorsitzender der Stadtschulpflegschaft*

3. Ausschuss für Soziales und Senioren

- *Amt für Diakonie*
- *Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.*
- *Caritasverband für die Stadt Köln e.V.*
- *Deutsche Paritätischer Wohlfahrtsverband Kreisgruppe Köln*
- *Deutsche Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.*
- *Synagogengemeinde Köln*

Die Benennungsrechte gemäß §§ 22 Abs.10; 23 Abs. 4; 23 a Abs. 3 und 23 b Abs. 3 der Hauptsatzung der Stadt Köln bleiben hiervon unberührt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

2.4.3 Berufung von Mitgliedern mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung

2810/2020

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist auch das so beschlossen.

Beschluss:

I. Der Rat beschließt,

Frau Xueling Zhou als Mitglied mit beratender Stimme für die BezirksschülerInnenvertretung und Herr Oliver Müller als ihren Vertreter

in den Ausschuss Schule und Weiterbildung zu berufen.

II. Der Rat beschließt,

Frau Christina Zimmermann als Mitglied mit beratender Stimme für die Katholische Kirche und Herr Michael Bold als Ihren Vertreter

in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung zu berufen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

2.4.4 Festlegung der Anzahl der Ausschüsse für fraktionslose Ratsmitglieder gemäß § 58 Absatz 1 Satz 11 und 12 GO NRW

2002/2020

Änderungsantrag der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT

AN/1391/2020

Ich lasse zuerst über den Änderungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch das so beschlossen.

Die von den fraktionslosen Ratsmitgliedern benannten Ausschüsse sind in der Präsentation aufgeführt. Kann ich jetzt über Anlage 2 mit diesen Vorschlägen abstimmen lassen? - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Änderungsantrag der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT AN/1391/2020

I. Abstimmung über den Änderungsantrag Beschluss:

Der Punkt „I.“ der Beschlussvorlage 2002/2020 wird wie folgt ersetzt:

„Der Rat beschließt, dass die fraktionslosen Ratsmitglieder jeweils vier Ausschüssen zumindest als Mitglied mit beratender Stimme gemäß § 58 Absatz 1 Satz 11 und 12 Gemeindeordnung NRW angehören können.“

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Abstimmung über die in Ziffer 1 geänderte Beschlussvorlage Beschluss:

I. Der Rat beschließt, dass die fraktionslosen Ratsmitglieder jeweils 4 Ausschüssen zumindest als Mitglied mit beratender Stimme gemäß § 58 Absatz 1 Satz 11 und 12 Gemeindeordnung NRW angehören können.

II. Der Rat bestellt die folgenden Ratsmitglieder zu beratenden Mitgliedern nach § 58 Abs. 1 Satz 11 Gemeindeordnung NRW in folgenden Ausschüssen:

Name des Ratsmitgliedes	*Ausschuss*
Dr. John Akude	*1. Ausschuss für Kunst und Kultur*
	2. Ausschuss für Schule und Weiterbildung
	3. Ausschuss für Soziales und Senioren
	4. Sportausschuss
Nicolin Gabrysch	*1. Hauptausschuss*
	2. Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün

	3. Finanzausschuss
	4. Stadtentwicklungsausschuss
Brigitte Dickas	*1. Wahlprüfungsausschuss*
	2. Ausschuss für Gleichstellung von Frauen und Männern
	3. Ausschuss für Soziales und Senioren
	4. Ausschuss für Schule und Weiterbildung
Michael Hock	*1. Hauptausschuss (stimmberechtigtes Mitglied)*
	2. AVR/Vergabe/Internationales
	3. Digitalisierungsausschuss
	4. Verkehrsausschuss
Thor Zimmermann	*1. Hauptausschuss*
	2. Digitalisierungsausschuss
	3. Ausschuss Klima, Umwelt und Grün
	4. Stadtentwicklungsausschuss
Walter Wortmann	*1. Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden*
	2. Gesundheitsausschuss
	3. Stadtentwicklungsausschuss
	4. Wirtschaftsausschuss

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

2.5 Bestellung der Mitglieder des Rates für den Integrationsrat der Stadt Köln für die Wahlperiode 2020 - 2025

3145/2020

Der Kölner Integrationsrat hat 33 Mitglieder. Am 13. September wurden 22 der stimmberechtigten Mitglieder direkt gewählt. Nun sind noch die 11 Ratsmitglieder, die ebenfalls dem Integrationsrat angehören, zu bestellen. Haben sich die Fraktionen hier auf einen gemeinsamen Wahlvorschlag verständigt? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Wahl. Es wurden bisher die jetzt aufgerufenen Wahlvorschläge eingereicht. Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich jetzt die einzelnen Listen auf - hier darf ich mit abstimmen -:

Vorschlag 1. - Grüne und die Oberbürgermeisterin.

Vorschlag 2. - Die Stimmen der SPD-Fraktion.

Vorschlag 3. - Die Stimmen der CDU-Fraktion.

Vorschlag 4. - Die Stimmen der LINKEN.

Vorschlag 5. - FDP und Herr Wortmann.

Vorschlag 6. - Volt.

Vorschlag 7. - Die Stimmen der AfD-Fraktion.

Vorschlag 8. - Die KLIMA FREUNDE plus die Ratsgruppe GUT und Die PARTEI.

Dann kommen wir zur Auswertung. Es wurden 89 Stimmen abgegeben; diesmal durfte ich ja mitstimmen. Enthaltungen gab es keine. Damit sind alle Personen aus den Vorschlägen 1 bis 6 und 8 als stimmberechtigte Mitglieder des Integrationsrates bestellt. Auf den Vorschlag 7 ist kein Platz entfallen.

(Beifall)

Abgegebene Stimmen	*89*
gültige Stimmen	*89*
Enthaltungen	*0*

I. Der Rat der Stadt Köln bestellt aus seiner Mitte folgende elf Mitglieder für den Integrationsrat der Stadt Köln für die Wahlperiode 2020 – 2025 (alle vorgeschlagenen

Personen von den Listen 1 - 6 und 8):

Vorschläge	*Fraktion/Gruppe*	*Wahl/Stimmen*	*Ergebnis*
1. Marion Heuser	*Grüne*	*27*	*3*
Mario Michalak	*Grüne*		
Dilan Yazicioglu	*Grüne*		
2. Claudia Brock-Storms	*SPD*	*19*	*2*
Lukas Lorenz	*SPD*		
3. Martin Erkelenz Werner Marx	*CDU CDU*	*18*	*2*
4. Sarah Niknamtavin	*Die Linke.*	*6*	*1*
5. Katja Hoyer	*FPD*	*6*	*1*
6. Isabella Venturini	*Volt*	*4*	*1*
7. Patrick Kolek	*AfD*	*3*	*0*
8. Dr. John Akude	*KLIMA FREUNDE*	*6*	*1*

II. Es gelten die durch den Rat beschlossenen allgemeinen Vertretungs-regelungen in Ausschüssen.

Anmerkung:
*zu I.: Offene Wahl und Zuteilungsverfahren für die Sitzverteilung nach Hare Niemeyer**

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

3 Weitere Gremienbesetzungen

Zunächst rufe ich auf:

3.1 Bildung der 15. Landschaftsversammlung Rheinland

hier: Wahl der von der Stadt Köln zu entsendenden Mitglieder und Ersatzmitglieder sowie Wahl der Reservelisten

2032/2020

Ich schlage vor, dass wir diese Vorlage ebenfalls zurückstellen und zuerst die Vorlagen zum Ältestenrat und zu TOP 3.4 behandeln. Ich werde die Vorlage dann wieder aufrufen, wenn wir die geheime Wahl durchführen. Findet das Ihr Einverständnis? - Dann machen wir das so.

Dann kommen wir zu

3.2 Wahl des Vorsitzenden des Ältestenrates

2975/2020

Zunächst möchte ich mich noch einmal ganz offiziell in diesem Rahmen ganz herzlich bei Herrn Prof. Dr. Schmitz-Valckenberg bedanken, der über 15 Jahre lang den Vorsitz im Ältestenrat geführt hat.

(Beifall)

Als Nachfolger wird Herr Dr. Hans Custodis vorgeschlagen, auch Notar a. D. Ich finde es gut, dass Herr Dr. Custodis sich bereiterklärt hat, dieses Amt des Vorsitzenden zu übernehmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Damit ist Herr Dr. Custodis zum neuen Vorsitzenden des Ältestenrates berufen worden.

Beschluss:

Der Rat beruft Herrn Dr. Hans Custodis, Notar a. D., im Einvernehmen mit der Oberbürgermeisterin zum Vorsitzenden des Ältestenrates der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

3.3 Wahl der Mitglieder des Ältestenrates

2977/2020

Als Oberbürgermeister oder Oberbürgermeisterin ist man ja geborenes Mitglied des Ältestenrates. Nach der Hauptsatzung gilt es derzeit fünf weitere Mitglieder des Rates sowie die dazugehörigen Stellvertreter zu wählen, ebenfalls den Stellvertreter der Oberbürgermeisterin.

Gibt es gemeinsame Wahlvorschläge? - Ja, die gibt es; da ist er. Ich schlage als meinen persönlichen Stellvertreter meinen ersten ehrenamtlichen Stellvertreter, Herrn Bürgermeister Wolter, vor und würde jetzt gerne abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Enthaltung der AfD-Fraktion. - Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

I. Der Rat wählt in den Ältestenrat:

als Mitglieder	*und als persönlich stellvertretende Mitglieder*	*Fraktion*
1. Frau Oberbürgermeisterin Reker	*1. ehrenamtliche Stellvertreter/in der Oberbürgermeisterin*	
2. Frau Christiane Martin	*Christi-Frau Ulrike Kessing*	*Bündnis 90/Die Grünen*
3. Herrn Christian Joisten	*Herrn Oliver Seeck*	*SPD*
4. Herrn Bernd Petelkau	*Frau Ursula Gärtner*	*CDU*
5. Herrn Jörg Detjen	*Frau Güldane Tokyürek*	*Die Linke.*
6. Herrn Ralph Sterck	*Herrn Ulrich Breite*	*FDP*

II. Der Ältestenrat wird beauftragt, dem Hauptausschuss weiterhin über die Auftragsvergabe an aktuelle und ehemalige Mandatsträgerinnen und Mandatsträger durch städtische Beteiligungsgesellschaften zu berichten. Für ehemalige Mandatsträgerinnen und Mandatsträger soll dies auf einen Zeitraum von fünf Jahren nach dem Ausscheiden beschränkt werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

3.4 Wahl von drei Delegierten für die Konferenz der Ratsmitglieder des Städtetag NRW

3405/2020

Der Rat entsendet drei Ratsmitglieder als Delegierte in die Konferenz der Ratsmitglieder des Städtetag NRW. Die bereits beim Sitzungsdienst eingereichten Wahlvorschläge sehen Sie jetzt. Gibt es weitere Vorschläge? - Nein, okay.

Vorschlag 1. Wer stimmt dafür? - Das ist das Bündnis 90/Die Grünen.

Vorschlag 2, SPD. Wer stimmt dafür? - Das ist die SPD-Fraktion.

Vorschlag 3, CDU. - Die CDU-Fraktion gibt ebenfalls ihre Stimme.

Die drei Vertreter wurden gewählt. 63 Stimmen wurden abgegeben, und es gab 25 Enthaltungen. Damit sind - ich sage es noch einmal - alle Vorgeschlagenen auch gewählt.

Meine Damen und Herren, ich würde vorschlagen, wir kommen jetzt zu den Dringlichkeitsentscheidungen, damit wir gleich die geheimen Abstimmungen vornehmen können.

Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet folgende drei Ratsmitglieder als Delegierte in die Konferenz der Ratsmitglieder des Städtetags NRW:

1. Dilan Yazicioglu (Grüne)

2. Christian Joisten (SPD)

3. Ira Sommer (CDU)

II. Die Wahl erfolgt für die Wahlzeit des Rates, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat bzw. zur Verwaltung der Stadt Köln. Sie verlängert sich bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder der

Verbandsversammlung des Zweckverbandes gewählt werden.

Wahlergebnis:

Abgegebene Stimmen 63

Enthaltungen 25

Für Vorschlag 1: 26 Stimmen

Für Vorschlag 2: 19 Stimmen

Für Vorschlag 3: 18 Stimmen

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe also den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

4 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW

Zunächst kommen wir zu

4.1 Fünfte Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Kernbereich Innenstadt

2902/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW in Verbindung mit § 41 GO NW und § 6 LÖG NW wird die als Anlage 1 beigefügte Verordnung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.2 Bestellung der Vertretung der Stadt Köln zur Entsendung in die Verbandsversammlung des Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister (KDN)

2744/2020

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss des Hauptausschusses:

III. Der Hauptausschuss der Stadt Köln entsendet Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert als Vertreterin der Stadt Köln

und

Herrn Thomas Blaeser, Dienststellenleitung der Zusatzversorgung und Beihilfe, Geschäftsführung Zusatzversorgungskasse und Beihilfekasse sowie

Herrn Frank Bücher, stellvertretende Dienststellenleitung des Amts für Informationsverarbeitung,

als stellvertretende Vertreter der Stadt Köln in die Verbandsversammlung des KDN-Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister.

IV. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates.

V. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Beschluss des Rates:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 5 GO NW vorstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.3 Haushaltsneutrale Umschichtung von Transferaufwendungen 2020

2779/2020

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die AfD. Dann ist so beschlossen.

Beschluss des Hauptausschusses:

Der Hauptschuss genehmigt die haushaltsneutrale Umschichtung von 124.500 Euro innerhalb des Teilplans 0416 – Kulturförderung aus der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen in die Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit Verwendung der Mittel gemäß der beigefügten Anlage.

Beschluss des Rates:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 5 GO NW vorstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann haben wir jetzt die Wahl vorzubereiten.

Ich würde gerne noch einmal mit der AfD-Fraktion ins Gespräch gehen. Ihnen ist ja sicherlich klar, dass das die Sitzungsdauer erheblich verlängert. Aber auch aus Infektionsschutzgründen haben wir uns ja extra entschlossen, hier beispielsweise auf die Teilnahme der Beigeordneten und der Referenten zu verzichten, und wir haben den Ratssaal so hergerichtet, dass es den Infektionsschutzgesichtspunkten entspricht. Deswegen würde ich gerne noch einmal fragen, ob Sie nach wie vor an diesem Antrag festhalten.

Matthias Büschges (AfD): Wir hatten ja schon versucht, das Gespräch mit allen anderen Fraktionsgeschäftsführern und Fraktionsvorsitzenden zu suchen; Sie waren in dieser E-Mail ja auch in CC. Es ging uns einfach darum, dass wir uns - gerade auch wegen Corona - vielleicht auf eine gemeinsame Liste einigen können. Ich habe leider keine Rückmeldung bekommen, außer von Herrn Wortmann, und das finden wir nicht so schön. Deswegen machen wir da von unserem Recht Gebrauch, ja.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. - Dann weise ich noch einmal darauf hin, dass das aus Infektionsschutzgründen schwierig ist. Aber selbstverständlich bereiten wir das jetzt vor, auch im Hinblick darauf, dass ich Sie noch einmal danach gefragt habe.

Okay, dann machen wir jetzt eine Sitzungspause.

Vorher würde ich aber gerne noch einmal zu TOP 3.1, zur Bildung der 15. Landschaftsversammlung, kommen und erläutern, dass bei diesem Tagesordnungspunkt neben den von der Stadt Köln zu entsendenden Mitgliedern und Ersatzmitglieder auch die Reservelisten gewählt werden. Hier ist zwingend eine geheime Wahl vorgeschrieben. Jedes Ratsmitglied hat zwei Stimmen: eine Erststimme und eine Zweitstimme. Mit der Erststimme werden die 11 Mitglieder der Landschaftsversammlung gewählt, die der Rat der Stadt Köln in dieses Gremium entsendet, und deren jeweilige Stellvertretung.

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen als Sitzungsunterlage vor. Sie können sie gleich hoffentlich auch der Präsentation entnehmen. - Ja, das ist es. Außerdem sind sie auch an der Wahlkabine ausgehängt.

Mit der Zweitstimme wählen Sie auf einem zweiten Stimmzettel die Reserveliste, die von der Landespartei bzw. der Landeswählergruppe aufgestellt wird. Entweder machen Sie Ihr Kreuz ganz oben bei „Gesamte Liste“ und wählen damit die unveränderte Liste, oder Sie wählen nur einen Listenbewerber aus der Liste Ihrer Wahl. In jedem Fall machen Sie aber bitte nur *ein* Kreuz, wenn Sie gültig wählen wollen.

Nebenan im Theodor-Heuss-Saal haben wir zwei Kabinen und mehrere Wahlurnen vorbereitet.

Wir machen jetzt eine Sitzungspause bis 15.10 Uhr. Dann können die geheimen Wahlen stattfinden. - Vielen Dank.

(Unterbrechung von
15.02 Uhr bis 15.27 Uhr)

2.1 Wahl und Bestellung von Ausschussmitgliedern

hier:

I) Stimmberechtigte Mitglieder

II) Beratende Mitglieder gemäß § 58 Absatz 1 Sätze 7 - 10 Gemeindeordnung NRW

2020/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich möchte Sie um Ihre Aufmerksamkeit bitten, insbesondere die Stimmzählerinnen und Stimmzähler. Ich nenne die Namen noch einmal: Frau Heuser, Herr Dr. Krupp, Herr Dr. Schlieben, Herr Detjen, Herr Görzel und Herr Jeschka. Wenn Sie bitte in den Theodor-Heuss-Saal gehen würden.

Da wir insgesamt 19 Abstimmungen durchzuführen haben, schlage ich vor, damit das überhaupt noch weitergeht, drei weitere Stimmzähler zu benennen. Das wären Herr Cremer, Herr Rudolph und Herr Philippi. Die sechs anderen gehen bitte in den Theodor-Heuss-Saal, und Herr Rudolph, Herr Philippi und Herr Cremer gehen bitte in den Theo-Burauen-Saal.

Meine Damen und Herren, ich bitte noch einmal um Ihre Aufmerksamkeit. Die Wahlvorschläge zu TOP 2.1 und 3.1 liegen Ihnen ja als Sitzungsunterlage vor. Wir haben nebenan, im Theodor-Heuss-Saal und im Theo-Burauen-Saal, insgesamt fünf Kabinen und Wahlurnen vorbereitet. Sie werden gerade von den Stimmzählerinnen und Stimmzählern überprüft. Im Saal teilen die Stimmzählerinnen und Stimmzähler die Stimmzettel aus. Darauf stehen jeweils Tagesordnungspunkt und Gremium. An den Kabinen sind die Wahlvorschläge mit allen Namen und die Stimmzettel noch einmal ausgehängt.

Die vorgedruckten Stimmzettel sehen in der Regel bis zu zehn Wahlvorschläge vor. Wenn weniger Vorschläge eingereicht wurden, sind diese, die überzähligen, auf dem ausgehängten Stimmzettel durchgestrichen. Wird trotzdem ein Vorschlag angekreuzt, zu dem keine Liste vorliegt, ist die Stimme natürlich ungültig.

Wie immer gilt: Machen Sie Ihre Wahlentscheidung durch ein eindeutiges Kreuz deutlich. Stimmzettel, die Zusätze oder mehr als ein Kreuz enthalten, sind ungültig. Ungültige Stimmen und Stimmenthaltungen zählen bei der Berechnung nicht mit. Und: Nehmen Sie Ihren eigenen Stift in die Wahlkabine mit! Corona lässt grüßen.

Zum Ablauf. Der Aufruf wird durch unsere Schriftführerin, Frau Lange, erfolgen. Ich darf Sie bitten, sodann zunächst zum Eingang des Theodor-Heuss-Saals zu kommen. Anschließend gehen Sie hinüber in den Theo-Burauen-Saal und wählen dort die übrigen Gremien.

Ich bitte, bei dieser Aktion auch die Abstandsregelungen einzuhalten. Das ist jetzt natürlich nicht so vorbereitet, dass auf dem Boden 1,5 Meter Abstand gekennzeichnet sind.

Sie erhalten die Stimmzettel, wählen in der Kabine und werfen den gefalteten Zettel in die Urne. Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler werden zum Schluss aufgerufen. Danach werden die Stimmen ausgezählt. - So viel zum Ablauf.

Jetzt bitte ich alle von mir zu Beginn genannten Stimmzählerinnen und Stimmzähler nach vorne. Herr Cremer, Herr Rudolph und Herr Philippi zählen die Stimmen im Theo-Burauen-Saal aus, die anderen im Theodor-Heuss-Saal.

Sie prüfen jetzt bitte die Urnen.

(Zuruf: Haben wir schon!)

- Das haben Sie schon gemacht. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Frau Lange kommt jetzt ans Mikrofon und ruft die Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge auf. - Danke, Frau Lange.

(Namensaufruf und Wahl)

Guten Abend, meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt zwei Dinge sicherstellen: dass alle Ratsmitglieder abgestimmt haben und dass auch alle in zwei Räumen waren.

(Zurufe: Ja!)

Ich bitte, das jetzt festzustellen. - Aha, Volt muss noch in den anderen Raum. Dann ist es doch gut, dass ich noch einmal nachgefragt habe.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. Der Wahlvorgang ist jetzt abgeschlossen. Damit kann ich die Sitzung unterbrechen. Wir können natürlich bei dieser großen Anzahl von Wahlvorgängen nicht genau sagen, wie lange wir brauchen.

(Zuruf: Eine Stunde!)

Aber wir schätzen, eine Stunde könnte das schon dauern. Wer hat gerade „Eine Stunde!“ gerufen? - Gut geschätzt, das glaube ich auch. So lange kann das schon ungefähr dauern. Das heißt, ich würde mich gerne mit Ihnen für 18.30 Uhr verabreden. Ist das in Ordnung? - Okay, dann unterbreche ich jetzt die Sitzung bis 18.30 Uhr.

(Unterbrechung von
17.37 Uhr bis 19.04 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den Ergebnissen der Auszählung der Wahlen.

Ich beginne mit dem Finanzausschuss. Hier wurden 88 gültige Stimmen abgegeben, und es gab 7 Enthaltungen. Auf Vorschlag 1 entfielen 26 Stimmen. Auf Vorschlag 2 entfielen 19 Stimmen, auf Vorschlag 3 17 Stimmen, auf Vorschlag 4 6 Stimmen, auf Vorschlag 5 6 Stimmen, auf Vorschlag 6 4 Stimmen und auf Vorschlag 7 3 Stimmen. Damit ergibt sich folgende Sitzverteilung: Die Vorschläge 1 bis 6 sind als stimmberechtigte Mitglieder gewählt. Auf Vorschlag 7 entfällt kein Sitz.

(Beifall)

Ich verstehe das nicht.

(Zuruf: 88 Stimmen, 7 Enthaltungen!)

- Okay, jetzt verstehe ich es. Das hat etwas gedauert.

(Heiterkeit)

Ich komme zum Rechnungsprüfungsausschuss. Abgegebene Stimmen 88, davon waren gültig 88, 8 Enthaltungen. Es entfielen auf den Vorschlag 1 26 Stimmen, auf Vorschlag 2 18 Stimmen, auf Vorschlag 3 17 Stimmen, auf Vorschlag 4 6 Stimmen, auf Vorschlag 5 6 Stimmen, auf Vorschlag 6 4 Stimmen und auf Vorschlag 7 3 Stimmen. Damit ergibt sich folgende Sitzverteilung: Die Vorschläge 1 bis 6 sind als stimmberechtigte Mitglieder gewählt. Auf Vorschlag 7 entfällt kein Sitz.

(Beifall)

Ich komme zum Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales. 88 Stimmen, davon waren gültig 88, Enthaltungen 6. Vorschlag 1 26 Stimmen, Vorschlag 2 19 Stimmen, Vorschlag 3 18 Stimmen, Vorschlag 4 6 Stimmen, Vorschlag 5 6 Stimmen, Vorschlag 6 4 Stimmen, Vorschlag 7 3 Stimmen. Damit sind wiederum die Vorschläge 1 bis 6 als stimmberechtigte Mitglieder gewählt. Auf Vorschlag 7 entfällt kein Sitz.

(Beifall)

Zum Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden. Abgegebene Stimmen 88, davon waren gültig 88, Enthaltungen 1. Vorschlag 1 27 Stimmen, Vorschlag 2 18 Stimmen, Vorschlag 3 18 Stimmen, Vorschlag 4 6 Stimmen, Vorschlag 5 6 Stimmen, Vorschlag 6 9 Stimmen, Vorschlag 7 3 Stimmen. Die Vorschläge 1 bis 6 sind als stimmberechtigte Mitglieder gewählt. Auf Vorschlag 7 entfällt auch hier kein Sitz.

(Beifall)

Zum Bauausschuss. 88 abgegebene Stimmen, 88 Stimmen gültig, davon 6 Enthaltungen. Vorschlag 1 26 Stimmen, Vorschlag 2 18 Stimmen, Vorschlag 3 19 Stimmen, Vorschlag 4 6 Stimmen, Vorschlag 5 6 Stimmen, Vorschlag 6 4 Stimmen, Vorschlag 7 3 Stimmen. Auch hier sind die Vorschläge 1 bis 6 als stimmberechtigte Mitglieder gewählt. Auf Vorschlag 7 entfällt kein Sitz.

(Beifall)

Zum Gesundheitsausschuss. Abgegebene Stimmen 88, 88 Stimmen gültig, 6 Enthaltungen. Vorschlag 1 26 Stimmen, Vorschlag 2 18 Stimmen, Vorschlag 3 19 Stimmen, Vorschlag 4 6 Stimmen, Vorschlag 5 6 Stimmen, Vorschlag 6 4 Stimmen, Vorschlag 7 3 Stimmen. Die Vorschläge 1 bis 6 sind als stimmberechtigte Mitglieder gewählt. Auch hier entfällt auf Vorschlag 7 kein Sitz.

(Beifall)

Zum Ausschuss für Kunst und Kultur. - Fehlt etwas?

Wir kommen zum nächsten Ausschuss, zum Liegenschaftsausschuss. Abgegebene Stimmen 88, davon waren gültig 88, Enthaltungen 6. Vorschlag 1 26 Stimmen, Vorschlag 2 18 Stimmen, Vorschlag 3 19 Stimmen, Vorschlag 4 6 Stimmen, Vorschlag 5 6 Stimmen, Vorschlag 6 4 Stimmen, Vorschlag 7 3 Stimmen. Damit sind wieder die Vorschläge 1 bis 6 als stimmberechtigte Mitglieder gewählt. Kein Sitz entfällt auf Vorschlag 7.

(Beifall)

Zum Ausschuss für Schule und Weiterbildung. Abgegebene Stimmen 87, davon waren gültig 87, Enthaltungen 7. Vorschlag 1 26 Stimmen, Vorschlag 2 19 Stimmen, Vorschlag 3 16 Stimmen, Vorschlag 4 6 Stimmen, Vorschlag 5 6 Stimmen, Vorschlag 6 4 Stimmen, Vorschlag 7 3 Stimmen. Auch hier sind wieder die Vorschläge 1 bis 6 als

stimmberechtigte Mitglieder gewählt. Auf Vorschlag 7 entfällt kein Sitz.

(Beifall)

Zum Ausschuss für Soziales und Senioren. 88 abgegebene Stimmen, 88 sind gültig, Enthaltungen 6. Vorschlag 1 26 Stimmen, Vorschlag 2 19 Stimmen, Vorschlag 3 18 Stimmen, Vorschlag 4 6 Stimmen, Vorschlag 5 6 Stimmen, Vorschlag 6 4 Stimmen, Vorschlag 7 3 Stimmen. Auch hier sind wieder die Vorschläge 1 bis 6 als stimmberechtigte Mitglieder gewählt. Auf Vorschlag 7 entfällt kein Sitz.

(Beifall)

Wir sind beim Sportausschuss, meine Damen und Herren. 88 abgegebene Stimmen, 88 davon gültig, 6 Enthaltungen. Vorschlag 1 27 Stimmen, Vorschlag 2 18 Stimmen, Vorschlag 3 17 Stimmen, Vorschlag 4 7 Stimmen, Vorschlag 5 6 Stimmen, Vorschlag 6 4 Stimmen, Vorschlag 7 3 Stimmen. Die Vorschläge 1 bis 6 sind damit als stimmberechtigte Mitglieder gewählt. Auf Vorschlag 7 entfällt kein Sitz.

(Beifall)

Wir sind beim Stadtentwicklungsausschuss. Abgegebene Stimmen 88, gültig 88, Enthaltungen 6. Vorschlag 1 26 Stimmen, Vorschlag 2 18 Stimmen, Vorschlag 3 19 Stimmen, Vorschlag 4 6 Stimmen, Vorschlag 5 6 Stimmen, Vorschlag 6 4 Stimmen, Vorschlag 7 3 Stimmen. Wiederum sind die Vorschläge 1 bis 6 als stimmberechtigte Mitglieder gewählt. Auf Vorschlag 7 entfällt kein Sitz.

(Beifall)

Wir sind beim Ausschuss Klima, Umwelt und Grün. Abgegebene Stimmen 88, gültig 88, Enthaltungen 5. Vorschlag 1 26 Stimmen, Vorschlag 2 18 Stimmen, Vorschlag 3 19 Stimmen, Vorschlag 4 7 Stimmen, Vorschlag 5 6 Stimmen, Vorschlag 6 4 Stimmen und Vorschlag 7 3 Stimmen. Auch hier sind wieder die Vorschläge 1 bis 6 als stimmberechtigte Mitglieder gewählt. Auf Vorschlag 7 entfällt kein Sitz.

(Beifall)

Zum Verkehrsausschuss. 88 abgegebene Stimmen, davon 88 gültig, Enthaltungen 5. Vorschlag 1 26 Stimmen, Vorschlag 2 20 Stimmen, Vorschlag 3 18 Stimmen, Vorschlag 4 6 Stimmen, Vorschlag 5 6 Stimmen, Vorschlag 6 4 Stimmen, Vorschlag 7 3 Stimmen. Auch hier sind die Vorschläge 1 bis 6 als stimmberechtigte Mitglieder gewählt. Auf Vorschlag 7 entfällt kein Sitz.

(Beifall)

Zum Wirtschaftsausschuss, meine Damen und Herren. 88 abgegebene Stimmen, 88 gültig, 6 Enthaltungen. Vorschlag 1 26 Stimmen, Vorschlag 2 18 Stimmen, Vorschlag 3 19 Stimmen, Vorschlag 4 6 Stimmen, Vorschlag 5 6 Stimmen, Vorschlag 6 4 Stimmen, Vorschlag 7 3 Stimmen. Auch hier sind die Vorschläge 1 bis 6 als stimmberechtigte Mitglieder gewählt. Kein Sitz entfällt auf Vorschlag 7.

(Beifall)

Zum Ausschuss für Gleichstellung von Frauen und Männern. 88 abgegebene Stimmen, 88 gültig, 6 Enthaltungen. Vorschlag 1 26 Stimmen, Vorschlag 2 18 Stimmen, Vorschlag 3 19 Stimmen, Vorschlag 4 6 Stimmen, Vorschlag 5 6 Stimmen, Vorschlag 6 4 Stimmen, Vorschlag 7 3 Stimmen. Auch hier sind die Vorschläge 1 bis 6 als stimmberechtigte Mitglieder gewählt. Auf Vorschlag 7 entfällt kein Sitz.

(Beifall)

Wir kommen zur Wahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder für den Digitalisierungsausschuss. Die Ergebnisse sind: 88 abgegebene Stimmen, 88 gültig, 6 Enthaltungen. Vorschlag 1 26 Stimmen, Vorschlag 2 19 Stimmen, Vorschlag 3 18 Stimmen, Vorschlag 4 6 Stimmen, Vorschlag 5 6 Stimmen, Vorschlag 6 4 Stimmen, Vorschlag 7 3 Stimmen. Auch hier sind die Vorschläge 1 bis 6 als stimmberechtigte Mitglieder gewählt. Auf Vorschlag 7 entfällt kein Sitz.

(Beifall)

Jetzt kommen wir noch einmal zum Ausschuss für Kunst und Kultur. Den hatten wir eben verschoben; denn ich wollte auch hier die genauen Zahlen zur Stimmabgabe haben. Abgegebene Stimmen 88, davon 88 gültig, 6 Enthaltungen. Vorschlag 1 26 Stimmen, Vorschlag 2 18 Stimmen, Vorschlag 3 19 Stimmen, Vorschlag 4 6 Stimmen, Vorschlag 5 6 Stimmen, Vorschlag 6 4 Stimmen, Vorschlag 7 3 Stimmen. Daraus ergibt sich, dass die Vorschläge 1 bis 6 als stimmberechtigte Mitglieder gewählt sind und auf Vorschlag 7 kein Sitz entfällt.

(Beifall)

Es ist ja so, meine Damen und Herren, dass, wie in der Vorlage erläutert, eine Fraktion, die im Ausschuss nicht stimmberechtigt vertreten ist, durch ein beratendes Mitglied vertreten wird, das vom Rat bestellt worden ist. Deswegen bitte ich nun um den Vorschlag der beratenden Mitglieder. Das ist jeweils die Liste 7 gewesen. Kann ich davon ausgehen, dass das so existent ist?

(Zuruf: Genau!)

- Okay, dann haben wir auch die beratenden Mitglieder.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Besetzung der Ausschüsse:

Zu den einzelnen Ausschüssen liegen jeweils 7 Vorschläge vor.

Finanzausschuss:

Abgegebene Stimmen	*88*
davon gültige Stimmen	*88*
Enthaltungen	*7*

I. Stimmberechtigte Mitglieder

Der Rat wählt als stimmberechtigte Mitglieder in den

Finanzausschuss	*Wahl*	*Ergebnis*
Vorschlag	*Stimmen*	*Sitze**
(Fraktion/Gruppe)		
Vorschlag 1		
(Grüne):	*26*	*4*
Ulrike Kessing		
Ralf Klemm		
Manfred Richter		
Sandra Schneeloch		
Vorschlag 2	*Christian Joisten*	
(SPD):	*Dr. Gerrit Krupp*	*19 3*
	Mike Homann	
Vorschlag 3	*Bernd Petelkau*	
(CDU):	*Anna Henk-Hollstein*	*17 3*
	Niklas Kienitz	
Vorschlag 4	*Güldane Tokyürek*	*6 1*
(Die Linke.):		
Vorschlag 5	*Ulrich Breite*	*6 1*
(FDP):		
Vorschlag 6	*Christian Achtelik*	*4 1*
(Volt):		
Vorschlag 7	*Stephan Boyens*	*3 0*
(AfD):		

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen von den Listen 1 - 6 gewählt.

Da die AfD-Fraktion (Vorschlag 7) keine stimmberechtigten Mitglieder in den Finanzausschuss entsendet, kann sie in dem Ausschuss nach § 58 Absatz 1 Satz 7 – 10 Gemeindeordnung NRW durch ein beratendes Mitglied vertreten werden.

II. Beschluss:

Der Rat bestellt nach § 58 Absatz 1 Satz 7 - 10 Gemeindeordnung NRW zum beratenden Mitglied im Finanzausschuss:

Name: Stephan Boyens Fraktion: für die AfD-Fraktion

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Rechnungsprüfungsausschuss:

Abgegebene Stimmen 88

davon gültige Stimmen 88

Enthaltungen 8

I. Stimmberechtigte Mitglieder

Der Rat wählt als stimmberechtigte Mitglieder in den

Rechnungsprüfungsausschuss	*Wahl*	*Ergebnis*
Vorschlag	*Stimmen*	*Sitze**
(Fraktion/Gruppe)		
Vorschlag 1		
(Grüne):	*26*	*4*
Ralf Klemm		
Hans Schwanitz		
Christine Seiger		
Dr. Ralf Unna		
Vorschlag 2	*Sven Kaske*	
(SPD):	*Erika Oedingen*	*18 3*
	Malik Karaman	
	(Sachkundiger Bürger)	
Vorschlag 3	*Werner Marx*	
(CDU):	*Martin Erkelenz*	*17 3*
	Claudia Heithorst	
Vorschlag 4	*Jörg Detjen*	*6 11*
(Die Linke.):		
Vorschlag 5	*Volker Görzel*	*6 1*
(FDP):		
Vorschlag 6	*Sven Maier (Sachkundiger Bürger)*	
(Volt):		*4 1*
Vorschlag 7	*Christer Cremer*	*3 0*
(AfD):		

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen von den Listen 1 - 6 gewählt.

Da die AfD -Fraktion (Vorschlag 7) keine stimmberechtigten Mitglieder in den Rechnungsprüfungsausschuss entsendet, kann sie in dem Ausschuss nach § 58 Absatz 1 Satz 7 – 10 Gemeindeordnung NRW durch ein beratendes Mitglied vertreten werden.

II. Beschluss:

Der Rat bestellt nach § 58 Absatz 1 Satz 7 - 10 Gemeindeordnung NRW zum beratenden Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss

Name: Christer CremerFraktion: für die AfD-Fraktion

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales:

Abgegebene Stimmen 88

davon gültige Stimmen 88

Enthaltungen 6

I. Stimmberechtigte Mitglieder

Der Rat wählt als stimmberechtigte Mitglieder in den

Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	*Wahl*	*Ergebnis*
Vorschlag	*Stimmen*	*Sitze**
(Fraktion/Gruppe)		

Vorschlag 1 (Grüne):		
Daniel Bauer-Dahm	*26*	*4*
Derya Karadag		
Manfred Richter		
Hans Schwanitz		
Vorschlag 2 (SPD):		
Dr. Gerrit Krupp	*19*	*3*
Pascal Pütz		
Ulrich Müller		
(Sachkundiger Bürger)		
Vorschlag 3 (CDU):		
Bernd Petelkau	*18*	*3*
Felix Spehl		
Werner Marx		
Vorschlag 4 (Die Linke.):	*6*	*1*
Güldane Tokyürek		
Vorschlag 5 (FDP):	*6*	*1*
Volker Görzel		
Vorschlag 6 (Volt):		
Lars Müller (Sachkundiger Bürger)	*4*	*1*
Vorschlag 7 (AfD):	*3*	*0*
Christer Cremer		

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen von den Listen 1 - 6 gewählt.

Da die AfD -Fraktion (Vorschlag 7) keine stimmberechtigten Mitglieder in den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales entsendet, kann sie in dem Ausschuss nach § 58 Absatz 1 Satz 7 – 10 Gemeindeordnung NRW durch ein beratendes Mitglied vertreten werden.

II. Beschluss:

Der Rat bestellt nach § 58 Absatz 1 Satz 7 - 10 Gemeindeordnung NRW zum beratenden Mitglied im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales

Name: Christer CremerFraktion: für die AfD-Fraktion

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

<u>Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden:</u>

Abgegebene Stimmen	*88*
davon gültige Stimmen	*88*
Enthaltungen	*1*

I. Stimmberechtigte Mitglieder

Der Rat wählt als stimmberechtigte Mitglieder in den

<u>Ausschuss für Bürger-Wahl beteiligung, Anregungen und Beschwerden</u>	*<u>Ergebnis</u>*	
Vorschlag (Fraktion/Gruppe)	*Stimmen*	*Sitze**
Vorschlag 1 (Grüne):		
Max Derichsweiler	*27*	*4*
Manfred Giesen		
Bärbel Hölzing		
Lars Wahlen		
Vorschlag 2 (SPD):		
Birgit Bonk (Sachkundige Bürgerin)	*18*	*3*

Polina Frebel		
Erika Oedingen		
Vorschlag 3 (CDU):		
Martin Erkelenz	*18*	*3*
Henk van Benthem		
Stephan Pohl		
(Sachkundiger Bürger)		
Vorschlag 4 (Die Linke.):	*6*	*1*
Uschi Röhrig		
Vorschlag 5 (FDP):		
Robert Wande	*6*	*1*
(Sachkundiger Bürger)		
Vorschlag 6 (Volt):	*9*	*1*
Pia Waldhof		
Vorschlag 7 (AfD):	*3*	*0*
Diana Finsterle		

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen von den Listen 1 - 6 gewählt.

Da die AfD -Fraktion (Vorschlag 7) keine stimmberechtigten Mitglieder in den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden entsendet, kann sie in dem Ausschuss nach § 58 Absatz 1 Satz 7 – 10 Gemeindeordnung NRW durch ein beratendes Mitglied vertreten werden.

II. Beschluss:

Der Rat bestellt nach § 58 Absatz 1 Satz 7 - 10 Gemeindeordnung NRW zum beratenden Mitglied im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden

Name: Diana Finsterle Fraktion: für die AfD-Fraktion

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

<u>Bauausschuss</u>

<u>angegliedert Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft:</u>

Abgegebene Stimmen	*88*
davon gültige Stimmen	*88*
Enthaltungen	*6*

I. Stimmberechtigte Mitglieder

Der Rat wählt als stimmberechtigte Mitglieder in den

<u>Bauausschuss</u>		*<u>Wahl</u>*	*<u>Ergebnis</u>*
<u>angegliedert Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft:</u>			
Vorschlag (Fraktion/Gruppe)		*Stimmen*	*Sitze**
Vorschlag 1 (Grüne):	*Denise Abé*		
	Gerd Brust (Sachkundiger Bürger)	*26*	*4*
	Bärbel Hölzing		
	Robert Schallehn		
Vorschlag 2 (SPD):	*Jürgen Kircher*	*18*	*3*
	Erika Oedingen		
	Claudia Brock-Storms		
Vorschlag 3 (CDU):	*Anna-Maria Henk-Hollstein*	*19*	*3*
	Ira Sommer		

	Felix Spehl		
Vorschlag 4 (Die Linke.):	*Heiner Kockerbeck*	*6*	*1*
Vorschlag 5 (FDP):	*Stefanie Ruffen*	*6*	*1*
Vorschlag 6 (Volt):	*Ralf Schmidt (Sachkundiger Bürger)*	*4*	*1*
Vorschlag 7 (AfD):	*Philipp Busch (Sachkundiger Bürger)*	*3*	*0*

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen von den Listen 1 - 6 gewählt.

Da die AfD -Fraktion (Vorschlag 7) keine stimmberechtigten Mitglieder in den Bauausschuss entsendet, kann sie in dem Ausschuss nach § 58 Absatz 1 Satz 7 – 10 Gemeindeordnung NRW durch ein beratendes Mitglied vertreten werden.

II. Beschluss:

Der Rat bestellt nach § 58 Absatz 1 Satz 7 - 10 Gemeindeordnung NRW zum beratenden Mitglied im Bauausschuss und im angegliederten Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

Name: Phillip Busch *Fraktion: für die AfD-Fraktion*

(Sachkundiger Bürger)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

<u>Gesundheitsausschuss:</u>

Abgegebene Stimmen	*88*
davon gültige Stimmen	*88*
Enthaltungen	*6*

I. Stimmberechtigte Mitglieder

Der Rat wählt als stimmberechtigte Mitglieder in den

<u>Gesundheitsausschuss</u>		*<u>Wahl</u>*	*<u>Ergebnis</u>*
Vorschlag (Fraktion/Gruppe)		*Stimmen*	*Sitze**
Vorschlag 1 (Grüne):	*Christine Seiger* *Ralf Unna* *Joachim Heinlein (Sachkundiger Bürger)* *Marion Heuser*	*26*	*4*
Vorschlag 2 (SPD):	*Michael Paetzold* *Viola Recktenwald* *Sven Kaske*	*18*	*3*
Vorschlag 3 (CDU):	*Ursula Gärtner Henk van Benthem* *Alexander Yohannes (Sach-kundiger Bürger)*	*19*	*3*
Vorschlag 4 (Die Linke.):	*Uschi Röhrig*	*6*	*1*
Vorschlag 5 (FDP):	*Bettina Houben (Sachkundige Bürgerin)*	*6*	*1*

Vorschlag 6 (Volt):	*Finn Thelen (Sachkundiger Bürger)*	*4*	*1*
Vorschlag 7 (AfD):	*Michael Winkler (Sachkundiger Bürger)*	*3*	*0*

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen von den Listen 1 - 6 gewählt.

Da die AfD -Fraktion (Vorschlag 7) keine stimmberechtigten Mitglieder in den Gesundheitsausschuss entsendet, kann sie in dem Ausschuss nach § 58 Absatz 1 Satz 7 – 10 Gemeindeordnung NRW durch ein beratendes Mitglied vertreten werden.

II. Beschluss:

Der Rat bestellt nach § 58 Absatz 1 Satz 7 - 10 Gemeindeordnung NRW zum beratenden Mitglied im Gesundheitsausschuss

Name: Michael Winkler *Fraktion: für die AfD-Fraktion*

(Sachkundiger Bürger)

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

<u>Ausschuss für Kunst und Kultur</u>

<u>angegliedert Betriebsausschuss der Bühnen der Stadt Köln Betriebsausschuss Gürzenich-Orchester, Betriebsausschuss Wallraff-Richartz-Museum & Fondation Courboud:</u>

Abgegebene Stimmen	*88*
Davon gültige Stimmen	*88*
Enthaltungen	*6*

I. Stimmberechtigte Mitglieder

Der Rat wählt als stimmberechtigte Mitglieder in den

<u>Ausschuss für Kunst und Kultur und angegliederte Betriebsausschüsse</u>	*<u>Wahl</u>*		*<u>Ergebnis</u>*
Vorschlag (Fraktion/Gruppe)		*Stimmen*	*Sitze**
Vorschlag 1 (Grüne):	*Bürgermeisterin Brigitta von Bülow*	*26*	*4*
	Bärbel Hölzing		
	David Lutz		
	Mario Michalak		
Vorschlag 2 (SPD):	*Maria Helmis*	*18*	*3*
	Elfi Scho-Antwerpes		
	Dr. Eva Bürgermeister		
Vorschlag 3 (CDU):	*Bürgermeister Dr. Ralph Elster*	*19*	*3*
	Thomas Welter		
	Ira Sommer		
Vorschlag 4 (Die Linke.):	*Jörg Kobel (Sachkundiger Bürger)*	*6*	*1*
Vorschlag 5 (FDP):	*Lorenz Deutsch (Sachkundiger Bürger)*	*6*	*1*

Vorschlag 6 (Volt):

Dominik Schneider	*4*	*1*

(Sach-

kuniger Bürger)

Vorschlag 7

(AfD): *3* *0*

Nele Werrmann

(Sachkundige Bürgerin)

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen von den Listen 1 - 6 gewählt.

Da die AfD -Fraktion (Vorschlag 7) keine stimmberechtigten Mitglieder in den Ausschuss für Kunst und Kultur und in den angegliederten Betriebsausschüssen entsendet, kann sie in dem Ausschuss nach § 58 Absatz 1 Satz 7 – 10 Gemeindeordnung NRW durch ein beratendes Mitglied vertreten werden.

II. Beschluss:

Der Rat bestellt nach § 58 Absatz 1 Satz 7 - 10 Gemeindeordnung NRW zum beratenden Mitglied im Ausschuss für Kunst und Kultur und in den angegliederten Betriebsausschüssen

Name: Nele Werrmann *Fraktion: für die AfD-Fraktion*

(Sachkundige Bürge-

rin)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Liegenschaftsausschuss:

Abgegebene Stimmen	*88*
Davon gültige	*88*
Enthaltungen	*6*

I. Stimmberechtigte Mitglieder

Der Rat wählt als stimmberechtigte Mitglieder in den

Liegenschaftsausschuss:	*Wahl*	*Ergebnis*
Vorschlag	*Stimmen*	*Sitze**
(Fraktion/Gruppe)		
Vorschlag 1		
(Grüne):	*26*	*4*
Derya Karadag		
Christiane Martin		
Sabine Pakulat		
Hans Schwanitz		
Vorschlag 2		
(SPD):	*18*	*3*
Pascal Pütz		
Regina Börschel		
(Sachkundige Bürgerin)		
Marcel Hagedorn		
(Sachkundiger Bürger)		

Vorschlag 3	*Ira Sommer*		
(CDU):	*Teresa De Bellis-Olinger*	*19*	*3*
	Monika Roß-Belkner		
Vorschlag 4	*Michael Weisenstein*	*6*	*1*
(Die Linke.):			
Vorschlag 5	*Christtraut Kirchmeyer (Sachkundige Bürgerin)*		
(FDP):		*6*	*1*
Vorschlag 6	*Rebekka Müller*		
(Volt):	*(Sachkundige Bürgerin)*	*4*	*1*
Vorschlag 7	*Diana Finsterle*		

(AfD): (Sachkundige Bürgerin) 3 0

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen von den Listen 1 - 6 gewählt.

Da die AfD -Fraktion (Vorschlag 7) keine stimmberechtigten Mitglieder in den Liegenschaftsausschuss entsendet, kann sie in dem Ausschuss nach § 58 Absatz 1 Satz 7 – 10 Gemeindeordnung NRW durch ein beratendes Mitglied vertreten werden.

II. Beschluss:

Der Rat bestellt nach § 58 Absatz 1 Satz 7 - 10 Gemeindeordnung NRW zum beratenden Mitglied im Liegenschaftsausschuss:

Name: Diana Finsterle (Sachkundige Bürgerin) *Fraktion: für die AfD-Fraktion*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

<u>Ausschuss für Schule und Weiterbildung:</u>

Abgegebene Stimmen	*87*
Davon gültige	*87*
Enthaltungen	*7*

I. Stimmberechtigte Mitglieder

Der Rat wählt als stimmberechtigte Mitglieder in den

<u>Ausschuss für Schule und Weiterbildung:</u>	*<u>Wahl Ergebnis</u>*	
Vorschlag (Fraktion/Gruppe)	*Stimmen*	*Sitze**
Vorschlag 1 (Grüne):	*26*	*4*
Daniel Bauer-Dahm		
Mechthild Böll		
(Sachkundige Bürgerin)		
Max Derichsweiler	*Bärbel Hölzing*	
Vorschlag 2 (SPD):	*Oliver Seeck*	
	Franz Philippi	*19 3*
	Maria Helmis	
Vorschlag 3 (CDU):	*Dr. Helge Schlieben*	
	Constanze Aengenvoort	*16 3*
	Anne Hauser	
	(Sachkundige Bürgerin)	
Vorschlag 4 (Die Linke.):	*Heiner Kockerbeck*	*6 1*
Vorschlag 5 (FDP):	*Stefanie Ruffen*	*6 1*
Vorschlag 6 (Volt):	*Andrea Browers*	*4 1*
Vorschlag 7 (AfD):	*Ilka Schänke (Sachkundige Bürgerin)*	*1 0*

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen von den Listen 1 - 6 gewählt.

Da die AfD -Fraktion (Vorschlag 7) keine stimmberechtigten Mitglieder in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung entsendet, kann sie in dem Ausschuss nach § 58 Absatz 1 Satz 7 – 10

Gemeindeordnung NRW durch ein beratendes Mitglied vertreten werden.

II. Beschluss:

Der Rat bestellt nach § 58 Absatz 1 Satz 7 - 10 Gemeindeordnung NRW zum beratenden Mitglied im Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Name: Ilka Schänke *Fraktion: für die AfD-Fraktion*

(Sachkundige Bürgerin)

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

<u>Ausschuss für Soziales und Senioren:</u>

Abgegebene Stimmen	*88*
Davon gültige	*88*
Enthaltungen	*6*

I. Stimmberechtigte Mitglieder

Der Rat wählt als stimmberechtigte Mitglieder in den

<u>Ausschuss für Soziales und Senioren:</u> *<u>Wahl</u>* *<u>Ergebnis</u>*

Vorschlag (Fraktion/Gruppe)	*Stimmen*	*Sitze**
Vorschlag 1 (Grüne):	*26*	*4*
Daniel Bauer-Dahm		
Marion Heuser		
Floris Rudolph		
Dilan Yazicioglu		
Vorschlag 2 (SPD):	*19*	*3*
Michael Paetzold		
Elfi-Scho-Antwerpes		
Conny Schmerbach		
(Sach-kundige Bürgerin)		
Vorschlag 3 (CDU):	*18*	*3*
Ursula Gärtner		
Martin Erkelenz		
Thomas Welter		
Vorschlag 4 (Die Linke.):	*6*	*1*
Jörg Detjen		
Vorschlag 5 (FDP):	*6*	*1*
Katja Hoyer		
Vorschlag 6 (Volt):	*4*	*1*
Jennifer Glashagen		
Vorschlag 7 (AfD):	*3*	*0*
Nele Werrmann		
(Sachkundige Bürgerin)		

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen von den Listen 1 - 6 gewählt.

Da die AfD -Fraktion (Vorschlag 7) keine stimmberechtigten Mitglieder in den Ausschuss für Soziales und Senioren entsendet, kann sie in dem Ausschuss nach § 58 Absatz 1 Satz 7 – 10 Gemeindeordnung NRW durch ein beratendes Mitglied vertreten werden.

II. Beschluss:

Der Rat bestellt nach § 58 Absatz 1 Satz 7 - 10 Gemeindeordnung NRW zum beratenden Mitglied im Ausschuss für Soziales und Senioren

Name: Nele Werrmann *Fraktion: für die AfD-Fraktion*

(Sachkundige Bürgerin)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Sportausschuss:

Abgegebene Stimmen	*88*
Davon gültige	*88*
Enthaltungen	*7*

I. Stimmberechtigte Mitglieder

Der Rat wählt als stimmberechtigte Mitglieder in den

Sportausschuss		*Wahl*	*Ergebnis*
Vorschlag		*Stimmen*	*Sitze**
(Fraktion/Gruppe)			
Vorschlag 1 (Grüne):	*Manfred Giesen* *Ralf Klemm* *Ulla Schlömer* *Bürgermeister Andreas Wolter*	*27*	*4*
Vorschlag 2 (SPD):	*Franz Philippi* *Jürgen Kircher* *Oliver Seeck*	*18*	*3*
Vorschlag 3 (CDU):	*Niklas Kienitz* *Teresa De Bellis-Olinger* *Monika Roß-Belkner*	*17*	*3*
Vorschlag 4 (Die Linke.):	*Michael Weisenstein*	*7*	*1*
Vorschlag 5 (FDP):	*Ulrich Breite*	*6*	*1*
Vorschlag 6 (Volt):	*Christopher Gudacker*	*4*	*1*
Vorschlag 7 (AfD):	*Patrick Kolek (Sachkundiger Bürger)*	*3*	*0*

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen von den Listen 1 - 6 gewählt.

Da die AfD -Fraktion (Vorschlag 7) keine stimmberechtigten Mitglieder in den Sportausschuss entsendet, kann sie in dem Ausschuss nach § 58 Absatz 1 Satz 7 – 10 Gemeindeordnung NRW durch ein beratendes Mitglied vertreten werden.

II. Beschluss:

Der Rat bestellt nach § 58 Absatz 1 Satz 7 - 10 Gemeindeordnung NRW zum beratenden Mitglied im Sportausschuss

Name: Patrick Kolek *Fraktion: für die AfD-Fraktion*

(Sachkundiger Bürger)

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Stadtentwicklungsausschuss:

I. Stimmberechtigte Mitglieder

Abgegebene Stimmen	*88*
Davon gültige	*88*
Enthaltungen	*6*

Der Rat wählt als stimmberechtigte Mitglieder in den

Stadtentwicklungsausschuss	*Wahl*	*Ergebnis*	
Vorschlag		*Stimmen*	*Sitze**
(Fraktion/Gruppe)			
Vorschlag 1	*Denis Abé*		
(Grüne):	*Sabine Pakulat*	*26*	*4*
	Hans Schwanitz		
	Christine Seiger		
Vorschlag 2	*Michael Frenzel*		
(SPD):	*(Sachkundiger Bürger)*	*18*	*3*
	Viola Recktenwald		
	Mike Homann		
Vorschlag 3	*Niklas Kienitz*		
(CDU):	*Teresa de Bellis-Olinger*	*19*	*3*
	Monika Roß-Belker		
Vorschlag 4	*Sarah Niknamtavin*	*6*	*1*
(Die Linke.):			
Vorschlag 5	*Ralph Sterck*	*6*	*1*
(FDP):			
Vorschlag 6	*Isabella Venturini*	*4*	*1*
(Volt):			
Vorschlag 7	*Luca Leitterstorf*	*3*	*0*
(AfD):	*(Sachkundiger Bürger)*		

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen von den Listen 1 - 6 gewählt.

Da die AfD -Fraktion (Vorschlag 7) keine stimmberechtigten Mitglieder in den Stadtentwicklungsausschuss entsendet, kann sie in dem Ausschuss nach § 58 Absatz 1 Satz 7 – 10 Gemeindeordnung NRW durch ein beratendes Mitglied vertreten werden.

II. Beschluss:

Der Rat bestellt nach § 58 Absatz 1 Satz 7 - 10 Gemeindeordnung NRW zum beratenden Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss

Name: Luca Leitterstorf *Fraktion: für die AfD-Fraktion*

(Sachkundiger Bürger)

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün

angliedert Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln:

Abgegebene Stimmen	*88*
Davon gültige	*88*
Enthaltungen	*5*

I. Stimmberechtigte Mitglieder

Der Rat wählt als stimmberechtigte Mitglieder in den

Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün angliedert Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln		*Wahl*	*Ergebnis*
Vorschlag (Fraktion/Gruppe)		*Stimmen*	*Sitze**
Vorschlag 1 (Grüne):	*Denise Abé* *Sabine Pakulat* *Hans Schwanitz* *Christine Seiger*	*26*	*4*
Vorschlag 2 (SPD):	*Rafael Struwe (Sachkundiger Bürger)* *Polina Frebel* *Christiane Jäger*	*18*	*3*
Vorschlag 3 (CDU):	*Constanze Aengenvoort* *Felix Spehl* *Florian Weber*	*19*	*3*
Vorschlag 4 (Die Linke.):	*Sarah Niknamtavin*	*7*	*1*
Vorschlag 5 (FDP):	*Dr. Rolf Albach (Sachkundiger Bürger)*	*6*	*1*
Vorschlag 6 (Volt):	*Christian Achtelik*	*4*	*1*
Vorschlag 7 (AfD):	*Matthias Büschges*	*3*	*0*

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen von den Listen 1 - 6 gewählt.

Da die AfD -Fraktion (Vorschlag 7) keine stimmberechtigten Mitglieder in den Ausschuss Umwelt und Grün und in den angegliederten Betriebsausschuss entsendet, kann sie in dem Ausschuss nach § 58 Absatz 1 Satz 7 – 10 Gemeindeordnung NRW durch ein beratendes Mitglied vertreten werden.

II. Beschluss:

Der Rat bestellt nach § 58 Absatz 1 Satz 7 - 10 Gemeindeordnung NRW zum beratenden Mitglied im Ausschuss Umwelt und Grün und im angegliederten Betriebsausschuss

Name: Matthias Büsch-Fraktion: für die AfD-Fraktion

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Verkehrsausschuss:

Abgegebene Stimmen	*88*
Davon gültige Stimmen	*88*
Enthaltungen	*5*

I. Stimmberechtigte Mitglieder

Der Rat wählt als stimmberechtigte Mitglieder in den

Verkehrsausschuss		*Wahl*	*Ergebnis*
Vorschlag (Fraktion/Gruppe)		*Stimmen*	*Sitze**
Vorschlag 1 (Grüne):	*Lino Hammer* *David Lutz* *Ulla Schlömer* *Lars Wahlen*	*26*	*4*

Vorschlag 2 (SPD):	*Christiane Jäger* *Dr. Gerrit Krupp* *Claudia Brock-Storms*	*20*	*3*
Vorschlag 3 (CDU):	*Teresa De Bellis-Olinger* *Dirk Michel* *Eric Haeming*	*18*	*3*
Vorschlag 4 (Die Linke.):	*Güldane Tokyürek*	*6*	*1*
Vorschlag 5 (FDP):	*Dr. Christian Beese* *(Sachkundige Bürger)*	*6*	*1*
Vorschlag 6 (Volt):	*Max Pargmann* *(Sachkundige Bürger)*	*4*	*1*
Vorschlag 7 (AfD):	*Phillip Busch* *(Sachkundige Bürger)*	*3*	*0*

Damit sind. alle vorgeschlagenen Personen von den Listen 1 - 6 gewählt

Da die AfD -Fraktion (Vorschlag 7) keine stimmberechtigten Mitglieder in den Verkehrsausschuss entsendet, kann sie in dem Ausschuss nach § 58 Absatz 1 Satz 7 – 10 Gemeindeordnung NRW durch ein beratendes Mitglied vertreten werden.

II. Beschluss:

Der Rat bestellt nach § 58 Absatz 1 Satz 7 - 10 Gemeindeordnung NRW zum beratenden Mitglied im Verkehrsausschuss

Name: Phillip Busch Fraktion: für die (Sachkundige Bürger) AfD-Fraktion

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

<u>Wirtschaftsausschuss:</u>

Abgegebene Stimmen	*88*
Davon gültige	*88*
Enthaltungen	*6*

I. Stimmberechtigte Mitglieder

Der Rat wählt als stimmberechtigte Mitglieder in den

<u>Wirtschaftsausschuss</u>		*<u>Wahl</u>*	*<u>Ergebnis</u>*
Vorschlag (Fraktion/Gruppe)		*Stimmen*	*Sitze**
Vorschlag 1 (Grüne):	*Bürgermeisterin Brigitta von Bülow* *Derya Karadag* *Mario Michalak* *Sandra Schneeloch*	*26*	*4*
Vorschlag 2 (SPD):	*Jörg van Geffen* *(Sachkundiger Bürger)* *Lisa Steinmann* *Berit Blümel* *(Sachkundiger Bürger)*	*18*	*3*

Vorschlag 3	*Dirk Michel*		
(CDU):	*Monika Roß-Belkner*	*19*	*3*
	Claudia Heithorst		
Vorschlag 4	*Vedat Akter*	*6*	*1*
(Die Linke.):	*(Sachkundiger Bürger)*		
Vorschlag 5	*Volker Görzel*	*6*	*1*
(FDP):			
Vorschlag 6	*Robert Glashagen*	*4*	*1*
(Volt):	*(Sachkundiger Bürger)*		
Vorschlag 7	*Ahmet Türe*	*3*	*0*
(AfD):	*(Sachkundiger Bürger)*		

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen von den Listen 1 - 6 gewählt.

Da die AfD -Fraktion (Vorschlag 7) keine stimmberechtigten Mitglieder in den Wirtschaftsausschuss entsendet, kann sie in dem Ausschuss nach § 58 Absatz 1 Satz 7 – 10 Gemeindeordnung NRW durch ein beratendes Mitglied vertreten werden.

II. Beschluss:

Der Rat bestellt nach § 58 Absatz 1 Satz 7 - 10 Gemeindeordnung NRW zum beratenden Mitglied im Wirtschaftsausschuss

Name: Ahmet Türe (Sach-Fraktion: für die kundiger Bürger) AfD-Fraktion

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

<u>Ausschuss für Gleichstellung von Frauen und Männern:</u>

Abgegebene Stimmen	*88*
Davon gültige	*88*
Enthaltungen	*6*

I. Stimmberechtigte Mitglieder

Der Rat wählt als stimmberechtigte Mitglieder in den

<u>Ausschuss für Gleichstellung von Frauen und Männern</u>

Wahl		*Ergebnis*	
Vorschlag		*Stimmen*	*Sitze**
(Fraktion/Gruppe)			
Vorschlag 1	*Derya Karadag*		
(Grüne):	*Floris Rudolph*	*26*	*4*
	Dilan Yazicioglu		
	Mario Michalak		
Vorschlag 2	*Sanae Abdi*		
(SPD):	*(Sachkundige Bürgerin)*	*18*	*3*
	Monika Möller		
	(Sachkundige Bürgerin)		
	Lukas Lorenz		
Vorschlag 3	*Teresa De Bellis-Olinger*		
(CDU):		*19*	*3*
	Claudia Heithorst		
	Werner Marx		
Vorschlag 4	*Sarah Niknamtavin*	*6*	*1*
(Die Linke.):			
Vorschlag 5	*Christiane Dumstorff*		
(FDP):		*6*	*1*
	(Sach-kundige Bürgerin)		

Vorschlag 6 (Volt):	*Susanne Groß (Sachkundige Bürgerin)*	*4*	*1*
Vorschlag 7 (AfD):	*Matthias Büschges*	*3*	*0*

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen von den Listen 1 - 6 gewählt.

Da die AfD -Fraktion (Vorschlag 7) keine stimmberechtigten Mitglieder in den Ausschuss für Gleichstellung entsendet, kann sie in dem Ausschuss nach § 58 Absatz 1 Satz 7 – 10 Gemeindeordnung NRW durch ein beratendes Mitglied vertreten werden.

II. Beschluss:

Der Rat bestellt nach § 58 Absatz 1 Satz 7 - 10 Gemeindeordnung NRW zum beratenden Mitglied im Ausschuss für Gleichstellung

Name: Matthias Büsch-Fraktion: für die AfD-ges Fraktion

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

<u>Digitalsierungsausschuss;</u>

Abgegebene Stimmen	*88*
Davon gültige	*88*
Enthaltungen	*6*

I. Stimmberechtigte Mitglieder

Der Rat wählt als stimmberechtigte Mitglieder in den

<u>Digitalisierungsausschuss</u>	*<u>Wahl</u>*	*<u>Ergebnis</u>*	
Vorschlag (Fraktion/Gruppe)		*Stimmen*	*Sitze**
Vorschlag 1 (Grüne):	*Lino Hammer David Lutz Sandra Schneeloch Alex Volk (Sachkundiger Bürger)*	*26*	*4*
Vorschlag 2 (SPD):	*Lisa Steinmann Bürgermeister Dr. Ralf Heinen Thomas Hegenbarth (Sachkundiger Bürger)*	*19*	*3*
Vorschlag 3 (CDU):	*Florian Weber Eric Haeming Felix Spehl*	*186*	*3*
Vorschlag 4 (Die Linke.):	*Nadine Mai (Sachkundige Bürgerin)*	*6*	*1*
Vorschlag 5 (FDP):	*Dr. Kai-Uwe Bartels (Sach-kundiger Bürger)*	*6*	*1*
Vorschlag 6 (Volt):	*Manuel Jeschka*	*4*	*1*
Vorschlag 7 (AfD):	*Michael Gautsch (Sach- kundiger Bürger)*	*3*	*0*

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen von den Listen 1 - 6 gewählt.

Da die AfD -Fraktion (Vorschlag 7) keine stimmberechtigten Mitglieder in den Ausschuss für Digitalisierung entsendet, kann sie in dem Ausschuss nach § 58 Absatz 1 Satz 7 – 10 Gemeindeordnung NRW durch ein beratendes Mitglied vertreten werden.

II. Beschluss:

Der Rat bestellt nach § 58 Absatz 1 Satz 7 - 10 Gemeindeordnung NRW zum beratenden Mitglied im Ausschuss für Digitalisierung

Name: Michael Gautsch (Sachkundiger Bürger) *Fraktion: für die AfD-Fraktion*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:
*zu I.: Geheime Wahl und *Zuteilungsverfahren für die Sitzverteilung nach Hare/Niemeyer bei allen Ausschussbesetzung*

Die Abstimmung über Entsendung der beratenden Mitglieder der AfD-Fraktion in alle Ausschüsse (jeweils Vorschlag 7) wurde am Ende aller Wahlen zusammen abgestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu den Vorsitzen, meine Damen und Herren. Das ist der Tagesordnungspunkt

2.2 Namentliche Benennung der Ausschussvorsitzenden und der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

Die Vorsitzenden werden nach § 58 Absatz 5 der Gemeindeordnung von den Fraktionen aus der Mitte der den Ausschüssen angehörenden stimmberechtigten Ratsmitglieder bestimmt. In der Übersicht ist die Zuteilung der Ausschussvorsitze an die Fraktionen notiert, die eben unter TOP 1.5 vorgenommen wurde.

Die von den Fraktionen benannten Vorsitze sind eingetragen. Deswegen bleibt mir jetzt, den Ausschussvorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden und auch den zweiten stellvertretenden Vorsitzenden ganz herzlich zu ihrer Benennung zu gratulieren und ihnen für ihre Arbeit viel Erfolg zu wünschen.

(Beifall)

Die Ausschussvorsitzenden werden aus der Mitte der den Ausschüssen angehörenden stimmberechtigen Mitgliedern nach § 58 Absatz 5 der Gemeindeordnung NRW wie folgt benannt:

Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen (AVR)/Vergabe/Internationales

Vorsitz:

Bernd Petelkau (CDU)

1. Stellvertreter/in:

Derya Karadag (Grüne)

2. Stellvertreter/in

Dr. Gerrit Krupp (SPD)

Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden

Vorsitz:

Max Derichsweiler (Grüne)

1. Stellvertreter/in:

Erika Oedingen (SPD)

2. Stellvertreter/in

Martin Erkelenz (CDU)

Bauausschuss angegliedert Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

Vorsitz:

Stefanie Ruffen (FDP)

1. Stellvertreter/in:

Jürgen Kircher (SPD)

2. Stellvertreter/in

Bärbel Hölzing (Grüne)

Digitalisierungsausschuss

Vorsitz:

Manuel Jeschka (Volt)

1. Stellvertreter/in:

Dr. David Lutz (Grüne)

2. Stellvertreter/in

Florian Weber (CDU)

Finanzausschuss

angegliedert Betriebsausschuss Veranstaltungszentrum Köln

Vorsitz:	*1. Stellvertreter/in:*	*2. Stellvertreter/in:*
Dr. Gerrit Krupp	*Manfred Richter*	*Bernd Petelkau*
(SPD)	*(Grüne)*	*(CDU)*

Gesundheitsausschuss *Vorsitz:*	*1. Stellvertreter/in:*	*2. Stellvertreter/in*
Dr. Ralf Unna	*Ursula Gärtner*	*Michael Paetzold*
(Grüne)	*(CDU)*	*(SPD)*

Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern

Vorsitz:

Teresa De Bellis-Olinger

1. Stellvertreter/in:

Sarah Niknamtavin (Linke.)

2. Stellvertreter/in:

Dilan Yazicioglu (Grüne) (CDU)

Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün

angegliedert Betriebsausschuss AWB

Vorsitz:

Denise Abé (Grüne)

1. Stellvertreter/in:

Christian Achtelik (Volt)

2. Stellvertreter/in

Polina Frebel (SPD)

Kunst und Kultur angegliedert

- *Betriebsausschuss Bühnen*

- *Betriebsausschuss Gürzenich-Orchester*
- *Betriebsausschuss WRM & Fondation Corboud*

Vorsitz:

Elfi Scho-Antwerpes (SPD)

1. Stellvertreter/in:

BM Dr. Ralph Elster (CDU)

2. Stellvertreter/in

Mario Michalak (Grüne)

Liegenschaftsausschuss

Vorsitz:

Ira Sommer (CDU)

1. Stellvertreter/in:

Christiane Martin (Grüne)

2. Stellvertreter/in

Pascal Pütz (SPD)

Rechnungsprüfungsausschuss

Vorsitz:

Jörg Detjen (Die Linke.)

1. Stellvertreter/in:

Hans Schwanitz (Grüne)

2. Stellvertreter/in:

Sven Kaske (für Volt)

Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Vorsitz:

Dr. Helge Schlieben (CDU)

1. Stellvertreter/in:

Franz Philippi (SPD)

2. Stellvertreter/in

Bärbel Hölzing (Grüne)

Ausschuss für Soziales und Senioren

Vorsitz:

Daniel Bauer-Dahm (Grüne)

1. Stellvertreter/in

Michael Paetzold (SPD)

2. Stellvertreter/in

Ursula Gärtner (CDU)

Sportausschuss

Vorsitz:

Oliver Seeck (SPD)

1. Stellvertreter/in:

Henk van Benthem (CDU)

2. Stellvertreter/in

Ulrich Breite (FDP)

Stadtentwicklungsausschuss

Vorsitz:	*1. Stellvertreter/in:*	*2. Stellvertreter/in*
Sabine Pakulat (Grüne)	*Niklas Kienitz (CDU)*	*Mike Homann (SPD)*

Verkehrsausschuss

Vorsitz:	*1. Stellvertreter/in:*	*2. Stellvertreter/in*
Lino Hammer (Grüne)	*Christiane Jäger (CDU)*	*Güldane Tokyürek (Die Linke.)*

Wahlprüfungsausschuss

Vorsitz:	*1. Stellvertreter/in:*	*2. Stellvertreter/in*
Christiane Jäger (SPD)	*Bürgermeister Dr. Ralph Elster (CDU)*	*Max Derichsweiler (Grüne)*

Wirtschaftsausschuss

Vorsitz:	*1. Stellvertreter/in:*	*2. Stellvertreter/in*

Dirk Michel	*Volker Görzel*	*Sandra Schneeloch*
(CDU)	*(FDP)*	*(Grüne)*

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Können wir zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen, meine Damen und Herren? - Dann kommen wir jetzt zum Ergebnis der Wahl betreffend die Landschaftsversammlung. Das ist der Tagesordnungspunkt 3.1.

3.1 Bildung der 15. Landschaftsversammlung Rheinland

hier: Wahl der von der Stadt Köln zu entsendenden Mitglieder und Ersatzmitglieder sowie Wahl der Reservelisten

2032/2020

Da wurden tatsächlich für die Erstimmen 90 Stimmzettel abgegeben. Ich habe ja auch nur gesagt, bitte nur ein Kreuz machen, und ich habe nicht gesagt, bitte nicht zwei Stimmzettel abgeben. Ich weiß auch nicht, wie man auf so eine Idee kommen kann; aber es ist geschehen. Bis zwei zählen sollte man ja eigentlich können, wenn man in diesem Rat sitzt.

Bei den Erststimmen entfielen auf den Vorschlag 1 24 Stimmen, auf den Vorschlag 2 18 Stimmen, auf den Vorschlag 3 27 Stimmen, auf den Vorschlag 4 6 Stimmen, auf den Vorschlag 5 6 Stimmen, auf den Vorschlag 6 3 Stimmen und auf den Vorschlag 7 - das ist die Ratsgruppe GUT - 6 Stimmen.

Damit ergibt sich folgende Sitzverteilung: Die Vorschläge 1 bis 5 sind wiederum als stimmberechtigte Mitglieder gewählt, der Vorschlag 6 entfällt, und auf Vorschlag 7 entfällt ein Sitz.

(Beifall)

Wir haben natürlich geprüft, ob die zusätzliche Stimme, die von einem Ratsmitglied abgegeben wurde, Einfluss auf das Ergebnis haben kann. Das ist nach unserer Prüfung nicht der Fall, unabhängig davon, für welchen Vorschlag sie abgegeben wurde. Wir stellen das Ergebnis daher heute so fest - dazu haben wir uns entschieden - und werden prüfen, ob wegen des zusätzlichen Stimmzettels nächste Woche noch einmal gewählt werden muss. Das könnte natürlich sein.

Für die Landeslisten wurden 89 gültige Stimmen abgegeben. Hier gab es 5 Enthaltungen. Es entfielen auf die Reservelisten als Ganzes: CDU 17, SPD 18, Grüne 26, FDP 4, AfD 3, DIE LINKE 6, Freie Wähler 1, Die PARTEI 6 Stimmen und jeweils eine Stimme auf einzelne Bewerber, einmal auf Herrn Hermann Baron von Kruedener, Die PARTEI, auf Detlef Hagenbruch, Freie Wähler, und auf Frau Dr. Diana Siebert von den Grünen. Damit wären wir am Ende der Tagesordnung, meine Damen und Herren.

(Beifall)

1. Wahl der Mitglieder und der Ersatzmitglieder

Abgegebene Stimmen: 90

Vorschlag 1 – Grüne Stimmen: 24	Vorschlag 2 – SPD Stimmen: 18	Vorschlag 3 - CDU Stimmen: 27	Vorschlag 4 - Linke Stimmen: 6	Vorschlag 5 - Volt Stimmen: 6
1. Christiane Martin	**1. Elfi Scho Antwerpes**	**1. BM Dr. Ralph Elster**	**1. Heiner Kockerbeck**	**1. Jennifer Glashagen**
EM ./.	EM Polina Frebel	EM Dirk Michel	EM Michael Weisenstein	EM Isabella Venturini
2. Lino Hammer	**2. Lukas Lorenz**	**2. Dr. Helge Schlieben**		
EM ./.	EM Erika Oedingen	EM Monika Roß-Belkner		
3. Ralf Klemm		**3. Henk van Benthem**		
EM Bärbel Hölzing		EM Theresa De Bellis-Olinger		

Der Rat wählt in geheimer Abstimmung folgende Mitglieder und Ersatzmitglieder für die 15. Landschaftsversammlung:

Die Vorschläge 1 bis 5 und 7 wurden als Mitglieder gewählt. Auf Vorschlag 6 entfällt kein Sitz.

Vorschlag 6 - AfD Stimmen: 3	Vorschlag 7 - GUT Stimmen: 6	Vorschlag 8 - Stimmen:	Vorschlag 9 - Stimmen:	Vorschlag 10 - Stimmen:
1. Christer Cremer	**1. Thor Zimmermann**	1.	1.	1.
EM Matthias Büschges	EM Karina Syndicus			

2. Wahl der Reserveliste

Abgegebene Stimmen: 89

Enthaltungen: 5

Auf die einzelnen Reservelisten als Ganzes werden folgende Stimmen abgegeben:

CDU	SPD	Grüne	FDP	AfD
Stimmen: 17	Stimmen: 18	Stimmen: 26	Stimmen: 4	Stimmen: 3
Die Linke.	**FW NRW**	**Die PARTEI**		
Stimmen: 6	Stimmen: 1	Stimmen: 6		

Auf einzelne Bewerber der einzelnen Reservelisten werden folgende Stimmen abgegeben:

	Name	Partei/Wählergruppe	Stimme
1.	Hermann Baron von Kruedener	Die PARTEI	1
2.	Detlef Hagenbruch	Freie Wähler NRW	1
3.	Dr. Diana Sieber	Grüne	1

Anmerkung:
*zu 1. und 2. Geheime Wahl und Zuteilungsverfahren für die Sitzverteilung nach Hare Niemeyer**

Die für die Fraktion Die Linke. gewählten Mitglieder RM Kockerbeck und RM Weisenstein haben direkt nach der Wahl ihren Rücktritt erklärt.

Zu 1. ist ein Stimmzettel zu viel abgegeben worden. Rechnerisch hat dies keinen Einfluss auf die Sitzverteilung. Daher wurden das Wahlergebnis und die Sitzverteilung in der Sitzung festgestellt.

(Der Landschaftsverband Rheinland hat im Nachgang der Sitzung bestätigt: Fehler im Wahlprozess wirken sich für die Gültigkeit der Wahl nicht aus, wenn sie für das Ergebnis der Wahl unerheblich sind (vgl. OVG NRW, Urt. v. 22.02.91, Az. 15 A 1518/90). Die zu viel abgegebene Stimme lässt die Gültigkeit der Wahl unberührt. Das festgestellte Wahlergebnis ist damit gültig.)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bedanke mich für Ihre Geduld, und ich bedanke mich heute ganz besonders bei den Stimmzählern und natürlich der Stimmzählerin,

(Beifall)

die das heute ganz klasse gemacht haben und ohne die wir jetzt sicherlich nicht bei dem Ergebnis wären, bei dem wir sind. Vielen Dank und einen guten Abend!

(Schluss: 19.21 Uhr)

3. Sitzung vom 10. Dezember 2020

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Aus der 2. konstituierenden Sitzung zurückgestellte Vorlagen

1.1 Wahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner in den Ausschüssen gemäß Ratsbeschluss vom 05.11.2020

2046/2020

2 Wahlen - Besetzung weiterer Gremien

2.1 Zweckverbands/Mitgliederversammlungen

2.1.1 Zweckverband Sparkasse KölnBonn

hier: Entsendung in die Verbandsversammlung

1856/2020

2.1.2 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS): Entsendung in die Verbandsversammlung

1929/2020

2.1.3 Zweckverband Erholungsgebiet Stöckheimer Hof,

Hier: Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln für die Verbandsversammlung

2824/2020

2.1.4 Zweckverband "Naturpark Rheinland"

Hier: Wahl der Mitglieder in die Verbandsversammlung

2603/2020

2.1.5 Wahl der Mitglieder sowie ihrer Stellvertreter in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Naturpark Bergisches Land"

2627/2020

2.1.6 Sparkasse KölnBonn: Weisung an die durch den Rat der Stadt Köln entsandten Vertreter für Abstimmungen in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn

1857/2020

2.2 Aufsichtsgremien Stadtwerke Konzern

2.2.1 Stadtwerke Köln GmbH: Entsendung in den Aufsichtsrat

1605/2020

2.2.2 RheinEnergie AG

hier: Vorschläge für die Wahl in den Aufsichtsrat

1582/2020

2.2.3 GEW Köln AG

hier: Vorschläge für die Wahl in den Aufsichtsrat

1581/2020

2.2.4 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Vorschläge für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern

1927/2020

2.2.5 AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH: Entsendung in den Aufsichtsrat

1302/2020

2.2.6 AVG Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH: Entsendung in den Aufsichtsrat

1301/2020

2.2.7 Wohnungsgesellschaft der

Stadtwerke Köln mbH (WSK) - Vorschläge für die Wahl in den Aufsichtsrat

1969/2020

2.2.8 KölnBäder GmbH hier: Entsendung in den Aufsichtsrat

1881/2020

2.2.9 Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK AG) : Vorschläge für die Wahl in den Aufsichtsrat

1879/2020

2.3 Aufsichtsgremien weiterer städtischer Unternehmen

2.3.1 Koelnmesse GmbH

hier: Entsendung in den Aufsichtsrat

1671/2020

2.3.2 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Entsendung in den Aufsichtsrat

1327/2020

2.3.3 RehaNova Köln neurologische Rehabilitationsklinik gGmbH: Entsendung in den Aufsichtsrat

1328/2020

2.3.4 Sozial-Betriebe-Köln gGmbH (SBK) - Entsendung in den Aufsichtsrat

1965/2020

2.3.5 Regionalverkehr Köln GmbH (RVK): Entsendung in den Aufsichtsrat

1930/2020

2.3.6 KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH: Entsendung in den Aufsichtsrat

1601/2020

2.3.7 Flughafen Köln/Bonn GmbH

hier: Vorschläge für die Wahl in den Aufsichtsrat

1580/2020

2.3.8 Kölner Sportstätten GmbH: Entsendung in den Aufsichtsrat

1663/2020

2.3.9 KölnMusik Betriebs- und Servicegesellschaft mbH/Acht-Brücken GmbH hier: Entsendung in die Aufsichtsräte

1675/2020

2.3.10 Akademie der Künste der Welt/Köln gGmbH hier: Entsendung in den Aufsichtsrat

1960/2020

2.3.11 Jugendzentren Köln gGmbH (JugZ): Entsendung in den Aufsichtsrat

1998/2020

2.3.12 AG Zoologischer Garten Köln: Vorschläge für die Wahl in den Aufsichtsrat

2006/2020

2.3.13 GWG Wohnungsgesellschaft mbH Rhein-Erft (GWG) - Entsendung in den Aufsichtsrat

1963/2020

2.3.14 GAG Immobilien AG - Entsendung in den Aufsichtsrat - Vorschläge für die Wahl in den Aufsichtsrat

1962/2020

2.3.15 GIZ Gründer- und Innovationszentrum GmbH im TechnologiePark Köln i.L.: Entsendung in den Aufsichtsrat

1673/2020

2.3.16 moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaus und der Gemeindeentwicklung mbH

hier: Entsendung in den Aufsichtsrat

1868/2020

2.3.17 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB): Entsendung in den Aufsichtsrat

1956/2020

2.3.18 KölnTourismus GmbH: Entsendung in den Aufsichtsrat

1954/2020

2.3.19 RheinCargo GmbH & Co. KG: Vorschläge für die Wahl in den Aufsichtsrat

1873/2020

2.3.20 Koelncongress GmbH

hier: Entsendung in den Aufsichtsrat

2024/2020

2.4 Bestellung von Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter

2.4.1 KölnBäder GmbH: Bestellung einer Arbeitnehmervertreterin bzw. eines Arbeitnehmervertreters in den Aufsichtsrat

3041/2020

2.4.2 RheinEnergie AG

hier: Energieversorgung Leverkusen GmbH & Co. KG / Bestellung von Arbeitnehmervertreterinnen/Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat

3073/2020

2.4.3 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Bestellung von Arbeitnehmervertretern/ Arbeitnehmervertreterinnen in den Aufsichtsrat

2972/2020

2.4.4 Kölner Sportstätten GmbH: Bestellung eines Arbeitnehmervertreters in den Aufsichtsrat

3034/2020

2.4.5 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB): Bestellung von Arbeitnehmervertreterinnen bzw. Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat

3238/2020

2.4.6 KölnTourismus GmbH: Bestellung einer Arbeitnehmervertreterin bzw. eines Arbeitnehmervertreters in den Aufsichtsrat

3237/2020

2.4.7 Jugendzentren Köln gGmbH: Bestellung einer Arbeitnehmervertreterin bzw. eines Arbeitnehmervertreters in den Aufsichtsrat

3235/2020

2.4.8 KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH: Bestellung einer Arbeitnehmervertreterin bzw. eines Arbeitnehmervertreters in den Aufsichtsrat

3109/2020

2.4.9 RheinEnergie AG

hier: Informationsverarbeitung Leverkusen GmbH / Bestellung von Arbeitnehmervertreterinnen bzw. Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat

3258/2020

2.4.10 RheinCargo GmbH & Co. KG: Bestellung von Arbeitnehmervertreterinnen bzw. Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat

3158/2020

2.4.11 SBK Sozial-Betriebe-Köln gemeinnützige GmbH:

Bestellung von Arbeitnehmervertreterinnen bzw. Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat

3116/2020

2.5 Stiftungen

2.5.1 Besetzung des Kuratoriums der Gerda und Manfred Ulbrich-Stiftung

1115/2020

2.5.2 Bestellung einer Inspektorin/eines Inspektors der Stiftung Johann-Heinrich Claren

1116/2020

2.5.3 Vertretung der Stadt Köln im Vorstand der Krankenhausstiftung Worringen

1117/2020

2.5.4 Besetzung der Deputation der Guilleaume-Stiftung St. Antoniusheim

1118/2020

2.5.5 Kunststiftung im Museum Ludwig Köln - Bestellung des Kuratoriums

2867/2020

2.5.6 Besetzung des Kuratoriums der Stiftung Dr. Dormagen-Guffanti

1119/2020

2.5.7 Wahl der Mitglieder zum Kuratorium der Krankenhausstiftung Porz am Rhein

3031/2020

2.6 Weitere Gremien

2.6.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln) hier: Wahl in den Verwaltungsrat

1867/2020

2.6.2 Verein Region Köln/ Bonn e.V.

hier: Wahl der Mitgliedervertreterinnen und Mitgliedervertreter

3032/2020

2.6.3 Metropolregion Rheinland e.V.

hier: Wahl der Mitgliedervertreterinnen und Mitgliedervertreter

3033/2020

2.6.4 Lenkungskreis Politische Vertretung für das MiQua

3029/2020

zurückgestellt

2.6.5 Bestellung von städtischen Vertretern in den Organen des Vereins Deutsches Sport & Olympia Museum e.V.

2982/2020

2.6.6 Benennung von Mitgliedern in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit

2421/2020

2.6.7 Benennung von Mitgliedern in den Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen der Agentur für Arbeit Köln

2623/2020

2.6.8 Beirat Bürgerzentrum Alte Feuerwache

2988/2020

2.6.9 Beirat Öffentlichkeitsbeteiligung - Verstetigung und Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung - Hier: Wahl der Ratsmitglieder

3011/2020

zurückgestellt

2.6.10 Mitgliederwahl Beirat Sperrbezirk Kölner Süden

3222/2020

zurückgestellt

2.6.11 Neukonstituierung des Beirates der Forensischen Klinik Köln-Porz für die Ratsperiode 2020 bis 2025

3078/2020

2.6.12 Wahl der Kölner Mitglieder des Regionalrates

3142/2020

2.6.13 Gebrüder Coblenz Stift e.V. Entsendung von Beiratsmitgliedern

3030/2020

2.6.14 Bestellung von Vertretern der Stadt Köln, die gemäß § 63 Abs. 2 i.V.m. § 113 Abs. 4 GO NW Mitgliedsrechte der Stadt Köln in Organen, Beiräten oder Ausschüssen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen wahrnehmen

3153/2020

2.6.15 Mitwirkung der Politik in der Steuerungsgruppe des Kölner Netzwerks Bürgerengagement

3288/2020

zurückgestellt

2.6.16 Neubenennung der Ratsvertreter/innen für die Kommunale Gesundheitskonferenz Köln nach der Kommunalwahl 2020

3047/2020

2.6.17 Bestellung von Ratsmitgliedern in den Umlegungsausschuss der Stadt Köln 3098/2020

2.6.18 Wahl eines Mitglieds der Kommunalen Bank des Braunkohlenausschusses und eines Mitglieds mit beratender Befugnis des Braunkohlenausschusses Beschlussorgan Rat

3582/2020

3 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW

4 Vorlagen zur Vermeidung von Dringlichkeitsvorlagen

4.1 Beschlussvorlagen

4.1.1 4. Satzung zur Änderung der Abfallsatzung

2916/2020

4.1.2 5. Satzung zur Änderung der Abfallgebührensatzung

2918/2020

4.1.3 8. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren

2919/2020

4.1.4 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2021

2741/2020

4.1.5 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 2019

1818/2020

4.1.6 Annahme einer Geldzuwendung für den Ankauf eines Kunstwerkes von Wade Guyton für das Museum Ludwig

2815/2020

4.1.7 Überplanmäßige Aufwendungen in den Teilplänen 0402 bis 0408 - Museen, Hj. 2020

hier: Erstattung Leistungen der Museumshandwerker an die Gebäudewirtschaft

2247/2020

4.1.8 Anpassung der Hauptsatzung an die Entschädigungsverordnung NRW und Durchführung von Online-Fraktionssitzungen während der Corona-Pandemie

2730/2020

4.1.9 Allgemeine Bewilligungsbedingungen für die Bereiche Jugend, Schule, Weiterbildung, Senioren, Soziales, Beschäftigungsförderung, Wohnen und Gesundheit

3224/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1489/2020

4.1.10 Mittelfreigabe in den Haushaltsjahren 2020 und 2021 für die Maßnahme „Zuschuss Heimatlos in Köln e.V."

3255/2020

4.1.11 Projekte im Rahmen der Städtepartnerschaft Bethlehem/Palästine und der Klimapartnerschaften mit Corinto/Nicaragua und Rio de Janeiro/Brasilien

3401/2020

4.1.12 Planungsaufnahme zur Errichtung einer 4-gruppigen integrativen Kindertageseinrichtung in der Franz-Werfel-Str. 18, 51067 Köln (Holweide)

1471/2020

4.1.13 Corona-Sondermaßnahmen Kultur 2021 des Kulturamtes – zunächst bis Juni 2021

3270/2020

zurückgestellt

4.1.14 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Beihilfekasse der Stadt Köln 2019

2742/2020

4.1.15 Feststellung des Wirtschaftsplans der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2021

2743/2020

4.1.16 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 0412 - Historisches Archiv im Haushaltsjahr 2020

3455/2020

4.1.17 Entsendung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern in die Ausschüsse auf Vorschlag der Seniorenvertretung

3407/2020

4.1.18 Aufstockung des Hilfsprogramms für durch die Corona-Pandemie betroffene Kölner Sportvereine

3505/2020

4.1.19 Erhöhung der Jugendbeihilfe 2020

3419/2020

4.1.20 Berufung von sachkundigen Einwohnern als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung

3149/2020

4.2 Haushaltsrechtliche Unterrichtungen nach § 25 Abs. 2 KommHVO

4.2.1 Mehrkosten Umwandlung Tennenplätze in Kunstrasenplätze

2750/2020

4.2.2 Generalinstandsetzung der Friedrich-Karl-Straße in Abschnitten zwischen Hausnummer 224-236 und 238-270

3015/2020

4.2.3 Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, Kapitel 1 und 2, Sachstandsmitteilung

3366/2020

4.2.4 Unterrichtung des Rates gem. § 25 der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen

3369/2020

4.2.5 Finanzielle Auswirkungen der Corona-Pandemie im Bereich der Allgemeinen Finanzwirtschaft, Allgemeine Finanzlage der Kommunen und Ausblick auf 2021 ff

3394/2020

4.2.6 Haushaltsrechtliche Unterrichtung der Kämmerin/Einsturz Historisches Archiv/Verwendung der Mittel aus dem Vergleichsabschluss

3296/2020

4.2.7 Generalsanierung der Schlackstraße

hier: Mitteilung über Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2020 und 2021

4259/2019

4.2.8 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das

Haushaltsjahr 2020/21 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21

2959/2020

5 Weitere Vorgänge

5.1 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Dürre in Köln 2020"

AN/1384/2020

Antwort der Verwaltung vom 10.12.2020

3482/2020

5.2 Antrag der Gruppen KLIMA FREUNDE und GUT betreffend "Verbot des Abbrennens pyrotechnischer Erzeugnisse und Knallkörper"

AN/1382/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1492/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und der Gruppen KLIMA FREUNDE und GUT

AN/1496/2020

Änderungsantrag der Gruppe Die PARTEI

AN/1499/2020

5.3 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Umsetzung Haushaltsbeschlüsse"

AN/1468/2020

5.4 Dringlichkeitsantrag der Gruppe Die PARTEI betreffend "Autonomes Zentrum"

AN/1457/2020

5.5 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt betreffend "Bildung von Unterausschüssen"

AN/1392/2020

5.6 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen

Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt "Änderung der Satzungen über die Vergabe von Preisen der Stadt Köln, von Stipendien und anderen Jurys"

AN/1479/2020

5.7 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Aussetzen der Parkgebühren"

AN/1477/2020

5.8 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Flughafen Köln/Bonn: Fluglärmminderung und Klimaschutz"

AN/1495/2020

Änderungsantrag der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln

AN/1500/2020

6 ---

Anwesend waren:

Vorsitzende

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder

Abé, Denise; Achtelik, Christian; Aengenvoort, Constanze; Akude, John, Dr.; Bauer-Dahm, Daniel; Benthem van, Henk; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brock-Storms, Claudia; Bülow von, Brigitta, Bürgermeisterin; Büschges, Matthias; Cremer, Christer; De Bellis-Olinger, Teresa; Derichsweiler, Max Christian; Detjen, Jörg; Dickas, Birgit Beate; Elster, Ralph, Bürgermeister Dr.; Erkelenz, Martin; Frebel, Polina; Gabrysch, Nicolin; Gärtner, Ursula; Giesen, Manfred, Bezirksbürgermeister; Glashagen, Jennifer; Görzel, Volker; Haeming, Eric; Hammer, Lino; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Helmis, Maria; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Hock, Michael; Hölzing, Bärbel; Homann, Mike; Hoyer, Katja; Jäger, Christiane; Jeschka, Manuel; Joisten, Christian; Karadag, Derya; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klemm, Ralf; Kockerbeck, Heiner; Krupp, Gerrit, Dr.; Lorenz, Lukas; Lutz, David, Dr.; Martin, Christiane; Marx, Werner; Michalak, Mario; Michel, Dirk; Niknamtavin, Sarah; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pütz, Pascal; Recktenwald, Viola; Richter, Manfred; Röhrig, Ursula; Roß-Belkner, Monika; Rudolph, Floris; Ruffen, Stefanie; Schallehn, Robert; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schlömer, Ursula; Schneeloch, Sandra; Scho-Antwerpes, Elfi; Schwanitz, Hans; Seeck, Oliver; Seiger, Christine; Sommer, Ira; Spehl, Felix; Sterck, Ralph; Syndicus, Karina; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf, Dr.; Venturini, Isabella; Wahlen, Lars; Weber, Florian; Weisenstein, Michael; Welter, Thomas; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yazicioglu, Dilan; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeister

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung

Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Blome, Andrea, Beigeordnete; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete; Vogel, Alexander;

Schriftführerin

Lange, Maria;

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Heuser, Marion; Steinmann, Lisa; Tritschler, Sven;

Bezirksbürgermeisterinnen

Weitekamp, Cornelia, Bezirksbürgermeisterin; Siebert, Diana, Bezirksbürgermeisterin Dr.;

Bezirksbürgermeister

Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister;

Bezirksbürgermeisterinnen

Stiller, Sabine, Bezirksbürgermeisterin; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin;

Bezirksbürgermeister

Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung

Haaks, Stefanie; Steinkamp, Dieter, Dr.; Mötting, Bettina;

(Beginn: 14.12 Uhr - Ende: 18.56 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 3. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse und die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister, Sie natürlich alle als Mitglieder des Rates. Zunächst möchte ich gerne Herrn Dr. Unna sehr herzlich gratulieren. Er ist Vater eines kleinen Mädchens geworden, dessen Name ich noch nicht kenne.

(Beifall)

Der Name fällt vielleicht auch unter den Datenschutz, aber ich gratuliere Ihnen sehr herzlich und Ihrer Frau und statte Ihre Tochter mit 4711 guten Wünschen aus.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, traditionell lassen wir die letzte Beratung des Jahres mit einem kleinen Empfang gemeinsam ausklingen. Das ist natürlich, wie Sie sich denken können, in Zeiten der Pandemie nicht möglich. Sie finden den Kalender des historischen Archivs für 2021 als mittlerweile schon traditionelles Weihnachtsgeschenk daher schon jetzt auf Ihren Plätzen.

Jetzt zur heutigen Sitzung. Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt: Frau Heuser, Frau Steinmann und Herr Tritschler.

Wir wollen heute die Ausschüsse abschließend besetzen und auch einige weitere Gremien wählen. Daher schlage ich vor, dass wir heute wieder 6 Stimmzählerinnen und Stimmzähler bestimmen, und zwar sollen das sein Frau Abé, Herr Dr. Krupp, Frau Sommer, Herr Detjen, Frau Hoyer und Herr Achtelik. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen. Vielen Dank.

Ich schlage darüber hinaus pandemiebedingt vor, die Redezeit heute auf 3 Minuten zu verkürzen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Dann ist auch das so beschlossen.

Jetzt müssen wir die Tagesordnung festlegen. Die Zu- und Absetzungen sind im Entwurf gekennzeichnet. Die Änderungsanträge sind beim jeweiligen Tagesordnungspunkt aufgeführt. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor:

Im öffentlichen Teil die Gremienbesetzung unter TOP 1.1, TOP 2.4.11, TOP 2.6.18, die Verwaltungsvorlagen unter TOP 4.1.13 bis TOP 4.1.20, die haushaltsrechtlichen Unterrichtungen unter TOP 4.2.5 bis TOP 4.2.8 und eine Anfrage unter TOP 5.3. - Das war der öffentliche Teil.

Jetzt kommt der nichtöffentliche Teil: TOP 7.1, TOP 8.12 bis 8.15 werden zugesetzt.

Abgesetzt wurde der Tagesordnungspunkt 2.6.11.

Ich habe noch einen Hinweis für Sie aus der letzten Sitzung: Die Wahl zur Landschaftsversammlung müssen wir nicht wiederholen.

(Beifall)

Das in der letzten Sitzung festgestellte Wahlergebnis ist gültig.

Meine Damen und Herren, gibt es jetzt Wortmeldungen zu den Zu- und Absetzungen? - Das sehe ich nicht.

Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen. Die Ratsgruppe Die PARTEI hat am 8. Dezember 2020 einen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Autonomes Zentrum“ eingereicht - TOP 5.4. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. - Doch, die AfD? - Bitte sehr.

Christer Cremer (AfD): Also die Gruppe Die PARTEI schreibt ja selber, dass der Mietvertrag noch bis in den Mai läuft bei dieser Institution, die auch mehrere vom Verfassungsschutz beobachtete linksextreme Organisationen beherbergt. Ich glaube, wir müssen das hier nicht in einer dringlichen Entscheidung entscheiden. Wir können das auch noch in der nächsten Ratssitzung machen. Von daher sehe ich das Dringlichkeitsgebot da nicht gegeben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Somit ist ja dieser Tagesordnungspunkt noch nicht auf der Tagesordnung. Dann komme ich gleich dran.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, ich wollte erst einmal fragen, ob es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung gibt, nachdem die Begründung der AfD - - Wer stimmt gegen die heutige Behandlung? - Die AfD. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen. - Und jetzt Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Danke schön. - Ich beantrage, den jetzt auf die Tagesordnung genommenen Tagesordnungspunkt 5.4 der PARTEI in den Hauptausschuss zu verschieben am 11. Januar 2021. Wir haben es bisher so gehalten, dass alle Fragestellungen rund um das autonome Zentrum im Hauptausschuss berichtet wurden, und da würden wir gerne diesen Punkt behandeln.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Gegenstimmen? - DIE LINKE. Gegen die Behandlung im Hauptausschuss?

(Zuruf von der LINKEN: Dann möchten wir das auch!)

Michael Hock (Die PARTEI): Kurze Wortmeldung von Die PARTEI. Wir stimmen dem auch zu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe nur nach Gegenstimmen gefragt. - Gut. - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag verwiesen.

Dann liegt unter TOP 5.5 ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und Volt vom 9. Dezember 2020 vor. Es geht um die Bildung von Unterausschüssen.

Gibt es Wortmeldung gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das ist auch nicht der Fall. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Dann liegt unter TOP 5.6 ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und Volt vor vom 10. Dezember 2020. Es geht um die Änderung der Satzungen über die Vergabe von Preisen der Stadt Köln, von Stipendien und anderen Jurys. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das sehe ich nicht.

Dann ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Dann liegt unter TOP 5.7 ein weiterer Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion vom 10. Dezember 2020 vor. Es geht um das Aussetzen der Parkgebühren. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Sehe ich keine. - Doch, wer? - DIE LINKE. Gegen die Dringlichkeit, bitte. Nur abstimmen? Also Sie haben nur dagegen gestimmt.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren, wir sehen da keine Dringlichkeit. Es gibt keinen Anlass, die Parkgebühren jetzt wegzunehmen. Von daher kann es gar nicht dringlich sein.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das sind DIE LINKE, Die PARTEI. Und die KLIMA FREUNDE? - Ja. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag aufgenommen.

Dann liegt unter TOP 5.8 ein weiterer Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt vom 10. Dezember 2020 vor. Es geht um den Flughafen Köln/Bonn, Fluglärmminderung und Klimaschutz. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das ist auch nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Dann liegt unter TOP 5.9 ein weiterer Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion vom 10. Dezember 2020 vor. Hier geht es um den sogenannten Glühweinwanderweg. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Keine. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Dann frage ich abschließend zur Reihenfolge der Tagesordnung und zur Tagesordnung: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin, ich beantrage auch im Vorgriff auf den Dringlichkeitsantrag bezüglich der weiteren Gremien die Vertagung der Tagesordnungspunkte 2.6.4, 2.6.9, 2.6.10 und 2.6.15.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich wiederhole noch einmal: 2.6.4, 2.6.9, 2.6.10, 2.6.15. - Okay. Noch etwas?

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, sorry. - Zu Punkt 4.1.13 - es geht um die Corona-Sondermaßnahmen Kultur des Kulturamtes - haben wir noch ein paar Nachfragen, würden uns aber bereit erklären, das im Sinne einer Dringlichkeitsentscheidung zu klären.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist 4.6.13?

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): 4.1.13.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 4.1.13. Entschuldigung, das habe ich nicht richtig verstanden. Okay.

Dann lasse ich jetzt abstimmen über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste im Zuschauerbereich, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, den anwesenden Bezirksbürgermeister sowie die neu und wiedergewählten Ratsmitglieder.

I. Die Oberbürgermeisterin schlägt vor, außer den nach § 11 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen vorgesehenen drei Stimmzählerinnen und Stimmzähler wegen der in dieser Sitzung vorzunehmenden Wahlen zusätzlich drei weitere zu bestimmen.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler schlägt sie RM Abé, RM Dr. Krupp, RM Sommer und zusätzlich RM Detjen, RM Hoyer und RM Achtelik vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt vor, die Redezeit in der Sitzung auf 3 Minuten zu reduzieren.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

III. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

1.1 Wahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner in den Ausschüssen gemäß Ratsbeschluss vom 05.11.2020

2046/2020

2.4.11 SBK Sozial-Betriebe-Köln gemeinnützige GmbH: Bestellung von Arbeitnehmervertreterinnen bzw. Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat

3116/2020

2.6.17 Bestellung von Ratsmitgliedern in den Umlegungsausschuss der Stadt Köln

3098/2020

2.6.18 Wahl eines Mitglieds der Kommunalen Bank des Braunkohlenausschusses und eines Mitglieds mit beratender Befugnis des Braunkohlenausschusses Beschlussorgan Rat

3582/2020

4.1.13 Corona-Sondermaßnahmen Kultur 2021 des Kulturamtes – zunächst bis Juni 2021

3270/2020

4.1.14 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Beihilfekasse der Stadt Köln 2019

2742/2020

4.1.15 Feststellung des Wirtschaftsplans der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2021

2743/2020

4.1.16 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 0412 - Historisches Archiv im Haushaltsjahr 2020

3455/2020

4.1.17 Entsendung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern in die Ausschüsse auf Vorschlag der Seniorenvertretung

3407/2020

4.1.18 Aufstockung des Hilfsprogramms für durch die Corona-Pandemie betroffene Kölner Sportvereine

3505/2020

4.1.19 Erhöhung der Jugendbeihilfe 2020

3419/2020

4.1.20 Berufung von sachkundigen Einwohnern als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung

3149/2020

4.2.5 Finanzielle Auswirkungen der Corona-Pandemie im Bereich der Allgemeinen Finanzwirtschaft, Allgemeine Finanzlage der Kommunen und Ausblick auf 2021 ff

3394/2020

4.2.6 Haushaltsrechtliche Unterrichtung der Kämmerin/Einsturz Historisches Archiv/Verwendung der Mittel aus dem Vergleichsabschluss 3296/2020

4.2.7 Generalsanierung der Schlackstraße

hier: Mitteilung über Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß

§ 25 Abs. 1 Nr. 2 KommHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2020 und 2021

4259/2019

4.2.8 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und - verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2020/21 gem. § 83 Abs. 1 u.

§ 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21

2959/2020

5.3 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Umsetzung Haushaltsbeschlüsse"

AN/1468/2020

II. Nichtöffentlicher Teil

7.1 Ankauf von Flächen des Landes NRW, vertreten durch den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW, im Bereich Alteburger Straße, Koblenzer Straße, Schönhauser Straße, Projekttitel "Domgärten" in Köln-Bayenthal

3248/2020

8.12 Austausch von fünf mobilen Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen, Neubeschaffung von zwei semistationären Anlagen und eines Zugfahrzeugs sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen

2755/2020

8.13 Annahme einer unentgeltlichen Übereignung eines Löschgruppenfahrzeuges Katastrophenschutz (LF 20 KatS) durch das Land Nordrhein-Westfalen

3310/2020

8.14 Verlängerung eines Erbbaurechtes Reitsportverein Rodenkirchen e.V., Industriestr. 127/ Am Tannenhof in Köln-Rodenkirchen

3332/2020

8.15 Vergleich mit der ehemaligen Arbeitsgemeinschaft Spanischer Bau (jetzt Apleona Wolfferts GmbH)

3044/2020

Absetzungen:

2.6.11 Neukonstituierung des Beirates der Forensischen Klinik Köln-Porz für die Ratsperiode 2020 bis 2025

3078/2020

IV. Frau Oberbürgermeisterin Reker teilt mit, dass die Wahl zur Bildung der 15 Landschaftsversammlung Rheinland nicht wiederholt werden muss. Das Wahlergebnis aus der letzten Sitzung ist gültig.

Anmerkung:
Der Landschaftsverband Rheinland hat im Nachgang der Sitzung des Rates vom 03.12.2020 bestätigt: Fehler im Wahlprozess wirken sich für die Gültigkeit der Wahl nicht aus, wenn sie für das Ergebnis der Wahl unerheblich sind (vgl. OVG NRW, Urt. v. 22.02.91, Az. 15 A 1518/90). Die zu viel abgegebene Stimme bei der Wahl der Landschaftsversammlung lässt die Gültigkeit der Wahl unberührt. Das festgestellte Wahlergebnis ist damit gültig.

V. Es liegen 6 Dringlichkeitsanträge vor.

- *Dringlichkeitsantrag der Gruppe Die PARTEI betreffend "Autonomes Zentrum"*

  AN/1457/2020

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

RM Kienitz beantragt, den Dringlichkeitsantrag in die nächste Hauptausschusssitzung am 11.01.2021 zur verweisen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

- *Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt betreffend "Bildung von Unterausschüssen"*

  AN/1392/2020

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Der Antrag wird unter TOP 5.5 behandelt.

- *Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP und Volt "Änderung der Satzungen über die Vergabe von Preisen der Stadt Köln, von Stipendien und anderen Jurys"*

  AN/1479/2020

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Der Antrag wird unter TOP 5.6 behandelt.

- *Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Aussetzen der Parkgebühren"*

  AN/1477/2020

RM Weisenstein spricht sich gegen die Aufnahme in die Tagesordnung aus.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und de Gruppen Die PARTEI und KLIMA FREUNDE zugestimmt.

Der Antrag wird unter TOP 5.7 behandelt.

- *Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Flughafen Köln/Bonn: Fluglärmminderung und Klimaschutz"*

  AN/1495/2020

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Der Antrag wird mit dem dazu gestellten Änderungsantrag unter TOP 5.8 behandelt.

- *Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Glühwein Wanderweg erhalten"*

  AN/1502/2020

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Der Antrag wird unter TOP 5.9 behandelt.

VI. RM Hammer beantragt, die Tagesordnungspunkte

2.6.4 Lenkungskreis Politische Vertretung für das MiQua 3029/2020

2.6.9 Beirat Öffentlichkeitsbeteiligung - Verstetigung und Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung - Hier: Wahl der Ratsmitglieder 3011/2020

2.6.10 Mitgliederwahl Beirat Sperrbezirk Kölner Süden 3222/2020

2.6.15 Mitwirkung der Politik in der Steuerungsgruppe des Kölner Netzwerks Bürgerengagement

3288/2020

4.1.13 Corona-Sondermaßnahmen Kultur 2021 des Kulturamtes – zunächst bis Juni 2021

3270/2020

wegen Beratungsbedarf zurückzustellen. TOP 4.1.13 kann nach Klärung der noch offenen Fragen im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung abschließend entschieden werden.

Der Rat stimmt den Verfahrensvorschlägen und der so geänderten Tagesordnung zu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich rufe auf

1 Aus der 2. konstituierenden Sitzung zurückgestellte Vorlagen

Tagesordnungspunkt

1.1 Wahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner in den Ausschüssen 2046/2020

Die Anzahl haben Sie ja bereits in der letzten Sitzung festgelegt. Sie sehen sie jetzt noch einmal auf der Präsentation. In der Vorlage sind die Möglichkeiten zur Besetzung erläutert.

Auch diesmal frage ich zunächst nach einem gemeinsamen Wahlvorschlag. - Den gibt es nicht. Dann kommen wir zur Verhältniswahl. Die eingerichteten Wahlvorschläge sind in der Präsentation aufgeführt, die im Ratsinformationssystem eingestellt ist. Gibt es weitere Vorschläge? - Dann möchte ich vor den Wahlen die Zahl der anwesenden Mitglieder feststellen. Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 25. Frau Heuser ist ja nicht da. SPD-Fraktion 19, 18, CDU ist 19. - Kann mal jemand das Radio da draußen ausschalten?

(Beifall)

Fraktion DIE LINKE 6, FDP-Fraktion 5, Fraktion Volt 4, AfD-Fraktion 3, Herr Tritschler ist nicht da. Die PARTEI 2, KLIMA FREUNDE 2, GUT 2, und Herr Wortmann ist auch bei uns, eine Stimme.

Insgesamt sind dann also 87 Ratsmitglieder anwesend. Ich stimme ja bei der Besetzung nicht mit. Die Einwohnerinnen und Einwohner werden von Ihnen festgelegt. Bitte heben Sie gleich deutlich Ihre Hand, wenn der Vorschlag aufgerufen wird, den Sie unterstützen wollen.

Wir beginnen wie immer mit dem Finanzausschuss. Der Vorschlag ist jetzt eingeblendet. Und ich rufe jetzt auf den Vorschlag 1. Wer stimmt dafür? - Das sind die Stimmen der Grünen.

Vorschlag 2 SPD. - Die SPD.

Vorschlag 3 die CDU. - Ja.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Das sind die Stimmen der LINKEN.

Vorschlag 5. - Die FDP und Herr Wortmann.

Vorschlag 6 Volt. - Das sind die Stimmen von Volt.

Vorschlag 8 Die PARTEI. - Das sind die Stimmen der PARTEI, de Stimmen der Ratsgruppe GUT und der KLIMA FREUNDE.

Damit sind tatsächlich alle vorgeschlagenen gewählt als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in den Ausschüssen.

Jetzt machen wir den gleichen Ablauf, meine Damen und Herren, für die folgenden Ausschüsse, und wir beginnen jetzt mit dem Rechnungsprüfungsausschuss. Jetzt ist er auch projiziert.

Vorschlag 1 die Grünen. - Mit den Stimmen der Grünen.

Vorschlag 2 SPD. - Mit den Stimmen der SPD.

Vorschlag 3 CDU. - CDU-Fraktion.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Ja.

Vorschlag 5. - FDP-Fraktion und Herr Wortmann.

Vorschlag 6 Volt. - Das ist Volt.

Vorschlag 8 GUT. - Das sind wieder die drei Ratsgruppen von eben, die Ratsgruppe GUT, die KLIMA FREUNDE und Die PARTEI.

Damit sind auch hier alle gewählt.

Wir sind beim AVR/Vergabe/Internationales.

Vorschlag 1 Grüne. - Die Grünen.

Vorschlag 2 SPD. - Die SPD-Fraktion.

Vorschlag 3. - CDU.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Das sind die Linken.

Vorschlag 5. - Die FDP und Herr Wortmann.

Vorschlag 6 Volt. - Das ist Volt.

Vorschlag 8 GUT. Das sind wieder die drei Ratsgruppen von eben.

Alle gewählt.

Ich bin beim Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden.

Vorschlag 1 Grüne. - Das sind die Grünen.

Vorschlag 2 SPD. - Die SPD-Fraktion.

Vorschlag 3 CDU. - CDU-Fraktion.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Das sind die LINKEN.

Vorschlag 5. - FDP und Herr Wortmann.

Vorschlag 6. - Volt.

Vorschlag 8 Die PARTEI. - Das sind wieder die drei Ratsgruppen, 6 Stimmen.

Auch wieder alle gewählt.

Der Bauausschuss.

Vorschlag 1 Die Grünen. - Die Stimmen der Grünen.

Vorschlag 2 SPD. - Die SPD-Fraktion.

Vorschlag 3 CDU. - Die CDU-Fraktion.

Vorschlag 4 die LINKEN. - Das sind die Stimmen der LINKEN.

Vorschlag 5. - FDP und Herr Wortmann.

Vorschlag 6 Volt. - Volt.

Vorschlag 8 KLIMA FREUNDE. - Die drei Ratsgruppen.

Alle gewählt.

Gesundheitsausschuss.

Vorschlag 1 Die Grünen. - Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Vorschlag 2 SPD-Fraktion. - An Bord.

Vorschlag 3 CDU. - Mit den Stimmen der CDU-Fraktion.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Mit den Stimmen der LINKEN.

Vorschlag 5 FDP. - FDP und Herr Wortmann.

Vorschlag 6. - Volt.

Vorschlag 8 KLIMA FREUNDE. - Das sind wieder die drei Ratsgruppen.

Dann sind alle gewählt.

Ausschuss für Kunst und Kultur.

Vorschlag 1. - Grüne.

Vorschlag 2 SPD. - Jawohl.

Vorschlag 3. - CDU.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Ja.

Vorschlag 5 FDP-Fraktion. - Das ist die FDP-Fraktion und Herr Wortmann.

Vorschlag 6 Volt. - Das ist die Fraktion Volt.

Vorschlag 8 Die PARTEI. - Das sind wieder die drei Ratsgruppen.

Dann sind wieder alle gewählt.

Wir sind beim Liegenschaftsausschuss.

Vorschlag 1 Die Grünen. - Ja.

Vorschlag 2 SPD. - Das ist die SPD-Fraktion.

Vorschlag 3. - Die CDU-Fraktion.

Vorschlag 4. - Die LINKEN.

Vorschlag 5. -Die FDP-Fraktion und Herr Wortmann.

Vorschlag 6. - Volt.

Vorschlag 8 KLIMA FREUNDE. - Jawohl, wieder die drei Ratsgruppen.

Dann sind sie gewählt.

Wir sind jetzt beim Ausschuss für Schule und Weiterbildung.

Vorschlag 1. - Grüne.

Vorschlag 2. - SPD.

Vorschlag 3. - CDU.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Jawohl.

Vorschlag 5. - FDP und Herr Wortmann.

Vorschlag 6. - Volt.

Vorschlag 8 GUT. - Das sind wieder die drei Ratsgruppen.

Wieder alle gewählt.

Ausschuss für Soziales und Senioren.

Vorschlag 1 Grüne. - Jawohl.

Vorschlag 2 SPD. - SPD-Fraktion.

Vorschlag 3. - CDU.

Vorschlag 4. - DIE LINKE.

Vorschlag 5. - FDP und Herr Wortmann.

Vorschlag 6. - Volt.

Vorschlag 8 GUT. - Das sind die Ratsgruppen.

Auch hier gewählt.

Sportausschuss.

Vorschlag 1 Grüne. - Ja.

Vorschlag 2. - SPD.

Vorschlag 3. - CDU.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Ja.

Vorschlag 5. - Die FDP und Herr Wortmann.

Vorschlag 6. - Volt.

Vorschlag 8 Die PARTEI. - Auch hier stimmen die drei Ratsgruppen.

Damit sind alle gewählt.

Stadtentwicklungsausschuss.

Vorschlag 1 Die Grünen. - Jawohl.

Vorschlag 2 SPD. - Ja.

Vorschlag 3. - Die CDU.

Vorschlag 4. - DIE LINKE.

Vorschlag 5. - Die FDP und Herr Wortmann.

Vorschlag 6. - Volt.

Vorschlag 8 Die PARTEI. - Das sind wieder die drei Ratsgruppen.

Wieder alle gewählt.

Wir sind jetzt beim Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün.

Vorschlag 1 der Grünen. - Mit den Stimmen der Grünen.

Vorschlag 2 SPD. - SPD-Fraktion.

Vorschlag 3 CDU. - CDU-Fraktion.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Das sind die Stimmen der LINKEN.

Vorschlag 5. - Die FDP und Herr Wortmann.

Vorschlag 6. - Volt.

Vorschlag 8 GUT. - Das sind die Stimmen der drei Ratsgruppen.

Dann sind sie gewählt.

Verkehrsausschuss.

Vorschlag 1. - Grüne.

Vorschlag 2. - SPD.

Vorschlag 3. - CDU.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Ja.

Vorschlag 5. - FDP und Herr Wortmann.

Vorschlag 6. - Volt.

Vorschlag 8 KLIMA FREUNDE. - Das sind wieder die drei Ratsgruppen.

Dann sind alle gewählt.

Ich komme zum Wirtschaftsausschuss.

Vorschlag 1 Grüne. - Das sind die Stimmen der Grünen.

Vorschlag 2. - SPD.

Vorschlag 3. - CDU.

Vorschlag 4. - LINKE.

Vorschlag 5. - FDP und Herr Wortmann.

Vorschlag 6. - Volt.

Vorschlag 8 KLIMA FREUNDE. - Das sind die drei Ratsgruppen.

Alle gewählt.

Ausschuss Gleichstellung von Frauen und Männern.

(Es wird ein Schaubild projiziert, das für die FDP den Wahlvorschlag für einen männlichen Kandidaten zeigt. - Heiterkeit. - Ulrich Breite (FDP): Frau Vorsitzende, das stimmt nicht!)

Also ich enthalte mich natürlich jedes Kommentares, das ist vollkommen klar. Aber hier kann man ja vorschlagen, was man möchte.

(Heiterkeit - Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeister!)

- Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Das ist ein falscher Vorschlag bei uns, der da steht. Alexandra Herzog war bei uns vorgeschlagen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann ändern wir das.

Ulrich Breite (FDP): Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Können wir das jetzt noch einmal neu auf die Folie bringen?

(Ulrich Breite (FDP): Alexandra Herzog!)

- Frau Herzog ist eine Frau. - Genau das ist ja wichtig, darum schreiben wir es da noch einmal hin, dass Sie noch einmal gucken können, ob es Übertragungsfehler gibt. Das ist in dieser Massenarbeit natürlich sehr schnell möglich. Vielen Dank, dass Sie so gut aufgepasst haben.

So. Gibt es noch ein Versehen?

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, Entschuldigung. Das ist bei uns die Position 3: Lars Schneider. Es handelt sich um Lara Schneider.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ausgerechnet beim Gleichstellungsausschuss!

(Heiterkeit)

Danke, dass Sie auch da so gut aufgepasst haben. Ich bitte um Entschuldigung, uns sind noch nicht alle Namen so geläufig, dass wir das von selber können.

So, jetzt guckt bitte noch einmal, alle gucken noch einmal ob ihre Vorschläge stimmen. Ja? - Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen.

Vorschlag 1. - Mit den Stimmen der Grünen.

Vorschlag 2. - Die SPD-Fraktion

Vorschlag 3. - Die CDU.

Vorschlag 4. - DIE LINKE.

Vorschlag 5. - Die FDP und Herr Wortmann.

Vorschlag 6. - Volt.

Vorschlag 8 GUT. - Das sind die drei Ratsgruppen.

Dann sind alle gewählt.

Dann haben wir noch als Letztes den Digitalisierungsausschuss. Mögen Sie hier bitte auch noch einmal gucken, ob es Ihrer Wahl entspricht? - Dann lasse ich darüber jetzt abstimmen.

Vorschlag 1. - Die Grünen.

Vorschlag 2. - Die SPD-Fraktion.

Vorschlag 3. - Die CDU.

Vorschlag 4. - DIE LINKE.

Vorschlag 5. - Die FDP und Herr Wortmann.

Vorschlag 6. - Volt.

Vorschlag 8 die KLIMA FREUNDE. - Das sind wieder alle drei Ratsgruppen.

Alle gewählt.

Dann haben wir gewählt. Ich bedanke mich sehr herzlich und wünsche den Gewählten natürlich viel Erfolg bei ihrer Arbeit.

(Beifall)

Frau Oberbürgermeisterin Reker stellt Anzahl der anwesenden Ratsmitglieder fest:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	*25*
SPD-Fraktion	*18*
CDU-Fraktion	*19*
Fraktion Die Linke.	*6*
FDP-Fraktion	*5*
Fraktion Volt	*4*
AfD-Fraktion	*3*
Gruppe Die PARTEI	*2*
Gruppe KLIMA FREUNDE	*2*
Gruppe GUT Köln	*2*
RM Wortmann (Freie Wähler Köln)	*1*
insgesamt	*87 Ratsmitglieder*

Wahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner in den Ausschüssen:

Für jeden Ausschuss werden die eingereichten Wahlvorschläge der Fraktionen und Gruppen jeweils nacheinander aufgerufen. Bei allen Wahlen ergibt sich folgendes Abstimmungsergebnis:

Vorschlag 1 mit den Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen *25*

Vorschlag 2 mit den Stimmen der SPD-Fraktion *18*

Vorschlag 3 mit den Stimmen der CDU-Fraktion *19*

Vorschlag 4 mit den Stimmen der Fraktion Die Linke. *6*

Vorschlag 5 mit den Stimmen der FDP-Fraktion und von RM Wortmann *6*

Vorschlag 6 mit den Stimmen der Fraktion Volt *4*

Vorschlag 8 mit den Stimmen der Ratsgruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln *6*

Der Rat wählt auf der Grundlage seines Beschlusses vom 05.11.2020 die folgenden sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner als beratende Mitglieder in den

<u>Finanzausschuss (mit dem angegliederten Betriebsausschuss)</u>

Vorschlag 1 (Grüne): Lino Hammer

Vorschlag 2 (SPD): Julian Kampa

Vorschlag 3 (CDU): Eric Haeming

Vorschlag 4 (Die Linke.): Henning Lenz

Vorschlag 5 (FDP): Niklas Schmickler

Vorschlag 6 (Volt): Miriam Arimond

Vorschlag 8 (Die Partei) Marcus Schernick

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen in den Finanzausschuss und den angegliederten Betriebsausschuss gewählt.

<u>Rechnungsprüfungsausschuss</u>

Vorschlag 1 (Grüne): Derya Karadag

Vorschlag 2 (SPD): Monika Möller

Vorschlag 3 (CDU): Ira Sommer

Vorschlag 4 (Die Linke.): Peter Heumann

Vorschlag 5 (FDP): Lisa Otto

Vorschlag 6 (Volt): Phillip Juchem

Vorschlag 8 (GUT Köln) Peter Jüde

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen in den Rechnungsprüfungsausschuss

gewählt.

<u>Ausschuss für allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales</u>

Vorschlag 1 (Grüne): Sarah Brunner, Thomas Hilden, Heyi Kutlay, Axel Sommer

Vorschlag 2 (SPD): Cemal Salman, Ayfer Sevim, Eli Abeke

Vorschlag 3 (CDU): Florian Weber, Claudia Heithorst, Monika Roß-Belkner

Vorschlag 4 (Die Linke.): Efsun Kizilay

Vorschlag 5 (FDP): Sascha Korinek

Vorschlag 6 (Volt): Nicola Muskatewitz

Vorschlag 8 (GUT Köln) Karin Preugschat

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen in den Ausschuss für allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales gewählt.

<u>Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden</u>

Vorschlag 1 (Grüne): Stefan Fischer, Inge Fuhrmann, Christiane Klingenburg, Dieter Schöffmann

Vorschlag 2 (SPD): Norbert Plützer, Nils Beuthert, Dieter Brühl

Vorschlag 3 (CDU): Felix Spehl, BM Dr. Ralph Elster, Bernd Petelkau

Vorschlag 4 (Die Linke.): Amina Krolow

Vorschlag 5 (FDP): Niusha Arabi

Vorschlag 6 (Volt): Pia Waldhof

Vorschlag 8 (Die PARTEI) Sabine Kader

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen in den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden gewählt.

<u>Bauausschuss</u>

<u>(mit angegliederten Betriebsausschuss)</u>

Vorschlag 1 (Grüne): Lisa Schopp Stephan Eckstein Christoph Goedecke Christiane Schmidt

<u>Gesundheitsausschuss</u>

Vorschlag 1 (Grüne): Mechthild Böll Jürgen Medenbach Monika Halbe Ulrike Kessing

Vorschlag 2 (SPD): Tobias Jaquemain Christian Robyns Werner Kircher

Vorschlag 3 (CDU): Felix Spehl Martin Erkelenz Teresa De BellisOlinger

Vorschlag 4 (Die Linke.): Denis Badorf

Vorschlag 5 (FDP): Robert Gaida

Vorschlag 6 (Volt): Lena Matthiessen

Vorschlag 8 (KLIMA FREUNDE) Rahab Njeri

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen in den Gesundheitsausschuss gewählt.

<u>Ausschuss für Kunst und Kultur</u>

<u>(mit den angegliederten Betriebsausschüssen)</u>

Vorschlag 1 (Grüne): Phillip Budde Friederike van Duiven Heiko Rühl Maria Spering

Vorschlag 2 (SPD): Klaus Schäfer Hans-Georg Bögner Jerome Lenzen

Vorschlag 3 (CDU): Felix Spehl Niklas Kienitz Dirk Michel

Vorschlag 4 (Die Linke.): Knut Lennart Scholz

Vorschlag 5 (FDP): Ulrich Wackerhagen

Vorschlag 6 (Volt): Sabine Hartmannshenn

Vorschlag 8 (Die PARTEI) Elise Teitz

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen in den Ausschuss für Kunst und Kultur

und die angegliederten Betriebsausschüsse gewählt.

<u>Liegenschaftsausschuss</u>

Vorschlag 1 (Grüne): Daniel Bauer-Dahm

Vorschlag 2 (SPD): Rafael Struwel

Vorschlag 3 (CDU): Anne Henk-Hollstein

Vorschlag 4 (Die Linke.): Lothar Müller

Vorschlag 5 (FDP): Andreas Michalak

Vorschlag 6 (Volt): Lothar Horbach

Vorschlag 8 (KLIMA FREUNDE) Manfred Kreische

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen in den Liegenschaftsausschuss gewählt.

<u>Ausschuss für Schule und Weiterbildung</u>

Vorschlag 1 (Grüne): Lea Behrenbeck Thomas Glowacki Anette Weber Gerson Wirth

Vorschlag 2 (SPD): Andre Burghardt Heidi Irlenbusch Dagmar Nägele

Vorschlag 3 (CDU): Thomas Welter Florian Weber Niklas Kienitz

Vorschlag 4 (Die Linke.): Caro Butterwegge

Vorschlag 5 (FDP): Maria Westphal

Vorschlag 6 (Volt): Paul Gottschalk

Vorschlag 8 (GUT Köln) Aline Raab-Damaske

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung gewählt.

<u>Ausschuss für Soziales und Senioren</u>

Vorschlag 1 (Grüne): Monika Dierksmeier Jutta Eggerling Horst Ladenberger Monika Reisinger

Vorschlag 2 (SPD): Dietmar Ciesla-Baier Lena Teschlade Friedhelm Hilgers

Vorschlag 3 (CDU): Henk van Benthem Eric Haeming Monika Roß-Belkner

Vorschlag 4 (Die Linke.): Klaus Roth

Vorschlag 5 (FDP): Benedikt Lieffertz

Vorschlag 6 Sieglinde Eich-

(Volt): Ganske

Vorschlag 8 (GUT Köln) Jan Schlagenhauf

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen in den Ausschuss für Soziales und Senioren gewählt.

Sportausschuss

Vorschlag 1 (Grüne): Nicole Bender Stephan Eckstein Peter Neuhaus Elisabeth Thelen

Vorschlag 2 (SPD): Iris Januszewski Sigita Gelbach Rainer Maedge

Vorschlag 3 (CDU): BM Dr. Ralph Elster Teresa De BEllis-Olinger

Emre Dönmez

Vorschlag 4 (Die Linke.): Michael Scheffer

Vorschlag 5 (FDP): Norbert Bruhn

Vorschlag 6 (Volt): Yanis Ben-Hamida

Vorschlag 8 (Die PARTEI) Aaron Baron von

Kruedener

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen in den Sportausschuss gewählt.

Stadtentwicklungsausschuss

Vorschlag 1 (Grüne): Jörg Beste Laurens Wellmann Kirsten Jahn Bärbel Hölzing

Vorschlag 2 (SPD): Katrin Bucher Oliver Krems David Hartung

Vorschlag 3 (CDU): Anne Henk-Holstein Dirk Michel

BM Dr. Ralph Elster

Vorschlag 4 (Die Linke.): Marcela Cano

Vorschlag 5 (FDP): Maria Tillessen

Vorschlag 6 (Volt): Philipp Gotzen

Vorschlag 8 (Die PARTEI) Rolf Beierling-

Hémonet

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen in den Stadtentwicklungsausschuss gewählt.

Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün

(mit dem angegliederten Betriebsausschuss)

Vorschlag 1 (Grüne): Dr. Volker Ermert Anna von Mikecz Anne Roth

Alex Volk

Vorschlag 2 (SPD): Wilfried Becker Wilhelm Göttinger Sönke Geske

Vorschlag 3 (CDU): Thomas Welter

BM Dr. Ralph

Elster Ursula Gärtner

Vorschlag 4 (Die Linke.): Elisabeth Lang

Vorschlag 5 (FDP): Martin Osorio Pulido

Vorschlag (Volt): 6Franziska Weber

Vorschlag 8 (GUT Köln) Caroline Michel

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün und in den angegliederten Betriebsausschuss gewählt.

<u>Verkehrsausschuss</u>

Vorschlag (Grüne): 1Hans-Peter Vietzke-Martin Herrndorf Sandra Schneeloch Dilan Yazicioglu

Vorschlag (SPD): 2Jörg Klusemann Elisabeth Rohata Hans Stengle

Vorschlag (CDU): 3Anne Henk-Hollstein Felix Spehl

BM Dr. Ralph Elster

Vorschlag 4 (Die Linke.): Gunda Wienke

Vorschlag (FDP): 5Eva-Maria Ritter

Vorschlag (Volt): 6Lara Kasnitz

Vorschlag 8 (KLIMA FREUNDE) Charlotte Grieser

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen in den Verkehrsausschuss gewählt.

<u>Wirtschaftsausschuss</u>

Vorschlag (Grüne): 1Nicola Dichant Lara Hölzer Wolfgang Jehle Patrick Kopischke

Vorschlag (SPD): 2Wittich Rossmann Sebastian Bucher Florian Schuster

Vorschlag (CDU): 3BM Dr. Ralph Elster Werner Marx

Anja Senff

Vorschlag 4 (Die Linke.): Astrid Kraus

Vorschlag 5 (FDP): Uli Kessel

Vorschlag 6 (Volt): Benedict Conrad

Vorschlag 7 (AfD): ./.

Vorschlag 8 (KLIMA FREUNDE) Martina Dietrich

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen in den Wirtschaftsausschuss gewählt.

Ausschuss für Gleichstellung von Frauen und Männern	*Vorschlag 1 (Grüne):*	*Dr. Marita Alami Julie Cazier Lara Schneider Willi Harz*
	Vorschlag 2 (SPD):	*Paula Risius Eva Pohl*
		Helen Eckmiller
	Vorschlag 3 (CDU):	*Henk van Benthem Bernd Petelkau Niklas Kienitz*
	Vorschlag 4 (Die Linke.):	*Sarah Jessica Blume*
	Vorschlag 5 (FDP):	*Alexandra Herzog*
	Vorschlag 6 (Volt):	*Katja Krämer*
	Vorschlag 8 (GUT Köln)	*Silvia Marchais-*
		Raytchevska

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen in den Ausschuss Gleichstellung von Frauen und Männern gewählt.

Digitalisierungsausschuss	*Vorschlag 1 (Grüne):*	*Denise Abé Ulrike Kessing Floris Rudolph Hans Schwanitz*
	Vorschlag 2 (SPD):	*Roland Berger*

Christian Joisten Mike Homann

Vorschlag 3 (CDU): Monika Roß-Belkner

Constanze Aengenvoort

Martin Erkelenz

Vorschlag 4 (Die Linke.): Katharina Löber

Vorschlag 5 (FDP): Florian Franzen

Vorschlag 6 (Volt): Christian Glashagen

Vorschlag 8 (KLIMA FREUNDE) Emanuel

Florakis

Damit sind alle vorgeschlagenen Personen von in den Digitalisierungsausschuss

gewählt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den weiteren Wahlen, die wir unter Tagesordnungspunkt 2 verortet haben.

2 Wahlen - Besetzung weiterer Gremien

Die eingereichten Wahlvorschläge und die zu wählenden Personen sind in der Präsentation aufgeführt, die auch im Ratsinformationssystem eingestellt ist.

Gibt es weitere Wahlvorschläge für Tagesordnungspunkt 2? - Das sehe ich nicht.

Dann beginnen wir mit

2.1 Zweckverbands/Mitgliederversammlungen

2.1.1 Zweckverband Sparkasse KölnBonn hier: Entsendung in die Verbandsversammlung 1856/2020

Ich warte jetzt darauf, dass die Vorschläge aufgerufen werden. - Da sind sie. Das ist jetzt der Tagesordnungspunkt 2.1.1 - Zweckverband Sparkasse.

Ich rufe zunächst auf den Vorschlag 1 der Grünen. Wer wählt die Liste 1? - Das ist die Fraktion der Grünen.

Dann den Vorschlag 2 SPD-Fraktion. - Das ist die SPD-Fraktion.

Dann den Vorschlag 3 der CDU-Fraktion. - Das ist die CDU-Fraktion, die dafür gestimmt hat, und die Oberbürgermeisterin.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Das ist die Fraktion DIE LINKE.

Vorschlag 5 der FDP-Fraktion. - FDP und Herr Wortmann.

Vorschlag 6 Volt. - Das ist Volt.

Vorschlag 7 AfD. - Das ist die AfD.

Vorschlag 8. - Das sind die Ratsgruppen, die wir eben hatten, die Ratsgruppe GUT, die KLIMA FREUNDE und Die PARTEI. Jawohl.

Enthaltungen kann es nicht mehr geben. Dann ist das so gewählt. - Wir müssen noch einmal nachzählen. Ja, wir müssen das zurückstellen. Wir müssen es noch einmal ausrechnen. Wir teilen es gleich mit.

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage

Für die vorliegenden Wahlvorschläge 1 - 8 werden folgende Stimmen abgegeben:

TOP 2.1.1 Zweckverband Sparkasse

Stadt Köln

Zweckverband Sparkasse (**27 + Stv.**)

Vorschlag 1 – Grüne Stimmen: **25=8 Sitze**	**Vorschlag 2 – SPD** Stimmen: **18=5 Sitze**	**Vorschlag 3 - CDU** Stimmen: **20=6 Sitze**	**Vorschlag 4 - Linke** Stimmen: **6=2 Sitze**	**Vorschlag 5 - FDP** Stimmen: **6=2 Sitze**	**Vorschlag 6 - Volt** **4=1 Sitz**	**Vorschlag 7 - AfD** **3=1 Sitz**	**Vorschlag 8 - Ratsgruppen** **6=2 Sitze**
1. Sandra Schneeloch	**1. Christian Joisten**	**1. BM Dr. Ralph Elster**	**1. Heiner Kockerbeck**	**1. Ralph Sterck**	**1. Christian Achtelik**	**1. Stephan Boyens**	**1. Birgit Dickas**
Vert. Christiane Martin	Vert. Christiane Jäger	Vert. Ira Sommer	Vert. Ursula Rohrig	Vert. Volker Görzel	Vert. Jennifer Glashagen	Vert. Sven Tritschler	Vert. Michael Hock
2. BM Andreas Wolter	**2. Mike Homann**	**2. Ursula Gärtner**	**2. Güldane Tokyürek**	**2. Ulrich Breite**		**2. Christer Cremer**	**2. John Akude**
Vert. Lino Hammer	Vert. Lisa Steinmann	Vert. Monika Roß-Belkner	Vertr. Michael Weisenstein	Vertr. Stefanie Ruffen		Vert. Matthias Britschges	Vert. Nicolin Gabrysch
3. BM Brigitta von Bülow	**3. Dr. Gerrit Krupp**	**3. Martin Erkelenz**					
Vert. Denise Abé	Vert. Lukas Lorenz	Vert. Florian Weber					

Seite 1

TOP 2.1.1 Zweckverband Sparkasse

Stadt Köln

Zweckverband Sparkasse (**27 + Stv.**)

Vorschlag 1 – **Grüne** Stimmen:	Vorschlag 2 – **SPD** Stimmen:	Vorschlag 3 - **CDU** Stimmen:	Vorschlag 4 - **Linke** Stimmen:	Vorschlag 5 - **FDP** Stimmen:	Vorschlag 6 - **Volt**	Vorschlag 7 - **AfD**	Vorschlag 8 -
4. Derya Karadag	**4. Sven Kaske**	**4. Dr. Helge Schlieben**					
Vert. Manfred Giesen	Vert. Maria Helmis	Vert. Henk van Benthem					
5. Ralf Klemm	**5. Erika Oedingen**	**5. Thomas Welter**					
Vertr. Ursula Schlömer	Vertr. Polina Frebel	Vertr. Claudia Heithorst					
6. Manfred Richter	**6. Franz Philippi**	**6. Felix Spehl**					
Vert. Lars Wahlen	Vert. Elfi Scho-Antwerpes	Vert. Eric Haeming					

Seite 2

TOP 2.1.1 Zweckverband Sparkasse

Stadt Köln

Zweckverband Sparkasse (**27 + Stv.**)

Vorschlag 1 – **Grüne** Stimmen:	Vorschlag 2 – **SPD** Stimmen:	Vorschlag 3 - **CDU** Stimmen:	Vorschlag 4 - **Linke** Stimmen:	Vorschlag 5 - **FDP** Stimmen:	Vorschlag 6 - **Volt**	Vorschlag 7 - **AfD**	Vorschlag 8 -
7. Hans Schwanitz							
Vert. Dr. David Lutz							
8. Ulrike Kessing							
Vertr. Daniel Bauer-Dahm							

Seite 3

II. Abstimmung über die Vorlage Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet gemäß § 15 Abs. 2 u.3 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn:

Vertreterinnen/Vertreter: (§ 15 Abs. 2 GkG NRW)	*Stellvertretungen: (§ 15 Abs. 3 GkG NRW)*
1. OberbürgermeisterinHenriette Reker	*Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert*
(Oberbürgermeisterin bzw. Oberbürgermeister oder von ihr/ihm vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln als Mitglied sowie die Stellvertreterin oder den Stellvertreter gem. § 113 Abs. 2 GO NRW i. V. m. § 15 Abs. 2 u. 3 GkG NRW)	
2.Sandra Schneeloch (Grüne)	*Christiane Martin (Grüne)*
3.BM Andreas Wolter (Grüne)	*Lino Hammer (Grüne)*
4.BM Brigitta von Bülow (Grüne)	*Denise Abé (Grüne)*
5.Derya Karadag (Grüne)	*Manfred Giesen (Grüne)*
6.Ralf Klemm (Grüne)	*Ursula Schlömer (Grüne)*
7.Manfred Richter (Grüne)	*Lars Wahlen (Grüne)*
8.Hans Schwanitz (Grüne)	*Dr. David Lutz (Grüne)*
9.Ulrike Kessing (Grüne)	*Daniel Bauer-Dahm (Grüne)*
10.Christian Joisten (SPD)	*Christiane Jäger (SPD)*
11.Mike Homann (SPD)	*Lisa Steinmann (SPD)*
12.Dr. Gerrit Krupp (SPD)	*Lukas Lorenz (SPD)*
13.Sven Kaske (SPD)	*Maria Helmis (SPD)*
14.Erika Oedingen (SPD)	*Polina Frebel (SPD)*
15. BM Dr. Ralph Elster (CDU)	*Ira Sommer (CDU)*
16.Ursula Gärtner (CDU)	*Monika Roß-Belkner (CDU)*
17.Martin Erkelenz (CDU)	*Florian Weber (CDU)*
18.Dr. Helge Schlieben (CDU)	*Henk van Benthem (CDU)*
19.Thomas Welter (CDU)	*Claudia Heithorst (CDU)*
20.Felix Spehl (CDU)	*Eric Haeming (CDU)*
21.Heiner Kockerbeck (Die Linke.)	*Ursula Röhrig (Die Linke.)*
22.Güldane Tokyürek (Die Linke.)	*Michael Weisenstein (Die Linke.)*
23.Ralph Sterck (FDP)	*Volker Görzel (FDP)*
24.Ulrich Breite (FDP)	*Stefanie Ruffen (FDP)*
25.Christian Achtelik (Volt)	*Jennifer Glashagen (Volt)*
26.Stephan Boyens (AfD)	*Sven Tritschler (AfD)*
27.Birgit Dickas (Die PARTEI)	*Michael Hock (Die PARTEI)*

28.	*Dr. John Akude (KLIMA FREUDE)*	*Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE)*

II. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Vertreterinnen bzw. Vertreter in die Verbandsversammlung gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Vertreterinnen bzw. Vertretern und Stellvertretungen ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in der Verbandsversammlung an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Zu Ziffer I: Offene Wahl, Zuteilungsverfahren nach Hare-Niemeyer

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir sind jetzt beim Tagesordnungspunkt

2.1.2. Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS): Entsendung in die Verbandsversammlung 1929/2020

Die Liste ist jetzt eingeblendet.

Vorschlag 1. - Die Grünen.

Vorschlag 2. - Die SPD.

(Zuruf von der SPD)

- Drei stimmen nicht mit bei der SPD. 15 Stimmen von der SPD-Fraktion. Vielleicht sollte man es besser so herum machen. Es ist ganz schön schwer, hier abzuzählen.

Vorschlag 3 CDU-Fraktion. Stimmt die komplette - - Ich frage jetzt immer andersherum.

(Zuruf von der CDU: 17!)

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Also erst einmal die komplette LINKE. Die können wir schon einmal nehmen. Und dann? Wer stimmt für den Vorschlag 4? - DIE LINKE, eine Stimme aus der CDU-Fraktion. Wer noch? - Niemand.

(Beifall bei der LINKEN)

Vorschlag 5. Die FDP-Fraktion, die Liste. - Das ist die FDP, Herr Wortmann. Wer noch? - Und eine aus der CDU Fraktion. Also 5 plus 1 plus 1.

(Beifall bei der FDP)

Okay. - Ich habe bei dem Punkt eben mit den Grünen gestimmt.

Wir sind beim Vorschlag 6 Volt. - Das ist Volt. Wer stimmt mit Volt? Es sind mehrere. Da habe ich eben noch - - Es sind drei Stimmen der SPD-Fraktion. Also plus 3. Okay.

Dann sind wir beim Vorschlag 8 der Ratsgruppen. - Das sind 6 Stimmen, die Ratsgruppen. Stimmt sonst - - Nein, es kann ja gar keiner mehr. Ich enthalte mich. Es kann ja keiner mehr mitstimmen. Es ist ja keiner mehr da.

Dann muss das einer mal zählen. - Wir errechnen das Ergebnis und rufen den Tagesordnungspunkt wieder auf.

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage

Für die Wahlvorschläge werden folgende Stimmen abgegeben. Auf Vorschlag 8 entfällt kein Sitz:

TOP 2.1.2 **Zweckverband VRS - Verbandsversammlung** Stadt Köln

Zweckverband VRS – Verbandsversammlung (**10 + Stv.**)

Vorschlag **1 – Grüne** Stimmen: **26**	Vorschlag **2 – SPD** Stimmen: **15**	Vorschlag **3 - CDU** Stimmen: **17**	Vorschlag **4 - Linke** Stimmen: **7**	Vorschlag **5 - FDP** Stimmen: **7**
1. Lino Hammer	**1. Christiane Jäger**	**1. Teresa De Bellis-Olinger**	**1. Güldane Tokyürek**	**1. Walter Wortmann**
Vert. BM Andreas Wolter	Vert. Mike Homann	Vert. Dirk Michel	Vert. Michael Weisenstein	Vert. Ralph Sterck
2. Dr. David Lutz	**2. Jürgen Kircher**	**2. Eric Haeming**		
Vert. Ursula Schlömer	Vert. Lukas Lorenz	Vert. Monika Roß-Belkner		
3. Lars Wahlen				
Vert. Hans Schwanitz				

Vorschlag **6 - Volt** Stimmen: **7**	Vorschlag 7 - AfD Stimmen:	Vorschlag 8 – **Ratsgruppen** Stimmen: **6**	Vorschlag 9 - Stimmen:	Vorschlag 10 - Stimmen:
1. Isabella Venturini	1.	**1. Michael Hock**	1.	1.
Vert. Manuel Jeschka	Vert.			

II. Abstimmung über die Vorlage Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes

Verkehrsverbund Rhein-Sieg:

Vertreterinnen/Vertreter: Stellvertretungen:

1) Beigeordnete Andrea Blome

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert

(Oberbürgermeister/in bzw. der/die von ihm/ihr vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW)

2) Lino Hammer (Grüne)

BM Andreas Wolter(Grüne)

3) Dr. David Lutz (Grüne)

Ursula Schlömer (Grüne)

4) Lars Wahlen (Grüne)

Hans Schwanitz (Grüne)

5) Christiane Jäger (SPD)

Mike Homann (SPD)

6) Jürgen Kircher (SPD)

Lukas Lorenz (SPD)

7) Teresa De Bellis-Olinger (CDU)

Dirk Michel (CDU)

8) Eric Haeming (CDU)

Monika Roß-Belkner (CDU)

9) Güldane Tokyürek (Die Linke.)

Michael Weisenstein (Die Linke.)

10) Walter Wortmann (Freie Wähler Köln)

Ralph Sterck (FDP)

11) Isabella Venturini (Volt)

Manuel Jeschka (Volt)

II. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Vertreterinnen bzw. Vertreter in die

Verbandsversammlung gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister oder der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln sowie deren Vertretungen ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Vertreterinnen bzw. Vertreter und Stellvertretungen in der Verbandsversammlung ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in der Verbandsversammlung an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Zu Ziffer I: Offene Wahl, Zuteilungsverfahren nach Hare-Niemeyer

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann rufe ich jetzt auf den Tagesordnungspunkt

2.1.3 Zweckverband Erholungsgebiet Stöckheimer Hof
hier: Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln für die Verbandsversammlung
2824/2020

Vorschlag 1 der Grünen. - Das sind komplett die Stimmen der Grünen. Wünscht noch jemand dafür zu stimmen?

(Heiterkeit)

- Ja, ich muss mich ja irgendwie absichern. - Das ist nicht der Fall.

Vorschlag 2. - Die SPD, nicht ganz, minus eine Stimme. Okay. Wünscht noch jemand anders zuzustimmen?

(Heiterkeit)

Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann komme ich zum Vorschlag der CDU. - 18. Stimmt dort noch jemand mit? - Nein. Okay.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Das sind die Stimmen der LINKEN, eine Stimme der SPD-Fraktion. Wünscht sonst noch jemand für die LINKE zu stimmen? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich jetzt zur FDP-Fraktion. Wer stimmt da mit? - Die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und eine Stimme der CDU-Fraktion.

Vorschlag 8 Ratsgruppen. Wer stimmt zu? - Sie machen es uns einfach. Sie 6, gut, wunderbar. - Wir müssen das gleich rechnen.

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage

Für die Wahlvorschläge werden folgende Stimmen abgegeben. Auf Vorschlag 8 entfällt kein Sitz:

TOP 2.1.3 **Zweckverband Stöckheimer Hof- Verbandsversammlung** Stadt Köln

Zweckverband Stöckheimer Hof – Verbandsversammlung (**6 + Stv.**)

Vorschlag 1 – Grüne Stimmen: **25**	**Vorschlag 2 – SPD** Stimmen: **17**	**Vorschlag 3 - CDU** Stimmen: **18**	**Vorschlag 4 - Linke** Stimmen: **7**
1. Denise Abé	**1. Jürgen Kircher**	**1. Ira Sommer**	**1. Ursula Röhrig**
Vert. Robert Schallehn	Vert. Oliver Seeck	Vert. Martin Erkelenz	Vert. Klaus Roth
2. Lars Wahlen			
Vert. Ursula Schlömer			

Vorschlag 5 – FDP Stimmen: **7**	Vorschlag 6 - Volt Stimmen:	Vorschlag 7 - AfD Stimmen:	**Vorschlag 8 – Ratsgruppen** Stimmen: **6**
1. Joshua Schlimgen	1.	1.	**1. Michael Hock**
Vert. Volker Görzel	Vert.		

II. Abstimmung über die Vorlage Beschluss:

I. Der Rat wählt folgende Personen und die jeweiligen Stellvertretungen in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Stöckheimer Hof:

a) Mitglied b) Stellvertretung

1. Kiefer, Bernd Dietrichkeit, Harald

(von der Oberbürgermeisterin vorgeschlagene Bedienstete der Stadt Köln)

2. Denis Abé (Grüne) Robert Schallehn (Grüne)

3. Lars Wahlen (Grüne) Ursula Schlömer (Grüne)

4. Jürgen Kircher (SPD) Oliver Seeck (SPD)

5. Ira Sommer (CDU) Martin Erkelenz (CDU)

6. Ursula Röhrig (Die Linke.) Klaus Roth (für Die Linke.)

7. Joshua Schlimgen (für die FDP) Volker Görzel(FDP)

II. Die Wahl für die laufende Wahlzeit des Rates, jedoch höchstens für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat bzw. zur Verwaltung der Stadt Köln. Sie verlängert sich bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder der Verbandsversammlung des Zweckverbandes gewählt werden.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann kommen wir jetzt zu

2.1.4 Zweckverband „Naturpark Rheinland“ hier: Wahl der Mitglieder in die Verbandsversammlung 2603/2020

Vorschlag 1 Grüne. - Das sind alle Stimmen der Grünen.

Vorschlag 2 SPD. - Das sind alle Stimmen der SPD.

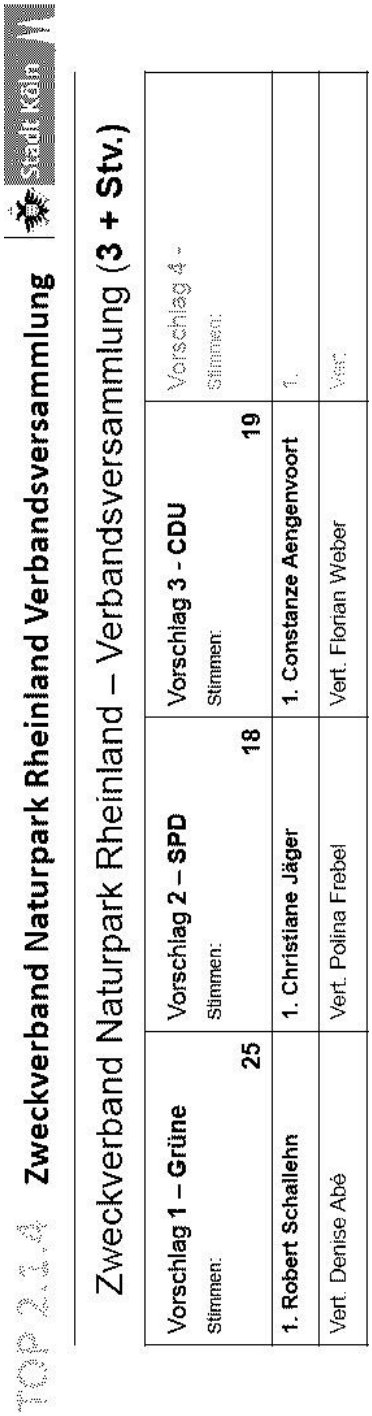
Vorschlag 3 CDU. - Das sind alle Stimmen der CDU, soweit ich das sehe. Gut.

Dann frage ich noch nach Enthaltungen. - Ich auch, ich enthalte mich. Und DIE LINKE und die FDP und die AfD und Herr Wortmann und Volt. Und sonst noch jemand? - Die PARTEI. Okay.

Es scheinen alle gewählt zu sein.

I. Wahl zu Ziffer I des Beschlussvorschlags:

Für die Wahlvorschläge 1 – 3 entfallen folgende Stimmen abgegeben:



II. Abstimmung über die Vorlage Beschluss:

I. Der Rat wählt folgende Personen und die jeweiligen Stellvertretungen in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Naturpark Rheinland“;: Mitglied Stellvertretung

1. Herr Manfred Kaune 1. Herr Dr. Joachim Bauer

(von der Oberbürgermeisterin vorgeschlagene Bedienstete der Stadt Köln)

2. Robert Schallehn (Grüne) 2. Denis Abé (Grüne)

3. Christiane Jäger (SPD) 3. Polina Frebel (SPD)

4. Constanze Aengenvoort (CDU) 4. Florian Weber

II. Die Wahl erfolgt für die Wahlzeit des Rates, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat bzw. zur Verwaltung der Stadt Köln. Sie verlängert sich bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder der Verbandsversammlung des Zweckverbandes gewählt werden.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln bzw. die Leitgedanken des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann kommen wir jetzt zu

2.1.5 Wahl der Mitglieder sowie ihrer Stellvertreter in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Naturpark Bergisches Land“
2627/2020

Hier gibt es eine gemeinsame Liste der Vorschläge 1 der Grünen und 2 der SPD. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN und der Oberbürgermeisterin. Die FDP enthält sich auch und Herr Wortmann und die AfD. Sonst noch jemand? - Das ist nicht der Fall. Dann ist gewählt.

Abstimmung über den gemeinsamen Wahlvorschlag und die Vorlage Beschluss:

I. Der Rat wählt in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Naturpark Bergisches Land

Mitglied

Stellvertretung

1. Herr Manfred Kaune 1. Herr Harald Dietrichkeit

(von der Oberbürgermeisterin vorgeschlagene Bedienstete der Stadt Köln)

2. Denise Abé (Grüne) 2. Sandra Schneeloch (Grüne)

3. Christiane Jäger (SPD) 3. Manuel Jeschka (für die SPD)

II. Die Wahl erfolgt für die Wahlzeit des Rates, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat bzw. zur Verwaltung der Stadt Köln. Sie verlängert sich bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder der Verbandsversammlung des Zweckverbandes gewählt werden.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln bzw. die Leitgedanken des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann sind wir jetzt bei

2.1.6 Sparkasse KölnBonn: Weisung an die durch den Rat der Stadt Köln entsandten Vertreter für Abstimmungen in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn 1857/2020

In der Beschlussvorlage sind die Regelungen zur Besetzung im Detail beschrieben. In der Präsentation sehen Sie die bislang eingegangenen Wahlvorschläge. Der Rat der Stadt Bonn hat noch keine Beschlüsse zur Besetzung bei der Sparkasse gefasst. Bei den Punkten, für die die Stadt Bonn das Vorschlagsrecht hat, werden wir natürlich daher keine Weisungen vornehmen. Ich rufe nun alle Beschlussziffern dieser Beschlussvorlage einzeln auf und bitte Sie dafür um Ihre Aufmerksamkeit. - Es ist gerade noch etwas aktualisiert worden, einen kurzen Moment bitte.

So, jetzt muss ich auch erst einmal gucken. Also ich lasse abstimmen über die Nr. 2 - Stellvertreterin bzw. Stellvertreter des Vorsitzenden der Verbandsversammlung. Für diese Position liegt das Vorschlagsrecht bei der Stadt Köln.

(Zuruf: Es gibt noch keinen Vorschlag!)

- Darum warte ich ja. Wer soll vorgeschlagen werden? Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin, ich schlage Dr. Ralph Elster vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Vorschläge? - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Nun die Nr. 3 - Wahl der Verbandsvorsteherin. Der Wahlvorschlag lautet: Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker, wie Sie sehen. Ich habe diese Funktion ja auch in der abgelaufenen Wahlperiode ausgeübt. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist das so beschlossen.

Michael Hock (Die PARTEI): Hier ist auch noch eine Enthaltung, Frau Reker, Die PARTEI.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die PARTEI, okay. - Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen damit zu Nr. 4. Das ist die Stellvertreterin der Verbandsvorsteherin. Auch das betrifft die Hauptverwaltungsbeamtinnen der Städte Köln und Bonn. Verbandsvorsteherin und Stellvertreterin kommen nach den Satzungsregelungen nie vom selben Verbandsmitglied, und da ich zur Verbandsvorsteherin gewählt werden soll, ist die Bonner Oberbürgermeisterin zur stellvertretenden Verbandsvorsteherin zu wählen. Der Wahlvorschlag lautet also: Frau Oberbürgermeisterin Katja Dörner. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu Nr. 5 - Vorsitzender des Verwaltungsrates. Hier liegt als Wahlvorschlag Bürgermeister Dr. Ralph Elster vor. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Doch, da gibt es Enthaltungen. Ratsgruppe GUT. Gibt es weitere Enthaltungen? - Die PARTEI. Mehr kann ich jetzt von hier wirklich nicht erkennen. - KLIMA FREUNDE auch. - Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Nr. 6 a auf: Wahl der sachkundigen Mitglieder des Verwaltungsrates sowie deren Stellvertreter.

Die Stadt Köln stellt im Verwaltungsrat der Sparkasse 8 sachkundige Mitglieder, meine Damen und Herren. Der oder die Vorsitzende des Verwaltungsrates ist darauf anzurechnen, sodass nur noch 7 Mitglieder zu wählen sind. Die müssen über die nach dem Sparkassengesetz erforderliche Sachkunde verfügen.

Die Wahlvorschläge sind in der Präsentation aufgeführt. Gibt es weitere Vorschläge?

(Zuruf: Die Nummerierung beim Vorschlag 3! Bei Frau Gärtner fehlt die 1!)

- So müsste es aber stimmen. Okay. Können wir jetzt über die Vorschläge abstimmen? - Okay.

Dann rufe ich zunächst den Vorschlag 1 auf, Die Grünen. Wie viele Stimmen sind das?

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): 24.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann Vorschlag 2, die SPD-Fraktion. - Das scheinen alle Stimmen der SPD-Fraktion zu sein. Wünscht sonst noch jemand mitzustimmen? - Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich den Vorschlag 3 der CDU-Fraktion auf. - Das sind alle Stimmen der CDU-Fraktion und die Stimme der Oberbürgermeisterin.

Ich rufe den Vorschlag 4 auf. Das sind die LINKEN. - Das sind alle Stimmen der LINKEN und eine Stimme der Grünen. Ist das richtig so? - Ja.

Dann rufe ich den Vorschlag 8 auf. - Das sind die Ratsgruppen. - Nein, nicht alle? Doch. Das sind die drei Ratsgruppen. Gibt es Enthaltungen? - Die kann es nicht mehr geben. Doch? - Die AfD enthält sich und die FDP und Herr Wortmann und Volt.

(Zuruf: Die komplette Ecke!)

- Die komplette Ecke, ja. Das habe ich noch nicht gelernt. Gut. - Dann müssen wir mal eben rechnen.

Wir kommen jetzt zu Nr. 6 b, dem Wahlvorschlag für die Dienstkräfte im Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn. Die Stadt Köln wählt 4 der 6 Dienstkräfte in den Verwaltungsrat sowie deren Stellvertretung. - So, da tauchen jetzt die Wahlvorschläge auf sowohl für die Dienstkräfte als auch für die Stellvertreter.

Dann frage ich zunächst einmal bei den Dienstkräften, die nicht Stellvertreter sind: Gibt es Gegenstimmen zu dieser Liste? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann sind die gewählt.

Ich rufe die Stellvertreter auf. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Stellvertreterinnen und - - Nein, es sind alles Männer. Enthaltungen? - Keine. Dann sind sie gewählt.

Ich rufe jetzt Nr. 7 auf. Das ist die Wahl der ersten und zweiten Stellvertreterin, des ersten und zweiten Stellvertreters des Vorsitzenden des Verwaltungsrats der Sparkasse KölnBonn. Die Stadt Köln hat unter Nr. 5 ja eben die Person des Vorsitzenden des Verwaltungsrates benannt. Die Stadt Bonn stellt daher eine oder einen stellvertretenden Vorsitzenden. Für die erste Stellvertretung ist also keine Weisung erforderlich. - Herr Homann.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren, wir würden für den zweiten Stellvertreter einen Vorschlag machen: Martin Börschel.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es steht jetzt drin. Okay.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist die Ratsgruppe GUT. Enthaltungen? - Das sind die KLIMA FREUNDE, das ist Die PARTEI und die Oberbürgermeisterin. Und die AfD weiß noch nicht? - Sie stimmen zu. Okay. - Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu Nr. 8 - Wahl der Beanstandungsbeamtinnen. Der Wahlvorschlag lautet: Oberbürgermeisterin Katja Dörner, verbunden mit der Feststellung, dass ich selbst als Oberbürgermeisterin der Gewährleistungsträgerin Köln mit beratender Stimme an den Sitzungen des Verwaltungsrats teilnehme. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Nr. 9 a. Hier geht es um die Vertretung beim Rheinischen Sparkassen- und Giroverband. Der Wahlvorschlag für die Teilnahme der Hauptverwaltungsbeamten sieht Oberbürgermeisterin Katja Dörner vor. Gibt es hier Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Nr. 9 b wird die Stellvertretung festgelegt und das ist wie eben im Gegenzug. Der Vorschlag lautet Oberbürgermeisterin Henriette Reker. Gibt es hier Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch das so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu Ziffer 10, um damit festzulegen, wer aus dem Verwaltungsrat an der Verbandsversammlung des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes teilnimmt. Hier gibt es zwei Möglichkeiten.

Ich rufe zunächst den Vorschlag 1 auf, der bzw. die Vorsitzende des Verwaltungsrates - wir wissen ja jetzt, wer es ist - nimmt teil. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Dann brauchen wir über die Alternative nicht mehr zu beschließen. - Vielen Dank. Dann haben wir diesen Tagesordnungspunkt abgestimmt.

(Beifall)

Punktweise Abstimmung zu Ziffer 2.:

Der Rat der Stadt Köln weist sämtliche von ihm in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn entsandten Vertreterinnen

und Vertreter an, in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn wie folgt zu votieren.

1. Wahl der/des Vorsitzenden der Verbandsversammlung

Wahl von

*zur oder zum Vorsitzenden der Verbandsversammlung für die Dauer der Wahlperiode 2020 bis 2025 auf Vorschlag der Stadt**

.

**Hinweis: Nach dem Fusionsvertrag ist zwischen der Stadt Köln und der Bundesstadt Bonn eine Einigung über das Vorschlagsrecht erbeizuführen (s. Begründung).*

Anmerkung:
Keine Abstimmung zu Ziffer 1, da diese Position an eine Vertreterin bzw. einen Vertreter der Stadt Bonn geht und der Rat der Stadt Bonn noch keine Entscheidung getroffen hat.

Beschluss zu Ziffer 2:

2. Wahl der Stellvertreterin/des Stellvertreters der/des Vorsitzenden der Verbandsversammlung

Wahl von

Bürgermeister Dr. Ralph Elster

zur Stellvertreterin/ zum Stellvertreter der oder des Vorsitzenden der Verbandsversammlung für die Dauer der Wahlperiode 2020 bis 2025 auf Vorschlag der Stadt Köln.*

**Hinweis: Nach dem Fusionsvertrag ist zwischen der Stadt Köln und der Bundesstadt Bonn eine Einigung über das Vorschlagsrecht herbeizuführen (s. Begründung).*

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 2:

Einstimmig zugestimmt.

Beschluss zu Ziffer 3.:

3. Wahl der Verbandsvorsteherin/des Verbandsvorstehers

Wahl von

Oberbürgermeisterin Henriette Reker

zur Verbandsvorsteherin/ zum Verbandsvorsteher der Verbandsversammlung für die Dauer der Wahlperiode 2020 bis 2025 auf Vorschlag der Stadt Köln.*

**Hinweis: Nach dem Fusionsvertrag ist zwischen der Stadt Köln und der Bundesstadt Bonn eine Einigung über das Vorschlagsrecht herbeizuführen (s. Begründung).*

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 3:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe Die PARTEI zugestimmt.

Beschluss zu Ziffer 4.:

4. Wahl der Stellvertreterin/des Stellvertreters der Verbandsvorsteherin/des Verbandsvorstehers

Wahl von

Oberbürgermeisterin Katja Dörner

zur Stellvertreterin oder zum Stellvertreter der Verbandsvorsteherin oder des Verbandsvorstehers für die Dauer der Wahlperiode 2020 bis 2025 auf Vorschlag der Stadt Bonn.*

**Hinweis: Nach dem Fusionsvertrag ist zwischen der Stadt Köln und der Bundesstadt Bonn eine Einigung über das Vorschlagsrecht herbeizuführen (s. Begründung).*

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 4:

Einstimmig zugestimmt

Beschluss zu Ziffer 5.:

5. Wahl der /des Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Sparkasse KölnBonn gemäß § 11 Abs. 1 SpkG NRW

Wahl von

Bürgermeister Dr. Ralph Elster

zur oder zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Sparkasse KölnBonn auf Vorschlag der Stadt Köln.*

**Hinweis: Nach dem Fusionsvertrag ist zwischen der Stadt Köln und der Bundesstadt Bonn eine Einigung über das Vorschlagsrecht herbeizuführen (s. Begründung).*

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 5:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT zugestimmt.

*6. Wahl der sachkundigen Mitglieder des Verwaltungsrates und der Dienstkräfte im Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn nach § 10 Abs. 2 Buchstaben b und c SpkG NRW sowie deren Stellvertreter*innen gemäß § 12 SpkG NRW*

Wahl zu Ziffer 6a)

Für die vorliegenden Wahlvorschläge werden folgende Stimmen abgegeben. Auf Vorschlage 8 entfällt kein Sitz:

Vorschlag 1 – Grüne Stimmen: 24	Vorschlag 2 – SPD Stimmen: 18	Vorschlag 3 - CDU Stimmen: 20	Vorschlag 4 - Linke Stimmen: 7
1. Sandra Schneeloch	**1. Christian Joisten**	**1.Ursula Gärtner**	**1. Henning Lenz**
Vert. Derya Karadag	Vert. BM Dr. Ralf Heinen	Vert. Anne Henk-Hollstein	Vert. Heiner Kockerbeck
2. BM Andreas Wolter	**2. Martin Börschel**	**2. Niklas Kienitz**	
Vert. Manfred Richter	Vert. Dr. Gerrit Krupp	Vert. Felix Spehl	

Vorschlag 5 – FDP Stimmen:	Vorschlag 6 - Volt Stimmen:	Vorschlag 7 - AfD Stimmen:	Vorschlag 8 - Ratsgruppen Stimmen: 6
1.	1.	1.	**1. Thor Zimmermann**
Vert.	Vert.		Vert. Karina Syndicus

Demnach gewählt wurden:

a) für die Mitglieder des Verwaltungsrates sowie deren Stellvertretung

Zu wählendes ordentliches Mitglied des Verwaltungsrates	*als Verhinderungsvertretung für das ordentliche Mitglied des Verwaltungsrates*
1) Sandra Schneeloch (Grüne)	*Derya Karadag (Grüne)*
2) BM Andreas Wolter (Grüne)	*Manfred Richter (Grüne)*
3) Christian Joisten (SPD)	*BM Dr. Ralf Heinen (SPD)*
4) Martin Börschel (SPD)	*Dr. Gerrit Krupp (SPD)*
5) Ursula Gärtner (CDU)	*Anne Henk-Hollstein (SPD)*
6) Niklas Kienitz (CDU)	*Felix Spehl (CDU)*
7) Henning Lenz (Die Linke.)	*Heiner Kockerbeck (Die Linke.)*

Beschluss zu Ziffer 6b)

b) Wahlvorschlag für die Mitglieder des Verwaltungsrates sowie deren Stellvertretung aus dem Wahlvorschlag der Personalvertretung (Dienstkräfte)

Zu wählendes ordentliches Mitglied des Verwaltungsrates	*als Verhinderungsvertretung für das ordentliche Mitglied des Verwaltungsrates*
1) Rolf Brief	*Markus Pohl*
2) Ingo Diehl	*Jürgen Biskup*
3) Gero Wiesenhöfen	*Manfred Forst*
4) Jürgen Didschun	*Andreas Brünjes*

Abstimmungsergebnis zu den Mitgliedern zu Ziffer 6b):

Einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis zu den Stellvertretungen zu Ziffer 6b):

Einstimmig zugestimmt.

7. Wahl der ersten und zweiten Stellvertreterin/des ersten und zweiten Stellvertreters der/des Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Sparkasse KölnBonn

a) Wahl von

*zur ersten Stellvertreterin/zum ersten Stellvertreter der/ des Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Sparkasse KölnBonn auf Vorschlag der Stadt**

.

**Hinweis: Nach dem Fusionsvertrag ist zwischen der Stadt Köln und der Bundesstadt Bonn eine Einigung über das Vorschlagsrecht herbeizuführen (s. Begründung).*

Anmerkung:
Keine Weisung erforderlich, da die Stadt Bonn eine oder einen stellvertretenden Vorsitzenden stellt.

b) Wahl von

Martin Börschel

zur ersten Stellvertreterin/zum zweiten Stellvertreter der/ des Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Sparkasse KölnBonn auf Vorschlag der Stadt Köln.*

**Hinweis: Nach dem Fusionsvertrag ist zwischen der Stadt Köln und der Bundesstadt Bonn eine Einigung über das Vorschlagsrecht herbeizuführen (s. Begründung).*

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 7b):

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppe GUT bei Stimmenhaltung der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE sowie der Stimme von Oberbürgermeisterin Reker zugestimmt.

8. Wahl der Hauptverwaltungsbeamtin/des Hauptverwaltungsbeamten nach § 11 Abs. 3 SpkG NRW sowie Feststellung der Hauptverwaltungsbeamtin/des Hauptverwaltungsbeamten gemäß § 10 Abs. 4 SpkG NRW

Wahl von

Oberbürgermeisterin Katja Dörner

Zur Hauptverwaltungsbeamtin/zum Hauptverwaltungsbeamten nach § 11 Abs. 3 SpkG NRW.

Feststellung der Teilnahme von

Oberbürgermeisterin Henriette Reker

an den Sitzungen des Verwaltungsrates nach § 10 Abs. 4 SpkG NRW

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 8:

Einstimmig zugestimmt.

9. Wahl der Vertreterin bzw. des Vertreters, der Stellvertreterin bzw. des Stellvertreters aus den Reihen der Hauptverwaltungsbeamten der Träger zur Entsendung in die Verbandsversammlung des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes (RSGV) gem. § 5 Abs. 2 Buchst. b) i.V.m. Abs. 3 der Satzung des RSGV

a. Wahl von

Oberbürgermeisterin Katja Dörner zur Entsendung als Vertreter/in in die Verbandsversammlung des RSGV auf Vorschlag der Stadt Bonn.*

**Hinweis: Nach dem Fusionsvertrag ist zwischen der Stadt Köln und der Bundesstadt Bonn eine Einigung über das Vorschlagsrecht herbeizuführen (s. Begründung).*

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 9a):

Einstimmig zugestimmt.

b. Wahl von

Oberbürgermeisterin Henriette Reker zur Entsendung als Stellvertreter/in in die Verbandsversammlung des RSGV auf Vorschlag der Stadt Köln.*

**Hinweis: Nach dem Fusionsvertrag ist zwischen der Stadt Köln und der Bundesstadt Bonn eine Einigung über das Vorschlagsrecht herbeizuführen (s. Begründung).*

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 9b):

Einstimmig zugestimmt.

10. Entscheidung über

1. die Entsendung der/des Vorsitzenden des Verwaltungsrates oder

2. die Entsendung eines ordentlichen Mitgliedes des Verwaltungsrates

als Vertreter/in in die Verbandsversammlung des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes (RSGV) sowie Wahl des ordentlichen Mitgliedes des Verwaltungsrates nebst Wahl einer Stellvertreterin/eines Stellvertreters zur Entsendung in die Verbandsversammlung des RSGV gem. § 5 Abs. 2 Buchst. a) i.V.m. Abs. 3 der Satzung des RSGV

Zu 1.

Entsendung der/des Vorsitzenden des Verwaltungsrates als Vertreter/in in die Verbandsversammlung des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes (RSGV).

(Die Vertretung erfolgt in diesem Fall durch die Vertretung im Amt.)

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 9b):

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Beschlussfassung zu Ziffer 2 (Alternative) hat sich aufgrund der Beschlussfassung zu Ziffer 1 erledigt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, dann kommen wir jetzt zu Tagesordnungspunkt

2.2 Aufsichtsgremien Stadtwerke Konzern

Hier zunächst zu dem Tagesordnungspunkt

2.2.1 Stadtwerke Köln GmbH: Entsendung in den Aufsichtsrat

1605/2020

Ihnen liegt ein Vorschlag vor, den Sie jetzt alle sehen können.

Zunächst einmal möchte ich wiederholen: Die eingereichten Wahlvorschläge und die zu wählende Personenzahl sind in der Präsentation aufgeführt, und diese Präsentation ist ja im Ratsinformationssystem eingestellt.

Gibt es weitere Wahlvorschläge zu Tagesordnungspunkt 2.2? Das ist nicht der Fall.

Dann beginnen wir jetzt wirklich mit TOP 2.1.1. Es sind neun Personen zu wählen. Ich rufe die Vorschläge auf.

Vorschlag 1 Grüne. - Das sind alle Stimmen der Grünen und eine von Volt.

Vorschlag 2 SPD-Fraktion. - Das ist die SPD-Fraktion minus 1, 17 Stimmen.

Vorschlag 3. - CDU-Fraktion.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Das sind die Stimmen der LINKEN plus eine von der SPD-Fraktion.

Vorschlag 5 FDP-Fraktion. - Das ist die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und eine Stimme von der CDU-Fraktion.

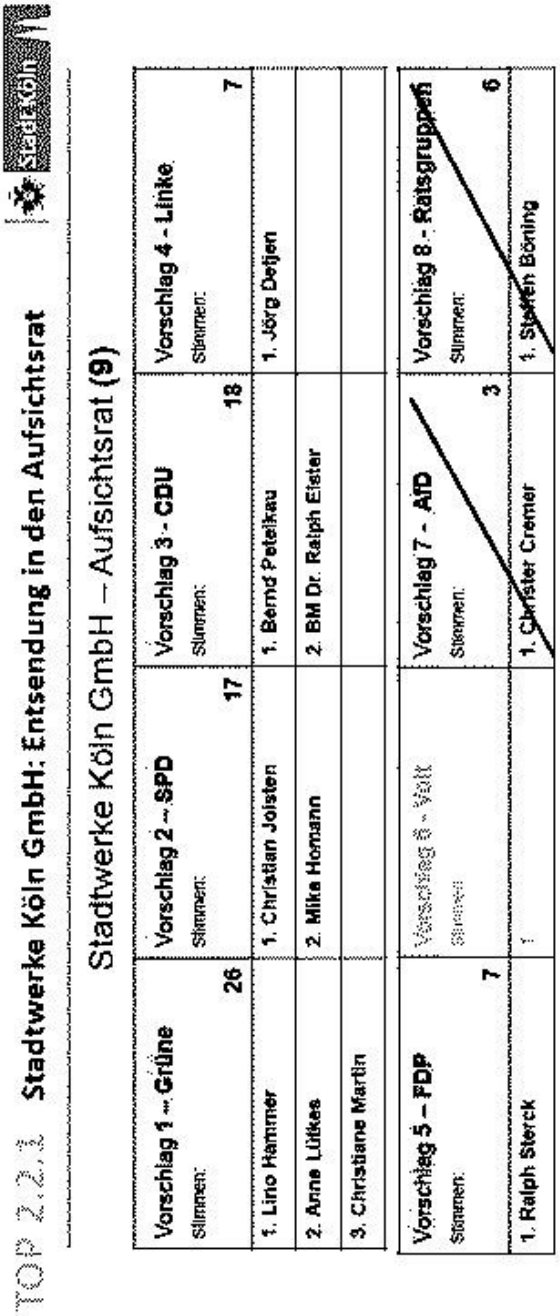
Das ist der Vorschlag 7, bei dem ich bin. - AfD-Fraktion, die drei Stimmen.

Vorschlag 8 Ratsgruppen. - Das sind die 6 Stimmen. Und die Oberbürgermeisterin enthält sich.

Wir berechnen das jetzt. Wir rufen die Tagesordnungspunkte gleich wieder auf.

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage:

Für die vorliegenden Wahlvorschläge werden folgende Stimmen abgegeben. Auf die Vorschläge 7 und 8 entfallen keine Sitze:



II. Abstimmung über die Vorlage Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Köln GmbH:

1) Oberbürgermeisterin Henriette Reker

(Oberbürgermeisterin bzw. Oberbürgermeister oder von ihr/ ihm vorgeschlagene(r) Bedienstete(r) der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW)

2) Lino Hammer (Grüne)

3) Anne Lütkes (für die Grünen)

4) Christiane Martin (Grüne)

5) Christian Joisten (SPD)

6) Mike Homann (SPD)

7) Bernd Petelkau (CDU)

8) Jörg Detjen (Die Linke.)

9) Ralph Sterck (FDP)

II. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bzw. der/ dem von ihr/ ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir gehen das jetzt einmal durch und sind jetzt bei

2.2.2 RheinEnergie AG
hier: Vorschläge für die Wahl in den Aufsichtsrat
1582/2020

Zu wählen sind 7 Personen. Stimmen die Vorschläge? - Kann ich die aufrufen?

Vorschlag 1 Die Grünen. - Das sind die Stimmen der Grünen minus 1, also 24 Stimmen.

Vorschlag 2 SPD-Fraktion. - Das scheinen alle zu sein? - Ja.

Vorschlag 3 CDU. - Alle Stimmen der CDU-Fraktion.

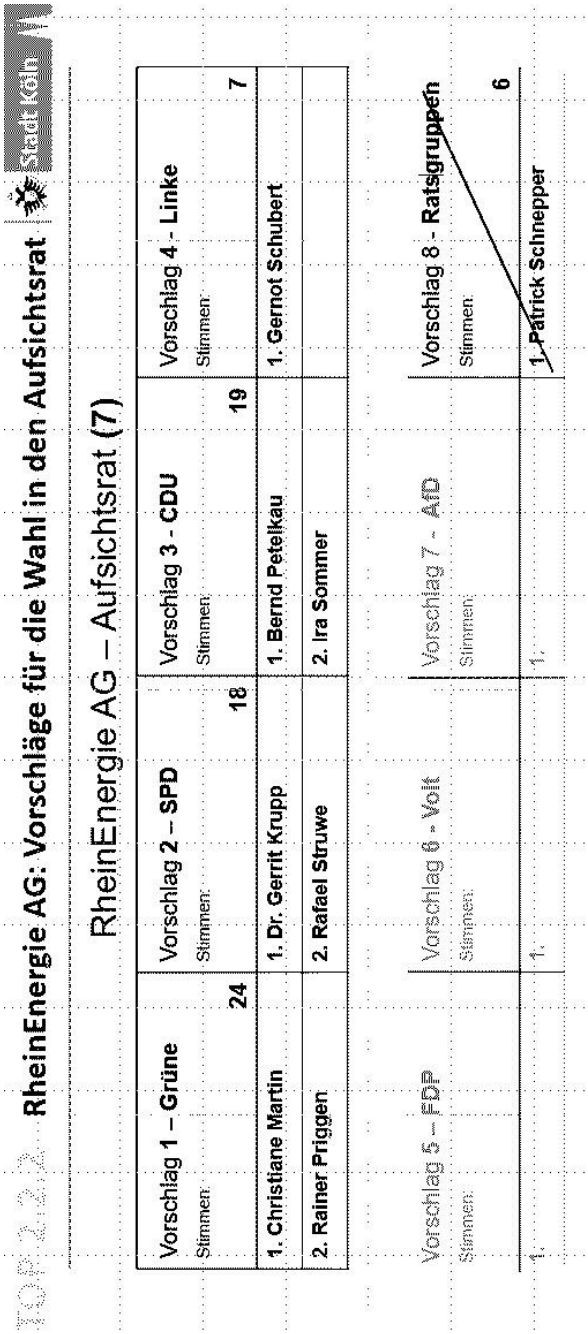
Vorschlag 4 DIE LINKE. - Das sind alle Stimmen der LINKEN plus eine Stimme der Grünen.

Dann komme ich jetzt zum Vorschlag 8 der Ratsgruppen. - Das sind die 6 Stimmen der Ratsgruppen.

Enthaltungen? - Der FDP-Fraktion, Herr Wortmann, der AfD-Fraktion und Volt und der Oberbürgermeisterin.

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage:

Für die vorliegenden Wahlvorschläge werden folgende Stimmen abgegeben. Auf Vorschlag 8 entfällt kein Sitz:



II. Abstimmung über die Vorlage

Beschluss:

I. Der Rat schlägt der Hauptversammlung der RheinEnergie AG zur Wahl in den Aufsichtsrat vor:

1) Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert

(Oberbürgermeisterin oder von ihr vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW)

2) Christiane Martin (Grüne)

3) Rainer Priggen (Grüne)

4) Dr. Gerrit Krupp (SPD)

5) Rafael Struwe (SPD)

6) Bernd Petelkau (CDU)

7) Ira Sommer (CDU)

8) Gernot Schubert (für Die Linke.)

II. Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Hauptversammlung aufgrund der Vorschläge des Rates neue Aufsichtsratsmitglieder bestellen kann. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin bzw. der/dem von ihr vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann sind wir jetzt bei

2.2.3 GEW Köln AG
hier: Vorschläge für die Wahl in den Aufsichtsrat
1581/2020

Hier sind 9 Personen in den Aufsichtsrat zu wählen. Ihnen liegen die Wahlvorschläge vor. Stimmen die Wahlvorschläge? - Das scheint der Fall zu sein.

Dann rufe ich jetzt den Vorschlag 1 auf. Wer stimmt für den Vorschlag 1? - Das sind die Grünen komplett und eine Stimme von Volt. Okay.

Vorschlag 2 SPD-Fraktion. - Also minus 1.

Vorschlag 3 CDU-Fraktion. - 18.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Das sind die LINKEN und eine Stimme von der SPD-Fraktion.

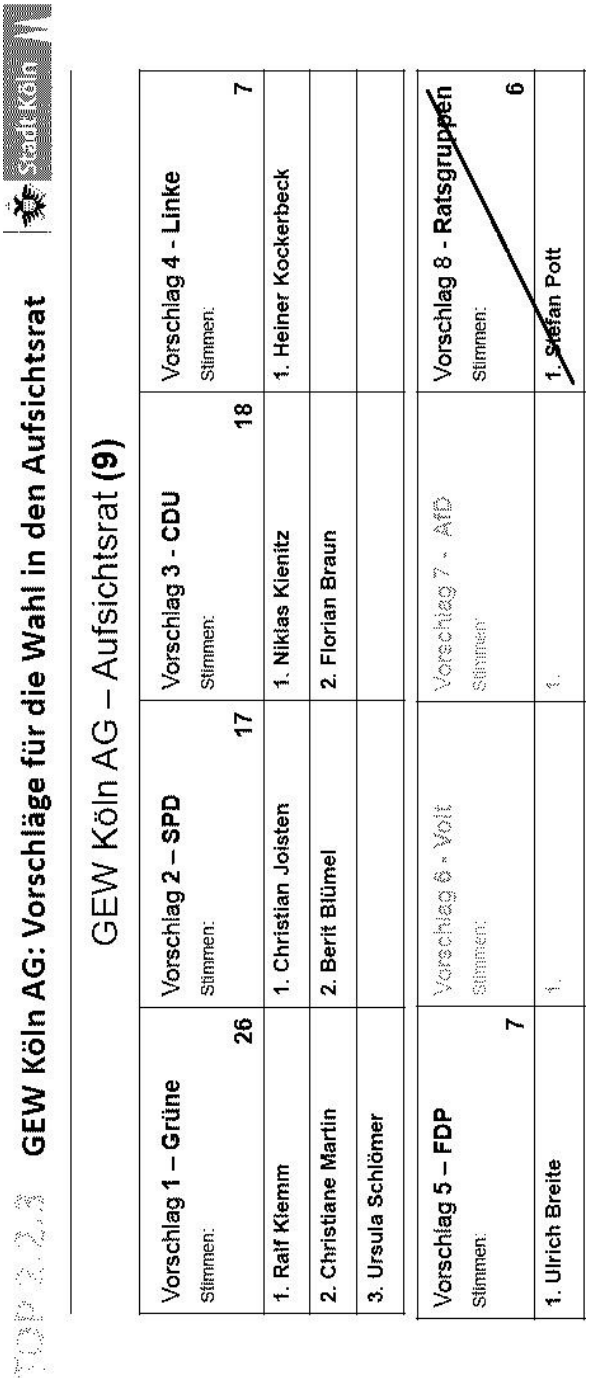
Vorschlag 5 FDP-Fraktion. - Das ist die FDP-Fraktion und Herr Wortmann und Herr Kienitz.

Dann rufe ich jetzt den Vorschlag 8 auf der Ratsgruppen. Was ist mit der PARTEI? - 6 Stimmen.

Gibt es Enthaltungen? - Die AfD-Fraktion enthält sich. Und Volt ganz, oder? 3 von Volt. - Haben wir das jetzt aufgenommen? - Gut.

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage:

Für die vorliegenden Wahlvorschläge werden folgende Stimmen abgegeben. Auf Vorschlag 8 entfällt kein Sitz:



II. Abstimmung über die Vorlage

Beschluss:

I. Der Rat schlägt der Hauptversammlung (HV) der GEW Köln AG zur Wahl in den Aufsichtsrat vor:

1) Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert

(Oberbürgermeisterin oder von ihr vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW)

2) Ralf Klemm (Grüne)

3) Christiane Martin (Grüne)

4) Ursula Schlömer (Grüne)

5) Christian Joisten (SPD)

6) Berit Blümel (für die SPD)

7) Niklas Kienitz (CDU)

8) Florian Braun (für die CDU)

9) Heiner Kockerbeck (Die Linke.)

10) Ulrich Breite (FDP)

Er beauftragt die städtische Vertreterin bzw. den städtischen Vertreter in der HV der GEW Köln AG, entsprechend zu votieren.

II. Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die HV aufgrund der Vorschläge des Rates neue Aufsichtsratsmitglieder bestellen kann. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin bzw. der/dem von ihr vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann kommen wir jetzt zu

2.2.4 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Vorschläge für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern
1927/2020

Hier sind neun Mitglieder in den Aufsichtsrat zu wählen. Sie gucken sich bitte noch einmal die Wahlvorschläge an. - So, jetzt ist sie richtig. Nein, immer noch falsch oder kann ich nicht gucken? - Nein, es ist richtig.

So, jetzt die Wahlvorschläge. Stimmen die Wahlvorschläge für die KVB? - Ja. Okay.

Dann rufe ich jetzt auf Vorschlag 1 Die Grünen. - Das sind alle Stimmen der Grünen und eine Stimme von Volt.

Die SPD, Wahlvorschlag 2. – 17, also minus 1.

Vorschlag 3 CDU.

(Zuruf: 18!)

- Handheben ist trotzdem erforderlich. Wenn Sie uns hier nur Zahlen zurufen - - Okay.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Das sind die Stimmen der LINKEN. Kommt da noch jemand hinzu?

(Heiterkeit und Zurufe)

Also plus eine Stimme der SPD.

Ich komme zum Vorschlag 5 FDP-Fraktion. - Das sind die Stimmen der FDP-Fraktion, das ist Herr Wortmann und eine Stimme der CDU-Fraktion.

Ich komme zum Vorschlag 7 AfD. - Herr Wortmann ruht seine Hand aus. - Das sind die Stimmen der AfD-Fraktion.

Vorschlag 8, die Ratsgruppen. - Das sind die 6 Stimmen der Ratsgruppen.

Die Oberbürgermeisterin enthält sich. Gibt es Enthaltungen? - 3 Stimmen von Volt enthalten sich. -

Und die Oberbürgermeisterin; das hatte ich aber schon gesagt diesmal.

Ich schlage vor, dass wir einen kurzen Break hier machen und mal rechnen, wenn Ihnen das recht ist. Denn mir scheint das etwas unübersichtlich zu werden. Wir machen mal eine kurze Pause, drei Minuten.

(Unterbrechung von 15.22 bis 15.38 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen jetzt vor, dass wir ab Tagesordnungspunkt 2.1.1 die Vorschläge einblenden, und es ist immer da nicht beschlossen, also kein Sitz entfallen, wo der Vorschlag gestrichen ist.

Können wir es noch einmal sehen? Eben war es da. - Da ist es wieder. So, jetzt würde ich Ihnen vorschlagen, dass ich das einfach durchgehe.

2.1.1 - - Nein, da stimmt etwas nicht. Die zweite Seite habe ich nicht gesehen. Ich sage doch, da stimmt etwas nicht. - Jetzt stimmt es. - Dritte Seite. Das ist die dritte Seite.

Ich habe jetzt weiterhin abstimmen zu lassen unter TOP 2.1.1 über die übrigen Beschlusspunkte der Vorlage. Darunter fällt die Abordnung eines vorgeschlagenen Bediensteten oder einer Bediensteten der Stadt Köln. Hier würde ich Frau Professor Diemert entsenden. Darüber ist hier aber noch abzustimmen. Frau Blome und Frau Professor Diemert. Gibt es Gegenstimmen?

(Zuruf)

- Beide. Eine als Vertreterin und eine als Stellvertreterin. - Nur Frau Diemert. Also wir waren in der falschen Vorlage. Danke für die Rückfrage. Nur Frau Diemert. Ich hatte mich auch schon gewundert. Es steht in der Vorlage, dass ich die Vertreterin bin und Frau Professor Diemert meine Vertreterin. Okay. Dann können wir den Tagesordnungspunkt 2.1.1 verlassen.

Wir kommen zu 2.1.2. Wie Sie sehen, sind alle gewählt. Auf Liste 8 entfällt kein Sitz.

Auch hier lasse ich über die übrigen Beschlusspunkte abstimmen. Hier passiert genau das, was wir eben hatten. Da wird Frau Blome entsendet und als Stellvertreterin Frau Professor Diemert. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Dann kommen wir jetzt zu 2.1.3. Auch hier entfällt nur auf den Vorschlag 8 kein Sitz.

Ich muss auch hier wieder abstimmen lassen über die weiteren Punkte der Vorlage. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

2.1.4. Hier sind alle gewählt.

Weitere Punkte sind abzustimmen aus der Vorlage. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

2.1.5. Auch alle gewählt.

Ich lasse abstimmen über die weiteren Punkte vor der Lage. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das beschlossen.

2.1.6. Jetzt habe ich eine andere. - Ich rufe hier nur 6 a des Wahlvorschlages auf. Da entfällt auf den Vorschlag 8 kein Sitz.

6 b machen wir gar nicht. Ist einstimmig gewesen. Ja, das ist einstimmig gewählt, klar, das waren die Personalvertretungen.

Dann bin ich jetzt bei den Stadtwerken. Moment. - Da habe ich den Tagesordnungspunkt 2.2.1. Es entfällt auf den Vorschlag 7 kein Sitz, auf den Vorschlag 8 ebenso nicht.

Weitere Beschlusspunkte gehen aus der Vorlage hervor. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

2.2.2 - RheinEnergie. Hier entfällt kein Sitz auf den Vorschlag der Ratsgruppen. Das ist der Vorschlag 8.

Und ich lasse abstimmen über die Vorlage. Gibt es Gegenstimmen? - Was stimmt nicht?

(Zuruf: Worüber wir abstimmen!)

- Wir stimmen über die Vorlage ab. Unter 2.2.2, die Entsendung der Oberbürgermeisterin bzw. einer vorgeschlagenen Bediensteten. Hier soll Frau Dr. Diemert hingehen. Das steht in der Vorlage. Ich kann es auch jedes Mal vorlesen. Das mache ich auch gerne. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen. - Keine. Dann ist es so beschlossen.

2.2.3 - GEW. Hier entfällt kein Sitz auf den Vorschlag 8 der Ratsgruppen.

Ich lasse wieder abstimmen über den Inhalt der Vorlage, dass die Stadt nämlich die

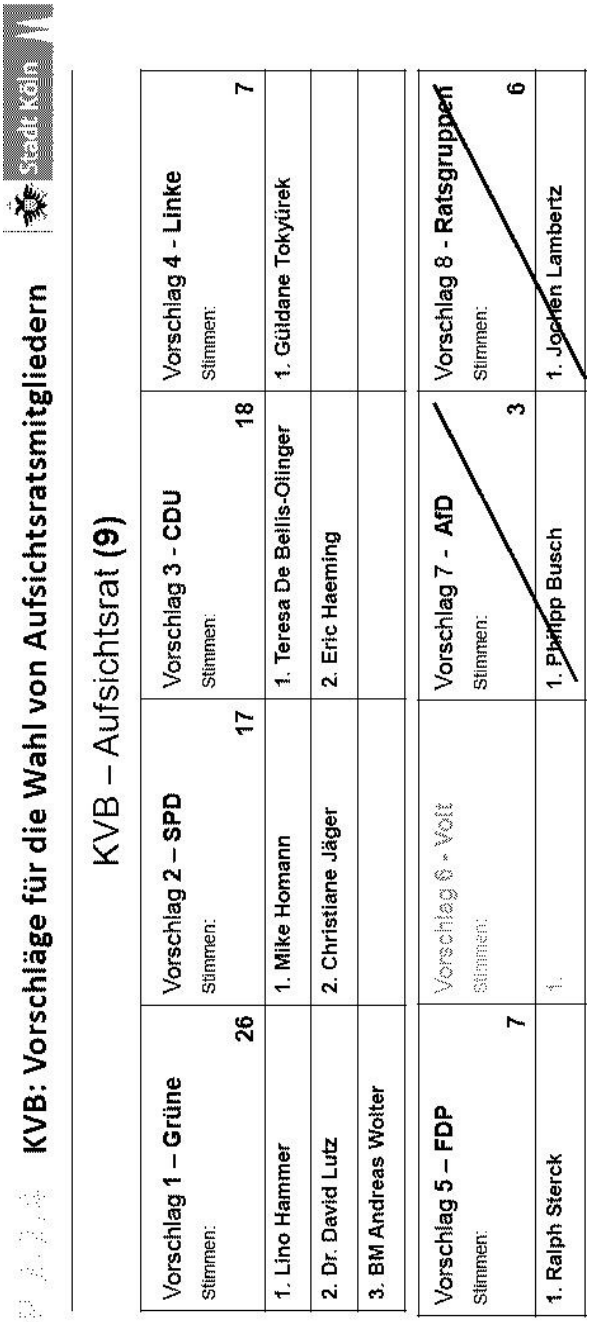
Oberbürgermeisterin bzw. eine von ihr vorgeschlagene Bedienstete - hier wird es auch Frau Professor Diemert sein - entsendet. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. - Dann ist es so beschlossen.

Ich bin bei der KVB. Hier entfallen auf den Vorschlag 7 und den Vorschlag 8 keine Sitze.

Ich lasse über die Vorlage abstimmen, die die Entsendung der Oberbürgermeisterin bzw. einer Bediensteten - hier ist es Frau Beigeordnete Blome - Ihnen vorschlägt. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es auch so abgestimmt.

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage:

Für die vorliegenden Wahlvorschläge werden folgende Stimmen abgegeben. Auf die Vorschläge 7 und 8 entfallen keine Sitze:



TOP A.2.4.4 **KVB: Vorschläge für die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern**

Stadt Köln

KVB – Aufsichtsrat (**9**)

Vorschlag 1 – Grüne Stimmen: 26	Vorschlag 2 – SPD Stimmen: 17	Vorschlag 3 - CDU Stimmen: 18	Vorschlag 4 - Linke Stimmen: 7
1. Lino Hammer	1. Mike Homann	1. Teresa De Bellis-Olinger	1. Güldane Tokyürek
2. Dr. David Lutz	2. Christiane Jäger	2. Eric Haeming	
3. BM Andreas Wolter			

Vorschlag 5 – FDP Stimmen: 7	Vorschlag 6 - Volt Stimmen:	Vorschlag 7 - AfD Stimmen: 3	Vorschlag 8 - Ratsgruppen Stimmen: 6
1. Ralph Sterck	1.	1. Philipp Busch	1. Jochen Lambertz

II. Abstimmung über die Vorlage Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln schlägt der Hauptversammlung der Kölner VerkehrsBetriebe AG folgende Mitglieder zur Wahl in den Aufsichtsrat vor:

1) Beigeordnete Andrea Blome

(Die Oberbürgermeisterin bzw. der Oberbürgermeister oder von ihr/ihm vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW)

2) Lino Hammer (Grüne)

3) Dr. David Lutz (Grüne)

4) BM Andreas Wolter (Grüne)

5) Mike Homann (SPD)

6) Christiane Jäger (SPD)

7) Teresa De Bellis-Olinger (CDU)

8) Eric Haeming (CDU)

9) Güldane Tokyürek (Die Linke.)

10) Ralph Sterck (FDP)

Er beauftragt den städtischen Vertreter in der Hauptversammlung der Kölner Verkehrs-Betriebe AG, entsprechend zu votieren.

II. Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt nach der Neuwahl, zu dem die Hauptversammlung aufgrund der Vorschläge des Rates neue Aufsichtsratsmitglieder bestellen kann. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Sitzungsunterbrechung von 15:22 bis 15:38 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann fangen wir jetzt von vorne an. Wir packen die Geschenke sozusagen wieder ein, aber nicht ganz von vorne, sondern bei der AWB.

2.2.5. AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH: Entsendung in den Aufsichtsrat 1302/2020

Hier sind vier Mitglieder in den Aufsichtsrat zu wählen. Die Vorschläge liegen Ihnen vor.

Vorschlag 1 Die Grünen. - Das sieht so aus, als wären das die kompletten Grünen.

Vorschlag 2 SPD. - Das ist die SPD-Fraktion minus 1.

Dann der dritte Vorschlag, der Vorschlag der CDU. - Das ist die komplette CDU.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Das ist die komplette LINKE plus 1.

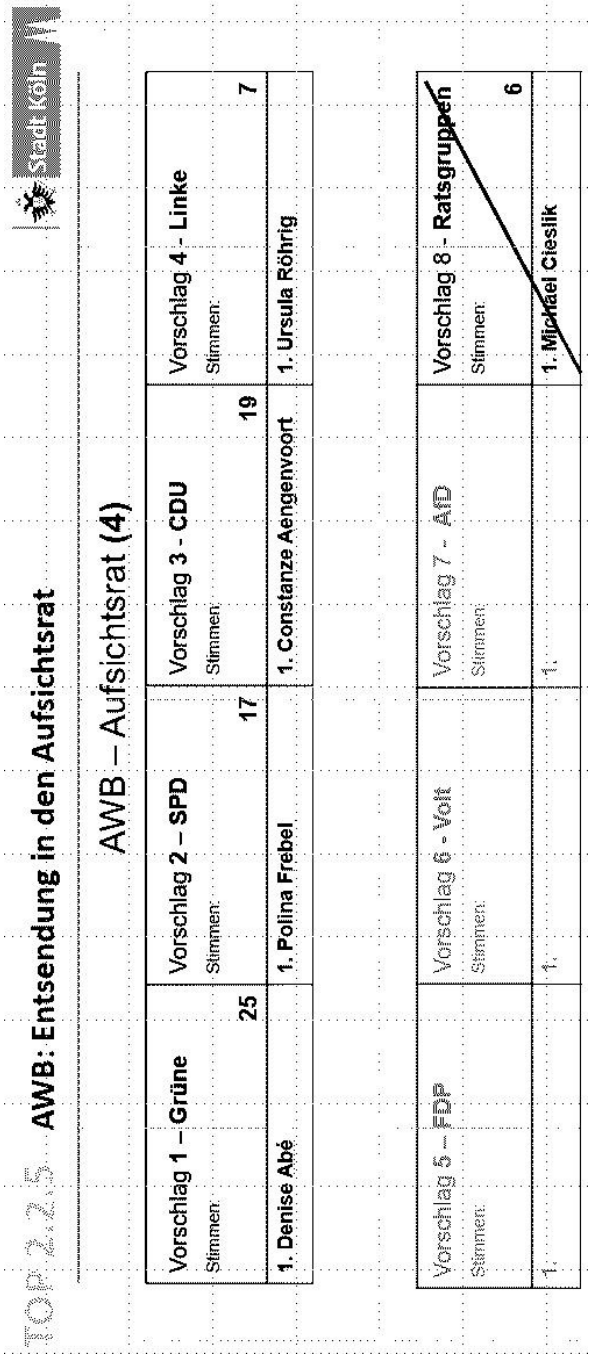
Dann sind wir beim Vorschlag 8 der Ratsgruppen. Wer dem zuzustimmen wünscht. - Das sind 6 Stimmen der Ratsgruppen.

Damit entfällt auf Vorschlag 8 kein Sitz. Das kann man hier schon sehen, wenn es nur vier sind. Okay.

Ich lasse hier auch über den Inhalt der Vorlage abstimmen. Das ist wieder die Entsendung der Oberbürgermeisterin bzw. eines von ihr vorgeschlagenen Bediensteten, hier Herr Beigeordneter Dr. Rau. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage:

Für die vorliegenden Wahlvorschläge 1 - 4 werden folgende Stimmen abgegeben. Auf Vorschlag 8 entfällt kein Sitz:



II. Abstimmung über die Vorlage

Beschluss:

I. Der Rat schlägt der Stadtwerke Köln GmbH zur Entsendung in den Aufsichtsrat der AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH vor:

1) Beigeordneter Dr. Harald Rau

(Oberbürgermeisterin bzw. der Oberbürgermeister oder von ihr/ihm vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW)

2) Denise Abé (Grüne)

3) Polina Frebel (SPD)

4) Constanze Aengenvoort (CDU)

5) Ursula Röhrig (Die Linke.)

II. Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine analoge Anwendung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

2.2.6 AVG Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH: Entsendung in den Aufsichtsrat 1301/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Hier liegen Ihnen die Wahlvorschläge vor. Wir haben acht Aufsichtsratsmitglieder zu wählen.

Vorschlag 1 Die Grünen. - Das scheinen alle Stimmen der Grünen zu sein.

Vorschlag 2 SPD. - Minus 1.

Vorschlag 3 CDU. - Auch minus 1.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Die LINKEN plus 1.

Vorschlag 5 FDP. - Die FDP, Herr Wortmann und 1.

Vorschlag 7 AfD. - Das sind die Stimmen der AfD-Fraktion

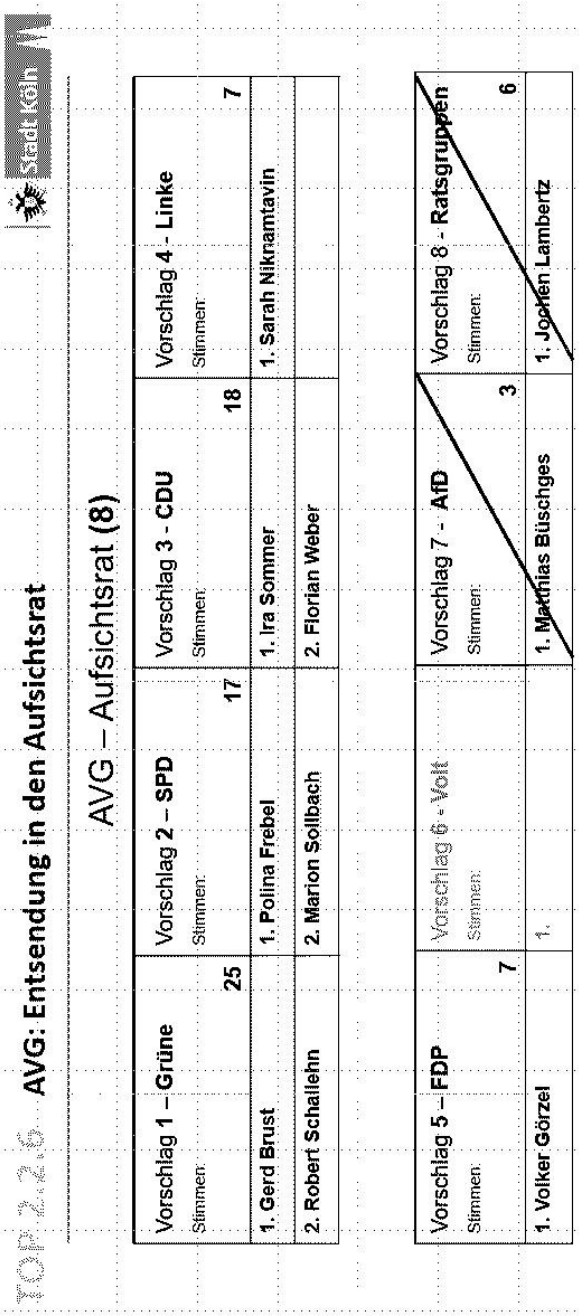
Vorschlag 8. Das sind die Ratsgruppen. - Das sind komplett die 6 Stimmen der Ratsgruppen.

Hier entfallen keine Sitze auf die Vorschläge 7 und 8.

Und ich lasse abstimmen über den Inhalt der Vorlage, dass OB bzw. der Bedienstete Beigeordneter Dr. Rau den Sitz einnimmt. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage:

Für die vorliegenden Wahlvorschläge werden folgende Stimmen abgegeben. Auf die Vorschläge 7 und 8 entfallen keine Sitze:



II. Abstimmung über die Vorlage Beschluss:

I. Der Rat entsendet in den Aufsichtsrat der AVG Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH:

1) Beigeordneter Dr. Harald Rau

(Oberbürgermeisterin bzw. Oberbürgermeister oder von ihr/ihm vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO)

2) Gerd Brust (Grüne)

3) Robert Schallehn (Grüne)

4) Polina Frebel (SPD)

5) Marion Sollbach (SPD)

6) Ira Sommer (CDU)

7) Florian Weber (CDU)

8) Sarah Niknamtavin (Die Linke.)

9) Volker Görzel (FDP)

II. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

2.2.7 Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH (WSK) - Vorschläge für die Wahl in den Aufsichtsrat 1969/2020

Hier sind neun Mitglieder für den Aufsichtsrat zu wählen. Sie gucken sich bitte einmal die Vorschläge an. - Dann lasse ich jetzt abstimmen.

Vorschlag 1 Die Grünen. - Die Grünen und eine von Volt.

Vorschlag 2. - Die SPD minus 1.

Vorschlag 3. - Die CDU minus 1.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Die LINKE plus 1.

Vorschlag 5 FDP. - Das ist die FDP, Herr Wortmann plus 1.

Vorschlag 7 AfD. - Das ist die AfD.

Vorschlag 8 Ratsgruppen. - Alle Ratsgruppen.

Damit haben wir neun Mitglieder gewählt, wenn wir Vorschlag 7 und Vorschlag 8 nicht berücksichtigen. Das heißt, die entfallen.

Ich lasse wieder über die weiteren Beschlusspunkte abstimmen. Hier wird Herr Greitemann von mir entsandt. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage:

Für die vorliegenden Wahlvorschläge 1 – 5 werden folgende Stimmen abgegeben. Auf die Vorschläge 7 – 8 entfallen keine Sitze:

TOP 2.2.7 **WSK: Vorschläge für die Wahl in den Aufsichtsrat**

WSK – Aufsichtsrat **(9)**

Vorschlag 1 – Grüne Stimmen: 26	Vorschlag 2 – SPD Stimmen: 17	Vorschlag 3 - CDU Stimmen: 18	Vorschlag 4 - Linke Stimmen: 7
1. Marion Heuser	1. Jürgen Kircher	1. Dr. Helge Schlieben	1. Christoph Besser
2. Sabine Pakulat	2. Claudia Brock-Storms	2. Felix Spehl	
3. Hans Schwanitz			

Vorschlag 5 – FDP Stimmen: 7	Vorschlag 6 - Volt Stimmen:	Vorschlag 7 - AfD Stimmen: 3	Vorschlag 8 - Ratsgruppen Stimmen: 6
1. Stefanie Ruffen	1.	1. Stephan Boyens	1. Jochen Lambertz

II. Abstimmung über die Vorlage Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln empfiehlt dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Köln GmbH, in den Aufsichtsrat der Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH zu entsenden:

1. Beigeordneter Markus Greitemann

(Oberbürgermeisterin bzw. Oberbürgermeister oder von ihr/ihm vorgeschlagene Bedienstete der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO)

und

2. Marion Heuser (Grüne)

3. Sabine Pakulat (Grüne)

4. Hans Schwanitz (Grüne)

5. Jürgen Kircher (SPD)

6. Claudia Brock-Storms (SPD)

7. Dr. Helge Schlieben (CDU)

8. Felix Spehl (CDU)

9. Christoph Besser (für Die Linke.)

10. Stefanie Ruffen (FDP)

II. Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt nach der Neuwahl, zu dem der Aufsichtsrat der Stadtwerke Köln GmbH aufgrund der Vorschläge des Rates neue Aufsichtsratsmitglieder entsendet. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von Ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten

Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt

2.2.8 KölnBäder GmbH
hier: Entsendung in den Aufsichtsrat
1881/2020

Hier haben wir 12 Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Moment. - Die Vorschläge liegen Ihnen vor. Ich lasse abstimmen.

Vorschlag 1 Die Grünen. - Das sind die Stimmen der Grünen komplett. - Minus 1.

(Unruhe)

Es ist auch wirklich - - Sie müssen sich bitte vorstellen, teilweise spiegeln auch die Wände. Ich konnte zum Beispiel eben bei Frau Pakulat nicht sehen, ob sie sich gemeldet hat oder nicht. Ich kann das wirklich nicht sehen von hier aus, weil die Wände spiegeln.

Tut mir leid, ich kann es nicht - - Kann ich die Wahlvorschläge aufrufen? - Ja. Dann fange ich noch einmal an. Ich rufe die Wahlvorschläge zu 2.2.8 auf.

Ich war bei Vorschlag 1. - Die Grünen minus 1.

Vorschlag 2 der SPD-Fraktion. - Komplett.

Vorschlag 3 der CDU-Fraktion. - Komplett plus Volt.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Komplett plus 1.

Vorschlag 5 FDP-Fraktion. - Das ist die FDP-Fraktion und Herr Wortmann.

Vorschlag 7 AfD. - Das ist die AfD-Fraktion.

Vorschlag 10 Ratsgruppen. - Das sind alle Ratsgruppen.

Dann ist das Ergebnis wegen der Stimmenanzahl so, dass Vorschlag 7 entfällt und die anderen gewählt sind.

Ich lasse abstimmen über den Inhalt der Vorlage zu Tagesordnungspunkt 2.2.8. Hier würde ich gerne Herrn Voigtsberger entsenden. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage:

Für die vorliegenden Wahlvorschläge 1 – 5 und Vorschlag 10 werden folgende Stimmen abgegeben. Auf den Vorschlag 7 entfällt kein Sitz:

TOP 2.2.8 **KölnBäder GmbH – Entsendung in den Aufsichtsrat** Stadt Köln

KölnBäder - Aufsichtsrat **(12)**

Vorschlag 1 – Grüne Stimmen: 24	Vorschlag 2 – SPD Stimmen: 18	Vorschlag 3 - CDU Stimmen: 23	Vorschlag 4 - Linke Stimmen: 7	Vorschlag 5 - FDP Stimmen: 6
1. Max Derichsweiler	1. Franz Philippi	1. Henk van Benthem	1. Jörg Detjen	1. Ulrich Breite
2. Ralf Klemm	2. Jürgen Kircher	2. Florian Weber		
3. Floris Rudolph	3. Iris Januszewski	3. Manuel Jeschka		

Vorschlag 6 - Volt Stimmen:	~~Vorschlag 7 - AfD~~ ~~Stimmen: 3~~	Vorschlag 8 - Stimmen:	Vorschlag 9 - Stimmen:	Vorschlag 10 - **Ratsgruppen** Stimmen: 6
1.	~~1. Matthias Büschges~~	1.	1.	1. Thomas Geffe

II. Abstimmung über die Vorlage

Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet in den Aufsichtsrat der KölnBäder GmbH:

1. Beigeordneter Robert Voigtsberger

(Oberbürgermeisterin bzw. Oberbürgermeister oder von ihr/ihm vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW)

2. Max Derichsweiler (Grüne)

3. Ralf Klemm (Grüne)

4. Floris Rudolph (Grüne)

5. Franz Philippi (SPD)

6. Jürgen Kircher (SPD)

7. Iris Januszewski (für die SPD)

8. Henk van Benthem (CDU)

9. Florian Weber (CDU)

10. Manuel Jeschka (für die CDU)

11. Jörg Detjen (Die Linke.)

12. Ulrich Breite (FDP)

13. Thomas Geffe (für die Ratsgruppen Die PARTEI, DEINE FREUNDE und GUT)

II. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten

Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bin, meine Damen und Herren, im Tagesordnungspunkt

2.2.9. Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK AG): Vorschläge für den Wahl in den Aufsichtsrat
1879/2020

Hier liegen Ihnen die Wahlvorschläge vor. Sieben Aufsichtsratsmitglieder werden gewählt. Stimmen die so? Kann ich die so abstimmen lassen? - Ja.

Dann Bündnis 90/Die Grünen, erster Vorschlag. - Komplett die Grünen minus 1, also nicht komplett, sondern minus 1.

Vorschlag 2 SPD Fraktion. - Sieht komplett aus, minus 1, nein komplett. Okay.

Vorschlag 3 CDU-Fraktion. - Auch komplett.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - DIE LINKE plus 1.

Vorschlag 7 AfD-Fraktion. - Das ist die AfD-Fraktion

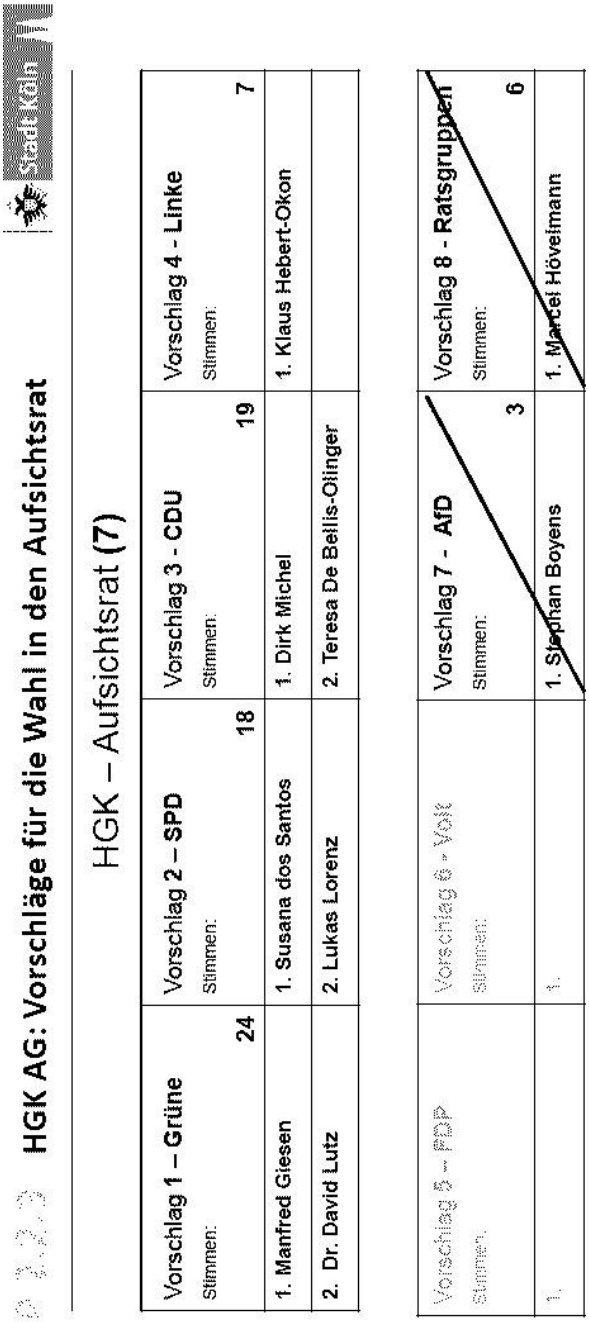
Vorschlag 8, die Ratsgruppen. - Das sind alle 6 Stimmen.

Dann ziehen die Vorschläge bis 4, und auf Vorschlag 7 und Vorschlag 8 entfällt kein Sitz.

Ich lasse abstimmen auch über den Inhalt der Vorlage. Hier entsende ich den Amtsleiter 01 Herrn William Wolfgramm. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage:

Für die vorliegenden Wahlvorschläge 1 - 4 werden folgende Stimmen abgegeben. Auf die Vorschläge 7 und 8 entfallen keine Sitze:



II. Abstimmung über die Vorlage

Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln schlägt der Hauptversammlung der Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK AG) zur Wahl in den Aufsichtsrat vor:

1. William Wolfgramm, Amtsleiter im Amt der Oberbürgermeisterin

(Oberbürgermeisterin bzw. Oberbürgermeister oder von ihr/ihm vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW)

2. Manfred Giesen (Grüne)

3. Dr. David Lutz (Grüne)

4. Susana dos Santos (für die SPD)

5. Lukas Lorenz (SPD)

6. Dirk Michel (CDU)

7. Teresa de Bellis-Olinger (CDU)

8. Klaus Hebert-Okon (für die Die Linke.)

Er beauftragt die städtischen Vertreter in der Hauptversammlung der HGK AG entsprechend zu votieren.

II. Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Hauptversammlung der HGK AG aufgrund der Vorschläge des Rates neue Aufsichtsratsmitglieder wählen kann. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann rufe ich auf

2.3 Aufsichtsgremien weiterer städtischer Unternehmen

und beginne mit

2.3.1 Koelnmesse GmbH
hier: Entsendung in den Aufsichtsrat
1671/2020

Hier sind 10 Personen zu wählen. Die Vorschläge liegen Ihnen vor. Finden Sie sich darin wieder? - Ja, das wäre gut.

Vorschlag 1 Die Grünen. - Das sind die Stimmen der Grünen komplett.

Vorschlag 2 SPD-Fraktion. - Das sind die Stimmen der SPD-Fraktion minus 3.

Vorschlag 3 CDU-Fraktion. - Minus 2.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Das sind die LINKEN plus eine Stimme aus der CDU-Fraktion.

Jetzt kommt der Vorschlag 5 der FDP. - Das ist die FDP, Herr Wortmann und zwei, nein eine Stimme aus der CDU. Die andere war schon weg, genau.

(Heiterkeit)

So, dann Vorschlag 6 Volt. - Das sind die Stimmen von Volt plus drei Stimmen von der SPD-Fraktion.

Dann komme ich zur AfD. Wer wünscht zu wählen? - Das ist die AfD-Fraktion.

Vorschlag 8, die Ratsgruppen. - Versammeln sich hinter dem Vorschlag 8.

So, dann entfallen auf die Vorschläge 7 und 8 keine Aufsichtsratsmandate.

Ich lasse über die Inhalte der Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage:

Für die vorliegenden Wahlvorschläge 1 – 6 werden folgende Stimmen abgegeben. Auf die Vorschläge 7 – 8 entfällt kein Sitz:

Koelnmesse GmbH – Entsendung in den Aufsichtsrat

Koelnmesse - Aufsichtsrat (**10**)

Vorschlag **1 – Grüne** Stimmen: 25	Vorschlag **2 – SPD** Stimmen: 15	Vorschlag **3 - CDU** Stimmen: 17	Vorschlag **4 - Linke** Stimmen: 7	Vorschlag **5 - FDP** Stimmen: 7
1. BM Brigitta von Bülow	1. Christian Joisten	1. Bernd Petelkau	1. Torsten Weil	1. Volker Görzel
2. Derya Karadag	2. Eva Bruch	2. Teresa De Bellis-Olinger		
3. Manfred Richter				

Vorschlag **6 - Volt** Stimmen: 7	Vorschlag **7 - AfD** Stimmen: 3	Vorschlag **8 - Ratsgruppen** Stimmen: 6	Vorschlag 9 - Stimmen:	Vorschlag 10 - Stimmen:
1. Olivier Fuchs	1. Christer Cremer	1. Piotr Mazar	1.	1.

II. Abstimmung über die Vorlage Beschluss:

I. Der Rat entsendet in den Aufsichtsrat der Koelnmesse GmbH:

1) Oberbürgermeisterin Henriette Reker.

(Oberbürgermeisterin oder von ihr vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW)

2) BM Brigitta von Bülow (Grüne)

3) Derya Karadag (Grüne)

4) Manfred Richter (Grüne)

5) Christian Joisten (SPD)

6) Eva Bruch (für die SPD)

7) Bernd Petelkau (CDU)

8) Teresa de Bellis-Olinger (CDU)

9) Torsten Weil (für Die Linke.)

10) Volker Görzel (FDP)

11) Olivier Fuchs (für Volt)

II. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin bzw. der/dem von ihr vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien der Koelnmesse GmbH an, den Public Corporate Governance Kodex für die Koelnmesse GmbH zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

2.3.2 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Entsendung in den Aufsichtsrat 1327/2020

Die Vorschläge liegen Ihnen vor.

Ich rufe jetzt zur Abstimmung auf Vorschlag 1 Die Grünen. - Das sind die Grünen minus 1. Ist das richtig? - Ja.

Vorschlag 2 SPD-Fraktion. - Komplett.

Vorschlag 3 CDU-Fraktion. - Komplett.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Komplett plus 1.

Vorlag 7 die AfD-Fraktion. - Das ist die AfD-Fraktion.

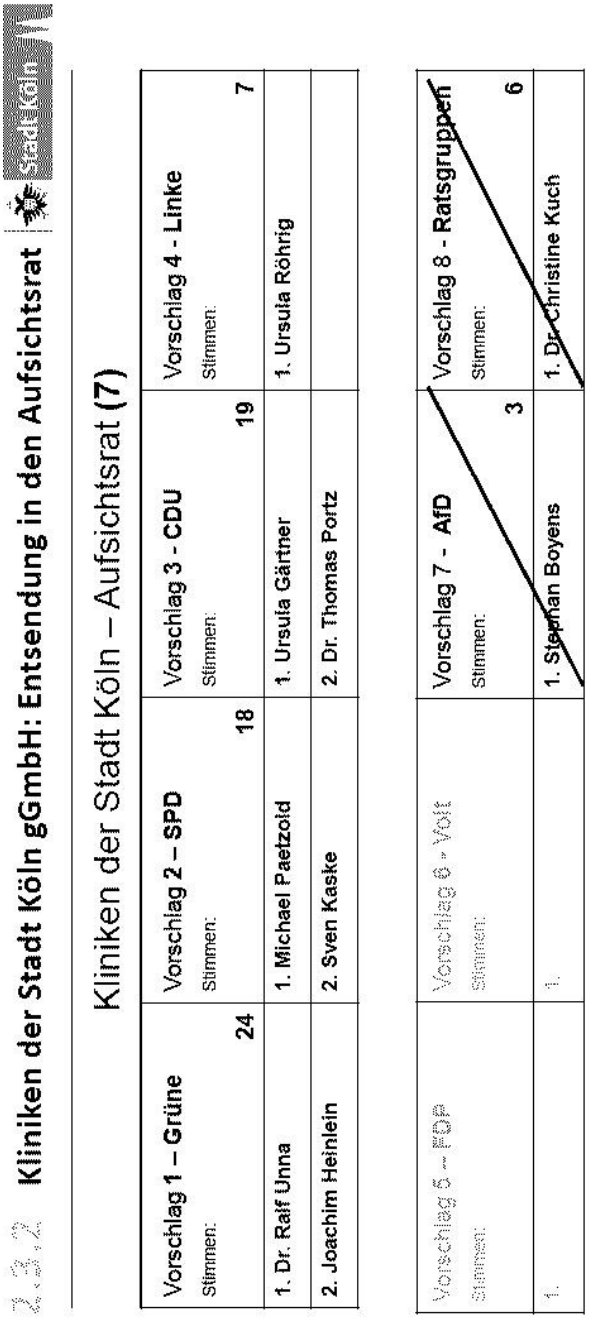
Vorschlag 8, die Ratsgruppen. - Das sind die 6 Stimmen der Ratsgruppen.

Dann ziehen die Vorschläge 1 bis 4. Vorschläge 7 und 8 entfallen.

Ich lasse darüber hinaus abstimmen über den Inhalt der Vorlage. Hier wird Herr Dr. Rau entsendet. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage:

Für die vorliegenden Wahlvorschläge 1 – 4 werden folgende Stimmen abgegeben. Auf die Vorschläge 7 und 8 entfällt kein Sitz:



TOP 2.3.2 **Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Entsendung in den Aufsichtsrat**

Kliniken der Stadt Köln – Aufsichtsrat (7)

Vorschlag 1 – Grüne Stimmen: 24	Vorschlag 2 – SPD Stimmen: 18	Vorschlag 3 - CDU Stimmen: 19	Vorschlag 4 - Linke Stimmen: 7
1. Dr. Ralf Unna	1. Michael Paetzold	1. Ursula Gärtner	1. Ursula Röhrig
2. Joachim Heinlein	2. Sven Kaske	2. Dr. Thomas Portz	

Vorschlag 5 – FDP Stimmen:	Vorschlag 6 – Volt Stimmen:	Vorschlag 7 - AfD Stimmen: 3	Vorschlag 8 - Ratsgruppen Stimmen: 6
1.	1.	1. Stephan Boyens	1. Dr. Christine Kuch

II. Abstimmung über die Vorlage Beschluss:

I. Der Rat entsendet in den Aufsichtsrat der Kliniken der Stadt Köln gGmbH:

1. Beigeordneter Dr. Harald Rau

(Oberbürgermeisterin oder von ihr vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW)

2. Dr. Ralf Unna (Grüne)

3. Joachim Heinlein (für die Grünen)

4. Michael Paetzold (SPD)

5. Sven Kaske (SPD)

6. Ursula Gärtner (CDU)

7. Dr. Thomas Porz (für die CDU)

8. Ursula Röhrig (Die Linke.)

II. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu

2.3.3 RehaNova Köln neurologische Rehabilitationsklinik gGmbH Entsendung in den Aufsichtsrat
1328/2020

Ich muss mal eben eine Pause machen. - Hier gibt es eine gemeinsame Liste, meine Damen und Herren, die abzustimmen wäre.

Die Vorschläge liegen Ihnen vor. Gibt es Gegenstimmen? - Im Moment noch Ratsgruppe GUT und die KLIMA FREUNDE. Jetzt Die PARTEI auch. Okay. Sie enthalten sich oder Gegenstimmen? - Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Von der FDP-Fraktion, Herrn Wortmann, Volt und der AfD-Fraktion und der LINKEN komplett. Ja, ich kann es wirklich - - Ich versuche es alles aufzunehmen. Okay. - Dann ist das trotzdem so abgestimmt.

Dann lasse ich jetzt noch über den Inhalt der Vorlage abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

I. Abstimmung über den gemeinsamen Wahlvorschlag Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet in den Aufsichtsrat der RehaNova Köln Neurologische Rehabilitationsklinik gGmbH:

1) Beigeordneter Dr. Harald Rau

(Oberbürgermeisterin bzw. Oberbürgermeister oder von ihr/ihm vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO)

2) Joachim Heinlein (für die Grünen)

3) Michael Paetzold (SPD)

4) Ursula Gärtner (CDU)

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die Linke., FDP, Volt und AfD und RM Wortmann zugestimmt.

II. Abstimmung über die gesamte Vorlage

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet in den Aufsichtsrat der RehaNova Köln

Neurologische Rehabilitationsklinik gGmbH:

1) Beigeordneter Dr. Harald Rau

(Oberbürgermeisterin bzw. Oberbürgermeister oder von ihr/ihm vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO)

2) Joachim Heinlein (für die Grünen)

3) Michael Paetzold (SPD)

4) Ursula Gärtner (CDU)

II. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bin bei Tagesordnungspunkt

2.3.4 Sozial-Betriebe-Köln gGmbH (SBK): Entsendung in den Aufsichtsrat 1965/2020

Dort werden sieben Mitglieder in den Aufsichtsrat gewählt. Die Vorschläge liegen Ihnen vor.

Ich lasse abstimmen den Vorschlag 1 der Grünen. - Das sind die Grünen minus 1. Ist das so? - Ja.

Dann den Vorschlag der SPD-Fraktion. - Komplett.

Den Vorschlag der CDU. - Auch komplett.

(Zurufe)

Plus drei von der FDP, einem von der FDP. Nicht jeder etwas anderes sagen, bitte. Wie viel Stimmen der FDP? Die möchten bitte mit Handzeichen - - Eine Stimme, okay.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Das ist DIE LINKE plus eine Stimme.

Vorschlag 8 der Ratsgruppen. - Das sind die Ratsgruppen plus die AfD. Ja, das ist von hier aus deutlich zu sehen.

Also ich habe hier ein technisches Problem. Ich muss gleich darauf zurückkommen. Hier geht mein Mikrofon nicht mehr an und nicht mehr aus. Zwei Minuten Pause, bitte.

Also die ganze Anlage ist ausgefallen. - Bitte nicht so nah beieinander stehen.

(Unterbrechung von 16.11 bis 16.14 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Also es scheint wieder zu gehen.

Ich komme zurück zu dem eben aufgerufenen Tagesordnungspunkt 2.3.4. Das ist die SBK. Da waren sieben Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Und der zweite Name auf dem Vorschlag der SPD-Fraktion, auf den entfällt kein Sitz.

(Unruhe)

- Ja, so ist das, mit Stimmenmehrheit zu rechnen. - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich bin jetzt formal nicht so fit. Deswegen weiß ich nicht, ob unsere Kandidatin zurückziehen kann. Aber ich denke, sie muss das selbst erklären, falls sie zu diesem Zeitpunkt gewählt ist. Das weiß ich nicht. Ansonsten würden wir für die weiteren Wahlgänge alle Kandidatinnen zurückziehen bis auf die Tagesordnungspunkte 2.3.8 und 2.6.1.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde Sie bitten, das dann aber jeweils wieder zu sagen.

(Beifall)

Gilt das jetzt für die Ratsgruppe GUT oder für alle anderen Ratsgruppen?

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Das gilt für die Liste. Wir sind ja eine Listenverbindung.

Michael Hock (Die PARTEI): Das gilt auch für Die PARTEI.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Das kann ich bestätigen. Wir haben eine gemeinsame Liste eingereicht und dabei bleibt es auch. Wir stehen zu unseren Versprechen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich wollte das nicht bestreiten. Ich habe es zu erfragen. Weil ich glaube nicht, dass man automatisch davon ausgehen kann, selbst wenn man in einer Liste ist, dass es so ist. - Okay.

Das ist hier so auszulegen, dass dann die Ratsgruppe GUT auf ihren kompletten Vorschlag verzichtet, und damit geht der zweite Sitz an die SPD-Fraktion und die Vorschläge 1, 2, 3 und 4 sind gewählt.

(Beifall)

Ich lasse des Weiteren über die Beschlussvorlage abstimmen. Gibt es hier Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen. - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.3.5 auf - -

(Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin!)

- Ja, bitte.

Christer Cremer (AfD): Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Oberbürgermeisterin! Jetzt habe ich wirklich mal eine Prozedere-Frage. Die Wahl war ja bereits erfolgt. Die Person scheint ja wohl auch nicht anwesend zu sein und da kann man ja nicht einfach so eine gewählte Person zurückziehen. Also ich verstehe das jetzt irgendwie nicht so ganz.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Der Sitz ist ja nicht angenommen worden. Ich habe es nur angekündigt, wie gewählt worden ist.

Christer Cremer (AfD): Ja, aber sie muss es doch erklären.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir diskutieren das gerne mit Ihnen im Nachhinein.

Christer Cremer (AfD): Ja, okay. Dann werden wir das mal anwaltlich prüfen lassen. Also das ist schon ein starkes Stück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, bitte. Lassen Sie das rechtlich prüfen. Viel Erfolg!

(Beifall)

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage:

Für die vorliegenden Wahlvorschläge1 – 4 werden folgende Stimmen abgegeben. (Die Ratsgruppen verzichten nach der Abstimmung auf den Sitz, der auf Vorschlag 8 entfallen wäre):

TOP 2.3.4 **SBK: Entsendung in den Aufsichtsrat**

Stadt Köln

SBK – Aufsichtsrat (7)

Vorschlag **1 – Grüne**	Vorschlag **2 – SPD**	Vorschlag **3 - CDU**	Vorschlag **4 - Linke**
Stimmen: **24**	Stimmen: **18**	Stimmen: **20**	Stimmen: **7**
1. Ossi Helling	**1. Michael Paetzold**	**1. Thomas Welter**	**1. Frederike Stolle**
2. Daniel Bauer-Dahm	**2. Elfi Scho-Antwerpes**	**2. Katja Hoyer**	

Vorschlag 5 – FDP	Vorschlag 6 - Volt	Vorschlag 7 - AfD	Vorschlag 8 - **Ratsgruppen**
Stimmen:	Stimmen:	Stimmen:	Stimmen: **9**
1.	1.	1.	**1. Judit Géczi**

II. Abstimmung über die Vorlage Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet in den Aufsichtsrat der Sozial-Betriebe Köln gGmbH:

1) <u>Beigeordneter Dr. Harald Rau</u>

(Oberbürgermeisterin bzw. Oberbürgermeister oder von ihr/ihm vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW)

2) Ossi Helling (für die Grünen)

3) Daniel Bauer Dahm (Grüne)

4) Michael Paetzold (SPD)

5) Elfi Scho-Antwerpes (SPD)

6) Thomas Welter (CDU)

7) Katja Hoyer (FDP)

8) Frederike Stolle (für die Die Linke.)

II. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Die AfD-Fraktion kündigt an, das Verfahren rechtlich prüfen zu lassen. Sitzungsunterbrechung von 16:11 bis 16:14 Uhr.

Die Ratsgruppen ziehen für diesen TOP und für alle weiteren ihre eingebrachten Vorschläge zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bin bei Tagesordnungspunkt

2.3.5 Regionalverkehr Köln GmbH(RVK): Entsendung in den Aufsichtsrat 1930/2020

Hier gibt es nur einen Wahlvorschlag. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so gewählt.

Die Vorlage. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

I. Abstimmung über den gemeinsamen Wahlvorschlag Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet Bürgermeister Andreas Wolter

als Mitglied in den Aufsichtsrat der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Abstimmung über die gesamte Vorlage Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet Bürgermeister Andreas Wolter

als Mitglied in den Aufsichtsrat der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK).

II. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu

2.3.6 KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH: Entsendung in den Aufsichtsrat 1601/2020

Hier sind 13 Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Die Vorschläge werden Ihnen angezeigt. Ich würde gerne so abstimmen lassen.

Vorschlag 1 der Grünen. - Das sind die Grünen komplett.

Vorschlag 2 der SPD-Fraktion. - Das ist die SPD-Fraktion komplett.

Vorschlag 3 der CDU-Fraktion. - Das ist die CDU-Fraktion komplett.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Das ist DIE LINKE.

Vorschlag 5 FDP. - Das ist die FDP plus Herr Wortmann.

Vorschlag 6 Volt. - Das ist Volt.

Vorschlag 7 AfD. - Das ist die AfD-Fraktion.

Vorschlag 8 ist zurückgezogen. - Nein, in dem Punkt nicht.

(Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Der nicht!)

- Der nicht. Dann stimmen für den Vorschlag - -

(Zuruf)

- Nein, wir haben es doch jetzt klar. Die Ratsgruppen stimmen für den Vorschlag ihrer Ratsgruppenliste, so wie es eben beschlossen war. Es sind 6 Stimmen.

So, jetzt müssen wir eben rechnen. - Dann ist das Ergebnis, dass Vorschlag 1, 2, 3, 4, 5 und 8 gewählt sind.

Ich lasse über die Vorlage als Ganzes abstimmen. Hier wird Herr Beigeordneter Greitemann entsendet. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage:

Für die vorliegenden Wahlvorschläge 1 – 5 und 8 werden folgende Stimmen abgegeben. Auf die Vorschläge 6 und 7 entfallen keine Sitze:

TOP 2.3.6 **KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH: Entsendung in den Aufsichtsrat** Stadt Köln

KölnBusiness - Aufsichtsrat (13)

Vorschlag **1 – Grüne** Stimmen: **25**	Vorschlag **2 – SPD** Stimmen: **18**	Vorschlag **3 - CDU** Stimmen: **19**	Vorschlag **4 - Linke** Stimmen: **6**	Vorschlag **5 - FDP** Stimmen: **6**
1. BM Brigitta von Bülow	**1. Jörg van Geffen**	**1. Dirk Michel**	**1. Bernd Petri**	**1. Volker Görzel**
2. Derya Karadag	**2. Lisa Steinmann**	**2. Nicolai Lucks**		
3. Mario Michalak	**3. Sebastian Bucher**	**3. Claudia Heithorst**		
4. Sandra Schneeloch				

~~Vorschlag **6 - Volt** Stimmen: **4**~~	~~Vorschlag **7 - AfD** Stimmen: **3**~~	Vorschlag 8 - **Ratsgruppen** Stimmen: **6**	Vorschlag 9 - Stimmen:	Vorschlag 10 - Stimmen:
~~**1. Olivier Fuchs**~~	~~**1. Christer Cremer**~~	**1. Simon von Danwitz**	1.	1.

II. Abstimmung über die Vorlage Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet in den Aufsichtsrat der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH:

1) Beigeordneter Markus Greitemann

(Oberbürgermeisterin oder von ihr vorgeschlagene(r) Bedienstete(r) der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO)

2) BM Brigitta von Bülow (Grüne)

3) Derya Karadag (Grüne)

4) Mario Michalak (Grüne)

5) Sandra Schneeloch (Grüne)

6) Jörg van Geffen (für die SPD)

7) Lisa Steinmann (SPD)

8) Sebastian Bucher (für die SPD)

9) Dirk Michel (CDU)

10) Nicolai Lucks (für die CDU)

11) Claudia Heithorst (CDU)

12) Bernd Petri (für Die Linke.)

13) Volker Görzel (FDP)

14) Simon von Danwitz (für die Ratsgruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT)

II. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin bzw. der/ dem von ihr vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zum Tagesordnungspunkt

2.3.7 Flughafen Köln/Bonn GmbH
hier: Vorschläge für die Wahl in den Aufsichtsrat
1580/2020

Herr Zimmermann!

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Wir ziehen unseren Vorschlag zurück.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: So, dann liegen mir drei Vorschläge vor.

(Zurufe: Zwei!)

- Dann liegen mir zwei Vorschläge vor. - Jetzt ist es wieder weg.

Soll das eine gemeinsame Liste sein? - Dann lasse ich jetzt über diese Vorschläge abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Enthaltungen der FDP-Fraktion, von Volt, Herrn Wortmann und der AfD-Fraktion und der LINKEN und der PARTEI.

Man muss es noch einmal in Ruhe zählen. - Die beiden sind gewählt.

Ich lasse über die Vorlage abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

I. Abstimmung über den gemeinsamen Wahlvorschlag Beschluss:

I. Der Rat schlägt der Gesellschafterversammlung der Flughafen Köln/Bonn GmbH zur Wahl in den Aufsichtsrat vor:

1) Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert

(Oberbürgermeisterin oder von ihr vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW)

2) Arndt Klocke (für die Grünen)

3) Dr. Gerrit Krupp (SPD)

Er beauftragt die städtische Vertreterin bzw. den städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Flughafen Köln/Bonn GmbH entsprechend zu votieren.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Abstimmung über die gesamte Vorlage

I. Der Rat schlägt der Gesellschafterversammlung der Flughafen Köln/Bonn GmbH zur Wahl in den Aufsichtsrat vor:

1) Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert

(Oberbürgermeisterin oder von ihr vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW)

2) Arndt Klocke (für die Grünen)

3) Dr. Gerrit Krupp (SPD)

Er beauftragt die städtische Vertreterin bzw. den städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Flughafen Köln/Bonn GmbH entsprechend zu votieren.

II. Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Gesellschafterversammlung aufgrund der Vorschläge des Rates neue Aufsichtsratsmitglieder bestellen kann. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit. Bei der Oberbürgermeisterin bzw. der/dem von ihr vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien der Flughafen Köln/Bonn GmbH an, den Public Corporate Governance Kodex für die Flughafen Köln/Bonn GmbH zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
RM Zimmermann zieht vor der Wahl den Vorschlag 4 der Ratsgruppen zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt auf Tagesordnungspunkt

2.3.8 Kölner Sportstätten GmbH: Entsendung in den Aufsichtsrat
1663/2020

Hier sind elf Mitglieder in den Aufsichtsrat zu wählen. Ihnen liegen die Wahlvorschläge vor.

Kann ich darüber abstimmen lassen? - Dann beginne ich mit dem Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen. - Das sind die Grünen komplett.

Der Vorschlag der SPD-Fraktion. - Minus 3.

Der Vorschlag der CDU-Fraktion. - Minus 2.

Der Vorschlag der LINKEN. - Wer macht bei den LINKEN mit?

(Heiterkeit)

- So ist es ja heute hier.

(Beifall)

Plus 1.

Der Vorschlag der FDP-Fraktion. - Plus 1 und Herr Wortmann. Ja, Herrn Wortmann habe ich schon.

Vorschlag 6 von Volt. - Das sind Volt plus drei.

Vorschlag 7 AfD-Fraktion. - AfD-Fraktion.

Vorschlag 8. - Das sind die Ratsgruppen.

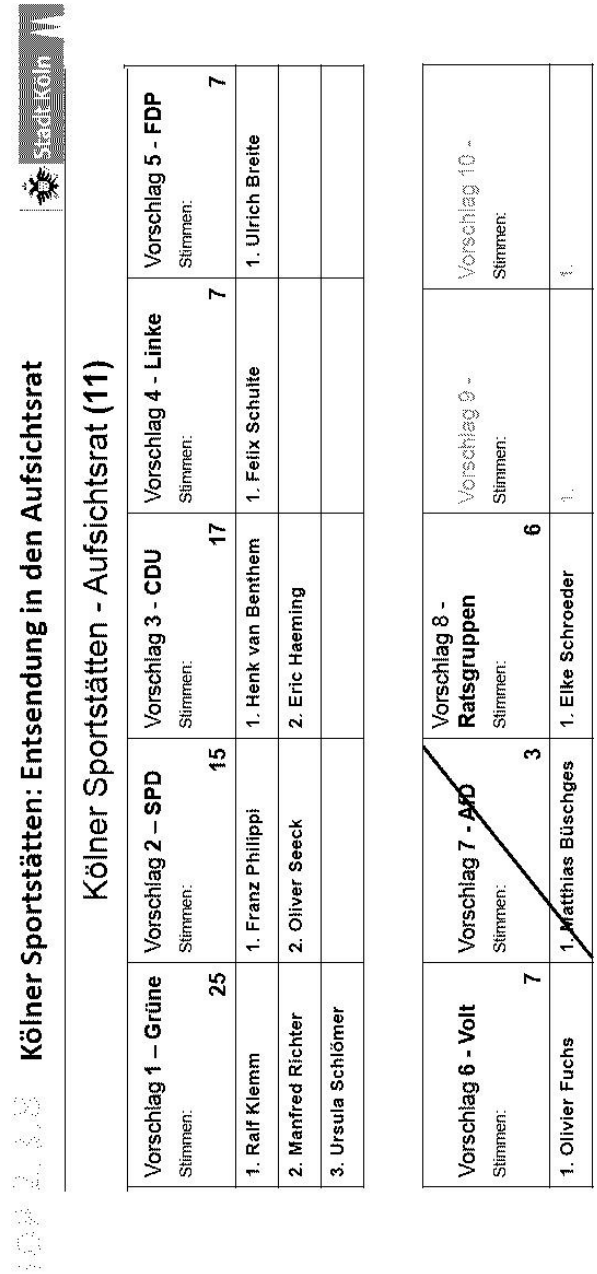
Hier entfällt die Liste 7 der AfD-Fraktion.

Ich würde gerne über die Vorlage in Gänze abstimmen lassen. Gibt es dazu Gegenstimmen? -

Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage:

Für die vorliegenden Wahlvorschläge 1 – 6 werden folgende Stimmen abgegeben. Auf Vorschlag 7 entfällt kein Sitz:



Kölner Sportstätten: Entsendung in den Aufsichtsrat

Kölner Sportstätten - Aufsichtsrat (11)

Vorschlag 1 – Grüne Stimmen: 25	Vorschlag 2 – SPD Stimmen: 15	Vorschlag 3 - CDU Stimmen: 17	Vorschlag 4 - Linke Stimmen: 7	Vorschlag 5 - FDP Stimmen: 7
1. Ralf Klemm	1. Franz Philippi	1. Henk van Benthem	1. Felix Schulte	1. Ulrich Breite
2. Manfred Richter	2. Oliver Seeck	2. Eric Haeming		
3. Ursula Schlömer				

Vorschlag 6 - Volt Stimmen: 7	~~Vorschlag 7 - AfD Stimmen: 3~~	Vorschlag 8 - Ratsgruppen Stimmen: 6	Vorschlag 9 - Stimmen:	Vorschlag 10 - Stimmen:
1. Olivier Fuchs	~~1. Matthias Büschges~~	1. Elke Schroeder	1.	1.

II. Abstimmung über die Vorlage Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet in den Aufsichtsrat der Kölner Sportstätten GmbH:

1) William Wolfgramm, Amtsleiter im Amt der Oberbürgermeisterin

(Oberbürgermeisterin bzw. Oberbürgermeister oder von ihr/ihm vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW)

2) Ralf Klemm (Grüne)

3) Manfred Richter (Grüne)

4) Ursula Schlömer (Grüne)

5) Franz Philippi (SPD)

6) Oliver Seeck (SPD)

7) Henk van Benthem (CDU)

8) Eric Haeming (für die CDU)

9) Felix Schulte (für Die Linke.)

10) Ulrich Breite (FDP)

11) Olivier Fuchs (für Volt)

12) Elke Schröder (für die Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln)

II. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren!

2.3.9 KölnMusik Betriebs- und Servicegesellschaft mbH/AchtBrücken GmbH hier: Entsendung in die Aufsichtsräte 1675/2020

Herr Zimmermann!

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Wir ziehen unseren Vorschlag zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse jetzt über die Vorschläge abstimmen.

Grüne. - Komplett die Stimmen der Grünen.

Vorschlag 2 SPD-Fraktion. - Minus 1.

Vorschlag 3 CDU-Fraktion. - Komplett.

Vorschlag LINKE. - Plus 1.

Alle vier sind gewählt. - Enthaltungen? - Von der PARTEI und der FDP, Herrn Wortmann, Volt und der AfD. Trotzdem gewählt.

Ich lasse über die Vorlage in Gänze abstimmen. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage:

Für die vorliegenden Wahlvorschläge 1 – 4 werden folgende Stimmen abgegeben:

TOP 2,3,9 **KölnMusik/AchtBrücken GmbH: Entsendung in den Aufsichtsrat** Stadt Köln

KölnMusik/AchtBrücken- Aufsichtsrat **(4)**

Vorschlag **1 – Grüne** Stimmen: **25**	Vorschlag **2 – SPD** Stimmen: **17**	Vorschlag **3 - CDU** Stimmen: **19**	Vorschlag **4 - Linke** Stimmen: **7**
1. BM Brigitta von Bülow	**1. Hans-Georg Bögner**	**1. BM Dr. Ralph Elster**	**1. Knut Scholz**

Vorschlag 5 – FDP Stimmen:	Vorschlag 6 - Volt Stimmen:	Vorschlag 7 - AfD Stimmen:	Vorschlag 8 - Ratsgruppen Stimmen:
1.	1.	1.	1.

II. Abstimmung über die Vorlage Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet in die Aufsichtsräte der KölnMusik Betriebs- und Servicegesellschaft mbH und der AchtBrücken GmbH:

1) Oberbürgermeisterin Henriette Reker

(Oberbürgermeisterin bzw. Oberbürgermeister oder von ihr/ihm vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW)

2) Bürgermeisterin Brigitta von Bülow (Grüne)

3) Hans-Georg Bögner (für die SPD)

4) Bürgermeister Dr. Ralph Elster (CDU)

5) Knut Scholz (für Die Linke.)

II. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates.

Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
RM Zimmermann zieht vor der Wahl den Vorschlag 8 der Ratsgruppen zurück.

2.3.10 Akademie der Künste der Welt/Köln gGmbH
hier: Entsendung in den Aufsichtsrat
1960/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Hier sind sieben Mitglieder zu wählen.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Hier würden wir auch unseren Vorschlag zurückziehen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Vielen Dank. Dann kann ich über die anderen Vorschläge abstimmen lassen.

Vorschlag 8 entfällt.

Vorschlag 1 Die Grünen. - Das sind die Stimmen der Grünen minus 1.

Vorschlag der SPD-Fraktion. - Die komplette SPD-Fraktion.

Vorschlag der CDU-Fraktion. - Die komplette CDU-Fraktion plus - - Nein, was machen Sie jetzt gerade?

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Zwei Stimmen der Ratsgruppe GUT für die SPD vorhin haben Sie übersehen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay, das ist ja nicht schlimm. Sie haben sich ja noch rechtzeitig gemeldet.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Und zwei Stimmen der KLIMA FREUNDE bitte, falls Sie das nicht gesehen haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay.

So, dann sind wir beim Vorschlag 3 der CDU. - Sie haben sich eben schon geäußert. Vollständige CDU.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Das ist DIE LINKE plus 1.

Die Ratsgruppen haben zurückgezogen. Also haben wir jetzt vier Wahlvorschläge und damit sind alle gewählt.

Gibt es Enthaltungen? Die kann es ja nicht mehr geben. - Doch die AfD. Doch, kann es noch geben, jede Menge sogar. Wie kommen die denn jetzt zustande? - Eben nicht mit aufgezeigt.

(Zuruf)

- Doch, doch, ich habe abgestimmt. Wer hat jetzt gerade behauptet, ich hätte nicht abgestimmt? - Zurückgezogen.

Also AfD, Volt, FDP, Herr Wortmann haben sich enthalten. Okay.

Ich lasse dann über die Vorlage abstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage:

Für die vorliegenden Wahlvorschläge 1 – 4 werden folgende Stimmen abgegeben:

TOP 2.3.10 **Akademie der Künste der Welt: Entsendung in den Aufsichtsrat** Stadt Köln

Akademie der Künste der Welt – Aufsichtsrat (7)

Vorschlag 1 – Grüne Stimmen: 24	Vorschlag 2 – SPD Stimmen: 22	Vorschlag 3 - CDU Stimmen: 19	Vorschlag 4 - Linke Stimmen: 7
1. BM Brigitta von Bülow	1. Maria Helmis	1. Thomas Welter	1. Jörg Kobel
2. Bärbel Hölzing	2. Dr. Eva Bürgermeister	2. BM Dr. Ralph Elster	

Vorschlag 5 – FDP Stimmen:	Vorschlag 6 - Volt Stimmen:	Vorschlag 7 - AfD Stimmen:	Vorschlag 8 - Ratsgruppen Stimmen:
1.	1.	1.	1.

II. Abstimmung über die Vorlage Beschluss:

I. Der Rat entsendet in den Aufsichtsrat der Akademie der Künste der Welt/Köln, gGmbH:

1) <u>Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach</u>

(Oberbürgermeisterin bzw. Oberbürgermeister oder von ihr/ihm vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW)

2) Bürgermeisterin Brigitta von Bülow (Grüne)

3) Bärbel Hölzing (Grüne)

4) Maria Helmis (SPD)

5) Dr. Eva Bürgermeister (für die SPD)

6) Thomas Welter (CDU)

7) Bürgermeister Dr. Ralph Elster

8) Jörg Knobel (für Die Linke.)

II. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
RM Syndicus zieht vor der Wahl den Vorschlag 8 der Ratsgruppen zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich bin bei

2.3.11 Jugendzentrum Köln gGmbH (JugZ): Entsendung in den Aufsichtsrat 1998/2020

Da sind acht Mitglieder in den Aufsichtsrat zu wählen. Vorschlag 8 der Ratsgruppen ist zurückgezogen?

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ja, wir ziehen unseren Vorschlag zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön. - Alle anderen kann ich jetzt so abstimmen lassen.

Vorschlag 1 Die Grünen. - Das sind die kompletten Grünen.

Vorschlag 2 SPD Fraktion. - Minus 1

Vorschlag 3 CDU-Fraktion. - Minus 1.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Plus 1.

Vorschlag 5 FDP. - Das sind die FDP und Herr Wortmann. Möchte noch jemand mitstimmen? - Ja. Plus eine Stimme.

So, dann zählen wir mal eben durch. - Enthaltungen? Die zählen ja nicht mit, aber trotzdem der guten Ordnung halber. - Es enthalten sich AfD und Volt. Trotzdem sind alle acht Wahlvorschläge positiv beschieden, das heißt gewählt. Vielen Dank.

Auch hier lasse ich noch einmal über die Vorlage in Gänze abstimmen. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen. - Keine. Es ist so gewählt.

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage:

Für die vorliegenden Wahlvorschläge 1 – 5 werden folgende Stimmen abgegeben:

TOP 2.3.11 Jugendzentren Köln gGmbH (JugZ): Entsendung in den Aufsichtsrat

Stadt Köln

JugZ – Aufsichtsrat (8)

Vorschlag 1 – Grüne	Vorschlag 2 – SPD	Vorschlag 3 - CDU	Vorschlag 4 - Linke
Stimmen: 25	Stimmen: 17	Stimmen: 18	Stimmen: 7
1. Ulrike Kessing	1. BM Dr. Ralf Heinen	1. Dr. Helge Schlieben	1. Hanna Parnow
2. Floris Rudolph	2. Iris Frerich	2. Roman Friedrich	

Vorschlag 5 – FDP	Vorschlag 6 - Volt	Vorschlag 7 - AfD	Vorschlag 8 - Ratsgruppen
Stimmen: 7	Stimmen:	Stimmen:	Stimmen:
1. Chantal Schaller	1.	1.	1.

II. Abstimmung über die Vorlage Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet in den Aufsichtsrat der Jugendzentren Köln gGmbH:

1) Beigeordneter Robert Voigtsberger

(Oberbürgermeisterin bzw. Oberbürgermeister oder von ihr/ihm vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW)

2) Ulrike Kessing (Grüne)

3) Floris Rudolph (Grüne)

4) Bürgermeister Dr. Ralf Heinen (SPD)

5) Iris Frerich (für die SPD)

6) Dr. Helge Schlieben (CDU)

7) Roman Friedrich (für die CDU)

8) Hanna Parnow (für Die Linke.)

9) Chantal Schaller (für die FDP)

II. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
RM Syndicus zieht den Vorschlag 8 der Ratsgruppen vor der Wahl zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

2.3.12 AG Zoologischer Garten Köln: Vorschläge für die Wahl in den Aufsichtsrat 2006/2020

Die Ratsgruppen ziehen ihren Vorschlag zurück? - Gut.

Wir haben 5 Aufsichtsratsmitglieder zu wählen. Dann könnte man das vielleicht sogar als gemeinsame Liste wählen. Aber ich mache es lieber einzeln.

Vorschlag 1 Die Grünen. - Alle Grünen.

Vorschlag 2 SPD. - Komplett die SPD.

Vorschlag 3 CDU. - Die komplette CDU.

Vorschlag 4 DIE LINKE. Das sind die LINKEN plus 1. Ja, schön. Hauptsache es funktioniert.

Enthaltungen? - Es enthält sich ein Teil, der größere Teil der FDP-Fraktion, Herr Wortmann, Volt und AfD.

Dann sind die gewählt.

Ich lasse abstimmen über die Vorlage. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so abgestimmt.

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage:

Für die vorliegenden Wahlvorschläge 1 – 4 werden folgende Stimmen abgegeben:

TOP 2.3.1.2 AG Zoologischer Garten: Vorschläge für die Wahl in den Aufsichtsrat

Stadt Köln

AG Zoologischer Garten – Aufsichtsrat (5)

Vorschlag 1 – Grüne Stimmen: 25	Vorschlag 2 – SPD Stimmen: 18	Vorschlag 3 - CDU Stimmen: 19	Vorschlag 4 - Linke Stimmen: 7
1. Dr. Ralf Unna	1. Erika Oedingen	1. Anne Henk-Hollstein	1. Andrea Schröder
2. Robert Schallehn			

Vorschlag 5 – FDP Stimmen:	Vorschlag 6 - Volt Stimmen:	Vorschlag 7 - AfD Stimmen:	Vorschlag 8 - Ratsgruppen Stimmen:
1.	1.	1.	1.

II. Abstimmung über die Vorlage Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln schlägt der Hauptversammlung (HV) der Aktiengesellschaft Zoologischer Garten Köln zur Wahl in den Aufsichtsrat vor:

1) Dr. Joachim Bauer, stellvertretender Amtsleiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen

(Oberbürgermeisterin bzw. Oberbürgermeister oder von ihr/ihm vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW).)

2) Dr. Ralf Unna (Grüne)

3) Robert Schallehn (Grüne)

4) Erika Oedingen (SPD)

5) Anne Henk-Hollstein (CDU)

6) Andrea Schröder (für die FDP)

Er beauftragt die städtische Vertreterin bzw. den städtischen Vertreter in der Hauptversammlung der AG Zoologischer Garten Köln, entsprechend zu votieren.

II. Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt nach der Neuwahl, zu dem die Hauptversammlung aufgrund der Vorschläge des Rates neue Aufsichtsratsmitglieder bestellen kann. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
RM Syndicus zieht Vorschlag 8 der Ratsgruppen vor der Wahl zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Und ich rufe auf Tagesordnungspunkt

2.3.13 GWG Wohnungsgesellschaft mbH Rhein-Erft (GWG): Entsendung in den Aufsichtsrat
1963/2020

Hier ist ein Aufsichtsratsmitglied zu entsenden. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Doch Enthaltungen von der AfD. Dann ist es so beschlossen.

(Zurufe)

- Zur Vorlage ist ja nicht abzustimmen. Es wird eine Person entsendet.

Über die Vorlage als Ganzes lasse ich abstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Gegenstimmen. - Keine. Dann ist so abgestimmt.

I. Beschluss über den gemeinsamen Wahlvorschlag:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet in den Aufsichtsrat der GWG Wohnungsgesellschaft mbH Rhein-Erft (GWG)

Hans Schwanitz (Grüne)

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

II. Abstimmung über die gesamte Vorlage:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet in den Aufsichtsrat der GWG Wohnungsgesellschaft mbH Rhein-Erft (GWG)

Hans Schwanitz (Grüne)

II. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Dies ist die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

2.3.14 GAG Immobilien AG- Entsendung in den Aufsichtsrat - Vorschläge für die Wahl in den Aufsichtsrat
1962/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Erster Beschlusspunkt. Hier liegen Ihnen die Vorschläge vor. Ich lasse jetzt darüber abstimmen.

(Zuruf)

Eine Liste. Gut, eine Liste. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Doch? Na, was ist das? Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Enthaltungen der FDP, von Herrn Wortmann und der AfD.

(Zurufe: Und der LINKEN! - Und der PARTEI!)

- Und der LINKEN und der PARTEI. - Über die Vorlage lasse ich dann zum Schluss komplett abstimmen.

Ich muss jetzt abstimmen lassen über Beschlusspunkt 3. Das ist der Vorschlag an die Hauptversammlung. Da haben wir sieben Stimmen.

Und die Ratsgruppen ziehen zurück?

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ja, wir ziehen zurück. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke. - Dann lasse ich jetzt abstimmen über den

Vorschlag der Grünen. - Das sind die Grünen minus 1.

Über den Vorschlag der SPD-Fraktion. - Das ist die komplette SPD-Fraktion.

Über den Vorschlag der CDU-Fraktion. - Das ist die komplette CDU-Fraktion.

Über den Vorschlag der LINKEN. - Das sind die LINKEN plus 1.

Der Vorschlag der Ratsgruppen ist entfallen.

Dann sind alle gewählt. - Enthaltungen? - AfD-Fraktion, FDP-Fraktion, Herr Wortmann und Volt.

Dann lasse ich jetzt über die gesamte Vorlage abstimmen. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

I. Beschluss über den gemeinsamen Wahlvorschlag zu Ziffer I

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet in den Aufsichtsrat der GAG Immobilien AG als Vertreter/innen des Inhabers der Aktien Buchstabe B:

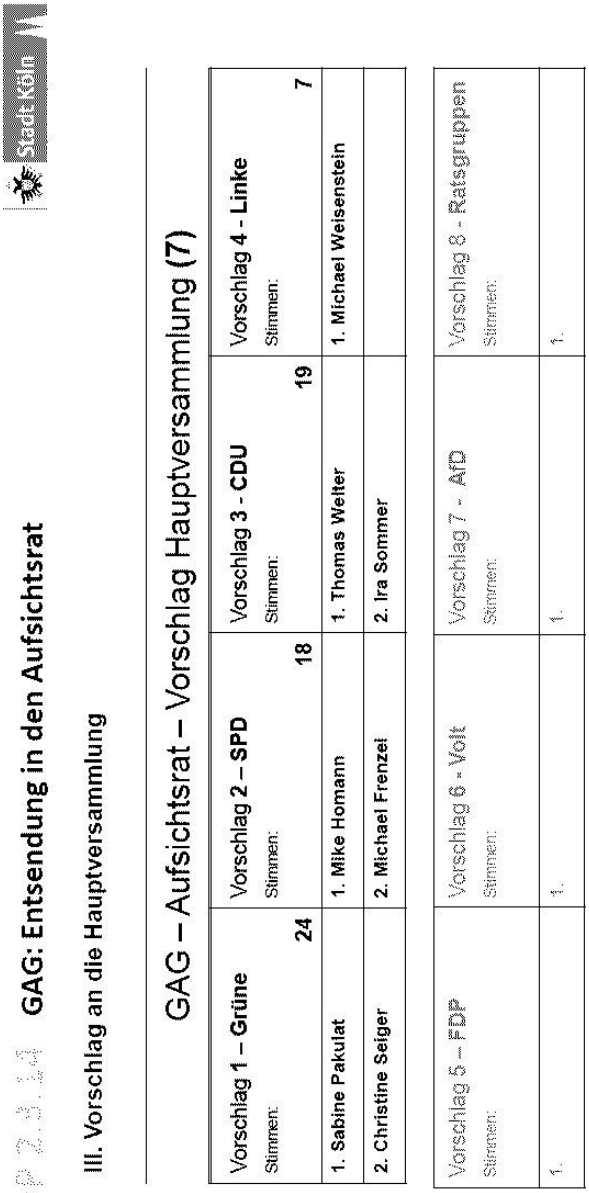
1. Marion Heuser (Grüne)

2. Niklas Kienitz (CDU)

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die Linke., FDP, AfD, der Gruppe Die PARTEI und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

II. Wahl zu Ziffer III der Beschlussvorlage:

Für die vorliegenden Wahlvorschläge 1 – 4 werden folgende Stimmen abgegeben:



TOP 2.3.14 **GAG: Entsendung in den Aufsichtsrat**

III. Vorschlag an die Hauptversammlung

GAG – Aufsichtsrat – Vorschlag Hauptversammlung (7)

Vorschlag **1 – Grüne** Stimmen: **24**	Vorschlag **2 – SPD** Stimmen: **18**	Vorschlag **3 - CDU** Stimmen: **19**	Vorschlag **4 - Linke** Stimmen: **7**
1. Sabine Pakulat	**1. Mike Homann**	**1. Thomas Welter**	**1. Michael Weisenstein**
2. Christine Seiger	**2. Michael Frenzel**	**2. Ira Sommer**	

Vorschlag 5 – FDP Stimmen:	Vorschlag 6 - Volt Stimmen:	Vorschlag 7 - AfD Stimmen:	Vorschlag 8 - Ratsgruppen Stimmen:
1.	1.	1.	1.

III. Beschluss über die gesamte Vorlage:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet in den Aufsichtsrat der GAG Immobilien AG als Vertreter/innen des Inhabers der Aktien Buchstabe B:

Beigeordneter Markus Greitemann

Oberbürgermeisterin bzw. Oberbürgermeister oder von ihr/ihm vorgeschlagene Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW)

1. Marion Heuser (Grüne)

2. Niklas Kienitz (CDU)

II. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums gewählt werden. Sofern die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder im Entsendungszeitraum gemäß § 11 Abs. 2 der Satzung der GAG durch Zeitablauf endet, werden die Aufsichtsratsmitglieder für die restliche Dauer des Entsendungszeitraumes erneut entsandt. Die Entsendung endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln. Bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat schlägt der nächsten Hauptversammlung vor, in den Aufsichtsrat zu wählen:

1. Sabine Pakulat (Grüne)

2. Christine Seiger (Grüne)

3. Mike Homann (SPD)

4. Michael Frenzel (SPD)

5. Thomas Welter (CDU)

6. Ira Sommer (CDU)

7. Michael Weisenstein (Die Linke.)

Er beauftragt seine Vertreter/innen in der Hauptversammlung, entsprechend zu votieren.

IV. Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt nach der Neuwahl, zu dem die Hauptversammlung aufgrund der Vorschläge des Rates neue Aufsichtsratsmitglieder bestellt. Sofern die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder im Entsendungszeitraum gemäß § 11 Abs. 2 der Satzung der GAG durch Zeitablauf endet, werden die Aufsichtsratsmitglieder für die restliche Dauer des Entsendungszeitraumes erneut entsandt. Die Entsendung endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Dies ist die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

V. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
RM Syndicus zieht für die Ratsgruppen den Vorschlag 8 zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt

2.3.15 GIZ Gründer- und Innovationszentrum GmbH im TechnologiePark Köln i.L.: Entsendung in den Aufsichtsrat 1673/2020

Hier wird ein Mitglied in den Aufsichtsrat entsandt mit einer Vertretung. Gibt es Gegenstimmen gegen den Vorschlag 1? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Es enthalten sich die AfD-Fraktion und die FDP-Fraktion komplett und Herr Wortmann.

Dann lasse ich jetzt über die Vorlage abstimmen. Gibt es da Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

I. Beschluss über den gemeinsamen Wahlvorschlag:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet in den Aufsichtsrat der GIZ Gründer- und Innovationszentrum GmbH im TechnologiePark Köln i.L. und bestimmt für den Verhinderungsfall folgende Stellvertretungen:

Vertreterinnen/Vertreter:

Stellvertretungen:

1) Michael Josipovic Brigitte Scholz,

Leiter der Stabsstelle für

Amtsleiterin des Amtes für

Wirtschaftsförderung

Stadtentwicklung und Statistik

(Oberbürgermeister/in bzw. von ihr/ihm vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW)

2) Sandra Schneeloch (Grüne) Derya Karadag (Grüne)

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und AfD sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

II. Abstimmung über die gesamte Vorlage

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet in den Aufsichtsrat der GIZ Gründer- und Innovationszentrum GmbH im TechnologiePark Köln i.L. und bestimmt für den Verhinderungsfall folgende Stellvertretungen:

Vertreterinnen/Vertreter:

Stellvertretungen:

1) Michael Josipovic Brigitte Scholz,

Leiter der Stabsstelle für

Amtsleiterin des Amtes für

Wirtschaftsförderung

Stadtentwicklung und Statistik

(Oberbürgermeister/in bzw. von ihr/ihm vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW)

2) Sandra Schneeloch (Grüne) Derya Karadag (Grüne)

II. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln im Aufsichtsrat des GIZ an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten sowie auf die Verankerung eigenständiger Compliance Standards hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

2.3.16 moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaus und der Gemeindeentwicklung mbH hier: Entsendung in den Aufsichtsrat 1868/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Wir ziehen wieder zurück. Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir haben 6 Mitglieder zu entsenden. Das könnte man als gemeinsame Liste werten. Aber ich kann es auch gerne einzeln abstimmen lassen. Das ist mir auch immer lieber.

Vorschlag 1 Die Grünen. - Komplett.

Vorschlag 2 SPD-Fraktion. - Komplett.

(Zuruf: Minus 1!)

- Minus 1.

Vorschlag 3 CDU-Fraktion. - Minus 1.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Plus 1.

Vorschlag 5. - Die FDP plus Herr Wortmann plus 1.

Vorschlag 8 entfällt. Dann sind alle gewählt.

Dann lasse ich jetzt über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage:

Für die vorliegenden Wahlvorschläge 1 – 5 werden folgende Stimmen abgegeben:

TOP 2.3.15 **moderne stadt – Entsendung in den Aufsichtsrat**

Stadt Köln 11

moderne stadt – Aufsichtsrat **(6)**

Vorschlag 1 – Grüne Stimmen: 25	Vorschlag 2 – SPD Stimmen: 17	Vorschlag 3 - CDU Stimmen: 18	Vorschlag 4 - Linke Stimmen: 7
1. Christiane Martin	1. Michael Frenzel	1. Niklas Kienitz	1. Alex Recht
2. Sabine Pakulat			

Vorschlag 5 – FDP Stimmen: 7	Vorschlag 6 - Volt Stimmen:	Vorschlag 7 - AfD Stimmen:	Vorschlag 8 - Ratsgruppen Stimmen:
1. Ralph Sterck	1.	1.	1.

II. Abstimmung über die Vorlage Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet in den Aufsichtsrat der moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaues und der Gemeindeentwicklung mbH

1) Brigitte Scholz, Amtsleiterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik

(Oberbürgermeister/in bzw. von ihr/ihm vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW)

2) Christiane Martin (Grüne)

3) Sabine Pakulat (Grüne)

4) Michael Frenzel (SPD)

5) Niklas Kienitz (CDU)

6) Axel Recht (für Die Linke.)

7) Ralph Sterck (FDP)

II. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
RM Syndicus zieht vor der Wahl den Vorschlag 8 der Ratsgruppen zurück.

2.3.17 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB): Entsendung in den Aufsichtsrat
1956/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin, das ist uns eben durchgegangen. Wir würden gern diesen Tagesordnungspunkt in die nächste Ratssitzung verschieben, vertagen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay.

Die Angelegenheit wurde auf Antrag von RM Kienitz zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann bin ich jetzt bei

2.3.18 KölnTourismus GmbH: Entsendung in den Aufsichtsrat
1954/2020

Hier haben wir 7 Mitglieder in den Aufsichtsrat zu wählen. - Bitte sehr.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Auch hier ziehen wir unseren Vorschlag zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke. - Dann haben wir vier Wahlvorschläge.

Ich lasse abstimmen über den Vorschlag 1 der Grünen. - Das sind die Grünen minus 1.

Vorschlag 2 der SPD. - Das ist die komplette SPD.

Vorschlag 3 der CDU. - Das ist die komplette CDU.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Das ist DIE LINKE plus 1.

Enthaltungen? - Der FDP-Fraktion und von Herrn Wortmann, Volt und AfD-Fraktion. Dann sind die gewählt.

Ich lasse über die Vorlage abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage:

TOP 7.3.18 **KölnTourismus – Entsendung in den Aufsichtsrat**

Stadt Köln

KölnTourismus – Aufsichtsrat (7)

Vorschlag 1 – **Grüne** Stimmen: **24**	Vorschlag 2 – **SPD** Stimmen: **18**	Vorschlag 3 - **CDU** Stimmen: **19**	Vorschlag 4 - **Linke** Stimmen: **7**
1. Max Derichsweiler	**1. Oliver Seeck**	**1. Monika Roß-Belkner**	**1. Markus Frank**
2. Bärbel Hölzing	**2. BM Dr. Ralf Heinen**	**2. Claudia Heithorst**	

Vorschlag 5 – **FDP** Stimmen:	Vorschlag 6 - **Volt** Stimmen:	Vorschlag 7 - **AfD** Stimmen:	Vorschlag 8 - **Ratsgruppen** Stimmen:
1.	1.	1.	1.

Für die vorliegenden Wahlvorschläge 1 – 4 werden folgende Stimmen abgegeben:

II. Abstimmung über die Vorlage Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet in den Aufsichtsrat der KölnTourismus GmbH:

1) Alexander Vogel, Amtsleiter des Amtes für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

(Oberbürgermeisterin bzw. Oberbürgermeister oder von ihr/ihm vorgeschlagene Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW).

2) Max Derichsweiler (Grüne)

3) Bärbel Hölzing (Grüne)

4) Oliver Seeck (SPD)

5) BM Dr. Ralf Heinen (SPD)

6) Monika Roß-Belkner (CDU)

7) Claudie Heithorst (CDU)

8) Markus Frank (für die Die Linke.)

II. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
RM Syndicus zieht den Vorschlag 8 für die Ratsgruppen vor der Wahl zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf die Vorlage

2.3.19 RheinCargo GmbH & Co. KG: Vorschläge für die Wahl in den Aufsichtsrat 1873/2020

Hier sind 5 Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. - Ja, Frau Gabrysch?

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Wir ziehen wiederum zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke.

Dann rufe ich die Vorschläge auf: Bündnis 90/Die Grünen. - Komplett.

SPD-Fraktion? - Komplett.

CDU-Fraktion. - Komplett.

DIE LINKE. - Plus 1.

Gibt es Enthaltungen? - Der überwiegende Teil der FDP-Fraktion, die AfD und Volt. Und was ist mit Herrn Wortmann? Enthalten Sie sich auch? - Ja, okay. Alle gewählt.

Ich lasse abstimmen über den Rest der Vorlage 2.3.19. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage:

Für die vorliegenden Wahlvorschläge 1 – 4 werden folgende Stimmen abgegeben:

TOP 2.3.15 **RheinCargo – Vorschläge für die Wahl in den Aufsichtsrat**

Stadt Köln

RheinCargo – Aufsichtsrat **(5)**

Vorschlag **1 – Grüne** Stimmen: **25**	Vorschlag **2 – SPD** Stimmen: **18**	Vorschlag **3 - CDU** Stimmen: **19**	Vorschlag **4 - Linke** Stimmen: **7**
1. Manfred Giesen	**1. Susana dos Santos**	**1. Dirk Michel**	**1. Peter Heumann**
2. Dr. David Lutz			

Vorschlag 5 – FDP Stimmen:	Vorschlag 6 - Volt Stimmen:	Vorschlag 7 - AfD Stimmen:	Vorschlag 8 - Ratsgruppen Stimmen:
1.	1.	1.	1.

II. Abstimmung über die Vorlage Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln schlägt der Häfen und Güterverkehr Köln AG vor, in den Aufsichtsrat der RheinCargo GmbH & Co. KG zu entsenden:

1. William Wolfgramm, Amtsleiter im Amt der Oberbürgermeisterin

(Oberbürgermeisterin bzw. Oberbürgermeister bzw. oder von ihr/ihm vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW)

2. Manfred Giesen (Grüne)

3. Dr. David Lutz (Grüne)

4. Susana dos Santos (für die SPD)

5. Dirk Michel (CDU)

6. Peter Heuman (für Die Linke.)

II. Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt nach der Neuwahl, zu dem die Häfen und Güterverkehr Köln AG aufgrund der Vorschläge des Rates neue Aufsichtsratsmitglieder entsenden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihr/ ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
RM Gabrysch zieht den Vorschlag 8 der Ratsgruppen vor der Wahl zurück.

2.3.20 Koelncongress GmbH
hier: Entsendung in den Aufsichtsrat 2024/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Acht Mitglieder sind in den Aufsichtsrat zu entsenden. - Was ist mit den Ratsgruppen?

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Wir ziehen wieder zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön. Auch danke dafür, dass Sie das jedes Mal auch sagen und uns damit eine genaue Arbeit ermöglichen.

(Beifall)

Die Vorschläge liegen Ihnen vor. Ich lasse abstimmen.

Vorschlag 1. - Das sind die Stimmen der Grünen komplett.

Vorschlag 2. - Die Stimmen der SPD Fraktion minus 1.

(Zuruf)

- Halt, Moment. Was war das? - Für die SPD-Fraktion plus 4, plus 6.

(Beifall)

Dann mache ich jetzt weiter mit der CDU-Fraktion. - Das sind die Stimmen der CDU-Fraktion minus 1.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - Das ist DIE LINKE plus 1.

Vorschlag 5 FDP. - Das sind die FDP, Herr Wortmann plus 1.

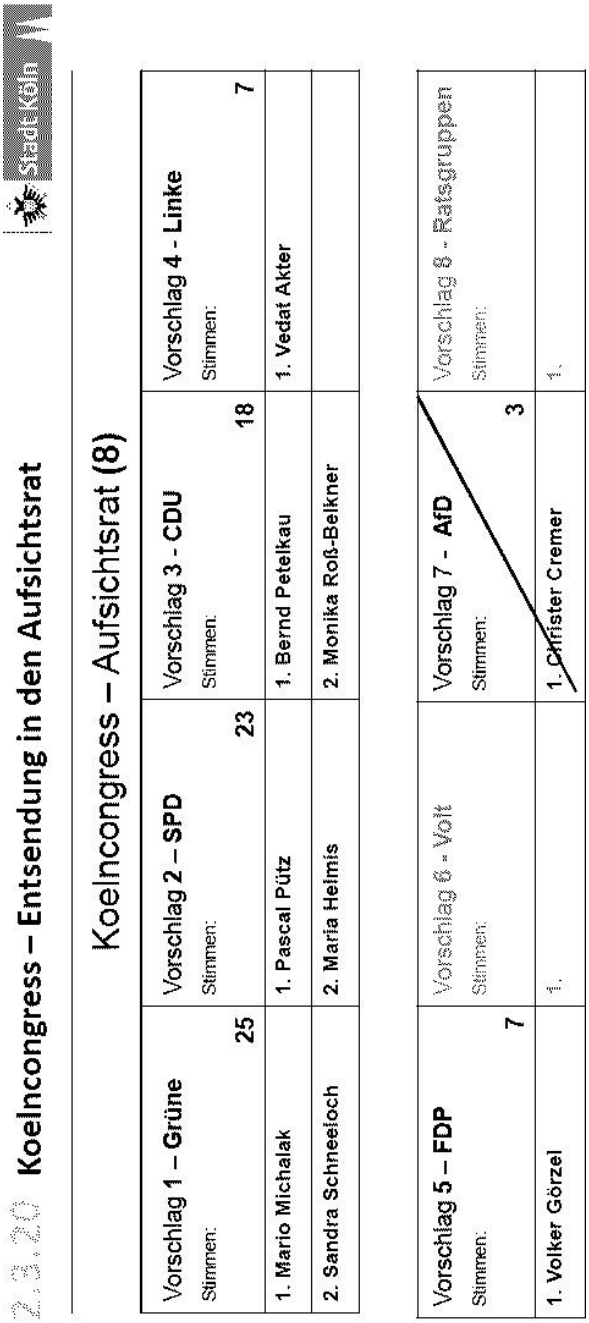
Vorschlag 7 AfD. - Das ist die AfD-Fraktion.

Dann sind mit Ausnahme des Vorschlags 7 alle gewählt.

Ich lasse über die Vorlage als Ganzes abstimmen. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage:

Für die vorliegenden Wahlvorschläge 1 – 5 werden folgende Stimmen abgegeben. Auf Vorschlag 7 entfällt kein Sitz:



II. Abstimmung über die Vorlage Beschluss:

I. Der Rat entsendet in den Aufsichtsrat der Koelncongress GmbH:

1) Dieter März, Fachreferent im Amt der Oberbürgermeisterin

(Oberbürgermeisterin bzw. Oberbürgermeister oder von ihr/ihm vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW)

2) Mario Michalak (Grüne)

3) Sandra Schneeloch (Grüne)

4) Pascal Pütz (für die SPD)

5) Maria Helmis (SPD)

6) Bernd Petelkau (CDU)

7) Maria Roß-Belkner (CDU)

8) Vedat Akter (für Die Linke.)

9) Volker Görzel (FDP)

II. Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihr/ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien der Koelncongress GmbH an, den Public Corporate Governance Kodex für die Koelnmesse GmbH zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
RM Syndicus zieht den Vorschlag 8 der Ratsgruppen vor der Wahl zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

2.4 Bestellung von Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter

2.4.1 KölnBäder GmbH: Bestellung einer Arbeitnehmervertreterin bzw. eines Arbeitnehmervertreters in den Aufsichtsrat
3041/2020

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet gemäß § 108a - Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten - GO NRW

Herrn Heiko Seifert

als Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat der KölnBäder GmbH.

II. Die Bestellung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Vertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Aufsichtsrat durch den Rat gewählt wird. Die Bestellung endet mit dem Wegfall der Beschäftigteneigenschaft.

III. Der Rat weist den von ihm bestellten Arbeitnehmervertreter an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann rufe ich auf den Tagesordnungspunkt

2.4.2 RheinEnergie AG
hier: Energieversorgung Leverkusen GmbH & Co. KG/Bestellung von

Arbeitnehmervertreterinnen/Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat
3073/2020

Ich lasse hier deswegen so verkürzt abstimmen - das wissen Sie -, weil es hier um Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter geht.

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat bestellt in den Aufsichtsrat der Energieversorgung Leverkusen GmbH & Co. KG folgende Beschäftigte gemäß § 108 a GO NRW i. V. m. § 10.1 des Gesellschaftsvertrages der Energieversorgung Leverkusen GmbH & Co. KG:

1. Herrn Frank Dick

2. Herrn Stefan Harnacke

3. Herrn Dirk Ostheller

4. Herrn Stefan Müller

5. Frau Manuela Spelthaen

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

2.4.3 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Bestellung von Arbeitnehmervertretern/Arbeitnehmervertreterinnen in den Aufsichtsrat
2972/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln bestellt gemäß § 9 des Gesellschaftsvertrages der Kliniken der Stadt Köln gGmbH nach Maßgabe der Bestimmungen des § 108a GO NRW – Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten – folgende Arbeitnehmervertreter/ Arbeitnehmervertreterinnen in den Aufsichtsrat der Kliniken der Stadt Köln gGmbH:

Herrn Hartmut Steffens Herrn Thomas Stiefelhagen Frau Beate Hane-Knoll Frau Heike Wolf

Die Bestellung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Vertretungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Aufsichtsrat durch den Rat benannt werden. Die Bestellung endet mit dem Wegfall der Beschäftigteneigenschaft, sofern diese gemäß § 108a Abs. 2 GO NRW für die Entsendung maßgeblich war.

II. Der Rat weist die von ihm bestellten Arbeitnehmervertreter/ Arbeitnehmervertreterinnen in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

2.4.4 Kölner Sportstätten GmbH: Bestellung eines Arbeitnehmervertreters in den Aufsichtsrat
3034/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet gemäß § 108a - Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten - GO NRW

Maximilian Arntz

als Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat der Kölner Sportstätten GmbH.

II. Die Bestellung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Vertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Aufsichtsrat durch den Rat gewählt wird. Die Bestellung endet mit dem Wegfall der Beschäftigteneigenschaft, sofern diese gemäß § 108a Abs. 2 GO NRW für die Entsendung

maßgeblich war.

III. Der Rat weist den von ihm bestellten Arbeitnehmervertreter an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

2.4.5 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB): Bestellung von Arbeitnehmervertreterinnen bzw. Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat
3238/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet gemäß § 108a - Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten - GO NRW

Frau Ursula Klawitter Herrn Alexander Ronkholz Herrn Jakob Schröder

als Arbeitnehmervertreterin bzw. Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat der Kölner Gesellschaft für Arbeits-und Berufsförderung mbH (KGAB).

II. Die Bestellung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Vertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Aufsichtsrat durch den Rat gewählt wird. Die Bestellung endet mit dem Wegfall der Beschäftigteneigenschaft.

III. Der Rat weist die von ihm bestellten Arbeitnehmervertreterinnen und Arbeitnehmervertreter an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf

2.4.6 KölnTourismus GmbH: Bestellung einer Arbeitnehmervertreterin bzw. eines Arbeitnehmervertreters in den Aufsichtsrat
3237/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet gemäß § 108a - Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten - GO NRW

Herrn Stefan Hoff

als Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat der KölnTourismus GmbH.

II. Die Bestellung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Vertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Aufsichtsrat durch den Rat gewählt wird.

Die Bestellung endet mit dem Wegfall der Beschäftigteneigenschaft.

III. Der Rat weist den von ihm bestellten Arbeitnehmervertreter an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

2.4.7 Jugendzentrum Köln gGmbH: Bestellung einer Arbeitnehmervertreterin bzw. eines Arbeitnehmervertreters in den Aufsichtsrat
3235/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet gemäß § 108a - Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten - GO NRW

Frau Carola Wewer

als Arbeitnehmervertreterin in den Aufsichtsrat der Jugendzentren Köln gGmbH.

II. Die Bestellung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Vertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Aufsichtsrat durch den Rat gewählt wird. Die Bestellung endet mit dem Wegfall der Beschäftigteneigenschaft.

III. Der Rat weist die von ihm bestellte Arbeitnehmervertreterin an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

2.4.8 KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH: Bestellung einer Arbeitnehmervertreterin bzw. eines Arbeitnehmervertreters in den Aufsichtsrat
3109/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet gemäß § 108a – Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten – GO NRW

Frau Züleyha Kurt

als Arbeitnehmervertreterin in den Aufsichtsrat der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH.

II. Die Bestellung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Vertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Aufsichtsrat durch den Rat gewählt wird. Die Bestellung endet mit dem Wegfall der Beschäftigteneigenschaft.

III. Der Rat weist die von ihm bestellte Arbeitnehmervertreterin an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

2.4.9 RheinEnergie AG
hier: Informationsverarbeitung Leverkusen GmbH/Bestellung von Arbeitnehmervertreterinnen bzw. Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat
3258/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat bestellt in den Aufsichtsrat der Informationsverarbeitung Leverkusen GmbH folgende Beschäftigte gem. § 108a GO NRW i. V. m. § 8.1 c) des Gesellschaftsvertrages der Informationsverarbeitung Leverkusen GmbH:

1. Herrn Uwe Stroh

2. Herrn Stefan Schwarz

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

2.4.10 RheinCargo GmbH & Co. KG: Bestellung von Arbeitnehmervertreterinnen bzw. Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat
3158/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Wortmeldungen? - Keine. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. §§

108a Abs. 8, Abs. 9 Nr. 3, 113 Abs. 1 Satz 3 GO NRW, die derzeit in den Aufsichtsrat der RheinCargo GmbH & Co. KG entsandten Arbeitnehmervertreter abzuberufen.

II. Der Rat der Stadt Köln bestellt gem. § 108a – Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten – GO NRW die folgenden Arbeitnehmervertreterinnen bzw. Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat der RheinCargo GmbH & Co. KG:

Frau Caroline Lehmann Herrn Fabian Sicking

Herrn Guido Trappen Herrn Armin Persicke Herrn Harald Löscher Herrn Klaus Starzer

III. Für den Fall des Ausscheidens einer bestellten Arbeitnehmervertreterin bzw. eines bestellten Arbeitnehmervertreters aus dem Aufsichtsrat der RheinCargo GmbH & Co. KG bestellt der Rat bereits jetzt gem. § 108a Abs. 8 GO NRW aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der anliegenden Vorschlagsliste die folgenden Arbeitnehmervertreterinnen bzw. Arbeitnehmervertreter als Nachfolgerin bzw. Nachfolger in der nachfolgenden Reihenfolge:

Herrn Christoph Schumacher Frau Christiana Richter

Herr Frederick Politzky Herrn Dirk Spalding Herrn Michael Auer Herrn Paul Diederichs Herrn Yilmaz Cetin Frau Petra Peheye Herrn Ralf Mingers Herrn Dirk Collin Herrn Jörg Müller

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

2.4.11 SBK Sozial-Betriebe-Köln gemeinnützige GmbH: Bestellung von Arbeitnehmervertreterinnen bzw. Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat 3116/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln bestellt gemäß § 9 des Gesellschaftsvertrages der SBK Sozial-Betriebe-Köln gemeinnützige mbH nach Maßgabe der Bestimmungen des § 108a GO NRW – Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten – folgende Arbeitnehmervertreter/ Arbeitnehmervertreterinnen in den Aufsichtsrat der SBK Sozial-Betriebe-Köln gemeinnützige mbH:

Herrn Andreas Greggersen Frau Marion Krohn

Herrn Klaus Keller Frau Hanne Cürten

II. Die Bestellung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Vertretungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Aufsichtsrat durch den Rat benannt werden. Die Bestellung endet mit dem Wegfall der Beschäftigteneigenschaft, sofern diese gemäß § 108a Abs. 2 GO NRW für die Entsendung maßgeblich war.

III. Der Rat weist die von ihm bestellten Arbeitnehmervertreter/ Arbeitnehmervertreterinnen in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann sind wir jetzt bei

2.5 Stiftungen

2.5.1 Besetzung des Kuratoriums der Gerda und Manfred Ulbrich-Stiftung 1115/2020

Da haben wir das Kuratorium mit zwei Mitgliedern zu besetzen. Hier könnte es vielleicht eine gemeinsam abzustimmende Liste geben.

(Zuruf: Ja!)

- Ja, es wird bestätigt.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen. - FDP und Herr Wortmann enthalten sich? - Ja, okay. Und Volt auch. Und sonst noch jemand? Und die

LINKEN. - Enthaltungen? - Keine mehr darüber hinaus. - Dann ist es so beschlossen.

Ich muss noch über die Vorlage als Ganzes abstimmen lassen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

I. Abstimmung über den gemeinsamen Wahlvorschlag unter Ziffer I Beschluss:

I. Zu Mitgliedern des Kuratoriums der Gerda und Manfred Ulbrich-Stiftung wählt der Rat aus seinen Reihen

1. Floris Rudolph (Grüne)

2. Michael Paetzold (SPD)

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die Linke, FDP und Volt sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

II. Abstimmung über die Vorlage Beschluss:

I. Zu Mitgliedern des Kuratoriums der Gerda und Manfred Ulbrich-Stiftung wählt der Rat aus seinen Reihen

1. Floris Rudolph (Grüne)

2. Michael Paetzold (SPD)

Die Wahl erfolgt für die Dauer der Wahlperiode des Rates, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat.

II. Der Rat weist die von ihm entsandten Vertreterinnen und Vertreter an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln bzw. die Leitgedanken des Public Corporate Governance Kodex zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bin jetzt bei

2.5.2 Bestellung einer Inspektorin/eines Inspektors der Stiftung Johann-Heinrich Claren
1116/2020

Hier geht es um einen Wahlvorschlag der Grünen. Den würde ich gerne mit der Vorlage gemeinsam abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

I. Aus seinen Reihen wählt der Rat Herrn/Frau Daniel Bauer-Dahm

zur Inspektorin/zum Inspektor der Stiftung Johann-Heinrich Claren.

Die Wahl erfolgt für die Dauer der Wahlperiode des Rates, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat.

II. Der Rat weist die von ihm entsandten Vertreterinnen und Vertreter an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln bzw. die Leitgedanken des Public Corporate Governance Kodex zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bin bei

2.5.3 Vertretung der Stadt Köln im Vorstand der Krankenhausstiftung Worringen
1117/2020

Auch hier gibt es nur einen Wahlvorschlag und ich lasse es gerne mit der Vorlage gemeinsam abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

I. Den Vorsitz im Vorstand der Krankenhausstiftung Worringen übernimmt Beigeordneter Markus Greitemann.

Der Rat wählt in den Vorstand der Krankenhausstiftung Worringen das Ratsmitglied Floris Rudolph

Diese Wahl erfolgt für drei Jahre, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat.

II. Der Rat weist die von ihm entsandten

Vertreterinnen und Vertreter an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln bzw. die Leitgedanken des Public Corporate Governance Kodex zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

2.5.4. Besetzung der Deputation der Guilleaume-Stiftung St. Antoniusheim 1118/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Hier haben wir acht - -

Michael Hock (Die PARTEI): Wortmeldung von der PARTEI. Wir ziehen den gemeinsamen Vorschlag zurück, Vorschlag 8.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vorschlag 8 ziehen Sie zurück. Okay.

Da wir acht Plätze zu vergeben haben, frage ich danach, ob wir den Vorschlag gemeinsam abstimmen lassen können.

(Zurufe: Ja!)

Dann lasse ich das gemeinsam mit der Vorlage abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Abstimmung über den gemeinsamen Wahlvorschlag

Beschluss:

I. Zu Mitgliedern der Deputation der Guilleaume-Stiftung St. Antoniusheim wählt der Rat aus seinen Reihen

1. Daniel Bauer-Dahm (Grüne)

2. Ulrike Kessing (Grüne)

3. Elfi-Scho Antwerpes (SPD)

4. Bürgermeister Dr. Ralf Heinen (SPD)

5. Martin Erkelenz (CDU)

6. Thomas Welter (CDU)

7. Ursula Röhrig (Die Linke.)

8. Katja Hoyer (FDP)

Die Wahl erfolgt für die Dauer der Wahlperiode des Rates, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat.

II. Der Rat weist die von ihm entsandten Vertreterinnen und Vertreter an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln bzw. die Leitgedanken des Public Corporate Governance Kodex zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
RM Hock zieht den Vorschlag 8 der Ratsgruppen vor der Wahl zurück.

2.5.5 Kunststiftung im Museum Ludwig Köln - Bestellung des Kuratoriums 2867/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Auch hier könnte man es so machen, dass gemeinsam mit der Vorlage abgestimmt wird. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Abstimmung über den gemeinsamen Wahlvorschlag Beschluss:

I. Der Rat entsendet in das Kuratorium der Kunststiftung im Museum Ludwig Köln

1. Herrn Mario Michalak (Grüne)

2. Frau Maria Helmis (SPD)

3. Herr Thomas Welter (CDU)

4. Herr Jörg Kobel (für Die Linke.)

5. Herr Lorenz Deutz (für die FDP)

6. Frau Jennifer Glashagen (Volt)

Die Wahl erfolgt für die Wahlzeit des Rates, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat der Stadt Köln. Sie verlängert sich bis zu der Ratssitzung nach

der Neuwahl, in der die Mitglieder des Kuratoriums gewählt werden.

II. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln bzw. die Leitgedanken des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

2.5.6 Besetzung des Kuratoriums der Stiftung Dr. Dormagen-Guffanti 1119/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Hier sind fünf Ratsmitglieder zu wählen.

Michael Hock (Die PARTEI): Auch hier Wortmeldung von der PARTEI. Wir ziehen zurück den gemeinsamen Vorschlag.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke.

Dann könnte man hierüber auch gemeinsam mit der Vorlage abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Abstimmung über den gemeinsamen Wahlvorschlag Beschluss:

I. Zu Mitgliedern des Kuratoriums der Stiftung Dr. Dormagen-Guffanti wählt der Rat aus seinen Reihen

1. Daniel Bauer-Dahm (Grüne)

2. Floris Rudolph (Grüne)

3. Erika Oedingen (SPD)

4. Martin Erkelenz (CDU)

5. Ursula Röhrig (Die Linke.)

Die Wahl erfolgt für die Dauer der Wahlperiode des Rates, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat.

II. Der Rat weist die von ihm entsandten Vertreterinnen und Vertreter an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln bzw. die Leitgedanken des Public Corporate Governance Kodex zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
RM Hock zieht Vorschlag 8 der Ratsgruppen vor der Wahl zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann sind wir bei

2.5.7 Wahl der Mitglieder zum Kuratorium der Krankenhausstiftung Porz am Rhein 3031/2020

Da haben wir fünf Mitglieder in das Kuratorium zu wählen. - Ist das eine Wortmeldung?

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Nein, aber wir ziehen unseren Vorschlag zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön. - Ist das eine Wortmeldung, Herr Michalak?

(Zuruf: Nein!)

- Nein, gut.

Dann haben wir fünf Mitglieder zu wählen und könnten über die fünf abstimmen gemeinsam mit der Vorlage. Ist das in Ordnung so? Einverstanden? - Ja. Okay. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Abstimmung über den gemeinsamen Wahlvorschlag Beschluss:

Der Rat wählt in das Kuratorium der Krankenhausstiftung Porz am Rhein:

1. Joachim Heinlein (für die Grünen)

2. Christine Seiger (Grüne)

3. Pascal Pütz (für die SPD)

4. Henk van Benthem (CDU)

5. Denis Badorf (für Die Linke.)

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
RM Syndicus zieht Vorschlag 8 der Ratsgruppen zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann bin ich bei

2.6 Weitere Gremien

2.6.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln)
hier: Wahl in den Verwaltungsrat
1867/2020

Meine Damen und Herren, hier haben wir 13 Mitglieder und ihre Stellvertreter in den Verwaltungsrat zu entsenden.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Entschuldigung, da ist bei uns ein Fehler. Da ist die Stellvertretung für Denise Abé nicht Christiane Martin, sondern Manuel Jeschka.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Volt zieht zurück?

(Zuruf: Ja!)

Mike Homann (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, bitte die Kandidaten bei Vorschlag 2 unter Nr. 3, Dietmar Ciesla-Bayer und Jürgen Kircher, drehen. Das ist vertauscht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Gut dass Sie so gut aufpassen.

Gibt es weitere Korrekturen an der Vorschlagsliste? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Vorschlag 1 in der geänderten Fassung. - Das sind die Stimmen der Grünen minus 1. - Die kompletten Stimmen der Grünen. Okay.

Vorschlag 2 in der geänderten Fassung. - Das sind die Stimmen der SPD-Fraktion komplett.

Vorschlag 3. - Das sind die Stimmen der CDU-Fraktion komplett.

Vorschlag 4. - Das sind die Stimmen der LINKEN.

Vorschlag 5. - FDP-Fraktion plus Herr Wortmann.

Vorschlag 6 ist zurückgezogen.

Vorschlag 7. - Das ist die AfD-Fraktion.

Vorschlag 8. - Das sind die Ratsgruppen, alle 6 Stimmen.

Dann entfallen die Stimmen auf die Vorschläge 1 bis 5 und 8. Vorschlag 7 entfällt.

Ich lasse jetzt gerne noch über die Vorlage 2.6.1 abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage:

Für die vorliegenden Wahlvorschläge 1 – 5 und 8 werden folgende Stimmen abgegeben. Auf den Vorschlag 7 entfällt kein Sitz:

StEB Köln: Wahl in den Verwaltungsrat

StEB – Verwaltungsrat (13 + Stv.)

Vorschlag 1 – Grüne Stimmen: 25	Vorschlag 2 – SPD Stimmen: 18	Vorschlag 3 - CDU Stimmen: 19	Vorschlag 4 - Linke Stimmen: 6	Vorschlag 5 - FDP Stimmen: 7
1. Denise Abé	**1. Erika Oedingen**	**1. Constanze Aengenvoort**	**1. Elisabeth Lange**	**1. Rolf Albach**
Vert. Manuel Jeschka	Vert. Rafael Struwe	Vert. Felix Spehl	Vert. Michael Weisenstein	Vert. Stefanie Ruffen
2. Gerd Brust	**2. Christiane Jäger**	**2. Martin Erkelenz**		
Vert. Ursula Schlömer	Vert. Wilfried Becker	Vert. Florian Weber		
3. Robert Schallehn	**3. Jürgen Kircher**	**3. Andreas Köhler**		
Vert. Manfred Giesen	Vert. Dietmar Ciesla-Baier	Vert. Eric Haeming		
4. Sabine Ulke				
Vert. Thomas Kalix				

Vorschlag 6 - Volt Stimmen:	Vorschlag 7 - AfD Stimmen: 3	Vorschlag 8 - Ratsgruppen Stimmen: 6	Vorschlag 9 - Stimmen:	Vorschlag 10 - Stimmen:
1.	**1. Stephan Boyens**	**1. Karina Syndicus**	1.	1.
Vert.	Vert. Christer Cremer	Vert. Peter Jüde	Vert.	Vert.

II. Abstimmung über die Vorlage Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Köln wählt gemäß § 114 a Abs. 8 GO NRW i. V. m. § 6 der Anstaltssatzung der StEB Köln in den Verwaltungsrat der StEB:

Mitglieder:

Stellvertreter/innen:

1) Denise Abé (Grüne) 1) Manuel Jeschka (für die Grünen)

2) Gerd Brust (für die Grünen) 2) Ursula Schlömer (Grüne)

3) Robert Schallehn (Grüne) 3) Manfred Giesen (Grüne)

4) Sabine Ulke (für die Grünen) 4) Thomas Kalix (für die Grünen)

5) Erika Oedingen (SPD) 5) Rafael Struwe (für die SPD)

6) Christiane Jäger (SPD) 6) Wilfried Becker (für die SPD)

7) Jürgen Kircher (SPD) 7) Dietmar Ciesla-Baier (für die SPD)

8) Constanze Aengenvoort (CDU) 8) Felix Spehl (CDU)

9) Martin Erkelenz (CDU) 9) Florian Weber (CDU)

10) Andreas Köhler (für die CDU) 10) Eric Haeming (für die CDU)

11) Elisabeth Lang (für Die Linke.) 11) Michael Weisenstein (Die Linke.)

12) Dr. Ralf Albach (für die FDP) 12) Steffanie Ruffen (FDP)

13) Karina Syndicus (GUT Köln) 13) Peter Jüde (für GUT

Köln)

II. Die vorstehenden Mitglieder des Verwaltungsrates und deren Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter werden grundsätzlich für fünf Jahre gewählt; soweit es sich jedoch um Personen handelt, die dem Rat der Stadt Köln angehören, endet die Amtszeit mit dem Ende der Wahlzeit oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Rat. Die Mitglieder des Verwaltungsrates üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu

2.6.2 Verein Region Köln/Bonn e.V.
hier: Wahl der Mitgliedervertreterinnen und Mitgliedervertreter
3032/2020

Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Wir ziehen wiederum zurück. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke.

Dann lasse ich abstimmen. Vorschlag 1 Die Grünen. - Komplett, nein minus 1.

Vorschlag 2 SPD-Fraktion. - Moment, ich muss jetzt gucken. Was ist mit den Ratsgruppen? - Sie stimmen mit den Grünen? Plus 6?

(Zurufe)

- Noch einmal ganz genau. Wer stimmt mit dem Vorschlag der Grünen? - Das sind die KLIMA FREUNDE und die Ratsgruppe GUT. Also minus 1 plus 4.

(Heiterkeit)

- Ja, ich muss es ja irgendwie - - Okay.

Vorschlag 2 SPD Fraktion. - Das ist die komplette SPD-Fraktion. Wünscht da noch jemand mitzustimmen? - Nein.

Vorschlag 3 CDU-Fraktion. - Komplette CDU-Fraktion.

Vorschlag 4 DIE LINKE. - DIE LINKE plus 1.

Vorschlag 7 AfD. - Die AfD-Fraktion.

Enthaltungen? - Es enthalten sich die FDP-Fraktion und Herr Wortmann. Und Volt und Die PARTEI haben sich enthalten. Das müssen Sie ja besser wissen als ich. Haben Sie sich enthalten?

Michael Hock (Die PARTEI): Wir haben uns enthalten. Das ist richtig. Wir haben uns gar nicht gemeldet. Also es ist eine Enthaltung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Dann sind die Vorschläge 1 bis 4 gewählt.

Dann lasse ich jetzt noch über die Vorlage als Ganzes abstimmen. - Gibt es Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen?

Ah, ich habe noch einen zweiten Wahlvorschlag. Drei Vertreter ohne Stimmrecht in die Mitgliederversammlung. - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Auch hier ziehen wir natürlich zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke. Dann sieht das nach einer gemeinsamen Liste aus. Könnte man das so sehen?

(Zurufe: Ja!)

Dann lasse ich das gemeinsam mit der Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

I. Wahl zu Ziffer I der Beschlussvorlage:

Für die vorliegenden Wahlvorschläge werden folgende Stimmen abgegeben. Auf Vorschlag 7 entfällt kein Sitz):

Stadt Köln

Verein Region Köln/Bonn e.V.

I. Wahl von 7 Personen in die Mitgliederversammlung

Mitgliederversammlung (7)

Vorschlag 1 – Grüne	Vorschlag 2 – SPD	Vorschlag 3 – CDU	Vorschlag 4 - Linke
Stimmen: 28	Stimmen: 18	Stimmen: 19	Stimmen: 7
1. Ralf Klemm	1. Jörg van Geffen	1. Niklas Kienitz	1. Hans Günter Bell
2. Hans Schwanitz	2. BM Dr. Ralf Heinen	2. Anne Henk-Hollstein	

Vorschlag 5 – FDP	Vorschlag 6 - Volt	Vorschlag 7 - AfD	Vorschlag 8 - Ratsgruppen
Stimmen:	Stimmen:	Stimmen: 3	Stimmen:
1.	1.	1. Philipp Busch	1.

II. Abstimmung über die Vorlage und Beschluss zum gemeinsamen Wahlvorschlag unter Ziffer II

Beschluss:

I. Der Rat wählt in die Mitgliederversammlung des Region Köln/Bonn e.V.:

1. Ralf Klemm (Grüne)

2. Hans Schwanitz (Grüne)

3. Jörg van Geffen (für die SPD)

4. Bürgermeister Dr Ralf Heinen (SPD)

5. Niklas Kienitz (CDU)

6. Anne Henk-Hollstein (CDU)

7. Hans Günter Bell (für Die Linke.)

II. Der Rat wählt als Vertreter bzw. Vertreterinnen ohne Stimmrecht in die Mitgliederversammlung des Region Köln/Bonn e.V.:

1. Bürgermeister Andreas Wolter (Grüne)

2. Ralph Sterck (FDP)

3. Monika Roß-Belkner (CDU)

III. Die Wahl erfolgt für die Wahlzeit des Rates, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat bzw. zur Verwaltung der Stadt Köln. Sie verlängert sich bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder der Verbandsversammlung des Zweckverbandes gewählt werden.

IV. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln bzw. die Leitgedanken des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
RM Gabrysch zieht Vorschlag 8 der Ratsgruppen vor der Wahl zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann bin ich jetzt bei Tagesordnungspunkt

2.6.3 Metropolregion Rheinland e.V. hier: Wahl der Mitgliedervertreterinnen und Mitgliedervertreter 3033/2020

Es sind fünf Mitglieder zu wählen. - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Auch hier ziehen wir selbstverständlich zurück. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke.

(Beifall)

Das könnte nach einer gemeinsamen Liste aussehen. Kann ich es mit der Vorlage abstimmen lassen? - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss über den gemeinsamen Wahlvorschlag:

I. Der Rat wählt die Oberbürgermeisterin sowie:

1. Sandra Schneeloch (Grüne)

2. Bürgermeister Andreas Wolter (Grüne)

3. Christian Joisten (SPD)

4. Bernd Petelkau (CDU)

5. Michael Weisenstein (Die Linke.)

als weitere Vertreter bzw. Vertreterinnen in die Mitgliederversammlung des Vereins Metropolregion Rheinland e.V..

II. Die Wahl erfolgt für die Wahlzeit des Rates, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat bzw. zur Verwaltung der Stadt Köln. Sie verlängert sich

bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder der Verbandsversammlung des Zweckverbandes gewählt werden.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln bzw. die Leitgedanken des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 2.6.4. ist zurückgestellt. Oder habe ich das falsch in Erinnerung? Das steht da noch drin.

2.6.5 Bestellung von städtischen Vertretern in den Organen des Vereins Deutsches Sport- & Olympia Museum e. V. 2982/2020

Das ist die Entsendung einer Person als Vertreter in die Mitgliederversammlung und einer Person in den Vorstand. Das ist also die gleiche Person. Ich glaube, das kann ich mit der Vorlage abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen. - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

I. Der Rat entsendet

Ralf Klemm (Grüne)

als Vertreterin bzw. als Vertreter der Stadt in die Mitgliederversammlung des Vereins Deutsches Sport & Olympia Museum e.V. sowie

Ralf Klemm (Grüne)

als Vertreterin bzw. als Vertreter der Stadt in den Vorstand des Vereins Deutsches Sport & Olympia Museum e.V.

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Vertreterinnen bzw. Vertreter gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum

Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

II. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Kodex der Stadt Köln bzw. die Leitgedanken des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

2.6.6 Benennung von Mitgliedern in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit
2421/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist die Entsendung von zwei Mitgliedern und einem Stellvertreter in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit.

Auch hier scheint es ein gemeinsamer Vorschlag zu sein. Kann ich es mit der Vorlage abstimmen lassen? - Ich sehe kein Gegenargument. Dann frage ich nach Gegenstimmen. - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss über den gemeinsamen Wahlvorschlag:

I. Der Rat schlägt als Nachfolger/innen der bisherigen Ausschussmitglieder als ordentliche Mitglieder für die Gruppe der öffentlichen Körperschaften vor:

1. Mitglied bisheriges Mitglied

Daniel Bauer-Dahm (Grüne)

(Herr Michael Paetzold/SPD)

2. Mitglied bisheriges Mitglied Michael Paetzold (SPD) (Frau Ira Sommer/CDU)

3. Stellvertretendes Mitglied bisheriges stellvertretendes Mitglied Derya Karadag (Grüne) (Herr Dr. Walter Schulz/für die SPD)

II. Die Benennung erfolgt für die laufende Amtsperiode des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit bis zum 30.06.2022, längstens jedoch für die laufende Wahlzeit des Rates bzw. der Zugehörigkeit zum Rat der Stadt Köln.

III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuweisen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: So ist es auch bei

2.6.7 Benennung von Mitgliedern in den Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen der Agentur für Arbeit Köln
2623/2020

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss über den gemeinsamen Wahlvorschlag:

I. Der Rat schlägt als Nachfolger/innen des bisherigen Mitglieds und stellvertretenden Mitglieds für die Gruppe der öffentlichen Körperschaften vor:

1. Mitglied bisheriges Mitglied

Daniel Bauer-Dahm (Grüne)

(Herr Michael Paetzold/SPD)

2. Stellvertretendes Mitglied bisheriges stellvertretendes Mitglied Manfred Richter (Grüne) (Herr Dr. Walter Schulz für die SPD)

II. Die Benennung erfolgt für die laufende Amtsperiode des Ausschusses für anzeigepflichtige Entlassungen der Agentur für Arbeit Köln bis zum 30.06.2022, längstens

jedoch für die laufende Wahlzeit des Rates bzw. der Zugehörigkeit zum Rat der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bin bei

2.6.8 Beirat Bürgerzentrum Alte Feuerwache 2988/2020

Ja, bitte.

Niklas Kienitz (CDU): Ich muss leider eine Korrektur vornehmen. Das haben wir falsch übermittelt. Der Kollege Leitner trägt den schönen Vornamen Günter.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es sieht so aus, als könnte ich diese Vorschläge gemeinsam mit der Vorlage abstimmen lassen. Findet das Ihr Einvernehmen? - Dann frage ich nach Gegenstimmen. - Keine. Enthaltungen. - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss über den gemeinsamen Wahlvorschlag:

I. Der Rat der Stadt Köln entsendet

1. Marion Heuser (Grüne)

2. Regina Börschel (für die SPD)

3. Günter Leitner (für die CDU)

4. Michael Scheffer (für Die Linke.)

5. Robert Wande (für die FDP)

6. Jennifer Glashagen (Volt)

in den Beirat des Trägervereins „Bürgerzentrum Alte Feuerwache e.V.“.

Die Wahl erfolgt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Beirates des Trägervereins gewählt werden. Die Wahlzeit endet mit dem Ausscheiden aus dem Rat oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

II. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln bzw. die Leitgedanken des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann bin ich bei 2.6.9. Die haben wir zurückgestellt.

Dann bin ich bei 2.6.10. Die haben wir auch zurückgestellt.

2.6.11 haben wir auch zurückgestellt.

2.6.12 Wahl der Kölner Mitglieder des Regionalrates 3142/2020

Da haben wir sechs Mitglieder in den Regionalrat zu entsenden. Erster Wahlvorschlag, Bestimmung des Wahlverfahrens. - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Auch hier ziehen wir natürlich zurück. - Danke.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke. - Zunächst einmal habe ich Ihnen hier vorzuschlagen, wie das Wahlverfahren bestimmt wird.

Ich gehe davon aus, dass sie nach Hare Niemeyer abzustimmen wünschen. Ist das ist so? - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann lassen wir so abstimmen.

Der Vorschlag 8 ist zurückgezogen. Damit könnte man das komplett abstimmen lassen mit der Vorlage. Sind Sie einverstanden? - Ja. Gut, dann machen wir das so. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

I. Abstimmung über Ziffer I der Vorlage

Beschluss:

Der Rat der Stad

I. Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Mitglieder des Regionalrats nach dem Hare/Niemeyer-Verfahren zu wählen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Abstimmung über die gesamte Vorlage:

I. Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Mitglieder des Regionalrats nach dem Hare/Niemeyer-Verfahren zu wählen.

II. Der Rat der Stadt Köln wählt folgende sechs Mitglieder in den Regionalrat

1. Denise Abé (Grüne)

2. Manfred Waddey (für die Grünen)

3. Michael Frenzel (SPD)

4. Teresa de Bellis-Olinger (CDU)

5. Monika Roß-Belkner (CDU)

6. Michael Weisenstein (Die Linke.)

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
RM Gabrysch zieht Vorschlag 8 für die Ratsgruppen vor der Wahl zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann sind wir jetzt bei

2.6.13 Gebrüder Coblenz Stift e. V.
3030/2020

Hier habe ich drei Vorschläge. Die könnte ich komplett mit der Vorlage abstimmen lassen inklusive der Vertreter. Sind Sie einverstanden? - Das scheint der Fall zu sein. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln entsendet folgende Mitglieder in den Beirat des Vereins

„Gebrüder Coblenz Stift e.V.“:

Mitglieder:

Stellvertreter:

1. Stefan Fischer (für die Grünen) Hans Schwanitz (Grüne)

2. Michael Paetzold (SPD) Bürgermeister Dr. Ralf Heinen (SPD)

3. Ursula Gärtner (CDU) Florian Weber (CDU)

Die Entscheidung gilt für die Wahlperiode des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem Rat.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

2.6.14 Bestellung von Vertretern der Stadt Köln, die gemäß § 63 Abs. 2 i. V. m. § 113 Abs. 4 GO NW Mitgliedsrechte der Stadt Köln in Organen, Beiräten oder Ausschüssen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen wahrnehmen
3153/2020

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist nur - was heißt nur? -, das ist der Beirat des italienischen Kulturinstituts, und es gibt noch andere Entsendungen in der Vorlage. Die sind Ihnen ja bekannt. Aber die könnte ich gemeinsam abstimmen lassen mit der Vorlage, genau.

Das könnten wir so machen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss über den gemeinsamen Wahlvorschlag:

Der Rat bestellt die nachfolgend genannten Personen zu Wahrnehmung der Mitgliedschaftsrechte der Stadt Köln in den genannten Vereinigungen:

1. Beirat des Italienischen Kulturinstitutes: Drei Ratsmitglieder:

a) Mario Michalak (Grüne)

b) Claudia Brock-Storms (SPD)

c) Teresa De Bellis-Olinger (CDU)

2. Hauptversammlung des Deutschen Bühnenvereins e.V.: Frau Beigeordnete Laugwitz-Aulbach

3. Beirat und Vorstand der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde im LVR-Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte

- in den wissenschaftlichen Beirat: Frau Beigeordnete Laugwitz-Aulbach

- in den Vorstand:

Frau Dr. Schmidt-Czaia, Direktorin des Historischen Archivs

4. Mitgliederversammlung des Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen e.V.:

Frau Dr. Vogt, Direktorin der Stadtbibliothek

Die Bestellung gilt für die jeweils laufende Ratsperiode, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat bzw. zur Verwaltung der Stadt Köln. Sie verlängert sich bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Bestellung erfolgt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann haben wir

2.6.15 Mitwirkung der Politik in der Steuerungsgruppe des Kölner Netzwerks Bürgerengagement
3288/2020

Sollte das nicht zurückgezogen werden? - Ja.

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer VI – Seite 7).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann haben wir Tagesordnungspunkt

2.6.16 Neubenennung der Ratsvertreter/innen für die Kommunale Gesundheitskonferenz Köln nach der Kommunalwahl 2020
3047/2020

Hier ist der erste Beschlusspunkt die Festlegung der Anzahl der Mitglieder auf 6. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Der zweite Beschlusspunkt ist die Entsendung von 6 Mitgliedern des Gesundheitsausschusses als Mitglied und weiteren 6 als Stellvertreter. Hier liegen die Vorschläge vor. Die liegen Ihnen auch vor. Können wir das gemeinsam mit der Vorlage abstimmen lassen? - Ja. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

I. Abstimmung über Ziffer I der Vorlage Beschluss:

I. Der Rat legt die Anzahl der Mitglieder des Gesundheitsausschusses für die Kommunale Gesundheitskonferenz Köln auf 6 fest.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Abstimmung über den gemeinsamen Wahlvorschlag und die Vorlage Beschluss:

I. Der Rat legt die Anzahl der Mitglieder des Gesundheitsausschusses für die Kommunale Gesundheitskonferenz Köln auf 6

fest.

II. Der Rat entsendet folgende Mitglieder des Gesundheitsausschusses als Mitglied

bzw. Stellvertretung in die Kommunale Gesundheitskonferenz Köln.

Mitglied

Stellvertretung

1. Dr. Ralf Unna (Grüne) Christine Seiger (Grüne)

2. Michael Paetzold (SPD) Viola Recktenwald (SPD)

3. Ursula Gärtner (CDU) Henk van Benthem (CDU)

4. Ursula Röhrig (Die Linke.) Denis Badorf (für Die Linke.)

5. Bettina Houben (für die FDP) Walter Wortmann (für die FDP)

6. Finn Thelen (für Volt) Lena Matthiessen (für Volt)

Die Wahl erfolgt für die Wahlzeit des Rates, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat der Stadt Köln. Sie verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder für die Kommunale Gesundheitskonferenz Köln gewählt werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann komme ich jetzt zu

2.6.17 Bestellung von Ratsmitgliedern in den Umlegungsausschuss der Stadt Köln 3098/2020

Hier gibt es zwei Mitglieder und Stellvertreter zu wählen. Die liegen hier vor. Weitere Wahlvorschläge gibt es nicht. Kann ich es gemeinsam mit der Vorlage abstimmen lassen? - Dann mache ich das. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es auch hier so beschlossen.

Abstimmung über den gemeinsamen Wahlvorschlag und die Vorlage Beschluss:

Der Rat wählt in den Umlegungsausschuss der Stadt Köln

Mitglied

Stellvertretung

1. Hans Schwanitz (Grüne) Sabine Pakulat (Grüne)

2. Teresa De Bellis-Olinger (CDU) Pascal Pütz (für die SPD)

Die Wahl erfolgt für die Wahlzeit des Rates, höchstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zum Rat der Stadt Köln. Sie verlängert sich bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Umlegungsausschusses gewählt werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann rufe ich auf den Tagesordnungspunkt

2.6.18 Wahl eines Mitglieds der Kommunalen Bank des Braunkohlenausschusses und eines Mitglieds mit beratender Befugnis des Braunkohlenausschusses Beschlussorgan Rat 3582/2020

Da gibt es einen Vorschlag, den könnte ich gemeinsam mit der Vorlage abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen. Vielen Dank.

Ich übergebe jetzt die Sitzungsleitung an Herrn Bürgermeister Wolter.

(Beifall)

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte ein ganz herzliches Wort des Dankes an die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter richten,

(Beifall)

die es ermöglicht haben, dass wir die ganzen Charts hier hatten, dass alle Namen gemeldet wurden. Wir wissen, glaube ich, alle, dass die Namen auch nicht immer pünktlich kamen. Von daher vielen Dank, dass Sie uns hier so sicher durch die ganzen Wahlen geleitet haben.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt

Herrn Manfred Waddey (für die Grünen)

als kommunalen Vertreter der Stadt Köln in den Braunkohlenausschuss bei der Bezirksregierung Köln.

Der Rat der Stadt Köln benennt Herrn Beigeordneten Markus Greitemann zum Mitglied mit beratender Befugnis des Braunkohlenausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Frau Oberbürgermeisterin Reker übergibt die Sitzungsleitung ab TOP 3 an Bürgermeister Andreas Wolter.

Bürgermeister Andreas Wolter: Meine Damen und Herren, dann können wir, nachdem wir drei Stunden lang gewählt haben, nun in die Beratung der Vorlagen einsteigen.

Wir sind dann bei

4 Vorlagen zur Vermeidung von Dringlichkeitsvorlagen

4.1 Beschlussvorlagen

Tagesordnungspunkt

4.1.1 4. Satzung zur Änderung der Abfallsatzung
2916/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Dann haben wir einstimmig so beschlossen.

Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Entschuldigung, Herr Vorsitzender?

Bürgermeister Andreas Wolter: Ich weiß jetzt nicht, wer sich meldet.

Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Ja, das war zu schnell. Hier Rau. - Es betrifft die Abfallsatzung. Entschuldigung, ich habe zu langsam reagiert. Aber es gibt eine ganz, ganz kleine vergessene Sache. Nämlich wir haben die 40-Liter-Tonnen im § 12 Ziffer 1 und 2 vergessen, sodass diese 40 Liter an diesen zwei Stellen einfach in der Aufzählung der verschiedenen Behältnisse zu ergänzen sind. Ich bitte, dass das noch quasi Teil des Beschlusses sein möge.

Bürgermeister Andreas Wolter: Dann würde ich das noch einmal in korrigierter Form mit den Ergänzungen von Herrn Dr. Rau so abstimmen lassen. Oder gibt es da noch Fragen? - Das sehe ich jetzt nicht. Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es hierzu Enthaltungen? - Auch nicht. Dann haben wir das so beschlossen.

Beschluss in der mündlich von Herrn Beigeordneten Dr. Rau ergänzten Fassung:

Der Rat beschließt die 4. Satzung zur Änderung der Abfallsatzung in der in Anlage 2 beigefügten Fassung.

Die Verwaltung wird ermächtigt, nach Inkrafttreten des Kreislaufwirtschaftsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen die Präambeln der Abfallsatzung ohne erneuten Ratsbeschluss durch Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Köln an die aktuelle Rechtslage anzupassen, sofern sich keine inhaltlichen Änderungen ergeben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Abstimmung über die Satzung mit folgender mündlicher Ergänzung von Herrn Beigeordneten Dr. Rau:

Zu ergänzen sind in § 12 Abs. 1 Ziff. 1. und 2. der Abfallsatzung in der Behälteraufzählung jeweils die Behältergröße „40 l,“.

4.1.2 5. Satzung zur Abfallgebührensatzung 2918/2020

Bürgermeister Andreas Wolter: Gibt es dazu Wortmeldungen? - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann haben wir auch hier einstimmig beschlossen. - Moment! Die LINKE. Das sind jetzt Gegenstimmen? - Gegenstimmen von den LINKEN, von GUT und von den KLIMA FREUNDEN. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann haben wir Mehrheitlich so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die 5. Satzung zur Änderung der Abfallgebührensatzung in der in Anlage 4 beigefügten Fassung.

Die Verwaltung wird ermächtigt, nach Inkrafttreten des Kreislaufwirtschaftsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen die Präambeln der Abfall- und Abfallgebührensatzung ohne erneuten Ratsbeschluss durch Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Köln an die aktuelle Rechtslage anzupassen, sofern sich keine inhaltlichen Änderungen ergeben.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie den Gruppen KLIMA FREUNDE und GUT Köln zugestimmt.

4.1.3 8. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren 2919/2020

Bürgermeister Andreas Wolter: Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Die LINKE, GUT, KLIMA FREUNDE und Die PARTEI. Gibt es Enthaltungen? - Dann haben wir auch hier mehrheitlich beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die 8. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren in der in Anlage 5 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie den Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln zugestimmt.

4.1.4 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2021 2741/2020

Bürgermeister Andreas Wolter: Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Auch nicht. Enthaltungen? - Keine. Dann waren wir hier einstimmig.

Beschluss:

Der Rat stellt den Wirtschaftsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2021 gemäß § 6 Absatz 1 und § 60a der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung fest.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

4.1.5 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 2019 1818/2020

Bürgermeister Andreas Wolter: Haben Sie Wortmeldungen? - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann waren wir auch hier einstimmig.

Beschluss:

Der Rat stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2019 fest.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

4.1.6 Annahme einer Geldzuwendung für den Ankauf eines Kunstwerkes von Wade Guyton für das Museum Ludwig 2815/2020

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich frage jetzt mal andersherum ab: Wer stimmt für diese Vorlage? - Das ist die LINKE, die SPD, das sind die Grünen, das ist die CDU, die FDP, Volt, AfD, Herr Wortmann, die Gruppe GUT, die KLIMA FREUNDE. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen bei der PARTEI. Dann haben wir mit großer Mehrheit beschlossen, und ich bedanke mich für die Schenkung.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die zweckgebundene Schenkung im Wert von ca. 805.235 € (umgerechnet rd. 900.000 US $ netto; Betrag kann je nach Wechselkurs zum Kaufdatum abweichen) für den Erwerb des Kunstwerkes Untitled, 2020 von Wade Guyton für das Museum Ludwig mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Gruppe Die PARTEI zugestimmt.

4.1.7 Überplanmäßige Aufwendungen in den Teilplänen 0402 bis 0408 - Museen, Hj. 2020
hier: Erstattungsleistungen der Museumshandwerker an die Gebäudewirtschaft
2247/2020

Bürgermeister Andreas Wolter: Gibt es dazu Wortmeldungen? - Auch nicht. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann waren wir hier einstimmig.

Beschluss:

Der Rat beschließt überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen gemäß § 83 GO NRW im Haushaltsjahr 2020 für die Teilergebnispläne der Museen in Höhe von insgesamt 970.000 € zur Erstattung der Leistungen der Museumshandwerker an die Gebäudewirtschaft gemäß der Anlage.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

4.1.8 Anpassung der Hauptsatzung an die Entschädigungsverordnung NRW und Durchführung von Online-Fraktionssitzungen während der Corona-Pandemie
2730/2020

Bürgermeister Andreas Wolter: Gibt es Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann haben wir einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

I. Aufgrund der Änderung der Entschädigungsverordnung des Landes NRW wird die Regelung zur Entschädigung von Verdienstausfall der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in § 24 Absatz 3 der Hauptsatzung der Stadt Köln mit Wirkung zum 02.11.2020 angepasst und lautet wie folgt:

„(3) Der Verdienstausfall wird für die versäumte Arbeitszeit (einschließlich der notwendigen durchschnittlichen Fahrzeiten) bis zum Höchstbetrag nach § 3 a Absatz 2 der Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse des Landes NRW gewährt. Für Zeiten nach 20 Uhr wird grundsätzlich kein Verdienstausfall erstattet.“

II. Der Rat der Stadt Köln bestätigt, dass aufgrund der Corona-Pandemie Fraktionssitzungen ganz oder teilweise als Telefon- oder Videokonferenz durchgeführt werden können.

Für diese Sitzungen wird eine Entschädigung gemäß §§ 24 und 25 Hauptsatzung gewährt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

4.1.9 Allgemeine Bewilligungsbedingungen für die Bereiche Jugend, Schule, Weiterbildung, Senioren, Soziales, Beschäftigungsförderung, Wohnen und Gesundheit
3224/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke
AN/1489/2020

Bürgermeister Andreas Wolter: Hierzu haben wir auch vorliegen einen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.

Herr Kockerbeck meldet sich. Sie haben das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es handelt sich um die Bedingungen, zu denen die Träger in verschiedenen Bereichen gefördert werden: Jugend, Schule, Weiterbildung, Senioren, Soziales.

Wir haben ja im Rat oder in den Fachausschüssen über diese Vorlage nicht diskutiert. Deshalb möchten wir in die Diskussion im Rat durch unseren Änderungsantrag noch Punkte einbringen.

Als allgemeinen Punkt, der nicht in unserem Änderungsantrag enthalten ist, möchten wir gerne schon in der folgenden Zeit nachfragen und diskutieren, unter welchen Bedingungen die Maßnahmen, die gefördert wurden, evaluiert werden. Das ist ja neu in dieser Vorlage.

Es ist grundsätzlich natürlich völlig richtig, dass die Wirkung von eingesetzten Geldern überprüft wird. Allerdings ist es immer die Frage, wie diese Evaluation durchgeführt wird, und auch die Frage, inwieweit die Träger von ihrer Arbeit dort durch Dokumentationspflichten beispielsweise von ihrer eigentlichen Arbeit an den Kundinnen und Kunden, sagen wir mal, abgehalten werden.

Jetzt zu dem Änderungsantrag. Wir möchten im Punkt 2.4 den Passus ändern. Dort werden tarifvertragliche Vergütungen bei Trägern in solcher Weise erwähnt, dass sie nicht als Negativkriterium gewählt werden dürfen bei der Auswahl eines Trägers. Wir möchten das gerne positiv werten. Wir möchten den Satz ändern, dass tarifvertraglich vereinbarte Vergütungen als positiv zu bewertendes Kriterium mit einbezogen werden.

Es geht hier ja auch um das Problem, dass im Bereich der sozialen Dienstleistungen in weiten Bereichen die Gehälter in der öffentlichen Diskussion sind - zu Recht, weil sie zu niedrig sind - und dass es in der Breite angemessen wäre, diese Gehälter zu erhöhen, auch um beispielsweise die Personalfluktuation in diesem Bereich zu senken.

Deshalb möchten wir gerne diesen Punkt einbringen. Falls die anderen Fraktionen sich dem nicht anschließen können, ist mir bereits mitgeteilt worden, das ist weiter in der Diskussion. Das würden wir natürlich so dann auch aufnehmen und uns an dieser Diskussion weiter beteiligen.

Als zweiten Punkt möchten wir ersatzlos einen Satz streichen. Der Satz heißt: „Er“ - also der Empfänger der Fördermittel - „achtet darüber hinaus auf eine positive Darstellung der Zusammenarbeit mit der Stadt Köln in der Öffentlichkeit.“

Es ist sicherlich richtig, dass eine Zusammenarbeit von Zuschussgeber, der Stadt also, und Träger konstruktiv sein soll und in einem gegenseitigen Vertrauensverhältnis stattfinden soll. Wir finden aber, dass ein solch expliziter Satz nicht formuliert werden sollte. Er kann zu einfach auch als Maulkorberlass gehandhabt werden. Träger müssen auch Kritik üben können an den Bedingungen ihrer Arbeit, wenn sie denken, dass die Ziele so nicht erreichbar sind.

Als dritten Punkt unseres Änderungsantrags - -

Bürgermeister Andreas Wolter: Herr Kockerbeck, können Sie allmählich zum Schluss kommen. Die Uhr ist abgelaufen.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Ja, Entschuldigung. Ich lese dann nur noch vor.

Bürgermeister Andreas Wolter: Es kommt darauf an, wie viel.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Entschuldigung, ich habe nicht auf die Uhr geguckt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Aber wir.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): - - bitten wir, dass die Pflicht der Träger zur Teilnahme und Mitwirkung an Gesprächen auch honoriert wird. - Vielen Dank.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Kockerbeck. - Noch einmal der Hinweis auf die Uhr, die hier auf dem Bildschirm mitläuft. Da wird die Redezeit angezeigt, dass Sie sich bitte daran halten mögen.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Kessing und Herr Heinen.

Ulrike Kessing (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Damen und Herren, ich kann es sehr kurz machen. Wir würden dem Änderungsantrag der LINKEN nicht folgen wollen. Wir hatten, wie Sie wissen, einen sehr aufwendigen Prozess, wo die Träger sehr intensiv eingebunden waren, der auch sehr kompliziert war.

Deswegen würden wir zum jetzigen Zeitpunkt dieses Paket nicht wieder aufschnüren wollen. Wir werden einzelne Förderkriterien und Richtlinien noch in den Ausschüssen haben. Es war jetzt bedauerlich, dass das nicht in den Fachausschüssen zu diskutieren war. Aber so war es halt. Sie waren wie sie waren. Corona schlug zu wie es zuschlug. Deswegen würden wir sagen, wir lehnen diesen Antrag ab. Alles andere kommt dann in den einzelnen Förderregeln.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Kessing. - Herr Heinen, danach Frau Gärtner und dann Frau Hoyer, bitte.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Herr Vorsitzender, ich schließe mich erst einmal der Vorrednerin Ulrike Kessing an. Ich darf natürlich betonen, dass das Ziel einer doch tariflich gerechten Bezahlung uns alle eint und wir in dem Prozess - ich erinnere an die Musikhochschule, ich erinnere an die VHS - ja auch schon haushaltstechnisch gewaltige Schritte gemacht haben hin zu einer, ich sage mal, Angleichung oder Erhöhung auf ein vernünftiges Tarifniveau.

Andererseits ist es nicht vorberaten. Es ist eine fast disruptive Maßnahme, die jetzt erfolgen würde, wenn wir dem zustimmen würden. Das würde die Landschaft auch ziemlich in Unruhe bringen. Das ist eine Sache, die wir in einem langsamen Prozess in Absprache mit den Trägern und der Verwaltung und natürlich auch dem Rat als Finanzierer tun müssen. Insofern können wir das zu dem jetzigen Zeitpunkt so nicht mitgehen.

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke Herr Heinen. - Frau Gärtner, bitte.

Ursula Gärtner (CDU): Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Auch wir werden diesen Antrag ablehnen. Sie werden sich erinnern, wir hatten ja darum gebeten, das ohne Votum hier in den Rat zu schieben. Wir hatten die Zeit nämlich genutzt, mit der Liga zu sprechen. Die ist in sehr guten Gesprächen mit der Verwaltung.

Das ist auch nur eine Rahmenrichtlinie, und wir werden ja noch die Einzelbeschlüsse in den Fachausschüssen bekommen. Deshalb macht es überhaupt keinen Sinn, an dem, was an sich inzwischen einvernehmlich ist zwischen Liga und Verwaltung, hier noch einmal zu ziehen.

Wie gesagt, wir werden uns das ja in den Einzelfällen in Ruhe angucken in den Fachausschüssen, und das reicht vollkommen aus.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Gärtner. - Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Herr Vorsitzender, auch wir werden den Antrag der LINKEN ablehnen. Aber ich möchte trotzdem noch einmal ganz deutlich diesem Eindruck widersprechen, der hier irgendwie auftaucht, dass das ein Hau-Ruck-Verfahren gewesen ist. Das ist es in der Tat nicht gewesen.

Wir haben in den Ausschüssen durchaus darüber diskutiert. Wir haben immer Mitteilungen bekommen, konnten durchaus darüber diskutieren. Das war ein langer Prozess. Viele Ideen, die wir von den Mitgliedern des Sozialausschusses oder den anderen Ausschüssen hatten, sind ja in diese Verwaltungsvorlage eingebracht worden und auch die Ideen der Liga.

Deswegen würden auch wir heute gerne zustimmen wollen. Ich möchte noch einmal ganz explizit sagen, dass wir es sehr gut finden, wenn diese Projekte auch wirklich ausdrücklich evaluiert werden, weil Evaluierung ist schon ein wichtiges Thema der FDP. Deswegen sind wir froh, dass wir das in dieser Vorlage haben.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Hoyer. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich jetzt nicht.

Dann würde ich zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen lassen. Wer ist für den Antrag der LINKEN? - Das ist DIE LINKE. Das ist die Gruppe Die PARTEI. Gibt es Enthaltungen? - Bei der Gruppe GUT und bei Volt. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann stimmen wir über die Vorlage ab. Wer stimmt der Vorlage zu? Fragen wir mal positiv. Das ist die SPD, das sind die Grünen, das ist die CDU, das ist die FDP, das ist Herr Wortmann. Ja, das waren sie. Wer enthält sich? - Das ist Volt, das ist die AfD, das ist die Gruppe GUT, das sind die KLIMA FREUNDE, das ist Die PARTEI und das sind die LINKEN. Dann wäre die Vorlage so angenommen. Vielen Dank.

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. AN/1489/2020

I. Abstimmung über den Änderungsantrag Beschluss:

Die Allgemeinen Bewilligungsbedingungen (Anlage 1) werden wie folgt geändert:

1. Im Punkt II.4. wird der zweite Satz wie folgt geändert:

Alt: „Die Bezahlung tarifvertraglich vereinbarter Vergütungen sowie entsprechender Vergütungen nach kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen kann bei der Auswahlentscheidung zwischen verschiedenen Konzepten nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden.“

Neu: „Die Bezahlung tarifvertraglich vereinbarter Vergütungen sowie entsprechender Vergütungen nach kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen wird bei der Auswahlentscheidung zwischen verschiedenen Konzepten als positiv zu bewertendes Kriterium miteinbezogen.“

2. Im Punkt III.2. wird der letzte Satz ersatzlos gestrichen:

„Er (der Fördermittelempfänger) achtet darüber hinaus auf eine positive Darstellung der Zusammenarbeit mit der Stadt Köln in der Öffentlichkeit.“

3. Am Ende des Punktes III.3 wird eingefügt:

Die entstanden Kosten (v.a. Personalkosten) für diese Teilnahme und Mitwirkung werden dem Fördermittelempfänger erstattet.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und der Ratsgruppe Die PARTEI sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Volt und der Gruppe GUT Köln abgelehnt.

II. Abstimmung über die Vorlage Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. die Neufassung der Allgemeinen Bewilligungsbedingungen für die Bereiche Jugend, Schule, Weiterbildung, Senioren, Soziales, Beschäftigungsförderung, Wohnen und Gesundheit mit Wirkung zum 01.01.2021 (Anlage 1). Die Allgemeinen Bewilligungsbedingungen des Amtes für Kinder, Jugend und Familie (beschlossen vom Rat der Stadt Köln am 22.11.2001; gültig ab 01.01.2002) sowie die Allgemeinen Bewilligungsbedingungen des Dezernates für Soziales, Senioren, Wohnen und Beschäftigungsförderung der Stadt Köln für die Gewährung von Zuschüssen aus dem Verwaltungshaushalt (beschlossen vom Rat der Stadt Köln am 16.12.2004, DS-Nr. 1241/004) werden gleichzeitig aufgehoben.

2. die Aufhebung der bestehenden Förderrichtlinien der Dienststellen der Dezernate IV und V zum 31.12.2020. Die Aufhebung erfolgt jedoch frühestens mit Inkraftsetzung eines entsprechenden Förderprogramms, das die Förderung der Träger sicherstellt.

Die Förderrichtlinien werden durch Förderprogramme abgelöst.

3. Der Rat überträgt den Fachausschüssen die Kompetenz, zukünftig über Förderprogramme im Rahmen der im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel eigenständig zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die Linke., Volt und AfD sowie der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln zugestimmt.

4.1.10 Mittelfreigabe in den Haushaltsjahren 2020 und 2021 für die Maßnahme „Zuschuss Heimatslos in Köln e. V.“ 3255/2020

Bürgermeister Andreas Wolter: Wer wünscht das Wort? - Herr Zimmermann, bitte, und Frau Gabrysch.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrter Herr Bürgermeister, vielen Dank. - Sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich, dass nach leichten Irrungen und Wirrungen nun endlich die Mittelfreigabe erfolgen kann. Das ist ja für das Haushaltsjahr 2020 und 2021 geplant, dass wir nun dazu kommen.

Ich weiß, dass es eine unkonventionelle Art der Unterstützung ist von Heimatlos in Köln e. V., die aber das ehrenamtliche Engagement in besonderer Weise anerkennt. Es ist, wenn Sie so wollen, auch ein bisschen ein Experiment.

Ich freue mich aber besonders darüber, dass die Verwaltung auch solche innovativen Wege der Förderung jetzt mit uns geht, und hoffe natürlich, dass die nächsten zwei Jahre erfolgreich verlaufen. Ich wünsche vor allem dem Verein eine gute Arbeit in den nächsten beiden Jahren. - Danke.

Bürgermeister Andreas Wolter: Frau Gabrysch zunächst und dann Herr Detjen.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen! Ich schließe mich meinem Vorredner an. Ich bin jetzt neu dazugestoßen und habe erfahren, was im Laufe dieses Jahres da schon passiert ist.

Bürgermeister Andreas Wolter: Jetzt ist das Mikro aus.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich muss sagen, dass ich etwas erschrocken darüber bin, dass bereits Anfang dieses Jahres der Beschluss gefasst wurde, diesen Verein zu unterstützen, und sich das eben im Zuge dessen, dass der Verein den Antrag umgeschrieben hat, um coronakonform das Ganze durchzuziehen, jetzt so lange hingezogen hat.

Ich weiß nicht genau, bei wem da die Verantwortlichkeiten liegen. Aber ich möchte darum bitten, dass so etwas demnächst reibungsloser laufen kann, weil es einfach sehr wichtig ist, dass wir diese Projekte unterstützen. Ich freue mich genauso wie mein Vorredner, dass es jetzt hoffentlich so weit ist und das Geld fließt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank. - Herr Detjen bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Ich wundere mich jetzt. Ich wollte gar nichts sagen in der Diskussion. Es war ja ein Beschluss zum Haushalt von CDU, Grünen und GUT und dann wollte die Verwaltung diesen Haushaltsbeschluss nicht umsetzen. Dann wurde ziemlich Druck aufgebaut und deswegen hat dann die Verwaltung diese Vorlage umgesetzt. Insofern danke, dass die Verwaltung das gemacht hat. Aber ohne Druck wäre das nicht gewesen, und der Beitrag von CDU, Grünen und GUT in dieser Auseinandersetzung war ziemlich mau. Also ohne die Akteure selber wäre es nicht in die Umsetzung gegangen. - Danke schön.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank. - Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann könnten wir über die Vorlage abstimmen. Wer ist denn gegen diese Vorlage? - Wer möchte sich enthalten? - Keiner. Dann haben wir einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Mittelfreigabe in den Haushaltsjahren 2020 und 2021 für die Maßnahme „Zuschuss Heimatlos in Köln e.V." in Höhe von jeweils 20.000 Euro. Entsprechende Ermächtigungen sind im Haushaltsplan 2020/2021 in Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen veranschlagt.

Die institutionelle Förderung der Maßnahme endet 2021.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

4.1.11 Projekte im Rahmen der Städtepartnerschaft Bethlehem/Palästina und der Klimapartnerschaften mit Corinto/Nicaragua und Rio de Janeiro/Brasilien 3401/2020

Bürgermeister Andreas Wolter: Wird das Wort gewünscht? - Niemand. Will sich jemand enthalten? - Möchte jemand dagegen Stimmen? - Gegen die Stimmen der AfD haben wir mehrheitlich so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Durchführung folgender Projekte:

Im Rahmen des Förderprogramms für Kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte (FKKP):

- *Minderung der Folgen des Klimawandels im System der Trinkwasserversorgung in Corinto*

- *Einführung der Kreislaufwirtschaft für Lebensmittel und organische Abfälle in Rio de Janeiro*

Im Rahmen des Förderprogramms „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte (Nakopa)“:

- *Modernisierung des Beleuchtungsnetzes in der Stadt Bethlehem Im Rahmen des Förderprogramms „Kommunales Corona-Solidarpaket“*

- *In der Partnerstadt Bethlehem:*

Bereitstellung besserer E-Servicedienstleistungen für die Bürger der Stadt Bethlehem

- *In der Partnerstadt Corinto/Nicaragua:*

Minderung der Auswirkungen der Pandemie COVID 19 durch die Verbesserung der Qualität der medizinischen Erstversorgung, den Schutz des Gesundheitspersonals und eine ständige Kampagne zur Sensibilisierung der Bevölkerung, um die Ausbreitung und Vermehrung des Virus zu verhindern

- *In der Partnerstadt Rio de Janeiro:*

Entwicklung und Einführung einer Anwendung im Rahmen der „COR-

Challenge“ zur Verbesserung der Kommunikation mit den Bürgern Rio de Janeiros in Krisenlagen und Notsituationen

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

4.1.12 Planungsaufnahme zur Errichtung einer 4-gruppigen integrativen Kindertageseinrichtung in der Franz-Werfel-Straße 18, 51067 Köln (Holweide)
1471/2020

Bürgermeister Andreas Wolter: Wird dazu das Wort gewünscht? Wer ist dagegen? - Wer möchte sich enthalten? Dann haben wir einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung unverzüglich die Planung und Kostenermittlung bis einschließlich Leistungsphase 3 (HOAI) für den erforderlichen Abriss und Neubau, Planung der technischen Innenausstattung und Gestaltung des Außengeländes inkl. Spielgeräte der Kindertageseinrichtung Franz-Werfel-Str. 18 in Köln Holweide aufzunehmen.*

   Der Planung ist das Raumprogramm für eine Kindertageseinrichtung mit 2 Gruppen Typ I (6 U3- und14 Ü3-Plätze) und 2 Gruppen Typ II (10 U3-Plätze) sowie die Leistungsbeschreibung für den Neubau von Kindertageseinrichtungen (Stand 01/2019) zu Grunde zu legen.

2. *Der Rat genehmigt konsumtive Aufwandsermächtigungen i.H.v. 374.000,- € zur Beauftragung der Leistungsphasen 1-3. Die dazu benötigten Mittel stehen im Teilergebnisplan 0603 (Kindertagesbetreuung) in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung. Ein Teilbetrag i. H. v. 44.000,- € wird bereits in 2020 abfließen. Der Restbetrag i. H. v. voraussichtlich 330.000,- € steht im Haushaltsjahr 2021 zur entsprechenden Verwendung bereit.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: 4.1.13 hatten wir vertagt.

Dann sind wir bei

4.1.14 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts der Beihilfekasse der Stadt Köln 2019
2742/2020

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann waren wir hier einstimmig.

Beschluss:

Der Rat stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2019 fest und entlastet den Kassenleiter.

Der Jahresüberschuss 2019 wird an die Stadt Köln abgeführt. Die Zahlungsabwicklung erfolgt durch Verrechnung mit künftigen Umlagezahlungen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

4.1.15 Feststellung des Wirtschaftsplans der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2021
2743/2020

Bürgermeister Andreas Wolter: Wird hierzu das Wort gewünscht? - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann waren wir einstimmig.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 15 der Satzung der Beihilfekasse der Stadt Köln in Verbindung mit § 97 Absatz 4 GO NRW den Wirtschaftsplan 2021 fest.

Gleichzeitig beschließt der Rat für das Wirtschaftsjahr 2021 die Finanzierung mit einem Umlagesatz von

7,20 % für Beihilfen Beamtinnen und Beamte

0,11 % für Pflegeversicherung Beamtinnen und Beamte 0,04 % für Beihilfen Beschäftigte

der Dienstbezüge (ohne Mehrarbeits-/Überstundenvergütung, ZVK-Umlagen, Sozialversicherung, Jahressonderzahlung)

und einem Gesamtbetrag von 27.164.600 Euro für Beihilfen an Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Die Beihilfekasse wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 2.500.000 Euro in Anspruch zu nehmen, sofern die Stadt Köln keine Akontozahlung zur Beseitigung bestehender Liquiditätsprobleme leistet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

4.1.16 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 0412 - Historisches Archiv - im Haushaltsjahr 2020
3455/2020

Bürgermeister Andreas Wolter: Wird hierzu das Wort gewünscht? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist es einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt einen überplanmäßigen zahlungswirksamen Aufwand gem. § 83 GO NRW in Höhe von 83.577.000 € im Teilergebnisplan 0412 – Historisches Archiv, Teilplanzeile 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen zur Gewährung eines nicht rückzahlbaren Investitionszuschusses an die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2020.

Die Deckung erfolgt durch zahlungswirksame Mehrerträge aus der Schadensregulierung in gleicher Höhe im Teilergebnisplan 0412 – Historisches Archiv in Teilplanzeile 7 – Sonstige ordentliche Erträge, Haushaltsjahr 2020.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

4.1.17 Entsendung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern in die Ausschüsse auf Vorschlag der Seniorenvertretung
3407/2020

Bürgermeister Andreas Wolter: Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt gemäß § 58 Absatz 4 GO in Verbindung mit § 23 Absatz 4 der Hauptsatzung, die in Anlage 1 dieser Beschlussvorlage aufgeführten und von der SVK-Stadtkonferenz vorgeschlagenen Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter und für den Verhinderungsfall deren Vertreterinnen und Vertreter als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in die entsprechenden Fachausschüsse zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

4.1.18 Aufstockung des Hilfsprogramms für durch die Corona-Pandemie betroffene Kölner Sportvereine
3505/2020

Bürgermeister Andreas Wolter: Wird dazu das Wort gewünscht? - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann war es auch hier einstimmig.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Aufstockung des Hilfsprogramms für durch die Corona-Pandemie betroffene Kölner Sportvereine (s. Anlage 1) auf nunmehr insgesamt bis zu 600.000 €. Zur Erhöhung des bereits gestarteten Hilfsprogramms über den bisher bereits eingesetzten Betrag von 300.000,- € hinaus sind weitere Haushaltsmittel in Höhe von 300.000,- € erforderlich.

Die Verwaltung wird ermächtigt für die Auszahlung der vorgesehenen Zuschüsse den Stadtsportbund mit der Abwicklung der Zuschussverfahren zu beauftragen. Gleichzeitig wird die Verwaltung ermächtigt, die Mittel zur sofortigen Auszahlung der Zuschüsse an den Stadtsportbund Köln zu überweisen.

Die erforderlichen konsumtiven Auszahlungsermächtigungen stehen im Haushaltsplan 2020/2021 im Jahr 2020 zur Verfügung.

Die Aufwendungen im städtischen Haushalt entstehen in dem Jahr, in dem der Stadtsportbund die Hilfe an einen Verein gewährt. Für das Jahr 2020 stehen Aufwandsermächtigungen in Höhe von 300.000 € im Teilergebnisplan 0801 – Sportförderung in Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen, Haushaltsjahr 2020, zur Verfügung.

Die Belastungen für das Jahr 2021 werden im Rahmen der Bewirtschaftung innerhalb des Budgets des Dezernates IV finanziert.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

4.1.19 Erhöhung der Jugendbeihilfe 2020
3419/2020

Bürgermeister Andreas Wolter: Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung im Rahmen der Corona-Krise mit der Aufstockung der Jugendbeihilfe von bisher 1.251.918 € auf insgesamt 2.251.918 € und der sofortigen Auszahlung an die förderberechtigten Kölner Sportvereine. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Mittel zur sofortigen Auszahlung der Zuschüsse an den Stadtsportbund Köln zu überweisen. Die erforderlichen konsumtiven Auszahlungsermächtigungen stehen im Haushaltsplan 2020/2021 im Jahr 2020 zur Verfügung.

Die zusätzlichen Aufwandsermächtigungen in Höhe von 1.000.000 € stehen im Teilergebnisplan 0801 - Sportförderung in Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen, Haushaltsjahr 2020, zur Verfügung da die Zuschüsse für andere Maßnahmen reduziert werden können.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

4.1.20 Berufung von sachkundigen Einwohnern als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung
3149/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann haben wir einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

I. Der Rat beschließt,

Frau Beate Grashof als Mitglied mit beratender Stimme für die Evangelische Kirche und Frau Carmen Schmitt als ihre Vertreterin in den Ausschuss Schule und Weiterbildung zu berufen.

II. Der Rat beschließt,

Herrn Gerhard Jansen als Mitglied mit beratender Stimme für die Stadtschulpflegschaft und Herrn Andreas Albrecht als seinen Vertreter in den Ausschuss Schule und Weiterbildung zu berufen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Dann rufe ich auf

4.2 Haushaltsrechtlichen Unterrichtungen nach § 25 Abs. 2 KommHVO

4.2.1 Mehrkosten Umwandlung Tennenplätze in Kunstrasenplätze

2750/2020

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.2.2 Generalinstandsetzung der Friedrich-Karl-Straße in Abschnitten zwischen Hausnummer 224-236 und 238-270

3015/2020

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.2.3 Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, Kapitel 1 und 2, Sachstandsmitteilung

3366/2020

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.2.4 Unterrichtung des Rates gem. § 25 der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen

3369/2020

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.2.5 Finanzielle Auswirkungen der Corona-Pandemie im Bereich der Allgemeinen Finanzwirtschaft, Allgemeine Finanzlage der Kommunen und Ausblick auf 2021 ff

3394/2020

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.2.6 Haushaltsrechtliche Unterrichtung der Kämmerin/Einsturz Historisches Archiv/Verwendung der Mittel aus dem Vergleichsabschluss

3296/2020

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.2.7 Generalsanierung der Schlackstraße hier: Mitteilung über Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2020 und 2021

4259/2019

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.2.8 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2020/21 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21

2959/2020

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Bürgermeister Andreas Wolter: Wenn es keine Wortmeldungen gibt, dann könnten wir diese gesammelt zur Kenntnis nehmen.

Da gibt es keine Wortmeldung. Dann könnten wir diesen Punkt 4.2 gesammelt zur Kenntnis nehmen.

Wir sind dann angekommen bei

5 Weitere Vorgänge

5.1 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „Dürre in Köln 2020“
AN/1384/2020

Antwort der Verwaltung vom 10.12.2020
3482/2020

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Vorlage ist die Antwort der Verwaltung. Vielen Dank dafür. Sie ist sehr umfangreich. Ich würde gerne in der nächsten Sitzung Nachfragen dazu stellen können, da es jetzt als Tischvorlage gekommen ist und ich keine Zeit hatte, sie adäquat durchzuarbeiten. - Danke.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Anmerkung:
RM Zimmermann behält sich vor, in der nächsten Ratssitzung Nachfragen zu dieser Beantwortung zu stellen.

Bürgermeister Andreas Wolter: Dann haben wir den Punkt

5.2 Antrag der Gruppen KLIMA FREUNDE und GUT betreffend „Verbot des Abbrennens pyrotechnischer Erzeugnisse und Knallkörper“
AN/1382/2020

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1492/2020

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und der Gruppen KLIMA FREUNDE und GUT

AN/1496/2020

Änderungsantrag der Gruppe Die PARTEI

AN/1499/2020

Dazu liegen mir hier schon Wortmeldungen vor von Frau Gabrysch und Frau Syndicus, die den Antrag begründen wollen, und von Herrn Weisenstein, Herrn Hammer, Herrn Breite und Herrn Krupp. Die anderen warten wir ab. Dann würden wir nämlich dann, nachdem die Antragsteller erst einmal gesprochen haben, nach der Größe der Fraktionen die Rednerinnen und Redner zu Wort kommen lassen. - Frau Gabrysch, bitte.

Karina Margareta Syndicus (GUT Köln): Ich würde gerne mit Frau Gabrysch tauschen.

Bürgermeister Andreas Wolter: Ja, Frau Syndicus, bitte.

Karina Margareta Syndicus (GUT Köln): Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratsmitglieder! Unser Antrag auf ein Böllerverbot in den von der Verwaltung festzulegenden erweiterten Hotspots umfasst viele Punkte. Schließlich gibt es von Luftreinhalteplänen bis überlastete Kliniken einige Gründe, die gerade in diesem besonderen Jahr 2020 dafür sprechen.

Die Kliniken sind an ihren Grenzen. Das ist Fakt. Es gibt nur noch wenige freie Intensivbetten. 30 Prozent der Operationen wurden verschoben. Ständig gehen Ärzt*innen und Pflegepersonal in Quarantäne und Fehlen im laufenden Betrieb.

Nach Rücksprache mit einigen Menschen aus diesem Sektor kann ich Ihnen hier sagen: Sie alle sehnen dieses Verbot herbei. Denn abgetrennte Finger konnte zwar nie jemand gebrauchen, in diesem Jahr allerdings besonders nicht.

Ich weiß, dass viele mit Feuerwerk positive Emotionen verknüpfen und Psycholog*innen haben auch ein Wort für die Freude am Böller: Es ist die

Angstlust und die können sie gerade auch in jeder vollen Bahn konstruieren. Ist das noch zeitgemäß oder hängen wir da einer nostalgischen Verklärung hinterher, wo wir doch eigentlich alle wissen, dass es bunter, lauter Mist für Umwelt, Mensch und Tier ist?

(Beifall)

Gestern hat der Krisenstab der Stadt Köln erklärt, dass es keinen Glühweinverkauf mehr ab 16 Uhr geben darf. Und warum? - Weil die Menschen Sehnsucht nach dem normalen Leben haben und jeden Strohhalm der Eskalation nutzen, der im Vergleich zum letzten Jahr gerade sehr kurz ist.

Einen Punkt möchte ich allerdings gesondert hier zur Sprache bringen, und der wird leider viel zu oft nicht gesehen. Viele Soloselbstständige können gerade ein trauriges Lied darüber singen.

Wenn wir uns an Weihnachten mit der Familie treffen, reisen, eventuell mit Risikogruppen in Kontakt treten, da wir uns bestenfalls vorher einige Tage in Quarantäne begeben haben, und nur eine Woche darauf heiter auf der Straße zusammenfinden, Böller und Raketen zünden, ist dies - mit Verlaub gesagt - ein Tritt in den Hintern für all die Kulturschaffenden, die Gastronom*innen und alle die, die an diesem Wirtschaftszweig hängen.

Diese Menschen - und ich rede hier von Menschen, denn vor lauter Zahlen vergessen wir offensichtlich, dass es hier um Existenzen geht - hatten zumeist gute Hygienekonzepte ausgearbeitet und haben viele auch kurzfristige Änderungen hingenommen.

Der Leiter des Kunstmuseums Bonn betitelte diese Zeit als „Arbeiten auf Treibsand“, und ich finde diese Benennung geschickt gewählt. Denn genau so fühlt es sich an. Je mehr man strampelt, desto tiefer versinkt man.

Einfach mal Ruhe in die Sache hineinbringen, bis man den Stock findet, an dem man sich herausziehen kann. Diese Ruhe mit einem lauten, bunten Knall zu unterbrechen? - Nein.

Das sind die Leute, die noch länger darben müssen, wenn wir durch ein Nichtverbot von Feuerwerk an den Hotspots den Inzidenzwert wieder nach oben treiben. Die Theater, die Clubs, die Gastro, alles davon ist sicherer als Böller.

In Köln haben wir nach meinen aktuellen Zahlen noch 29 freie Intensivbetten. Dort Menschen mit den typischen Silvesterverletzungen liegen zu haben ist in diesem Jahr eine Farce.

Und wenn der Grund, diesen Antrag nicht positiv anzunehmen, lauten sollte, dass es nicht kontrollierbar sei, ob die Leute sich tatsächlich daran halten, gibt man im gleichen Atemzug auch zu, dass es nicht kontrollierbar ist, ob Lieschen Müllers heitere Straßenböllerparty sich auch an Abstandsregelungen und Personenbegrenzungen hält.

Und wenn der Grund lauten sollte: aber der arme Handel, dem Umsatzeinbußen durch den Nichtverkauf von Feuerwerk drohen, dann sei gesagt: All die betrieblichen Weihnachtsfeiern und all die Silvesterpartys der Clubs, die jetzt nicht stattfinden, das kompensiert der Handel gerade ganz gut mit all den Leuten, die zu Hause essen und trinken.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Syndicus. - Frau Gabrysch, bitte.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. - Liebe Kolleg*innen! Ich möchte ergänzen, dass über die Auswirkungen auf Kunst und Kultur, auf Gastronomie, auf Handel eben auch die soeben von meiner Kollegin angesprochenen Verletzungen zu nennen sind, die ja jedes Jahr wieder passieren und die zu einer zusätzlichen Belegung der Betten in den Kliniken führen würden, Betten, die wir eben ganz dringend im Moment für Corona-Patienten brauchen.

Dazu kommt noch, dass die Silversternacht eine signifikante Belastung mit Feinstaub bedeutet. Rund ein Sechstel der gesamten Feinstaubmenge eines Jahres, also zwei Monate von zwölf Monaten gerechnet, wird in dieser einen Nacht produziert. Das muss man sich mal bewusst machen. Das sind massive gesundheitliche Belastungen, und zwar vor allem für Menschen mit Vorerkrankungen, Risikopatient*innen, aber eben auch für Corona-Erkrankte. Wir können uns das im Moment in dieser Situation mehr denn je nicht erlauben.

Dazu kommt, dass auch Tiere leiden und sterben, aus Angst, aus Verwirrung und wegen des Lärms und wegen der verwirrenden Gerüche in der Luft - auch völlig unnötig. Ganz zu schweigen von dem

ganzen Müll, der auch völlig unnötig in die Umwelt geblasen wird, gefeuert wird, liegen bleibt.

Wir haben letztes Jahr schon eine Aktion gemacht, eine Müllsammelaktion mit den Students for Future am Rheinufer, das waren wenige Meter. Das waren 10.000 Liter, was ein Bruchteil von dem ist an Müll, was in dieser Silvesternacht entsteht. Und vieles davon, so sehr die AWB sich auch bemüht, bleibt trotzdem liegen, wird vom Winde verweht, gerät in den Rhein. Es geht auch nicht nur um die Umwelt, in der wir uns bewegen, sondern es geht tatsächlich auch um den Rhein selber als Ökosystem. Da landet dann der ganze Müll, Mikroplastikbelastung und auch die chemischen Reste.

Insgesamt mit dem, was Karina gesagt hat, und mit dem, was ich ergänzt habe, können wir es uns wirklich mit Vernunft nicht mehr weiter erlauben, dieses Spektakel durchzuziehen, zumal es ja längst klimafreundliche, umweltfreundliche, gesundheitsfreundliche und übrigens auch coronakonforme Möglichkeiten gäbe, so eine Art Feuerwerk in Form zum Beispiel einer Lichter-Drohnen-Show, die im Fernsehen und im Internet übertragen wird, sodass sich das alle Menschen von Zuhause angucken können. Es geht nicht darum zu verzichten, es geht darum, sinnvolle Alternativen anzubieten, und diese alternativen Lösungen gibt es bereits.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Gabrysch. - Ich weise auch noch mal darauf hin: Wir haben Änderungsanträge vorliegen einmal der LINKEN und dann von Grünen, CDU, GUT und KLIMA FREUNDEN, also der eigentlichen Antragsteller des Antrags. - Ich würde jetzt als Nächsten Herrn Hammer um seine Wortmeldung bitten.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, in unserem Änderungsantrag erkennen wir durchaus an, dass wir gerade in pandemiebedingten Zeiten die Krankenhäuser nicht weiter belasten wollen durch die teilweise sehr schweren Verletzungen, die beim unsachgemäßen Abfackeln von Feuerwerk und vor allen Dingen von Knallkörpern in dem Fall oft entstehen. Das ist unser Fokus, dass wir uns darauf konzentrieren, die Kapazitäten für diejenigen, die wirklich in intensivmedizinischer Behandlung sind, entsprechend freizuhalten.

Es gibt jetzt bereits Schutzzonen zum Beispiel rund um den Dom, an dem an Silvester jetzt schon nicht geböllert werden darf. Wir bitten daher die Verwaltung zu prüfen, wie die bestehenden Zonen auf diese potenziellen Hotspots erweitert werden können, die coronabedingt sind, damit die Menschenansammlungen, die gegebenenfalls entstehen könnten, wenn alle zusammenkommen, da entsprechend nicht entstehen.

Außerdem bitten wir in unserem Änderungsantrag auch um Ausarbeitung und Umsetzung einer Kampagne, um nicht nur für den Verzicht auf Feuerwerk zu sensibilisieren, aber auch generell in Anlehnung an die Plakatkampagne zum 11.11. dazu aufzufordern: Dieses Jahr verzichtet doch bitte auf Feuerwerk. Wir sind in einer Pandemie-Situation und wenn wir die Zahlen einigermaßen in den Griff bekommen wollen, dann müssten wir uns daran halten und nicht alle wie wild losböllern.

Von daher ist, glaube ich, dieser Änderungsantrag ein guter Kompromiss, zwischen den verschiedenen Gemengelagen - die einen sagen, wir wollen aber böllern wie immer, die anderen sagen: auf gar keinen Fall - durchaus eine Brücke zu schlagen zwischen den berechtigten Interessen. Wir bitten daher um Zustimmung.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Hammer. - Herr Krupp, bitte.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Ich glaube, dass die LINKE noch ihren Änderungsantrag - -

Bürgermeister Andreas Wolter: Nach Größe der Fraktion. Nur die Antragsteller begründen und dann geht es nach der Größe der Fraktion.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Alles gut, dann lege ich los. - Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir von der SPD-Fraktion kündigen jetzt schon an, beiden Änderungsanträgen zustimmen zu können, und gehen davon aus, dass zumindest der Antrag, den die Grünen eben vorgestellt haben, durchgeht, und damit können wir auch leben.

Mit dem Ursprungsantrag können wir so nicht leben, und das will ich auch gern begründen. Das

muss man, glaube ich, mal differenzieren zwischen der Argumentation, die sich ganz allgemein gegen Feuerwerk richtet, und der Argumentation, die sich jetzt auf die Corona-Situation bezieht. Das wird ja hier munter durcheinandergebracht.

Was die allgemeine Skepsis, die hier durchklingt auch in manchen Anträgen, gegen das private Silvesterfeuerwerk angeht, können wir das so nicht teilen. Das wird Sie wundern, ist doch die SPD die Partei, der man gemeinhin unterstellt, sie wäre da ein bisschen paternalistisch in Ihrem Staatsverständnis. Aber in diesem Fall kämpfen wir sozusagen auf den Barrikaden der Freiheit.

(Heiterkeit und Beifall)

Scherz beiseite! Wir glauben - und das ist letztlich eine Abwägungsfrage -, dass es nicht angemessen ist, grundsätzlich Feuerwerk zu unterbinden jenseits der Corona-Situation. Das ist hier auch munter durcheinandergegangen. Eben dieses Argument, ein Sechstel der Feinstaubbelastung würde in der Silvesternacht produziert, ist nicht richtig. Gucken Sie auf die Seite des Umweltbundesamtes, nicht irgendeine Fake-News-Seite, das jetzt eine aktuelle Broschüre herausgegeben hat.

(Beifall)

Das Umweltbundesamt rät von Feuerwerk ab; ich will das ganz ehrlich sagen. Aber in der Broschüre steht drin, es ist 1 Prozent der Jahresbelastung, und das ist ja schon einmal ein erheblicher Unterschied, das durch Feuerwerk produziert wird

(Beifall)

Gleichwohl, - ich sage das ganz offen - das Umweltbundesamt rät davon ab. Das ist auch deren Aufgabe. Aber wir als Politik haben Abwägungen zu treffen. Und da kann ich sagen, das reicht nicht aus, um sich grundsätzlich gegen Feuerwerk auszusprechen.

Anders ist es in der Tat in diesem Jahr aufgrund der Corona-Situation. Hier ist es völlig richtig, Menschenansammlungen zu vermeiden, um auch Infektionsherde zu vermeiden. Das müsste grundsätzlich nicht dagegen sprechen, Feuerwerk vielleicht im privaten Rahmen abzubrennen. Ich denke an eine Familie, die irgendwie vom Balkon eine kleine Rakete der Hoffnung abfeuert nach diesem Jahr. Das muss gar nicht dagegen sprechen.

Wenn es ein generelles Böllerverbot geben soll, dann muss das durch das Land kommen. Das ist kommunal gar umsetzbar und es ist im Übrigen auch nicht kontrollierbar. Frau Syndicus hat das ja eben angesprochen. Ich kann Ihnen nur sagen, der Unterschied ist der: Es ist so nicht nicht kontrollierbar, aber dieses Vollzugsdefizit wird am Nachthimmel für alle sichtbar sein. Spätestens da haben sich die öffentliche Hand und der Staat blamiert, und das wollen wir nicht. Es ist nicht kontrollierbar.

Wohl ist es aber kontrollierbar an einzelnen Hotspots. Und das sieht ja auch die Corona-Verordnung des Landes zwischenzeitlich vor, dass dort Verbote ausgesprochen werden können. Deswegen geht das auch genau in unsere Richtung, genau wie es auch in unsere Richtung geht zu sagen: Wir machen eine Plakatkampagne, um über Risiken gerade im Zusammenhang mit Corona jetzt aufzuklären.

Das ist völlig in Ordnung, und deswegen sind auch beide Änderungsanträge, wenn auch nicht mit den jeweiligen Begründungen, für uns so in Ordnung. Wenn die jetzt so kommen, wenn mindestens mal der grüne Antrag kommt, gerne auch der von der LINKEN, dann sind wir auch dabei. - Das war es von meiner Seite. Danke schön.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Krupp. - Dann wäre jetzt als Nächster Herr Petelkau an der Reihe.

Bernd Petelkau (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzenden. - Wir als CDU sind grundsätzlich für das Silvesterfeuerwerk. Es ist eine schöne Tradition, die wir nicht abschaffen wollen.

Dieses Jahr steht aber unter einem ganz besonderen Stern. Die Pandemie erfordert es, dass keine Hotspots entlang des Rheines oder an anderer Stelle in der Stadt entstehen. Deshalb unser Änderungsantrag, der Maß und Mitte gewährleisten soll. Wir wollen das private Feuerwerk unter Einhaltung der Regeln ja, aber keine Hotspotbildung und deshalb die Ausweisung der Schutzzone. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. - Vielen Dank.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Petelkau. - Dann hat jetzt Herr Weisenstein

das Wort oder Frau Tokyürek und dann Herr Breite.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrter Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben uns mit dem ursprünglichen Antrag von GUT und KLIMA FREUNDE intensiv beschäftigt, und irgendwie hat ja jeder, glaube ich, eine Meinung zum Böllerverbot. Tatsächlich ging es um die Frage, sind wir jetzt für ein stadtweites Verbot von Böllern oder wie sehen wir das.

Also die Frage war, dass man mit einem allgemeinen Verbot entsprechend nicht weiterkommt. Wir glauben, dass es einfach auch wichtig ist, die Menschen mitzunehmen. Und das Jahr ist ohnehin schon schwierig genug. Unter Corona-Bedingungen gibt es sehr, sehr viele Verbote und die Menschen haben auch richtig zu knapsen dieses Jahr. Da war die Frage, wie kann man das gestalten.

Für uns war es wichtig, den appellativen Charakter zu haben, Menschen dahin zu führen, dass eben das Abbrennen von pyrotechnischen Erzeugnissen bestimmte negative Folgen hat. Das ist ja auch in dem Ursprungsantrag von GUT und KLIMA FREUNDEN entsprechend ausgeführt worden. Vielem davon kann man sich auch argumentativ nicht entziehen. Deswegen ist unser Antrag: appellativ, dass man die Menschen langsam dazu auffordert, und das geht auch nicht von heute auf morgen.

Die weitere Anregung von uns war, dass man eine entsprechende Kampagne startet. Wenn wir uns den Antrag von Grünen, CDU, GUT und KLIMA FREUNDEN, den zweiten Antrag anschauen, dann finden wir uns zumindest bei der Kampagne auch schon wieder. Das kann jetzt beginnen, aber das muss auch weiter in den nächsten Jahren entsprechend kommuniziert werden, immer wieder mit Kampagnen begleitet werden, damit Menschen verstehen, welche negativen Folgen tatsächlich diese pyrotechnischen Erzeugnisse für viele Felder im Leben haben.

Wir können auch damit leben, wenn man sagt: Es gibt noch einmal weitere potenzielle Hotspots. Das kann man kontrollieren. Ich denke schon, dass das Vollzugsdefizit ein Problem sein könnte, dass es, wenn man sagt stadtweit, an den zwei Tagen kaum möglich ist, das zu kontrollieren. Aber mit weiteren potenziellen Hotspots ist das durchaus denkbar. Deswegen haben wir uns entschieden, dass wir unseren Antrag zurückziehen, weil wir uns auch in dem zweiten Antrag hier wiederfinden und dementsprechend dann zustimmen würden.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank Frau Tokyürek. - Dann Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Meine Kollegin von den LINKEN, schade, dass Sie Ihren Antrag in der Form so schnell zurückziehen. Denn wenn Sie die Reden gehört haben von den Antragstellern von GUT und KLIMA FREUNDEN und dann Ihren Antrag lesen, dann passt das nicht zusammen.

Es passt auch nicht das zusammen, was Herr Petelkau gesagt hat und was die Antragsteller des Ursprungsantrags hier ausgeführt haben. Das ist doch alles weiße Salbe, was wir hier in der Form hören. Denn entweder sagt man, was Herr Petelkau gesagt hat, jawohl, es ist eine Tradition, wir wollen das behalten. Wir haben die Pandemie, da gibt es die Schutzverordnung der Landesregierung, aber auch unseren Krisenstab, der klipp und klar sagt, es gibt Hotspots, das geht dieses Jahr nicht, aber die Familie, die kleine Familie soll dieses noch haben, diese kleine Hoffnung, wie gerade Herr Dr. Krupp gesagt hat, noch einmal in den Himmel zu schießen. Es ist doch die Frage, ob wir das erlauben oder ob wir auch diesen Familien ein schlechtes Gewissen einreden. Noch einmal: ein schlechtes Gewissen einreden.

(Beifall)

Und da machen wir von der FDP in der Form nicht mit. Denn diese Familien wissen schon, was sie in der Form machen. Das Wichtige ist, dass wir keine Hotspots bekommen. Es geht nicht auf der Deutzer Brücke, wer das kennt, auf dem Alten Markt oder sonstwo. Das wollen wir doch deutlich machen.

Und ich glaube, der Krisenstab weiß ganz genau, wo der Hotspot ist, und wenn sie es ausweiten müssen, dann brauchen sie jetzt nicht von uns am 10. Dezember irgendwelche Anträge, dass sie noch einmal selber schauen müssen. Ich glaube, das wissen sie selber und können sie.

(Beifall)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, eine Informationskampagne! Ja, das kommt ja nicht plötzlich, Silvester. Ui, 10. Dezember, wir brauchen eine Kampagne. Das müssen wir ausschreiben. Man kann ja nicht einfach das Geld - - Das Geld haben wir gar nicht zur Verfügung gestellt. Das muss ausgeschrieben werden. Ich sage euch, wenn die Plakate hängen, dann kommt der Osterhase, dann kommt der Osterhase!

(Beifall)

Das kennen wir doch. Und darum ist das, bei aller Liebe - - Wir wollen ja alle warm ums Herz sein, weil Weihnachten ist. Aber das ist hier weiße Salbe, das kann die Verwaltung gar nicht ausführen. Und darum werden wir dieses auch ablehnen.

Man kann eine Informationskampagne machen, gar kein Thema. Wir können auch darüber reden, wie wir sie ausführen. Aber das macht man nicht am 10. Dezember, meine sehr verehrten Damen und Herren, das hätten wir schon im Oktober machen können. Und darum bringt das in der Form nichts.

Machen wir selber als Politik den Appell: Seid vorsichtig, gerade zu Silvester! Wir werden einen Lockdown haben, und da können wir keine großen Feuerwerke machen. Aber lassen wir den Familien auch den Kindern und Jugendlichen noch ein bisschen Spaß und versuchen sie nicht in eine Angstecke zu drängen, dass sie etwas Falsches machen. - Danke schön.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Breite. Aber wir hätten ja auch nicht im Oktober gedacht, dass wir im Dezember vor einem zweiten Lockdown stehen. Auch das müssen wir mit berücksichtigen. - Herr Cremer, bitte.

Christer Cremer (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Meine Damen und Herren! Der Herr Breite hat vieles sehr gut ausgeführt. Ich möchte das ergänzen.

Und zwar tue ich mich mit diesen Anträgen grundsätzlich schwer. Denn Corona scheint auf allen staatlichen Ebenen eine Art Hintertür für Politik durch die Hintertür zu sein. Wir konnten ja auf der Bundesebene nie eine Transferunion hinbekommen. Jetzt machen wir es bei Corona. Jetzt soll hier ein Verbot für Feuerwerkskörper kommen. Corona soll die Ursache sein. Die ganzen Begründungen der Pro-Sprecher für diese Anträge gehen ja alle in diese Richtung: Böllern ist schlecht, Böllern ist böse. Und man möchte hier offensichtlich über diese ganze Corona-Sache die Freiheit einschränken.

Man kann ja gerne sagen, dass es keine großen Menschenansammlungen geben soll, wie zum Beispiel auf der Deutzer Brücke. Aber wie wollen Sie denn bitte in ganz Köln - - Es ist doch wirklich nicht schlimm, wenn in irgendeiner Reihenhaussiedlung die Familie vor die Tür geht und ein paar Raketen in die Luft jagt.

Das ist übrigens auch sicherer. Wenn wir hier ein Verbot machen würden, dann würden sich die Leute nämlich nachher die illegalen Böller kaufen, weil es die legalen Böller nicht mehr zu kaufen geben würde im Handel, und dann haben wir die Leute in den Krankenhäusern.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Die erste Runde wäre abgeschlossen. Jetzt liegen noch für eine zweite Runde zwei Wortmeldungen vor von Frau Gabrysch und Frau Syndicus. Frau Syndicus, bitte.

Karina Margareta Syndicus (GUT Köln): Ich wollte nur kurz darauf hinweisen, dass auch im Ursprungsantrag von einem möglichst stadtweiten Böllerverbot die Rede war - dass das zu überprüfen ist, das war eigentlich klar - und dass der Änderungsantrag auch gemeinsam gestellt worden ist von der Fraktion der Grünen, der CDU, den KLIMA FREUNDEN und GUT. Und die Plakatkampagne stand auch schon im ersten drin.

Bürgermeister Andreas Wolter: Frau Gabrysch, bitte.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Also das mit dem Timing, dass es zu spät ist, das ist ja ein schönes Totschlagsargument, das die Kolleg*innen gerade auch der FDP immer ganz gerne benutzen, um halt einfach nichts zu verändern, anstatt endlich einmal anzufangen - besser spät als nie.

Und ja, genau, das ist das, was ich eben sagte. Wir haben schon vor einem Jahr einen Appell an die Stadt veröffentlicht. Es war also durchaus ein Jahr Zeit. Eigentlich sind die Dinge ja auch schon länger als ein Jahr bekannt. Also es liegt jetzt nicht daran, dass wir gerade erst in den Rat gerutscht sind und gerade erst diesen Antrag einbringen konnten, sondern daran, dass einfach ein Jahr lang alle anderen untätig waren, die vor uns hier saßen.

Dann möchte ich sagen: Sie betonen immer, machen wir denen doch kein schlechtes Gewissen, verbieten wir es denen doch nicht, nehmen ihnen doch nicht den ganzen Spaß. Ich glaube, Sie haben nicht verstanden, worum es geht. Man kann diese ganzen Dinge nämlich auch anders framen. Man kann es als Appell an das Gewissen, man kann es als positives solidarisches Handeln einordnen, was wir übrigens schon die ganze Zeit über in diesem Jahr praktizieren und was viele Menschen auch begreifen. Man kann es als Gewinn formulieren, als einen Gewinn durch Alternativen klimafreundlich, gesundheitsfreundlich usw., von denen wirklich jeder Mensch in dieser Stadt profitieren würde, entweder sowieso in der Silvesternacht, aber zumindest mittel- bis langfristig.

Also das ist immer dieses schöne Framing: Ja, es wird was verboten, den Leuten wird der Spaß genommen und außerdem ist es ja eh schon viel zu spät. Also so schlittern wir wirklich weiter wie bisher mitten hinein in die Zukunft, die unmittelbar bevorsteht, und so, meine Herren, kommen wir hier nicht weiter.

Dann möchte ich als Letztes wirklich sagen, dass ich entsetzt bin, dass mir hier unterstellt wird, dass ich hier Fake News verbreite. Ich weiß nicht, ob Ihnen bewusst ist - ich hatte es eben erwähnt -, dass es sich dabei um Informationen handelt, die die Students for Future in ihren Appell reingetragen haben. Wie Sie wissen, arbeiten die eng mit den Scientists for Future zusammen. Wie Sie sich denken können, sind das tatsächlich echte Wissenschaftler, die ganz genau wissen, was sie da sagen und tun, und die sicherlich nur Zahlen in so einen Appell reinbringen, die auch wissenschaftlich belegt sind. Unite behind the science. - Vielen Dank.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Gabrysch. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Dann können wir abstimmen.

Michael Hock (Die PARTEI): Hier!

Bürgermeister Andreas Wolter: Wer ist „hier“?

Michael Hock (Die PARTEI): Die PARTEI, hier hinten. - Wir hatten noch einen Änderungsantrag gestellt. Ich würde es mir nicht nehmen lassen, dazu zwei, drei Worte zu verlieren.

Bürgermeister Andreas Wolter: Also der Änderungsantrag liegt uns hier vorne nicht vor, und mich wundert auch, dass Sie sich nicht in der ersten Runde gemeldet haben. Aber bitte.

Michael Hock (Die PARTEI): Der Änderungsantrag ist jedenfalls im System hinterlegt. Es ist eine Tischvorlage. Eigentlich müsste er hier auch noch ausgedruckt vorliegen. Ich halte mich auch kurz.

Wir von der Partei Die PARTEI für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung, basisdemokratische Initiativen versuchen hier eine vermittelnde Position einzunehmen und überlegen dann, es nicht zu verbieten, sondern zentral die Sprengkörper einzusammeln und einer Nutzung zuzuführen, die beispielsweise darin bestehen könnte, dass man so Problemprojekte wie die Oper oder die Ost-West-Achse ein bisschen tiefer sprengt oder vielleicht auch den Flughafen Köln/Bonn, der ja jetzt auch in eine Schieflage geraten ist, da entsprechend behandelt. Das so als vermittelnde Position.

Wir sind ja auch als die Partei der extremen Mitte schon seit über 50 Jahren, bevor dieser Begriff übernommen wurde, bekannt, eine vermittelnde Position, wo ich, wo wir damit rechnen, dass wir da fraktionsübergreifend auch Zustimmung erfahren werden. - Vielen Dank.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Jetzt haben wir auch den Änderungsantrag. Dann würde ich aber vorschlagen - - Moment mal. Trotzdem würden wir jetzt - da sind wir uns einig hier

vorne - zunächst über den Ersetzungsantrag von Grünen, GUT, CDU und KLIMA FREUNDEN abstimmen lassen.

Wer ist für den Ersetzungsantrag? - Das ist die LINKE, das ist die SPD, das sind die Grünen, die CDU, Herr Wortmann, die Gruppe GUT und die KLIMA FREUNDE. Wer ist dagegen? - Das ist die FDP, das ist die AfD. Wer enthält sich? - Die PARTEI. Dann wäre der Antrag mit großer - - Und Volt enthält sich, Entschuldigung. Volt und Die PARTEI enthalten sich. Dann ist der Antrag trotzdem mit großer Mehrheit so angenommen.

Damit hätte sich dann auch der Änderungsantrag von Die PARTEI erledigt.

I. Abstimmung über den Ersetzungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und den Gruppen KLIMA FREUNDE und GUT Köln

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, schnellst möglichst zu prüfen, wie die bestehenden Zonen, in denen das Abbrennen von pyrotechnischen Erzeugnissen und Knallkörpern bereits untersagt ist, auf weitere potentielle Hotspots ausgedehnt werden können.

Dies soll so zügig erfolgen, dass dies noch in ausreichendem zeitlichem Abstand bis Silvester umgesetzt werden kann.

Zusätzlich erbitten wir die Ausarbeitung und Umsetzung einer Kampagne, um im Hinblick auf den Verzicht zu sensibilisieren, ähnlich wie die Plakatkampagne zum 11.11.2020. Es gilt, die Bürgerinnen und Bürger umfassend über den privaten Gebrauch von Feuerwerkskörpern und deren gesundheitlichen und umweltschädlichen Folgen aufzuklären.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Volt sowie der Gruppe Die PARTEI zugestimmt.

II. Ursprungsantrag der Gruppen KLIMA FREUNDE und GUT und Änderungsantrag der Gruppe Die PARTEI

Die Abstimmung über den Ursprungsantrag AN/1382/2020 und den Änderungsantrag der Gruppe Die PARTEI AN/1499/2020 haben sich aufgrund der Beschlussfassung zum Ersetzungsantrag erledigt.

Anmerkung:
Die Fraktion Die Linke. zieht den Änderungsantrag AN/1492/2020 zurück.

Bürgermeister Andreas Wolter: Dann kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt

5.3 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „Umsetzung Haushaltsbeschlüsse“ AN/1468/2020

Gibt es Nachfragen? - Keine.

(Zuruf: Da liegt die Antwort noch nicht vor!)

Die Antwort kommt zur nächsten Sitzung, dann vermutlich im Februar.

Den Dringlichkeitsantrag der Gruppe Die PARTEI unter Tagesordnungspunkt 5.4. haben wir in den Hauptausschuss verwiesen.

Dann kommen wir zum Punkt - - Haben Sie noch etwas zu 5.3?

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Herr Bürgermeister, wir haben zu dem Antrag folgende Situation: Die SPD und die LINKE haben gemeinsam eine Anfrage eingebracht in der Hoffnung, dass diese in der nächsten Woche auf der Ratssitzung thematisiert werden kann. Jetzt sieht es aber so aus, als gäbe es nächste Woche keine Ratssitzung. Da wäre die Bitte, dass diese Anfrage aber vielleicht nicht bis Februar liegen bleibt, sondern dass man die zeitnah beantworten kann. - Vielen Dank für den kleinen Einwurf.

Bürgermeister Andreas Wolter: Herr Weisenstein, dann können Sie die Anfrage auch an den Hauptausschuss richten. Das ist ja Anfang Januar.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Die Anfrage bezieht sich auf das Haushaltsjahr. Es geht um die Kürzung bei den Arbeitslosenzentren, und das muss dieses Jahr entschieden werden. Deswegen ist es nicht eine Sache, die sozusagen in den nächsten Hauptausschuss gehen kann. Wir können es formal in den nächsten Hauptausschuss tun, das ist okay, aber es muss bitte beantwortet werden, Herr Dr. Rau, bis zum 30.12., denn da ist Handlungsbedarf.

Bürgermeister Andreas Wolter: Die Anfrage ist aber nicht fristgerecht hier gestellt worden. Diese Sitzung am Dienstag hätten wir ja nur, wenn wir heute nicht fertig werden. Ansonsten sind wir, glaube ich, alle froh, wenn wir am Dienstag nicht mehr als Rat zusammentreten müssen.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Herr Wolter, Sie waren der Zeit etwas voraus, das gebe ich ja zu. Aber es ist, glaube ich, ein wichtiges Anliegen, die Kürzung bei den Arbeitslosenzentren. Insofern bitte ich Sie, großherzig zu sein und die Verwaltung doch zu bitten, da aktiv zu werden und sich dazu zu positionieren. - Danke schön.

Bürgermeister Andreas Wolter: Ich glaube, das ist angekommen hier. Trotzdem stellen Sie die Anfrage bitte noch einmal Richtung Hauptausschuss.

5.5 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und Volt betreffend „Bildung von Unterausschüssen“ AN/1392/2020

Wird dazu das Wort gewünscht? - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Bürgermeister Wolter! Meine Damen und Herren! Wir wollten es bei den Unterausschüssen so machen wie bei den Ausschüssen, dass wir bei den Mitgliedern eine Zahl von 13 haben und bei den sachkundigen Einwohnern eine Zahl von 14. Das ist hier nicht korrekt ausgedruckt worden. Ich bitte das zu entschuldigen.

Darum müssen wir bei dem Punkt 2 schreiben zu Protokoll: Dem Unterausschuss gehören jeweils 13 Mitglieder an - hier steht 14, das müssen wir ändern - sowie 14 sachkundige Einwohner.

Wenn wir dieses so ändern, dann ist klar, dass wir nur 13 Mitglieder entsenden und die 14 hier wegfallen. Das betrifft insbesondere den Unterausschuss Selbsthilfegruppen wie auch den Unterausschuss Stellenplan.

Bei dem Punkt 5 muss es heißen: Der Rat entsendet folgende Mitglieder - - Und das sind nicht nur sachkundige Bürger, sondern es können ja auch Ratsmitglieder sein. Die 14 bleibt weg. Bei den sachkundigen Einwohnern bleibt es so, wie es dort steht. Dieses machen wir im Unterausschuss Wohnen wie auch in dem Unterausschuss regionale Zusammenarbeit.

Ich hatte die Verwaltung darüber schon informiert bzw. Sie hatten mich darüber informiert, um es korrekt zu sagen, und darum möchte ich hier gerne bitten, dass wir das so zu Protokoll nehmen.

Bürgermeister Andreas Wolter: Weitere Wortmeldungen? - Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Wir gehören jetzt nicht zu den Antragstellern, aber wir haben uns bis gerade eben darauf vorbereitet, dass die Vorlage so abgestimmt, wird wie sie hier umgedruckt ist und vorliegt. Daher hätte ich Klärungsbedarf. Es macht ja schon einen Unterschied, ob ein Ausschuss jetzt aus 14 Mitgliedern besteht oder aus 13. Das ist ja auch für unser Verhalten wichtig zu wissen.

Also entweder schieben wir den Punkt, bis das klar ist und wir uns darauf vorbereiten können, also diese Wahlen, wo Sie von 14 auf 13 reduzieren wollen, oder aber wir wählen mit 14.

Bürgermeister Andreas Wolter: Dann bitte ich einfach mal die Geschäftsführer der Fraktionen, dass sie mir ein Signal geben, wie sie jetzt verfahren wollen.

Niklas Kienitz (CDU): Dann schieben wir das jetzt, Herr Bürgermeister, und klären das.

Bürgermeister Andreas Wolter: Ich unterbreche die Sitzung für anderthalb Minuten.

(Unterbrechung von 18.08 bis 18.12 Uhr)

Bürgermeister Andreas Wolter: Können Sie mich hören? - Diese Technik ist hier gerade heruntergefahren. Ich hoffe nicht, dass es der Gong war, den ich bestätigt habe. Wenn Sie bitte Platz nehmen würden, dann können wir in der Sitzung fortfahren. - Wunderbar.

Die Fraktionen haben mir jetzt mitgeteilt, dass sie den Antrag zur Bildung von Unterausschüssen in die nächste Sitzung des Rates schieben würden, die dann Anfang Februar ist.

Beim Durchlesen fallen sowieso einige Dinge auf, die da ein bisschen unrund sind, die vielleicht bis dahin noch glattgebügelt werden können, sodass wir dann auch eine klare Beschlussvorlage haben. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das sehe ich nicht.

Die Angelegenheit wird zurückgestellt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Dann kommen wir zu Punkt

5.6 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und Volt betreffend Änderung der Satzungen über die Vergabe von Preisen der Stadt Köln, von Stipendien und anderen Jurys
AN/1479/2020

Wird dazu das das Wort gewünscht? - Nein. Wir haben auch keine Wortmeldungen vorliegen.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Sonst noch jemand? - Dann haben wir mit großer Mehrheit so beschlossen.

Beschluss:

Die Zusammensetzung von Preis- und Wettbewerbsgerichten, Workshops, Jurys z.B. zur Verleihung von Preisen der Stadt Köln oder Vergabe von Stipendien, Foren, Beiräten, Konferenzen wie die Gesundheitskonferenz oder Kommissionen, in deren Satzung eine Beteiligung einer Anzahl von Rats- oder Ausschussmitgliedern bzw. eine Benennung durch Fraktionen vorgesehen ist, wird vereinheitlicht und wo nötig geändert.

Danach sollen die Ratsfraktionen, die mit Stimmrecht im jeweiligen zuständigen Ausschuss vertreten sind, jeweils eine Vertreterin / einen Vertreter in die genannten Gremien entsenden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Dann kommen wir zu Punkt

5.7 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend „Aussetzen der Parkgebühren“
AN/1477/2020

Die FDP hat das Wort. Ich nehme an, das ist Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Das ist der Herr Sterck. Werter Herr Bürgermeister, herzlichen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Aus der letzten Zeit zwei Begebenheiten, eine Kollegin aus Erftstadt, ein Schulfreund aus Refrath, die unabhängig voneinander mir gegenüber gesagt haben, sie kämen ja im Leben nicht mehr auf die Idee, nach Köln zu fahren zum Einkaufen.

Und das kommt zusammen mit Entwicklungen - - Wir hatten schon vor Corona auf der Breite Straße Fußgängerfrequenzreduzierungen von 30 Prozent. Ich war mit der Geschäftsführerin des Stadtmarketings, mit Frau Polster auf der Hohe Straße und sie hat berichtet, dass es dort 40 Prozent Leerstände oder Zwischennutzungen gibt. Es ist auch offenkundig, dass da ganz massiv was passiert ist. Und dann läuft das Weihnachtsgeschäft im Einzelhandel in Köln auch nicht so, wie es sich die Einzelhändler vorgestellt haben.

Deswegen war ich sehr froh, als ich am Montagmorgen in den Nachrichten auf WDR 2 eine Meldung aus Duisburg, aus der Stadt unserer Kämmerin gehört habe, dass dort der Rat einstimmig beschlossen hat, die Parkgebühren bis Weihnachten entsprechend auszusetzen. Das, finde ich, ist auch ein richtiges Instrument für Köln, eine Initiative als freundliche Einladung, als Geste hier insbesondere in Richtung Umland, eine Einladung, in Köln vor Weihnachten noch einkaufen zu gehen - gar nicht durch große Maßnahmen, nicht durch Umprogrammierung von Parkscheinautomaten, sondern einfach dass man einen solchen Beschluss jetzt publik macht durch die Medien und dann das Ordnungsamt auf die

entsprechenden Kontrollen der Parkgebühren verzichtet. Das ist eine ganz einfache, unbürokratische Maßnahme als Einladung zum Einkaufen hier in Köln.

Und das gilt nicht nur für den normalen Einkäufer. Ich möchte auch noch darauf hinweisen - das war auch meiner Kollegin Katja Hoyer besonders wichtig -, dass wir auch an die denken sollen, die vielleicht in den Corona-Zeiten gerade nicht den ÖPNV benutzen wollen, Seniorinnen und Senioren, Risikogruppen, die an der Stelle eher auf den Pkw angewiesen sind, auch die nach Köln zum Einkaufen einzuladen, sodass wir hier unserem Einzelhandel noch bis zum Weihnachtsfest - - Wir gehen wahrscheinlich alle davon aus, dass es danach noch viel schwieriger wird in Sachen Lockdown. Deshalb wollen wir diese Einladung aussprechen: Kommt nach Köln und gebt euer Geld hier und nicht im Online-Handel aus! - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Sterck. - Mir liegen jetzt zwei Wortmeldungen vor. Ich frage mal: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Wahlen, Frau De Bellis-Olinger. Dann hat zunächst Herr Wahlen das Wort, dann Frau De Bellis, dann Frau Gabrysch und Herr Zimmermann.

Lars Wahlen (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es ist für uns Grüne nicht ersichtlich, wie das Einsparen von einigen Euro in Form von Parkgebühren eine relevante Menge von Menschen dazu bewegen soll, ihre Einkäufe in der Stadt und nicht online zu tätigen, insbesondere nicht genug Menschen, um die im Antrag erwähnten Insolvenzen abzuwenden.

Was dieser Antrag aber bewirken wird, ist, Anreize für Menschen zu schaffen, mit dem Auto in die Stadt zu fahren, statt Verkehrsmittel aus dem Umweltverbund zu nutzen. Mit dem vom Rat beschlossenen Klimanotstand ist dies nicht vereinbar. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Wahlen. - Frau De Bellis, bitte.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Lieber Kollege Sterck, grundsätzlich begrüßen wir die Intention, die Bürger und den Handel zu unterstützen. Sie haben an der Stelle die Stadt Duisburg erwähnt.

Ich muss aber auch erwähnen, dass zu Anfang der Pandemie einige andere Städte im Bundesgebiet auf diese Idee gekommen sind, aber auch sehr viele die Verlängerung der Aussetzzeit zurückgenommen haben. Und von daher leuchtet mir auch nicht ein, dass das Aussetzen der Parkgebühren den Erfolg bringt, den Sie hier uns vorgetragen haben.

Dann darf man auch nicht vergessen, dass viele Parkhäuser ja verpachtet sind und es bestehen Verträge. Das wäre auch ein Eingriff in die bestehenden Verträge. Auch die Pächter haben durch das geringere Parkaufkommen einen erheblichen Rückgang zu verzeichnen, auch was den finanziellen Umsatz angeht. Das würde auf jeden Fall die Situation der Parkpächter ebenfalls verschärfen.

Dann dürfen wir aber auch nicht außer Acht lassen: Jetzt so kurz vor dem zweiten Lockdown, dem harten Lockdown, den wir vor uns haben, ist es unseres Erachtens auch ein falsches Signal, Menschenmengen in die Städte zu schaffen. Wir wissen ja alle selbst, dass sich an bestimmten Straßenzügen dann auch Massen einfinden könnten, was wir eigentlich nicht wollen. Und deswegen, aus diesen Gründen - auch der Zeitpunkt ist der falsche, muss ich ganz offen sagen - lehnt die CDU-Fraktion den Antrag ab.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau De Bellis. - Als Nächste wäre dann nach der Größe der Fraktionen Frau Tokyürek an der Reihe. Sie haben das Wort. - Ich habe jetzt bei der SPD keine Wortmeldung gesehen. Ach so, bitte, Frau Jäger.

Christiane Jäger (SPD): Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Die Maßnahme wird den Handel nicht wirklich retten, ist super kurzfristig, trifft sozusagen überhaupt nicht den Nerv der Verkehrswende, die wir umsetzen wollen, stellt also da ein ganz hartes Signal dar.

(Beifall)

Und vor allen Dingen bevorzugt sie eine Gruppe von Verkehrsteilnehmern, die zum Einkaufen fahren. Andere, die mit der KVB kommen, werden nicht sozusagen entschädigt. Andere, die zu Fuß gehen, was wir am liebsten haben, oder Fahrrad fahren, bekommen sowieso auch nichts.

Also brauchte man eigentlich ein richtiges System. Das müsste man gut überlegen. Das kriegen wir vielleicht hin für Weihnachten des nächsten Jahres, aber auf keinen Fall noch in diesem Jahr.

Aus diesem Gemisch der Gründe sagt die SPD-Fraktion, dass der Antrag von uns abgelehnt wird.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Jäger. Wir hatten hier irgendwie nicht registriert, dass Sie sich zum Wort gemeldet haben. Noch einmal Entschuldigung. - Frau Tokyürek, bitte.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist richtig, dass derzeit die lokale Wirtschaft in Köln massive Probleme hat und insbesondere der Handels- und Dienstleistungssektor hierbei stark betroffen ist. Das steht ja auch im Antrag. Ich glaube, da stimmen auch alle zu.

Aber es kann nicht sein, dass die Aussetzung der Parkgebühren irgendwelche Effekte zeigen wird. Wenn, dann minimale Effekte, die es aber auch nicht rechtfertigen, hier einfach für diesen kurzen Zeitraum die Parkgebühren auszusetzen. Vor allem - das haben meine Vorredner auch schon gesagt - muss es ja auch Anreize geben, auf den ÖPNV umzusteigen und dann halt einkaufen zu gehen.

Deshalb werden wir diesem Antrag nicht zustimmen können. Ich glaube, das ist keine Strategie, gerade wenn man jetzt den Klimanotstand ausgerufen hat, dann zu sagen: Wir setzen die Parkgebühren aus, um der Wirtschaft zu helfen. Da muss man andere Wege suchen, wie man der Wirtschaft helfen kann, aber nicht durch Aussetzung von Parkgebühren.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Frau Tokyürek. - Jetzt wäre als Nächste die Fraktion Volt und dann die AfD an der Reihe. Bitte, Frau Glashagen.

Jennifer Glashagen (Volt): Danke. - Verehrte Kollegen, verehrte Kolleginnen! Herr Bürgermeister! Verehrte Damen und Herren! Ich finde es spannend, dass man sagt, okay, Corona ist für alles jetzt irgendwie der Grund. Was wir nicht sollten, ist die Klimaschutzziele aus den Augen zu verlieren. Wenn wir dann auch noch sagen, okay, die Parkhäuser sind nicht einmal mit drin, haben wir noch mehr Parksuchverkehr auf den Straßen. Das ist, glaube ich, etwas, was wir wirklich nicht möchten. Deshalb wird die Fraktion Volt auch mit all den anderen Gründen, die hier genannt worden sind, auf jeden Fall dagegen stimmen.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Glashagen. - Jetzt wäre als Nächster Herr Cremer auf meiner Redeliste. Bitte.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Man stellt sich manchmal hier die Frage: An wen spendet Amazon, an welche politischen Parteien? Die scheinen wohl irgendwie hier die besten Freunde zu haben mit Ausnahme der FDP, der ich für diesen Antrag ausdrücklich unsere Unterstützung zusagen werde.

Wollen wir, dass Köln weiterhin Einkaufsstadt bleibt? Wollen wir, dass unsere Läden erhalten bleiben? Wollen wir nur noch Ketten haben in der Stadt? Wir wissen alle um die Situation mit Corona. Darüber will ich auch gar nicht reden. Nur, viele Einzelhändler sind in einer dramatischen Situation. Wir sollten hier auch ein Signal senden, dass wir hinter unserem Einzelhandel stehen. Wir ermutigen Leute, die vielleicht etwas älter sind, im Umland sind, in die Stadt zu kommen, weil sie hier sicher hinfahren können mit dem Auto und sich nicht in den öffentlichen Nahverkehr zwängen müssen.

Ich glaube, der Klimaeffekt - selbst wenn man an diese CO_2-Sache glaubt - ist wirklich alles andere als von Relevanz, weil die Leute sitzen alle im Homeoffice, fahren alle nicht ins Büro. Da können wir uns durchaus ein paar Pendlerfahrten in die Stadt genehmigen und hier im Grunde genommen massenhafte Insolvenzen, zerstörte Existenzen

verhindern. Deswegen kann ich nur an jeden appellieren, der nicht nur Amazon haben will in seinem Leben, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Das Wort hat jetzt Frau Gabrysch, bitte

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Es wird Sie vielleicht erschrecken, aber ich lebe tatsächlich seit Jahren ohne Amazon und ohne Auto sehr gut. Ich bin nicht verhungert, ich habe immer noch schöne Klammotten am Leib, meinen Kindern geht es auch gut.

(Beifall)

Es gibt auch noch andere Möglichkeiten, um Menschen in die Stadt zu bringen, und man könnte zum Beispiel auch ÖPNV verbilligen oder da kostenlos machen. Man könnte E-Taxen, Rikschas zu diesen Menschen schicken, die nicht mehr alleine in die Stadt kommen, wenn sie nicht mit dem Auto fahren können. Also es gibt da durchaus schöne Alternativen, die wir gerne einmal ausprobieren sollten, die die Stadt Köln ein ganzes Stück voranbringen würden.

Ich möchte mich übrigens meinen Vorrednerinnen anschließen, und ich sage ganz bewusst nicht Vorredner*innen, sondern Vorrednerinnen, weil die vier Damen hier in diesem Saal wirklich sehr gute Worte gefunden haben, die ich sehr unterstützenswert finde.

(Zurufe)

- Bähm, ja Entschuldigung, das konnte ich mir nicht verkneifen.

Was ich noch ergänzen möchte: Es gibt tatsächlich Studien und Analysen, die aufweisen, dass ganze Stadtteile, also der Einzelhandel in diesen Stadtteilen davon signifikant Vorteile genießt, prosperiert, wenn diese Stadtteile vom Autoverkehr befreit werden. - Danke.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank. - Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort, der sich schon ganz lange gemeldet hat. Aber als kleinste Gruppe ist man immer ganz am Schluss an der Reihe; aber vielleicht haben Sie jetzt die besseren Argumente.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Nein, das ist vollkommen okay, und ich streiche meinen Redebeitrag zusammen nur auf die eine Anmerkung - Frau Gabrysch hat es gerade erwähnt -: Herr Sterck, es ist immer die Frage, welchen Einzelhandel wir meinen. Wenn Sie den inhabergeführten Einzelhandel meinen, also jetzt nicht, sagen wir mal, die Möbelhäuser und oder die großen Ketten, dann ist es dort in der Tat so, dass der Großteil der Kunden gar nicht mehr mit dem Pkw kommt, sondern zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem ÖPNV.

Und eines kann ich mir nicht verkneifen - das geht mehr in Richtung von Herrn Breite -: Gerade eben haben Sie uns noch erzählt, bis zum 31.12. könnte man keine Kampagne starten zum Silvesterfeuerwerk,

(Beifall)

und nun soll also bis zum 24.12. über eine Medienkampagne das Umland nach Köln zum Shoppen gelockt werden. Das können Sie mir dann irgendwann mal bei einem Bier erklären, wenn das wieder möglich ist.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Zimmermann. - Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich unterstütze den Antrag, weil ich glaube, dass die Stadt damit ein hohes Maß an Flexibilität unter Beweis stellen könnte. Wie der Erfolg sich auf den Einzelhandelsumsatz auswirkt, kann ich Ihnen heute nicht sagen. Aber ich sehe einen ganz großen Vorteil darin, dass das Ordnungspersonal mangels Kontrolle dieser Parkuhren genügend Freizeit bekommt, um auch die Lockdown-Maßnahmen besser überwachen zu können. - Danke.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Wortmann. - Jetzt haben wir die erste Runde

zu Ende. Mir liegt noch eine Wortmeldung von Herrn Michel vor.

Dirk Michel (CDU): Ja, es ist eine Idee aus einer anderen Stadt, die dem Einzelhandel zugutekommen soll. Aber es ist immer nur eine gute Idee, wenn sie auch in Köln umsetzbar ist. Dann ist sie auch ein gutes Signal oder auch eine große Hilfe.

Das mit dem Umsetzen ist so eine Sache. Wenn wir die Menschen nicht zu falschem Handeln auffordern wollen, müssten wir Schilder aufstellen. Parkautomaten verdecken. Dieser Zeitaufwand alleine ist größer als der Aufwand, den Sie für Ihre Maßnahme überhaupt eingeplant haben. Deswegen ist es leider unrealistisch.

Ich glaube schon, dass sich der Einzelhandel über solche Nachrichten freuen würde, dass er das auch verkaufen würde, aber es würde jetzt nichts bringen.

Es ist schon angesprochen worden, wir haben auch das Telefonat der Ministerpräsidenten. Wir müssen also mit viel, viel härteren Maßnahmen jetzt rechnen. Das heißt, das müssten wir auch seriös abwarten.

Und es gibt übrigens für den Einzelhandel auch gute Ideen, die sich jetzt in diesen Krisen entwickeln. Spannende Start-ups, die jetzt Gutscheinsysteme entwickelt haben, die dem Einzelhandel in den Vierteln zugutekommen, und da setzen wir aktuell auch gerne auf diese Wege. - Vielen Dank.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Michel. - Ich habe niemanden mehr auf der Redeliste stehen. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Es liegt der FDP-Dringlichkeitsantrag vor. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP, das ist die AfD, das ist Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Parkgebühren im gesamten Kölner Stadtgebiet in der Zeit vom 11.12.2020 bis zum 31.12.2020 auszusetzen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD sowie RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

5.8 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Flughafen Köln/Bonn: Fluglärmminderung und Klimaschutz“ AN/1495/2020

Bürgermeister Andreas Wolter: Wer möchte den Antrag begründen? - Frau Martin. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Petelkau als Antragsteller. Ich nehme erst einmal die Antragsteller dran - - Frau Jost und Frau Tokyürek. - Bitte, Frau Martin.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wissen, Flugverkehr ist klimaschädlich. Allein in Deutschland werden jedes Jahr durch Flugzeuge über 30 Millionen Tonnen CO_2 ausgestoßen. Wir wissen, Flugverkehr ist gesundheitsgefährdend. Zahllose Menschen leiden massiv unter der Lärmbelästigung und haben gesundheitliche Einschränkungen dadurch.

Wir wissen aber auch, der Flughafen Köln-Bonn hat als logistischer Standort eine hohe Bedeutung für Köln und die Region. Wir werden deshalb einer pandemiebedingten finanziellen Unterstützung zustimmen; denn die stellt die Liquidität sicher und damit auch Arbeitsplätze und sie erhält das Tor zur Welt für uns in der Region.

Dies wollen wir aber nicht ohne Bedingung zu tun. Eine hohe Summe aus dem städtischen Geld dem Eigenkapital des Flughafens jetzt zuzuführen, kann nur möglich sein, wenn der Flughafen sich zukunftsfest aufstellt. Und dazu gehört für uns prioritär Klima- und Gesundheitsschutz.

(Beifall)

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um die Geschäftsführung des Flughafens aufzufordern, Verantwortung zu übernehmen, Verantwortung global für das Klima und Verantwortung regional für die Menschen hier vor Ort, die Tag für Tag und vor allem Nacht für Nacht vom Fluglärm belästigt sind und darunter leiden.

Wir fordern deshalb eine Lärmminderungsstrategie, höhere Start- und Landegebühren für

Passagiermaschinen in der Nacht, Anreize des Flughafens für den Einsatz weniger lauter Maschinen, Transparenz über geplante und erfolgte Lärmminderungsmaßnahmen, weitere Fluglärmmessanlagen. Darüber hinaus soll der Flughafen bis 2035 klimaneutral betrieben werden. Ein konkreter ZeitMaßnahmen-Plan soll schon 2021 vorgelegt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir halten das für das mindeste, was der Flughafen im Gegenzug für eine finanzielle Unterstützung tun sollte, und bitten um Zustimmung für unseren Antrag.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Martin. - Herr Petelkau, bitte.

Bernd Petelkau (CDU): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. - Von unserer Seite: Für die Region Köln/Bonn ist der Flughafen einer der wichtigsten Arbeitgeber. Rund 14.000 Menschen arbeiten direkt am Flughafen bzw. mittelbar in über 120 Unternehmen, die am Flughafen angesiedelt sind. Hinzu kommt die hohe Bedeutung für die Infrastruktur, insbesondere auch für die Themen Kongressstadt und Fracht.

Und genau deshalb müssen wir den Flughafen stärken - einerseits mit mehr Kapital, andererseits aber auch mit einer höheren Akzeptanz in der Bevölkerung. Gerade das Thema Lärmschutz wollen wir nicht über Verbote erreichen, sondern durch Anreize, dass die Airlines darauf hinwirken, die lauten Maschinen woanders starten zu lassen. Auf diese Weise tragen diese dazu bei, den Vorteil, den der Flughafen für Köln und die Region und für die Menschen bringt, dadurch weiter in der Akzeptanz zu steigern, dass die negativen Emissionen, die mit dem Verkehr in der Vergangenheit verbunden waren, weiter reduziert und minimiert werden.

Das ist ein wichtiger Punkt. Das heißt, keine Verbote, sondern Anreize, um die Situation zu verbessern und den Flughafen als einen der wichtigsten Arbeitgeber in der Region zu stärken. - Vielen Dank.

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Herr Petelkau. - Herr Achtelik, bitte.

Christian Achtelik (Volt): Verehrter Herr Bürgermeister! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank. - Auch wir verstehen den Flughafen als wichtigen Wirtschaftsstandort. Aber dennoch hat auch dieser wichtige Wirtschaftsstandort eine große Verantwortung in unserer Stadt für die Erreichung der Klimaziele.

Dass der Flughafen bis 2035 klimaneutral betrieben wird, sehen wir daher als sehr zentral an, insbesondere - und das ist hier sehr konkret gemacht worden - dass Scope1-, Scope2-Emissionen nach GHG-Protokoll mit einbezogen sind und auch die zukünftigen und aktuellen Tochterunternehmen. Dass ein konkreter Maßnahmenplan auch hier im Rat diskutiert wird bzw. der Aufsichtsrat ihn in 2021 vorlegen soll, sehen wir als sehr zentral an, damit es ganz konkrete Maßnahmen zur Erreichung dieser Klimaziele gibt. Auch deswegen bitten wir von der Volt-Fraktion unsere verehrten Kolleginnen und Kollegen um Zustimmung. - Danke.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Achtelik. - Als Nächster hat Herr Joisten das Wort. Ich frage jetzt noch einmal: Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich habe Frau Tokyürek und Herrn Zimmermann schon auf der Liste. - Herr Joisten, bitte.

Christian Joisten (SPD): Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich zunächst einmal, dass es hier einen so partei- und fraktionsübergreifenden Konsens gibt, den Flughafen eben auch in dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation, in dem er sich coronabedingt befindet, zu unterstützen. Denn das ist ja die Ankündigung, die ich aus den Worten der Kolleginnen und Kollegen, der Vorredner entnommen habe. Und das ist erst einmal ein gutes Signal, ein gutes Signal eben für die vielen tausend Beschäftigten am Flughafen, im unmittelbaren Umfeld des Flughafens.

Ich setze den Zahlen von Herrn Petelkau noch einen drauf: Nach den Untersuchungen, die es so gibt, ist der Beschäftigungseffekt dieses Flughafens für die Region Köln/Bonn über 30.000 Arbeitsplätze. Das heißt, wir haben es tatsächlich mit einem für uns in Köln extrem wichtigen Infrastrukturstandort zu tun. Und diesen jetzt in dieser Situation nicht alleinzulassen ist, glaube ich, für

uns als einer der Hauptgesellschafter dieses Flughafens nicht nur ein Gebot der Stunde, sondern es ist für uns auch ein Gebot den Menschen dort gegenüber.

Da ich diese Menschen dadurch kenne, dass ich einen Wahlkreis unmittelbar am Flughafen in diesem Rat vertrete, diese Menschen aber natürlich auf der anderen Seite auch von den negativen Auswirkungen des Flughafens genauso betroffen sind, nämlich vom Lärm, ist natürlich auch jede Anstrengung zu unterstützen, den Lärm weiter zu reduzieren. Ich will allerdings darauf hinweisen, dass auch schon in den vergangenen Jahren viele Bemühungen unternommen wurden, auch viele Vereinbarungen getroffen wurden, viele sozusagen tarifliche bzw. Kosten- und Preisstrukturen für die Airlines verändert und angepasst wurden, sodass wir heute schon eine Situation haben, wo wir deutlich leisere Flugzeuge als noch vor 10, 15 oder gar 20 Jahren im Einsatz haben.

Trotzdem meinen auch wir, dass alles, was sozusagen im Einklang auch mit einer wirtschaftlichen Entwicklung dieses Flughafens und den Anforderungen der Menschen als Anwohner steht, hier weiter unternommen werden sollte, und können uns deswegen mit den Maßnahmen, die hier noch einmal aufgeführt sind, durchaus einverstanden erklären. Wir glauben natürlich und wissen auch, dass auch im Klimaschutz die Anstrengungen überall, nicht nur als Stadt, sondern auch in den stadtnahen Unternehmen erhöht werden müssen.

Wir müssen uns nur im Klaren sein, dass das auch in einem Unternehmen wie dem Flughafen Köln/Bonn bis 2035 nicht vollumfänglich so gelingen wird, wie man sich das vielleicht idealtypisch vorstellt. Aber man kann auch da, glaube ich, einiges an Maßnahmen ergreifen und im Zweifelsfall auch mit Zertifikaten ein gewisses Ziel erreichen. Insofern sollten wir das als Ziel und eben nicht auch als Conditio verstehen.

Ich bin den Antragstellern dankbar, dass sie diesen Zusammenhang zwar in der Sache, aber de facto hier heute nicht herstellen. Das macht den Weg frei, sowohl dem Flughafen in Pandemiezeiten zu helfen, als auch den Lärm- und Klimaschutz engagiert weiter zu verfolgen. Deswegen wird die SPD-Fraktion diesem Antrag heute auch zustimmen. - Danke.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Joisten. - Als Nächste wäre Frau Tokyürek an der Reihe.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Im Finanzausschuss wurde über die Zuführung des Eigenkapitals - das werden wir ja im nichtöffentlichen Teil gleich besprechen - nicht abgestimmt, weil die Grünen ja schon angekündigt haben, man könne halt den 23 Millionen € nicht ohne Bedingungen für Lärmschutz und Klimaschutz zustimmen.

Jetzt haben wir halt dies in Form eines Dringlichkeitsantrages. Erwartet hätte ich das eher im nichtöffentlichen Teil, dass man sagt, es gibt dafür bestimmte Bedingungen. Das ist nicht passiert. Es ist eher weicher formuliert worden, sodass man über einen Dringlichkeitsantrag quasi eine Verbindung hergestellt hat, die man auf den ersten Blick vielleicht gar nicht ersehen kann.

Wir als Linke haben uns das natürlich genau angeschaut. Ich finde es befremdlich, dass man zwei Sachverhalte hier miteinander vermengt.

(Beifall)

Der Flughafen Köln/Bonn braucht hier pandemiebedingt Unterstützung. Ich glaube, das muss man einfach ohne Wenn und Aber machen, ohne mit Lärmschutz und Klimaschutz jetzt mit einer Dringlichkeit zu kommen und da noch etwas hineinzudiktieren. Das halten wir nicht für den richtigen Weg.

Also es geht ja nicht darum, dass Lärmschutz, Klimaschutz für uns als Linke jetzt nicht wichtig ist. Es ist besonders wichtig. Ich gehe dann auf den Antrag noch einmal genauer ein. Unser gemeinsames Ziel muss es doch hier sein, als Gesellschafter des Flughafens Köln/Bonn in dieser wirklich schwierigen Situation insbesondere die 31.000 Arbeitsplätze gesamtwirtschaftlich gesehen zu unterstützen. Ich glaube, das muss doch erst einmal im Vordergrund dessen stehen, was wir gerade hier vorhaben mit der Eigenkapitaleinlage.

Und dass man dann noch mit Lärmschutz, Klimaschutz ankommt, man das verbinden möchte und auf den Weg geben möchte, passt doch einfach nicht zusammen. Ich glaube, besser wäre es, die Sachverhalte getrennt zu behandeln, weil gerade

Lärmschutz und Klimaschutz eine Gesamtstrategie erfordern.

Da gehe ich noch einmal auf den Eintrag ein. Wir haben uns noch einmal ein paar Punkte angeschaut in der Kürze; es war ja auch ein Dringlichkeitsantrag.

Was den Klimaschutz angeht, geht uns das noch nicht weit genug. Wir wollen ja Klimaneutralität bis 2030. Das Wuppertal Institut hat der Stadt Köln bereits 2015 ein Klimaschutzkonzept für den Bereich Verkehr geschrieben. Die darin beschriebenen Maßnahmen für den Flugverkehr sollten einmal umgesetzt werden, statt erneut Konzepte zu fordern.

Und im Maßnahmenprogramm für den Klimaschutz in der Stadt Köln „KlimaAktiv 2022“ steht auf Seite 10: Reduzierung der beim Flughafen Köln/Bonn von außen am Flughafen eingehenden Flüge um ein Viertel. - Auch das kann man umsetzen. Also uns geht der Antrag auch nicht weit genug.

Damit wir uns hier nicht missverstehen: Wir LINKE sind für den Klimaschutz und für den Lärmschutz.

(Lachen und Unruhe bei den Grünen)

Das haben wir entsprechend auch in unserem Wahlprogramm. Nur, es geht ja hier darum, den Flughafen zu stärken, insbesondere wirklich die Mitarbeiter zu stärken. Und das ist für uns ein anderer Sachverhalt. Wir hätten uns gewünscht, dass man entsprechend auf eine Gesamtstrategie hinausgeht.

Wir werden dem Antrag natürlich zustimmen, weil uns das wichtig ist. Aber dann muss man schauen, wie man mit den anderen Gesellschaftern des Flughafens Köln/Bonn zusammen vielleicht auch in den Bundestagswahlen noch einmal überlegt, wie man Lärmschutz und Klimaschutz vorantreiben kann.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank. - Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass hier keine Informationen von Vorlagen, die gleich im nichtöffentlichen Teil behandelt werden, im öffentlichen Teil irgendwie zur Sprache kommen. - Als Nächsten habe ich auf meiner Redeliste Herrn Görzel.

Volker Görzel (FDP): Ganz herzlichen Dank, Herr Bürgermeister. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Fraktion freut sich sehr über diesen Antrag. Für die FDP-Fraktion ist das Thema Lärmschutz und auch Klimaschutz sehr, sehr wichtig.

Dennoch sind wir ein bisschen überrascht, dass dieser Antrag jetzt wie Kai aus der Kiste kommt. Nach dem Redebeitrag von Frau Martin wissen wir ja auch, warum. Hier sollen Bedingungen gestellt werden an Finanzierungen. Lustigerweise ist in dem Antrag selber und auch in der Begründung von Bedingungen überhaupt nicht die Rede, sondern hier wird eine weiße Salbe verordnet, deren Inhalt so verschleiert wurde. Aber ich bin sehr dankbar, dass hier wohl Klartext gesprochen wird.

Wir meinen als FDP, der Antrag springt wesentlich zu kurz. Deswegen sage ich auch bewusst: weiße Salbe, weil vieles von dem, was in dem Antrag steht und auch beantragt werden soll, bereits umgesetzt ist. So haben wir schon ein neues Preismodell eingeführt, das die leisen Flugzeuge bevorzugt. Es gibt ein Programm, die Flugzeugmuster zu bevorzugen wie etwa die Boeing 747-8, die verstärkt zum Einsatz kommen soll. Also vieles von dem, was hier pompös verkündet wird, wird bereits umgesetzt.

Es gibt noch weitere Maßnahmen, die sich relativ schnell umsetzen ließen. Die liegen auch schon auf dem Tisch. Dazu gehört etwa die Vergrößerung des Anflugwinkels von 3 auf 3,5 Grad. Dadurch werden weniger Gebiete durch Lärmemissionen berührt. Es liegen auf dem Tisch Möglichkeiten, die drei Start- und Landebahnen, die wir haben, großzügiger zu nutzen, sodass eine Entlastung geografischer Natur stattfindet.

All das verschweigt dieser Antrag, was uns natürlich zu dem Punkt führt: Was ist Hintergrund des Antrags? - Na ja, hier wollen die Grünen Zeichen setzen, die CDU muss auch ein bisschen mitmachen. Die CDU hat auch vollkommen Recht, Herr Petelkau, wenn Sie darauf hinweisen - Herr Joisten hat es ja auch getan -, welch wichtige wirtschaftliche und infrastrukturelle Bedeutung der Flughafen Köln/Bonn hat.

Das Problem ist nur: In dem Antrag selber und in der Begründung findet sich das Wort „Wirtschaftlichkeit“ oder „Wettbewerbsfähigkeit“ mit keiner Silbe. Das hätten wir uns gewünscht. Ich hätte mir von diesem Rat gewünscht, dass wir uns zu diesem Standort und zu diesem Wirtschaftsmagneten bekennen. All das erhält der Antrag nicht.

Gleichwohl werden wir den Antrag unterstützen, wünschen uns aber anschließend - -

(Lachen und Beifall bei den Grünen und bei der CDU)

- Natürlich, die Ziele sind ja richtig. Man kann ja nicht dagegen sein, wenn die Richtung stimmt, nur weil ihr zu kurz springt. Wir müssen dann nur die nächsten Sprünge in Angriff nehmen. Wir bieten die Hand an, bei diesen Konzepten, die schon auf dem Tisch liegen, mitzumachen.

In diesem Sinne: Der Antrag ist in Ordnung. Er springt zu kurz. Gleichwohl unterstützen wir ihn, aber wir haben viele Verbesserungsvorschläge. - Vielen Dank.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke schön, Herr Görzel. - Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Herr Görzel, auch wir haben Verbesserungsvorschläge und wir haben sie auch zu Papier gebracht, nämlich in einem Änderungsantrag der Ratsgruppen GUT Köln, KLIMA FREUNDE und Die PARTEI. Gegen Lärm und für Klimaschutz ist, glaube ich, so gut wie jeder hier in diesem Ratssaal. So kann man den Antrag auch lesen, wenn man ihn denn positiv lesen will.

Herr Görzel stellte gerade fest, dass das Wörtchen „Wirtschaftlichkeit“ fehlt. Uns ist aufgefallen, das Wörtchen „Nachtflugverbot“ fehlt genauso in diesem Antrag.

Ich möchte durchaus anerkennen, dass das Maßnahmenpaket, das wir unter Abschnitt I Lärmminderung und auch zu Abschnitt II Klimaschutz finden, wirklich okay ist. Aber der erste Absatz im Beschlusstext ist doch ein bisschen sehr unverbindlich. Nicht nur dass Sie die Nachtkernzeit von 23 Uhr bis 5 Uhr festlegen und nicht, wie es viele Nachtfluggegner fordern, von 22 Uhr bis 6 Uhr, hat uns ein bisschen erstaunt. Dieser Antrag stammt ja immerhin aus grüner Feder. Das ist schon etwas eigenartig. Und es gibt auch überhaupt keine Ziele für die Fluglärmminderung. Man möchte eine effektivere Fluglärmminderung haben. Ja schön und gut. Wie gesagt, gegen Lärm ist jeder. Aber das fehlt vollkommen.

Daher haben wir einen neuen ersten Absatz geschrieben im Beschlusstext. Das ist unser Änderungsantrag und das ist, glaube ich, gut zu beschließen, da er den Antrag nicht wesentlich verändert, sondern nur präzisiert.

Das eine haben wir ergänzt: Vor allem in der Nachtkernzeit von 22 Uhr bis 6 Uhr ist diese effektive Fluglärmminderung voranzutreiben. Der Halbsatz, den wir noch eingefügt haben, ist: Ziel ist die Einhaltung eines von der WHO empfohlenen Lärmgrenzwertes von 40 Dezibel in den angrenzenden Wohngebieten des Flughafens.

Darum geht es ja im Kern, dass wir den Gesundheitsschutz in diesen anliegenden Wohngebieten vorantreiben, und das geht nicht, wenn man einfach nur sagt, wir wollen eine Lärmminderung haben. Eine Lärmminderung kann alles sein. Es kann danach auch noch superlaut bleiben, aber halt etwas leiser als vorher. Das hilft den Leuten, die dort leben, nichts.

Daher plädieren wir für unseren Änderungsantrag. Die Geschichte mit den Sachen zum Klimaschutz, wie gesagt, die Maßnahmenpakete und auch das, was der Flughafen und die Verwaltung sozusagen an Hausaufgaben bekommen, finden wir okay. Aber wir bitten darum, den ersten Absatz unserem Änderungsantrag entsprechend zu ändern. - Danke schön.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Zimmermann. - Frau Gabrysch, bitte.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Lieber Herr Bürgermeister! Liebe Kolleg*innen! Ich schließe mich natürlich meinem Vorredner an. Ich möchte noch ergänzen, dass es immer wichtiger wird und dringend notwendig oder auch schon überfällig ist, dass wir in neue Strukturen und in nachhaltige Logistiklösungen investieren, dass wir regionale Industrien bzw. regionale Produzenten stärken und dass wir, anstatt immer weiter in überholte, klimaschädigende Großunternehmen zu investieren und diese durch Subventionen künstlich am Leben zu halten, eben mal schauen, was es mittlerweile für nachhaltige neue Lösungen gibt.

Natürlich meine ich damit nicht, dass wir den Flughafen schließen sollen. Das ist ganz klar. Aber man muss sich doch mal fragen, inwieweit es Sinn macht, diese ganzen alten Systeme immer weiter am Laufen zu halten, indem man dort einfach

immer weiter Geld hineinsteckt. Wir haben es ja gesehen, die 9 oder 10 Milliarden € an Lufthansa, wo die am Ende gelandet sind. Es wurden trotzdem irgendwie 20.000 Menschen entlassen. Und wenn man parallel neue Strukturen aufbaut, dann klappt es übrigens auch mit den Arbeitsplätzen.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Gabrysch. - Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Herr Hammer hatte sich zwar eben gemeldet, aber ich glaube, er hat die Meldung gerade wieder zurückgezogen. Er hört sowieso gerade eben nicht zu.

Dann können wir nämlich über den Änderungsantrag von den letzten beiden Rednern abstimmen. Wer ist für den Antrag der Gruppe GUT, der KLIMA FREUNDE und der PARTEI? Den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Antragsteller GUT, KLIMA FREUNDE, Die PARTEI und DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Bei den Grünen und bei Volt. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Dann kommen wir zum Ursprungsantrag. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind - von links nach rechts - DIE LINKE, die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP, Volt. Habe ich jetzt jemanden vergessen? - Nein. Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - Das ist die AfD, das ist die Gruppe GUT, das sind die KLIMA FREUNDE, das ist Die PARTEI. Dann ist der Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Vielen Dank.

(Beifall)

I. Abstimmung über den Änderungsantrag
Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, als Gesellschafter der Flughafen Köln/Bonn GmbH die Umsetzung einer effektiveren Fluglärmminderung – vor allem in der Nachtkernzeit von 22:00 bis 6:00 Uhr voranzutreiben. Ziel ist die Einhaltung eines von der WHO empfohlenen Lärm-Grenzwertes von 40 dB, in den angrenzenden Wohngebieten des Flughafens. Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, auch am Flughafen eine wirksame Klimaschutzstrategie voranzutreiben.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. sowie der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln sowie bei Stimmenthaltung der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Volt abgelehnt.

II. Abstimmung über den Ursprungsantrag
Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, als Gesellschafter der Flughafen Köln/Bonn GmbH zum einen die Umsetzung einer effektivere Fluglärmminderung - vor allem in der Nachtkernzeit 23.00 bis 05:00 Uhr – und zum anderen eine wirksame Klimaschutzstrategie voranzutreiben.

I. Lärmminderung

A. Die Verwaltung wird mit der Schaffung einer für den Flughafen Köln-Bonn wirksamen Lärmminderungsstrategie, die eine effektive Lärmminderung - besonders in der Kernnachtzeit – sicherstellt, beauftragt.

B. Die Stadt Köln wirkt als Gesellschafterin gegenüber der Flughafen Köln/Bonn GmbH auf die Umsetzung folgender Maßnahmen hin:

1. Signifikante Erhöhung der nächtlichen Start- und Landeentgelte für Passagiermaschinen. Insbesondere für sehr laute Fracht- und Passagiermaschinen sollen die Gebühren deutlich erhöht werden. Die Geschäftsführung des Flughafens soll darüber hinaus darauf hinwirken, dass besonders laute Fracht- und Passagiermaschinen künftig nicht mehr am Flughafen Köln Bonn eingesetzt werden.

2. Darstellung der tatsächlich gezahlten Lärmzuschläge in Euro am Tag und der Nacht, für Passagiermaschinen die Höhe des Gesamtentgelts pro Start und Landung in der Nacht je Flugzeugmuster; die Darstellung soll die signifikante Erhöhung des Gesamtentgelts abzüglich aller Rabatte und Incentives seitens der FKB an die Fluggesellschaften pro Start und Landung beinhalten.

3. Darstellung von erfolgten und geplanten Maßnahmen zur Schaffung von Anreizen

für die Airlines zur Nutzung lärmmindernder Flugverfahren bei Nacht

4. Permanentes Lärm-Monitoring der An- und Abflüge zwecks Dokumentation der Pegelminderung durch die ergriffenen Maßnahmen

5. Errichtung von weiteren Fluglärmmessanlagen in jedem betroffenen Stadtbezirk.

6. Verbesserung der Transparenz des Monitorings und Darstellung für die gesamte Öffentlichkeit mit einer jährlichen Berichterstattung über die Ergebnisse der Fluglärmmessanlagen.

Die Berichterstattung zu diesen Maßnahmen wird dem Wirtschaftsausschuss und dem Verkehrsausschuss mindestens jährlich vorgelegt.

II. Klimaschutz

1. Zusätzlich soll die Klimastrategie fortgeschrieben werden. Damit verbunden sind die Fortführung und Umsetzung von Maßnahmen zu Gunsten des Klimaschutzes mit dem Ziel, dass der Flughafen bis 2035 klimaneutral betrieben wird. Dies impliziert Scope 1 und Scope 2 Emissionen nach GHG-Protokoll, insbesondere auch die Fahrzeuge auf dem Vorfeld. Des Weiteren sind auch die Scope 1 & 2 Emissionen aktueller und zukünftiger Tochterunternehmen einbezogen.

2. Ein Zeit-/Maßnahmenplan soll dem Aufsichtsrat 2021 vorgelegt werden. Der Aufsichtsratsvorsitzende wird gebeten, den Finanzausschuss, sowie den Ausschüssen Wirtschaft, Verkehr und Klima & Umwelt über die vorgenannten Maßnahmen zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion sowie der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT Köln zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Dann haben wir noch

5.9 Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend „Glühwein Wanderweg“ erhalten
AN/1500/2020

Sie haben das Wort. Wer meldet sich? - Herr Cremer, bitte.

Christer Cremer (AfD): Herr Vorsitzender, vielen Dank für das Wort. - Sehr geehrte Damen und Herren! Ich fasse mich kurz. Ich glaube, das kann man auch sehr schnell abhandeln. Köln ist tief in der Corona-Krise. Unsere Gastronomie ist im Besonderen davon betroffen. Wir sollten ihnen ermöglichen, in Freiheit ihr Geschäft, so gut es geht, weiterzuführen.

Denn ich glaube, eine Sache hat die Corona-Krise gezeigt: Das freie Unternehmertum ist das Innovativste, was es gibt, und findet am besten Lösungen. Die haben Lösungen gefunden, dass Leute in ihrer Freizeit weiter etwas miteinander machen können und dass auch ihr Geschäft weiterläuft und damit auch ein Teil unserer Wirtschaft.

Deswegen appelliere ich an Sie, dem Antrag zuzustimmen. Senden Sie ein Signal an unsere Gastronomie, dass sie weiter erhalten bleibt, dass sie weiter willkommen bleibt. Köln ohne Gastronomie ist nicht vorstellbar. Und wenn sich einige wenige an gewisse Abstandsregelungen nicht halten können, ist das nicht der Fehler der Wirte. Die dürfen nicht darunter leiden. Deswegen, glaube ich, sollten wir dem zustimmen.

Ich würde auch noch einen kurzen Augenzeugenbericht machen. Ich bin letztens durch Sülz gefahren, und da habe ich gesehen, wer das ist. Das sind alles keine Risikopatienten, die da sind. Also mit diesem Verbot schützt man nicht die vulnerablen Gruppen, und ich glaube, wir machen einen erneuten ökonomischen Fehler.

Deswegen sollten wir hier nicht mit einem Verbot arbeiten, sondern mit der Freiheit und der Vernunft der Menschen. Und wenn einige wenige sich nicht an Regeln halten können, kann man nicht kollektiv alle dafür bestrafen. Das widerspricht unserem Freiheitsverständnis. Ich appelliere deswegen an Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank. - Wird zu dem Antrag von den anderen Fraktionen noch das Wort gewünscht? - Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Ich sehe jetzt auch keine.

Dann können wir darüber abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Bevor wir dann an das Ende des öffentlichen Teils kommen, möchte ich das Wort noch an Frau Professor Dr. Diemert geben. Denn sie hat noch einen Nachtrag zu liefern.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Noch einen kleinen Hinweis. Weil sich der eine oder andere möglicherweise wundert, dass er umgedruckt vor sich findet eine Beschlussvorlage „Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 0412 Historisches Archiv im Haushaltsjahr 2020, Aufstellung von Veranstaltungsorten“ und dass wir den heute auf der Tagesordnung nicht beraten haben.

Dieser Antrag hat es wegen eines Versehens tatsächlich nicht mehr auf die Tagesordnung geschafft, und es ist nicht möglich, die Tagesordnung im Nachgang noch zu erweitern. Das heißt, wir können darüber heute formell nicht beschließen. Ich will es aber gleich ankündigen: Wenn es dazu Fragen gibt, wenden Sie sich gerne auch noch einmal im Nachgang an mich. Wir würden es aller Voraussicht nach in den nächsten Tagen als Dringlichkeitsentscheidung in Ihre Richtung auf den Weg bringen müssen, wollen. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank. Dann wenden Sie sich bitte an Frau Diemert, an die Kämmerin, wenn Sie noch Fragen haben.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln fordert die Verwaltung und den Verwaltungsvorstand auf, die Entscheidung des Verbotes des Ausschankes alkoholischer Heißgetränke rückgängig zu machen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Wir sind jetzt am Ende des öffentlichen Teils angelangt. Ich möchte bitten, die Nichtöffentlichkeit herzustellen, denn wir haben noch ein paar kleine Punkte zu beraten, die durchaus von Wichtigkeit sind.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um 18.56 Uhr)

Sachregister

Abfallwirtschaftsbetriebe

Jahresabschluss 2018 517

Jahresabschluss 2019 518

Wirtschaftsplan 2020 518

Zuführung zur Kapitalrücklage 518

Aktuelle Stunde

SARS-CoV-2 168, 246

Übertragung von SARS-CoV-2 115

Vergütung von Mehrarbeit 407

Allgemeine Bewilligungsbedingungen

Bereiche Jugend, Schule, Weiterbildung, Senioren, Soziales, Beschäftigungsförderung, Wohnen und Gesundheit 727

Ausschüsse

Anzahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner 582

Anzahl der Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter der bzw. des Ausschussvorsitzenden 557, 582

Anzahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder 554, 579

Anzahl für fraktionslose Ratsmitglieder 556, 594

Anzahl und Bezeichnung 575

Anzahl und Bezeichnung für Hauptausschuss und Wahlprüfungsausschuss 554

Bestellung der Mitglieder des Hauptausschusses 563

Bestellung von Ausschussmitgliedern 585, 599

Bildung von Unterausschüssen 744

Namentliche Benennung der Ausschussvorsitzenden und der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden 618

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner 637

Vertretungsregelung 555

Wahlprüfungsausschuss für die Kommunal- und Integrationsratswahl 2020 559

Weitere sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner 593

Zuteilung der Ausschussvorsitze und der stellvertretenden Ausschussvorsitze 558, 583

Baubeschluss

Deckenaufbauten und Küchenbereich im Museum Ludwig/Philharmonie 213

Erweiterung der Gesamtschule 208

Erweiterung des WRM 345

Erweiterungsbau für das Schulgebäude 529

Generalinstandsetzung des Deutzer Ringes 138

Mikrobiologielaborräume 530

Neubau der Sekundarstufe II und Umbaumaßnahmen im Bestand 350

Neubau eines Wohngebäudes 206, 498

Neubau für eine Grundschule mit einer Einfeldsporthalle 353

Neubau für Grundschule mit einer Einfachturnhalle 352

Neuordnung des Domumfeldes 141

Sanierung der Domtreppe 508

Schulbaumaßnahmen 508

Verlängerung des Inneren Grüngürtels 134

Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Erweiterung RheinEnergieSportpark in Köln-Sülz 304

Sigwinstraße in Köln-Höhenhaus 532

Universitätsklinik zu Köln, Baufeld West 215

Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Am Nachtigallental in Köln-Weiden 534

Erweiterung RheinEnergieSportpark in Köln-Sülz 304

Further Straße/Gilleshof in Köln-Roggendorf/Thenhoven 534

Hohenstaufenstraße/Stein¬straße in Köln-Porz-Gremberghoven 533

Husarenstraße in Köln-Rondorf 144

Kurtekottener Straße in Köln Flittard 535

Rather See in Köln-Rath/Heumar 216

Sigwinstraße in Köln-Höhenhaus 533

Widdersdorf Süd (neu) in Köln-Widdersdorf, 1. Änderung Tillmannsdörfchen 534

Baumaßnahme

Brunnen- und Beregnungsanlage 527

Bebauungsplan

Kochwiesenstraße in Köln-Holweide 97

Nördlich Wielermaar in Köln-Porz-Zündorf 98

Sinnersdorfer Straße 88-90 in Köln-Roggendorf/Thenhoven 98

Südlich Friedensstraße - Westteil in Köln-Porz-Elsdorf 390

Bedarfsfeststellung

Anmietung neuer Räume 138

Dauerzählstellen zur Erfassung von Verkehrsmengen 339

Ersatzneubau Brücke 489

Erweiterung der Nord- und Südseite der Hohenzollernbrücke 140

Mülheimer Süden, Netzelement 4 - Östlicher Ringschluss 528

Museum für Angewandte Kunst Köln 509

Umgestaltung der Hauptstraße (Porz) von Steinstraße bis Mühlenstraße 506

Veranstaltungsmobiliar für das Historische Rathaus 147

Beihilfekasse

Jahresabschluss und Lagebericht 74

Jahresabschluss und Lagebericht 2019 733

Wirtschaftsplan 2021 733

Bezirksvertretungen

Einführung und Verpflichtung der Bürgermeister bzw. der Bürgermeisterinnen 553

Nachbarschaftstreff KalkNord 481

Bildung

Automatisierungslabor 136

DigitalPakt NRW 340

Errichtung einer dreizügigen Grundschule 80

Erstattung von Elternbeiträgen 358, 359

Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ 135

Maßnahmenpaket für Schulbauprojekte 327, 355

NS-Dokumentationszentrum 527

Schulbauprojekte 180

Schulentwicklungsplanung 342

VHS-Studienhaus am Neumarkt 266

Vollzeit-Honorarlehrkräfte der VHS 276

Bildungsgang

Eisenbahnerin/Eisenbahner im Betriebsdienst 81

Fachoberschule für Informatik 82

Zweiradmechatronikerin/Zweiradmechatronike r 81

Bühnen der Stadt Köln

Betriebsleitung 214

Betriebssatzung 349

Jahresabschluss zum 31.08.2017 210

Jahresabschluss zum 31.08.2018 211

Wirtschaftsplan für die Spielzeit 2020/21 338

Corona

Außengastronomie 454

Eingeschränkter Regelbetrieb an den Offenen Ganztagsschulen 359

Finanzielle Auswirkungen 735

Glühwein Wanderweg 755

Hotellerie 193

Hygieneanforderungen in öffentlichen Einrichtungen 295

Kölner Situation 115, 168, 246

Kölner Sportvereine 734

Kommunalwahl-Vorbereitungen 129

Livemusikspielstätten 222

ÖPNV - Hygienekonzept 282

Reduzierte Öffnung der Kindertageseinrichtungen 358

Regelbetrieb an den Offenen Ganztagsschulen 540

Schließung von Kindertagesbetreuungen 147, 223

Schulunterricht 200

Struktursicherung Livemusikstätten 532

Unterbringungssituation der Geflüchteten 538

Digitalisierung

Interkulturelle Zentren 565

Kölner Schulen 340

Kölner Stadtteile 185

Domumfeld

Straßenmusik 341

Dringlichkeitsentscheidungen

Annahme einer Schenkung 540

Bundesprogramm „unternehmensWert:Mensch“ 361

Bürgerzentren/-häuser 540

Demokratie 538

Erstattung von Elternbeiträgen 540

Erstattung von Elternbeiträgen und Essensgeld 147, 222, 223

Förderprogramm 566

Geflüchtete 538

Haushaltsneutrale Umschichtung 598

KfW Wettbewerb 360

Kölner Renn-Verein 1897 e. V. 538

Mediengründerzentrum 541

Notfallfonds zur Struktursicherung 222

Ordnungsbehördliche Verordnung 566, 598

Projekte ALVENI 539

Restmittel aus dem Haushaltsjahr 2020 565

Verlängerung der Veränderungssperre 146

Vertretung der Stadt Köln 598

Drogenpolitik

Drogenhilfekonzept 2020 138

Ehrenbürgerrecht

Hedwig Neven DuMont 16

Einrichtungsbeschluss

Neubauten und Sanierungsbauten 526

Entscheidungen in Angelegenheiten der Fachausschüsse

Bedarfsfeststellung 147

Feuerwehr Köln

Feuer- und Rettungswache 1, Agrippastraße 337

Leitstelle 2020 75

Film Festival Cologne GmbH

Gründung 137

Flughafen Köln/Bonn

Fluglärmminderung und Klimaschutz 749

Hubschrauberbetriebsstation 427

Frauen

Drittes Frauenhaus 519

Gebäudewirtschaft

Jahresabschluss zum 31.12.2018 133

Wirtschaftsplan 2020 134

Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

Abwassergebührensatzung 2021 484

Elternbeitragssatzung 130

Museumsdienst Köln 131

Volkshochschule Köln 204

Geflüchtete

Auffanglager in Griechenland 67

Finanzierung der Unterbringung 25

Gewaltschutzkonzept 503

Griechische Auffanglager 129

Medizinische Grundversorgung 79

Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung 79

Unterbringungssituation 538

Gesundheit

Pandemie 65

Gürzenich-Orchester

Betriebleitung 214

Betriebssatzung 482

Ermäßigungsregelung für Konzerte 137

Jahresabschluss 2018/2019 505

Wirtschaftsplan 2020/21 211

Häfen und Güterverkehr Köln AG

Ausbaustopp Godorfer Hafen 135

Haushalt

Beteiligungsbericht 2018 74

Ermächtigungsübertragung 207

Haushaltsbeschlüsse 743

Jahresabschluss 2019 208

Kostensteigerungen bei Großprojekten 475

Liquiditätskreditobergrenze 333

Mehraufwendungen, -auszahlungen und –verpflichtungen 2019 132

Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen 2020 132

Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen 2020/21 735

Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 345

Überplanmäßiger Aufwand 132

Umschichtung von Transferaufwendungen 2020 598

Historisches Archiv

Folgen des Einsturzes 381

Haushaltsjahr 2020 733

Provinzial Rheinland Versicherungs AG 489

Vergleichsabschluss 735

Integration

Ächtung des N*Wortes 202

Antirassismus-Arbeit 76

Bäume für die Opfer des NSU 476

Bleiberechtsperspektiven 524

Digitalisierungsbeschaffungen 565

Extremismuspräventionsprogramme 201, 327

Finanzmittel in 2020 76

Integrationsratswahlen 204, 328

Interkulturelle Projekte 137

Interkulturelle Zentren 134, 353

Lebenssituation von neuzugewanderten Unionsbürger/-innen 539

LGBTI in Katowice 199

Rassismuskritische Projekte 75, 501

VHS und Sprachraum 266

Zuständigkeiten des Integrationsrates 476

Jobcenter

Sanktionen 30

KAG-Satzungen

Erhebung eines Erschließungsbeitrages 145

Erhebung von Beiträgen 99, 145, 360

Kalkberg

Alternative Nutzung 427

Hubschrauberstation 427

Kinder und Jugendliche

Jugendbeihilfe 2020 734

Kinder- und Jugendfreizeiten 196

Kindertageseinrichtung in der Franz-Werfel-Straße 732

Öffnungszeiten in Kindertageseinrichtungen 505

Wir helfen - Der Unterstützungsverein von M. DuMont Schauberg e. V. 255

Klima

Flughafen Köln/Bonn 749

Grün hoch 3 143

Grüner Wasserstoff 64

Klimapartnerschaften mit Corinto/Nicaragua und Rio de Janeiro/Brasilien 731

Kölner Klimarat 188

Kliniken der Stadt Köln

Verhältnis Uniklinik Köln 327

Kölner Verkehrs-Betriebe

Busbetriebshof Köln Ost 336

Kölner Verkehrs-Betriebe AG

Bahnsteige der Haltestellen der Stadtbahnlinie 1 139

Busbetriebshof Köln Ost 390

Fahrplanwechsel 2020 343

Federführung für die Stadtbahnanbindung 213

Kapazitätserhöhung der Stadtbahnlinie 18 82

ÖDLA 84

Übertragung der Federführung 501

Kommunalwahl

Corona-Pandemie 129

Kostenerhöhungen

Allgemeine Finanzwirtschaft, Allgemeine Finanzlage der Kommunen 735

Auswirkungen der Corona-Pandemie 205

Einsturz Historisches Archiv 735

Generalinstandsetzung der Friedrich-Karl-Straße 735

Generalinstandsetzung des Berufskollegs 336

Generalinstandsetzung des Schulgebäudes 66

Generalsanierung der Schlackstraße 735

Generalsanierung der Sportanlage 67

Generalsanierung des Tunnels 336

Generalsanierung des Umkleidegebäudes 336

Industriestraße im Bereich zwischen dem Parkplatz 7 und Oranjehofstraße 489

Kommunalhaushaltsverordnung 336, 489, 735

Kommunalinvestitionsförderungsgesetz 735

Neubau Grundschule und Turnhalle 336

Neugestaltung des Spiel- und Bolzplatzes 132

Ökologische Revitalisierung Westerwaldstraße 205

Spielplatz Osloer Straße/Athener Ring in Köln-Chorweiler 489

Umwandlung Tennenplätze in Kunstrasenplätze 735

Unterkunft für Geflüchtete 489

Kultur

Entwicklungsplanung 96

Film Festival Cologne GmbH 137

Haus der Kreativwirtschaft oder X Süd und Kulturhof e.V. 475

Kölnische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e. V. 209

Kulturentwicklungsplanung 75

Kulturwerk des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler 506

Kunst- und Museumsbibliothek 138

Künstler*innenförderung Bildende Kunst 523

Literaturfestival 2020/2021 214

MAKK-Förderstiftung 74

Mietzuschüsse in der Sparte Bildende Kunst 97

Schreibraum-Kapazität 338

Sparte Tanz 531

Leitbild Kreuzfeld

Ein gutes Stück Köln 83

Luftreinhaltung

Schadenersatzklage 63

MAKK-Förderstiftung

Errichtung 74

Mediengründerzentrum NRW MZG

Veräußerung von Anteilen 541

Metropolregion Rheinland

Evaluierung 474

Museum für Angewandte Kunst Köln

Beleuchtungsanlage und Blend-/Verschattungsschutz 509

Sanierung der Fensteranlage 212

Museum Ludwig

Fotografien der Künstlerin Walde Huth 179

Kunstwerk von Wade Guyton 180

Papierarbeiten des Künstlers Wade Guyton 254

neska Schiffahrts- und Speditionskontor GmbH

Gesellschaftsvertrag 510

Oberbürgermeisterin

Amtseinführung 547

Organisatorische und personelle Veränderungen 475

Social Media Konten 467

Wahl der Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter 552

Zahl der ehrenamtlichen Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter 551

ÖPNV

Angebotsausweitungen 343

Brandschutznachrüstung 490

Eisenbahnüberführungen Innere Kanalstraße 208

Folgen der Corona-Pandemie 282

Linie 2 462

On-Demand-Angebot 84, 344

Ost-West-Achse 268

Rechtsrheinische Stadtbahnanbindung 420

Stadtbahnanbindung von Mülheim über Stammheim bis Flittard 213

Stadtbahnhaltestelle Barbarossaplatz 133

Stadtbahnhaltestelle Friesenplatz 139

Stadtbahnhaltestelle Hans-Böckler-Platz 531

Taktverdichtungen an Samstagen 343

Verlängerung der Stadtbahnlinie 7 501

Planung

4 gruppigen integrativen Kindertageseinrichtung 732

Abriss und Ersatzneubau der Fuß- und Radwegbrücke 343

Aufzugsnachrüstung 139

Bahnsteiganhebung 133

Dreizügige Grundschule mit einer 1-fach Turnhalle 530

Fahrradtrasse MesseCity 507

Fort VI, Köln-Sülz 339

Generalsanierung der Sportanlage 86

Neubau der Feuer- und Rettungswache 337

Neubau der städtischen Sporthalle Herler Ring 529

Quäker Nachbarschaftsheim, Kreutzerstraße 510

Stadtbahnlinie 1 139

Umgestaltung der Frankfurter Straße in Buchheim 86

Zugangstreppen an der Stadtbahnhaltestelle 531

Rat

Bestimmung der Stimmzählerinnen bzw. Stimmzähler 547

Ehrenkodex und Leitfaden für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger 565

Einführung und Verpflichtung der Ratsmitglieder 549

Geschäftsordnung 334

Neustrukturierung der Fraktionszuwendungen 566

Niederschrift und Übertragung der Ratssitzungen 545

Online-Fraktionssitzungen 727

Sachstand Beschlüsse 327

Rautenstrauch-Joest-Museum

Indische Miniaturmalereien 179

Sammlung Klaus Kaufhold 419

Rettungsdienst

Bedarfsgerechte Anpassung 80

Sanierung

Bahnhof Belvedere in Köln-Müngersdorf 511

Fassade des Bürgerhaus Stollwerck 510

Satzungen

Abfallgebührensatzung 726

Abfallsatzung 725

Entschädigungsverordnung NRW 727

Gürzenich-Orchester 482

Landschaftsplan Köln 333

Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung 333

Otto und Langen-Quartier 129

Stadtentwässerungsbetriebe Köln 129

Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren 726

Verfahren bei öffentlichen Bekanntmachungen 483

Vergabe von Preisen der Stadt Köln, von Stipendien und anderen Jurys 745

Schenkungen

Bethe-Stiftung 128

Kinder- und Jugendpädagogische Einrichtung 255

Kölner Grün Stiftung 540

Museum für Ostasiatische Kunst 418

Museum Ludwig 179, 180, 254, 726

Rautenstrauch-Joest-Museum 419

Sammlung Prof. Dr. Ludwig Habighorst 179

Sanierungskonzept Rheingarten 419

Schulen

Berufskolleg 17, Eitorfer Str. 136

Berufskolleg Kartäuserwall, Kartäuserwall 530

Berufskolleg Perlengraben 336

Georg-Büchner-Gymnasiums, Ostlandstraße 526

Georg-Simon-Ohm-Berufskolleg 82

Gesamtschule Dellbrücker Mauspfad 350

Gesamtschule Overbeckstraße 66

Gesamtschule Rodenkirchen, Sürther Straße 191 208

GGS An St. Theresia 529

Grundschule Fühlinger Weg 336

Grundschule Statthalterhofallee 353

Interimsschulgebäude an den Standorten Kreutzerstraße 11 und Venloer Wall 508

Katholische Grundschule Kapitelstraße 352

Leonardo-da-Vinci-Gymnasiums, Blücherstraße 351

Nicolaus-August-Otto-Berufskolleg 81, 82

Schulgebäude Overbeckstraße 529

Standort Antwerpener Straße 530

Standort Gaedestraße 80

Schulgesetz

Zügigkeitserweiterung 351

Sonstige städtische Regelungen

Finanzwesen 131

Interkulturelle Zentren 131

ÖPNVG NRW 132

Rat und Bezirksvertretungen 334

Wahl des Integrationsrates 328

Wahlordnung Integrationsratswahlen 2020 204

Sozialpolitik

Armutskonferenz 444

Eingliederungshilfe 527

Gemeinwesenarbeit 512

Leistungsbezieher 327

Zuschuss Heimatslos in Köln e. V. 730

Sport

Benutzung von Sportstätten 511

Blaue Halle 529

Corona-Pandemie 734

Olympische und Paralympische Spiele 2032 87

Pferderennbahn Köln, Scheibenstraße 538

Spiel- und Bolzplatz Eythstraße 132

Sportanlage Egonstraße 67

Sportanlage Hardtgenbuscher Kirchweg 86

Sportanlage Merianstraße, Köln-Chorweiler 336

Sportpark Müngersdorf 527

Stadt Köln

Bürgerzentren/-häuser in freier Trägerschaft 540

Digitale Veedel 185

Finanzierungsvorbehalt 192

Gemeindeprüfungsanstalt NRW 206

Gewalt gegen Mitarbeiter 128

Gottfried Böhm Stipendium 499

Hauptsatzung 482

Mehrarbeit für Beamtinnen und Beamte 407

Nachbarschaftstreff KalkNord 472

Neutralitätsgebot 439

Öffentlichkeitsbeteiligung 347

Public Corporate Governance Kodex PCGK 490

Städtepartnerschaft Bethlehem/Palästina 731

Zweitwohnsteuer 201

Stadtentwässerungsbetriebe

Gewässerentwicklungskonzept Köln 2020 bis 2026 208

Jahresabschluss 2019 212

Kompetenzzentrum Digitale Wasserwirtschaft gemeinnützige GmbH 207

Wirtschaftsplan 2021 500

Stadtentwicklung

Barbarossaplatz 38

Baugrundstücke städtischer Beteiligungsgesellschaften 475

Dillenburger Straße 475

Domumgebung 141

Einzelhandels- und Zentrenkonzept 354

Handelslagen in der Kölner Innenstadt 261

Kaufhof und Karstadt 255

Kommunales Vorkaufsrecht 142

Kreativräume und kultureller Raumbedarf 299

Max-Becker-Areal 51

Metropolregion Rheinland 474

Modellprojekte Smart Cities 360

Nationale Projekte des Stadtbaus 2021 566

Planungskonzept „Laurenz-Carré“ 144

Projekt Parkstadt-Süd 134

Regionalplanüberarbeitung 354

Stadtteil Kreuzfeld 83

Starke Veedel - Starkes Köln 86

Stadtwerke Köln

Verwendung des Jahresüberschusses 2019 212

Überplanmäßige Aufwendungen

Erstattungsleistungen der Museumshandwerker an die Gebäudewirtschaft 727

Historisches Archiv 733

Teilergebnisplan 1303, Friedhöfe 519

Umwelt

Baumpflege 532

Dürre in Köln 2020 736

Ernährungsstrategie 350

Festsetzungen für Schutzgebiete 333

Klimaneutralität 64

Luftreinhaltung 63

Naturerlebnisraum 441

Pyrotechnischer Erzeugnisse und Knallkörper 736

Unterbringung für Geflüchtete

Städtisches Grundstück Aloys-Boecker-Straße 489

Veränderungssperren

Auenviertel in Köln-Rodenkirchen 537

Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord 147

Wasserwerkstraße in Köln-Dellbrück 359

Veranstaltungszentrum Köln

Auflösung der Kapitalrücklage 501

Jahresabschluss 2019 500

Verbandsatzung

Zweckverband Erholungsgebiet Stöckheimer Hof 207

Verbraucherzentrale

Energieberatung für Privathaushalte 349

Vergabe, Lieferungen und Leistungen 531

Brückenentwässerungsleitung sowie Licht- und Stromversorgungsanlage 83

Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe sowie den Städten Bonn, Leverkusen, Remscheid und Köln 524

Teleskoparbeitsbühnen auf LKW-Fahrgestellen 532

Verkehr

Brücke Bergerstraße in Köln-Porz 489

Busbahnhof Breslauer Platz 45

Busspur auf der Aachener Straße 462

Deutzer Ring 138

Förderkonzept „Lastenräder für Köln“ 352

Fuß- und Radwegbrücke Escher Str. 343

Fuß- und Radwegbrücken über den Rhein auf Höhe des Ubierrings und der Bastei 507

Hohenzollernbrücke 140

Internationale Mobilitätsmesse 63

Mobilitätsverhalten 279

Mobilstationen 499

Parkgebühren 745

Radargeräte 45

Rechtsrheinische Fuß- und Radwegerampe an der Hohenzollernbrücke 507

Rondorf Nord-West 142

Stadtautobahn B55a/Zoobrücke 83

Stadtbahnhaltestellen Florastraße, Neusser Straße und Geldernstraße/Parkgürtel 490

Straßenverkehr - mit Abstand 327

Sustainable Urban Mobility Plan - SUMP 82

Tempo-30-Zone 194

Tunnel Grenzstraße/Kalk 336

Verkehrsmanagementsystem 339

Verordnungen 598

Offenhalten von Verkaufsstellen 66, 484, 566

Wahlen

15. Landschaftsversammlung Rheinland 621

Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH 672

Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH 670

AG Zoologischer Garten Köln 695

Agentur für Arbeit 720

Akademie der Künste der Welt/Köln gGmbH 692

Ältestenrat 596

Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen der Agentur für Arbeit Köln 720

Ausschuss für Kunst und Kultur 593

Ausschuss für Schule und Weiterbildung 593, 594, 734

Ausschuss für Soziales und Senioren 100, 593

Ausschussmitglieder 585, 599

Besetzung von Ausschüssen 100

Braunkohlenausschuss 724

Bürgerzentrum Alte Feuerwache 721

Flughafen Köln/Bonn GmbH 687

GAG Immobilien AG 697

GbR Historische Mitte 145

Gebrüder Coblenz Stift e. V. 722

Gerda und Manfred Ulbrich-Stiftung 711

GEW Köln AG 666

Gründer- und Innovationszentrum GmbH im TechnologiePark Köln i.L. 699

Guilleaume-Stiftung St. Antoniusheim 713

GWG Wohnungsgesellschaft mbH Rhein-Erft 697

Häfen und Güterverkehr Köln AG 677

Hauptausschuss 563

Informationsverarbeitung Leverkusen GmbH 710

Integrationsrat 595

Jugendhilfeausschuss 99, 100, 586, 589

Jugendzentrum Köln gGmbH 694, 709

Jurysitzung des Umweltschutzpreises 146

Kliniken der Stadt Köln gGmbH 680, 708

Koelncongress GmbH 706

Koelnmesse GmbH 678

KölnBäder GmbH 675, 707

KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH 685, 710

Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH 702, 709

Kölner Sportstätten GmbH 688, 708

Kölner Verkehrs-Betriebe AG 667

KölnMusik Betriebs- und Servicegesellschaft mbH/AchtBrücken GmbH 690

KölnTourismus GmbH 702, 709

Kommunale Gesundheitskonferenz Köln 146, 537, 723

Konferenz der Ratsmitglieder des Städtetag NRW 597

Krankenhausstiftung Porz am Rhein 714

Krankenhausstiftung Worringen 712

Kunststiftung im Museum Ludwig Köln 713

Kunstwerk von Wade Guyton 726

Landschaftsversammlung Rheinland 596

Metropolregion Rheinland e.V. 719

moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaus und der Gemeindeentwicklung mbH 700

Organe, Beiräte oder Ausschüsse von juristischen Personen oder Personenvereinigungen 722

Regionalrat 721

Regionalverkehr Köln GmbH 685

RehaNova Köln neurologische Rehabilitationsklinik gGmbH 681

RheinCargo GmbH & Co. KG 704, 710

RheinEnergie AG 664, 707, 710

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in den Ausschüssen 637, 733

Sozial-Betriebe-Köln gGmbH 682, 711

Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR 715

Stadtwerke Köln GmbH 662

Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter der Oberbürgermeisterin 552

Stiftung Dr. Dormagen-Guffanti 714

Stiftung Johann-Heinrich Claren 712

Umbesetzung von Ausschüssen 360

Umlegungsausschuss 724

Veranstaltergemeinschaft Radio Köln e. V. 222

Verbandsversammlung des Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister 598

Verein Deutsches Sport- & Olympia Museum e. V. 719

Verein Region Köln/Bonn e.V. 717

Wahlprüfungsausschuss 559

Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH 673

Zweckverband Erholungsgebiet Stöckheimer Hof 653

Zweckverband Naturpark Bergisches Land 656

Zweckverband Naturpark Rheinland 655

Zweckverband Sparkasse KölnBonn 99, 647, 657

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) 651

Wahlkampf

Bewerbung 538

Meinungsvielfalt 35

Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud

Erweiterung und Randbebauung 345

Jahresabschluss zum 31.12.2018 506
Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2018 506
Wirtschaftsplan 2020 338

WERAG-Funkhaus

Radiomuseum 450

Wohnraum

Bezahlbar 469
Housing First 18
Max-Becker-Areal 51
Räumung der Marktstraße 10 371
Städtisches Grundstück Lachemer Weg 498
Städtisches Grundstück Langenbergstr. 206
Städtisches Grundstück Waldstraße 115 206
Wohnungsbauwende 286
Wohnungslose Menschen 129
Zwangsräumungen 63

Zusatzversorgungskasse

Jahresabschluss und Lagebericht 2019 726
Wirtschaftsplan 2021 726

Rednerverzeichnis

Abeke, Eli (Stellvertreten der Vorsitzender des Integrationsrates) 202, 328

Achtelik, Christian (Volt) 750

Akbayir, Hamide (DIE LINKE) 443, 521

Bellis-Olinger, Teresa De (CDU) 219, 288, 390, 746

Benthem, Henk van (CDU) 88, 336

Blome, Andrea, Beigeordnete 487, 670

Boyens, Stephan (AfD) 29, 35, 36, 92, 93, 126, 178, 192, 380, 439, 440, 503, 504, 524, 546, 586

Breite, Ulrich (FDP) 28, 91, 175, 203, 218, 236, 249, 310, 312, 321, 322, 431, 432, 433, 546, 560, 563, 640, 740, 744

Brust, Gerhard (Bündnis 90/Die Grünen) 442

Bülow, Brigitta von (Bündnis 90/Die Grünen) 12, 37, 122, 173, 300, 306, 322, 384, 412, 453, 494, 553

Büschges, Matthias (AfD) 580, 585, 586, 599

Cremer, Christer (AfD) 586, 632, 683, 741, 747, 755

Detjen, Jörg (DIE LINKE) 14, 30, 63, 72, 89, 91, 175, 188, 190, 252, 258, 265, 290, 309, 310, 362, 370, 385, 414, 433, 447, 480, 490, 731

Dickas, Birgit Beate (Die PARTEI) 556

Diemert, Prof. Dr. Dörte, Stadtkämmerin 170, 193, 194, 235, 253, 254, 329, 408, 481, 483, 756

Elster, Dr. Ralph (CDU) 173, 299, 452, 473, 553

Erkelenz, Martin (CDU) 330

Frank, Jörg (Bündnis 90/Die Grünen) 186, 257, 262, 319, 455, 460, 496

Frenzel, Michael (SPD) 11, 13, 14, 60, 148, 234, 235, 236, 237, 238, 287, 291, 292, 318, 319, 320, 469, 474, 536

Gabrysch, Nicolin (KLIMA FREUNDE) 556, 683, 692, 694, 697, 701, 702, 704, 706, 714, 717, 719, 721, 731, 737, 741, 748, 753

Gärtner, Ursula (CDU) 20, 430, 446, 513, 515, 729

Geffen, Jörg van (SPD) 66, 187

Geraedts, Wilhelm (AfD) 45, 76, 193, 194, 201, 434, 435, 436

Gerlach, Lisa Hanna (Einzelmandatsträgerin) 189, 314, 315, 459

Glashagen, Jennifer (Volt) 747

Görzel, Volker (FDP) 165, 187, 259, 263, 301, 415, 457, 458, 487, 495, 752

Götz, Stefan (CDU) 422

Greitemann, Markus, Beigeordneter 59, 267, 355, 475, 476, 536

Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin (Kalk) 472

Hammer, Lino (Bündnis 90/Die Grünen) 14, 39, 83, 112, 140, 189, 236, 237, 270, 272, 281, 312, 322, 423, 436, 437, 474, 515, 551, 554, 561, 574, 575, 634, 640, 657, 715, 724, 738

Hegenbarth, Thomas (SPD) 84, 185, 296

Heinen, Dr. Ralf (SPD) 151, 197, 358, 552, 729

Heuser, Marion (Bündnis 90/Die Grünen) 19, 33, 375, 446, 504, 513, 523

Hock, Michael (Die PARTEI) 563, 633, 657, 683, 713, 714, 717, 742

Homann, Mike (SPD) 561, 658, 715

Homann, Mike, Bezirksbürgermeister (Rodenkirchen) 157

Hoyer, Katja (FDP) 21, 34, 70, 285, 297, 347, 378, 448, 449, 451, 476, 478, 480, 481, 514, 524, 729

Jäger, Christiane (SPD) 656, 746

Joisten, Christian (SPD) 12, 120, 130, 155, 165, 172, 204, 205, 206, 214, 233, 251, 253, 255, 264, 329, 330, 332, 382, 410, 479, 480, 486, 492, 576, 750

Keller, Dr. Stephan, Stadtdirektor 63, 116, 168, 240, 246, 250, 252

Kessing, Ulrike (Bündnis 90/Die Grünen) 196, 729

Kienitz, Niklas (CDU) 14, 38, 53, 112, 233, 234, 235, 261, 305, 309, 323, 331, 419, 561, 633, 657, 702, 721, 744

Kockerbeck, Heiner (DIE LINKE) 153, 182, 197, 276, 364, 367, 376, 428, 728

Kron, Peter (SPD) 87, 304, 315

Krupp, Dr. Gerrit (SPD) 415, 456, 473, 738

Laufenberg, Sylvia (FDP) 152, 181, 235, 277, 357, 443, 501, 522

Martin, Christiane (Bündnis 90/Die Grünen) 749

Michel, Dirk (CDU) 270, 284, 464, 749

Möller, Monika (SPD) 519

Paetzold, Michael (SPD) 23, 32, 67, 216, 427, 433, 444, 449, 504, 512, 514, 515

Pakulat, Sabine (Bündnis 90/Die Grünen) 54, 218, 290, 315

Petelkau, Bernd (CDU) 26, 68, 122, 247, 257, 316, 317, 374, 383, 390, 411, 417, 437, 459, 468, 493, 739, 750

Philippi, Franz (SPD) 182, 266, 267, 268, 276, 355, 357, 363

Pöttgen, Andreas (SPD) 41, 46, 52, 269, 280, 283, 423, 463

Rau, Dr. Harald, Beigeordneter 65, 474, 725

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin 11-14, 16-18, 20-30, 32-35, 37-39, 41-43, 45-49, 51, 53-55, 57-61, 63-72, 74-77, 79-89, 91-93, 95-101, 111, 112, 115, 120, 122-147, 164, 165, 168, 170, 172, 173, 175, 176, 178-182, 183, 185-195, 197-201, 203-209, 211-223, 232-238, 240, 241, 246-255, 257-292, 295-301, 303-306, 309, 310, 312, 314-317, 319-324, 327-334, 336-345, 347-361, 366, 370, 371, 374-376, 378-381, 383-388, 390, 391, 402, 404, 405, 407, 410-412, 414, 415, 417-420, 422-425, 427-437, 439-444, 446-460, 462-470, 472-490, 492-515, 517-541, 545-549, 551-563, 565, 566, 569, 573-576, 579, 580, 582, 583, 585, 586, 589, 593-601, 618, 621, 623, 632, 633, 634, 637, 640, 647, 651, 653, 654, 656-658, 662, 664, 666-668, 670, 672, 673, 675, 677, 678, 680-683, 685, 687, 688, 690, 692, 694, 695, 697, 699-702, 704, 706-715, 717, 719-724

Richter, Manfred (Bündnis 90/Die Grünen) 417

Roß-Belkner, Monika (CDU) 47

Schäfer, Prof. Klaus (SPD) 156, 301, 452

Schlieben, Dr. Helge (CDU) 356

Schmerbach, Cornelia (SPD) 25

Scholz, Tobias (Ratsgruppe GUT) 22

Schoser, Dr. Martin (CDU) 180

Schwab, Luisa (Bündnis 90/Die Grünen) 520

Schwanitz, Hans (Bündnis 90/Die Grünen) 322

Sommer, Ira (CDU) 32

Steinkamp, Dr. Dieter (Stadtwerke Köln) 59, 65

Sterck, Ralph (FDP) 39, 45, 57, 60, 124, 140, 272, 273, 274, 286, 323, 386, 405, 420, 462, 535, 745

Strahl, Dr. Jürgen (CDU) 454, 458, 486

Struwe, Rafael (SPD) 190, 234, 240, 337, 348, 371, 372, 374, 404, 441

Syndicus, Karina Margareta (GUT Köln) 736, 741

Thelen, Elisabeth (Bündnis 90/Die Grünen) 88, 91, 317

Thelen, Horst (Bündnis 90/Die Grünen) 347, 348, 357, 364, 365, 367

Tokyürek, Güldane (DIE LINKE) 23, 27, 69, 123, 186, 295, 331, 362, 456, 477, 480, 483, 484, 525, 740, 747, 751

Tritschler, Sven (AfD) 17, 37, 71, 72, 467

Unna, Dr. Ralf (Bündnis 90/Die Grünen) 248, 284, 297, 429, 435

Voigtsberger, Robert, Beigeordneter 201, 277

Wahlen, Lars (Bündnis 90/Die Grünen) 746

Weisenstein, Michael (DIE LINKE) 12, 30, 42, 49, 55, 60, 217, 235, 268, 271, 274, 282, 324, 424, 465, 475, 515, 575, 633, 743, 744

Welcker, Katharina (CDU) 442

Wirges, Josef, Bezirksbürgermeister (Ehrenfeld) 58

Wolter, Andreas (Bündnis 90/Die Grünen) 48, 199, 464, 552

Wolter, Andreas, Bürgermeister 725-729, 731-756

Wortmann, Walter (Freie Wähler Köln) 72, 281, 282, 387, 450, 452, 453, 557, 748

Wortmann, Walter, Altersvorsitzender 547

Yurtsever, Firat (Bündnis 90/Die Grünen) 27, 67, 330, 478, 479, 480

Zimmermann, Thor-Geir (Ratsgruppe GUT) 41, 51, 63, 64, 65, 93, 125, 148, 176, 191, 200, 217, 221, 250, 274, 279, 312, 320, 323, 324, 381, 404, 436, 556, 682, 683, 687, 690, 692, 731, 736, 744, 748, 753